

Dem Leben Raum geben

v|rg

Schriften des Instituts für Diakonie- und Sozialgeschichte
an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel

Band 33

Ulrike Winkler und Hans-Walter Schmuhl

Dem Leben Raum geben

Das Stephansstift in Hannover
(1869–2019)

Verlag für Regionalgeschichte
Bielefeld 2019

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Stephansstift und Dachstiftung Diakonie
Alle Rechte vorbehalten

ISSN 1868-047X
ISBN 978-3-7395-1213-6

www.dachstiftung-diakonie.de
www.regionalgeschichte.de

Gestaltung, Satz, Bildbearbeitung: Büro für Design, Martin Emrich, Lemgo
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier nach ISO 9706
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	11
Dank	17
Einleitung	19
Gründung (1869 bis 1899)	23
Welfen, Nationalliberale, Sozialdemokraten – Die politische Landschaft in Hannover seit 1866	23
Lokomotiven und Leibnizkekse – Industrialisierung in Hannover	25
Hannover wird Großstadt – Die Bevölkerungsexplosion und ihre Folgen	26
Lutheraner und Liberale – Kirchliche Verhältnisse in Hannover	27
„Schlinggewächs“ am Baum der Kirche? – Die Innere Mission in Hannover	28
„Dienst der helfenden Liebe“ – Die Gründung des Stephansstifts	31
Von Freytag zu Fricke – Der erste Leitungswechsel	36
In die Welt hinein – Die Brüderschaft und ihre Arbeitsgebiete	38
Die Ausbildung der Brüder	42
Die Präparandenanstalt und die Zukunft des Brüderunterrichts	46
„... wie aus so einem armen verwahrlosten Menschenkinde ein recht offenes, fröhlich spielendes und treulich arbeitendes Kind wird!“ – Der Knabenhof und das preußische Zwangserziehungsgesetz	49
„Lucasvierzehner“ – „Krüppelpflege“ im Stephansstift	54
„Schwerkranke, unbescholtene Arme“ – Die Siechenhäuser	55
„Es steht ein Baum am Stephansstift ...“ – Weitere Baumaßnahmen	57
Das Echo der Posaunen – Das Stephansstift in der Öffentlichkeit	59
„Was wollen die Sozialdemokraten?“ – Eine politische Standortbestimmung im Jahre 1891	61
Von Fricke zu Oehlkers – Leitungsstrukturen und Leitungswechsel	62
„Wo will denn das hinaus?“ – Die Finanzen	63

Ausbau (1900 bis 1914)	69
„Sprung ins Dunkle“ – Das Stephansstift und das preußische Fürsorgeerziehungsgesetz	69
„Einer allein kann's nicht mehr übersehen.“ – Die Ausdifferenzierung der Leitungsstrukturen	73
„Ja, warum bauen wir eigentlich?“ – Der Ausbau des Stephansstifts	75
Ein „leises Ändern am hergebrachten Schema“ – Der Wandel der Erziehungsmethoden	80
„Versöhnung zwischen Christentum und Naturwissenschaft“? – Fürsorgeerziehung und Psychiatrie	90
Der Knabenhof und die Hilfsschule	99
Die Abteilung für „Krüppellehrlinge“	101
Siechenhäuser	101
Bewerbungen, Entlassungen, Austritte – Die Entwicklung der Brüderschaft	102
Die „äußeren Formen“ – Brüderordnung und Brüderrat	107
„... nur ja kein Konventikel“ – Pflege der Gemeinschaft	108
„Furcht vor einer Diakonengewerkschaft“ – Das Stephansstift und die Bestrebungen zur Gründung einer Standesorganisation der Brüder	110
Evangelium und „moderne Kultur“ – Die Ausbildung der Brüder	113
Die Arbeitsfelder der Brüderschaft	115
Die Finanzen	123
Erster Weltkrieg (1914 bis 1918)	125
Zwischen Euphorie und Resignation – Hannover im Ersten Weltkrieg	125
„... damit diese Rede sich nicht gegen uns kehre“ – Das Stephansstift und die „Ideen von 1914“	127
„Aber es heißt nicht bloß: Drauf! Sondern auch: Durch!“ – Die Brüderschaft im Krieg	131
Die auswärtigen Arbeitsfelder	136
Die Arbeit im Stephansstift	138
„Die Engelländer bringen uns noch alle unter die Erde!“ – Die Siechenhäuser ...	140
Die „größte deutsche Erziehungsanstalt für Schwachbegabte“ – Der Knabenhof . .	142
„... das Hinhalten des Anstaltslebens, das Abwelken der Erzieherfreudigkeit, das Verlöschen lebensfroher Spiele“ – Die Erziehungsanstalt für Handwerks- und Landwirtschaftslehrlinge	145
Weimarer Republik (1919 bis 1932)	153
Eine gemütliche Revolution – Von der Rätebewegung zum Parlamentarismus ..	153
Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot – Kommunalpolitische Problemfelder Hannovers in der Weimarer Republik	155

Das Stephansstift zwischen Novemberrevolution, Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise	157
Die Brüderschaft	163
Auf dem Weg in den „Seminarismus“? – Die Ausbildung der Brüder	165
Auswärtige Arbeitsfelder	168
Lesesaal und Heuerbüro – Die Seemannsmission in Riga	171
Die Siechenhäuser	176
Die Fürsorgerziehung im Weimarer Wohlfahrtsstaat	176
„Die Kuh sagt Mm ...“ – Der Knabenhof und seine Hilfsschule	180
„Progressivsystem“ und „Selbstorganisation“ – Die Erziehungsanstalt	183
Das Stephansstift und die „Krise der Fürsorgerziehung“	187
Nationalsozialismus (1933 bis 1945)	195
Eine Stadt wird braun – „Machtergreifung“ in Hannover	195
Die „Gleichschaltung“ der Kommunalverwaltung	196
Beschäftigungspolitik, Wirtschaft und städtische Großprojekte	197
Das protestantische Deutschland und der Nationalsozialismus	198
„Ein neues Hoffen geht durch deutsches Volk und Land.“ – Das Stephansstift und die „Machtergreifung“	200
„Es gehört heute Mut und Tapferkeit dazu, Diakon ... zu werden.“ – Die Brüderschaft	207
Die Ausbildung der Brüder	209
„Das ist unser Dienst, Herr Pastor, stehen und warten, dass man einmal auf einen Menschen schießen darf.“ – Auswärtige Arbeitsgebiete	211
„Eine Volksgemeinschaft im Kleinen.“ – Die politische Durchdringung des Stephansstifts	215
Um die Zukunft des Stephansstifts	218
Eine Arbeit mit Zukunft – Die Siechenhäuser	220
„Wer diese Jungvolkgruppe marschieren sieht, vergisst ganz, was für Jungen er vor sich hat.“ – Der Knabenhof	222
„Die ... stärkere Betonung des Militärischen ist von angenehmer pädagogischer Wirkung.“ – Die Erziehungsanstalt	226
Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“	229
„Du zertrittst eine Raupe und tötest den schönsten Schmetterling.“ – Eine Standortbestimmung im „Monatsboten aus dem Stephansstift“	231
„Selbstmordversuch, weil er als Sterilisierter nicht heiraten dürfe.“ – Die Durchführung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ im Stephansstift	234
Soll Kronsberg verkauft werden?	237

Steuern, Schulden, Einkünfte – Die Finanzen	238
Satzungsfragen	242
Das Stephansstift im Zweiten Weltkrieg	246
Bildteil	251
Wiederaufbau (1945 bis 1960)	285
Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	285
Die Nöte der Nachkriegszeit	287
Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus	292
Die Brüderschaft	299
Hilfe für „Ostbrüder“, Brüderwitwen und die notleidende Bevölkerung	302
Finanzen	305
Betriebe und Landwirtschaft	311
Bautätigkeiten und Begehrlichkeiten	312
Altenarbeit	319
Erziehungsarbeit	323
Exkurs: Gustav Lesemann – Ein Befürworter der „Eugenik“ als Lehrer im Stephansstift	324
„Erschöpft und verbraucht, gut gelaunt und froh veranlagt“ – Die Sendbrüder ..	330
Die Brüderausbildung	335
Eine „Evangelische Prestigesache“ – Die Gründung der Wichernschule	341
Vom „Patriarchalismus“ zum „Teamwork“ – Organisations- und Zukunftsfragen der Brüderschaft	351
„Brüderschaft ist Bruderschaft“ – Eine Lebensordnung	362
Ein neuer Vorsteher	363
Auf dem Weg in die Moderne (1961 bis 1969)	365
Neue Herausforderungen	365
„Freude fehlt nie, wo Arbeit, Kraft und Treue ist.“ – Einblicke in den Heimalltag ..	367
Der Backhausenhof – „Eine pädagogische Lebensgemeinschaft“	377
Knabenhof, Lehrlingsheim, Borstel, Großmoor, Herrenhausen – Modernisierungen	384
Das Heimschulwesen	387
Strafen – Theorie und Praxis	389
Der Sprachgebrauch	393
„Man hat sich geschämt.“ – Sexualisierte Gewalt	394
Gewalt unter den Zöglingen	396
Psychiatrische Betreuung	397

Altenarbeit	400
Im Dienst für die „Veteranen der Landstraße“ – Die Herbergen zur Heimat	404
„Lass fallen Anker“ – Im Dienst für die Seeleute	405
Finanzen	413
Problemfälle – Die Landwirtschaft und die Wäscherei	416
Strategien gegen den Mitarbeitermangel	418
„Eine neue geistliche Potenz“ – Der Brüderälteste	421
„Herzstück“ – Das neue Brüderhaus	423
Vom „all-round-man“ zum Spezialisten – Die Brüderausbildung	425
Neue Leitungsstrukturen?	432
„Wir sind sicher, das Lehrlingsheim Stephansstift ist zum Kotzen!“ – APO-Zeiten	433
Konzentriertes heilpädagogisches Engagement – Clausthal-Zellerfeld	441
Der „große Wurf“ – Die „Generalplanung“ 1969	443
Profilierung und Umgestaltung (1970 bis 1986)	449
Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	449
„Demokratie ist oft schwer, manchmal zähflüssig.“ – „1968“ und die Folgen	451
Erziehungsarbeit	455
„Stephansstift hat Probleme“ – Gewalt und Alkohol, Homosexualität und „der Strich“	462
„Monosymptomatik selten“	465
„Intensivgruppen?!“	467
„In seiner Basis zerrüttet ...“ – Vorsteher und Vorstand	469
Das Ende der Brüderausbildung nach 105 Jahren	471
Die Brüderschaft wird zur Diakoniegemeinschaft	479
Die Betriebe	485
Finanzen	487
„Neue Phantasie entwickeln“ – Die Altenarbeit	491
„Das Altsein hat auch seine schöne Seiten!?“ – Einblicke in den Heimalltag	493
„Nach wie vor sind unsere jugoslawischen Mitarbeiterinnen ... die tragenden Säulen.“ – Personalnot	498
Zwischen „ambulant“ und „stationär“ – Die Einrichtung einer Tagesstätte für Senioren	500
Ein Neubau	500
Mit 18 volljährig – Hilfen für junge Erwachsene	501
„Oberstes Ziel war die Verbesserung der Lebensbedingungen.“ – Neue Wege in der Kinder- und Jugendhilfe	504
Abkehr von stationären Angeboten	508

Die Aufgabe des Backhausenhofes	515
Ein Vorsteherwechsel	516
Auf dem Weg in das 21. Jahrhundert (1987 bis 2019)	517
Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	517
Die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe, die Gründung des Cornelius-Werkes und das Kinder- und Jugendhilfegesetz	518
Die Altenhilfe	524
Die Aus-, Fort- und Weiterbildung	526
Die Diakoniegemeinschaft	528
Leere öffentliche Kassen und die Folgen – Das Stephansstift wird Mitbegründer der Dachstiftung Diakonie-Gruppe	531
Eine lernende Organisation – Ausblick	537
Literaturverzeichnis	539
Personenregister	549
Autorin und Autor	559

Vorwort

Es ist eine große Freude, aus Anlass des 150. Jubiläums erstmals eine wissenschaftliche Monografie zur Geschichte des Stephansstiftes in Händen zu haben. Uns erschien es wichtig, dass diese bewegte Geschichte als ganze aus externer Sicht analysiert und erzählt wird. Wir sind sehr froh, dass wir dafür mit Professor Dr. Hans-Walter Schmuhl und Dr. Ulrike Winkler zwei ausgewiesene Kenner*innen der Geschichte der Diakonie seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert gewinnen konnten.

Der Blick von außen

Die vorliegende Arbeit kann anknüpfen an die Veröffentlichungen zum 100. und 125. Jahrestag der Gründung des Stephansstiftes. Diese sorgfältig recherchierten und bis heute sehr informativen Jubiläumsschriften zeichnen sich dadurch aus, dass sie im Wesentlichen von Verantwortlichen des Stephansstiftes bzw. mit dem Stephansstift verbundenen Autorinnen und Autoren verfasst wurden. Dieses Vorgehen ist im Blick auf die kritischen Entwicklungsphasen des Stephansstiftes heute nicht mehr hinreichend. Besonders die öffentliche Diskussion um die Gewaltgeschichte in der Erziehungshilfe auch diakonischer Einrichtungen forderte eine externe Aufarbeitung. Und an in heutiger Sicht schwierigen Aspekten der Geschichte des Stephansstiftes fehlt es auch über die Heimerziehung der 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts hinaus nicht. So lag uns an einem unvoreingenommenen Blick auf die Staatsnähe der bürgerlichen Initiative von Anfang an. Das Leitwort der Gründung „Wir müssen Brüder haben, die aus unserem Volk gewachsen, mit unserer Kost genährt sind, im lutherischen Bekenntnis stehen, den Darbenden ohne eigenen Willen dienen wollen!“ war in der Zeit seiner Entstehung auch ein Bekenntnis zur konfessionellen und politischen Restauration des welfischen Königshauses. Wer auf dem Gelände des Ste-

phansstiftes auf den sogenannten Knabenhof zugeht und sich den attraktivsten Spielplatz Hannovers wegdenkt, ahnt noch den Exerzierplatz, den eine staatsnahe Erziehungshilfe am Vorabend des Ersten Weltkrieges für pädagogisch geboten hielt. In der Zeit der Weimarer Republik teilte das Stephansstift die große innere Distanz der kirchlichen Führung und einer Mehrheit der Kirchentreuen gegenüber den Verfahren demokratischer Willensbildung. Und wenn das auch nach dem Krieg wie vielerorts in Deutschland weitgehend verschwiegen blieb: Auch das Leitungspersonal des Stephansstiftes begrüßte den Nationalsozialismus und forderte zur Unterstützung des antidemokratischen Umsturzes auf. Persönlich steht nach unserer Auffassung keinem Menschen ein letztgültiges moralisches Urteil über andere in einem vollkommen anderen Kontext Handelnde zu. Aber das Bemühen um einen unverstellten, vorurteilsfreien Blick ist unabdingbar. Das versuchen Schmuhl und Winkler mit dieser Monografie, und wir haben sie von Herzen gern dabei unterstützt. Indem die ganze Geschichte in den Blick kommt, mag leichter eine Einordnung unserer Zeit und unserer Impulse gelingen. Auch daran ist uns gelegen.

Der Ursprungsimpuls und was davon handlungsleitend bleibt

Geschichte erscheint im Rückblick als eine zufällige Abfolge von Kontinuitäten und Diskontinuität. So ist es auch mit der Geschichte des Stephansstiftes. Umso wichtiger ist uns die Frage, was aus dem Ursprungsimpuls der Gründung des Stephansstiftes bis heute nachwirkt und was wir davon heute aufgreifen und weiter entwickeln wollen und können. Dabei ist der Blick zusätzlich geschärft durch das Zusammengehen des Stephansstiftes 2011 mit der Diakonie Kästorf und die gemeinsame Gründung der Dachstiftung Diakonie. Zuge-spitzt lässt sich dieses Verhältnis vielleicht so beschreiben: Während die Antwort der damaligen Kästorfer Arbeiterkolonie auf die soziale Not der Zeit zuerst Obdach und Arbeit darstellt, ist die des Stephansstiftes in Hannover Bildung. Der Leitsatz „Wir müssen Brüder haben!“ bedeutet von den zeitgeschichtlichen Zutaten entkleidet ja vor allem: Soziale Arbeit ist eine inhaltlich hochwertige, herausfordernde Arbeit, die eine umfassende und gründliche Ausbildung verlangt. Dabei wird soziale Arbeit am besten gelernt im direkten Umgang mit den Menschen, denen sie gilt. Und schließlich wird die soziale Not selbst durch Bildung gewendet. Darum war die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen kontinuierlich ein Schwerpunkt der Arbeit, und in seinen besten Phasen bewirkte das Stephansstift immer auch die Eröffnung von Bildungswegen für die dort Betreuten.

Einem so verstandenen Ursprungsimpuls fühlen wir uns bis heute verpflichtet. Er steht dabei für uns unter der Überschrift eines theologisch begründeten Bildungsverständnisses. Danach bilden Menschen einander nicht nach den jeweils herrschenden gesellschaftlichen Folien und Inhalten, sondern entdecken einander zuerst als „Ebenbild“ Gottes. Bildung wird verstanden nicht als ein Machen, Einwirken, „Erziehen“, sondern als ein Prozess des Entdeckens, des Werdens, des Kontaktes, der Wertschätzung, durch den Menschen das Potenzial entfalten, das Gott selbst in ihr Leben gelegt hat.

Diskontinuität

Der Blick auf die Geschichte des Stephansstiftes in einem Gesamtbogen lässt nicht nur den Ursprungsimpuls heraustreten und eine Grundidentität der Organisation im Wandel der Zeiten entdecken. Zugleich werden auch Diskontinuitäten sichtbar und ermutigen zu klaren Distanzierungen von Traditionslinien, die aus heutiger Sicht belastend sind und auch in ihrer unbewussten Wirkung unterbrochen werden müssen. So sehen wir, wie wirksam für den Erfolg des Stephansstiftes seine ideologische und strukturelle Nähe zur jeweiligen staatlichen Gewalt gewesen ist: Einen eindrucksvollen Gipfelpunkt fand sie darin, dass der Stephansstiftsvorsteher Wolff, der 1933 zur aktiven Bejahung der nationalsozialistischen Staatsordnung aufrief, nach dem Krieg zugleich langjähriger Leiter des Landesjugendamtes sein konnte und sich engagiert am Aufbau des bundesrepublikanischen Wohlfahrtsstaates beteiligte. Über Jahrzehnte erschien selbstverständlich, dass sich die sozialen Dienstleistungen der Diakonie entscheidend an den Anforderungen der staatlichen Sozialgesetzgebung orientieren. Seit geraumer Zeit aber deklinieren wir mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, dass sich soziale Leistungen zuallererst an den Bedarfen und der Würde ihrer Adressat*innen orientieren müssen und sie selbst formulieren und entscheiden, worin solche Hilfeleistungen tatsächlich bestehen. Die überlieferte Jesusfrage „Was willst Du, dass ich Dir tue?“, hat politische Brisanz. Sie mutet auch einer diakonischen Einrichtung zu, um der Bedarfe ihrer Adressat*innen willen eigene Leistungen kontinuierlich zu hinterfragen und im Zweifel auch aktiv gesellschaftliche Konflikte einzugehen. Auf diesem Hintergrund verstehen wir heute soziale Anwaltschaft.

Eine zweite Distanzierung ergibt sich aus dem Verständnis sozialer Not selbst. Auch wenn schon immer gesehen wurde, dass solche Not aus gesellschaftlichen Ursachen entspringt und letztlich durch Änderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen überwunden werden muss, konzentriert sich die soziale Arbeit der Diakonie zuallererst auf die Überwindung individueller Notlagen. Denn gesellschaftliche Ungleichheit manifestiert sich in der Biografie konkreter Menschen, in deren einmaligen, unwiederholbaren Leben. Aber alle Menschen werden mit Möglichkeiten geboren, auch Herausforderungen zu bestehen und Verhältnisse zu verändern. Darum geht soziale Arbeit in unserem Verständnis heute vor allem von Möglichkeiten aus und rekurriert nicht auf Defizite. Soziale Arbeit ist die Wahrnehmung und Weckung von individuellen und gemeinschaftlichen Ressourcen, mit deren Hilfe Menschen ihr eigenes Schicksal, aber auch die gesellschaftliche Situation durch Zusammenwirken mit anderen nachhaltig verbessern.

Schließlich ist die konfessionelle Fokussierung als Teil der evangelischen Kirche, der sich das Stephansstift verdankt, heute kein ausschließender, sondern ein inkludierender Bestandteil der eigenen Identität: Wir leben in einer Situation von Globalisierung und Migration, die eine große Vielfalt religiöser und weltanschaulicher Prägungen mit sich bringt. Diese Herausforderung nehmen wir an und verstehen sie als Aufforderung zur Öffnung und zur Entdeckung von Gemeinsamkeiten, die über die Teilidentitäten der Vergangenheiten, aus denen wir kommen, hinausführen. Die diakonische Arbeit bietet Räume der

Begegnung und des Austausches, die Menschen in ihrer Verschiedenheit zusammenführt und übergreifende Zusammenhänge entdecken lässt.

Das Stephansstift als Förderstiftung für die diakonische Arbeit der Dachstiftung Diakonie

Neben diesen inhaltlichen Diskontinuitäten markiert das 150. Jubiläum des Stephansstiftes auch in struktureller Hinsicht einen Einschnitt gegenüber den Inhalten vergangener Stiftungsjubiläen. Mit der Satzungsänderung 2010 wurde das Stephansstift zu einer Förderstiftung. Die Gesellschaften, die die unmittelbare diakonische Arbeit leisten, wurden auf die Dachstiftung Diakonie übertragen, die gemeinsam mit den Diakonischen Heimen Kästorf e.V. und deren diakonischen Gesellschaften gegründet wurde. Seither geschieht die diakonische Arbeit in diesem größeren Kontext und wird unter der Klammer der Dachstiftung Diakonie weiterentwickelt. Mit anderen Förderstiftungen zusammen bildet das Stephansstift die Dachstiftung Diakonie-Gruppe. In diese Gruppe bringt das Stephansstift eine eigene Geschichte und eigene inhaltliche Akzentuierungen ein. Die diakonische Arbeit der Dachstiftung Diakonie orientiert sich dabei konsequent an den Bedarfen der Adressat*innen und den Umfeldbedingungen sozialer Arbeit unserer Zeit. In dieser Gruppe steht das Stephansstift weiterhin für den Bildungsimpuls. Entsprechend tragen auch die Gesellschaften, die die Bildungsarbeit in Schulen, Fachschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung wie auch der Kinder- und Jugendhilfe gestalten, das Stephansstift in ihren Namen. Daneben wird der Name des Stephansstiftes verbunden bleiben mit seinem Ursprungsgelände in Hannover-Kleefeld selbst.

Dem Leben Raum geben

Die Weiterentwicklung dieses Kerngeländes stellt auch eine aktuelle Konkretisierung des Titels dar, den diese Monografie trägt. Diakonische Arbeit ist immer konkret. Durch die Zeiten hindurch mögen die Handelnden ihr unterschiedliche Zielbestimmungen geben. Aber am Ende zählt, was sie für das konkrete Leben der Menschen austrägt, denen die Diakonie gilt, nicht in einem abstrakten, sich aus den Zielen ableitenden Sinn, sondern gemessen an dem realen Leben, das diese Menschen führen. Vielleicht wurde das Stephansstift gegründet vor allem, um das von der preußischen Union bedrohte Luthertum zu stärken. Vielleicht ging es anderen Handelnden darum, dass „verwahrloste“ junge Menschen von der Straße kommen. Vielleicht brauchte das Deutsche Reich der Gründerzeit vor allem Arbeitskräfte und konnte es sich gar nicht leisten, dass arbeitsfähige Männer nicht ausgebildet wurden. Vielleicht fanden viele am Anfang des 20. Jahrhunderts, dass sich militärische Disziplin wunderbar mit den Erziehungszielen einer auf Zucht und Ordnung rekurrierenden Pädagogik trifft usw. Und vielleicht werden auch die Ziele von uns Heutigen gar nicht als grundsätzlich unähnlich angesehen und im Abstand von Jahrzehnten vor allem als zeitbedingt und partikular erscheinen. Umso mehr suchen wir nach einem Kriterium, das über

solche Zeitbedingungen hinausreicht und auch im Rückblick wie im Vorausblick als Maßstab diakonischen Handelns taugen kann. Wir sind auf nichts anderes gekommen als das Leben selbst: Leben in seiner Vielgestaltigkeit, Stärke und Verletzlichkeit, Stringenz und Widersprüchlichkeit, Größe und Alltäglichkeit. Genauso ist es das uns größte anvertraute Gut: das Leben der Menschen und das Leben der Schöpfung. „Dem Leben Raum geben“ ist kein Kriterienkatalog und kein diakonisches Programm. Es ist, was Menschen auf der Spur des Evangeliums bestenfalls entdecken und verfolgen: das Leben zu bejahen, es aus Bedrängnissen zu befreien, sich den ihm innewohnenden Konflikten zu stellen, es zugleich in seiner Vielgestaltigkeit wie grundsätzlichen Angewiesenheit wertzuschätzen und mit anderen zusammen zu gestalten.

Dem Leben Raum geben: Wir glauben, dass damit gut zusammengefasst ist, was in der Geschichte des Stephansstiftes in vielen Phasen gelungen ist: von der Beherztheit, mit der Julius Freytag 1869 zunächst in einer Mietwohnung einfach angefangen hat, bis zur Großzügigkeit Konsul Schwemanns, der das erste Grundstück gab, vom Unternehmersinn Ludolf Wilhelm Frickes, der in 22 Jahren unablässig geplant und gebaut hat, bis zu Wilhelm Backhausen, der die ersten reformpädagogischen Spuren im Stephansstift gelegt hat, von der Gründung der ersten Schule für Kinder mit einer emotional-sozialen Beeinträchtigung bis zur Aufnahme von Hunderten Flüchtlingen nach dem Krieg, von der Betroffenheit der Diakoniegemeinschaft, die sich vor 25 Jahren der Vergangenheit im Nationalsozialismus gestellt hat, bis zu Vorsteher Walter Weber, der das Stephansstift durch Kooperation zukunftsfest machte. So lässt sich diese Monografie ja hoffentlich auch lesen: als lebendiges Zeugnis von der Lebendigkeit und Widerständigkeit des Lebens, auch und gerade in Phasen, in denen Räume von innen und außen eingeengt wurden.

Dem Leben Raum geben: Damit ist für uns auch gut ein Auftrag zusammengefasst, der sich in unserer Zeit neu stellt: Das Gelände in Hannover-Kleefeld weiterentwickeln zu dem, was städtisches Leben im Moment am meisten braucht: Wohnraum, erschwinglich, attraktiv, inklusiv für alle Bedarfsgruppen im Quartier. So hoffen wir, das Stephansstift als Wohnquartier im städtischen Kontext zwischen Hannover-Kleefeld und -Kirchrode durch den zusätzlichen Bau von mehreren hundert Wohnungen, Neubauten für zeitgemäße Pflege- und Wohnangebote für ältere Menschen, einen Kindergarten wie auch Verwaltungs- und Produktionsstätten in den nächsten Jahren entwickeln zu können. Neben dem Bildungsimpuls, der an vielen Handlungsorten der Dachstiftung Diakonie in ganz Niedersachsen und Sachsen-Anhalt weiterlebt, soll dieses Quartier in besonderer Weise widerspiegeln, was diakonisches Engagement heute bewirkt. Dem Leben Raum geben: Das Stephansstift bleibt lebendig in der Dachstiftung Diakonie-Gruppe und wird diese mit seiner Geschichte als Förderstiftung aktiv weiter mitgestalten.

Hannover und Gifhorn, 10. Juli 2019

Hans-Peter Daub und Dr. Jens Rannenberg
Vorstand des Stephansstiftes und der Dachstiftung Diakonie



Dank

Diese Monographie über die Geschichte des Stephansstifts von seiner Gründung im 19. Jahrhundert bis in unsere Tage hinein geht auf einen Auftrag des Vorstands der Dachstiftung Diakonie zurück. Sehr herzlich bedanken wir uns bei Herrn Pastor Hans-Peter Daub und Herrn Dr. Jens Rannenberg für das in uns gesetzte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

In diesen Dank schließen wir Frau Renate Lüdde und Frau Marion Völke vom Vorstandsekretariat gerne mit ein.

Vielfältige Unterstützung wurde uns vom Team der Unternehmenskommunikation der Dachstiftung Diakonie zuteil. Wir danken Frau Ingetraut Steffenhagen, Frau Christine Michitsch, Frau Nadine Schmidt, Frau Henrike Balzereit, Herrn Reent Stade und Frau Christina Volkmann für die stets freundlich gewährte logistische und organisatorische Unterstützung.

Zu größtem Dank sind wir Herrn Dr. Steffen Meyer, dem Archivar der Dachstiftung Diakonie, verpflichtet. Kompetent, kenntnisreich und mit nie nachlassendem Interesse hat er unsere Recherchearbeiten und unseren Schreibprozess begleitet. Manche Quelle, die wir in diesem Buch zitieren, geht auf seinen freundlichen Hinweis zurück.

Teile des Manuskripts haben wir Herrn Diakon Heinrich-Wilhelm Cohrs, dem langjährigen Erziehungsleiter des Stephansstifts, und Herrn Diakon Gerhard Dahle, dem Vorsitzenden der Diakoniegemeinschaft, zur kritischen Lektüre vorgelegt. Wir bedanken uns bei beiden herzlich für Hinweise und Hintergrundinformationen, die uns viele Prozesse im Stephansstift besser haben verstehen lassen. In diesem Zusammenhang möchten wir uns auch bei Frau Renate Hartmann, der Assistentin des Vorstands der Diakoniegemeinschaft, bedanken. Herrn Klaus Plitzkat, dem Personalleiter der Dachstiftung Diakonie, verdanken wir erhellende Informationen über die erste Zeit des „Jugendwerkhofes August Bebel“ nach dem Übergang in die Trägerschaft des Cornelius-Werks Diakonische Hilfen gGmbH.

Bedanken möchten wir uns auch bei Herrn Helmut Bräutigam, M.A., dem Archivar des Evangelischen Johannesstifts Berlin-Spandau, bei Herrn Dr. Michael Häusler, dem Leiter des Archivs des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung in Berlin, und bei Frau Birgit Spatz-Straube, Mitarbeiterin der Bibliothek des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung in Berlin. Wichtige Informationen, Literaturhinweise und Dokumente haben wir ihnen zu verdanken.

Hilfreich zur Seite standen uns Frau Pharmazeutin Sylvia Wagner und Herr Diakon Reinhard Neumann.

Wieder einmal konnten wir uns auf die Professionalität von Herrn Olaf Eimer, dem Verleger des Verlags für Regionalgeschichte, und Herrn Martin Emrich, der den Satz besorgte, verlassen. Dafür danken wir beiden sehr. Frau Nina Feith danken wir für die Bildbearbeitung.

Geschichte, so wie wir sie verstehen, ist eine Konstruktion, die sich aus unterschiedlichsten Perspektiven zusammensetzt. Diesem Anspruch wollten wir gerecht werden, indem wir auch denjenigen zuhörten, die vermeintlich keine „große Geschichte“ machen, Menschen also, die als Kinder und Jugendliche im Stephansstift lebten. Wir danken Herrn Heinrich Lawker, dass wir aus seinen Erinnerungen zitieren durften, und Herrn Dieter Maikowski für das Interview, das wir mit ihm führen konnten und das in Teilen in dieses Buch eingeflossen ist.

Endlich aber geht ein lieber Dank an Rolf Winkler und Anette Becker – für ihr Interesse an unserer Arbeit, vor allem aber für ihre fortwährende Zugewandtheit.

Trier und Hameln, 7. Juli 2019

Ulrike Winkler und Hans-Walter Schmuhl

Einleitung

150 Jahre Stephansstift – Schwerpunkte der Darstellung

Im Jahre 1869 als Diakonenanstalt für die hannoversche Landeskirche gegründet, entwickelte sich das Stephansstift rasch zu einer der größten deutschen Bruderschaften. Diakone des Stephansstifts arbeiteten als Gemeindehelfer, Stadtmissionare, Jugendpfleger, als Missionshandwerker oder Lehrer in Afrika, als Seemannsmissionare in aller Welt, als Hausväter und Gehilfen in Herbergen zur Heimat, Arbeiterkolonien und Armenhäusern, in Alters- und Siechenheimen, Behinderteneinrichtungen, psychiatrischen Anstalten und Krankenhäusern. Auf dem Gelände der Stammanstalt, 1872 vor den Toren der Stadt Hannover errichtet, entstanden mehrere Siechenhäuser, ein Knabenhof für schulpflichtige Jungen und ein Lehrlingsheim für schulentlassene männliche Jugendliche. Ab 1900 engagierte sich das Stephansstift auf dem Feld der Fürsorgeerziehung, die bis zum Ersten Weltkrieg ganz in den Vordergrund rückte. Damit ging das Stephansstift ein enges Bündnis mit dem Staat ein, das nach der Zäsur des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution erneuert wurde. Das Stephansstift wurde ein Teil des Weimarer Wohlfahrtsstaates, obwohl man dem neuen demokratischen Staatswesen mit starken inneren Vorbehalten begegnete.

1933 begrüßten Vorsteher und Bruderschaft die Machtübernahme der Nationalsozialisten, passten sich im Zuge einer „Selbstgleichschaltung“ an die neuen Verhältnisse an, militarisierten die Fürsorgeerziehung und wirkten an der Umsetzung der nationalsozialistischen Erbgesundheitspolitik mit. Mehrere Brüder des Stephansstifts arbeiteten von 1934 bis 1939 – zeitweise sogar bei den Wachmannschaften – in einem Strafgefangenenlager im Emsland mit. Im Laufe des „Dritten Reiches“ geriet das Stephansstift immer stärker unter politischen Druck, konnte sich aber behaupten. Im Zweiten Weltkrieg erlitten das Stift – und insbesondere seine Außenstelle auf Gut Kronsberg – schwere Schäden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte das Stephansstift seine Arbeit umstandslos, wenn auch unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen fortsetzen. Mehr noch, für Geflüchtete aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und die notleidende Bevölkerung in Hannover und Umgebung wurde das Stephansstift zu einer Zentrale der Hilfe und Unterstützung. In den darauf folgenden Jahrzehnten erlebten sowohl das Stephansstift als auch seine Bruderschaft einen großen Aufschwung. Dank guter sozialstaatlicher Voraussetzungen konnten Häuser neu gebaut oder modernisiert werden, bildungspolitische Weichenstellungen förderten sowohl die Ausbildung der Diakone und (später) der Diakoninnen, als auch jene der Kinder und Jugendlichen, deren dezentrale Unterbringung und ambulante Betreuung zudem ab den frühen 1980er Jahren konsequent betrieben wurde.

Zur Konzeption der Studie

Wir haben die Geschichte des Stephansstifts historisch und politisch kontextualisiert, also in den Zusammenhang der großen Entwicklungslinien von Staat und Gesellschaft seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert gestellt. Die Hintergrundfolie der Studie bilden die Basisprozesse der Moderne: Es geht um die Verstaatlichung, Bürokratisierung und Verrechtlichung, Säkularisierung, Rationalisierung und Verwissenschaftlichung, Verberuflichung und Professionalisierung und nicht zuletzt auch Ökonomisierung sozialer Arbeit. Dabei sollen die besonderen, die Arbeit der Inneren Mission und Diakonie prägenden Mentalitäten und Milieus, die tendenziell gegen die heraufziehende Moderne gerichtet waren, nicht außer Acht gelassen werden. Im Gegenteil: Die Spannung zwischen dem biblisch begründeten Menschenbild, dem rückwärtsgewandten Gesellschaftsentwurf und den daraus abgeleiteten Modellen christlicher Liebestätigkeit einerseits und der Integration der Inneren Mission in das entstehende duale System sozialer Staatlichkeit andererseits stellt das Grundmotiv dar, das sich in immer neuen Variationen, im Grunde bis heute, durch die gesamte Arbeit zieht.

Ohne Zweifel wurden die Geschicke des Stephansstifts maßgeblich durch deren Vorsteher und Vorstände geprägt. Wir haben ihre Überlegungen, Entscheidungen und Strategien denn auch ausführlich gewürdigt, immer wieder auch auf ihre Abhängigkeit von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hingewiesen. Insofern wird das bemerkenswertere nach wie vor in der Historiographie virulente Diktum von den „großen Männern“, die „Geschichte machen“, relativiert. Hierzu gehörte – soweit es die Quellen zuließen – auch, denjenigen eine Stimme zu geben, die als „Objekte der Fürsorge“ galten. Dies waren zum Beispiel Bewohnerinnen der Altenhilfeeinrichtungen des Stephansstifts, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie jugendliche Bewohner und Studierende, die sich während der Kampagnen zur Heimbefreiung offensiv und lautstark äußerten und Veränderungen einforderten.

In dem vorliegenden Buch ist häufig von Konflikten die Rede. Das war in der Diakoniegeschichte lange tabuisiert – dass die „Arbeiter im Weinberg des Herrn“ sich stritten, passte nicht ins Bild. Im Stephansstift zeigten sich immer wieder Konflikte zwischen einer selbstbewussten Bruderschaft und ihren jeweiligen, ebenso selbstbewussten Vorstehern, die zugleich die Leitung der „Anstalt Stephansstift“ innehatten.

Im Folgenden wird immer wieder über die Finanzen gesprochen. In der konventionellen Diakoniegeschichtsschreibung fanden sich kaum Angaben dazu – hier folgte man der Selbstdarstellung der Gründerväter, wonach Gott, wenn er seiner Gemeinde eine Not vor Augen führe, auch gleich ein „Angeld“ für ein tätiges Liebeswerk vor die Tür lege. Die Analyse von Pflegesätzen, öffentlichen Zuschüssen, Darlehen und Spendenaufkommen und die Aufschlüsselung von Kostenstrukturen erschienen vor diesem Hintergrund fast pietätlos. Es hat aber niemals ein „goldenes Zeitalter“ gegeben, in dem sich Diakonie gleichsam unabhängig von finanziellen Rahmenbedingungen entwickelte – und deshalb müssen diese systematisch in die Analyse einbezogen werden.

Zum Untersuchungszeitraum

Obwohl unsere Studie anlässlich des 150-jährigen Bestehens des Stephansstifts vorgelegt wird, lässt sie die jüngste Geschichte weitgehend aus. Die Darstellung beginnt mit der Vorgeschichte der Anstaltsgründung im 19. Jahrhundert und läuft Mitte der 1980er Jahre aus – die letzten vier Jahrzehnte werden lediglich in einem kurzen Ausblick behandelt. Diese Begrenzung des Untersuchungszeitraums zur Gegenwart hin hat zwei Gründe.

Erstens tut sich die Zeitgeschichtsforschung ohnehin schwer damit, die unmittelbare Vergangenheit, die noch nicht recht zur Geschichte geronnen ist, angemessen zu untersuchen. Hier geht es um Dinge, die noch im Fluss sind und die ebenso wenig erschöpfend betrachtet und bewertet werden können wie die großen Linien der Entwicklung, die unsere Zeit in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht bestimmen: Unser Abstand zu unserem Alltag und zu unserer Geschichte ist einfach noch zu gering. Alles, was die Geschichtswissenschaft zur allerjüngsten Vergangenheit sagen kann, ist bruchstückhaft, ungesichert und vorläufig. Insofern scheint es klüger, die Darstellung der letzten Jahrzehnte der Geschichte des Stephansstifts künftigen Generationen zu überlassen.

Zweitens ist zu beobachten, dass sich der Charakter der Quellen verändert, je näher man der Gegenwart kommt. Für die ersten achtzig bis neunzig Jahre der Geschichte des Stephansstifts liegt eine dichte Quellenüberlieferung vor. Die verfügbaren Quellen sind in ihrer Beschreibung detailgetreu und in ihrer Darstellung lebendig, Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse lassen sich minutiös nachvollziehen, kurzum: Diese Quellen besitzen einen hohen dokumentarischen Wert. Der Befund für das Aktenkonvolut für die Zeit ab dem Ende der 1970er Jahre ist hingegen ein anderer: Die Vorstandsprotokolle etwa sind weniger ausführlich und präzise, viel fragmentarischer, teilweise im Telegrammstil verfasst. Vieles wird nur angedeutet, die wiedergegebenen Aussagen sind uneindeutig, zu manchen Themen versiegen sie ganz. Auf Papier gebannt blieb vielfach eine sprachliche Ornamentik, die nur vage Rückschlüsse auf den Verlauf von Diskussionen und Kontroversen, auf das Ringen um Kompromisse und gleichwohl fortbestehende Konfliktlinien zulässt. In manchen Fällen wurde strikte Vertraulichkeit vereinbart, so dass bestimmte Fragen unbeantwortet bleiben mussten.

Zentrale Teile der Geschichte der Stephansstift sind bereits gut erforscht und dokumentiert. Dies gilt insbesondere für die Gründungsjahre des Stephansstifts und die Zeit des Nationalsozialismus, wo bereits eigene Studien vorliegen. Aufgrund dessen werden die gerade genannten Themenbereiche nachfolgend nur cursorisch berücksichtigt. Besonderes Augenmerk wurde hingegen auf die spannende Entwicklung des Stephansstifts – sowohl als Bruderschaft, als auch als diakonischer Träger – in der Bundesrepublik Deutschland gelegt.

Redaktionelle Hinweise

Die Namen von Personen sind zur leichteren Orientierung bei der ersten Nennung kursiv gesetzt. Nach Möglichkeit sind Vor- und Nachnamen sowie Geburts- und Sterbejahr angegeben – die Datensätze sind jedoch in manchen Fällen unvollständig. Die verfügbaren Angaben sind im Personenregister am Ende des Buches noch einmal aufgeführt.

Bewohner und Bewohnerinnen wurden in den meisten Fällen anonymisiert, dagegen werden Vorsteher, Pfarrer und Ärzte sowie die leitenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von staatlichen oder kirchlichen Behörden – als „Personen der Zeitgeschichte“ – mit ihrem vollen Namen genannt.

Rechtschreibung und Zeichensetzung in den Quellenzitaten wurden – soweit nicht anders angegeben – behutsam dem heute geltenden Regelwerk angepasst.

Gründung (1869 bis 1899)

Die Gründungsgeschichte des Stephansstifts ist auf dem Hintergrund der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Hannover zu betrachten: Die Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen im Jahre 1866 und ihre politischen Folgen spielten dabei ebenso eine Rolle wie die Entstehung eines industriellen Ballungsraums um die Stadt Hannover, das rapide Bevölkerungswachstum und die dadurch ausgelösten sozialen Umwälzungen und Verwerfungen. Daher soll, bevor die Gründungsgeschichte des Stephansstifts dargestellt wird, zunächst dieser gesellschaftliche Hintergrund ausgeleuchtet werden.

Welfen, Nationalliberale, Sozialdemokraten – Die politische Landschaft in Hannover seit 1866

In der Krise des Deutschen Bundes in den Jahren 1865/66 verfolgte der König von Hannover, *Georg V.* (1819–1878), zunächst eine Politik des Ausgleichs zwischen Preußen und Österreich, weigerte sich dann aber, einem preußischen Ultimatum zum Abschluss eines Bündnisses nachzugeben, und stellte sich auf die Seite Österreichs.¹ Nach der Kapitulation der hannoverschen Armee am 29. Juni 1866 – vorausgegangen war der Pyrrhussieg in der Schlacht von Langensalza am 27. Juni – und dem entscheidenden Sieg Preußens über die Truppen des Deutschen Bundes in der Schlacht von Königgrätz am 3. Juli 1866 musste *Georg V.* ins Exil gehen, das welfische Königreich wurde am 3. Oktober 1866 in den preu-

1 Die Darstellung der politischen Entwicklung folgt: Dieter Brosius, *Die Industriestadt. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des I. Weltkriegs*, in: Klaus Mlynek / Waldemar R. Röhrbein / Dieter Brosius (Hg.), *Geschichte der Stadt Hannover*, Bd. 2: *Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart*, Hannover 1994, S. 273–403, S. 311–313, S. 342–347.

ßischen Staat einverleibt, Hannover von einer Haupt- und Residenzstadt zu einer preußischen Provinzhauptstadt herabgestuft.

Anders als in anderen hannoverschen Städten, wo sich die Bevölkerung rasch mit der preußischen Annexion abfand oder sie gar begrüßte, verharrte die überwiegende Mehrheit der Einwohner der ehemaligen Residenz in einer extrem preußenfeindlichen Haltung. Das hatte einerseits wirtschaftliche Gründe. Vor allem die Handwerker, die kleinen Gewerbetreibenden und die Einzelhändler fürchteten Umsatzeinbußen nach dem Wegfall der Aufträge vom Hof, sie bildeten daher den harten Kern der antipreußischen Front. Auch hatte sich, allen vorangegangenen Konflikten zum Trotz, eine tiefe Loyalität gegenüber dem welfischen Fürstenhaus, insbesondere gegenüber dem seit seiner Jugend erblindeten König, herausgebildet, die sich nun mit der Empörung über die skrupellose Machtpolitik *Otto von Bismarcks* (1815–1898) und das „Säbelregiment“ des von Berlin eingesetzten Generalgouverneurs *Konstantin Bernhard v. Voigts-Rhetz* (1809–1877) verband. Die welfische Gesinnung kam in anonymen Flugblättern ebenso zum Ausdruck wie in symbolischen Akten der Renitenz wie dem Bemalen der Bürgersteige in den welfischen gelb-weißen Farben. Die Entscheidung für oder gegen den Hohenzollernstaat spaltete zunehmend die Stadtgesellschaft, der Riss ging manchmal quer durch die Familien.

Auch wenn die preußische Bürokratie behutsam vorging, die Verwaltungsstrukturen aus der Zeit vor der Annexion zum großen Teil erhalten blieben und mit dem Übergang an Preußen der Wirtschaftsaufschwung mit voller Macht einsetzte, tat sich Hannover doch schwer, sich als preußische Provinzhauptstadt einzurichten. Bei den Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867 feierte die Welfenpartei in Hannover einen Triumph. Der Magistrat und große Teile der Bürgerschaft beugten sich jedoch zunehmend der normativen Kraft des Faktischen und bezeugten dem preußischen König, der 1868 nach Hannover kam, ihre Loyalität. Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 löste dann eine Welle nationaler Begeisterung aus, die auch Hannover erfasste. Die Abwehrfront gegen Preußen begann allmählich abzubröckeln. Dennoch wurde die politische Landschaft Hannovers über zwei Jahrzehnte hinweg durch den tiefen Gegensatz zwischen den Welfen, die bis 1884 das hannoversche Reichstagsmandat behaupten konnten, und den Nationalliberalen, die bis 1908 die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus dominierten, bestimmt.

Mit der Entstehung einer industriellen Arbeiterschaft begann der Aufstieg der Sozialdemokratie. Seit Mitte der 1880er Jahre war die SPD die stärkste politische Kraft in Hannover. Bei den Reichstagswahlen entschied seit 1884 regelmäßig der Kandidat der SPD die Stichwahl für sich, abwechselnd unterstützt von den Welfen und den Nationalliberalen, die ihre Stimme lieber einem Sozialdemokraten gaben als dem politischen Erzfeind.

Lokomotiven und Leibnizkekse – Industrialisierung in Hannover

Die Industrie wurde im 19. Jahrhundert zum Motor der Stadtentwicklung.² In Hannover kam dieser Motor freilich nur stotternd in Gang, da die althergebrachten Wirtschaftsstrukturen eine starke Beharrungskraft entfalteten. Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein überwog in Hannover der handwerkliche Kleinbetrieb, nur vereinzelt kam es zur Gründung größerer Manufakturen und Fabriken. Diese verzögerte Entwicklung ist auf einen Kranz ungünstiger Rahmenbedingungen zurückzuführen. *Erstens* war die alte Zunftverfassung, die es verbot, handwerkliche Produkte im Fabrikbetrieb herzustellen, auch weiterhin in Kraft. Bis zum Ende des Königreichs Hannover im Jahre 1866 blieb die Macht der Zünfte ungebrochen. *Zweitens* wurde die Industrialisierung Hannovers durch die staatliche Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik behindert. Durch die 1827 erlassene Domizilordnung versuchte die Regierung, das Abwandern der ländlichen Unterschichten in die Städte zu unterbinden, so dass es für Unternehmensgründer zunächst durchaus schwierig war, Fabrikarbeiter zu rekrutieren. Im Falle Hannovers gab sich die Regierung besonders zurückhaltend. Zwar gingen vom Wiederaufleben der Residenz im Jahre 1837 kräftige Impulse auf Handwerk und Handel Hannovers aus, die Industrieansiedlung wurde jedoch von staatlicher Seite nicht gefördert, zumal der König und seine Kamarilla der Meinung waren, dass Fabriksschlote nicht in eine Residenzstadt passten. *Drittens* wirkte es sich hemmend auf den Industrialisierungsprozess aus, dass sich die hannoversche Regierung mit Rücksicht auf England lange Zeit nicht dazu entschließen konnte, sich dem Deutschen Zollverein anzuschließen, der unter Führung Preußens einen einheitlichen Zoll-, Handels- und Wirtschaftsraum in Deutschland zu schaffen bestrebt war. Erst 1854 vollzog Hannover den Beitritt zum Zollverein. Zu diesen politischen Hemmnissen gesellte sich, *viertens*, ein topographisches Hindernis. Es gab nämlich in der dicht besiedelten Kernstadt Hannovers nur wenige Freiflächen für die Industrieansiedlung, so dass sich die ohnehin wenigen Unternehmensgründer häufig auch noch gezwungen sahen, auf die Vororte auszuweichen.

Im Umland Hannovers war es vor allem das Dorf Linden, das von der Frühindustrialisierung profitierte. Zwar war Linden in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts noch überwiegend agrarisch geprägt, es hatte zunächst sogar den Anschein, als sollte es zu einem Gartenvorort Hannovers werden, doch vollzog *Georg Egestorff* (1802–1868) mit der Gründung einer Eisengießerei und Maschinenfabrik im Jahre 1835 den Schritt in das Industriezeitalter. 1846 nahm die Fabrik die Produktion von Lokomotiven auf. Das war der Startschuss für eine rasante Aufwärtsentwicklung zum industriellen Großbetrieb.

Auch einige Industriebetriebe in der Kernstadt Hannovers erlebten in der Hochkonjunkturphase nach 1866 einen kräftigen Aufschwung, an der Peripherie der Stadt entstanden neue, zukunftsweisende Unternehmen. Die Maschinenfabrik in Linden wurde nach dem Tod Georg Egestorffs 1868 an den Berliner „Eisenbahnkönig“ *Henry Bethel Strous-*

2 Die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung nach: ebd., S. 319–326, 377–382.

berg (1823–1884) verkauft. Innerhalb eines Jahres schaffte es Strousberg, die Produktion zu vervierfachen und damit selbst die in Deutschland und auf dem europäischen Kontinent führende Fabrik Borsig in Berlin hinter sich zu lassen. Die Belegschaft nahm um 2.500 auf 3.500 Arbeitskräfte zu. 1871 jedoch geriet Strousbergs Wirtschaftsimperium ins Wanken, er musste die Lindener Fabrik an ein Konsortium verkaufen. Eine Aktiengesellschaft, die Hannoversche Maschinenbau AG, kurz *Hanomag*, wurde gegründet. Die Krise wurde rasch überwunden, die Belegschaft, die vorübergehend auf den Stand von 1868 zurückgegangen war, wuchs wieder auf über 3.000 an.

In den 1870er Jahren löste die Metallindustrie die Textilindustrie als wichtigste Industriebranche im Raum Hannover ab. Auch eine Firma auf dem Sektor der Holzverarbeitenden Industrie profitierte vom Eisenbahnboom: die 1898 ins Leben gerufene Hannoversche Waggonfabrik (HAWA) in Ricklingen. Die Gummiindustrie war mit sechs Unternehmen vertreten, von denen die Continental mit fast 12.000 Arbeitern (1913) die bedeutendste war. Die Chemische Industrie wurde durch die Pelikan-Werke Günther Wagner vertreten. Auch auf dem Gebiet der Nahrungs- und Genussmittelindustrie etablierten sich in der zweiten Jahrhunderthälfte bedeutende Firmen, 1853 etwa die Schokoladenfabrik Bernhard Sprengel, 1879 die auf Delikatessen spezialisierte Firma Heinrich Wilhelm Appel, 1889 die Keksfabrik Hermann Bahlsen, die mit dem Leibnizkeks einen der frühesten und erfolgreichsten Markenartikel schuf, dazu mehrere Wurst- und Fleischwarenfabriken, Brauereien und die Zigarettenfabrik Constantin.

Mitte der 1870er Jahre war Hannover als Industriestandort an Linden vorbeigezogen, obwohl Linden auch weiterhin im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl der am stärksten industrialisierte Ort in Preußen blieb. Absolut gesehen hatte die hannoversche Industrie jedoch nunmehr ein Übergewicht. Das hing nicht zuletzt damit zusammen, dass die industrielle Entwicklung in Linden seit etwa 1890 zum Stillstand kam. Davon profitierten vor allem die anderen Vororte Hannovers. Hannover und sein Umland waren im Kaiserreich in das Industriezeitalter eingetreten.

Hannover wird Großstadt – Die Bevölkerungsexplosion und ihre Folgen

Die augenfälligste Begleiterscheinung der Industrialisierung war ein enormes Bevölkerungswachstum.³ In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor dem Durchbruch der Industrie, nahm die Bevölkerung Hannovers nur ganz gemächlich zu – bei jährlichen Wachstumsraten von rund einem Prozent von etwa 23.400 im Jahre 1810 auf gut 33.000 im Jahre 1855. Dann jedoch schnellten die Wachstumsraten in die Höhe. In der Gründerzeit zwischen 1871 und 1875 erreichten sie gar fünf Prozent. Danach flachte die Wachstumskurve zwar wieder etwas ab, mit Jahreszuwächsen von durchschnittlich 2,6 Prozent schlug das Bevölkerungswachstum aber weiterhin ein rasantes Tempo an. 1873 überschritt Hanno-

3 Die Darstellung der Bevölkerungsbewegung nach: ebd., S. 355–357.

ver bereits die 100.000-Einwohner-Marke und war damit – statistisch gesehen – in den Kreis der Großstädte eingetreten, 1895 lag die Einwohnerzahl bereits bei über 200.000, 1910 bei über 300.000. Noch dramatischer verlief die Entwicklung in Linden – bei jährlichen Zuwachsraten von bis zu zwölf Prozent nahm die Einwohnerzahl des Industrieortes von knapp 5.000 im Jahre 1852 auf 86.500 im Jahre 1913 zu. Nimmt man Hannover und Linden zusammen, so wohnten am Vorabend des Ersten Weltkrieges schon mehr als zwölf Prozent der Bevölkerung der Provinz Hannover in diesen beiden Städten.

Der weitaus größte Teil des Bevölkerungswachstums ergab sich aus der Zuwanderung. Die industriellen Ballungsräume wirkten wie Magneten auf die ländliche Überschussbevölkerung. So kam es im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu einer gewaltigen Binnenwanderung aus den agrarisch geprägten preußischen Ostprovinzen in die Industriegebiete des Westens. Auch Hannover wurde zu einem der Zielpunkte dieser modernen Völkerwanderung. 1905 war von den erwachsenen Einwohnern Hannovers nur noch knapp ein Viertel in der Stadt selbst geboren, das Gros der Zuwanderer stammte aus den Städten und Dörfern der Provinz Hannover und der benachbarten Länder Oldenburg, Braunschweig, Lippe und Waldeck, fast ein Drittel der Bevölkerung jedoch bestand bereits aus Fernwanderern, zu meist aus Ostelbien.

Die Zuwanderung hatte Einfluss auf die soziale Struktur. Hier kam es in der Phase der Industriellen Revolution zwischen 1840 und 1873 zu starken Verschiebungen und Verwerfungen. Die gewerbliche Arbeiterschaft entwickelte sich zur stärksten Sozialformation in der Stadt Hannover. Sie stellte fortan etwa ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung, in Linden stieg der Anteil der in der Industrie Beschäftigten sogar bis auf drei Viertel der erwachsenen Bevölkerung an. Das Industrieproletariat lebte in ausgedehnten Quartieren vor allem im Innenstadtbereich, wo Armut und Elend, in den Augen des Bürgertums auch Unsittlichkeit und Gottlosigkeit herrschten.

Lutheraner und Liberale – Kirchliche Verhältnisse in Hannover

Durch die Zuwanderung verschob sich langfristig auch die Konfessionsstruktur.⁴ Freilich: Hannover blieb auch im 19. Jahrhundert eine protestantische Stadt. Die überwältigende Bevölkerungsmehrheit stellten nach wie vor die Lutheraner, die sich jetzt aber von verschiedenen Seiten her bedroht sahen. *Erstens* fürchteten die entschiedenen Lutheraner nach der Annexion des Königreichs Hannover, dass die hannoversche Landeskirche in die Evangelische Kirche der altpreußischen Union überführt werden könnte. Zwar geschah dies nicht, die Evangelisch-lutherische Kirche Hannovers behielt ihre Eigenständigkeit und bekam ein eigenes Landeskonsistorium, doch hielt sich das Misstrauen gegenüber möglichen, von Preußen ausgehenden unionistischen Tendenzen hartnäckig. *Zweitens* bildete

4 Die Darstellung der kirchlichen Verhältnisse nach: ebd., S. 391–395; Ernst Schering, Gründung und Aufbau des Stephansstiftes, in: 125 Jahre Stephansstift. Festschrift zum 125. Jahresfest des Stephansstiftes, o.O. o.J. [Hannover 1994], S. 7–37, S. 9–11, 15f.

die hannoversche Landeskirche nur auf den ersten Blick eine in sich geschlossene Einheit. In der zweiten Jahrhunderthälfte entfalteten sich unter ihrem Dach unterschiedliche Glaubensrichtungen vom orthodoxen Neuluthertum bis zum theologischen Liberalismus. Die entschiedenen Lutheraner stießen also auch in den eigenen Reihen zunehmend auf Widersacher. *Drittens* gewannen mit der Urbanisierung andere Konfessionen an Boden. Die kleine reformierte Gemeinde, die bis zur Jahrhundertmitte nur eine winzige Minderheit gebildet hatte, wuchs bis 1913 auf etwa 10.000 Gemeindeglieder an. Die Zahl der Katholiken in Hannover, anfangs ebenfalls marginal, stieg im Zuge der industriellen Massenmigration bis 1910 auf über 30.000 an, das waren mehr als zehn Prozent der Bevölkerung. Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts nahm auch die absolute Zahl der Juden in Hannover zu, ihr relativer Bevölkerungsanteil pendelte sich aber bei etwa zwei Prozent ein. Im letzten Jahrhundertdrittel wuchs die jüdische Gemeinde dann durch Zuwanderung – auch aus Osteuropa – in absoluten Zahlen bis auf über 5.000 Mitglieder an, auch wenn ihr relativer Anteil an der Gesamtbevölkerung gleichzeitig auf 1,7 Prozent zurückging. *Viertens* schließlich erwuchs der evangelischen Kirche mit der Sozialdemokratie ein ernst zu nehmender weltanschaulicher Gegner, der in dem Maße an Boden gewann, wie die Kirchengemeinden Schwierigkeiten bekamen, die pastorale Versorgung in den rasant wachsenden Arbeitervierteln aufrechtzuerhalten.

Die Antwort auf all diese Herausforderungen bestand in einem Aufgreifen der Sozialen Frage, sowohl im Rahmen der Gemeindefarbeit als auch insbesondere unter dem Dach der Inneren Mission. Es war von daher kein Zufall, dass sich in den 1860er Jahren die Bildung eigener Strukturen der Inneren Mission in Stadt und Land anbahnte, aus denen dann das Stephansstift hervorgehen sollte.

„Schlinggewächs“ am Baum der Kirche? – Die Innere Mission in Hannover

Erste Impulse zur Gründung eines Vereins für Innere Mission in der Stadt und im Königreich Hannover gingen von *Johannes Hesekeel* (1835–1910) aus, der 1860 – damals noch im Dienst des Rheinisch-Westfälischen Jünglingsvereins – erstmals in Hannover weilte und seit 1863 – nun als Reiseprediger des Central-Ausschusses für Innere Mission – häufiger in die Stadt kam, um mit einem Kreis von Interessierten den Aufbau eines solchen Vereins zu erörtern.⁵ Die Gründung des „Evangelischen Vereins zu Hannover“ am 17. Mai 1865 ging schließlich zurück auf die Initiative des Polizeirats *Karl Grote* (1825–1897), der zwar im selben Jahr als Polizeidirektor nach Göttingen versetzt wurde, aber weiterhin zu den wichtigsten Förderern des neuen Vereins gehörte. Weitere wichtige Gründungsmitglieder waren der Oberkonsistorialrat und Schlossprediger D. *Gerhard Uhlhorn* (1826–1901), der 1878 als Abt zu Loccum zum obersten Geistlichen der hannoverschen Landeskirche aufstieg,

5 Die Darstellung der Anfänge der Inneren Mission in Hannover folgt: Schering, Gründung, S. 7–12.

und der Assessor im hannoverschen Kultusministerium *Friedrich Lohmann* (1831–1905), der in den 1880er Jahren in das Reichsamt des Inneren berufen wurde und die Bismarcksche Sozialgesetzgebung maßgeblich mitgestaltete. Vorsitzender des Evangelischen Vereins zu Hannover wurde Dr. jur. *Karl Lichtenberg* (1816–1883), der von 1862 bis 1865 das Amt des Kultusministers des Königreichs Hannover bekleidet hatte. Lichtenberg, ein Enkel des berühmten Göttinger Professors *Georg Christoph Lichtenberg* (1742–1799), wurde bald darauf zum Präsidenten des durch Königliche Verordnung vom 17. April 1866 geschaffenen „Landes-Konsistoriums für die evangelisch-lutherische Kirche Hannovers“ berufen und überließ die Leitung des Evangelischen Vereins, der schon nach kurzer Zeit 150 Mitglieder zählte, seinem Stellvertreter Gerhard Uhlhorn.

Uhlhorn hatte sich im Vorfeld der Vereinsgründung auch bemüht, *Ludwig Adolf Petri* (1803–1873), den Pfarrer an der Kreuzkirche zu Hannover, für den Vorstand zu gewinnen, weil es ihm wichtig erschien, einen der führenden Lutheraner der Landeskirche mit im Boot zu haben. Petri hatte jedoch grundsätzliche Vorbehalte, die sich allerdings nicht gegen die Arbeit der Inneren Mission an sich richteten. Sein Misstrauen galt vielmehr möglichen zentralistischen Tendenzen des von Berlin aus geleiteten Central-Ausschusses für Innere Mission und vor allem der vermeintlich konfessionellen Indifferenz und unionistischen Tendenz der Inneren Mission, die er als überzeugter Lutheraner entschieden ablehnte. Schon kurz nach der Gründung des Central-Ausschusses im Januar 1849 – vorausgegangen war die berühmte Stegreifrede *Johann Hinrich Wicherns* (1808–1881) auf dem Ersten Evangelischen Kirchentag zu Wittenberg am 22. September 1848 – hatte sich Petri in die Front der Kritiker eingereiht, indem er am 4. August 1849 einen Artikel seines Freundes *August Friedrich Otto Münchmeyer* (1807–1882) im „Zeitblatt für die Angelegenheiten der lutherischen Kirche“ zum Abdruck brachte, in dem die Innere Mission als „ein Schlinggewächs“ bezeichnet wurde, „welches Stamm und Äste des Kirchenbaumes zu überziehen und ihm alle Lebenskraft auszusaugen droht.“⁶ Diese Metapher sollte in der Polemik gegen die Innere Mission in der Folgezeit noch eine große Rolle spielen. Eine von beiden, die Kirche oder die Innere Mission, so hatte Münchmeyer damals prophezeit, werde über kurz oder lang das Feld räumen müssen. Die Prophezeiung bewahrheitete sich indessen nicht, und Petri fand sich 1865, wenn auch zögernd, bereit, die Bestrebungen der Inneren Mission in der Stadt Hannover zu fördern. Petri machte allerdings seine Mitarbeit davon abhängig, dass in den Statuten des neu zu gründenden Vereins das Wort „Innere Mission“ nicht auftauchte.

6 August Friedrich Otto Münchmeyer, Die innere Mission. Erster und zweiter Artikel, in: Zentralblatt für die Angelegenheiten der lutherischen Kirche 1849, S. 251–262, 279–290, S. 279. In einer Anmerkung zu diesem Artikel (ebd., S. 290, Anm. 1) bezeichnete Petri die Innere Mission als „unter den Phantastereien der Zeit eine der schlimmsten“, weil sie zum „Götzendienste“ verführe. Vgl. Ernst Schering, Schlinggewächs am Baum der Kirche. Widerstände norddeutscher Lutheraner gegen die Innere Mission, in: Hans Christoph v. Hase / Peter Meinhold (Hg.), Reform von Kirche und Gesellschaft, 1848–1973, Stuttgart 1973, S. 170–176; Thomas Jan Kück, Ludwig Adolf Petri (1803–1873). Kirchenpolitiker und Theologe, Göttingen 1997, S. 236.

So heißt es denn auch in § 1 der Satzung auf Betreiben Petris lediglich, das Ziel des Vereins sei es, „christliches Leben und Wirken im Sinne der lutherischen Kirche zu fördern.“⁷

Die praktische Arbeit des Evangelischen Vereins lag in den Händen von *Julius Freytag* (1835–1926). Er war 1863 zum Hilfsgeistlichen für den gesundheitlich angeschlagenen Petri ernannt worden und war in dieser Funktion auch für die Betreuung der in der Köbelinger Straße gelegenen Herberge zur Heimat für durchreisende Handwerksgesellen zuständig gewesen. Wie ein Blick auf seinen theologischen Werdegang zeigt, stand Freytag – wie sein Vorgesetzter Petri – im Lager des Neuluthertums. Er war aber auch tief geprägt durch *Wilhelm Löhe* (1808–1872), den Gründer der Diakonissenanstalt Neuendettelsau, der ein entschiedenes Luthertum, einen ausgeprägten Sinn für liturgische Formen und die Ideenwelt der Erweckungsbewegung zur Basis der von ihm geschaffenen diakonischen Unternehmungen verband.⁸

Zu Pfingsten 1867 gründete sich – neben dem Evangelischen Verein zu Hannover, dessen Wirkungskreis auf die Stadt Hannover beschränkt war – der „Hauptverein für die Innere Mission in der Hannoverschen Landeskirche“, der in der gesamten preußischen Provinz Hannover tätig wurde. Es hatte sich herausgestellt, „dass alle die Bestrebungen der Inneren Mission im ganzen Lande doch eines gemeinsamen Mittelpunkts bedürften, weil ohne den die Kräfte in den einzelnen Arbeitsgebieten und Landestheilen sich gar zu sehr zersplitterten, ja manchmal gradezu gegeneinander arbeiteten.“⁹ Freytag wurde zum Vereinsgeistlichen berufen.¹⁰ Zehn Jahre lang, von 1867 bis 1877, existierten die beiden Vereine nebeneinander, dann schlossen sie sich zum „Evangelischen Verein, Hauptverein für die Innere Mission in der evangelisch-lutherischen Kirche Hannovers“ zusammen – die Leitung blieb bei Julius Freytag.

Gerhard Uhlhorn soll auf Freytags Bitte um Instruktionen geantwortet haben, er möge sich selbst eine Arbeit suchen.¹¹ Das tat Freytag denn auch. 1865 gründete er einen Kolportageverein, um christliche Schriften zu verbreiten. 1866 führte er sonntägliche Abendgottesdienste in der Marktkirche zu Hannover für alle die Gläubigen ein, die sonntags arbeiten mussten – eine gesetzliche Sonntagsruhe gab es damals noch nicht. 1872 wurden auf Betreiben Freytags im Evangelischen Vereinshaus die ersten Kindergottesdienste abgehalten. 1868 begann er mit der Herausgabe des „Hannoverschen Sonntagsblattes“ – durch dieses christliche Periodikum sollte ein Gegengewicht zur populären, in frommen Kreisen gleich-

7 Zit. n. Schering, Gründung, S. 9.

8 Vgl. ebd., S. 8. Zur Bedeutung Wilhelm Löhes zuletzt: Hermann Schoenauer (Hg.), *Wilhelm Löhe (1808–1872). Seine Bedeutung für Kirche und Diakonie*, Neuendettelsau 2008.

9 Das Stephansstift, in: *Der Monatsbote aus dem Stephansstift [= Monatsbote]* 9 (1888), S. 32.

10 Der Verein übernahm sein Gehalt, er wurde aus dem Dienst der Landeskirche entlassen, durfte aber den Titel eines Pastors behalten – was einen Freund zu der spöttischen Bemerkung veranlasste, seine Stellung gleiche der eines Bischofs *in partibus infidelium*. „In den evangelischen Landeskirchen war im Laufe der Jahrhunderte das reformatorische Amt der Verkündigung auf das Pfarramt zusammengeschrumpft. Ein Geistlicher ohne Parochie war nach damaligem Recht undenkbar.“ Schering, Gründung, S. 11.

11 Ebd.

wohl als frivol kritisierten „Gartenlaube“ geschaffen werden. Freytags publizistische Tätigkeit war durchaus erfolgreich. Schon im ersten Jahr gewann das „Hannoversche Sonntagsblatt“ 2.200 Abonnenten und erzielte einen Reinertrag von 900 Talern. Die Auflage stieg binnen weniger Jahre auf 12.000 Exemplare.¹²

„Dienst der helfenden Liebe“ – Die Gründung des Stephansstifts

Inzwischen hatte ein neues Projekt Gestalt angenommen.¹³ Am 2. Juli 1868 hatte der Vorstand des Hauptvereins für die Innere Mission anlässlich der ersten allgemeinen lutherischen Konferenz die Gründung einer Brüderanstalt in Hannover beschlossen. Die Arbeit in den Brüderhäusern sei – zusammen mit der der Diakonissenmutterhäuser – „sowohl die Krone als wiederum die lebendige Wurzel“¹⁴ der Inneren Mission, da sie „die unentbehrlichen persönlichen Kräfte für die mancherlei Arbeiten der Inneren Mission hervorziehe, bewähre und ausbilde.“ Am 9. November 1868 billigte die Konferenz für Innere Mission in Hannover den Gründungsplan. Uhlhorn, Freytag und ein „Subkomitee“ sollten für das künftige Brüderhaus werben, geeignete Personen finden und Mittel beschaffen. Sie wurden ermächtigt, „eine allgemeine freiwillige Kirchensteuer auszuschreiben.“¹⁵ Zugleich wurde Freytag beauftragt, einen „Hannoverschen Volkskalender“ zugunsten der neuen Brüderanstalt herauszugeben.

In seiner Schlussnummer 1868 begründete und rechtfertigte das „Hannoversche Sonntagsblatt“ den Plan: Der Dienst der tätigen Nächstenliebe brauche „Personen, die darin ihren besonderen Beruf ausüben.“¹⁶ Dies stünde „weder mit den Rechten des Predigtamtes noch mit der allgemeinen Liebespflicht der Gläubigen“ im Widerstreit. „Wo die Gemeinden Tausende von Menschen umfassen, wo die Verhältnisse so bunt sind wie in unserer Zeit der Eisenbahnen und der Freizügigkeit“, seien die Geistlichen schlichtweg überfordert, zu Predigt und Seelsorge auch noch Armen- und Krankenpflege zu besorgen. Deutlich spiegelt

12 Ebd., S. 13f.

13 Die folgende Darstellung der Gründungsgeschichte des Stephansstifts nach: Das Stephansstift, in: Monatsbote 9 (1888), S. 32–37, 53f., 69–72, 94f., 113f.; 10 (1889), S. 30f., 57–62; 11 (1890), S. 57–59, 77–79; 12 (1891), S. 37–39, 63f.; 13 (1892), S. 9–13, 20–23, 59–64, 77–79, 86–88; 14 (1893), S. 30f., 37–39, 47f., 68–72, 77–79, 85–87, 94–96, 100–103; Jahresberichte des Stephansstifts 1881–1899; Schering, Gründung; Entstehung und Entwicklung des Stephansstiftes, in: 125 Jahre Stephansstift, S. 207–222; Johannes Wolff, Geschichte des Stephansstifts und seiner Bruderschaft, in: Monatsbote 50 (1929), Nr. 5 (Mai 1929), S. 2–112. Bei voneinander abweichenden Angaben, etwa im Hinblick auf die genaue Datierung von Ereignissen, folgen wir den zeitgenössischen Berichten.

14 Das Stephansstift, in: Monatsbote 9 (1888), S. 32. Danach auch das folgende Zitat.

15 Ebd., S. 71. Bei der Spendenwerbung hoffte man auf die Mitglieder des Hauptvereins für die Innere Mission sowie auf die „Geistlichen, die wir auch ohne Beitrittserklärung und Jahresbeitrag gleichsam als die geborenen Mitglieder und Agenten dieses Vereins betrachten.“ Ebd.

16 Ebd., S. 33. Danach auch die folgenden Zitate. Der Text stammt vermutlich von Pastor *Helmut Grütter* (1834–1900), der wohl ursprünglich als Vorsteher der künftigen Brüderanstalt vorgesehen war und Anfang 1869 einen Vortrag mit dem Titel „Wir müssen Brüder haben“ hielt. Darin finden sich manche Formulierungen wortwörtlich wieder. Das Stephansstift, in: Monatsbote 9 (1888), S. 35f.

sich hier die Erfahrung der Industrialisierung, der sprunghaft gestiegenen Mobilität und des rasanten Bevölkerungswachstums wider. Scharf wandte sich das „Sonntagsblatt“ auch gegen Stimmen, die meinten, „man solle nicht den Dienst der Liebe einzelnen Ständen oder Orden, Brüder- oder Schwesternschaften übertragen; das heiße den Strom der Liebe in die engen Grenzen eines besonderen Berufs einengen.“ Demgegenüber argumentierte das „Sonntagsblatt“, man wolle „den Strom der Liebe nicht eindämmen, sondern ihm nur Kanäle dahin graben, wohin er um der Sünde der Menschen willen nicht mehr kommt.“ Die christliche Gemeinde müsse, „was sie nicht mit Nachbarschaftshilfe ausrichten kann, [eben] mit Hilfe eines besonderen Berufs von Helfern und Helferinnen ausrichten.“¹⁷

Sodann begründete das „Sonntagsblatt“ die Notwendigkeit, eine Brüderanstalt auf dem Gebiet der hannoverschen Landeskirche zu errichten, indem es darauf hinwies, dass junge Hannoveraner zur Ausbildung in unierte Anstalten – das von Johann Hinrich Wichern 1833 gegründete Rauhe Haus in Horn bei Hamburg, in das 1843 von *Theodor Fliedner* (1800–1864) errichtete Pastoralgehilfeninstitut in Duisburg (Rheinprovinz) sowie in das 1850 ins Leben gerufene, vom früheren Hermannsburger Missionssuperintendenten *August Harde-land* (1814–1891) geleitete Brüderhaus in Neinstedt (Provinz Sachsen)¹⁸ – eintreten müssten, um später diakonische Arbeit in Hannover aufzunehmen. Dies sei „zumal bei der jetzigen Bedrohung unsrer lutherischen Kirche durch die Union kein gesundes Verhältnis; Rohmaterial ausführen und es als Fabrikat von dem Nachbarvolke teuer wieder kaufen, ist keine gute Volkswirtschaft“,¹⁹ kommentierte das „Sonntagsblatt“, eine Metapher aus der aufkommenden industriellen Welt gebrauchend, „und jetzt noch unsre Helfer innerhalb der Union ausbilden lassen, das wäre doch mindestens eine gefährliche Nachlässigkeit.“ Hier wird der kirchenpolitische Hintergrund der Gründung eines hannoverschen Brüderhauses noch einmal ganz deutlich.

In der Schlussnummer 1868 des „Sonntagsblattes“ wurde der Öffentlichkeit auch bekannt gegeben, dass die neue Brüderanstalt den Namen des Stephanus tragen sollte, des „ersten berufenen Diaconen und Armenpflegers“.²⁰ Um Missverständnissen vorzubeugen, beeilte sich das „Sonntagsblatt“, den Eindruck der Heiligenverehrung zu zerstreuen, „denn wir Protestanten protestieren gegen alles Aufrichten menschlicher Gerechtigkeit.“²¹ Vielmehr sollte der Name das besondere Amt des Diakons in der Kirche neben dem des Theologen, des Kirchenführers und des Pastors zum Ausdruck bringen:

„Der Herr hat seiner Kirche nicht allein einen Johannes und einen Petrus und einen Paulus gegeben, sondern auch einen Stephanus; will sagen: die Kirche bedarf nicht

17 Ebd., S. 33f.

18 Erwähnung finden an dieser Stelle auch das Brüderhaus in Züllchow (Pommern) und das Johannesstift in Berlin-Spandau, die aber wohl für die Brüderausbildung von Hannoveranern keine größere Bedeutung hatten.

19 Das Stephansstift, in: Monatsbote 9 (1888), S. 34. Danach auch das folgende Zitat.

20 Ebd., S. 54.

21 Ebd., S. 53.

allein der gläubigen *Gottesgelehrten*, die wie St. Johannes der Theologe den Adlerflug²² des Geistes himmelan erheben und mit stiller Anbetung sich in das Geheimnis der göttlichen Liebe versenken; auch nicht allein der festen Lenker im hohen und niedern Kirchenregiment, die wie St. Petrus der Felsenmann,²³ ohne Furcht vor den Massen, wie vor den Cäsaren, allein im Aufsehen auf den Erzhirten, die Herde Christi weiden, die ihnen befohlen ist; auch nicht allein der treuen, geisterfüllten Zeugen, die wie St. Paulus das Schwert des Geistes schwingen, das Wort Gottes predigen und recht teilen, und dabei ihre Stimme wandeln und allen alles werden können.²⁴ Nein, neben dieser dreifachen berufsmäßigen Ausrichtung des Amtes am Worte muss die Kirche auch dem Dienst der helfenden Liebe eine berufsmäßige Erweisung schaffen; neben den Professoren und den Männern des Kirchenregiments und den Pastoren muss sie auch ihre Diaconen und Diaconissen haben, die wie St. Stephanus und die Sieben²⁵ mit ihrem Dienste dem Amte des Wortes Raum schaffen.²⁶

Schon am 17. Januar 1869 konnte Freytag im „Hannoverschen Sonntagsblatt“ die Statuten der Brüderanstalt Hannover veröffentlichen: In § 1 wurde noch einmal ausdrücklich der dezidiert konfessionelle Charakter der Einrichtung hervorgehoben:

„Unter dem Namen Stephansstift besteht vor Hannover eine Brüderanstalt, welche junge Männer für den Dienst christlicher Nächstenliebe (Innerer Mission) auf Grundlage des Bekenntnisses und der Ordnungen der ev.-lutherischen Landeskirche Hannovers und zunächst zur Versorgung der innerhalb dieser Kirche vorhandenen Bedürfnisse ausbildet und entsendet.“²⁷

Den Vorsitz in dem vom Hauptverein für Innere Mission eingesetzten Vorstand übernahm der Geheime Justizrat *Ludwig August Brüel* (1818–1896), der von 1846 bis 1868 das Ressort für Schulverwaltung im hannoverschen Kultusministerium geleitet hatte und seit 1870 als Abgeordneter dem Landtag und dem Reichstag angehörte. Zum Vorstand zählten ferner Pastor Freytag, Pastor *August Hoyer* (1820–1908), Oberschulinspektor und Konsistoriumsmitglied *Carl Leverkühn* (1823–1906), Regierungsassessor *Lehmann* und Amtsrichter *Müller* († 1888) als Schatzmeister.

22 Der Adler ist das Sinnbild des Evangelisten Johannes.

23 „Und ich sage dir auch: Du bist Petrus, und auf diesen Felsen will ich meine Gemeinde bauen“ (Mt 16,18).

24 „Ich bin allen alles geworden, damit ich auf diese Weise einige rette“ (1. Kor 9,22).

25 Stephanus war einer der sieben Männer, die in der Gemeinde zu Jerusalem gewählt wurden, um die Witwen der griechisch sprechenden Judenchristen zu versorgen, da diese Gefahr liefen, von den aramäisch sprechenden Hebräern übergangen zu werden (Apg 6,1–6).

26 Das Stephansstift, in: Monatsbote 9 (1888), S. 54 (Hervorhebung im Original).

27 Zit. n. Schering, Gründung, S. 9. Die Formulierung findet sich nahezu unverändert in den behördlich genehmigten Statuten von 1890 wieder.

Am 1. Mai 1869 bezog Pastor Freytag zusammen mit dem Kandidaten *Woltmann* als erstem Oberhelfer und fünf jungen Männern – einem Tischler aus Mecklenburg, einem Steinhauer aus Holstein, einem Seemann aus Ostfriesland, einem Schneider und einem Bauern aus dem Lüneburgischen – eine Mietwohnung im Haus Breite Straße Nr. 6 in Hannover, in der schon Pastor Petri während des Pfarrhausbaus der Kreuzkirche gewohnt hatte. Am Himmelfahrtstag, dem 6. Mai 1869, fand dann im Beisein der Vorstände des Hauptvereins für Innere Mission und des Stephansstifts, der Geistlichkeit der Ägidienkirche, in deren Sprengel die neue Brüderanstalt lag, und einiger weniger geladener „Freunde und Freundinnen des Hauses“²⁸ die Einweihung statt – so wurde Himmelfahrt zum Stiftungstag des Stephansstifts.

Zunächst ging es naturgemäß um die Ausbildung der Brüder. Sie empfingen „täglichen Unterricht in den Dingen, die eine gute Volksschule bietet, und zwar in der Form und mit der Absicht, dass sie das, was sie selber lernten, demnächst auch wieder anderen, etwa verwahten Kindern beibringen könnten.“²⁹ Hinzu kam auch schon „mancherlei praktische Arbeit“ in der Stadt Hannover, die nicht nur die Gelegenheit bot, „selber zu unserm Unterhalt ein wenig beizutragen“, sondern auch die Möglichkeit eröffnete, „Erfahrung zu sammeln“. So halfen die angehenden Diakone in der Herberge zur Heimat und in der Volksbibliothek aus, übernahmen „Armenbesuche und Krankenpflege“ und übten sich im „Collectieren und Colportieren“. Die unregelmäßige praktische Arbeit, so klagte Pastor Freytag, habe indessen auch „eine böse Kehrseite“³⁰ – sie unterbreche den regelmäßigen „theoretischen Unterricht“.

Finanziell stand die neue Anstalt gut da. Der Reingewinn der ersten Ausgabe des „Hannoverschen Volkskalenders“ – von dem 52.000 Exemplare verkauft wurden – kam den Stephansstift zugute.³¹ Das erste Rechnungsjahr ging mit einem Überschuss von 1.365 Talern zu Ende, das zweite gar mit einem Überschuss von 1.750 Talern, obwohl die Kosten der ersten Einrichtung zu tragen waren.³²

1870/71 wurde die gerade eben erst begonnene Arbeit durch den Deutsch-Französischen Krieg jäh unterbrochen, von Beginn des Krieges im Juli 1870 bis Neujahr 1871 waren fast alle Brüder in Lazaretten eingesetzt,³³ die „Lehr- und Lernarbeit in der Anstalt“ musste „zunächst ganz aufhören“.³⁴ Von Neujahr 1871 an begann dann wieder der theoretische Unterricht, die praktischen Arbeiten in der Stadt wurden vorübergehend eingestellt, um in einem Unterrichtsblock das Versäumte nachzuholen. Am 2. April 1871 veröffentlichte Freytag im „Hannoverschen Sonntagsblatt“ erneut einen Aufruf für das Stephansstift, wobei er den Plan entwickelte, das Stephansstift als eigene Anstalt mit eigenem Vorsteher zu

28 Das Stephansstift, in: Monatsbote 9 (1888), S. 95.

29 Das Stephansstift, in: Monatsbote 10 (1889), S. 30. Danach auch die folgenden Zitate.

30 Ebd., S. 31. Danach auch das folgende Zitat.

31 Das Stephansstift, in: Monatsbote 9 (1888), S. 95.

32 Ebd., S. 113; Das Stephansstift, in: Monatsbote 10 (1889), S. 58.

33 Das Stephansstift, in: Monatsbote 10 (1889), S. 31.

34 Das Stephansstift, in: Monatsbote 9 (1888), S. 113.

reorganisieren,³⁵ vor die Tore der Stadt zu verlegen und die Brüderausbildung nach dem Vorbild des Rauhen Hauses mit einem Rettungshaus für zehn bis zwölf „verwahrloste“ Jungen zu verbinden.

Auch vor der Stadt war – wie Freytag klagte – Grund und Boden überaus teuer geworden, die Vororte waren in Erwartung der weiteren Expansion der Stadt Hannover in das Blickfeld von „Bauspekulanten“³⁶ geraten. Doch fand sich der Fabrikbesitzer Konsul *Schwemann*³⁷ bereit, der Brüderanstalt eine schmale Wiese hinter Kleefeld zu schenken, die von der Kirchröder Straße bis zur Eilenriede, dem Stadtwald Hannovers, reichte. Da für die Anlage ein Areal von vier Morgen gebraucht wurde, einigte man sich darauf, dass Schwemann dem Stephansstift diese vier Morgen zum Vorzugspreis von 500 Talern (1.500 Mark) verkaufte.³⁸ Darauf wurde, finanziert auch durch den Ertrag einer landeskirchlichen Kollekte, mit Hilfe von Handwerksmeistern aus dem Umfeld des Jünglingsvereins³⁹ das erste Haus, das spätere Haupthaus, errichtet. Am 8. März 1872 konnte das Richtfest gefeiert werden, am letzten Septembertag konnte etwas verspätet – nicht zuletzt hatte die „Streiklust der Arbeiter“⁴⁰ den Bau verzögert – der Umzug vonstatten gehen, am Sonntag nach Michaelis, dem 6. Oktober 1872, fand ein Fest mit 400 Gästen zur Einweihung des neuen Hauses statt. Es bot Wohn-, Schlaf- und Unterrichtsräume, Werkstätten und eine Anstaltsküche für zwölf Brüder und eine erste „Familie“ von zwölf Knaben, für den Vorsteher samt Familie, den Oberhelfer, die Haushälterin und den Gärtner.⁴¹ Über der Brüderstube war zu lesen: „Siehe, wie fein und lieblich ist's, dass Brüder einträchtig beieinander wohnen“ (Ps 133). Die Inschrift über der Knabenstube lautete: „Wer ein solches Kind aufnimmt in meinem

35 Freytag kündigte bei dieser Gelegenheit an, sich allmählich aus der Leitung des Stephansstifts zurückziehen zu wollen, was von allen drei Vorständen – dem des Evangelischen Vereins, des Hauptvereins für Innere Mission und des Stephansstifts – befürwortet werde. Vorläufig jedoch müsse er, wie Freytag schreibt, „beide Posten so gut es angehen wolle zu verbinden suchen, draußen wohnen und hier in der Stadt mir ein Stübchen mieten und mehrmals wöchentlich meine bestimmten Sprechstunden haben.“ Das Stephansstift, in: Monatsbote 10 (1889), S. 31.

36 Ebd., S. 58.

37 In den zeitgenössischen Quellen findet sich nur eine Abkürzung des Namens. Den Konsul Schwemann nennt: Wolff, Geschichte, S. 19.

38 Das Stephansstift, in: Monatsbote 10 (1889), S. 59. – Die Mark wurde am 4. Dezember 1871 als gemeinsame Währung des neuen Deutschen Reiches eingeführt, vom 1. Januar 1876 an war sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – das alleinige Zahlungsmittel. Sie löste verschiedene andere Währungen ab, u.a. den in den Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes geltenden Taler. Ein „Vereinstaler“ entsprach dabei drei Mark.

39 Das Stephansstift, in: Monatsbote 11 (1890), S. 58f. Die Meister waren gegenwärtige oder frühere Mitglieder des Jünglingsvereins. Sie bedachten das Stephansstift überdies mit großzügigen Geschenken. Der Maurermeister schenkte das Türmchen auf dem Gebäude samt Knopf, vergoldetem Reif und Windfahne, der Tischlermeister Hühner und Hühnerstall, Pferdekrippen und ein Hundehaus, der Zimmermann steuerte einen „wachsamen Spitz“ bei, der Malermeister malte noch am Abend vor der Einweihung die Bibelverse über Brüder- und Knabenstube.

40 Das Stephansstift, in: Monatsbote 11 (1890), S. 58.

41 Ebd., S. 57f.

Namen, der nimmt mich auf“ (Mt 18,5).⁴² Am 16. August 1873 wurde dann der erste Knabe aufgenommen – damit begann die Erziehungsarbeit im Stephansstift.

Die finanzielle Situation des Stephansstifts war durch den Neubau schwieriger geworden. Die Baurechnung belief sich schließlich auf etwa 14.600 Taler (43.800 Mark), deutlich über dem ursprünglichen Kostenvoranschlag. Hinzu kamen der Ankauf des Grund und Bodens für 500 Taler (1.500 Mark) sowie die Anschaffung des Inventars für 1.000 Taler (3.000 Mark). Da sich die Gesamteinnahmen des Stephansstifts zwischen 1969 und 1873 auf lediglich 17.500 Taler (52.500 Mark) beliefen, war der Bau nur durch eine Anleihe in Höhe von 4.000 Talern (12.000 Mark) möglich gewesen – zum ersten Mal hatte das Stephansstift Schulden gemacht, denen aber der Wert der eigenen Immobilie gegenüberstand.⁴³

Von Freytag zu Fricke – Der erste Leitungswechsel

Das Amt des Vorstehers versah auch am neuen Standort zunächst Julius Freytag, unterstützt von Pastor *Ludolf Wilhelm Fricke* (1840–1899), der am 2. Juni 1872 als Oberhelfer angestellt worden war.⁴⁴ Nach eineinhalbjähriger Zusammenarbeit übergab Freytag am 2. November 1873 – wie zuvor schon angekündigt – das Vorsteheramt an Fricke und kehrte als Geistlicher des Evangelischen Vereins nach Hannover zurück.⁴⁵ Am 6. November 1873 heiratete Fricke und führte seine Frau als „Hausmutter“ in das Stephansstift ein.⁴⁶ Es sei – so erkannte Julius Freytag an – „für den neuen Hausvater [...] doch ein schwerer Anfang und ein rechtes Glaubenswerk, die ganze Anstalt mit 4.000 Thlr. Bauschuld, mit ihrer Hausgenossenschaft von 20 Personen [...] ohne irgend welches feste Einkommen oder einen sichern Fond zu übernehmen.“⁴⁷ Die Stellung des neuen Vorstehers in der Landeskirche war nämlich zunächst ungeklärt. Erst am 31. Dezember 1880 teilte das Landeskonsistorium in Hannover mit, es habe Fricke die in der Kirchengemeinde Kirchrode für das Stephansstift errichtete Pfarrkollaboratur – die Stelle eines Hilfsgeistlichen – verliehen. Vom 1. Februar 1881 an erhielt er von der Landeskirche ein Jahresgehalt von 2.400 Mark.⁴⁸ Mit dem Aufbau einer eigenen Anstalt war der „volksmissionarische Impetus“⁴⁹ in der Arbeit des Evangelischen Vereins in den Hintergrund getreten. Dem wollte Fricke, schriftstellerisch und

42 Ebd., S. 59.

43 Das Stephansstift, in: Monatsbote 12 (1891), S. 63f.

44 Das Stephansstift, in: Monatsbote 11 (1890), S. 57. Zur Biographie Frickes: Schering, Gründung, S. 18f.

45 Freytag verließ Hannover im Jahre 1883 und übernahm eine Pfarrstelle in Langenholtensen. In seinem Versetzungsgesuch führte er gesundheitliche Gründe an, „was insofern nicht überzeugend wirkt, als er immerhin 91 Jahre alt wurde.“ Es hatte wohl inhaltliche „Differenzen“ gegeben. Schering, Gründung, S. 14.

46 Das Stephansstift, in: Monatsbote 12 (1891), S. 38.

47 Das Stephansstift, in: Monatsbote 13 (1892), S. 9. Der hauseigenen Überlieferung zufolge zögerte Fricke, das Amt zu übernehmen. Er machte zur Bedingung, dass die Errichtung der Knabenanstalt noch durch Freytag geschehen sollte. Das Stephansstift, in: Monatsbote 12 (1891), S. 37.

48 Das Stephansstift, in: Monatsbote 13 (1892), S. 78.

49 Schering, Gründung, S. 28.

künstlerisch begabt, mit der Herausgabe des „Monatsboten aus dem Stephansstift“, der seit Januar 1880 erschien, entgegenwirken. Zugleich berichtete der „Monatsbote“ dem evangelischen Hannover von nun an regelmäßig über die Fortentwicklung des Stephansstifts.

Der Bauernsohn Fricke machte sich nach seiner Ernennung zum Vorsteher „mit ungeheurer Energie und Umsicht“⁵⁰ daran, den Grundbesitz der jungen Anstalt zu vergrößern. Schon am Ende seines ersten Dienstjahres hatte das Stephansstift weitere zehn Morgen angekauft, von denen es vier Morgen mit dem Magistrat der Stadt Hannover tauschte, wodurch das Gelände um das Haupthaus auf acht Morgen anwuchs. Der Schuldenstand erhöhte sich dadurch von 12.000 Mark auf 19.800 Mark.⁵¹ Fricke ließ sich davon nicht schrecken und kaufte auch in den folgenden Jahren Grundstück um Grundstück. So erwarb er 1882/83 für 26.000 Mark weitere zwanzig Morgen Land und machte dabei 22.000 Mark Schulden, obwohl er sich darüber im Klaren war, dass der geforderte Preis überhöht war: „Wir hätten aber, offen gesagt, das Doppelte dafür bezahlt, wenn wir’s nicht anders hätten kriegen können – *wir mussten’s haben*.“⁵² Innerhalb weniger Jahre konnte das Gelände der Stammaanstalt auf 64 Morgen vergrößert werden. Hinzu kamen 35 Morgen Äcker und Wiesen, vor allem in Kirchrode, die vom Stephansstift aus von den Zöglingen bewirtschaftet wurden, dazu 25 Morgen Moor und Wald in Misburg, damals ein Dorf vor Hannover.⁵³ Auf diese Weise schuf Fricke nicht nur Arbeitsmöglichkeiten für die Jungen des Rettungshauses, er trug auch ein beträchtliches Vermögen an Grund und Boden zusammen, das sich in dem Maße rasant vermehrte, wie die Grundstückspreise rund um Hannover im Zuge der Stadterweiterung in die Höhe schnellten. Spätere Generationen sollten von diesem Vermögen zehren.

1874 veröffentlichte Fricke einen Spendenaufruf zum Bau eines eigenen Knabenhauses im „Hannoverschen Sonntagsblatt“.⁵⁴ Die eingehenden Spenden ermöglichten es, neben dem Haupthaus ein Gebäude zu errichten, in dessen Erdgeschoss sich Wohn-, Schlaf- und Waschräume sowie zwei Unterrichtszimmer für die Jungen, dazu Raum für die Werkstätten der Tischler, Schuster, Schneider und Buchbinder, Stroh- und Korbflechterei, Waschküche und Geschirrkammer befanden. Im Obergeschoss waren der Betsaal und mehrere Wohn-

50 Ebd., S. 19.

51 Das Stephansstift, in: Monatsbote 13 (1892), S. 11.

52 Das Stephansstift, in: Monatsbote 14 (1893), S. 30 (Hervorhebung im Original).

53 Zahlenangaben nach: Schering, Gründung, S. 19. Im Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1888, in: Monatsbote 10 (1889), S. 8–13 [= Jahresbericht 1888], S. 9, wird angegeben, dass das Stephansstift seinerzeit über 53 Morgen 80 Ruten (im Hannoverschen entsprach eine Rute 21,8 Quadratmetern) in einer Fläche rings um die Anstalt verfügte, weiter über zwei Morgen in unmittelbarer Nähe, 13 Morgen Äcker und Wiesen in der Kirchröder Feldmark und 25 Morgen Moor und Wald in Misburg.

54 „Und es war wirklich hohe Zeit“, schrieb Fricke rückblickend, „denn das alte Haupthaus saß nachgerade gepresst voll Menschen: der Hausvater mit den Seinen, der Oberhelfer, die Haushälterin, Brüder, Knaben, Präparanden. Und dann noch Bäckerei und Wäscherei und Tischlerei und Schusterei und Schneiderei – es ging nicht mehr.“ Das Stephansstift, in: Monatsbote 13 (1892), S. 11. Zeitweilig lebten über dreißig Menschen im Haupthaus. Ebd., S. 12.

zimmer untergebracht. Am Himmelfahrtstag, dem 6. Mai 1875, konnte das Richtfest gefeiert, zu Michaelis, am 29. September 1875, das neue Haus eingeweiht werden, wobei erstmals der hauseigene Posaunenchor aufspielte.⁵⁵

Damit war die Bautätigkeit keineswegs abgeschlossen. Schon 1875 erging ein weiterer Aufruf zum Bau eines Siechenhauses für alte und unheilbar kranke Männer. Durch zahlreiche Spenden, vor allem aber durch eine Hauskollekte in der gesamten Provinz Hannover, konnten Mittel zum Bau aufgebracht werden. Im Juli 1877 konnte der Grundstein gelegt, am 27. September 1877 die Einweihung gefeiert werden. Das neue Siechenheim bot Platz für über siebzig alte Männer – bis Ende 1878 waren 35 Plätze belegt. Das Haus war vergleichsweise modern eingerichtet, mit eigener Wasserleitung, Badestuben, Isolierzimmer und Krankenaufzug. Im Keller wurde eine Druckerei untergebracht. Die Baukosten summierten sich auf 62.150 Mark, von denen 49.000 Mark durch die Hauskollekte aufgebracht werden konnten.⁵⁶

In die Welt hinein – Die Brüderschaft und ihre Arbeitsgebiete

Sowohl das Rettungshaus wie auch das Siechenheim dienten zuvorderst als Ausbildungsstätten für die künftigen Brüder des Stephansstifts. Bis 1873 waren 17 junge Männer in der Brüderanstalt aufgenommen worden, von denen zwei mittlerweile verstorben waren. Von den übrigen 15 arbeitete einer als Hausvater der Herberge zur Heimat in Hannover,⁵⁷ einer als ausgebildeter Gehilfe im Rettungshaus Hünenburg bei Melle. Ein anderer befand sich zu dieser Zeit in New York, um sich auf die Arbeit an deutschen Auswanderern vorzubereiten, drei weitere „auf Übungsstationen in Rettungs- und Armenhäusern“,⁵⁸ die übrigen neun noch im Stephansstift.

Man sieht: Schon während ihrer Ausbildung wurden manche Brüder auf auswärtige Arbeitsstellen entsandt, nach ihrer Ausbildung arbeiteten manche als „Hausbrüder“ im Stephansstift, andere kamen als „Sendbrüder“ in anderen Einrichtungen der Inneren Mission zum Einsatz. Anfangs hatten die Brüder aus dem Stephansstift wohl keinen besonders guten Ruf. 1882 klagte Pastor Fricke, es stünden fertig ausgebildete Brüder bereit, die in die Arbeit geschickt werden könnten – „aber sie stehen und warten und warten, während man in den *lutherischen* Anstalten unserer Landeskirche Brüder als Hausväter von außen beruft, ohne bei uns *auch nur zu fragen*.“⁵⁹ Er habe wiederholt sagen hören, so Fricke im Jahr da-

55 Ebd., S. 22. Vgl. Hans-Jürgen Lange, Das Stephansstift und die Posaunenchor, in: 125 Jahre Stephansstift, S. 143–154.

56 Das Stephansstift, in: Monatsbote 13 (1892), S. 61.

57 Zeitgleich hatte ein weiterer Bruder, der aber mittlerweile verstorben war, das Amt eines „Colporteurs“, „Vereinsboten“ bzw. „Stadtmissionars“ in Hannover übernommen. Das Stephansstift, in: Monatsbote 10 (1889), S. 60f.

58 Das Stephansstift, in: Monatsbote 13 (1892), S. 10.

59 Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1882, in: Monatsbote 4 (1883), S. 3–7 [= Jahresbericht 1892], S. 5 (Hervorhebungen im Original).

rauf, „unsere Brüder seien nicht zu brauchen, und das von Leuten und aus Kreisen, die es besser wissen können.“⁶⁰ Dies sei „Verleumdung“, zürnte Fricke, die Kritiker sollten sich an den Einsatzorten der Brüder erkundigen.

Mit der Zeit legte sich jedoch das Misstrauen, Brüder aus dem Stephansstift kamen in einer Vielzahl von Einrichtungen in der Provinz Hannover und darüber hinaus zum Einsatz. So stellte das Stephansstift, wie den Jahresberichten zu entnehmen ist, die Hausväter in den Herbergen zur Heimat in verschiedenen Städten und Gemeinden der Provinz Hannover, vorübergehend auch im hessischen Marburg, die Vorsteher mehrerer Armenhäuser und die Stadtmissionare in verschiedenen Städten innerhalb und außerhalb der Provinz Hannover. Einer der Brüder wurde Lehrer an der „Idiotenanstalt“ Neu-Erkerode, ein anderer Gehilfe in der Arbeiterkolonie Kästorf,⁶¹ ein weiterer Gehilfe in der Erziehungsanstalt Linerhaus in Celle. Brüder des Stephansstifts übernahmen die Pflege im Herzoglichen Krankenhaus zu Braunschweig. Ein Bruder aus dem Stephansstift arbeitete als Lehrer an der deutschen Fabriksschule in Hoboken bei Antwerpen, ein anderer als Sekretär des Vereins christlicher junger Männer in Hamburg. Einer wurde Gefängnisaufseher, ein anderer sogar Schutzmann.⁶²

Am 1. Januar 1900 zählte die Bruderschaft des Stephansstifts 152 Brüder. Diese verteilten sich folgendermaßen auf die einzelnen Arbeitsgebiete:

- *Krankenpflege*: 47 Brüder auf neun Stationen (Siechenhäuser im Stephansstift, in Eppendorf und St. Petersburg; „Idiotenanstalten“ an Neu-Erkerode und Bremen; „Asyl für Epileptische“ in Rotenburg/Wümme; „Irrenhaus“ St. Jürgen bei Bremen; städtisches Krankenhaus in Glauchau; Blindenanstalt in Hamburg);⁶³
- *Herbergsarbeit*: 28 Brüder auf zwanzig Stationen (Herbergen zur Heimat in Braunschweig, Bremerhaven, Buxtehude, Celle, Einbeck, Gifhorn, Göttingen, Hannover, Harburg, Hoya, Linden, Northeim, Oldenburg, Osterode, Peine, Rotenburg/Wümme, Stade, Uelzen, Verden, Walsrode);

60 Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1883, in: Monatsbote 5 (1884), S. 7–11 [= Jahresbericht 1883], S. 9. Danach auch das folgende Zitat. – Als Einsatzorte wurden hier Hannover, Göttingen, Oldenburg, Rotenburg, Antwerpen und Neu-Erkerode genannt.

61 Dieser Gehilfe wurde 1885 abgezogen, weil es zu Auseinandersetzungen mit dem Hausvater der Arbeiterkolonie gekommen war. Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1885, in: Monatsbote 7 (1886), S. 10–14 [= Jahresbericht 1885], S. 11f.

62 Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1884, in: Monatsbote 6 (1885), S. 8–13 [= Jahresbericht 1884], S. 10f.; Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1886, in: Monatsbote 8 (1887), S. 9–13 [= Jahresbericht 1886], S. 10; Jahresbericht 1888, S. 10; Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1889, in: Monatsbote 11 (1890), S. 4–7 [= Jahresbericht 1889], S. 5; Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1890, in: Monatsbote 12 (1891), S. 41–46 [= Jahresbericht 1890], S. 44; Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1891, in: Monatsbote 13 (1892), S. 49–55 [= Jahresbericht 1891], S. 52f.; Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1893, in: Monatsbote 15 (1894), S. 44–46 [= Jahresbericht 1893], S. 44.

63 Hinzu kam die Privatkrankenpflege, zu der teilweise auch „Freibrüder“ eingesetzt wurden.

- *Seemannsmission*: sieben Brüder auf fünf Stationen (Antwerpen, Bremerhaven, Cardiff, Geestemünde, Hamburg);
- *Armenhäuser*: fünf Stationen (Buxtehude (verbunden mit der Herberge zur Heimat), Geestemünde, Osterholz-Scharmbeck, Otterstein bei Grasberg, Vegesack und Worpswede);
- *Rettungshausarbeit*: 25 Brüder auf sechs Stationen (Rettungshäuser im Stephansstift, in der Hünenburg bei Melle, in Himmelpforten, Ricklingen, Carolinenfeld und im Linerhaus in Celle);
- *Jugendpflege und Gemeindediakonie*: 14 Brüder auf zwölf Stationen (Hainholz, Hamburg (Bundesagenten des Nordbundes), Hannover (in der Posaunensache, im Jünglingsverein und in der Gemeinde der Apostelkirche), Harburg, Linden, Neumünster (Gemeinde und Landesverein), Paris (lutherisch-deutsche Gemeinde), Reiherstieg bei Wilhelmsburg, Wandsbeck);
- „*Kampf gegen die Trunksucht*“ (im St. Jürgen Asyl in Bremen, in der Gemeindediakonie in Schleswig-Holstein, in der Jugendarbeit in Hannover, wo Brüder des Stephansstifts einen Verein des Blauen Kreuzes gründeten);
- „*Heidenmission*“: Die Brüder *Otto Mai* († 1901) und *Kurt Fickert* (* 1874) taten, im Dienst der Leipziger Missionsanstalt stehend, Dienst bei den Wakamba in Ostafrika.

Man sieht: Brüder des Stephansstifts waren mittlerweile vom walisischen Cardiff bis zum russischen St. Petersburg und selbst in Afrika tätig. Innerhalb des Deutschen Reiches lag der Schwerpunkt der Arbeit im Norden: in der Provinz Hannover, in Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein.⁶⁴

Das wichtigste auswärtige Arbeitsgebiet der Brüder des Stephansstifts waren zunächst die Herbergen zur Heimat gewesen, die in den 1880er Jahren – unter dem maßgeblichen Einfluss von *Friedrich v. Bodelschwingh d. Ä.* (1831–1910)⁶⁵ – ihren Charakter als Unterkünfte für wandernde Handwerksgesellen weitgehend verloren hatten und zu Knotenpunkten im Netzwerk der Wanderrouten der arbeits-, obdach- und mittellosen Wanderer geworden waren. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts leerten sich die Herbergen freilich, was an sich „erfreuliche Ursachen“⁶⁶ hatte – der „Aufschwung der Industrie“ hatte neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, die Zahl der Arbeitslosen ohne festen Wohnsitz war deutlich zurückgegangen. Hinzu kam allerdings auch die „zielbewusste Agitation der

64 Die Arbeit in Mecklenburg, wo man die Herberge zur Heimat in Wismar und die Stadtmission in Schwerin betrieben hatte, war 1898/99 aufgegeben worden. Nachrichten zur Kenntnis des Stephansstifts und seiner Arbeit, in: Monatsbote 19 (1898), S. 47–52, S. 48f.

65 Dazu ausführlich: Hans-Walter Schmuhl / Ulrike Winkler Die Evangelische Perthes-Stiftung. Vom Fachverband der Wandererfürsorge zum diakonischen Unternehmen, 3. Aufl., Bielefeld 2018, S. 24–77; Projektgruppe „Ganz unten. Obdachlosigkeit, öffentliche Skandalisierung, diakonisches Engagement“, Wangemanns Wanderungen. Eine Episode aus der Frühzeit der Wandererfürsorge, in: Ravensberger Blätter, H. 2/2017, S. 12–32.

66 Jahresbericht 1897, S. 41. Danach auch das folgende Zitat.

Sozialdemokratie“.⁶⁷ 1899 klagte der „Monatsbote aus dem Stephansstift“: „Die ‚Heiligkeit‘, wie die Spottvögel die christliche Herberge genannt haben, wird gemieden, die ‚Fachherberge‘ aufgesucht; oft bleiben gerade die organisierten Arbeiter nach Eröffnung einer sozialdemokratischen ‚Zentralherberge‘ fort.“ Die stilleren Zeiten boten den Hausvätern nicht nur Gelegenheit, sich der Wanderer seelsorglich anzunehmen, sie konnten sich jetzt auch verstärkt der „Schriftenverbreitung“,⁶⁸ der „Jünglingsvereinsache“, dem „Arbeitsnachweis“⁶⁹ oder der „Einrichtung von Herbergssparkassen“ widmen, alles Arbeiten, „die sonst bei der Überfülle der Geschäfte leicht liegen bleiben.“ Das alles scheitere aber, so der Jahresbericht 1897, meist an der „leidigen Geldfrage. Nur zu oft lasten die stillen Zeiten wie ein schwerer Druck auf dem Hausvater; kann er nicht die gewohnten Überschüsse abliefern, so wird ihm wohl gar ein Vorwurf gemacht, als hätte er nicht gut und treu gewirtschaftet.“ Meist sollte dann „gespart und geknappt“ werden, die Hausväter verloren ihre „Freudigkeit“. Eine Alternative sah die Leitung des Stephansstifts in den Armenarbeitshäusern, wie sie in Bremen und Ostfriesland gegründet worden waren.

Kaum ein anderes Gebiet der Inneren Mission, so heißt es im Jahresbericht 1897, liege „so im Argen wie die männliche Krankenpflege“. Hier wollte das Stephansstift einen weiteren Schwerpunkt setzen. Wichtigste auswärtige Station auf diesem Gebiet war das St. Jürgen-Asyl bei Bremen, das im Jahre 1896 mit einem Oberpfleger und sechs Gehilfen aus dem Stephansstift besetzt wurde, nachdem die Brüder der Westfälischen Diakonenanstalt Nazareth, denen vorgeworfen worden war, Gewalt gegen die ihnen anvertrauten Patienten ausgeübt zu haben, hatten abgezogen werden müssen.⁷⁰ Fast ebenso bedeutsam war das „Asyl für Epileptische“ in Rotenburg/Wümme – der Dienst dort wurde als besonders aufreibend geschildert: „Da kann einer [...] durch die Unarten und Bosheiten der Kranken

67 Aus der Arbeit – für die Arbeit. Herbergen zur Heimat, in: Monatsbote 21 (1900), S. 25. Danach auch das folgende Zitat.

68 Jahresbericht 1897, S. 42. Danach auch die folgenden Zitate. – Vgl. auch: Aus der Arbeit – für die Arbeit. Herbergen zur Heimat, in: Monatsbote 21 (1900), S. 25f. Hier wird dafür plädiert, in den Herbergen zur Heimat entschiedener Mission zu betreiben – mit Wandsprüchen in den Schlafsälen, erbaulichen Bildern in den Fremdenzimmern, dem Bereitstellen christlicher Bücher und Blätter, Morgen- und Abendandachten und sonntäglichem Kirchgang. Es komme selten vor, dass die Wanderer „sich gegen die Andacht auflehnen, sie zu stören oder hindern suchen.“ Zum Kirchgang könne man sie kaum bewegen, weniger aus „Unlust zu Gottes Wort“, ausschlaggebend seien vielmehr „der Gedanke an den schäbigen Anzug und die Scheu vor den misstrauischen Blicken der wohlsituierten Kirchenbesucher“ (ebd., S. 26).

69 Solche „Vereinsnachweise“ gehörten zu den frühesten Formen der Arbeitsvermittlung. Vgl. Hans-Walter Schmuhl, Arbeitsmarkt und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871–2002, Zwischen Fürsorge, Hoheit und Markt, Nürnberg 2003, S. 22–34.

70 Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1896, in: Monatsbote 18 (1897), S. 49–56 [= Jahresbericht 1896], S. 54; Jahresbericht 1897, S. 39. Zum Konflikt zwischen dem St. Jürgen-Asyl und Bethel vgl. Gerda Engelbracht / Achim Tischer, Das St. Jürgen-Asyl in Bremen. Leben und Arbeiten in einer Irrenanstalt 1904–1934, Bremen 1990, S. 29–32; Hans-Walter Schmuhl, Psychiatrie in Bethel, 1886–1979, in: Kerstin Stockhecke / Hans-Walter Schmuhl (Hg.), Von Anfang an evangelisch. Geschichte des Krankenhauses Gilead in Bielefeld, Bielefeld 2014. S. 335–354, S. 337–341.

leicht zur Ungeduld und zum Zorne sich reizen lassen, sobald er nämlich vergisst, dass er es mit Schwerkranken zu tun hat, denen er um Christi willen in Liebe dienen will.“⁷¹

Ein Arbeitsgebiet, das man von Seiten des Stephansstifts gerne zügiger ausgebaut hätte, war die „Gemeindediakonie“. In der lutherischen Landeskirche Hannovers bestand aber eine „gewisse Abneigung“ gegen die Gemeindediakonie, die man auf die „unklare Stellung der Stadtmissionen“ zurückführte, „die oft genug quer durch die Gemeinden hindurchfahren und nicht der Kirche dienen, sondern unkirchlichen, sektenhaften Sinn fördern.“ Die Brüder des Stephansstifts sollten indessen „nicht predigen, überhaupt möglichst nicht dem kirchlichen Amte selbstständig gegenüberstehen – sie sollen Gehilfen des Pastors sein, ihm abnehmen, was ihn so oft an seiner eigentlichen Arbeit hindert, Schreibwerk, Armenbesuche, Vereins- und Posaunensache und dergl., und es ihm möglich machen, ganz Prediger und Seelsorger zu bleiben.“ Ein wichtiges Arbeitsgebiet der Gemeindediakone waren die Jünglings- und Jugendvereine – angeregt wurde der Bau von Jugendheimen in den Kirchengemeinden, wo am (mittlerweile) arbeitsfreien Sonntag die Lehrlinge zusammenkommen könnten, statt auf der „Straße“, im „Wirtshaus“ oder auf dem „Tanzboden“⁷² herumzulungern. Um den Brüdern in den Gemeinden „eine kirchlich klare Stellung zu verschaffen“, plädierte das Stephansstift für eine „Vereinigung des Gemeindediakonats mit dem Küsteramte“, das ohnehin über kurz oder lang in den Großstädten vom Lehreramte getrennt werden müsse. Es sei dies „der einzige gangbare Weg“,⁷³ um eine „Stadtmission“ im Sinne der erstarkenden Gemeinschaftsbewegung zu verhindern.⁷⁴ Die Übertragung der Küsterstelle an der Apostelkirche in Hannover an einen Bruder des Stephansstifts im Jahre 1898 wurde freudig begrüßt. Zugleich jedoch wurde es als ein „Unding“ kritisiert, dass zwar aus Paris und St. Petersburg Bitten um Brüder eingingen,

„die eigne Landeskirche [aber] vielfach tut, als gäbe es gar keine Brüderanstalt hier, und nicht nur Armen- und Waisenhausväter-, sondern selbst Küsterstellen mit Militärwärtern besetzt werden, ohne dass bei uns auch nur angefragt würde, ob unter unseren Leuten eine geeignete Persönlichkeit vorhanden sei.“

Die Ausbildung der Brüder

Die Zahl der Eintritte in die Brüderanstalt stieg – mit manchen Schwankungen – von zwölf im Jahre 1883 auf 31 im Jahre 1894. Zugleich nahm jedoch auch die Zahl der Probebrüder wie auch der fertig ausgebildeten Brüder zu, die aus der Brüderanstalt entlassen wurden oder

71 Jahresbericht 1897, S. 43. Danach auch die folgenden Zitate.

72 Aus der Arbeit – für die Arbeit. Jünglings- und Jugendvereine, in: Monatsbote 21 (1900), S. 24. Danach auch die folgenden Zitate

73 Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1898, in: Monatsbote 20 (1899), S. 41–54 [= Jahresbericht 1898], S. 46. Danach auch die folgenden Zitate.

74 Die Gemeinschaftsbewegung war eine pietistische Aufbruchbewegung, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einigen Landeskirchen an Boden gewann.

sie von sich aus verließen – von drei im Jahre 1883 auf 16 im Jahre 1894.⁷⁵ So wuchs die Bruderschaft des Stephansstifts langsam, aber stetig von 44 (1883) auf 75 (1890), 117 (1893), 122 (1897), 143 (1898), schließlich auf 152 (1899).⁷⁶ Aufgrund der zahlreichen Nachfragen sah sich das Stephansstift gezwungen, „verschiedene leichtere Gehilfenstellen nur mit Aspiranten zu besetzen, die noch unerprobt sind und die wir viel lieber im Brüderhause selbst erprobt und erzogen hätten.“⁷⁷ 1896 war erstmals die Rede davon, dass man, um die viele „Arbeit drinnen und draußen tun zu können [...] Wärter neben unsern Brüdern [habe] arbeiten lassen müssen.“⁷⁸

Trotzdem jeder Jahresbericht die Klage enthält, man habe zu wenige Brüder, wurden die wenigsten Bewerber als Probebrüder aufgenommen. Das Brüderhaus, so wurde von Seiten des Stephansstifts immer wieder betont, sei „weder eine Zufluchtstätte für stellenlose Leute noch eine Besserungsanstalt für gefährdete und verkommene Jünglinge, die vielmehr in das Rettungshaus gehören.“⁷⁹ Es sei auch „keine Vorschule für solche, die später Krankenpfleger, Lehrer, Missionare oder Pastoren werden wollen.“ Spürbar entnervt klagte der Jahresbericht 1898, dass sich so viele „verschrobene Menschenkinder“⁸⁰ meldeten:

„Da wollten Eltern ihren verlorenen, andere ihren schwachsinnigen Sohn zum Bruderdienst empfehlen; was zu nichts auf Erden mehr taugt, soll für den Herrn Jesus und für die Arbeit an seinem Reiche noch gut genug sein. Da baten verheiratete, ältere Männer um Aufnahme, d.h. um Nachweis einer Stellung in der Inneren Mission, die eine Familie standesgemäß ernähren könnte, als wäre die Brüderanstalt ein Stellenvermittlungsbureau. Da schrieb ein schwärmerischer Jüngling: ‚Stellen Sie mich einem Atheisten oder Sozialdemokraten gegenüber, Und Sie werden sehen, was der Geist Gottes durch mich ausrichtet; das soll mein Examen sein;‘ als wäre das Stephansstift eine Sammelstätte für Schwarmgeister. Die alle konnten wir nicht gebrauchen.“

75 Über die Gründe der Entlassungen und Austritte erfährt man kaum etwas. Lediglich im Jahresbericht 1886 ist angegeben, dass ein Bruder „wegen Untreue in dem ihm übertragenen Beruf“ entlassen worden sei; ein anderer habe, „nachdem er als Bruder unserer Anstalt das Lehrerexamen bestanden, sich ohne Genehmigung des Vorstandes um eine Schulstelle beworben“, sei auch „von der Behörde wirklich angestellt und damit aus unserem Brüderverbande ausgeschieden.“ Jahresbericht 1886, S. 10.

76 Jahresbericht 1883, S. 9; Jahresbericht 1890, S. 44; Jahresbericht 1893, S. 44; Jahresbericht 1897, S. 39; Jahresbericht 1898, S. 46; Jahresbericht 1899, S. 75. – 1888 wurden zehn Probebrüder aufgenommen, zehn wurden entlassen oder traten aus. Mithin stagnierte in diesem Jahr die Brüderzahl – dies war allerdings eine Ausnahme. Jahresbericht 1888, S. 10.

77 Jahresbericht 1897, S. 39.

78 Jahresbericht 1896, S. 53.

79 Nachrichten zur Kenntnis des Stephansstifts und seiner Arbeit, in: Monatsbote 19 (1898), S. 47–52, S. 47. Danach auch das folgende Zitat.

80 Jahresbericht 1898, S. 44. Danach auch das folgende Zitat.

Aufgenommen wurden junge Männer evangelisch-lutherischen Bekenntnisses im Alter zwischen zwanzig und dreißig Jahren, „die bürgerlich unbescholten, dem Herrn Jesu und seiner Kirche von Herzen zugetan, körperlich und geistig gesund und willens sind, die Arbeit christlicher Liebe zu ihrem Lebensberufe zu machen und dabei dauernd in dem Dienst und in der Gemeinschaft des Brüderhauses zu bleiben.“⁸¹ Zu den Aufnahmebedingungen gehörte auch, dass die Anwärter „durch keinerlei rechtliche oder sittliche Verpflichtungen“⁸² daran gehindert waren, „sich dem gewählten Berufe vollständig hinzugeben“ – dazu gehörte auch, dass sie beim Eintritt in die Brüderschaft unverheiratet und unverlobt waren –, dass sie in der Lage waren, „sich in irgendeinem ordentlichen Berufe ihren Unterhalt selbst zu erwerben“, und dass sie eine Schulbildung nachweisen konnten, wie sie an einer „guten Volksschule“ vermittelt wurde. Dem Antrag auf Aufnahme in die Brüderschaft hatten die „Aspiranten“ eine Reihe von Dokumenten beizufügen: ihren Tauf- und Konfirmationsschein, ein ärztliches Gesundheitszeugnis, bei denjenigen, die noch der väterlichen Gewalt unterstanden, eine Bescheinigung des Vaters, dass er mit der Berufswahl des Sohnes einverstanden war,⁸³ ein „Zeugnis der bürgerlichen Obrigkeit über bürgerliche Unbescholtenheit“, ein Zeugnis des zuständigen Gemeindepfarrers im Hinblick auf „Kirchenbesuch, Abendmahlsgenuss und Seelsorge“,⁸⁴ die Militärpapiere, ein „Zeugnis des bisherigen Meisters, Prinzipals oder sonstigen Dienst- oder Arbeitsherrn über Berufstüchtigkeit und Fleiß“ sowie schließlich einen handgeschriebenen Lebenslauf, der Aufschluss über die Gründe der Berufswahl geben sollte.

Der Aspirant hatte zunächst eine „Vorprobe“ von mindestens sechs Wochen im Stephansstift abzulegen. Erschien er tauglich, wurde er sodann als „Probebruder“ in die Brüderschaft aufgenommen. Im „Probejahr“ mussten die jungen Brüder für Kleidung, Wäsche und Bücher selbst sorgen, vom Stephansstift erhielten sie freie Station, kostenlosen Unterricht sowie ein „kleines Taschengeld“. Zwischenzeitlich hatte man überlegt, ob man „nicht gleich von Anfang an, im ersten Probejahre, ein auskömmliches Gehalt gewähren“⁸⁵ sollte, doch hatte der Vorstand diesen Gedanken einstimmig verworfen, weil er glaubte, junge Männer, die dadurch angelockt würden, seien „kein wertvoller Zuwachs“ für die Brüderschaft. Im Probejahr erhielten die neu eingetretenen jungen Männer im Winter täglich fünf bis sieben Stunden, im Sommer drei bis fünf Stunden Brüderunterricht – „in Bibelkunde Alten und Neuen Testaments, Glaubenslehre, Kenntnis der lutherischen Bekenntnisschriften [...], Kirchengeschichte und Kunde der Inneren Mission einerseits, in Deutsch,

81 Nachrichten zur Kenntnis des Stephansstifts und seiner Arbeit, in: Monatsbote 19 (1898), S. 47f.

82 Aus den „Bestimmungen über die Aufnahme von Aspiranten in die Brüderanstalt des Stephansstifts“, wiedergegeben in den Nachrichten zur Kenntnis des Stephansstifts und seiner Arbeit, in: Monatsbote 19 (1898), S. 49. Danach auch die folgenden Zitate.

83 1898 wird berichtet, dass manche Aspiranten die Einwilligung ihrer Eltern nicht bekommen konnten – diese hätten den Eintritt in die Brüderschaft als „Überspanntheit“ angesehen. Jahresbericht 1898, S. 44.

84 Ebd., S. 50. Danach auch die folgenden Zitate.

85 Jahresbericht 1897, S. 40. Danach auch das folgende Zitat.

Rechnen, Schreiben, Realien andererseits.⁸⁶ Daneben arbeiteten die Probebrüder im Siechenhaus oder im Rettungshaus des Stephansstifts. Der Bericht über das Jahr 1898 musste einräumen, dass man in der „Brüderausbildung keine großen Fortschritte“⁸⁷ gemacht habe. Wegen des „andauernden Brüdermangels“ sei die Absicht, den Brüdern „eine gründlichere und eingehendere Ausbildung zu gewähren, vielfach durchkreuzt“ worden.

Nach Ablauf des Probejahres, nicht selten auch schon früher, wurden die jungen Brüder als „Sendbrüder“ in Gehilfenstellungen im Stephansstift eingesetzt oder „auf eine Reihe von Jahren“ in andere Anstalten ausgesandt, um die wichtigsten Arbeitsgebiete – die Verwaltung einer Herberge zur Heimat oder eines Armenhauses, die Pflege in „Idioten-, Epileptischen- und Irrenanstalten“ und die Erziehungsarbeit in Rettungshäusern oder Jugendvereinen – kennenzulernen. Es galt das Sendungsprinzip: Der Vorsteher des Stephansstifts entschied, wohin ein Bruder entsandt werden sollte – dieser hatte sich bedingungslos zu fügen. Während ihrer Ausbildung erhielten die Sendbrüder „nicht mehr Gehalt, als eben nötig ist zu sorgenfreier Existenz bei bescheidenen Ansprüchen.“⁸⁸ Nach Alter und Tätigkeit gestaffelt, bezogen die Sendbrüder – neben freier Station – ein Gehalt zwischen 180 und 360 Mark.⁸⁹ Während der Ausbildungszeit hatten die jungen Brüder unverlobt zu bleiben – zu einer Verlobung bedurfte es der Einwilligung des Vorstehers des Stephansstifts. Zur Begründung dieser Regelung gaben die Aufnahmebestimmungen an: „Wenn auch die Wahl der künftigen Ehefrauen Sache innerster Freiheit ist, so ist diese Bestimmung darum doch notwendig, weil das Brüderhaus dafür verantwortlich ist, dass die Frauen der Brüder für ihren künftigen Beruf geeignet sind.“⁹⁰ Vor der Einsegnung sollten die jungen Brüder für ein halbes oder besser ein ganzes Jahr wieder im Stephansstift „zu gründlicherer, abschließender Ausbildung“⁹¹ vereinigt werden. Am Ende ihrer Ausbildung wurden sie schließlich eingesegnet und wieder auf eine auswärtige Station entsandt, zunächst als eingesegnete Gehilfen, bis sich ein Arbeitsfeld fand, in dem sie einen eigenen Hausstand gründen konnten. Bei der Berufung auf eine Hausvaterstelle oder eine andere Lebensstellung wurde das Brüderhaus vermittelnd tätig, es handelte die Anstellungsbedingungen aus. Auch als verheiratete Hausväter blieben die Brüder „vollberechtigte Glieder der Brüderschaft“ – das Stephansstift verstand sich „nicht bloß [als] als eine Vorbildungsanstalt“, sondern als eine „Lebens- und Liebes- und Arbeitsgemeinschaft“, die ihre Glieder „fürs ganze Leben“ festhalten wollte. Vom Brüderhaus ausgesandt, blieben die Brüder mit ihm verbunden, auch

86 Ebd., S. 41. Danach auch das folgende Zitat. – Im Jahresbericht 1898 heißt es, der Unterricht der Probebrüder umfasse „Bibelkunde, Katechismus und Bekenntnisschriften, [...] Deutsch und Rechnen, Geschichte und Literatur, [...] Klavierspiel, Gesang und Posaunenblasen, und was sonst an elementaren Vorkenntnissen für die Arbeit der Inneren Mission nötig ist.“ Jahresbericht 1898, S. 45.

87 Jahresbericht 1898, S. 45. Danach auch die folgenden Zitate.

88 Jahresbericht 1897, S. 40f.

89 Nachrichten zur Kenntnis des Stephansstifts und seiner Arbeit, in: Monatsbote 19 (1898), S. 50.

90 Ebd.

91 Jahresbericht 1897, S. 41. Danach auch die folgenden Zitate.

wenn „das Brüderhaus grundsätzlich sich von jeder Einmischung in die speziellen Berufsangelegenheiten des Bruders fernhält.“

Der Pflege der Gemeinschaft innerhalb der Brüderschaft wurde anfangs nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. „Insofern kann man von einer Brüderschaft nicht reden. Das wichtigste war die strikte Bindung an den Vorsteher.“⁹² Am 2. Dezember 1890 wurde erstmals ein Brüdertag im Stephansstift abgehalten, zu dem sich 25 auswärtige Brüder und zwölf Hausbrüder einfanden.⁹³ Der zweite Brüdertag fand am 29. Dezember 1892 statt, es folgten mehrere Brüderkonferenzen, aber kein eigentlicher Brüdertag. Erst am 17./18. Oktober 1897 trat der dritte Brüdertag zusammen.⁹⁴

1888 wird erstmals die „Freibrüderschaft“ des Stephansstifts erwähnt – sie zählte 89 Mitglieder.⁹⁵ 1890 waren es 129 – „wir möchten hinter diese Zahl noch gerne eine Null setzen.“⁹⁶ 1891 zählte man immerhin 156 Mitglieder, 1893 waren es 194.⁹⁷ „Freibrüder kann übrigens jeder werden“, erfährt man aus dem Jahresbericht 1893, „braucht auch seinen Beruf darum nicht zu verlassen.“⁹⁸ Augenscheinlich handelte es sich um einen losen Zusammenschluss von Freunden und Förderern der Brüdersache.

Die Präparandenanstalt und die Zukunft des Brüderunterrichts

Kurze Zeit nach Beginn der Arbeit ergab sich die Gelegenheit, die Ausbildung der Brüder auf ein höheres Niveau zu heben.⁹⁹ Um die allgemeine Volksschulpflicht durchzusetzen, musste die Lehrerausbildung gefördert werden. Der preußische Minister für die geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, *Adalbert Falk* (1827–1890), rief daher mit einem Erlass vom 9. Juli 1872 zur Errichtung von privaten Präparandenanstalten auf, in denen begabte Volksschüler im Alter um die 14 Jahre in einem zweijährigen Kursus auf die Aufnahme in einem Lehrerseminar vorbereitet werden sollten.

Fricke erkannte die Möglichkeiten, die sich hier dem Stephansstift boten, um die Brüderausbildung zu professionalisieren, und setzte gegen die Bedenken einiger Vorstandsmitglieder durch, dass zu Ostern 1875 eine solche Präparandenanstalt mit neun Zöglingen im

92 Schering, Gründung, S. 30. Hier wird der erste Brüdertag irrtümlich auf das Jahr 1900 datiert.

93 Protokoll des 1. Brüdertages am 2.12.1890, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Es ging um Aufnahme, Einsegnung und Entsendung, um die Bezeichnung „Bruder“ und um die Gefahren des Wachstums der Brüderschaft, vor allem aber um die Einrichtung einer Pensionskasse.

94 Anlässlich der Amtseinführung des neuen Vorstehers Paul Oehlkers. Protokoll des 2. Brüdertages am 17./18.10.1897, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Es ging um den Brüderunterricht und einmal mehr um die Pensionskasse.

95 Jahresbericht 1888, S. 10.

96 Jahresbericht 1890, S. 44.

97 Jahresbericht 1891, S. 53; Jahresbericht 1893, S. 44. Mittlerweile war auch eine „Ordnung der Freibrüderschaft“ erlassen worden.

98 Jahresbericht 1893, S. 44.

99 Zum Folgenden ausführlich: Schering, Gründung, S. 21–24.

Stephansstift eröffnet wurde.¹⁰⁰ Dem Stift entstanden dadurch keine zusätzlichen Kosten, da die Gehälter der Lehrer und die Unterrichtskosten vom Staat getragen wurden, während die Angehörigen der Präparanden die Kosten für Unterkunft und Unterricht übernahmen. Zugleich profitierte das Stephansstift enorm von der Präparandenanstalt, indem die Präparanden und die jungen Brüder künftig gemeinsam unterrichtet wurden, so dass der theoretische Unterricht der angehenden Diakone einen qualitativen Sprung machte. Praktisch sah das so aus, dass die jungen Brüder vormittags am Unterricht der Präparanden teilnahmen und nachmittags und abends in der Erziehungsarbeit oder im Pflegedienst tätig waren. Wenn Not am Mann war, wurden die jungen Brüder vorübergehend vom Unterricht entbunden. Gelegentlich wurden sogar die Präparanden zur Arbeit im Stephansstift herangezogen. Die liberale Presse kritisierte die Verbindung von Stephansstift und Präparandenanstalt scharf. Im „Hannoverschen Tageblatt“ hieß es dazu: „Das stete Zusammensein unverdorbener Knaben und junger Leute mit zur Vagabondage neigenden Knaben ist durchaus ungeeignet und stellenweise sehr gefährlich.“¹⁰¹ Gleichwohl erfreute sich die Ausbildung im Stephansstift großer Beliebtheit, zeitweise zählte man über achtzig Zöglinge, die teils im Stephansstift, teils in Externaten in Kleefeld und Kirchrode wohnten.

Mit der Zeit ging die Zahl der Präparanden jedoch deutlich zurück – 1887 lag sie gerade noch bei dreißig. Obwohl sich das Stephansstift jetzt auch bemühte, „Knaben aus den höheren Ständen“¹⁰² zu gewinnen, nahm die Zahl der Präparanden kaum noch zu. „Mit Rücksicht auf die Ausbildung der Brüder“¹⁰³ beschloss der Vorstand, zu Ostern 1895 keine neuen Präparanden mehr aufzunehmen, zu Michaelis 1895 wurde eine größere Zahl von Präparanden an die Präparandenanstalt in Wunstorf überführt, die übrigen wechselten zu Ostern 1896 an eine andere Präparandenanstalt oder ein Lehrerseminar. Die Präparandenanstalt im Stephansstift wurde geschlossen, wodurch Lehrkapazitäten für den Brüderunterricht frei wurden.¹⁰⁴

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam die Forderung auf, einen „seminarartigen Unterricht, ähnlich den Predigerseminaren in Breklum und Kropp“¹⁰⁵ für die Brüder des Stephansstifts aufzuziehen, um sie auf „die neuen Aufgaben der Evangelisation und Gemeinschaftspflege“ vorzubereiten. Dazu konnte sich der Vorstand indessen nicht entschließen. Man beließ es dabei, die älteren Gehilfen für ein Jahr in das Brüderhaus zurückzuberufen, um sie vor der Einsegnung noch einmal am Stück zu unterrichten; einzelne Brüder wurden

100 Fricke stellte es rückblickend so dar, als sei die Präparandenanstalt „nicht gemacht“ worden, sondern gleichsam von selbst entstanden, weil einer der Zöglinge der Knabenanstalt habe Lehrer werden wollen. Das Stephansstift, in: Monatsbote 13 (1892), S. 11f.

101 Zit. n. Schering, Gründung, S. 24. Fricke ließ dazu eine sarkastische „Berichtigung“ abdrucken. Ebd., S. 24f.

102 Jahresbericht 1887, S. 11.

103 Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1894, in: Monatsbote 16 (1895), S. 49–52 [= Jahresbericht 1894], S. 50.

104 Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1895, in: Monatsbote 17 (1896), S. 41–47 [= Jahresbericht 1895], S. 44.

105 Jahresbericht 1898, S. 45. Danach auch die folgenden Zitate. – Die beiden 1882 gegründeten Predigerseminare in Breklum und Kropp bildeten Pastoren für den Dienst unter deutschen Auswanderern in Amerika aus.

auch an das Lehrerseminar in Hannover geschickt; ansonsten hoffte man, eine „briefliche Unterweisung“ der ausgesandten Brüder organisieren zu können. Dass „die neue Zeit“ an die künftigen Diakone „erhöhte Anforderungen, auch in Bezug auf äußere Bildung“ stelle, war unbestritten. Jedoch zog der Vorstand eine klare Grenze. Er beharrte darauf, „dass es nicht Aufgabe des Brüderhauses sein kann, seine Zöglinge zur Verkündigung des Wortes Gottes durch Predigt, Bibelstunde usw. vorzubereiten. Amt des Wortes und Amt der dienenden Liebe sind zweierlei.“ Man habe zwar nichts dagegen, wenn ein dazu begabter Bruder, etwa in der Vereinsarbeit, unter Anleitung eines Pastors „freie Ansprachen“¹⁰⁶ halte, aber „eine seminarartige Ausbildung zu solcher Tätigkeit im Allgemeinen scheint uns über die Ziele unseres Brüderhauses hinauszuliegen.“¹⁰⁷

Im Jahre 1900 musste der Vorsteher einräumen, dass im Hinblick auf den Brüderunterricht noch manches im Argen lag. Die Ausbildung litt unter der ständigen Unruhe im Brüderhaus – immer wieder mussten Brüder aus dem Unterricht abgezogen werden, so dass ihre Ausbildung unterbrochen wurde.¹⁰⁸ Auch ergaben sich Schwierigkeiten aus „der sehr großen Verschiedenheit der Brüder nach Alter, Stand, Vorbildung und Begabung“,¹⁰⁹ zumal es noch an „geeigneten Lehrbüchern“ fehlte. Für das Jahr 1899 liegt ein Curriculum vor. Danach erhielten die im Haupthaus und auf dem Knabenhof tätigen Brüder wöchentlich 18 Stunden Unterricht in den Fächern Katechismus (3 Stunden), Bibelerklärung (1 Stunde), Kirchenlied (1 Stunde), Kirchengeschichte (2 Stunden), Deutsche Grammatik (2 Stunden), Diktat (1 Stunde), Vorlesen (1 Stunde), Aufsatz (1 Stunde), Weltgeschichte (1 Stunde), Literatur (1 Stunde)¹¹⁰ und Rechnen (4 Stunden).¹¹¹ Die in den Siechenhäusern arbeitenden Brüder hatten hingegen nur sechs Wochenstunden: Hier standen die Fächer Rechnen (1,5 Stunden), Deutsche Grammatik, Diktat und Aufsatz (1,5 Stunden) sowie ein Krankenpflegekurs (3 Stunden) auf dem Programm. Beide Abteilungen erhielten zudem fünf Wochenstunden gemeinsamen Unterricht. Dabei wurden durchgenommen: Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts (1 Stunde), Innere Mission (1 Stunde), Glaubenslehre (1 Stunde), Heilsordnung, Bibelkunde des Alten Testaments (1 Stunde), Leben Jesu nach den drei ersten Evangelisten (1 Stunde). Hinzu kamen noch wöchentlich sechs Klavierstunden sowie je zwei Stunden Chorgesang und Posaunenblasen für geeignete Brüder. Das Wochenpensum der in der Erziehungsarbeit stehenden Probebrüder belief sich mithin auf bis zu 33 Stunden, das der in

106 Jahresbericht 1898, S. 46. Danach auch das folgende Zitat.

107 1899 kam Pastor Oehlkers noch einmal auf dieses Thema zurück, nachdem ein Kongress für Innere Mission in Straßburg gefordert hatte, die Brüder zur „Evangelisation und Gemeinschaftspflege“ auszubilden. Oehlkers hielt dies für einen „gefährlichen Irrtum“: „Seminare, welche Laien in 1 oder 2 Jahren zu ‚Evangelisten‘ ausbilden wollen, schaffen meiner Überzeugung nach nur eine oberflächliche Halbbildung.“ Jahresbericht 1899, S. 71f.

108 Ebd., S. 71.

109 Ebd., S. 73. Danach auch das folgende Zitat.

110 Im Literaturunterricht wurden 1899 „Egmont“ und „Götz von Berlichingen“ von Johann Wolfgang v. Goethe sowie „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ und „An den christlichen Adel deutscher Nation“ von Martin Luther durchgenommen. Jahresbericht 1899, S. 72.

111 Auf dem Lehrplan standen dabei Bruchrechnung, Regeldetri (Dreisatz) und Zinsrechnung. Ebd.

der Pflege tätigen auf bis zu 19 Stunden.¹¹² Zudem fanden wöchentlich Brüderabende statt, bei denen unter Leitung des Vorstehers „praktische Fragen aus dem Leben und der speziellen Arbeit der Inneren Mission im Lichte des Wortes Gottes behandelt“¹¹³ wurden.

**„... wie aus so einem armen verwaorlosten Menschenkinde ein recht offenes,
fröhlich spielendes und treulich arbeitendes Kind wird!“ –
Der Knabenhof und das preußische Zwangserziehungsgesetz**

Nach dem Erlass des preußischen Zwangserziehungsgesetzes vom 13. März 1878, das die zwangsweise Unterbringung straffällig gewordener, aber noch strafunmündiger Kinder im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren in geschlossenen Einrichtungen regelte, suchten die Behörden nach Unterbringungsmöglichkeiten, so auch in der Provinz Hannover. Da das Landesdirektorium ankündigte, es werde für jeden aufgenommenen Zwangszögling jährlich 300 Mark zahlen und „den Anstalten völlig freie Hand lassen in der Erziehung dieser Kinder“,¹¹⁴ öffnete das Stephansstift dieser Klientel bereitwillig seine Türen. Am 11. März 1879 wurde dem Rettungshaus des Stephansstifts der erste Zwangszögling überwiesen, am Ende des Jahres waren es bereits drei. Weitere folgten, die Zahl der im Rettungshaus untergebrachten Knaben nahm stetig zu, zumal jetzt auch von Eltern und anderen Erziehungsberechtigten verstärkt um die Aufnahme von Kindern gebeten wurde, „die in Gefahr der Verwaorlung standen.“¹¹⁵ 1883 lebten in der Rettungsanstalt des Stephansstifts bereits 93 Jungen, darunter nicht weniger als 53 Zwangszöglinge.¹¹⁶

Wie sich die Einbindung in die staatliche Zwangserziehung auf den Alltag der Rettungsanstalt auswirkte, muss offen bleiben – aus den Quellen erfährt man nichts über die Erziehungsprinzipien und -methoden in den 1870er/80er Jahren. Allerdings lässt eine beiläufige Bemerkung Pastor Fricke darauf schließen, dass in der Rettungsanstalt wohl auch schon zu dieser Zeit körperliche Züchtigungen vorkamen. Im Bericht über das Jahr 1882 schrieb Fricke, das Stephansstift habe Gottes „Zuchtrute“ zu spüren bekommen, was man demütig hinnehme – und er fügte an dieser Stelle hinzu: „Unsere Jungen sprechen auch nicht weiter davon, wenn sie Schläge gekriegt haben.“¹¹⁷ Erst aus den späten 1890er Jahren liegen Berichte über das Innenleben der Rettungsanstalt vor. So heißt es im Jahresbericht 1897:

„Freilich kommen sie [die Jungen] oft mit scheuem Misstrauen; es geht ihnen so, wie jenem Jungen, den der Bruder abholte vom Bahnhofe: Als der ihn fragte, ob er gerne mitginge, fing er gleich an zu weinen und sagte: ‚Kriege ich heute Abend auch schon Schläge?‘ – sie hatten ihn bange gemacht: Warte nur, wenn du nur erst im

112 Jahresbericht 1899, S. 72f.

113 Ebd., S. 73.

114 Das Stephansstift, in: Monatsbote 13 (1892), S. 77.

115 Ebd., S. 78.

116 Ebd., S. 87.

117 Jahresbericht 1882, S. 4.

Stifte bist, da gibt es jeden Morgen und jeden Abend Hiebe zum Frühstück und zum Abendbrot! Wenn sie dann aber merken, dass es bei uns möglichst selten Prügel gibt und ordentliches Essen, und sie sind erst hineingezogen in die stramme Arbeit, die sie in Atem hält vom Morgen bis zum Abend, Hausgeschäfte, Morgenandacht, Schule, Garten- und Feldarbeit, Lernstunde, Abendandacht, und dürfen sich dann am Abend noch tummeln, auf unserm schönen, freien Spielhofe, dann leben sie auf, und der trotzig Zug verschwindet aus dem Gesichte, sie blicken nicht mehr ‚unter dem Berge hervor‘, scheu und versteckt, sondern sehen einem frei und offen ins Gesicht – ja, größere Freude kann es gar nicht geben, als zu beobachten, wie aus so einem armen verwahten Menschenkinde ein recht offenes, fröhlich spielendes und treulich arbeitendes Kind wird!“¹¹⁸

Demnach setzte die Erziehungsarbeit im Stephansstift weniger auf körperliche Züchtigung als auf die pädagogische Wirkung harter Arbeit und einer straffen Tagesstruktur. Man halte sich in der Erziehungsarbeit von allem „Schablonenwesen“ fern, hieß es 1899. „Heutzutage droht ja in das Erziehungswesen der verwahten Kinder ein *militärischer* Zug hineinzukommen. Dem gegenüber wollen wir denn ausdrücklich aussprechen, dass wir *hier in Freiheit für die Freiheit erziehen*.“¹¹⁹

Freilich hatte das Rettungshaus des Stephansstifts wohl einen schlechten Ruf. Es seien, so der Jahresbericht 1898, „öfter Leute aus der Stadt mit ungeratenen Kindern hier draußen gewesen, um das Stephansstift als eine Art Butzemann zu verwenden – ein einziger Besuch sollte genügen, um die unartigen Buben in die Artigkeit hineinzuzügeln.“¹²⁰ Doch hätten sich diese Eltern beeilt, mit ihren Sprösslingen wieder in die Stadt zurückzukehren, wenn sie gesehen hätten, wie frei und ungezwungen es im Stephansstift zugehe. Ärger gab es mitunter auch mit den Eltern der Zöglinge. Manche von ihnen stünden abends am Zaun „und befragten ihr Söhnlein, ob’s Schläge gegeben, ob’s genug zu essen hätte, ob’s auch schwer arbeiten müsste.“ Andere, denen das Sorgerecht für ihre Kinder durch Gerichtsbeschluss genommen sei, wären „betrunken, mit der Branntweinflasche bewaffnet, auf den Knabenhof“ gekommen und hätten „Urlaub für ihren Jungen“ verlangt, „zum Schützenfest“ oder „zum Tanzvergnügen“. Es falle angesichts solcher Vorfälle schwer, „mit dem vierten Gebote im Einklang zu bleiben.“¹²¹

Eine Konsequenz der Einbeziehung in die staatliche Zwangserziehung war der forcierte Ausbau der Rettungsanstalt. Zwischen 1880 und 1884 wurden nach dem Vorbild des Rauhen Hauses vier kleinere Knabenhäuser für jeweils zwei „Knabenfamilien“ errichtet, in denen insgesamt 124 Jungen unterkommen konnten, dazu ein Schulhaus, ein Haus für Lehrer und Hausvater sowie ein Werkstättenhaus – „eine ganze Kolonie für sich.“¹²² 1895 bekam der

118 Jahresbericht 1897, S. 34.

119 Jahresbericht 1899, S. 63.

120 Jahresbericht 1898, S. 49. Danach auch die folgenden Zitate.

121 „Du sollst Vater und Mutter ehren“ (Ex 20,12, Dtn 5,16).

122 Jahresbericht 1883, S. 7.

Knabenhof – wie diese Kolonie fortan genannt wurde – noch einen Spielplatz,¹²³ der ebenso eingezäunt wurde, wie man jetzt auch „den ganzen Raum, auf dem die Knaben hausen, durch einen Zaun von dem übrigen Raume der Anstalt“¹²⁴ trennte und das gesamte Anstaltsgelände ringsum einzäunte. Von der Abtrennung des Knabenhofes erhoffte man sich „eine bessere Scheidung der Insassen der Anstalt“¹²⁵ sowie ein höheres Maß an „Kontrolle“.

Gerade auch der Ausbau der Werkstätten im Stephansstift war eine Konsequenz der staatlichen Zwangserziehung, mussten die Zwangszöglinge doch zum Teil bis zum 18. Lebensjahr und darüber hinaus in der Anstalt bleiben. „Dann kann man sie aber doch nicht einfach auf die Straße setzen und sagen: Nun seht zu“, erläuterte Fricke. „So mussten wir denn Werkstätten einrichten und mit tüchtigen Meistern zu besetzen suchen, Schusterei, Schneiderei, Tischlerei, Buchdruckerei, Buchbinderei, Schmiede, Bäckerei.“¹²⁶ Mehrere Meister des Stephansstifts wurden nach bestandener Prüfung in die Handwerksinnung aufgenommen.¹²⁷ Mit der Zeit entwickelte sich aus dem Werkstättenbereich eine regelrechte „Lehrlingsabteilung“. Zöglinge, die sich für eine Handwerkerlehre entschieden, konnten im Stephansstift eine vollständige Ausbildung als Buchdrucker, Buchbinder, Tischler, Schuhmacher oder Schneider durchlaufen; als Maurer, Schmied, Maler oder Korbmacher konnten sie so weit vorgebildet werden, dass sie bis zur Gesellenprüfung nur noch ein bis einhalb Jahre in einer größeren Werkstatt benötigten.¹²⁸ In der Lehrlingsabteilung kamen, so wird 1897 berichtet, zum einen jene Zöglinge des Knabenhofs, die nach dem Ende ihrer Schulzeit – aus welchem Grund auch immer – nicht zu einem Meister in die Lehre gegeben werden konnten, zum anderen jene, die dem Stephansstift erst nach ihrer Konfirmation von Eltern oder Vormündern zugewiesen wurden.

„Und während die ersteren sich ganz nett entwickeln – sie sind ja das Anstaltsleben und die Anstaltsordnung schon von früher gewöhnt –, machen diese letzteren uns große Not. Sie haben die falsche Freiheit der Landstraße oder der Großstadt oft schon mit vollen Zügen gekostet; sie haben daheim Eltern und Geschwister tyrannisiert und alles erreicht, was sie wollten, und nun sollen sie fleißig arbeiten, mäßig und still leben, aufs Wort gehorchen, abends statt ins Wirtshaus und auf die Gasse in den Unterricht gehen – da kommen sie sich vor wie der Vogel im Käfig und die Brüder und Meister haben manchen Grund zum Seufzen.“¹²⁹

123 Dieser Spielplatz wurde ringsherum mit Linden bepflanzt und mit einer Weißdornhecke abgegrenzt. Er erhielt Turngeräte und ein Karussell. Jahresbericht 1896, S. 51.

124 Jahresbericht 1895, S. 44.

125 Jahresbericht 1896, S. 51. Danach auch das folgende Zitat.

126 Das Stephansstift, in: Monatsbote 13 (1892), S. 87.

127 Jahresbericht 1897, S. 36.

128 Jahresbericht 1899, S. 66.

129 Jahresbericht 1897, S. 36. Danach auch die folgenden Zitate. – Im Jahresbericht 1899 heißt es freilich auch, dass bei den jungen Männern, die vier bis fünf Jahre als Schuljungen auf dem Knabenhof gelebt hatten und nach ihrer Konfirmation in die Handwerkerabteilung wechselten, „leicht ein Überdruß am Anstaltswesen“ auftrete. Jahresbericht 1899, S. 65.

Man habe, heißt es 1897, wiederholt daran gedacht, diese Abteilung zu schließen oder doch „auf die in der Anstalt vorgebildeten Lehrlinge [zu] beschränken“, sei aber von diesem Gedanken wieder abgekommen, da „das Stephansstift die einzige Anstalt im Hannoverlande [sei], die solche Arbeit tut; wo sollen diese Jungen sonst hin?“ Man habe sich daher im Gegenteil entschlossen, die Lehrlingsabteilung auszubauen, indem man das leerstehende Isolierhaus („Baracke“) zu einer „Einsiedelei“ umfunktionierte, als Aufnahmestation für konfirmierte Jungen, die dem Stephansstift zugewiesen wurden. Dort sollten sie „bei tüchtiger körperlicher Arbeit in Feld und Wiese und Garten [...] erst einmal zur Ruhe kommen und an Leib und Seele gesunden, ehe sie als Lehrlinge in ein Handwerk oder als Knechte in einen Bauernhof eintreten.“ Die im Januar 1898 eröffnete „Durchgangsstation“ in der „Einsiedelei“ erwies sich als so praktisch, dass die Aufnahme konfirmierter junger Männer von einer Probezeit in der „Baracke“ abhängig gemacht wurde.¹³⁰ Zöglinge, die sich in der „Durchgangsstation“ dafür entschieden, eine landwirtschaftliche Ausbildung zu machen, blieben in der Einsiedelei und erlernten dort alles, was in der „modernen Landwirtschaft“¹³¹ benötigt wurde, dazu „die Anfangsgründe der Landschafts-, Obst- und Gemüsegärtnerei“.

Man habe sich, so vermerkt der Jahresbericht 1899 stolz, „grundsätzlich dagegen gewehrt [...], unserem Lehrlingsheim den Charakter einer geschlossenen Anstalt zu geben“.¹³²

„Unsere Häuser liegen nach allen Seiten frei zugänglich, und wir lassen's ruhig darauf ankommen, dass ein Neuling ein- oder zweimal davonläuft. Er wird dann unterwegs vom Gendarmen aufgegriffen, nachdem er vielleicht einige Nächte draußen geschlafen, gehungert und gefroren hat, wird erst in Schutzhaft genommen und kehrt dann aus diesem Gefängnis zu uns ‚in die Freiheit‘ zurück.“

Die dreiklassige Anstaltsschule für die schulpflichtigen Zöglinge arbeitete „nach dem Lehrplan der Volksschule“.¹³³ 1888 berichtete Pastor Fricke zudem, dass man „eine besondere Fortbildungsschule“¹³⁴ eingerichtet habe für die „konfirmierten Jungen, die hier in der Anstalt ein Handwerk erlernen.“ In dieser Fortbildungsschule sollten sie „weiteren Unterricht in Deutsch, Aufsatz, Rechnen und gewerblichem Zeichnen“ erhalten.¹³⁵ Nachdem der Hausvater der Knabenanstalt, Bruder *Ferdinand Rohde* (* 1860), im Sommer 1895 einen vierwöchigen Fortbildungskursus in Leipzig absolviert hatte, wurde auf dem Knabenhof ein „Handfertigkeitsunterricht“¹³⁶ eingeführt, bei dem die Jungen Papparbeiten und Kerb-

130 Jahresbericht 1898, S. 50.

131 Jahresbericht 1899, S. 66. Danach auch das folgende Zitat.

132 Ebd., S. 67. Danach auch das folgende Zitat.

133 Jahresbericht 1895, S. 44.

134 Jahresbericht 1888, S. 10. Danach auch die folgenden Zitate.

135 1895 wurde zudem berichtet, dass die Lehrlinge an zwei Abenden in der Woche den Unterricht der städtischen Fortbildungsschule besuchten. Jahresbericht 1895, S. 44.

136 Ebd. – Rohde wechselte 1896 als Hausvater an die Knabenerziehungsanstalt Hünenburg bei Melle. Jahresbericht 1896, S. 52.

schnitzerei erlernten. 1898 wird berichtet, dass die Lehrlinge abends unter Führung eines Bruders am Gewerbeschulunterricht in Kleefeld teilnahmen.¹³⁷

Die Freizeit auf dem Knabenhof bot wenige Höhepunkte, so etwa den jährlichen Ausflug zum Bentherr Berg und zum Misburger Moor. 1896 erhielten die Jungen die Erlaubnis, zweimal jährlich unentgeltlich den Zoologischen Garten in Hannover zu besuchen, um „den großen Elefanten [...] die drolligen Affen und den großen Löwen“¹³⁸ anzusehen.

Am Ende des Jahres 1894 lebten 91 Knaben und junge Männer in der Erziehungsanstalt – der jüngste war gerade fünf, der älteste bereits zwanzig Jahre alt. 65 dieser 91 Knaben besuchten die Anstaltsschule. 26 Zöglinge waren bereits konfirmiert. 18 von ihnen arbeiteten als Lehrlinge, fünf als „Ökonomiarbeiter“¹³⁹ die übrigen sechs seien, wie der Jahresbericht vermerkt, „verkrüppelte und geistig beschränkte Knaben“ – der erste Hinweis darauf, dass im Stephansstift seinerzeit auch Jungen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen aufgenommen wurden. Die Zahl der im Stephansstift untergebrachten Zöglinge stieg bis auf 125 – 69 Schulknaben und 56 Lehrlinge – am 1. Januar 1900.¹⁴⁰ Die Schulklassen waren ebenso „überfüllt“¹⁴¹ wie die meisten Werkstätten und die „Baracke“ mit den Landwirtschaftslehrlingen.

Im Bericht über das Jahr 1896 findet sich die Klage, dass von Eltern und auch Stadtgemeinden immer wieder Zöglinge ohne Grund aus dem Stephansstift genommen wurden, „obwohl keine Veranlassung zur Veränderung ihres Erziehungsverhältnisses vorlag.“¹⁴² Es schloss sich der Stoßseufzer an: „Gebe Gott, dass die Gedanken der Menschen sich immer mehr lenken auf die Rettung Gefährdeter als auf die Schonung des Geldbeutels und des Stadtsäckels.“ An gleicher Stelle wird aber auch berichtet, dass Knaben aufgrund von Disziplinschwierigkeiten in die Erziehungsanstalt Großefehn und die Rettungsanstalt Schladen überführt worden waren.¹⁴³ Ein junger Mann, dessen Zwangserziehung über das 18. Lebensjahr hinaus verlängert worden war, hatte versucht, sich dieser zu entziehen, „indem er ein Gebäude in Brand steckte, um ins Gefängnis zu kommen“ – was, die Erzieher des Stephansstifts in ihrer Meinung bestärkt habe, „dass es nicht zweckmäßig ist, die Zwangserziehung eines Knaben über das 18. Lebensjahr hinaus zu verlängern.“

Im Jahresbericht 1894 ist erstmals die Rede davon, dass 26 ehemalige Zöglinge – zwanzig Lehrlinge und sechs Knechte – „unter unserer Aufsicht außerhalb der Anstalt standen.“ Hier erfährt man, dass das Stephansstift – ähnlich wie vergleichbare Einrichtungen – schon damals eine nachgehende Fürsorge betrieb.

137 Jahresbericht 1898, S. 50. An dieser Stelle ist auch die Rede davon, dass Vikare und Brüder die Handwerkslehrlinge in Musik, Rechnen, Deutsch und Bibelkunde unterrichteten.

138 Jahresbericht 1897, S. 35.

139 Jahresbericht 1894, S. 50. Danach auch die folgenden Zitate.

140 Jahresbericht 1899, S. 63.

141 Aus der Arbeit – für die Arbeit. Rettungshausarbeit, in: Monatsbote 21 (1900), S. 7.

142 Jahresbericht 1896, S. 52. Danach auch die folgenden Zitate.

143 Gemeint sind das Rettungshaus Leinerstift in Großefehn/Ostfriesland und das Rettungshaus Schladen im Landkreis Wolfenbüttel (Grotjahn-Stiftung).

„Lucasvierzehner“ – „Krüppelpflege“ im Stephansstift

Wenn die Kleefelder Dorfjugend die Jungen des Knabenhofs hänseln wollten, riefen sie ihnen über den Zaun zu: „Ihr ollen Lucasvierzehner!“¹⁴⁴ Über den beiden Eingängen zum Gelände des Stephansstifts fand sich nämlich ein Verweis auf den Bibelvers: „Gehe aus bald auf die Straßen und Gassen der Stadt und führe die Armen und Krüppel und Lahmen und Blinden herein“ (Lk 14,21).¹⁴⁵ Von Anfang an waren im Siechenhaus auch blinde, gelähmte und körperbehinderte Männer aufgenommen worden. Mit der Erweiterung des Rettungshauses und der Einrichtung der Schule sowie der Lehrlingsabteilung mit ihren Werkstätten kam es vermehrt auch zu Anfragen, ob das Stephansstift nicht auch „verkrüppelte Knaben“ aufnehmen könne, einem Ansinnen, dem man sich nicht verschließen zu können glaubte. „Die Krüppelpflege und Krüppelausbildung im Stephansstift ist so ganz allmählich entstanden. Ein bestimmtes Anfangsjahr ist nicht anzugeben.“¹⁴⁶ Immer mehr körperbehinderte Jungen wurden im Rettungshaus aufgenommen, besuchten die Schule, durchliefen eine Lehre in den Werkstätten. Manch einer wurde nach Beendigung einer Lehre „in das Leben“ entlassen, „um sich dort sein eigen Brot zu verdienen“, andere fanden Aufnahme im Siechenhaus des Stephansstifts oder in einer anderen Pflegeeinrichtung, einige starben vor dem Abschluss ihrer Ausbildung – „die meisten sind schwer krank, scrophulös, tuberculös, und mit den Jahren schreitet diese Krankheit fort.“

Auf dem Knabenhof wurden behinderte und nichtbehinderte Jungen bewusst gemeinsam erzogen. „Unsere Schlingel lernen an ihnen Liebe üben und Rücksicht nehmen, und es ist oft ganz beweglich [bewegend] anzusehen, wie sie schnell und willig zurücktreten, sobald einer der Schwachen mal mit ans Karussell oder ein anderes Spiel heran möchte.“ Den behinderten Jungen wiederum treibe der Umgang mit ihren nichtbehinderten Altersgenossen „die Trägheit und Energielosigkeit“ aus, „welche sich so leicht der Krüppel bemächtigt.“¹⁴⁷ Man habe, so hob man von Seiten des Stephansstifts stolz hervor, mit dieser Praxis gute Erfolge erzielt.

Am 1. November 1897 eröffnete in unmittelbarer Nachbarschaft des Stephansstifts das „Krüppelheim“. Es sei, so heißt es im Jahresbericht, „eine alte Liebesarbeit des Stephansstiftes, die dort neu aufgenommen und uns zum Teil abgenommen ist.“¹⁴⁸ Denn das Krüppelheim nahm nicht nur Mädchen auf, sondern auch „verkrüppelte Knaben, soweit sie nicht der weiblichen Pflege entwachsen“ waren, so dass sich die „Krüppelpflege“ des Stephansstifts künftig „auf ältere Knaben und junge Männer beschränken“ könne.

144 Aus der Inneren Mission. Krüppelpflege, in: Monatsbote 20 (1899), S. 4.

145 Diese Inschriften war von Pastor Fricke veranlasst worden; wann genau sie angebracht wurden, ist nicht klar. Vgl. Jahresbericht 1890, S. 42.

146 Aus der Inneren Mission. Krüppelpflege, in: Monatsbote 20 (1899), S. 5. Danach auch die folgenden Zitate.

147 Ebd., S. 5f.

148 Jahresbericht 1897, S. 35. Danach auch die folgenden Zitate.

Die eigentliche Not der körperbehinderten Menschen beginne, so wird in einem Bericht über diesen Arbeitszweig erläutert, nach der Schulzeit – viele von ihnen landeten nach dem Tod ihrer Eltern im Armenhaus oder auf der Straße, wo sie sich bettelnd durchzuschlagen versuchten.¹⁴⁹ Die berufliche Eingliederung körperbehinderter Jugendlicher war deshalb eine wichtige Aufgabe. Viele der körperbehinderten Zöglinge des Knabenhofs, die die Schule durchlaufen hatten, saßen jedoch tatenlos herum, weil in den Werkstätten kein Platz für sie war. 1898 sah sich das Stephansstift daher genötigt, eine – auch räumlich vom Knabenhof abgetrennte – Abteilung zu „systematischer Ausbildung verkrüppelter konfirmierter Knaben“¹⁵⁰ zu errichten. Damit wich man von dem Grundsatz ab, behinderte und nichtbehinderte Knaben gemeinsam zu erziehen – man denke allerdings nicht daran, so der Jahresbericht, „die neue Gruppe hermetisch von den andern abzuschließen.“ Am 18. Mai 1899 bezog ein Bruder mit sieben Pfleglingen das jenseits der Chaussee gelegene „Krüppelheim“, das im Stephansstift liebevoll das „Heimchen“ genannt wurde. Der neue Arbeitszweig wuchs überraschend schnell, am 1. Januar 1900 lebten dort bereits dreißig körperbehinderte Jugendliche. Man richtete zunächst eine „Vorstufe“ ein, die „Arbeitsstube“ im „Heimchen“, wo die Pfleglinge im Bürstenbinden, Flechtarbeiten, Häkeln und Stopfen angeleitet wurden. „So wird den Schwachen unter den Krüppeln die Möglichkeit gegeben, etwas Selbstständiges zu leisten, damit sie Freude an ihrer Arbeit haben, und zugleich soll ausprobiert werden, wohin ihre Neigungen und Fähigkeiten uns für die Zukunft weisen.“ Den Schritt zur regulären Ausbildung hatte man noch nicht vollzogen – man werde zu diesem Zweck, hieß es 1899, die Werkstätten erweitern müssen, wie es mit der Schneiderstube im Laufe des Jahres bereits geschehen war. Einstweilen waren die Dinge auf diesem Arbeitsfeld noch im Fluss.

„Schwerkranke, unbescholtene Arme“ – Die Siechenhäuser

Die Arbeit an alten, gebrechlichen und kranken Männern nahm immer weiter zu, zumal 1893 parallel zum ersten ein zweites Siechenhaus errichtet wurde, nachdem zu diesem Zweck ein Legat in Höhe von 26.000 Mark eingegangen war.¹⁵¹ Die Siechenhäuser waren „in erster Linie ein Altenheim.“¹⁵² Es fanden sich darin aber keineswegs nur alte Männer.

149 Aus der Inneren Mission. Krüppelpflege, in: Monatsbote 20 (1899), S. 6f.

150 Jahresbericht 1898, S. 50. Danach auch das folgende Zitat.

151 1884 war bereits das alte Knabenhaus, in dem bis dahin die Präparanden untergebracht gewesen waren, dem Siechenhaus zugeschlagen worden. Durch den Bau des neuen Siechenhauses wurden im alten Gebäude einige Zimmer frei, die nun für solche „Sieche 3. Klasse“ benutzt wurden, „die um ihrer Pflege willen und um der Belästigung willen, die anderen Siechen durch ihre Krankheit entstand, dringend der Isolierung bedurften. In einigen Räumen haben wir Ventilationsvorrichtungen angebracht und sonstige Einrichtungen zur Bequemlichkeit unserer Alten mit nicht unbedeutenden Kosten hergestellt.“ Jahresbericht 1895, S. 45.

152 Jahresbericht 1899, S. 60. Danach auch die folgenden Zitate. – Es falle schwer, so hieß es 1897, die hoffnungslos Lungenleidenden abzuweisen, da das nahe gelegene Salem fast immer überfüllt sei und man nicht wisse, wohin man diese Menschen sonst hinschicken solle. Jahresbericht 1897, S. 37.

Vielmehr lebte in den Siechenhäusern auch „eine ganze Anzahl jüngerer Männer, teils Menschenkinder, die geistig zu schwach sind, um in dem Kampfe ums Dasein ihren Platz zu behaupten, teils Trinker und Nervöse, welche hier Heilung oder auch nur für einige Zeit Schutz und Ruhe suchen.“ Männer mit leichten geistigen Einschränkungen wurden gerne aufgenommen. Sie seien, heißt es 1899, „große Kinder, die anderswo gehänselt, verachtet und verspottet würden; hier aber finden sie eine kleine Welt, in der sie geachtet und geliebt sind.“ Auch fügten sie sich problemlos „in die verhältnismäßig straffe Anstaltsordnung“. Alkoholranke hingegen nahm man „nur aus Not“ auf, „im Ganzen eignet sich unser Haus nicht für solche Arbeit.“ Das „Hauswesen“ sei „auf freie Bewegung der Insassen zugeschnitten“, außerdem sei „die Großstadt mit ihren Verführungen recht nahe.“ Man freute sich daher im Stephansstift, dass in der Nähe von Gifhorn eine besondere Trinkerheilanstalt eingerichtet werden sollte.¹⁵³ „Geisteskranke, Idioten, Epileptische und an Tuberkulose Leidende“¹⁵⁴ aufzunehmen, war dem Stephansstift durch Ministerialverordnung vom 20. September 1895 verboten – es mussten sogar Bewohner der Siechenhäuser, bei denen eines dieser Leiden während des Aufenthalts im Stephansstift auftrat, in andere Einrichtungen verlegt werden. Dies galt auch für Fälle von „Altersblödsinn“. Man bemühe sich, solche Bewohner so lange wie möglich zu behalten. „Aber nun fängt der Kranke an zu schreien Tag und Nacht ohne Grund und Sinn, oder er wird unruhig und will fortlaufen oder aus dem Fenster springen, oder er wird unverträglich, und kein Tag vergeht, ohne dass er sich ohne Anlass auf das Schrecklichste mit den anderen Kranken zankt“ – dann müsse man ihn mit Rücksicht auf die anderen Bewohner verlegen. Einige Bewohner der Siechenhäuser waren gelähmt, einzelne von ihnen wurden 1897/98 auf eine Badereise nach Bad Oeynhausen geschickt. Auch körper- oder sinnesbehinderte Männer fanden Aufnahme. Im Laufe des Jahres 1899 wurden insgesamt 128 Männer in den Siechenhäusern des Stephansstifts betreut, darunter „27 mit Gebrechen des Alters Behaftete, 15 Gelähmte, meistens Rückenmarksleidende, 17 Krüppel, 4 Trinker, 36 geistig nicht ganz Normale, 29 Blinde, Asthmatische oder sonst Bresthafte.“¹⁵⁵

Wer noch zu leichteren Tätigkeiten fähig war, konnte – abgesehen von hauswirtschaftlichen Hilfsdiensten – auch in der Korbmacherei des Stephansstifts mitarbeiten, die Vergütung aus solcher Tätigkeit wurde auf das Kostgeld des folgenden Quartals angerechnet. In den Siechenhäusern gab es Bewohner erster, zweiter und dritter Klasse. Der tägliche Kost- und Pflegesatz in der dritten Klasse betrug eine Mark, wofür eine Unterbringung im Mehrbettzimmer, volle Verpflegung, ärztliche Behandlung und Pflege geboten wurde. Die Siechen der zweiten Klasse, die täglich zwei Mark bezahlten, hatten ein eigenes Zimmer, die der ersten Klasse, die täglich drei Mark zu entrichten hatten, verfügten über

153 Gemeint ist die zu den Kästorfer Anstalten gehörende, 1901 gegründete Trinkerheilstätte Stift Isenwald. Dazu grundlegend: Steffen Meyer, Zuflucht, Kurhaus, Strafanstalt. Die Trinkerheilstätte Stift Isenwald und ihre Patienten 1901–1942, Hamburg 2017.

154 Jahresbericht 1899, S. 61. Danach auch die folgenden Zitate.

155 Ebd., S. 59.

Stube und Kammer und erhielten volle Verpflegung, ärztliche Behandlung und Pflege „unter Ausschluss von Wäsche, Arznei, Bandagen und Wein“.¹⁵⁶ In der dritten Klasse konnte das Kostgeld „in besonderen Ausnahmefällen bei nachgewiesener Bedürftigkeit“ ermäßigt werden – eine Regelung, von der, wie noch zu zeigen sein wird, wohl häufig Gebrauch gemacht wurde.

Kein Unterschied wurde gemacht, was verschiedene Annehmlichkeiten anging: 1882 bekam das Stephansstift von der Stadt Hannover einen Teil der Eilenriede zur Gestaltung eines Parks zugewiesen. Hier wurden Spazierwege für die Bewohner des Siechenhauses angelegt.¹⁵⁷ Beim Bödekerfest wurden „die lieben Alten mit Chokolade und Kuchen aus einer Stiftung des verstorbenen Senior [*Hermann Wilhelm*] *Bödeker* [1799–1875] regaliert.“¹⁵⁸ Die 1897 eingeweihte neue Veranda – die „aus den Überschüssen der Korbmacherei, also aus dem eignen Arbeitsverdienst der Siechen“ finanziert worden war – stand allen offen.

Die Bewohner der Siechenhäuser hatten die Gelegenheit, am Sonntagsgottesdienst in der Anstaltskirche teilzunehmen, „deren reiche musikalische Gestaltung auch auf diejenigen Eindruck macht, die das Wort der Predigt nicht ganz fassen.“¹⁵⁹ Täglich wurden in den Siechenhäusern Morgen- und Abendandachten gehalten, einmal wöchentlich eine Bibelstunde im Betsaal angeboten. Ein Seelsorger stand zur Verfügung – man halte sich aber gerade in der Seelsorge vorsichtig zurück. „Vor allem Drängen und Treiben haben wir uns gehütet.“ Auch im Hinblick auf das religiöse Leben habe man „möglichste Freiheit und Freiwilligkeit“ walten lassen – die Siechenhäuser seien keine „Bekehrungsanstalt“.

Manche Männer, die Aufnahme im Siechenhaus gefunden hatten, mussten das Stephansstift wieder verlassen, „weil die Behörde oder die Verwandten beschlossen haben, sie billiger unterzubringen, im Armenhause, dass sie von da den Reihetisch in der Gemeinde sich suchen müssen, oder in Wunstorf.“¹⁶⁰ Dies sah man im Stephansstift kritisch: „Das sollte doch nicht sein, dass, um einige Groschen zu ersparen, der schwerkranke, unbescholtene Arme mit den alten Vagabonden, die das Elend ihres Alters durch Leichtsinn selbst verschuldet haben, so gleichgestellt würde.“ Man bemühte sich daher im Stephansstift, Freistellen für mittellose alte Männer zu schaffen.¹⁶¹

„Es steht ein Baum am Stephansstift ...“ – Weitere Baumaßnahmen

Mitte der 1880er Jahre war die Anstaltsgemeinde auf 312 Menschen angewachsen, darunter 112 Jungen aus den Knabenhäusern, vierzig Präparanden, 98 alte Männer aus den Sie-

156 Nachrichten zur Kenntnis des Stephansstifts und seiner Arbeit, in: Monatsbote 19 (1898), S. 51. Danach auch das folgende Zitat.

157 Jahresbericht 1882, S. 4.

158 Jahresbericht 1897, S. 37. Danach auch das folgende Zitat.

159 Jahresbericht 1899, S. 62. Danach auch die folgenden Zitate.

160 Jahresbericht 1897, S. 37. Danach auch das folgende Zitat.

161 1897 konnte mit Hilfe eines Vermächtnisses ein „Martin-Luther-Freibett“ im Siechenhaus eingerichtet werden. Jahresbericht 1897, S. 46.

chenhäusern, 25 Brüder, der Vorsteher, der Oberhelfer, Lehrer sowie die Handwerker des Stephansstifts¹⁶² – es musste dringend in die Infrastruktur der Anstaltsortschaft investiert werden. Zwischen 1883 und 1888 entstanden ein modernes Wasch- und Backhaus,¹⁶³ eine Druckerei,¹⁶⁴ ein neues Stallgebäude,¹⁶⁵ ein Bienenhaus, ferner – nach einem Diphtherieausbruch in Hannover, Kleefeld und Kirchrode, der auch einen Fortbildungsschüler des Stephansstifts das Leben kostete¹⁶⁶ – das bereits erwähnte Isolierhaus, ein Meisterhaus, eine Turn- und Festhalle,¹⁶⁷ mehrere Scheunen und ein Anbau an das Haupthaus. 1893 wurde schließlich, wie bereits erwähnt, ein zweites Siechenhaus errichtet.

Es scheint wohl zeitgenössische Kritik an der regen Bautätigkeit des Stephansstifts gegeben zu haben – *Hermann Löns* (1866–1914), der von 1892 bis 1906 als Journalist in Hannover tätig war, schrieb ein Spottgedicht über die Bauwut des Stephansstifts, das mit den Versen beginnt: „Es steht ein Baum am Stephansstift, der hat drei grüne Äst, einst standen einße tausend hier, das ist der schäbige Rest.“¹⁶⁸ Es werde zu viel und vor allem zu aufwändig gebaut, so die immer wiederkehrende Kritik selbst in den Kreisen der Freunde und Förderer des Stephansstifts. Darauf antwortete Fricke mit feiner Ironie: „Wir bauen *neue* Häuser, weil wir alte nicht gut bauen können, und wir bauen die massiv, weil das am durabelsten und darum dann am billigsten ist.“¹⁶⁹ Man baue aber „einfach und solide“, und wenn ein Skeptiker „nur an *einer* Stelle nachweisen [könne] da sei Luxus oder Überfluss, dann soll der jedenfalls seinen Groschen in der Tasche behalten.“

Inzwischen hatte ein weiteres großes Bauprojekt Gestalt angenommen. Die Gottesdienste und Andachten waren bis dahin im Betsaal im Obergeschoss des 1875 eröffneten Knabenhauses abgehalten worden. Mittlerweile reichte der Platz im Betsaal nicht mehr aus, um die gesamte Anstaltsgemeinde zu fassen. Fricke startete einen Spendenaufruf zum Bau einer eigenen Kirche. Die vom Oberpräsidium genehmigte Hauskollekte erbrachte 38.000 Mark, zahlreiche private Spenden kamen hinzu. Königin *Marie* (1818–1907), die Frau *Georgs V.*, stiftete das Abendmahlsgesäß, der Herzog und die Herzogin von Cumberland – Kronprinz *Ernst August* (1845–1923) und seine Frau *Thyra* (1853–1933) – die Chorfenster, die

162 Jahresbericht 1885, S. 12.

163 Erkennbar an seinem markanten Schornstein.

164 Das neue Druckereigebäude wurde zum großen Teil aus Erträgen der Druckerei finanziert. Diese führte auch Auftragsarbeiten durch, wie aus dem Jahresbericht 1887 hervorgeht: „Wer Werke drucken lässt im Selbstverlage – da dürfen es auch Gedichte sein – oder Statuten für Viehversicherungsvereine, oder wer in der glücklichen oder unglücklichen Lage ist, Rechnungsformulare zu bedürfen, mag sich an uns wenden. Synodalprotokolle drucken wir auch, überhaupt alles, was ins Fach schlägt.“ Jahresbericht des Stephansstifts für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1887, in: Monatsbote 9 (1888), S. 9–13 [= Jahresbericht 1887], S. 10.

165 Das neue Stallgebäude bot Platz für sechs Pferde, 16 Kühe und zwanzig Schweine – so groß war der Viehbestand des Stephansstifts aber damals noch nicht. Jahresbericht 1884, S. 8.

166 Das Stephansstift, in: Monatsbote 14 (1893), S. 85.

167 Dabei handelte es sich um den umgestalteten, um eine Küche erweiterten alten Trockenschuppen des Stephansstifts.

168 Zit. n. Schering, *Gründung*, S. 27.

169 Das Stephansstift, in: Monatsbote 14 (1893), S. 38. Danach auch die folgenden Zitate (Hervorhebungen im Original).

Malereien im Chorraum Geheimrat Brüel, die Brüder der Brüderschaft den Taufstein und das Taufgerät, die Stadt Hannover die Orgel. Der Architekt und frühere Stadtbaainspektor *Eberhard Hillebrand* (1840–1924) fertigte kostenlos die Bauzeichnungen für die Stiftskirche an und überwachte den Bau.¹⁷⁰ Die Grundsteinlegung erfolgte am Himmelfahrtstag, dem 11. Mai 1893, am Himmelfahrtstag, dem 23. Mai 1895, fand die Kirchweihe statt.

1899 kam es noch einmal zu größeren Um- und Neubauten prosaischerer Natur: Es entstand ein neues Stallgebäude mit Molkerei und Schlachtereier, Waschhaus und Druckerei wurden mit Elektromotoren ausgestattet, das alte Siechenhaus erhielt eine neue Badeeinrichtung, das Heimchen einen Arbeitssaal, das Handwerkerwohnhaus eine Waschküche, der Betsaal wurde vergrößert, die Schneiderstube ausgebaut, der Knabenhof renoviert.¹⁷¹ Die Kosten für diese Baumaßnahmen brachten das Stephansstift in eine finanzielle Schiefelage – dazu später mehr. Der Vorstand beschloss, im Jahre 1900 nicht zu bauen, „damit unsere Finanzen sich ausruhen können.“¹⁷²

Das Echo der Posaunen – Das Stephansstift in der Öffentlichkeit

Etwa ab 1883/84 trat das Stephansstift verstärkt in das Rampenlicht der Öffentlichkeit. Am 17. Oktober 1883 besichtigten der preußische Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten *Gustav v. Gofler* (1838–1902) und der Oberpräsident der Provinz Hannover *Adolf Hilmar v. Leipziger* (1825–1891) das Stephansstift und bewilligten bei dieser Gelegenheit eine Hauskollekte.¹⁷³ In dieser Geste drückte sich die offizielle Anerkennung des preußischen Staates für die Arbeit aus, die im Stephansstift – im Bereich der Zwangserziehung im Auftrag und auf Rechnung eben dieses Staates – geleistet wurde. Dass dem Stephansstift die Rechte einer juristischen Person unter Anerkennung als milde Stiftung erst am 8. Dezember 1890 verliehen wurden, hatte nichts mit mangelnder Wertschätzung von Seiten des Staates zu tun. Das Stephansstift hatte sich vielmehr mit der Antragstellung Zeit gelassen. Dass der Vorstand sich schließlich doch zu diesem Schritt entschloss, hatte seinen Grund schlichtweg darin, dass man den Status einer milden Stiftung brauchte, um ein Legat in Höhe von 24.000 Mark ausgezahlt zu bekommen, das bis dahin vom Magistrat der Stadt Hannover treuhändlerisch verwaltet wurde.¹⁷⁴

170 Schering, Gründung, S. 36.

171 Jahresbericht 1899, S. 81.

172 Ebd., S. 82.

173 Das Stephansstift, in: Monatsbote 14 (1893), S. 30.

174 Jahresbericht 1891, S. 53. Mit Zinsen erhielt das Stephansstift fast 28.000 Mark ausbezahlt, von denen gut 19.200 Mark in den Bau des zweiten Siechenhauses flossen, gut 8.700 Mark zur Finanzierung eines Freibetts im Siechenhaus verwendet wurden. Das Legat war von *Carl F. Detmold* aus Tunbridge Wells in England ausgesetzt worden. – Bis zur Verleihung der Korporationsrechte waren alle Rechtsgeschäfte – der Abschluss von Verträgen, die Aufnahme von Schulden, die Annahme von Spenden und Vermächtnissen, der Erwerb von Grundbesitz usw. – *auf den Namen des Vorstehers* abgeschlossen worden! Die Statuten des Stephansstifts vom 10. Juli 1890 finden sich in AstH, 86.

Am Himmelfahrtstag 1884 feierte das Stephansstift sein Jahresfest erstmals als ein Posaunenfest. 98 Bläser aus verschiedenen Kirchengemeinden kamen bei dieser Gelegenheit zusammen und musizierten auf dem Mittelhof der Knabenanstalt, was – wie Fricke mit der ihm eigenen Ironie kommentierte – viele Schaulustige aus der Eilenriede anlockte, „Naturchristen, die die Kirchenluft nicht vertragen können und darum am Himmelfahrtstage Gott dienen in der Natur, [...] mit Butterbrot und Bier.“¹⁷⁵ 1886 wurde ein weiteres Jahres- und Posaunenfest gefeiert, 1887 fand dann das Jahresfest des Hannoverschen Missionsvereins, verbunden mit dem Landesposaunenfest, im Stephansstift statt. 300 Bläser aus der ganzen Provinz Hannover waren angemeldet, für die Freitische in der Stadt Hannover gesucht wurden – das Echo, anfangs zögerlich, war am Ende nachgerade überwältigend, etwa 700 Übernachtungsmöglichkeiten wurden angeboten, „sogar von etlichen Israeliten“.¹⁷⁶ Am Festtag zogen die Bläser in drei Zügen vom Stephansstift in die Stadt Hannover – zum Henriettenstift, zum Ägidientorplatz, zu den vier alten Stadttürmen, in die Neustädter Kirche,¹⁷⁷ wieder zum Ägidientorplatz, wo ein Platzkonzert stattfand. Dann ging es zurück in das Stephansstift, wo rund um einen eigens errichteten Natursteinaltar¹⁷⁸ ein Gottesdienst gefeiert wurde. Etwa 5.000 Menschen fuhren von Hannover aus mit der Pferdebahn hinaus zum Stephansstift, mehr noch machten sich zu Fuß auf den Weg, so dass am Ende 10.000 bis 12.000 Menschen auf dem Festplatz versammelt waren. Alle 4.000 Sitzplätze waren besetzt.¹⁷⁹ An den Gottesdienst schloss sich ein Fest an, das bis in den späten Abend andauerte. Es war dies die größte Veranstaltung, die bis dahin im Stephansstift stattgefunden hatte – sie dürfte den Bekanntheitsgrad der Einrichtung in Stadt und Land schlagartig erhöht haben.

1886 fand erstmals ein „Instruktionskursus für innere Mission“ in Hannover statt, zu dem Vertreter diakonischer Einrichtungen und Verbände aus der gesamten Provinz Hannover teilnahmen. Dieser Kurs besuchte auch das Stephansstift – eine Praxis, die sich in den folgenden Jahren wiederholte und dazu beitragen haben dürfte, dass das Stephansstift innerhalb der Netzwerke der Inneren Mission in der Provinz Hannover und darüber hinaus bekannter wurde.

Für die Hausgemeinschaft des Stephansstifts waren die Feste – das Jahresfest zu Himmelfahrt, Ostern, Pfingsten, das Missionsfest, der jährliche Ausflug nach Hildesheim, das Moorfest, das Erntedankfest und Weihnachten¹⁸⁰ – von besonderer Bedeutung. Höhepunkt des

175 Das Stephansstift, in: Monatsbote 14 (1893), S. 39.

176 Ebd., S. 70.

177 Zweimal erwähnte Fricke in seinem Festbericht, dass die Neustädter Kirche gegenüber der Synagoge lag. Von daher war es gewiss kein Zufall, dass der Posaunenchor an dieser Station „Du Hirte Israels“ blies. Das Stephansstift, in: Monatsbote 14 (1893), S. 72, 78.

178 Vorne ein steinerner Altar mit einem Felsenkreuz, dahinter die steinerne Kanzel. Unterhalb des Kreuzes war ein Wasserbecken eingelassen, aus dem sich ein Wasserstrahl erhob – Sinnbild für das Wasser des Lebens. Umrankt war das Kreuz von immergrünem Efeu und eingerahmt von Wacholder, dem „Lebensbaum der Heide“. Das Stephansstift, in: Monatsbote 14 (1893), S. 48.

179 Ebd., S. 78.

180 Jahresbericht 1898, S. 51.

Jahres war das Moorfest. In jedem Sommer zogen alle Bewohner des Stephansstifts – auch die alten und gebrechlichen Männer, die in Leiterwagen transportiert wurden – eineinhalb Stunden weit in das Moor hinter Misburg. Hier fanden dann Spiele statt, wurden Preise vergeben, mit Bier, Brot und Käse gevespert. Das Moorfest endete schließlich am Teich hinter dem Haupthaus des Stephansstifts, wo abends ein Feuerwerk veranstaltet wurde.¹⁸¹

„Was wollen die Sozialdemokraten?“ – Eine politische Standortbestimmung im Jahre 1891

Ludolf Wilhelm Fricke war – „wie fast alle Männer und Frauen der Erweckungsbewegung [...] konservativ und monarchisch gesinnt.“¹⁸² Dem Haus der Welfen war er – wie seine Briefe an die im Exil lebende königliche Familie belegen – treu ergeben.¹⁸³ Den politischen Hauptgegner dürfte er zunächst im theologischen Rationalismus und im politischen Liberalismus gesehen haben. Zu Beginn der 1890er Jahre setzte er sich indessen intensiv mit der Sozialdemokratie auseinander. 1891 veröffentlichte er im „Monatsboten aus dem Stephansstift“ einen langen Artikel mit dem Titel „Was wollen die Sozialdemokraten und was wollen wir?“ Hintergrund dürften die Aufhebung des Sozialistengesetzes und das weitere Erstarren der Sozialdemokratie gewesen sein.¹⁸⁴ Augenscheinlich ging es Fricke darum, bürgerliche Wähler davon abzubringen, ihre Stimme für die SPD abzugeben – bei den Reichstagswahlen kam es, wie bereits erwähnt, vor, dass die Welfenpartei den sozialdemokratischen Kandidaten in der Stichwahl unterstützte, um den Sieg des nationalliberalen Kandidaten zu verhindern. Bemerkenswert an Fricke's Artikel ist, dass er ausführlich aus Werken *August Bebels* (1840–1913), *Ferdinand Lassalles* (1825–1864) und *Wilhelm Liebknechts* (1826–1900) und aus der sozialdemokratischen Presse zitierte – es ging ihm darum, die Sozialdemokraten selbst zu Wort kommen zu lassen, um ihre vermeintlich umstürzlerischen Ziele zu entlarven. Offenbar hatte er die sozialdemokratische Literatur gründlich studiert. Auf die Frage „Was wollen die Sozialdemokraten?“ gab Fricke zusammenfassend folgende Antwort:

„Sie wollen die Aufhebung des Privateigentums, gleiche Arbeit, gleichen Lohn, gleichen Besitz, gleichen Genuss für alle, Aufhebung des Erbschaftsrechts [...], Aufhebung der Ehe im bisherigen Sinne, Aufhebung des Familienlebens, Erziehung der Kinder in Staatsanstalten von frühester Jugend an und damit völlige Entfremdung der Kinder von den Eltern; sie wollen diesen Zukunftsstaat herbeiführen durch Revolution, durch Umstürzen der bestehenden rechtlichen Ordnung, und wollen es sich nicht kümmern lassen, wenn das Ströme von Blut und Tränen kostet; und brau-

181 Das Stephansstift, in: Monatsbote 14 (1893), S. 87, 94–96, 100f.

182 Schering, Gründung, S. 32.

183 Ebd., S. 33–36.

184 Im Wahlkreis Hannover war die SPD bei der Reichstagswahl im Jahre 1890 mit 44,4 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei geworden. Brosius, Industriestadt, S. 347.

chen sich das nichts kümmern lassen, denn sie wollen von einem Gott nichts wissen [...] ja ihre Losung ist gradezu: Krieg Gott und Christo! Krieg aller Religion!¹⁸⁵

Die Sozialdemokratie galt Fricke als revolutionäre und damit als „satanisch[e]“¹⁸⁶ Macht – womit er zumindest von den hannoverschen Sozialdemokraten, die sich mehrheitlich zur gemäßigten Richtung hielten,¹⁸⁷ ein verzerrtes Bild zeichnete. Der Revolution, die er als Menetekel an die Wand malte, wollte Fricke ein „lebendiges Christentum“¹⁸⁸ entgegensetzen, wobei in seiner Argumentation auch die für die Erweckungsbewegung charakteristische Kapitalismuskritik aus konservativer Perspektive aufscheint:

„Das Unfallgesetz, das Schutzgesetz, das Alters- und Invaliditätsgesetz – nun ja, die mögen alle gut sein. Aber das alles tut’s noch nicht. *Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.* [...] Es ist noch nicht zu spät. Wenn unser armes verblendetes Volk, die Reichen und Wohlhabenden zumal, nun in sich geht und tut von Herzen Buße und kehrt um von seinen bösen Wegen und wendet seinen *armen Brüdern*, alle den Armen und Elenden, den Nackten und Hungrigen, den Kranken und Obdachlosen, sein Herz in barmherziger Liebe zu [...], dann ist’s noch nicht zu spät, *dann wird Gott noch einmal schonen und vorübergehen.*“

Von Fricke zu Oehlkers – Leitungsstrukturen und Leitungswechsel

Die Leitung des Stephansstifts lag nach wie vor bei Pastor Ludolf Wilhelm Fricke, der von einem, seit 1891 von zwei Oberhelfern unterstützt wurde. 1888 wurden dem Stephansstift vom Konsistorium zwei Vikare zugewiesen, die sich im Anstaltsdienst fortbilden sollten. Die Aufgaben der beiden Vikare umschrieb Fricke folgendermaßen:

„Die helfen nun etwas mit unterrichten, besuchen die Kranken im Siechenhause, halten Predigten und Bibelstunden, und wöchentlich eine Lehrübung. Zweimal in jeder Woche wird ihnen ein Colleg gehalten, viermal wenigstens sollen sie sich selber eins halten. Dann sollen sie sich beteiligen an den Arbeiten im Kindergottesdienste, an der Leitung eines Jünglingsvereins usw. usw.“¹⁸⁹

Dies war eine wesentliche Entlastung des Vorstehers, so dass der Vorstand beschloss, auch andere Kandidaten und Studenten zur Mitarbeit im Vikariat des Stephansstifts einzuladen,

185 [Ludolf Wilhelm Fricke], Was wollen die Sozialdemokraten und was wollen wir?, in: Monatsbote 12 (1891), S. 1–14, S. 9f.

186 Ebd., S. 7. Fricke berief sich hier auf eine Polemik im sozialdemokratischen „Volksstaat“: „Wenn es war wäre [...], dass die Revolution ein Ausfluss des Satans sei, – nun, dann sollte Satan unser Gott sein.“

187 Brosius, Industriestadt, S. 347.

188 Fricke, Was wollen die Sozialdemokraten, S. 13. Danach auch das folgende Zitat (Hervorhebungen im Original).

189 Jahresbericht 1888, S. 9. Dazu auch: Das Stephansstift, in: Monatsbote 14 (1893), S. 101f.

die für Kost, Wohnung, Licht und Feuerung monatlich fünfzig Mark bezahlen sollten. Zu Beginn der 1890er Jahre waren – den Vorsteher und die beiden Oberhelfer eingerechnet – bereits zwölf Pastoren, Kandidaten und Studenten der Theologie im Stephansstift tätig. Sie sollten im Stephansstift die Gelegenheit finden, ihr persönliches Glaubensleben zu vertiefen, was für ihre spätere Tätigkeit von entscheidender Bedeutung sei, auch wenn „gründliche wissenschaftliche Arbeit [...] gewiss unumgänglich notwendig [sei] in dieser gärenden Zeit.“¹⁹⁰

Aufgrund einer schweren Erkrankung Pastor Frickes wurde am 14. Februar 1894 zu seiner Unterstützung Pastor *Heinrich Wilhelm Oehnhausen*, zuvor Pfarrer in Kirchdorf bei Sulingen, als zweiter Anstaltsgeistlicher angestellt. Da sich Frickes Gesundheitszustand trotz einer längeren Kur in Marienbad bei Boppard nicht wesentlich besserte, wurde er im November 1894 von seinem Vorsteheramt beurlaubt, Oehnhausen übernahm vorläufig die Amtsgeschäfte. Zum 1. April 1895 wurde Fricke schließlich vom Konsistorium von seinem Pfarramt und vom Vorstand des Stephansstifts vom Amt des Vorstehers entbunden und in den Ruhestand versetzt, die Herausgabe des Monatsboten führte er aber noch bis Ende 1896 fort. Fricke siedelte nach Hannover über, wo er 1899 starb.¹⁹¹ Im Stephansstift begann nach dem Ausscheiden Frickes eine „Zeit des Provisoriums“¹⁹² – man wartete umso dringender auf einen neuen Vorsteher, als „sich fühlbar aufdrängte, dass hier und da eingreifende Änderungen not waren.“ Am 1. April 1897 übernahm schließlich Pastor *Paul Oehlkers* (1862–1922), der vorher als Seemannspastor in Cardiff und Geestemünde tätig gewesen war, das Amt des Vorstehers.¹⁹³ Am 17. Oktober 1897 erfolgte – unter gleichzeitiger Ernennung zum Kollaborator von Kirchröde – seine feierliche Einsetzung.¹⁹⁴

„Wo will denn das hinaus?“ – Die Finanzen

Deutlich erkennbare Auswirkungen hatte die starke Einbindung in die staatliche Zwangserziehung auf die Finanzen des Stephansstifts. Bei den Einnahmen lag der Anteil der Kost-, Kleidungs- und Schulgelder für die Knaben des Rettungshauses im Jahre 1881 bei 75,7 Prozent. Er ging zwar in dem Maße, wie sich andere Einnahmequellen aufboten, zurück und sank 1889 sogar – erklärtermaßen aufgrund eines vorübergehenden Rückgangs bei der Zuweisung von Zwangszöglingen und der Herabsetzung der für diese entrichteten Kost-

190 Jahresbericht 1899, S. 74.

191 Jahresbericht 1895, S. 42, 44. – Kurz darauf gab es einen Wechsel an der Spitze des Vorstands. Der Geheime Regierungsrat Dr. Ludwig August Brühl starb am 29. Februar 1896. An seine Stelle trat der Abt zu Loccum Gerhard Uhlhorn. Neu in den Vorstand aufgenommen wurde Pastor *Ernst Daniel Gerbers*, Pfarrer an der Gartenkirche in Hannover.

192 Jahresbericht 1896, S. 50. Danach auch das folgende Zitat.

193 Zu seiner Biographie vgl. Wilhelm Backhausen, *Sein Lebensgang*, in: Monatsbote 44 (1923), S. 2–6.

194 Oehnhausen schied aus dem Dienst des Stephansstifts aus, wurde aber Mitglied des Vorstands.

gelder¹⁹⁵ – bis auf 54,8 Prozent ab, stieg dann aber wieder auf 57,9 Prozent im Jahre 1893. Die Kostgelder in der Erziehungsarbeit bildeten mithin bis Mitte der 1890er Jahre die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle des Stephansstifts.

Einnahmen des Stephansstifts, 1881–1898 (in Mark)

	1881	1885	1889	1893	1898
Kost-, Kleidungs- u. Schulgelder Rettungshaus	43.298	59.998	52.455	58.159	14.202
Kost- u. Einkaufsgelder Siechenhaus		2.136	2.532	5.400	30.283
Kollekten		11.542	12.809	14.908	18.957
Missionsfeste u. Gaben	3.619	5.538	7.774	4.503	3.884
Vermächtnisse		7.500	3.000	1.049	709
Volkskalender	3.000	4.987	1.672	1.780	2.792
Sonntagsblatt	1.401	960	739	507	502
Monatsbote	343	420	209		1.130
Beihilfen von Behörden u. Korporationen	2.350	1.250	1.250	1.209	1.825
Erträge der Landwirtschaft u. des Haushalts		4.130	5.104	3.567	2.839
Arbeit der Brüder, Knaben u. Handwerker	340	590	7.505	7.085	13.501
Einnahmen insgesamt	57.229	99.649	95.661	100.481	97.553

Sonstige kleinere Einnahmeposten werden in der Tabelle nicht berücksichtigt. Deshalb summieren sich die aufgeführten Einnahmeposten nicht zur Gesamtsumme.

Quellen: Jahresbericht 1881, S. 11; Jahresbericht 1885, S. 12f.; Jahresbericht 1889, S. 6f.; Jahresbericht 1893, S. 50 f., Jahresbericht 1898, S. 52.

Dabei spielten die Zahlungen für die Zwangszöglinge die entscheidende Rolle, wie man dem Bericht über das Jahr 1888 entnehmen kann: Damals befanden sich 105 Knaben im Stephansstift, davon 43, für die das Landesdirektorium das volle Kostgeld in Höhe von jährlich 300 Mark bezahlte. Für weitere 47 Knaben sollte ein Kostgeld von jährlich 120 Mark entrichtet werden, „wofür wir ihnen alles zu leisten haben: Kost, Wohnung, Feuerung, Unterricht, Kleidung, Wäsche, Betten, Arzt und Apotheker usw. Dass da die 120 Mark nicht langen, lässt sich leicht ausrechnen. Und wenn wir sie noch immer kriegten!“¹⁹⁶ Die Zahlungen des Landesdirektoriums trugen also dazu bei, Defizite bei den anderen Zöglingen zu decken. Auch scheinen Mittel aus der Rettungsanstalt im Sinne einer Quersubventionierung in das

195 Jahresbericht 1889, S. 5f.

196 Jahresbericht 1888, S. 10. – 1898 findet sich die Angabe, dass das Kostgeld im Knabenhof regulär bei 250 Mark lag. Es konnte aber für Eltern und Gemeinden, die der hannoverschen Landeskirche abgehörten, bei der Unterbringung gesunder Schulkinder und Lehrlinge bis auf 120 Mark, bei „Krüppeln“ auf 180 Mark ermäßigt werden. In besonders dringenden Fällen, in denen weder Eltern oder Vormünder noch „Armenfonds, Gemeinde- oder Kirchenkassen, örtliche milde Vereine oder Privatwohltäter aushelfen können“, waren weitere Ermäßigungen möglich, im äußersten Fall wurde das Kostgeld ganz erlassen. Nachrichten zur Kenntnis des Stephansstifts und seiner Arbeit, in: Monatsbote 19 (1898), S. 51.

Siechenheim geflossen zu sein: Von den 93 im Jahre 1888 im Stephansstift lebenden alten Männern zahlten 45 ein ermäßigtes Kostgeld von täglich 68 Pfennig.¹⁹⁷

Im Rechnungsjahr 1898 kehrten sich die Verhältnisse um. Während die Einnahmen aus dem Siechenhaus sprunghaft zunahmen und mit einem Anteil von 31 Prozent an den Gesamteinnahmen zur wichtigsten Einnahmequelle wurden, sanken die Einnahmen aus dem Rettungshaus drastisch ab – ihr Anteil an den Gesamteinnahmen betrug nur noch 14,6 Prozent. Dieser Trend verstetigte sich im Jahre 1899.¹⁹⁸

Einen wichtigen Einnahmefaktor bildeten die Erträge der Kirchen- und Hauskollekten zugunsten des Stephansstifts, Spenden und Vermächtnisse, dazu – wenn auch mit abnehmenden Erträgen – die Erlöse des „Volkskalenders“, des „Sonntagsblattes“ und des „Monatsboten“. Öffentliche Zuschüsse blieben dagegen marginal.¹⁹⁹ Auffallend ist, dass die Arbeit der Brüder, der Handwerker und der Knaben des Rettungshauses (sowie die Erträge der hauseigenen Landwirtschaft) zunächst nur geringe, dann jedoch deutlich steigende Erlöse erbrachte – die Bedeutung dieses Einnahmepostens hielt sich aber in Grenzen. Das sah in anderen Erziehungseinrichtungen der Inneren Mission – gerade auch für Mädchen – ganz anders aus: Bis zur Jahrhundertwende waren dort die Einnahmen aus der Arbeit der Zöglinge von entscheidender Bedeutung, während die Erträge aus Kostgeldern vorerst kaum ins Gewicht fielen.²⁰⁰

Im Stephansstift war man stets stolz darauf, sparsam zu wirtschaften. Um dies zu belegen, wies Pastor Fricke etwa im Jahresbericht 1881 darauf hin, dass man sich, um die anstehenden Arbeiten in der Landwirtschaft zu bewältigen, ein Pferd aus dem Zoologischen Garten in Hannover ausgeliehen habe, das zur Fütterung der Löwen und Wölfe bestimmt war.²⁰¹ Obwohl man nicht unbeträchtliche Schulden aufnahm²⁰² – was insofern unbedenk-

197 Ebd. – In den 1880er Jahren begann das Stephansstift, einen Fonds zur Finanzierung eines Freibettes im Siechenhaus und einen weiteren zur Finanzierung einer Freistelle in der Knabenanstalt („Lutherfreistelle“, „Heilandsfonds“) aufzubauen. Die beiden Fonds füllten sich indessen nur sehr langsam auf und reichten noch längst nicht hin, um ihren Zweck zu erfüllen. Jahresbericht 1885, S. 14; Jahresbericht 1887, S. 13; Jahresbericht 1888, S. 13.

198 Im Rechnungsjahr 1899 machten die Kostgelder für sieche Männer wiederum 31,5 Prozent, die Kostgelder für Knaben 14,8 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Jahresbericht 1899, S. 79.

199 1887 flossen gar keine staatlichen Beihilfen, wie Fricke im Jahresbericht erwähnt: „Denn da heißt es immer: das Stephansstift hat’s ja nicht nötig! Hat doch sogar das Landesdirektorium auf unsere Bitte um eine jährliche Beihilfe erwidert: es sehe sich zu seinem Bedauern außer Stande, diese Bitte dem Provinzialausschusse zu empfehlen, da ihm die günstige Finanzlage des Stephansstifts nicht unbekannt sei!“ Jahresbericht 1887, S. 10. Vgl. auch Jahresbericht 1897, S. 46.

200 Vgl. z.B. zur Einnahmestruktur in anderen Einrichtungen: Hans-Walter Schmuhl / Ulrike Winkler, Vom Frauenasyl zur Arbeit für Menschen mit geistiger Behinderung. 130 Jahre Diakonie Himmelsthür (1884–2014), Bielefeld 2014, S. 46–50; dies., Vom Asyl für entlassene Gefangene zur Teilhabe für Menschen mit Behinderungen. 150 Jahre Diakonische Stiftung Ummeln (1866–2016), Bielefeld 2016, S. 40–44.

201 Jahresbericht 1881, S. 12. Die skurrile Anekdote scheint die Leser des „Monatsboten“ ziemlich beschäftigt zu haben, es gingen verschiedene Anfragen im Stephansstift ein. Im Jahresbericht 1882 berichtete Fricke, dass das Pferd inzwischen tatsächlich verfüttert worden sei. Jahresbericht 1882, S. 7.

202 Über den genauen Schuldenstand schweigen sich die Jahresberichte zumeist aus. 1881 ist von 23.550 Mark die Rede. Jahresbericht 1881, S. 12.

lich war, als diese rein investiven Zwecken dienten, so dass ihnen beträchtliche Werte an Grund und Boden sowie Immobilienbesitz gegenüberstanden –, war der Haushalt fast immer ausgeglichen. Dies änderte sich zu Beginn der 1890er Jahre. 1890 schloss die Jahresrechnung erstmals mit einem beträchtlichen Defizit: Die Ausgaben lagen 5.600 Mark über den Einnahmen. Dieser Trend setzte sich in den folgenden Jahren fort. „Wo will denn das hinaus? Wie soll das enden?“,²⁰³ so Frickes rhetorische Fragen im Anschluss an die Jahresrechnung 1890 – der Vorsteher zeigte sich jedoch voller Gottvertrauen, dass dem Stephansstift mit Gottes Hilfe die nötigen Finanzmittel schon zufließen würden.²⁰⁴

Die genauere Betrachtung der Jahresrechnungen zeigt indessen, dass das Stephansstift bis dahin finanziell keineswegs so schlecht dastand, wie es der Vorsteher in seinen Kommentaren suggerierte.

Ausgaben des Stephansstifts, 1891–1898 (in Mark)

	1891	1894	1898
Vorschuss auf die Vorjahresrechnung	5.600	3.324	—
Besoldungen und Remunerationen der Angestellten	10.781	14.187	17.150
Löhne der Dienstboten	1.507	1.842	2.127
Wochengeld der Brüder	1.106	3.516	916
Pacht, öffentliche Abgaben, Brandkasse	971	1.944	1.153
Bau- und Reparaturkosten	5.135	15.351	17.690
Inventar	4.080	9.199	5.919
Feuerung	5.123	5.052	6.931
Beköstigung	42.771	53.875	42.382
Bekleidung	2.655	4.970	6.166
Sonst. Kosten in Haushalt und Landwirtschaft	7.219	6.055	6.736
Arzt, Arznei, Kurkosten	1.978	2.982	1.564
Ausgeliehene Aktiv-Kapitalien	—	5.574	—
Zurückgezahlte Passiv-Kapitalien	36.455	—	—
Zinsen auf Passiv-Kapitalien	8.000	2.485	581
Ankauf Grundbesitz	21.168	—	—
Zahlungen in die Kirchbau-Rechnung	—	39.391	—
insgesamt	158.262	173.011	116.771

Kleinere Ausgabenposten werden in der Tabelle nicht berücksichtigt. Deshalb summieren sich die aufgeführten Ausgabenposten nicht zur Gesamtsumme.

Quellen: Jahresbericht 1891, S. 54; Jahresbericht 1894, S. 51; Jahresbericht 1898, S. 52f.

203 Jahresbericht 1890, S. 46.

204 Dass die Kasse manchmal leer war und fällig werdende Rechnungen nicht sofort bezahlt werden konnten, erfüllte aber auch ihn mit Sorge. Das Stephansstift, in: Monatsbote 14 (1893), S. 102f.

Zwar waren die laufenden Kosten keineswegs gering, namentlich die Ausgaben für Beköstigung – in jeder Jahresrechnung der mit Abstand größte Ausgabenposten – schlug hier zu Buche. Dennoch wären die Jahresrechnungen jeweils mit einem beträchtlichen Überschuss abgeschlossen worden, wenn keine außerordentlichen Ausgaben getätigt worden wären. So hatte das Stephansstift im Jahre 1891 nicht nur Schulden in Höhe von über 36.000 Mark abgetragen (wodurch sich auch die Zinslast deutlich verringerte), sondern auch Grundbesitz für mehr als 21.000 Mark erworben – auf diese Weise wies die Jahresrechnung ein Defizit von knapp 7.000 Mark aus. 1894 zweigte das Stephansstift aus dem regulären Haushalt über 39.000 Mark für den Kirchbau ab. Darüber hinaus wurden mehr als 5.500 Mark – vermutlich in Obligationen – angelegt. Am Ende schloss die Jahresrechnung mit einem Defizit von 5.300 Mark. Wir beobachten hier eine – in der Inneren Mission weit verbreitete – virtuose Defizitkultur: In den Jahresrechnungen wurde ein überschaubares Defizit ausgewiesen. Denn die Erwirtschaftung von Überschüssen hätte sich negativ auf die Spendenbereitschaft der Freunde und Förderer auswirken können, während zu hohe Verluste den Eindruck eines Fasses ohne Boden hätte entstehen lassen können. Tatsächlich stand das Stephansstift bis weit in die 1890er Jahre hinein auf einem festen finanziellen Fundament.

Das änderte sich 1898. Während die Einnahmen infolge des Einbruchs bei den Kostgeldern für Knaben stagnierten, nahmen die Ausgaben namentlich für Löhne,²⁰⁵ Bau und Reparatur sowie die eigene Landwirtschaft zu. Es ergab sich daher im Rechnungsjahr 1898 ein Defizit von gut 19.000 Mark, das durch einen Kredit gedeckt werden musste.²⁰⁶ Im Rechnungsjahr 1899 ergab sich wiederum ein Defizit von 8.850 Mark; hinzu kamen noch über 6.000 Mark unbezahlte Rechnungen aus dem Jahr 1898, woraus sich ein Fehlbetrag von knapp 15.000 Mark ergab. Dieser Rechnungsabschluss machte dem Vorsteher „schwere Sorge“.²⁰⁷ In seinem Jahresbericht analysierte er die finanziellen Probleme des Stephansstifts:

„Wo steckt denn nun der Fehler? An der Beköstigung und Bekleidung können wir nicht sparen, da ist alles einfach genug; es kann also allein in den Kostgeldern eine Änderung eintreten! Die sind nicht in nennenswertem Maße mitgewachsen; besonders unsere Jungen kosten uns weit über das Doppelte dessen, was wir für sie erhalten.“

Die Lösung der finanziellen Probleme lag also in der stärkeren Einbindung in staatliche Strukturen – das zu diesem Zeitpunkt als Entwurf vorliegende preußische Fürsorgeerziehungsgesetz eröffnete in dieser Richtung neue Perspektiven. Zugleich jedoch sah Paul

205 Das Stephansstift sah sich gezwungen, Löhne und Gehälter anzuheben, weil es schwer fiel, Leute anzuwerben. So bekam man kaum Dienstmädchen für das Stephansstift – „die Mädchen wollen nicht ‚ins Kloster‘, wie sie sagen“. Jahresbericht 1899, S. 81.

206 Jahresbericht 1898, S. 53.

207 Jahresbericht 1899, S. 81. Danach auch das folgende Zitat.

Oehlkers die Gefahr, dass die Arbeit „zur toten Form erstarren“²⁰⁸ könnte. Das Risiko, bei einer Übernahme staatlicher Aufgaben das Proprium der Inneren Mission aus dem Auge zu verlieren, benannte Oehlkers sehr genau:

„Wir müssen mit Staats- und Kommunalbehörden zusammenarbeiten und geraten leicht dahin, zufrieden zu sein, wenn wir nur diese zufrieden gestellt haben. Diese aber haben ihrem Berufe und Wesen gemäß auf nichts anderes zu sehen, als auf Erziehung zu bürgerlicher Rechtschaffenheit, Pflege des Leibes, Abhilfe dringender äußerer Not. Wir werden von der gefährdeten bürgerlichen Gesellschaft zur Hilfe gerufen. Die Innere Mission soll in dem allgemeinen Umsturz der alten Sitten und Ordnungen heilsame Dämme aufführen [...]. Ein Geschäftsbetrieb mit christlicher Firma, ein handwerksmäßiges Arbeiten in humanitären Veranstaltungen stellt sich da nur zu leicht ein.“²⁰⁹

208 Jahresbericht 1898, S. 41.

209 Ebd., S. 42.

Ausbau (1900 bis 1914)

„Sprung ins Dunkle“ – Das Stephansstift und das preußische Fürsorgeerziehungsgesetz

Mitte der 1890er Jahre war die Gründungsphase des Stephansstifts abgeschlossen, die Jahre bis zur Jahrhundertwende erscheinen in mancher Hinsicht als ein Interim. Es dauerte seine Zeit, bis ein Nachfolger für Pastor Ludolf Wilhelm Fricke gefunden war, und der neue Vorsteher Pastor Paul Oehlkers brauchte eine Weile, um sich in sein neues Amt einzufinden und neue Akzente zu setzen. Unklar war, wie es weitergehen sollte. Wollte man den Betrieb auf dem Gelände der Stammanstalt weiter ausdehnen? Auf welchen Arbeitsfeldern wollte man künftig tätig sein? Sollte der Schwerpunkt der Erziehungsarbeit auf den schulpflichtigen Jungen auf dem Knabenhof oder auf den schulentlassenen Jugendlichen in der Lehrlingsabteilung liegen? Sollte man die neu begonnene Ausbildung körperbehinderter Jugendlicher intensivieren? Oder die Pflege alter und siecher Männer in den Mittelpunkt stellen? Wie konnte man die Finanzen, die in den letzten Jahren vor der Jahrhundertwende allmählich in eine Schieflage geraten waren, wieder ausbalancieren? Auf welche Arbeitsfelder sollte man die wachsende Schar der Brüder entsenden? Wie sollte das stetig wachsende Werk künftig geleitet werden?

In dieser offenen Situation markierte das „Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger“, das am 2. Juli 1900 im Preußischen Gesetzblatt veröffentlicht wurde und zum 1. April 1901 in Kraft trat, einen entscheidenden Wendepunkt. Denn dieses Gesetz „erweiterte die Zugriffsmöglichkeiten des Staates von den straffälligen auf die verwahrlosten Kinder und Jugendlichen.“¹ Der Staat wurde nun vorbeugend tätig und behielt sich das Recht vor,

1 Carola Jüllig, Zwischen Rettungshaus und „Fürsorgehöllen“, in: Ursula Röper / Carola Jüllig (Hg.), Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998, Berlin 2. Auflage 2007, S. 182–191, S. 184. Danach, S. 184f., auch das Folgende. Dazu auch: Detlev J. K. Peukert, Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1878 bis 1932, Köln 1986, S. 143–150.

verwahrloste oder von Verwahrlosung bedrohte Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren, auch wenn sie die Schule bereits beendet hatten, aus der Familie herauszunehmen und zwangsweise bis zum 21. Lebensjahr in stationären Erziehungseinrichtungen unterzubringen. Bis dahin hatte staatliche Zwangserziehung erst angeordnet werden können, wenn Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren straffällig geworden waren – auch war die Zwangserziehung in aller Regel mit dem Erreichen des 18. Lebensjahres aufgehoben worden. Aufgrund des neuen Gesetzes, dem alsbald ähnliche Gesetze in anderen deutschen Staaten folgten, vervielfältigte sich die Zahl der in staatlicher Ersatzerziehung befindlichen Kinder und Jugendlichen in kürzester Zeit. Zwischen 1900 und 1914 entstanden im Deutschen Reich etwa achtzig neue Erziehungsheime, die bestehenden Einrichtungen erlebten einen kräftigen Wachstumsschub. Der Sozialstaat konnte mit seinen vorerst noch recht begrenzten Ressourcen kein eigenes Netz von Fürsorgeerziehungseinrichtungen schaffen, er wandte sich vielmehr an die freigemeinnützigen Träger bestehender Waisen- und Rettungshäuser, Magdalenien und Heime für entlassene Gefangene, Zufluchthäuser sowie Arbeiter- und Arbeiterinnenkolonien, insbesondere an Träger aus dem Bereich der evangelischen Inneren Mission und der katholischen Caritas. In den meisten Fällen nahmen sich die konfessionellen Erziehungseinrichtungen, manchmal nach kurzem Zögern, bereitwillig der neuen Aufgabe an – so auch das Stephansstift.

Hier begann die Diskussion um das Fürsorgeerziehungsgesetz bereits vor dessen Verabschiedung. Pastor Paul Oehlkers äußerte im „Monatsboten aus dem Stephansstift“ zwar Verständnis für Kritiker aus den eigenen Reihen, die der Auffassung waren, es sei „ein sozialistischer Zug in dem Gesetz“;² schließlich sei die Erziehung der Kinder „Elternpflicht und Elternrecht.“ Gleichwohl brach Oehlkers eine Lanze für das neue Gesetz. An Beispielen versuchte er zu verdeutlichen, dass Kinder keineswegs immer am besten im Elternhaus aufgehoben seien:

„Welch heillose Dinge erleben unsere Brüder, wenn sie aus irgendeinem Grunde die Eltern unserer Zöglinge besuchen. Nur ein Beispiel: Der Vater ein Trunkenbold, Mutter und Schwester stehen unter sittenpolizeilicher Kontrolle. Dazwischen wächst ein Knabe auf! Oder ein anderes: Vater und Bruder sind so wüste Raufbolde, dass die Polizei es möglichst vermeidet, das verrufene Haus zu betreten. Bin ich selbst doch vor nicht langer Zeit hier im Stift von solch einem wütenden Menschen tätlich angefallen worden, als ich ihn hindern wollte, seinem Sohn zur Flucht zu verhelfen!“

Aus einer solchen Umgebung müsse ein Kind heraus. Von daher sei das neue Gesetz zu begrüßen, sei es doch höchst misslich, dass man bisher habe warten müssen, bis ein Kind unter zwölf Jahren straffällig wurde, ehe man habe einschreiten können. Oehlkers verteidigte zudem die neue Regelung, dass nun auch Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr in Zwangs-

2 Aus der Arbeit – für die Arbeit. Rettungshausarbeit, in: Monatsbote 21 (1900), S. 7. Danach auch die folgenden Zitate.

erziehung genommen werden konnten, sei es doch bisher so gewesen, dass straffällig gewordene Jugendliche ins Gefängnis gekommen seien und diesen Makel ihr ganzes Leben lang mit sich herumgeschleppt hätten, während dies straffällig gewordenen Kindern erspart geblieben sei. Oehlkers äußerte sogar den Wunsch, die staatliche Ersatzerziehung auf jeden Fall bis zum 21. Lebensjahr fortzuführen, sei sie doch „keine Strafe, sondern eine Wohltat“.³ Er widersprach der Kritik der sozialdemokratischen Presse, die zu Fürsorgeerziehung verurteilten Kinder seien „für ihr Leben gebrandmarkt“. Dies sei keineswegs der Fall, es sei denn, dass der Gesetzgeber durch unkluge Maßnahmen Schaden anrichte, „wie denn neulich allen Ernstes der Vorschlag gemacht war, die in Dienst und Lehre untergebrachten Zöglinge alle halbe Jahr von den Gendarmen revidieren zu lassen.“⁴ Ausdrücklich begrüßte Oehlkers, dass die Fürsorgeerziehung den Provinzialbehörden übertragen werden sollte – und er betonte in diesem Zusammenhang das „vertrauensvolle Verhältnis“⁵ zwischen dem Landesdirektorium und den christlichen Rettungshäusern in der Provinz Hannover –, und dass „nicht nur in staatlichen Zwangserziehungsanstalten, sondern auch in den von der christlichen Liebe gegründeten privaten Rettungshäusern und in Familienpflege solche Kinder untergebracht werden dürfen. So ist Raum gelassen, dass die neue Form (mehr wie eine Form ist solch ein Gesetz nie) mit dem rechten Geist rettender, barmherziger Liebe erfüllt werde.“⁶

Damit hatte der Vorsteher des Stephansstifts klar Position bezogen – und er wusste sich mit dem Vorstand einig. Dieser stellte sich – noch unter dem Vorsitz Gerhard Uhlhorns, der kurz darauf verstarb – auf den Standpunkt, „dass die Anstalten und Vereine der Innern Mission mit allem ihrem Vermögen, mit ihren Arbeitskräften und Einrichtungen und Erfahrungen sich zur Ausführung dieses Gesetzes den Landesbehörden zur Verfügung stellen müssten, solange man irgend bereit sei, uns nach unsern Grundsätzen arbeiten zu lassen.“⁷ Unumstritten war diese Grundsatzentscheidung wohl nicht. Offenbar fehlte es im Umfeld

3 Ebd., S. 8. Danach auch das folgende Zitat. – Pastor Wilhelm Backhausen berichtete, die Verlängerung der herkömmlichen Zwangserziehung habe sich nicht günstig ausgewirkt – „es war kein Vergnügen, einem Burschen davon Eröffnung zu machen. Oft wurden die Jungen dadurch verbittert und fingen dann an, unverbesserliche Ausreißer zu werden.“ Fürsorgeerziehungszöglinge müssten sich künftig mit dem Gedanken vertraut machen, auf jeden Fall bis zur Volljährigkeit in der Anstalt bleiben zu müssen. Komme dann noch die Militärzeit hinzu, habe der Zögling fünf Jahre lang „ein heilsames Joch getragen“. Jahresbericht 1900, in: Monatsbote 22 (1901), S. 25–46 [= Jahresbericht 1900], S. 40f.

4 Aus der Arbeit – für die Arbeit. Rettungshausarbeit, in: Monatsbote 21 (1900), S. 8f.

5 Ebd., S. 9. Danach auch das folgende Zitat.

6 Kurz darauf hob Oehlkers – unter Verweis auf eine Statistik des Schlesischen Rettungshausverbandes – hervor, dass sich die Resultate der christlichen Rettungshausarbeit durchaus sehen lassen könnten – danach könnten „fast 90 % der Ermittelten als für das bürgerliche Leben gerettet betrachtet werden.“ An dieser Stelle beklagte Oehlkers aber auch die selektive Wahrnehmung der Presse: „Sobald aber mal einer unserer früheren Zöglinge etwas verbochen hat, hat gestohlen, ein Haus angesteckt oder desgl., dann heißt es in allen Blättern: Natürlich wieder ein Zögling so einer frommen Anstalt!“ Aus der Arbeit – für die Arbeit. Rettungshausarbeit, in: Monatsbote 21 (1900), S. 23.

7 Jahresbericht des Stephansstifts über das Jahr 1901, in: Monatsbote 23 (1902), S. 41–50 [= Jahresbericht 1901], S. 43.

des Stephansstifts nicht an kritischen Stimmen, die warnten, „wenn wir auf solche staatlich beaufsichtigte und umschränkte Arbeit wie die Erziehung von Fürsorgezöglingen uns einließen, so gäben wir unser Bestes auf und hörten auf, eine Anstalt der freien Liebestätigkeit zu sein.“⁸ Dennoch ging das Stephansstift, wenn auch nicht ohne Bedenken, dieses Wagnis ein. Rückblickend war von einem „Sprung ins Dunkle“⁹ die Rede.

Da sich auch andere Einrichtungen der Inneren Mission und der Caritas in der Provinz Hannover zur Übernahme der Fürsorgeerziehung bereiterklärten, verzichtete die Provinzialverwaltung auf die Gründung eigener Erziehungsanstalten. Diese Entscheidung ging auf den für die Fürsorgeerziehung zuständigen Dezernenten der Provinzialverwaltung, *Hermann Bleßmann* (1862–1919) zurück, der übrigens 1901 in den Vorstand des Stephansstifts eintrat.¹⁰ So konnte das Stift aufkommende Fragen auf dem kurzen Dienstweg mit der Fürsorgeerziehungsbehörde abstimmen. Die konfessionellen Träger teilten das neue Arbeitsfeld unter sich auf und wurden für den Staat unentbehrlich.¹¹ Dies führte einerseits zu einem raschen Ausbau der Anstalten in konfessioneller Trägerschaft, zumal die Kostgelder für die Fürsorgezöglinge maßgeblich zu deren finanzieller Konsolidierung beitrugen. Andererseits war eine teilweise Verstaatlichung der Erziehungsarbeit die Folge, die sich etwa in einem sprunghaft steigenden bürokratischen Aufwand niederschlug, wodurch die Handlungsspielräume der Einrichtungen der Inneren Mission zusehends eingeengt wurden. In diese Richtung weist ein Stoßseufzer Pastor Paul Oehlkers aus dem Jahre 1911: „Wie oft werden unsere Rettungshäuser jetzt revidiert; wie viel Berichte sind einzusenden! Mit wem haben wir nicht alles zu verhandeln! Auf wie viele Wünsche, Forderungen, Bestimmungen, Instruktionen haben wir Rücksicht zu nehmen!“¹² Tatsächlich hatte das Fürsorgeerziehungsgesetz – neben einer fortschreitenden Bürokratisierung der Arbeit – weitere weitreichende und tiefgreifende Folgen für das Stephansstift. Es führte zu einer Verschiebung der Schwerpunkte in der Arbeit, einer klareren Trennung der Arbeitsfelder, einer Ausdifferenzierung der Leitungsfunktionen, einer weiteren Phase verstärkter Bautätigkeit, einem Professionalisierungsschub, einem allmählichen Wandel der Erziehungsmethoden und einer Öffnung gegenüber der Psychiatrie und Heilpädagogik.

Für das Stephansstift war das Gesetz vor allem deshalb von „einschneidender Bedeutung“,¹³ weil nun auch Jungen zwischen 14 und 18 Jahren in Fürsorgeerziehung genommen werden konnten. Das Stephansstift war bis dahin die einzige Anstalt in der Provinz Hannover gewesen, die konfirmierte männliche Zöglinge in größerer Zahl aufgenommen hatte – es werde daher, so die Einschätzung der Verantwortlichen, „jetzt auch

8 Ebd., S. 49.

9 Wilhelm Backhausen, Bericht über die Entwicklung der Fürsorgeerziehung an den schulentlassenen Zöglingen im Stephansstift, in: Monatsbote 25 (1904), S. 88–92, S. 89.

10 Wolff, Geschichte, S. 99.

11 Jahresbericht des Stephansstifts über das Jahr 1911, in: Monatsbote 33 (1912), S. 90–104 [=Jahresbericht 1911], S. 94.

12 Ebd.

13 Jahresbericht 1900, S. 40. Danach auch das folgende Zitat.

den ersten Ansturm zu bestehen haben.“ Diese Einschätzung sollte sich bestätigen. Das Stephansstift hatte zunächst, was die Fürsorgeerziehung männlicher schulentlassener Jugendlicher anging, eine Monopolstellung innerhalb der Provinz Hannover inne (so wie das Frauenheim vor Hildesheim in Himmelsthür die einzige Einrichtung in der Provinz war, die schulentlassene weibliche Fürsorgezöglinge aufnahm¹⁴).

Die Folge war ein starker Wachstumsschub: Lebten am 1. Januar 1901 in der Lehrlingsabteilung des Stephansstifts gerade einmal 36 Jugendliche, so stieg ihre Zahl rasch auf 100 (1. Januar 1905), dann weiter auf 117 (1. Januar 1911) und lag schließlich bei 115 (1. Januar 1914). Dagegen nahm die Zahl der auf dem Knabenhof untergebrachten schulpflichtigen Zöglinge, die am 1. Januar 1901 bei 76 gelegen hatte, zunächst nur langsam zu – am 1. Januar 1905 waren es 91. Die Landwirtschafts- und Handwerksabteilung hatte zu diesem Zeitpunkt also mehr Zöglinge als der Knabenhof. Dessen Zöglingszahl stieg indessen seit 1910 – im Zusammenhang mit der Eröffnung der Hilfsschule für „schwachsinnige“ Knaben in Fürsorgeerziehung – deutlich an. Am 1. Januar 1911 lag sie mit 116 gleichauf mit der Landwirtschafts- und Handwerksabteilung, am 1. Januar 1914 war der Knabenhof mit 176 Zöglingen die größte Abteilung des Stephansstifts. Die Zahl der Bewohner der Siechenhäuser lag in dieser Zeit hingegen nahezu konstant bei 100. Bildeten die Siechenhäuser zu Beginn des 20. Jahrhunderts das größte Arbeitsfeld innerhalb des Stephansstifts, so waren sie am Vorabend des Ersten Weltkriegs auf den dritten Rang zurückgefallen.¹⁵ Die Arbeit an Kindern und Jugendlichen stand nun ganz im Vordergrund.

„Einer allein kann's nicht mehr übersehen.“ – Die Ausdifferenzierung der Leitungsstrukturen

Die erste Maßnahme, die der Vorstand im Hinblick auf das kommende Fürsorgeerziehungsgesetz ergriff, war die Installierung einer Doppelspitze auf der Leitungsebene. Schon zu Zeiten Pastor Frickes hatte man sich um die Anstellung eines zweiten Geistlichen bemüht, „es hatte aber nie gelingen wollen, einen seiner Gehilfen dauernd auf dem Stifte festzuhalten, zum Teil wohl deswegen, weil es bei der damaligen Verfassung des Stiftes an einem selbstständigen Arbeitsgebiete für den zweiten Geistlichen fehlte.“¹⁶ Nun wurde der Kandidat des Predigtamtes *Wilhelm Backhausen* (1869–1924), der seit 1899 als Vikar im Stephansstift tätig war, als Oberhelfer mit der Leitung der Lehrlingsabteilung betraut.¹⁷ Zugleich beantragte der Vorstand die Errichtung einer weiteren Kollaboratur, um ihn als zweiten Anstaltsgeistlichen dauerhaft an das Stephansstift zu binden. Nach der Bewilligung der Kollaboratur wurde Pastor Wilhelm Backhausen am 17. November 1901 in sein neues

14 Vgl. Hans-Walter Schmuhl / Ulrike Winkler, *Vom Frauenasyl zur Arbeit für Menschen mit geistiger Behinderung. 130 Jahre Diakonie Himmelsthür (1884–2014)*, Bielefeld 2014, S. 76–83.

15 Zahlenangaben nach den Statistiken in den Jahresberichten 1901, 1905, 1911 und 1913.

16 Aus dem Leben des Stifts, in: *Monatsbote* 22 (1901), S. 105.

17 Zu seiner frühen Biographie: Pastor Wilhelm Backhausen, in: *Monatsbote* 46 (1925), S. 30–34.

Amt als zweiter Geistlicher des Stephansstifts eingeführt. „Nachdem unser Stephansstift so groß geworden war, war ja eine gewisse Dezentralisation nötig“, stellte Paul Oehlkers rückblickend fest. „Einer allein kann's nicht mehr übersehen.“¹⁸ Oehlkers war fortan nur noch für die Brüderschaft, die Siechenhäuser und den Knabenhof zuständig, Backhausen für die Landwirtschafts- und Handwerksabteilung. Innerhalb dieser beiden Arbeitsbereiche sollten die einzelnen Häuser und Betriebe von den Hausvätern und Meistern „relativ selbstständig geleitet“ werden.

Vor allem in der Landwirtschafts- und Handwerksabteilung (Abteilung II) musste das Personal aufgestockt werden. Einer Aufstellung aus dem Jahre 1909 zufolge arbeiteten in diesem Bereich mittlerweile – neben dem Vorsteher Wilhelm Backhausen – zwei Hausväter, ein ständiger Gewerbeschullehrer, zwei Lehrer für den Winterfortbildungsunterricht der Landwirtschaftslehrlinge, ein Sekretär, zehn Erziehungsgehilfen, ein Krankenpfleger, zehn Handwerksmeister, ein Obergärtner, zwei Hofmeister, drei Futtermeister und zwölf Gesellen, insgesamt also 46 Personen, die Hausmütter und ihre Gehilfinnen nicht mitgerechnet, um 115 schulentlassene Fürsorgezöglinge zu betreuen, zu erziehen und auszubilden.¹⁹ Aber auch in der Abteilung I (Brüderhaus, Siechenhaus, Neues Siechenhaus, Knabenhof) differenzierte sich das Personal aus: In wirtschaftlichen Belangen wurde Paul Oehlkers von einem Rendanten und einem Kontoristen unterstützt, im Brüderhaus hatte im Jahre 1907 Pastor *Fuchs* als Brüderlehrer den Unterricht übernommen, als Hausvater fungierte der Brüderälteste *Otto Keese* (1877–1949), dem ein Gehilfe zur Seite stand. Das alte und das neue Siechenhaus hatten eigene Hausväter, das alte Siechenhaus zudem einen Oberpfleger. Der Hausvater des Knabenhofes wurde von zwei Lehrern unterstützt.²⁰ Der Anfang 1908 angestellte Pastor des Krüppelheims Annastift, *Ahrends*, zuständig auch für das „Krüppellehrlingsheim“, war ebenfalls Glied der Stiftsgemeinde, da das Annastift der Kirche des Stephansstifts angegliedert war. Mithin waren zu dieser Zeit vier Pastoren im Stephansstift tätig, dazu vier bis fünf Kandidaten der Theologie aus dem Kandidatenkonvikt.²¹

1909 wurde dann Pastor *Hermann Müller* (1875–1932), der während seiner Kandidatenzeit im Jahre 1904 kurz als Brüderlehrer im Stephansstift tätig gewesen war und jetzt aus

18 Jahresbericht für das Jahr 1904, in: Monatsbote 26 (1905), S. 77–86 [= Jahresbericht 1905], S. 82.

19 Saure Tage, in: Monatsbote 30 (1909), S. 143.

20 Vorstand des Stephansstifts, in: Monatsbote 29 (1908), S. 112.

21 Jahresbericht des Stephansstifts für das Jahr 1907, in: Monatsbote 29 (1908), S. 81–101 [= Jahresbericht 1907], S. 84. So der neue Name des Vikariats. Es war auf Ersuchen des Landeskonsistoriums im Jahre 1904 umbenannt worden – der Name entsprach den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr, da nunmehr im Konvikt fast ausschließlich Studenten und Kandidaten der Theologie lebten, studierten und arbeiteten. 1906 erließ die Landeskirche eine neue Vikariatsordnung, der zufolge alle Kandidaten der Theologie nach dem ersten Examen entweder ein Predigerseminar besuchen oder als Vikare ein Jahr lang in einem Pfarrhaushalt mitleben mussten – dies stellte erhöhte Anforderungen an die betreuenden Pfarrer. Man überlegte daraufhin im Stephansstift, das Konvikt zu schließen, nahm aber davon wieder Abstand, als das Landeskonsistorium die Anforderungen für das Stephansstift herabsetzte. Aus der Arbeit, für die Arbeit, in: Monatsbote 25 (1904), S. 36–39; Jahresbericht 1907, S. 99f.

Port Elisabeth in Südafrika nach Hannover zurückkehrte,²² Brüderlehrer und Leiter des Knabenhofes. „Nachdem unsere Brüderschaft auf über dreihundert angewachsen ist, erfordert ihre Leitung mit allem, was dazu gehört, eine volle Kraft [...] und andererseits fordert der Unterricht und die Erziehungsarbeit im Knabenhofe einen stetig anwesenden konsequenten Leiter“²³ erläuterte Paul Oehlkers diese Personalentscheidung. Der Vorsteher müsse „die Freiheit haben, zu Besuchsreisen, wie zu Verhandlungen mit den Vorständen jederzeit sich im Stifte losmachen zu können.“ Er habe, so Oehlkers, „unter diesem Widerstreit der Pflichten [...] die letzten Jahre gelitten“, umso dankbarer sei er, „dass der Vorstand trotz unserer schwierigen Finanzlage es gewagt hat, einen dritten Geistlichen fest anzustellen, um mich auch nach dieser Richtung hin zu entlasten.“ Fortan war das Stephansstift in drei Abteilungen gegliedert: das Brüderhaus (nebst den Siechenhäusern), den Knabenhof sowie die Landwirtschafts- und Handwerksabteilung (Lehrlingsheim).

„Ja, warum bauen wir eigentlich?“ – Der Ausbau des Stephansstifts

„Ja, warum bauen wir eigentlich? Ich will es kurz sagen: das neue Fürsorge-Erziehungsgesetz hat es Schuld.“²⁴ So erklärte es Pastor Paul Oehlkers im Jahre 1901 den Freunden und Förderern des Stephansstifts. Tatsächlich war es eine unmittelbare Folge des Gesetzes, dass im Stephansstift – nachdem man im Jahr 1900 aus finanziellen Gründen eine kurze Baupause eingelegt hatte – sogleich wieder eine rege Bautätigkeit einsetzte.

Dies betraf zunächst den Knabenhof, obwohl man zunächst nicht unbedingt erwartete, dass das Fürsorgeerziehungsgesetz hier zu „wesentlichen Veränderungen“²⁵ führen würde, abgesehen davon, dass man „vielleicht einen größeren Prozentsatz von [schulpflichtigen] Fürsorgezöglingen“²⁶ werde aufnehmen müssen, als man bisher an Zwangszöglingen gehabt habe. Die Um- und Neubauten zielten vielmehr darauf ab, „den Ansprüchen zu genügen, welche der Staat an uns stellt, indem er die Ausführung der Fürsorgeerziehung zum großen Teile unsern Händen anvertraut.“ Das betraf zunächst die alten Knabenhäuser, deren Schlafräume nicht den „polizeilich geforderte[n] Luftraum“²⁷ aufwiesen. Hier mussten die Räume vergrößert, Zwischenwände herausgeschlagen, Luft und Licht eingelassen werden. 1901 folgte der Neubau eines Speisehauses mit Küche, Speisekammer und Aufwaschraum. Bisher waren zu den Mahlzeiten Speisen und Geschirr aus der in einem Keller untergebrachten Knabenhofküche in die einzelnen Häuser gebracht worden, was

22 Jahresbericht des Stephansstifts über das Jahr 1909, in: Monatsbote 31 (1910), S. 97–103 [= Jahresbericht 1909], S. 98.

23 Ebd., S. 101. Danach auch die folgenden Zitate.

24 Aus dem Leben des Stiftes, in: Monatsbote 22 (1901), S. 69.

25 Jahresbericht 1900, S. 40. Danach auch die folgenden Zitate.

26 Backhausen rechnete aber auch mit der Möglichkeit, dass viele Eltern, wenn sie erst die Tragweite des Gesetzes erkannt hätten, ihre Kinder freiwillig in das Stephansstift schicken würden, um nicht die „elterlichen Rechte über sie auf lange Zeit zu verlieren“.

27 Aus dem Leben des Stiftes, in: Monatsbote 22 (1901), S. 69.

zu mancherlei Unzuträglichkeiten geführt hatte. „Strenge Anhänger des Familiensystems werden es vielleicht missbilligen, wenn wir künftig in dem großen Speisesaal alle Knaben gemeinschaftlich die Mahlzeiten halten lassen.“²⁸ Es sei aber von Vorteil, wie Backhausen ausführte, dass der Hausvater bei den Mahlzeiten das Betragen der Jungen bei Tisch beobachten könne. Auch gewinne man mit dem Speisesaal einen Raum, um an Winterabenden den gesamten Knabenhof zu „geselliger Unterhaltung“²⁹ zusammenzubringen – dadurch könne man „das Gemeinschaftsleben fördern und den Korpsgeist stärken.“ Da die Zahl der schulpflichtigen Jungen infolge des Fürsorgeerziehungsgesetzes doch anstieg und die Klassen in der alten Schule des Knabenhofes überfüllt waren, wurde zugleich auch ein neues Schulhaus („Turmschule“) erbaut. Speisehaus und Schule wurden am 1. Oktober 1901 eingeweiht. In den folgenden Jahren wurden nach und nach alle vier Knabenhäuser grundlegend modernisiert und am dritten Advent 1909 unter neuen Namen – Buche, Tanne, Eiche und Birke – neu eingeweiht.³⁰ Doch genügten diese Neu- und Umbauten noch immer nicht. Da sich das Stephansstift mittlerweile bereiterklärt hatte, eine Hilfsschule für „schwachsinnige“ Fürsorgezöglinge aus der Provinz Hannover aufzubauen, wurde der Bau einer neuen Schule – der dritten auf dem Gelände des Knabenhofes – unumgänglich. Diese neue Schule, die sieben Klassenräume, drei Arbeitssäle, eine Lehrerwohnung und eine auf zwölf Jungen ausgelegte Aufnahmestation, dazu im Keller eine Badeeinrichtung für den gesamten Knabenhof enthielt, wurde am 15. August 1913 eingeweiht, zusammen mit einem neuen Knabenhaus für sechs „Familien“. Der Bau dieses Hauses habe sich nicht umgehen lassen, erläuterte Pastor Hermann Müller. „Für 100 Jungen war ursprünglich der Knabenhof berechnet. Nun sind 150 Zöglinge unterzubringen. Die Provisorien dürfen keine bleibenden Einrichtungen werden.“³¹

Von Anfang an war klar, dass eine Ausgliederung des Lehrlingsheims aus dem Knabenhof unter pädagogischen Gesichtspunkten unumgänglich war.³² Die Lehrlinge, die bis dahin auf dem Knabenhof gewohnt hatten, sollten eigene, vom Knabenhof getrennte Wohnstätten bekommen. Die Pläne gingen dahin, einen „Ackerhof“ für die Landwirtschaftslehrlinge und einen „Handwerkerhof“ für die Handwerkslehrlinge zu schaffen, die von der übrigen Anstalt räumlich klar getrennt waren. Dies machte größere Um- und Neubauten notwendig, die sich indes verzögerten. Ein volles Jahr lang wurde über verschiedene Baupläne diskutiert, und als man an die Ausführung gehen wollte, legte ein „Streik der Bauhandwerker“³³ den Betrieb über längere Zeit lahm. So dauerte es zwei Jahre, ehe das letzte Wort über die Baupläne gesprochen war – ein Glücksfall, wie Wilhelm Backhausen im Nachhinein feststellte, hatte man doch auf diese Weise zwei Jahre lang Zeit, um in der

28 Jahresbericht 1900, S. 39.

29 Ebd., S. 40. Danach auch das folgende Zitat.

30 Jahresbericht 1909, S. 98.

31 Hermann Müller, Bericht über den Knabenhof für das Jahr 1912, in: Monatsbote 34 (1913), S. 105f., S. 105.

32 Zum Folgenden: Jahresbericht 1900, S. 42f.

33 Backhausen, Bericht über die Entwicklung der Fürsorgeerziehung an den schulentlassenen Zöglingen im Stephansstift (1904), S. 89. Danach auch das folgende Zitat.

Praxis zu studieren, welche Auswirkungen das Fürsorgeerziehungsgesetz hatte. Backhausen räumte aber auch ein, dass dies „Kriegsjahre in unserer Arbeit [gewesen seien], die doppelt zählen.“

Bei der Konzeption des Handwerker- und des Ackerhofs ging man – auch aufgrund einer Rundreise durch verschiedene andere Einrichtungen – ganz bewusst von dem „auf die Wichernschen Grundsätze der Familienerziehung zugeschnitte[n] Villensystem“³⁴ ab – die Aufteilung in kleine Familiengruppen hätte zu viele Erzieher erfordert, es hätte wieder eine Verpflegung durch eine Zentralküche organisiert werden müssen, was Unzuverlässigkeiten befürchten ließ, schließlich wäre bei einer Verselbstständigung der Familiengruppen der Einfluss des Hausvaters und der Hausmutter auf die Erziehung nicht so groß gewesen, wie man es sich wünschte. Man habe aber nicht die Absicht, so versicherte die Anstaltsleitung, „in das andere Extrem verfallend, etwa einen Zentralbau aufzuführen, in dem sämtliche großen Jungen Platz fänden. [...] Kasernen sind ungemütlich in des Wortes schlimmster Bedeutung und darum für die Erziehung Jugendlicher zu verwerfen.“³⁵

Der Anfang der räumlichen Neugliederung wurde gemacht, indem die „Baracke“, das ehemalige Isolierhaus, vergrößert wurde. Das umgebaute Haus, nunmehr „Klausen“ genannt, wurde am 21. April 1901 eingeweiht. 1902 konnten eine neue Schmiede, eine neue Tischlerei und eine neue Malerwerkstatt eröffnet werden. Am 1. Dezember 1902 folgte die Einweihung des zweiten Pastorats. Die Handwerkslehrlinge kamen nunmehr auf dem Handwerkerhof, in der Klausen und im Erdgeschoss des zweiten Pastorats (später: „Knabenhaus Freienfelde“) unter. Dieser Gebäudekomplex diente fortan als Lehrlingsabteilung mit einem eigenen Hausvater.

Längere Zeit war erwogen worden, die Landwirtschaftsabteilung nach Neustadt am Rübenberge zu verlegen, wo das Stephansstift aufgrund einer Erbschaft über größeren Landbesitz verfügte. Doch kam man von diesem Plan nach reiflicher Überlegung wieder ab – vor allem wollte man die Verbindung der Landwirtschaftsabteilung zur Hauptanstalt, insbesondere auch zur Lehrlingsabteilung, aufrechterhalten, sollte doch die Landwirtschaftsabteilung auch weiterhin als Aufnahmestation für alle konfirmierten Zöglinge dienen.³⁶

34 Aus dem Leben des Stiftes, in: Monatsbote 22 (1901), S. 85. Danach, S. 85f., S. 91, auch das Folgende.

35 Ebd., S. 91.

36 Gegen die Übersiedlung nach Neustadt am Rübenberge sprach weiterhin, dass Hausvater und Erzieher dort vom Verkehr mit ihren Mitbrüdern im Stephansstift abgeschnitten gewesen wären, dass man unter hohem finanziellen Aufwand Haus und Hof hätte bauen müssen und dass die zum Stephansstift gehörenden Ländereien rings um die Stadt verstreut lagen, „so dass die Jungen in recht unerwünschter Weise oft ihren Weg durch die Stadt hätten nehmen müssen.“ Für Neustadt hatte gesprochen, dass dort „die Nähe Hannovers [...] die Jungen nicht mehr so stark gereizt [hätte], zu entweichen und in der Großstadt für längere Zeit zu verschwinden“; auch hätte man „unzufriedene Angehörige der zwangsweise zugeführten Jungen“ besser fernhalten können. Aus dem Leben des Stiftes, in: Monatsbote 22 (1901), S. 84. – Sechs Jungen vom Stephansstift wurden am 19. September 1901 unter Führung von Bruder *Heinrich Rolf* (* 1866) nach Kästorf geschickt, wo neben der Arbeiterkolonie ein Rettungshaus für schulentlassene Zöglinge errichtet worden war. Ebd., S. 85.

Schließlich kamen die Landwirtschaftslehrlinge auf dem am 1. Mai 1904 eingeweihten „Ackerhof“ unter.

Dies war jedoch, wie sich schon bald herausstellen sollte, keine dauerhafte Lösung. Der Grund dafür war, dass die Stadt Hannover immer näher an das Stephansstift heranrückte. Im Zuge einer umfangreichen Stadterweiterung war die Ortschaft Kirchrode – und mit ihr das Stephansstift – am 1. Oktober 1907 nach Hannover eingemeindet worden.³⁷ Kirchrode galt als bevorzugtes Wohngebiet, so dass sich hier die Bebauungsgrenze immer weiter in den ländlichen Raum vorschob. „Die Zukunft unseres Ackerhofes wird immer unsicherer. Die Stadt Hannover wächst und schließt uns ein. Das gepachtete Land wird verkauft und zu Bauplätzen verwertet. Noch einige Jahre, dann wird es uns nicht mehr möglich sein, den gegenwärtigen Betrieb aufrecht zu erhalten“,³⁸ stellte Paul Oehlkers im Jahre 1910 besorgt fest. An dieser Stelle deutete der Vorsteher an, dass man vorübergehend sogar daran gedacht hatte, das Stephansstift insgesamt zu verlegen, diese Lösung aber verworfen hatte: „Dabei ist keine Möglichkeit vorhanden, dass wir, wie z.B. das evangelische Johannesstift in Berlin, unser Stiftsgelände zu einem solchen Preise verkaufen, dass wir hier weggehen und anderswo unsere ganze Anstalt neu aufbauen könnten. Wir möchten das auch nicht gern. [...] So haben wir denn Pläne über Pläne geschmiedet.“³⁹ Einstweilen war man allerdings zum Warten verurteilt, obwohl alle Abteilungen des Stephansstifts hoffnungslos überfüllt waren.⁴⁰

1911 war „wieder ein Jahr in drangvoll fürchterlicher Enge“.⁴¹ Man musste Zimmer in der Nähe hinzumieten, um durchzukommen, „ein recht kümmerlicher Ausweg“. Man konnte jedoch nicht anders, weil man abwarten musste, was bei den Verhandlungen mit der Stadt Hannover herauskommen würde. Diese zogen sich bis in das Jahr 1912 hinein:

„Es war ja sehr unsicher, ob wir hier in unserem geliebten Waldwinkel bleiben konnten, weil die städtische Bebauung uns in diesen letzten Jahren so gewaltig nahe gerückt ist. Hätten wir für all die Straßenbauten und Kanalbauten, die dadurch nötig wurden, wie andere Anlieger aufkommen müssen, so wäre uns das Bleiben aufs äußerste erschwert, ja unmöglich gemacht worden; denn das erfordert so hohe Kosten, dass sie eben nur von einem Grundbesitzer getragen werden können, der sein Land als Bauplatz verwertet.“

37 Jahresbericht 1907, S. 83. Sichtbare Folgen der Eingemeindung waren die Vergabe von Hausnummern, neue Steuerzettel sowie die Aufstellung von Straßenlaternen vor dem Stephansstift. – Vgl. allg. Brosius, Industriestadt, S. 351f.

38 Jahresbericht des Stephansstifts über das Jahr 1910, in: Monatsbote 32 (1911), S. 90–104 [= Jahresbericht 1910], S. 91.

39 Jahresbericht 1910, S. 91. In den 1960er/70er Jahren sollten erneut Überlegungen angestellt werden, das Stephansstift zu verlegen.

40 Jahresbericht 1910, S. 90.

41 Jahresbericht 1911, S. 101f. Danach auch das folgende Zitat.

Mit dem Vertrag zwischen dem Stephansstift und der Stadt Hannover vom 1. Februar 1912 wurde dieses Problem schließlich aus dem Weg geräumt. Die Straßen- und Kanalbaukosten wurden zinsfrei gestundet, bis das Stephansstift seinen Grundbesitz verkaufen würde. Nach menschlichem Ermessen, so teilte Paul Oehlkers erleichtert mit, sei dem Stift damit „für das nächste Menschenalter auf dieser seiner alten Stelle ein ruhiges Wachstum ermöglicht.“⁴²

Damit war die Zeit des Stillstands vorüber, der Ausbau des Stephansstifts konnte wieder aufgenommen werden. 1913 konnten endlich das seit langem geplante Brüderhaus und, wie bereits erwähnt, die neue Schule und ein weiteres Wohnhaus auf dem Knabenhof eingeweiht werden. Mittlerweile stand fest, dass der Ackerhof verlegt werden sollte. Während alle anderen Arbeitszweige des Stephansstifts von der Nähe der Stadt profitierten – das Brüderhaus, weil die Brüder des Stephansstifts in den Vereinen der Inneren Mission in Hannover aktiv werden konnten, der Knabenhof, weil der Kontakt der aus Hannover stammenden Zöglinge zu ihren Familien aufrechterhalten werden konnte, die Handwerksabteilung, weil die Stadt das Absatzgebiet für die Werkstätten bildete – war die Moderne über den Ackerhof hinweggegangen:

„Aber unser Ackerhof muss fort. Unsere großen Jungen sind zu laut für die städtischen Nerven; unsere Ackerwagen passen nicht mehr auf die städtischen Straßen. Wenn vom Strohfuder einige Halme herunterwehen – gleich gibt's ein Strafmandat. Unsere Pachtungen müssen wir immer weiter draußen suchen. Mit den Wegen zu und von der Arbeitsstätte geht allmählich eine unglaubliche Zeit verloren, die Arbeiterziehung und die Disziplin leiden unter dieser Verzettelung der Arbeitsgebiete und Arbeitskräfte.“⁴³

Lange suchte man nach einem neuen Standort für den Ackerhof und ging dabei immer weiter hinaus in das Umland.⁴⁴ Schließlich wurde mit dem – etwa zwölf Kilometer vom Gelände des Stephansstifts entfernten, im Südosten von Hannover gelegenen – Rittergut Kronsberg ein geeignetes Objekt gefunden. Am 26. April 1913 ermächtigte der Vorstand den Vorsteher, das Gut für 100.000 Mark zu kaufen. Es folgten langwierige Verhandlungen, bis sich der Provinzialausschuss bereit erklärte, dem Stephansstift die nötigen Garantien zum Erwerb des Gutes zu geben. Am 15. August 1913 wurde der Kauf abgeschlossen,⁴⁵ am 30./31. März 1914 erfolgte die Übergabe des Rittergutes Kronsberg, am 1. April wurde die Auflösung vollzogen „und das schrecklich viele Geld bezahlt.“⁴⁶ Sogleich wurden die Baufuchten für die neuen Häuser abgesteckt und eine Feldeisenbahn angelegt, um den Transport von

42 Ebd., S. 102. Das Stephansstift hatte auch Opfer bringen müssen. So musste es das Gelände für die Straßenverbreiterung kostenlos an die Stadt abgetreten werden.

43 Jahresbericht 1911, S. 102.

44 Ebd.

45 Jahresbericht des Brüderhauses [1913], in: Monatsbote 35 (1914), S. 105–109 [= Jahresbericht 1913], S. 109.

46 Brief aus dem Stift, 21.4.1914, in: Monatsbote 35 (1914), S. 63.

Baumaterialien zur Baustelle für die Zöglingshäuser sicherzustellen. Das Rittergut Kronsberg umfasste 660 Morgen Land nebst Wiesen, 83 Kühe, zwölf Ochsen und 15 Pferde. Der Administrator des Stephansstifts übernahm die Leitung des Betriebs, eine Anzahl älterer Angestellter und Tagelöhner trat in den Dienst des Stephansstifts über, ansonsten griff man einstweilen auf Wanderarbeiter aus Galizien und Russisch-Polen zurück.⁴⁷ Nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs gingen die Bauarbeiten auf Gut Kronsberg „langsam, mit halber Kraft weiter“.⁴⁸ Im November 1915 konnte schließlich das erste Haus bezogen und die Erziehungsanstalt Kronsberg eröffnet werden.

Ein „leises Ändern am hergebrachten Schema“ – Der Wandel der Erziehungsmethoden

Alle neu aufgenommenen Jugendlichen wurden zunächst der Landwirtschaftsabteilung zugewiesen. Dort nahmen die Gehilfen sogleich eine „genauere körperliche Besichtigung“⁴⁹ des Neankömmlings vor, „zu der manchmal ebenso viel zoologische Kenntnis als Selbstüberwindung gehört.“ Der neue Zögling wurde „geschoren, gebadet, in reine Wäsche gesteckt, dann setzt sofort die Arbeit ein.“ Widerstand bei der Aufnahme, so Pastor Backhausen im Jahre 1902, habe es erst in einem einzigen Fall gegeben. Auch die aus Gefängnissen oder geschlossenen Einrichtungen überwiesenen Zöglinge würden in der Regel keine Schwierigkeiten bei der Aufnahme machen. Bedenken habe er zunächst im Hinblick auf eine „besondere Species“ von Zöglingen gehabt: „die meist in aller Stille hier untergebrachten Söhne wohlhabender und angesehener Eltern“,⁵⁰ die wegen Diebstahls, Betrugs oder Unterschlagung in das Stephansstift gegeben wurden. „Peinlich“,⁵¹ so Backhausen, sei für ihn anfangs „die Aufnahme von [solchen] großen Jungen aus den feineren Gesellschaftskreisen“ gewesen: „Wenn da ein Bursche mit tadelloser Verbeugung hereintrat, in hohem Umlegekragen, gelben Schuhen, fein frisiertem Haar, dann kam mir der Gedanke: Es ist ja rein unmöglich, dass du diesen feinen Jüngling unter deine Landwirte setzt, er muss ja vor Widerstreben vergehen.“ Doch würden sich die „jungen Herren“ rasch an die größten Arbeiten gewöhnen, nur „das einfache Essen macht ihnen Beschwerden.“

Man fragte sich im Stephansstift zunächst, ob sich die „großen Burschen“⁵² wohl in die Ordnung der Anstalt einfügen würden, „wo sie mit Du angeredet werden, kein Bier trinken,

47 Wilhelm Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt für das Jahr 1913, in: Monatsbote 35 (1914), S. 110–113, S. 112.

48 Brief aus dem Stift, in: Monatsbote 35 (1914), S. 157.

49 Wilhelm Backhausen, 2. Bericht über die Entwicklung der Erziehungsanstalt für Schulentlassene unter dem Fürsorgeerziehungsgesetz, in: Monatsbote 23 (1902), S. 50–56, S. 53. Danach auch die folgenden Zitate.

50 Ebd., S. 52. Danach auch die folgenden Zitate.

51 Ebd., S. 53. Danach auch die folgenden Zitate.

52 Jahresbericht 1900, S. 41. Danach auch die folgenden Zitate. – Alkohol und Kautabak waren den Zöglingen im Stephansstift verboten, die großen Jungen bekamen bei besonderen Anlässen eine Zigarre. Backhausen, 2. Bericht über die Entwicklung der Erziehungsanstalt für Schulentlassene unter dem Fürsorgeerziehungsgesetz (1902), S. 53.

keine Zigarren rauchen, keine Karten spielen dürfen und ständig unter Aufsicht stehen.“ Die Leitung war sich indessen einig, dass man zunächst an den Erziehungsgrundsätzen des Stephansstifts nichts Wesentliches ändern wollte – man wollte weiterhin „in Freiheit für die Freiheit erziehen.“ Klar entschied man sich gegen die Umwandlung der Abteilungen für konfirmierte Fürsorgezöglinge in eine geschlossene Anstalt: „Wer Mauern zieht, Fenster vergittert oder gar die Schlafkojen verriegelt, wird seinen Jungen schwer begreiflich machen, dass die Fürsorgeerziehung keine Strafe, sondern eine Wohltat ist.“⁵³ Zudem, so argumentierte man im Stephansstift, verfehlten die geschlossenen Anstalten ohnehin ihren Zweck – „die Jungen laufen doch fort, sie fangen es da nur raffinierter an als in den offenen Anstalten. Die Mauern sind von vornherein ein Misstrauensvotum gegen die Ankömmlinge; darum sorgen sie auch dafür, dies Misstrauen zu rechtfertigen.“ Das Stephansstift sollte also „offene Anstalt“⁵⁴ bleiben, „nur für ganz renitente Burschen oder unverbesserliche Ausreißer“ sollten „geeignete Hindernisse“ geschaffen werden. Das ursprünglich geplante „Arresthaus“⁵⁵ wurde dann aber letztlich doch nicht gebaut, da sich innerhalb des ersten Jahres der Fürsorgeerziehung gezeigt hatte, dass man auch ohne „stille Zellen“⁵⁶ auskam.

Die Erzieher, so führte Wilhelm Backhausen in einem Vortrag eindrucksvoll aus, müssten von der Liebe zu den ihnen anvertrauten Zöglingen getragen sein:

„Wo diese Liebe ist, da werden die Augen des Erziehers scharf für alles, was die Persönlichkeit des Zöglings niederdrückt und was sie zu heben imstande wäre. Da ist fortgesetzt ein Suchen und leises Ändern am hergebrachten Schema. Diese Liebe ist erfinderisch in kleinen Mitteln, die aber in ihrer Wirkung nicht immer klein sind. [...] sie behandelt mit taktvoller Diskretion die Briefe; sie schont und pflegt das Ehrgefühl des 18- und 19-Jährigen, verwirft eine Kleidung, die ihn als Zögling kennzeichnen muss oder gar schändet; sie lässt ihm die Freiheit, einen gewissen, bescheidenen Luxus zu treiben, gibt ihm eine Weste mit kleinem (jetzt modernen) Schlitz und erlaubt Stehkragen und Schlips, lässt ihm auch soviel Haar wachsen, dass er sich mit einiger Mühe einen Scheitel kämmen kann; sie lässt den Jungen – in der sicheren Erwartung, dass er ausreißen werde – bei der Aufnahme weder photographieren, noch seine Personalien in Form eines Steckbriefes aufnehmen, schafft auch keine Polizeihunde zur Verfolgung der Flüchtlinge an, baut keine Mauern mit einzementierten Glassplittern oben darauf und lässt die Fenster nicht vergittern, sondern die Liebe will, dass alle Einrichtungen im weitesten Maße Vertrauen ausdrücken; sie will mehr überzeugen als zwingen, mehr gewinnen als beherrschen und jede ihrer Ordnungen soll sich als vernünftig erweisen, nicht aber als eine Quälerei. Die Liebe

53 Aus dem Leben des Stifts, in: Monatsbote 22 (1901), S. 93. Danach auch das folgende Zitat.

54 Jahresbericht 1900, S. 41. Danach auch die folgenden Zitate.

55 Backhausen, 2. Bericht über die Entwicklung der Erziehungsanstalt für Schulentlassene unter dem Fürsorgeerziehungsgesetz (1902), S. 51.

56 Ebd., S. 50.

ist auch viel zu klug, viel zu erfinderisch, viel zu arbeitsfreudig, als dass sie den Stock als das einzige Erziehungsmittel anerkennen könnte.“⁵⁷

Neben der festen Tagesstruktur und der harten Arbeit war es vor allem die ständige Aufsicht durch die Brüder, die für Disziplin unter den Jugendlichen sorgen sollte. Dabei seien die Brüder „keine Gefängniswärter, die gelangweilt dabeistehen, wenn die Jungen arbeiten oder spielen, oder die heimlich herumsponieren“,⁵⁸ betonte Backhausen. Vielmehr aßen, arbeiteten und spielten die Brüder gemeinsam mit den Zöglingen und schliefen auch mit ihnen in einem Zimmer. Die Jungen sollten „durch das Interesse an der Arbeit“ innerlich an das Stift gefesselt werden, ebenso durch die Teilnahme an Freizeitaktivitäten, Festen und Familienabenden.

Hatte sich ein Zögling drei oder vier Monate lang gut geführt, so wurde ihm, sofern er seine Eltern in Hannover hatte und „deren häusliche Verhältnisse zu größeren Bedenken keine Veranlassung geben, hin und wieder am Sonntag einige Stunden Urlaub“ gewährt, um die Familie zu besuchen. Solche Vertrauensbeweise wirkten positiv: „Das Gros ist sehr darauf aus, sich diese kleinen Freiheiten zu erhalten, und kann recht böse gegen die Missetäter werden, welche durch Ausreißerei oder andere Untaten zu einem Interdikt Veranlassung geben.“⁵⁹

Insgesamt, so berichtete Backhausen, kamen entgegen ersten Befürchtungen nur „verschwindend wenig gravierende Fälle im Ungehorsam und anderen Vergehen“⁶⁰ vor. Freilich gab es nicht wenige Entweichungen: Wie Backhausen bei der Eröffnung des Ackerhofs am 1. Mai 1904 mitteilte, hatte man die Erfahrung gemacht, dass etwa ein Viertel aller an das Stephansstift überwiesenen Jungen einen Fluchtversuch unternahm. Von 1901 bis 1904 waren insgesamt 255 schulentlassene Jugendliche aufgenommen worden, von denen 63 ausrissen (davon neun dreimal, 13 zweimal, 41 einmal).⁶¹ Backhausen räumte unumwunden ein, dass die wieder aufgegriffenen Ausreißer „den Rohrstock zu fühlen bekommen.“ Insgesamt aber sinne man auf „positive Mittel, sie zu halten.“ Dennoch blieben die „Entweichungen“ ein Problem. 1908 klagte Backhausen:

57 Wilhelm Backhausen, Die Rettungshausarbeit und die Forderungen der Jugendfürsorge in neuerer Zeit (Referat, gehalten auf der 23. Generalversammlung des Provinzial-Ausschusses für Innere Mission in der Provinz Brandenburg am 6. Dezember 1905 in Berlin), in: Monatsbote 27 (1906), S. 82–97, S. 91f.

58 Backhausen, 2. Bericht über die Entwicklung der Erziehungsanstalt für Schulentlassene unter dem Fürsorgeerziehungsgesetz (1902), S. 54. Danach auch die folgenden Zitate.

59 Vgl. ebd., S. 53. Neuankömmlinge, so hieß es hier, bekämen von den anderen Jungen „gute, eindringliche Lehren über die wesentliche Tugend eines Fürsorgezöglings: Keinen Hasen machen d.h. nicht weglaufen!“

60 Ebd., S. 55. Danach auch die folgenden Zahlenangaben.

61 Backhausen, Bericht über die Entwicklung der Fürsorgeerziehung an den schulentlassenen Zöglingen im Stephansstift (1904), S. 91. Danach auch die folgenden Zitate. – Fünf der Entflohenen waren bis dahin noch nicht wieder ergriffen worden, sieben befanden sich, soweit es dem Stephansstift bekannt war, im Gefängnis, einer in einem „Irrenhaus“. Vier Jungen wurden nicht wieder aufgenommen, die übrigen 45 wurden in das Stephansstift zurückgebracht.

„Außergewöhnlich viel Not hatten wir mit Entweichungen aus der Anstalt. Wir haben alles dagegen versucht, herzliche Vorstellungen und Bitten, strenge Strafen, ernstliche Prüfung unserer Erziehungspraxis; ganz langsam trat eine Besserung ein. Wenn's noch möglich gewesen wäre, greifbare und plausible Gründe für das Verlassen der Anstalt zu erfahren! Aber aus den Reden der Zurückkehrenden und Wiedergebrachten war so wenig oder gar nichts zu lernen, wonach wir unser Haus mehr hätten zur Heimat einrichten können! Und das wollen wir so gern. Die allermeisten folgen einem dumpfen, unklaren Triebe, einige treibt das Gewissen fort, die wenigsten tun's aus bewusster Bosheit.“⁶²

Hier deutet sich an, dass die Zöglinge die Erziehung im Stephansstift anders erlebten als die Erzieher – nämlich geprägt von straffer Disziplin, rigiden Ordnungen, starren Tagesabläufen, harter Arbeit und strengen Strafen. Die Zöglinge bekamen den Zwangscharakter der Fürsorgeerziehung hautnah zu spüren und versuchten in vielen Fällen, sich durch Flucht zu entziehen.

„Strafen und körperliche Züchtigungen“ sollten im Stephansstift allerdings nur „in Notfällen angewendet werden.“⁶³ Über die konkrete Strafpraxis erfahren wir aus jener Zeit nur wenig. Man darf wohl davon ausgehen, dass sie sich im Rahmen dessen bewegte, was Pastor *Matthias Siebold* (1850–1938), seit 1887 zweiter Pfarrer der Westfälischen Diakonissenanstalt Sarepta in Bethel, dort zuständig für das „Kinderrettungswerk“, seit 1901 zudem Vorsteher des Evangelisch-Kirchlichen Erziehungsvereins für die Provinz Westfalen, in einem – im „Monatsboten aus dem Stephansstift“ abgedruckten – Vortrag über „Die Strafe als Erziehungsmittel“ aus den Betheler Erziehungshäusern berichtete. Demnach überschritten – etwa bei Ausreißern – „körperliche Züchtigungen bis zu zwölf Hieben mit einem mäßig dicken Rohrstock auf das Gesäß“⁶⁴ noch nicht die „Grenzen der ‚Menschlichkeit‘“.⁶⁵

Die Verantwortlichen des Stephansstifts verteidigten bei verschiedenen Gelegenheiten das Recht der Erzieher auf körperliche Züchtigungen gegen Kritik. So ging Paul Oehlkers im Jahre 1911 – auf dem Hintergrund verschiedener Skandale um „Missbrauch der Erziehungsgewalt, schwere Sünden der Erzieher, aufsehenerregende Prozesse und leidenschaftliche Anklagen der Gegner christlicher Erziehung“⁶⁶ – nochmals auf die Frage der körper-

62 Wilhelm Backhausen, Bericht über die Erziehungsanstalt des Stephansstifts, in: Monatsbote 30 (1909), S. 103–108, S. 106.

63 Ebd. – Vgl. Backhausen, Die gegenwärtige Lage der Fürsorgeerziehung, S. 21: „Insbesondere kämpfen wir darum, dass die geistigen Erziehungsmittel gemehrt und die körperliche Züchtigung auf ein Minimum reduziert und für eine gewisse Klasse von älteren Zöglingen ganz beseitigt wird.“

64 Matthias Siebold, Die Strafe als Erziehungsmittel, in: Monatsbote 26 (1905), S. 144–150, S. 147.

65 Ebd., S. 146. Als weitere angemessene Strafformen nannte Siebold die Entziehung von Ehrenämtern, den Ausschluss von Spaziergängen, Gesangsstunden oder ähnlichem, die Entziehung des zweiten Frühstücks oder des Kaffees (nicht des Mittagessens), Strafarbeiten, das Einsperren in eine Zelle oder ein geschlossenes Haus (wenn Zöglinge sich oder andere gefährdeten) oder das Anlegen einer Kettenhose (bei notorischen Ausreißern).

66 Jahresbericht 1911, S. 94. Danach auch die folgenden Zitate.

lichen Züchtigung ein. Er betonte, dass die Brüder des Stephansstifts „sorgsam angeleitet“ würden, „zu erziehen ohne Anwendung körperlicher Gewalt.“ Dies sei jedoch „leicht gesagt und schwer getan“ angesichts der vielfältigen Erziehungsschwierigkeiten. „Wenn da die körperliche Züchtigung verboten wird, dann kommt der junge Erzieher leicht dahin, dass er nun die Dinge gehen lässt, wie sie gehen wollen. Und das ist eine mindestens ebenso große Gefahr wie das Prügeln, denn es ist der Verzicht auf Erziehung überhaupt.“ Immerhin verbot die im Jahre 1911 erlassene Strafordnung des Stephansstifts jede körperliche Züchtigung durch Gehilfen.⁶⁷ Andererseits beklagte Oehlkers im Jahre 1914, dass die Erzieher unter allzu starkem Druck seitens der aufsichtführenden Behörde stünden: Gewiss müssten die Erzieher lernen,

„mit schwierigen Zöglingen ohne Anwendung körperlicher Gewalt fertig zu werden. Aber wenn der Erzieher nun fürchten muss, dass er bei jeder Gelegenheit miss-träuisch beobachtet wird; wenn gar von den Revisoren die Zöglinge ausgefragt werden! ‚Wieviel Prügel habt ihr gekriegt?‘, und ihnen eingepägt wird: ‚Hier darf euch niemand schlagen, ihr könnt jeden Fall melden,‘ dann regt sich gar leicht ein Geist der Widersetzlichkeit.“⁶⁸

Oehlkers wünschte sich, wie er bei dieser Gelegenheit weiter ausführte, ein geregeltes Disziplinarverfahren gegen Erzieher, damit nicht bei jeder Beschwerde oder Verleumdung gleich der Richter ins Spiel käme, sondern zunächst ein „Disziplinargerichtshof“ tätig werde.

Trotz des eigenen Anspruchs, eine offene Anstalt zu sein, hatte das Stephansstift schon bald einen schlechten Ruf. Nicht wenige Eltern der zwangsweise überwiesenen Jungen protestierten heftig. „Weil wir dem Staate Fürsorgezöglinge abnehmen“, stellte Wilhelm Backhausen fest, „so gilt das Stephansstift als ein Polizeigewahrsam, als Korrekthaus, als Zuchthaus und wir sollen Büttel des Strafrichters sein!“⁶⁹

Demgegenüber hob Backhausen in seinen Berichten immer wieder auf die Mittel und Maßnahmen zur Förderung der schulentlassenen Fürsorgezöglinge ab. So galt das besondere Augenmerk der Gesundheit der Heranwachsenden. Da diese ganz überwiegend Arbeiter würden, sei doch ihre Gesundheit, wie Backhausen schrieb, „das einzige und wertvollste Anlagekapital für sie.“⁷⁰ Und er fügte hinzu: „Gottlob, dass uns jetzt auch der Staat dabei unterstützen muss!“ Das Landesdirektorium übernehme bereitwillig die Kosten, falls

67 Protokoll des 13. Brüdertages, 6.5.1910, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

68 Paul Oehlkers, Allerlei Kritik an den Brüderhäusern, in: Monatsbote 35 (1914), S. 58–62, S. 66–71, S. 70. – Auch auf dem Knabenhof kam es zu körperlichen Züchtigungen. Dazu Paul Oehlkers: „Ich habe das oft ausgesprochen und sage das trotz aller Angriffe auch heute noch, dass wir ohne Strenge, ohne Strafe, auch ohne körperliche Strafe nicht durchkommen können.“ Jahresbericht 1907, S. 97.

69 Wilhelm Backhausen, Bericht über die Erziehungsarbeit im Stephansstift, in: Monatsbote 26 (1905), S. 87–92, S. 88. Die öffentliche Kritik kochte immer dann hoch, wenn in der Presse von Revolten in Erziehungsheimen die Rede war. Vgl. z.B. Wilhelm Backhausen, Aus der Arbeit für die Arbeit. Aus der Erziehungsarbeit, in: Monatsbote 26 (1905), S. 150–152.

70 Backhausen, Bericht über die Erziehungsarbeit im Stephansstift (1905), S. 90. Danach auch die folgenden Zitate.

„eine Operation oder eine Lichtbehandlung oder ein teurer Aufenthalt im Sanatorium“ notwendig werde. Hier zeige sich, dass die Fürsorgeerziehung „keine Bettelsuppe“ sei, sondern „eine so gründliche Hilfe, wie sie der Staat sonst nicht zu bieten pflegt.“ Das Stephansstift hatte nicht nur, wie alle Einrichtungen der Inneren Mission, einen Hausarzt, sondern arbeitete zudem auch eng mit den Kliniken Siloah in Linden und Nazareth in Hannover sowie mit der Poliklinik des Zahnärztlichen Vereins in Hannover zusammen.⁷¹ Am 1. Juli 1908 wurde im Stephansstift sogar eine zahnärztliche Station eröffnet, für 1.000 Mark waren Instrumente angeschafft und ein Zahnarzt aus Hannover gewonnen worden, der zwei- bis dreimal pro Woche kam „und die leider so großen Schäden an den jugendlichen Gebissen repariert. Auch künstliche Gebisse erhalten unsere Jungen, wenn's nötig ist.“⁷²

Entschieden wandte sich Backhausen auch gegen die Auffassung, ein guter Schulunterricht sei für Fürsorgezöglinge nicht nötig. „Wir sind keine Fanatiker der intellektuellen Bildung; aber die Schule können wir nicht entbehren.“⁷³ Die Handwerkslehrlinge erhielten – über den normalen Unterricht hinaus – Fachzeichen- und gewerblichen Fortbildungsunterricht, um „Freude an der Arbeit und am Vorwärtskommen“⁷⁴ zu fördern. 1911 berichtete Backhausen, dass man eine innere Differenzierung des Fortbildungsunterrichts vorgenommen habe, indem man die „Schwachbegabten, welche beinahe die Hälfte der Fortbildungsschüler ausmachen“, in einer besonderen Klasse zusammenfasste. Man hatte nun eine „Vorstufe“, auf der „Schwachbegabte“ ihre „Vorstudien“ machten, dann eine zweite Normalklasse, der eine Parallelklasse für „Schwachbegabte“ angefügt war, und eine erste Klasse für fortgeschrittene Normalschüler.⁷⁵ Im Winter fand auch ein Fortbildungsunterricht auf dem Ackerhof statt – keine leichte Aufgabe, wie Pastor Paul Oehlkers einräumte, seien die Ackerhoflehrlinge doch „meist unlustig und voreingenommen gegen jeden Unterricht“.⁷⁶

-
- 71 Vgl. Dr. Carl Kühns, Bericht über die Zähne der Fürsorge-Zöglinge im Stephansstift, in: Monatsbote 28 (1907), S. 8–10 (danach hatten von den schulpflichtigen Zöglingen zehn Prozent gesunde Zähne, von den schulentlassenen lediglich zwei Prozent). – Auch der Körperpflege galt die Aufmerksamkeit Backhausens: „In jeder Woche ist die ganze Zöglingsschar abzudouchen.“ Wilhelm Backhausen, Die Rettungshausarbeit und die Forderungen der Jugendfürsorge in neuerer Zeit, S. 87.
- 72 Backhausen, Bericht über die Erziehungsanstalt des Stephansstifts (1909), S. 107. Vgl. Zahnarzt Ipland, Bericht über die zahnärztliche Station des Stephansstifts vor Hannover, in: Monatsbote 31 (1910), S. 41–44; ders., Zahnpflege im Stephansstift und Bericht über die zahnärztliche Station, in: Monatsbote 48 (1927), S. 54–56; Dr. Lehm, Planmäßige zahnärztliche Fürsorge im Stephansstift Hannover-Kleefeld und in der Erziehungsanstalt Kronsberg seit 1908, in: Monatsbote 51 (1930), S. 159–163.
- 73 Wilhelm Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt für das Jahr 1913, in: Monatsbote 35 (1914), S. 110–113, S. 113.
- 74 Backhausen, Bericht über die Erziehungsarbeit im Stephansstift (1905), S. 91. Danach auch die folgenden Zitate. – Vgl. Jahresbericht des Stephansstifts für das Jahr 1905, in: Monatsbote 27 (1906), S. 65–82 [= Jahresbericht 1905], S. 69: Bruder *Rudolf Hanßen* (*1864), der den Fachzeichen- und Fortbildungsunterricht der Handwerkslehrlinge erteilte, konnte auf Kosten der Regierung mehrere Fortbildungskurse besuchen.
- 75 Wilhelm Backhausen, Bericht der Erziehungsanstalt für Schulentlassene (Lehrlinge) für das Jahr 1911, in: Monatsbote 33 (1912), S. 105–108.
- 76 Jahresbericht 1905, S. 69. 1911 wurde für den Unterricht der Landwirte ein neues Lesebuch, „Herd und Scholle. Lesebuch für die ländlichen Fortbildungsschulen der Provinz Hannover“ eingeführt. Backhausen, Bericht der Erziehungsanstalt für Schulentlassene (Lehrlinge) für das Jahr 1911 (1912), S. 107.

Energische Anstrengungen unternahm das Stephansstift auch im Hinblick auf die berufliche Ausbildung der schulentlassenen Zöglinge. Bei der Berufswahl gewährte man „weitesten Spielraum“,⁷⁷ alle ernst gemeinten Berufswünsche sollten berücksichtigt werden. Die Handwerksbetriebe des Stephansstifts waren in der Lage, in zehn verschiedenen Berufen Lehrlinge aus- oder zumindest vorzubilden.

Eine wichtige Rolle spielte selbstverständlich das religiöse Leben, die täglichen Andachten, der sonntägliche Gottesdienst und das seelsorgliche Gespräch, dazu die religiöse Unterweisung. Seine „Bedenken gegen den gelinden Zwang, welchen man da ausüben muss“, habe er, so Backhausen, „zurückgestellt“.⁷⁸ Die Jugendlichen fanden, wie Backhausen einräumte, den herkömmlichen „Katechismusunterricht in seiner mehr oder weniger stereotypen Form [...] langweilig“,⁷⁹ deshalb wurden in Religionsstunden an den Sonntagnachmittagen religiöse Themen an zeitgemäßen Beispielen in freier Form besprochen. Angesichts massiver Kritik an dem „asketisch-methodistische[n] Geist pietistischer Richtungen“ in den Fürsorgeerziehungsanstalten stellte Backhausen ausdrücklich fest, man treibe im Stephansstift weder „jesuitische ‚geistliche Übungen‘“ noch unternehme man „methodistische Bekehrungsversuche“.⁸⁰

Einige Veränderungen gab es im Bereich der Freizeitgestaltung. Den Zöglingen stand eine Bibliothek zur Verfügung, um dem „verderbten Geschmack“⁸¹ entgegenzuwirken, „der nur noch Freude am aufregenden Schundroman hat.“ Künstlerisch hochwertige Bilder in den Wohnhäusern sollten zu gutem Geschmack erziehen. Der Sinn für die Natur sollte ebenfalls gefördert werden.⁸² Des Weiteren empfahl Backhausen die Pflege des Volksliedes,⁸³ der vaterländischen Gesinnung⁸⁴ – etwa durch die Feier vaterländischer Gedenktage, vor allem von Kaisers Geburtstag – und der Begeisterung für das Militär durch das Singen von Soldatenliedern. Voller Stolz berichtete Backhausen von einer Theateraufführung, die von

77 Backhausen, 2. Bericht über die Entwicklung der Erziehungsanstalt für Schulentlassene unter dem Fürsorgegesetz (1902), S. 54.

78 Backhausen, Die Rettungshausarbeit und die Forderungen der Jugendfürsorge in neuerer Zeit, S. 94.

79 Ders., 2. Bericht über die Entwicklung der Erziehungsanstalt für Schulentlassene unter dem Fürsorgegesetz (1902), S. 55.

80 Backhausen, Bericht über die Entwicklung der Fürsorgeerziehung an den schulentlassenen Zöglingen im Stephansstift (1904), S. 91.

81 Backhausen, Bericht über die Erziehungsarbeit im Stephansstift (1905), S. 91. Danach auch das folgende Zitat.

82 „Wie hart und achtlos sind unsere Zöglinge so oft gegen das Tier- und Pflanzenleben!“ Backhausen empfahl daher die Anschaffung der Lehrbücher von *Otto Schmeil* (1860–1943) zur Botanik und Zoologie. Backhausen, Die Rettungshausarbeit und die Forderungen der Jugendfürsorge in neuerer Zeit, S. 89.

83 Auf dem Ackerhof wurde ein vierstimmiger Chor gegründet. Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt für das Jahr 1913 (1914), S. 111.

84 Die schulentlassenen Fürsorgezöglinge hätten, so Backhausen, „weniger von der ‚vaterlandslosen‘ Gesinnung eingesogen [...] als ich anfangs fürchtete. Gewiss sind viele mit einem mehr oder weniger großen Tropfen sozialdemokratischen Öls gesalbt; aber ich finde, dass sehr geringes bewusstes Verständnis für die Begriffe der Sozialdemokratie vorhanden sind. [...] Es dürfte ungeschickt sein, wenn man mit Fleiß auf die Sozialdemokratie schilt“. Backhausen, Die Rettungshausarbeit und die Forderungen der Jugendfürsorge in neuerer Zeit, S. 92.

den Jugendlichen aus eigener Initiative veranstaltet worden war – „die Einstudierung der Rollen, die Regie, das Aufschlagen der Bühne, alles machten sie selber.“ Backhausen betonte die Bedeutung „gediegene[r] Unterhaltung“;⁸⁵ wie sie in Jünglings- und Jugendvereinen geboten wurde.

1911/12 nahmen einige Brüder des Stephansstifts an den „Spielkursen“ des Turnpädagogen Prof. *Christian Georg Kohlrausch* (1851–1934) teil und brachten Anregungen zur Freizeitgestaltung mit. „Alte schöne Volksspiele wie der Schlagball [...], moderne wie der Fußball und das Kriegsspiel“⁸⁶ wurden eingeführt, „freiwillige Turnriegen übten an den Winterabenden eifrig im Speisesaal des Ackerhofes, soviel der beschränkte Raum zuließ.“ Die Handwerkslehrlinge schlossen sich zu einem Fußballverein, dem „Spiel- und Sportverein Union“, zusammen und „schufen sich damit eine Form der Selbstverwaltung, die trotz kleiner Entgleisungen aufs beste funktioniert.“⁸⁷ Neu war „das Kriegsspiel am Sonntag-nachmittag, das Üben im Sehen, Entfernungsschätzen, das leise und unbemerkte Anschleichen, viele kleine Aufgaben als Vorübung zu größeren Manövern; nicht mehr der Bummschritt des langweiligen Spaziergehens wie früher.“⁸⁸ Am 28. Juni 1912 unternahmen die Zöglinge des Ackerhofs dann einen „Kriegsmarsch“ über 55 Kilometer in den Deister, wo sie, aufgeteilt in eine rote und eine blaue Armee, ein regelrechtes militärisches Manöver ausführten.⁸⁹

Auch wenn Wilhelm Backhausen von den Erziehungsmethoden des Stephansstifts zutiefst überzeugt war, machte er sich doch keine Illusionen darüber, dass seine Zöglinge die Aufhebung der Fürsorgeerziehung herbeisehnten – es gebe kaum einen Zögling, so räumte er ein, der sich nicht freute, „stiftsfrei“⁹⁰ zu werden. Aus seiner Sicht erfolgte die Entlassung in die Familienpflege allerdings in vielen Fällen zu früh. Da es in der Provinz Hannover noch immer „empfindlich an Plätzen für die schulentlassenen Burschen“ fehle, so klagte er im Jahre 1909, müsse man viele Zöglinge der Landwirtschafts- und Handwerksabteilung vorzeitig entlassen, „um die Aufnahme neu überwiesener Fürsorgezöglinge nicht ins Stocken geraten zu lassen.“⁹¹ Umso wichtiger war es ihm, die entlassenen Zöglinge in ihren neuen Wohn- und Arbeitsstätten zu besuchen. „Wir möchten unsere Besuche gern noch

85 Backhausen, 2. Bericht über die Entwicklung der Erziehungsanstalt für Schulentlassene unter dem Fürsorgeerziehungsgesetz (1902), S. 54. Danach auch die folgenden Zitate.

86 Wilhelm Backhausen, Bericht der Erziehungsanstalt für schulentlassene Lehrlinge in Landwirtschaft und Handwerk für das Jahr 1912, in: Monatsbote 34 (1913), S. 99–104, S. 101. Danach auch das folgenden Zitat.

87 Backhausen, Bericht der Erziehungsanstalt für Schulentlassene (Lehrlinge) für das Jahr 1911 (1912), S. 107. – 1911 wurde ein Sportplatz auf dem Gelände des Stephansstifts angelegt. Danach auch das folgenden Zitat.

88 Backhausen, Bericht der Erziehungsanstalt für schulentlassene Lehrlinge in Landwirtschaft und Handwerk für das Jahr 1912 (1913), S. 102.

89 Bruder Witvogel, Aus der Erziehungsarbeit. Kriegsmarsch unseres Ackerhofes am 28. Juni 1912, in: Monatsblatt 33 (1912), S. 138–142.

90 Wilhelm Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt Stephansstift für das Jahr 1907, in: Monatsbote 29 (1908), S. 102–111, S. 104.

91 Wilhelm Backhausen, Jahresbericht über die Erziehungsanstalt für schulentlassene Zöglinge des Stephansstifts, in: Monatsbote 31 (1910), S. 104–114, S. 105.

öfter wiederholen und unsere auswärtigen Zöglinge sozusagen beständig in Spannung halten, dass jeden Augenblick der Hausvater kommen kann; aber wir haben dazu nicht die Zeit und nicht die Mittel.“⁹² Die Behörden schätzten diese Form der nachgehenden Fürsorge: Es habe sich gezeigt, „dass der Respekt vor der Anstalt doch recht häufig bei Klagen über mangelhafte Führung zur Besserung geführt und dass insbesondere eine Zurechtweisung des Zöglings durch den Anstaltsvorsteher oder Hausvater meist gute Erfolge gezeitigt hat.“ Man wünschte sich daher von Seiten des Staates eine engmaschige Nachsorge der entlassenen Zöglinge, wobei das Augenmerk „auch auf die Prüfung der Schlafstelle, des Koffers, der Kleidung und der Ordnung, sowie auf die Regelung der Lohnfrage und des Taschengeldes“⁹³ gerichtet sein sollte.

Nicht wenige Fürsorgezöglinge, die wegen Erreichung der Volljährigkeit entlassen werden mussten, wurden unmittelbar zum Militärdienst eingezogen – was man im Stephansstift durchaus gerne sah. Mehrere Zöglinge aus dem Stephansstift kamen auch auf dem Schulschiff „Klar zum Wenden“ unter, einem alten Barkschiff, das vom Landeshauptmann der Provinz Westfalen gekauft worden war, nun im Hafen von Emden als Hulk verankert lag und Fürsorgezöglinge aus Westfalen, dem Rheinland und Hannover zu praktischer und theoretischer Ausbildung aufnahm. Während der Fangzeit gingen diese Jugendlichen auf Heringslogger und kehrten dann auf das Schulschiff zurück. Die Ausbildung dort dauerte zwei bis drei Jahre.⁹⁴

Zöglinge der Landwirtschafts- und Handwerksabteilung, die sich nicht in die Anstaltsordnung einfügen konnten oder wollten, wurden aus dem Stephansstift in andere Einrichtungen verlegt, zunächst in das Provinzial-Werkhaus in Moringen, wo eine von den übrigen Zöglingen streng getrennte Abteilung für notorische Ausreißer und besonders renitente Zöglinge eingerichtet worden war.⁹⁵ Am 28. Oktober 1901 überwies das Stephansstift erstmals zwei Jungen dorthin, „einen wegen fortgesetzten Entlaufens, den andern wegen Widerstands.“⁹⁶ Dies sollte jedoch der „Ausnahmefall“ bleiben, zu dem man sich nur „in der äußersten Not“ entschlief, „um nicht den Charakter einer Anstalt der inneren Mission zu verlieren.“ Der Bericht über diesen Vorgang schloss mit einer ernsten Mahnung zur Selbstreflexion:

„Wir sind der Gefahr ausgesetzt, mit der äußeren Gewalt zu spielen, welche der Staat uns in die Hand gibt. Besinnen wir uns darauf, welches das Besondere unserer Arbeit ist: Es soll die Macht der christlichen Persönlichkeit in der Erziehung wirksam

92 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt Stephansstift für das Jahr 1907 (1908), S. 106.

93 Assessor Dr. Hartmann, Über den gegenwärtigen Stand der Familienpflege in der Provinz Hannover und Grundsätzliches dazu (Vortrag im Stephansstift am 8. November 1910), in: Monatsbote 32 (1911), S. 146–151, S. 154–162, S. 162.

94 Backhausen, Bericht über die Erziehungsanstalt des Stephansstifts (1909), S. 107.

95 Vgl. Cornelia Meyer, Das Werkhaus Moringen. Die Disziplinierung gesellschaftlicher Randgruppen in einer Arbeitsanstalt (1871–1944), Moringen 2004.

96 Aus dem Leben des Stiffes, in: Monatsbote 22 (1901), S. 94. Danach auch die folgenden Zitate.

werden! Daran muss die innere Mission festhalten; sonst mag sie dem Staat ihre Akten übergeben!“

Doch blieb die Überweisung nach Moringen als *ultima ratio* auch weiterhin eine Option.⁹⁷ Später kamen der Kalandshof in Rotenburg/Wümme⁹⁸ und die Erziehungsanstalt Rischborn – beide von Brüdern des Stephansstifts geführt – sowie die „Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt für psychopathische männliche Zöglinge“ in Göttingen als Endstationen der Fürsorgeerziehung in der Provinz Hannover hinzu.⁹⁹ Die Möglichkeit einer Verlegung in eine dieser Einrichtungen erlaubte es dem Stephansstift, sich als offene Anstalt aufzustellen – das Stephansstift war Teil eines abgestuften Systems zwangsweiser Unterbringung.

Die anhaltende öffentliche Kritik an der Fürsorgeerziehung zwang das Stephansstift – wie auch andere Einrichtungen der Inneren Mission – dazu, Erfolgsbilanzen ihrer Erziehungsarbeit vorzulegen. Etwa die Hälfte der entlassenen Zöglinge, so rechnete Backhausen im Jahre 1909 vor, sei „für das bürgerliche Leben als gerettet anzusehen“,¹⁰⁰ habe „einen ordentlichen Beruf“ und sei „willig, sich in das soziale Leben einzufügen.“ Etwa ein Fünftel erschien Backhausen „moralisch unbeeinflussbar“.¹⁰¹ Ob diejenigen, die für die bürgerliche Gesellschaft gerettet worden seien, auch für Gott gewonnen seien, das entziehe sich der Statistik.¹⁰² Massive Kritik aus den Reihen der Psychiater, der Freisinnigen und der Sozialdemokraten, aber auch vom Dezernenten für das Gefängniswesen im Preußischen Justizministerium, der vom „Fiasko der Fürsorgeerziehung“¹⁰³ gesprochen hatte, veranlassten dann im Jahre 1910 das preußische Ministerium des Inneren, eine Statistik über die Erfolge der Fürsorgeerziehung anzuordnen, bei der alle Fürsorgezöglinge erfasst werden sollten, die zwischen dem 1. April 1904 und dem 31. Dezember 1909 nach erlangter Volljährigkeit

97 So wurden 1904 drei weitere Jugendliche nach Moringen überführt. Backhausen, Bericht über die Erziehungsarbeit im Stephansstift (1905), S. 87. Brüder des Stephansstifts waren vorübergehend auch in der Fürsorgeerziehungsabteilung in Moringen tätig. Jahresbericht 1901, S. 44. Vgl. auch Backhausen, Die Rettungshausarbeit und die Forderungen der Jugendfürsorge in neuerer Zeit, S. 84 (geschlossene Anstalten als „ultimum refugium“).

98 Vgl. Karsten Wilke, Die Rotenburger Anstalten der Inneren Mission 1880 bis 1950. Die Geschichte eines Heil- und Pflegekomplexes in der preußischen Provinz Hannover vom Kaiserreich bis zur frühen Bundesrepublik, in: Karsten Wilke / Hans-Walter Schmuhl / Sylvia Wagner / Ulrike Winkler, Hinter dem Grünen Tor. Die Rotenburger Anstalten der Inneren Mission, 1945–1975, Bielefeld 3. Aufl. 2019, S. 25–77, S. 36–38.

99 Vgl. Backhausen, Die gegenwärtige Lage der Fürsorgeerziehung, S. 21; Jahresbericht 1910, S. 91; Backhausen, Bericht der Erziehungsanstalt für schulentlassene Lehrlinge in Landwirtschaft und Handwerk für das Jahr 1912 (1913), S. 99; Wilhelm Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt für das Jahr 1913, in: Monatsbote 35 (1914), S. 110–113, S. 110.

100 Backhausen, Bericht über die Erziehungsanstalt des Stephansstifts (1909), S. 103. Danach auch die folgenden Zitate. Die Berechnung bezog sich auf 673 schulentlassene Fürsorgezöglinge, die im Zeitraum vom 1. April 1901 bis zum 31. Dezember 1908 im Stephansstift aufgenommen worden waren.

101 Backhausen, Bericht über die Erziehungsanstalt des Stephansstifts (1909), S. 104.

102 Ebd., S. 105.

103 Backhausen, Jahresbericht über die Erziehungsanstalt für schulentlassene Zöglinge des Stephansstifts (1910), S. 107.

entlassen worden waren. Im Stephansstift waren dies 94 Zöglinge. Die Recherchen, bei denen in verschiedenen Fällen auch vertrauliche Auskünfte der Ortspolizeibehörden und Regimentskommandos eingeholt wurden, dauerten ein Vierteljahr – dabei habe man sich, so Backhausen, „möglichster Objektivität zu befleißigen versucht.“¹⁰⁴ Man kam schließlich zu dem Ergebnis, dass 56 der 94 Zöglinge (sechzig Prozent) „sozial brauchbar geworden“, 24 (25 Prozent) „zweifelhaft“ und 14 (15 Prozent) „sozial nicht brauchbar geworden“ seien.¹⁰⁵ Backhausen veröffentlichte in seinem Jahresbericht Kurzsteckbriefe aller 94 ehemaligen Zöglinge. Hier ein Auszug aus der Rubrik „Sozial brauchbar Gewordene“:

- „[...] 4. Misshandlung der Schwester und der Eltern. – In fester Arbeit als Heizer. Nachteiliges nicht bekannt. $\frac{3}{4}$ – 3 zur See – 3 $\frac{1}{2}$.
5. Arbeitsscheu, Diebstähle, Vagabondage, Betrug, Hehlerei. – Führung beim Militär sehr gut, Gefreiter. Bäckergezell, verheiratet, gut beleumundet. 1 $\frac{1}{2}$ – 3 $\frac{1}{2}$ – 4.
6. Blutschande, Beamtenbeleidigung. – Als Soldat mit Arrest bestraft. Verheiratet, in fester Stellung als Kutscher, in geordneten Verhältnissen. 1 $\frac{1}{2}$ – 4 $\frac{1}{2}$ – 2 $\frac{1}{2}$. [...]“¹⁰⁶

„Versöhnung zwischen Christentum und Naturwissenschaft“? – Fürsorgeerziehung und Psychiatrie

Auf dem Feld der Fürsorgeerziehung kreuzten sich einmal mehr die Wege der Inneren Mission und der Psychiatrie. 1889/90 war es zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen Friedrich v. Bodelschwingh und anderen Vorstehern von Einrichtungen der Inneren Mission auf der einen, dem „Verein der deutschen Irrenärzte“ auf der anderen Seite gekommen. Im Kern ging es um die Frage, wem die Leitung der Heil- und Pflegeanstalten für epilepsiekranke, geistig behinderte und psychisch kranke Menschen zukommen sollte, dem Theologen oder dem Mediziner, ob also in solchen Einrichtungen ein pädagogisch-seelsorgliches oder ein psychiatrisch-therapeutisches Konzept zum Tragen kommen sollte. Dieser Konflikt zog in den 1890er Jahren weite Kreise und endete im Jahre 1901 mit dem Erlass neuer Bestimmungen der preußischen Regierung über die Unterbringung von „Geisteskranken“, „Epileptikern“ und „Idioten“ in Privatanstalten, welche die Stellung der Ärzte in den Einrichtungen deutlich aufwertete.¹⁰⁷ Nun entdeckten die Psychiater die rasch wach-

104 Ebd., S. 108.

105 Ebd., S. 109.

106 Ebd., S. 110. An erster Stelle finden sich die Angaben zu den in den Gerichtsbeschlüssen genannten Gründen der Überweisung in die Fürsorgeerziehung, an zweiter Stelle die Urteile über die Führung nach der Entlassung, an dritter Stelle drei Ziffern: die Dauer der Anstaltserziehung, die Dauer der anschließenden Familienpflege und die Zeitspanne zwischen der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung und dem 1. April 1910. – Zu den Resultaten in der gesamten Provinz Hannover: Backhausen, Die gegenwärtige Lage der Fürsorgeerziehung, S. 20.

107 Vgl. Hans-Walter Schmuhl, Ärzte in der Anstalt Bethel 1870–1945, Bielefeld 1998, S. 9–17; Schmuhl/Winkler, „Schreien“, S. 145–149.

sende Gruppe der Fürsorgezöglinge als potenzielles Patientengut – es ging um die Frage, in welchem Maße sich unter den Fürsorgezöglingen „psychisch abnorme Persönlichkeiten“ befanden, die nur bedingt erziehbar oder gar gänzlich unerziehbar, in einer Erziehungsanstalt mithin fehlplatziert waren. Dies stellte wiederum die Arbeit der von der Inneren Mission getragenen Erziehungseinrichtungen in Frage, die dementsprechend zögerten, in einen fachlichen Austausch mit der Psychiatrie einzutreten.

Eine Vorreiterrolle spielte hierbei das Rauhe Haus in Hamburg, wo vom 10. bis zum 14. September 1906 ein Instruktionskursus für Hausväter von Rettungshäusern unter dem Titel „Einführung in die krankhaften Erscheinungen des Seelenlebens“ unter Leitung des Gießener Psychiaters Prof. *Adolf Dannemann* (1867–1932) stattfand,¹⁰⁸ der ein einschlägiges Buch zum Thema „Psychiatrie und Hygiene in den Erziehungsanstalten“ verfasst hatte.¹⁰⁹ Dannemanns Lektionen wurden 1907 in der Agentur des Rauhen Hauses veröffentlicht. In den psychiatrischen Passagen des Buches beschrieb Dannemann für die angehenden Erzieher ausführlich verschiedene Gruppen von „psychisch abnormen Zöglingen“: die „Imbezillen“, „Epileptiker“, „Hysteriker“, „Neurastheniker“ sowie die „unharmonisch Veranlagten, die man auch wohl mit dem weniger schönen Namen ‚Psychopathisch Minderwertige‘ bezeichnet.“ Dannemann führte alle diese „abnormen“ Persönlichkeitsbilder auf – zumeist erb- und anlagebedingte – Defekte des Gehirns und des Nervensystems zurück. Konkrete Empfehlungen für die Erziehung „abnormer“ Zöglinge gab er so gut wie gar nicht, sondern konzentrierte sich auf die Diagnose. Zu diesem Zweck entwickelte er einen detaillierten Fragebogen (den man über die Agentur des Rauhen Hauses beziehen konnte), der das häusliche Umfeld, die Entwicklung im Kleinkindalter, die Einweisungsgründe, den körperlichen Zustand, Auffassungsvermögen und Denkfähigkeit, Kenntnisse, Urteilsfähigkeit, Willenstätigkeit, Affektleben und Charaktereigenschaften, Sexualität und „besondere abnorme Triebe und Regungen harmloser oder auch verbrecherischer Art“ zu erfassen versuchte. Zu letzteren zählten die „Neigung, sich abzusondern“, „absonderliche Essgelüste“, „auffälliger und periodisch hervorbrechender Wandertrieb“, „andere triebartige Neigungen mit selbstschädlichem oder gemeingefährlichem Gepräge“ sowie „rein verbrecherische Strebungen: Diebereien, Betrug, Fälschungen etc.“

In der Provinz Hannover nahm *August Cramer* (1860–1912), ordentlicher Professor für Psychiatrie und Nervenheilkunde an der Universität Göttingen und Direktor der dortigen Heil- und Pflegeanstalt,¹¹⁰ im Auftrag des Landesdirektoriums seit 1907 in verschiedenen

108 Hans-Walter Schmuhl, Senfkorn und Sauerteig. Die Geschichte des Rauhen Hauses zu Hamburg 1833–2008, Hamburg 2008, S. 193f.

109 Adolf Dannemann, Psychiatrie und Hygiene in den Erziehungsanstalten, Hamburg 1907. Die folgenden Zitate finden sich auf S. 30, S. 149.

110 1901 gründete Cramer die Poliklinik für psychische und Nervenkrankheiten, aus der die Göttinger Universitätsklinik für Psychiatrie und Neurologie hervorgehen sollte, sowie 1903 das Provinzialsanatorium für Nervenranke „Rasemühle“, die „erste deutsche Volksnervenheilstätte“, 1909 ergänzte er die Göttinger Heil- und Pflegeanstalt um ein „Verwahrungshaus für unsoziale Geistesranke“. Alma Kreuter, Deutschsprachige Neurologen und Psychiater. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon von den Vorläufern

Fürsorgeerziehungseinrichtungen – im Stephansstift, im Magdalenium des Henriettenstifts vor Hannover, im Frauenheim Himmelsthür vor Hildesheim¹¹¹ und auf dem Kalandshof in Rotenburg/Wümme – psychiatrische Untersuchungen vor. Man habe, so berichtete Pastor Wilhelm Backhausen im Rückblick, „nicht leichtfertig“¹¹² in die Untersuchung eingewilligt. Da aber das Landesdirektorium mit dem Ersuchen an das Stephansstift herangetreten sei, die psychiatrische Prüfung zuzulassen und sie zu unterstützen, habe man sich zur Mitarbeit bereiterklärt, zumal in einem Vorgespräch mit August Cramer ein gewisses Vertrauensverhältnis hergestellt worden sei. Backhausen machte aber auch kein Hehl daraus, dass es zu dieser Zeit im Stephansstift ein Interesse gab, „von der bloßen Theorie loszukommen und die nach wissenschaftlichem Urteil von der Norm abweichenden Persönlichkeiten unter unseren Zöglingen selbst kennenzulernen.“¹¹³ Wissenschaftliche Erkenntnis sollte „willkommen“ sein, „auch auf die Gefahr hin, dass wir umlernen und umdenken müssen oder dass uns die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit rücksichtslos vor die Augen gestellt werden.“

Backhausen schilderte auch den Ablauf der Untersuchung. Fragebögen zur Abstammung und zum Vorleben der Zöglinge wurden im Vorfeld vom Stephansstift oder auch von den Polizeibehörden am Wohnort der Eltern ausgefüllt. Im März 1907 wurden dann innerhalb von neun Tagen hundert schulentlassene Fürsorgezöglinge des Stephansstifts im Beisein des Vorstehers und des Hausvaters untersucht. Anfangs dauerten die Untersuchungen etwa eine Stunde, später, „als der Untersuchende sich völlig in den Gang seines Schemas eingearbeitet hatte“,¹¹⁴ nur noch etwa zwanzig Minuten. Backhausen betonte, dass sich die Untersuchung keineswegs auf eine Intelligenzprüfung beschränkt habe.

„Vielmehr kam der ganze Mensch in Frage: Die Verhältnisse seiner Abstammung, die geistige und körperliche Gesundheit der Eltern und Blutsverwandten, die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung des Zöglings in der Kindheit, die Ursachen der Überweisung in die Fürsorgeerziehung, seine Entwicklung und seine

bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, Bd. 1, Berlin 1995, S. 234–236. Vgl. August Cramer, Die Heil- und Unterrichtsanstalten in Göttingen. Unter besonderer Berücksichtigung des Sanatoriums „Rasemühle“, in: Klinisches Jahrbuch 14 (1905), S. 1–40; ders., Die weitere Entwicklung der Anstalten für psychische und Nervenkrankheiten in Göttingen unter besonderer Berücksichtigung der Aufnahmestation, des Verwahrungshauses für unsoziale Geistesranke und der neuen Villa für Patienten I. Klasse im Sanatorium Rasemühle, in: Klinisches Jahrbuch 22 (1910), S. 339–374; Heiner Fangerau, Politik und Nervosität. Gründung und Betrieb der ersten deutschen Volksnervenheilstätte „Rasemühle“ bei Göttingen zwischen 1903 und 1914, in: Krankenhauspsychiatrie 16 (2005), S. 25–32.

111 Dazu ausführlich: Schmuhl/Winkler, Frauenasyl, S. 98–103.

112 Wilhelm Backhausen, Sollen wir uns die Mitarbeit der Psychiater in der Fürsorgeerziehung gefallen lassen?, in: Monatsbote 29 (1908), S. 3–13, S. 4. Im Jahre 1902, so heißt es an dieser Stelle weiter, habe man das Ansinnen eines Psychiaters, der eine Studie im Stephansstift habe durchführen wollen, abgelehnt, um „keine Aufregung in die Anstalt [zu] tragen“.

113 Ebd., S. 5. Danach auch die folgenden Zitate.

114 Ebd., S. 6.

Führung in der Anstalt, der körperliche Gesundheitszustand, insbesondere der Zustand der Nerven, endlich auch seine Fähigkeit im Wahrnehmen, Erinnern, Denken und Urteilen usw.¹¹⁵

Die Resultate der Reihenuntersuchungen seien, so Backhausen, „erschreckend“:¹¹⁶ Zwei Drittel der untersuchten Zöglinge des Stephansstifts stuft Cramer als „minderwertig“ ein, zwei Fünftel als „zur Fürsorgeerziehung nicht geeignet“, nur ein Drittel als „geeignet“:

Gesamtergebnis der Untersuchungen August Cramers, 1907

	Stephansstift		Magdalenium (Henriettenst.)		Kalandshof		Frauenheim Himmelsthür		zusammen	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
insgesamt	100	100	30	100	53	100	103	100	286	100
<i>Klinisch:</i>										
normal	33	33	8	27	24	45	37	36	102	37
minderwertig	67	67	16	53	14	26	57	55	154	54
leicht minderwertig	—	—	6	20	15	29	9	9	30	9
<i>Zur Fürsorgeerziehung geeignet oder nicht geeignet:</i>										
geeignet	33	33	9	30	24	45	46	45	112	39
nicht geeignet	40	40	19	63	20	38	34	33	113	40
besserungsfähig	27	27	2	7	9	17	23	22	61	21

Quellen: August Cramer, Bericht an das Landesdirektorium über die Ergebnisse der psychiatrisch-neurologischen Untersuchung der Fürsorgeerziehungszöglinge im Stephansstift bei Hannover, im Magdalenenheim bei Hannover, im Frauenheim bei Himmelsthür vor Hildesheim und im Kalandshof bei Rotenburg, in: Klinisches Jahrbuch 18 (1908), S. 163–198, S. 185. Vgl. auch ders., Bericht an das Landesdirektorium über die psychiatrisch-neurologische Untersuchung der schulentlassenen Fürsorgeerziehungszöglinge im Frauenheim bei Himmelsthür vor Hildesheim, Magdalenium bei Hannover, Moorburg bei Freistatt, Stephansstift bei Hannover, Kästorf bei Gifhorn und Kalandshof bei Rotenburg, in: Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie 67 (1910), S. 493–519.

Scharfe Kritik kam von Pastor Matthias Siebold, dem Vorsteher des Evangelisch-Kirchlichen Erziehungsvereins für die Provinz Westfalen.¹¹⁷ Er lehnte die von Cramer angewandten Untersuchungsmethoden ab, hinterfragte die von ihm verwendeten Begriffe, stellte

115 Ebd. Bei der körperlichen Untersuchung, so erfährt man hier, ging es auch um die Erfassung möglicher „Degenerationszeichen, wie Henkelohren oder schiefen Zähnen“.

116 Ebd., S. 7.

117 Zu Matthias Siebold vgl. Helmut Rosemann, Der Erziehungsbereich in Eckardtsheim: Fürsorgeerziehung und (halb-)offene Jugendsozialarbeit, in: Matthias Benad / Hans-Walter Schmuhl (Hg.), Bethel – Eckardtsheim. Von der Gründung der ersten deutschen Arbeiterkolonie bis zur Auflösung als Teilanstalt (1882–2001), Stuttgart 2006, S. 242–285, S. 245. Zu Siebolds Auseinandersetzung mit der Psychiatrie in der Provinz Westfalen: Schmuhl / Winkler, Asyl, S. 113–118.

seine Befunde entschieden in Frage und bezichtigte den Psychiater eines kruden Materialismus.¹¹⁸

Auf diese Kritik hin, die indirekt auch das Stephansstift traf, das die Untersuchungen ja unterstützt hatte, sah sich Wilhelm Backhausen veranlasst, August Cramers Studie im „Monatsboten aus dem Stephansstift“ zu verteidigen. Mit Blick auf die Kritik an der Methodik räumte er ein, dass diese durchaus unzureichend gewesen sei. „Dass Fehler unterlaufen sind, diese Möglichkeit hat der Untersuchende selbst zugegeben. Er kann sich hier und da über die Normalität, sowie auch über die Abnormität eines Zöglings geirrt haben; eine genauere Diagnose würde längere Beobachtung erfordern.“¹¹⁹ Doch seien die Mitarbeiter des Stephansstifts während der Untersuchung „verblüfft und erregt“ gewesen, „mit welcher Sicherheit im Ganzen unsere größten Sorgenkinder erkannt wurden.“ Auch habe sich in der Folgezeit „die Richtigkeit einiger Urteile, denen wir mit Erregung widersprachen“, herausgestellt. Es gebe „heutzutage ja auch unter Theologen eine gewisse Schwärmerei für die aufstrebende Psychiatrie“, die man im Stephansstift „nicht blindlings mitmachen“ wolle; vielmehr wolle man „nüchtern bleiben, aber auch anerkennen, was sich durch Erfahrungen beweist.“ Die Mitarbeiter des Stephansstifts hätten sich, so Backhausen, gegen die Befunde Cramers „innerlich [...] aufgelehnt“,¹²⁰ hätten auch in verschiedenen Fällen im Untersuchungsprotokoll eine „gegenteilige Meinung kundgegeben.“ Doch wenn die Schätzung, dass vierzig Prozent der Zöglinge nicht bildungsfähig seien, vielleicht auch zu hoch gegriffen sei und vielleicht um zehn Prozentpunkte herabgesetzt werden müsse, dürfe man den Kopf nicht in den Sand stecken. „Als einige Zeit nach der Untersuchung die Anstaltsvorsteher unserer hannoverschen Rettungshäuser im Landesdirektorium zur gemeinsamen Schlussberatung versammelt waren, da war keiner, der nicht im Ganzen – Einzelfälle immer ausgenommen – den aufgestellten Resultaten zustimmte.“

Die psychiatrische Anschauung, dass bei den als „schwachsinnig“ eingestuftem Zöglingen eine „Entwicklungshemmung des Gehirns“¹²¹ vorliege, dass hier also „pathologische Zustände“ gegeben seien, die „nicht wieder völlig geheilt werden“ könnten, hatte Wilhelm Backhausen – wie auch andere Vorsteher der an der Reihenuntersuchung beteiligten Einrichtungen – akzeptiert, nicht zuletzt als Folge eines Instruktionkurses an der Universität Göttingen, bei dem Lichtbilder von Hirnschnitten vorgeführt worden waren:

„Aber doch kann man sich überzeugen, dass die Annahme einer nicht genügenden Ausbildung des Nervenfasernetzes in der Gehirnrinde keine bloße Willkür ist.

118 Siebolds Artikel in den von ihm herausgegebenen „Monatlichen Mitteilungen des Evangelisch-kirchlichen Erziehungsvereins der Provinz Westfalen“ und Backhausens Gegenartikel im „Monatsboten aus dem Stephansstift“ finden sich wiederabgedruckt in: [Matthias] Siebold (Hg.), *Psychiatrie und Fürsorgeerziehung. Eine freundschaftliche Streitschrift zwischen zwei Pädagogen*, Bethel 1908.

119 Backhausen, Sollen wir uns die Mitarbeit der Psychiater in der Fürsorgeerziehung gefallen lassen?, S. 7. Danach auch die folgenden Zitate.

120 Ebd., S. 8. Danach auch die folgenden Zitate.

121 Ebd., S. 10. Danach auch die folgenden Zitate.

Wir erinnern uns noch deutlich des geradezu erschütternden Eindrucks, den die Darstellung des mikroskopischen Befundes des Ausschnitts aus dem Gehirn eines idiotischen Kindes gelegentlich des Instruktionkurses in Göttingen auf uns machte. Das mikroskopische Präparat war photographiert und wurde in gewaltiger Vergrößerung als Lichtbild vorgeführt. Was für ein Unterschied gegen das Bild eines gesunden Gehirns! Das gesunde Gehirn erfüllt mit einem Gewirr von Nervenleitungen, das kranke dagegen wies erschreckend leere Stellen auf. Diese Lichtbildvorführung hatte für uns, wie gesagt, etwas Erschütterndes, ja Lähmendes; und da die Grenzen von Idiotie und Schwachsinn fließende sind, so mussten wir den Schluss, dass dem Schwachsinn eine Hemmung der Gehirnentwicklung zu Grunde liegen wird, als logisch anerkennen.“

Backhausen räumte offen ein, dass man im Stephansstift angesichts der Befunde Cramers „wochen- und monatelang unter schwerem Druck gestanden“¹²² habe. Es sei der Eindruck entstanden, „als wären wir in dem Gange der Entwicklung unserer Arbeit auf einem toten Punkte angelangt und als stände alles still.“ Grundlegende Zweifel am Erziehungskonzept seien aufgekommen. „Vor allem peinigte uns der Konflikt mit unserm christlichen Gefühl und wir wurden in unserer religiösen Anschauung beunruhigt.“ Doch seien „die Zeiten des Stillstandes“ mittlerweile überwunden. „Wir kapitulieren nicht vor der Tatsache, dass jene 40 Prozent voraussichtlich niemals zur sittlichen Selbstständigkeit gelangen werden.“¹²³ Man akzeptierte, dass man bei diesen Zöglingen „das volle Ziel der Fürsorgeerziehung nicht erreichen“¹²⁴ werde. Sie sollten besonders fest in die Anstaltsgemeinde eingebunden und – unter Wahrung ihrer „Menschenwürde“¹²⁵ – so weit wie möglich erzogen werden und nach Möglichkeit im Stephansstift einen Beruf erlernen. Weiterhin sollten „Vorsichtsmaßregeln“¹²⁶ für die Zukunft getroffen werden. Die Militärbehörden erhielten „Warnungen“, wenn solche Zöglinge einberufen werden sollten, nach Möglichkeit sollte verhindert werden, dass sie zum Militär eingezogen wurden – dadurch wollte man vermeiden, dass sie mit der Militärjustiz in Konflikt gerieten. Schon während des Anstaltsaufenthalts sollten Entmündigungen vorbereitet und Vormundschaften organisiert werden, damit die vermeintlich „Schwachsinnigen“ nach der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung nicht sich selbst überlassen blieben.

August Cramer, der sich in seinem Bericht noch dafür ausgesprochen hatte, die nicht bildungsfähigen Zöglinge aus den Fürsorgeerziehungseinrichtungen herauszunehmen, sei mittlerweile zu der Ansicht gelangt, dass sie doch in „Anstalten mit freier Erziehung“ am besten aufgehoben seien, so Backhausen. 1908 richtete Cramer allerdings in der Heil- und Pflegeanstalt Göttingen eine „Beobachtungsstation für Fürsorgezöglinge“ ein, die vor allem

122 Ebd., S. 11. Danach auch die folgenden Zitate.

123 Ebd., S. 11f.

124 Ebd., S. 12 (Hervorhebung im Original).

125 Ebd., S. 11.

126 Ebd., S. 12. Danach auch die folgenden Zitate.

die Aufgabe haben sollte, die „Anträge auf Entmündigung ‚Unerziehbarer‘ sachlich und juristisch unanfechtbar“ auszuarbeiten. Auch aus dem Stephansstift wurden einige Zöglinge dorthin geschickt.¹²⁷ Aufgrund der in der „Beobachtungsstation“ gesammelten Erfahrungen kam Cramer zu dem Schluss, dass man eine eigene Einrichtung für die „Psychopathen“ unter den Fürsorgezöglingen brauche. So entstand 1912 auf dem Gelände der Göttinger Anstalt die bereits erwähnte „Provinzial-Heil- und Erziehungsanstalt für psychopathische männliche Zöglinge“.¹²⁸

Auf den Artikel Wilhelm Backhausens folgte eine Erwiderung Matthias Siebolds, die ebenfalls im „Monatsboten aus dem Stephansstift“ zum Abdruck kam. Siebold erneuerte an dieser Stelle seine methodologische Kritik an der Studie Cramers und warnte eindringlich vor einer Zusammenarbeit der Erziehungseinrichtungen der Inneren Mission mit einer materialistischen Psychiatrie:

„Es gibt Psychiater, welche jede Willensfreiheit, überhaupt die Existenz der Seele und eines persönlichen Gottes leugnen, welche behaupten, der Mensch könne nicht anders handeln, als er handelt, so dass die Konsequenz z.B. Abschaffung der Gefängnisse und Verwandlung derselben in Krankenanstalten ist. Vor diesen hat sich der Pädagoge zu hüten, weil ihre Anschauung der Tod der Erziehung ist.“¹²⁹

Wilhelm Backhausen ließ es sich nicht nehmen, in einem Nachwort den Vorwurf, er habe „die Grundsätze der christlichen Erziehung leichtfertig preisgegeben oder den Wolf in die Herde gelassen“,¹³⁰ indem er sich „mit einem krassen Materialisten eingelassen“¹³¹ habe, zurückzuweisen. Er verwies darauf, dass das Problem der Willensfreiheit weder in der Psychologie noch in der Theologie abschließend geklärt sei, und plädierte entschieden für eine „Versöhnung zwischen Christentum und Naturwissenschaft zum Segen unseres ganzen Volkes!“¹³²

127 „Von besonderem Werte ist uns die Einrichtung der Beobachtungsstation in Göttingen geworden. Wir möchten so gern gerecht sein und keinem geistig Kranken unerträgliche Lasten auflegen. Die christliche Liebe bedient sich der ärztlichen Wissenschaft, um die rechten Wege für die weitere Behandlung eines unruhigen, unstillen, unberechenbaren Zöglings, der Zucht und Ordnung in der Anstalt gefährdet oder die Erzieher in unerträglicher Weise reizt, zu gewinnen. Und wie wichtig wird uns die Station, wenn es sich vor der Volljährigkeit um Entmündigung eines geistesschwachen Zöglings oder um Befreiung desselben vom Militärdienst geht.“ Backhausen, Bericht über die Erziehungsanstalt des Stephansstifts (1909), S. 107.

128 Vgl. Dr. Redepenning (Assistenzarzt an der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Göttingen), Richtlinien für die Behandlung psychopathischer Fürsorgezöglinge, in: Monatsbote 33 (1912), S. 4–8.

129 Erwiderung des Pastor Siebold auf den Artikel in Nr. 1, Seite 3, des Monatsboten, mit der Überschrift: „Sollen wir uns die Mitarbeit der Psychiater in der Fürsorgeerziehung gefallen lassen?“, in: Monatsbote 29 (1908), S. 40–43, S. 40.

130 Nachwort zu der Erwiderung von Pastor Siebold, in: Monatsbote 29 (1908), S. 43–46, S. 43.

131 Ebd., S. 44.

132 Ebd., S. 46. August Cramer stellte in einer Zuschrift klar, dass es ihm nicht um einen Materialismus als Weltanschauung ging, sondern um die Erforschung der Zusammenhänge zwischen der geistigen Tätigkeit des Menschen und ihrem materiellen Substrat, dem Gehirn. Zur Frage der Psychiatrie in den Erziehungsanstalten, in: Monatsbote 29 (1908), S. 61–63, S. 61.

In einer abschließenden Stellungnahme fasste Wilhelm Backhausen noch einmal präzise zusammen, was aus seiner Sicht die Erzieher in den christlichen Erziehungseinrichtungen der Psychiatrie zu verdanken hätten:

- „1. die Erkenntnis, dass der Schwachsinn der seelische Ausdruck eines erkrankten Gehirns ist;
2. eine Methode für die Prüfung des geistigen Besitzstandes des Zöglings und für die Erforschung einer vorhandenen Störung [...];
3. die Erkenntnis, dass solche Erkrankung angeboren oder erworben [...] sein kann und dass durch den Einfluss einer schlechten Umgebung zu dem Schwachsinn die Verwahrlosung als erschwerender Umstand hinzutritt;
4. dass eine völlige Heilung des den Schwachsinn verursachenden kranken Gehirns nicht möglich ist, die krankhafte Anlage also bleibt; dass aber der Schwachsinnige durch Versetzung in eine reine Umgebung und durch sachgemäße, sorgfältige Erziehung auf eine höhere Stufe gehoben werden kann. In welchem Grade diese Besserung möglich ist und wie nahe der Zögling an eine relative sittliche Selbstständigkeit herangeführt werden kann, hängt von dem Grade der Erkrankung ab. Es gibt schwachsinnige Zöglinge, bei denen jeder Versuch, sie auch nur einigermaßen sittlich selbstständig zu machen, scheitert;
5. dass daher in vielen Fällen die Fürsorge auch nach der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung fortgesetzt werden muss;
6. dass die nach freiheitlichen Grundsätzen arbeitende Erziehungsanstalt für die Aufnahme und Erziehung aller leichter Schwachsinnigen geeignet ist;
7. dass immer wieder Fälle vorkommen, in denen wir die Mitwirkung der Psychiatrie in unserm schweren Amt nicht entbehren können;
8. und dass wir Erzieher gemeinsam mit ihr die Ursachen des Schwachsinn im Volksleben zu bekämpfen die Pflicht haben.“¹³³

Bemerkenswert ist, dass Backhausen die Forderung aufstellte, dass der christliche Erzieher der Psychiatrie „grundsätzlich volle Freiheit der Forschung zuzugestehen“¹³⁴ habe, wie umgekehrt auch die Psychiatrie dem christlichen Erzieher die Freiheit des Glaubens lassen und anerkennen müsse, „dass bei der Erziehung von Persönlichkeiten die naturwissenschaftliche Forschung der Ergänzung bedarf, welche die Theologie bzw. die christliche Pädagogik zu leisten vermag.“ Auf der Basis gegenseitigen Respekts sei eine Zusammenarbeit möglich. In drei Punkten könne der christliche Erzieher indessen nicht nachgeben: Neben der Vorstellung einer unsterblichen Seele und dem Evangelium als Grundlage christlicher Pädagogik war dies der Grundsatz,

133 Ebd., S. 62.

134 Ebd., S. 63. Danach auch die folgenden Zitate.

„dass wir die Würde des Menschen in seiner sittlichen Verantwortung erblicken und daher in jedem Falle versuchen, dies Verantwortlichkeitsgefühl zu erwecken, dabei aber nie vergessen, dass die Freiheit des Willens, auf welcher die sittliche Verantwortlichkeit ruht, keine absolute, sondern eine werdende ist und deshalb strengste Individualisierung in der Erziehung für uns eine stets neu zu erfüllende Pflicht ist.“

In der Folgezeit benutzte Backhausen ganz unbefangen das Vokabular der Psychiatrie und sprach etwa von „schwachsinniger Anlage“, „psychopathische[n] Naturen“ oder „verbrecherische[n] Anlagen“. ¹³⁵ Vertreter des Stephansstifts nahmen an zwei Instruktionkursen zur „Spezial-Schulung“ an der Universität Göttingen teil. Ein dritter Instruktionkurs fand im November 1910 – unter Beteiligung August Cramers, seines Oberarztes Dr. *Rudolf Redepening* (1883–1967) und des Oberarztes der Heil- und Pflegeanstalt Hildesheim Dr. *Otto Mönkemöller* (1867–1930) – im Stephansstift statt. 1911 und 1912 folgten weitere Kurse dieser Art im Stift. ¹³⁶ Auch setzte Cramer seine Studien im Stephansstift fort. ¹³⁷ Im Winter 1909/10 führte zudem Otto Mönkemöller im Rahmen einer eingehenden Studie zu den Schulkindern in den hannoverschen Rettungshäusern Untersuchungen im Stephansstift durch und diagnostizierte dabei bei einem hohen Prozentsatz der Schulkinder „Schwachsinn der verschiedensten Grade“ ¹³⁸ – dies war ein wesentlicher Anstoß zum Ausbau der Hilfsschule auf dem Knabenhof. ¹³⁹

Backhausen erkannte die von der Psychiatrie behaupteten Grenzen der Erziehung durchaus an, beharrte aber darauf, dass es dennoch sinnvoll sei, auch die „schwachsinnigen“ und „psychopathischen“ Kinder und Jugendlichen zu erziehen, zu unterrichten und beruflich auszubilden, soweit dies eben möglich sei. „Niemanden zu früh aufgeben!“, war seine Devise. Und: „Niemanden zu früh für gerettet halten. Überhaupt das Prophezeien!“ ¹⁴⁰ Backhausen plädierte dafür, die Grenzen der Erziehung sorgfältig auszuloten:

135 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt Stephansstift für das Jahr 1907 (1908), S. 110.

136 Aus dem Programm des Instruktionkurses im Jahre 1911: Dr. Mönkemöller (Hildesheim), „Der Einfluss der Verwahrlosung auf den geistigen Zustand der Kinder“; Dr. Redepening (Göttingen), „Zur Kasuistik der Schwererziehbaren“; Isermeyer (Himmelsthür), Die Erziehung psychopathischer Mädchen“. Backhausen, Rückblick auf den Instruktionkurs für Fürsorgeerziehung vom 14. bis 19. Oktober d. J., in: Monatsbote 33 (1912), S. 189–199. Vgl. auch Dr. Mönkemöller, Der Einfluss der Verwahrlosung auf die Seele des Kindes, in: Monatsbote 34 (1913), S. 50–56, S. 72–85; Jahresbericht des Stephansstifts über das Jahr 1912, in: Monatsbote 34 (1913), S. 89–98 [= Jahresbericht 1912], S. 95.

137 Cramer, Bericht (1910); ders., Der Schwachsinn im jugendlichen Alter, seine Ursache, Behandlung und Bekämpfung, in: Monatsbote 31 (1910), S. 49–59.

138 Jahresbericht 1909, S. 99.

139 Pastor Hermann Müller wünschte sich regelmäßige Untersuchungen Mönkemöllers. Die letzte Untersuchung im Februar 1913 wies „eine höhere Zahl krankhaft veranlagter Zöglinge auf“. Müller, Bericht über den Knabenhof für das Jahr 1912 (1913), S. 105.

140 Backhausen, Jahresbericht über die Erziehungsanstalt für schulentlassene Zöglinge des Stephansstifts (1910), S. 114. Der Erste Deutsche Brüdertag, der im Anschluss an den 37. Kongress für Innere Mission vom 22. bis 25. September 1913 in Hamburg tagte, erkannte in einer Resolution an, „dass durch die Mitarbeit der psychiatrischen Wissenschaft eine bessere Einsicht in die krankhaften Erscheinungen des

„Man soll doch mit dem Worte ‚rettungslos verloren‘ bei sittlich Kranken mindestens ebenso vorsichtig sein, wie bei körperlich Kranken. Und wie der Arzt dem Kranken, auch, wenn nach ärztlichem Ermessen Hoffnung auf Heilung nicht vorhanden ist, seine Hilfe gewährt, so sollte auch dem sittlich kranken Fürsorgezögling, selbst wenn nach menschlichem Ermessen Aussicht auf Besserung nicht vorhanden ist, die erzieherische Behandlung nicht versagt werden.“¹⁴¹

Auch wenn er den „angeborenen Schwachsinn“ als „Volksgefahr“¹⁴² ansah, sucht man in den Berichten Wilhelm Backhausens vergeblich nach eugenischem Gedankengut. Interessant ist, dass der „Monatsbote aus dem Stephansstift“ im Jahre 1906 einen Artikel aus dem „Evangelischen Arbeiterboten“ zitierte, in dem die Studie des Schweizer Psychiaters *Josef Jörger* (1860–1933) über „Die Familie Zero“ vorgestellt wurde, die kurz zuvor im „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“ veröffentlicht worden war.¹⁴³ Anders als die junge Rassenhygiene, die diese Studie über die „Degeneration“ einer Familie aus dem Milieu der Jenischen benutzte, um ihrer Forderung nach einer Sterilisation „erblich Minderwertiger“ Nachdruck zu verleihen, zog der „Monatsbote“ keineswegs den Schluss, dass es der Mittel der Eugenik bedurfte, um „minderwertige Erblinien“ abzuschneiden. Vielmehr wies er darauf hin, wie viel „Gewinn von Geld, Kraft und allgemeiner Wohlfahrt“¹⁴⁴ die Arbeit der Inneren Mission erbringe, wenn sie auch nur einen „erblich belasteten“ Menschen vor dem Abgleiten in Armut und Verbrechen bewahrte – sie sei insofern eine „rentable Kapitalanlage“.

Der Knabenhof und die Hilfsschule

Im Mittelpunkt der Entwicklung auf dem Knabenhof in den Jahren von 1907 bis 1914 stand die Schule. In seinem Bericht über das Jahr 1907 teilte Paul Oehlkers mit, dass sich in der Schule des Knabenhofs viele nicht nur „schwachbegabte“, sondern regelrecht „schwachsinnige“ Kinder fänden – darauf sei man durch August Cramers Untersuchung im Stephansstift und den Kursus in Psychiatrie im Herbst 1907 an der Universität Göttingen aufmerksam worden. So war der Gedanke aufgekommen, neben den beiden regulären Schulklassen eine Hilfsklasse für „schwachbegabte“ Kinder einzurichten. „Das kann ich von mir sagen“;

Seelenlebens der Kinder und Jugendlichen den Erziehern erschlossen und dadurch zu einer vertieften und milderer Beurteilung der Kinderfehler geholfen ist; er erblickt aber eine Gefahr in einer einseitigen naturalistischen Auffassung der Kindesseele.“ Paul Oehlkers, Der Erste Deutsche Brüdertag und der 37. Kongress für Innere Mission, in: Monatsbote 34 (1913), S. 160–166, S. 163.

141 Mitteilungen aus dem Vorberichte zu der vom Preußischen Ministerium des Inneren herausgegebenen Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für die Zeit vom 1. April 1905 bis 31. März 1906, in: Monatsbote 28 (1907), S. 105–108, S. 107.

142 Backhausen, Bericht über die Erziehungsanstalt des Stephansstifts (1909), S. 104.

143 Josef Jörger, Die Familie Zero, in: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie 2 (1905), S. 494–559.

144 Was eine heruntergekommene Familie kostet!, in: Monatsbote 27 (1906), S. 152f., S. 153. Danach auch das folgende Zitat.

so Oehlkers, „dass ich doch vieles, was mir bisher als Unart oder Bosheit erscheinen wollte, barmherziger und vorsichtiger beurteilen gelernt habe, und dass ich glaube, dass wir durch die Anregungen der Psychiater in unserem erziehlichen Wirken nicht gehemmt, sondern wirklich gefördert und bereichert werden.“¹⁴⁵

1908 wurde die neue „Hilfsklasse“ eröffnet. Der Schulunterricht war jetzt so gegliedert, dass die „normal Begabten“ durch zwei Klassen „zum vollen Ziel der Volksschulbildung geführt werden und dass alle die, denen wir’s schon bei der Aufnahmeprüfung anmerken, dass sie das Ziel der 1. Klasse nicht erreichen werden, der einklassigen Hilfsschule überwiesen werden, die sie dann doch noch zu einem für sie nicht zu hoch gesteckten Ziele führen kann.“¹⁴⁶ Eine Revision durch die staatliche Schulkommission fiel positiv aus, und so schloss das Stephansstift im Jahre 1910 eine Vereinbarung mit dem Landesdirektorium, der zufolge künftig alle als „schwachsinnig“ eingestuften schulpflichtigen männlichen Fürsorgezöglinge dem Stephansstift überwiesen werden sollten, das im Gegenzug eine zweiklassige Hilfsschule nebst Vorschulklasse einrichten sollte.¹⁴⁷ „Die Erfolge dieser Arbeit auch an schwer behinderten Knaben waren für uns selbst überraschend“,¹⁴⁸ bekannte Paul Oehlkers. Die Zahl der „schwachsinnigen“ Kinder nahm nun stetig zu. 1911 beschloss man daher, eine dritte Hilfsschulklasse aufzumachen, während die bis dahin zweiklassige „Normalschule“ einklassig wurde. 1912 wurde eine vierte Hilfsschulklasse eröffnet, die alle neu überwiesenen Knaben aufnahm, damit die anderen Klassen ungestört arbeiten konnten. 1913 – nach der Einweihung des neuen Schulgebäudes – wurde die Hilfsschule schließlich mit sechs Klassen fortgeführt. Mittlerweile arbeiteten sechs Lehrer und zwei Lehrerinnen an der Schule des Knabenhofs, von denen manche an einem mehrwöchigen Fortbildungskurs für Hilfsschullehrer teilgenommen hatten.¹⁴⁹ Neu eingeführt wurde ein „Handfertigkeitunterricht“, um die „schwachbegabten“ und „schwachsinnigen“ Schüler „zum Formen, Falten, Flechten, Knüpfen, Ausschneiden [...] Korbflechten sowie [zu] Papparbeiten und leichte[n] Holzarbeiten“¹⁵⁰ anzuleiten. Parallel zum Ausbau der Hilfsschule, die zur größten Einrichtung ihrer Art in Deutschland werden sollte,¹⁵¹ wurden die Wohngruppen verkleinert, die schwierigsten Jungen zu einer eigenen „Familie“ zusammengefasst, ebenso die sieben- bis neunjährigen Jungen in der „Kinderstube“.¹⁵²

145 Jahresbericht 1907, S. 99.

146 Jahresbericht des Stephansstifts für das Jahr 1908, in: Monatsbote 30 (1909), S. 83–102, S. 94. Zur Geschichte der Hilfsschule vgl. auch: Chronik der Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule im Stephansstift, AStH, unverzeichnet; Stephansstift Hannover-Kleefeld (Hg.), Festschrift zum 125jährigen Jubiläum der Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, Hannover 1998.

147 Hermann Müller, Jahresbericht des Knabenhofes für das Jahr 1913, in: Monatsbote 35 (1914), S. 114–118, S. 114.

148 Jahresbericht 1910, S. 91.

149 „Dort werden sie mit dem Wesen und der Behandlung des Schwachsinnigen bekannt gemacht. Auch unter ihnen wächst das Verständnis für die Eigenart der Schwachsinnigen in erfreulicher Weise.“ Hermann Müller, Bericht über den Knabenhof für das Jahr 1912 (1913), S. 105f.

150 Ebd., S. 105.

151 Entstehung und Entwicklung des Stephansstifts, S. 211.

152 Hermann Müller, Bericht des Knabenhofes, in: Monatsbote 33 (1912), S. 108–110, S. 108.

Die Abteilung für „Krüppellehrlinge“

Die Abteilung zur Ausbildung „konfirmierter Krüppel“ wuchs rasch an, im Jahre 1903 wurde das „Heimchen“ um ein weiteres Gebäude, die „Hütte“, ergänzt – und auch das neue Haus war binnen Jahresfrist überfüllt. Es habe sich herausgestellt, so berichtete Pastor Paul Oehlkers, „dass sich Krüppel in hohem Maße erwerbsfähig machen lassen.“¹⁵³ Von den fünfzig körperbehinderten Lehrlingen hatten mittlerweile acht ihr Gesellenstück gemacht, sieben weitere waren „als relativ erwerbsfähig“ entlassen worden, 17 befanden sich noch als Lehrlinge „mit der Aussicht auf eine erfolgreiche Ausbildung“ im Stephansstift. Es habe sich aber auch herausgestellt, so Oehlkers weiter, „dass unsere Einrichtungen nicht für alle, sondern nur für diejenigen Krüppellehrlinge genügen, die abgesehen von ihrer Verkrüppelung relativ gesund und fähig sind, in einer regelrechten Werkstatt mitzuarbeiten.“ Andere, die „wegen ihrer schweren Verkrüppelung besonderer Anleitung und Rücksicht bei der Ausbildung, oder wegen ihres Siechtums besonderer krankenhaushmäßiger Pflege“ bedürften, kämen hingegen im Stephansstift nicht zu ihrem Recht. „Beides können wir in unseren provisorischen Räumen nicht leisten, das kann nur ein eigens dazu erbautes Krüppellehrlingsheim.“ Das Stephansstift hatte sich allerdings dagegen entschieden, ein solches zu bauen, da dies Sache des „Vereins zur Pflege bildungsfähiger Krüppel“ sei. Am 3. Oktober 1908 zogen die „Krüppellehrlinge“ aus Heimchen und Hütte aus, um in das neue Krüppellehrlingsheim Wilhelm-Auguste-Viktoria-Stift überzusiedeln, das am 6. Oktober eingeweiht wurde.¹⁵⁴ Die Brüder des Stephansstifts zogen mit, so dass das Arbeitsfeld erhalten blieb, jetzt aber nicht mehr unter der Regie des Stifts.

Siechenhäuser

Die Siechenhäuser des Stephansstifts waren seit langem überfüllt, der Raum wurde bis in den letzten Winkel, wo auch immer ein Bett stehen konnte, genutzt, ständig waren fünf bis zehn alte, kranke oder behinderte Männer vorgemerkt, die auf einen freien Platz oft Monate lang warten mussten.¹⁵⁵ Indessen zögerte die Leitung des Stephansstifts, einen Anbau an das alte oder neue Siechenhaus in Angriff zu nehmen, sah man doch die Stadt Hannover in der Pflicht, ein eigenes Altenheim zu errichten. Das Siechenhaus des Stephansstifts sei seinerzeit, so die Argumentation des Vorstehers Paul Oehlkers, aus den Mitteln einer Hauskollekte errichtet worden, die vor allem in den Landgemeinden aufgebracht worden sei. „Bitten um Aufnahme siecher Männer vom Lande, zumal aus solchen Gemeinden, welche kein eignes Gemeindepflegehaus haben und tatsächlich nicht wissen, was sie mit einem

153 Jahresbericht des Stephansstifts für das Jahr 1903, in: Monatsbote 25 (1904), S. 101–116 [= Jahresbericht 1903], S. 108. Danach auch die folgenden Zitate.

154 Jahresbericht des Stephansstifts für das Jahr 1908, in: Monatsbote 30 (1909), S. 83–102 [= Jahresbericht 1908], S. 99.

155 Jahresbericht 1903, S. 106. Danach auch die folgenden Zitate.

hoffnungslos kranken, pflegebedürftigen alten Manne anfangen sollen, müssen also bei uns zuerst berücksichtigt werden.“¹⁵⁶ Es gebe gerade in den Landgemeinden einen wachsenden Bedarf nach Altersheimen und Siechenhäusern: „Je mehr auch in den Vororten und größeren Landgemeinden städtische enge Wohnverhältnisse eintreten, desto schwieriger wird es auch für die Kinder, die ihre Kindespflicht gern erfüllen möchten, die alten Eltern bei sich zu behalten und gut zu verpflegen.“¹⁵⁷

1907 wurde das neue Städtische Altersheim und Pflegehaus in Vinnhorst eröffnet, das nun die erste Anlaufstelle für Pfleglinge aus Hannover werden sollte.¹⁵⁸ Die in den beiden Siechenhäusern frei werdenden Plätze wurden indes rasch wieder besetzt, da die Landesversicherungsanstalt Hannover beschlossen hatte, die Invalidenhauspflege für die Empfänger von Alters- und Invalidenrente einzuführen. Statt der Rente zahlte die Landesversicherungsanstalt jetzt das Kostgeld. Viele alte Männer, die auf diese Weise ins Stephansstift kamen, taten sich schwer, sich in dessen Ordnung einzufügen, wie es überhaupt in den Siechenhäusern mit ihren hundert Bewohnern – unter denen sich neben den „Altersschwachen“ auch „Lahme“, Männer mit einer „Zitterlähmung“, „Blinde“, „Tauben“ und sogar „Taubblinde“ befanden¹⁵⁹ – zu Spannungen und Konflikten gekommen zu sein scheint. 1912 berichtete Oehlkers, dass es viele „Streitigkeiten zwischen den Insassen“ und „Entlassungen wegen Unverträglichkeit und Unordnung“ gegeben habe. Er räumte ein, „dass viel Anlass zu Streit und Ärger weggeräumt würde, wenn wir mehr Platz hätten.“¹⁶⁰ Mittlerweile dachte man ernsthaft über einen Anbau nach, hatte sich doch herausgestellt, dass das Städtische Altersheim in Vinnhorst kaum Entlastung gebracht hatte.¹⁶¹ Am 25. November 1913 konnte schließlich das völlig umgebaute alte Siechenhaus eingeweiht werden.¹⁶²

Bewerbungen, Entlassungen, Austritte – Die Entwicklung der Brüderschaft

Die Brüderschaft des Stephansstifts wuchs – mit Ausnahme des Jahres 1912, als die Zahl der Brüder erstmals zurückging – langsam, aber stetig weiter, von 152 (1900) auf 356 (1914) Brüder.¹⁶³ Das Stephansstift gehörte damit zu den größten Brüderhäusern im Deutschen

156 Jahresbericht 1904, S. 79.

157 Jahresbericht 1905, S. 67.

158 Im Stephansstift war man darüber verstimmt, dass man nicht gefragt worden war, das Personal zu stellen; man werde sich wohl damit abfinden müssen, „dass der Prophet in seinem Vaterlande nichts gilt.“ Jahresbericht 1907, S. 96.

159 Unser Siechenhaus, in: Monatsbote 30 (1909), S. 137–142, S. 153–159.

160 Jahresbericht 1912, S. 96.

161 Jahresbericht 1908, S. 94; Jahresbericht 1909, S. 99; Jahresbericht 1911, S. 101.

162 Jahresbericht 1913, S. 107.

163 Jahresbericht 1899, S. 70; Jahresbericht 1913, S. 128. Stichtag war jeweils der Himmelfahrtstag. Von den 356 Brüdern im Jahre 1914 waren 185 eingeseignete Brüder, 64 Hausbrüder, 79 Probebrüder, zehn Hilfsbrüder, sechs Aspiranten, zwölf Brüder waren pensioniert.

Reich.¹⁶⁴ Trotzdem rissen die Klagen nicht ab, dass man zu wenige Brüder habe. Nicht, dass es an Bewerbungen gefehlt hätte, doch blieben die meisten davon unberücksichtigt, da die Bewerber von vornherein ungeeignet erschienen. Von den neu aufgenommenen Aspiranten und Probebrüdern traten nicht wenige nach kurzer Zeit wieder aus oder wurden entlassen. So meldeten sich im Jahre 1900 siebzig junge Männer zur Aufnahme in das Stephansstift, aus deren Reihen 27 Probebrüder ausgewählt wurden, von denen wiederum elf das Stephansstift noch im ersten Jahr, meist schon nach kurzer Zeit, wieder verließen. Darunter befanden sich zwei, die zu den Baptisten konvertierten – „das hat uns weh getan.“¹⁶⁵

Pastor Paul Oehlkers stellte wiederholt Überlegungen an, warum so wenige vielversprechende Bewerbungen eingingen und wie die relativ hohe Zahl an Austritten und Entlassungen zu erklären sei. Den Mangel an qualifizierten Bewerbern führte er, sicher zutreffend, auf den Druck des Arbeitsmarktes zurück. Der „industrielle Aufschwung“¹⁶⁶ bot vielen jungen Männern „glänzende Aussichten“ und hielt sie so „in ihrem bürgerlichen Berufe“ fest. Auch hätten die Lebensstellungen der fertig ausgebildeten Brüder „wenig Verlockendes für das moderne Empfinden“. Um Konfirmanden für eine spätere Ausbildung im Stephansstift zu gewinnen, plante man eine „Brüdererschule“, ein Projekt, das jedoch nicht recht vorankam.¹⁶⁷

164 Vgl. Statistik der vereinigten deutschen Brüderhäuser, 1. Januar 1906, in: Monatsbote 27 (1906), S. 15.

Danach zählte das Stephansstift zu diesem Zeitpunkt 243 Brüder und war damit hinter der Westfälischen Diakonenanstalt Nazareth in Bethel (371), dem Rauhen Haus in Hamburg (343) und dem Gehilfeninstitut in Duisburg (286) das viertgrößte Brüderhaus.

165 Im selben Jahr hatten auch einige ältere Brüder, die bereits eine selbstständige Arbeit ausübten, „ihrer Verfehlungen wegen entlassen werden müssen“. Jahresbericht 1900, S. 35. Dazu auch: Protokoll des 5. Brüdertages, 25.–27.1.1901, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Hier ist – neben den beiden Baptisten – von einem „Schwarmgeist“ die Rede, der die Brüderschaft verlassen habe.

166 Jahresbericht des Stephansstifts für das Jahr 1906, in: Monatsbote 28 (1907), S. 82–96 [= Jahresbericht 1906], S. 88. Danach auch die folgenden Zitate.

167 Auf dem Brüdertag 1903 wurde das Projekt einer Brüdererschule erstmals diskutiert. Paul Oehlkers führte drei Argumente für eine solche Einrichtung ins Feld: *Erstens* wies er darauf hin, dass es problematisch sei, „junge Leute gleich in die Brüderanstalt aufzunehmen [...] seit wir konfirmierte Fürsorgezöglinge haben, die oft älter sind, werden die ersteren schwerlich als Vorgesetzte von den letzteren respektiert werden.“ *Zweitens* sei eine bessere Ausbildung auch deshalb vonnöten, weil man sich auf das Gebiet der Gemeindediakonie „werfen“ wolle. *Drittens* sei es „nicht gut möglich, die praktische mit der theoretischen Ausbildung zu verbinden – es ist ein beständiger kleiner Krieg da. Es fehlt der feste Unterbau, eine Elementarbildung, auf die dann die Berufsbildung aufgebaut wird.“ Die Brüder äußerten die Befürchtung, dass die Absolventen einer Brüdererschule nicht in die Brüderschaft, sondern in ein Lehrerseminar eintreten könnten. „Der Brüderberuf müsse Herzenssache sein, und davon könne man bei 14jährigen Knaben noch nicht sprechen.“ Man strebe daher eine Art von „Familienpflege“ für konfirmierte Jugendliche an, die sich für den Diakonenberuf interessierten. Protokoll des 7. Brüdertages, 1903, AStH, Liste P, 206 (Altakten). – Nachdem das Rauhe Haus eine Brüdererschule eingerichtet hatte, nahm im Jahre 1907 der Plan, „Knaben gleich nach der Konfirmation für den Beruf der Diakonie vorzubereiten“, festere Gestalt an. Die Konfirmanden wurden in eine christliche Bauernfamilie im Osnabrücker Land vermittelt, damit sie als Knechte ihr Brot verdienen – an den freien Sonntagen fanden sie in der Hünenburg ihren „Sammelpunkt“. Jahresbericht 1904, S. 85f.; Jahresbericht 1905, S. 71f.; Jahresbericht 1907, S. 96 (Zitate); Jahresbericht 1908, S. 95; Jahresbericht 1908, S. 99.

Bei den Entlassungen aus dem Stephansstift ging es zumeist um „sittliche Entgleisungen, um Untreue und Unzuverlässigkeit, Haltlosigkeit und insbesondere Sünden gegen das sechste Gebot.“¹⁶⁸ Wie die Beratungen der Brüdertage belegen, stellten heimliche Liebesbeziehungen der Brüder zu Frauen das größte Disziplinproblem dar. Paul Oehlkers hatte durchaus Verständnis für die Nöte der jungen Männer, denn

„1. tatsächlich müssen viele Brüder mit der Heirat warten bis zum 30., ja bis zum 40. Jahre und 2. haben die Brüder in ihrer Arbeit mit Menschen zu tun, die in Bezug auf diese Sünde ein großes Entgegenkommen zeigen; darum: Wachtet u. betet. – Sollte einer von dieser heimlichen Sünde geknechtet sein, so soll er den Mut haben und die Sünde bekennen, einem P.[astor] in der Privatbeichte oder seinem Vorsteher.“¹⁶⁹

An anderer Stelle riet Oehlkers, dass „sexuell gefährdete Brüder [...] sich seelsorgerlich an den Vorsteher wenden und um andere Arbeit bitten [sollten], wenn ihnen ihre gegenwärtige Arbeit zur Versuchung wird.“¹⁷⁰ Auch forderte Oehlkers die Brüder dazu auf, ein Auge auf ihre Mitbrüder zu haben: „Die Brüder sollen untereinander ein offenes Wort nicht scheuen und auch den geringsten bösen Schein in dieser Hinsicht meiden.“ 1906 stellte Paul Oehlkers „infolge der beständigen Klagen über Liebeleien, Taktlosigkeiten, Aufhebung von Verlobungen“¹⁷¹ auf dem Brüdertag vier Leitlinien zur Debatte. *Erstens* sollte eine Verlobung mit einem „Pflegling“ die fristlose Entlassung ohne Widerspruchsmöglichkeit nach sich ziehen, die Verlobung mit einem „Dienstmädchen“ eine Versetzung. *Zweitens* sollte die Aufhebung einer Verlobung nicht automatisch zur Entlassung des Bruders führen. In diesem Punkt gingen die Meinungen innerhalb der Brüderschaft auseinander. Einige Brüder setzten die Verlobung mit der Heirat gleich, die Aufhebung der Verlobung dementsprechend mit Ehebruch. Andere wiesen darauf hin, dass die Ehe ein „weltlich Ding“ sei:

„Unsere Brüder haben im Allgemeinen wenig Gelegenheit, unbefangen mit jungen Mädchen zu verkehren, sie ernstlich kennenzulernen; und die meisten jungen Mädchen haben keine Ahnung davon, was sie mit der Verlobung mit einem Bruder übernehmen, wie ernst die Aufgaben einer Hausmutter sind. Da können also Differenzen entstehen, die in allen Ehren zur Auflösung der Verlobung führen.“

Schließlich einigte sich der Brüdertag darauf, diese Leitlinie, der der Brüderrat bisher schon gefolgt war, beizubehalten und von Fall zu Fall zu entscheiden. *Drittens* wurde festgestellt, dass „frühzeitige Verlobungen [...] immer bedenklich“ seien. „Die lange Wartezeit raubt die innere Ruhe.“ Aber auch in diesem Punkt, so die allgemeine Auffassung, wolle man

168 Jahresbericht 1912, S. 91. Sechstes Gebot: „Du sollst nicht ehebrechen.“

169 Protokoll des 7. Brüdertages, 1903, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

170 Protokoll des 6. Brüdertages, 1902, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Danach auch das folgende Zitat.

171 Protokoll des 10. Brüdertages, 1906, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Danach auch die folgende Zitate.

nicht gesetzlich verfahren. *Viertens* schließlich einigte man sich auf die Forderung: „Ausbildung der Brüderbräute muss zur allgemeinen Regel werden.“ 1910 wurde diese Forderung weiter zugespitzt: „Von der Verlobung an steht die Braut eines Bruders zur Verfügung des Bruderhauses wie die Diakonisse zum Mutterhaus.“¹⁷²

Die Motive für einen Austritt aus dem Stephansstift waren vielfältig. Manche Probebrüder waren den steigenden Anforderungen an die Brüderausbildung nicht gewachsen, andere enttäuscht über das langsame berufliche Fortkommen im Stephansstift. Die Ausbildung im Stephansstift dauerte nach wie vor sechs bis sieben Jahre. Mittlerweile gab es im Raum der Inneren Mission jedoch alternative Ausbildungsangebote, die einen rascheren Übergang in einer selbstständigen Stellung ermöglichten: „Heute bezahlt man lieber ein verhältnismäßig hohes Schulgeld, um in möglichst kurzer Frist eine rein theoretische ‚Ausbildung‘ als Vereinssekretär, Evangelist u. dergl. zu empfangen.“¹⁷³

Auf den ersten Blick überraschend: Manche Aspiranten und Probebrüder, die der Gemeinschaftsbewegung nahe standen, verließen das Stephansstift, weil es ihnen hier nicht fromm genug zuzuging. 1914 verriet Paul Oehlkers den Lesern des „Monatsboten“, dass man im Stephansstift „oft Schwierigkeiten mit den pietistisch gerichteten Aspiranten [habe], die nach kurzer Zeit wieder weggehen, weil sie sich nicht dahineinfinden können, dass es in einer christlichen Anstalt auch werdende, unfertige Christen gibt.“ Die anschließende Bemerkung des Vorstehers lässt erahnen, welche Alltagskonflikte hinter solchen Austritten steckten:

„Hier im Stephansstift habe ich mich nie entschließen können, das Rauchen, das Biertrinken, den Besuch von ernsten, klassischen Theaterstücken und guten Konzerten zu verbieten. Aber freilich arbeite ich mit Ernst darauf hin, dass unsere Brüder von selbst, aus innerlichem Triebe, durch die Erziehung, die sie hier erfahren, dahin kommen.“¹⁷⁴

Wie man es im Stephansstift mit dem Alkohol halten sollte, war innerhalb der Bruderschaft übrigens umstritten. Auf dem 9. Brüdertag 1905 nahmen manche Brüder, die in der „Trinkerrettung“ aktiv waren, einen Vortrag zur Mäßigkeitsbewegung zum Anlass, um für eine allgemeine Beteiligung an der Abstinenzbewegung zu werben. Andere „verwarhten [...] sich ernstlich dagegen, dass man nicht diejenigen, die mäßig im Genuss alkoholischer Getränke bleiben, für ‚Unbekehrte‘, für Christen II. Classe ansehen solle.“ Man einigte sich schließlich darauf, in Herbergen zur Heimat, Vereinshäusern und ähnlichen Einrichtungen „nie Trinkzwang [zu] dulden; immer neben alkoholischen auch alkoholfreie Getränke billig und gut an[z]ubieten.“ An Kinder unter 14 Jahren sollten grundsätzlich keine alkoholischen Getränke ausgegeben werden. Bei Ausflügen christlicher Vereine sollte man auf

172 Protokoll des 13. Brüdertages, 6.5.1910, AStH, Liste B, 206 (Altakten).

173 Jahresbericht 1905, S. 72.

174 Paul Oehlkers, Allerlei Kritik an den Bruderhäusern, in: Monatsbote 35 (1914), S. 58–62, S. 66–71, S. 71.

alkoholische Getränke verzichten. Im „persönlichen Leben“ wurde den Brüdern „die größte, ja ängstliche Vorsicht“ beim Alkoholkonsum angeraten.

Jahr für Jahr wiederholten sich die Klagen über den Brüdermangel. Da sich zudem immer mehr Brüder in selbstständigen Stellungen etablieren konnten, fehlte es vor allem an Gehilfen. Manche Lücke konnte aus den Reihen der Hilfsbrüderschaft geschlossen werden.¹⁷⁵ 1903 entsandte die Hermannsburger Missionsleitung mehrere Missionsaspiranten, um auf den Arbeitsfeldern des Stephansstifts auszuhelfen – auch diese wurden in die Hilfsbrüderschaft aufgenommen.¹⁷⁶

Paul Oehlkers dachte auch schon über Grenzen des Wachstums nach. Man müsse „große Massenanstalten“ vermeiden, hob er hervor, man brauche vielmehr „kleine lebensvolle Mittelpunkte für die Brüdersache“.¹⁷⁷ Einen gangbaren Weg dorthin sah Oehlkers in der Gründung von Filialen, so in Gehlsdorf in Mecklenburg, Rotenburg/Wümme und Rickling in Holstein, aber auch in Mitau, Lodz und St. Petersburg.¹⁷⁸ Tatsächlich nahm die Diakonenanstalt in Rickling dem Stephansstift schon bald einen Teil der Erziehungsarbeit an schulentlassenen Fürsorgezöglingen in Schleswig-Holstein ab, das Mecklenburger Rettungshaus Gehlsdorf, das Brüderhaus in St. Petersburg und die Leipziger Missionsanstalt schickten Hilfskräfte nach Hannover.¹⁷⁹

175 Vgl. Ordnung der Hilfsbrüderschaft, 6.11.1899, AStH, Liste P, 206 (Altakten). In § 1 heißt es: „Diejenigen Probebrüder, welchen der Brüderrat wegen ihres Alters, ihrer unsicheren Gesundheit und dergl. die Aufnahme in die Brüderschaft nicht gewähren kann, die sich aber während ihrer Probezeit als treu und zuverlässig erwiesen haben, können durch Beschluss des Brüderrates in die Hilfsbrüderschaft aufgenommen werden.“ Die Hilfsbrüder erhielten dasselbe Gehalt wie die Brüder (§ 4). In die Pensionskasse des Stephansstifts wurden sie nicht aufgenommen (§ 3). Doch wurde der von den Brüdern zu zahlende Beitrag zur Hilfskasse auch vom Gehalt der Hilfsbrüder einbehalten und auf einem Sparbuch angelegt. Traten Hilfsbrüder aus der Brüderschaft aus oder nahmen sie anderswo eine selbstständige Stellung an, so wurde ihnen dieses Sparbuch ausgehändigt. Bei „unberechtigtem, eigenmächtigem oder unehrenhaftem Austritt“ (§ 4) konnte auf Beschluss des Brüderrates ein Teil der angesparten Summe einbehalten werden – als Bezahlung der im Stephansstift genossenen Ausbildung. Auf dem Brüdertag 1911 wurde ein Antrag, die Hilfsbrüderschaft aufzuheben, nach längerer Debatte abgelehnt. Protokoll des 14. Brüdertages, 1911, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

176 Jahresbericht 1903, S. 104. Vgl. ebd., S. 115: Ende 1903 zählte das Stephansstift 18 Hilfsbrüder.

177 Ebd., S. 109.

178 Das Stephansstift hatte mehrere junge Männer aus Russland aufgenommen, die später als Lehrer und Gemeindeglieder in der lutherischen Diaspora arbeiten sollten. Dabei hatte es aber Schwierigkeiten gegeben. „Unsicher im Deutschen, fremd in unsern Sitten, ungeübt und unerprobt in der Arbeit, brauchten sie verhältnismäßig viel Zeit, um sich einzuleben. Dann kam die Militärpflicht, und die Ausbildung musste vorzeitig abgebrochen werden. Unfertig, anspruchsvoll kehrten sie zurück. Oder wir erkannten bald, dass der junge Mann für unsere Arbeit ungeeignet sei und mussten ihn zurückschicken. Wie viel Zeit und Geld wurde dann mit den weiten Reisen verschwendet.“ Jahresbericht 1903, S. 109. Zum Stadthof in Mitau vgl. AStH, Liste P, 93 (Altakten). – Bruder *August Lerle* (* 1884) erlebte die Revolution von 1905 in Lodz hautnah mit. Aus der Arbeit für die Arbeit, in: Monatsbote 27 (1906), S. 106f., S. 106.

179 Jahresbericht 1906, S. 89.

Die „äußeren Formen“ – Brüderordnung und Brüderrat

In ihren Anfängen stellte sich die Bruderschaft des Stephansstifts als ein Netzwerk ohne festere Formen und Ordnungen dar, in dessen Mittelpunkt der Vorsteher stand. Schon um die Jahrhundertwende hatte die Bruderschaft indessen eine Größe erreicht, die formale Organisationsstrukturen erforderte. „Eine Bruderschaft von 170 Mitgliedern kann man nicht mehr leiten wie einen kleinen Kreis von Arbeitsgenossen“,¹⁸⁰ erkannte Paul Oehlkers schon im Jahre 1901. „Sie muss sich erweitern zu der größten Berufsgenossenschaft mit ihren festen Satzungen, Pensionskassen, Ämtern.“ Oehlkers verteidigte diese Entwicklung gegenüber jenen Altvorderen, die den Anfängen der Inneren Mission nachtrauerten und denen „die spätere Zeit so kalt, so kühl berechnend, so äußerlich und arm an Liebe“¹⁸¹ erscheine. Auf die „äußeren Formen“¹⁸² komme es jedoch nicht an, so Oehlkers, wenn nur die rechte „Gesinnung“ erhalten bleibe. In diesem Sinne machte sich der Vorsteher daran, der Bruderschaft des Stephansstifts festere Strukturen zu geben, vor allem durch die Einführung einer Brüderordnung im Jahre 1899.

Die wichtigste durch die Brüderordnung eingeführte Neuerung war die Schaffung eines „Brüderrates“. Sie ging zurück auf einen Antrag Oehlkers auf dem 4. Brüdertag am 12. Mai 1899 – es belaste ihn schwer, in Disziplinarsachen, die ältere Brüder beträfen, allein entscheiden zu müssen.¹⁸³ Der Brüderrat schloss sich den Vorschlägen des Vorstehers an, und so bestimmte die Brüderordnung vom 6. November 1899, dass der Brüdertag alljährlich einen Brüderrat wählen sollte, dem – neben dem Vorsteher als geborenem Mitglied – drei im Stephansstift und drei in Hannover und Umgebung tätige eingeseignete Brüder angehören sollten.¹⁸⁴ Während die Entlassung von Probebrüdern weiterhin Sache des Vorstehers blieb, sollte fortan der Brüderrat über die Entlassung von Hausbrüdern und eingeseigneten Brüdern (Diakonen) entscheiden. Wenn möglich, sollte der Entlassung solcher älterer Brüder eine Verwarnung durch den Brüderrat vorausgehen.¹⁸⁵ Zwar hatte der Vorsteher nach wie vor das Recht, in dringenden Fällen – genauer: bei Vorliegen strafbarer Handlungen – eine sofortige Entlassung auch älterer Brüder auszusprechen, doch konnte der Entlassene in solchen Fällen Berufung beim Brüderrat einlegen. Gegen die Entscheidungen des Brüderrates

180 Jahresbericht 1901, S. 48. Danach auch das folgende Zitat.

181 Ebd., S. 47.

182 Ebd., S. 48. Danach auch das folgende Zitat.

183 Protokoll des 4. Brüdertages, 12.5.1899, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

184 Brüderordnung des Stephansstifts, 6.11.1899, § 18, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Auf dem 5. Brüdertag am 25.–27. Januar 1901 wurde der Antrag gestellt, auch auswärtige Brüder als Mitglieder des Brüderrates zuzulassen. Paul Oehlkers hatte Bedenken, es könne ein „zu schwerfälliger Apparat“ entstehen, gab aber dem Wunsch der Brüder nach. 1910 beschloss der Brüdertag, dass bei Disziplinarangelegenheiten künftig ein Bruder aus der jeweiligen Landschaft zum Brüderrat hinzuzuziehen sei. Protokoll des 5. Brüdertages, 25.–27.1.1901; Protokoll des 13. Brüdertages, 6.5.1910, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

185 Der 5. Brüdertag am 25.–27. Januar 1901 konstatierte, dass die ausgesprochenen Verwarnungen sich günstig auf das Verhalten der verwarneten Brüder ausgewirkt hätten – „nur zwei haben sich wollen nicht warnen lassen.“ Protokoll des 5. Brüdertages, 25.–27.1.1901, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

konnten sich sowohl der Vorsteher als auch der betroffene Bruder an den Vorstand des Stephansstifts wenden, der in letzter Instanz entschied.¹⁸⁶ Eine weitere wichtige Funktion kam dem Brüderrat beim Übergang vom Probebruder zum Hausbruder und vom Hausbruder zum eingesegneten Diakon zu: Über die Aufnahme eines Probebruders entschied der Vorsteher „nach Anhörung des Brüderrats und der Hausväter, unter denen der Probebruder gearbeitet hat.“¹⁸⁷ Über die Einsegnung entschied fortan der Brüderrat.¹⁸⁸ Der Brüderrat, der – neben dem Brüdertag – eine erste, wenn auch noch sehr eingeschränkte Form der Mitbestimmung zumindest der eingesegneten Diakone darstellte, scheint sich bewährt zu haben. „Die Last der Verantwortung ist vom Vorsteher leichter zu tragen, und die Brüder bekommen nicht den Eindruck der Willkür in der Behandlung sie angehender Fragen.“¹⁸⁹

Zur Schaffung festerer Organisationsstrukturen gehörten auch die Gründung der Pensionskasse im Jahre 1900 und die Festsetzung einer Gehaltsskala im Jahre 1904.¹⁹⁰ Während die Gehälter auch der unverheirateten Gehilfen und Probebrüder mit der Zeit in großzügiger Weise angehoben wurden und das Stephansstift schließlich fast doppelt so viel für die Gehälter der Brüder ausgab, wie sie für deren Arbeit einnahm, blieb das Unbehagen gegenüber einer festen Gehaltsskala bestehen – sie führe, so fürchtete Paul Oehlkers, allzu leicht zu „Neid, Zank, Pochen auf Dienstalter“.¹⁹¹ Finanzielle Gesichtspunkte dürften nicht allzu sehr in den Vordergrund rücken: „Wir sind nun einmal nicht Beamte.“

„... nur ja kein Konventikel“ – Pflege der Gemeinschaft

Angesichts des formaleren Organisationsaufbaus stellte sich die Frage, wie man das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Brüderschaft stärken konnte. Seit 1890 wurden, wie bereits erwähnt, Brüdertage abgehalten. Seit 1901 fanden diese Brüdertage jährlich statt, sie entwickelten sich, wie die Protokolle eindrucksvoll belegen, zu wichtigen Foren des Gedankenaustauschs, der Meinungsbildung und der Gemeinschaftsstiftung.¹⁹² Auf dem Brüdertag vom 25. bis 27. Januar 1901, an dem siebzig Brüder teilnahmen, fand eigens eine Aussprache über die „Pflege der Gemeinschaft unter den Brüdern“ statt. Dazu sollten – neben den Brü-

186 Brüderordnung des Stephansstifts, 6.11.1899, § 19, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Der Brüdertag am 12. Mai 1899 hatte dieser Regelung zugestimmt, nachdem Bruder Ferdinand Rohde „bezeugt [hatte], dass Herr Pastor Fricke das in der Praxis auch immer so gehalten habe, wenn es auch an der festen Ordnung gefehlt habe.“ Protokoll des 4. Brüdertages, 12.5.1899, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

187 Brüderordnung des Stephansstifts, 6.11.1899, § 7, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

188 Ebd., § 11.

189 Protokoll des 8. Brüdertages, 1904, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

190 Diese Gehaltsskala sah vom 1. Januar 1904 an ein Jahresgehalt von 750–1.200 Mark, freie Kost und Logis für verheiratete Brüder vor, deren Frauen mitarbeiteten, 1.200–1.800 Mark und freie Familienwohnung für verheiratete Brüder, deren Frauen nicht mitarbeiten, und 300–600 M für festangestellte unverheiratete Brüder.

191 Protokoll des 12. Brüdertages, 21.5.1909, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Danach auch das folgende Zitat.

192 Eine Übersicht über alle Beschlüsse der Brüdertage zwischen 1901 und 1911 bietet der Brüderbrief, 1.11.1911, AStH, Liste P, 206 (Altakten), AStH, Liste P, 206 (Altakten).

dertagen, den Brüderbriefen, dem „Brüderkalender mit Bibellesetafel“ und dem „Monatsboten aus dem Stephansstift“¹⁹³ – vor allem die „Brüderabende“ dienen, die überall dort, wo Brüder zusammen wohnten oder einander leicht erreichen konnten, in regelmäßigen Abständen abgehalten werden sollten. Einstweilen habe man davon Abstand genommen, so Paul Oehlkers, solche Brüderabende „zur Vorschrift zu machen“¹⁹⁴ – sie sollten vielmehr „durch freiwilligen Zusammenschluss“ entstehen. „Gewarnt wurde noch besonders davor, dass nur ja kein Konventikel daraus werden sollte.“¹⁹⁵ Durch die Brüderordnung vom 6. November 1899 wurden zudem „Brüderverbände“ geschaffen, Zusammenschlüsse von Brüdern, die in einer Region arbeiteten. Zunächst entstanden ein Unterelbischer, ein Unterweser- und ein Südhannoverscher Verband, später kamen ein Schleswig-Holsteinischer, ein Braunschweigischer, ein Bremen-Verden-Lüneburgischer und ein Reußischer Verband hinzu.¹⁹⁶ 1906 stellte der Vorstand die Mittel bereit, um die Stellung des Brüderältesten Otto Keese, der seit 1902 im Amt war, „zu einer dauernden Lebensstellung auszugestalten.“¹⁹⁷ Eine herausragende Bedeutung gewannen die Einsegnungsfeiern, „als ein Mittel nicht nur äußerer Ordnung, sondern der Pflege innerster Gemeinschaft zwischen den Draußenarbeitenden und dem Brüderhause, als Höhepunkte unseres Stiftslebens.“¹⁹⁸ Auch die Eröffnung des eigenen Ferienheims „Stephansruh“ in Altenau/Harz im Jahre 1908 dürfte das Gemeinschaftsgefühl der Brüderschaft gestärkt haben. Schmerzlich vermisst wurde lange Zeit ein eigenes Brüderhaus. Wegen des akuten Raummangels im Stephansstift wohnten die Hausbrüder hier und da verstreut in Dachkammern. Nachdem der Provinziallandtag im Jahre 1911 ein unverzinsliches Darlehn von 10.000 Mark für ein Brüderhaus bewilligt hatte,¹⁹⁹ konnte der Bau endlich in Angriff genommen werden. Die Einweihung des Brüderhauses, das ganz bewusst am Eingang des Anstaltsgeländes errichtet worden war „als ein Zeugnis davon, dass im Stephansstifte allezeit die Brüdersache die Hauptsache sein und bleiben soll“,²⁰⁰ fand am 25. Februar 1913 statt.

193 Der Bezug des „Monatsboten“ war für die Brüder verpflichtend. Brüderordnung des Stephansstifts, 6.11.1899, § 16, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

194 Aus der Arbeit für die Arbeit, in: Monatsbote 22 (1901), S. 22–24, S. 23. Danach auch das folgende Zitat.

195 Ebd., S. 22. Dazu auch: Protokoll des 5. Brüdertages, 25.–27.1.1901, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Vgl. Aus der Arbeit, für die Arbeit, in: Monatsbote 25 (1904), S. 36–39, S. 39 (zur scharfen Kritik der Gemeinschaftsbewegung an den Brüderhäusern). – Ab 1901 kamen auch „Hausmütterkonferenzen“ hinzu.

196 Die Verbände sollten sich einmal jährlich unter Vorsitz des Vorstehers treffen. Protokoll des 4. Brüdertages, 12.5.1899; Brüderordnung des Stephansstifts, 6.11.1899, § 16, AStH, Liste P, 206 (Altakten); Brüderbrief, 1.11.1911, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

197 Jahresbericht 1906, S. 86. Protokoll des 8. Brüdertages, 1904, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

198 Jahresbericht 1900, S. 37. Dies war wohl vor allem den Brüdern ein Bedürfnis. Der 4. Brüdertag am 12. Mai 1899 hatte sich dafür ausgesprochen, die Einsegnung in Verbindung mit dem Jahresfest oder einem anderen öffentlichen Gottesdienst in der Kirche vorzunehmen. Paul Oehlkers hätte die Einsegnungen dagegen lieber „in eine stille Zeit“ gelegt. Protokoll des 4. Brüdertages, 12.5.1899, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

199 Jahresbericht 1911, S. 100.

200 Jahresbericht 1912, S. 96.

Interessant ist, dass sich die Brüderschaft des Stephansstifts nicht auf eine Tracht einigen konnte, obwohl das Thema mehrmals auf der Tagesordnung der Brüdertage stand. Ausschlaggebend war letztlich eine pragmatische Begründung:

„Gegen die Tracht spricht der Umstand, dass unsere Brüder nicht wie Diakonissen ihre Kleidung vom Brüderhause geliefert bekommen, sondern sie sich selber kaufen. Daher würde keine Möglichkeit sein, einem ausgetretenen oder entlassenen Bruder die Tracht wieder abzunehmen, und wir könnten da die unangenehmsten Dinge erleben.“²⁰¹

„Furcht vor einer Diakonengewerkschaft“ – Das Stephansstift und die Bestrebungen zur Gründung einer Standesorganisation der Brüder

Mit gemischten Gefühlen betrachtete man im Stephansstift die Versuche zur Gründung einer Standesorganisation der Diakone, die gegen Ende des Jahres 1911 festere Gestalt annahmen. Paul Oehlkers hatte ein „gewisses Verständnis“²⁰² für diese Bestrebungen – er habe es, schrieb er dem Sekretär des Central-Ausschusses für Innere Mission am 15. November 1911, „schon mehrmals als unrecht empfunden, dass unsere Brüder bei all den Versammlungen der Kongresse so mundtot gemacht wurden, während die Schwestern mit großem Eifer da ihre Reden halten. Das ist die verkehrte Welt.“²⁰³ Was Oehlkers – wie auch den Vorstehern der anderen Brüderhäuser – nicht gefiel, war, dass es den Initiatoren der geplanten Standesorganisation, einem Kreis von Brüdern vornehmlich aus der Berliner Gemeindediakonie, auch um die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Diakone ging, wenngleich dies „selten offen ausgesprochen“²⁰⁴ wurde (hier schwang die „Furcht vor einer Diakonengewerkschaft“²⁰⁵ mit), und dass es ein „Zusammenschluss ohne Aufsicht der Pastoren“²⁰⁶ werden sollte. Die Brüderhausvorsteherkonferenz versuchte, die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben, indem sie im Februar 1912 beschloss, die Brüder, von denen die Initiative zur Gründung einer Standesorganisation ausgegangen war, „nicht als legitime Vertretung der deutschen Diakone“²⁰⁷ anzuerkennen und die Angelegenheit an die einzelnen Brüdertage zu verweisen. Daraufhin gründete der Kreis Berliner Brüder am 21. März 1912 – ohne Genehmigung der Vorsteher – den „Zentralverband der Berufs-

201 Protokoll des 11. Brüdertages, 29.5.1908, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

202 Michael Häusler, „Dienst an Kirche und Volk“. Die Deutsche Diakonenschaft zwischen beruflicher Emanzipation und kirchlicher Formierung (1913–1947), Stuttgart u.a. 1995, S. 43, Anm. 50. Zum Folgenden: ebd., S. 42–61.

203 Oehlkers an Wilhelm Scheffen, 15.11.1911, zit. n. ebd., S. 44, Anm. 50.

204 Ebd., S. 45.

205 Ebd., S. 49.

206 Oehlkers an den Vorsitzenden der Brüderhausvorsteherkonferenz, Wilhelm Philipps d. Ä., 2.11.1911, zit. n. ebd., S. 46.

207 Ebd., S. 51.

arbeiter der Inneren Mission“. Brüder des Stephansstifts waren in dem neuen Verband, der im Herbst 1912 schließlich 163 Mitglieder zählte, recht zahlreich vertreten,²⁰⁸ der Brüderring der Stephansstiftsdiakone in Schleswig-Holstein trat auf Veranlassung seines Bezirksobmanns dem Zentralverband sogar geschlossen bei „und bildete damit die Keimzelle für einen ersten Landesverband.“²⁰⁹ Als neuer Vorsitzender der Brüderhausvorsteherkonferenz stand Paul Oehlkers im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen im Jahre 1912. Unter seiner Leitung verständigte sich die am 26. April 1912 im Stephansstift zusammengetretene Brüderhausvorsteherkonferenz darauf, am „Zentralverband der Berufsarbeiter der Inneren Mission“ vorbei eine Standesorganisation der Diakone zu gründen, für die drei Leitlinien gelten sollten: Sie sollte, *erstens*, keine freie Vereinigung einzelner Brüder sein, sondern ein korporativer Zusammenschluss ganzer Bruderschaften. *Zweitens* sollten die Vorsteher in leitender Position Mitglieder des Diakonenverbandes sein. *Drittens* sollte die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ausgeschlossen werden, um die Entscheidungsfreiheit der Brüderrhäuser in Fragen der Besoldung zu wahren.²¹⁰

Auf dem 15. Brüdertag des Stephansstifts, der am 17. Dezember 1912 stattfand, ging es darum, die Brüder auf den Kurs der Brüderhausvorsteherkonferenz zu bringen. Widerspruch war allerdings kaum noch zu erwarten, hatte sich doch der „Zentralverband der Berufsarbeiter der Inneren Mission“ schon im Mai 1912 förmlich bei der Brüderhausvorsteherkonferenz für sein Vorgehen entschuldigt und eingeräumt, voreilig gehandelt zu haben. Auch hatte der Verband erklärt, die wirtschaftlichen Forderungen aus seinem Programm zu streichen und ansonsten abzuwarten, bis die Brüdertage über eine künftige Diakonenvereinigung beraten haben würden.²¹¹ Auf dem Brüdertag am 17. Dezember 1912 vollzogen nun die beiden Brüder *August Schröder* (* 1876), Sekretär des Norddeutschen Jünglings- und Männerbundes in Hamburg, und *Georg Axmann* (* 1869), Hausvater in der Herberge zur Heimat in Kiel, die beide an der Gründungsversammlung des „Zentralverbandes der Berufsarbeiter der Inneren Mission“ teilgenommen hatten, den Kotau:

„Sie betonten beide, dass es ihnen allen ernstlich am Herzen liege, mit den Brüderrhäusern und ihren Vorstehern im Einklang zu bleiben. Wenn sie gewusst hätten, dass die Sache gegen den Wunsch der Brüderhausvorsteher inszeniert wurde, so wären sie nicht beigetreten und sie sprachen ihre Freude darüber aus, dass der Vorstand des Zentralverbandes die bei der Gründung geschehene Übereilung eingestanden und dafür um Entschuldigung gebeten habe. Ebenso erklärten sie ihre

208 Ebd., S. 53.

209 Ebd., S. 52.

210 Ebd., S. 55. Vgl. Protokoll des Brüdertages am 17.12.1912, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Hier heißt es, „dass die Förderung der beruflichen und wirtschaftlichen Interessen der Brüder (Gehalt, Anstellung, Kündigung, Pensionierung, Schutz gegen Unbill) bei der Eigenart unseres Dienstes nur innerhalb des eigenen Brüderrhauses wirksam geschehen kann und eine Einmischung des Zentralverbandes in diese Fragen nur eine schwere Gefährdung unserer Gesamtarbeit nach innen und außen zur Folge haben würde.“

211 Häusler, „Dienst“, S. 56.

Freude darüber, dass in dem Programm der Aufgaben des Verbandes Punkt 2: Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Brüder, also der gewerkschaftliche Einschlag, gestrichen sei.“²¹²

Zu ihrer Rechtfertigung führten Schröder und Axmann an, dass manche Brüderhäuser nur alle drei oder fünf Jahre Brüdertage abhielten und man befürchtet habe, die Gründung des Verbandes werde dadurch „aufs Ungewisse verschoben“, während ihnen der „Zusammenschluss wichtig und nötig erschienen sei.“ Es gehe bei der Verbandsgründung in erster Linie darum, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Brüder aus den verschiedenen Brüderhäusern zu stärken. „Von irgendeinem Eintreten in kirchenpolitische Kämpfe wolle man ganz absehen.“ Zu überlegen sei, „ob es nicht auch gut wäre, wenn der Verband der Brüder sich einigte über gewisse einheitliche Grundsätze in Bezug auf Aufnahme, Probezeit, Gehilfenjahre, Ausbildung, Einsegnung, Führung des Diakonentitels, Gehaltsminimum in den einzelnen Kategorien, Ruhegehalt und Witwenversicherung.“ Es folgte eine lebhafte Debatte, in der sich 24 Brüder zu Wort meldeten. Wenn man dem Protokoll Glauben schenken darf, so vertraten sie ausnahmslos die Linie der Brüderhausvorsteherkonferenz.

Am 12. Februar 1913 traten die Vorsteher, Delegierte der meisten Brüderschaften und die Führung des Zentralverbandes unter Leitung von Paul Oehlkers im Spandauer Johannesstift zusammen und berieten über die Satzung des künftigen Diakonenverbandes. Die konstituierende Sitzung des „Deutschen Diakonen-Verbandes“ (so der endgültige Name) fand schließlich am Rande des Kongresses für Innere Mission im Rauhen Haus am 19. September 1913 statt – „erwartungsgemäß wurde Oehlkers durch Zuruf zum Verbandsvorsitzenden gewählt.“²¹³ Kurz darauf, im Jahresbericht 1912, bezog Oehlkers noch einmal öffentlich Stellung:

„Hier im Stephansstift ist ja immer das gute Recht einer solchen Bewegung anerkannt worden. Ein Stand, dem so große und wichtige Aufgaben anvertraut werden, hat ein Recht mitzuraten [sic] und sich selbst zu regieren. Es ist aber auch deutlich die Gefahr gesehen und gezeigt worden, die in solchen Organisationsbestrebungen liegt, dass an die Stelle des willigen Dienens und vertrauensvollen Einvernehmens und gehorsamer Unterordnung der gewerkschaftliche Geist tritt, der von ‚Arbeitgebern‘ und ‚Arbeitnehmern‘ redet, Gehaltstarife und Beschwerdeinstanzen fordert, ein Geist, der unsere Brüderschaften in ihrer geschichtlichen Eigenart sprengen müsste.“²¹⁴

Auf dem 16. Brüdertag am 26. Februar 1913 beschloss die Brüderschaft des Stephansstifts schließlich den korporativen Beitritt zum Deutschen Diakonen-Verband.²¹⁵

212 Protokoll des Brüdertages am 17.12.1912, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate.

213 Häusler, „Dienst“, S. 61.

214 Jahresbericht 1912, S. 92.

215 Protokoll des 16. Brüdertages, 26.2.1913, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

Evangelium und „moderne Kultur“ – Die Ausbildung der Brüder

Nach der Jahrhundertwende wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, den Brüderunterricht auf ein höheres Niveau zu heben. Große Hoffnungen setzte man dabei auf den neuen Brüderlehrer, cand. min. *H. Krümpel*, der Anfang 1905 seinen Dienst aufnahm.²¹⁶ Er entwarf die Grundzüge eines umfassenden Lehrplans für den Brüderunterricht, dessen Leitlinie lautete:

„So gewiss [...] der Protestantismus im Gegensatz zum katholischen Mönchtum nicht eine lediglich negative Stellung zur Kultur einnimmt, so gewiss die Innere Mission das Ziel hat, die aus dem Evangelium stammenden Gnadenkräfte der modernen Kultur zuzuführen, so gewiss ist eine möglichst vielseitige und tiefgehende Bildung für den Berufsarbeiter der Inneren Mission erforderlich.“²¹⁷

Doch starb Krümpel 1906 im Alter von nur 33 Jahren, „und mit ihm [wurden] viele Hoffnungen begraben.“²¹⁸ So kam die angefangene Reform der Brüderausbildung nicht recht voran. Noch am Vorabend des Ersten Weltkriegs hieß es, der Brüderlehrplan werde von neuem gründlich durchgearbeitet.²¹⁹ Man sei nun endlich in der Brüderausbildung „zu festen Ordnungen“²²⁰ gekommen.

Wie sahen diese Ordnungen aus? Beim Eintritt in das Stephansstift wurden die Brüderaspiranten einer eingehenden Prüfung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten unterzogen.²²¹ Es folgte eine „Vorprobe“ von etwa vier Wochen, in denen die Aspiranten in der Arbeit und im Unterricht hospitierten. Die erste Phase der Probezeit schloss sich an. Ein halbes oder dreiviertel Jahr leisteten die Probebrüder praktische Arbeit im Siechenhaus oder in der „Krüppelpflege“, nebenher erhielten sie Unterricht im Deutschen, in den Realien, in Bibel- und Gesangbuchkunde, Musik, Zeichnen, Handarbeiten sowie zur Geschichte und Gegenwart des Brüderberufs. In dieser ersten Phase sollte der junge Bruder vor allem lernen, „was alles hernach im Leben von einem Berufsarbeiter der Innern Mission verlangt wird“,²²² und er sollte „lernen, wie man das lernt.“ Danach wurden die Probebrüder für zwei oder drei Jahre als Gehilfen auf eine der Außenstationen ausgesandt. Der Unterricht sollte in dieser Zeit durchaus weitergehen: In größeren Außenstationen wie in Rotenburg oder Neu-Erkerode gab es einen regelrechten Brüderunterricht, auf manchen kleineren

216 Jahresbericht 1904, S. 84.

217 Krümpel, Der Brüderunterricht, in: Monatsbote 26 (1905), S. 95–107, S. 96.

218 Jahresbericht 1906, S. 90.

219 Oehlkers, Allerlei Kritik an den Brüderhäusern, S. 67.

220 Jahresbericht 1913, S. 107.

221 Die Brüderordnung vom 6. November 1899 hatte das Mindestalter zum Eintritt in die Vorprobe auf 18 Jahre herabgesetzt. Die Aufnahme in die Schar der Hausbrüder konnte jedoch nicht vor dem 21. Geburtstag erfolgen. Brüderordnung des Stephansstifts, 6.11.1899, §§ 5 bzw. 7, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

222 Jahresbericht 1905, S. 74. Danach auch das folgende Zitat.

Stationen unterrichtete der Hausvater seine Gehilfen einige Stunden in der Woche, in anderen mussten die Gehilfen „selbst sich die Zeit zum Lernen in den Arbeitspausen herauszustehlen wissen.“²²³ Die ausgesandten Brüder hatten regelmäßig Aufsätze zur Korrektur im Stephansstift einzureichen. Sie versuchten, neben der praktischen Arbeit „etwa das Pensum des ersten Jahres einer staatlichen Präparandenanstalt zu bewältigen.“ Die Hausväter hatten jährliche Zeugnisse über die ihnen unterstellten Probebrüder auszustellen.²²⁴ Nach Beendigung der Probejahre wurden die künftigen Diakone als Hausbrüder in das Stephansstift zurückgeholt. Hier wurden sie als Gehilfen auf dem Knabenhof, als Aufsicht über einen Korridor des Siechenhauses oder in einer der Werkstätten eingesetzt und erhielten 24 bis dreißig Stunden Unterricht in der Woche, wobei „etwa das Pensum der Präparandenanstalt durchgearbeitet werden“ sollte.

Danach erst begann die besondere Berufsausbildung, je nachdem, welchen Weg der künftige Diakon einschlagen wollte oder sollte. So wurden einige der jungen Brüder, die den Erzieher- oder Lehrerberuf anstrebten, auf das Lehrerseminar geschickt oder erhielten als Schulgehilfen im Stephansstift Unterricht zur Vorbereitung auf das Lehrerexamen.²²⁵ Andere Brüder absolvierten besondere Kurse zur Ausbildung zum Jugendpfleger, seit 1911 an der Jugendpflegerschule in Frankfurt am Main.²²⁶ Die Einführung des staatlichen Krankenpflegeexamens in Preußen im Jahre 1907 führte zu Überlegungen, ein kleines Männerkrankenhaus von fünfzig bis sechzig Betten an das neue Siechenhaus anzubauen, damit die praktische und theoretische Ausbildung von Krankenpflegern im Stephansstift geschehen konnte.²²⁷ Dieser Plan wurde nicht verwirklicht. Einstweilen behalf man sich damit, dass man im Stephansstift einen Kursus in Krankenpflege in der Trägerschaft des Provinzialvereins des Roten Kreuzes mit anschließender Krankenpflegeprüfung organisierte.²²⁸ Am Ende der Ausbildung standen die Aufnahme in die Bruderschaft, die Einsegnung der Brüder (die sich fortan Diakone nennen durften) und ihre Aussendung auf ein auswärtiges Arbeitsfeld.²²⁹ Der Brüderrat wurde indes bei der Aufnahme in die Bruderschaft „immer

223 Ebd., S. 75. Danach auch die folgenden Zitate.

224 So beschloss es der 5. Brüdertag am 25.–27. Januar 1901. Vorausgegangen war eine Diskussion, die von Paul Oehlkers angestoßen worden war, der beklagt hatte, dass die von den Außenstationen eingehenden Berichte der Hausväter über die Probebrüder vielfach unzulänglich seien. Es sei dies kein „Petzen“, hatte der Vorsteher hervorgehoben. „In der Debatte plädierten die jüngeren Brüder dafür, dass der Hausvater seinem Gehilfen von dem Inhalt seines Berichts Mitteilung macht. Dies wurde von mehreren Hausvätern entschieden abgelehnt; nur bei besonders gravierenden Fällen solle dies geschehen; von einer vorhergehenden Besprechung mit dem Gehilfen sei deshalb abzusehen, weil es sich in erster Linie nicht um Tadel oder Lob handele, sondern um eine objektive Darstellung der Entwicklung des Bruders. *Alle* gravierenden Fälle *müssen* gemeldet werden und auch, in welcher Weise der Hausvater diese mit dem Gehilfen erledigt hat.“ Protokoll des 5. Brüdertages, 25.–27.1.1901, AStH, Liste P, 206 (Altakten)(Hervorhebungen im Original).

225 Manche Gehilfen nahmen am Spezialunterricht für die für Südafrika bestimmten Schullehrer teil, wo sie „durch erhöhte Anforderungen auch Erhöhtes leisten“. Jahresbericht 1908, S. 97.

226 Jahresbericht 1911, S. 98; Oehlkers, Allerlei Kritik an den Brüderhäusern, S. 67.

227 Jahresbericht 1907, S. 88.

228 Jahresbericht 1907, S. 92f. Doch scheint dieser Kurs nicht fortgesetzt worden zu sein. Jahresbericht 1908, S. 97.

229 Bei den Beratungen über die Brüderordnung auf dem 4. Brüdertag am 12. Mai 1899 hatte Paul Oehlkers darauf hingewiesen, dass es das Rauhe Haus seinen Brüdern freistelle, ob sie sich vom Vorsteher aussen-

zurückhaltender²³⁰ – es sollte nur aufgenommen werden, wer Anlass zu der Hoffnung gab, künftig eine selbstständige Stellung einnehmen zu können. Wer zu alt oder „von unsicherer Gesundheit“ war oder „die genügenden geistigen Gaben“ nicht besaß, sonst aber „treu und anständig“ seinen Dienst versah, wurde stattdessen in die „Hilfsbrüderschaft“ aufgenommen.

Die Arbeitsfelder der Brüderschaft

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs, im Juli 1914, waren die Brüder des Stephansstifts in den verschiedensten Funktionen tätig:

1. *Küster im Hauptamt* (zugleich Gemeindeglieder, Kirchenrechnungsführer o.ä.) in Hannover (Döhren, Apostelkirche, Pauluskirche, Christuskirche), Linden (Martinskirche, Bethlehemskirche, Nikolaikirche), Antwerpen, Celle, Kiel (Gaarden, Haffsee), Neumünster, Nienburg, Reiherstieg, Seelze, St. Petersburg, Uelzen, Wandsbeck, Winsen/Luhe (19 Brüder);
2. *Küster im Nebenamt* im Stephansstift, in Göttingen und Rotenburg/Wümme (drei Brüder);
3. *Gemeindeglieder im Hauptamt* (zugleich Küster, Jugendpfleger und Blaukreuzarbeiter) in Hannover (Christuskirche, Dreifaltigkeitskirche), Linden (Bethlehemskirche, Zionskirche), Bramsche, Caselwitz, Dassel, Einbeck, Harburg, Kiel, Lehe, Misburg, Peine, Schneverdingen, Verden und Wandsbeck (16 Brüder);²³¹
4. *Stadtmissionare* in Kiel, London, Schwerin und Wandsbeck (vier Brüder);
5. *Jugendpfleger, Hausväter in Jugendheimen usw.* in Hannover (Jugendheim, Jünglingsverein, Bäcker-Vereinigung, Jugendverein Ost, Nordost und Süd, Christlicher Verein junger Männer), Linden (Christlicher Verein junger Männer, Jugendverein), Dassel, Hameln, Harburg, Hildesheim, Kiel, Lockstedter Lager (Soldatenheim), Munster Lager (Soldatenheim) und Osnabrück (19 Brüder);
6. *Fabrik-Jugendfürsorger* in Cassel-Rotenditmold und Döhren (zwei Brüder);

den lassen oder sich selbst eine selbstständige Stellung suchen wollten. Oehlkers wollte wissen, wie die Brüder des Stephansstifts zu dieser Regelung standen. Diese wünschten sich weiterhin eine Aussendung: „Gerade auf schwerem Posten ist das Bewusstsein: ich habe es mir nicht ausgesucht, ich bin hierher gesandt, von großem Werte.“ Daraufhin wurde das Sendungsprinzip in der Brüderordnung festgeschrieben, wobei ein Bruder, der mit der Entscheidung des Vorstehers nicht einverstanden war, die Möglichkeit hatte, sich an den Vorstand des Stephansstifts zu wenden. Weigerte sich ein künftiger Arbeitgeber, einen Kontrakt mit dem Stephansstift abzuschließen, so konnte der Bruder einen individuellen Arbeitsvertrag abschließen, sofern der Vorsteher einwilligte und das Verhältnis zum Brüderhaus und zur Pensionskasse kontraktlich geregelt wurde. Protokoll des 4. Brüdertages, 12.5.1899; Brüderordnung des Stephansstifts, 6.11.1899, §§ 12 bzw. 13, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

230 Protokoll des 7. Brüdertages, 1903, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate.

231 Im Jahre 1900 hatte das Stephansstift einen Gemeinmediakon nach Monaco entsandt. Jahresbericht 1900, S. 36. Dazu auch AStH, Liste P, 96 (Altakten).

7. *Bundessekretäre* in Hannover (Provinzialverband), Hamburg (Norddeutscher Männer- und Jünglingsbund) und Neumünster (Provinzialverband) (vier Brüder);
8. *Gemeinschaftspfleger* in Bunzlau (Niederschlesischer Gemeinschaftsverband) und Flensburg-Segeberg (Schleswigscher Verein für kirchliche Evangelisation) (drei Brüder);
9. *Blaukreuzarbeiter* in Hannover, Linden und Braunschweig-Wolfenbüttel (fünf Brüder);
10. *Seemannsmissionare* in Altona, Barry, Bremerhaven, Cardiff, Cuxhaven, Emden, Geestemünde, Hamburg, Harburg, Kiel, Konstantinopel, New York, Nordenham, Philadelphia, South Shields, Swansea (29 Brüder);
11. *Hausväter und Gehilfen in Waisen- und Rettungshäusern für Schulknaben* im Stephansstift, in Burgwedel, Bukarest, Carolinenfeld, Celle (Linerhaus), Göttingen, Himmelporten, Hünenburg, Neerstedt-Oldenburg (To Hus), Neustrelitz, Weißenberg bei Hagen (45 Brüder);
12. *Hausväter und Gehilfen in Rettungshäusern für Schulentlassene* im Stephansstift (Ackerhof, Werkstattshof), Kästorf (Rischborn) und Rotenburg (Kalandshof) (29 Brüder);
13. *Lehrer in Südafrika* in Neu-Eisleben und Wynberg (zwei Brüder);²³²
14. *Missionslehrer und Handwerker* in Ikutha (ein Bruder);²³³
15. *Hausvater in einer Trinkerheilanstalt* im Stift Isenwald (ein Bruder);
16. *Hausväter und Gehilfen in Arbeiterkolonien* in Hannover (Werkheim für Arbeitswillige), Kästorf, Kiel (Arbeitsstätte) und Mitau (fünf Brüder);
17. *Hausväter und Gehilfen in Herbergen zur Heimat und Vereinhäusern* in Alfeld, Bergen bei Celle, Braunschweig, Bremerhaven, Buxtehude, Celle, Diepholz, Eckernförde, Einbeck, Geestemünde, Gifhorn, Göttingen, Greiz, Hannover, Harburg, Hoya, Kiel I und II, Melle, Münden, Nienburg, Norden, Northeim, Oldenburg, Peine, Rostock, Rotenburg, Schwerin, Soltau, Stade, Tostedt, Uelzen, Verden, Walsrode, Wandsbeck, Wildeshausen und Wismar (fünfzig Brüder);
18. *Hausväter und Gehilfen in Armen- und Siechenhäusern* im Stephansstift, in Hamburg-Eppendorf, Kiel (Städtische Armen- und Waisenpflege), Kiel-Kronshagen, Linden, Neumühlen-Dietrichsdorf, Oldenburg, Osterholz-Scharnbeck, Otterstein bei Grasberg, Worpsswede, Wulstorf, Wunstorf (24 Brüder);
19. *Hausväter und Gehilfen in „Pflegeanstalten für Schwachsinnige, Epileptische, Irre, Krüppel und Blinde“* in Hannover (Wilhelm-Augusta-Viktoria-Stift), Arnstadt (Krüppellehr- lingsheim), Hamburg (Blindenanstalt), Hamburg-Alsterdorf, Hemelingen b. Bremen (St. Jürgen-Asyl), Marienhof-Fellin, Neu-Erkerode, Oldenburg (Idiotenanstalt), Rotenburg (Asyl)²³⁴
20. *Im Brüderhaus*: Brüderältester, Rendant, Inspektor und Musiklehrer sowie zur Ausbildung (26 Brüder);

232 Die Lehrerstelle in East London hatte 1910 nicht wieder besetzt werden können. Jahresbericht 1910, S. 92.

233 1910 mussten die Missionslehrer aus den Stationen Moschi und Madschame in Deutsch-Ostafrika krankheitsbedingt abgezogen werden. Jahresbericht 1910, S. 92.

234 Keine Angabe zur Zahl der auf diesem Gebiet tätigen Brüder. 1913 arbeiteten in den genannten Anstalten insgesamt 46 Brüder, Pflegebrüder und Hilfsbrüder. Jahresbericht 1912, S. 113f.

21. *im Militärdienst* (13 Brüder);
 22. *Pensioniert, krank oder beurlaubt* (zwölf Brüder).²³⁵

Im Zeitraum zwischen 1900 und 1914 gab es Bewegung vor allem auf den Feldern der Jugendpflege, der Gemeindediakonie und der Wandererfürsorge.

Die Jugendpflege erlebte seit der Jahrhundertwende in der Provinz und vor allem auch in der Stadt Hannover einen deutlichen Aufschwung – allmählich kam man dem Ziel näher, „einen Kranz von Jugendvereinen in den einzelnen Gemeinden der Stadt um den Mittelpunkt des Jugendheims zu sammeln.“²³⁶ Um dieser Tendenz Rechnung zu tragen, richtete das Stephansstift besondere Kurse ein, um diejenigen Brüder, die auf diesem Feld tätig werden sollten, „in Theorie und Technik der Vereinsarbeit“ einzuführen. Zwar denke man auch jetzt nicht daran, „eine Rednerschule hier einzurichten“, die „Auslegung und Verkündigung des Wortes Gottes, auch in Bibelstunden und Bibelbesprechungen bleibt nach wie vor für uns Lutheraner Aufgabe des geistlichen Amtes.“²³⁷ Doch lasse es sich im Rahmen der Vereinsarbeit gar nicht vermeiden, dass die Diakone ab und an eine Bibelstunde leiteten oder eine Ansprache hielten – darauf müssten sie in rechter Weise vorbereitet werden.

Auch die Landeskirche erkannte die Bedeutung der Jugendpflege. Ein Erlass des Konsistoriums vom 8. April 1911 erklärte die Pflege und Erziehung der schulentlassenen Jugend zu einer der Amtspflichten der Pfarrer und Kirchenvorstände. Die Folge dieses Erlasses werde sein, so erwartete man im Stephansstift, dass Gemeindeglieder im Hauptamt angestellt werden müssten, „da der ohnehin überlastete Großstadtpastor mit freiwilligen Hilfen allein auf die Dauer eine solche Arbeit kaum stetig durchführen kann.“²³⁸ Solche Gemeindeglieder im Hauptamt kannte man bis dahin in der Hannoverschen Landeskirche so gut wie gar

235 Zu den Posten, die bis 1914 wieder aufgegeben worden waren, zählte u.a. der eines „Judenmissionars“ in London, eines Brüderlehrers in St. Petersburg und eines Gemeindeglieders in Taganrog. Jahresbericht 1910, S. 92. Zur Tätigkeit eines Bruders des Stephansstifts in der *Barbican Mission to the Jews* in London 1910/11 vgl. AStH, Liste P, 171 (Altakten).

236 Jahresbericht 1900, S. 36. Danach auch die folgenden Zitate.

237 In der Praxis scheint es aber durchaus zu Konflikten gekommen zu sein. Während der Vorsteher Paul Oehlkers darauf Wert legte, dass sich das Stephansstift theologisch eindeutig von der Gemeinschaftsbewegung absetzte, neigten ihr wohl manche Brüder, gerade auch in der Gemeindediakonie, zu. Darauf deuten die Verhandlungen des 8. Brüdertages im Jahre 1904 hin. „Alles muss dienen zum Segen und Ausbau unserer Landeskirche und nicht zur Zerstörung derselben“, mahnte Oehlkers bei dieser Gelegenheit. Dann erörterte er die Frage, wie ein Bruder des Stephansstifts sich im Hinblick auf die Gemeindediakonie verhalten sollte, „wenn der Pastor der Gemeinde gegen die Gemeinschaft ist? Kann er dann trotzdem hingehen als Mitglied oder Leiter?“ Oehlkers schärfte den Brüdern des Stephansstifts ein, nicht in der Gemeinde zu reden, ohne es mit dem Pastor abgestimmt zu haben. Es gebe Schwierigkeiten in der Gemeinde, weil „moderne Theologen [...] viele Hauptlehren zurückstellen und es auch genug hochkirchlich gerichte[te] Leute gibt, die kein Verständnis haben, für das Verlangen der Gemeinde nach Mitarbeit.“ Insgesamt riet Oehlkers zur Vorsicht: „Glaubt einer, um des Gewissens willen nicht schweigen zu dürfen, soll er sich [...] an den Vorsteher der Brüderanstalt wenden. Er [Oehlkers] warne aber ausdrücklich vor schnellem lieblosem Aburteilen über Pastoren, besonders die modernen“. Protokoll des 8. Brüdertages, 1904, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

238 Jahresbericht 1911, S. 96. Danach auch das folgende Zitat.

nicht. Die Brüder des Stephansstifts hatten als Küster gearbeitet, die nebenbei Gemeindegelderdienste leisteten, oder als Sekretäre bei Jünglingsvereinen oder Christlichen Vereinen junger Männer. Nun bewilligte die Synode einen Fonds von 25.000 Mark, damit Gemeinden eigene Gemeindegeldher und -geldherinnen einstellen konnten. Paul Oehlkers begrüßte diese Entwicklung ausdrücklich, hatte das Stephansstift doch „schwer darunter gelitten, dass Stadtmission und Gemeindegeldherie bei uns durchweg abgelehnt wurden.“ Man stehe den Gemeinden gerne zur Verfügung: „Wir sind freie Leute der Inneren Mission und möchten es bleiben, aber unser Stift ist begründet als ein landeskirchliches lutherisches Brüderhaus.“²³⁹ Zugleich verwies Oehlkers auf die „mancherlei ungelösten Fragen über Arbeit, Stellung, Gehalt, Pensionierung der Gemeindegeldher.“ 1912 musste Oehlkers indessen ernüchert feststellen, dass sich in den Kirchengemeinden noch so gut wie gar nichts getan hatte.²⁴⁰

Bis zum Ersten Weltkrieg konnte sich die Gemeindegeldherie nicht fest etablieren. Die Aussprache bei einem Kursus für Gemeindegeldher im Anschluss an den 37. Kongress für Innere Mission vom 22. bis 25. September 1913 in Hamburg zeigte,

„dass das Amt des Gemeindegeldheren noch keine fest umschriebene Arbeitsbegrenzung, kein klares Programm hat, sondern sich einstweilen, je nach den örtlichen kirchlichen Verhältnissen, je nach den Gaben des einzelnen Gemeindegeldheren und der Stellung des Pfarrers zu dem neuen Amt gar verschiedenartig gestaltet. Während des einen Arbeit zu einem großen Teil auf dem Kirchenbureau liegt und der andere in Armen- und Krankenbesuchen, Tauf- und Traurecherchen und Einsammlung von Kollekten fast ganz aufgeht, sind andere wieder wesentlich als Jugendpflieger, Blaukreuz-Arbeiter, Vereinshelfer angestellt.“²⁴¹

Am weitesten war die Gemeindegeldherie dort gediehen, wo die Stadtmission vorgearbeitet hatte. Dort hatte man sich daran gewöhnt, „den Stadtmissionar als den Mitarbeiter anzuerkennen, dem man sowohl das Recht der Seelsorge wie der Wortverkündigung in gewissen Grenzen zugesteht.“ Es werde aber wohl, so stellten die Gemeindegeldher in ihrer Aussprache fest, noch eine Weile dauern, bis sich diese Auffassung allgemein durchsetze.

Ein Feld der Inneren Mission, das Paul Oehlkers besonders am Herzen lag, war die Blaukreuzarbeit. Hier war die erste Initiative von einigen Brüdern des Stephansstifts ausgegangen, die in der Stadt Hannover tätig waren:

„Einige unserer Brüder haben die Blaukreuzarbeit dadurch angefangen, dass sie des Abends nach Schluss der Jugendvereins-Versammlungen noch durch die Straßen gingen, der heimwärtstammelnden Trinker sich annahmen, sie behüteten, heimge-

239 Ebd., S. 97. Danach auch das folgende Zitat.

240 Jahresbericht 1912, S. 94.

241 Paul Oehlkers, Der Erste Deutsche Brüdertag und der 37. Kongress für Innere Mission, in: Monatsbote 34 (1913), S. 160–166, S. 161. Danach auch die folgenden Zitate.

leiteten und am andern Tage ihnen dann einen Besuch machten, um sie zu etwas Besserem und Edlerem, als das Wirtshaus bietet, einzuladen.“²⁴²

Oehlkers berichtete über „geradezu heidnische Sündengreuel“,²⁴³ die den Blaukreuzbrüdern bei ihren Gängen durch die Stadt Hannover begegneten – drastisch schilderte er Fälle von Gewalt gegen Frauen und Kinder durch alkoholabhängige Männer. Die jungen Brüder, die sich um die Trinker kümmerten, müssten „manch grobes Wort, manch böse Drohung hören und manche Zurückweisung erleben“, es finde aber „ihr geduldiges Nachgehen und Einladen mehr Entgegenkommen, als sie und wir alle eigentlich erwartet hatten.“ 1904 konnte ein Bruder des Stephansstifts als Berufsarbeiter des Blauen Kreuzes in Hannover eingestellt werden, ein weiterer wurde ihm als Gehilfe beigegeben. Mittlerweile wurden 350 gefährdete Familien begleitet, neunzig frühere Trinker waren seit mehr als einem Jahr trocken, die Abendversammlungen des Blauen Kreuzes waren gut besucht, die städtischen Behörden unterstützten die Arbeit.²⁴⁴

Eine bedeutsame Neuerung auf dem Feld der Wandererfürsorge stellte das – auf Initiative Friedrich v. Bodelschwings d. Ä. verabschiedete – preußische Wanderarbeitsstättengesetz vom 29. Juni 1907 dar.²⁴⁵ Dieses verpflichtete die Stadt- und Landkreise zu einer organisierten Wanderarmenfürsorge, konkret: Sie sollten sogenannte Wanderarbeitsstätten einrichten und unterhalten. Die Idee, die diesem Gesetz zugrunde lag, bestand darin, ein engmaschiges Netzwerk von Arbeiterkolonien, Herbergen zur Heimat und Wanderarbeitsstätten zu schaffen, um arbeits- und obdachlose Menschen auf festgelegten Wanderrouten von Station zu Station weiterzuschleusen, bis sie eine Arbeit fanden – und sie dabei vom „Bummeln und Betteln“ abzuhalten. Da es aber den jeweiligen Provinziallandtagen überlassen blieb, die Regelungen des Wanderarbeitsstättengesetzes umzusetzen, und diese sich vielfach nicht dazu entschließen konnten, kam es zu keiner einheitlichen Regelung. So bestand in der Provinz Hannover, aufgrund schlechter Erfahrungen bei früheren Versuchen, Verpflegungsstationen ohne Arbeitsmöglichkeit einzurichten, „eine große Abneigung gegen den Bodelschwings’schen Gedanken eines Wanderstraßennetzes.“²⁴⁶ Dies zeitigte unerwartete Folgen. „Da begann bei uns in Hannover erst die Not. Die stramme Organisation in Westfalen und auch in Hessen [...] scheuchte alle arbeitsscheuen Wanderer aus den beiden Ländern fort nach Hannover hinein.“²⁴⁷ Daraufhin übertrug der Hannoversche

242 Aus der Arbeit für die Arbeit. Der Hannoversche Provinzialverband des Blauen Kreuzes, in: Monatsbote 22 (1901), S. 14f., S. 15. Vgl. auch: Aus der Arbeit – für die Arbeit, in: Monatsbote 22 (1901), S. 54–56 (zur Gründung eines Kirchlichen Blaukreuzverbandes in Hannover).

243 Jahresbericht 1901, S. 46. Danach auch das folgende Zitat.

244 Aus der Arbeit, für die Arbeit, in: Monatsbote 25 (1904), S. 36–39, S. 38.

245 Hans-Walter Schmuhl / Ulrike Winkler, Die Evangelische Perthes-Stiftung. Vom Fachverband für Wandererfürsorge zum diakonischen Unternehmen, Bielefeld 3. Aufl. 2018, S. 70–78; Projektgruppe „Ganz unten. Obdachlosigkeit, öffentliche Skandalisierung, diakonisches Engagement“, Wangemanns Wanderungen. Eine Episode aus der Frühzeit der Wandererfürsorge, in: Ravensberger Blätter 2/2017, S. 12–32.

246 Jahresbericht 1911, S. 92.

247 Karl Johannes Lemmermann, Von der freien und der gesetzlichen Wanderarmenfürsorge, in: Monatsbote 35 (1914), S. 56f., S. 57.

Provinziallandtag im Jahre 1910 dem Niedersächsischen Herbergsverband die Wanderarmenfürsorge und stellte 35.000 Mark bereit, damit die von der Inneren Mission getragenen Herbergen zur Heimat um Wanderarbeitsstätten erweitert werden konnten.²⁴⁸ Fast alle Herbergen in der Provinz Hannover beteiligten sich, es entstanden 25 Wanderarbeitsstätten – nur die Herbergen in den großen Städten, die den Charakter von „Volksgasthäusern“ bewahrt hatten, beteiligten sich nicht.²⁴⁹ Erhebliche Investitionen wurden getätigt, während zugleich die Einnahmen der Herbergen zurückgingen. Die erwarteten Beihilfen der Kommunen und Kreis blieben vielfach aus, so dass die Finanzen trotz einer Aufstockung des Zuschusses der Provinz Hannover auf 50.000 Mark pro Jahr in Schieflage gerieten. Auf die Dauer, so Paul Oehlkers, werde wohl doch nichts anderes übrig bleiben, als das preußische Wanderarbeitsstättengesetz auch in der Provinz Hannover einzuführen. Sofort erhob sich die bange Frage: „Wird dann nicht unsere ganze Herbergsarbeit verstaatlicht?“²⁵⁰ Oehlkers meinte, es sei nicht entscheidend, wer der Träger einer Herberge sei – Provinz, Kreis, Stadt oder freier Verein –, es komme auf den Geist an, in dem die Arbeit getan werde.

Am 26. Februar 1913 nahm der hannoversche Provinziallandtag das Wanderarbeitsstättengesetz schließlich an, zum 1. April 1914 trat es in der Provinz Hannover in Kraft. Damit gingen die Wanderarbeitsstätten aus der Verwaltung des Niedersächsischen Herbergsverbandes bzw. der einzelnen Herbergsvorstände in die der Provinz bzw. der Kreise über. Die Wanderarbeitsstätten sollten fortan von den Kreisen finanziert werden, im Gegenzug wuchs auch auf diesem Arbeitsfeld der Einfluss des Staates. Für die Herbergen zur Heimat bedeutete dies eine Umstellung, wie eine Bemerkung von Pastor *Karl Johannes Lemmermann* (1865–1941), dem Vorsitzenden des Niedersächsischen Herbergsverbandes, belegt:

„Wenn darum einmal zuerst der ungewohnte, oft hart klingende Ton in den ‚Verfügungen‘ und Schreiben der Verwaltungsbehörden unsere Hausväter empfindlich berühren sollte, dann müssen sie sich daran gewöhnen; das ist nicht so schlimm gemeint. So machen es eben die Behörden und mit der Zeit gewöhnt man sich auch an diesen Ton.“²⁵¹

Es komme darauf an, so Lemmermann, die Verbindung zwischen Herberge zur Heimat und Wanderarbeitsstätte aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, dass „nicht Arbeit und Arbeitsnachweis [Arbeitsvermittlung] und alle verwaltungstechnischen Sachen derart das Übergewicht bekommen, dass darunter die eigentliche Arbeit der Inneren Mission

248 Aus der Arbeit für die Arbeit. Die Wanderarmenfürsorge in Hannover, in: Monatsbote 31 (1910), S. 39; Karl Johannes Lemmermann, Hat der Nieders. Herbergsverband recht gehandelt in der Wanderarmenfürsorge?, in: Monatsbote 33 (1912), S. 58f.

249 Karl Johannes Lemmermann, Von der freien und der gesetzlichen Wanderarmenfürsorge, in: Monatsbote 35 (1914), S. 56f., S. 56.

250 Jahresbericht 1911, S. 93.

251 Karl Johannes Lemmermann, Die Pflicht der Kirche gegen ihre wandernden Glieder nach der Annahme des Wanderarbeitsstättengesetzes in Hannover, in: Monatsbote 34 (1913), S. 149–151, S. 150. – 1893 war Lemmermann Vikar im Stephansstift gewesen.

leidet.²⁵² Zugleich forderte er die Landeskirche auf, die Herbergen finanziell zu unterstützen.

In der Folge dieser Entwicklung wurden die Herbergen zur Heimat, was die Zahl der dort eingesetzten Brüder betrifft, zum zweitwichtigsten auswärtigen Arbeitsgebiet des Stephansstifts.²⁵³ Auch war man bemüht, ländliche Armenhäuser, die sich zumeist in einem „unwürdigen Zustand“²⁵⁴ befanden, mit Brüdern des Stephansstifts zu besetzen. Hingegen wurde das neue Arbeitsgebiet der Kanalarbeiterbetreuung, etwa in den Kanalarbeiterbaracken in Bramsche beim Bau des Rhein-Leine-Kanals, 1912 schon wieder aufgegeben, auch wenn man der Meinung war, es sei ein „interessanter Versuch“²⁵⁵ gewesen. Von Dauer war hingegen die Betreuung von Soldatenheimen in Lockstedt und Munster.²⁵⁶

Auch wenn sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf andere Zweige der Arbeit konzentrierte, so vernachlässigte das Stephansstift doch nicht das angestammte Arbeitsgebiet der Pflege alter, siecher, behinderter und psychisch erkrankter Menschen. Auf diesem Feld hatte man – wie auch in anderen Einrichtungen der Männlichen Diakonie – mit Vorurteilen zu kämpfen. Der „Monatsbote aus dem Stephansstift“ zitierte eine längere Passage aus der Jubiläumsschrift „Ebenezer. Die Bruderschaft Nazareth 1877–1902“, in dem es um die Eignung von Männern im Pflegedienst ging. Den Ausführungen aus Bethel zufolge könnten „die für die Krankenpflege so hochnötige Akkuratess und Sauberkeit, Pünktlichkeit und Ordnungsliebe, die dem Weibe gleichsam angeboren sind“,²⁵⁷ dem Manne „anerzogen“ werden. Auch zeige der männliche Krankenpfleger „im Allgemeinen mehr verständige Überlegung, eine ruhigere Übersicht, mehr Sachlichkeit“ als die Krankenschwester. Vielen Männern sei zudem „ein hohes Maß allgemeiner Menschenliebe, ein stark entwickeltes Mitgefühl mit dem Elend des Nächsten, ein natürliches Mitleid mit dem Hilflosen“ zueigen – kurzum: Männer seien in der Krankenpflege ebenso gut zu gebrauchen wie Frauen.

Brüder des Stephansstifts arbeiteten nach wie vor in der ganzen Welt, von New York bis St. Petersburg, von London bis Konstantinopel, ja selbst in Afrika. Die Brüder Kurt

252 Lemmermann, Pflicht, S. 150.

253 Zwischenzeitlich wurde erwogen, die „Brockensammlung“ des Stephansstifts zu einer städtischen Arbeiterkolonie auszugestalten. 1908 wurde das Projekt einer solchen Kolonie jedoch dem Verein gegen Hausbettelei und Obdachlosigkeit übertragen. Das neue „Werkhaus für Arbeitswillige“ in Vahrenwald entstand 1910 mit Unterstützung der Stadt Hannover und des Evangelischen Vereins, getragen vom Verein gegen Hausbettelei und Obdachlosigkeit; ein Bruder des Stephansstifts wurde zum Hausvater berufen. Jahresbericht 1907, S. 99f.; Jahresbericht 1908, S. 95; Aus der Arbeit für die Arbeit. Das neue Werkheim für Arbeitswillige in Hannover, in: Monatsbote 32 (1911), S. 58.

254 Aus der Arbeit für die Arbeit. Ländliche Armenhäuser, in: Monatsbote 22 (1901), S. 5–8, S. 5. Vgl. N.N. [Oehlkers] an Pastor Kleinschmidt (Moringen), undatiert [August 1905], ASTH, Liste P, 95 (Altakten): Für das Armenhaus in Moringen sollte ein Bruder aus dem Stephansstift berufen werden. Oehlkers schrieb, er könne dies aus seiner „Kenntnis der ländlichen und kleinstädtischen Armenhäuser“ nur unterstützen. „So lange in solchem Hause keine Hauseltern sind, ist es nur eine Stätte gegenseitiger Verführung, in der arme Leute, welche unverschuldet in Armut geraten sind, von dem Gesindel, den arbeitsscheuen und Trinkern terrorisiert und mitverdorben werden.“

255 Jahresbericht 1912, S. 93.

256 Jahresbericht 1911, S. 97f.

257 Aus der Arbeit, in: Monatsbote 23 (1902), S. 75. Danach auch die folgenden Zitate.

Fickert und Otto Mai lieferten für den „Monatsboten“ farbige Berichte von ihrer Tätigkeit als Missionshandwerker unter den Wakamba in Ostafrika im Dienst der Leipziger Mission, wobei sie häufig über die „heidnischen Unarten“, den „Aberglauben“ und die „Faulheit“²⁵⁸ der indigenen Bevölkerung klagten, mitunter auch von recht ruppigen Missionsmethoden erzählten – da wurde auch schon einmal ein Wakamba am Ohr in die Höhe gezogen, um ihn zur Teilnahme am Gottesdienst zu bewegen.²⁵⁹ Bruder Otto Mai starb im Jahre 1901 an Wundstarrkrampf, Folge einer Schussverletzung, die er erlitten hatte, als er eine Selbstschussfalle vorbereitete – er hatte eine Hyäne zur Strecke bringen wollen, die die Missionsstation Ikutha (im heutigen Kenia) unsicher machte.²⁶⁰ Dass die Hyänen zur Plage wurden, hing übrigens mit der Hungersnot zusammen, die herrschte, als Bruder Mai im Jahre 1899 nach Ostafrika entsandt wurde: Zwar war die Krise mittlerweile überwunden, „aber weil die Hungernden alle nach unserer Station wanderten und viele auf dem Wege oder in der Nähe an Entkräftung starben, haben wir sehr unter Hyänen zu leiden, die des Nachts auf der Suche nach Leichen oft bis ans Haus herankommen.“²⁶¹ Am 3. Februar 1910 brannten die Missionsstation und Handwerkerschule Marangu (im heutigen Tansania), seit 1907 die Wirkungsstätte von Bruder Kurt Fickert, völlig nieder.²⁶² Fickert kehrte in die Heimat zurück, das Stephansstift blieb aber in Deutsch-Ostafrika präsent.

1900 reisten zwei Brüder des Stephansstifts als Landschullehrer nach Südafrika. Sie gerieten bei ihrer Ankunft „mitten in die Schrecken des Krieges“ – zu dieser Zeit bahnte sich die Wende im Zweiten Burenkrieg an. Während Bruder *Friedrich Feldmann* (* 1875) sogleich nach East London weiterreisen und zu Beginn des Jahres 1901 seine Unterrichtstätigkeit in der deutschen Schule aufnehmen konnte, wurde Bruder *Emil Grote* (* 1878) in Kapstadt zurückbehalten, um an der dortigen deutschen Schule auszuhelfen. Dort geriet er in Lebensgefahr, weil „in der von Flüchtlingen aller Art, Soldaten und Kriegsgefangenen überfüllten Stadt“²⁶³ die Pest ausbrach. Grote wurde unter Quarantäne gestellt, nachdem einer seiner Mitbewohner erkrankt war, und in das Lager der Pestkranken eingewiesen, wo er als Pfleger arbeitete.²⁶⁴

Obwohl seine Brüder mittlerweile auf einer Vielzahl von Arbeitsfeldern und in allen Weltgegenden tätig waren, sei das Stephansstift, wie Paul Oehlkers 1908 klagte, das „vergessene Brüderhaus“.²⁶⁵ Die Brüder gingen in den Gemeinden und Anstalten auf, in denen sie tätig waren; weil sie keine Tracht trugen, waren sie als Genossenschaft nicht sichtbar. Deshalb waren Besuche von Superintendenten und Kirchenvorständen, Vertretern der Pro-

258 Von unsern Brüdern in Ost- und Südafrika, in: Monatsbote 22 (1901), S. 10–14, Zitate: S. 11f.

259 Aus dem Leben des Stifts und der Bruderschaft. In: Monatsbote 23 (1902), S. 12–15, S. 14. Gegen die „Schlafmützigkeit“ der Kinder im Unterricht, so Mai, helfe „das Stöckchen“. Ebd.

260 Aus dem Leben des Stifts und der Bruderschaft. In: Monatsbote 23 (1902), S. 12–15, S. 13.

261 Von unsern Brüdern in Ost- und Südafrika, in: Monatsbote 22 (1901), S. 10–14, S. 13.

262 Aus der Arbeit für die Arbeit. Der Brand der Station Marangu, in: Monatsbote 31 (1910), S. 37–39. Bruder Fickert wurde hernach Hausvater und Verwalter einer Kanalbaracke am Kaiser-Wilhelm-Kanal bei Rusterbergen. Jahresbericht 1910, S. 93.

263 Von unsern Brüdern in Ost- und Südafrika, in: Monatsbote 22 (1901), S. 10–14, S. 13.

264 Jahresbericht 1901, S. 45.

265 Jahresbericht 1908, S. 91.

vinzialverwaltung und der Stadtverwaltungen im Stephansstift hoch willkommen – am 18. Februar 1910 kam sogar der hannoversche Provinziallandtag zu einer Besichtigung in das Stift.²⁶⁶ Auch bemühten sich die Geistlichen des Stephansstifts, auf Missionsfesten zu predigen und landauf landab Vorträge zu halten, auch mit Hilfe eines Lichtbilderapparats den man 1908 von einer Gemeinde geschenkt bekommen hatte.²⁶⁷ Über die „Freibrüderschaft“, der u.a. die früheren Oberhelfer und Absolventen des Kandidatenkonvikts angehörten, versuchte man, einen Kreis von Freunden und Förderern des Stephansstifts aufzubauen.²⁶⁸

Die Finanzen

Das Stephansstift ging mit einem Defizit von etwa 18.900 Mark in das Jahr 1900.²⁶⁹ Obwohl in diesem Jahr eine Pause beim Bauen eingelegt wurde und erhebliche Beträge aus der Kirchenkollekte, aus Spenden und Vermächtnissen eingingen, konnten von diesem Defizit nur etwa 1.000 Mark abgetragen werden, in das Jahr 1901 ging das Stephansstift mit einem Defizit in Höhe von knapp 17.800 Mark. Der Vorsteher nahm dies zum Anlass, die Einnahmen und Ausgaben einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Dabei ergab sich, dass im Durchschnitt der letzten fünf Jahre für jedes Kind auf dem Knabenhof 84 Pfennig pro Tag bzw. 306,60 Mark pro Jahr hatte aufgewendet werden müssen. Dagegen belief sich das Kostgeld lediglich auf jährlich 120 Mark „und das kriegten wir nur in seltenen Fällen.“ Dieses Minus wurde, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, durch die Mehrzahlung für die staatlichen Zwangserziehungszöglinge teilweise ausgeglichen, doch forderte der Knabenhof dennoch einen Zuschuss von jährlich 16.000 Mark. Die Siechenhäuser hätten sich selbst tragen können, wenn man die festgesetzten Kostgelder erhalten hätte. Doch aufgrund der vielen Ermäßigungen war auch in diesem Bereich ein Zuschuss von jährlich 7.000 Mark notwendig. Schließlich kostete die Brüderanstalt, die ja die Generalunkosten des Stephansstifts trug, jährlich 12.000 Mark. Mit anderen Worten: In jedem Jahr mussten aus Kollekten und Spenden 35.000 Mark aufgebracht werden, um allein die laufenden Kosten zu bestreiten. „Jede außerordentliche Ausgabe muss ein solches Budget ins Schwanken bringen.“ Auch vor diesem Hintergrund richteten sich die Hoffnungen auf das neue Fürsorgeerziehungsgesetz, nachdem das Landesdirektorium sich grundsätzlich bereiterklärt hatte, ein kostendeckendes Pflegegeld für die von Staats wegen im Stephansstift untergebrachten Fürsorgezöglinge zu zahlen. Es sei genug, so habe das Landesdirektorium versichert, wenn das Stift seinen Grundbesitz, seine Gebäude und die Arbeitskraft der Brüder kostenlos zur Verfügung stelle.

266 Jahresbericht 1910, S. 93.

267 Vgl. Aus der Arbeit für die Arbeit. Der Kinematograph als Volkserzieher, in: Monatsbote 32 (1911), S. 59: Der Kinematograph sei „das Volkstheater der Zukunft“ und müsse von den christlichen Erziehern „als das wichtigste Mittel der Darbietung von Anschauungsbildern erkannt werden“. Bis jetzt stehe der Kinematograph nur im „Dienst der Naturwissenschaft und der Sensation“ und „verseucht geradezu unser Volksleben und leitet eine Flut von Schmutz in die Gemüter unserer Jugend hinein.“

268 Eine Liste der Freibrüder findet sich im Monatsboten 27 (1906).

269 Die folgenden Zitate und Zahlen nach: Jahresbericht 1900, S. 45.

Einstweilen jedoch brachte die erneut einsetzende Bautätigkeit das Stephansstift weiter in eine finanzielle Schieflage. Obwohl die Kostgelder deutlich zulegten, Haus- und Kirchenkollekten gute Erträge erbrachten, zudem hohe Schulden aufgenommen wurden, um die exorbitanten Baukosten zu decken, schlossen die Jahresrechnungen fortan mit fünfstelligen Fehlbeträgen. Das Rechnungsjahr 1903 endete mit einem Rekorddefizit von über 51.000 Mark.²⁷⁰ In den folgenden Jahren konsolidierte sich der Haushalt des Stephansstifts allmählich, wobei eine weitere Kostgelderhöhung zum 1. Januar 1907 positiv zu Buche schlug. Genaue Berechnungen hatten ergeben, dass jeder Bewohner des alten Siechenhauses täglich Kosten in Höhe von 1,25 Mark verursachte, jeder schulentlassene Zögling in der Erziehungsanstalt kostete täglich 1,66 Mark, während sein durchschnittlicher Arbeitsverdienst auf täglich 41 Pfennig zu veranschlagen war. Dementsprechend forderte das Stephansstift nun sowohl für seine Siechenhäuser als auch für die Erziehungsanstalt einen Tagessatz von 1,25 Mark, und das Landesdirektorium kam dieser Forderung nach eingehender Prüfung auch nach. Weniger Verständnis fand das Stephansstift bei Familien und Gemeinden, die Alte und Sieche oder erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche im Stephansstift untergebracht hatten. Von dieser Seite sei, so Paul Oehlkers, „manche unfreundliche Bemerkung“²⁷¹ zu hören gewesen. Der Vorsteher verteidigte die Maßnahme: Zuständig seien doch zunächst die Familie, die Kirchengemeinde oder die Kommune. Die Siechenhäuser und Erziehungseinrichtungen des Stephansstifts sollten sich „durch die aufgebrachten Kostgelder im Wesentlichen selbst erhalten.“²⁷² Die milden Gaben und Kollekten sollten vorrangig dem Brüderhaus dienen. Die Kostgelderhöhung vom 1. Januar 1907 führte dazu, dass die Kostgelder die nie erreichte Höhe von 118.000 Mark erreichten, Tendenz weiter steigend.²⁷³ Die Rechnungsjahre 1912/13 brachten dann so gute Abschlüsse wie lange nicht mehr, das Defizit konnte erstmals wieder auf unter 10.000 Mark herabgedrückt werden.²⁷⁴

Ein Blick auf die Jahresrechnung 1913 offenbart – im Vergleich zu den Verhältnissen ausgangs des 19. Jahrhunderts – deutliche Verschiebungen auf der Einnahmeseite. Die Einnahmen lagen mittlerweile bei über 518.000 Mark.²⁷⁵ Die Einkünfte aus Kost-, Einkleidungs-, Schul- und Einkaufsgeldern machten inzwischen 37,3 Prozent der Einnahmen aus (Kna-benhof: 16,1 Prozent, Erziehungsanstalt: 11,8 Prozent, Siechenhäuser: 8,7 Prozent, Vikariat: 0,7 Prozent). Die Erträge der Landwirtschaft trugen 32,7 Prozent der Einnahmen bei, die Erlöse der Werkstätten 14,8 Prozent, die Einkünfte aus der Arbeit der Brüder 6,1 Prozent. Die Kirchenkollekte schlug nur noch mit 4,7 Prozent zu Buche, Spenden und Vermächtnisse zu 1,8 Prozent, staatliche Beihilfen gerade einmal zu 1,2 Prozent. Deutlich erkennbar sind die Abhängigkeit von den Kostgeldern und die steigende Bedeutung der Eigenbetriebe.²⁷⁶

270 Aus der Arbeit, für die Arbeit, in: Monatsbote 25 (1904), S. 36–39; Jahresbericht 1903, S. 101.

271 Jahresbericht 1906, S. 83.

272 Ebd., S. 84.

273 Jahresbericht 1907, S. 86.

274 Jahresbericht 1912, S. 98, 109; Jahresbericht 1913, S. 120.

275 Noch hatte das Stephansstift 80.000 Mark Schulden und zahlte mehr als 11.000 Mark an Zinsen.

276 Jahresbericht 1913, S. 120f. Allerdings verursachten die Eigenbetriebe auch hohe Kosten, so dass ihre Reingewinne erheblich geringer waren, als es hier den Anschein hat.

Erster Weltkrieg (1914 bis 1918)

Zwischen Euphorie und Resignation – Hannover im Ersten Weltkrieg

Die Welle der Kriegsbegeisterung, die am Vorabend des Ersten Weltkrieges überall in Deutschland aufbrandete, rollte auch über Hannover hinweg.¹ Am 25. Juli 1914, nach dem Ablauf des österreichischen Ultimatums an Serbien, kam es zu einer patriotischen Kundgebung vor dem Generalkommando. Die deutsche Kriegserklärung an Russland heizte die Stimmung weiter an. Zahlreiche Hannoveraner meldeten sich als Kriegsfreiwillige. Als *Paul von Hindenburg* (1847–1934), der sich 1911 in Hannover niedergelassen hatte, drei Wochen nach Kriegsbeginn aus dem Ruhestand zurückgeholt wurde, brachte man seiner in Hannover zurückgebliebenen Frau einen Huldigungszug dar. Auch die Arbeiterbewegung mochte nicht abseitsstehen. Hannovers Sozialdemokraten hielten sich an den zu Kriegsbeginn verkündeten Burgfrieden. Es gab kaum Anzeichen für eine innerparteiliche Opposition, die Antikriegskundgebungen wirkten eher wie „Pflichtübungen“.²

Die Euphorie vom August 1914 verflog rasch, als die Todesmeldungen sich häuften. Am Ende des Krieges sollte Hannover 13.000 Gefallene zu beklagen haben. Aber auch an der „Heimatfront“ verursachte der Krieg schon bald Sorge und Not. Die Einberufungen im Zuge der allgemeinen Mobilmachung stürzten viele Familien ins Elend. Die Unterstützungen waren zu gering, als dass die Soldatenfamilien damit hätten auskommen können, und so mussten die Kommunen in die Bresche springen. Der Magistrat von Hannover organisierte eine Städtische Kriegsfürsorge. Weil die Aufträge ausblieben und die Rohstofflieferungen ins Stocken gerieten, kam es vorübergehend zu einer hohen Arbeitslosigkeit und

1 Das Folgende nach: Brosius, Industriestadt, S. 396–399.

2 Ebd., S. 397.

Kurzarbeit. In dem Maße, wie sich die Wirtschaft auf die Kriegsproduktion umstellte und die Einberufungen für Entspannung auf dem Arbeitsmarkt sorgten, ging die Arbeitslosigkeit jedoch wieder zurück.

In den Industriebranchen, die in die Rüstungsproduktion eingebunden waren, setzte Ende 1914 eine Hochkonjunkturphase ein, die nun umgekehrt rasch zu einem Arbeitskräftemangel führte. Bei der Hanomag, die jetzt neben Lokomotiven auch Geschützrohre, Artilleriegeschosse und Zünder herstellte, verdreifachte sich der Umsatz und verdoppelte sich die Belegschaft. Auch die HAWA, die sich auf den Bau von Proviant-, Lazarett- und Munitionswagen, seit 1916 auch auf den Flugzeugbau verlegte, und die Maschinenfabrik Körting, die nun auch Flugzeug- und U-Boot-Motoren produzierte, profitierten vom Rüstungsboom. Die Continental hingegen, die sich auf Ballon- und Flugzeugmaterial, Gasmasken und medizinische Ausrüstungsgegenstände umstellte, musste, weil die Rohstoffe Kautschuk und Baumwolle nicht in ausreichender Menge geliefert werden konnten, die Produktion drosseln und Personal abbauen.

Kaum war die Arbeitslosigkeit im Zuge der Rüstungskonjunktur beseitigt, stellten sich die ersten Engpässe bei der Lebensmittelversorgung ein, Vorboten der Hungersnot am Ende des Krieges. Im März 1915 musste der Magistrat Brotkarten ausgeben, nach und nach wurden jetzt die Grundnahrungsmittel und das Heizmaterial rationiert. Obwohl Höchstpreise für Lebensmittel amtlich festgesetzt wurden, kam es in Hannover zu einer Verdoppelung der Ernährungskosten zwischen März 1914 und März 1916 – das war nach Berlin die höchste Steigerungsrate im Deutschen Reich. Im Gegensatz zu anderen Städten, die im Laufe des Krieges eine gut funktionierende Lebensmittelbewirtschaftung aufzogen, versagte die Kommunalverwaltung Hannovers vor der Aufgabe, die Verteilung der knappen Lebensmittel effektiv zu organisieren. Oft musste die Regierung in Berlin eingreifen und die Kommunalverwaltung zwingen, geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Im Sommer 1916 gab es in Hannover keine Kartoffeln mehr, und als im Herbst die Ernte schlecht ausfiel, begann das große Hungern. In diesem „Steckrübenwinter“, im Januar 1917, kam es in Hannover erstmals zu größeren Unruhen. Läden wurden geplündert, die Polizei griff hart durch. Im Großen und Ganzen blieb es in Hannover jedoch ruhig, auch als eine Kürzung der Brotrationen im April 1917 andernorts zu Streiks führte. Erst im Juli 1918 machte sich auch in Hannover Kriegsmüdigkeit breit. Die Menschen waren von der harten Arbeit in der Rüstungswirtschaft erschöpft, von Hunger, Entbehrung, Sorge und Trauer zermürbt. Sie waren es leid, im täglichen Überlebenskampf durch stundenlanges Schlange stehen, bei Hamsterfahrten auf das flache Land oder auf dem Schwarzmarkt gerade das Nötigste zu ergattern. Gleichwohl löste das Kriegsende ein Gefühl dumpfer Betäubung aus. Der Krieg, der mit so hochgespannten Erwartungen in einem wahren Begeisterungstaukel begonnen worden war, hatte der großen Masse der Bevölkerung nichts als Tod und Elend gebracht. Die alte Ordnung war durch und durch morsch, kaum mehr als eine leere Fassade, die bei der geringsten Belastung einzustürzen drohte. Deutschland war reif für die Revolution.

**„... damit diese Rede sich nicht gegen uns kehre“ –
Das Stephansstift und die „Ideen von 1914“**

Der Beginn des Ersten Weltkrieges wurde von vielen Deutschen geradezu als Erlösung empfunden – endlich sollte sich die Rolle des Deutschen Reichs im Konzert der Großmächte klären.³ Man sah sich von England, Frankreich und Russland „eingekreist“, und nur ein „Befreiungsschlag“ schien, so die Wahrnehmung vieler Zeitgenossen, die geopolitische Isolation Deutschlands aufbrechen zu können. Hinter dieser Gedankenfigur verbargen sich die tatsächlichen Kriegsziele, die auf territoriale Gewinne, den Zugriff auf Märkte und Rohstoffquellen und einen Ausbau der Großmachtstellung Deutschlands in Europa und der Welt gerichtet waren. Innenpolitisch knüpften sich an diesen Krieg Hoffnungen auf eine Versöhnung der von sozialen und politischen Spannungen und Spaltungen geprägten deutschen Gesellschaft. Christliche Kreise, die die Entkirchlichung weiter Teile der Bevölkerung schon lange mit Sorge betrachtet hatten, setzten gar auf eine kathartische, den christlichen Glauben erneuernde Wirkung durch den erneuten Waffengang: „Man feierte den Krieg, der alles Unehnte, Oberflächliche und Falsche hinwegfegte, als den großen Erzieher und Führer zu den Wahrheiten christlichen Glaubens.“⁴ Der Appell, über alle Schichten, Stände und Klassen hinweg für Volk und Vaterland zu kämpfen, fand mit den „Ideen von 1914“⁵ griffige Formeln, die sich zum einen gegenüber den Idealen der Französischen Revolution, den „Ideen von 1789“⁶ abgrenzten, zum anderen eine geringfügig modifizierte Neuauflage der populären „Ideen von 1870/71“ darstellten. Unbedingter Patriotismus, Treue zum Kaiserhaus, schwärmerische Kriegsbegeisterung, ein Gefühl der kulturellen Überlegenheit insbesondere gegenüber Frankreich und Russland, der Glaube, dass Gott mit den Deutschen sei, und schließlich die Überzeugung, einen Verteidigungskrieg, gar einen „heiligen Krieg“, zu führen, gingen eine für die Zeitgenossen intellektuell und emotional kaum zu entwirrende Melange ein. So war die Kriegsbegeisterung in Deutschland zunächst groß, Erwartungen auf rasche und ruhmvolle Siege wurden geweckt, Waffen und ausrückende Truppen gesegnet.

Im Stephansstift herrschte in den letzten Tagen vor Ausbruch des Krieges nervöse Spannung, aber die Sorge um den Fortbestand des Werkes drängte alles andere in den Hintergrund. Wilhelm Backhausen notierte unter dem 31. Juli 1914:

3 Günter Brakelmann, *Krieg und Gewissen. Otto Baumgarten als Politiker und Theologe im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1991, S. 17.

4 Martin Greschat, *Krieg und Kriegsbereitschaft im deutschen Protestantismus*, in: ders., *Protestanten in der Zeit. Kirche und Gesellschaft in Deutschland vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, hg. von Jochen-Christoph Kaiser. Stuttgart u.a. 1994, S. 51–66, S. 65.

5 Rudolf Kjellén, *Die Ideen von 1914. Eine weltgeschichtliche Perspektive*, Leipzig 1915.

6 Klaus v. See, *Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914. Völkisches Denken zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg*, Frankfurt am Main 1975.

„Noch ist Friede! Wir tun unsere Arbeit, aber die Ohren lauschen in die Ferne. Nachmittags sind wir in Langenhagen, um die Heil- und Pflegeanstalt zu besichtigen. Auf dem Wege dorthin bemerken wir, dass die Militär-Reitschule von ihren jungen Offizieren verlassen ist. Kein Wort darüber in den Zeitungen! Bei unserer Rückkehr finden wir alles verändert. Der Kriegszustand ist erklärt. Der kommandierende General hat die Gewalt in die Hand genommen. Die Hoffnung schwindet. Immer schwerer legt sich etwas auf unsere Seele. Unsere Anstalt, unser Kronsberg, die großen Zukunftspläne? Können wir das ertragen? Halten wir es durch?“⁷

Als jedoch am 1. August 1914 der Mobilmachungsbefehl kam, verbreitete sich auch im Stephansstift Aufbruchstimmung. Die Anstaltsgemeinde versammelte sich zu einem Gottesdienst mit Beichte und Abendmahl, Backhausen predigte über den Bibelvers 2. Mose 15,3: „Der Herr ist der rechte Kriegsmann; Herr ist sein Name!“ Am 3. August zogen vierzig Brüder und Angestellte des Stephansstifts „mutig und gefasst“⁸ in den Krieg. Viele Zöglinge der Handwerks- und Landwirtschaftsabteilung reisten voller Begeisterung auf eigene Faust ab und fuhren, versehen mit einer Reiseunterstützung von zehn Mark, kreuz und quer durch Deutschland, um sich als Kriegsfreiwillige zu melden.⁹ Gut Kronsberg erlebte vom 4. bis zum 12. August 1914 eine größere Einquartierung – „keine geringe Kriegslast für die Hausmutter auf Kronsberg“.¹⁰ Im Ackerhof und im Brüderhaus entstanden zur gleichen Zeit zwei Vereinslazarette des Roten Kreuzes, in denen Brüder des Stephansstifts als freiwillige Krankenpfleger eingesetzt wurden. Nach der Eröffnung der Lazarette am 13. August brannten sie darauf, tätig werden zu können, und wurden schon ungeduldig, bis am 4. September 1914 schließlich der erste Sanitätszug im Stephansstift eintraf und Verwundete brachte.¹¹ Die Bibelstunden in den Siechenhäusern wurden in Kriegsbetstunden umgewandelt.¹² In der Handwerks- und Landwirtschaftsabteilung wurde eine Jugendwehr aufgestellt.

7 Wilhelm Backhausen, Brief aus dem Stift, in: Monatsbote 35 (1914), S. 131–133, S. 133.

8 Wolff, Geschichte, S. 91.

9 Nur wenige wurden beim Militär angenommen, die meisten „kehrten nach den Irrfahrten in die Anstalt zurück“, manche fuhren nach Hause oder blieben „einstweilen überhaupt verschollen“. Wilhelm Backhausen, Aus dem Kriegstagebuche, in: Monatsbote 35 (1914), S. 153–156, S. 154.

10 Ebd., S. 153.

11 Paul Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, in: Monatsbote 35 (1914), S. 156–161, S. 157f. Bis Herbst 1915 waren nur Brüder des Stephansstifts in den Lazaretten tätig, dann wurden sie nach und nach durch Pflegerinnen ersetzt. Am 30. Januar 1917 wurden die beiden Lazarette überraschend aufgehoben. Hermann Müller, Unser Lazarett aufgehoben!, in: Monatsbote 38 (1917), S. 38–40. – Ein undatiertes, wahrscheinlich Ende 1914 ausgefüllter Fragebogen listet die Lazarette auf, in denen Brüder des Stephansstifts tätig waren: Stephansstift, Ackerhof und Brüderhaus (120 Betten, 17 Brüder), Krüppel-Lehrlingsheim Hannover (35 Betten, vier Brüder), Seemannsheim Geestemünde (vier Brüder), Seemannsheim Bremerhaven (drei Brüder), Seemannsheim Konstantinopel (ein Bruder), Wollwäscherei Döhren (zwei Brüder), Erholungsheim Dassel (ein Bruder). AStH, Liste P, 123 (Altakten).

12 Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 157.

Aus der Pensionskasse der Brüder wurden Gelder entnommen, um die erste Kriegsanleihe zu zeichnen.¹³

Und doch waren schon zu Beginn des Krieges aus dem Stephansstift nachdenkliche Töne zu hören. Insbesondere Pastor Paul Oehlkers, der sich zu Beginn des Krieges zur Erholung im Russischen Reich aufhielt, das Land im letzten Augenblick auf einem dänischen Dampfer verlassen konnte und am Abend des 4. August 1914 im Stephansstift eintraf,¹⁴ dämpfte die Euphorie. Die Augustausgabe des „Monatsboten aus dem Stephansstift“ machte mit einem Artikel auf, der den Titel „Ohne Furcht!“ trug.¹⁵ Zwar sei, heißt es dort, „unser Vaterland von allen Seiten bedroht, unser ganzes Leben von einer ungeheuren Umwälzung erfasst, so dass man das Gefühl hat, dass nichts mehr feststeht.“¹⁶ Man brauche sich aber nicht zu fürchten, ermutigte Oehlkers seine Gemeinde. Man könne dem Krieg mit Zuversicht entgegensehen: „Wir spüren es in diesen Tagen, da wir den gewaltigen Aufmarsch unseres Heeres mit anschauen und mit Bewunderung sehen, wie alles da geordnet und vorbereitet ist und wie stark wir sind. Wir sind unserem Kaiser und seiner Regierung dankbar, dass er in den langen Friedenszeiten dafür gesorgt hat, dass die Rüstung des deutschen Volkes stark geblieben ist und wir uns nun gegen eine Welt von Feinden wehren können, ohne zu zagen.“ Zugleich warnte Oehlkers jedoch davor, sich auf die eigene Stärke zu verlassen, von der eigenen Gerechtigkeit überzeugt zu sein. Vielmehr gelte es, Buße zu tun, ein Bekenntnis der Schuld abzulegen, „die unser ganzes Volk und jeder einzelne auf sich geladen hat in diesen Friedensjahren, die uns sicher, hochmütig, habgierig und genussüchtig gemacht haben.“¹⁷

Vom September 1914 an folgte eine Artikelserie mit dem Titel „Herr, lass meinen Gang gewiss sein in deinem Wort.“¹⁸ Darin räumte Oehlkers mit einigen Topoi der gängigen Kriegspredigten auf. So wandte er sich entschieden gegen die Überhöhung der Deutschen als „Gottes Volk“, denn „das neutestamentliche Israel, das auserwählte heilige Volk [...] besteht aus den Gläubigen aller Völker, Zungen und Sprachen, auch der Franzosen, Russen und Engländer.“¹⁹ Die Parole, dass „am deutschen Wesen die Welt genesen“²⁰ solle, wies er als „Aberglauben“ zurück. „Nein, das deutsche Wesen muss an Christo genesen!“ Überheb-

13 „Sehr leid tat es uns, dass wir nur so wenig Geld hatten, um die Kriegsanleihe zu zeichnen. Aber dazu langte es im Stephansstift Haushalt nicht. Nur von den Geldern der Pensionskasse haben wir einiges dahin getragen.“ Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 158. Auch 28 Zöglinge des Knabenhofes zeichneten Kriegsanleihen in Höhe von insgesamt 4.800 Mark. Hermann Müller, Jahresbericht des Knabenhofes, in: Monatsbote 37 (1916), S. 40–44, S. 40.

14 Wolff, Geschichte, S. 90.

15 Dieser Artikel war nicht unterzeichnet, stammte aber aller Wahrscheinlichkeit nach aus der Feder von Paul Oehlkers, der den „Monatsboten“ herausgab.

16 [Paul Oehlkers], Ohne Furcht!, in: Monatsbote 35 (1914), S. 129f., S. 129. Danach auch das folgende Zitat.

17 Ebd., S. 129f.

18 [Paul Oehlkers], Herr, lass meinen Gang gewiss sein in deinem Werk, in: Monatsbote 35 (1914), S. 150–152, S. 166–169, S. 198–201, S. 215–218, 36 (1915), S. 30–32, S. 47f., 147–149, S. 147–149, 175–177.

19 Ebd. (1914), S. 151.

20 Ebd., S. 152. Danach auch die folgenden Zitate.

lich sei auch die Rede vom Krieg als „Gottesgericht“ über die Feinde Deutschlands – man sollte vorsichtig sein „mit dem Reden von Gottesgerichten, damit diese Rede sich nicht gegen uns kehre.“²¹ Oehlkers erinnerte daran, dass es ein Gebot Christi sei, seine Feinde zu lieben. Dies gelte selbst für die Engländer (die auch im Stephansstift als der Erzfeind galten), und wer dies nicht könne, der müsse es lernen, wenn er ein Christ sein wolle.²² Den Hass der Feinde dürfe man nicht mit Hass vergelten.²³ Weiter verurteilte Oehlkers mit aller Entschiedenheit die Lehre, dass der Tod für das Vaterland selig mache. Es sei verlockend, die „katholische Generalabsolution vor der Schlacht“ nachzuahmen, doch sei dies „kein christlicher Gedanke“, sondern berühre sich mit den Vorstellungen des Islam vom „Heiligen Krieg“.²⁴ Schließlich wies Oehlkers die Vorstellung zurück, der Krieg habe zu einer „Wiedergeburt“ des deutschen Volkes geführt. Die religiösen Aufwallungen zu Kriegsbeginn seien nichts als eine vorübergehende Stimmung. „Haben wir nicht auch 1870 großartige Einigkeit, religiöse Erhebung, gefüllte Kirchen, Zeugnisse persönlicher Frömmigkeit erlebt? Und war nicht die Zeit nach 1870 eine der kläglichsten in der ganzen Kulturgeschichte unsers Volkes?“²⁵

Auch hier gelte: „Ohne Buße keine Wiedergeburt.“²⁶ Im gleichen Atemzug wettete Oehlkers gegen „die Leute vom Alkoholkapital und Bordellkapital und Kinokapital, die Spötter und Lästere, die schamlosen Weiber und die lüsternen Männer, die Ausbeuter und die Unzufriedenen“, die sich vorübergehend „verkrochen“ hätten, aber darauf lauerten, „in alter Weise sich zu haben und gehen zu lassen.“ Man sieht: Vom Standpunkt eines Glaubens, der tief in der Erweckungsbewegung wurzelte und die moderne Welt als zutiefst gottlos ablehnte, kritisierte Paul Oehlkers die Kriegsbegeisterung des Kulturprotestantismus.

In der Bruderschaft hatte es wohl anfangs einige Hoffnung auf eine christliche Erneuerung unter den Vorzeichen des Krieges gegeben. Doch machte sich auch in den Reihen der Brüder schon bald Ernüchterung breit, wie das Protokoll des 19. Brüdertages am 14. Mai 1915 belegt:

„Die Brüder berichteten, dass die christliche Erweckung infolge der Kriegszeit, von der sich manche eine Wiedergeburt des ganzen Volkslebens versprochen, vielerorten stark abgeflaut, mancherorten überhaupt kaum spürbar gewesen ist. Überaus betrübende Erfahrungen von Gleichgültigkeit und Genusssucht, von Trunksucht

21 Ebd. (1914), S. 166.

22 Ebd. (1915), S. 31f.

23 Ebd., S. 175–177.

24 Gleich an drei Stellen in dieser Artikelserie (ebd. (1914), S. 152, S. 200, S. 216) äußerte Oehlkers offene Kritik am Kriegsbündnis zwischen dem Deutschen und dem Osmanischen Reich. Dass die deutsche Regierung die Hohe Pforte dazu gedrängt hatte, den „Heiligen Krieg“ auszurufen, um die Muslime im britischen Kolonialreich zum Aufstand zu bewegen, schien ihm mit der Kriegführung eines christlichen Staates unvereinbar.

25 Ebd. (1914), S. 199.

26 Ebd., (1914) S. 200. Danach auch die folgenden Zitate.

und Unzucht, von Spott über das Heiligtum und Bitterkeit gegen Gott und seine Schickungen mussten berichtet werden. Aber doch hieß der Schluss: arbeiten und nicht verzagen.“²⁷

„Aber es heißt nicht bloß: Drauf! Sondern auch: Durch!“ – Die Brüderschaft im Krieg

Die ersten Mitglieder der Brüderschaft, die den Krieg hautnah zu spüren bekamen, waren die Brüder und Brüderfrauen, die in Ländern Dienst taten, die über Nacht zum feindlichen Ausland geworden waren. Bruder *Heinrich Kloth* (* 1884), Küster in Antwerpen, reiste gleich am ersten Mobilmachungstag nach Deutschland, um sich zum Militärdienst zu stellen. Seine Frau ließ er zurück, sie wurde nach dem Einmarsch deutscher Truppen in das neutrale Belgien „mit andern Deutschen von dem Antwerpener Pöbel schändlich misshandelt.“²⁸ Die Familie verlor ihre gesamte Habe. „Halbtot“, so berichtet es der „Monatsbote“, sei Frau Kloth „nach einer schrecklichen mehrtägigen Flucht in der Heimat“ angekommen. Bruder *Hermann Pätzold* (* 1878), Stadtmissionar in London, gelang es, „auf einem deutschen Dampfer mit etwa 200 Reservisten einige Stunden vor der Kriegserklärung Englands aus dem Londoner Hafen herauszukommen.“²⁹ Seine Frau durfte nach einigen Wochen ausreisen. Interniert wurden die in Barry, Cardiff, Swansea und South Shields tätigen Seemannsmissionare *Karl Sauer* (* 1860), *Gustav Lohmann* (* 1884), *Eberhard Haas* (* 1872), *Heinrich Drögemeier* (* 1882) und *Wilhelm Menke* (* 1893), ebenso die in Südafrika eingesetzten Lehrer und Gemeindeglieder *Emil Grote* und *Karl Höne* (* 1885).³⁰ Im Stephansstift machte man sich große Sorgen um die Brüder in britischer Gefangenschaft, denn „über die Konzentrationslager hört man ja schlimme Dinge.“³¹ Zwar kamen von den in Großbritannien internierten Brüdern beruhigende Nachrichten, denen man im Stift aber nicht ohne weiteres Glauben schenkte: „Wie weit diese günstigen Auskünfte durch die Sorge vor der Zensur bestimmt sind, wissen wir nicht.“³² Dagegen machte man sich um die beiden Brüder in russischer Gefangenschaft, *Karl Bauermann* († 1919), Hausvater der „Idioten- und Epileptikeranstalt“ Marienhof-Fellin in Livland, und *Albert Guhlke* (* 1880), Hausvater der Arbeiterkolonie Mitau im Kurland, weniger Gedanken, ihre Berichte über gute Behandlung in Gefangenschaft galten als glaubwürdig.³³ Für diese Zivilinternierten³⁴ sowie

27 Protokoll des 19. Brüdertages, 14.5.1915, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

28 Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 159. Danach auch die folgenden Zitate.

29 Ebd., S. 160.

30 Ebd.; Von unsern Brüdern und Freunden im Felde, in: Monatsbote 35 (1914), S. 218–227, S. 220.

31 Von unsern Brüdern und Freunden im Felde, S. 219f.

32 Ebd., S. 220.

33 Ebd., S. 219.

34 1916 wurde Bruder *Hermann Wartenberg* (* 1882), Erzieher an der deutschen Schule in Bukarest, von den Rumänen „nach der Moldau verschleppt“. Er durfte 1917 seinen Dienst an der Schule in Bukarest wiederaufnehmen. Jahresbericht des Stephansstifts über das Jahr 1916, in: Monatsbote 38 (1917), S. 1–19 [= Jahresbericht 1916], S. 10; Jahresbericht des Bruderhauses für 1917, in: Monatsbote 39 (1918), S. 51–56 [= Jahresbericht 1917], S. 53.

für die Brüder, die im Laufe des Krieges als Soldaten in englische, französische oder russische Kriegsgefangenschaft gerieten,³⁵ richtete das Stephansstift einen „Kriegsfonds“ ein, um ihnen regelmäßig Paketsendungen zukommen lassen zu können.³⁶ Kurioserweise wurden mehrere Brüder des Stephansstifts in Deutschland als feindliche Ausländer zu „Kriegsgefangenen“ erklärt: Bruder *Johannes Birth* (* 1880), Missionslehrer und Handwerker auf der Station Ikutha in Ostafrika, weilte bei Kriegsausbruch zufällig zu Besuch in Deutschland. Da er russischer Untertan war – er hatte 1904/05 als Soldat den russisch-japanischen Krieg mitgemacht –, galt er ebenso als „Kriegsgefangener“ wie die Brüder *Ernst Loderaud* und *Johann Kütt*, die aus dem Petersburger und Revaler Brüderhaus zur Ausbildung in das Stephansstift entsandt worden waren. „Die Kriegsgefangenschaft wird aber milde gehandhabt, sie dürfen ihren Dienst im Knabenhof und Siechenhaus still weiter tun und sind uns da willkommene Hilfen.“³⁷

Unmittelbar nach Kriegsbeginn lichteten sich die Reihen der Brüderschaft. Ältere Brüder, die in einem Militärverhältnis standen, wurden einberufen, jüngere Brüder, die noch nicht gedient hatten, meldeten sich als Kriegsfreiwillige – bis Vorsteher Paul Oehlkers dem in einem Rundbrief an die Brüder einen Riegel vorschob:

„Da die Reserveformationen unseres Heeres mit Freiwilligen übersättigt sind, halte ich weitere Meldungen unserer jungen Brüder zum freiwilligen Eintritt in das Heer nicht für angebracht. Vor allen Dingen sollen unsere Brüder nicht, wie jetzt so viele es tun, von einem Ort zum anderen reisen, um zu versuchen, ob sie irgendwo als Freiwillige ankommen.“³⁸

Im September 1914 leisteten bereits 73 Brüder Dienst an der Waffe oder waren im Sanitätsdienst. Weitere 33 Brüder standen teils im Stephansstift, teils andernorts als freiwillige Krankenpfleger im Lazarettendienst. Das war, wie Paul Oehlkers besorgt feststellte, fast ein Drittel der Brüderschaft – es stellte sich die bange Frage, wie es mit der Arbeit im Stephansstift und auf den auswärtigen Arbeitsfeldern weitergehen sollte.³⁹ Bis zum Ende des Krieges

35 Die Bedingungen der Kriegsgefangenschaft waren den Briefen der Brüder zufolge sehr unterschiedlich. So berichtete Bruder Karl Schwedhelm „sogar recht fröhlich aus Korsika“. Er kam 1917 frei, wurde in der Schweiz interniert und nahm am Unterricht des Missionsseminars in Basel teil. Von unsern Brüdern und Freunden im Felde, S. 219; Jahresbericht 1917, S. 53.

36 Jahresbericht 1916, S. 10.

37 Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 160.

38 Paul Oehlkers, Brief an die Brüder, in: Monatsbote 35 (1914), S. 146.

39 Ebd., S. 157. Am 15. Dezember 1914 standen bereits 119 Brüder des Stephansstifts im Kriegsdienst (91 waren einberufen worden, von denen 58 „im Felde“ Dienst taten, 28 weitere arbeiteten als freiwillige Krankenpfleger). Vgl. Tabelle in: Monatsbote 36 (1915), S. 27. Aus allen deutschen Brüderhäusern waren zu diesem Zeitpunkt 1.378 Brüder, „zwei Fünftel des Bestandes, durch den Krieg aus ihrer Friedensarbeit der Inneren Mission herausgerufen.“ In den Brüderhäusern befanden sich elf Lazarette mit 907 Betten, in den Häusern, die von Brüdern verwaltet wurden, weitere fünfzig Lazarette mit 2.269 Betten. Vgl. Beteiligung der vereinigten evangelischen Brüderhäuser Deutschlands am Kriege, in: Monatsbote 36 (1915), S. 26.

sollten von den 356 Brüdern, die dem Stephansstift zu Beginn des Krieges angehört hatten, 273 zum Militär eingezogen werden.⁴⁰

Zu Beginn des Krieges veröffentlichte der „Monatsbote aus dem Stephansstift“ noch regelmäßig Auszüge aus den Kriegsbriefen der Brüder. „Von schweren Kämpfen und Entbehrungen, von gnädiger Behütung in großer Gefahr, von Erquickungsstunden, Stunden des Wiedersehens mit lieben Freunden und Brüdern, Stunden der Erbauung aus Gottes Wort wissen sie zu sagen.“⁴¹ Hier ist ein Narrativ erkennbar, eine Deutung des Kriegserlebens aus der Perspektive eines entschiedenen Christen. Achtet man auf die Zwischentöne, so erkennt man aber auch, dass dieses Narrativ durch die Wucht der Eindrücke, die dieser völlig neuartige industrielle Krieg hinterließ, erschüttert wurde. Gleichwohl bemühten sich die Brüder im Felde, das überkommene Narrativ vom Krieg als Weckruf zur Umkehr, Buße und Wiedergeburt fortzuschreiben. Dazu zwei Beispiele:

„Ich glaube, der Krieg, dieser moderne ‚Weltkrieg‘, hat vornehmlich den einen göttlichen weisen Zweck, die ‚modern‘ gewordenen Menschen wieder *beten* zu lehren, damit sie wieder einmal stille werden und zur demütigen Selbsterkenntnis kommen, die Menschheit war schon lange zu übermütig und zu klug geworden.“⁴²

„Ja, der Krieg sieht in der Nähe ganz anders aus als aus der Ferne, und die jugendliche Begeisterung allein schafft's nicht, so wertvoll sie namentlich für uns alte Leute ist. Aber es heißt nicht bloß: Drauf! Sondern auch: Durch! Und tage- und wochen-, ja monatelang im Schützengraben liegen, hat auch seine Schattenseiten. Sonne und Regen, Hunger und Durst, Schrapnells, Granaten und Gewehrfeuer stellen gleich große Anforderungen an den ganzen Menschen. Ich habe das Gefühl, als ob überhaupt eine eiserne Zeit heraufzöge, als ob das junge Geschlecht fühlen würde, dass mit der sozialen Gesetzgebung das Erstrebenswerte erreicht wäre und die Geschichte dafür sorgt, dass die Kehrseite, das Geschrei: Brot und Spiele uns erspart bleibt. Und das wäre ein großer Segen dieses Krieges, der ja anscheinend immer größere Ausdehnung annimmt und uns zwingt, uns auf immer längere Dauer einzurichten.“⁴³

40 Paul Oehlkers, Festbericht über die ersten 50 Jahre des Stephansstiftes, in: Monatsbote 40 (1919), S. 71–77, S. 76.

41 Von unsern Brüdern und Freunden im Felde, S. 220. Vgl. allg.: Ulrike Winkler, Männliche Diakonie im Zweiten Weltkrieg. Kriegserleben und Kriegserfahrung der Kreuznacher Brüderschaft Paulinum von 1939 bis 1945 im Spiegel ihrer Feldpostbriefe, München 2007.

42 Von unsern Brüdern und Freunden im Felde, S. 223 (Brief eines Bruders vom 31.10.1914, Hervorhebung im Original).

43 Ebd., S. 224 (Brief eines Bruders vom 29.10.1914).

Am 22. August 1914 ließ der erste Bruder des Stephansstifts, *Max Dübler*, sein Leben an der Front.⁴⁴ Bis zum Ende des Krieges waren vierzig Brüder des Stephansstifts gefallen oder im Lazarett ihren Verwundungen oder schweren Erkrankungen erlegen. Vier weitere starben zwischen Dezember 1918 und Februar 1920 an den Folgen ihrer Kriegsverletzungen oder in Kriegsgefangenschaft.⁴⁵ Sieben Brüder galten im Jahre 1924 noch als vermisst.⁴⁶ Mindestens neunzig Brüder waren im Krieg verwundet worden, manche von ihnen kehrten als Kriegsversehrte zurück.⁴⁷ 17 Brüder waren zudem „in der Heimat“ gestorben, „viele von ihnen vor der Zeit, an Unterernährung und Überarbeitung.“⁴⁸ Dreißig Brüder traten bis Mai 1919 aus der Brüderschaft aus,⁴⁹ nicht nur Aspiranten und Probebrüder, sondern auch ältere Brüder, weil sie „Glauben und Freudigkeit verloren haben.“⁵⁰ Nach Kriegsende erlebte die Brüderschaft des Stephansstifts dann noch einmal „schwere Verluste“ durch eine regelrechte Austrittswelle: Mancher Bruder sei, so Paul Oehlkers, „nach dem großen Zusammenbruch im Herbst an der Zukunft der Inneren Mission irre geworden und hat sich einen bürgerlichen Beruf gesucht.“⁵¹ Andere Brüder schieden aus der Brüderschaft aus, weil sie ihren Eltern in der Landwirtschaft, der Werkstatt oder dem Geschäft helfen mussten. Dagegen waren in der Kriegszeit insgesamt nur 18 junge Männer als Probebrüder in das Stephansstift eingetreten,⁵² obwohl man seit dem Herbst 1914 auch Jugendliche unter 18 Jahren aufnahm⁵³ und 1918 verbreiten ließ, dass eine Kriegsbeschädigung kein Hindernis für eine Aufnahme als Probebruder sei, „auch das Fehlen einer Hand oder eines Armes

44 Bis Ende 1914 hatte die Brüderschaft bereits acht Gefallene zu beklagen. 1915 kamen 14 hinzu, 1916 waren es acht, 1917 vier und von Anfang 1918 bis zum Waffenstillstand am 11. November sechs. Verzeichnis der Brüderschaft des Stephansstifts, Beilage zum Monatsboten 45 (1924).

45 So starb Bruder *Heinrich Warnecke* (* 1884), vor dem Krieg Pfleger im St. Jürgen-Asyl in Hemelingen, am 10. Dezember 1918 im Heimatlazarett in Bremen, wo er sich von einer schweren Verwundung erholte, an der Grippe. Bruder *Wilhelm Peters* (* 1893), vor dem Krieg Pfleger im Siechenhaus des Stephansstifts, der schwer verwundet in englische Kriegsgefangenschaft geraten war, starb an Heiligabend 1914 in einem Lazarett in Schottland. Jahresbericht 1918, S. 92.

46 Ebd. Weitere Statistiken über die Zahl der Einberufenen, Vermissten, Verwundeten und Gefallenen finden sich in: Jahresbericht des Stephansstifts über das Jahr 1915, in: Monatsbote 37 (1916), S. 2–9, 18–36 [= Jahresbericht 1915], S. 3f.; Jahresbericht 1916, S. 4, S. 7; Jahresbericht 1917, S. 51; Statistik des Jahres 1918, in: Monatsbote 40 (1919), S. 107–111, S. 109. Die verschiedenen Zahlenangaben sind in sich nicht völlig konsistent.

47 Jahresbericht 1916, S. 7. Hier ist von neunzig Verwundeten und schwer Erkrankten vom 1. August 1914 bis zum 1. Januar 1917 die Rede. Eine Statistik vom 1. Januar 1918 gibt ebenfalls neunzig Verwundete an, von denen 16 „invalidisiert“ seien. Übersicht über die Beteiligung der Deutschen Diakonienanstalten am Weltkrieg, 1.1.1918, AStH, Liste P, 123 (Altakten).

48 Oehlkers, Festbericht über die ersten 50 Jahre des Stephansstiftes, S. 76.

49 Ebd.

50 Jahresbericht 1916, S. 4.

51 Jahresbericht über die Brüderanstalt „Stephansstift“ und deren Siechenhäuser für das Jahr 1918, in: Monatsbote 40 (1919), S. 89–95 [= Jahresbericht 1918], S. 92. Dazu auch: Protokoll des 23. Brüdertages, 6.5.1919, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

52 Paul Oehlkers, Festbericht über die ersten 50 Jahre des Stephansstiftes, S. 76.

53 Jahresbericht 1915, S. 3f.

nicht.⁵⁴ Die Folge war, dass die Bruderschaft des Stephansstifts im Laufe des Krieges von 356 Brüdern auf 350 (1. Januar 1915), 336 (1. Januar 1916), 328 (1. Januar 1917), 324 (1. Januar 1918), 313 (1. Januar 1919) und schließlich auf 277 Brüder (Himmelfahrt 1919) zusammenschrankte.⁵⁵

Die wenigen Probebrüder wurden sofort in die praktische Arbeit gestellt, für den Brüderunterricht blieb kaum Zeit.⁵⁶ In den ersten Monaten nach Kriegsbeginn ruhte der Unterricht, seit dem Wintersemester 1914/15 wurde er in eingeschränktem Umfang fortgesetzt.⁵⁷ Als die letzten auf dem Knabenhof tätigen Brüder eingezogen waren, blieb nur die kleine Gruppe der Siechenhausbrüder übrig, die schon in Friedenszeiten nur einige wenige Stunden Unterricht an den Nachmittagen erhalten hatten.⁵⁸ Schließlich kam der Unterricht fast völlig zum Erliegen, viele der einberufenen Probebrüder hatten vor ihrem Militärdienst so gut wie keinen Unterricht erhalten. Im Jahre 1917 wurden daher bereits Überlegungen angestellt, wie es mit der Brüderausbildung nach dem Krieg weitergehen sollte, wobei sich die Verantwortlichen darüber im Klaren waren, dass man, auch wenn es nicht zum Krieg gekommen wäre, über eine Reform der Ausbildung hätte nachdenken müssen. Die Leitung des Stephansstifts beschloss, dass die Ausbildungszeit der Brüder, die im Felde gestanden hatten, verkürzt werden sollte und dass die Probebrüder künftig sofort nach der Aspirantenzeit einen vierjährigen Ausbildungsblock durchlaufen sollten, der mit einer Prüfung enden sollte.⁵⁹ Dies hatte auch mit einer Vereinheitlichung des Unterrichts in den deutschen Brüderhäusern zu tun. Die Vorsteherkonferenz hatte beschlossen, Mindeststandards für die theoretische Ausbildung einzuführen und die Ausbildungszeit mit einer Prüfung abzuschließen.⁶⁰

Mit der Umwandlung des Brüderhauses in ein Lazarett verlor die Bruderschaft zu Kriegsbeginn ihren sichtbaren Mittelpunkt, die Brüder kamen zunächst in der Alten Schule unter, später mussten sie wieder in allerlei Dachkammern umziehen. 1916 wurde der Brüderälteste Otto Keese eingezogen.⁶¹ Zwar half der Schweizer Pfarrer *Zimmermann* als

54 Aus der Arbeit, für die Arbeit, in: Monatsbote 39 (1918), S. 20–25, S. 21. Zugleich wurden die Brüder aber auf dem 22. Brüdertag, der am 10. Mai 1918 stattfand, davor gewarnt, Kriegsversehrten falsche Hoffnungen zu machen. Protokoll des 22. Brüdertages, 10.5.1918, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

55 Statistische Nachrichten über das Jahr 1914, in: Monatsbote 36 (1915), S. 142–144, S. 143; Statistische Nachrichten über das Jahr 1915, in: Monatsbote 37 (1916), S. 10–13, S. 12; Statistische Nachrichten über das Jahr 1916, in: Monatsbote 38 (1917), S. 29–32, S. 32; Statistik des Jahres 1917, in: Monatsbote 39 (1918), S. 62–66, S. 64; Statistik des Jahres 1918, S. 109; Oehlkers, Festbericht über die ersten 50 Jahre des Stephansstiftes, S. 76.

56 Jahresbericht 1916, S. 4.

57 Paul Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 157.

58 Jahresbericht 1915, S. 5.

59 Hermann Müller, Zur Ausbildung der Brüder nach dem Kriege, in: Monatsbote 38 (1917), S. 66–69.

60 Aus der Arbeit, für die Arbeit (1918), S. 21. 1918 wurde beschlossen, dass die Brüder fortan als „Diakone“, die Probebrüder als „Hilfsdiakone“, die Brüderhäuser als „Diakonenanstalten“ bezeichnet werden sollten, weil die Bezeichnung „Bruder“ in der Öffentlichkeit auf Unverständnis, Ablehnung und Spott stoße. Ebd., S. 22.

61 Jahresbericht 1916, S. 3.

Oberhelfer aus und übernahm zeitweilig die Geschäfte des Bräuerältesten,⁶² doch dürfte dadurch, dass der Posten des Bräuerältesten längere Zeit unbesetzt war, der Zusammenhalt innerhalb der Bräuerschaft weiter geschwächt worden sein. Das Netzwerk der Brüder sollte vor allem durch den „Monatsboten aus dem Stephansstift“, der regelmäßig an die Front verschickt wurde, zusammengehalten werden.⁶³ Im Stephansstift fanden trotz der Kriegsbelastung auch weiterhin Bräuerabende statt, und auch die jährlichen Bräuertage wurden beibehalten. Eine straffe Führung der Bräuerschaft wie in der Friedenszeit war aber nicht mehr möglich, was man etwa daran erkennen kann, dass der 21. Bräuertag, der am 18. Mai 1917 zusammentrat, beschloss, alle anstehenden Disziplinarangelegenheiten bis zum Kriegsende zurückzustellen.⁶⁴

Die auswärtigen Arbeitsfelder

Zeitweise dürfte dem Stephansstift kaum mehr als ein Drittel der Brüder zur Verfügung gestanden haben.⁶⁵ Angesichts dieses Umstands überrascht es, dass nicht nur die Arbeit auf dem Knabenhof und der Erziehungsanstalt des Stephansstifts während des Krieges ausgeweitet werden konnte – dazu später mehr –, sondern dass auch die meisten der auswärtigen Stationen behauptet werden konnten und keines der Arbeitsgebiete völlig wegbrach.

Für die zum Militär eingezogenen Brüder, die als Küster einer Kirchengemeinde tätig waren, übernahmen deren Frauen das Amt.⁶⁶ Auf dem Gebiet der Gemeinédiakonie und Jugendpflege mussten zwar einige Posten geräumt werden, weil viele Gemeindepfleger und Jugendpfleger einberufen wurden. Doch übernahmen vielerorts ehrenamtliche Kräfte die Arbeit, auch wurden einige Vereine zusammengelegt und auf diese Weise Personal eingespart.⁶⁷ Die Jugendpflege erlebte während der Kriegszeit hier und da sogar einen Aufschwung, wenn christliche Vereine „eigene Jugendkompagnien“⁶⁸ gründeten, so etwa in Hannover. Auch die Blaukreuzarbeit in Hannover lief weiter.⁶⁹

62 Ebd., S. 14.

63 Zu Beginn des Krieges veröffentlichte der „Monatsbote“ die Feldpostadressen der eingezogenen Brüder, damit diese sich auch untereinander schreiben konnten.

64 Protokoll des 21. Bräuertages am 18.5.1917, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

65 Genaue Angaben liegen zu den Stichtagen 1. Januar 1917 und 1. Januar 1918 vor. Zu diesem Zeitpunkt standen noch 132 Brüder in Arbeit (elf zur Ausbildung im Siechenhaus und im dortigen Lazarett, 32 in der Gemeinédiakonie und Jugendpflege, acht in der Seemannsmission, 25 in Rettungshäusern, vier in der Trinkerfürsorge, 24 in Herbergen zur Heimat und Wanderarbeitsstätten, fünf in Armenhäusern, vier in der Kranken- und Siechenpflege, 15 in der Epileptischen-, Idioten- und Irrenpflege, vier im Verwaltungsdienst). Jahresbericht 1916, S. 4. Am 1. Januar 1918 standen noch genau hundert Brüder im Dienst der Inneren Mission, fünf befanden sich zur Ausbildung im Stephansstift. Übersicht über die Beteiligung der Deutschen Diakonenanstalten am Weltkriege, 1.1.1918, AStH, Liste P, 123 (Altakten).

66 Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 161; Jahresbericht 1915, S. 5.

67 Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 161.

68 Jahresbericht 1915, S. 5.

69 Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 161.

Die beiden Soldatenheime auf den Truppenübungsplätzen Munster und Lockstedt mussten zwar nach Kriegsbeginn der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt werden.⁷⁰ Im weiteren Verlauf des Krieges erlebte die „Soldaten- und Marinemission“ jedoch einen Aufschwung, an dem auch das Stephansstift teilhatte, so etwa in dem neuen, vom Männer- und Jünglingsverein gegründeten Soldatenheim in der Herrenstraße zu Hannover.⁷¹ Bruder August Schröder organisierte von Hamburg aus die Soldaten- und Marinehilfe des Norddeutschen Männer- und Jünglingsbundes und gründete in Häfen, auf Flugplätzen und Truppenübungsplätzen Soldatenheime.⁷² „Zu der erhofften allgemeinen Heranziehung unserer Bruderschaften zur Mithilfe in der Seelsorge ist es ja leider nicht gekommen“,⁷³ stellte Paul Oehlkers im Jahre 1916 mit Bedauern fest. Es waren aber zwei Brüder des Stephansstifts zu Feldhilfsdiakonen bestellt worden, mehrere Brüder taten mittlerweile Dienst in Soldatenheimen.⁷⁴

Die Entwicklung auf dem Gebiet der Seemannsmission war uneinheitlich. Während die Seemannsmissionen in Großbritannien verloren gingen, blieben die Heime in Hoboken/New York und Philadelphia bestehen, das Seemannsheim in Konstantinopel – der Hauptstadt des mit Deutschland verbündeten Osmanischen Reichs – hatte reichlich zu tun.⁷⁵ Von den Seemannsheimen an der deutschen Küste blieben jene in Emden, Cuxhaven und Kiel bestehen, wobei Cuxhaven und Kiel von den Hausmüttern betreut wurden. Bremerhaven und Geestemünde wurden in Lazarette umgewandelt. Hamburg und Altona stillgelegt.⁷⁶

Die Wanderarmenfürsorge in der Provinz Hannover wurde bei Kriegsbeginn nicht eingestellt, was sich im Nachhinein als richtige Entscheidung erwies „Man hatte den Eindruck: Die Arbeitslosen werden jetzt alle zum Militärdienst einberufen. Aber es stellt sich doch heraus, dass der Strom der Arbeitslosen nicht schwächer, sondern eher stärker geworden ist.“⁷⁷ Mit der Zeit wurde es in den Herbergen zur Heimat zwar „immer stiller“, doch „kehrt

70 Ebd.

71 Jahresbericht 1915, S. 5.

72 Ebd., S. 6; Jahresbericht 1916, S. 10.

73 Jahresbericht 1916, S. 8.

74 Ebd., S. 9. Dazu auch: Protokoll des 20. Brüdertages, 2.6.1916, AStH, Liste P, 206 (Altakten). Die Statistik zum 1. Januar 1918 gibt an, dass 25 Brüder des Stephansstifts im Auftrag ihres Regiments, 16 weitere im Auftrag eines Missionskomitees in der Soldatenmission aktiv waren. Übersicht über die Beteiligung der Deutschen Diakonenanstalten am Weltkrieg, 1.1.1918, AStH, Liste P, 123 (Altakten).

75 Die Seemannsmission in Konstantinopel wurde von Bruder Wilhelm Haß geleitet. Bruder Hermann Pätzold reiste 1916 nach Konstantinopel, um am Aufbau von Soldatenheimen mitzuwirken (Jahresbericht 1916, S. 9). Schließlich zog sich „von Konstantinopel aus [...] eine Kette von Stätten christlicher Liebestätigkeit über den Taurus bis nach Damaskus“ (Jahresbericht 1918, S. 90). Über dieses Netzwerk dürfte die Leitung des Stephansstifts Nachrichten vom Völkermord an den Armeniern erhalten haben. Im „Monatsboten“ findet sich indessen kein Hinweis darauf, obwohl hier – wie bereits erwähnt – das Bündnis mit dem Osmanischen Reich kritisch kommentiert wurde. Hier ist zu berücksichtigen, dass der „Monatsbote“ – wie alle anderen Presseveröffentlichungen – in der Kriegszeit unter Zensur stand und die deutsche Regierung bemüht war, den Massenmord nicht bekannt werden zu lassen. Vgl. Wolff, Geschichte, S. 93.

76 Jahresbericht 1915, S. 6.; Jahresbericht 1916, S. 5.

77 Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 161.

[...] auch jetzt noch allerlei Volk ein.“⁷⁸ 1915 waren 14 von 42 Herbergsvätern des Stephansstifts eingezogen, auch hier sprangen die Hausmütter in die Bresche. 1916 gerieten viele Herbergen zur Heimat wegen sinkender Übernachtungszahlen in eine finanzielle Schiefelage, häufig war es schon schwierig, die fälligen Zinszahlungen für die aufgenommenen Kredite aufzubringen. Doch standen die Frauen auch in dieser Krise ihren Mann.⁷⁹

Von den Erziehungsanstalten waren vor allem die Hünenburg bei Melle und der Kalandshof in Rotenburg/Wümme von Einberufungen betroffen.⁸⁰ Der Versuch, an ihrer Stelle Kriegsbeschädigte einzusetzen, stieß auf mancherlei Schwierigkeiten,⁸¹ doch konnte der Betrieb in diesen Einrichtungen ebenso aufrechterhalten werden wie in den Armen-, Siechen- und Pflegehäusern in Rotenburg/Wümme, Neu-Erkerode, Oldenburg und dem St.-Jürgen-Asyl.⁸² Auch hier griff man auf Frauen zurück, wenn auch mit Bedenken: „Ganz allein auf weibliche Aushilfe konnten sie sich nicht einstellen; es gibt da an den männlichen Pfleglingen so manchen Dienst zu tun, den man Frauen nur schwer zumuten kann.“⁸³ Schließlich bewältigte man die Arbeit mit ganz alten und ganz jungen Aushilfen, weiblichen Hilfskräften und „Ausländern“.⁸⁴

Die Arbeit im Stephansstift

Ein Blick in die Statistiken des Stephansstifts für die Jahre von 1914 bis 1918 zeigt, dass die Arbeit in den Kriegsjahren keineswegs eingeschränkt wurde. Im Gegenteil: In den beiden Siechenhäusern wurde die Arbeit im bisherigen Umfang fortgeführt, auf dem Knabenhof und in der Erziehungsanstalt für Handwerks- und Landwirtschaftslehrlinge wurde die Arbeit sogar erheblich ausgeweitet. Dieser Befund ist umso überraschender, als sich das Stephansstift – wie auch andere Einrichtungen der Inneren Mission – zu dieser Zeit vor drei große Problemkomplexe gestellt sah.

Erstens sorgte die massenhafte Einberufung von Brüdern, Handwerkern und Lehrern zum Militärdienst für einen bedrohlichen Personalengpass. Die Lücken mussten durch den Einsatz von Erzieherinnen und Lehrerinnen, Kriegsversehrten und anderen Aushilfskräften notdürftig geschlossen werden.

Zweitens hatte das Stephansstift mit ernstern Ernährungsproblemen zu kämpfen. Dies mag auf den ersten Blick verwundern, verfügte das Stift doch über eine eigene Landwirtschaft, die durch den Kauf des Gutes Kronsberg noch beträchtlich vergrößert worden war – Kronsberg verfügte über 660 Morgen eigenes und fünfzig Morgen gepachtetes Land, die Landwirtschaft des Stephansstifts war zwar verkleinert worden, konnte aber immer noch

78 Jahresbericht 1915, S. 6.

79 Jahresbericht 1916, S. 5f.

80 Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 161.

81 Jahresbericht 1915, S. 6.

82 Oehlkers, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 161.

83 Jahresbericht 1915, S. 6.

84 Jahresbericht 1916, S. 6.

auf 250 Morgen landwirtschaftlicher Nutzfläche zurückgreifen.⁸⁵ Das Problem war, dass das Stephansstift auf dem Gebiet der Stadt Hannover lag, Gut Kronsberg hingegen im Landkreis Hannover, so dass die Grenze zwischen Stadt und Landkreis „wie ein unübersteigliches Hindernis zwischen uns und unserer eignen Ernte“⁸⁶ stand. Nur in Bezug auf das Brotgetreide war das Stephansstift zusammen mit seiner Kronsberger Außenstelle als Selbstversorger amtlich anerkannt. Für die übrigen landwirtschaftlichen Produkte galt dies zunächst nicht. Das hatte zur Folge, dass die im Jahr 1916 auf Gut Kronsberg geernteten Kartoffeln, mit denen das Stift fest gerechnet hatte, an anderer Stelle abzuliefern waren, so etwa in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhagen. Das Stephansstift war hingegen bei der Belieferung mit Kartoffeln auf die Stadt Hannover angewiesen; von dort aber erhalte man, so klagte Paul Oehlkers in seinem Bericht über das Jahr 1916, „nur drei Pfund die Woche, und manchmal auch gar nichts. Das geht, so lange die Steckrüben vorhalten; aber wie es dann werden soll, wissen wir noch nicht.“⁸⁷ Ansonsten hatte man im Stephansstift Vorsorge getrieben, etwa verstärkt Gemüse angebaut, so „dass die Ernährung unserer Anstaltsinsassen bisher leidlich war.“⁸⁸ Wegen der „großen Knappheit an Fett und Butter“⁸⁹ hatte man zudem eine kleine Molkerei eingerichtet, so dass man auch in diesem Bereich Selbstversorger war. Wichtig war auch, dass das Landesdirektorium das Stephansstift an den Bezirkseinkauf angeschlossen hatte: „So dürfen wir hoffen, unsere ewig hungrigen Jungen und Alten durchzubringen.“ Mangelware waren Kartoffeln, Kohlen, Holz und Petroleum – sie wurden genau abgewogen. „Wie manche Stunde wird damit zugebracht, dass wir bis ins Kleinste ausrechnen, wie viel Butter und Fett und Fleisch und Kartoffeln wir einem jeden der 700 Menschen zuteilen dürfen, die bei uns zu Tische gehen“, hieß es im Juni 1916. „Wir bekommen ja jetzt alles zugeteilt wie andere auch. Insbesondere werden die Kartoffeln schmerzlich vermisst.“⁹⁰ So war die Lage auch noch im Steckrübenwinter 1916/17 – mit fatalen Folgen für die Siechenhäuser des Stephansstifts, wie noch zu zeigen sein wird. Eine Änderung trat erst im März 1917 ein, als der Präsident des Kriegsernährungsamtes das Stephansstift mit seinem Gut Kronsberg „trotz der hindernden Kreisgrenze als eine Wirtschaftseinheit“ anerkannte – erleichtert nahm man im Stephansstift die Nachricht auf, dass man sich nun „hinüber und herüber gegenseitig aushelfen“⁹¹ durfte. Hinzu kam eine gute Kartoffelernte, „so dass wir es mit der Versorgung unserer großen Anstaltsgemeinde in diesem letzten Winter [1917/18] viel leichter hatten, zumal auch die gemeinsame Selbstver-

85 Wilhelm Backhausen, Jubiläumsbericht und Jahresbericht der Erziehungsanstalt, in: Monatsbote 40 (1919), S. 95–100, S. 95.

86 Jahresbericht 1916, S. 15.

87 Ebd., S. 16.

88 Ebd., S. 14.

89 Ebd., S. 15. Danach auch das folgende Zitat.

90 Brief aus dem Stift, 10.6.1916, in: Monatsbote 37 (1916), S. 106–108, S. 107.

91 Brief aus dem Stift, 31.3.1917, in: Monatsbote 38 (1917), S. 40–42, S. 41.

sorgung mit Kronsberg uns weiter gestattet worden ist.“⁹² So konnte Gut Kronsberg fortan das „Mutterhaus Stephansstift zum großen Teil mit Nahrungsmitteln versehen.“⁹³

Drittens führte der Krieg zu desolaten Finanzverhältnissen. Vor allem die Kosten für Lebensmittel liefen infolge immenser Preissteigerungen völlig aus dem Ruder. 1916 rettete *Georg Heintze*, Generaldirektor der Döhrener Wollwäscherei und -kämmerei AG, das Stephansstift, indem er ihm ein Darlehen in Höhe von 250.000 Mark als Vorschuss auf eine vom Provinzialausschuss bewilligte Hypothek gewährte, die erst nach dem Krieg ausbezahlt werden konnte.⁹⁴ Trotzdem ging das Stephansstift mit einem Defizit von rund 85.500 Mark in das Jahr 1917. Obwohl man einen weiteren Kredit in Höhe von 51.400 Mark aufnahm, blieb am Ende des Jahres 1917 ein Defizit von 50.100 Mark.⁹⁵ Am Ende des Jahres 1918 waren es 34.800 Mark.⁹⁶

„Die Engelländer bringen uns noch alle unter die Erde!“ – Die Siechenhäuser

Die wenigen freien Plätze in den beiden Siechenhäusern des Stephansstifts wurden nach Kriegsbeginn rasch aufgefüllt. „So mancher alte Vater, der bisher bei den Kindern hatte wohnen können, musste Unterkunft bei uns suchen.“⁹⁷ Am 1. Januar 1915 lebten in den beiden Siechenhäusern 106 pflegebedürftige Männer, am 1. Januar 1916 waren es 103. Ein Jahr später, am 1. Januar 1917 zählte man 109 Bewohner, am 1. Januar 1918 schließlich 86.⁹⁸ Hinter diesen Zahlen verbirgt sich – wie noch zu zeigen sein wird – eine starke Fluktuation, verursacht durch eine hohe Sterblichkeit.

Erste Probleme traten im Jahr 1916 auf. Das Alte Siechenhaus litt unter dem beständigen Wechsel der Brüder und Pfleger. „Es war nur gut, dass einige unserer Insassen noch rüstig genug sind, um selbst mit Hand anzulegen bei der Hausreinigung und der Versorgung der Schwachen und dass sie auch fröhlich willig dazu waren.“⁹⁹ Im Neuen Siechenhaus stellte sich die Personalsituation günstiger dar. Hier übernahm zu Ostern 1916 Bruder *Eduard Witolin* (* 1876) das Amt des Hausvaters – er war als erster der Petersburger Brüder im Stephansstift ausgebildet worden, hatte vor dem Krieg als Auswanderermissionar in Libau gearbeitet, war dann als russischer Soldat gefangengenommen, in das Kriegsgefangenenlager in Blankenburg am Harz verbracht und dem Stephansstift zur Verfügung gestellt worden. Zusammen mit den beiden anderen Kriegsgefangenen, den Brüdern Ernst Loderaud und

92 Jahresbericht 1917, S. 55.

93 Wilhelm Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt Kronsberg für 1917, in: Monatsbote 39 (1918), S. 57–59, S. 58.

94 Jahresbericht 1916, S. 18.

95 Jahresbericht 1917, S. 55; Kassenbericht, in: Monatsblatt 39 (1918), S. 65f.

96 Kassenbericht, in: Monatsblatt 40 (1919), S. 110f.

97 Oehlkens, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 157.

98 Statistische Nachrichten über das Jahr 1915, S. 11f.; Statistische Nachrichten über das Jahr 1916, S. 31; Statistik des Jahres 1917, S. 64; Statistik des Jahres 1918, S. 109. Auf das Neue Siechenhaus entfielen jeweils 17 Bewohner.

99 Jahresbericht 1916, S. 12.

Johann Kütt, sowie zwei Pflegerinnen betreute Witolin das Neue Siechenhaus.¹⁰⁰ Zu dieser Zeit war die Versorgungslage noch zufriedenstellend, das Bödekerfest und der Hotoptag¹⁰¹ fanden noch statt. Dennoch gab es erste Klagen von Seiten der Bewohner.

„Das Mittagessen, das noch immer reichlich und gut gegeben werden kann, achten sie nicht so hoch: Frühstück und Vesper wären ihre Lieblingsmahlzeiten; dass die verkürzt werden müssen, dünkt ihnen eine schreiende Ungerechtigkeit zu sein. Wenn dann noch strenge Kälte hinzukommt, wie in der letzten Zeit, dann hört man drüben nicht bloß Klagen, sondern auch wohl Murren und Schelten.“¹⁰²

Obwohl man in den Siechenhäusern viele Schwerkranke habe, hieß es im Jahresbericht 1916, gebe es im Durchschnitt nicht mehr Todesfälle als sonst.¹⁰³ Tatsächlich zählte man im Jahr 1916 in den beiden Siechenhäusern 21 Todesfälle bei insgesamt 137 Verpflegten (15,3 Prozent) – das war exakt derselbe Wert wie im Jahre 1915.¹⁰⁴

Im Steckrübenwinter 1916/17 spitzte sich die Situation indessen dramatisch zu. Unzureichende Ernährung, strenge Kälte und eine epidemische Lungenentzündung forderten zahlreiche Opfer unter den alten, chronisch kranken und behinderten Männern. Bis zum 31. März 1917 hatten auf dem Friedhof des Stephansstifts bereits 29 Beerdigungen stattgefunden, mehr als doppelt so viele wie sonst in einem ganzen Jahr. „Ja es ist eine schwere Zeit für unsere Alten!“¹⁰⁵ kommentierte Paul Oehlkers:

„Wenn wir es auch hier in der Anstalt noch immer besser haben, als viele andere in den Großstädten, so können sich doch die Alten schwer an die veränderte Kost gewöhnen. Besonders aber haben sie gelitten unter der Kälte dieses harten Winters und rauen Frühlings. Wegen Kohlenmangels konnten wir nicht alle Räume heizen, die wir sonst zu heizen pflegten. Von den sechs großen Siechenstuben waren nur zwei warm. Da drängten sie sich zusammen. [...] ‚Die Engelländer bringen uns noch alle unter die Erde!‘ hat mancher ingrimmig geseufzt.“¹⁰⁶

100 Ebd., S. 13.

101 Im Jahre 1907 wurde durch eine Stiftung der Frau Hauptlehrer *Hotop* die festliche Gestaltung des Hotoptages am 29. Juni ermöglicht. Jahresbericht 1907, S. 84.

102 Jahresbericht 1916, S. 12.

103 Ebd.

104 Statistische Nachrichten über das Jahr 1915, S. 11f. (Todesursachen bei 18 Todesfällen im alten Siechenhaus: „3 Altersschwäche, 3 Rückenmarksleiden, 3 Wassersucht, 3 Lungenentzündung und Bronchitis, 2 Schlaganfall, 2 Krebs, 1 Zuckerharnruhr, 1 Magen- und Darmleiden“); Statische Nachrichten über das Jahr 1916, S. 31 (Todesursachen bei 17 Todesfällen im Alten Siechenhaus: „7 Altersschwäche, 5 Erkrankungen der Luftwege, 2 Rückenmarksleiden, 1 Gelenkentzündung, 1 Schlaganfall, 1 Herzschlag“).

105 Brief aus dem Stift, 31.3.1917, S. 40f.

106 Ebd., S. 41.

Im Jahre 1917 starben schließlich 57 Bewohner der beiden Siechenhäuser bei insgesamt 161 Verpflegten (35,4 Prozent).¹⁰⁷ 1918 gab es im Alten Siechenhaus nochmals 26 Tote bei 122 Verpflegten (21,3 Prozent), im Neuen Siechenhaus starben zwei Bewohner.¹⁰⁸

Die deutlich erhöhten Sterberaten in den Siechenhäusern des Stephansstifts waren kein Einzelfall. Während des Ersten Weltkriegs waren die Insassen aller „totalen Institutionen“¹⁰⁹ – Heil- und Pflegeanstalten, Psychiatrien, Kriegsgefangenenlager und Gefängnisse – von reduzierter, minderwertiger, teilweise kaum verdaulicher, manchmal auch verdorbener Kost betroffen.¹¹⁰ Da die Insassen derartiger Einrichtungen keinerlei Möglichkeit hatten, sich auf dem Schwarzmarkt zu versorgen, waren sie einzig und allein auf die Normalrationen angewiesen, die kaum zum Überleben hinreichten. Je länger der Krieg dauerte, je mehr Soldaten starben und je mehr die Bevölkerung hungerte, umso mehr rückten die Insassen totaler Institutionen an das untere Ende der Ernährungshierarchie.

Die „größte deutsche Erziehungsanstalt für Schwachbegabte“ – Der Knabenhof

Auf dem Knabenhof herrschte nach Kriegsbeginn drangvolle Enge. Das soeben fertiggestellte neue Knabenhaus konnte nicht bezogen werden, weil hier die Landwirtschaftslehrlinge vom Ackerhof, der, wie bereits erwähnt, in ein Lazarett umgewandelt wurde, untergebracht werden mussten. Die Brüder, die aus dem ebenfalls zum Lazarett umgerüsteten Brüderhaus ausquartiert worden waren, kamen in der Alten Schule unter, was den Raum auf dem Knabenhof weiter verknappte. „Da heißt es zusammenrücken, und das ist bei unseren unruhigen, zappeligen Jungen im Knabenhof nicht ganz leicht.“¹¹¹ Trotz der desolaten Raumsituation nahm die Zahl der Jungen auf dem Knabenhof stetig zu, von 176 (1. Januar 1914) auf 183 (1. Januar 1915), 200 (1. Januar 1916), 258 (1. Januar 1917) und schließlich auf 276 (31. März 1917).¹¹² Pastor Hermann Müller erklärte dieses Wachstum damit, dass der Knabenhof sich zu einer „Spezialanstalt für Schwachbegabte und Schwachsinnige“ entwickelt habe – mittlerweile sei er die wohl „größte deutsche Erziehungsanstalt für

107 Im Alten Siechenhaus zählte man 48 Tote bei 132 Verpflegten, im Neuen Siechenhaus neun Tote bei 29 Verpflegten. Jahresbericht 1917, S. 54; Statistik des Jahres 1917, S. 63f.

108 Statistik des Jahres 1918, S. 108f. Die Zahl der insgesamt Verpflegten im Neuen Siechenhaus wird nicht genannt.

109 Vgl. Erving Goffman, *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt am Main 1961.

110 Vgl. allg.: Heinz Faulstich, *Hungersterben in der Psychiatrie 1914–1949. Mit einer Topographie der NS-Psychiatrie*, Freiburg 1998, S. 25–68.

111 Oehlkens, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 157.

112 Hermann Müller, Jahresbericht des Knabenhofes, in: Monatsbote 36 (1915), S. 129–133, S. 129; Statistische Nachrichten über das Jahr 1915, S. 12; Hermann Müller, Jahresbericht des Knabenhofes, in: Monatsbote 38 (1917), S. 25–29, S. 25; Hermann Müller, Aus dem Jahresbericht unserer Erziehungs-Anstalten, in: Monatsbote 38 (1917), S. 63–66, S. 63; Hermann Müller, Jahresbericht des Knabenhofes für 1917, in: Monatsbote 39 (1918), S. 60–62, S. 60.

Schwachbegabte“.¹¹³ Mit dieser Entwicklung, so Müller weiter, gehe ein erhöhter Pflege- und Betreuungsaufwand einher. Viele der Jungen waren Bettnässer,¹¹⁴ durchgehend wurde ein hoher Grad an „Verwahrlosung“ konstatiert, manche Jungen neigten zu „Wutausbrüchen, Rohheiten und Grausamkeiten“.¹¹⁵ Obwohl es der Knabenhof zunehmend mit besonders erziehungsschwierigen Kindern zu tun bekam, stieg die Belegungsziffer weiter an. Am 1. Januar 1918 lebten auf dem Knabenhof bereits 311 Jungen, zu Ostern 1918 war mit 328 Jungen der höchste Stand in der Geschichte des Knabenhofs erreicht.¹¹⁶

Auch auf dem Knabenhof gab es massive Personalprobleme. Gleich zu Beginn des Krieges wurden zwei Lehrer und fünf Brüder eingezogen und weitere sieben Brüder für den Dienst in der freiwilligen Krankenpflege freigestellt. Zunächst wurden an ihrer Stelle jüngere oder landsturmpflichtige Brüder zur Aushilfe eingesetzt, die aber auch alle nach und nach eingezogen wurden. So war man genötigt, sich nach weiblichen Hilfskräften umzusehen, eine Möglichkeit, die bereits vor dem Krieg in Erwägung gezogen worden war. Seit März 1915 wurden auf dem Knabenhof einzelne Erzieherinnen eingesetzt. „Die schwierigsten Jungen behielten allerdings die Brüder solange als möglich; sie Frauenhänden anzuvertrauen, wagten wir anfangs nicht.“¹¹⁷ Zu Beginn scheint es wohl auch Disziplinprobleme gegeben zu haben: „Manchem Jungen, der daheim der Mutter und dem Vater nicht mehr hatte gehorchen wollen, kam es anfangs sonderbar vor, dass er sich nun von einer Frau sollte wieder leiten lassen. Es erschien ihm fast ehrenwidrig.“¹¹⁸ Ab November 1915 war man dann aber „ganz auf Frauenhände angewiesen.“¹¹⁹ In den Häusern des Knabenhofs waren nun insgesamt 15 Erzieherinnen eingesetzt. Nur der Hausvater blieb auf seinem Posten, was – wie Pastor Hermann Müller meinte – zur Aufrechterhaltung der Disziplin notwendig war: „Unsere schwierigen Jungen können freilich die feste Männerhand nicht entbehren, aber solange sie wissen, dass die Erzieherin sich jeden Augenblick an den Hausvater oder Vorsteher wenden kann, werden auch die schwierigen Burschen sich fügen.“ Nach einem Jahr zog Müller eine durchaus positive Bilanz. Zwar hatten nicht alle der auf dem Knabenhof eingesetzten Frauen durchgehalten – eine gab sogar schon am ersten Tag auf –, doch sorgten die mittlerweile 18 Erzieherinnen dafür, den Betrieb in den völlig überbelegten Knabenhäusern aufrechtzuerhalten.¹²⁰ Auch die Hilfsschule konnte nur in vollem Umfang fortgeführt werden, weil mehrere Lehrerinnen eingestellt wurden. So hatte man die 6. Hilfsschulklasse zu Ostern 1915 wegen Lehrermangels auflösen müssen, konnte sie aber

113 Hermann Müller, Aus dem Jahresbericht unserer Erziehungs-Anstalten, in: Monatsbote 38 (1917), S. 63–66, S. 64.

114 33 Jungen nässten ständig ein, 14 häufig und 41 gelegentlich.

115 Müller, Aus dem Jahresbericht unserer Erziehungs-Anstalten (1917), S. 65.

116 Hermann Müller, Jahresbericht des Knabenhofes, in: Monatsbote 40 (1919), S. 100–102, S. 100, 102; Statistik des Jahres 1918, in: Monatsbote 40 (1919), S. 107–111, S. 109.

117 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1916), S. 40.

118 Jahresbericht 1916, S. 26f.

119 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1916), S. 41. Danach auch das folgende Zitat.

120 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1917), S. 26.

nach kurzer Zeit wieder neu einrichten, weil eine Lehrerin, die zuvor an einer deutschen Schule in Südafrika unterrichtet hatte, das Kollegium verstärkte.¹²¹ Bemerkenswert ist, dass die Hilfsschule mitten im Krieg eine zusätzliche Aufgabe übernahm: 1916 wurde erstmals ein Kursus für „Sprachgebrechliche“¹²² durchgeführt.

Angesichts der drangvollen Enge in den Knabenhäusern, des hohen Betreuungsaufwandes und der Personalnot griff man auch in der Kriegszeit auf die Möglichkeit zurück, Jungen, mit denen man nicht fertig wurde, in andere Einrichtungen abzuschieben. Leider habe man wieder die Erfahrung machen müssen, so hieß es im Jahresbericht 1915, „dass wir manchen Kindern gegenüber selbst in solcher ernsten Zeit völlig ohnmächtig sind. Wir haben auch in diesem Jahre ein paar Kinder an andere Anstalten abgeben müssen.“¹²³ Noch immer führte Dr. Otto Mönkemöller regelmäßige psychiatrische Untersuchungen auf dem Knabenhof durch, in deren Folge einzelne Zöglinge in die „Idiotenanstalt“ in Langenhagen verlegt wurden.¹²⁴ Auch die fortschreitende innere Differenzierung der Abteilung für die schulpflichtigen Jungen dürfte eine Reaktion auf die Alltagsprobleme der Kriegszeit gewesen sein. Nach dem Umzug Wilhelm Backhausens und seiner Familie auf das Gut Kronsberg im Januar 1916 zog der Leiter des Knabenhofs, Pastor Hermann Müller, in das Haus Freienwalde ein. Gleichzeitig entstand in den unteren Räumen des Hauses Freienwalde eine „Aufnahme- und Beobachtungsstation für Schulknaben“.¹²⁵ Daneben wurden nun die „Schwererziehbaren“ abgesondert und als eine gesonderte „Familie“ im neuen Knabenhaus zusammengefasst. „Die Häuser atmeten auf“,¹²⁶ stellte Müller fest. 1917 schließlich wurden „für dauernd zur Entweichung neigende Knaben [...] besondere Vorrichtungen“¹²⁷ getroffen. Worin diese Vorrichtungen bestanden, geht aus den Quellen nicht hervor, im Jahresbericht 1918 heißt es lediglich, die „geschlossene Station“ habe sich bewährt.¹²⁸

Im Laufe des Jahres 1915 nahmen auch auf dem Knabenhof die Versorgungsschwierigkeiten zu. Besonders die Verringerung der Brot- und Kartoffelrationen machte sich empfindlich bemerkbar. „Da muss anerkannt werden, mit welcher Bereitwilligkeit sich unsere Jungen im Allgemeinen mit dieser Notlage abfanden“, hob Pastor Hermann Müller hervor, um dann gleich fortzufahren: „Natürlich gab’s auch einige, die da murrten und andere, die

121 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1916), S. 41. Zu dieser Zeit waren an der Hilfsschule vier Lehrerinnen und zwei Lehrer tätig. Im Jahr darauf fing eine Sprachlehrerin, die 27 Jahre lang in Frankreich tätig gewesen war, in der Hilfsschule an. Müller, Jahresbericht des Knabenhofes für 1917 (1918), S. 60.

122 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1917), S. 27. 1917 fand erneut ein „Stotterkursus“ statt. Müller, Jahresbericht des Knabenhofes für 1917 (1918), S. 60.

123 Hermann Müller, Aus dem Jahresbericht des Knabenhofes, in: Monatsbote 37 (1916), S. 104–106, S. 106.

124 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1916), S. 43.

125 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1917), S. 25.

126 Ebd., S. 26.

127 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes für 1917 (1918), S. 60.

128 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1919), S. 100.

auf unerlaubte Weise ihren Mundvorrat zu ergänzen wussten.“¹²⁹ Hier muss man die Quelle gegen den Strich lesen: Der Hinweis auf Lebensmitteldiebstähle deutet darauf hin, dass die Jungen trotz der Beteuerung Müllers Hunger litten. Einstweilen standen Versorgungsengpässe bei Schuhen, Kleidern und Wäsche im Vordergrund. „Im Sommer liefen die gesunden Kinder barfuß, auch in der Schule erschienen sie mit nackten Beinen. Pantoffeln, selbst Holzschuhe sind wieder zu Ehren gekommen, durch Benagelung mit Lederabfällen wurden sie noch dauerhafter gemacht.“¹³⁰ 1916 verschärfte sich dann auch auf dem Knabenhof die Ernährungssituation. „Als Dr. Mönkemöller zur psychiatrischen Untersuchung neulich bei uns war, da musste er doch auch feststellen, dass die Fettpölsterchen, welche sich bei unsern Jungen im Knabenhof anzusetzen pflegten und auf die wir als Zeichen guter und reichlicher Ernährung recht stolz waren, durchweg geschwunden sind. Aber noch leidet keiner wirkliche Not!“¹³¹ Tatsächlich kam es auf dem Knabenhof bis gegen Ende des Krieges nur zu vereinzelt Todesfällen. Im Herbst 1918 erfasste allerdings eine Grippeepidemie den Knabenhof – ob es sich um Ausläufer der Spanischen Grippe handelte, muss offen bleiben. Zeitweilig waren 200 Jungen und auch mehrere Erzieherinnen erkrankt. Es entstand eine überaus kritische Situation, zumal „ärztliche Hilfe trotz der Nähe der Großstadt nur schwer zu erreichen war.“¹³² Drei Jungen starben.

„... das Hinhalten des Anstaltslebens, das Abwelken der Erzieherfreudigkeit, das Verlöschen lebensfroher Spiele“ – Die Erziehungsanstalt für Handwerks- und Landwirtschaftslehrlinge

„Wir hatten uns selbstverständlich als gute Deutsche, die alles vorsorgen, schon lange allerlei Gedanken über das Schicksal unserer Anstalt im Fall eines Krieges gemacht“,¹³³ berichtete Wilhelm Backhausen im Mai 1915. Eine Zeitlang sei man der Meinung gewesen, man müsse die Landwirtschaftsabteilung schließen „und alle unsere Jungen aufs Land schicken, da unser Ackerhof in ein Lazarett verwandelt werden sollte und die Mehrzahl unserer Erzieher voraussichtlich der Fahne würden folgen müssen.“ Man habe sich nicht vorstellen können, dass die Fürsorgeerziehung in denselben Bahnen fortgeführt werden könnte wie in Friedenszeiten. „Der moderne Krieg erschien uns ohne weiteres als ein Zerstörer aller Wohlfahrtseinrichtungen.“ Stattdessen, so stellte Backhausen mit Genugtuung fest, habe das preußische Abgeordnetenhaus eine Novelle des Fürsorgeerziehungsgesetzes

129 Müller, Aus dem Jahresbericht des Knabenhofes (1916), S. 104f. Vgl. auch: Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1916), S. 41.

130 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1916), S. 43.

131 Brief aus dem Stift, 10.6.1916, S. 107.

132 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1919), S. 100.

133 Wilhelm Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt, in: Monatsbote 36 (1915), S. 122–128, S. 122. Danach auch die folgenden Zitate.

vorgenommen, von der sich der Pastor viel versprach.¹³⁴ Auch wenn sich die in die Novelle gesetzten Erwartungen letztlich nicht erfüllten, so stieg doch die Belegungsziffer der Landwirtschafts- und Handwerksabteilung für schulentlassene Fürsorgezöglinge nach einem vorübergehenden Rückgang zu Kriegsbeginn kräftig an, von 93 am 1. Januar 1915 auf 102 (1. Januar 1916), 160 (1. Januar 1917) und schließlich auf 211 (1. Januar 1918).¹³⁵ Mit anderen Worten: Die Zahl der Zöglinge hatte sich mehr als verdoppelt – was auch eine Folge der Eröffnung der Außenstelle auf Gut Kronsberg war, wo im Laufe des Krieges bis zu neunzig Jungen unterkamen.

Zu Kriegsbeginn hatten die Handwerks- und Landwirtschaftslehrlinge ihre Unterkünfte im Ackerhof, in der Klausen und im Haus Freienfelde. Mit der Umwandlung des Ackerhofs in ein Lazarett mussten die Landwirtschaftslehrlinge das Gebäude räumen, sie zogen, wie bereits erwähnt, in das neue Knabenhaus um, wo sie einerseits sehr eng zusammenrücken mussten, andererseits aber einen ganz ungewohnten Komfort genossen – „elektrisches Licht, Zentralheizung und W.C. Ungeahnte Kulturfortschritte!“¹³⁶ Am 15. November 1915 konnte das erste Zöglingshaus auf Gut Kronsberg bezogen werden, bis zum Jahresende siedelten 27 Jugendliche hierher über.¹³⁷ Im Januar 1916 war das Haupthaus hergerichtet, hier zog Wilhelm Backhausen mit seiner Familie ein, auch kam das Büro der Erziehungsanstalt in diesem Haus unter.¹³⁸ Am 1. Februar 1916 folgte dann die Eröffnung des zweiten Zöglingshauses (Haus Jöllenbeck).¹³⁹ Geplant waren weiterhin ein drittes und viertes Zöglingshaus, eine Wäscherei, eine Turnhalle und zusätzliche Arbeitsräume, doch ließen sich diese Bauvorhaben bis Kriegsende nicht verwirklichen. Immerhin konnte am 2. Advent 1917 die Kapelle auf Gut Kronsberg eingeweiht werden.¹⁴⁰

Durch die Inbetriebnahme der Erziehungsanstalt Kronsberg wurde das Stephansstift entlastet. Die Handwerkslehrlinge sowie die Zöglinge der verkleinerten landwirtschaftlichen Abteilung lebten noch immer im neuen Knabenhaus und in der Klausen.¹⁴¹ Die Raum-

134 Vgl. Wilhelm Backhausen, Krieg und Erziehung, in: Monatsbote 36 (1915), S. 206–208, S. 207: Die am 3. August 1915 in Kraft getretene Novelle habe endlich „der vorbeugenden Wirkung dieses Gesetzes freien Raum gegeben.“ Vor allem könne der Kindesmisshandlung jetzt besser begegnet werden. Der Wortlaut der Novelle findet sich in: Wilhelm Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt, in: Monatsbote 37 (1916), S. 37–40, S. 39. An dieser Stelle wird auch mit Ernüchterung festgestellt, dass die Novelle keine nennenswerte Auswirkung gehabt habe. Ebd., S. 40.

135 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1915), S. 127; Statistische Nachrichten über das Jahr 1915, S. 12; Wilhelm Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt für 1916, in: Monatsbote 38 (1917), S. 19–24, S. 24; Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt Kronsberg für 1917 (1918), S. 57; Statistik des Jahres 1918, S. 109.

136 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1915), S. 123. Man hatte tatsächlich gezögert, elektrisches Licht auf dem Knabenhof einzuführen, denn: „Wir wollen nicht vergessen, dass wir unsere Kinder für einfache Verhältnisse erziehen.“ Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1916), S. 42.

137 Wilhelm Backhausen, Die ersten Tage auf Kronsberg, in: Monatsbote 36 (1915), S. 224–227.

138 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt für 1916 (1917), S. 20.

139 Ebd., S. 19.

140 Jahresbericht 1917, S. 55.

141 Müller, Aus dem Jahresbericht unserer Erziehungs-Anstalten (1917), S. 65.

situation entspannte sich aber erst nach der Freigabe des Ackerhofs im Januar 1917. Hier wurden nun die Zöglinge aus dem neuen Knabenhaus untergebracht und eine Krankenstation eingerichtet, für die eine Krankenschwester eingestellt wurde.¹⁴² Die Werkstätten im Stephansstift konnten ihren Betrieb die gesamte Kriegszeit hindurch aufrechterhalten, wenn auch „mit verminderten Kräften“,¹⁴³ da mehrere Meister zum Militär einberufen wurden. Einige Arbeitslose, darunter Vertriebene aus Ostpreußen, wurden als Hilfskräfte eingestellt, verschiedene Altgesellen nahmen ihre Arbeit im Stephansstift wieder auf.¹⁴⁴

Auch in der Erziehungsanstalt für die schulentlassenen Jugendlichen war die Personalsituation prekär. Gleich zu Kriegsbeginn mussten sechs von neun Erziehungsgehilfenstellen geräumt werden. Die entstandenen Lücken beim Personal wurden durch „ältere und ‚stiftserfahrene‘ Jungen“¹⁴⁵ geschlossen, „die als Assistenten der wenigen zurückgebliebenen Brüder sozusagen die Funktionen von Korporalschaftsführern ausübten und zwar in ‚Klause‘ und ‚Freienfelde‘ je einer, im ‚Ackerhof‘ drei.“ Im Gegenzug wurden den „Assistenten“ kleine Privilegien eingeräumt: „Wir haben ihnen beim Essen einen Platz am Brudertisch und monatlich eine kleine Geldprämie für ihre Dienste gewährt und ihnen auch in dieser Hinsicht das Gefühl, befördert zu sein, gestärkt.“ Dieses System, so stellte Wilhelm Backhausen fest, funktioniere viel besser als die bis dahin praktizierte Einsetzung von „Stubenältesten“, man hatte sogar vor, das neue System „in die kommende Friedenszeit als dauernde Hilfseinrichtung hinüber[zu]retten.“ Bis in das Jahr 1916 hinein gelang es, jedes Haus und jede „Familie“ der Lehrlingsabteilung mit einem leitenden Bruder zu besetzen.¹⁴⁶ Dann musste man auf Hilfskräfte zurückgreifen, vor allem auf Gut Kronsberg, wo sich fünf Brüder einer stetig steigenden Zahl von Zöglingen gegenübergestellt sahen. Hier versuchte man, die Lücken mit Kriegsversehrten zu schließen, von denen indessen mehrere als untauglich entlassen werden mussten. Andere gingen von sich aus, weil ihnen die Arbeit nicht zusagte. Ende 1917 waren noch sieben Kriegsversehrte in der Erziehungsanstalt Kronsberg tätig.¹⁴⁷ Um die gelockerte Aufsicht auszugleichen, wurde ein „Prämienystem“ für die Zöglinge eingeführt, das es ihnen ermöglichte, „je nach Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit ein kleines Taschengeld anzusammeln, über das sie frei verfügen.“¹⁴⁸ Seit Herbst 1917 arbeiteten 15 Kronsberger Jungen im Rahmen des Kriegshilfsdienstes unter Leitung eines Bruders in einer Wagenfabrik in Laatzen – ein Experiment, das die Verantwortlichen nicht gerne

142 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt Kronsberg für 1917 (1918), S. 59.

143 Oehlkens, Brief aus dem Stift, 20.9.1914, S. 158.

144 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1916), S. 39; Jahresbericht 1916, S. 16.

145 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1915), S. 125. Danach auch die folgenden Zitate.

146 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1916), S. 39.

147 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt Kronsberg für 1917 (1918), S. 59. Zu den Kriegsversehrten auch: Backhausen, Jubiläumsbericht und Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1919), S. 96.

148 Backhausen, Jubiläumsbericht und Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1919), S. 99. Bis dahin waren 7.000 Mark für diese Prämien ausgegeben worden.

fortsetzen wollten, da die Arbeitskraft der Zöglinge in der eigenen Landwirtschaft dringend gebraucht wurde.¹⁴⁹

Zusätzlich zu den allgegenwärtigen Personalproblemen hatte die Erziehungsanstalt ein Leitungsproblem, das sich im Laufe des Krieges weiter zuspitzte. Wilhelm Backhausen musste seit seiner Übersiedlung nach Kronsberg die im Stephansstift verbliebene Abteilung der Erziehungsanstalt aus der Ferne leiten. Dabei war ihm der für die Handwerks- und Landwirtschaftslehrlinge im Stephansstift zuständige Hausvater *Wilhelm Riemenschneider* (* 1877) eine wichtige Stütze. Dieser starb jedoch im Jahre 1916, kurz darauf erkrankte Backhausen schwer und fiel monatelang aus. Für einige Zeit musste die Erziehungsanstalt faktisch ohne Leitung auskommen.¹⁵⁰

Hatte man vor dem Krieg dem Fortbildungsunterricht der Handwerks- und Landwirtschaftslehrlinge eine große Bedeutung beigemessen, so überlegte man nach Kriegsbeginn, ob man den Unterricht nicht ganz einstellen sollte. Es zeigte sich jedoch, dass es möglich war, die Kriegsbegeisterung der Jugendlichen zu nutzen, um sie zum Lernen zu motivieren, wie Wilhelm Backhausen unter dem 5. November 1914 notierte:

„Heute haben wir uns aufgerafft, den Winterfortbildungsunterricht im Ackerhofe zu beginnen. Anfangs glaubten wir, darauf ganz verzichten zu müssen. Aber es ist gut, dass wir der Schwäche nicht nachgeben. [...] Unsere Jungen nehmen teilweise in überraschendem Maße Anteil an den Kriegsvorfällen und folgen mit Interesse dem Unterricht. Unser Lehrplan behandelt alle Fächer des Sachunterrichts (Zeitgeschichte, Naturkunde, Bürgerkunde, Lebenskunde, Deutsch, Rechnen) unter dem Gesichtspunkt der Kriegereignisse und bringt damit eine bis dahin unerreichbare Konzentration des Unterrichts zustande.“¹⁵¹

Auch in der Folgezeit nutzte man den Fortbildungsunterricht, um den „vaterländischen Geist der Jungmannschaft“ zu fördern. Regelmäßig wurden die Kriegereignisse im Unterricht besprochen, die Zöglinge lasen gemeinsam die „Deutsche Soldatenzeitung“.¹⁵² Der Unterricht wurde im weiteren Kriegsverlauf fortgesetzt, musste jedoch wegen des Lehrermangels eingeschränkt werden. Auf Gut Kronberg kam vorerst gar kein geordneter Fortbildungsunterricht zustande.¹⁵³

149 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt Kronsberg für 1917 (1918), S. 59. Das Gut Kronsberg verfügte über eigenes landwirtschaftliches Personal, darunter auch polnische Zivilgefangene, „die aus der Friedenszeit noch auf dem Gut zurückgeblieben waren“. Wilhelm Backhausen, Jubiläumsbericht und Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1919), S. 98.

150 Müller, Aus dem Jahresbericht unserer Erziehungs-Anstalten (1917), S. 65.

151 Backhausen, Aus dem Kriegstagebuche, in: Monatsbote 35 (1914), S. 201–205, S. 201.

152 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1915), S. 126.

153 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1916), S. 39; Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt Kronsberg für 1917 (1918), S. 58.

An die Fortbildungsschule schlossen sich die Übungen der neu gebildeten „Jugendwehr“ des Stephansstifts an. Leichtverwundete Unteroffiziere aus den Lazaretten übernahmen die militärische Ausbildung der Jungen, die das „Exerzieren in Gruppen, Zügen und das ‚Schwärmen‘“ erlernten. Am 25. Oktober 1914 hielt die Jugendwehr des Stephansstifts ihr erstes Manöver ab. Standen zunächst nur die Sonntagnachmittage für die Übungen der Jugendwehr zur Verfügung, so fanden nach Fertigstellung der neuen Turnhalle auf dem Knabenhof in der Winterzeit allabendliche „Exerzitionen nach militärischem Muster“¹⁵⁴ statt. Doch scheint die anfängliche Begeisterung rasch verflogen zu sein: „Das trockene Brot des Exerzierens in der Halle oder auf dem Spielplatz mündet auf die Dauer nicht so gut wie im Anfang“¹⁵⁵ räumte Backhausen ein, dem es darum ging, „das pädagogisch Wertvolle in der Jugendwehrebewegung in unsere Arbeit aufzunehmen, die Leistungsfähigkeit und Freude der Jungen zu mehren und auch uns Erzieher auf dem Gebiet der körperlichen Ausbildung tüchtiger zu machen.“ Dagegen wolle man im Stephansstift nicht „in Soldatenspielerei verfallen.“

Bitterer Ernst wurde der Krieg für jene Zöglinge, die als Soldaten ins Feld einrückten. In den ersten drei Monaten des Krieges zogen dreißig junge Männer aus der Landwirtschafts- und Handwerksabteilung als Freiwillige in den Krieg; sechs weitere kamen durch Aushebung hinzu. Ende 1914 standen von diesen 36, wie Wilhelm Backhausen stolz vermeldete, 29 „vor dem Feinde“, elf waren bereits verwundet, einer war gefallen, zwei hatten das Eiserne Kreuz erhalten.¹⁵⁶ Aufmerksam verfolgte Backhausen auch, wie sich die ehemaligen Zöglinge der Erziehungsanstalt als Soldaten schlugen. Von ihnen standen Ende 1914 insgesamt 150 „unter Waffen“, 26 waren verwundet, einer wurde vermisst, zwei waren gefangen genommen worden, sieben gefallen, neun hatten das Eiserne Kreuz erhalten. „Im Ganzen haben wir also elf Dekorierte“¹⁵⁷ hob Backhausen hervor. Das Stephansstift bemühte sich, die Verbindung mit den Feldsoldaten aus den Reihen der Zöglinge aufrechtzuerhalten. Der „Monatsbote“ wurde in einer Auflage von 1.300 Exemplaren ins Feld versandt, das „Hannoversche Sonntagsblatt“ in 5.500 Exemplaren.¹⁵⁸ Besonders wichtig war es Backhausen, die

154 Backhausen, Aus dem Kriegstagebuche (1914), S. 201.

155 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1915), S. 126. Danach auch die folgenden Zitate. Vgl. Wilhelm Backhausen, Krieg und Erziehung, S. 207; Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1916), S. 38 („Noch ist zu viel Äußerliches, zu viel Uniformklüngel und manchmal auch zu wenig erzieherische Energie in den deutschen Jugendwehren anzutreffen.“).

156 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1915), S. 123. Anfangs war Backhausen sehr skeptisch gewesen. Unter dem 4. August 1914 hatte er geschrieben: „Die Aushebungen beginnen schon. Meine Jungen drängen sich dazu. Es gilt aufzupassen, dass keine Übereilungen vorkommen. Vermieden werden sie aber doch nicht. Der Strom der Freiwilligen in Hannover ist ungeheuer. Wie viele tüchtige Jungen verlieren wir doch! Wie manche Ungeeignete schlüpfen mit durch!“ Wilhelm Backhausen, Brief aus dem Stift, in: Monatsbote 35 (1914), S. 131–133, S. 133.

157 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1915), S. 124.

158 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1916), S. 37. Etwa 1.250 Postkarten und Briefe der Soldaten seien eingegangen, hieß es an dieser Stelle.

Kameradschaft zwischen den im Felde stehenden Brüdern und ihren ehemaligen Zöglingen herauszustellen. „Sie treffen sich, sie suchen und finden sich.“¹⁵⁹

Breiten Raum in Backhausens Berichterstattung nahm die Ernährungsfrage ein. „Es ist ja im Anfang unsern Jungen nicht gerade leicht geworden, sich die Brotrationen auf mehr als die Hälfte herabsetzen zu lassen“,¹⁶⁰ räumte er in seinem Bericht über das Jahr 1914 ein. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hätten sich aber alle „willig in die Notlage“ gefügt. „Zu hungern brauchte noch niemand; aber umlernen mussten alle.“ Auch Backhausens Bericht über das Jahr 1915 versuchte, die Leserschaft zu beruhigen. Man habe vorsichtig gewirtschaftet, aber auch dafür gesorgt, dass die Zöglinge satt wurden. Die eingeschränkte Ernährung hatte noch keine Folgen gehabt.

„Trotz der Verkürzung der Brot- und Fettrationen haben unsere Jungen im Stephansstift noch immer eine Gewichtszunahme erfahren. Am 1. jeden Monats haben wir das Körpergewicht festgestellt. Nur einmal im Juni war durchschnittlich eine Gewichtsabnahme von 236 Gramm pro Kopf festzustellen. In den letzten Monaten des Jahres war die Zunahme eine besonders hohe, und wir haben da die Zuversicht geschöpft, dass unsere Küche sich den Anforderungen an eine gesunde Kriegsernährung vollkommen angepasst hat, und dass die Resultate jetzt keine geringeren mehr sind als in Friedenszeiten.“¹⁶¹

Es schließen sich jedoch Bemerkungen an, die – ähnlich den Berichten Müllers vom Knabenhof – darauf schließen ließen, dass die Zöglinge der Handwerks- und Landwirtschafts-abteilung durchaus Hunger litten:

„Leider können sich manche Jungen an die veränderte Lebensweise noch nicht gewöhnen und bilden sich ein, ein natürliches Recht darauf zu haben, sich andere verbotene Lebensmittelquellen zu eröffnen, wo das möglich ist. [...] Wir bekämpfen die diebischen Neigungen mit allem Ernst und besonderem Nachdruck, aber wir möchten an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam machen, dass die ‚Hams-tere‘ bei anderen Leuten in Stadt und Land nur das verschämt verhüllte Vorbild für grobe Brot- und Fettdiebstähle unserer Jungen ist.“¹⁶²

159 Backhausen, Aus dem Kriegstagebuche (1914), S. 202.

160 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1915), S. 126. Danach auch die folgenden Zitate.

161 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1916), S. 38.

162 Ebd. – Offenbar wurde im Stephansstift aber auch viel von der Hunger leidenden Bevölkerung gestohlen, wie ein Bericht aus dem Jahre 1917 belegt: „Wir haben denn auch die vielen Diebstähle, die uns wohl hätten betrüben und ärgern können, mit einem gewissen grimmigen Humor getragen. Was wurde nicht alles gestohlen! Kartoffeln aus den Mieten und Papier aus der Druckerei; Erbsen und Bohnen und anderes Saatgut; Zeug aus den Koffern, ja ganze Koffer; die Treibriemen aus der Tischlerei, so dass die Maschinen wochenlang still lagen; die Hühner aus dem Hühnerstall. Es ist wirklich, als ob eine Diebstahlsepidemie in unserm Volke eingerissen sei“. Brief aus dem Stift, 31.3.1917, S. 41.

In seinem Bericht über das Jahr 1916 räumte Backhausen erstmals ein, dass die Ernährungslage auch in der Abteilung Kronsberg angespannt war, obwohl sie sich wegen der Verbindung mit dem Gut wohl besser stehe als manche andere Anstalt. Interessant ist der Hinweis Backhausens, dass er die Ernährung seiner Zöglinge hatte wissenschaftlich untersuchen lassen:

„Wir haben uns für die Monate von April bis einschließlich September [1916] von dem Ernährungsphysiologen Professor Dr. [Ernst] v. Düring [1858–1944], dem Leiter der Arbeitslehrkolonie Steinmühle im Großherzogtum Hessen, berechnen lassen, ob unsere Beköstigung den ärztlichen Anforderungen entspricht. Es hat sich herausgestellt, dass wir im Durchschnitt auf den Kopf 80 g Eiweiß, 486 g Kohlehydrate, 33 g Fett gegeben haben. Damit sind für den Tag und für die Person 2.518 Kalorien erzielt worden. Angesichts der Knappheit aller Lebensmittel wird diese Ernährung noch als gut bezeichnet. In Friedenszeiten verlangten die Hygieniker an täglichen Nahrungsmengen für den Körper unserer Halbwüchsigen etwa 130 g Eiweiß, 50–60 g Fett und 500 g Kohlehydrate, also von jenen beiden wertvollsten Nahrungsmitteln erheblich mehr.“¹⁶³

Im anstehenden Winter 1916/17 werde es wohl etwas mehr Fett geben, dafür aber weniger Kohlehydrate, weil die Kartoffeln knapp seien. Beim Körpergewicht seien mittlerweile stärkere Schwankungen feststellbar. Die Jungen sähen aber noch gesund aus. Probleme habe man allerdings mit Verletzungen der Füße, „weil es an Strümpfen und Fußlappen mangelte. Das Barfußlaufen im Sommer war nicht jedermanns Ding, und die Kriegsschnürschuhe drücken oft mehr als einer gewohnt ist.“

Am Ende des Steckrübenwinters 1916/17 konnte Backhausen Entwarnung geben:

„Durch sparsames Haushalten sind wir mit unseren Kartoffelvorräten über die Frostzeit, in der die Stadt uns nicht beliefern konnte, hinübergekommen. Konnten wir auch wochenlang nur 1/3 Pfund täglich geben, so hat es doch keinen Tag überhaupt an Kartoffeln gefehlt. Steckrüben waren reichlich da. Keks[e] wurden uns für die Feiertagserquickung von Herrn [Hermann] Bahlsen [1859–1919] geschenkt. Leider war die Milch sehr knapp, weil in unserm Kuhstall das Verkälben der Kühe den Milchertrag sehr beeinträchtigte. Aber durch den Anschluss an den Bezirkseinkauf erhielten wir Grütze und Graupen für die Suppen.“¹⁶⁴

163 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt für 1916 (1917), S. 21f. Danach auch das folgende Zitat. – Die Normalration lag für die Zivilbevölkerung bei etwa 1.000 Kalorien, die durchschnittliche Kalorienzuteilung für einen Soldaten belief sich auf rund 2.200 Kalorien. Sönke Neitzel, Seeblockade, in: Gerhard Hirschfeld / Gerd Krumeich / Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn u.a. 2009, S. 1002–1004, S. 1003.

164 Brief aus dem Stift, 31.3.1917, S. 41.

Im Durchschnitt sei bei den Jugendlichen wieder eine Gewichtszunahme festzustellen, bei einigen der neu aufgenommenen Jugendlichen sogar „eine viel raschere als in Friedenszeiten, da mancher Ausgehungerte zu uns kam.“¹⁶⁵ Der Gesundheitszustand der Handwerks- und Landwirtschaftslehrlinge sei noch immer insgesamt zufriedenstellend. Viel zu schaffen machten bei der Krankenpflege indessen „kleine, schlecht heilende Wunden an Füßen und Händen, Ausschlag, Krätze, Bettnässen“, alles Anzeichen für unzureichende Hygiene.

Im letzten Kriegsjahr besserte sich die Ernährungslage etwas. Dennoch, so urteilte Backhausen im Rückblick, sei es das schwierigste Jahr auf Kronberg gewesen. „Schwerer [als die angespannte Ernährungslage] wog das Hinhalten des Anstaltslebens, das Abwelken der Erzieherfreudigkeit, das Verlöschen lebensfroher Spiele und der vaterländischen Begeisterung.“¹⁶⁶

165 Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt Kronsberg für 1917 (1918), S. 59. Danach auch das folgende Zitat.

166 Backhausen, Jubiläumsbericht und Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1919), S. 99.

Weimarer Republik (1919 bis 1932)

Eine gemütliche Revolution – Von der Rätebewegung zum Parlamentarismus

„Die Revolution war, glaube ich, nach russischem Muster geplant, rot, proletarisch, radikal. Es wurde dann aber eine durch und durch deutsche Revolution: wohlorganisiert, geordnet, sauber, nüchtern. Das Theater bekam Befehl, weiterzuspielen wie gewöhnlich [...] Zwischen dem Theater, dem nahegelegenen Bahnhof und dem Viertel, wo wir wohnten, bauten die Spartakisten Barrikaden, die jedoch bei Nacht mit den roten kleinen Laternen des Straßenamts gekennzeichnet wurden, damit sich niemand beim Überklettern die Zehen stieß. Ein besseres Symbol für diese ruhige und ordentliche Revolution kann ich mir nicht denken.“¹

So beschreibt die Schriftstellerin *Vicky Baum* (1888–1960), Ehefrau des hannoverschen Kapellmeisters *Richard Lert* (1885–1980), ihren Eindruck von der Revolution in Hannover. In der Nacht vom 6. auf den 7. November traf eine Gruppe von Marinesoldaten auf dem Hauptbahnhof von Hannover ein, ausgestattet mit Urlaubspässen, die von den Arbeiter- und Soldatenräten der Küstenstädte ausgestellt worden waren. Als ein übereifriger Offizier sich weigerte, diese Pässe anzuerkennen, und die Matrosen an der Weiterfahrt hinderte, probten diese den Aufstand. Sie überwältigten, unterstützt von anderen Fronturlaubern, die Bahnhofswache, und zogen in den frühen Morgenstunden – jetzt schon etwa tausend Mann stark – in die Innenstadt. Dort befreiten sie die Gefangenen aus den Militärgefängnissen und

1 Zit. n. Klaus Mlynek, Hannover in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus 1918–1945, in: ders./Röhrbein (Hg.), Geschichte der Stadt Hannover, S. 405–577, S. 416f. – Das Folgende nach ebd., S. 411–430, S. 447–452.

besetzten, während der Kommandierende General das Weite suchte, das Generalkommando des X. Armeekorps. Hier und da fielen Schüsse, doch alles in allem fiel die Stadt fast kampflös an die aufständischen Soldaten, die von diesem leichten Sieg selber verblüfft waren.

Noch am Vormittag des 7. November konstituierte sich ein provisorischer Soldatenrat, der sogleich eine Entscheidung traf, die wesentlich dazu beitrug, dass die Revolution in Hannover in ruhiges Fahrwasser geriet. Die Soldaten nahmen nämlich Kontakt zu den Sozialdemokraten auf und bildeten mit ihnen gemeinsam einen Vorläufigen Arbeiter- und Soldatenrat, der wiederum noch am selben Tag völlig unbefangen mit den Organen der alten Ordnung verhandelte. Resultat war eine 20-Punkte-Erklärung, die am Nachmittag des 7. November veröffentlicht wurde und ganz auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung abgestellt war. Versuche radikalerer Kräfte, das Ruder zu übernehmen, scheiterten. Bereits am 13. November wurde *Robert Leinert* (1885–1980), der führende Funktionär der SPD in Hannover, von den städtischen Kollegien einstimmig – und das heißt, da die Magistratsräte und Bürgervorsteher im Amt blieben, *mit* den Stimmen der bürgerlichen Parteien – zum neuen Oberbürgermeister Hannovers gewählt. Er war übrigens der einzige Sozialdemokrat, der noch im Zuge der Novemberrevolution an die Verwaltungsspitze einer preußischen Großstadt gelangte. Für Leinert und die Sozialdemokraten war die Revolution mit der Oberbürgermeisterwahl beendet. Eine radikale Umwälzung der politischen Strukturen war von ihnen ebenso wenig zu erwarten wie scharfe Einschnitte in die Wirtschaftsordnung. Schon am 13. November versammelten sich auf Initiative des Arbeiter- und Soldatenrates Vertreter der Industrie, der Gewerkschaften, des Militärs und der Stadtverwaltung auf dem Rathaus und handelten eine Art Stillhalteabkommen aus: Die Industrie gab eine Beschäftigungsgarantie, die Gewerkschaften sicherten die Aufrechterhaltung des Betriebsfriedens zu. Die Rätebewegung hatte in Hannover nie richtig Fuß fassen können. Mit der Auflösung des Arbeiterrates im Jahre 1920 war sie endgültig ausgelaufen.

Der Versuch der kleinen, kurz zuvor gegründeten Ortsgruppe der KPD, im April 1919 einen Generalstreik zugunsten der bayerischen Räterepublik zu inszenieren, scheiterte, es kam lediglich zu kleineren Sympathiestreiks. Die beiden großen Streiks der Eisenbahner und der Straßenbahner 1919/20 hatten einen wirtschaftlichen Hintergrund, Schießereien zwischen Eisenbahnarbeitern und Reichswehrangehörigen im Juli 1919, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen, führten aber zu einer gefährlichen Zuspitzung der Lage, weil der Belagerungszustand über Hannover und Linden verhängt wurde. Im März 1920 wurde die Situation auch in Hannover nochmals prekär, als die Linke auf den konterrevolutionären Kapp-Putsch mit dem Aufruf zum Generalstreik antwortete. SPD, USPD und KPD fanden sich vorübergehend zu einem Aktionsbündnis zusammen – das erste und einzige Mal, dass es in Hannover zumindest ansatzweise zu einem gemeinsamen Vorgehen der drei Arbeiterparteien kam. Als streikende Arbeiter das vom Militär erlassene Demonstrationsverbot brachen, kam es zu Straßenschlachten zwischen der bewaffneten Arbeiterwehr auf der einen, der Reichswehr, der Bürgerwehr und einem Studentenbataillon auf der anderen Seite, die wiederum mehrere Todesopfer forderten. Als der Kapp-Putsch jedoch am 17. März 1920 reichsweit zusammenbrach, wurde der Generalstreik in Hannover umgehend

beendet. Damit war der vorläufige Schlusspunkt der Massenbewegungen der Kriegs- und Nachkriegszeit erreicht.

Aufgrund der Machtverschiebung im Bürgervorsteherkollegium bei der Kommunalwahl 1924 war die Stellung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters nicht zu halten. Die Rechte erzwang die Pensionierung Robert Leinerts zum 1. Januar 1925 und setzte die Wahl des ehemaligen Senators *Arthur Menge* (1884–1965) zum neuen Oberbürgermeister durch. Dabei stimmten die kommunistischen Bürgervorsteher – der hannoversche Ortsverein der KPD gehörte zum ultralinken Parteiflügel – mit dem konservativen „Ordnungsblock“ für die Absetzung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters und ermöglichten durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten die Wahl Menges.

Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot – Kommunalpolitische Problemfelder Hannovers in der Weimarer Republik

Nach dem Ersten Weltkrieg versuchte die Stadtverwaltung Hannovers, die größte Not zu lindern, stand jedoch vor einer fast unlösbaren Aufgabe. Das noch aus dem 19. Jahrhundert stammende städtische Armenwesen war mit der immer weiter um sich greifenden Massenarmut hoffnungslos überfordert. Langsam, aber unaufhaltsam setzte ein Umdenken ein, das sich zunächst in der Sprache bemerkbar machte. 1919 wurde der Begriff der „Armenpflege“ durch den der „Fürsorge“ ersetzt. Darin spiegelt sich eine neue Sichtweise, die Armut nicht mehr als individuelles, durch Mangel an bürgerlichen Tugenden selbstverschuldetes Schicksal, sondern als soziales, durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verursachtes Problem betrachtete. Daraus zog man organisatorische Konsequenzen. 1922 erhielt Hannover eine neue Wohlfahrtsordnung. An die Stelle des Armenkollegiums trat der Wohlfahrtsausschuss, dem Vertreter des Magistrats, des Bürgervorsteherkollegiums und der Bezirkskommissionen angehörten, die die Wohlfahrtspflege vor Ort organisierten. Neu war, dass diese Bezirkskommissionen zur Hälfte aus Frauen und Vertretern der Arbeiterschaft bestehen mussten, wodurch der alte bürgerliche Paternalismus aufgebrochen wurde. An der Spitze des städtischen Fürsorgesystems stand nun das Wohlfahrtsamt, das alle Bereiche der städtischen Armen- und Wohlfahrtspflege unter seinem Dach vereinte.

Eines der größten Probleme stellte die Wohnungsnot dar. In Hannover hatte es bereits vor dem Ersten Weltkrieg nur sehr wenige freie Wohnungen gegeben, und im Krieg waren keine neuen Wohnungen gebaut worden. Im Krieg hatte sich der stetig zunehmende Mangel an Wohnraum noch nicht besonders bemerkbar gemacht, weil die Menschen enger zusammengedrückt waren. Umso schärfer trat die Wohnungsnot jetzt, nach Kriegsende, zutage, da die Zahl der Eheschließungen in die Höhe schnellte, die Geburtenrate zunahm und die Zuwanderung aus den verlorenen deutschen Gebieten, insbesondere aus Elsass-Lothringen, zu einem sprunghaften Bevölkerungsanstieg führte. Die Zahl der Obdachlosen vervierfachte sich zwischen 1921 und 1923 von etwa 7.800 auf etwa 28.700. Trotz eines groß angelegten Wohnungsbauprogramms seit Mitte der 1920er Jahre verschwanden die Notunterkünfte nicht aus dem Stadtbild, etwa die Tönniesbergsiedlung, wo noch 1933 nicht weni-

ger als 144 Familien mit 263 Kindern in fünfzig alten Eisenbahnwaggons hausten, oder das Welfenasyl, eine ehemalige Kaserne am Welfenplatz, in die kinderreiche Familien wegen „sittlicher Verwahrlosung“ zwangseingewiesen wurden.²

Ein weiteres Problem war die Arbeitslosigkeit. Die Wiedereingliederung der demobilisierten Soldaten in den Arbeitsprozess warf Schwierigkeiten auf, da die Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft manche Branchen und Firmen zwang, einen krisenhaften Anpassungsprozess zu durchlaufen. Das betraf in Hannover etwa die HAWA, die ihre Produktion völlig umstellen musste, nachdem der deutsche Flugzeugbau in der Folge des Versailler Vertrags zum Erliegen gekommen war. Betriebe wie die Hanomag und die Continental, deren Produkte – Lokomotiven und Reifen – auch in Friedenszeiten gebraucht wurden, konnten dagegen durchstarten und erlebten in den Nachkriegsjahren einen steilen Aufschwung. Diese Betriebe stellten rasch neue Arbeitskräfte ein und entlasteten spürbar den Arbeitsmarkt. Im Februar 1919 hatte die Zahl der Arbeitslosen mit knapp 7.400 ihren Höchststand erreicht, im Dezember 1921 herrschte – zum ersten und einzigen Mal in der Weimarer Republik – praktisch Vollbeschäftigung.

Das Inflationsjahr 1923 stellte die städtische Wohlfahrtspflege vor ihre bis dahin größte Herausforderung. Seit Mitte 1922 neigte sich die Hochkonjunkturphase ihrem Ende zu; die Zahl der Arbeitslosen stieg 1923 auf über 22.000 an, die Arbeitslosenquote schnellte auf 11 Prozent empor, wobei eine hohe Dunkelziffer von Erwerbslosen, die gar nicht erst in der Statistik auftauchten, noch nicht berücksichtigt ist.³ Gleichzeitig mussten viele Betriebe Kurzarbeit einführen. Währenddessen galoppierte die Hyperinflation. Die Preise stiegen ins Unermessliche, die Reallöhne verfielen. Als es schließlich zu Engpässen bei der Lebensmittelversorgung kam, wurde die Situation explosiv. Im August stürmten aufgebrachte Frauen die Marktstände, holten ihre Männer aus den Betrieben und zogen mit ihnen in die Innenstadt, wo es zu Plünderungen von Geschäften kam. Drei Tage lang dauerten die Unruhen an, es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, wobei fünf Tote und hundert Verletzte zurückblieben. Angesichts dieser Entwicklung mühte sich die Stadtverwaltung, die Lage wieder in den Griff zu bekommen, doch war die städtische Wohlfahrtspflege hoffnungslos überfordert. Der Fürsorgeetat verschlang mittlerweile fast zwanzig Prozent des städtischen Haushalts, beinahe jeder fünfte Einwohner bezog in irgendeiner Form städtische Unterstützungsleistungen.⁴ Dies war jedoch kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Da die Erwerbslosenfürsorge zeitlich befristet war, fielen immer mehr Langzeitarbeitslose heraus, zudem konnten die Unterstützungssätze nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung an die Geldentwertung angepasst werden. Die Lage der Erwerbslosen war verzweifelt.

Auch in den „Goldenen Zwanzigern“ zwischen 1924 und 1928 hatte Hannover – aufgrund einer starken Rationalisierungswelle in den hannoverschen Industriebetrieben –

2 Ebd., S. 438.

3 Ebd., S. 428.

4 Ebd., S. 429.

mit einer relativ hohen Sockelarbeitslosigkeit zu kämpfen. Entsprechend hoch lagen die Ausgaben des städtischen Wohlfahrtsamtes. Hannovers Industriebetriebe, die durch Fusionierung, Modernisierung und Rationalisierung den Sprung zur Fließbandproduktion vollzogen hatten – 1924 rollte bei der Hanomag mit dem „Kommissbrot“ das erste Fließbandauto Europas vom Band –, wurden in den Jahren von 1929 bis 1932 in den Strudel der Weltwirtschaftskrise gerissen. Für zahlreiche Betriebe mit großer Geschichte kam das Aus, so für die HAWA, die Hanomag, die Lindener Stahlwerke, die Körting AG oder die Mechanische Weberei; nur wenige Unternehmen wie die Conti oder Betriebe in der Nahrungs- und Genussmittelbranche wie die Firma Bahlsen kamen einigermaßen unbeschadet aus der Krise. Die Arbeitslosenzahl schnellte in schwindelerregende Höhen und erreichte Anfang 1933 mit über 58.000 ihren Höchststand. Damit war jeder dritte Erwerbstätige ohne Arbeit, das Schattenheer der nicht registrierten Arbeitslosen und der Kurzarbeiter gar nicht eingerechnet.⁵ Das System der 1927 eingeführten Arbeitslosenversicherung brach zusammen. In Hannover entfiel 1932 fast die Hälfte der Gesamtausgaben auf die Wohlfahrtspflege. Der Umfang der Notstandsarbeiten, die von der Stadt Hannover initiiert wurden, ging in der Krise sogar zurück. Projekte wie die Anlage des Maschsees oder die Kultivierung des Altwarmbüchener Moores wurden zwar diskutiert, aber erst nach 1933 von den Nationalsozialisten in Angriff genommen.

Das Stephansstift zwischen Novemberrevolution, Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise

„Kaisers Geburtstag! Der sechzigste Geburtstag! Was für ein Tag der Bitterkeit, des wehmütigen, fürbittenden Gedenkens, der brennenden Scham! Gott helfe unserem armen Kaiser und unserm Vaterland!

Gerade heute, an diesem Tage kommen die Nachrichten über die Gewalttaten der Feinde, den Raub der Flotte, die Frechheit der Polen, die Kapitulation des Ersten Armeekorps vor den Bolschewisten, den feigen Verrat der Besatzungstruppen an der baltischen Landeswehr – und jede einzelne trifft wie ein Peitschenhieb. So feiern wir des Kaisers sechzigsten Geburtstag! Und da gibt es noch Leute, welche von der Revolution reden, als ob sie recht und gut und heilsam sei! Wann wird unser Volk zur Einsicht und Umkehr kommen?!“⁶

Dies notierte Pastor Paul Oehlkers unter dem 27. Januar 1919. Im selben Atemzug erinnerte er daran, dass das fünfzigjährige Jubiläum des Stephansstifts anstand, wobei er bekannte, man habe eigentlich „keinen Mut und keine Freudigkeit, für irgendeine Feier zu rüsten.“ Doch wolle man dennoch der fünfzigjährigen Geschichte des Stifts gedenken, um einander in der

5 Ebd., S. 518.

6 Paul Oehlkers, Brief aus dem Stift, in: Monatsbote 40 (1919), S. 9–11, S. 9. Danach auch die folgenden Zitate.

Zuversicht zu stärken, „dass unsere Sache auch in den Stürmen der Gegenwart nicht untergehen wird, wenn und soweit sie von Gott ist.“ Zugleich äußerte er die vage Hoffnung, dass die „neue, freie Volkskirche“ der Männlichen Diakonie „neue Aufgaben“ stellen werde. Hier zeichnete sich, wenn auch noch konturlos und schemenhaft, eine Zukunftsperspektive ab.⁷

Einstweilen überwog die Erschütterung über die Kriegsniederlage, den Zusammenbruch des Kaiserreichs, die Novemberrevolution, die politischen Unruhen und den Zerfall der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die meisten Brüder, so Oehlkers, seien „schwer bedrückt heimgekehrt, erschüttert durch die Rohheit und Niedrigkeit der Gesinnung, die ihnen entweder schon bei der Auflösung ihrer Truppen an der Front, zumal im Osten, oder aber nach der Heimkehr zu Hause entgegentraten.“⁸ Offenbar gab es aber auch Brüder, die sich von der Revolutionsbegeisterung hatten anstecken lassen und „von den Umwälzungen wie berauscht heimkehrten und erwarteten, uns hier im hellen Jubel über die ‚neue Freiheit‘ zu finden“, wie Oehlkers mit Befremden feststellte. Die Revolution in Hannover verlief, wie oben geschildert, in ruhigen Bahnen. In großer Sorge war man im Stephansstift jedoch um zwei Brüder, die man zu einem „sozialen Kursus“ nach Berlin geschickt hatte und die „gerade in die spartakistischen Unruhen hineingerieten“ – sie kehrten indessen wohlbehalten in das Stephansstift zurück.

Sorge bereitete auch die problematische Sicherheitslage. „In Kronsberg wurde eines Nachts auf die Nachtwache von Räubern scharf geschossen“,⁹ im Stephansstift war wiederholt eingebrochen worden, so dass jetzt „zwei bewaffnete Wächter des Nachts“ patrouillierten. „Ein erschreckendes Beispiel der Freude an roher Zerstörung bot ein Überfall auf unseren stillen Friedhof, auf dem in einer hellen Mondnacht acht kleine Grabkreuze zertrümmert wurden.“

Mit den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wurde die Politik in die Anstaltsgemeinde getragen, im Stephansstift fanden verschiedene „Wahlversammlungen“ statt.

„Unsere Stiftsleute haben, soviel ich's übersehen kann, bei der Wahl nach besten Kräften ihre Schuldigkeit getan. Auch die Schwachen und Kranken! Wir hatten ihnen an den beiden Wahltagen einen Omnibus besorgt, der sie sicher bis zum Pferdeturm brachte, und dort standen Brüder bereit, um die Lahmen zur Urne hinzutragen und den Blinden zu helfen. Nun sind sie ganz stolz darauf, dass sie doch ihre vaterländische Pflicht erfüllt haben.“

Die Beteiligung an dieser ersten allgemeinen und gleichen Wahl in Deutschland kann als ein Zeichen für eine vorsichtige Annäherung an die erste deutsche Republik gewertet wer-

7 Vgl. die von Paul Oehlkers verfassten Leitsätze über „Die Eingliederung der Anstalten und Vereine der Inneren Mission in die neue Kirchenverfassung“, vorgestellt auf dem Kongress für Innere Mission in Bielefeld, Monatsbote 40 (1919), S. 156–158.

8 Oehlkers, Brief aus dem Stift, S. 10. Danach auch die folgenden Zitate.

9 Ebd., S. 11. Danach auch die folgenden Zitate.

den – schon bald sollte sich das Stephansstift, wie auch die gesamte Innere Mission, im Sinne eines Vernunftrepublikanismus mit der neuen Ordnung arrangieren und in „pragmatischer Kooperation“¹⁰ seinen Platz innerhalb des im Entstehen begriffenen Weimarer Wohlfahrtsstaates finden. Mit völligem Unverständnis, tiefem Abscheu und unbedingter Ablehnung begegnete man im Stephansstift dagegen der modernen Massenkultur, die sich in der frühen Weimarer Republik Bahn brach – und daran sollte sich auch bis 1933 nichts ändern. Schon 1919 führte Paul Oehlkers Klage über „die Erschütterung des sittlichen Empfindens in unserm Volke durch Krieg und Revolution“. Er wetterte gegen „schamlose Anzeigen in den Zeitungen [...], schamlose Vorführungen in den Kinos, angepriesen durch unzüchtige Bilder an den Anschlagsäulen, eine widerliche Vergnügungssucht, eine geradezu rasende Tanzleidenschaft hat unser Volk ergriffen.“¹¹

In den ersten Nachkriegsjahren galt das Augenmerk des Vorstehers in erster Linie der Sammlung der in aller Welt verstreuten Brüderschaft. Vor allem das Schicksal der noch immer kriegsgefangenen Brüder bewegte die Gemüter im Stephansstift. Mit Empörung reagierte der „Monatsbote“ auf Berichte über die schlechte Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in britischen Kriegsgefangenenlagern in Ägypten und Südafrika:

„Die Engländer peinigen dort unsere Gefangenen absichtlich, um den deutschen Namen in den Augen der Landeseinwohner für immer zu schänden; der ägyptische Fellah [Fellache] und der Neger sollen in dem Deutschen einen Menschen sehen, dem man keine menschliche Achtung, keine Gerechtigkeit und keine Rücksicht mehr schuldig ist. [...] Der Deutsche ist jetzt jeder Schmach preisgegeben; er wird unter den Schwarzen gestellt, erhält grundsätzlich Unrecht vor dem englischen Gericht, wird als ein Auswurf der Menschheit behandelt.“¹²

Noch keine Nachrichten hatte man Anfang 1919 von den Brüdern *Wilhelm Haß* (* 1874) und *Heinrich Müller* (* 1876), die sich bei Kriegsende in Konstantinopel aufgehalten hatten und „hoffentlich in englischer Gefangenschaft menschlich behandelt werden“, von den Brüdern *Hermann Haars* (* 1879), *Karl Ebert* (* 1887), *Heinrich Hoffmann* (* 1893) und *Heinrich Robran* (* 1881), die in den Seemannsmissionen in Hoboken/New York und Philadelphia tätig gewesen waren, und von Bruder *Wilhelm Dietrich* (* 1888) und seine Frau, „die bei dem Abzuge der Feldgrauen aus Riga den Mut hatten, dort auf ihrem Posten in Pleskodahl¹³ auszuharren.“¹⁴ Bruder Dietrich traf bald darauf – gemeinsam mit Pastor *Alexander Burchard* (1872–1955), dem Inspektor der Rigaer Stadtmission, als Flüchtling im Stephansstift

10 Christoph Mehl, Das Stephansstift 1924 bis 1946, in: 125 Jahre Stephansstift, S. 39–103, S. 39.

11 Paul Oehlkers, Aus der Arbeit für die Arbeit, in: Monatsbote 40 (1919), S. 22–26, S. 26.

12 Unsere Gefangenen, in: Monatsbote 40 (1919), S. 128–132, S. 129f.

13 In dieser Ortschaft befand sich ein kleines Rettungshaus, das mit der Stadtmission in Riga verbunden war, für die Dietrich tätig war. Johannes Wolff, Ein Besuch bei den Freunden und Brüdern des Stephansstifts in Riga, in: Monatsbote 49 (1928), S. 300–312, S. 310.

14 Oehlkers, Brief aus dem Stift, S. 10.

ein – die beiden hätten, so heißt es im „Monatsboten“, „in den Tagen der Bolschewisten-Schreckenherrschaft Unsägliches erduldet.“¹⁵ Burchard habe „monatelang im Gefängnis gehungert und gefroren und Tag für Tag die Ermordung des einen oder andern [...] Leidensgenossen erleben müssen.“ Dietrich sei nur kurz gefangen gewesen, „er hat sich als Lehrer an einer Bolschewistenschule, als Holzhauer und Lastträger durchgeschlagen.“

Nach und nach trafen die Brüder wieder im Stephansstift ein. Schon am 27. Januar 1919 konnte Paul Oehlkers berichten, dass – obwohl 26 Brüder noch im Heeresdienst standen und 31 sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden – schon wieder 83 Brüder auf den Außenstationen arbeiteten und 26 ihre Ausbildung im Stephansstift aufgenommen hatten.¹⁶ Es galt, den Unterricht der zurückgekehrten Probebrüder zu reorganisieren und vor allem den eingeseigneten Diakonen eine Stellung zu verschaffen. Letzteres gelang nicht in allen Fällen. Im September 1923 waren immer noch 24 ältere Brüder beurlaubt („diakonisch arbeitslos“)¹⁷ und mussten in einem bürgerlichen Beruf ihr Auskommen finden.¹⁸

Neben der Wiederaufrichtung der Brüderschaft ging es in den Jahren von 1919 bis 1923 darum, den Betrieb im Stephansstift unter den Bedingungen der Nachkriegsnot – vorübergehender Rückgang der Belegungszahlen, zerrüttete Finanzen, Investitionsstau – irgendwie aufrechtzuerhalten, sich im Hinblick auf die Fürsorgeerziehung mit dem neuen Staat zu arrangieren, das Netzwerk von auswärtigen Arbeitsstätten zusammenzuhalten, alte Arbeitsfelder zu behaupten und neue zu erschließen. Dabei geriet diese Entwicklung gerade im Krisenjahr 1923 ins Stocken. Nach dem Tod von Pastor Paul Oehlkers am 30. Dezember 1922 ging das Stephansstift nämlich ohne Vorsteher in das Jahr 1923, als die Hyperinflation zum Zusammenbruch der Währung führte. Pastor Wilhelm Backhausen und Pastor *Adolf Kreussler*, der zu Ostern 1921 Pastor Hermann Müller (der wiederum die Leitung der Erziehungsanstalt Kalandshof in Rotenburg/Wümme antrat)¹⁹ als dritten Anstaltsgeistlichen abgelöst hatte, führten einstweilen die Amtsgeschäfte weiter. Kreussler, der selbst noch nie in der Erziehungsarbeit tätig gewesen war,²⁰ bedurfte der Unterstützung des Hausvaters des Knabenhofs. Diesen Posten hatte der erfahrene Bruder *Karl Tiede* (* 1874) inne, der jedoch am 21. November 1922 starb. Sein Amt wurde ab Februar 1923 vertretungsweise von Bruder *Albert Gläfke* (* 1878) versehen, der die Aufgabe nur widerwillig übernommen hatte, weil er sich ihr nicht gewachsen glaubte. Als dann auch noch am 2. Mai 1923 Pastor Kreussler starb, gab es auf dem Knabenhof ein massives Leitungsproblem, gerade zu dem Zeitpunkt, da die Inflation ihrem Höhepunkt entgegenstrebte. Pastor Wilhelm Backhausen musste allein die

15 Unsere Gefangenen, S. 130. Danach auch die folgenden Zitate.

16 Oehlkers, Brief aus dem Stift, S. 10.

17 Johannes Wolff, Zur gegenwärtigen Lage der männlichen Diakonie, in: Monatsbote 48 (1927), S. 2–11, S. 10. Vgl. Jahresbericht des Stephansstifts für das Jahr 1922/23, in: Monatsbote 45 (1924), S. 3–9 [= Jahresbericht 1922/23], S. 6.

18 Zu den Modalitäten einer Beurlaubung in einen bürgerlichen Beruf vgl. Protokoll des 25. Brüdertages, 22.–23.6.1920, AStH, Liste P, 206 (Altakten).

19 Wolff, Geschichte, S. 100.

20 Ebd., S. 100f.

Stellung halten, bis am 23. September 1923 Pastor *Johannes Wolff* (1884–1977), der zuvor zehn Jahre lang an der Spitze der Pestalozzistiftung in Großburgwedel gestanden hatte, sein Amt als Vorsteher des Stephansstifts antrat. Damit war der Generationswechsel in der Leitung des Stephansstifts jedoch noch nicht abgeschlossen. Am 13. September 1924 starb Pastor Wilhelm Backhausen, als er zur Kur in Arosa weilte. An seiner Stelle wurde im Juni 1925 der schon vorher auf dem Kronsberg tätige Pastor *Hans Friedrich Müller* (1890–1949) zum neuen Leiter der Erziehungsanstalt ernannt, im April 1926 kam Pastor *Gerhard Dittrich* (1887–1973) als neuer Leiter des Knabenhofs hinzu.²¹

Über die finanziellen Turbulenzen der Hyperinflation berichtete Pastor Johannes Wolff rückblickend im Jahresbericht 1922/23:

„Soll ich nun noch etwas von unserer Finanzlage sagen? Es ist fast alles überholt, weil ja das Geld seit Abschluss des Berichtsjahres seinen Wert beständig verloren hat. Die Gesamtausgaben des letzten Jahres, einschließlich der Erziehungsanstalt und des Gutes Kronsberg, beliefen sich auf 310.104.377,21 Mark. Demgegenüber standen Einnahmen in Höhe von 239.957.620,76 Mark, so dass ein Fehlbetrag von 70.146.756,45 Mark entstanden ist. Heute klingt das nicht schwer; damals aber war es doch fast ein Viertel des gesamten Jahresbedarfs, so dass unser Kassensführer nicht ohne Sorgen in das neue Jahr hineingegangen ist.“²²

Von herausragender Bedeutung war, dass das Stephansstift aus dem Ausland von insgesamt 200 Privatpersonen, Gemeinden und Korporationen Spenden in fremder Währung – „Dollars, englische Pfunde, schwedische Kronen, Schweizer Franken und rumänische Lei“ – in solcher Höhe erhielt, „dass der Not damit gesteuert werden konnte“, außerdem „Lebensmittel, Kleidungsstücke und sogar einmal einen Petroleumofen mit 100 Liter Petroleum.“ Anders als andere Einrichtungen nutzte man im Stephansstift die Hyperinflation nicht, um die Finanzverhältnisse zu bereinigen. Paul Oehlkers, so stellte sein Nachfolger Johannes Wolff im Rückblick (vielleicht mit leiser Kritik) fest, habe sich nicht dazu entschließen können, „die Geldentwertung geschäftlich auszunutzen.“²³ Weder habe er die von Privatleuten und Behörden gewährten Darlehen „in schlechtem Gelde zurückzahlen“ noch „langfristige Lieferungsgeschäfte abschließen“ wollen, „um hernach bei der Bezahlung einen erheblichen Gewinn einzustreichen.“ So blieb nichts anderes übrig, als sich mit den verfügbaren Geldmitteln von Tag zu Tag durchzuschlagen.

Nach dem Währungsschnitt und der Einführung der Reichsmark konnte der Wiederaufbau beginnen. Am Anfang stand eine „Umorganisation der Verwaltung“.²⁴ Seit 1900 hat-

21 Jahresbericht 1922/23, S. 3–5, S. 7; Mehl, Stephansstift, S. 42f.; Entstehung und Entwicklung des Stephansstiftes, S. 212.

22 Jahresbericht 1922/23, S. 8f. Danach auch die folgenden Zitate.

23 Wolff, Geschichte, S. 96. Danach auch die folgenden Zitate.

24 Ebd., S. 102. Danach auch die folgenden Zitate.

ten sich innerhalb des Stephansstifts drei voneinander weitgehend unabhängige und in sich geschlossene Abteilungen herausgebildet – die dem Vorsteher unterstehende „Hauptanstalt“, die das Brüderhaus (und die Brüderschaft), die Siechenhäuser, die Werkstätten und den landwirtschaftlichen Betrieb umfasste, der Knabenhof für die schulpflichtigen Jungen und die Erziehungsanstalt (bestehend aus dem Lehrlingsheim im Stift und der Abteilung auf Gut Kronsberg) für die schulentlassenen Jugendlichen. Dabei hatten sich die beiden Erziehungsanstalten „von der Hauptanstalt mehr und mehr gelöst.“ Anfangs hatten die Vorteile dieser Differenzierung überwogen, wirtschaftlich führte die Arbeitsteilung jedoch zunehmend zu Schwierigkeiten, da jede Teilanstalt über einen eigenen Etat verfügte und die Finanzen des Stifts immer unübersichtlicher wurden. Mit dem Amtsantritt Johannes Wolfs beschloss der Vorstand daher, die Verwaltung wieder zu vereinheitlichen. Lediglich die Erziehungsanstalt Kronsberg behielt, solange Wilhelm Backhausen noch lebte, eine gewisse Unabhängigkeit.²⁵ Seit 1923 hatte das Stephansstift eine eigene Betriebsleitung, die zunächst nebenamtlich, seit 1925 hauptamtlich von Bruder *Otto Beddig* (1890–1955) verwaltet wurde.²⁶ Bruder Heinrich Müller wurde Bürovorsteher des Stephansstifts, er hatte fortan die „nach modernen Grundsätzen arbeitende Buchhalterei“²⁷ unter sich.

Nachdem die Verhandlungen über eine Aufwertung der aus früherer Zeit stammenden Hypotheken zum Abschluss gebracht waren, wurde – wie Johannes Wolf im Jahre 1929 meinte – „der dadurch freigewordene Kredit in gesunden Grenzen neu beansprucht.“²⁸ Doch wird man im Lichte der wenig später über Deutschland hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise sagen müssen, dass das Stephansstift in den „Goldenen Zwanzigern“, dem Jahrfünft relativer Stabilität zwischen 1924 und 1928, wie viele andere Einrichtungen der Inneren Mission eine Politik des leichten Geldes betrieb. 1926/27 wurden Darlehen in Höhe von 150.000 Reichsmark bei der Versorgungskasse des Deutschen Diakonenverbandes aufgenommen, eine schwere Bürde, wie sich in der Weltwirtschaftskrise zeigen sollte.²⁹

Schlag auf Schlag folgten einander zahlreiche Investitionen, die alten Gebäude wurden Zug um Zug renoviert, um- und ausgebaut, verschiedene längst überfällige Neubauten wurden ausgeführt. Um nur die wichtigsten Baumaßnahmen aus diesem Zeitraum zu nennen: 1924/25 wurde das Wirtschaftsgebäude aufgestockt und vergrößert, um die bis dahin in Kirchrode gepachteten, recht weit entfernten Scheunen zu ersetzen. Zugleich wurde am Rand der Eilenriede ein „Beamtenhaus“ erbaut, der Geflügelhof auf dem Gelände der alten Gärtnerei neu angelegt. Auf der anderen Seite der Kirchröder Straße entstand eine neue Gärtnerei mit Gewächshaus und einer Gärtnerwohnung in der „Klausen“. 1926/27 wurde dem Neuen Siechenhaus ein großer Anbau angefügt. 1927 folgte der Umbau des Lehrlingsheims. Im gleichen Jahr wurde die Bäckerei modernisiert; auch die Druckerei, die Schuh-

25 Ebd., S. 103.

26 Ebd., S. 104.

27 Ebd., S. 105.

28 Ebd., S. 105.

29 Mehl, Stephansstift, S. 44.

macherei, die Schneiderei und Tischlerei, schließlich auch die Wäscherei wurden überholt und mit neuen Maschinen ausgestattet. Das gesamte Stiftsgelände wurde nunmehr an die Kanalisation, die Wasserleitung und das Elektrizitätsnetz angeschlossen, für das gesamte Stift wurde eine Zentraltelefonanlage installiert. Das Lehrlingsheim bekam einen eigenen Sportplatz. Auch die Gebäude auf Gut Kronsberg wurden überholt, das Erholungsheim Stephansruh in Altenau wurde 1924/25 renoviert und 1927 um ein Gebäude erweitert.³⁰

Der Haushalt des Stephansstifts blähte sich immer weiter auf. 1928 beliefen sich Einnahmen und Ausgaben bereits auf 1,9 Millionen Reichsmark. Die Jahresrechnung schloss mit einem Defizit von 60.000 Reichsmark. Johannes Wolff fragte sich, ob sich die „Wohlfahrtspflege in einer Krisis“³¹ befinde. Die eigentliche Krise sollte jedoch erst noch kommen. Als der Deutsche Diakonenverband im Jahre 1929 vom Stephansstift eine Absicherung des 1925/26 gewährten Darlehens durch eine Hypothekenaufnahme verlangte, beschloss der Vorstand die Rückzahlung des Kredits. Doch arbeitete das Stephansstift „ohnehin aufgrund der ausbleibenden staatlichen Zuschüsse am Rande der Zahlungsunfähigkeit und konnte die vereinbarten Rückzahlungsraten nicht mehr einhalten.“³² Der Deutsche Diakonenverband dachte schon über eine Zwangsvollstreckung nach, doch „bewahrte Anfang 1931 eine konzertierte Aktion von kirchlichen und staatlichen Institutionen das Stephansstift vor dem Konkurs.“

Die Bruderschaft

Zum Jahresfest 1919 zählte die Bruderschaft des Stephansstifts, wie bereits erwähnt, gerade noch 277 Brüder. Auf diesem Niveau pendelte sich die Brüderzahl zunächst ein. Am 1. Januar 1920 hatte das Stephansstift 284 Brüder, am 1. Januar 1921 waren es 267, am 1. Januar 1922 dann 266. Im Sommer 1923, kurz bevor Pastor Johannes Wolff sein Amt als Vorsteher antrat, war diese Zahl noch einmal auf 258 zurückgegangen.³³ Ab 1924 stieg die Brüderzahl als Folge zahlreicher Neueintritte wieder an.³⁴ Hinter dieser Entwicklung vermutete Johannes Wolff drei Gründe: *Erstens* sei der Zugang zu manchen Berufen erschwert oder ganz verschlossen worden. So würden sich junge Männer, die sonst vielleicht Lehrer geworden wären, jetzt für eine Berufslaufbahn in der Diakonie interessieren. *Zweitens* mache sich die „in der Nachkriegszeit einsetzende religiöse Bewegung in der deutschen Jugend“³⁵ bemerkbar. *Drittens* sei „das Verständnis für soziale Arbeit“ in weiten Kreisen der Bevölkerung gewachsen.

30 Wolff, Geschichte, S. 103f.

31 Jahresbericht des Stephansstifts (1927), in: Monatsbote 49 (1928), S. 138–142 [= Jahresbericht 1927], S. 142.

32 Mehl, Stephansstift, S. 53. Danach auch das folgende Zitat.

33 Wolff, Geschichte, S. 96. Die Zahlenangaben in den Jahresberichten weichen leicht voneinander ab. Mehl, Stephansstift, S. 45, weist darauf hin, dass die Gehälter der Diakone in der Inflationszeit mit der Geldentwertung nicht Schritt halten konnten.

34 Jahresbericht 1922/23, S. 5.

35 Wolff, Geschichte, S. 105. Danach auch das folgende Zitat.

Am 1. Januar 1925 zählte man 273 Brüder, am 1. Januar 1926 waren es 305, am 1. Januar 1927 schon 343 Brüder.³⁶ Zu Himmelfahrt 1927 war die Brüderzahl auf 369 gestiegen – damit war erstmals der Vorkriegsstand übertroffen –, „und die Voranmeldungen sind so zahlreich, dass wir bald 400 sein werden.“ Allein innerhalb des letzten Jahres waren 106 Probebrüder eingetreten, während 38 Brüder ausgeschieden und vier gestorben waren. Daraus ergab sich ein Gesamtzuwachs von 64 Brüdern. Von den 369 Brüdern befanden sich 209 in festen Stellungen. 13 im Ruhestand,³⁷ sieben Brüder waren noch beurlaubt, würden aber wohl noch im Laufe des Jahres auf diakonische Posten berufen werden können. „Der in der Inflationszeit zu beklagende Zustand, dass wertvolle Kräfte müßig am Markte standen, ist also überwunden.“³⁸ Mittlerweile zählte man 140 Probebrüder, mehr als ein Drittel der gesamten Bruderschaft. „Das ist eine hohe Zahl, und man hat wohl die Frage aufgeworfen, ob eine Bruderschaft eine so starke Schar von jungen Anwärtern mit ihrem Geist so durchdringen kann, dass die Tradition der Bruderschaft gesichert ist.“ Die Tendenz setzte sich indessen weiter fort, eine große Zahl von Probebrüdern wurde neu aufgenommen, ihr Anteil an der Bruderschaft nahm weiter zu. Erst vom Jahr 1932 an erwartete Wolff einen Rückgang der Anmeldungen infolge des Geburtenausfalls in den Kriegsjahren.³⁹

1928 war es dann soweit: „Zum ersten Mal in der Geschichte des Stephansstifts ist [...] die Zahl 400 überschritten worden.“⁴⁰ Beim Jahresfest 1929 wurden 414 Brüder gezählt, ein Jahr später, beim Jahresfest 1930, waren es 440.⁴¹ Zu Beginn der 1930er Jahre geriet die Bruderschaft des Stephansstifts im Zeichen der Weltwirtschaftskrise in schweres Fahrwasser. Es erfolgten keine Neuaufnahmen mehr, wer in die Bruderschaft aufgenommen werden wollte, musste fortan zunächst drei Jahre lang als Praktikant mitarbeiten.⁴² Manche Diakone, die im öffentlichen Dienst standen, mussten Gehaltskürzungen von bis zu zwanzig Prozent hinnehmen. Auch nahmen Kündigungen und Entlassungen aus finanziellen Gründen zu.⁴³ Bis 1932 vergab das Stephansstift an einzelne in Not geratene Brüder Darlehen, dann musste diese Praxis eingestellt werden.⁴⁴

36 Jahresbericht 1927, S. 139.

37 Die Altersversorgungskasse war 1924 wieder neu aufgerichtet worden. Jahresbericht über das Brüderhaus und die Altersheime (1926), in: Monatsbote 48 (1927), S. 113–119 [= Jahresbericht 1926], S. 114; Wolff, Geschichte, S. 109f.

38 Jahresbericht 1926, S. 115. Danach auch das folgende Zitat.

39 Wolff, Zur gegenwärtigen Lage der männlichen Diakonie, S. 4.

40 Jahresbericht 1927, S. 138.

41 Jahresbericht des Stephansstifts und seiner Bruderschaft (1928), in: Monatsbote 50 (1929), S. 181–191 [= Jahresbericht 1928], S. 189; Jahresbericht des Stephansstifts am Jahresfest 1930 (1929), in: Monatsbote 51 (1930), S. 87–98 [= Jahresbericht 1930], S. 87. Am 1. Januar 1930 zählte das Stephansstift 417 Brüder (davon 25 pensioniert, acht beurlaubt, 191 in Ausbildung, 228 in fester Stellung). 87 Aufnahmen waren im Jahr 1930 erfolgt, davon zwei aus dem „Arbeitslosenstande“. Statistik 1930, AStH, Liste P, 123 (Altakten).

42 Geschäftsbericht für das Arbeitsjahr 1934/35 des Stephansstifts, AStH, 286; Jahresbericht für das Stephansstift vom 1. April 1932 bis 1. April 1933, in: Monatsbote 54 (1933), S. 96–103 [= Jahresbericht 1933], S. 98.

43 Mehl, Stephansstift, S. 48.

44 1936 wurden die für diese Darlehen aufgewandten Mittel abgeschrieben. Niederschrift einer Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 1. Juli 1936, AStH, 962.

Auf dem Weg in den „Seminarismus“? – Die Ausbildung der Brüder

Im Herbst 1918 waren, wie bereits erwähnt, die Unterrichtspläne der Brüderhäuser neu durchgearbeitet worden, um eine „möglichst gleichmäßige Vorbildung der deutschen evangelischen Diakonen zu erreichen.“⁴⁵ 1919 wurde der Unterricht im Stephansstift wieder aufgenommen, wobei man darauf verzichtete, die aus dem Krieg heimkehrenden Brüder als Gehilfen auszusenden, „um die Kriegsteilnehmer möglichst rasch und geradlinig zum Abschluss ihrer Ausbildung zu führen.“ Doch scheint es, als konnte der Unterricht in den ersten Jahren nach dem Krieg nicht immer regelmäßig abgehalten werden.⁴⁶ Erst mit der Berufung des Schulrats *Franz Steinfatt*, der seine Tätigkeit für die Regierung in Erfurt aufgab, um für das Stephansstift zu arbeiten, nahm die Neuordnung des Brüderunterrichts im Februar 1925 Gestalt an.

1927 wurde der neue Lehrplan der Öffentlichkeit vorgestellt. Die auf fünf Jahre angelegte Ausbildung begann, daran hatte sich nichts geändert, mit einem Jahr Pflegedienst in einem der Siechenhäuser des Stephansstifts. Hier ging es vor allem darum, „Opfersinn“, „Selbstbeherrschung“, „Geduld“, „Treue“ und „Gewissenhaftigkeit“ einzuüben, der junge Bruder sollte lernen, einen Dienst zu tun, „auch wenn es ihm gegen die Natur geht.“⁴⁷ Im zweiten Jahr erfolgte die „Aussendung“ an eine auswärtige Arbeitsstätte, etwa in eine Anstalt für epilepsiekranken oder geistig behinderte Menschen, eine Herberge zur Heimat, einen Jugendverein oder eine Seemannsmission. In diesen ersten beiden Jahren erhielten die Probebrüder auch Unterricht, der indessen „mehr den Charakter der geistigen Beschäftigung“ hatte und vor allem „in den Geist der Arbeit“⁴⁸ einführen sollte. Im zweiten Ausbildungsjahr wurden den ausgesandten Probebrüdern von der Unterrichtsleitung vierteljährlich schriftliche Aufgaben gestellt.⁴⁹

Bis hierhin entsprach der Ausbildungsgang dem überkommenen Muster. Neu war, dass sich nun drei Jahre Unterricht im Stephansstift anschlossen, so dass sich die Ausbildung auf fünf Jahre verlängerte. „Die Rückberufung in den Unterricht ist für den jungen Bruder ein Zeichen, dass er bis dahin genügt hat. Jetzt soll er zeigen, dass er auch theoretisch die Aufgaben der männlichen Diakonie durchdringen kann.“⁵⁰ Im Mittelpunkt des dritten Ausbildungsjahres standen „die eigentlich diakonischen Fächer wie Bibelkunde, Kenntnis und Verständnis des lutherischen Katechismus, Geschichte des Kirchenliedes, Geschichte der christlichen Liebestätigkeit und der Inneren Mission, Geschichte der christlichen Kirche, Kenntnis der Kirchenkunde, Glaubens- und Sittenlehre usw.“ Daneben wurde aber auch „Unterricht im Deutschen und in der Literaturgeschichte, im Rechnen, in Naturkunde, Erdkunde, Geschichte, Bürgerkunde und dergleichen“ erteilt. Auch Musikunterricht (vor allem das Posaunenblasen) stand auf dem Programm, ebenso das Turnen, vor

45 Jahresbericht 1918, S. 92. Danach auch die folgenden Zitate.

46 Jahresbericht 1922/23, S. 6.

47 Jahresbericht 1926, S. 115.

48 Wolff, Zur gegenwärtigen Lage der männlichen Diakonie, S. 7.

49 Ders., Geschichte, S. 106f.

50 Jahresbericht 1926, S. 116. Danach auch die folgenden Zitate.

allem „Bewegungsspiele“.⁵¹ „Um die Selbstständigkeit und das sichere Auftreten zu fördern“, wurden „Übungen im freien Reden veranstaltet.“ Im letzten Ausbildungsjahr dann wurde Unterricht in den „Spezialfächern“ erteilt: „Bürokunde mit Maschinenschreiben und Stenographie, Verwaltungskunde, Pädagogik (auch Jugendpsychologie), Wohlfahrtspflege mit ihren Spezialfächern, Geschichte und Theorie der Jugendfürsorge, Kenntnis der neueren Gesetzgebung (BGB und RJWG)“. Die Anforderungen seien hoch, bemerkte Steinfatt mit Stolz, wöchentlich würden „mehr als dreißig Lektionen im Unterricht“ durchgenommen, außerdem müssten die Schüler „noch manche Stunde hinter den Büchern“ sitzen. Zum Ausgleich wurden sie im ersten Jahr des dreijährigen Ausbildungsblocks auch noch in der Erziehungsarbeit im Stephansstift eingesetzt. In den letzten beiden Jahren waren sie dann von der Arbeit freigestellt. Am Ende des fünften Ausbildungsjahres stand das Diakonenexamen.⁵² Zu Ostern 1928 wurden die ersten Brüder, die nach dem neuen Lehrplan ausgebildet worden waren, eingesegnet und ausgesandt. Man hatte der Versuchung widerstanden, „die jungen Brüder vorzeitig aus dem Unterricht zu nehmen, um nur die Lücken zu füllen.“⁵³

Neben ihrer Diakonenausbildung durchliefen die jungen Brüder ihren Neigungen, Fähigkeiten und beruflichen Perspektiven entsprechend, eine „Spezialausbildung“.⁵⁴ Zukünftige Gemeindeglieder durchliefen Kurse für Jugendführer; auch erhielten sie eine besondere musikalische Ausbildung. Diese umfasste auch das Klavier- und Orgelspiel, so dass die in den Gemeindedienst entsandten Diakone des Stephansstifts auch das Amt des Organisten übernehmen konnten. Eine besondere Gruppe unter den in Ausbildung stehenden Brüdern bildeten die künftigen Krankenpfleger. Nach der Einführung des staatlichen Krankenpflegeexamens hatte man, als sich eine Krankenpflegeausbildung im Stephansstift nicht hatte realisieren lassen, eine Zeitlang junge Brüder zur Ausbildung an auswärtige Krankenhäuser, vor allem an das herzogliche Krankenhaus in Braunschweig, geschickt. Diese Praxis war zwischenzeitlich eingeschlafen, auch weil die Arbeitsschwerpunkte der Bruderschaft nicht im pflegerischen Bereich lagen. Nun wurde eine Abmachung mit den Krankenhäusern des Henriettenstifts und des Friederikenstifts in Hannover sowie dem Krankenhaus des Diakonissenhauses in Rotenburg/Wümme getroffen, dass für die Krankenpflege geeignete Brüder dort einen zweijährigen Kursus zur Erlangung eines staatlichen Krankenpflegeexamens absolvieren konnten. Eine weitere Gruppe junger Brüder sollte auf den Schuldienst vorbereitet werden. Früher waren viele Brüder des Stephansstifts auf das Lehrerseminar in Hannover geschickt worden. Mittlerweile war das Abitur Voraussetzung einer Lehrerausbildung, die nun in einem zweijährigen Besuch einer pädagogischen Akademie bestand. Der Vorstand des Stephansstifts beschloss daher, „eine Gruppe von besonders begabten Brüdern auf die Reifeprüfung vorbereiten zu lassen, um sie hernach auf die pädagogische Akademie in Hannover zu schicken.“⁵⁵

51 Wolff, Geschichte, S. 107.

52 Jahresbericht 1926, S. 116.

53 Ebd., S. 117.

54 Wolff, Geschichte, S. 108.

55 Ebd.

Eine weitere Gruppe junger Brüder sollte zu Wohlfahrtspflegern ausgebildet werden. Da die Wohlfahrtspflege mittlerweile „eine Wissenschaft und eine öffentliche Angelegenheit“⁵⁶ geworden war und bei der Besetzung von staatlichen, kommunalen oder auch kirchlichen Stellen im Bereich der Wohlfahrtspflege immer häufiger eine fachliche Qualifikation, ausgewiesen durch ein staatliches Examen, verlangt wurde, entschloss sich das Stephansstift, nach dem Vorbild der Sozialen Frauenschulen eine eigene Wohlfahrtsschule zu gründen – das Stephansstift war nach dem Johannesstift in Spandau und der Diakonenanstalt Nazareth in Bethel das dritte Brüderhaus, das diesen Schritt vollzog. Am 1. November 1927 begann der erste Lehrgang der Wohlfahrtsschule des Stephansstifts mit elf Hilfsdiakonen. Voraussetzung für eine Aufnahme war eine der Mittelschulreife (mit Ausnahme der fremden Sprachen) entsprechende Schulbildung. Auch mussten die Anwärter vor ihrer Aufnahme in die Wohlfahrtsschule mindestens zwei Jahre lang auf einem Gebiet der sozialen Fürsorge voll beschäftigt gewesen sein – was für die Probebrüder des Stephansstifts natürlich kein Problem darstellte, sie traten nach dem dritten Ausbildungsjahr in die Wohlfahrtsschule über, so dass ihnen die ersten beiden Jahre ihrer Diakonenausbildung angerechnet wurden.⁵⁷ Die Ausbildung an der Wohlfahrtsschule des Stephansstifts dauerte zwei Jahre. Der Unterricht folgte den Richtlinien des Wohlfahrtsministeriums. Auf dem Lehrplan standen eine Einführung in die allgemeinen Aufgaben der Wohlfahrtspflege (Pastor Dr. rer. pol. *Alfred Depuhl* (1892–1957), Hauptgeschäftsführer des Landesvereins für Innere Mission), Jugendfürsorge (Landesrat Dr. *Ernst Koepchen*), allgemeine Wirtschaftsfürsorge (Landesrat Dr. *Georg Andreae* [1888–1983]), Gesundheitsfürsorge (Medizinalrat Dr. *Dohrn*) sowie Geschichte der Wohlfahrtspflege (Steinfatt). Hinzu kamen „eine ausführliche Behandlung der Seelenkunde (Psychologie) und der Erziehungskunde (Pädagogik)“⁵⁸ (Steinfatt), Volkswirtschaftslehre (Depuhl), Sozialpolitik (Magistratsrat Dr. *Hofmann*), Grundlagen der sozialen Ethik (Steinfatt), privates und öffentliches Recht der Staats- und Verwaltungskunde (Landeskirchenrat Dr. *Walther Lampe* [1894–1985]) und Kanzleikunde (Wohlfahrtsbeamter Diakon *Ewald Knorr* [1886–1968]). Zum Ausbildungsprogramm gehörte weiterhin ein Turnlehrgang. Im dritten Semester ruhte der Unterricht, „und die Schüler werden kommunalen oder kirchlichen Wohlfahrtsämtern, eine Zeitlang auch den höheren Fürsorgebehörden, zu möglichst vielseitiger praktischer Beschäftigung überwiesen.“⁵⁹ Am Ende des Ausbildungsgangs standen die staatliche Prüfung und Anerkennung als Wohlfahrtspfleger.

Die Einrichtung der Wohlfahrtsschule war in den Reihen der Freunde und Förderer des Stephansstifts nicht unumstritten. Kritische Stimmen warnten vor einem Überhandnehmen des „Seminarismus“⁶⁰ in der Brüderausbildung und fragten besorgt, „ob es wirklich im Sinne Innerer Mission liege, dem die Wohlfahrtspflege betreibenden Staat soweit entge-

56 Wolff, Zur gegenwärtigen Lage der männlichen Diakonie, S. 6.

57 Franz Steinfatt, Die Wohlfahrtspflegeschule des Stephansstifts, in: Monatsbote 48 (1927), S. 204–207, S. 207; Wolff, Geschichte, S. 107.

58 Steinfatt, Wohlfahrtspflegeschule, S. 206.

59 Ebd., S. 207.

60 Wolff, Geschichte, S. 109. Danach auch das folgende Zitat.

genzukommen, dass die Innere Mission selbst die Ausbildung von Kräften mit staatlicher Anerkennung in die Hand nimmt.“ Letztlich war die Tendenz zu einer fortschreitenden Verstaatlichung, Verwissenschaftlichung und Professionalisierung des Diakonenberufs indessen nicht aufzuhalten, wollte man nicht mit der Zeit aus dem System sozialer Staatlichkeit ausgegrenzt werden. Durch die Verzahnung von Diakonenausbildung und Wohlfahrtsschule hoffte man, wie Johannes Wolff es formulierte, Wohlfahrtspfleger, Kirchengemeindebeamte, Fürsorger und Erzieher heranzuziehen, die „zugleich sozial-aktiv und religiös-kontemplativ“⁶¹ seien.

Im Herbst 1929 absolvierte der erste Kurs der Wohlfahrtsschule sein Abschlussexamen, zehn junge Brüder bestanden die Prüfung als staatlich anerkannte Wohlfahrtspfleger, zu Ostern 1930 folgten weitere 15. Zusammen mit den älteren Brüdern, die Steinfatt im Jahre 1929 nachschulte, besaßen inzwischen 35 Diakone die staatliche Anerkennung.⁶²

Die älteren Diakonen wurden aber nicht nur in Sonderkursen fachlich nachgeschult, sondern auch auf den Brüdertagen, in den Bezirkskonferenzen, an den Familienabenden und auf Freizeiten geistlich zugerüstet.⁶³ Manche ältere Diakone mussten innerlich aufgerichtet und gestärkt werden, stellte Johannes Wolff besorgt fest. So hätten es manche Herbergsväter, die nach dem „Zusammenbruch“ miterlebt hätten, „welcher Ton von den Wanderern in den Herbergen angeschlagen wurde“, auf die Verkündigung des Wortes Gottes ganz verzichtet und sich resigniert auf die Verwaltung ihrer Herbergen beschränkt. Unter dem Eindruck der Hyperinflation bestehe zudem für viele Diakone die Gefahr, dass sie „im Rechnen und Verwalten den Hauptinhalt der diakonischen Tätigkeit sehen.“⁶⁴ Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wurden ab 1927 regelmäßig Brüderrundbriefe verschickt.⁶⁵ Seit 1930 war die Bruderschaft als eingetragener Verein mit eigener Satzung organisiert.⁶⁶ Auch die Diakonenfrauen rückten nun ins Blickfeld. Im Herbst 1926 fand auf Stephansruh eine erste Freizeit für Diakonenfrauen statt,⁶⁷ im Mai 1930 folgte eine Bräutefreizeit im Stephansstift.⁶⁸

Auswärtige Arbeitsfelder

Bereits im Jahre 1919 waren die auswärtigen Arbeitsgebiete – abgesehen von mehreren Gemeinde- und Jugendhelferstellen, Seemannsmissionen im Ausland und Herbergen zur Heimat – wieder mit Brüdern des Stephansstifts besetzt.⁶⁹ In rascher Folge kamen neue

61 Wolff, Zur gegenwärtigen Lage der männlichen Diakonie, S. 8.

62 Jahresbericht 1929, S. 87f.

63 Wolff, Geschichte, S. 109. 1919 war eine neue Brüderordnung beschlossen worden, 1926 wurde die Bezirkseinteilung neu geregelt. Jeder Bezirk erhielt dabei einen Vertrauensmann.

64 Wolff, Zur gegenwärtigen Lage der männlichen Diakonie, S. 8.

65 Ders., Geschichte, S. 109.

66 Geschäftsbericht für das Stephansstift über das Arbeitsjahr 1936/37, AStH, 961.

67 Ders., Zur gegenwärtigen Lage der männlichen Diakonie, S. 9.

68 Dörle Heinrich, Bräutefreizeit 22.–29. Mai 1930 im Stephansstift, in: Monatsbote 51 (1930), S. 125–128.

69 Übersicht über Bestand und Arbeitsgebiete unseres Brüderhauses, in: Monatsbote 40 (1919), S. 103–107.

Außenstationen hinzu, allein im Zeitraum 1922/23 konnten 24 Stellen neu besetzt werden. So trat Bruder *Richard Berger* (* 1878) als Volksmissionar in den Dienst des Central-Ausschusses für Innere Mission in Berlin-Dahlem. Bruder *Joest Junker* (* 1898) übernahm das Sekretariat des Jugendbundes für Entschiedenes Christentum in Hannover-Linden. Bruder *Hermann Müller* (* 1886) wurde Bürovorsteher, Bruder *Karl Fesser* (* 1898) Reisesekretär der Pestalozzistiftung. Bruder *Max Weißner* (1886–1961) bekam eine Stelle als Fürsorger beim Landesdirektorium in Hannover. Bruder *Willi Gurn* (* 1888) wurde Fabrikfürsorger in Peine, Bruder *Josef Fischl* (* 1879) Judenmissionar in Breslau. Die Herbergen zur Heimat in Tostedt, Buxtehude, Celle und Bergen (Kreis Celle) wurden (wieder) übernommen, dazu das Kinderheim in Dötlingen, das Jugendheim in Immenrode, das Waisenhaus in Varel, das Linderhaus in Celle, das Rettungshaus in Gehlsdorf, das Augustenstift in Schwerin. Bruder *Heinrich Schleaf* (* 1889) wurde Wirtschaftsgehilfe, später Hausvater auf dem Hartmannshof, einer Dependence des Asyls in Rotenburg.⁷⁰

Von den 209 Diakonen des Stephansstifts, die sich im Jahre 1927 in fester Stellung befanden, arbeiteten 35 als Küster, Gemeindeglieder oder Jugendpfleger, zwölf in der Stadt- und Volksmission sowie Gemeinschaftspflege, drei in der Arbeit des Blauen Kreuzes und der Trinkerfürsorge, zehn in der Wohlfahrtspflege und Gefangenenfürsorge, 29 in der Fürsorgearbeit an Schulpflichtigen und Schulentlassenen, zehn als Lehrer im Schuldienst, 18 in der Seemannsmission, 41 in Herbergen zur Heimat und Arbeiterkolonien, 29 im Pflegedienst in „Alters-, Idioten-, Epileptischen- und Krüppelanstalten“ und 22 im Verwaltungsdienst der Kirche und Inneren Mission. Wie man sieht, kam der Gemeindediakonie, der Wohlfahrtspflege und dem Verwaltungsdienst eine wachsende Bedeutung zu. Räumliche Schwerpunkte der Arbeit waren die Provinz Hannover, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Oldenburg und Braunschweig.⁷¹

Von der Zahl der auf diesem Gebiet eingesetzten Brüder her betrachtet, bildete noch immer die Wandererfürsorge das wichtigste auswärtige Arbeitsfeld des Stephansstifts. Es bestand eine enge Symbiose mit dem Niedersächsischen Herbergsverband, in dem 42 Herbergen und zwei Wanderarbeitsstätten in Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Schaumburg-Lippe zusammengeschlossen waren. Die Mehrzahl dieser Herbergen hatte einen Hausvater aus dem Stephansstift. Von den 28 Wanderarbeitsstätten in der Region waren 23 mit Herbergen zur Heimat des Niedersächsischen Herbergsverbandes verbunden, zwei weitere – Hannover-Werkheim und Harburg – standen unter einem eigenen Vorstand, wurden aber von Diakonen des Stephansstifts geleitet und gehörten ebenfalls zum Niedersächsischen Herbergsverband, nur drei Wanderarbeitsstätten – Göttingen, Hildesheim und Osnabrück – waren rein kommunal. Die Herbergen zur Heimat, die Wanderarbeitsstätten und die beiden Arbeiterkolonien in Kästorf und Freistatt (in der Provinz Hannover gelegen, aber eine Exklave der Betheler Anstalten) bildeten ein engmaschiges, aber noch nicht völlig lückenloses Wandernetz. Die Wandererfürsorge in Niedersachsen folgte noch immer

70 Jahresbericht 1922/23, S. 6.

71 Jahresbericht 1926, S. 114. Vgl. die Aufstellung in: Jahresbericht 1928, S. 139f.

dem Konzept des kontrollierten Wanderns entlang festgelegter Wanderrouten, auf denen die Wanderer von einer Station zur anderen weitergeschleust wurden, bis sie irgendwo Arbeit fanden. Die Herbergen zur Heimat und Wanderarbeitsstätten waren noch immer voll ausgelastet. Die Zahl der mittellosen Wanderarmen sei „in einer beängstigenden Weise“⁷² gestiegen, stellte Pastor Karl Johannes Lemmermann im Jahre 1927 fest.

Kopfzerbrechen bereitete den evangelischen Fachverbänden die Entwicklung der Erwerbslosenunterstützung nach dem Ersten Weltkrieg. Im Prinzip begrüßten sie die am 13. November 1918 vom Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung erlassene Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, die eine erste Grundlage für eine flächendeckende Arbeitslosenunterstützung legte.⁷³ „Aber die jetzige Erwerbslosenunterstützung, die völlig darauf verzichtet, zwischen Arbeitswilligen und Arbeitssscheuen zu unterscheiden, wirkt verheerend. Sie ist ein Rückschritt in die finstersten Zeiten des Mittelalters.“⁷⁴ Das grundlegende Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927, das die Absicherung des Risikos der Arbeitslosigkeit als vierte Säule der Sozialversicherung ausgestaltete, war – was die Unterstützung der Arbeitslosen angeht – schon eher im Sinne der evangelischen Fachverbände. Allerdings verschärfte das neue Gesetz die Aufsicht der Arbeitsverwaltung über die nicht gewerblichen Arbeitsnachweise – und damit auch über die Arbeitsvermittlung durch die Herbergen zur Heimat. Ein Hausvater, der regelmäßig Stellen vermittelte, ohne dies beim zuständigen Landesarbeitsamt anzumelden, machte sich nach dem neuen Gesetz strafbar. Der Hauptgeschäftsführer des Landesvereins für Innere Mission, Dr. Alfred Depuhl, verteidigte das Existenzrecht der gemeinnützigen Nachweise: „Der öffentliche Arbeitsnachweis hat gar keine Zeit dazu, Gefährdete aus den Anstalten in das Berufsleben richtig überzuführen oder sogenannte halbe Kräfte zu vermitteln, ganz abgesehen davon, dass diese Arbeitssuchenden auch unbedingt Gegenstand eingehender Seelsorge sein müssen.“⁷⁵ Es gab einen Reichsarbeitsnachweisverband der Inneren Mission, in dem über hundert anerkannte evangelische Arbeitsnachweise zusammengefasst waren. Dazu gehörte auch der Evangelische Landesarbeitsdienst Niedersachsen im Lutherhaus in Hannover, über den sich die Herbergen zur Heimat beim Landesarbeitsamt anmelden konnten. Befürchtungen, dass die gemeinnützigen Arbeitsnachweise verboten werden könnten, bestätigten sich nicht, sie behielten in den meisten Fällen ihre Zulassung und behaupteten bis zum Ende der Weimarer Republik einen Anteil von etwa zehn Prozent an allen Stellenvermittlungen.⁷⁶

72 Karl Johannes Lemmermann, Die gegenwärtige Lage der Wanderarmenfürsorge, in: Monatsbote 48 (1927), S. 43–46, S. 43.

73 Vgl. Schmuhl, Arbeitsmarktpolitik, S. 122–135.

74 Oehlkers, Aus der Arbeit für die Arbeit, S. 24.

75 Alfred Depuhl, Die caritative Arbeitsvermittlung und das neue Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, in: Monatsbote 48 (1927), S. 187–189, S. 187f.

76 Dies bezieht sich auf alle nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise, also nicht nur auf jene in konfessioneller Trägerschaft, sondern auch auf die in Trägerschaft von Gewerkschaften, Angestelltenverbänden,

Lesesaal und Heuerbüro – Die Seemannsmission in Riga

Am Beispiel des Seemannsheims in Riga soll an dieser Stelle ein Einblick in eines der interessantesten Arbeitsgebiete der Brüderschaft des Stephansstifts gegeben werden. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte es in Riga eine Seemannsmission gegeben, die deutsche, lettische, estnische und skandinavische Seeleute gemeinsam betreute.⁷⁷ Sie war dem 1887 gegründeten Deutsch-Lutherischen Seemannsfürsorgeverband zu Hannover angeschlossen gewesen, der bis 1914 Seemannsmissionen an der Nordsee in Hamburg, Altona, Harburg, Bremerhaven (Geestemünde), Nordenham und Emden, an der Ostsee in Kiel, Flensburg und den livländischen Häfen, am Bristolkanal in Cardiff, Barry Docks und Swansea, in Südafrika in Kapstadt und Port Elisabeth, in den USA in Hoboken (New York), Philadelphia und San Francisco ins Leben gerufen hatte.⁷⁸ Schriftführer des Verbandes war Pastor Paul Oehlkers, weshalb es leicht zu erklären ist, dass einige dieser Seemannsmissionen von Brüdern des Stephansstifts geleitet wurden.

Ab 1915 war Riga, die Hauptstadt des russischen Gouvernements Livland, eine Frontstadt, die Regierung des Zarenreichs ging gegen die baltendeutsche Bevölkerung Rigas mit harten Repressionen vor. Infolgedessen ging die Seemannsmission am Rigaer Hafen ein. Eine neue Lage entstand, als das deutsche Heer die Stadt im September 1917 eroberte. Am 1. März 1918 wandten sich *Oswald Erdmann* (1871–1934), der Stadtprobst von Riga, und andere Vertreter der Evangelisch-lutherischen Kirche in Livland, mit einem flammenden Appell an den Vorstand des Deutsch-Lutherischen Seemannsfürsorgeverbandes:

„Mit der gesamten Inneren Missionsarbeit des Baltenlandes war auch die livländische Seemannsmission von der russischen Regierung im Jahre 1915 zerstört worden. Eine zwanzigjährige Reichgottesarbeit sollte damit gehindert werden und vernichtet sein. Gott aber ließ sich auch dieses Mal nicht in sein Regiment von Menschen dreinreden. Gott hat es gefügt, dass das evangelische Riga durch Deutschlands siegreiche Heere aus der Gewalt eines unevangelischen Staatswesens befreit wurde. Evangelischer Art und Arbeit war damit wieder freie Bahn geschafft. Auch der Seemannsmission erschloss sich die Möglichkeit, ihre unterbrochene Arbeit wiederaufzunehmen. Aber der Krieg, sonderlich auch der von Russland gegen das gesamte Deutschland, somit auch gegen die deutschen Balten und ihre Kulturwerke proklamierte und geführte zielbewusste Vernichtungskampf hat so viel wirtschaftliche Schädigung auch in Riga verursacht, hat die finanzielle Kraft der Inneren Mission und der kirchli-

Innungen, paritätisch besetzten Verbänden und Arbeitgeberverbänden. Schmuhl, Arbeitsmarktpolitik, S. 148f.

77 „Ebenso war ein Ausbau der Seemannsmission in Windau kurz vor Ausbruch des Krieges, in Verbindung mit dem dortigen deutschen lutherischen Pastor [...] geplant.“ Oehlkers an Gouverneur v. Alten, 4.1.1918, AStH, Liste P, 66 (Altakten).

78 Oehlkers an Gouverneur v. Alten, 4.1.1918, AStH, Liste P, 66 (Altakten). Vgl. auch W. Thun, Werden und Wachsen der Deutschen Evangelischen Seemannsmission, Altona 1939.

chen Gemeinden durch Zwangsevakuierung des kirchlichen Vermögens und durch Zwangssistierung der Einnahmequellen bis zu dem Grade geschwächt, dass auch die Möglichkeit des Wiederbeginns der Seemannsmission zunächst nur in der Theorie gegeben war. Aber konnten die Russen uns auch viel an materieller Kraft zerbrechen, den Schaffensdrang, die Werke des Herrn zu wirken, das Pflichtbewusstsein, berufene Arbeiter im Weinberge Gottes zu sein, den Glaubensmut, dass Gottes Reich auch nicht in seinem kleinsten Stückchen überwunden werden kann, konnte uns niemand rauben.“⁷⁹

Paul Oehlkers hatte sich allerdings bereits im Januar 1918 mit dem Gouverneur von Riga in Verbindung gesetzt und den Wiederaufbau der Seemannsmission im Rigaer Hafen ange-regt, damit man „sofort bei Beginn der Schifffahrt im Mai die durch den Krieg unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen“⁸⁰ könne. Im Auftrag und auf Kosten des Gouvernements unternahm Oehlkers im April 1918 eine Vortragsreise nach Riga, auf der er – neben öffentlichen Vorträgen über kirchliche Jugendfürsorge, Gemeindepflege, Fürsorgeerziehung und Seemannsmission – vertrauliche Gespräche im Hinblick auf die Reorganisation der Seemannsmission führte. Dabei wurde beschlossen, dass das Komitee für Livländische Seemannsmission dem Deutsch-Lutherischen Seemannsfürsorgeverband als Verbandsverein angeschlossen und von diesem bei der Einrichtung einer Seemannsmission in Riga un-terstützt werden sollte. „Hauptstation“⁸¹ sollte ein Seemannsheim in Riga sein, „mit Lesezimmern für deutsche, lettisch-estnische, skandinavische Seeleute, mit guter Logiergelegenheit, alkoholfreier Wirtschaft, christlicher Hausordnung, Gelegenheit zur Teilnahme an Gottesdiensten und erbaulichen Versammlungen.“ Erwünscht war ferner „eine Verbin-dung mit einer An- und Abmusterungsstelle, damit auf die Ersparung der verdienten Löh-ne eingewirkt werden kann.“ Weiterhin war an „Nebenstationen“ unter Leitung eines Di-akonon, bestehend nur aus einem „Lesezimmer mit alkoholfreier Wirtschaft“, in „Windau, Arensburg, Hapsal, Reval, hier noch Bolderaa und Mühlgraben, vielleicht noch Pernau und Haynasch“ gedacht. Was dem Komitee vorschwebte, war also ein Netz von Stationen, das sich über Kurland, Livland und Estland spannen sollte. Das Rigaer Börsenkomitee, das seine finanzielle Unterstützung zugesagt hatte, billigte die Pläne des Komitees für Livlän-dische Seemannsmission und erkannte insbesondere an, „dass bei der An- und besonders der Abmusterung der Seeleute hier direkte Missstände zwar nicht geherrscht, aber doch die Versuchung zum leichtsinnigen Geldausgeben durch die Auszahlungen in den Wirt-schaften befördert wurde, und dass es erwünscht sei, bei der Neuregelung des Heuerwesens eine Verbindung mit dem Seemannsheim zu suchen, in der Weise, wie es neuerdings in

79 O. Erdmann (Stadtprobst in Riga), Pastor Burchard (Inspektor für Innere Mission in Riga) u.a. an Vor-stand des Deutsch-Lutherischen Seemannsfürsorgeverbandes, 1.3.1918, AStH, Liste P, 66 (Altakten).

80 Oehlkers an Gouverneur v. Alten, 4.1.1918, AStH, Liste P, 66 (Altakten).

81 Paul Oehlkers, Vorsteher des Stephansstifts und stellv. Schriftführer des Deutsch-Lutherischen See-mannsfürsorgeverbandes zu Hannover, an Gouverneur v. Alten, Riga, 26.4.1918, AStH, Liste P, 66 (Altak-ten). Danach auch die folgenden Zitate.

Geestemünde, Harburg, Cuxhaven, Altona geschehen ist.“ Einig waren sich alle Beteiligten, dass das jenseits der Düna gelegene Seemannshaus wegen seiner abgelegenen Lage wenig geeignet sei, zumal es durch eine Steuermannsschule und ein Altersheim fast voll belegt war. Man strebte die Erwerbung eines größeren Hauses auf dem diesseitigen Dünaufer in der Nähe des Exporthafens an. Vorläufig hielt die Livländische Seemannsmission ein Lesezimmer in der Küterstraße vor, stellte einen Diakon als Seemannsmissionar an und bestellte Pastor Burchard, den Inspektor der Rigaer Stadtmission, zum Seemannspastor. Oehlkers bat den Gouverneur, dass er diese beiden „zum Besuche der einlaufenden Schiffe ermächtige; bei der Neuregelung des Heuerwesens die Erfahrungen der Seemannsmission durch Hinzuziehung des Seemannspastors mit berücksichtige; den Ausbau der Station Riga zu einer Hauptstation durch Zuweisung eines genügend geräumigen und geeignet gelegenen Hauses fördere.“ Einen Monat später erteilte das Gouvernement den Bescheid, dass zur Errichtung des Seemannsheims mit angeschlossenem Heuerbüro die polnische Schule am Puschkinboulevard 8 in Riga vorgesehen war. Dort standen etwa fünfzig Räume, ein großer Saal, eine große Küche und ein Baderaum zur Verfügung.⁸²

Wegen der Verbindung von Seemannsheim und Heuerbüro in Riga holte Paul Oehlkers offenbar Erkundigungen bei anderen Seemannsmissionen ein. Seemannspastor *Haller* aus Geestemünde⁸³ wog in seinem Antwortschreiben das Für und Wider sorgfältig gegeneinander ab. Das Schreiben ist auch deshalb so bemerkenswert, weil es Einblicke in den Alltag eines Seemannsheims erlaubt:

„[...] Ich bin doch froh gewesen, dass in Geestemünde gleich bei Gründung der Arbeit das Heuerbüro direkt von der Seemannsmission gegründet und auch von ihr unmittelbar geleitet ist als ihre eigene Sache. Damals war es sicher eine unbedingte Notwendigkeit, da die Leute tatsächlich keinen Schutz gegen das Unwesen der Heuerbaase hatten. Auch war damals der Heuerbetrieb nicht so groß, so dass er sich übersehen ließ. Später kam ja dann das Stellenvermittlungsgesetz, das die größten Missstände gesetzlich abstellte.⁸⁴ Die Notwendigkeit war meines Erachtens nun nicht mehr so dringend wie früher. Eine Abstoßung des Heuerbüros von dem eigentlichen Heim erschien mir nun [...] aus folgenden Gründen wünschenswert:

- 1.) Durch den allmählich immer größer werdenden Umfang der Heuerei wurden wir zu sehr Geschäftsunternehmen. Die Kontrolle der riesigen Summen (immerhin im Heuerbüro in einem Durchschnittsjahr 1.200.000 M.) gestaltete sich immer schwieriger für den Seemannspastor, der doch kein geschulter Bankbeamter, sondern nur Dilettant und Autodidakt auf diesem Gebiete war. So hatte ich immer

82 Gouvernement Riga an Paul Oehlkers, 17.5.1918, AStH, Liste P, 66 (Altakten).

83 Vgl. Thun, Werden, S. 66.

84 Gemeint ist das Stellenvermittlungsgesetz vom 2. Juni 1910, das es den Behörden ermöglichte, die Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Stellenvermittlung bei Unzuverlässigkeit oder auch bei fehlendem Bedarf zu entziehen. Vgl. Schmuhl, Arbeitsmarktpolitik, S. 22f.

ein unsicheres Gefühl. Es ist ja gut gegangen. Wir haben durchweg treue Leute gehabt. Aber ein Gefühl des Unbehagens bin ich nie losgeworden.

- 2.) Durch die innige Verbindung des Seemannsheims mit dem Heuerbüro wurde allmählich das Heim auf eine ungesunde Grundlage gestellt. Wir waren gezwungen, stets Kredit zu geben, um Leute zu halten und bereit zu haben für die oft plötzlichen Anmusterungen. Es herrschte ein Pumpsystem, das für alle Hauseltern, Heuerbüroangestellten (die den betrunkenen Seeleuten das Geld bei der Abheuerung abziehen mussten), [und] Seemannspastor höchst unerquicklich waren.
- 3.) Wir waren infolge der Heuerbüros willenslose Werkzeuge der Reeder, die jeden Augenblick drohen konnten, falls ihre Wünsche (berechtigte u. unberechtigte) nicht sofort erfüllt werden konnten, zu dem anderen Heuerbaas zu gehen. Wo *nur* das Seemannsheim die Heuerei hat, ist die Sache viel leichter.
- 4.) Da die Leute aus den üblen Kneipen und oft Bordellen heraus geholt werden mussten, wenn das Schiff fahrbereit werden sollte, mussten wir unsere Renner (Heuerbaasgehilfen), oft unsere Brüder selbst anhalten, diese verrufenen Häuser aufzusuchen. Dadurch ist mancher Renner durch uns in sehr große Versuchung gebracht worden und mancher ist tatsächlich an den Trunk gekommen und der Unsittlichkeit verfallen.⁸⁵

Die Seemannsmission in Riga kam im Jahre 1918 über erste Anfänge kaum hinaus. In den Tagen vom 2. bis zum 4. Januar 1919 wurde Riga von sowjetrussischen Truppen erobert. Vom 4. Januar bis zum 21. Mai 1919 war Riga die Hauptstadt der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Bruder Wilhelm Dietrich und seine Frau hielten, wie bereits geschildert, zu dieser Zeit in Riga aus.

Erst am 22. Mai 1919 wurde die Rote Armee von der Baltischen Landeswehr und deutschen Freikorps aus Riga vertrieben. Mit der Errichtung der Republik Lettland eröffnete sich eine neue Möglichkeit, die Seemannsmission in Riga wiederzubeleben. Am 29. November 1920 wandte sich Paul Oehlkers an Pastor Alexander Burchard und schlug Bruder Wilhelm Haß als Seemannsmissionar für Riga vor. Dieser war, wie bereits erwähnt, bis 1918 als Seemannsmissionar und Leiter des Seemannsheims in Konstantinopel tätig gewesen.⁸⁶ Dort habe er, so berichtete Oehlkers, „den Türkisch-Bulgarischen Krieg und den Türkisch-Serbischen Krieg durchgemacht“,⁸⁷ auch den Ersten Weltkrieg über „dort durchgehalten“ und sei dann „von den Engländern in der allerrücksichtslosesten Weise aus seinem Heime

85 Auszug aus einem Briefe von Herrn Seemannspastor Haller vom 28.5.1918, AStH, Liste P, 66 (Altakten).

86 Haß trat 1898 ins Brüderhaus ein, war zunächst als Krankenpfleger im Stift, als Erziehungsgehilfe auf der Hünenburg und von Juni 1901 bis Juli 1903 als Gehilfe im Seemannsheim in Cardiff tätig. Es schlossen sich zwei Jahre Brüderunterricht an, in denen Haß zugleich als Erziehungsgehilfe auf dem Knabenhof arbeitete. Nach dem Abschluss der Ausbildung als Seemannsmissionar im Oktober 1905 wurde Haß nach Barry Docks entsandt, von dort wechselte er im Januar 1908 nach Konstantinopel. Oehlkers an P. Burchard, 29.11.1920, AStH, Liste P, 66 (Altakten).

87 Oehlkers an P. Burchard, 29.11.1920, AStH, Liste P, 66 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate.

vertrieben und seiner Habseligkeiten beraubt“ worden. Seit Mai 1919 arbeitete Haß in der Seemannsmission in Cuxhaven. Seiner Entsendung nach Riga sah Haß mit gemischten Gefühlen entgegen:

„Nun fürchtet er sich etwas davor, dass es ihm in Riga wieder so gehen könnte, wie in Konstantinopel. Er schreibt: ‚Lust und Freudigkeit habe ich dazu, auch schon aus nationalen Gründen, mitzuhelfen, dass wir wieder Fuß fassen im Auslande. Es ist nur die Frage, hat es Aussicht und kommen nicht eines Tages die Russen und jagen uns wieder außer Landes. Eine zweite Flucht möchte ich nicht wieder gerne erleben. Für meine persönliche Sicherheit bin ich nicht in Sorge, dazu habe ich in Konstantinopel allerlei erlebt und bin immer gnädig bewahrt geblieben.‘“

Im April 1921 gab die Lettländische Diplomatische Vertretung beim Deutschen Reich grünes Licht für eine Erneuerung der Seemannsmission in Riga und Haß nahm sein Amt auf. Der Anfang stand unter keinem guten Stern, es fehlte an Finanzmitteln. Ende 1921 schrieb Haß in einem Brandbrief an Pastor Oehlkers, „er könnte sich nun nicht mehr satt essen, er hätte 10.000 Rubel Schulden, und das sei ihm in seinem ganzen Leben noch nicht vorgekommen, er halte das nicht mehr aus und würde wohl eines Tages hier in Deutschland wieder auftauchen.“⁸⁸ Oehlkers bemühte sich um die finanzielle Unterstützung amerikanischer Kreise, um die Station in Riga aufrechtzuerhalten. Mitte der 1920er Jahre hatte sich die deutsche Seemannsmission in Riga etabliert. Im Jahresbericht 1927 heißt es:

„Die Schiffe wurden nach Möglichkeit immer aufgesucht, um die alten Verbindungen weiter zu pflegen und um neue anzuknüpfen. Gleichzeitig wurde dann auch Lese- und Post überbracht, was von den Seeleuten immer dankbar begrüßt wurde. Im Lesezimmer findet sich regelmäßig ein kleiner Kreis zusammen, es sind echte Leseratten, die alles durchstöbern und wiederum solche, die nach fröhlicher oder ernster Unterhaltung verlangen.“⁸⁹

In dem kleinen Lesesaal wurde Musik gemacht und Tee gereicht. Manchmal musste der Seemannsmissionar auch Seelsorge betreiben, etwa wenn Todesmeldungen eintrafen. Bisweilen mussten erkrankte oder verunglückte Matrosen gepflegt werden. „Zwei Seeleute wurden von ihren Angehörigen in Riga vermisst, wir erließen in den Schriften einen Aufruf und erhielten nach langer Zeit aus [der] Seemannsmission in New York eine Antwort.“ Aus diesem Bericht erfährt man auch, dass das Auswärtige Amt die Arbeit der Rigaer Seemannsmission mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 2.000 Reichsmark unterstützte.

88 Oehlkers an P. Burchard, 19.12.1921, AStH, Liste P, 66 (Altakten).

89 Jahresbericht der Deutschen Seemannsmission in Riga, 1927, AStH, Liste P, 66 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate. Vgl. auch: Wolff, Ein Besuch bei den Freunden und Brüdern des Stephansstifts in Riga, S. 311.

Zuwendungen kamen auch von der deutschen Gesandtschaft, verschiedenen Schifffahrtsgesellschaften und Spendern in Deutschland.

1931 gab Bruder Wilhelm Haß die Stelle des Seemannsmissionars in Riga schließlich auf, weil er nach seiner Heirat nach Holland übersiedeln wollte. Er wurde vom Brüderhaus auf Dauer beurlaubt. Einstweilen blieb der Posten unbesetzt.

Die Siechenhäuser

Die Pflege alter und siecher Männer in den Siechenhäusern des Stephansstifts wurde auch nach dem Ersten Weltkrieg fortgesetzt. Die Zahl der Bewohner des Alten und Neuen Siechenhauses stieg zunächst langsam von 97 (1. Januar 1919) auf 115 (Ostern 1923).⁹⁰ Auch zur Zeit der Hyperinflation konnte die Bewohnerzahl gehalten werden, obwohl sich zeitweilig die Frage erhob, „wie die Siechenhäuser bei dem Sinken der Papiermark durchkommen sollten. Es sind eine ganze Reihe von Kranken bei uns, welche früher, vor dem Kriege, gegen eine einmalige Zahlung eines festen Betrages eingekauft sind, für welche jetzt also gar keine angemessenen Mittel zur Verfügung stehen.“⁹¹ Im November 1927 konnte nach mehrjähriger Bauzeit ein Erweiterungsbau am Neuen Siechenhaus bezogen werden, nun standen 180 bis 200 Plätze für alte Männer 1., 2. und 3. Klasse zur Verfügung.⁹² Dementsprechend stieg die Zahl der Bewohner von 130 (1. April 1927) auf 165 (1. April 1928), weiter auf 189 (1. April 1929) und schließlich auf 200 (Jahresfest 1930).⁹³

Über die Bewohner der Siechenhäuser erfährt man aus dieser Zeit fast nichts. Doch berichtete Pastor Johannes Wolff im Jahre 1930, dass sich von Jahr zu Jahr die Fälle mehrten, „in denen solche Pfleglinge zu uns kommen, die fast nur noch bettlägerig sind. Unsere Heime werden deshalb mehr und mehr aus Altersheimen zu Siechenhäusern.“⁹⁴ Man habe mittlerweile aber auch eine „Jugendabteilung“ für blinde und körperbehinderte junge Männer, die nach wie vor in den Siechenhäusern Aufnahme fanden.

Die Fürsorgeerziehung im Weimarer Wohlfahrtsstaat

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte es von verschiedener Seite massive Kritik an der Fürsorgeerziehung gegeben, wobei die Sozialdemokraten an vorderster Front marschierten. Nun gehörte die Sozialdemokratie zu den Parteien der Weimarer Koalition. Gegen die Fürsorgeerziehung, so konstatierte Paul Oehlkers Anfang 1919 besorgt, „richtet sich in den Arbeiterkreisen vielfach geradezu ein Hass. Sie sehen die Fürsorgeerziehung an als ein ‚Klassengesetz‘, das nur zur Bedrückung der armen Leute gegeben sei.“⁹⁵ Angesichts dieses

90 Statistik des Jahres 1918, S. 109; Jahresbericht 1922/23, S. 6.

91 Jahresbericht 1922/23, S. 6.

92 Jahresbericht 1927, S. 140f.; Wolff, Geschichte, S. 103.

93 Jahresbericht 1926, S. 117; Jahresbericht 1927, S. 140; Jahresbericht 1929, S. 88f.

94 Jahresbericht 1929, S. 89.

95 Oehlkers, Aus der Arbeit für die Arbeit, S. 23. Danach auch die folgenden Zitate.

Klimas stehe eine Reform des Fürsorgeerziehungsgesetzes an, das ohnehin – auch in den Augen der konfessionellen Träger – reformbedürftig sei. Innere Mission und katholische Caritas, die nun eine gemeinsame Abwehrfront bildeten, sollten sich aktiv in die Reformdebatte einbringen, um nicht im neuen Staat aus der Fürsorgeerziehung ausgebootet zu werden. Insbesondere sollte der „Grundsatz, dass jedes Kind ein Recht auf Erziehung hat“, im Gesetz klarer herausgearbeitet werden. Der pädagogische Auftrag der Anstaltserziehung müsse demgemäß hervorgehoben werden. Und: „Schwachsinnige, psychopathische und kranke Zöglinge müssen ein Recht auf Erziehung in besonderen Anstalten bekommen.“

Diese Fragen wurden auf einer Tagung des „Evangelischen Fürsorge-Verbandes der Provinz Hannover“ am 6. Februar 1919 im Stephansstift besprochen, am 7. Februar waren die Vertreter der evangelischen und katholischen Anstalten der Provinz Hannover im Ständehaus zu einer Besprechung mit dem Landesdirektorium versammelt, an der auch ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates teilnahm. Am Ende der Beratungen gab Backhausen unter Zustimmung aller versammelten evangelischen und katholischen Anstaltsleiter eine Erklärung ab:

- „I. Wir werden nach wie vor auch unter den veränderten politischen Verhältnissen der Staatsregierung unsere Kräfte zur Verfügung stellen, um mit ihr das Recht der uns anvertrauten gefährdeten Jugend auf eine gute Erziehung in der bestmöglichen Weise zu verwirklichen.
- II. Wir werden insbesondere gern an einer Reform des Fürsorgeerziehungsgesetzes in der Überzeugung, dass noch vieles daran zu bessern ist, mitarbeiten und werden ebenso ernstlich prüfen, wie die Anstaltserziehung und die Familienpflege weiter auszugestalten ist, damit sie immer mehr als Förderung und Wohltat, nicht aber als Lebenshemmung empfunden wird.
- III. Wir müssen dann aber auch verlangen, dass man uns Fachmännern Freiheit in der pädagogischen Entwicklung unseres Werkes lässt und Änderungen in der Fürsorgeerziehungspraxis nicht ohne unsere Mitwirkung vornimmt.
- IV. Unsere in langer Erfahrung bewährten Grundsätze für die Erziehung und für deren Weiterbildung sind folgende:
 - a. Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen uns und den Zöglingen durch deren Aufnahme in unsere Lebensgemeinschaft.
 - b. Bildung des Gehorsams durch Zucht, d.h. durch Gewöhnung an sittliche Tat, vor allem durch planmäßige Arbeitserziehung.
 - c. Bildung der im Zögling vorhandenen Kräfte zur sozialen Betätigung.
 - d. Bildung des Gewissens durch die seelsorgerlichen Mittel der Kirche, ohne die wir unsere Erziehungsarbeit nicht tun können und nicht tun wollen.“⁹⁶

.....
96 Ebd., S. 24.

Hier verband sich das Angebot an das im Entstehen begriffene neue Staatswesen, auch künftig auf dem Gebiet der geschlossenen Jugendfürsorge zu kooperieren und sich konstruktiv in die Debatte um eine Reform des Fürsorgeerziehungsgesetzes einzubringen, mit der selbstbewussten Forderung, der Staat solle sich auch weiterhin aus der Erziehungspraxis in den konfessionellen Anstalten heraushalten. Backhausen und seine Mitstreiter schätzten die Situation durchaus richtig ein – auch der Weimarer Wohlfahrtsstaat war auf die Einrichtungen der Inneren Mission und der Caritas angewiesen.⁹⁷

Spätestens jetzt avancierte Wilhelm Backhausen zu einem der wichtigsten Vordenker evangelischer Anstaltserziehung in Deutschland.⁹⁸ Er machte sich daran, die Grundgedanken der pädagogischen Praxis, die sich unter seiner Leitung in der Erziehungsanstalt des Stephansstifts herausgebildet hatte, noch einmal neu zu formulieren, um sich in die immer stärker werdende Bewegung der Reformpädagogik einzureihen. Wegweisend in dieser Richtung war sein Vortrag über „Lebensgemeinschaft als Grundlage der Anstaltserziehung“ auf der Tagung des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages (AFET) am 28./29. Mai 1923 in Bamberg. In diesem Vortrag mahnte er, man müsse „wieder prinzipiell denken lernen.“⁹⁹ Es sei „noch keine Reform der Fürsorgeerziehung, wenn eine Behörde anordnet: Alle Gitter sollen verschwinden! Wird damit der Geist anders? Es hilft auch noch nicht viel, neue Strafordnungen zu erlassen oder den Verkehr mit den Angehörigen der Zöglinge zu regeln, so nützlich das auch sein mag.“ Ausgangspunkt seines pädagogischen Denkens sei die im christlichen Glauben wurzelnde Überzeugung, „dass unsere Zöglinge für uns nicht ‚Material‘, sondern Menschen mit der angeborenen Anlage zur Persönlichkeit sind. [...] Die Erziehung ist für uns Erziehung zur bewussten und gewollten Persönlichkeit.“ Daher dürfe sie „kein mechanisches Geschäft“ sein. Erziehung sei vielmehr „die Ausstrahlung einer gewordenen Persönlichkeit auf eine werdende“,¹⁰⁰ sie könne sich daher „nicht *par distance* vollziehen, sondern nur in der Form der Lebensgemeinschaft der Erzieher mit ihren Zöglingen“, einer „Lebensgemeinschaft“, die sich auf die Arbeit, die Freizeit und auch das religiöse Leben erstrecken müsse.

Backhausen nutzte den Begriff der „Lebensgemeinschaft“ ganz unbefangen, um eine Brücke zur sozialdemokratischen Reformpädagogik zu schlagen – in Bamberg waren erstmals auch „sozialistische Freunde der Fürsorgeerziehung“¹⁰¹ dabei. „Es hat jemand von dem Sozialismus gesagt, er sei, ihm selbst unbewusst, losgelöstes Christentum, von der ursprünglichen Wurzel losgelöstes Christentum.“¹⁰² Von daher, so deutete Backhausen an, sei bei allen Gegensätzen eine Verständigung zwischen christlicher und sozialistischer Pädagogik

97 Dazu auch: Mehl, Stephansstift, S. 50f.

98 1925 erhielt er einen Sitz als beratendes Mitglied im Erziehungsbeirat der Landesbehörde. Mehl, Stephansstift, S. 51.

99 Wilhelm Backhausen, Lebensgemeinschaft als Grundlage der Anstaltserziehung, in: Monatsbote 44 (1923), S. 54–60, S. 55. Danach auch die folgenden Zitate.

100 Ebd., S. 56. Danach auch das folgende Zitat.

101 Ebd., S. 54.

102 Ebd., S. 56.

möglich. Namentlich erwähnte Backhausen *Siegfried Kawerau* (1886–1936), Gymnasiallehrer in Berlin, Mitglied des „Bundes Entschiedener Schulreformer“ und Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Neue Erziehung“, *Karl Wilker* (1885–1980), Leiter der Zwangserziehungsanstalt Berlin-Lichtenberg, die er unter dem Namen Lindenhof zum Modell einer humaneren Fürsorgeerziehung ausbaute, und *Gustav Wyneken* (1875–1964), den Gründer und Leiter der Freien Schulgemeinde Wickersdorf im Thüringer Wald.¹⁰³

Noch im Jahre 1919 stellte Backhausen „Richtlinien über das Ziel, die Aufgabe und die Mittel der evangelischen Anstaltserziehung“¹⁰⁴ auf und entwarf ein „Merkblatt für die pädagogische Beurteilung eines Zöglings“.¹⁰⁵ Dieses Merkblatt sollte eine Grundlage schaffen, um die Anlagen des Zöglings und seine Fortschritte im pädagogischen Prozess möglichst exakt zu erfassen. Dazu ein Beispiel: Unter A. Die Anlagen des Zöglings, III. Die geistigen Anlagen, b. Psychische Störungen, heißt es etwa zur „Psychopathie“:

„Disharmonische Anlage. Widerspruchsvolles Gebaren, schwankende oder sprunghafte Stimmung? Grundlose traurige oder heitere Verstimmung? Periodischer oder unregelmäßiger Stimmungswechsel? Auffallender Wechsel in Lernfähigkeit und Fleiß? Unbeständig, unzuverlässig, unberechenbar, leicht ablenkbar? Blitzschnell den Trieben folgend? Reizbar, empfindlich, roh, grausam? (Stimmungsgegensätze: fröhlich – traurig, grüblerisch, weinerlich, mürrisch, verdrossen, verbittert, von Heimweh, Fluchtgedanken, Selbstmordgedanken geplagt. Zufrieden – Nörgler, Krittler. Gelassen – reizbar, aufgeregt. Still – unruhig, lärmend, schwatzhaft. Offen – verschlossen. Ernst – leichtsinnig. Mutig – ängstlich, verschüchtert, feig, sorgenvoll. Feinfühlig – stumpfsinnig. Aufgeweckt – schläfrig, träumerisch, usw.).“¹⁰⁶

103 Ebd., S. 57. Wyneken war 1921/22 wegen Kindesmissbrauchs verurteilt worden, der Fall hatte in der Öffentlichkeit hohe Wellen geschlagen. Backhausen ging in seinem Referat auf den Fall ein und verwies darauf, wie schwierig es sei, den „Trennungsstrich zwischen Eros und Sexualität“ zu setzen. Seine Kritik bleibt recht moderat.

104 Wilhelm Backhausen: Richtlinien über das Ziel, die Aufgabe und die Mittel der evangelischen Anstaltserziehung, in: Monatsbote 40 (1919), S. 154–156.

105 Wilhelm Backhausen, Merkblatt für die pädagogische Beurteilung eines Zöglings, in: Monatsblatt 40 (1919), S. 173–177.

106 Ebd., S. 174. – Der Begriff der „psychopathischen Minderwertigkeit“ war 1891 vom Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Zwiefalten, *Julius Ludwig August Koch* (1841–1908), entwickelt worden. Koch fasste darunter angeborene oder erworbene, dauerhafte oder vorübergehende psychische Abweichungen, die aber keine psychische Erkrankung im eigentlichen Sinn darstellten. Freilich schrieb Koch diesen Abweichungen per definitionem einen „minderen Wert“ zu – mit langfristig fatalen Folgen. Der Psychiater *Kurt Schneider* (1887–1967) gelangte in den 1920er Jahren zu einem genauer definierten Begriff der „Psychopathie“. Dieser umfasste anlagemäßig bedingte Störungen des Erlebens, Empfindens und moralischen Urteilens, die sich in normabweichendem („antisozialem“ oder „soziopathischem“) Verhalten äußerten. Vgl. Hans-Jürgen Marckwort, Die Lehre von der Psychopathie, med. Diss. Bonn 1970; Gabriele Geiger, Schwachsinnigenfürsorge und Hilfe für das geistig behinderte Kind. Eine Analyse der „Zeitschrift für das Idiotenwesen“ (1880–1934), Freiburg 1977, S. 71–89; Christian Müller, Verbrechensbekämpfung im Anstaltsstaat. Psychiatrie, Kriminologie und Strafrechtsreform in Deutschland 1871–1933, Göttingen 2004, S. 64–72.

1922 erschien das von Wilhelm Backhausen gemeinsam mit Pastor *Johannes Steinwachs* (1862–1923), dem Vorsteher der Neinstedter Anstalten, und Pastor *Johannes Voigt*, dem Vorsteher der Schleswig-Holsteinischen Diakonenanstalt in Rickling verfasste Lehrbuch über „Die evangelische Anstaltserziehung“.¹⁰⁷ Ursprünglich hatte auch der Vorsteher des Rauhen Hauses, Pastor *Martin Hennig* (1864–1920), einen Beitrag zu diesem Lehrbuch verfassen sollen, er wurde aber durch Krankheit und frühen Tod daran gehindert. Damit wären die Vorsteher der vier Diakonenanstalten, deren Hauptgebiet die Erziehungsarbeit war, an der Entstehung des Buches beteiligt gewesen.¹⁰⁸ Es blieb über Jahrzehnte hinweg ein wichtiges Referenzwerk für die evangelische Erziehungsarbeit – und auch im Stephansstift folgte man bis zum Ende der Weimarer Republik der von Wilhelm Backhausen vorgezeichneten pädagogischen Linie.

„Die Kuh sagt Mm ...“ – Der Knabenhof und seine Hilfsschule

Die Novemberrevolution ging nahezu spurlos am Knabenhof des Stephansstifts vorbei. „Die in den Tagen des Umsturzes sich bemerkbar machende Unruhe legte sich sehr bald“,¹⁰⁹ berichtete Pastor Hermann Müller. „Nur ein einziger Zögling wurde gegen unseren Willen und ohne behördliche Genehmigung aus der Anstalt entfernt, zwei andere wurden von Verwandten, die sie hier besuchten, heimlich mitgenommen.“ Die wichtigste Entwicklung war einstweilen der Rückgang der Zöglingszahl. War zu Ostern 1918 mit 328 Jungen der bis dahin höchste Stand in der Geschichte des Knabenhofs erreicht, so ging die Belegung von da an auf 292 Jungen (1. Januar 1919) zurück.¹¹⁰ Dass man sich 1919 entschloss, „diejenigen schwachbegabten Konfirmanden, von denen wir annehmen, dass sie den Anforderungen des praktischen Lebens noch nicht gewachsen sind, hier in der Anstalt in einer besonderen Gruppe zu sammeln und allmählich in die praktische Arbeit einzuführen,“¹¹¹ könnte seinen Grund auch darin haben, dass man Leerstände vermeiden wollte. Am 1. Januar 1920 lebten auf dem Knabenhof 280 Jungen, am 1. Januar 1922 waren es 294, am 1. Januar 1923 schon wieder 313, am 1. August 1923 schließlich 330 – eine neue Höchstmarke.¹¹² Mittlerweile war der Knabenhof schon wieder „überfüllt“.¹¹³ Doch gab es einen weiteren tiefen Einschnitt

107 Johannes Steinwachs / Wilhelm Backhausen / Johannes Voigt, *Die evangelische Anstaltserziehung mit besonderer Berücksichtigung der Fürsorgeerziehung. Leitfaden zur Ausbildung von Erziehern in Anstalten für männliche Zöglinge*, Hannover 1922. Noch im selben Jahr erschien eine zweite Auflage.

108 Rainer Nußbicker, *Freistatt, Heimerziehung und die Westfälische Diakonenanstalt Nazareth*, in: Matthias Benad / Hans-Walter Schmuhl / Kerstin Stockhecke (Hg.), *Endstation Freistatt. Fürsorgeerziehung in den v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel bis in die 1970er Jahre*, Bielefeld 2. Aufl. 2011, S. 217–254, S. 226.

109 Hermann Müller, *Jahresbericht des Knabenhofes (1918)*, in: *Monatsbote* 40 (1919), S. 100–102, S. 100. Danach auch das folgende Zitat.

110 *Statistik des Jahres 1918*, S. 109.

111 Müller, *Jahresbericht des Knabenhofes (1918)*, S. 101.

112 Wolff, *Geschichte*, S. 96.

113 *Jahresbericht 1922/23*, S. 7. Man hatte etwas Raum gewonnen, indem man die Turmschule um ein Stockwerk erhöht hatte. Die Aufnahmestation, bisher in Haus Freienwalde untergebracht, wurde auf den Kna-

in der Phase der Hyperinflation. Im Herbst 1923 sah sich die Fürsorgeerziehungsbehörde gezwungen, aus finanziellen Gründen 75 Jungen, ein Viertel des Bestandes, nach Hause zu entlassen.¹¹⁴ 1924 befanden sich gerade einmal noch 246 Jungen auf dem Knabenhof.¹¹⁵ Danach stieg die Zöglingzahl wieder an, auf 264 (1. April 1926) und weiter auf 294 (1. April 1927).¹¹⁶ Damit war der Stand am Ende des Ersten Weltkriegs wieder erreicht.

Mit der Rückkehr der Brüder aus dem Kriegsdienst mussten die weiblichen Hilfskräfte weichen, die während des Krieges den Betrieb des Knabenhofs aufrechterhalten hatten. Von 23 Erzieherinnen schieden zwölf aus. Man habe sich, so Pastor Hermann Müller, nur ungern von diesen Mitarbeiterinnen getrennt. „In unserer Absicht, dauernd Frauenkräfte für unsere Erziehungsarbeit zu behalten, wie es bereits vor dem Kriege in Aussicht genommen war, sind wir durch die Erfahrungen der Kriegsjahre aufs Neue bestärkt.“¹¹⁷ Tatsächlich arbeiteten auch weiterhin Erzieherinnen auf dem Knabenhof mit. Da sie fest angestellt waren, während die Probebrüder kamen und gingen, stellten sie ein willkommenes Element der Stabilität dar, das die Kontinuität der pädagogischen Praxis gewährleistete.¹¹⁸

Die vor dem Krieg entwickelten Grundlinien der Erziehung wurden weiterverfolgt. An jedem Dienstagvormittag fanden Zusammenkünfte der Erzieher statt (ob die Erzieherinnen auch daran teilnahmen, geht aus der Quelle leider nicht hervor), um sich über einzelne schwierige Fälle auszutauschen. Auch las man gemeinsam das von Lehrbuch zur evangelischen Anstaltserziehung von Wilhelm Backhausen, Johannes Steinwachs und Johannes Voigt. Pflichtlektüre war nach wie vor auch Otto Mönkemöllers Buch über „Die geistigen Krankheitszustände des Kindesalters“,¹¹⁹ „weil es milder in der Beurteilung, sachlicher in der Behandlung und geduldiger in der Beeinflussung unserer Jungen macht, wenn der Blick in mancherlei physische Ursachen ihrer Seelenzustände vertieft wird.“¹²⁰

In den Jahresberichten des Knabenhofs findet man interessante Details aus dem Unterricht der Hilfsschule, die in den 1920er Jahren die „Methoden eines neuzeitlichen Schwachsinnigenunterrichts“¹²¹ einführte. Über den Unterricht im Lesen und Schreiben erfährt man:

„So wird z.B. im Schreib-Lese-Unterricht zu jedem Laut eine besondere Geschichte erzählt, jeder Buchstabe erhält einen besonderen Namen nach der Mundstellung, z.B. a ist der Großmund, b der Breitmund und so fort. Es wird darauf gesehen, dass

benhof verlegt, weil die Räumlichkeiten in Freienwalde als Wohnung der Witwe von Paul Oehlkers gebraucht wurden.

114 Wolff, Geschichte, S. 111.

115 Mehl, Stephansstift, S. 51.

116 Gerhard Dittrich, Jahresbericht des Knabenhofes (1926), in: Monatsbote 48 (1927), S. 119–124, S. 119.

117 Müller, Jahresbericht des Knabenhofes (1918), S. 101.

118 Dittrich, Jahresbericht des Knabenhofes (1926), S. 120.

119 Otto Mönkemöller, Die geistigen Krankheitszustände des Kindesalters, Wiesbaden 1922.

120 Dittrich, Jahresbericht des Knabenhofes (1926), S. 120.

121 Ebd., S. 121. Danach auch die folgenden Zitate. – 1922 wurde der Lehrplan der Hilfsschule überarbeitet. Wolff, Geschichte, S. 111.

Wort-, Laut- und Fingerbilder übereinstimmen. So z.B. ist der Buchstabe M veranschaulicht an der Kuh, die einen Maulkorb mit 3 Riemen trägt und deshalb nicht Muh sagen kann, sondern nur Mm [...] Auf diese Weise wird erreicht, dass, z.T. freilich nur mit unendlicher Geduld und Mühe, auch die Schwächsten lesen lernen.“

Der Unterricht stellte ganz auf Anschaulichkeit ab und bediente sich dabei einer originellen Methode:

„Wertvolle Hilfe im Unterricht leistet auch der Sandkasten, in welchem die Kinder unter Leitung der Lehrer den Anschauungsstoff der biblischen Geschichten oder der Erdkunde und anderer Fächer mit eigener Hand aufbauen müssen. Man sah im letzten Jahre in den Sandkästen außerordentlich kunstvoll aufgebaut die Insel Helgoland oder die Torfgewinnung oder die Josephsgeschichten und die Erzählung von der Stillung des Sturmes.“

Eine wichtige Rolle spielte auch der Handfertigungsunterricht. Dazu standen Werkräume zur Verfügung, in denen die Jungen Tischler- und Töpferarbeiten verrichten konnten. Die Zöglinge wurden angehalten, sich ihr Spielzeug selbst zu bauen. Es sollte ihnen die Erkenntnis vermittelt werden: „Ich bin doch noch zu etwas nütze.“¹²² Viele der Jungen, die auf dem Knabenhof lebten, litten an orthopädischen Beeinträchtigungen, etwa an Rückgratverkrümmung oder Fehlstellungen der Beine und Füße. Um dem entgegenzuwirken, wurde ein „Zehnminutenturnen“¹²³ eingeführt.

Erstmals ist jetzt auch von der Freizeitgestaltung auf dem Knabenhof die Rede: Das Weihnachtsfest wurde aufwändig gestaltet, die Geburtstage der Jungen festlich begangen, es gab Lichtbilderabende und Kasperlevorfürungen.¹²⁴ „Großen Wert“ legte man darauf, mit den Eltern „in ständiger Verbindung“ zu bleiben und „Einvernehmen“ mit ihnen herzustellen. „Man suchte [früher] die Verbindung zwischen Eltern und Kindern möglichst abzuschneiden. In dieser Beziehung haben sich die Ansichten heute vollkommen gewandelt, und der Erfolg zeigt, dass die heutige Methode die richtigere ist.“¹²⁵ Es gab regelmäßige Beurlaubungen der Zöglinge nach Hause, die Eltern hatten an Besuchstagen und auch sonst die Möglichkeit, ihre Kinder zu treffen, zu den Festen des Knabenhofs waren die Familien der Zöglinge eingeladen.

Um die Wende 1927/28 gingen die Zöglingszahlen erstmals wieder zurück. Lebten am 1. April 1927 noch 294 Jungen auf dem Knabenhof, so waren es ein Jahr später, am 1. April 1928, nur noch 276.¹²⁶ Dies liege wohl, vermutete Pastor Gerhard Dittrich, in erster

122 Dittrich, Jahresbericht des Knabenhofes (1926), S. 122.

123 Dittrich, Jahresbericht des Knabenhofes (1927), in: Monatsbote 49 (1928), S. 143–147, S. 144.

124 Dittrich, Jahresbericht des Knabenhofes (1926), S. 123.

125 Jahresbericht 1929, S. 92.

126 Dittrich, Jahresbericht des Knabenhofes (1927), S. 143.

Linie „an der finanziellen Lage des Reiches“.¹²⁷ Die Folge sei, „dass es meist schwierigere Fälle sind, Schwererziehbarkeit oder schwerer Schwachsinn, wo eine Neuüberweisung erfolgt.“ Das „Niveau“ auf dem Knabenhof sei deutlich „gesunken“. Zugleich lasse der Gesundheitszustand der Erzieher und Erzieherinnen, Lehrer und Lehrerinnen zu wünschen übrig, „was vielleicht mit dem erhöhten Nervenaufwand infolge der [...] Veränderungen im Niveau unserer Jungen zusammenhängt.“¹²⁸ Mehrere Erzieherinnen hätten aus gesundheitlichen Gründen die Arbeit aufgeben müssen. „Entsprechend dem verminderten Intelligenzstand“¹²⁹ hatte man die frühere Normalklasse in eine Förderklasse für die beiden ersten recht vollen Hilfsschulklassen umgewandelt, doch habe man es so einzurichten versucht, dass auch „die wenigen geistig völlig normalen Kinder, die wir noch haben, dort ebenfalls Förderung finden können.“

Der Abwärtstrend bei den Belegungsziffern setzte sich weiter fort. Am 1. April 1929 lebten noch 253 Jungen auf dem Knabenhof, am 31. März 1930 nur noch 231.¹³⁰ Ein Bedürfnis nach einer so großen Einrichtung liege wohl nicht mehr vor, konstatierte Johannes Wolff, weil mittlerweile das Hilfsschulwesen in der Fläche ausgebaut worden sei, vor allem aber, weil die Jugendämter schulpflichtige Fürsorgezöglinge inzwischen aus pädagogischen wie auch finanziellen Gründen lieber in die Familienpflege als in eine Anstalt schickten. In Zukunft müsse man den Knabenhof wohl auf 150 bis 175 Plätze verkleinern.¹³¹ Pastor Gerhard Dittrich hatte bereits 1929 die Konsequenzen gezogen und sein Amt zur Verfügung gestellt, weil eine akademische Leitung des Knabenhofs finanziell nicht mehr tragbar schien.¹³²

„Progressivsystem“ und „Selbstorganisation“ – Die Erziehungsanstalt

„Die Revolution hat wohl tiefen Eindruck auf unsere Jungen gemacht; aber sie fand anscheinend doch ermattete Gemüter vor, die auch das Ungeheure nicht so erregte, wie es eigentlich natürlich gewesen wäre. Abgesehen [...] von geringen Versuchen, in unsere stille Arbeit gewaltsam einzugreifen, ging alles still vorüber. Nur die zahlreichen und meist auch erfolgreichen Gesuche der zurückgekehrten feldgrauen Väter um Entlassung ihrer Söhne brachten einige Aufregungen und wirkten schädlich auf den ruhigen Fortgang unserer Arbeit. Mit einiger Mühe ist es gelungen, dieser wild werdenden Bewegung einen Damm entgegen zu setzen. Auch die Nachteile des 8-Stundentages, der im Handwerk eingeführt werden musste, sind einigermaßen ausgeglichen. Der Betätigungsdrang der Lehrlinge wurde in andere Bahnen gelenkt; sie gehen in den Fortbildungsunterricht und schaffen als Aushelfer in Haus und Garten.“¹³³

127 Ebd. Danach auch die folgenden Zitate.

128 Dittrich, Jahresbericht des Knabenhofes (1927), S. 144.

129 Ebd., S. 146. Danach auch das folgende Zitat.

130 Jahresbericht 1929, S. 90f.

131 Ebd., S. 91.

132 Mehl, Stephansstift, S. 51f.

133 Backhausen, Jubiläumsbericht und Jahresbericht der Erziehungsanstalt (1919), S. 99.

Mit diesen Worten beschrieb Pastor Wilhelm Backhausen die Auswirkungen der Novemberrevolution auf die Erziehungsanstalt des Stephansstifts. Das Lehrlingsheim auf dem Gelände der Stammanstalt und die Landwirtschaftsabteilung auf Gut Kronsberg, die zusammen die Erziehungsanstalt des Stephansstifts bildeten, zählten am 1. Januar 1919 noch 189 Zöglinge.¹³⁴ Auf etwa diesem Niveau verharrte die Belegungsziffer bis zum Ende der Inflationszeit. „Trotz der Ungunst der Zeit“¹³⁵ habe es in der Arbeit der Erziehungsanstalt „weder einen Rückschritt noch Stillstand“ gegeben, stellte Backhausen in seinem Bericht über die Jahre 1922/23 erleichtert fest. Die Zahl der Neuaufnahmen stieg, mittlerweile würden auch „Söhne des Mittelstandes“ in größerer Zahl aufgenommen – in diesem Zusammenhang hob Backhausen hervor, dass man im Stephansstift „keine Klassenunterschiede“ mache. Den Angaben Backhausens ist auch zu entnehmen, dass sich das Einzugsgebiet der Erziehungsanstalt mittlerweile nicht mehr nur auf die Provinz Hannover beschränkte, eine größere Zahl von Zöglingen war aus der Provinz Sachsen, dem Herzogtum Braunschweig und dem Freistaat Bayern dem Stephansstift überwiesen worden. Die Schar der schulentlassenen Fürsorgezöglinge sei, so Backhausen, eine „bunte Gesellschaft“.

An Erziehungsgehilfen fehlte es zu dieser Zeit nicht, auch dies eine Folge der prekären Nachkriegsverhältnisse. 1922/23 arbeiteten allein neun Kandidaten der Theologie in der Erziehungsanstalt mit. Es gab nämlich keine Vikariate in den Gemeinden, Kandidaten des Predigtamtes waren einstweilen von der Anstellung im Kirchendienst zurückgestellt. So suchten sie in der Erziehungsarbeit ein vorübergehendes Auskommen. „Auch zu Studienzwecken suchen junge Akademiker als Gehilfen bei uns Arbeit; so Mitglieder von pädagogischen Seminaren oder künftige Beamte in Jugendämtern.“¹³⁶ Alle diese milieufremden Mitarbeiter wurden gerne genommen. Es sollte aber nicht der Zustand eintreten, so Backhausen, dass fast nur „freie Erzieher“ in der Anstalt tätig waren und kaum noch Brüder.

Geplant war zu dieser Zeit ein Ausbau der Abteilung auf Kronsberg um fünfzig bis sechzig Plätze. Unter den Bedingungen der galoppierenden Inflation war aber an eine Umsetzung dieses Plans vorerst nicht zu denken. Auf Gut Kronsberg war eine Feldscheune abgebrannt, der Neubau hatte „eine Milliarde Mark mehr gekostet, als die Versicherungssumme betrug.“ Für Um-, Aus- und Neubauten fehlten schlichtweg die Geldmittel.¹³⁷

Ab 1927 wurde in der Erziehungsanstalt wieder gebaut. Der Dachstuhl des Lehrlingsheims im Stephansstift wurde ausgebaut, wobei erstmals auch Einzelzimmer entstanden. In einem Nebengebäude, das früher die Brockensammlung beherbergt hatte, entstand eine neue Abteilung für die Landwirte und Gärtner des Lehrlingsheims (von den Zöglingen „Brockenburg“ genannt).¹³⁸ Die Zöglingszahl stieg von 236 (1. Januar 1927) bis auf 299 (Os-

134 Statistik des Jahres 1918, S. 109.

135 Wilhelm Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt 1922/23 (Kronsberg und Lehrlingsheim), in: Monatsbote 45 (1924), S. 9–11, S. 9. Danach auch die folgenden Zitate.

136 Ebd., S. 10. Danach auch die folgenden Zitate.

137 Hans-Friedrich Müller, Jahresbericht d. Erziehungsheims Kronsberg-Lehrlingsheim (1926), in: Monatsbote 48 (1927), S. 124–127, S. 124.

138 Ebd., S. 125.

tern 1928).¹³⁹ Das Einzugsgebiet weitete sich aus – so stammten Gruppen von Zöglingen aus der Provinz Sachsen, dem Herzogtum Braunschweig, aus Bremen, Berlin, Nürnberg, Offenbach und Schwerin.¹⁴⁰

Welche Neuerungen sind in der pädagogischen Praxis der Erziehungsanstalt in den 1920er Jahren zu erkennen? *Erstens* führte man (verstärkt seit dem Ausbau des Lehrlingsheims) ein „Progressivsystem“¹⁴¹ ein, das 1928 folgendermaßen beschrieben wurde:

„Der Aufstieg von der Gebundenheit, Unter- und Einordnung zur Selbstständigkeit und Freiheit geht stufenweise von den größeren Abteilungen zu 16, 14 oder 12, welche von einem Erzieher geleitet werden, über die halbfreien Gruppen von acht und sechs zu den ganz freien Gemeinschaften von vier, drei und zwei Jungens, oder gar zu einem Einzelzimmer, deren vier vorhanden sind.“¹⁴²

Durch Wohlverhalten und Arbeitsfleiß konnte man von einer Stufe zur anderen fortschreiten. Ein solches Progressivsystem barg allerdings auch die Gefahr, dass Zöglinge untereinander Gewalt ausübten, um Privilegien zu sichern.

Zweitens entstand in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre die Kategorie der „Fabriklehrlinge“. Diese wohl 1926 eingeführte Neueinrichtung bewährte sich: „Wir haben Jungen, die wegen ihrer schwachen Kräfte es nicht bis zur Gesellenprüfung bringen können, die aber auch für die Landwirtschaft kein Geschick und keine Neigung haben, trotzdem in den Werkstätten untergebracht und bilden sie hier so weit aus, dass sie später als ‚angelernte Arbeiter‘ in Großbetrieben Stellung finden können.“¹⁴³ 1927 lebten 16 solcher „Fabriklehrlinge“ auf Gut Kronsberg, 1928 waren es 18.¹⁴⁴ Außerdem ist 1929 von acht Jungen die Rede, die „vom Lehrlingsheim aus in verschiedene Großbetriebe gehen und dort (ohne Lehrverhältnis) arbeiten.“¹⁴⁵ 1930 fuhren sowohl vom Stephansstift als auch von Kronsberg aus Zöglinge „jeden Tag des Morgens zur Arbeit und kehren nachmittags [...] zurück.“¹⁴⁶ Sie wurden auf diese Weise schon während ihres Aufenthalts im Stephansstift an ein „Arbeitsmilieu“ gewöhnt, wie sie es nach ihrer Entlassung aus der Fürsorgeerziehung vorfinden würden. „Der Übergang aus der Anstalt in die Freiheit des öffentlichen Lebens vollzieht sich gerade

139 Hans-Friedrich Müller, Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift (1927), in: Monatsbote 49 (1928), S. 147–151, S. 148; ders., Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift (1928), in: Monatsbote 50 (1929), S. 191–195, S. 192.

140 Müller, Jahresbericht d. Erziehungsheims Kronsberg-Lehrlingsheim (1926), S. 125; ders., Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift (1927), S. 148; ders., Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift (1928), S. 192.

141 Wolff, Geschichte, S. 103.

142 Müller, Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift (1927), S. 148.

143 Müller, Jahresbericht d. Erziehungsheims Kronsberg-Lehrlingsheim (1926), S. 126.

144 Müller, Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift (1927), S. 148; Wolff, Geschichte, S. 110f.

145 Müller, Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift (1928), S. 192.

146 Jahresbericht 1929, S. 95. Danach auch die folgenden Zitate.

bei dieser Erziehungsform am reibungslosesten.“ Im November 1929 konnte das Lehrlingsheim auf Kronsberg bezogen werden, eingerichtet für 44 Jungen in vorwiegend kleinen Zimmern mit zwei oder drei Betten. Dieses Heim war ausdrücklich für Zöglinge bestimmt, „die regelmäßig in die umliegenden Fabriken gehen“, ein sicheres Zeichen dafür, dass man diese Praxis weiter ausbauen wollte.

Drittens richtete sich das Augenmerk der Erziehungsleitung verstärkt auf die Freizeitgestaltung der schulentlassenen Fürsorgezöglinge. Dabei wurde das Prinzip der „Selbstorganisation“¹⁴⁷ verfolgt. Im Mittelpunkt standen die verschiedenen Vereine. Zu den Sportvereinen gehörten der Fußballverein „Germania von 1911“ im Lehrlingsheim, der dem Norddeutschen Fußballverband angehörte, der 1920 gegründete Turn- und Sportverein „Jung Siegfried“ auf Gut Kronsberg, der Mitglied in der Deutschen Turnerschaft war, sowie der 1931 im Lehrlingsheim ins Leben gerufene Tischtennisclub „Blau-Weiß“. Daneben gab es verschiedene Wandergruppen („Frohe Fahrt“, „Eichendorff“, „Aufwärts“), Schachclubs („Moltke“, „Zum alten Fritzen“), einen Posaunenchor und Musikgruppen („Mozart“, „Harmonie“). Auf Kronsberg wurde eine Radioanlage installiert, um den Zöglingen Konzerte und Vorträge zu Gehör zu bringen. Als Gegengewicht zu den „garstigen Gassenhauer[n]“¹⁴⁸ pflegten die Zöglinge anhand eines Heftes mit „Kronsberger Liedern“ den Chorgesang. Auch Theater wurde auf Kronsberg gespielt: „Die Kronsberger vereinigten sich mehrfach zu schönen Aufführungen, die von kundiger Hand einstudiert und eingeübt waren, bald auf einer Naturbühne im Kronsberger Park, bald in einem Gemeindehaus der Stadt Hannover. Zur Darstellung kamen: [Friedrich] Schillers [1759–1805] ‚Wilhelm Tell‘ und ‚Der Bauernführer‘ von Walter Flex [1887–1917].“¹⁴⁹ Seit Anfang 1928 gaben die Zöglinge eine eigene Zeitung heraus, die „Blätter aus Kronsberg und dem Lehrlingsheim“ („Heimwart“).¹⁵⁰ 1930 gründete sich im Lehrlingsheim eine „Literarische Arbeitsgemeinschaft“ (die sich insbesondere gegen „Schmutz- und Schundliteratur“ engagierte), 1931 auf Kronsberg ein „Aussprachekreis“, die Veranstaltungen zu Weltanschauungsfragen, Staatsbürgerkunde, Kunst und Wissenschaft veranstalteten. 1932 bildete sich im Lehrlingsheim eine „Wehrgemeinschaft“, die (anders, als es der Name vermuten lässt) aus der Enthaltensamkeitsbewegung entstanden war und eine Freizeitgestaltung ohne Alkohol zum Ziel hatte.¹⁵¹ Schließlich ging auch die abendliche Freizeitgestaltung mit der Zeit: „Kino haben wir freilich nicht, wohl aber gute Lichtbilderapparate, die uns manchen schönen Abend bereiteten.“¹⁵² Die jährlichen Ausflüge zum Steinhuder Meer und zu den Bückebergen vervollständigten das Freizeitprogramm.

Viertens schließlich wurden die körperlichen Züchtigungen offiziell aufgehoben. Bis zum Ende der 1920er Jahre war die Prügelstrafe durch den Anstaltsleiter noch immer zu-

147 Mehl, Stephansstift, S. 54.

148 Müller, Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift (1927), S. 151.

149 Jahresbericht 1929, S. 97.

150 Müller, Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift (1927), S. 151.

151 Zu den verschiedenen Vereinen: Heimwart. Blätter aus Kronsberg und seinem Lehrlingsheim, 2.10.1932, Beilage zu: Monatsbote 54 (1933).

152 Wilhelm Backhausen, Jahresbericht der Erziehungsanstalt 1922/23, S. 11. Danach auch das folgende Zitat.

lässig.¹⁵³ Das Ministerium für Volkswohlfahrt habe, wie Johannes Wolff im Jahre 1930 leicht säuerlich mitteilte, „in die Methodik selbst eingegriffen“,¹⁵⁴ nachdem in den Parlamenten gefordert worden war, die körperliche Züchtigung, die durch Erlasse 1923 und 1926 bereits eingeschränkt worden war, ganz und gar aufzuheben. Außerdem war von manchen Seiten darauf hingewiesen worden, dass „die Fürsorgezöglinge nach der bisherigen Konstruktion der Ausführungsvorschriften eigentlich rechtlos“ seien, und dass ihnen so etwas wie ein Beschwerderecht eingeräumt werden müsse. Deshalb hatte das Ministerium im Juni 1929 einen Erlass herausgegeben, der jede körperliche Züchtigung – vom Schulbetrieb bei den Knaben im Alter von acht bis 14 Jahren abgesehen – verbot. Außerdem wurde den Kindern und Jugendlichen „in weitgehendem Umfang ein Beschwerderecht gegen ihre Erzieher, Hausväter, Anstaltsleiter usw. eingeräumt.“ Dies war, wie Wolff erkannte, von „einschneidender Bedeutung“. Die Tendenz des Erlasses, so Wolff, müsse uneingeschränkt befürwortet werden. Es frage sich aber, „ob es pädagogisch richtig war, diese Dinge öffentlich bekannt zu geben und den Fortschritt in der Methodik – Pädagogik ist doch wohl eine Kunst! – durch einen behördlichen Befehl zu erzwingen.“ Die pädagogische Arbeit sei erschwert, die Zöglinge würden sich „gedrängt fühlen, die Autorität herauszufordern.“¹⁵⁵ Die nach wie vor hohe Zahl entfloherer Zöglinge spricht eher dafür, dass die Erziehung im Stephansstift nach wie vor streng war.¹⁵⁶

1929 wurde der Kalandshof in Rotenburg/Wümme als Erziehungsheim für schulentlassene Jungen aufgehoben. Das Landesdirektorium hatte dies schon im Herbst 1928 angekündigt und angeordnet, „dass künftighin Kronsberg Aufnahme- und Verteilungsheim für sämtliche Neuzuweisungen sein sollte.“¹⁵⁷ Man erwartete daher im Stephansstift eine Erhöhung der Zöglingzahlen, zumal ein Teil der „Kalandshöfer“ übernommen werden sollte. Tatsächlich stieg die Zahl der schulentlassenen Fürsorgezöglinge kurzfristig noch einmal an, von 258 am 1. Januar 1929 auf 285 am 1. April 1929.¹⁵⁸ Danach aber ging die Zöglingzahl kontinuierlich zurück.

Das Stephansstift und die „Krise der Fürsorgeerziehung“

Im Jahre 1928 lieferte Johannes Wolff, mittlerweile Vorsitzender des AFET,¹⁵⁹ eine bemerkenswert klarsichtige Analyse des Spannungsfeldes zwischen Innerer Mission und Fürsorgeerziehung. Das Fürsorgeerziehungsgesetz von 1900 sei, so Wolff, den Vorstellungen der Inneren Mission über ein frühzeitiges Eingreifen schon bei drohender Verwahrlosung weit entgegengekommen, auch habe es eine solide finanzielle Grundlage für die evangeli-

153 Mehl, Stephansstift, S. 55.

154 Jahresbericht 1929, S. 96. Danach auch die folgenden Zitate.

155 Ebd., S. 97. Danach auch das folgende Zitat.

156 Mehl, Stephansstift, S. 57.

157 Müller, Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift (1928), 192.

158 Ebd.; Jahresbericht 1930, S. 93f.

159 Mehl, Stephansstift, S. 55.

sche Erziehungsarbeit geschaffen. Dennoch habe sich seinerzeit die Frage gestellt, ob die Innere Mission sich in der staatlichen Zwangserziehung engagieren sollte, wende sie sich doch „grundsätzlich und überall an die Freiwilligkeit des Menschen“.¹⁶⁰ Bis 1918 hätten Innere Mission und Fürsorgeerziehung indessen zusammengearbeitet, „ohne dass von den grundsätzlich vorliegenden Spannungen im Wesentlichen etwas empfunden wurde.“ Dies sei möglich gewesen, „weil der Staat sich um die Erziehungsmethoden im Einzelnen nicht bekümmerte, sondern sich auf eine allgemeine Aufsicht beschränkte, und weil die Idee der Volkskirche [...] ohne weiteres eine religiöse Beeinflussung und Erziehung zu rechtfertigen schien.“¹⁶¹ Seit 1918 habe sich die Lage jedoch auf Grund der Trennung von Staat und Kirche grundlegend gewandelt. *Erstens* sei die Zugehörigkeit zur Kirche keine Selbstverständlichkeit mehr, die Kirchenaustrittsbewegung erstarke zusehends, allein in Hannover habe es innerhalb der letzten acht Jahre 23.000 Austritte aus der evangelischen Kirche gegeben. Eine christliche Erziehung war deshalb keine Selbstverständlichkeit mehr.

Zweitens habe der Staat, so Wolff, „ein eigenes Erziehungsziel aufgestellt“, das in § 1 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (RJWG) von 1924 formuliert werde. Hier hieß es, „dass jedes deutsche Kind zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit herangebildet werden soll.“ Auch wenn diese Begriffe recht unbestimmt waren, so konnte doch kein Zweifel daran bestehen, dass im Wesentlichen das gemeint war, was man früher als „bürgerliche Verbesserung“ bezeichnet hatte. Evangelische Erziehungsarbeit hatte aber immer mehr gewollt, nämlich durch die Heranführung an Gottes Wort die Seelen der Kinder retten. „Bleibt da noch Raum für Innere Mission?“, fragte Wolff skeptisch. „Steht nicht die Innere Mission in Gefahr, in eine gewisse Unwahrhaftigkeit und Halbheit hineinzugeraten, wenn sie sich in der Zusammenarbeit mit einem Erziehungsziel begnügen muss, das ihr wesensfremd ist?“

Drittens setzte sich, so analysierte Wolff, in der Gegenwart zunehmend ein anderes Menschenbild durch, als es die Innere Mission vertrat, die davon ausging, dass der Mensch nach dem Sündenfall nicht aus sich heraus gut sein könne, sondern der Gnade Gottes bedürfe. Die moderne Reformpädagogik ging hingegen von der Prämisse aus, dass der Mensch von Natur aus gut sei. „Verwahrlosung“ werde daher mittlerweile „in überwiegender Maße aus biologischen oder soziologischen Faktoren abgeleitet, also durchaus naturalistisch aufgefasst.“¹⁶² Bemerkenswert ist, dass Wolff durchaus Zugeständnisse an dieses neue Menschenbild machte. Auch „vom christlichen Standpunkte aus“ müsse beachtet werden,

„wie stark der einzelne Mensch durch die Umwelt, in der er lebt, durch die familiären, politischen, wirtschaftlichen Verhältnisse und Zwangslagen, in die er hineingestellt ist, beeinflusst wird. Das schnelle und eifrige Reden von ‚persönlicher Schuld

160 Wolff, Innere Mission und Fürsorgeerziehung, in: Monatsbote 49 (1928), S. 87–93, S. 87. Vgl. auch Mehl, Stephansstift, S. 39f.

161 Ebd., S. 88. Danach auch die folgenden Zitate.

162 Ebd., S. 89. Danach auch die folgenden Zitate.

und Sünde‘ wird daher einem stärkeren Hinweis auf ‚gesellschaftliche Gesamtverschuldung‘ Platz machen müssen, auch gerade vom Standpunkt christlicher Ethik aus.“

Gleichwohl hielt Wolff an der christlichen Vorstellung der Sünde fest – hier war die Grenze der Verständigung erreicht. Die Fürsorgeerziehung sei, so konstatierte Wolff, zum „Kampfbereich“ geworden, sie werde „von linksgerichteten Kreisen eben doch vielfach als eine ‚Unternehmung der kapitalistischen Gesellschaft‘ aufgefasst.“ Die Spannung habe inzwischen einen Grad erreicht, „dass es auf Seiten der Inneren Mission und der katholischen Caritas schon Stimmen gibt, die eine Aufgabe der Arbeit als Möglichkeit ins Auge fassen.“

Wolff leitete aus seiner Analyse die Forderung ab, „dass die Jugendfürsorgearbeit der Inneren Mission wieder wirkliche Missionsarbeit“¹⁶³ werden müsse. Er verwies dabei auf die Erziehungsgrundsätze, die Johann Hinrich Wichern im Rauhen Haus entwickelt hatte: „Von Zwang im heutigen Sinne war keine Rede. Dieser Zustand muss wiederhergestellt werden. Es darf nicht angehen, dass mit staatlichen Zwangsmitteln Menschen in christlichen Erziehungsanstalten untergebracht werden, die entweder selbst oder durch ihre Eltern allen christlichen Gedanken von vornherein feindlich gegenüberstehen.“ Der § 68 RJWG, der bestimmte, dass Minderjährige einer bestimmten Konfession nach Möglichkeit in einer Anstalt ihres Bekenntnisses untergebracht werden sollten, müsse „eine sinnvolle Auslegung dahin erhalten, dass bei religionsmündigen Jugendlichen diese selbst, bei noch nicht religionsmündigen die Eltern befragt werden, ob sie einverstanden sind, dass die Erziehung unter christlichem Einfluss erfolgt.“ Angestrebt wurde eine „ausdrückliche Verständigung“ zwischen allen Beteiligten. Weiter mahnte Wolff: „Die Zahl der Kinder, die von ihren Eltern oder Vormündern direkt gebracht wurden, ist immer mehr zusammengeschrumpft; viele Anstalten sind reine Fürsorgeerziehungsanstalten geworden und tragen nur noch dem Namen nach privaten Charakter. Dies muss wieder anders werden.“¹⁶⁴

1929 setzte sich Johannes Wolff noch einmal ausführlich mit der „Krisis der Fürsorgeerziehung“ auseinander. Inzwischen war die Fürsorgeerziehung zum öffentlichen Skandal geworden. Im November 1928 war die Reportagesammlung „Jungen in Not“ von *Peter Martin Lampel* (1894–1965) erschienen,¹⁶⁵ fast gleichzeitig kam das Buch „Die in ihre Hände fallen“ von *Justin Richter* auf den Markt,¹⁶⁶ in dem die Fürsorgeerziehung schulentlassener Mädchen skandalisiert wurde. Gleichzeitig kam das Stummfilmdrama „Das gottlose Mädchen“ von *Cecil B. DeMille* (1881–1959) in die deutschen Kinos, dessen Handlung in einem

163 Ebd., S. 91. Danach auch die folgenden Zitate.

164 Ebd., S. 93. In der Erziehungsanstalt des Stephansstifts erhöhte sich der Anteil der Zöglinge, die nicht im Zuge der Fürsorgeerziehung untergebracht waren, im Jahre 1927 von zehn auf zwanzig Prozent. Dieser Trend setzte sich aber nicht fort. 1928 verminderte sich dieser Anteil auf 19,4 Prozent, 1930 auf 14,3 Prozent. Müller, Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift (1927), S. 148; ders., Jahresbericht des Erziehungsheims Kronsberg-Stephansstift, (1928), S. 192; Jahresbericht 1929, S. 94.

165 Peter Martin Lampel, *Jungen in Not*. Berichte von Fürsorgeerziehungszöglingen, Berlin 1928.

166 Justin Richter, *Die in ihre Hände fallen*, Rudolstadt 1928.

Jugendgefängnis spielte. Im Dezember 1928 wurde schließlich das Schauspiel „Revolte im Erziehungshaus“ von Peter Martin Lampel in Berlin uraufgeführt.¹⁶⁷ Inszenierungen in Leipzig, Breslau und Chemnitz folgten – „es war das am meisten besprochene Schauspiel des ganzen Winters.“¹⁶⁸ In der Presse flammte eine leidenschaftliche Diskussion um die Fürsorgeerziehung auf, die am 26./27. Februar 1929 sogar Gegenstand einer Debatte im preußischen Landtag wurde. Diese Vorgänge mussten „die Innere Mission und die mit ihr freundschaftlich verbundene katholische Caritas“ umso mehr interessieren, als von 40.000 Fürsorgezöglingen 32.000 in konfessionellen Einrichtungen untergebracht waren.

Wolffs Artikel wies durchaus selbstkritische Töne auf. Er verwies auf die schwierige Lage in der Kriegs- und Nachkriegszeit: „Der wissenschaftlichen Weiterarbeit genügend Zeit zu widmen, neue Erkenntnisse und Methoden aufzunehmen, dazu waren viele Anstalten gar nicht in der Lage; sie mussten froh sein, wenn sie ihr Leben fristeten.“¹⁶⁹ Wolff setzte sich in seinem Text mit der sozialpädagogischen Kritik an der konfessionellen Anstaltserziehung auseinander. Die Argumentation der Kritiker brachte er folgendermaßen auf den Punkt: „Ihr geht von dem Irrtum aus, als sei Erziehung etwas Neutrales; ihr vergesst ,ihre soziologische Bedingtheit und bildet den Begriff einer Erziehung an sich, gleichsam im gesellschaftslosen Raum.“¹⁷⁰ Wolff zitierte hier aus dem Buch „Neue Menschen“ des österreichischen Sozialphilosophen *Max Adler* (1873–1937),¹⁷¹ eines führenden Theoretikers des Austromarxismus, und er räumte erstaunlicherweise ein, dass in diesem Argument „eine starke Wahrheit“¹⁷² liege. Nicht nur an dieser Stelle wird deutlich, dass Wolff durchaus zum Austausch mit der modernen Sozialpädagogik bereit war, allerdings nur soweit die weltanschaulichen Gegner das Existenzrecht der christlichen Erziehung anerkannten.

Der letzte Artikel Johannes Wolffs zu diesem Themenkomplex vor dem Ende der Weimarer Republik datiert vom November 1932. Unter dem Titel „Was wird aus der Fürsorgeerziehung?“ ging Wolff auf die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. November 1932 ein. Zuvor war schon durch eine Notverordnung vom 23. Dezember 1931 der Zuschuss des preußischen Staates zur Fürsorgeerziehung auf 15 Millionen Reichsmark begrenzt worden. Die Provinzen waren mit ihren Zahlungen entsprechend heruntergegangen, so dass statt bis dahin 42,7 Millionen Reichsmark nur noch 22,5 Millionen für die Fürsorgeerziehung zur Verfügung standen.¹⁷³ Die Fachleute hatten daraufhin darauf gedrungen, die Entlassung „unerziehbarer“ Kinder und Jugendlicher aus der Fürsorgeerziehung zu erleichtern. Darauf war die Regierung nicht eingegangen. Vielmehr bestimmte die Notverordnung vom

167 Peter Martin Lampel, *Revolte im Erziehungshaus*. Schauspiel der Gegenwart in drei Akten, Berlin 1929.

168 Wolff, *Der Kampf um die Fürsorgeerziehung*, in: *Monatsbote* 50 (1929), S. 139–156, S. 141. Danach auch das folgende Zitat.

169 Ebd., S. 144.

170 Ebd., S. 151.

171 Max Adler, *Neue Menschen*. Gedanken über sozialistische Erziehung, Berlin 1924, S. 13.

172 Wolff, *Der Kampf um die Fürsorgeerziehung*, S. 152.

173 Für die Erziehungsanstalt des Stephansstifts bedeutete dies, dass die Pflegesätze von 2,95 Reichsmark auf 2,22 Reichsmark gesenkt werden mussten. Mehl, *Stephansstift*, S. 52.

4. November 1932, dass die Fürsorgeerziehung mit Vollendung des 19. Lebensjahres zu beenden sei. Etwa 10.000 Jugendliche hätten eigentlich umgehend nach Hause geschickt werden müssen. Da die Regierung jedoch keinerlei Ausführungsbestimmungen erlassen hatte, herrschte große Unsicherheit, wie die Verordnung umgesetzt werden sollte. Auch war nach der neuen Notverordnung die „vorbeugende Fürsorgeerziehung“ fast gar nicht mehr möglich, was bei Wolff auf schwere Bedenken stieß.¹⁷⁴ Mittlerweile ging es um nichts weniger als den Fortbestand der Fürsorgeerziehung.

Kurz zuvor war Johannes Wolff noch einmal – aus gegebenem Anlass – auf die Presseberichterstattung zur Fürsorgeerziehung eingegangen. Seit 1927 hatte er immer wieder auf einseitige Darstellungen, unzulässige Verallgemeinerungen und sogar Falschnachrichten im Zusammenhang mit der Fürsorgeerziehung zur Sprache gebracht.¹⁷⁵ Im April 1927 – im Vorfeld einer Landtagsdebatte über die Fürsorgeerziehung – hatte man sogar Abgeordnete der SPD und KPD in das Stephansstift eingeladen, damit sie sich ein eigenes Bild von den dortigen Verhältnissen machen konnten.¹⁷⁶ Nun sah sich Wolff genötigt, zu einem Artikel Stellung zu beziehen, der am 1. November 1932 in der kommunistischen „Neuen Arbeiter-Zeitung“ (NAZ) erschienen war und in dem ein Zögling des Lehrlingsheims unter der Überschrift „Wir leben in der Hölle“ über die Zustände im Stephansstift berichtete. Er begann seine Gegendarstellung mit einem Bekenntnis zur politischen Neutralität:

„Der Monatsbote hat noch niemals in politischen Fragen Stellung genommen. [...] Parteipolitik dürfen Kirche und Innere Mission nicht treiben, und deshalb ist es auch im Stephansstift von jeher üblich gewesen, dass wir uns in diese Dinge nicht hineinmischen. Wir beteiligen uns zwar an den Wahlen und üben die Rechte des Staatsbürgers, die zugleich eine Pflicht bedeuten, aus; die Anstalt selbst aber ist parteipolitisch neutral und hat sich niemals in den Streit der Parteien hineinbegeben.“¹⁷⁷

Dann machte sich Wolff daran, die „unrichtigen und wahrheitswidrigen Behauptungen“¹⁷⁸ Punkt für Punkt zu widerlegen. Zum Frühstück, so hatte der Autor des Artikels geschrieben, gebe es „ein braunes Getränk, welches man Kaffee nennt, selbstverständlich ohne

174 Wolff, Was wird aus der Fürsorgeerziehung?, in: Monatsbote 53 (1932), S. 77–84.

175 Wolff, Die Fürsorgeerziehung in der Presse, S. 211–2217, S. 215. Hier ging es u.a. um eine „Mystifikation“, genauer: um eine gefälschte Stellenanzeige, in der vorgetäuscht worden war, dass eine Fürsorgeerziehungseinrichtung vorzugsweise einen früheren Metzger oder Wachtmeister als Erzieher einstellen wollte. Daraufhin waren empörte Presseberichte erschienen. Vgl. Wolff, Nachdenkliches zum „Fall Krantz“, in: Monatsbote 49 (1928), S. 63–67.

176 Gleichwohl hatte ein kommunistischer Abgeordneter in der Debatte die Strafpraxis des Stephansstifts kritisiert. Wolff erklärte daraufhin in einer Stellungnahme für das Landesdirektorium, dass „nur jeder 10. Zögling je einmal körperlich gestraft worden“ sei. Mehl, Stephansstift, S. 57.

177 Wolff, Was soll man dazu sagen?, in: Monatsbote 53 (1932), S. 50–60, S. 50f. Mehl, Stephansstift, S. 49, weist darauf hin, dass es in der Bruderschaft des Stephansstifts Sympathien für den Christlich-Sozialen Volksdienst (CVD) gab.

178 Wolff, Was soll man dazu sagen?, S. 53.

Milch und Zucker. [...] Der Brotkanten ist so hart, dass man ihn gut als Waffe in einer Schlägerei benutzen könnte.“¹⁷⁹ Wolff wies demgegenüber darauf hin, dass das Brot in der anstalts eigenen Bäckerei täglich frisch gebacken werde. Zucker gebe es zum Kaffee tatsächlich nicht mehr – weil man das „in den heutigen schweren Zeiten [...] für einen Luxus“¹⁸⁰ halte, Milch gebe es aber, solange der Vorrat reiche. Es sei im Artikel richtig beschrieben, dass jeden Tag Andacht gehalten werde, falsch sei hingegen, dass Zöglinge, die nicht hingingen, „Strafarbeiten“¹⁸¹ bekämen. Niemand würde im Stephansstift dafür bestraft, dass er einmal der Andacht oder dem Gottesdienst fernbleibe. „Was wir verbieten, ist lediglich dies, dass die Jungen während der Andacht sich auf dem Hof oder im Garten herumtreiben, oder während des Gottesdienstes auf dem Sportplatz Fußball spielen.“¹⁸² Weiterhin ging Wolff auf den Vorwurf ein, die Zöglinge des Stephansstifts bekämen nur Pfennigbeträge für ihre Arbeit ausbezahlt. Wolff stellte demgegenüber klar, dass die Zöglinge keinen Lohn erhielten. Für jeden Jungen wurde ein Arbeitslohn von täglich 0,50 Reichsmark angenommen, jede Werkstätte und die Landwirtschaft entrichteten diesen Lohn an das Stift, dieser Betrag wurde vom Pflegegeld der Fürsorgeerziehungsbehörde gleich abgezogen. Die Jungen bekamen lediglich „Arbeitsprämien“ ausgezahlt, auch wurden Arbeiten nach dem Ende der regulären Arbeitszeit besonders entlohnt.

Der Autor des Artikels in der „Neuen Arbeiter-Zeitung“ hatte auch behauptet, dass man im Stephansstift „Erziehungsmethoden des Dritten Reiches anwendet. Unser Heim macht den Eindruck einer S.-A.-Kaserne. Von den 140 Jungens sind mindestens 130 Nazis. Die faschistische Beeinflussung wird von allen, die uns beaufsichtigen, eifrig gefördert. Wer hier ‚Freiheits-‘ oder gar ‚Rot-Front‘-Rufe ausbrächte, der würde jämmerlich verhaun. Das ist die Hölle des Lehrlingsheims im Stephansstift.“¹⁸³ Wolff hingegen betonte:

„Wir üben keinerlei Druck aus, sondern lassen die Jungen sich vollständig frei entwickeln. Dabei ergibt sich gegenwärtig die angesichts der Gesamtlage wohl weiter nicht verwunderliche Tatsache, dass – in dieser Hinsicht hat die N.A.Z. recht – eine große Mehrheit unserer jungen Leute sich dem Gedanken des Nationalsozialismus zugewendet hat. Dies ist von der Anstaltsleitung nicht gefördert worden; es ist also falsch, wenn in dem Artikel behauptet wird, dass ‚die faschistische Beeinflussung von allen, welche die Jungen beaufsichtigen, eifrig gefördert wird‘. Die jungen Leute haben in dieser Beziehung völlige Freiheit. Was verboten ist, ist lediglich dies, dass irgendwelche parteipolitischen Abzeichen oder Uniformen getragen werden, ganz einerlei, um welche Partei es sich handelt. [...] Verboten ist auch das agitatorische und provozierende Singen parteipolitischer Lieder; im Übrigen aber können die

179 Zit. n. ebd., S. 51.

180 Ebd., S. 54.

181 Zit. n.: ebd., S. 51.

182 Ebd., S. 55.

183 Zit. n. ebd., S. 52.

jungen Leute sich frei entwickeln, und auch ein Kommunist würde lediglich deshalb, weil er auf dem Standpunkt des Kommunismus steht, im Stephansstift niemals belästigt werden; allerdings darf er nicht mit lautem Geschrei durch die Anstalt marschieren und ‚Heil Moskau!‘ rufen. Ebenso darf er keine Gottlosenbewegung in Gang bringen.“¹⁸⁴

Hier warf die bevorstehende „braune Revolution“ bereits ihre Schatten auf das Stephansstift.

184 Ebd., S. 57.



Nationalsozialismus (1933 bis 1945)

Eine Stadt wird braun – „Machtergreifung“ in Hannover

Die Nachricht von der Ernennung *Adolf Hitlers* (1889–1945) zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 löste auch in Hannover ganz unterschiedliche Gefühle aus: tiefe Verunsicherung und Verwirrung auf der Linken, Gleichgültigkeit in der Masse der Bevölkerung, Begeisterung auf der Rechten, die sich in einem Fackelzug durch die Stadt am Abend des 30. Januar Bahn brach, an dem schätzungsweise 5.000 Anhänger des Nationalsozialismus teilnahmen.¹ Es gab nur wenig Widerstand gegen die „Machtergreifung“ und die „Einschaltung“ von Staat und Gesellschaft. Die Linke – KPD, SPD, Reichsbanner und Gewerkschaften – wirkten wie gelähmt. Die Gegendemonstrationen waren kaum mehr als eine Geste der Hilflosigkeit, die Aufforderung der kommunistischen „Neuen Arbeiter-Zeitung“ zum Generalstreik fand kein Echo. Unter dem Schutz des neuen Polizeipräsidenten, des SA-Obergruppenführers *Viktor Lutze* (1890–1943), entfalteten die Nationalsozialisten eine rege Propagandatätigkeit und wagten es am 19. Februar sogar, mit ihrem Kolonnen in die rote Hochburg Linden einzumarschieren. Zwei Tage später, am 21. Februar, erreichte der braune Terror einen ersten blutigen Höhepunkt, als ein SA-Trupp, der in der Eilenriede auf der Lauer lag, das Feuer auf einen Reichsbannertrupp eröffnete. Bei diesem Überfall gab es zwei Tote und 17 Verletzte. Die Beisetzung der beiden Reichsbanner Männer am 25. Februar war eine der letzten großen Demonstrationen gegen den Nationalsozialismus in Hannover. Die Reichstagsbrandverordnung eröffnete kurz darauf eine neue Dimension politischer Unterdrückung. Am 28. Februar und 1. März wurden 140 Funktionäre der KPD in

1 Mlynek, Hannover, S. 491. Das Folgende nach ebd., S. 490–505, S. 508–511, S. 513–522.

Hannover verhaftet, im Polizeigefängnis in der Hardenbergstraße eingesperrt und später in das KZ Moringen bei Göttingen verschleppt. Der Straßenterror der SA und SS, die Eingriffe in die Versammlungsfreiheit – die KPD durfte im Gegensatz zur SPD nicht einmal mehr Versammlungen in geschlossenen Räumen abhalten – und die Ausschaltung der linken Presse machten aus dem Reichstagswahlkampf eine Farce. Um so bemerkenswerter fiel das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 auch in Hannover aus: Zwar verbesserte sich die NSDAP auf 42 Prozent und wurde zur stärksten Partei, hatte aber ihr Wahlziel, die absolute Mehrheit, klar verfehlt; die SPD konnte ihren Stimmenanteil mit 31,6 Prozent in etwa halten, die KPD errang trotz aller Repressionen immerhin noch 9,3 Prozent.²

Doch zeigte sich bald, dass es auf Wahlergebnisse jetzt nicht mehr ankam. Die KPD war bereits in die Illegalität gedrängt, die SPD wurde im Juni verboten, das Gewerkschaftshaus am 1. April gestürmt – Generalprobe für die reichsweite Besetzung aller Gewerkschaftshäuser am 2. Mai – und bald darauf der neu geschaffenen Deutschen Arbeitsfront (DAF) übereignet. Auch den bürgerlichen Parteien blieb nicht mehr als eine kurze Galgenfrist. Bis zum Juli 1933 hatten sich die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die Deutsche Volkspartei (DVP), die Welfenpartei und das Zentrum aufgelöst, der Stahlhelm wurde in die SA eingegliedert – bei einem Reichsführertreffen des Stahlhelms, das am 23./24. September 1933 in Anwesenheit Hitlers in Hannover stattfand, kam die Eingliederung zum Abschluss. Die Presselandschaft Hannovers hatte sich mittlerweile von Grund auf verändert. Die kommunistische „Neue Arbeiter-Zeitung“ und den sozialdemokratischen „Volkswillen“ gab es nicht mehr, die übrigen Tageszeitungen waren „gleichgeschaltet“ oder schalteten sich, die Schere im Kopf, selber gleich. Die nationalsozialistische „Niedersächsische Tageszeitung“ gab fortan den Ton an.

Die „Gleichschaltung“ der Kommunalverwaltung

Die Ergebnisse der Kommunalwahl vom 12. März 1933 deckten sich in Hannover in etwa mit denen der Reichstagswahl vom 5. März. Die NSDAP kam auf 32 Sitze, die SPD auf 25, die KPD auf fünf, die DNVP, die als Kampffront „Schwarz-Weiß-Rot“ angetreten war, auf sechs, das Zentrum und die Welfenpartei auf je drei Mandate.³ Auf dem Papier hatten die Nationalsozialisten also die absolute Mehrheit auch im Stadtparlament bei weitem verfehlt. Doch die Wirklichkeit sah anders aus: Zur konstituierenden Sitzung des neuen Bürgervorsteherkollegiums am 6. April wurden die fünf Bürgervorsteher der KPD, von denen mehrere ohnehin in Haft waren, gar nicht mehr eingeladen, von den 24 Bürgervorstehern der SPD – einer hatte sein Mandat gleich nach der Wahl niedergelegt – erschienen noch 19. Die letzten sozialdemokratischen Bürgervorsteher mussten nach dem Verbot der SPD im Juni ihre Ämter niederlegen. Gleichzeitig erklärten die letzten Bürgervorsteher aus dem bürgerlichen Lager ihren Übertritt zur NSDAP-Fraktion, so dass das Stadtparlament end-

2 Ebd., S. 495.

3 Ebd.

gültig „gleichgeschaltet“ war. Nicht dass dies noch von Bedeutung gewesen wäre: Schon am 24. April hatte sich das Bürgervorsteherkollegium mit dem Beschluss, seine Rechte und Zuständigkeiten auf einen siebenköpfigen „Hauptausschuss“ zu übertragen, selbst entmachtet – ein Beschluss, der von den Nationalsozialisten als „Ermächtigungsgesetz“ im Kleinen gefeiert wurde. Den Vorsitz im Hauptausschuss übernahm *Berthold Karwahne* (1887–1957), „graue Eminenz“ der hannoverschen NSDAP, der sich zum Gegenspieler des Oberbürgermeisters aufzuschwingen schien. Es war ein geschickter Schachzug Arthur Menges, Karwahne durch die Übertragung des schwierigen Wohlfahrtsamtes in die kommunalpolitische Verantwortung einzubinden, und da Karwahne das Amt schon ein Jahr später aufgrund von nie ganz geklärten Korruptionsvorwürfen wieder abgeben musste, wurde seine Position weiter geschwächt.

Arthur Menge war einer von nur sieben Oberbürgermeistern deutscher Großstädte, die die nationalsozialistische Machtübernahme politisch überlebten, obwohl sie nicht der Partei angehörten. Dies hatte nichts mit der unbestritten hohen fachlichen Kompetenz des hannoverschen Oberbürgermeisters zu tun. Entscheidend war vielmehr, dass Menge in den kommunalpolitischen Konflikten am Ende der Weimarer Republik als erbitterter Gegner der Linksparteien aufgetreten war, eng mit der äußersten Rechten zusammengearbeitet hatte, gelegentlich auch den Nationalsozialisten weit entgegengekommen war und von daher über gute Beziehungen zum Gauleiter und neuen Reichserziehungsminister *Bernhard Rust* (1883–1945) wie auch zu Reichspräsident Hindenburg verfügte. Erst 1937 ging die „Ära Menge“ zu Ende. Unter dem Druck der Partei sah er sich gezwungen, in den Ruhestand zu gehen. Nun wurde die Stadtverwaltung endgültig „gleichgeschaltet“.

Beschäftigungspolitik, Wirtschaft und städtische Großprojekte

Die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war eine der Grundvoraussetzungen für die Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft, und tatsächlich erzielten die braunen Machthaber auf diesem Gebiet spektakuläre Erfolge – auch in Hannover war bis 1939 die Vollbeschäftigung praktisch wiederhergestellt. Die im Laufe des Jahres 1934 erreichte Halbierung der Arbeitslosenzahl war noch durch allerlei statistische Tricks zustande gebracht worden – vor allem fielen die Langzeitarbeitslosen, die als nicht mehr arbeitsvermittlungsfähig galten, vollends aus der Statistik heraus und vermehrten nun das Heer der Sozialhilfeempfänger, die mit Unterstützungsleistungen abgespeist wurden, die kaum das Existenzminimum sicherten. Auf diese Weise blieb ein recht hoher Sockel struktureller Armut übrig: Betroffen waren vor allem alte und chronisch kranke Menschen, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene sowie alleinstehende Frauen. Aber die sinkenden Arbeitslosenzahlen beruhten nicht nur auf Augenwischerei, sondern waren durchaus auch das Resultat einer gezielten Arbeitsmarktpolitik. Das nationalsozialistische Regime setzte konsequent auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wobei es oft genug auf Pläne zurückgreifen konnte, die zur Zeit der Präsidentialregierungen in der Schublade verstaubt waren. So wurde in Hannover nun das Maschseeprojekt in Angriff genommen.

Die Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit waren jedoch von Anfang an auf das Engste mit der Kriegsvorbereitung verflochten. Nicht nur entlastete die Einführung der Wehrpflicht den Arbeitsmarkt, die Aufrüstungs- und Autarkiepolitik der Nationalsozialisten löste einen steilen Konjunkturanstieg aus, der zwar langfristig in die Alternative Krieg oder Inflation münden musste, kurzfristig jedoch neue Arbeitsplätze schuf. In den rüstungsintensiven Großbetrieben schossen die Beschäftigtenzahlen in die Höhe. So vervierfachte sich die Zahl der Arbeiter bei der Hanomag, Hannovers bedeutendster Waffenschmiede, von 1933 bis 1936. Die Belegschaft der Conti vergrößerte sich bis Kriegsbeginn um die Hälfte. Hannovers größtes Industrieunternehmen profitierte unmittelbar von der Autarkiepolitik des „Dritten Reiches“: Anfang 1939 begann man in einem neuen Reifenwerk in Stöcken die Produktion von synthetischem Kautschuk (Buna) in großem Stil. Auch der Ausbau der Deutschen Erdölraffinerie AG (DEURAG) im „Dritten Reich“ geschah unter Autarkiegesichtspunkten.

Nach der Fertigstellung des Maschsees arbeitete das Stadtbauamt an einem Projekt, das, wäre es verwirklicht worden, das Gesicht Hannovers von Grund auf verändert und verunstaltet hätte. Hannover wurde nämlich 1937 in die Reihe der Städte aufgenommen, die entsprechend der „Baugesinnung des Dritten Reiches“ umgestaltet werden sollten. Im Mittelpunkt der Planungen standen drei Foren, die – in der Nähe des Maschsees gelegen – zur Keimzelle eines neuen Stadtzentrums werden sollten: das „Staatsforum“ mit der „Reichsstatthalterei“ in der Rudolf-von-Bennigsen-Straße, das „Gauforum“ am Waterlooplatz, wo die Repräsentativbauten der Partei angesiedelt werden sollten, und das „Städtische Forum“ gegenüber dem Neuen Rathaus am heutigen Friedrichswall. Hitlers Änderungswünsche verzögerten das Projekt. Im Krieg rückte die Realisierung des Prestigeprojekts rasch in weite Ferne, 1942 wurden die Planungsarbeiten eingestellt. Das ganze Projekt blieb auf dem Papier stehen. Nur die Fundamente für die Zuschauertribüne am Aufmarschgelände wurden gelegt. Die Trümmer liegen heute unter dem Niedersachsenstadion und den umliegenden Grünanlagen.

Das protestantische Deutschland und der Nationalsozialismus

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten fiel die überwältigende Mehrheit des protestantischen Deutschlands zunächst in einen Taumel der Begeisterung über die scheinbare nationale Wiedergeburt und wechselte mit fliegenden Fahnen in das Lager der braunen Machthaber.⁴ Tatsächlich schien der Vorrat an ideologischen und politischen Gemeinsamkeiten beträchtlich: Mit Blick auf die politische Ordnung gehörten dazu die Skepsis gegenüber Demokratie, Parlamentarismus und Liberalismus, der Hass auf Marxismus und Bolschewismus, ein autoritäres Staatsmodell und das Führerprinzip. Im Hinblick auf die soziale Neugestaltung wusste man sich im Volksgemeinschaftsgedanken, in ständestaatli-

⁴ Vgl. Manfred Gailus, 1933 als protestantisches Erlebnis: emphatische Selbsttransformation und Spaltung, in: *Geschichte und Gesellschaft* 29 (2003), S. 481–511.

chen Gesellschaftsentwürfen, einer vagen Kapitalismuskritik aus konservativer Perspektive, in der Forderung nach einer Stärkung des Mittelstandes, in Großstadtfeindschaft und Agrarromantik einig. In der Sphäre der Kultur stimmte man überein in der bedingungslosen Ablehnung der Moderne als „entartet“, „vernegert“ und „verjudet“. Überhaupt bildeten der Antisemitismus (bis etwa zu dem mit den Nürnberger Gesetzen erreichten Radikalisierungsgrad), weiter eine kraftvolle Bevölkerungs- und Erbgesundheitspolitik und eine rigorose Ordnungspolitik gegen Gruppen am Rande der Gesellschaft weitere Klammern zwischen dem Nationalsozialismus und großen Teilen des Protestantismus. Die Wirtschaftspolitik der „Regierung der nationalen Konzentration“, die Arbeitslosigkeit und Armut energisch anging, fand im protestantischen Lager ebenso begeisterten Zuspruch wie der Austritt aus dem Völkerbund, die Wiederherstellung der nationalen Ehre, die forcierte Aufrüstung, die Stärkung des Wehrwillens und eine scharfe Ablehnung des Pazifismus, überhaupt eine Außenpolitik, die eine Revision des Versailler Vertrages als letztes Ziel verfolgte. Sicher: Manches aus diesem Katalog wurde nach 1933 nicht verwirklicht. Die meisten Punkte auf der gemeinsamen Agenda – mehr als man im protestantischen Milieu noch 1932 zu hoffen gewagt hatte – wurden jedoch in den ersten sechs Jahren des „Dritten Reiches“ zielstrebig in praktische Politik umgesetzt.

Es gab auch manches, was im protestantischen Lager Unbehagen hervorrief. Die brutalen Terrorszenen auf den Straßen gehörten nicht dazu. Man war überwiegend bereit, sie als bedauerliche Auswüchse der nationalen Revolution zu übersehen, umso mehr, als es zunächst ja Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden und Katholiken traf. Eher stießen sich Protestanten schon an der antiklerikalen, ja oft sogar antichristlichen Propaganda der Nationalsozialisten. Die Gefahr wurde jedoch nicht ernst genug genommen. Hier wirkte zum einen die alte staatskirchliche Tradition nach. Dass die nach Römer 13 gottgewollte Obrigkeit gar nicht daran dachte, ihren Auftrag zu erfüllen, die Belange des Gemeinwesens in *gerechter* Weise zu regeln,⁵ sondern ein totalitäres Regime aufzog, das auch vor Terror und Genozid nicht zurückschreckte und das als „moderne Säkularreligion“⁶ in letzter Konsequenz alle christlichen Kirchen als grundsätzliche weltanschauliche Gegner zerschlagen wollte, war für die meisten Protestanten lange Zeit nur schwer vorstellbar, zumal man das apokalyptische Reich des Antichristen im bolschewistischen Russland, also im Antipoden des nationalsozialistischen Deutschlands, zu erkennen glaubte. Zum anderen hatte sich die NSDAP in ihrem Parteiprogramm zum „positiven Christentum“ bekannt, und was auch immer das heißen mochte, die überwältigende Mehrheit der deutschen Protestanten klammerte sich an diesen Gedanken. Der von Reichspropagandaminister *Joseph Goebbels*

5 Jochen-Christoph Kaiser, Protestantismus und Krieg, in: Karl Heinrich Pohl (Hg.), Wehrmacht und Vernichtungspolitik. Militär im nationalsozialistischen System, Göttingen 1999, S. 67–88, S. 70.

6 Gerhard Besier, Der Nationalsozialismus als Säkularreligion, in: ders. / Eckhard Lessing (Hg.), Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union. Ein Handbuch, Bd. 3: Trennung von Staat und Kirche, kirchlich-politische Krisen, Erneuerung kirchlicher Gemeinschaft (1918–1992), Leipzig 1999, S. 445–478.

(1897–1945) meisterhaft inszenierte „Tag von Potsdam“⁷ hatte im deutschen Bürgertum die Vorstellung fest verankert, das „Dritte Reich“ sei tatsächlich eine Neuauflage des wilhelminischen Obrigkeitsstaates, nur dass diesmal die faschistische Massenbewegung auch die *Gesellschaft* als Dritten in den Bund von Staat und Kirche geführt habe. Da diese Vorstellung jahrzehntelangem Wunschdenken im deutschen Protestantismus entsprach, konnte sie sich so hartnäckig in den Köpfen halten, auch als die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten längst deutlich erkennen ließ, wohin die Reise eigentlich ging.

**„Ein neues Hoffen geht durch deutsches Volk und Land.“ –
Das Stephansstift und die „Machtergreifung“**

„Es gibt Zeiten im Menschenleben, in denen man schneller lebt als sonst. Solche Zeiten machen wir eben jetzt durch. Tage haben die Bedeutung von Wochen und Monaten, und heute steht man unter dem Eindruck, dass das, was zu seiner Entwicklung und Ausreifung Jahre gebraucht, in Stunden sich vollzieht. Wer rückschauend [...] das hinter uns liegende Vierteljahr noch einmal durchlebt, ist sich darüber klar geworden.“⁸

Mit diesen Zeilen begann Pastor Johannes Wolff seinen „Brief aus dem Stift“ vom 10. April 1933. „Ein neues Hoffen geht durch deutsches Volk und Land“, so fuhr Wolff hochgestimmt fort und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar, die Reichstagswahl am 5., die Kommunalwahl am 12. und den „Tag von Potsdam“ am 21. März. „Man wird – so dürfen wir jetzt schon ruhig urteilen – immer von diesen Tagen als von einem Wendepunkt in der deutschen Geschichte reden müssen.“ Im Stephansstift erlebe man „all das große Geschehen“ bewusst mit.

Wolff verdeutlichte dies am Beispiel des „Nationalfeiertag[s]“ am 21. März 1933, den man „mit herzlicher Freude als Stiftsgemeinde mitgefeiert“ habe. Am Vormittag sollte auf Anordnung der Schulbehörde eine Feier in der Hilfsschule des Knabenhofs stattfinden, den das Stephansstift aber von sich aus zu einer Feier der gesamten Gemeinde erweiterte. Die „feierliche Versammlung“ fand in den Sälen des Knabenhofs und des Brüderhauses statt, die „festlich geschmückt“ waren. „Die Bilder des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers waren an hervorragender Stelle angebracht und wiesen auf die Führer unseres Volkes hin, die in der gegenwärtigen großen und bewegten Zeit die Verantwortung tragen und daher unsere Liebe und unsere Ehrerbietung in Anspruch nehmen können.“ Schulrat Franz Steinfatt hielt die Festrede, dann hörte man gemeinsam die Radiübertragung des Gesche-

7 Werner Freitag, Nationale Mythen und kirchliches Heil. Der Tag von Potsdam, in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 379–430.

8 Johannes Wolff, Brief aus dem Stift, 10.4.1933, in: Monatsbote 54 (1933), S. 53–57, S. 53. Danach auch die folgenden Zitate. Vgl. Christoph Mehl, Das Stephansstift (Hannover) und die politische Haltung seines Leiters, Pastor Johannes Wolff, in den Jahren 1933 und 1934, diakoniewissenschaftliche Abschlussarbeit, Diakoniewissenschaftliches Institut der Theologischen Fakultät Heidelberg, 1989, S. 1–7.

hens in der Potsdamer Garnisonskirche an. „Atemlos lauschte die große Versammlung, was als Kunde aus weiter Ferne zu ihr drang. Es war die selbstverständliche Antwort auf dieses Erleben, dass die Gemeinde dann, sich erhebend, das Deutschlandlied anstimmte.“ Die Feier habe bei allen Beteiligten einen tiefen Eindruck hinterlassen „und wesentlich dazu beigetragen, dem Stephansstift für seine Weiterentwicklung eine klare Linie zu geben.“

Den nächsten „Brief aus dem Stift“ schrieb Wolff am 6. Mai 1933. Hier standen die Feierlichkeiten zum „Tag der nationalen Arbeit“ am 1. Mai 1933 im Mittelpunkt. Wolff begann mit dem großen Umzug, zu dem sich nach Angaben der Presse 150.000 Menschen versammelt hatten und der durch die Straßen Hannovers, dann durch die Eilenriede bis zur Stadthalle und zum Pferdeturm ging. Die gesamte Stiftsgemeinde schaute zu:

„Von 4 bis 7 ½ Uhr haben wir in der schönen Behrens-Allee in der Eilenriede gestanden und den Zug an uns vorüberziehen lassen, man muss sagen, dass dergleichen seit Menschengedenken in Hannover noch nicht gesehen und erlebt worden ist! Gerade das war das Allereindrücklichste, dass sie *alle* erschienen waren; während früher der 1. Mai zuletzt doch nur eine Gewerkschaftsfeier war [...], gewann man dieses Mal unmittelbar die Überzeugung, dass die *Verbundenheit* des ganzen Volkes zum Ausdruck gebracht werden sollte.“⁹

Im Stephansstift hatte man zunächst überlegt, sich als besondere Gruppe an dem Festumzug zu beteiligen, dann aber von dem Gedanken Abstand genommen, da verschiedene Angehörige der Stiftsgemeinde ohnehin in unterschiedlicher Funktion dabei waren: Bruder *Heinrich Freese* (* 1881), der Leiter der Druckerei, durfte die Fahne der Buchbinderinnung tragen; verschiedene junge Brüder waren als Führer von Jugendgruppen dabei; andere Angestellte des Stifts hatten sich dem Kriegerverein und anderen Gruppierungen angeschlossen; die Lehrlinge marschierten bei den Delegationen ihrer Handwerke mit.

Am frühen Vormittag des 1. Mai hatte bereits eine besondere Stiftsfeier stattgefunden, wieder in den Sälen des Knabenhofs und des Brüderhauses. Eingangslied war „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren!“ Steinfatt hielt wieder eine Rede, dann wurde das Radio angestellt, das eine Übertragung der Feier aus dem Lustgarten vor dem Berliner Schloss mit den Reden Goebbels und Hindenburgs brachte.

„Alsdann schloss unsere Feier mit einigen kurzen Worten des Vorstehers, die in ein Sieg-Heil auf Volk, Vaterland und die beiden großen Führer, Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler, und mit dem Deutschlandlied ausklang. [...] So steht das Stephansstift mitten in der Bewegung, die durch Volk und Vaterland hindurchgeht.“¹⁰

9 Johannes Wolff, Brief aus dem Stift, 6.5.1933, in: Monatsbote 54 (1933), S. 80–84, S. 80 (Hervorhebungen im Original).

10 Ebd., S. 81.

Man kann wohl davon ausgehen, dass die hier zum Ausdruck kommende Begeisterung über die scheinbare „nationale Wiedergeburt“ Deutschlands, über die von Nationalsozialisten und Deutschnationalen gebildete „Regierung der nationalen Konzentration“, die in kürzester Zeit die parlamentarische Demokratie ausgehebelt und der „Parteiherrschaft“ ein Ende gemacht hatte, und über die „Volksgemeinschaft“, in der die alten Klassengegensätze und Klassenkämpfe vermeintlich überwunden waren, der tiefsten Überzeugung Johannes Wolffs entsprach. Verschiedene Äußerungen Wolffs aus dieser Zeit deuten darauf hin, dass der Vorsteher des Stephansstifts am Aufbau des „Dritten Reiches“ nach Kräften mitarbeiten wollte – und dass er auch die Brüderschaft dazu anhielt, sich in die „nationale Bewegung“ einzureihen. In seinem Brüderrundbrief vom 1. September 1933 formulierte Wolff ein dreifaches Grundmotiv, das er in der Folgezeit in immer neuen Variationen wiederholte:

- „1. Unsere Brüderschaft muss und will das, was Gott in unserem Volk in den letzten Monaten hat geschehen lassen, nicht etwa nur als Zuschauer erleben, sondern entschlossen in die Front all derer eintreten, die auf der Grundlage des nationalsozialistischen Staates unserem Volk zu einer wirklichen Gemeinschaft verhelfen;
2. Unsere Brüderschaft muss und will auch von der Bewegung, die auf Verlebendigung der Kirche abzielt und volksmissionarisch im weitesten Sinne des Wortes arbeiten will, sich ergreifen lassen und mit neuer Freudigkeit in die Arbeit einstellen lassen;
3. Unsere Brüderschaft muss und will, damit sie diesen wichtigen Aufgaben überhaupt gewachsen ist, darauf achten, dass ihr eigenes Leben immer mehr vertieft wird; was wir immer als den allein tragenden Grund unserer Gemeinschaft angesehen haben, Gottes Wort und Gebet, das muss uns noch dringlicher werden. Nur so können wir geeignet sein, wirklich mitzuarbeiten.“¹¹

Auf dem Brüdertag am 26. Mai 1933 erklärte Pastor Wolff, er würde sich freuen, wenn „diejenigen, die innerlich dazu in der Lage sind“¹² Mitglieder der NSDAP würden. Der Vorstand der Brüderschaft erörterte in seiner Sitzung am 25. Juli 1933 noch einmal die Frage, ob nicht von jedem Diakon ein Eintritt in die NSDAP oder in die Glaubensbewegung Deutsche Christen erwartet werden müsse. Das Gremium kam zu dem Schluss, dass eine Mitgliedschaft „als allgemeine Forderung nicht aufgestellt“¹³ werde, die anwesenden Parteimitglieder stellten ausdrücklich fest, „dass dies nicht einmal in den Wünschen der Partei

11 Brüderrundbrief, 1.9.1933. Als Faksimile abgedruckt in: Ernst Christoph Merkel (Hg.), Schlaglichter. Dokumente zur Geschichte der Diakoniegemeinschaft Stephansstift 1927–1947, Hannover 1989, S. 78–80, S. 78 (Dok. II/9). Vgl. Mehl, Das Stephansstift (Hannover) und die politische Haltung seines Leiters, S. 8–10; ders., Das Verhältnis der Inneren Mission in der Hannover'schen Landeskirche zum nationalsozialistischen Regime, dargestellt am Stephansstift Hannover, Wissenschaftliche Hausarbeit im Fach Kirchengeschichte, Heidelberg 1990, S. 4–9.

12 Zit. n. Mehl, Stephansstift, S. 62.

13 Zit. n. Mehl, Das Stephansstift (Hannover) und die politische Haltung seines Leiters, S. 11.

liege.“¹⁴ Allerdings wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht „bei Besetzung der Ämter der Bruderschaft [...] eine organisatorische Zugehörigkeit zur NSDAP oder wenigstens zur Glaubensbewegung Deutsche Christen vorausgesetzt werden muss.“

Auf dem Brüdertag am 26. Mai 1933 brachen die kirchenpolitischen Gegensätze zwischen der älteren und der jüngeren Generation der Diakone auf. Eine Gruppe deutschchristlicher Diakone aus der jüngeren Generation unter Führung Bruder *Karl Fischers* (* 1903) übte erheblichen Druck auf die Bruderschaft, den Brüderrat und auch auf den Vorsteher aus.¹⁵ Im Juli 1933 schickte Johannes Wolff eine von siebzig Angehörigen des Stephansstifts unterzeichnete Beitrittserklärung an die Ortsgruppe der Deutschen Christen – und er trat etwa um diese Zeit auch selbst den Deutschen Christen bei.¹⁶ Dies war eine klare Positionierung im heraufziehenden „Kirchenkampf“. Am 25. Juni 1933 war Pastor *Gerhard Hahn* (1901–1943) im Zuge der „Gleichschaltung“ der hannoverschen Landeskirche als „Kirchenkommissar“ eingesetzt worden. Er wurde als geistlicher Vizepräsident und Präsident des Landeskirchentags „zum wichtigsten Gegenspieler“¹⁷ des hannoverschen Landesbischofs D. *August Marahrens* (1875–1950). Aus den Kirchenwahlen am 23. Juli 1933 gingen die Deutschen Christen als klare Sieger hervor, in Hannover stellten sie 210 von 269 Kirchenvorstehern und verfügten auf dem „braunen Kirchentag“ am 28. August 1933 über eine breite Mehrheit.

Unter dem Druck der Deutschen Christen in den eigenen Reihen löste Wolff am 14. Juli 1933 den Brüderrat des Stephansstifts auf, am 25. Juli setzte er dafür einen „Führerrat“ ein, dem auch Fischer angehörte.¹⁸ Dagegen regte sich allerdings Widerstand aus den Reihen der älteren Brüder – so kritisierte Bruder *Karl Schwedhelm* (* 1891) die Auflösung des gewählten Brüderrats durch „allzu heißspornige junge Brüder, die von der Parteipolitik her so etwas wie ‚Gleichschaltung‘ herbeiführen wollen.“¹⁹ Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang ein Aufsatz von Bruder *Robert Priesemann* (1894–1957) über „Brüderhaus und Bruderschaft, ihre Aufgaben und ihr Verhältnis zueinander“, der im Herbst 1933 in gedruckter Form erschien und offene Kritik an der Einrichtung des Führerrats übte.²⁰

In seinem Bericht auf der Vorstandssitzung am 22. September 1933 gab sich Wolff alle Mühe, die kirchenpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der Bruderschaft herunterzuspielen:

„In den letzten Monaten ist diese Entwicklung sehr wesentlich durch politische und namentlich kirchenpolitische Gesichtspunkte bestimmt worden. Was die Brudersache anbetrifft, so hat sich zeitweise ein gewisser Gegensatz zwischen der älteren und

14 Zit. n. ebd., S. 12. Danach auch das folgende Zitat.

15 Mehl, Stephansstift, S. 64.

16 Ebd., S. 63.

17 Mlynek, Hannover, S. 544. Danach auch die folgenden Zahlenangaben.

18 Dazu ausführlich: Mehl, Das Stephansstift (Hannover) und die politische Haltung seines Leiters, S. 17–25.

19 Zit. n. Mehl, Stephansstift, S. 64f.

20 Dazu ausführlich: Mehl, Das Stephansstift (Hannover) und die politische Haltung seines Leiters, S. 19–23.

der jüngeren Generation ergeben, der besonders auf dem Brüdertag am 26. Mai 1933 zum sichtbaren Ausdruck kam. Allmählich haben die Verhältnisse sich so gestaltet, dass wohl die meisten Brüder, auch die ältere Generation, Beziehungen zur NSDAP gefunden haben; ebenso sind wohl die meisten Brüder des Stephansstifts Mitglied der Glaubensbewegung Deutsche Christen geworden. Eine Versetzung oder Dienstentlassung aus staatspolitischen Gründen ist bei keinem Bruder des Stephansstifts erfolgt. [...] Hinsichtlich der jüngeren Generation, welche noch in der Ausbildung des Brüderhauses steht, wird es erforderlich sein, dieselbe in möglichst großem Umfange neben der im Stift erfolgenden Ausbildung auch dem Dienst in der SA zuzuführen, nachdem die sich bildende Reichskirchenregierung durch ihren Vertreter kürzlich bereits hat erklären lassen, dass sie um der Volksverbundenheit willen großen Wert darauf lege, dass zukünftige Diakone mit den übrigen jungen Männern des Volkes zusammen der vaterländischen Dienstpflicht genügen.“²¹

Diese Absicht setzte Wolff bald in die Tat um. Am 21. Oktober 1933 forderte er die jungen Brüder in einem Rundbrief zum Beitritt in die SA auf und konnte 14 Diakone beim SA-Sturm in Hannover-Kirchrode anmelden.²²

Der Vorstand hatte in seiner Sitzung am 22. September 1933 keine Einwände gegen ein politisches Engagement der Diakone in der NSDAP oder der SA. Wohl meldete Pastor *Eduard Fehly* (1871–1933), Pfarrer an der Apostelkirche zu Hannover, in der Aussprache über den Bericht Wolffs „Bedenken gegen die Glaubensbewegung Deutsche Christen“ an, worauf der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes, Schatzrat *Hermann Hartmann* (1880–1956), Dezernent im Landesdirektorium, entgegnete, „dass es bei der Lage des Stifts, welches durch die Fürsorgeerziehungsarbeit zum Staat engste Beziehungen unterhält, durchaus erwünscht gewesen sei, zum neuen Staat auch ein kirchenpolitisches Ja zu sprechen.“²³

Das Protokoll der Sitzung am 22. September 1933 zeigt aber auch, dass Vorsteher und Vorstand des Stephansstifts hinter den Kulissen bemüht waren, sich einer „Gleichschaltung“ des Stephansstifts durch eine deutschchristlich beherrschte Landeskirche zu widersetzen. Wolff wies darauf hin, dass „gegenwärtig lebhaftere Verhandlungen über das Verhältnis von Innerer Mission und Kirche überhaupt schweben.“ Die „Berufsarbeiter der Inneren Mission“ hätten, „um bei diesen Verhandlungen einen Sprecher zu besitzen“, einen „Landesführer“ gewählt. Dabei handelte es sich um den Vorsteher des Friederikenstifts, Pastor *Hans Hustedt*, stellvertretender Landesleiter der Deutschen Christen, der als „Landeskommissar für Innere Mission“ mit der Einführung des „Führerprinzips“ in den Einrichtungen und Verbänden der Diakonie beauftragt war. Wie Wolffs Bemerkung indessen erkennen

21 Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts vom 22. September 1933, AStH, 286.

22 Brüderrundbrief vom 21. Oktober 1933, als Faksimile abgedruckt in: Merkel (Hg.), Schlaglichter, S. 149 (Dok. III/4). Dazu auch den Briefwechsel zwischen Wolff und einem der Brüder, der sich weigerte, der SA beizutreten. Ebd., S. 150–152 (Dok. III/5).

23 Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts vom 22. September 1933, AStH, 286. Danach auch die folgenden Zitate.

lässt, betrachtete er Hustedt – der später in das Lager der Bekennenden Kirche überwechseln sollte – eher als Verbündeten gegen mögliche Machtansprüche der verfassten Kirche gegenüber den Werken der Inneren Mission.²⁴ „Vorläufig ist noch nicht zu übersehen, wie der Einbau der Inneren Mission in die organisierte Kirche, welcher von allen Seiten gewünscht wird, sich vollziehen wird“, teilte Wolff dem Vorstand mit. In der Diskussion vertrat Schatzrat Hartmann den Standpunkt, „dass Willkürmaßnahmen bei der Neugestaltung des Verhältnisses vom Gläubigerstandpunkt [sic] aus untragbar sind.“ Er regte an, „dass der Vorstand die Entwicklung sorgfältig im Auge behält und gegebenenfalls, wenn nötig, gegen etwaige Maßnahmen Einspruch erhebe.“

Des weiteren fand in der Vorstandssitzung am 22. September 1933 „eine längere Aussprache“ über ein Schreiben des – mittlerweile ebenfalls „gleichgeschalteten“ – Central-Ausschusses für Innere Mission statt, in dem die Vereine und Anstalten der Inneren Mission angeregt wurden, „eine Gleichschaltung der Vorstände in der Richtung herbeizuführen, dass etwa 75 % der Vorstandsmitglieder der NSDAP oder doch der Glaubensbewegung Deutsche Christen angehören.“ Der Vorstand des Stephansstifts stellte sich „grundsätzlich auf den Standpunkt, dass der nationalsozialistische Staat bejaht werden muss, und dass dies auch in der Zusammensetzung des Vorstandes zum Ausdruck kommen muss.“ Man dachte aber keineswegs daran, den Vorstand umzubilden. Vielmehr zeigte eine „Umfrage“ unter den Anwesenden, „dass die gegenwärtige Zusammensetzung des Vorstandes weithin dieser grundsätzlich anerkannten Forderung Rechnung trägt.“ Mit anderen Worten: Es gab genug Vorstandsmitglieder, die der NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder angeschlossenen Verbände angehörten, dass man den Vorstand als „gleichgeschaltet“ darstellen konnte.²⁵ Weiter beschloss der Vorstand, zwei seit längerer Zeit vakante Sitze im Vorstand neu zu besetzen;²⁶ der Vorstandsvorsitzende, Baron *Georg von Reden*, sein Stellvertreter, Schatzrat Hartmann, und Pastor Wolff wurden ermächtigt, sich nach geeigneten Kandidaten umzusehen. In diesem Zusammenhang machte Bruder *Theodor Lilje* (1869–1967), Küster an der Apostelkirche in Hannover, einer von zwei Diakonen im Vorstand, darauf aufmerksam, dass es für die zukünftige Arbeit des Vorstandes unbedingt erwünscht sei, dass nur solche Persönlichkeiten

24 Vgl. Mehl, Verhältnis, S. 11–13.

25 Es war dies jedoch Augenwischerei. So war Schatzrat Hartmann zu dieser Zeit lediglich Förderndes Mitglied der SS – „Parteigenosse“ wurde er erst 1940 (Eva Kraus, *Das Deutsche Jugendherbergswerk 1909–1933. Programm – Personen – Gleichschaltung*, Berlin 2013, S. 361). Die Bereitschaft, Förderndes Mitglied der SS zu werden, weckt in der Rückschau leicht den Eindruck besonderer ideologischer Linientreue – tatsächlich stellte sich dieser Schritt im Jahre 1933 für viele Zeitgenossen, die zögerten, sich der NSDAP anzuschließen, als vermeintlich kleineres Übel dar, galt die SS damals doch – im Gegensatz zur SA, die für den Terror auf den Straßen verantwortlich gemacht wurde – als eine weniger fanatische, disziplinierte, einen legalistischen Kurs verfolgende Parteiformation. Dementsprechend stieg die Zahl der Fördernden Mitglieder der SS von rund 13.000 im Jahre 1932 auf rund 167.000 im Jahre 1933. Jan Erik Schulte, *Zwangsarbeit und Vernichtung. Das Wirtschaftsimperium der SS*, Paderborn 2011, S. 77.

26 Es handelte sich um die Sitze des Buchhändlers *Friedrich Ludwig Feesche* (1866–1931) und des früheren Vorsitzenden Geheimrat *Adolf Haccius* (1849–1932).

gewählt würden, „welche Verständnis für die Arbeit der männlichen Diakonie besitzen.“ Dem stimmte der Vorstand zu.

In der nächsten Vorstandssitzung, die am 11. Dezember 1933 stattfand, beantragte Pastor Fehly übrigens eine Korrektur des Protokolls der letzten Sitzung. Er habe „nicht gegen die Glaubensbewegung Deutsche Christen als solche, sondern lediglich dagegen Bedenken ausgesprochen [...], dass das Stephansstift und die Bruderschaft des Stephansstifts sich [so schnell] dieser Glaubensbewegung angeschlossen habe.“²⁷

Mittlerweile war allerdings eine grundlegend neue Situation entstanden. Auf einer Großkundgebung der Deutschen Christen im Berliner Sportpalast am 13. November 1933 hatte der Berliner Gauobmann, Pfarrer Dr. *Reinhold Krause* (1893–1980), vor 20.000 Zuhörern die „Befreiung“ des Christentums vom Alten Testament mit seiner „jüdischen Lohnmoral“²⁸ und seinen „Viehhändler- und Zuhältergeschichten“ gefordert. Nachdem die Presse die Rede aufgegriffen hatte, setzte im protestantischen Deutschland ein Sturm der Entrüstung ein. In Hannover kam es kurz darauf, anlässlich des „Luthertages“ am 19. November 1933, zum Eklat – 47 Pastoren aus der Stadt Hannover protestierten gegen den Versuch, eine unmittelbare Verbindungslinie von Martin Luther zu Adolf Hitler zu ziehen.²⁹ Am 20. November 1933 hielt Diakon Fischer in Hannover einen öffentlichen Vortrag über „Die neue Lage der männlichen Diakonie“. In der anschließenden Diskussion äußerten Bruder Robert Priesemann, der sich in der Weimarer Republik zum „Christlich-Sozialen Volksdienst“ gehalten hatte, und andere Brüder deutliche Kritik, was Fischer zu einer geharnischten Beschwerde bei Pastor Wolff veranlasste – den er wiederum beim Landeskirchenamt denunzierte.³⁰ Nun begann Johannes Wolff, sich von den Deutschen Christen deutlich abzugrenzen. Am 21. Dezember suspendierte er den „Führerrat“ und ernannte stattdessen Brüder seines Vertrauens zu „Obmännern“ der Bezirkskonferenzen der Bruderschaft.³¹ Fischer wurde seiner Ämter enthoben und energisch vor weiteren Intrigen gewarnt.³² „In kirchenpolitischer Hinsicht verfolgte Wolff seit der Sportpalastkundgebung einen strengen Neutralitätskurs und ver-

27 Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts vom 11. Dezember 1933, AStH, 286 (in eckigen Klammern: handschriftliche Einfügung). Das Protokoll fährt fort: „Es wird festgestellt, dass die Äußerung des Pastor Fehly in diesem Sinne gefallen ist. In eine sachliche Erörterung der Frage wird nicht nochmals eingetreten.“ Fehly starb wenige Tage später.

28 Zit. n. Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt am Main/Berlin 1986, S. 704. Danach auch das folgende Zitat.

29 Zum „Kirchenkampf“ in Hannover: Detlef Schmiechen-Ackermann, *Nazifizierung der Kirche – Bewahrung des Bekenntnisses – Loyalität zum Staat. Die Evangelische Kirche in der Stadt Hannover 1933 bis 1945*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch* 62 (1990), S. 97–132. Kurze Zusammenfassung: Mlynek, Hannover, S. 543–545. Vgl. allgemein: Eberhard Klügel, *Die lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933–1945*, 2 Bde., Berlin/Hamburg 1964/1965; Heinrich Grosse (Hg.), *Bewahren ohne Bekennen? Die hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus*, Hannover 1996.

30 Mehl, *Stephansstift*, S. 65.

31 Vgl. Brüderbrief, 15.12.1933, 4.4.1934 und 13.8.1934, als Faksimile abgedruckt in: Merkel (Hg.), *Schlaglichter*, S. 85–89 (Dok. II/12), S. 89–92 (Dok. II/13), S. 93–101 (Dok. II/15).

32 Mehl, *Stephansstift*, S. 66.

langte kirchenpolitische Neutralität auch von seinen Diakonen.“³³ Am 25. Mai 1934 erklärte er seinen Austritt aus der Glaubensbewegung Deutsche Christen,³⁴ zwei Tage, nachdem Landesbischof August Marahrens in der Marktkirche zu Hannover vor 2.000 Pastoren und Gemeindevertretern, die sich zur Bekennenden Kirche hielten, zum Widerstand gegen den Versuch des deutschchristlich beherrschten hannoverschen Kirchensenats aufgerufen hatte, die hannoversche Landeskirche in die „Reichskirche“ des Reichsbischofs *Ludwig Müller* (1883–1945) einzugliedern. Während der „Kirchenkampf“ in Hannover seinem Höhepunkt zustrebte, stellte sich Johannes Wolff, indem er den Deutschen Christen den Rücken kehrte, eindeutig auf die Seite des Landesbischofs. Als Anhänger August Marahrens im November 1934 das Landeskirchenamt besetzten, weil sie einen Gewaltstreich der Deutschen Christen befürchteten, entsandte Wolff sogar eine Gruppe von jungen Brüdern in SA-Uniform zur Unterstützung in das Landeskirchenamt und trug auf diese Weise dazu bei, die von Marahrens eingesetzte „Vorläufige Kirchenleitung“ zu schützen.³⁵ Umgekehrt trat Marahrens in den Vorstand des Stephansstifts ein.³⁶

Im Stephansstift sorgten im Zeitraum zwischen 1935 und 1939 die Auseinandersetzungen zwischen Pastor Johannes Wolff und Pastor Hans Friedrich Müller, dem Leiter der Erziehungsanstalt auf Kronsberg, für Spannungen. Müller bekannte sich zu der besonders radikalen Thüringer Richtung der Deutschen Christen und trat auf öffentlichen Veranstaltungen mit antisemitischen Tiraden unangenehm in Erscheinung. Als er gar die Leitung der Deutschen Christen in der hannoverschen Landeskirche anstrebte, setzte sich Wolff für seine Entlassung ein, sah sich jedoch gezwungen, seine Entlassungsanträge zurückzuziehen, weil Müller Rückendeckung im Vorstand hatte.³⁷ Der Konflikt endete erst, als Müller von sich aus am 22. Juni 1939 seine Kündigung einreichte.³⁸ Für ihn gab es keine weitere Berufsperspektive im Stephansstift, da man davon ausging, dass die Fürsorgerziehung an schulentlassenen Fürsorgezöglingen zum 1. April 1940 auslaufen würde. Aus Kostengründen wollte der Vorstand – aus dem Müller kurz zuvor, am 17. März 1939, ausgebootet worden war – seine Stelle einsparen.³⁹

„Es gehört heute Mut und Tapferkeit dazu, Diakon ... zu werden.“ – Die Bruderschaft

Gegen Ende der Weimarer Republik hatte die Zahl der Brüder des Stephansstifts vorübergehend abgenommen. Zum Jahresfest 1933 zählte die Bruderschaft noch 413 Diakone, Hilfs-

33 Ebd. Ausführlich: ders., *Das Stephansstift (Hannover) und die politische Haltung seines Leiters*, S. 46–54. Zu Wolffs weiterer Rolle im Spannungsfeld von Innerer Mission und verfasster Kirche ausführlich: ders., *Verhältnis*, S. 16–40.

34 Mehl, *Stephansstift*, S. 66. Häusler, „Dienst“, S. 221, S. 273, Anm. 395, nennt als Austrittsdatum 8. Juni 1934.

35 Mehl, *Verhältnis*, S. 31f.

36 Allerdings nahm Marahrens erstmals am 17. März 1939 an einer Sitzung des Vorstands teil.

37 Mehl, *Stephansstift*, S. 67.

38 Ebd. Dazu auch: Niederschrift über eine Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 28. November 1939, AStH, 286.

39 Niederschrift einer Verhandlung des Vorstandes des Stephansstifts am 17. März 1939, AStH, 86.

diakone, Jungbrüder und Praktikanten.⁴⁰ Ein Jahr später, zu Himmelfahrt 1934 waren es jedoch schon wieder 460,⁴¹ im April 1935 schließlich 471.⁴² Damit war die Bruderschaft des Stephansstifts – hinter der Westfälischen Diakonenanstalt Nazareth in Bethel – zur zweitgrößten unter den zwanzig deutschen Bruderschaften aufgestiegen. Was die Außenwirkung angehe, so verkündete Johannes Wolff stolz, stehe das Stephansstift sogar an erster Stelle, da die meisten seiner Brüder auswärts in selbstständiger Stellung tätig seien, während mehr als der Hälfte der Brüder Nazareths in den Häusern Bethels arbeitete.

Doch sollte dieser Aufwärtstrend nicht anhalten. 1936 hatte das Stephansstift nur noch 450 Brüder. 1937 waren es 441, 1938 noch 420.⁴³ Der Grund für diesen Rückgang war, dass der Nachwuchs ausblieb, so dass nicht einmal mehr die Todesfälle, Austritte und Entlassungen kompensiert werden konnten. Im Geschäftsbericht 1936/37 erläuterte Wolff das Nachwuchsproblem. Zwischen 1925 und 1930 waren jährlich etwa 250 bis 300 Bewerbungen im Stephansstift eingegangen, so dass man sogar Auswahlprüfungen hatte veranstalten können. 1936/37 hatte es dagegen nur noch 28 Bewerbungen gegeben, die alle berücksichtigt worden waren. Diese Entwicklung hatte im Wesentlichen drei Ursachen. *Erstens* traten jetzt die geburtenschwachen Jahrgänge von 1920 bis 1924 in das Erwachsenenalter ein, so dass das Angebot an jungen Männern von vornherein knapp war. *Zweitens* wirkte sich die günstige Arbeitsmarktentwicklung seit Mitte der 1930er Jahre aus, allmählich machte sich bereits ein Fachkräftemangel bemerkbar, junge Männer mit einer beruflichen Qualifikation hatten mittlerweile wieder gute Chancen am Arbeitsmarkt. Erschwerend kamen die Einführung des Reichsarbeitsdienstes und die Aufstellung der Wehrmacht hinzu, die zu einer weiteren Verknappung des Arbeitskräfteangebots führten.⁴⁴ *Drittens* „schließlich – und das fällt wohl am stärksten ins Gewicht – haben die kirchlichen, weltanschaulichen und wohlfahrtspolitischen Auseinandersetzungen, von denen die deutsche Volksgemeinschaft gegenwärtig bewegt wird, die Folge, dass das Interesse und die Freudigkeit für eine kirchliche und karitative Tätigkeit – noch dazu als Lebensstellung – stark zurückgegangen ist.“⁴⁵ Es komme sogar vor, klagte Wolff, „dass junge Leute selbst gern Diakon werden wollen, dabei [aber] auf den entschiedensten Widerspruch ihrer Eltern stoßen, die einen solchen Lebensberuf für aussichtslos halten, weil ‚man ja nicht weiß, ob es auf die Dauer überhaupt noch Kirche und Innere Mission geben wird.‘“ Es gehöre, so Wolffs Schlussbemerkung, „heute Mut und Tapferkeit dazu, Diakon oder Theologe zu werden oder zu sein.“ Einstwei-

40 Jahresbericht für das Stephansstift vom 1. April 1932 bis 1. April 1933, in: Monatsbote 54 (1933), S. 96–103 [= Jahresbericht 1932/33], S. 98.

41 Jahresbericht für das Stephansstift vom 1. April 1933 bis 1. April 1934, in: Monatsbote 55 (1934), S. 48–56 [= Jahresbericht 1933/34], S. 48; Geschäftsbericht für das Arbeitsjahr 1934/35 des Stephansstifts, AStH, 286.

42 Geschäftsbericht 1934/35.

43 Geschäftsbericht über das Stephansstift für das Jahr 1935/36; Geschäftsbericht für das Stephansstift über das Arbeitsjahr 1936/37; Niederschrift einer Verhandlung des Vorstandes des Stephansstifts am 25. Juli 1938, AStH, 962. Stichtag war jeweils der 1. April.

44 Darauf machte Wolff aufmerksam im Geschäftsbericht 1935/36.

45 Geschäftsbericht 1936/37. Danach auch die folgenden Zitate.

len machte sich der Vorsteher des Stephansstifts aber noch keine allzu großen Sorgen.⁴⁶ Er bemühte sich, den Zusammenhalt unter den noch immer mehr als 400 Brüdern zu festigen, vor allem auf den jährlichen Brüdertagen und bei den Zusammenkünften in den zehn Bezirken, in die die auswärtigen Arbeitsgebiete des Stephansstifts eingeteilt waren. Der Vorsteher wurde mittlerweile von Bruder *Friedrich Köver* (* 1876) unterstützt, der als Inspektor des Stephansstifts durch das Land reiste, um die Brüder auf den auswärtigen Arbeitsfeldern aufzusuchen.⁴⁷

Die Ausbildung der Brüder

1933/34 gab es im Brüderunterricht und an der Wohlfahrtsschule des Stephansstifts einige Wechsel beim Lehrpersonal. Schulrat Franz Steinfatt gab seinen Dienst im Stephansstift am 1. Oktober 1933 auf.⁴⁸ Die Leitung der Wohlfahrtsschule ging an den von der Mecklenburgischen Staatsregierung beurlaubten Assessor *Arnold Fratzscher* (1904–1987) über, der bereits seit 1931 den Unterricht in den meisten wohlfahrtspflegerischen Fächern erteilte.⁴⁹ Zum 1. Januar 1934 kam Dr. phil. *Bruno Bendokat* hinzu, der schon mehrere Jahre lang den Fortbildungsunterricht auf Kronsberg geleitet hatte.⁵⁰ Neben diesen beiden hauptamtlichen Lehrkräften arbeiteten verschiedene Fachleute aus der Stadt Hannover, allen voran Alfred Depuhl, nebenamtlich mit. Den eigentlichen Brüderunterricht erteilten der Vorsteher Johannes Wolff, Pastor *Schünemann*, der schon seit Herbst 1932 als Vikar im Stift tätig war,⁵¹ Fratzscher, Bendokat und Gewerbeoberlehrer *Diegel*. Einen weiteren Wechsel gab es 1937/38. Schünemann schied am 1. Mai 1937 aus, um eine Pfarrstelle zu übernehmen, für ihn trat Pastor Lic. *Karl Janssen* (1912–1984) als Hilfsgeistlicher und Brüderpastor in den Dienst des Stephansstifts.

In seinem Geschäftsbericht 1934/35 teilte Wolff mit, „dass die Umstellung des Lehrplans der Wohlfahrtsschule auf die Ziele des nationalsozialistischen Staates ohne Schwierigkeiten erfolgen konnte.“⁵² Das Reichsministerium für Unterricht und Erziehung gewährte der Wohlfahrtsschule denn auch einen jährlichen Zuschuss von 5.000 Reichsmark, das Landeskirchenamt ließ dem Brüderhaus einen jährlichen Zuschuss von 10.000 Reichsmark zu

46 Niederschrift einer Verhandlung des Vorstandes des Stephansstifts am 25. Juli 1938, AStH, 962.

47 Geschäftsbericht 1934/35.

48 Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts vom 11. Dezember 1933, AStH, 286.

49 Mehl, Stephansstift, S. 46.

50 Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts vom 11. Dezember 1933, AStH, 286.

51 Jahresbericht 1933/34.

52 Geschäftsbericht 1934/35. Dazu auch: Arnold Fratzscher, Wohlfahrtsschule und diakonischer Unterricht, in: *Monatbote* 55 (1934), S. 7–9. Wird hier der „nationalpolitische Unterricht“ zum „Kernstück“ der Ausbildung erklärt, so schlug dies nach der Erinnerung eines Diakons, der damals seine Ausbildung machte, in der Praxis nicht durch. Mehl, *Das Stephansstift (Hannover) und die politische Haltung seines Leiters*, S. 38–45.

kommen, die ebenfalls in die Finanzierung der Brüderausbildung einfließen konnten.⁵³ Am Aufbau des Unterrichts änderte sich nicht allzu viel. Allerdings schritt die Spezialisierung der Diakonenausbildung allmählich voran. In seinem Geschäftsbericht 1935/36 kündigte Wolff an, es müssten künftig in der Ausbildung „neue Wege gegangen werden.“⁵⁴ Bis dahin war „jedem Bruder möglichst die gesamte auch theoretische Ausbildung zugemutet“ worden. Dies hatte sich als unzweckmäßig erwiesen. Die Fülle des Unterrichtsstoffs war einfach zu groß, die Brüder waren damit überfordert, gingen deshalb häufig nervös in die Prüfungen und schnitten dementsprechend schlecht ab. Künftig wollte man drei große Aufgabenbereiche voneinander trennen: die Pflegearbeit, die fürsorgerisch-erzieherische und die kirchliche Arbeit. Die Ausbildung sollte so gestaltet werden, „dass zwar jedem Bruder die eigentlich diakonische Ausbildung sowohl nach der praktischen wie nach der theoretischen Seite zugemutet wird, und dass auch jeder Bruder das Diakonenexamen ablegt.“ Im Übrigen aber werde man „den Stoff nach den drei vorher genannten Gebieten teilen und jedes Gebiet mit einem besonderen Spezialexamen abschließen müssen.“

In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre gewann die musikalische Ausbildung der jungen Brüder stark an Bedeutung. In seinem Geschäftsbericht 1936/37 teilte Wolff mit, dass jeder in Ausbildung begriffene junge Bruder jetzt einer „musikalischen Eignungsprüfung“⁵⁵ unterzogen werde. Jeder Diakon, der das Talent dazu besaß, sollte die landeskirchlich vorgeschriebene Prüfung als Kirchenmusiker ablegen. Hintergrund dieses Appells war die Erfahrung, dass sich in vielen Gemeinden das Amt des Organisten mit dem des Küsters und Gemeindegeldhelfers verbinden ließ. Diakone, die die Orgel spielen konnten, hatten deswegen gute Chancen, eine Stelle im Gemeindedienst zu bekommen – was dem Vorsteher des Stephansstifts hoch willkommen war, wollte er doch die Gemeindediakonie stärken. Am 25. Juli 1938 teilte Wolff dem Vorstand mit, dass Verhandlungen mit dem Landeskirchenamt in Hannover aufgenommen worden seien, um das Stephansstift im Hinblick auf die Ausbildung von Kirchenmusikern „stärker in den Kreis der landeskirchlichen Interessen“⁵⁶ einzubinden. Der Vorstand stimmte dem Gedanken zu, im Stephansstift eine Landeskirchliche Musikschule einzurichten, allerdings nur unter der Bedingung, dass das Landeskirchenamt sich bereiterklärte, die dadurch entstehenden Mehrkosten aus landeskirchlichen Mitteln zu bestreiten. Der Vorstand kündigte zugleich aber auch an, „jeden Versuch irgendeiner kirchlichen Stelle, aus der Bezahlung der Kosten der Kirchenmusikschule aus landeskirchlichen Mitteln die Forderung einer Finanzaufsicht über das Stephansstift ableiten zu wollen, mit einem klaren Nein beantworten zu wollen.“ Der Vorsteher wurde beauftragt, in diesem Sinne weiter mit dem Landeskirchenamt zu verhandeln, dabei wurde ihm die Richtlinie

53 Geschäftsbericht 1934/35; Geschäftsbericht 1935/36; Geschäftsbericht 1936/37.

54 Geschäftsbericht 1935/36. Danach auch die folgenden Zitate.

55 Geschäftsbericht 1936/37.

56 Niederschrift einer Verhandlung des Vorstandes des Stephansstifts am 25. Juli 1938, AStH, 962. Danach auch die folgenden Zitate.

mitgegeben, dass dem Landeskirchenamt bei Einrichtung einer Landeskirchlichen Musikschule „lediglich dieselben Rechte zugestanden werden sollen, wie dies gegenüber Herrn Reichsunterrichtsminister geschehen ist, als das Stephansstift als staatliche Volkspflegeschule anerkannt wurde.“ Auch wenn das Stephansstift und die Landeskirche mittlerweile enger zusammengedrückt waren, so achtete das Stift doch genau darauf, seine Unabhängigkeit von der verfassten Kirche zu wahren.

„Das ist unser Dienst, Herr Pastor, stehen und warten, dass man einmal auf einen Menschen schießen darf.“ – Auswärtige Arbeitsgebiete

In seinem Bericht zur Lage auf der Vorstandssitzung am 22. September 1933 gab Pastor Johannes Wolff seiner Sorge Ausdruck, dass manche auswärtigen Arbeitsgebiete vielleicht aus finanziellen oder politischen Gründen aufgegeben werden müssten.⁵⁷ So bestünden im Hinblick auf die „Wanderarmenfürsorge infolge des energischen Kampfes, welchen die Staatsregierung gegen den allgemeinen Bettel eröffnet hat, für den Fortbestand der Herbergen zur Heimat und Wanderarbeitsstätten gewisse Befürchtungen.“⁵⁸ Wolff war sich unsicher, was aus den möglicherweise beschäftigungslos werdenden verheirateten Diakonen des Stephansstifts werden sollte.

Diese Befürchtungen sollten sich schon bald als unbegründet erweisen. Nicht nur konnten alle überkommenen Arbeitsfelder behauptet werden – selbst in der Wandererfürsorge kam es zunächst nur zu einem leichten Rückgang der Zahl der auf diesem Gebiet tätigen Brüder⁵⁹ –, das Stephansstift übernahm darüber hinaus zwischen 1933 und 1939 eine Vielzahl neuer auswärtiger Arbeitsstätten (allein 1933/34 waren es 17)⁶⁰ und erschloss sich dabei neue Arbeitsfelder. Allerdings kam es dabei zu einer Verschiebung der Gewichte zwischen den verschiedenen Gebieten, wie ein Vergleich der Geschäftsjahre 1934/35 und 1935/36 zeigt:

57 Als Beispiele für Einsatzfelder, die aus finanziellen Gründen in Gefahr waren, nannte Wolff die Stadtmissionen sowie „die Arbeit in Abessinien“. Es ist nicht klar, was Wolff mit letzterem meinte. Wahrscheinlich bezog er sich auf die seit 1928 von der Hermannsbürger Mission betriebene Missionstätigkeit unter den Oromo in Abessinien. Einer der daran beteiligten Missionare, *Dietrich Waßmann* (1897–1954), hatte 1920 eine Pflegeausbildung im Stephansstift absolviert. Er musste 1935, als das faschistische Italien Abessinien überfiel, einstweilen nach Deutschland zurückkehren, war später aber wieder in Äthiopien tätig. Vgl. Ernst Bauerochse, *Ihr Ziel war das Oromoland. Die Anfänge der Hermannsbürger Mission in Äthiopien*, Münster 2006.

58 Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts vom 22. September 1933, AStH, 286.

59 Am 1. Juli 1933 arbeiteten 57 Brüder des Stephansstifts als Hausväter oder Gehilfen in Herbergen zur Heimat, Vereinshäusern und Hospizen, weitere 19 in Arbeiterkolonien und Wohlfahrtsbetrieben. Am 1. April 1934 waren 45 in Herbergen zur Heimat, Vereinshäusern und Hospizen tätig, 16 in Arbeiterkolonien und Wirtschaftsbetrieben. Statistisches zum Deutschen Diakonentag (Stichtag: 1.7.1933), AStH, Liste P, 123 (Altakten); Jahresbericht 1933/34, S. 48.

60 Jahresbericht 1933/34, S. 48.

Zahl der Brüder des Stephansstifts nach Arbeitsgebieten, 1934–1936

Arbeitsgebiet	Brüder 1934/35	Brüder 1935/36
Kirchendienst	54	70
Auslandsdienst	6	5
Jugendführung	10	9
Seemannsmission	16	16
Stadt- und Volksmission	16	15
Jugendfürsorge	64	63
Wanderarmenfürsorge	58	47
Arbeiterkolonien und Wirtschaftsbetriebe	14	7
Krankenpflege und Altersfürsorge	68	57
„Krüppelfürsorge“	9	7
„Schwachsinnigen-, Epileptischen- und Irrenpflege“	9	7
Allgemeine Wohlfahrtspflege	41	30
Landschuljahrarbeit	4	2
im Arbeitsdienst/Militär	26	16
in Ausbildung	11	47
beurlaubt	8	7
im Ruhestand	41	42
Zusammen	455	407

Quelle: Geschäftsbericht 1935/36.

Vor allem fällt die wachsende Bedeutung des kirchlichen Dienstes ins Auge.⁶¹ Die Zahl der Brüder, die als Organisten, Küster, Gemeindeglieder, Kirchenrechnungsführer in Kirchengemeinden tätig waren, nahm beständig zu – einer der Brüder wurde sogar Sekretär im landeskirchlichen Kirchenbuch- und Sippenamt in Schwerin.⁶² Manche traditionsreiche Arbeitsgebiete hatten stark an Bedeutung verloren, so etwa die Pflege von körperlich und geistig behinderten, epilepsiekranken oder psychisch kranken Menschen. Auch die Wandererfürsorge büßte nun an Bedeutung für die Bruderschaft ein, wenngleich sie ein wichtiges Arbeitsfeld blieb. Bemerkenswert ist schließlich, dass mittlerweile eine nennenswerte Zahl von Brüdern – etwa als Beamte in Wohlfahrts- und Jugendämtern⁶³ – im öffentlichen Dienst beschäftigt war. So wurde 1935/36 ein Bruder des Stephansstifts zum Hausvater des neu gegründeten städtischen Obdachlosenheims der Stadt Hannover berufen; der Fall hat-

61 Mehl, Stephansstift, S. 83.

62 Geschäftsbericht 1934/35. Es steht zu vermuten, dass es zum Aufgabenbereich dieses Bruders gehörte, Angaben für Abstammungsgutachten zusammenzutragen.

63 1934/35 nahm ein Bruder des Stephansstifts eine Tätigkeit als Berufsberater beim Arbeitsamt in Bremerhaven auf. Geschäftsbericht 1934/35.

te, wie Pastor Wolff anmerkte, „Anlass zu einer grundsätzlichen Klärung“⁶⁴ gegeben. Es scheine, so stellte Wolff bei dieser Gelegenheit mit Befriedigung fest, als ob sich „das alte Vorurteil zu zerstreuen beginnt, als ob kirchlich ausgebildete Kräfte im Dritten Reich für gewisse Aufgaben nicht lebensnah genug seien.“ Allerdings war dieser Trend nicht von Dauer, ab 1935 ging die Zahl der Brüder, die in der „Allgemeinen Wohlfahrtspflege“ tätig waren, wieder deutlich zurück.

Von ganz besonderer Bedeutung war für Johannes Wolff die Zusammenarbeit mit Gliederungen und angeschlossenen Verbänden der NSDAP. Als ein Bruder des Stephansstifts 1933/34 die Leitung des Landschuljahrheims in Kakenstorf im Kreis Harburg übernahm, gab Wolff seiner Freude Ausdruck, sei dieser Fall doch der Beweis, dass man „die Ziele der gegenwärtigen Staatsregierung“⁶⁵ nicht nur rückhaltlos unterstützte, sondern auch praktisch an ihrer Umsetzung mitarbeite. Bald darauf wurde auch die Leitung der Landschuljahrheime in Holzhausen bei Pyrmont und in Stelle bei Harburg sowie der neu gegründeten nationalsozialistischen Jugendheimstätte in Greifswald an Brüder des Stephansstifts übergeben. Ein anderer Bruder trat sogar eine Stelle als Fürsorger bei der NSV-Jugendhilfe in Stettin an.⁶⁶

Mit Bestürzung nimmt man heute zur Kenntnis, dass sich Johannes Wolff nicht scheute, Brüder des Stephansstifts sogar zum Wachdienst in einem Strafgefangenenlager auszusenden. Da die einschlägigen Quellen in der von Ernst Christoph Merkel herausgegebenen Dokumentation „Schlaglichter. Dokumente zur Geschichte der Diakoniegemeinschaft Stephansstift 1927–1947“ (1989) als Faksimile oder in Abschrift präsentiert und kommentiert worden sind,⁶⁷ soll an dieser Stelle nur eine kurze Zusammenfassung der Befunde der mit der Aufarbeitung dieser Vorgänge befassten Arbeitsgruppe wiedergegeben werden.

Am 6. März 1934 forderte die „Kommandantur der staatlichen Konzentrationslager“ in Papenburg/Ems Pastor Johannes Wolff auf, die Papiere von fünf Diakonen (SA-Männern) einzureichen, die binnen kurzem mit ihrer Einberufung zum Dienst bei den Wachmannschaften der Emslandlager rechnen könnten.⁶⁸ Wie es zu dieser Anforderung gekommen war, muss offen bleiben. Pastor Wolff wusste, wie er in einem Brief am 11. April 1934 schrieb, „bis heute noch nicht, wer eigentlich den Kommandeur des dortigen Lagers auf das Stephansstift aufmerksam gemacht hat.“⁶⁹ Das fehlende Bindeglied könnte Pastor *Neumann* vom Evangelischen Wohlfahrtsdienst Osnabrück gewesen sein, der Wolff am 4. Februar 1934 einen kurzen Bericht über die Möglichkeit geschickt hatte, in den Konzentrationsla-

64 Geschäftsbericht 1935/36. Danach auch das folgende Zitat.

65 Jahresbericht 1933/34, S. 48.

66 Geschäftsbericht 1934/35; Geschäftsbericht 1935/36.

67 Merkel (Hg.), *Schlaglichter*. Dazu auch: Mehl, *Das Stephansstift (Hannover) und die politische Haltung seines Leiters*, S. 26–37, sowie (in journalistischer Manier): Ernst Klee, *die SA Jesu Christi*, Frankfurt am Main 1989, S. 66–73.

68 Kommandantur der staatlichen Konzentrationslager Papenburg an Wolff, 6.3.1934, zit. n. Merkel (Hg.), *Schlaglichter*, S. 162 (Dok. IV/4).

69 Wolff an Bruder N.N., 11.4.1934, zit. n. ebd., S. 170f. (Dok. IV/10).

gern rund um Papenburg eine Seelsorge zu organisieren.⁷⁰ Wolff hatte umgehend geantwortet, sein Interesse bekundet und abschließend hinzugefügt: „Dass wir geeignete Diakone für diesen Zweck zur Verfügung stellen könnten, will ich nur eben noch bemerken – da unsere Brüder ja auch fast alle SA-Männer sind, so würden sie sich sicher leicht in die Sachlage hineinfinden und auch die seelsorgerliche Note, wie es erforderlich ist, betonen können.“⁷¹ Wie auch immer die Verbindung nach Papenburg hergestellt worden war, Mitte März 1934 entsandte Wolff „vier Diakone des Stephansstifts, geboren zwischen 1907 und 1913, drei von ihnen noch in der Ausbildung, alle Mitglieder der SA“,⁷² nach Papenburg. Sie kamen in dem neu errichteten, der preußischen Justizverwaltung unterstehenden Strafgefangenenlager⁷³ Brual-Rhede zum Einsatz, das zu den Emslandlagern gehörte, einer Gruppe von 15 Konzentrations-, Straf- und Kriegsgefangenenlagern im Landkreis Emsland und der Grafschaft Bentheim.⁷⁴ Einer der Diakone verließ das Lager wegen Dienstuntauglichkeit bereits nach sechs Tagen.⁷⁵ Die drei anderen waren mindestens vier Monate lang, teilweise auch länger, als bewaffnete Wachmänner eingesetzt.

Obwohl er zu diesem Zeitpunkt schon erste Nachricht von den ausgesandten Diakonen erhalten hatte, die sich ernüchert über ihren „Aufpasserdienst mit Gewehr und Pistole im Moor“⁷⁶ zeigten – es sei dies „mindestens eine stumpfsinnige Angelegenheit“ –, äußerte sich Pastor Wolff in seinem Jahresbericht 1933/34 hoffnungsvoll über das neue Aufgabengebiet: „Als von der zuständigen Stelle eine dahingehende Anfrage an die Leitung des Bruderhauses erging, haben wir uns sofort klar gemacht, dass wir hier unter keinen Umständen ‚nein‘ sagen dürften.“⁷⁷ Er verwies in diesem Zusammenhang auf Johann Hinrich Wicherns gescheiterte Reform des Strafvollzugs. In völliger Verkennung des Charakters der nationalsozialistischen Konzentrationslager zeigte sich Wolff zuversichtlich, dass Wicherns Ideen im neuen Deutschland langsam, aber sicher in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnten. Die drei ausgesandten Diakone hätten sich „nach verhältnismäßig kurzer Zeit durchgesetzt

70 Neumann an Wolff, 3.2.1934, ebd., S. 159 (Dok. IV/1).

71 Wolff an Neumann, 5.2.1934, zit. n. ebd., S. 160 (Dok. IV/2). Einer der nach Rhede entsandten Brüder teilte am 14. April 1934 mit: „Übrigens soll ein Pastor Neumann in Osnabrück unsere Anforderung bei der Kommandantur vorgeschlagen haben.“ Bruder N.N. an Wolff, 14.4.1934, zit. n. ebd., S. 174 (Dok. IV/11).

72 Ernst Christoph Merkel, Diakone als Wachmänner in den Emslandlagern. Unbestreitbare Fakten – offene Fragen, in: ders. (Hg.), Schlaglichter, S. 12–15, S. 12.

73 In den Quellen selbst ist von einem „Konzentrationslager“ die Rede. Da das Lager Brual-Rhede (Lager III) der staatlichen Justizverwaltung (und nicht der SS) unterstand, handelte es sich formal jedoch um „Strafgefangenenlager“. Was die Verhältnisse in den Emslandlagern angeht, so scheint es keine kategorialen Unterschiede gegeben zu haben, zumal auch in Brual-Rhede zeitweilig SS-Mannschaften eingesetzt wurden. Vgl. Merkel, Diakone, S. 14.

74 Es gibt eine umfangreiche Literatur zu den Emslandlagern. Zuletzt erschienen: Bernd Faulenbach / Andrea Kaltfofen (Hg.), Hölle im Moor. Die Emslandlager 1933–1945, Göttingen 2017.

75 Bruder N.N. an Wolff, 6.4.1934, zit. n. Merkel (Hg.), Schlaglichter, S. 167 (Dok. IV/8).

76 Bruder N.N. an Wolff, 8.4.1934, zit. n. ebd., S. 168f. (Dok. IV/9). Danach auch das folgende Zitat.

77 Jahresbericht 1933/34, S. 52. Danach auch das folgende Zitat. Als Faksimile auch in: Merkel (Hg.), Schlaglichter, S. 181 (Dok. IV/17).

und allgemeines Vertrauen erworben [...]. Wir hoffen, dass sie an manchem Volksgenossen, der vom Wege abgeglitten war, den Dienst tun können, dass er sich wieder zurechtfindet und von neuem in die Volksgemeinschaft eingegliedert werden kann.“

Hinter den Kulissen zeigte sich Wolff unterdessen unzufrieden. Er bleibe zwar dabei, so schrieb er einem der ausgesandten Diakone, „dass für die Bewachung von asozialen und straffällig gewordenen Menschen gerade die besten Menschen gut genug sind, und wir wollen uns einer solchen Aufgabe, wenn sie an uns herantritt, in keiner Weise entziehen.“⁷⁸ Der Einsatz gut ausgebildeter Diakone zu bloßem Wachdienst sei aber auf Dauer nicht tragbar. Wolff kündigte einen Besuch beim Kommandeur der Konzentrationslager in Papenburg an, den er aus Zeitgründen jedoch wiederholt verschieben musste. In drastischen Worten schilderte einer der im Lager Brual-Rhede eingesetzten Diakone in einem Brief an den Vorsteher vom 27. Mai 1934 die Lage vor Ort. Er berichtete, dass die Wachmannschaften die tausend Gefangenen, neben „Gewohnheitsverbrechern“ auch politische Häftlinge, „fast sadistisch quälen“⁷⁹ würden. Neulich sei einer der Häftlinge, der abends dem Drahtzaun zu nahe gekommen sei, erschossen worden. „Das ist unser Dienst, Herr Pastor, stehen und warten, dass man einmal auf einen Menschen schießen darf. Sind wir darum Diakone?“⁸⁰ An irgendeine Form der Seelsorge war nicht zu denken, da jede Unterhaltung mit den Häftlingen streng verboten war.⁸¹

Im August 1934 wurden die Diakone vom Wachdienst abgezogen und als Schreiber oder Verwalter eingesetzt.⁸² Der Bruder, der sich so kritisch über die Zustände im Lager geäußert hatte, schied am 15. Oktober aus dem Dienst aus. Die beiden anderen taten von Januar bis Februar 1936 bzw. ab März 1936 in der neu eingerichteten Lagerseelsorge Dienst. Einer der Brüder war dort bis 1939 tätig.⁸³

„Eine Volksgemeinschaft im Kleinen.“ – Die politische Durchdringung des Stephansstifts

Das Stephansstift stellte sich, wie Pastor Johannes Wolff im Jahre 1934 schrieb, als „eine Volksgemeinschaft im Kleinen“⁸⁴ dar. Dazu gehörte auch die Bildung einer „Betriebsgemeinschaft“. Nach dem Inkrafttreten des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“ im Jahre 1934 war es eine offene Frage, ob die Bestimmungen des Gesetzes auch auf die

78 Wolff an Bruder N.N., 11.4.1934, zit. n. Merkel (Hg.), Schlaglichter, S. 171 (Dok. IV/10).

79 Bruder N.N. an Wolff, 27.5.1934, zit. n. ebd., S. 183 (Dok. IV/18).

80 Zit. n. ebd., S. 182.

81 Vgl. dazu auch: Denkschrift. Die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der fürsorglichen und seelsorglichen Betreuung der Strafgefangenen in den emsländischen Strafgefangenenlagern, ebd., S. 196–199 (Dok. IV/24).

82 Bruder N.N. an Wolff, 3.8.1934, ebd., S. 190f. (Dok. IV/20).

83 Merkel, Diakone, S. 12.

84 Jahresbericht 1933/34, S. 52.

Anstalten der Inneren Mission Anwendung finden sollten.⁸⁵ Diese Frage war, wie Wolff im Jahre 1935 feststellte, „bis jetzt niemals eindeutig beantwortet worden.“⁸⁶ Partei und Staat wünschten offenbar eine Eingliederung konfessioneller Anstalten, die katholische Kirche versuchte, Sonderrechte für „kirchliche Einrichtungen“ zu erwirken. In einer „Periode der Unklarheit“ blieb es „der Loyalität der einzelnen Anstalt überlassen“, ob sie das Gesetz umsetzte. In dieser Situation hatten „die hannoverschen Anstalten [...] sich sämtlich entschlossen, die gesetzlichen Bestimmungen als für sie verbindlich anzusehen.“ Wolff fungierte damit künftig als „Betriebsführer“, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Stephansstifts stellten seine „Gefolgschaft“ dar.

Gemäß den Bestimmungen des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“ konnte in Betrieben mit mindestens zwanzig Beschäftigten ein „Vertrauensrat“ gebildet werden.⁸⁷ Diesem Gremium gehörte von Amts wegen der „Betriebsführer“ an – er war zugleich Vorsitzender des „Vertrauensrates“. Die einfachen Mitglieder, die jährlich gewählt wurden, mussten der DAF angehören und als politisch zuverlässig gelten. Die „Vertrauensräte“ besaßen lediglich beratende Funktion – das Streikrecht war ja mit der Zerschlagung der Gewerkschaften abgeschafft worden –, zudem sollten ausschließlich sozialpolitische Angelegenheiten besprochen werden. Oberstes Ziel der „Vertrauensräte“ war die Festigung der „Betriebsgemeinschaft“, wobei der Gesetzgeber von vermeintlich identischen Interessen von „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“ ausging. Konflikte zwischen dem „Betriebsführer“ und dem „Vertrauensrat“, die nicht einvernehmlich geregelt werden konnten, führten zur Einschaltung sogenannter „Trehänder der Arbeit“, die im Mai 1933 an die Stelle der Schlichter getreten waren. Einrichtungen der Inneren Mission betraten mit den „Vertrauensräten“ zumeist Neuland, da sie bis dahin in der Regel keine Arbeiter- oder Angestelltenräte kannten. Dies gilt auch für das Stephansstift, wo man bereits im April 1934 einen Vertrauensrat einrichtete, der am 1. Mai 1934 in der Kirche des Stifts verpflichtet wurde. Es stellte sich aber heraus, dass es zweckmäßig sein würde, Gut und Erziehungsanstalt Kronsberg in die „Betriebsgemeinschaft“ mit einzubeziehen. Deshalb fanden am 8. April 1935 Neuwahlen statt.⁸⁸ Dem neuen „Vertrauensrat“ gehörten – neben dem „Betriebsführer“ Wolff als Vorsitzendem – als Beisitzer der Hausvater des Lehrlingsheims *Hermann Plumhoff* (* 1893), zugleich „Betriebszellenobmann“ im Stephansstift, der Buchdruckereigehilfe *Pawlitzki*, die Sekretärin *Sachs* und der Hausvater in Kronsberg, *Heinrich Kahlstorf* (* 1894), zugleich „Betriebszellenobmann“ auf Kronsberg, an. Der „Vertrauensrat“ erwies sich als ein nützliches Instrument, um den „Betriebsfrieden“ zu wahren. So beriet der „Vertrauensrat“ des Stephansstifts über „eine notwendige Neuregelung der Gehalts- und Lohnbezüge wie

85 Vgl. Alfred Depuhl, *Neuere Gesetze und die Anstalten der Inneren Mission*, in: *Monatsbote* 55 (1934), S. 85–87: *Danach war die Bildung eines Vertrauensrats in einer Einrichtung der Inneren Mission „ins Belieben des Betriebsführers gesetzt“ (ebd., S. 86).*

86 *Geschäftsbericht 1934/35*. Danach auch die folgenden Zitate.

87 Zum Folgenden: Matthias Frese, *Nationalsozialistische Vertrauensräte. Zur Betriebspolitik im „Dritten Reich“*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1992, H. 4–5, S. 281–297.

88 Mehl, *Stephansstift*, S. 68.

eine Altersversorgung der Angestellten“.⁸⁹ Gemeinsam mit dem Vorsteher wachte er über die Einhaltung der neuen Betriebsordnung.⁹⁰ Zur Stärkung der „Betriebsgemeinschaft“ fanden Kameradschaftsabende und Ausflüge statt.

1935 konnte Wolff mitteilen, dass „sämtliche Mitglieder der Gefolgschaft in der Deutschen Arbeitsfront organisiert“⁹¹ waren, lediglich die Lehrkräfte der Schule auf dem Knabenhof waren nicht in die DAF eingetreten, sondern hatten sich dem NS-Lehrerbund angeschlossen. Auch die NS-Betriebszellenorganisation war im Stephansstift vertreten. „Auf Anordnung des zuständigen Sondertreuhänders der Arbeit wurde dem Vorsteher und sämtlichen Angestellten des Stephansstifts, die noch nicht in irgendeiner Form verpflichtet waren, [am 1. Mai 1936] das Treuegelöbnis gegenüber dem Führer abgenommen.“⁹² Gerne hob Johannes Wolff auch hervor, dass viele Angestellte des Stephansstifts Mitglieder der NSDAP waren, darunter nicht wenige in der Funktion eines „Amtswalters“ oder „Blockwalters“. Die Räumlichkeiten des Stephansstifts wurden für Parteizwecke bereitwillig zur Verfügung gestellt. Rege beteiligte sich die Stiftsgemeinde am Winterhilfswerk.

Eine Reihe von Diakonen war, wie bereits erwähnt, dem Aufruf des Vorstehers gefolgt und der SA beigetreten. Nicht alle hatten diesen Schritt aus Überzeugung getan, mitunter gab es auch disziplinarische Strafen, etwa wenn sich Brüder weigerten, im SA-Dienst Lieder mit antiklerikalen Texten mitzusingen.⁹³ Ein Problem mit der SA ergab sich allerdings erst im Jahre 1937: „Im Anschluss an eine Aktion, welche die kirchenpolitische Neutralisierung der SA zum Ziele hat, ist den Brüdern des Stephansstifts, welche in der SA sind, von dem Führer der Standarte 13 nahe gelegt worden, ihren Austritt aus der SA zu erklären, weil sie ‚dem geistlichen Stande‘ angehören.“⁹⁴ Wolff hoffte aber, dieses Problem auf dem Verhandlungsweg aus der Welt schaffen zu können.

89 Geschäftsbericht 1936/37.

90 Mehl, Stephansstift, S. 69.

91 Geschäftsbericht 1934/35. Dem Eintritt der Angehörigen der Brüderhäuser und Diakonenanstalten in die DAF lag auch ein taktisches Kalkül zugrunde. Der Geschäftsführer der Deutschen Diakonenschaft (wie der Deutsche Diakonenverband nun hieß), Fritz Weigt, ein Diakon des Berliner Johannesstifts, fürchtete die „Gleichschaltung“ mit der DAF. Um einem erzwungenen korporativen Beitritt und damit der faktischen Auflösung der Deutschen Diakonenschaft zuvorzukommen, setzte Weigt auf den individuellen Beitritt möglichst vieler Brüder. Zu diesem Zweck nahm er an etlichen in der ersten Jahreshälfte 1933 stattfindenden Brüdertagen teil und warb dort für den Eintritt eines jeden Diakons in die DAF – mit Erfolg. Bis Ende Juni 1933 hatten sich 3.600 Diakone, 92 Prozent aller berufstätigen Brüder, bei der DAF eintragen lassen. Trotz dieser beeindruckenden Quote war vielen Diakonen der Eintritt in die DAF nicht leicht gefallen. Hier spielten jedoch weniger politisch-ideologische Bedenken als vielmehr der schmale Geldbeutel der Brüder eine Rolle, der mit Beiträgen für die NSV, Sammlungen für das Winterhilfswerk, Kriegsopferversorgung usw. ohnehin schon stark belastet wurde. Häusler, „Dienst“, S. 195–207.

92 Geschäftsbericht 1936/37.

93 Mehl, Stephansstift, S. 63.

94 Geschäftsbericht 1936/37.

Um die Zukunft des Stephansstifts

Am 22. März 1933 rief der Oberlandesgerichtspräsident eine Reihe von Vormundschaftsrichtern aus Stadt und Provinz Hannover im Landesdirektorium in Hannover zu einer Aussprache über die im November 1932 erlassenen Notverordnungen zur Fürsorgeerziehung zusammen. Am Nachmittag besichtigten die Richter dann das Stephansstift.⁹⁵ Johannes Wolff, der dies in einem „Brief aus dem Stift“ erwähnte, dürfte mit dem Besuch die Hoffnung verbunden haben, dass dem Stephansstift auch im neuen Deutschland ein fester Platz in der Fürsorgeerziehung eingeräumt würde. Sehr rasch nahm der Vorsteher des Stephansstifts wahr, dass sich die Auffassungen über Sinn und Zweck der Fürsorgeerziehung mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten radikal gewandelt hatten. „Mit vollem Recht wird [...] heute wieder darauf aufmerksam gemacht, dass nicht nur das Kind Rechte an die Allgemeinheit hat“, schrieb Wolff am 6. Mai 1933, „sondern dass vor allen Dingen die Allgemeinheit, also die Volksgemeinschaft, Ansprüche und Forderungen an das Kind und an den Jugendlichen zu stellen hat.“⁹⁶ Diesen Kurswechsel meinte Wolff mitvollziehen zu können. Auch über Änderungen in der Methodik lasse sich reden, räumte er ein, nur in der Sache selbst – evangelische Anstaltserziehung als dezidiert *christliche* Erziehung – lasse sich „nichts abziehen oder umändern“, da Innere Mission ihrem Wesen nach eben Mission sei. Überaus schnell hatte sich Wolff, der sich noch bis zum Ende der Weimarer Republik offen für einen Dialog mit der sozialistischen Reformpädagogik gezeigt hatte, an das neue pädagogische Regime angepasst.

Recht bald musste Wolff indessen erkennen, dass es im nationalsozialistischen Staat starke Tendenzen gab, die Kirchen, die Innere Mission und die Caritas aus der Erziehung auszuschließen. Erstmals im Jahre 1936 – unter dem Eindruck der Strafprozesse gegen katholische Erziehungseinrichtungen – räumte Wolff ein, man werde sich wohl „an den Gedanken gewöhnen müssen, dass immerhin die Möglichkeit einer Entkonfessionalisierung [der Fürsorgeerziehung] in einer näheren oder fernerer Zukunft bestehen bleibt.“⁹⁷ Für die allernächste Zukunft rechnete er noch nicht damit, „weil die Umstellung dem Staat, vorsichtig gerechnet, jährlich 20 Mill. an Mehrausgaben verursachen würde.“ Noch hatte Wolff die Hoffnung, dass die entscheidenden Stellen einsehen würden, „dass die Erziehung erblich belasteter und bereits durch die Tiefen des Lebens hindurchgegangener Kinder und Jugendlichen nicht ohne das wichtige Erziehungsmittel der religiösen Verantwortung durchzuführen ist.“ Doch müsse das Stephansstift „im Falle des Falles“ gerüstet sein.

Solche Aussagen finden sich in der Folgezeit häufiger. 1937 gab sich Wolff bereits fatalistisch: Die Einrichtungen der Inneren Mission wollten

⁹⁵ Wolff, Brief aus dem Stift, 10.4.1933, S. 53.

⁹⁶ Wolff, Brief aus dem Stift, 6.5.1933, S. 83. Danach auch die folgenden Zitate.

⁹⁷ Geschäftsbericht 1935/36. Danach auch die folgenden Zitate.

„auch fernerhin sich bereit erklären, die Erziehungsarbeit in Treue zu Führer und Volk zu tun, so lange man sie ihnen anvertraut. Sollte eines Tages entschieden werden, dass die Zusammenarbeit zwischen Staat und Innerer Mission auf diesem Arbeitsgebiet ihr Ende finden muss, so wird man das, wenn auch mit schmerzlichem Bedauern, hinnehmen müssen.“⁹⁸

Einstweilen war man ängstlich bemüht, den Aufsichtsbehörden keinen Anlass zur Kritik zu geben. In diesem Zusammenhang monierte Schatzrat Hartmann in der Vorstandssitzung am 8. November 1937, dass eine Revision des Stephansstifts durch Vertreter des Landesjugendamtes der Stadt Berlin ergeben habe, „dass in der Zentralküche und im Knabenhof nicht alles so in Ordnung war, wie es hätte sein sollen.“⁹⁹ In der Aussprache forderte der Vorstandsvorsitzende Baron v. Reden, die Leiter der einzelnen Abteilungen des Stephansstifts zur „genaue[n] Erfüllung der dienstlichen Aufgaben“ anzuhalten. Die Arbeit in den Heimen und Werkstätten müsse so getan werden, „dass Kritik von Außenstehenden ausgeschlossen bleibt.“ Solche Vorkommnisse sollten sich keinesfalls wiederholen; „es wird in diesem Zusammenhang festgestellt, dass die Existenz des Stephansstifts davon abhängt, dass die Erziehungsanstalten und ebenso die Alters- und Pflegeheime in der Öffentlichkeit Vertrauen behalten und belegt sind.“

In der Vorstandssitzung am 28. Juli 1938 ging Johannes Wolff noch einmal auf die Lage der konfessionellen Fürsorgeerziehung ein. Inzwischen rechnete er fest damit, „dass der Staat die Jugendwohlfahrt und also auch die Fürsorgeerziehung fortschreitend in eigene Regie übernehmen wird, ebenso wie er im Laufe der Jahrzehnte auch alle übrigen Gebiete der deutschen Jugenderziehung in die Hand genommen hat.“¹⁰⁰ Wie schnell sich dieser Prozess vollziehen werde, sei noch nicht absehbar. Das Stephansstift werde sich aber „beizeiten an den Gedanken gewöhnen müssen, dass die Erziehung der schulentlassenen Jungen schon sehr bald abgegeben werden muss, und dass im Laufe der Jahre auch der Knabenhof nachfolgen wird.“ Man müsse sich schon jetzt nach alternativen Arbeitsfeldern umsehen. Dabei hatte man für Kronsberg die Möglichkeit ins Auge gefasst, „geistesschwache Pflögelinge“ aus den Provinzialheil- und Pflegeanstalten aufzunehmen – hierüber hatten bereits Verhandlungen mit der Provinzialverwaltung stattgefunden –, während im Hinblick auf die Stammanstalt an eine Erweiterung der Altersfürsorge gedacht wurde.

98 Geschäftsbericht 1936/37.

99 Niederschrift einer Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 8. November 1937, AStH, 962. Danach auch die folgenden Zitate. Vgl. auch Mehl, Verhältnis, S. 42. Demnach beanstandete ein Visitationsprotokoll des Landesjugendamtes u.a. „lasches und schlappes Verhalten, auch z.B. bei der Erweisung des Hitler-Grußes“.

100 Niederschrift einer Verhandlung des Vorstandes des Stephansstifts am 25. Juli 1938, AStH, 962. Danach auch die folgenden Zitate.

Eine Arbeit mit Zukunft – Die Siechenhäuser

Der Hauptgeschäftsführer des Landesvereins für Innere Mission, Dr. Alfred Depuhl, wies bereits 1934 auf die für die kommenden Jahrzehnte zu erwartende starke Zunahme der Altersgruppen über 65 Jahre in Deutschland hin, „es sei denn, dass etwa durch eine epidemische Krankheit die älteren Jahresgruppen besonders erfasst würden.“¹⁰¹ Dem Statistischen Jahrbuch von 1934 zufolge war die durchschnittliche Lebenserwartung von fünfzig Jahren vor dem Ersten Weltkrieg auf sechzig Jahre angestiegen. Im Jahre 1934 lebten 4,6 Millionen Menschen im Alter über 65 Jahre in Deutschland, bis 1970, so rechnete Depuhl unter Verweis auf die Reichsstatistik vor, werde diese Zahl auf 8,5 Millionen ansteigen. Vor diesem Hintergrund war man auch im Stephansstift bestrebt, die Altersfürsorge weiter auszubauen, zumal man damit rechnete, dass der nationalsozialistische Staat die Fürsorgeerziehung früher oder später an sich ziehen würde, während es so aussah, als ob die Altersfürsorge den konfessionellen Trägern überlassen bliebe. Bei den Auseinandersetzungen um das zukünftige Verhältnis zwischen Innerer Mission, Caritas und NSV sei klar geworden, so Wolff in seinem Jahresbericht 1933/34, dass die Altersfürsorge die ureigenste Domäne der konfessionellen Verbände bleiben würde.¹⁰²

Einstweilen wollte es mit dem Ausbau der Altersfürsorge jedoch nicht recht vorangehen. 1932 zählte man 161 Bewohner in den Siechenhäusern des Stephansstifts, 1933 waren es nur noch 152.¹⁰³ Da das Stift seit dem Ausbau des Neuen Siechenhauses etwa 200 Plätze vorhielt, war der Bereich deutlich unterbelegt. Dies hing wohl damit zusammen, dass die Renten der öffentlichen Versicherungskassen herabgesetzt worden waren, so dass, wie Pastor Johannes Wolff mutmaßte, „manche alten Leute nicht den Mut haben, um Aufnahme zu bitten.“¹⁰⁴ Auch hielten sich die Wohlfahrtsbehörden „aus Gründen der Gesamtlage“ mit der Zuweisung von alten und siechen Männern zurück. Aus der Stadt Hannover kamen so gut wie gar keine Zuweisungen, da die städtischen Altersheime nicht voll belegt waren.

Im Stephansstift überlegte man vor diesem Hintergrund, mit den Pflegesätzen so weit herunterzugehen, wie es der Haushalt erlaubte, um es Privatpersonen leichter zu machen, ihre alten, siechen und pflegebedürftigen Angehörigen im Stephansstift unterzubringen.¹⁰⁵ Hier spielte sicherlich die Überlegung eine Rolle, dass man dadurch von öffentlichen Kostenträgern unabhängiger wurde, ein Kalkül, das durchaus aufging. 1936/37 waren 92 Prozent aller Verpflegten in den Siechenhäusern des Stephansstifts privat untergebracht.¹⁰⁶ Allerdings waren die Selbstzahler mit der Begleichung der Pflegegelder oft säumig. Manch-

101 Alfred Depuhl, Aufgaben der Altersfürsorge, in: Monatsbote 55 (1934), S. 84f., S. 84. Dort findet sich auch die Angabe, dass es 1934 insgesamt 1.033 evangelische Altersheime mit 31.680 Betten gab.

102 Jahresbericht 1933/34, S. 51.

103 Jahresbericht 1932/33, S. 99. Stichtag war jeweils der 1. April.

104 Ebd. Danach auch das folgende Zitat.

105 Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts vom 22. September 1933, AStH, 286.

106 Geschäftsbericht 1936/37.

mal waren „peinliche Streitverhandlungen“¹⁰⁷ unumgänglich, in mehreren Fällen musste das Pflegegeld sogar durch einen Anwalt eingetrieben werden. Zur Deckung von nicht eintreibbaren Ausfällen wurde 1935/36 aus der Volkssammlung der Inneren Mission ein Betrag von 1.500 Reichsmark zur Verfügung gestellt. Auch die Bezirksfürsorgeverbände forderten wiederholt eine Herabsetzung des Pflegesatzes und drohten mit dem Abzug der von ihnen im Stephansstift untergebrachten alten und siechen Männer. Es habe sich herausgestellt, so Wolff, dass man im Durchschnitt für einen Pflegling III. Klasse nicht mehr als 1,70 bis 1,80 Reichsmark pro Tag bekommen könne; für Pfleglinge II. Klasse würden im Allgemeinen drei Reichsmark gezahlt, für Pfleglinge I. Klasse vier.¹⁰⁸

Allmählich nahm die Zahl der Bewohner der Siechenhäuser wieder zu. 1934 waren es 158, 1935 bereits 179.¹⁰⁹ Man strebte eine Erhöhung der Bewohnerzahl auf 200 an, nicht zuletzt, um die zu dieser Zeit leer stehenden Häuser des Knabenhofes zu füllen.¹¹⁰ Zwei Häuser des Knabenhofs waren 1934/35 umgebaut worden, das eine für alte und sieche Pfleglinge I. und II. Klasse, das zweite als Wohnung für Inspektor Friedrich Köver, wodurch wiederum Plätze im Alten Siechenhaus frei geworden waren. Ein drittes Haus des Knabenhofs war an Angestellte des Stifts vermietet worden.¹¹¹ 1936 beherbergten die Siechenhäuser des Stephansstifts 197 Bewohner, ein Jahr später waren es unverändert 197.¹¹² Dahinter verbarg sich allerdings eine überaus starke Fluktuation. In den Siechenhäusern des Stephansstifts hatte es 1936/37 nicht weniger als achtzig Todesfälle gegeben, was Wolff damit erklärte, dass immer mehr Männer aufgenommen würden, „die sich im letzten Stadium des Siechtums befinden.“¹¹³ Nach wie vor wollte man die Bewohnerzahl erhöhen; das dritte Haus auf dem Knabenhof, das als Wohnhaus für Angestellte genutzt wurde, sollte freigemacht werden, weil „die Nachfrage nach Plätzen I. und II. Klasse im beständigen Zunehmen ist.“ Am 25. Juli 1938 konnte Wolff dem Vorstand berichten, dass sich die Altersfürsorge im Stephansstift über Erwarten gut entwickle, was insofern sehr zu begrüßen sei, als „damit zu rechnen ist, dass die Altersfürsorge wegen der besonderen Entwicklung der Fürsorgeerziehung in der Zukunftsgeschichte des Stephansstifts einen stärkeren Platz einnehmen wird und einnehmen muss als bisher.“¹¹⁴

Die immer stärkere Belegung der Siechenhäuser führte zu Personalengpässen, da es an jungen Brüdern fehlte – bis dahin waren, wie bereits erwähnt, die Probebrüder im ersten Ausbildungsjahr in den Siechenhäusern eingesetzt worden. Angesichts des Nachwuchsmangels der Bruderschaft mussten nun anderweitig Pflegekräfte besorgt werden. Man half sich, indem man in größerem Umfang weibliches Personal einstellte. Um den Hausvater zu

107 Geschäftsbericht 1935/36.

108 Geschäftsbericht 1934/35.

109 Ebd. Stichtag war jeweils der 1. April.

110 Ebd.

111 Ebd.

112 Geschäftsbericht 1935/36; Geschäftsbericht 1936/37. Stichtag war jeweils der 1. April.

113 Geschäftsbericht 1936/37. Danach auch das folgende Zitat.

114 Niederschrift einer Verhandlung des Vorstandes des Stephansstifts am 25. Juli 1938, AStH, 962.

entlasten und Stetigkeit in die Pflegearbeit zu bringen, wurde den beiden Oberpflegern in den Siechenhäusern, die auch die staatliche Anerkennung als Krankenpfleger besaßen, eine Daueranstellung gegeben und die Familiengründung gestattet.¹¹⁵

Anzumerken ist noch, dass trotz der vermehrten Aufnahme schwer Pflegebedürftiger noch immer einige Bewohner der Siechenhäuser so rüstig waren, dass sie in der Expedition der Druckerei, in der Verwaltung der Vorräte, im Büro der Hauptverwaltung, in der Gärtnerei, Korbflechtere, Wäscherei und Tischlerei des Stephansstifts mithelfen konnten. „Auch halbe oder Viertelkräfte können in einer Anstalt der Inneren Mission zum Gelingen des Ganzen beitragen.“¹¹⁶

„Wer diese Jungvolkgruppe marschieren sieht, vergisst ganz, was für Jungen er vor sich hat.“ – Der Knabenhof

In den ersten Jahren des „Dritten Reiches“ war der Knabenhof das „Sorgenkind“¹¹⁷ des Stephansstifts. Die Zahl der dort lebenden Jungen war 1932 schon auf 159 abgesunken, 1933 waren es gerade einmal noch 129.¹¹⁸ Pastor Johannes Wolff konstatierte einen allgemeinen Trend, allenthalben müsse gespart werden, auch habe es eine „Änderung in der Auffassung des Fürsorgeerziehungsgesetzes“¹¹⁹ gegeben, die Jugendämter gaben Fürsorgezöglinge mittlerweile lieber in die Familienpflege als in eine Erziehungsanstalt. Zwar erhöhte sich die Zahl der Jungen auf dem Knabenhof leicht auf 144 am 1. April 1934,¹²⁰ exakt dieselbe Zahl wurde ein Jahr später, am 1. April 1935, erreicht.¹²¹ Dies waren jedoch, wie Wolff in seinem Geschäftsbericht 1934/35 betonte, immer noch zu wenige Zöglinge, um auch nur die Generalunkosten des Knabenhofs zu tragen. Um Kosten einzusparen, wurden die Stellen des stellvertretenden Hausvaters und der Sekretärin abgebaut. Auch erwies es sich als unumgänglich, die Hilfsschule von sechs auf fünf Klassen zu verkleinern und die Zahl der neben dem Schulleiter, Bruder *Hermann Blomeyer* (* 1888), an der Hilfsschule tätigen Lehrkräfte von fünf auf drei zu verringern.¹²²

Gleichzeitig sah sich die Hilfsschule vor große pädagogische Herausforderungen gestellt. In den ersten Jahren des „Dritten Reiches“ klagte Wolff immer wieder über den Verfall des „geistigen Niveaus“ auf dem Knabenhof. Er erklärte sich diese Entwicklung damit,

„dass die Siebung der Zöglinge in der Aufnahme-Abteilung der Pestalozzistiftung heutzutage eine viel stärkere ist als früher. Die meisten Knaben werden, soweit sie

115 Ebd.

116 Geschäftsbericht 1934/35.

117 Ebd.

118 Jahresbericht 1932/33, S. 100. Stichtag war jeweils der 1. April.

119 Ebd.

120 Jahresbericht 1933/34, S. 52.

121 Geschäftsbericht 1934/35.

122 Ebd.

nur irgendwie schon praktische Fähigkeiten zeigen, sobald wie möglich der Familienpflege zugeführt und kommen nicht mehr in die Anstalt, zumal es auch im fiskalischen Interesse liegt, die Fürsorgerziehung möglich[st] billig zu gestalten. Die Folge davon ist, dass fast nur echt unbegabte, geistig träge und indolente Knaben in den Knabenhof neu eintreten.“¹²³

Im Geschäftsjahr 1935/36 ging die Zahl der Jungen abermals zurück, 1936 waren es nur noch 135.¹²⁴ Dennoch äußerte sich Wolff jetzt zuversichtlicher. Das Jahr 1935/36 sei ein „Ausnahmefall“¹²⁵ gewesen, da – zusätzlich zu dem jährlichen Abgang der Konfirmanden – das Landesjugendamt Braunschweig seine 29 Zöglinge aus dem Stephansstift zurückgerufen hatte, nachdem der Knabenhof St. Leonhardt in Braunschweig (wo ein Bruder des Stephansstifts als Hausvater und Lehrer tätig war) eine eigene Hilfsschule aufgebaut hatte.¹²⁶ Das Landesjugendamt Hannover hatte versucht, durch vermehrte Zuweisungen, die Gewährung eines angemessenen Pflegesatzes und die Zahlung eines „Unterbelegungszuschlags“ zur Überwindung der Krise beizutragen. Dies lasse hoffen, so Wolff, dass sich der Knabenhof in Zukunft „nicht nur halten, sondern besser entwickeln“¹²⁷ werde. Trotzdem musste der langjährige Leiter der Hilfsschule, Hermann Blomeyer, gebeten werden, zum 1. Oktober 1935 in den öffentlichen Schuldienst überzutreten, worunter, wie der Vorsteher unumwunden einräumte, die Qualität des Unterrichts im Knabenhof litt.¹²⁸

Angesichts der erwarteten Zunahme der Zöglingszahl stellte sich, wie Wolff in seinem Geschäftsbericht 1935/36 ausführte, die Frage, ob der Knabenhof auf die Dauer „in so großer Enge noch fortbestehen kann.“¹²⁹ Auf der einen Seite war das Gelände durch die Hauptverkehrsstraße zwischen Hannover und Braunschweig begrenzt, auf der anderen Seite durch die „verkehrsreiche Eilenriede“. Die Jungen konnten sich nur auf dem recht beengten Anstaltsgelände frei bewegen: „Auf der Kirchröder Straße dürfen sie sich wegen des gefährlichen Kraftwagen- und Straßenbahnverkehrs nicht blicken lassen, in der Eilenriede fordert die Stadtverwaltung, dass jedermann korrekt und wohlgezogen auf den Wegen bleibt, nichts abpflückt und abbricht usw.“ Für 140 bis 150 Jungen reiche der enge Raum des Stephansstifts aus, sollte sich die Zahl aber wieder erhöhen, wäre zu überlegen, so Wolff, den Knabenhof nach Kronsberg zu verlegen. Die freiwerdenden Häuser im Stephansstift könnten unschwer für die Altenpflege oder das Lehrlingsheim genutzt werden.

Diese Überlegungen wurden indessen von der weiteren Entwicklung förmlich überrollt. Zur allgemeinen Überraschung stieg die Zahl der auf dem Knabenhof lebenden Jungen

123 Ebd.

124 Geschäftsbericht 1935/36. Stichtag war der 1. April.

125 Niederschrift einer Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 1. Juli 1936, AStH, 962.

126 Geschäftsbericht 1935/36.

127 Niederschrift einer Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 1. Juli 1936, AStH, 962.

128 Geschäftsbericht 1935/36.

129 Geschäftsbericht 1935/36. Danach auch die folgenden Zitate.

bis 1937 von 135 auf 194 an.¹³⁰ Man hatte eigentlich damit gerechnet, „dass die Zahl nach Abgang der sämtlichen Konfirmanden auf weniger als 100 noch weiter sinken würde, und dass die Zukunft des Knabenhofs überhaupt in Frage gestellt sei.“¹³¹ Die Ursache des Anstiegs war darin zu suchen, dass auswärtige Fürsorgeerziehungsbehörden, allen voran das Landesjugendamt Berlin, jetzt vermehrt Zöglinge in das Stephansstift schickten. Mittlerweile stammte ein Drittel der Zöglinge von außerhalb der Provinz Hannover.¹³² Wie sich die Dinge weiter entwickeln würden, war schwer abschätzbar: Zwar höre man allgemein, so Wolff in seinem Geschäftsbericht 1936/37, dass die Überweisungen in Fürsorgeerziehung noch weiter zunehmen würden, doch werde auch der Widerspruch gegen die konfessionelle Fürsorgeerziehung immer lauter. Wiederholt sei

„in der Öffentlichkeit ausgesprochen worden, dass die Pflege und Erziehung der nicht vollwertigen Glieder der Volksgemeinschaft auch in Zukunft Sache der karitativen Verbände sein solle; dem steht jedoch wieder entgegen, dass neuerdings nicht nur in der Fachpresse, sondern auch in den Tageszeitungen davon die Rede ist, es gebe Methoden, nach denen auch geistig zurückgebliebene Kinder noch zu wertvollen Volksgenossen gemacht werden könnten; in diesem Zusammenhange wird dann die sehr dringende Forderung erhoben, dass der Staat sich dieser Aufgabe noch mehr als bisher annehmen müsse, um in den menschenarmen Jahren, die wir gegenwärtig durchleben, jeden irgendwie brauchbaren deutschen Volksgenossen wirklich einsetzen zu können.“¹³³

Indessen ging die Aufwärtsentwicklung weiter. Die Zöglingenzahl stieg bis zum 1. April auf 236, im März 1938 waren zeitweilig mehr als 260 Jungen auf dem Knabenhof untergebracht.¹³⁴ Längst hatte die Hilfsschule wieder vergrößert werden müssen. Es war nicht möglich gewesen, den in den städtischen Volksschuldienst übergewechselten Lehrer Blomeyer zurückzugewinnen, an seine Stelle war der Lehrer *Adolf Haupt* getreten, der vier Lehrkräfte an seiner Seite hatte. „Für die jüngste und geistig noch am meisten zurückgebliebene Gruppe von Zöglingen“¹³⁵ wurde zusätzlich eine Jugendleiterin mit Unterrichtsbefugnis angestellt.

Nach wie vor war „die Vermittlung christlicher Gedanken ein wesentlicher Faktor bei der Erziehungsarbeit“¹³⁶ des Knabenhofs. Durch den Religionsunterricht in der Schule, durch Morgen- und Abendandacht, regelmäßiges Tischgebet und Teilnahme am sonntäglichen Kindergottesdienst sollten die Jungen dahin geführt werden, „den Wert einer christli-

130 Geschäftsbericht 1936/37. Stichtag war der 1. April.

131 Ebd.

132 Ebd.

133 Ebd.

134 Niederschrift einer Verhandlung des Vorstandes des Stephansstifts am 25. Juli 1938, ASTH, 962.

135 Geschäftsbericht 1936/37.

136 Ebd. Danach auch das folgende Zitat.

chen Hausordnung kennen zu lernen.“ Unverkennbar trat nun aber ein zweites Erziehungsziel hinzu: Die Jungen sollten „zu deutschen Jungen und zu Christen erzogen werden. Beides bleibt im Stephansstift untrennbar verbunden, weil das erste ohne das zweite nicht erreichbar wird.“¹³⁷ Verbunden war diese „neue Form der deutschen Erziehung“ durch eine „stärkere Betonung der Disziplin und im Zusammenhang damit auch der militärischen Haltung.“

Hatte Pastor Johannes Wolff in seinem Bericht in der Vorstandssitzung am 22. September 1933 noch mitgeteilt, man habe von der Gründung einer Gruppe des „Jungvolks“ auf dem Knabenhof Abstand genommen, „weil zweifelhaft erscheint, ob die Zöglinge des Knabenhofes bei ihrem geistigen Tiefstand sich für eine solche Gruppe eignen“,¹³⁸ entschloss man sich im Herbst 1934 doch dazu, auf dem Knabenhof eine Jungvolkgruppe zu bilden, die unter der Leitung zweier Erzieher stand, von denen einer zugleich Stammführer des Jungvolks im Vorort Hannover-Kleefeld war.¹³⁹ Wolff sah in der Jungvolkgruppe, die rasch auf 35 Mitglieder anwuchs,¹⁴⁰ gleich in mehrfacher Hinsicht ein „wertvolles Erziehungsmittel“. *Erstens* sei „die militärische Form, in der die Jungvolkerziehung verläuft, [...] gerade für unsere geistig manchmal etwas zurückgebliebenen und darum auch zuweilen willensschwachen Jungen besonders wichtig und wertvoll. Wer diese Jungvolkgruppe marschieren sieht, vergisst ganz, was für Jungen er vor sich hat.“ *Zweitens* sei die Jungvolkgruppe „ein ständiger Anreiz zu eigener guten Haltung; es gilt als Ehre, auch einmal die Uniform tragen zu dürfen; das Streben, sobald wie möglich dahin zu kommen, wirkt als Faktor der Selbsterziehung.“¹⁴² *Drittens* schließlich vermittele das gemeinsame Marschieren mit den anderen Jungvolkgruppen in Kleefeld und Kirchrode den Jungen des Stephansstifts den Eindruck, dazu zu gehören. „Hier wird der so oft beklagte Unterschied zwischen Fürsorgezöglingen und anderen Jugendlichen im freien Leben wirklich überwunden.“¹⁴³

Was die Freizeitgestaltung auf dem Knabenhof anging, so kamen nun zu den traditionellen Höhepunkten im Anstaltsjahr – Frühlings- und Schützenfest, Ostereiersuchen, Besuch des Zoologischen Gartens in Hannover, Ausflug zum Steinhuder Meer,¹⁴⁴ Erntedankfest und Weihnachten – die „großen vaterländischen Veranstaltungen und öffentlichen Kundgebungen“¹⁴⁵ hinzu, so etwa die Feier von „Führers Geburtstag“, der Umzug zum 1. Mai oder der Staatsjugendtag. Auch fanden nun Kinobesuche statt, wobei die Direktion

137 Geschäftsbericht 1934/35. Danach auch das folgende Zitat.

138 Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts vom 22. September 1933, AStH, 286.

139 Geschäftsbericht 1934/35.

140 Geschäftsbericht 1936/37.

141 Ebd. Danach auch die folgenden Zitate.

142 Geschäftsbericht 1934/35.

143 Geschäftsbericht 1936/37.

144 1938 wurde der „geschlossene Ausmarsch“ des Knabenhofs zum Steinhuder Meer von der Gestapo untersagt, im Jahr zuvor war bereits verboten worden, dass der Posaunenchor den Ausflug begleitete. Mehl, Stephansstift, S. 83f.

145 Jahresbericht 1933/34, S. 48.

der Palast- und Ufa-Lichtspiele und die Gaufilmstelle der NSDAP dem Stephansstift Freikarten zur Verfügung stellten.¹⁴⁶

„Die ... stärkere Betonung des Militärischen ist von angenehmer pädagogischer Wirkung.“ – Die Erziehungsanstalt

Die Zahl der im Lehrlingsheim des Stephansstifts und auf Gut Kronsberg untergebrachten Jugendlichen, die 1932 noch bei 247 gelegen hatte, sank bis 1933 auf 206 weiter ab.¹⁴⁷ Hier wirkte sich die Notverordnung vom 4. November 1932 aus, die eine Beendigung der Fürsorgeerziehung mit dem vollendeten 19. Lebensjahr vorgeschrieben hatte.¹⁴⁸ Von 1933 an stiegen die Zöglingzahlen in der Erziehungsanstalt des Stephansstifts jedoch wieder an, auf 222 (1934), 231 (1935), schließlich auf 273 (1936).¹⁴⁹ Dies hatte seinen Grund darin, dass die Fürsorgeerziehungsbehörde der Stadt Berlin eine immer größere Zahl von Zöglingen dem Stephansstift zuwies. Mittlerweile stammten mehr als die Hälfte aller Neuaufnahmen von außerhalb der Provinz Hannover.¹⁵⁰ Das Geschäftsjahr 1936/37 brachte indessen eine erneute Trendwende. Die Zahl der Zöglinge ging zunächst nur geringfügig auf 270 (1937), dann sehr deutlich auf 229 (1938) zurück.¹⁵¹ Jetzt schlug die Politik der Entkonfessionalisierung der Fürsorgeerziehung durch. Infolge des Rückgangs schulentlassener Fürsorgezöglinge wurden sechzig schulpflichtige Jungen vom Knabenhof nach Kronsberg verlegt, die – dem Bericht von Pastor Hans Friedrich Müller zufolge – „dort gut gedeihen und sich auch gern die Erziehung durch landwirtschaftliche Arbeit gefallen lassen.“¹⁵²

Tatsächlich herrschte auf Kronsberg ein strenges Regime. Pastor Müller, der, wie bereits erwähnt, der radikalen Thüringer Richtung der Deutschen Christen angehörte, der deutlich dem Nationalsozialismus zuneigende Dr. Bruno Bendokat,¹⁵³ der den Fortbildungunterricht auf Kronsberg erteilte, und Hausvater Heinrich Kahlstorf, Leiter der NS-Betriebszellenorganisation auf Kronsberg, prägten den Erziehungsstil.¹⁵⁴

146 Jahresbericht 1932/33, S. 101 (hier werden auch zum ersten und einzigen Mal Besuche der Jungen im Deutschen Theater erwähnt); Geschäftsbericht 1936/37.

147 Jahresbericht 1932/33, S. 102f. Stichtag war jeweils der 1. April.

148 Auch war die Entlassung „aussichtsloser Fälle“ mittlerweile erleichtert worden. Ebd.

149 Jahresbericht 1933/34, S. 54; Geschäftsbericht 1934/35, Geschäftsbericht 1935/36. Stichtag war jeweils der 1. April.

150 Allerdings hatten die Fürsorgeerziehungsbehörden in Süddeutschland, die in den 1920er Jahren Zöglinge in das Stephansstift geschickt hatten, die Zusammenarbeit mittlerweile eingestellt. Geschäftsbericht 1934/35; Geschäftsbericht 1935/36; Geschäftsbericht 1936/37.

151 Niederschrift einer Verhandlung des Vorstandes des Stephansstifts am 25. Juli 1938, AStH, 962. Stichtag war jeweils der 1. April.

152 Ebd.

153 Vgl. Bruno Bendokat, Grundsätzliches zur nationalpolitischen Erziehung im Fürsorgeheim, in: Monatsbote 54 (1933), S. 125–134: „Die konfessionelle Heimerziehung muss sich mit dem Totalitätsanspruch ernsthaft auseinandersetzen. [...] In evangelischen Heimen ist die politische Erziehung möglich, weil die Totalität Gottes und der totale Anspruch des Staates auf verschiedenen Ebenen liegen.“ Ebd., S. 129.

154 Geschäftsbericht 1936/37. Bezeichnend ist, dass der neu gebildete Vertrauensrat aus grundsätzlichen Erwägungen die Entlassung der einzigen Erzieherin auf Kronsberg beschloss. Mehl, Stephansstift, S. 72.

Unter ihrer Leitung wurde zunächst einmal das Arbeitspensum erhöht. Im Rahmen des Vierjahresplans wurden die Kronsberger Jugendlichen „unter Anleitung ihrer Erzieher“¹⁵⁵ bei den Bauern der um Kronsberg herum liegenden Dörfer tätig, um bei der Ernte zu helfen. Diese Hilfe war begehrt, weil die Arbeitskräfte auf dem Land „notorisch knapp“ waren. Den Verantwortlichen des Stephansstifts schien sie darüber hinaus auch „pädagogisch wertvoll“, da die Jugendlichen nun, wie Johannes Wolff meinte, voll ausgelastet würden. Es liege eine Gefahr darin, wenn eine Landwirtschaft wie Kronsberg mit rund 600 Morgen Land von hundert zukünftigen Knechten bewirtschaftet werde. „Arbeitsrhythmus und Arbeitstempo verlangsamten sich bei einer so hohen Zahl von Kräften unwillkürlich; der einzelne Junge wird auf diese Weise leicht lebensfremd und lebt sich hernach, wenn er als Knecht untergebracht wird, schlecht ein.“

Eine Reihe von Jungen ging auch weiterhin von Kronsberg aus in nahe gelegene Industriebetriebe vor allem des Metallgewerbes in Laatzen und Wülfel, um als Fabrikarbeiter ausgebildet zu werden. Im Lehrlingsheim des Stephansstifts war „durch die Hereinnahme der Schelperschen Kartonagenfabrik“ die Möglichkeit gegeben, „überschüssige Arbeitskräfte jederzeit nutzbringend einzusetzen.“ Einige Zöglinge des Lehrlingsheims hatten Lehrstellen in Hannover und gingen regelmäßig aus der Anstalt zu ihren Arbeitsstellen. „Es wurde zwar gelegentlich im Vororte Kleefeld die Behauptung aufgestellt, dass die Jungen des Lehrlingsheims Raubzüge in die Villengärten ausübten“, in einem aktuellen Fall habe sich aber gezeigt, so Wolff, dass es die Kleefelder Jugend gewesen war, die die Obstbäume geplündert hatte.

Die erzieherische Arbeit auf Kronsberg sei etwas anders als auf dem Knabenhof, so Johannes Wolff in seinem Jahresbericht 1934/35, „sie ist männlicher und appelliert mehr an den eigenen Willen. Aber ihr Ziel ist das gleiche: deutsche Männer heranzubilden, die wissen, dass Charakterfestigkeit, Ehrgefühl und Treue da am besten wachsen, wo der Mensch sich dem Herrn der Welt, Gott, verantwortlich weiß. Deutschtum und Christentum sind demgemäß die beiden ganz groß geschriebenen Worte im Erziehungsheim.“¹⁵⁶ Wie es scheint, redete sich der Vorsteher des Stephansstifts die Erziehungspraxis auf Kronsberg schön. Tatsächlich trat, wenn man den Berichten einiger Brüder, die vorübergehend auf dem Kronsberg eingesetzt waren, die christliche Erziehung in den Hintergrund, vielmehr herrschte dort ein militärisches Regiment.¹⁵⁷

Unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde im Lehrlingsheim und auf Kronsberg der „Wehrsport“ eingeführt. Dies sei nicht nur „eine Forderung der Zeit“,¹⁵⁸ verkündete Johannes Wolff der Stiftsgemeinde, vielmehr entspreche es „dem eigenen innersten Wollen“ der Jugendlichen, „wenn wir sie etwas militärischer vornehmen als vorher.“ Schon seit langem hatte sich sowohl im Lehrlingsheim als auch auf Kronsberg eine

155 Geschäftsbericht 1936/37. Danach auch die folgenden Zitate.

156 Geschäftsbericht 1934/35. Ähnlich: Geschäftsbericht 1936/37.

157 Mehl, Stephansstift, S. 67.

158 Wolff, Brief aus dem Stift, 10.4.1933, S. 55. Danach auch die folgenden Zitate.

immer größer werdende Gruppe von Jungen gebildet, „die mit Sehnsucht und Ungeduld darauf wartete, dass der Nationalsozialismus zum Siege gelangen würde; die Begeisterung war groß, als dann seit dem 30. Januar [1933] der Volkskanzler die Führung der Regierung übernahm.“¹⁵⁹ 34 Jugendliche aus der Erziehungsanstalt des Stephansstifts wollten sofort in die SA eintreten.¹⁶⁰ Nach Verhandlungen mit der SA stimmte die Anstaltsleitung grundsätzlich zu, dass Zöglinge aus dem Stift der SA beitreten durften, doch wurde zunächst nur drei Lehrlingen den Eintritt gestattet, andere könnten nachfolgen, ließ der Vorsteher wissen, „sobald sie sich diese Ehre verdient haben.“ Als Vorbereitung diente der Wehrsport, für den eigens ein Mitarbeiter eingestellt wurde. „Es wird jetzt fröhlich exerziert und geübt; den jungen Leuten macht das selbst Freude, und wir hoffen, dass manchem, der bisher nicht recht wusste, wie man richtig geht und steht, dadurch erst deutlich wird, was deutsche Männlichkeit im äußeren Auftreten bedeutet und fordert.“¹⁶¹

Nach und nach wurde weiteren Jugendlichen der Eintritt in die SA und auch in die SS gestattet.¹⁶² Auch wurde sowohl im Lehrlingsheim als auch auf Kronsberg eine Formation der Hitlerjugend aufgestellt, im September 1933 gehörten schon etwa hundert Zöglinge, fast die Hälfte der gesamten Belegschaft, einer dieser beiden Formationen an. „Die hierdurch eingeführte stärkere Betonung des Militärischen ist von angenehmer pädagogischer Wirkung.“¹⁶³ Die Gefolgschaftsführer stammten meistens aus den Reihen der Zöglinge, der Scharführer wurde von der Hitlerjugend von außerhalb gestellt.¹⁶⁴

Vom Engagement seiner Zöglinge in den nationalsozialistischen Jugendorganisationen erhoffte sich die Leitung des Stephansstifts nicht zuletzt auch eine Verbesserung des Images seiner Klientel. Umso schmerzlicher war es für Pastor Wolff, dass der Ruf der von ihm geführten Anstalt dadurch Schaden nahm, dass ein Fürsorgezögling, der gerade eben mit Erreichung der Volljährigkeit aus dem Stephansstift entlassen worden war, wegen Beteiligung an einem gemeinschaftlichen Mord zum Tode verurteilt wurde. Wolff war nur froh, dass die Presse in ihrer Berichterstattung über diesen Fall den Namen des Stephansstifts nicht erwähnt hatte.¹⁶⁵

Das Bild, das Wolff von den Verhältnissen in der Erziehungsanstalt und auf dem Knabenhof zeichnete, war von Marschkolonnen der Hitlerjugend und des Jungvolks geprägt, die sich mit Begeisterung dem militärischen Drill unterwarfen und die Werte der „Kameradschaft, Disziplin, Unterordnung und Einreihung in das große Ganze“¹⁶⁶ verinnerlicht

159 Jahresbericht 1932/33, S. 102.

160 Ebd. Danach auf das folgende Zitat.

161 Wolff, Brief aus dem Stift, 10.4.1933, S. 55. 1935 wurde auf Kronsberg sogar ein Kleinkaliberschießstand eingerichtet. Mehl, Stephansstift, S. 71.

162 Jahresbericht 1932/33, S. 102; Geschäftsbericht 1934/35. Zu Himmelfahrt 1933 waren bereits neun Zöglinge der Erziehungsanstalt Mitglied der SA.

163 Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts vom 22. September 1933, AStH, 286.

164 Geschäftsbericht 1934/35. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre waren 72 Prozent der neu aufgenommenen Jugendlichen bereits Mitglied des Jungvolks oder der Hitlerjugend. Geschäftsbericht 1936/37.

165 Geschäftsbericht 1935/36.

166 Ebd.

hatten. Dass die Wirklichkeit anders aussah, darauf deuten die beiläufigen Hinweise auf die nach wie vor nicht seltenen Entweichungen hin.¹⁶⁷

Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“

Die Rassenhygiene entstand, als deutsche Spielart der Eugenik, im ausgehenden 19. Jahrhundert.¹⁶⁸ In den ersten Jahren kaum mehr als die Sache eines kleinen sektiererischen Zirkels, erwiesen sich die vernichtende Niederlage im Ersten Weltkrieg, der Zusammenbruch der alten staatlichen Ordnung, die Novemberrevolution, die anschließenden Bürgerkriegswirren und die Hyperinflation als idealer Nährboden für das Wachstum der rassenhygienischen Bewegung. Unter dem Eindruck der ungeheuren Menschenverluste in den „Stahlgewittern“ des Ersten Weltkriegs schien die Warnung der Rassenhygieniker vor einer Degeneration der „menschlichen Rasse“ einleuchtend – sie wurde gleichermaßen von Kriegstreibern wie von Pazifisten, von Alldeutschen, Liberalen und Sozialisten, Protestanten und Katholiken aufgegriffen, um so mehr, als die rassenhygienische Programmatik als maßvolle Alternative zu der damals aufkommenden Forderung nach einer „Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ erscheinen mochte.

Mit dem Erstarken der internationalen Eugenikbewegung in den 1920er Jahren fand auch die Forderung nach einem Sterilisierungsprogramm zur „Ausmerzung“ von erblichen Krankheiten und Behinderungen in der Generationenfolge weltweit ein immer lauterer Echo.¹⁶⁹ In einigen Bundesstaaten der USA, im Schweizer Kanton Waadt, in Dänemark, in zwei kanadischen Provinzen und einem mexikanischen Bundesstaat kam es zur Verabschiedung von Sterilisierungsgesetzen. Diese Entwicklung wurde in Deutschland aufmerksam verfolgt. In den 1920er Jahren mehrten sich auch hier Initiativen zur Legalisierung der eugenischen Sterilisierung. 1929 sahen die Rassenhygieniker – angesichts der sich zuspitzenden Krise des Weimarer Wohlfahrtsstaates – die Chance gekommen, dieses Ziel im Zusammenhang mit der anstehenden Strafrechtsreform politisch durchzusetzen. Zwar scheiterte dieser Vorstoß, doch formulierte der Ausschuss für Bevölkerungswesen und Eugenik des Preußischen Landesgesundheitsrates im Juli 1932 den Entwurf eines Gesetzes zur *freiwilligen* Unfruchtbarmachung aus eugenischer Indikation, der auf breite gesellschaftliche Zustimmung stieß, auch im protestantischen Deutschland.

Wie ist das zu erklären? *Das* große Projekt des deutschen Protestantismus im 19./20. Jahrhundert war der Brückenschlag zwischen Christentum und Moderne. Während ka-

167 1934/35 gab es in der Erziehungsanstalt sechs Entweichungen, auf dem Knabenhof sogar 23. Geschäftsbericht 1934/35.

168 Zusammenfassung des Forschungsstandes bis 2011: Hans-Walter Schmuhl, Eugenik und Rassenanthropologie, in: Robert Jütte / Wolfgang U. Eckart / Hans-Walter Schmuhl / Winfried Süß, Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung Göttingen 2. Aufl. 2011, S. 24–38.

169 Ebd.; Hans-Walter Schmuhl, Zwangssterilisation, in: Jütte/Eckart/Schmuhl/Süß, Medizin, S. 201–213. Zum Komplex der Zwangssterilisationen immer noch grundlegend: Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1989, Nachdruck Münster 2010.

tholischer Klerus und katholisches Kirchenvolk gegenüber den Herausforderungen der Moderne auf der überzeitlichen Wahrheit des Evangeliums und der kirchlichen Dogmen beharrten, dabei nicht selten in einer trotzigem Abwehrhaltung erstarrten und sich im eigenen Milieu einkapselten, öffneten sich weite Kreise der evangelischen Theologen und Pfarrer und die geradezu überwältigende Mehrheit der evangelischen Laien der modernen Welt. Gerade gegenüber den Wissenschaften bestand auf evangelischer Seite eine Aufgeschlossenheit, die nicht selten an Selbstaufgabe grenzte. Als daher in Deutschland gegen Ende der 1920er Jahre die Rassenhygiene in den Wissenschaften vom Menschen wie auch in der praktischen Sozialpolitik immer mehr an Boden gewann, da marschierte das protestantische Deutschland an vorderster Front mit. So sprach sich die vom Central-Ausschuss für Innere Mission eingesetzte „Fachkonferenz für Eugenetik“ im Mai 1931 klar für die eugenisch indizierte freiwillige Sterilisierung aus – zu einem Zeitpunkt, als katholischen Eugenikern durch die päpstliche Enzyklika *Casti conubii* bereits ein deutliches Halt geboten worden war. Auf evangelischer Seite mehrten sich sogar schon die Stimmen, die Formen nichtfreiwilliger oder gar unfreiwilliger Sterilisierung befürworteten. Theologisch legitimiert wurden solche eugenischen Positionen durch die in den 1920er Jahren entstandene „politische Theologie“, die das „Volk“, manchmal auch schon die „Rasse“, als überindividuelle Schöpfungseinheit begriff und den einzelnen Menschen dem Ganzen unterordnete. Eugenik erschien unter diesem Blickwinkel nicht als Eingriff in die Schöpfung Gottes, sondern im Gegenteil als Bewahrung oder Vollendung der Schöpfung und somit als gottgefälliges Werk. Viele evangelische Theologen und diakonische Praktiker bejahten deshalb den Anspruch des Staates, im übergeordneten Interesse der „Erbgesundheit“ des Volkes das Recht des Einzelnen auf körperliche Unversehrtheit einzuschränken.

Die NS-Erbgesundheitspolitik begann dann mit einem Paukenschlag. Schon am 14. Juli 1933 verabschiedete das Kabinett Hitler das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN), das sich zwar über weite Strecken an den preußischen Gesetzentwurf von 1932 anlehnte, dem Staat aber Möglichkeiten zur Anwendung von Zwang eröffnete, die noch unter den Präsidentialregierungen am Ende der Weimarer Republik politisch nicht durchsetzbar gewesen wären. Zwischen dem 1. Januar 1934, als das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in Kraft trat, und dem 8. Mai 1945 wurden auf dem Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 etwa 360.000 Menschen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zumeist zwangsweise unfruchtbar gemacht – fast ein Prozent der Bevölkerung im Alter von 16 bis 50 Jahren.¹⁷⁰

Aufgrund der besonderen Stoßrichtung des NS-Sterilisationsprogramms – die weit überwiegende Zahl aller im „Dritten Reich“ sterilisierten Personen fiel unter die Diagnosen „angeborener Schwachsinn“, „Schizophrenie“, „Epilepsie“ und „manisch-depressives Irresein“ – markierte das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ eine tiefe Zäsur in

170 Bezieht man die nach 1937 annektierten Gebiete in die Betrachtung mit ein, so dürfte sich die Gesamtzahl der rassenhygienischen Sterilisationen im nationalsozialistischen Deutschland auf etwa 400.000 belaufen. Bock, Zwangssterilisation, S. 237f.

der geschlossenen Fürsorge für psychisch erkrankte und geistig behinderte Menschen, aber auch in der Fürsorgeerziehung, galten doch viele der dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen als „schwachsinnig“. Direktoren, Ärzte, Schwestern und Pfleger waren zur Mitwirkung am Gesetz verpflichtet. Die Mitwirkungspflicht begann mit dem *Antragsrecht* und der *Anzeigepflicht*. Der Antrag auf Unfruchtbarmachung konnte nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zum einen von der zu sterilisierenden Person selbst oder ihrem gesetzlichen Vertreter gestellt werden. Zum anderen waren aber auch beamtete Ärzte, also die zuständigen Amts- oder Kreisärzte und ihre Stellvertreter, ferner die Leiter bzw. leitenden Ärzte von Heil- und Pflege-, Kranken- und Strafanstalten für deren Insassen antragsberechtigt. Nach der Ausführungsverordnung vom 5. Dezember 1933 bestand ferner für alle mit der Heilbehandlung befassten Personen, insbesondere für die approbierten Ärzte, eine Anzeigepflicht, d.h. sie hatten potenzielle Sterilisandinnen und Sterilisanden beim zuständigen Amtsarzt zu melden. In den Anstalten oblag diese Anzeigepflicht den Direktoren bzw. leitenden Ärzten.

**„Du zertrittst eine Raupe und tötest den schönsten Schmetterling.“ –
Eine Standortbestimmung im „Monatsboten aus dem Stephansstift“**

Wie stellte man sich im Stephansstift zur negativen Eugenik und zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“? Johannes Wolff äußerte sich öffentlich nicht zu diesem Themenkreis. Auf seine Haltung kann man nur indirekt schließen, indem man die Berichterstattung des „Monatsboten aus dem Stephansstift“ analysiert, der von Wolff herausgegeben wurde. Im Mai 1933 – noch vor der Verabschiedung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ – brachte der „Monatsbote“ einen längeren Artikel über „Positive und negative Eugenik“ aus der Feder von Pastor Dr. Alfred Depuhl, dem Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes für Innere Mission in Hannover, zum Abdruck. Der lange, mit vielen Literaturangaben versehene Text sollte erklärtermaßen eine Standortbestimmung aus der Sicht der Inneren Mission bieten.¹⁷¹ Eingangs seines Artikels wies Depuhl die Forderung nach einer „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, wie sie in der Schrift des Strafrechtlers *Karl Binding* (1841–1920) und des Psychiaters *Alfred E. Hoche* (1865–1943) aus dem Jahre 1920 erhoben worden war, vom christlichen Standpunkt aus dezidiert zurück.¹⁷² Mit Blick auf die Eugenik argumentierte Depuhl differenzierter. Es sei nicht zu leugnen, dass der in Deutschland feststellbare Geburtenrückgang, die „fehlende natürliche Auslese“¹⁷³ sowie „die Riesenzahl der Gebrechlichen“ – Depuhl berief sich hier auf die Reichsgebrechlichenzählung 1925/26, die 713.571 „Gebrechliche“ in Deutschland gezählt hatte – ein sozialpolitisches Problem darstellten. Man müsse sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass die

171 Alfred Depuhl, Positive und negative Eugenik, in: Monatsbote 54 (1933), S. 72–80.

172 Ebd., S. 72f. Depuhl bezog sich auf Karl Binding / Alfred E. Hoche, Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form, Leipzig 1920 (Nachdruck Berlin 2006).

173 Ebd., S. 72. Danach auch das folgende Zitat und die Zahlenangabe.

Fürsorge nicht nur kaum noch tragbare Kosten verursachte, sondern auch eine „unnatürliche Gegenauslese“¹⁷⁴ betreibe. Vor diesem Hintergrund bekannte sich Depuhl zur positiven Eugenik, zu der er „neben Belehrung [hier war auch der Austausch von Gesundheitszeugnissen vor der Eheschließung gemeint], Sicherung des Lebensraumes, Arbeitsbeschaffung, Ausgleich der Familienlasten, Mütterschulung, Siedlung und vielem anderen auch eine Differenzierung der Wohlfahrtspflege durch Bevorzugung der wiederherstellungsfähigen Pfleglinge“¹⁷⁵ rechnete. An dieser Stelle fügte er hinzu: „Wir müssen von dem Verdacht befreit werden, dass die Innere Mission zur Entartung des Volkes beitrage.“

Dagegen äußerte sich Depuhl gegenüber der negativen Eugenik, insbesondere der Sterilisierung aus eugenischer Indikation, skeptisch. Dabei setzte er sich, *erstens*, kritisch mit dem in der Eugenik zum Tragen kommenden, seiner Meinung nach aus dem marxistischen Materialismus hervorgegangenen Konzept der Selbstoptimierung des Menschen auseinander, das zu maßlosen Übertreibungen führe:

„Man hat gefordert: Der Mensch kann über seinen Leib nach Belieben verfügen; das gilt für die Abtreibung ebenso wie für die Sterilisation. [Der amerikanische Eugeniker *Lothrop*] *Stoddard* [1883–1950] geht in seinem materialistischen Optimismus so weit, dass er glaubt, man könne sozusagen das Böse sterilisieren, indem man die ungesunden Gehirne, durch die alles Böse, auch der Bolschewismus, entstehe, durch Sterilisation zum Aussterben bringen könne.¹⁷⁶ Dieses eine Beispiel beweist schon, dass [der Erlanger Theologe] Prof. [*Paul*] *Althaus* [1888–1966] recht hat, wenn er kürzlich in seinem Vortrag in Hannover von Orgien der Eugenik sprach. Man könnte auch sagen, dass Eugenik Mode geworden ist, wie es einmal die Psychoanalyse war – auch eine neue Bezeichnung für eine alte Sache mit überspitztem Geltungsanspruch.“¹⁷⁷

Zweitens verwies Depuhl auf die unsichere wissenschaftliche Grundlage der negativen Eugenik. In vielen Fragen gingen die Meinungen der Vererbungsforscher weit auseinander, wie Depuhl sorgfältig registrierte. „Wir haben in Hannover durch den Kulturring Niedersachsen eine Reihe bedeutender Forscher über Eugenik gehört; mir ist nur noch klarer geworden, wie unklar die Frage der Sterilisation ist.“¹⁷⁸ *Drittens* machte Depuhl geltend, dass noch „wenig bekannt [sei], welche gesundheitliche und seelische Auswirkung die Operati-

174 Ebd., S. 74.

175 Ebd., S. 77. Danach auch das folgende Zitat.

176 Depuhl bezieht sich hier auf Lothrop Stoddard, *Der Kulturumsturz. Die Drohung des Untermenschen*, München 1925.

177 Depuhl, *Eugenik*, S. 75. Vgl. Paul Althaus, „Unwertes“ Leben im Lichte des christlichen Glaubens, in: *Von der Verhütung unwerten Lebens. Ein Zyklus von fünf Vorträgen*, hg. v. Naturwissenschaftlichen Verein Bremen, Bremen 1933, S. 79–97.

178 Depuhl, *Eugenik*, S. 78.

on der Sterilisation¹⁷⁹ habe. Abschließend teilte Depuhl mit, dass sich anlässlich der Evangelischen Akademikertagung zu Ostern 1933 in Hannover eine Kommission von Ärzten, Juristen und Theologen mit der Eugenik befasst und die negative Eugenik, insbesondere die Sterilisation, abgelehnt habe.

„Begründet wurde dieser Standpunkt damit, dass nur in wenig 100 Fällen mit Sicherheit krankes Erbgut festzustellen sei, ferner dass die Gefahr des Missbrauchs aus Sparsamkeit nicht von der Hand zu weisen sei und schließlich, dass die Schädigung der Betroffenen durchaus ernst zu nehmen sei, und dass schließlich auch die Gesamtheit geschädigt werden kann durch die Schaffung von Unzuchtsherden.“¹⁸⁰

Depuhl verschwieg nicht, dass die neue Regierung bereits an einem Sterilisierungsgesetz arbeitete, der Entwurf sei im Central-Ausschuss für Innere Mission (dem auch Depuhl angehörte) auch schon eingehend beraten worden. „Wir erblicken in dem Sterilisierungsgesetz eine vielleicht notwendige Maßnahme. Da wir nur den Entwurf des Gesetzes, aber nicht den endgültigen Wortlaut kennen, müssen wir uns einer Stellungnahme im Einzelnen enthalten.“¹⁸¹ Das war ein sehr zurückhaltender Kommentar zum laufenden Gesetzgebungsverfahren. Depuhls Artikel endete mit einem Appell, „das Wunder des Lebens auch in seiner schwächsten Form“¹⁸² zu achten: „Du zertrittst eine Raupe und tötest den schönsten Schmetterling.“

Nach der Veröffentlichung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ meldete sich Alfred Depuhl erneut zu Wort und erläuterte „Unsere Stellung zum Sterilisierungsgesetz“. Depuhl erklärte die Bestimmungen des Gesetzes, gab Schätzungen über die Zahl der von dem Gesetz betroffenen Menschen wieder und kam abschließend zu einer verhalten positiven Wertung: „Die Forderung der Ausschaltung stark erbbelasteter Familien aus dem Erbstrom der Gesamtheit ist berechtigt. Sie wird durch das vorliegende Gesetz gefördert.“¹⁸³ Zu beachten sei, dass manche Gruppen, etwa „unheilbar Geschlechtkranke“, noch nicht erfasst seien, so dass mit dem neuen Gesetz „erst ein Anfang der Aufartungsgesetzgebung“ gemacht sei. Er betonte, dass viele Menschen trotz einer Sterilisierung in Anstalten verwahrt werden müssten, allein schon „im Hinblick auf die Gefahr der Prostitution.“ Er mahnte deshalb den Erlass eines – von Seiten der Inneren Mission seit langem geforderten – Bewahrungsgesetzes an.¹⁸⁴ Und er wies noch einmal auf die möglichen psychischen Belastungen einer Sterilisation hin: „Gerade im Hinblick darauf, dass in den kom-

179 Ebd., S. 75.

180 Ebd., S. 79.

181 Ebd., S. 79f.

182 Ebd., S. 80. Danach auch das folgende Zitat.

183 Alfred Depuhl, Unsere Stellung zum Sterilisierungsgesetz, in: Monatsbote 54 (1933), S. 123–125, S. 125. Danach auch die folgenden Zitate.

184 Johannes Wolff, Das Bewahrungsgesetz, in: Monatsbote 52 (1931), S. 16–22.

menden Jahren umgekehrt wie bisher Zeugungskraft, Kinderzahl hoch im Ansehen stehen werden, ist die seelische Not des von dem Gesetz Betroffenen nicht leicht zu nehmen.“

„Selbstmordversuch, weil er als Sterilisierter nicht heiraten dürfe.“ – Die Durchführung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ im Stephansstift

Die Durchführung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ im Stephansstift ist von Christoph Mehl mustergültig untersucht worden. An dieser Stelle seien seine Ergebnisse kurz zusammengefasst:¹⁸⁵ Die Auswertung von 1.626 Personalbogen von schulentlassenen Jugendlichen, die im Zeitraum vom 27. Januar 1931 bis zum 28. Dezember 1939 in der Erziehungsanstalt Kronsberg und im Lehrlingsheim des Stephansstifts aufgenommen wurden, hat ergeben, dass für 74 dieser Zöglinge (4,6 Prozent) ein Sterilisationsverfahren durchgeführt wurde. In 65 Fällen wurde das Verfahren von der Anstalt Kronsberg/Lehrlingsheim eingeleitet, vier Jugendliche wurden sterilisiert, ohne dass in ihrem Personalbogen ein „Sterilisationsantrag“ verzeichnet ist, in fünf Fällen war der „Sterilisationsantrag“ bereits von einer anderen Anstalt gestellt worden. 52 Jugendliche im Alter zwischen 13 und 19 Jahren aus der Anstalt Kronsberg/Lehrlingsheim wurden noch während ihres Aufenthalts im Stephansstift sterilisiert. Allein 25 Sterilisationen fanden im Jahre 1935 statt – das waren 10,3 Prozent aller in diesem Jahr auf dem Kronsberg und im Lehrlingsheim betreuten Zöglinge. Weitere sieben Jugendliche wurden in eine andere Anstalt verlegt, bevor ihr Sterilisationsverfahren abgeschlossen war. In nur zwei Fällen wurde das Verfahren eingestellt, in einem Fall bis zum Kriegsende ausgesetzt. Drei Jugendliche konnten sich durch Flucht einer Sterilisation entziehen. In neun Fällen ist lediglich ein „Sterilisationsantrag“ vermerkt, ohne dass Angaben zum weiteren Verlauf des Verfahrens gemacht werden.

Die Personalbogen des Knabenhofs sind für den Zeitraum von 1933 bis 1939 nicht überliefert. Bei der Auswertung von 989 Fragebogen aus der Zeit von 1939 bis 1945 – ein Erlass des Reichsinnenministeriums hatte im Jahre 1939 die Sterilisationen auf die dringendsten Fälle beschränkt – fand sich in vier Fällen der Vermerk „zwecks Sterilisation im Auge behalten.“ Eine Magisterarbeit zum Gesundheitsamt Burgdorf, die 585 dort eingegangene Sterilisationsanzeigen auswertet, hat insgesamt acht Anzeigen aus dem Stephansstift zutage gefördert, eine vom Kronsberg und sieben vom Knabenhof.¹⁸⁶ Dies deutet darauf hin, dass es auch auf dem Knabenhof zu einer größeren Zahl von Sterilisationsanzeigen – und dementsprechend auch von Sterilisationen – gekommen ist. Genaue Zahlen lassen sich auf dem gegenwärtigen Forschungsstand nicht angeben.

185 Mehl, Stephansstift, S. 72–82. Die folgenden Zahlenangaben nach ebd., S. 72f., S. 75, S. 78 (Tabelle), S. 101 (Anm. 27–29).

186 Birgit Heuer, Zwangssterilisationen im Nationalsozialismus – eine Fallstudie, politikwissenschaftliche Magisterschrift, Hannover 1988. Vgl. Mehl, Stephansstift, S. 73f.

Die Größenordnungen, die sich hier abzeichnen, entsprechen in etwa denen, die für andere evangelische Erziehungseinrichtungen, insbesondere für schulentlassene Fürsorgezöglinge, festgestellt worden sind.¹⁸⁷

Auf den Personalbogen ist von „Sterilisationsanträgen“ die Rede. Wie sah das Prozedere im Detail aus? Soweit ersichtlich, erstatteten die Einrichtungsleiter – Pastor Hans Friedrich Müller für die Anstalt Kronsberg/Lehrlingsheim, Pastor Johannes Wolff für den Knabenhof – gemäß der Ausführungsverordnung zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 5. Dezember 1933 Anzeige beim zuständigen Amtsarzt. Sie genügten also der *Anzeigepflicht*, machten aber von ihrem *Antragsrecht* keinen Gebrauch. Dies machte aber *de facto* keinen Unterschied, waren doch – wie Christoph Mehl nachweisen kann – die Amtsärzte im Zuständigkeitsbereich des Erbgesundheitsgerichts Hannover angewiesen waren, die eingehenden Anzeigen ohne eigene Prüfung als amtsärztliche Anträge an das Erbgesundheitsgericht weiterzuleiten. Das Erbgesundheitsgericht zog dann offenbar regelmäßig die Fallakte des betroffenen Fürsorgezöglings – und das darin enthaltene psychiatrische Gutachten – zu seiner Entscheidung mit heran.¹⁸⁸ Damit kam der psychiatrischen Untersuchung in der Erziehungseinrichtung „eine entscheidende Bedeutung [zu], da ihr Ergebnis in der Praxis des Sterilisationsgesetzes faktisch nicht überprüft wurde.“¹⁸⁹ Auch wenn die Zahl der abgelehnten Fälle nicht genau festgestellt werden kann (weil mehrere Zöglinge, wie bereits erwähnt, vor der Entscheidung des Erbgesundheitsgerichts in eine andere Einrichtung verlegt worden waren), so kann man doch sagen, dass in aller Regel die einmal gestellte psychiatrische Diagnose einen Sterilisationsbeschluss nach sich zog. Für Kronsberg ist kein einziger Berufungsfall belegt, was auch nicht zu erwarten war: Pastor Müller, der die Anzeigen stellte, war als Vormund der meisten Zöglinge eingetragen.¹⁹⁰

Auf den Personalbogen ist nicht vermerkt, wer die psychiatrische Untersuchung durchführte. Im Stephansstift hatte man, wie bereits eingehend geschildert, seit 1907 regelmäßig psychiatrische Untersuchungen der Zöglinge durchführen lassen – es steht zu vermuten, dass es noch immer enge Beziehungen zu den psychiatrischen Einrichtungen in Hildesheim und Göttingen gab.¹⁹¹ Jetzt rächte sich, dass sich das Stephansstift schon früh zur Psychiatrie hin geöffnet, die psychiatrische Diagnostik übernommen, die Sprache der Psychiatrie in die Beschreibung der Zöglinge in den Fallakten hatte einfließen lassen. Lange vor 1933 war ein großer Teil der Fürsorgezöglinge im Stephansstift als erblich bedingt „schwachsinnig“ eingestuft worden. Dies eröffnete nun die Möglichkeit, sie unter der Indikation „angeborener

187 Vgl. etwa zu Fürsorgeerziehungseinrichtungen für schulentlassene weibliche Jugendliche: Schmuhl/Winkler, Frauenasyl, S. 125–132; dies., Asyl, S. 182–196.

188 Mehl, Stephansstift, S. 76f.

189 Ebd., S. 77.

190 Ebd.

191 Dass der „Hausarzt“ des Stephansstifts, ein Allgemeinmediziner, der neben seiner Praxis das Stift ärztlich versorgte, die psychiatrischen Gutachten anfertigte, erscheint sehr unwahrscheinlich. Ebd., S. 76. Der Umstand, dass der untersuchende Arzt innerhalb weniger Tage zahlreiche Sterilisationsempfehlungen aussprach (ebd., S. 78), spricht dafür, dass ein auswärtiger Psychiater anreiste.

Schwachsinn¹⁹² nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ unfruchtbar zu machen. Der für den Kronsberg zuständige Psychiater diagnostizierte in 38 Fällen „Debilität“, in 33 Fällen „angeborenen Schwachsinn“, in elf Fällen „hochgradigen Schwachsinn“ und in neun Fällen „leichten Schwachsinn“.¹⁹³ In 19 Fällen wurden die Jugendlichen ausdrücklich als „erblich belastet“ eingestuft, in 17 Fällen wurde in Anlehnung an den Text des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vermerkt, dass „mit großer Wahrscheinlichkeit erbkranken Nachkommen zu erwarten“ seien.¹⁹⁴ Zur Charakterisierung der Sterilisanden wurden Begriffe wie „moralisch tiefstehend“, „primitiv“, „charakterlich minderwertig“ oder „degeneriert“ benutzt, ihr Verhalten als „leicht erregbar“, „eigensinnig“, „etwas stumpf“, „infantil“, „unselbstständig“, „fügsam“, „gemütsarm“, „nervös“, „leicht gehemmt“, „harmlos“, „einfältig“ oder „gutmütig“ beschrieben.¹⁹⁵ Besonders hervorzuheben ist, dass der untersuchende Arzt in 28 Fällen in seiner Diagnose auch auf „psychopathische Züge“ hinwies und eine „starke Triebhaftigkeit“, „Hypersexualität“, „asoziale Züge“, „triebhaftes Fortlaufen“ oder eine „Landstreichernatur“ oder „Zigeunernatur“ konstatierte.¹⁹⁶ „Psychopathie“ und „Asozialität“ waren an sich – zum Bedauern vieler Rassenhygieniker – nicht in den Indikationenkatalog des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ aufgenommen worden, doch zeigt sich am Beispiel des Stephansstifts einmal mehr, dass in der Praxis viele Menschen mit abweichendem Verhalten mit der Diagnose „angeborener Schwachsinn“ belegt und zwangsweise unfruchtbar gemacht wurden. Auch wenn man mit einer retrospektiven Diagnostik vorsichtig sein muss, wird man doch mit Christoph Mehl sagen können, „dass die meisten der später sterilisierten Jugendlichen nach heutigen Einsichten als gesund, normal und nicht einmal als verhaltensauffällig beschrieben worden wären.“¹⁹⁷

Für die Betroffenen bedeutete das Sterilisationsverfahren eine existentielle Krise, war doch die Sterilisation ein Stigma, das zumeist die gesamte weitere Lebensplanung – Partnerschaft, Eheschließung, Familiengründung – zunichte machte.¹⁹⁸ Unter welchem seelischen Druck die zur Anzeige gebrachten Jugendlichen standen, kann man erahnen, wenn man einen Blick auf die „Entweichungen“ wirft.¹⁹⁹ 16 Zöglinge flohen nach der psychiatrischen Untersuchung vom Kronsberg oder aus dem Lehrlingsheim, viele von ihnen mehrmals.

192 Diese Indikation umfasste alle Fälle geistiger Beeinträchtigung, bei denen sich keine exogene Ursache nachweisen ließ, sie war also weiter gefasst als der Begriff des „erblichen Schwachsinn“. Die Beweislast war gleichsam umgekehrt und dem Sterilisanden und seiner Familie aufgebürdet.

193 Mehl, Stephansstift, S. 79. Mehrfachnennungen sind inbegriffen.

194 Ebd.

195 Ebd. Die Begrifflichkeit erinnert an das von Wilhelm Backhausen entwickelte Merkblatt. Vgl. S. 179.

196 Ebd., S. 79f.

197 Ebd., S. 80.

198 Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass nach dem „Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz)“ vom 18. Oktober 1935 Menschen, die nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sterilisiert worden waren, die Eheschließung nur noch dann erlaubt war, wenn der oder die Verlobte unfruchtbar war.

199 Mehl, Stephansstift, S. 80.

Zwei Jugendliche flüchteten noch unmittelbar vor dem operativen Eingriff aus dem Krankenhaus. Fast alle wurden von den Behörden oder Familien in die Anstalt zurückgebracht. Auch nach der Sterilisation kam es häufig zu Fluchtversuchen. Im ersten Jahr nach ihrer Sterilisation flüchteten elf Jugendliche. Manche Einträge in den Personalbogen vermitteln einen Eindruck davon, wie schwer die betroffenen Jugendlichen an ihrer Sterilisation zu tragen hatten. So heißt es auf einem der Bogen: „In letzter Zeit kommt er auch wieder mehr aus sich heraus, wird offener, während er nach der 1938 durchgeführten Unfruchtbarmachung sehr verschlossen und menschenscheu war.“²⁰⁰ Auf einem anderen Bogen findet sich der knappe Vermerk: „Fühlt sich in seiner Ehre gekränkt durch die Sterilisation.“ Geradezu erschütternd sind die Einträge über Suizidversuche nach der Sterilisation. In einem Fall ist ausdrücklich vermerkt: „Selbstmordversuch, weil er als Sterilisierter nicht heiraten dürfe.“ Alfred Depuhls Warnung aus dem Jahre 1933, man dürfe die seelische Not der unfruchtbar gemachten Menschen nicht unterschätzen, war – wie sich hier zeigt – völlig berechtigt. Es hat nicht den Anschein, als habe man diese Warnung im Stephansstift ernst genommen.

Soll Kronsberg verkauft werden?

Im Jahre 1937 löste eine Offerte des Provinzialverbands Hannover im Vorstand eine Diskussion über die Zukunft des Stephansstifts aus. Im August 1937 richtete die Provinzialverwaltung eine Anfrage an das Stephansstift, ob es bereit sei, das Gut und die Erziehungsanstalt Kronsberg zu einem Preis um eine Million Reichsmark an die Provinz zu verkaufen. Es fanden zunächst Beratungen in einem kleineren Kreis statt, deren Ergebnisse Pastor Johannes Wolff dem Vorstand in seiner Sitzung am 8. November 1937 vorlegte. Der Kronsberg sei, so Wolff, für die Zukunft des Stephansstifts „lebenswichtig“.²⁰¹ Das alte Stephansstift werde immer mehr von Großstadt Hannover eingeschlossen, es müsse damit gerechnet werden, „dass eines Tages das Stift sich dort nicht mehr halten kann.“ Hinzu komme, dass es immer schwerer falle, den Betrieb des Knabenhofs innerhalb der beengten Verhältnisse der Stammanstalt aufrechtzuerhalten. Das Stephansstift müsse eine „Rückzugslinie“ behalten, und diese Rückzugslinie sei das Gut Kronsberg. Der Vorsteher stellte daher den Antrag, das Angebot der Provinzialverwaltung endgültig abzulehnen.

Es schloss sich eine längere Aussprache an, in deren Verlauf Schatzrat Hartmann über die Pläne der Provinzialverwaltung im Hinblick auf die teilweise Übernahme der Fürsorgeerziehung in die Regie der Provinz berichtete.²⁰² Daraufhin wurde die Frage erörtert, wie das Stephansstift, wenn es seine schulentlassenen Fürsorgezöglinge hergeben müsse, „belegungsmäßig entschädigt werden könnte.“ Die Hoffnung war, dass die Provinzialver-

200 Ebd., S. 81. Danach auch die folgenden Zitate.

201 Niederschrift einer Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 8. November 1937, ASTH, 962. Danach auch die folgenden Zitate.

202 Hartmann war bis 1933 Dezernent für Wohlfahrtspflege und damit auch zuständig für die Jugendfürsorge gewesen (Kraus, Jugendherbergswerk, S. 361). Er verfügte daher über intime Kenntnisse über die Pläne der Provinzialverwaltung.

waltung in diesem Fall „Idioten und Schwachsinnige“ im Stephansstift oder auf Kronsberg unterbringen würde. Hartmann erklärte, dass der Landeshauptmann der Provinz Hannover nicht abgeneigt sei, dem Stephansstift in dieser Richtung zu helfen. Schließlich dachte der Vorstand eingehend über die zukünftige Entwicklung des Stephansstifts nach. Der Vorstand war sich einig, dass sowohl die Altersfürsorge als auch die Handwerksbetriebe des Lehrlingsheims auf dem Gelände der Stammanstalt in Hannover-Kleefeld aufrechterhalten werden müssten, da diese beiden Arbeitsbereiche auf Kronsberg jedenfalls nicht in dem gewünschten Umfange wieder aufgebaut werden könnten. Der Teil des Stephansstifts, der an der Eilenriede lag, sollte auch in Zukunft unbedingt bestehen bleiben. Dagegen wurde ein Verkauf der Grundstücke auf der anderen Seite der Kirchröder Straße mit der Gärtnerei und Haus Freienfelde, sobald diese Grundstücke baureif seien, ins Auge gefasst. Auch sollte der Verkauf der Grundstücke gegenüber der Straßenbahnzentrale in Hannover-Kirchröde beschleunigt vorangetrieben werden. In der Folge wurden die Verhandlungen mit der Provinzialverwaltung über einen Verkauf des Gutes und der Erziehungsanstalt Kronsberg „im beiderseitigen Einvernehmen“²⁰³ eingestellt.

Steuern, Schulden, Einkünfte – Die Finanzen

1931/32 hatte, wie bereits geschildert, ein Konkurs des Stephansstifts nur mit Mühe durch eine Umschuldung abgewendet werden können. Nach Vorlage der Jahresrechnung 1932/33 konnte der Vorstand erleichtert feststellen, dass sich die Finanzlage etwas gebessert hatte.²⁰⁴ Trotz der Unterbelegung der Siechenhäuser, des Knabenhofs und der Erziehungsanstalt Kronsberg gelang es dem Stephansstift, seine Einnahmen zu steigern. Im Geschäftsjahr 1934/35 erwirtschaftete es einen Überschuss von rund 22.000 Reichsmark.²⁰⁵

Allerdings drohte neues Ungemach von der nationalsozialistischen Steuergesetzgebung. Bis dahin hatte das Stephansstift nur auf diejenigen Einnahmen seiner Werkstätten und Betriebe, die von Kunden außerhalb der Anstalt hereinkamen, Umsatzsteuer in Höhe von einem Prozent gezahlt. Im Zuge einer Steuerreform wurde der Steuersatz 1934 auf zwei Prozent angehoben.²⁰⁶ Anfangs bestand zudem Rechtsunsicherheit, ob nicht auch Geschäfte innerhalb der Anstalt, z.B. zwischen dem Knabenhof und der Schuhmacherei, der Umsatzsteuer unterlagen. In langwierigen Verhandlungen mit den Steuerbehörden, an denen auch Pastor Johannes Wolff teilnahm, konnten die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsver-

203 Niederschrift einer Verhandlung des Vorstandes des Stephansstifts am 25. Juli 1938, AStH, 962. Auch wurden die Angebote verschiedener Interessenten, die größere Grundstücke vom Gut Kronsberg zu Siedlungszwecken erwerben wollten, abschlägig beschieden, weil man „wegen der Ernährung der vielen Insassen des Stephansstifts auf die Landwirtschaft in ihrer jetzigen Größe nicht verzichten kann.“ Vgl. Mehl, Stephansstift, S. 84.

204 Jahresbericht 1932/33, S. 96.

205 Geschäftsbericht 1934/35.

206 Alfred Depuhl, Neuere Gesetze und die Anstalten der Inneren Mission, in: Monatsbote 55 (1934), S. 85–87, S. 86.

bände indessen erreichen, dass große Anstalten wie das Stephansstift als Wirtschaftseinheit zu betrachten seien. Es war mithin nur Geld zu versteuern, das von außen hereinkam. Durch Erlass des Reichsfinanzministers wurde ferner festgelegt, dass vierzig Prozent des Pflegegeldes steuerfrei blieben, so dass die einkommenden Pflegegelder *de facto* nur mit 1,2 Prozent versteuert wurden. In Verhandlungen mit den Fürsorgeerziehungsbehörden und dem Landeswohlfahrtsverband hatte man erreicht, dass die dadurch entstehenden Mehrkosten von den zuständigen Behörden übernommen wurden.

Trotzdem sei „die Mehrbelastung des Stephansstifts durch die neuen Steuern so erheblich“,²⁰⁷ heißt es im Geschäftsbericht 1934/35, dass man sich genötigt gesehen habe, Verhandlungen mit den Gläubigern aufzunehmen, um diese dazu zu bewegen, die Tilgung der aufgenommenen Kredite für einige Jahre auszusetzen und die Zinsen zu senken. Die meisten Gläubiger gingen darauf ein, nur der Vorbesitzer des Gutes Kronsberg war nicht bereit, für seine Aufwertungshypothek von insgesamt 105.500 Reichsmark auf unter fünf Prozent Zinsen herunterzugehen. Trotzdem konnte Wolff dem Vorstand ein „befriedigendes Gesamtergebnis“ vorlegen.

Am 17. April 1935 beauftragte der Vorstand den Finanzinspektor *Reismann*, eine kurze Darstellung der finanziellen Entwicklung des Stephansstifts seit 1932 vorzubereiten, „um dem Vorstand ein Bild davon zu geben, ob die seinerzeit in Angriff genommene Sanierung sich günstig entwickelt.“²⁰⁸ Reismann legte seinen Bericht in einer gemeinsamen Sitzung des Vorstands und der Finanzkommission am 20. Juni 1935 vor. Aus diesem Bericht ging hervor, dass sich die Liquidität des Stephansstifts seit 1933 verschlechtert hatte, weil zu viel Geld in die Rückzahlung langfristiger Darlehen geflossen war. Um hier Abhilfe zu schaffen, wurden drei Wege beschritten. *Erstens* gab man einen eisernen Sparkurs vor. In der Sitzung am 20. Juni 1935 beschloss die Finanzkommission *ad hoc*, dass künftig alle Ausgaben über fünfzig Reichsmark nur noch mit Genehmigung des Haushaltsplanreferenten getätigt werden durften, auch wenn die Mittel im Haushaltsplan bereitstanden, um ausreichende Liquidität zu sichern. Auch in den folgenden Jahren achtete der Vorstand darauf, dass Titelüberschreitungen möglichst vermieden wurden und keine Nachbewilligungen erteilt werden mussten.²⁰⁹ *Zweitens* folgte der Vorstand von nun an strikt der Linie, dass alle außerordentlichen Einnahmen zur Verbesserung der Liquidität eingesetzt wurden. Man begann gleich mit einem Vorschuss in Höhe von 20.000 Reichsmark, den die Fürsorgeerziehungsbehörde dem Stephansstift gewährt hatte und von dem man hoffte, er würde zu einem Dauervorschuss werden.²¹⁰ Als die Fürsorgeerziehungsbehörde im Jahre 1936 die Aufnahme von Ab-

207 Geschäftsbericht 1934/35. Danach auch das folgende Zitat.

208 Niederschrift der Verhandlungen des Vorstandes des Stephansstifts vom 17. April 1935, AStH, 962.

209 In seiner Sitzung am 8. November 1937 monierte der Vorstand, dass mehrere Nachbewilligungen notwendig geworden seien; dies müsse in Zukunft vermieden werden. Es sollte eine Rücklage in Höhe von 14.000 Reichsmark gebildet werden, um solche zusätzlichen Kosten aufzufangen. Niederschrift einer Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 8. November 1937, AStH, 962.

210 Niederschrift einer Sitzung der Finanzkommission und des Vorstandes des Stephansstifts am 20. Juni 1935, AStH, 962.

schreibungen in den Haushaltsplan der Erziehungsheime gestattete, was bedeutete, dass dieser Ausgabenposten künftig bei der Bemessung der Pflegegelder berücksichtigt wurde, beschloss der Vorstand, die eingesparten Gelder in vollem Umfang zur Abdeckung der Lieferantenschulden und zur Wiederfreimachung der bei der Landesbank lombardierten Wertpapiere zu verwenden.²¹¹ *Drittens* trat der Vorstand nochmals in Verhandlungen mit den Gläubigern des Stephansstifts, die sich tatsächlich bereiterklärten, den Zinssatz weiter zu senken, so dass der Durchschnittssatz, den das Stift für Hypotheken zu zahlen hatte, 1936 nur noch 4,3 Prozent betrug.²¹²

Im Januar 1936 trat die von dem Ingenieur *Otto Reuleaux* (1896–1979) gegründete und geleitete Meha Metallwerk Hannover GmbH aus Linden an den Vorstand des Stephansstifts heran, weil das Unternehmen 15 Morgen Land im Laatzener Wald kaufen wollte, die zum Landbesitz des Gutes Kronsberg gehörten, um dort ein Werk zur Aluminiumverarbeitung zu errichten. Der Verkauf liege, so machte das Unternehmen geltend, „im Interesse der Landesverteidigung“.²¹³ In einer kurzfristig anberaumten Sondersitzung des Vorstandes am 17. Februar 1936 wurde beraten, wie man mit diesem Ansinnen umgehen sollte. Der Vorsitzende, Baron Georg v. Reden, fragte besorgt, „ob es für die Erziehungsanstalt pädagogisch tragbar ist, in unmittelbarer Nähe der Anstalt ein Industrierwerk entstehen zu lassen.“²¹⁴ Pastor Hans Friedrich Müller, der mittlerweile in den Vorstand des Stephansstifts berufen worden war, beruhigte ihn; er habe sich erkundigt und dabei erfahren, „dass die Arbeiterschaft des beabsichtigten Industrieunternehmens von ausgesuchter Qualität sein werde; von da aus seien also keine Bedenken zu erheben.“ Bruder Otto Beddig, der Inspektor des Stephansstifts, meldete sich ebenfalls zu Wort und teilte mit, er habe sich umgehört – „ein Widerstand des Vorstandes gegen den Verkauf“ sei „voraussichtlich aussichtslos“. So blieb nur übrig, in Verkaufsverhandlungen einzutreten und zu versuchen, einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Am 6. Mai erstatteten Baron v. Reden und Pastor Wolff dem Vorstand Bericht über die Verhandlungen mit der Meha Metallwerk Hannover GmbH. Man habe sich gezwungen gesehen, „auf einen Preis von 2.500 RM für den Morgen herunterzugehen, um einer Enteignung zu entgehen.“²¹⁵ Allerdings hatte sich der Käufer im Gegenzug verpflichtet, pro Morgen nochmals 500 Reichsmark für das Holz zu bezahlen. Dieses Verhandlungsergebnis wurde vom Vorstand nachträglich genehmigt. Der endgültige Vertragsabschluss fand im März 1937 statt. Das Stephansstift erhielt knapp 43.300 Reichsmark, die

211 Niederschrift über die Verhandlungen des Vorstandes des Stephansstifts am 6. Mai 1936, AStH, 962. Lombardieren bedeutet, Wertpapiere oder Waren bankmäßig zu beleihen.

212 Geschäftsbericht 1935/36.

213 Ebd.

214 Niederschrift einer Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 17. Februar 1936, AStH, 962. Danach auch die folgenden Zitate.

215 Niederschrift über die Verhandlungen des Vorstandes des Stephansstifts am 6. Mai 1936, AStH, 962. Danach auch die folgenden Zitate. – Pastor Wolff teilte noch mit, dass der Geschäftsführer des Meha-Werks, Dr. Otto Reuleaux, ein Grundstück auf Kronsberg für den Bau eines Wohnhauses erwerben wollte. Man sollte ihm entgegenkommen, riet Wolff, weil gleichzeitig noch Verhandlungen liefen, um die Abwässer Kronsbergs in die vom Meha-Werk anzulegende Kanalisation ableiten zu dürfen.

mit Zustimmung der Hypothekengläubiger zur Senkung der noch vorhandenen Lieferantenschulden verwendet wurden.²¹⁶ Die Meha Metallwerk Hannover GmbH baute im Laatzenener Wald eine der größten Fabriken zur Leichtmetallverarbeitung in Europa auf, die im Zweiten Weltkrieg auch Rüstungsgüter produzierte.

Hatte das Stephansstift in diesen Verkauf eher widerstrebend eingewilligt, hätte es seine Grundstücke bei der Straßenbahn-Zentrale in Kirchrode gerne verkauft. Indessen kamen die Verhandlungen nicht voran. Zwischenzeitlich unterlag das Gebiet einem Bauverbot, das auf Veranlassung der Bauleitung der Reichseisenbahn erlassen worden war, nach dessen Aufhebung gab es Probleme mit dem Bebauungsplan.²¹⁷

Infolge der ergriffenen Sanierungsmaßnahmen, vor allem aber der steigenden Belegungszahlen entwickelten sich die Haushaltsabschlüsse des Stephansstifts ab 1935/36 recht günstig.²¹⁸ Gleichwohl mahnte Schatzrat Hartmann, dass es „ein Lebensinteresse des Stephansstifts sei, die Schuldentilgung auch in jedem zukünftigen Geschäftsjahr so ernst und konsequent wie möglich durchzuführen.“²¹⁹ 1935/36 belief sich der Gewinn des Stephansstifts auf rund 69.000 Reichsmark, 1936/37 waren es fast 90.000 Reichsmark.²²⁰ Im Geschäftsjahr 1938/39 erzielte das Stephansstift zwar einen Bruttogewinn von rund 59.500 Reichsmark, der aber nicht ausreichte, um die nach den gesetzlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Abschreibungen auf Gebäude, Maschinen und Inventar zu decken, deshalb war ein buchmäßiger Verlust von knapp 26.200 Reichsmark zu verzeichnen. Die Verluste seien auf eine Reihe von „Überraschungen“²²¹ zurückzuführen, wie Finanzinspektor Reismann in einer Sitzung des Vorstands am 28. November 1939 ausführte. In den Siechenhäusern waren die Personalkosten gestiegen, weil kaum noch junge Hilfsdiakone zur Verfügung standen und stattdessen weibliche Pflegekräfte hatten eingestellt werden müssen, die das Stephansstift teurer zu stehen kamen als Hilfsdiakone. Auch hatte man, wie bereits erwähnt, den beiden

216 Geschäftsbericht 1936/37.

217 Geschäftsbericht 1935/36. – Von dem kurzzeitig angedachten Verkauf des Hauses Sonnenschein in Altenau nahm der Vorstand schnell wieder Abstand. Niederschrift über die Verhandlungen des Vorstandes des Stephansstifts am 6. Mai 1936, AStH, 962.

218 Niederschrift über die Verhandlungen des Vorstandes des Stephansstifts am 6. Mai 1936, AStH, 962.

219 Niederschrift einer Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 1. Juli 1936, AStH, 962.

220 Geschäftsbericht 1936/37; Niederschrift einer Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 7. Juni 1937, Niederschrift einer Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 8. November 1937, Niederschrift einer Verhandlung des Vorstandes des Stephansstifts am 25. Juli 1938, AStH, 962. Der Abschluss am 30. Juni 1938 hatte ergeben, dass die Wirtschaftslage bereits um 6.000 RM günstiger war, als im Voranschlag angenommen. Das Ergebnis wäre noch besser ausgefallen, so Wolff, „wenn nicht die für das Stephansstift am 1. Ostertage 1938 eingesammelte Kirchenkollekte bisher vom Landeskirchenamt einbehalten worden wäre. Es hängt dies mit der kirchlichen Konfliktslage zusammen, auf deren Entwicklung das Stephansstift keinen Einfluss hat.“ Der Vorstand gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die Sache bald klären und die Kollekte, die rund 15.600 Reichsmark betrug, bald ausgezahlt würde. „Dabei spricht der Vorstand als seine Rechtsauffassung aus, dass die Gemeindeglieder, die hin und her in der hannoverschen Landeskirche ihre Gaben zur Osterkollekte gegeben haben, dabei die Überzeugung gehabt haben, nicht etwa der Landeskirche etwas zuwenden zu wollen, sondern der Anstalt des Stephansstifts.“

221 Niederschrift über eine Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 28. November 1939, AStH, 286. Danach auch die folgenden Zitate und Zahlenangaben.

Oberpflegern die Familiengründung bewilligen müssen, um die Stetigkeit der Arbeit in den Siechenhäusern zu gewährleisten, was mit einer Aufstockung der Gehälter verbunden gewesen war. In der Rechnung der Siechenhäuser wie auch des Knabenhofes schlug zudem der Ausfall der Beihilfen des Winterhilfswerks mit insgesamt etwa 12.300 Reichsmark zu Buche. Im Erziehungsheim Kronsberg entstand durch Unterbelegung ein Verlust von 15.400 Reichsmark; das Wirtschaftsergebnis der Landwirtschaft auf Kronsberg fiel um rund 19.200 Reichsmark schlechter aus als veranschlagt, weil für die Instandsetzung der Wohnungen der Gutsarbeiter rund 14.500 Reichsmark hatten aufgewendet werden müssen und weil die Maul- und Klauenseuche die Einnahmen aus Schlachtvieh und Milch um etwa 9.900 Reichsmark gemindert hatte. Eine starke Mehrbelastung bedeutete schließlich die Steigerung der Grundsteuer um insgesamt knapp 13.800 Reichsmark. Dennoch bestehe, so die Einschätzung Reismanns mit Blick auf die Entwicklung von April bis September 1939, die einen Bruttoüberschuss von knapp 50.600 Reichsmark erbracht hatten, kein Grund zur Besorgnis, die Lage habe sich stabilisiert. Vor allem hatte die Liquidität einigermaßen aufrechterhalten werden können, weil man in den vorangegangenen Jahren einen kleinen Reservefonds hatte ansammeln können. Beliefen sich die Lieferantenschulden am 31. März 1939 noch auf rund 185.7000 Reichsmark, so waren es am 30. September 1939 noch knapp 152.400 Reichsmark und am 24. November 1939 nur noch etwa 113.900 Reichsmark. In der Diskussion warnte Schatzrat Hartmann, dass „mit allem Ernst auch für die Zukunft darauf gehalten werden müsse, dass die Lieferantenschulden mit äußerster Kraft so schnell wie möglich weiter gesenkt werden; man könne nicht wissen, wie die Dinge sich entwickeln würden.“ Insbesondere, so Hartmann, könne niemand übersehen, „wie bald die Bestrebungen auf Entkonfessionalisierung der Fürsorgeerziehung wieder einsetzen würden.“

Satzungsfragen

Die verschärfte Steuergesetzgebung des nationalsozialistischen Staates zwang viele Einrichtungen der Inneren Mission, ihre Satzungen zu überarbeiten. Alfred Depuhl, der Hauptgeschäftsführer des Landesverbands der Inneren Mission in Hannover, wies die angeschlossenen Anstalten und Einrichtungen schon am 23. November 1936 darauf hin, dass sie in ihren Satzungen klarstellen mussten, dass sie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke verfolgten und dass der Vorstand keinen Nutzen oder Gewinn aus seiner Tätigkeit ziehe. Auch müssten die Satzungen Bestimmungen enthalten, was bei einer Auflösung der Anstalt oder Einrichtung mit deren Vermögen geschehen sollte.²²² Wolff übersandte Depuhl am 28. November 1936 die Satzung des Stephansstifts vom 10. Juli 1890 mit Nachträgen aus den Jahren 1896, 1914, 1920 und 1923. Depuhl teilte Wolff am 5. Januar 1937 seine Einschätzung mit, „dass die Satzungen nicht so veraltet sind, wie man beim ers-

222 Depuhl empfahl in diesem Zusammenhang, den Landesverband als Treuhänder des Vermögens einzusetzen. Depuhl an die angeschlossenen Anstalten und Einrichtungen, 23.11.1936, AStH, 86.

ten Überlesen denken könnte.²²³ Insbesondere sei „die konfessionelle Trägerschaft“²²⁴ des Stephansstifts sehr gut gesichert und auch „der konfessionelle Zweck“²²⁵ deutlich betont. Er empfahl, durch „mündliche Fühlungnahme“ mit dem zuständigen Finanzamt zu klären, ob die gemeinnützigen Zwecke in der Satzung ausreichend verankert seien oder ob ein Satz zur ehrenamtlichen Tätigkeit des Vorstands einzufügen wäre. Sollte das Finanzamt sich mit der vorliegenden Satzung zufrieden geben, bestünde kein Handlungsbedarf.

Trotzdem beschloss der Vorstand des Stephansstifts in seiner Sitzung am 5. Mai 1938 eine gründliche Überarbeitung der Satzung.²²⁶ Wolff teilte dies Depuhl mit der Bemerkung mit, er wisse wohl, „was dagegen sprechen kann, und es ist mir nicht unbekannt, dass heutzutage an manchen Stellen der Inneren Mission die Meinung besteht, dass es sogar unter Umständen gefährlich sein könnte, in Verhandlungen über Satzungsänderungen einzutreten oder neue Satzungen aufzustellen.“²²⁷ Wenn man aber schon einmal an Ergänzungen herangehe, „um steuerlich die Sache in Ordnung zu bekommen“, dann könne man die veraltete Satzung auch gleich einer gründlichen Revision unterziehen. Eine Satzungskommission, bestehend aus Baron v. Reden, Schatzrat Hartmann und Wolff, erarbeitete einen Entwurf, der Vorsteher des Stephansstifts stimmte diesen sodann mit dem Dezernenten des Regierungspräsidenten ab, der nur unwesentliche Änderungswünsche anmeldete, und bat dann die übrigen Vorstandsmitglieder im Umlaufverfahren um ihre Stellungnahme.²²⁸ Änderungswünschen von Landesbischof August Marahrens und Schatzrat Hartmann wurde Rechnung getragen.²²⁹ Baron v. Reden wollte gerne einen Satz über den Anspruch der Vorstandsmitglieder auf Erstattung von Auslagen streichen.²³⁰ Pastor Wolff stimmte zu, dass dieser Satz „etwas merkwürdig“²³¹ sei. Er habe aber feststellen müssen, „dass gerade auf diesen Satz und seine wörtliche Formulierung sowohl vom zuständigen Finanzamt wie auch vom Vertreter des Herrn Regierungspräsidenten, der die Satzung zu genehmigen hat, besonderer Wert gelegt wird.“ Ließe man den Satz weg, würde nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen die begehrte Steuerermäßigung nicht gewährt. Da es sich um eine

223 Depuhl an Wolff, 5.1.1937, AStH, 86. Danach auch die folgenden Zitate.

224 Hier bezog sich Depuhl auf § 1 der Satzung vom 10. Juli 1890, in der es heißt, das Stephansstift arbeite „auf Grundlage des Bekenntnisses und der Ordnungen der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und zunächst zur Versorgung des innerhalb dieser Kirche vorhandenen Bedürfnisses“. Statuten der Brüderanstalt „Stephanstift“ vor Hannover, 10.7.1890, AStH, 86.

225 Hier bezog sich Depuhl auf § 3 des 4. Nachtrags zur Satzung vom 18. Mai 1923, wo es heißt, dass „alle Einnahmen des Stiftes, auch die aus gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben stammenden, [...] lediglich gemeinnützigen Zwecken zugute“ kämen. Statuten der Brüderanstalt „Stephanstift“ vor Hannover, 10.7.1890, AStH, 86.

226 Niederschrift über die Verhandlungen des Vorstandes des Stephansstifts am 5. Mai 1938, AStH, 86.

227 Wolff an Depuhl, 7.5.1938, AStH, 86. Danach auch das folgende Zitat.

228 Wolff an Marahrens, Brandes und Lilje, 12.12.1938, AStH, 86.

229 Hartmann an Wolff, 14.12.1938; Wolff an Dr. Hartmann, 18.12.1938; Wolff an Marahrens, 18.12.1938, AStH, 86.

230 v. Reden an Wolff, 17.12.1938, AStH, 86.

231 Wolff an v. Reden, 18.12.1938, AStH, 86. Danach auch die folgenden Zitate.

Summe von jährlich rund 16.000 Reichsmark handele, bleibe „leider nichts anderes übrig, als diese Formulierung zu ertragen.“

Die offiziell auf den 1. Dezember 1938 datierte neue Satzung²³² wurde am 21. Dezember an den Regierungspräsidenten weitergeleitet und von diesem postwendend, am 22. Dezember, genehmigt.²³³ Wolff regte in einem Schreiben an Baron v. Reden am 9. Januar 1939 an, auf der Grundlage der neuen Satzung den Vorstand neu zu konstituieren²³⁴ – was in der Vorstandssitzung am 17. März 1939 auch geschah. Dem Vorstand gehörten nunmehr Baron Georg v. Reden (Vorsitzender), Landesbischof D. August Marahrens (als Vertreter der evangelisch-lutherischen Landeskirche), Schatzrat Dr. Hermann Hartmann (als Rechtskundler und Schatzmeister), Pastor Johannes Wolff, der als Vorsteher des Stephansstifts geborenes Mitglied des Vorstands war (Schriftführer), der neu in den Vorstand gewählte Landesuperintendent des Sprengels Calenberg der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover *Theodor Laasch* (1894–1956), Dr. *Hermann Brandes* (1885–1978), Generaldirektor der Niedersächsischen Landesbank (stellvertretender Schatzmeister), Diakon Theodor Lilje (stellvertretender Schriftführer) und Inspektor Friedrich Köver an. Der springende Punkt war, dass Pastor Hans Friedrich Müller, der Leiter Kronsbergs, aus dem Vorstand ausgeschieden war, da dieser nach der neuen Satzung nur noch ein geborenes Mitglied hatte. Damit hatte Wolff den Machtkampf gegen seinen Widersacher Müller für sich entschieden.²³⁵

Damit waren die Satzungsfragen aber noch nicht abschließend geklärt. Am 30. Juli 1940 machte Wolff – wohl auf Anregung Depuhls – in zwei Schreiben an Baron v. Reden und Schatzrat Hartmann darauf aufmerksam, dass ein Erlass des Reichsfinanzministers vom 15. Juli 1939 Bezug auf die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege genommen hatte und es von daher wünschenswert sei, wenn die Zugehörigkeit des Stephansstifts zur Inneren Mission in der Fassung deutlicher zum Ausdruck käme. In seinem Schreiben an den Vorsitzenden des Vorstands ging Wolff auf den kirchenpolitischen Hintergrund seines Vorstoßes ein:

„Sie haben, wie ich annehmen darf, kürzlich in der Zeitung gelesen, dass durch einen mit Gesetzeskraft ausgestatteten Erlass die Einordnung der Inneren Mission in die Deutsche Evangelische Kirche erfolgt ist. Unsere Arbeit wird dadurch nicht gehindert, wie manche angenommen haben, sondern im Gegenteil bis zu einem gewissen Grade von neuem sichergestellt und reichsrechtlich anerkannt. Ob es auf die

232 Satzung der Brüderanstalt „Stephansstift“ in Hannover vom 1. Dezember 1938, AStH, 86.

233 Wolff an die Mitglieder des Vorstands, 19.12.1938; Wolff an Regierungspräsidenten, 21.12.1938; Regierungspräsident an Stephansstift, 22.12.1938; Wolff an Mitglieder des Vorstands, 9.1.1939, AStH, 86.

234 Wolff an v. Reden, 9.1.1939, AStH, 86.

235 Niederschrift einer Verhandlung des Vorstandes des Stephansstifts am 17. März 1939, AStH, 86. Nach § 12 der neuen Satzung benötigten die Vorstandsmitglieder (die nach § 4 ihren Wohnsitz in Hannover haben mussten) eine „Bescheinigung“ des Oberbürgermeisters von Hannover, dem zu diesem Zweck Mitteilung von der Vorstandswahl zu machen war. Wolff an Oberbürgermeister Hannover, 12.5.1939, AStH, 86.

Dauer eine Sicherstellung ist, kann man noch nicht genau sagen; dies muss abgewartet werden; für den Augenblick aber ist es zunächst eine Beruhigung.“²³⁶

Eine Vorlage für den Vorstand zeigt, wie sich Wolff die Verzahnung zwischen dem Stephansstift und der Inneren Mission vorstellte. In § 1 der Satzung sollte nicht nur ausdrücklich niedergelegt werden, dass das Stephansstift eine Einrichtung der Inneren Mission war, auch die Zugehörigkeit zum Central-Ausschuss für Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche sollte hier festgeschrieben werden. § 15 sollte dahingehend abgeändert werden, dass die Verwendung des Vermögens bei einer Auflösung des Stephansstifts oder beim Fortfall seines satzungsmäßigen Zwecks von der Genehmigung des Central-Ausschusses abhängig gemacht werden sollte.²³⁷ Wolff stieß jedoch auf den energischen Widerstand Hermann Hartmanns. Nicht nur sei eine ausdrückliche Nennung des Central-Ausschusses in der Satzung unter steuerrechtlichen Gesichtspunkten nicht erforderlich. Gegen die Neufassung des § 15 spreche darüber hinaus, „dass der Spitzenverband sehr leicht eine *zentrale* Verwendung der Mittel vorschreiben will, während ich eine Verwendung in der Landschaft (künftiger Reichsgau) für richtiger halte. Durch die Änderung sind wir dann an den Berliner Willen gebunden.“²³⁸ In der Vorstandssitzung meldete Hartmann nochmals massive Bedenken an, dass durch die vorgeschlagene Satzungsänderung

„den Spitzenverbänden der Inneren Mission eine Machtvollkommenheit und ein Einfluss eingeräumt wird, der unter Umständen unbequem, ja verhängnisvoll werden kann, da Spitzenverbände, wie schon wiederholt beobachtet worden ist, im Allgemeinen die Tendenz haben, auf öffentliche oder landschaftliche Gesichtspunkte wenig Rücksicht zu nehmen; es könnte also, wenn der Central-Ausschuss für Innere Mission im Sinne der Vorschläge eingeschaltet wird, eine Lage entstehen, in welcher das Vermögen des Stephansstifts für Zwecke beansprucht wird, die mit dem ursprünglichen Willen der Stifter, die an die hannoversche Landeskirche und ihre Versorgung gedacht haben, nicht mehr recht vereinbar sind.“²³⁹

Hartmann konnte sich durchsetzen. Der Vorstand ließ den Central-Ausschuss für Innere Mission außen vor, er beschloss lediglich eine Satzungsänderung, die festlegte, dass im Falle einer Auflösung des Stephansstifts dessen Vermögen nur für gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Steueranpassungsgesetzes verwendet werden durfte und dass dem zuständigen Finanzamt über die getroffene Regelung Mitteilung zu machen war.²⁴⁰

236 Wolff an v. Reden, 31.7.1940, AStH, 86. Vgl. Wolff an Hartmann, 30.7.1940, AStH, 86.

237 Vorlage für den Vorstand, undatiert [Juli 1940], AStH, 86.

238 Hartmann an Wolff, 1.8.1940, AStH, 86 (Hervorhebung im Original).

239 Niederschrift über die Verhandlungen des Vorstandes des Stephansstifts am 6. August 1940, AStH, 286.

240 Auszug aus der Niederschrift über die Verhandlungen des Vorstandes des Stephansstifts am 6. August 1940, AStH, 86.

Die veränderte Satzung wurde vom Regierungspräsidenten umgehend genehmigt.²⁴¹ Wolff legte die Neufassung der Satzung auch noch einmal Depuhl vor, der bestätigte, dass die ausdrückliche Nennung des Central-Ausschusses nicht nötig war.²⁴²

Zwei Jahre später wurde eine erneute Anpassung der Satzung an die Gemeinnützigkeitsverordnung des Reichsfinanzministeriums vom 16. Dezember 1941 notwendig. Der Vorstand beschloss in seiner Sitzung am 17. Dezember 1942 die nochmals gründlich überarbeitete Neufassung der Satzung, die wiederum umgehend genehmigt wurde. Zugleich brachte der Vorstand einen Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung für den Landwirtschaftsbetrieb auf Gut Kronsberg und im Stephansstift auf den Weg – auch dies war wegen der neuen Gemeinnützigkeitsverordnung unumgänglich. Da das Erholungsheim „Stephansruh“ nach den neuen Bestimmungen als „steuerschädlicher Nebenbetrieb“ galt, musste es ausgegliedert werden – ansonsten wäre das gesamte Stephansstift steuerpflichtig geworden, es sei denn, man hätte dort nur noch Diakone des Stephansstifts und ihre Familien aufgenommen. Der Vorstand beschloss daher, Stephansruh an die Heimleiterin, Fräulein *Albertine Wortmann*, zu verpachten.²⁴³

Das Stephansstift im Zweiten Weltkrieg

„Die Würfel sind gefallen. Nach einer Reihe von unruhigen Tagen, in denen jeder von uns das Kommende zu errechnen versuchte, wissen wir nun, woran unser deutsches Volk ist. Wieder stehen wir, wie im Jahre 1914, einer Macht von Feinden gegenüber, denen unser deutsches Volk im Bewusstsein seines guten Rechtes den Beweis zu liefern hat, dass es für seine Geltung und für sein Leben mit aller Kraft einzutreten gewillt ist.“²⁴⁴

Mit diesen Worten begann Pastor Johannes Wolff seinen Brüderrundbrief vom 3. September 1939. Wenngleich er die Parallele zum August 1914 zog, war der Grundton seines Briefes doch eher von ernster Entschlossenheit geprägt – von heller Kriegsbegeisterung ist hier nichts zu spüren. Der Vorsteher des Stephansstifts appellierte an die Brüder, dass sie durch ihre „Haltung schon hier in der Heimat und erste recht draußen im Entscheidungskampf den Beweis“ liefern sollten, „dass evangelische Christen und Diakone zu den treuesten Volksgenossen gehören.“

Zwei Jahre später, in seinem Brüderrundbrief vom 24. Juli 1941, stellte Wolff zufrieden fest, dass mittlerweile von 381 Brüdern über 150 im Militärdienst standen – „es ist also mehr als jeder dritte Bruder des Stephansstifts Soldat; das ist eine Zahl, mit der wir uns

241 Wolff an Regierungspräsidenten, 9.8.1940; Regierungspräsident an Stephansstift, 13.8.1940, AStH, 86.

242 Wolff an Depuhl, 9.5.1941; Depuhl an Wolff, 13.5.1941; Wolff an Depuhl, 15.5.1941, AStH, 86.

243 Niederschrift der Verhandlungen des Vorstandes am 17.12.1942; Wolff an Regierungspräsidenten, 18.12.1942; Regierungspräsident an Wolff, 21.12.1942, AStH, 86.

244 Brüderrundbrief, 3.9.1939, als Faksimile abgedruckt in: Merkel (Hg.), Schlaglichter, S. 124–127, S. 124 (Dok. II/22). Danach auch die folgenden Zitate.

sehen lassen können vor der deutschen Volksgemeinschaft.²⁴⁵ Zu diesem Zeitpunkt waren bereits drei junge Brüder gefallen. Vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs sollte man 39 gefallene Diakone zählen, zwölf weitere wurden noch vermisst.²⁴⁶

Im Stephansstift lief die Arbeit – trotz der Einberufungen zur Wehrmacht²⁴⁷ – in vollem Umfang weiter, die Zahl der Zöglinge auf dem Knabenhof nahm sogar noch einmal sprunghaft zu.²⁴⁸ Im Geschäftsjahr 1939/40 waren die Altersheime des Stephansstifts mit durchschnittlich 186,2 Pflinglingen belegt, auf dem Knabenhof wurden durchschnittlich 349,6 Zöglinge betreut (das waren 91,2 mehr als im Geschäftsjahr 1938/39), die Erziehungsanstalt Kronsberg/Lehrlingsheim kam nahezu unverändert auf 219,5 Zöglinge. Insgesamt zählte man im Geschäftsjahr 1939/40 im Stephansstift 755,3 Pflinglinge und Zöglinge – das waren 86,7 mehr als im Vorjahr. Finanziell zahlte sich dieser Zuwachs aus: Der Bruttoüberschuss am Ende des Geschäftsjahres (31. März 1940) lag bei gut 99.000 Reichsmark. Das reichte aus, um alle offenen Forderungen zu begleichen. Darüber hinaus hatte man im Geschäftsjahr 1939/40 die Schulden des Stephansstifts um rund 138.500 Reichsmark senken können.

Dennoch waren Vorsteher und Vorstand mit den finanziellen Verhältnissen des Stephansstifts nicht ganz zufrieden. Im Hinblick auf die Altersheime habe man, so Wolff in der Sitzung des Vorstands am 28. November 1939, eine „Pflegegeldpolitik“²⁴⁹ verfolgt, die darauf abzielte, in der III. Klasse nur noch Pflinglinge zu einem Tagessatz von 1,90 Reichsmark aufzunehmen, dazu möglichst viele Pflinglinge der I. und II. Klasse; ansonsten werde man abwarten müssen, bis die zu einem niedrigeren Pflegesatz aufgenommenen Bewohner verstorben seien. In der Vorstandssitzung am 6. August 1940 wurde der Hintergrund dieser „Pflegesatzpolitik“ deutlich: Bis 1939 hatte das Stephansstift als Ersatz für die weggefallenen Sammlungen der Inneren Mission Mittel aus dem Winterhilfswerk erhalten, die der Altersfürsorge zugute gekommen waren. 1939 hatte die Reichsleitung der NSV jedoch erklärt, „dass sie von weiteren Bezuschussungen der Einrichtungen der Inneren Mission gänzlich absehen müsse, weil im Augenblick ausreichende Mittel nicht zur Verfügung stehen.“²⁵⁰ Es seien schließlich auch nicht alle Einrichtungen der Inneren Mission „bedürftig“. Der Vorstand sprach sich dafür aus, die NSV auf der Ebene der Spitzenverbände an die „Erfüllung einer feierlich gegebenen Zusage“ zu erinnern.

245 Brüderrundbrief v. 24.7.1941, als Faksimile abgedruckt in: Merkel (Hg.), Schlaglichter, S. 128–131, S. 130 (Dok. II/23).

246 Mehl, Stephansstift, S. 86f.

247 Auch der Brüderpastor Karl Janssen wurde zur Wehrmacht eingezogen, so dass Pastor Wolff die Leitung des Stifts allein zu tragen hatte. Ebd., S. 86.

248 Die folgenden Zahlenangaben nach: Niederschrift über die Verhandlungen des Vorstandes des Stephansstifts am 6. August 1940, AStH, 286.

249 Niederschrift über eine Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 28. November 1939, AStH, 286.

250 Niederschrift über die Verhandlungen des Vorstandes des Stephansstifts am 6. August 1940, AStH, 286. Danach auch die folgenden Zitate.

Ein zweites finanzielles Problem stellte die Finanzierung der Diakonenausbildung dar. Pastor Johannes Wolff hatte schon in seinem Geschäftsbericht am 28. November 1939 erklärt, „dass die Ausbildung der Diakone für die Zukunft auf eine neue Grundlage gestellt werden muss.“²⁵¹ Man müsse an die hannoversche Landeskirche und vielleicht auch an andere Landeskirchen herantreten, um zu klären, ob und in welchem Umfange sie bereit wären, in Zukunft an der Finanzierung der Diakonenausbildung im Stephansstift mitzuwirken. „Von einer solchen Beteiligung wird es abhängen müssen, ob das Stephansstift die bisher konsequent durchgeführte qualifizierte Ausbildung von Diakonen auch fernerhin noch durchführen kann.“ In der Vorstandssitzung am 6. August 1940 stellte Wolff jedoch verärgert fest, dass die hannoversche Landeskirche ihre jährliche Beihilfe – die in der Finanzkrise des Stephansstifts 1931/32 bewilligt worden war, anfangs bei 20.000 Reichsmark gelegen hatte, in den folgenden Jahren aber schrittweise auf 3.000 Reichsmark gesenkt worden war – im laufenden Geschäftsjahr 1940/41 ganz gestrichen hatte mit der Begründung, dass im Krieg keine Diakone ausgebildet würden.²⁵² Wolffs Hinweis auf die laufenden Kosten der Ausbildungseinrichtungen hatte das Landeskirchenamt nicht gelten lassen. Das Problem sollte mit den drei landeskirchlichen Vertretern im Vorstand des Stephansstifts – dem Landesbischof August Marahrens, dem Landessuperintendent Theodor Laasch und dem soeben kooptierten Oberlandeskirchenrat Dr. *Christhard Mahrenholz* (1900–1980)²⁵³ – besprochen werden. Der Vorstand betonte, dass die Diakonenausbildung keine „Privatangelegenheit“,²⁵⁴ sondern eine „landeskirchliche Angelegenheit“ sei. Schatzrat Hartmann kritisierte explizit, dass die Diakonenausbildung durch die Fürsorgerziehung quersubventioniert wurde. Sollte diese doch noch verstaatlicht werden, gerate jene in Gefahr.

Hartmann verfügte, wie bereits erwähnt, über Kenntnisse über alle Pläne des Landesdirektoriums im Hinblick auf die Fürsorgerziehung. Tatsächlich gab es 1941/42 Bestrebungen des Landesdirektoriums, die Fürsorgerziehung zumindest der schulentlassenen Zöglinge in eigene Regie zu übernehmen. Am 2. Mai 1941 kündigte der Oberpräsident der Provinz Hannover die Fürsorgerziehung im Frauenheim vor Himmelsthür – dem Gegenstück zum Stephansstift, zuständig für die Betreuung schulentlassener weiblicher Fürsor-

251 Niederschrift über eine Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 28. November 1939, AStH, 286. Danach auch das folgende Zitat.

252 Die Landeskirche hatte lediglich einen Zuschuss zu den Kosten der Musikschule in Höhe von 2.000 Reichsmark bezahlt, der jedoch nicht einmal ausreichte, um die Hälfte des Gehalts eines der beiden Dozenten zu zahlen. Für den Orgel-Neubaufond hatte die Landeskirche einmalig 4.000 Reichsmark gegeben.

253 Mahrenholz hatte, wie im Protokoll ausdrücklich erwähnt wurde, dem Stephansstift die Anerkennung als Landeskirchliche Musikschule verschafft – er war auch Leiter der Fachschaft für evangelische Kirchenchöre und Posaunenchor in der Reichsmusikkammer – und auch kirchliche Mittel für das Stift bewilligt. Seine Wahl sollte erklärtermaßen dazu beitragen, eine „engere Verbindung zwischen dem Landeskirchenamt und dem Stephansstift“ herzustellen. Niederschrift über die Verhandlungen des Vorstandes des Stephansstifts am 6. August 1940, AStH, 286.

254 Ebd. Danach auch das folgende Zitat.

gezöglinge in der Provinz Hannover – zum 15. April 1942.²⁵⁵ Die Provinzialverwaltung trat in Verhandlungen mit dem Vorstand Himmelsthürs ein, um einen Teil des Frauenheims zu pachten. Augenscheinlich scheint es ähnliche Bestrebungen auch im Hinblick auf das Stephansstift gegeben zu haben, erwähnte Pastor Wolff doch in einem Brief vom 22. März 1941, man müsse damit rechnen, dass „jedenfalls die Provinz Hannover [...] bis Ostern 1942 die gesamte Fürsorgeerziehung der ihr anvertrauten Zöglinge selbst in die Hand nehmen will.“²⁵⁶ Doch wurden die Pläne zur Verstaatlichung der Fürsorgeerziehung in der Provinz Hannover schließlich auf die lange Bank geschoben und bis Kriegsende nicht mehr umgesetzt.

Die Jahre von 1943 bis 1945 standen auch im Stephansstift ganz im Zeichen des Luftkriegs. Nun rächte sich die Lage des Stephansstifts mitten in der Stadt Hannover mit ihrer Rüstungsindustrie. Nachdem die Stadt am Abend des 10. Februar 1941 zum Ziel des bis dahin größten Luftangriffs auf eine deutsche Großstadt geworden war, bekam sie zunächst eine Atempause. Am 26. Juni 1943 brach der Luftkrieg dann erneut über Hannover herein, als ein nur einstündiger Tagesangriff 273 Menschenleben kostete. Weitere schwere Bombenangriffe folgten in den Nächten vom 22. auf den 23. September, vom 27. auf den 28. September und – der verheerendste von allen – vom 8. auf den 9. Oktober 1943. In dem Feuersturm, der über die Stadt hereinbrach, starben 1.245 Menschen, über 10.000 wurden verletzt, 250.000 wurden obdachlos. Bis zum März 1945 dauerten die Bombardements an, bis zum Ende des Krieges zählte man nicht weniger als 125 Luftangriffe auf Hannover.²⁵⁷

Davon wurde auch das Stephansstift in Mitleidenschaft gezogen. Ende Juli 1943 musste es auf Anweisung des zuständigen Reichsverteidigungskommissars mit der Evakuierung der auf dem Knabenhof lebenden 331 schulpflichtigen Jungen beginnen. 72 Zöglinge kamen im oldenburgischen Erziehungsheim „To Hus“ bei Wildeshausen unter, weitere hundert im Erholungsheim Stephansruh in Altenau, 148 auf dem Kronsberg (wo sich bereits Zöglinge des Knabenhofs befanden). Acht Zöglinge des Knabenhofs wurden in Familienpflege untergebracht, drei zu ihren Eltern entlassen.²⁵⁸ Bei den heftigen Bombenangriffen auf die Stadt Hannover in der Nacht vom 22. auf den 23. September 1943 wurde dann auch die Erziehungsanstalt Kronsberg schwer in Mitleidenschaft gezogen – eigentlich hätte es die benachbarte Rüstungsfabrik treffen sollen. Alle 17 Häuser der Anstalt fingen Feuer, nur drei davon blieben bewohnbar. Drei Jugendliche starben, 340 Zöglinge mussten provisorisch im Stephansstift untergebracht werden.²⁵⁹ Nunmehr befanden sich wieder 280 Schuljungen im Stephansstift. Sie wurden, nach Alterklassen getrennt, auf das Evangelische Gemeindehaus

255 Dazu ausführlich: Schmuhl/Winkler, *Asyl*, S. 147–153.

256 Wolff an Happich, 22.3.1941, zit. n. Mehl, *Verhältnis*, S. 42f. Wie Wolff nach dem Krieg berichtete, habe die Gaujugendleitung der NSDAP das Stephansstift beschlagnahmten und in eine Handwerksschule für die Hitlerjugend umwandeln wollen. Ebd.

257 Zum Folgenden: Mlynek, *Hannover*, S. 549–558.

258 Niederschrift der Verhandlungen in der Sitzung des Vorstandes des Stephansstifts am 7. Oktober 1943, AStH, Liste Pahl 21.

259 Mehl, *Stephansstift*, S. 88.

in Uslar im Solling, das Erziehungsheim „To Hus“, das Haus Moorhof der Betheler Zweiganstalt Freistatt und das Erholungsheim Stephansruh verteilt. 150 ältere Jungen wurden in fünf Dörfern der Gemeinde Borstel im Kreis Nienburg zu Familien gegeben und von Erzieherinnen des Stephansstifts betreut.²⁶⁰ In der Erziehungsanstalt Kronsberg/Lehrlingsheim befanden sich im Oktober 1944 noch insgesamt 171 schulentlassene Fürsorgezöglinge, davon 112 im Lehrlingsheim und 59 auf Gut Kronsberg – 23 von ihnen arbeiteten in der Rüstungsindustrie oder für die Wehrmacht.²⁶¹

Im Oktober 1943 wurde das Stephansstift „Großsammelstelle“ für Menschen, die vor den Luftangriffen auf Hannover ins Umland flüchteten. Allein nach dem Angriff vom 8. auf den 9. Oktober 1943 seien, so berichtete Pastor Wolff, etwa 10.000 Menschen vorübergehend in das Stift gekommen.²⁶² Insgesamt sollen es 22.000 gewesen sein.²⁶³ In der Nacht vom 28. auf den 29. November 1943 wurde das Neue Siechenhaus (Freytaghaus) bei einem Luftangriff zerstört. Sieben alte Männer starben, die übrigen Bewohner mussten provisorisch in den Kästorfer Anstalten, Hameln und Bad Pyrmont untergebracht werden.²⁶⁴

In seinem Brüderrundbrief vom Advent 1943 schlug Johannes Wolff nachdenkliche Töne an:

„Wir stehen in einem Kriege, in welchem das Mittel der Gewalt zur letzten Auskunft geworden ist, und unser Volk muss es erleben, dass ohne jede Rücksicht auch die wertvollsten Kulturgüter und -errungenschaften zerschlagen und vernichtet werden. Wir stehen in einer Situation, in welcher die Frage immer brennender wird: Wohin läuft das alles aus? Wie werden wir zu einem neuen Aufbau kommen? Es hilft nichts – wir müssen zum Ausgangspunkt wieder zurück, zurück zu Gott!“²⁶⁵

Mit der Besetzung Hannovers durch amerikanische Truppen am 10. April 1945 war der Zweite Weltkrieg auch für das Stephansstift zu Ende. Der Wiederaufbau konnte beginnen.

260 Mehl, Stephansstift, S. 87.

261 Achtzig Zöglinge arbeiteten in der Landwirtschaft des Stephansstifts, 45 befanden sich in einer Lehre, acht arbeiteten in „kriegswichtigen Firmen“ (Lebensmittel- und Kohlebranche), 15 verrichteten Hausarbeiten im Stift. Johannes Wolff, Übersicht über den Arbeitseinsatz der in Heimerziehung befindlichen schulentlassenen Fürsorgezöglinge, 6.10.1944, AstH, 2547.

262 Mehl, Stephansstift, S. 87f.

263 Entstehung und Entwicklung des Stephansstiftes, S. 214.

264 Ebd.; Mehl, Stephansstift, S. 88.

265 Brüderrundbrief, Advent 1943, als Faksimile abgedruckt in: Merkel, Schlaglichter, S. 132–137, S. 135 (Dok. II/24).

Bildteil



Ansicht des Stephansstifts, 1883, gezeichnet von Pastor Ludolf Wilhelm Fricke. Zu sehen sind (von links nach rechts) der Knabenhof (vorne die Häuser des Lehrers und des Hausvaters, dahinter drei Knabenhäuser), das Siechenhaus, das „alte Knabenhaus“ (Präparande), das Haupthaus, Bäckerei und Wäscherei, dahinter das Bienenhaus und Stallgebäude. Oben rechts eine Ziegelei, in der die Handwerker wohnten. AStH, unverzeichnet.



Brüderhaus. ASH, unverzeichnet.



Blick in den Speisesaal des Brüderhauses. AStH, unverzeichnet.



Diakone des Stephansstifts, 1899. AStH, unverzeichnet.



Schulklasse im Knabenhof, 1920er Jahre. AStH, unverzeichnet.



Arbeitsverteilung im Knabenhof, 1920er Jahre. AStH, unverzeichnet.



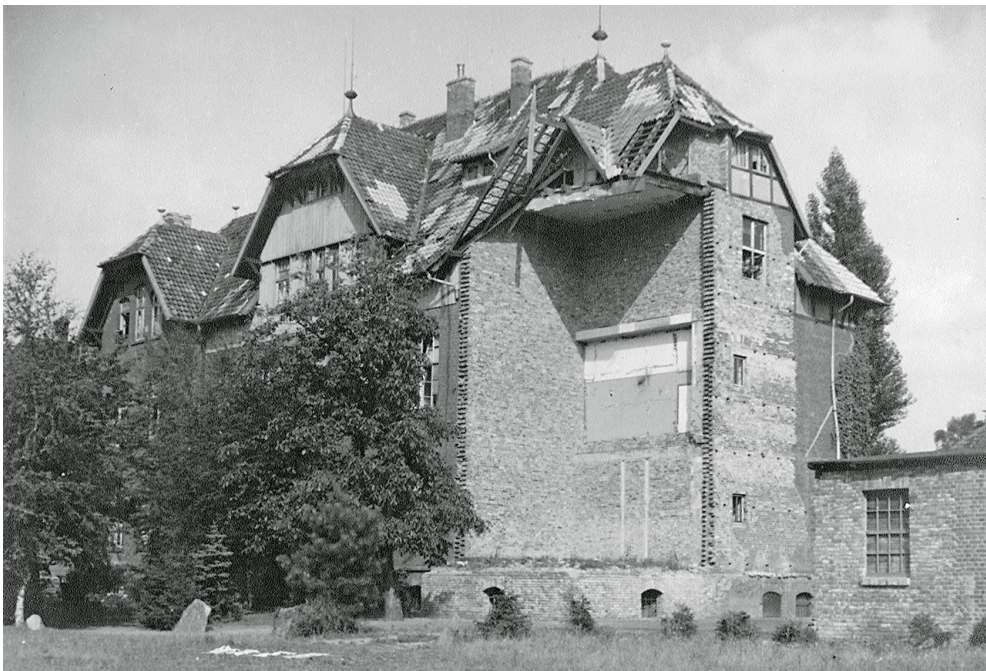
Tagesraum in Kronsberg, 1920er Jahre. AStH, unverzeichnet.



Seemannsmission, 1920er Jahre. AStH, unverzeichnet.



Lehrlingsheim mit Hakenkreuzfahne, 1933. AStH, unverzeichnet.



Bombenschäden am Lehrlingsheim, 1945/46. AStH, unverzeichnet.



*Arbeitszimmer von Pastor Wolff, Ende 1950er Jahre. AStH, unverzeichnet.
Die Bilder zeigen u. a. die Pastoren Fricke, Backhausen und Freytag.*



Albert-Schweitzer-Haus, 1952. AStH, unverzeichnet



Schlafsaal im Altenheim, 1947. ASH, unverzeichnet.



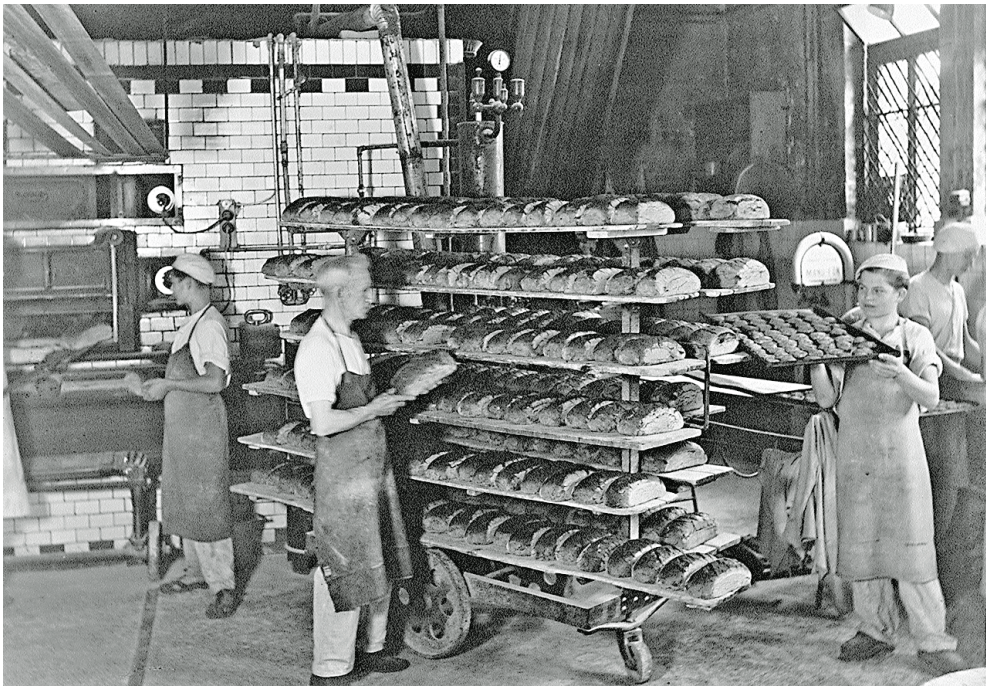
Diakonenschüler in der Altenhilfe, 1950er Jahre. ASth, unverzeichnet.



Jungenabteilung in Kronsberg, 1950. AStH, unverzeichnet.



Blick in die Küche des Stephansstifts, 1960er Jahre. AStH, unverzeichnet.



Blick in die Bäckerei des Stephansstifts, 1950. AStH, unverzeichnet.



Blick in die Tischlerei des Stephansstifts, 1950. AStH, unverzeichnet.



Blick in die Buchbinderei des Stephansstifts, 1950. AStH, unverzeichnet.



Krankenstube im Knabenhof, 1948. AStH, unverzeichnet.



Buben des Knabenhofs beim Bettenbauen, 1950er Jahre. AStH, unverzeichnet.



*Junge des Knabenhofs beim Putzen, 1950er Jahre.
AStH, unverzeichnet.*



Waschraum im Knabenhof, 1950er Jahre. AStH, unverzeichnet.



Abendstunde in der Gruppe „To Hus“, 1950er/1960er Jahre. AStH, unverzeichnet.



Außenheim in Borstel, Anfang 1960er Jahre. AStH, unverzeichnet.



Pause der Borsteler Jungen, Ende 1950er/Anfang 1960er Jahre. AStH, unverzeichnet.



DRK-Rettungstrupp des Stephansstifts, 1960er Jahre. AStH, unverzeichnis.



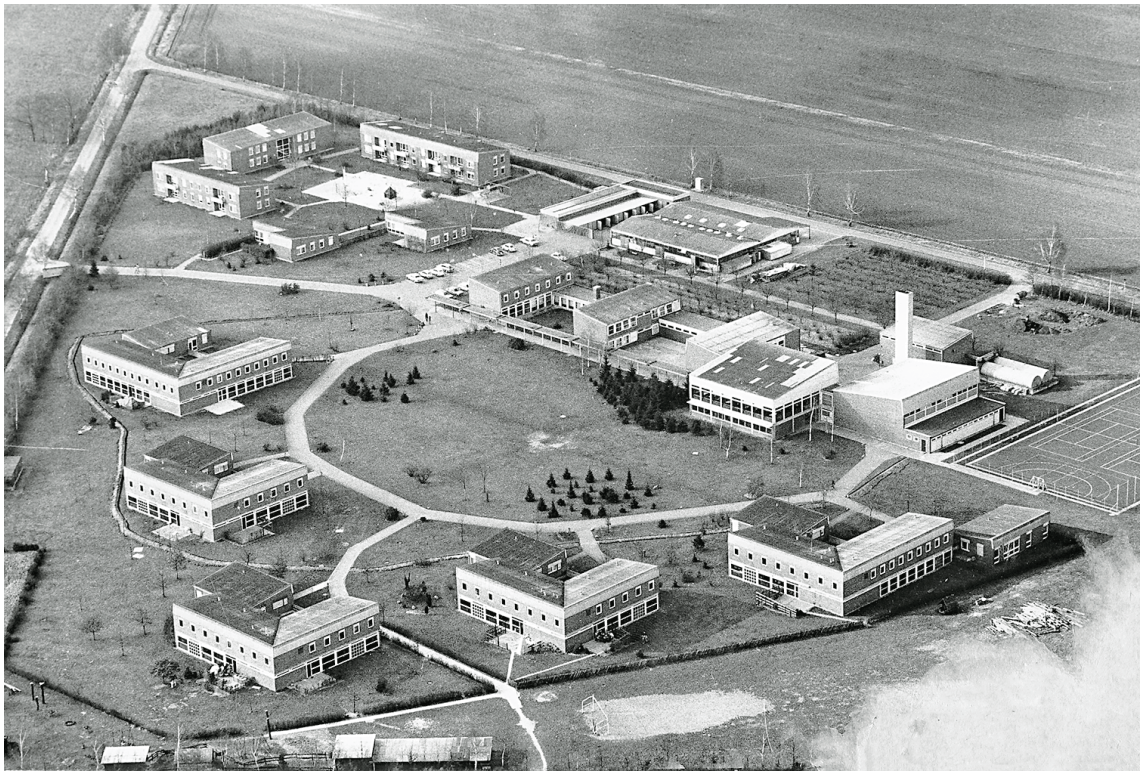
Freizeit im Lehrlingsheim, 1960er Jahre. AStH, unverzeichnet.



Freizeit im Lehrlingsheim, 1979. AStH, unverzeichnet.



„Jungenheim Oberharz“ Voigtslust, 1960er Jahre. AStH, unverzeichnet.



*Blick auf den Backhausenhof. Deutlich ist der „Rundling“ zu erkennen, 1970er Jahre.
ASTH, unverzeichnet.*



Fußballspielen im Backhausenhof, 1970er Jahre. AStH, unverzeichnet.





Blick auf das Stephansstift, 2003. Am oberen Rand ist die Stiftskirche zu sehen, darunter das 1884 eingeweihte Ensemble des alten Knabenhofs. Im Uhrzeigersinn: Lemmermannhaus und Haupthaus, davor das alte Brüderhaus. Rechts hinter dem Haupthaus die alte Wäscherei und das Wasserwerk, daneben der sog. und inzwischen abgerissene Schelperbau, davor das Wichernhaus (weiß); am Rand rechts außen das Lehrlingsheim. Unten rechts, auf der anderen Straßenseite, das Haus Freienfelde, links davon das Diakonie-Kolleg, ehemals Fachschule für Sozialpädagogik, daneben das Gelände des Berufsbildungszentrums mit Werkhallen. Auf der anderen Straße links neben dem Spielplatz der Knabenhof mit Sporthalle, daneben das Gebäude der Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, rechts darüber das Paul-Friedrich-Mau-Haus und daneben das Freytaghaus.



Berufsbildungszentrum des Stephansstifts, 1980. AStH, unverzeichnet.



Gut Lüben, Gelände des Cornelius-Werks, von 1949 bis 1989/90 „Jugendwerkhof August Bebel“, 2016. Unternehmenskommunikation Dachstiftung Diakonie.



Speisesaal in Gut Lüben, 1950er Jahre. AStH, unverzeichnet.



*Tobias Schwiening, Altenpfleger im Lotte-Kestner-Haus, 2018.
Unternehmenskommunikation Dachstiftung Diakonie*



*Auszubildende in der Holzwerkstatt des Berufsbildungszentrums, 2012.
Unternehmenskommunikation Dachstiftung Diakonie.*



*Klettern mit Martin Schimschal, Erlebnispädagoge der Stephansstift Ev. Jugendhilfe-Oberharz, 2018.
Unternehmenskommunikation Dachstiftung Diakonie.*

Pflege und Wohnen



- 1) Gesellschaftsanteil:
DD (82,32 %) | Clus (9,14 %) |
Kirchenkreis WOB (8,54 %)
 - 2) Gesellschaftsanteile:
DD (60 %) |
Evangelische Stiftung Clus (40 %)
 - 3) Gesellschaftsanteile:
DD (51 %) |
Stiftung Wohnen und Beraten (49 %)
 - 4) Gesellschaftsanteile:
DD (60 %) |
Heiligen Geist Stiftung zu Uelzen (40 %)
 - 5) Fördern diakonische Zwecke
der gesamten Gruppe
 - 6) Fördert Pflege und Wohnen in Uelzen
 - 7) Fördert die Wohnungsnotfallhilfe
 - 8) Fördert diakonische Zwecke des
Cornelius-Werkes
- Firmenbezeichnungen können vom
Gesellschaftsvertrag bzw. der Satzung
abweichen, zum Beispiel bei Abkürzungen.

Arbeit und Qualifizierung



Förderstiftungen



Bildung und Ausbildung



**Stephansstift
Bildung und Ausbildung
gGmbH (SBA)¹**



**Stephansstift Zentrum
für Erwachsenenbildung
gGmbH (ZEB)**

Die Gruppe

Zentralbereiche/Verwaltung

Personalservice
Betriebswirtschaft
Immobilienmanagement
Theologische Unternehmensentwicklung
Unternehmenskommunikation

Kinder, Jugend und Familie



**Diakonische Jugend- und
Familienhilfe Kästorf
GmbH (DJFK)**



**Diakonische Jugendhilfe
Wendland
gGmbH (DJW)**



**Stephansstift
Förderschulen
gGmbH (FÖS)**



**Cornelius-Werk
Diakonische Hilfen
gGmbH (CWDH)
- Jugendhilfe -**



**Stephansstift
Ev. Jugendhilfe
gGmbH (SEJ)**



**Stephansstift
Kindertagesstätten
und Familienzentren
gGmbH (SKF)**

Beratung und Assistenz



**Netzwerk Wolfsburg
gGmbH (NWW)**



**Diakonische Gesellschaft
Wohnen und Beraten
mbH (DWB)³**

Dienstleistungsgesellschaften



**Petres
Immobilienverwaltung
GmbH (PIV)**



**Vicinitas Diakonische
Quartiersentwicklung
GmbH (VDQ)**



**DiaServ Braunschweig
GmbH (DiaServ)**

Fördergesellschaften



**Stiftung
Wohnen und Beraten
(SWB)⁷**



**Diakonische Einrichtungen
Wendland
gGmbH (DiaWend)**



**Diakonische
Fördergesellschaft
Cornelius-Werk
gGmbH (DFCW)⁸**



Wiederaufbau (1945 bis 1960)

Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Der Aufbau sozialstaatlicher Strukturen in Westdeutschland vollzog sich in bemerkenswert kurzer Zeit. Die Gründe hierfür waren vielfältig. Zunächst einmal kamen gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen zum Tragen. Bereits 1947 – also noch vor der Währungsreform im Juli 1948 und noch vor dem Wirksamwerden des *European Recovery Program*, besser bekannt als Marshallplan – zeichnete sich die schrittweise Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft ab.¹ Der Koreakrieg 1950 bescherte der jungen Bundesrepublik einen regelrechten Wachstumsboom, war sie doch der „einzige bedeutende Industriestaat des Westens“,² der freie Produktionskapazitäten anzubieten hatte und die steigende internationale Nachfrage, vor allem nach Stahl und Rüstungsgütern, zu befriedigen vermochte.³ Das etwas zeitversetzt einsetzende „Wirtschaftswunder“ hob den Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten. Zugleich aber verdeckten die über Nacht gefüllten Schaufenster – die „Ikonologie der Bundesrepublik“⁴ – die nach wie vor bestehende Diskrepanz zwischen einem nach entbehrungsreichen Jahren unfasslichen Warenangebot und der sehr bescheidenen Kaufkraft vieler.⁵ Nach und nach sanken die Arbeitslosenzahlen. Die 1949 eingelei-

1 Werner Abelshausen, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2005, S. 130.

2 Ebd., S. 159.

3 So wies Deutschland am Kriegsende industrielle Kapazitäten auf, die kaum geringer als vor Kriegsbeginn waren. Problematisch war jedoch die Zerstörung von Wohnraum und weiter Teile der Infrastruktur.

4 Michael Wildt, *Am Beginn der „Konsumgesellschaft“*. Mangelserfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994, S. 38.

5 Wildt hat die Haushaltsbücher von Arbeitnehmerhaushalten der Jahre 1950 bis 1963 ausgewertet, die eindrucksvoll die Bescheidenheit des Einkaufszettels, selbst bei Gütern des täglichen Bedarfs, belegen. Vgl. ebd., S. 59–75.

tete Außenhandelspolitik und steigende Beschäftigungszahlen erhöhten die steuerlichen Einnahmen, endlich eröffneten sich materielle Verteilungsspielräume, die von günstigen politischen Rahmenbedingungen flankiert wurden.

Die im Grundgesetz (GG) verankerten Staatszielbestimmungen und ein vor Verfassungsaufhebung geschützter Kern (Art. 70 Abs. 3) – die Grundrechte, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, der Föderalismus und das Sozialstaatsgebot – trafen nämlich nun auf ein „entsprechendes Wollen, Können und Handeln“⁶ der beiden wichtigsten politischen Parteien in der bundesdeutschen Parteienlandschaft, CDU/CSU und SPD. So konzentrierte sich die Gesetzgebung der frühen Bundesrepublik zunächst auf die „Errichtung von Entschädigungs- und Versorgungssystemen“⁷ für jene Menschen, die vom Krieg besonders hart betroffen waren: Flüchtlinge, Kriegerwitwen und -waisen, Rentner, Kriegsbeschädigte. Ausfluss dieser Politik waren u.a. das 1950 erlassene Bundesversorgungsgesetz für die Kriegsoffer, das Lastenausgleichsgesetz von 1952 und das Bundesentschädigungsgesetz von 1953, die Rentenreform 1957, die die Höhe der Renten an die Entwicklung der Löhne und Gehälter koppelte und die bis dahin drückende Armut der Rentnerinnen und Rentner erheblich linderte. Eine zweite Rentenreform im Jahre 1972 verbesserte die Situation der Rentenempfängerinnen und -empfänger weiter.

Die 1960er Jahre waren von kontinuierlichem, wenn auch einem sich verlangsamenen Wirtschaftswachstum geprägt.⁸ Zwischen 1950 und 1965 verdreifachte sich das reale Brutto-sozialprodukt, die Zahl der Arbeitslosen sank von 1,9 Millionen auf nur noch 147.000, was einer – für heutige Verhältnisse fast unvorstellbaren – Arbeitslosenquote von 0,7 Prozent entsprach. Die einsetzende große Konsumfreudigkeit erhöhte auch die Binnennachfrage und stützte den wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik.

Vor diesem im Großen und Ganzen positiven wirtschaftlichen Hintergrund vollzog sich die Entfaltung des bundesdeutschen Sozialstaates, die mit dem Ölpreisschock von 1973/1974 – die seit 1960 zu einem Kartell zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Länder hatten die Preise für Rohöl nach dem Jom Kippur-Krieg drastisch erhöht – zunächst unterbrochen wurde. Die steigenden Ölpreise führten in den westlichen Industrieländern und natürlich auch in der Bundesrepublik zu einer Verteuerung der Produktion, zu Entlassungen, zu geringeren Staatseinnahmen, die sich auch auf die Ausgaben in der Sozialpolitik auswirken sollten.

Auch am Stephansstift lässt sich der oben skizzierte „Dreischritt“ von der „Zusammenbruchgesellschaft“ nach 1945 über die „Rekonstruktion sozialer Staatlichkeit“ in den 1950/1960er Jahren bis zum „voll entfalteten Sozialstaat“ bis 1975 geradezu mustergültig ablesen – hierüber nun mehr.

6 Manfred G. Schmidt, Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Wiesbaden 3. Auflage 2005, S. 258.

7 Winfried Süß, Sozialpolitik (Bundesrepublik), in: Michael Behnen (Hg.), Lexikon der deutschen Geschichte von 1945 bis 1990. Ereignisse, Institutionen, Personen im geteilten Deutschland, Stuttgart 2002, S. 551–555, S. 552.

8 Das Folgende nach: Walter H. Heering, Wirtschaftswunder, in: Behnen (Hg.), Lexikon, S. 670 f.

Die Nöte der Nachkriegszeit

Die Lebensbedingungen und Lebenslagen in der deutschen „Zusammenbruchgesellschaft“ (Christoph Kleßmann) nach dem Kriegsende waren schwierig und von großer Unsicherheit geprägt. Viele Städte in Niedersachsen glichen regelrechten Trümmerlandschaften.⁹ In Hannover waren über fünfzig Prozent der Wohnungen zerstört und unbewohnbar geworden.¹⁰ Im Durchschnitt verfügte jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Britischen Besatzungszone über etwas mehr als 6,2 qm persönlichen Wohnraum,¹¹ wenn nicht in der eigenen Wohnung, dann in überfüllten Notaufnahmelagern, umgewidmeten baufälligen Verwaltungsgebäuden, feuchten Kellern, dunklen Bunkern sowie in fremden Wohnungen mit – angesichts des zwangseinquartierten Zuwachses – oftmals wenig freundlichen und hilfsbereiten Nachbarn. Es ist leicht vorstellbar, dass diese bis weit in die 1950er/60er Jahre hineinreichende Praxis der Wohnraumbewirtschaftung einen ungeheuren sozialen Sprengstoff barg.

Als die Situation verschärfend kam eine ungeheure Bevölkerungsumschichtung hinzu, die sich aus drei Quellen speiste. *Erstens* waren im Zuge der staatlich gelenkten Evakuierungen seit 1943 bis zu neun Millionen Menschen – überwiegend Kinder, Frauen und Alte – aus den Luftkrieg gefährdeten Großstädten in ländliche und kleinstädtische Gebiete verschickt worden. Die Rückführung dieser Menschen blieb weit über das Bundesevakuierungsgesetz von 1953 hinaus ein gravierendes Problem.¹² *Zweitens* setzte die Welle von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung aus Ostmitteleuropa 14 bis 15 Mio. Menschen nach Westen in Bewegung, von denen etwa zwei Millionen unterwegs umkamen. Im Jahre 1950 lebten in den vier Besatzungszonen 12,3 Mio. „Heimatvertriebene“. In der Bundesrepublik war mit 7,9 Mio. Flüchtlingen und Vertriebenen etwa jeder sechste Einwohner aus dem Osten zugezogen.¹³ Flucht, Vertreibung und Umsiedlung wurden, *drittens*, schon bald durch die Abwanderung aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) überlagert – zwischen 1946 und 1949 kamen bereits etwa 1,3 Mio. Flüchtlinge aus der Ostzone in die Westzonen. Bis zum Bau der Berliner Mauer im Jahre 1961 verzeichnete die Bundesrepublik Deutschland *per saldo* einen Wanderungsgewinn von 3,1 Mio. Menschen zulasten der DDR.¹⁴

9 Siehe neuerdings zu den letzten Kriegswochen in Niedersachsen: Jens-Christian Wagner (Hg.), 70 Tage Gewalt, Mord, Befreiung. Das Kriegsende 1945 in Niedersachsen, Göttingen 2016.

10 Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 37. Jg., 1962, S. 360–362 (Kriegsschäden).

11 Helga Grebing / Peter Pozorski / Rainer Schulze, Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945–1949, a. Die wirtschaftlichen Grundlagen, Stuttgart 1980, S. 30.

12 Michael C. Krause, Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen“ im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963, Düsseldorf 1997.

13 Peter Marschalck, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1984, S. 154, Tab. 2.5; Wolfgang Benz (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt am Main 1985.

14 Marschalck, Bevölkerungsgeschichte, S. 87; Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.

Die Integration der Zuwanderer in die Nachkriegsgesellschaft war weit mehr als ein administratives Problem, sondern sie stellte auf Jahre hinaus die größte ökonomische, politische, kulturelle und mentale Herausforderung in allen Teilen Deutschlands dar. Dies gilt insbesondere auch für die frühen Hauptaufnahmeregionen Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Ende 1945 / Anfang 1946 setzten zwar – unter den Decknamen „Schwalbe“, „Taube“, „Honigbiene“ und „Wespe“ – die großen Sammeltransporte ein, bei denen Flüchtlinge von einer Besatzungszone in die andere verbracht wurden, um eine gleichmäßigere Verteilung zu erreichen. Dennoch stieg auf dem Gebiet des Bundeslandes Niedersachsen die Bevölkerung von 5.439.500 Menschen (1939) auf 6.432.800 (1949) sprunghaft an, eine Steigerung, die als unmittelbare Folge von Flucht, Vertreibung und Umsiedlung anzusehen ist. Die Menschen mussten sich in einer sich rapide wandelnden Gesellschaft zurechtfinden. In einer „Übergangszonen verflüssigter Sozialstrukturen“ schoben sich neue Elemente – vor allem der Gegensatz zwischen „Festwurzelnden“ und „Entwurzelten“ – in den Gesellschaftsaufbau ein. „Schicksalskategorien“ wie ‚Flüchtling‘, ‚Kriegerwitwe‘, ‚Ausgebombter‘, ‚Kriegsgefangener‘ drängten in der sozialen Selbst- und Fremdbeschreibung in den ersten Nachkriegsjahren die herkömmlichen sozialen Typisierungen – nach Stand und Klasse, Beruf und Bildung – in den Hintergrund.“¹⁵

Außerordentlich belastend war die prekäre Ernährungslage. Vor dem Krieg stammten noch rund 80 Prozent der Nahrungsmittel zur Versorgung der deutschen Bevölkerung aus eigener Landwirtschaft. Die Abtrennung der stark agrarisch geprägten Ostgebiete, die Zonenaufteilung mit ihren bürokratischen Hemmnissen, die Zerstörung der Verkehrsinfrastruktur, der Mangel an Saatgut, Kunstdünger und landwirtschaftlichem Gerät sowie Missernten ließen die Bedarfsdeckung auf nur noch 35 Prozent sinken.¹⁶ Insbesondere in den Wintermonaten 1946/47 hungerten viele Deutsche. Zwangsläufig und parallel zur mehr oder weniger darniederliegenden Wirtschaft entwickelte sich eine illegale Marktökonomie, die von Tauschhandel, Eigentumsdelikten, „Hamsterfahrten“ und „Schwarzem Markt“ geprägt war.

Kaum zu unterschätzen waren die Probleme der Kinder und Jugendlichen. Während des Zweiten Weltkriegs hatte aufgrund der Einberufung von Lehrern zur Wehrmacht, der Einquartierung von Truppen in Schulgebäuden, des Unterrichtsausfalls infolge von Bombenalarmen und des Einsatzes von Kindern und Jugendlichen zum Sammeln von Altmetall, Altpapier, Brennesseln usw. nur in sehr eingeschränktem Maße Schulunterricht stattgefunden. Viele Jungen und Mädchen hatten daher keine gründliche Schulbildung erhalten. Diese Situation änderte sich zunächst nicht grundlegend. 1946 wurden zum Beispiel in Göttingen 6.046 Volksschülerinnen und Volksschüler von 67 Lehrkräften unterrichtet,

15 Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 227.

16 Wildt, Beginn, S. 29.

auf einen Lehrer bzw. eine Lehrerin entfielen also durchschnittlich neunzig Kinder.¹⁷ Unter diesen Umständen war Lernen schwer und nicht alle kamen mit. So wuchs eine Generation heran, die teilweise nur auf rudimentäre Kenntnisse im Rechnen, Schreiben und Lesen zurückgreifen konnte. Auch die Allgemeinbildung ließ in vielen Fällen zu wünschen übrig. Aufgrund ihres geringen Bildungsstandes konnten viele junge Männer und Frauen lediglich eine ungelernte, schlecht bezahlte und häufig genug ungeliebte Tätigkeit aufnehmen – wenn sie denn überhaupt eine solche fanden. Für Ostern 1950 rechnete Pastor Wolff allein für Niedersachsen mit 68.000 Jungen und Mädchen, die nicht in „Arbeit und Brot untergebracht“¹⁸ werden könnten. Auch die Einführung eines 9. Schuljahres könne das Problem nicht lösen, sondern es lediglich um ein Jahr verschieben. „Das alles ist so schwer und drückend, dass man manchmal den Mut dabei verlieren möchte, und die Verhandlungen, die wir geführt haben, trugen denn auch einen sehr ernsten Charakter“, beschrieb Wolff Ende 1949 die Situation.

Um die wenigen Ausbildungs- und Arbeitsplätze konkurrierten auch jene Jugendlichen, die aus der SBZ geflohen waren. Angesichts von täglich 250 bis 260 über die „Zonengrenze“ kommenden Flüchtlingen im Alter von 15 bis 25 Jahren kamen den Verantwortlichen, auch Wolff in seiner Funktion als Leiter des Landesjugendamtes, Zweifel, ob deren Unterbringung, Beschulung und Ausbildung überhaupt zu sichern sei: „Vor wenigen Tagen haben wir in unserem Ministerium für Arbeit und Aufbau eine mehrstündige Sitzung gehalten, von der man eigentlich nur sagen konnte, dass es eine Zusammenkunft von völlig ratlosen Menschen war.“¹⁹ Untergebracht wurde die „wandernde Jugend“, die zumeist aus der SBZ kam,²⁰ in Notaufnahmelagern, in Heimen und Anstalten oder in Bunkern. In der Bergstraße in Hannover wurde bald nach Kriegsende ein Tiefbunker als Unterkunft für wandernde Jugendliche genutzt. Träger war seit dem Winter 1945 der Stadtverband für Innere Mission Hannover, für den Pastor Wolff in verantwortlicher Position tätig war. Die Nachfrage war riesig. Von 1946 bis 1948 fanden dort 8.800 Jungen und Mädchen im Alter von 9 bis 18 Jahren tageweise Aufnahme und Betreuung.²¹ Im Herbst 1949 kündigte die britische Militärregierung an, den Bunker zum 31. März 1950 schließen und dann sprengen zu wollen. Händeringend suchte man nach einer Alternative. Schließlich fand man in Hannover-Ricklingen ein zwar noch auszubauendes, aber immerhin geräumiges Gebäude für rund 75 Jugendliche zum Verkauf. Pastor Wolff bat Oberregierungsrat *Henckel* im November 1949 um eine Beihilfe, notfalls um ein Darlehn in Höhe von 45.000 DM.²²

17 Max Buchheim, Die Göttinger Volks- und Mittelschulen, in: Göttinger Jahrbuch 1952, S. 83, abgedruckt in: Thomas Berger / Karl-Heinz Müller, Lebensbedingungen 1945–1948, Hannover 1983, S. 157.

18 Wolff an Annemarie Körner, 10.11.1949, AStH, 1257. Danach auch das folgende Zitat.

19 Wolff an Pastor Waldemar Lerch, 2.10.1948, AStH, 1256,1.

20 Wolff an Oberregierungsrat Henckel, Niedersächsisches Kultusministerium, 7.11.1949, AStH, 1257.

21 1946: 4.100 Jugendliche; 1947: 2.500; 1948: 2.200. Diakon Schwedhelm an Wolff, 17.10.1949, AStH, 1257.

22 Anwohner und Passanten klagten über das „Dirnenunwesen“ in der Nähe des „Jugendbunkers“, so zum Beispiel Landeskirchenrat Wilhelm Mahner an Wolff, 16.8.1949, AStH, 1257.

Nach eigenem Bekunden machte sich Wolff vor allem für die seelsorgliche Begleitung der „heimatlosen Jugend“ stark, ihre Vermittlung in Arbeit kam für ihn erst an zweiter Stelle:

„Es ist nach meiner Ansicht völlig fehl am Platze, diese Jugendlichen, die unendlich viel herumgetrieben worden sind, gleich in Arbeit zu vermitteln, womöglich zu Arbeitgeber, denen es begreiflicher- und verständlicher Weise natürlich in erster Linie auf Arbeitsleistung ankommt, weil sie ja auch dafür bezahlen müssen. Vielmehr ist es das Wichtigste, dass diese Jugend erst einmal in einem Heim untergebracht wird, wo sie langsam ein neues ‚Heimatgefühl‘ gewinnt, und wo alles abfällt, was sich in der Zeit der Wanderung an Kruste gebildet hat.“²³

Wolffs bemerkenswerte Haltung teilten nicht alle Zeitgenossen. So schrieb ein „Landwirt aus dem Rheinland“, der anonym bleiben wollte, im Winter 1948, dass er Wolff für einen „unverbesserlichen Optimisten“ halte, der „offenbar gar keine Ahnung hätte, was mit dieser Jugend in Wirklichkeit los wäre.“²⁴ Wolff aber schlug sich auf die Seite der „entwurzelten Jugend“ und betonte die „Verpflichtung der alten Generation“. Läge doch auf deren „Schultern [...] ein großer Teil der Verantwortung für die trostlose Lage [...], in die unser Volk hineingeraten ist.“ Allerdings stellte Wolff in seiner Antwort an den Landwirt noch einmal deutlich klar, dass er, obgleich Teil der „alten Generation“, eine konkrete Verantwortung für die Jahre 1933 bis 1945 nicht mittrage: „Für meine Person kann ich mit gutem Gewissen sagen, dass der Nationalsozialismus durch mich nicht zur Herrschaft gelangt ist, und sich auch mit meiner persönlichen Hilfe nicht in der Herrschaft behauptet hat – ganz im Gegenteil!“ Gleichwohl betonte er aber, dass es auch seine Aufgabe sei, „der Jugend die Hand zu reichen und ihr weiterzuhelfen.“ Trotz aller Bemühungen fiel eine nicht bekannte Zahl „ostzonaler Jugendlicher“ durch das Hilfenetz. Allein auf sich gestellt, nicht selten durch ihre Fluchterlebnisse traumatisiert, fristeten sie ihr Dasein mit Prostitution, Diebstählen, Tauschhandel und Gelegenheitsarbeiten. Viele vagabundierten ziellos umher und waren der ortsansässigen Bevölkerung ein Dorn im Auge.

Aber auch wenn alle Familienmitglieder den Krieg überlebt und in den Nachkriegswirren wieder zueinander gefunden hatten, war die alte Ordnung in vielen Fällen instabil geworden. Der Krieg und seine Begleiterscheinungen hatten die überkommene Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern und Generationen grundlegend in Frage gestellt. Überlebende, häufig traumatisierte und kriegsversehrte Soldaten fanden nach ihrer Rückkehr nicht nur eine ihnen fremde Heimat, sondern auch eine Familie vor, die sich während ihrer Abwesenheit völlig neu organisiert hatte. Ihre Kinder, die während ihrer Abwesenheit zum Lebensunterhalt beigetragen und so in Teilen den Platz des abwesenden Ernährers

23 Wolff an Edith Haniel, 26.11.1948, AstH, 1256, 1.

24 Wolff paraphrasierte die Postkarte des Landwirts. Vgl. ebd. Danach auf die folgenden Zitate.

eingenommen hatten, brachten ihrem Vater, dem „Verlierer und Schuldigen“,²⁵ nicht mehr den gewohnten Respekt entgegen, den dieser aber mit Nachdruck und nicht selten mit Gewalt einforderte. Die erfolgreiche Übernahme der „Ernährerrolle“ durch die Frauen wiederum führte zu einer Verschiebung der innerfamilialen Autorität, was heftige Auseinandersetzungen zwischen den Ehepartnern um eine Wiederaufgabe überkommener patriarchaler Ehe- und Familienvorstellungen nach sich ziehen konnte. In den ersten Nachkriegsjahren stieg die Scheidungsrate signifikant an.²⁶ Nicht wenige „Scheidungskinder“, vor allem wenn deren Mütter und Väter sich neu verheirateten, fanden sich in Heimen wieder.

Auf der anderen Seite kam es zu Familienzusammenführungen, die nicht von allen gerne gesehen wurden. So nahmen Eltern das Kriegsende zum Anlass, ihre Söhne und Töchter aus den Heimen zu nehmen. Dabei wiesen sie darauf hin, dass die britische Militärregierung die Fürsorgerziehung aufgehoben habe, was jedoch nicht stimmte. Umgehend erließ die Militärregierung am 12. Juni 1945 eine Anordnung, dass „alle Fürsorgezöglinge (männlich und weiblich) aus Erziehungsheimen, die aus den Heimen oder ihren Stellen entwichen sind“,²⁷ sich bei den „örtlichen Jugendämtern“ zu melden hatten. „Die Zöglinge müssen in die Heime zurückgebracht werden. Sie haben ihre Sachen mitzubringen.“ Aus diesen verschiedenen Gruppen rekrutierten sich die Jungen und männlichen Jugendlichen, die nach 1945 ins Stephansstift kamen.

Die Wiederherstellung der Infrastruktur, die materielle und medizinische Versorgung der Bevölkerung, die Unterbringung einer wachsenden Zahl von Flüchtlingen, unter ihnen viele Kinder und Jugendliche, die Reorganisation bzw. der Umbau von Verwaltungsstrukturen waren die drängendsten Aufgaben der britischen Militärregierung. Bereits am 22. November 1946 sollte die Militärregierung rückwirkend zum 1. November 1946 die Gründung des Landes Niedersachsen mit Hannover als Hauptstadt verkünden.²⁸ Im Bereich der Jugendfürsorge griff die Militärregierung zunächst auf die Mitarbeit Pastor Johannes Wolffs zurück, dem sie im Juli 1945 die Leitung des Landesjugendamtes der Provinz Hannover übertrug.²⁹ Wolff zögerte. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, vor denen das Stephansstift stand – es seien lediglich die Reparatur der Häuser im Stephansstift, die Gewinnung finanzieller Mittel, die Wiederbelebung der „Brüdersache“, die Rückführung der evakuierten „Zöglinge“, die täglich zu Dutzenden an die Türen des Stephansstifts klopfen-

25 Ute Benz, „Maikäfer, flieg! Dein Vater ist im Krieg.“ Aspekte der Heimkehr aus familialer Sicht, in: Annette Kaminsky (Hg.), *Heimkehr 1948. Geschichte und Schicksale deutscher Kriegsgefangener*, München 1998, S. 176–191, S. 181.

26 1948 wurden in den drei Westzonen 87.013 Ehen geschieden, 1939 waren es auf demselben Gebiet noch 29.663 gewesen. Franka Schneider, „Ehen in Beratung“, in: Kaminsky (Hg.), *Heimkehr 1948*, S. 192–216, S. 194.

27 Oberpräsident der Provinz Hannover an alle Jugendämter der Provinz Hannover, 23.7.1945, AStH, 1222. Danach auch das folgende Zitat.

28 Für einen knappen Überblick über die Nachkriegsgeschichte Niedersachsens siehe: Dieter Brosius, *Niedersachsen. Geschichte im Überblick*, Hannover 3. Auflage 1992, S. 56–61.

29 Insgesamt gab in der britischen Zone acht Landesjugendämter: Braunschweig, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Kiel, Münster und Oldenburg. Wolff an Pfarrer Waldemar Lerch, 23.2.194[?], AStH, 1256, 1. Wolff hatte diese Funktion bis zum 1. März 1950 inne.

den Flüchtlinge usw. erwähnt –, stellte die neue Funktion zweifellos eine weitere, große Belastung dar. Schließlich akzeptierte Wolff die Entscheidung und nahm das neue Amt an, nicht „ohne Bedenken“,³⁰ wie er der Brüderschaft des Stephansstifts im Oktober 1945 versicherte. „Zwingende innere Gründe“³¹ hätten letztlich den Ausschlag gegeben, erklärte Wolff, der betonte, dass es sowohl der Behörde als auch der britischen Militärregierung wichtig gewesen sei, dass „wieder christliche Gedanken bei der Jugendführung und bei der Jugenderziehung zu einem deutlichen Ausdruck kommen“ sollten. Wolff hatte sich schon Mitte April 1945 keinerlei Illusionen darüber gemacht, dass der „laute Ruf an die Innere Mission“³² nicht zuletzt darauf abziele, die „materielle Not in der Volksgemeinschaft“ zu beseitigen. „Diese Tatsache darf nicht übersehen werden. Sie birgt die Gefahr in sich, dass in der Beseitigung dieser Notstände die Hauptaufgabe gesehen werden könnte“,³³ konstatierte Wolff nüchtern und warnte vor einem Hilfehandeln ohne Glaubensvermittlung:

„Hiervor hat sich die Innere Mission von vornherein künftig zu hüten. Ihre eigentliche Aufgabe ist und bleibt von vornherein die Verkündigung. Sie verkündigt durch die Tat, indem sie im Handeln die Lebenskraft des Evangeliums erweist, und indem sie den ihr anvertrauten Menschen gegenüber vom Evangelium spricht. Dies muss auch für die Zukunft unter allen Umständen gelten.“

Als dieser Zielsetzung förderlich brachte Wolff die Idee eines „Sonntagsblatts“ auf, wobei unklar blieb, wer es herausbringen sollte. Die Kirche? Die Innere Mission? Das Stephansstift? Diese Fragen mussten zunächst offen bleiben. Jetzt musste es darum gehen, den Wiederaufbau des Stephansstifts beherzt in Angriff zu nehmen. Bedenkt man, dass sich die Kriegsschäden auf rund 1.230.000 DM³⁴ beliefen, dann stand eine Herkulesaufgabe bevor.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Das Ende des Krieges erlebten nicht nur weite Teile der deutschen Bevölkerung, sondern auch die Vertreter von Kirche und Diakonie ambivalent.³⁵ Als *Christen* waren sie erleichtert

30 Wolff, Brüderundbrief, 31.10.1945, S. 4. Danach auch die folgenden Zitate.

31 Auch wenn die einschlägigen Quellen fehlen, so dürften Wolff die möglichen Vorteile, die ihm als Leiter des Landesjugendamtes zuwachsen konnten – die Nähe zu Militärregierung und Verwaltung, der Zugang zu Informationen, die Einflussmöglichkeiten auf Pflegesätze und Heimzuweisungen, um nur einige zu nennen – sicherlich auch vor Augen gestanden haben.

32 Wolff, Überlegungen zur Lage der Inneren Mission und ihrer Einsatznotwendigkeit, 25.4.1945, S. 1, AStH, 88. Danach auch die folgenden Zitate.

33 Wolff, Brüderundbrief, 31.10.1945, S. 4. Danach auch das folgende Zitat.

34 Wolff an den niedersächsischen Minister für Vertriebene, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten, 21.4.1951, AStH, 1017. So beliefen sich die Schäden in Kronsberg auf 960.000 DM und beim Stephansstift auf 220.000 DM, wobei hier noch Luftdruckschäden in Höhe von 60.000 DM hinzukamen. Vorstandsprotokoll, 2.12.1954, AStH, 290.

35 Das Folgende nach: Clemens Vollnhals, Im Schatten der Stuttgarter Schulderklärung. Die Erblast des

über die Befreiung vom nationalsozialistischen Druck auf die Kirche, froh über die Beendigung einer Politik, die viele konfessionelle Einrichtungen an den Rand ihrer Existenz gedrängt bzw. teilweise zerstört hatte; als *Deutsche* hingegen fühlten sie sich – trotz des herbeigesehnten Kriegsendes – besiegt, besetzt und gedemütigt. Zu dieser Haltung trugen nicht zuletzt die vielfältigen Nöte der Nachkriegszeit bei: Hunger und allgemeiner Mangel, eine zerstörte Infrastruktur, hunderttausende Flüchtlinge aus dem Osten, die untergebracht und versorgt werden mussten, eine alliierte Besatzungs- und Entnazifizierungspolitik, die als ungerecht und anmaßend empfunden wurde, schließlich die bittere Überzeugung, sich in Hitler getäuscht zu haben. Der alliierte Vorwurf einer deutschen Kollektivschuld begünstigte den grassierenden Unmut innerhalb weiter Teile der deutschen Bevölkerung, deren Bedürfnis ein ganz anderes war, wie der Philosoph *Karl Jaspers* (1883–1969) im Jahre 1945 feststellte:

„Man mag nicht hören von Schuld, von Vergangenheit, man ist nicht betroffen von der Weltgeschichte. Man will einfach aufhören zu leiden, will heraus aus dem Elend, will leben, aber nicht nachdenken. Es ist eher eine Stimmung, als ob man nach so furchtbarem Leid gleichsam belohnt, jedenfalls getröstet werden müsste, aber nicht noch mit Schuld beladen werden dürfte.“³⁶

In dieser Stimmungslage war es wenig verwunderlich, dass sich zu Predigt und Seelsorge der Pfarrer und zur Arbeit der kirchenleitenden Eliten, deren „soziale Kontinuität und mentale Homogenität [...] völlig unberührt“³⁷ geblieben waren, ein politisches Engagement gesellte, das vehement für die wegen ihrer Parteizugehörigkeit Entlassenen eintrat. Dies geschah nicht nur aus Sorge um die materielle Existenz ihrer Gemeindeglieder, sondern auch aus Furcht vor einer politischen Ordnung, die nicht ihren Vorstellungen zu entsprechen versprach. Kamen doch jetzt vielfach die „Weltanschauungsgegner“ der Kirchen in einflussreiche politische Ämter und Positionen: Die aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern entlassenen Gewerkschaftsführer, Kommunisten und Sozialisten, ehemals Verfolgte, die nun von der Entnazifizierungspolitik der Alliierten profitierten. In diesem Zusammenhang kam es schon wenige Wochen nach der Kapitulation zu einem Protest des bayerischen Landesbischofs *Hans Meiser* (1881–1956) und des Kardinals von München und Freising, *Michael von Faulhaber* (1869–1952), gegen die „Säuberungspolitik“ der Alliierten.³⁸ Unterstützt wurde

Nationalprotestantismus, in: Manfred Gailus / Hartmut Lehmann (Hg.), *Nationalprotestantische Mentalitäten. Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes*, Düsseldorf 2005, S. 379–431.

36 Karl Jaspers, *Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands*, München 2. Aufl. 1996, S. 15.

37 Vollnhals, *Schatten*, S. 382.

38 Vollnhals bemerkt, dass es sich bei diesem Vorgang um ein denkwürdiges Ereignis handelte. Denn während des Nationalsozialismus hatten sich beide Kirchen nicht zu einer Intervention zugunsten Verfolgter oder auch nur entlassener missliebiger Personen durchringen können. Siehe: Vollnhals, *Schatten*, S. 383. Siehe zu diesem Komplex grundsätzlich: Clemens Vollnhals, *Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit*, München 1989.

dieser Protest vom württembergischen Landesbischof *Theophil Wurm* (1868–1953), der die persönliche Integrität der in Ämter berufenen politisch Unbelasteten in Frage stellte: „Viele Nicht-Parteigenossen, die sich heute breit machen, waren einst ohne Halt und Charakter und stellten auch als Beamte, die aus irgendeinem Motiv nicht Parteimitglied werden konnten, keineswegs immer die Elite dar.“³⁹ Nicht zuletzt war die kirchliche Fürsprache für ehemalige NSDAP-Mitglieder eine „Parteinahme für das eigene Milieu, das es nach den Zerklüftungen des Kirchenkampfes und der Rückflut ausgetretener Nationalsozialisten binnenkirchlich zu integrieren galt.“⁴⁰ So nahm die evangelische Kirche erneut jene Rolle ein, die sie bereits nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg ausgefüllt hatte: „Anwalt des geschlagenen Volkes, konservative Gegenmacht und deutschnationale Trutzburg gegenüber der politischen Kultur des Westens.“⁴¹ An den eigenen Jubel, als der Nationalsozialismus im Januar 1933 an die Macht kam, und an die Hitler in tausenden von Predigten zugesicherte „Gefolgschaft“ wollte man sich nun nicht mehr erinnern und erinnern lassen. Vor diesem Hintergrund war es nicht überraschend, dass in den Kirchengemeinden die Erörterung der Schuldfrage, die die Alliierten vor allem auch als „Kollektivschuld“ behandelt sehen wollten, nur in Einzelfällen stattfand oder gar auf Widerstand stieß.

Wie hielt es nun das Stephansstift mit dem Nationalsozialismus, mit dem Krieg und der deutschen und nicht zuletzt mit seiner eigenen Schuld? Am 23. Oktober 1945 wandte sich Pastor Wolff mit den folgenden Worten an die Brüder und ihre Frauen: „Wir haben Gottes Gerichtstat erlebt. Wenige unter uns hätten einen Propheten, der vor Jahresfrist den kommenden Zusammenbruch Deutschlands als sichtbares Gottesgericht geschildert hätte, ernst genommen. Heute empfinden wir sehr stark, wie sich in diesem Zusammenbruch ein Gericht Gottes vollzogen hat. Eine Tat des Herrn ist geschehen.“⁴² Der Krieg sei ein „furchtbarer Anschauungsunterricht“ und eine Strafe dafür gewesen, dass sich das „Volk“ von Gott abgewendet habe. Damit habe es „seine eigene Existenz“ gefährdet. Allerdings wies Wolff ausdrücklich darauf hin, dass das Stephansstift „die große Katastrophe überdauert“ habe. Keinen Tag habe man die Arbeit unterbrechen müssen. Der Krieg und seine Folgen galten Wolff als „Geißel“, mit der Gott den sündigen, vom Glauben abgefallenen Menschen bestraft habe. Der Pastor bemühte hier eine althergebrachte Erklärungs- und Bewältigungsfigur, die sich – bereits zu Kriegsbeginn – auf theologische Inhalte zurückgezogen und die „eigentlichen politischen, die außen- und innenpolitischen Fragen und Probleme, Entscheidungen und Tatsachen so gut wie gar nicht systematisch“⁴³ reflektiert hatte.

Eine Woche später, am 31. Oktober 1945, geißelte Wolff, ohne seine eigene Verstrickung ins Wort zu heben, das politische Engagement vieler Diakone und warnte vor einer Wiederholung:

39 Vollnhals, Schatten, S. 383f.

40 Ebd., S. 385.

41 Ebd., S. 388.

42 Wolff, Brüderrundbrief, 23.10.1945, S. 10. Danach auch die folgenden Zitate.

43 Günter Brakelmann (Hg.), Kirche und Krieg. Der deutsche Protestantismus am Beginn des II. Weltkriegs, München 1979, S. 119.

„Die Politisierung der männlichen Diakonie, die in den Jahren nach 1933 Platz gegriffen hat, ist nicht zum Segen gewesen und hat viel inneren und äußeren Schaden angerichtet. Es war früher feststehender Grundsatz in unserer Bruderschaft, dass ein Diakon nicht parteipolitisch gebunden sein sollte. Zu unserem großen Schaden haben wir das weithin vergessen und Einzelne haben sich so weit vorgewagt, dass die Folgen, die nun daraus für sie und ihre Familien erwachsen, noch gar nicht abzusehen sind. Das darf uns nicht noch einmal passieren.“⁴⁴

Überhaupt sei angesichts der „Fülle der Aufgaben, die vor uns liegen, auch gar keine Zeit zu solchen Dingen.“ Damit gab Wolff die zukünftige Marschrichtung der Bruderschaft vor. Die Vergangenheit hinter sich zu lassen, sich mit aller Kraft dem Wiederaufbau und später dem Ausbau des Stephansstift zu widmen, korrespondierte indes mit der Haltung der damaligen Gesellschaft, die erst mit den Umbrüchen der späten 1960er Jahre schmerzhaft an ihre unbewältigte Vergangenheit erinnert werden sollte. Im Stephansstift sollte es bis 1988 dauern, bis die Bruderschaft sich offensiv ihrer eigenen Vergangenheit während des Nationalsozialismus stellte.

Aber angesichts des hohen Organisationsgrades der Diakone in nationalsozialistischen Verbänden, ihrer Beteiligung an einem Vernichtungskrieg im Osten und nicht zuletzt nach dem „Stuttgarter Schuldbekennnis“, das auf der zweiten Ratssitzung der von den Bruderräten der Bekenntnissynoden neu gegründeten Evangelischen Kirche in Deutschland (EKiD) am 18. und 19. Oktober 1945 in Stuttgart zustande gekommen war,⁴⁵ musste sich auch die Männliche Diakonie in irgendeiner Form offiziell zum Nationalsozialismus und zum Krieg verhalten.

Am 3. und 4. September 1946 fand die erste größere Konferenz der „Arbeitsgemeinschaft der Männlichen Diakonie“⁴⁶ nach dem Krieg statt. Auf der Tagesordnung standen u.a. die bereits geschilderten Versorgungsfragen der verrenteten Brüder. Dass die Verabschiedung einer Grundsatzerklärung der Bruderhäuser zum Nationalsozialismus bevorstand, war der Tagesordnung nicht zu entnehmen. So war die Mehrzahl der anwesenden Vorsteher und Diakone einigermassen überrascht, als ihnen *Paul Tegtmeyer* (1886–1967), Vorsteher von Nazareth, ein Papier vorlegte, das sich mit der Schuld der Männlichen Diakonie während

44 Wolff, Brüderrundbrief, 31.10.1945, S. 7. Danach auch das folgende Zitat. Ob der Vorsteher bei dieser Erklärung auch an die vier Diakone dachte, die als Wachmänner in den Emslandlagern eingesetzt waren? Vgl. Ernst Christoph Mehl, Diakone als Wachmänner in den Emslandlagern, in: Heinrich Grosse / Hans Otte / Joachim Perels (Hg.), *Neubeginn in der Nachkriegszeit? Die hannoversche Landeskirche nach 1945*, Hannover 2. Aufl. 2003, S. 291–399.

45 Siehe die Protokolle sowie diverse Schreiben und Stellungnahmen zur 2. Sitzung des Rates der EKD in Stuttgart am 18. und 19. Oktober 1946: Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 1: 1945/46, bearbeitet von Carsten Nicolaisen und Nora Andrea Schulze, Göttingen 1995, S. 23–111.

46 Die „Arbeitsgemeinschaft der Männlichen Diakonie“ war der Zusammenschluss der Konferenz der Deutschen Bruderhausvorsteher und der Deutschen Diakonenschaft.

der NS-Zeit auseinandersetzte.⁴⁷ Tegtmeyer war prädestiniert für einen solchen weitreichenden Vorstoß. Unter den Brüderhausvorstehern war er derjenige gewesen, der sich am konsequentesten für die Belange und die Ziele der Bekennenden Kirche während des Nationalsozialismus eingesetzt hatte.

Pastor Tegtmeyers Entwurf forderte den anwesenden Vertretern der Brüderhäuser einiges ab. Verlangte der Vorsteher von Nazareth doch nicht weniger als eine konsequente Abrechnung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, ein schonungsloses Schuld eingeständnis, das nicht durch Hinweise auf einen vermeintlich geleisteten Widerstand verwässert wurde, sowie die zeitnahe und radikale Umgestaltung des inneren Lebens und äußeren Form der Männlichen Diakonie. So bemerkenswert kompromisslos und beredt das Papier Tegtmeyers angesichts des von Relativierung und Schuldabwehr geprägten gesellschaftlichen und kirchlichen Binnenklimas war, so schweigsam blieb es hinsichtlich der Frage nach einer etwaigen Schuld gegenüber jenen Menschen, die die Schutzbefohlenen der Diakone gewesen waren: die Alten und Kranken, die geistig und körperlich Behinderten, die sozial Deklassierten und die als „rassisch minderwertig“ Verfolgten und schließlich Ermordeten. Und auch die Menschen in den überfallenen Ländern, die unter der auch von Diakonen exekutierten deutschen Herrschaftspraxis gelitten hatten, blieben unerwähnt. Die Männliche Diakonie blieb auf ihren Binnenbereich und ihre inneren Angelegenheiten beschränkt.

Die – trotz heftiger Diskussionen – letztlich von den Tagungsteilnehmern einstimmig verabschiedete überarbeitete „Treysaer Erklärung“ ging jedem Diakon in gedruckter Form zu.⁴⁸ Jeder Bruder solle sich „den Ernst und die Bedeutung dieser Erklärung deutlich“⁴⁹ machen. Ob und inwieweit sich die Brüder des Stephansstifts die „Treysaer Erklärung“ zu eigen machten, geht aus den Quellen nicht hervor.

Der Inhalt von Tegtmeyers Papier ging etlichen Anwesenden zu weit.⁵⁰ Ein Redaktionskreis entschärfte bzw. strich jene Passagen, die deutlich die Schuld der Deutschen Diakonenschaft und die Missstände in der Männlichen Diakonie benannten. In Fortfall kam zum Beispiel der Satz: „Es bedarf bei uns allen einer tiefen Erkenntnis unserer Schuld und einer entschiedenen Lossagung von den in Hamburg 1933 beschrittenen Irrwegen.“⁵¹ Ebenso entfielen Tegtmeyers Worte der kritischen Selbstbeziehung:

47 Michael Häusler, „Dienst an Kirche und Volk“ Die Deutsche Diakonenschaft zwischen beruflicher Emanzipation und kirchlicher Formierung (1913–1947), Stuttgart/Berlin/Köln 1995, S. 443.

48 Aufgrund des Papiermangels konnte Wolff seine Gedanken zur Treysaer Erklärung lediglich auf einem Blatt Papier je Bruder niederlegen. Hildegard [Nachname unleserlich], Mitteilung an Wolff, 11.11.1946, AStH, 980.

49 Treysaer Erklärung, zit. n. Häusler, „Dienst“, S. 447.

50 Michael Häusler, „Vom Irrweg der Männlichen Diakonie“ Die Treysaer Erklärung vor dem Hintergrund der äußeren und inneren Lage der Bruderschaften und der Deutschen Diakonenschaft, in: Dokumentation zur 4. Fachtagung des VEDD zur Geschichte des Verbandes im Dritten Reich vom 28. bis 30. Januar 1994, Bielefeld 1994, S. 6–22; sowie: ders., „Dienst“, S. 440–449.

51 Die rund tausend Diakone des 9. Deutschen Diakonentages in Hamburg im September 1933 hatten sich „vorbehaltslos“ hinter die Reichsleitung der Deutschen Christen gestellt. Häusler wertete den Hamburger

„Wir suchten Ehre, Anerkennung und Förderung bei den Mächten und Organisationen, die das Wort Gottes verachteten, die Kirche hassten und die Innere Mission zu beseitigen versuchten. Unsere Leistungen sanken; unser Ansehen litt; unser Nachwuchs blieb aus; der Segen von oben fehlte. Das ganze Werk der männlichen Diakonie krankte an Haupt und Gliedern.“

Der Redaktionskreis ersetzte hier und da das Wort „politisch“ mit „weltlich“. Die von Tegtmeyer konkret benannte „nationalsozialistische Ideologie“ verschwand zugunsten einer „weltanschaulichen und religiösen Irrlehre“.⁵² Aber trotz dieser Korrekturen blieb der qualitative Gehalt der Grundsatzklärung erhalten. In ihrer klaren Benennung der Schuld, aber auch in ihrem theologischen Inhalt ging sie weit über das „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ hinaus.⁵³ Die Männliche Diakonie habe auf die „Stimmen der Fremden gehört“ und „wilde Schwärmerei“ statt „schlichten Gehorsam“ gewählt. Man habe die „Tore der Männlichen Diakonie“ für die „Mächte der Zersetzung und für die Geister der Verführung“ geöffnet. Seelsorge und Liebe der Bekenntnistreuen, aber auch ihr Mut und Glaube hätten nicht ausgereicht, Diakone aus allen Brüderhäusern „vor der Verblendung der christuswidrigen Propaganda zu bewahren.“ Dadurch sei die „Männliche Diakonie durch einzelne ihrer Vertreter unglaublich in ihrer Haltung vor der Welt und in der Kirche“ geworden. Zudem hätten „Unbrüderlichkeit, Herrschsucht und Zersetzung“ Einzug in die Männliche Diakonie gehalten und dieser „großen Schaden“ zugefügt, ein Schaden, „den wir selber verschuldet haben.“ Die „Treysaer Erklärung“ schloss mit Aussagen zum organisatorischen Umbau der Deutschen Diakonenschaft.⁵⁴

Währenddessen vollzog sich hinter den Kulissen der Männlichen Diakonie eine Auseinandersetzung um die Rolle, Stellung und Zukunft der Deutschen Diakonenschaft (und damit auch der Stephansstiftsbrüder) und ihres Geschäftsführers, Diakon *Fritz Weigt* (1889–1974), die schließlich eine Neubesetzung der Leitungen der Arbeitsgemeinschaft

Diakonentag als Höhepunkt in der Entwicklung der Selbstgleichschaltung des Diakonenverbandes. Vgl. Häusler, „Dienst“, S. 238–251, sowie: Ernst Klee, „Die SA Jesu Christi“. Die Kirchen im Banne Hitlers, Frankfurt am Main 1989, S. 52–61.

- 52 Erklärung der „Arbeitsgemeinschaft der Männlichen Diakonie“ vom 4.9.1946, ADE, DD 685. Danach auch die folgenden Zitate.
- 53 Häusler, „Dienst“, S. 445. Siehe auch: Martin Greschat, Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit, Stuttgart 2002; Günther van Norden, Befreiung der Kirche? Kirche der Befreiten? Der schwierige Neubeginn der evangelischen Kirche im Jahr 1945, in: Evangelische Theologie, Nr. 5/1995, S. 457–474; Vollnhals, Schatten, S. 379–431.
- 54 Das 1933 in die Deutsche Diakonenschaft eingeführte „Führerprinzip“ müsse „unter allen Umständen beseitigt werden“. Nötig sei eine „geistliche Leitung“, mit der der geistliche Charakter der Diakonenschaft, die ja eine „Bruderschaft von Diakonen“ und keine „christliche Gewerkschaft“ sei, zum Ausdruck komme. Für die laufenden Geschäfte solle ein aus der Mitte der Diakone bestimmter Geschäftsführer Sorge tragen, der „Hirte“ der Diakonenschaft könne aber nur der Vorsitzende der Brüderhausvorsteherkonferenz sein. Tegtmeyer formulierte hier den Führungsanspruch der Vorsteher der Brüderhäuser, die im Zuge der Neuordnung hofften, den Einfluss der Deutschen Diakonenschaft beschneiden zu können.

der Männlichen Diakonie sowie der Brüderhausvorsteherkonferenz notwendig machten.⁵⁵ Diese Funktionen übernahm im November 1947 – notgedrungen – Pastor Wolff. Dessen Berufung stieß nicht bei allen Amtsbrüdern und Diakonen auf Zustimmung. Es war *Paul Heymann* (1916–1975), Diakon der Kreuznacher Bruderschaft Paulinum,⁵⁶ der Bedenken gegen die Wahl Wolffs hegte und dessen persönliche Integrität in Frage stellte:

„In der vorigen Woche hörte ich auf einer Diakonentagung von Ihrer Wahl zum Leiter der Brüderhausvorsteher-Konferenz und damit auch zum Leiter der Arbeitsgemeinschaft Diakonie. Ich war verwundert und enttäuscht, weil sich Ihr Name bei mir mit unangenehmen Dingen aus der n.s. Zeit verbindet. Ich würde Ihnen nun gern in meinem Herzen auch mein Vertrauen schenken. Vielleicht können Sie das möglich machen, indem Sie mir folgende Frage beantworten: ‚Trifft es zu, dass Sie Ihre Brüder einschließlich freie Kräfte förmlich zum Eintritt in die SA veranlassten?‘“⁵⁷

Tatsächlich hatte Wolff, übrigens ein förderndes Mitglied der SA,⁵⁸ sich am 21. Oktober 1933 in dieser Angelegenheit an die Bruderschaft gewandt. Seine anfängliche Bitte verwandelte er in einen unmissverständlichen Appell: „Ich bitte also jeden jungen Bruder, die Eingliederung zur S.A. rechtzeitig zu vollziehen. [...] Was die jungen Brüder, die im Stift selbst anwesend sind, anbetrifft, so habe ich die Absicht, für diese gemeinsam die Anmeldung vorzunehmen – meine Aufforderung richtet sich also in erster Linie an alle diejenigen, welche auswärts und außerhalb des Stephansstifts tätig sind.“⁵⁹ Verbürgt ist weiterhin, dass Wolff den Eintritt von „Zöglingen“ des Stephansstifts in die HJ und SA gestattete und – nachdem etliche Jugendliche nach dem 30. Januar 1933⁶⁰ unerlaubt eingetreten waren – sogar fördernde und eine Auswahl vornahm. Die Aufnahme von Stephansstift-Zöglingen in die beiden paramilitärischen Gruppierungen bewertete der Vorsteher als „höchste Stufe der pädagogischen Progression und als Anerkennung für das Wohlverhalten und gute charakterliche

55 Diese verwickelte theologische, politische und persönliche Auseinandersetzung beschreibt Häusler, „Dienst“, S. 450–452. Siehe zur Neupositionierung der Deutschen Diakonenschaft auch: Reinhard Neumann, *In Zeitbrüchen diakonisch handeln 1945–2013*, Bielefeld 2013, S. 38–62.

56 Der Lebensweg Bruder Heymanns von 1935 bis in die 1950er Jahre, vor allem seine Zeit als Sanitätssoldat während des Zweiten Weltkrieges, findet sich in: Ulrike Winkler, *Männliche Diakonie im Zweiten Weltkrieg. Kriegserleben und Kriegserfahrung der Kreuznacher Bruderschaft Paulinum von 1939 bis 1945 im Spiegel ihrer Feldpostbriefe*, München 2007, nachgezeichnet. Paul Heymann tritt dort unter einem Pseudonym auf. Eine im Archiv der Stiftung kreuznacher diakonie hinterlegte Konkordanz löst die Pseudonymisierung auf.

57 Heymann an Wolff, 26.11.1947, abgedruckt in: Merkel (Hg.), *Schlaglichter*, S. 153. Auch Mehl, *Das Stephansstift von 1924 bis 1946*, S. 95, geht kurz auf diesen Vorgang ein, spricht aber von Heymann als von einem „westfälischen“ Diakon. Heymann arbeitete zwar seit dem Kriegsende als Diakon in Dortmund, blieb aber Bruder der Kreuznacher Bruderschaft Paulinum.

58 Mehl, *Innere Mission*, S. 309. Vgl. S. 205, Anm. 25.

59 Wolff, *Brüderrundbrief*, 21.10.1933, zit. n. Häusler, „Dienst“, S. 319.

60 Ebd., S. 316.

Entwicklung im Heim [...], eine Auffassung, die auch den Wünschen und Interessen der S.A. durchaus entsprechen dürfte.“⁶¹ Diese bemerkenswerte Position teilte Wolff mit Dr. Bruno Bendokat, der als Erzieher in Kronsberg arbeitete.⁶²

Wolff nahm das Schreiben Heymanns sehr ernst, antwortete ihm per Einschreiben und handschriftlich auf mehreren Seiten ausführlich am 1. Dezember 1947 und zeigte sich reichlich erbost.⁶³ Nie habe er, so Wolff, einen Bruder aufgefordert, in die SA einzutreten. Ihm überhaupt eine solche Frage zu stellen, sei eine „Denunziation“. Noch im März 1933, also bei den letzten Reichstagswahlen, habe er, Wolff, „gegen den Nationalsozialismus“⁶⁴ gestimmt. Im Übrigen habe er sich schon 1923, also zu Beginn seiner Tätigkeit als Vorsteher im Stephansstift, darüber gewundert, dass die dortigen Brüder sich politisch „vorwiegend im deutsch-nationalen oder deutsch-hannoverschen Sinne“⁶⁵ engagierten. Später habe sich die Situation im Stephansstift dann so entwickelt, „dass wir in unseren Aufnahmebedingungen den Grundsatz, dass ein Diakon politisch nicht tätig sein und keiner Partei angehören dürfe, leider streichen mussten.“⁶⁶ Diese Änderung habe nicht etwa er, Wolff, veranlasst, sondern diese Entscheidung habe der Vorstand gefällt, sie sei vom Brüderrat des Stephansstifts „ausdrücklich bewilligt“ worden. Weiterhin wies Wolff den Kreuznacher Bruder darauf hin, dass er das Amt des Leiters der Brüderhausvorsteherkonferenz „nicht gern übernommen“⁶⁷ habe, mehr noch, er habe sich – im Hinblick auf sein Alter und seine vielen (Ehren-)Ämter „sehr dagegen gewehrt“. Abschließend forderte der sichtlich verschnupte Wolff Bruder Heymann auf, sich an seinen eigenen Brüderhausvorsteher zu wenden, wenn ihm, Heymann, seine Antwort nicht genügen sollte. Der Aufforderung, sich bei seinem Vorsteher Pastor *Johannes Hanke* (1887–1958) über dessen Amtsbruder in Hannover zu beschweren, dürfte Bruder Heymann wohl kaum nachgekommen sein.

Dass Bruder Heymann sich eventuell in moralischer Hinsicht besonders berufen sah, Wolff zu kritisieren, mag vielleicht an deren unterschiedlicher kirchenpolitischer Ausrichtung während der NS-Zeit gelegen haben. Während Johannes Wolff von der ersten Juli-hälfte 1933 bis zum 25. Mai 1934⁶⁸ den Deutschen Christen angehört hatte, hatte sich Paul Heymann – wie sein Kreuznacher Brüderhaus⁶⁹ – zur Bekennenden Kirche gehalten.

Die Brüderschaft

Anders als etwa die Brüderhäuser in Hamburg (Rauhes Haus), Stettin (Bethesda) oder Bad Kreuznach (Paulinum), die während des Zweiten Weltkrieges erhebliche Bombenschäden

61 Wolff an das Reichsministerium des Innern, 3.4.1933, ASTH, 859. Zit. n. Häusler, „Dienst“, S. 316.

62 Mehl, *Innere Mission*, S. 315.

63 Wolff an Heymann, 1.12.1947, abgedruckt in: Merkel (Hg.), *Schlaglichter*, S. 154–158.

64 Ebd., S. 155.

65 Ebd., S. 154.

66 Ebd., S. 155. Danach auch das folgende Zitat.

67 Ebd., S. 157. Danach auch das folgende Zitat.

68 Vgl. S. 207.

69 Winkler, *Männliche Diakonie*, S. 136, S. 139, S. 140.

erlitten hatten und ihre Arbeit zeitweise bzw. für immer einstellen mussten, hatte die Brüderschaft des Stephansstifts Glück im Unglück.⁷⁰ Ihr Brüderhaus war weitgehend unversehrt geblieben. Schmerzlich waren hingegen die personellen Verluste. 37 Brüder, das waren zehn Prozent der Brüderschaft, galten 1946 als gefallen oder vermisst.⁷¹ Mit diesem personellen Aderlass bewegte sich das Stephansstift im Vergleich zu anderen Brüderhäusern im oberen Drittel. Nur die Diakonenanstalt Nazareth (69), das Brüderhaus Rummelsberg (55), der Carlshof (54) und das Johannesstift in Berlin-Spandau (42) hatten mehr Brüder verloren. Mit nur mehr 335 Brüdern im Jahre 1945 erlebte die Brüderschaft des Stephansstifts den „tiefsten Stand“⁷² seiner bisherigen Geschichte.

Bereits kurz nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im Juni 1945 nahm Karl Janssen, Brüderpastor seit Januar 1938, den Brüderunterricht wieder auf.⁷³ Vorerst galt es, neun aus dem Krieg heimgekehrte Brüder auf ihre Abschlussprüfung vorzubereiten. „Eine besondere Rolle spielen die vielen praktischen Übungen im Sprechen und Unterrichten, die auf unsere Brüder warten“,⁷⁴ beschrieb Wolff einen wesentlichen Teil des Unterrichts, dem zu folgen manchem Bruder offenbar schwer fiel: „Gewiss, mancher seufzt wohl zuzeiten darüber, aber auf der anderen Seite ist man auch wieder froh, wenn man wieder einen Schritt weiter ist und alles gut überstanden hat.“ Schon im Oktober 1945 konnte Wolff der Brüderschaft mitteilen, dass „die Angelegenheiten der Brüderschaft jetzt wieder regelmäßig und zielbewusst bearbeitet“⁷⁵ würden. Übrigens bestanden alle Diakonenschüler ihre Prüfungen am 25. und 26. März 1946 mit „außerordentlich günstigem Ergebnis“.⁷⁶ 1946/47 fanden 53 Männer den Weg in das Stephansstift, um sich zum Diakon ausbilden lassen.⁷⁷

Zugleich ging es an den organisatorischen Wiederaufbau der Brüderschaft. Nachdem Bruder Otto Keese, der fast vier Jahrzehnte als Hausvater gedient hatte, 1942 in den Ruhestand getreten war, hatte man den Posten mit Bruder Max Weißner nur kommissarisch besetzt.⁷⁸ In Bruder *Friedrich Rolf* (1909–2001), bis dahin Leiter des Jugendheims der Kieler Stadtmission, und seiner Frau fand man schließlich neue Hauseltern für das Brüderhaus. Im Vorfeld hatte Wolff Wert darauf gelegt, dass der zukünftige Brüderhausvater ein Bruder sein müsse, „der selbst die ganze Schwere des Krieges als Soldat kennengelernt hatte.“ Am 15. Oktober 1945 wurde Diakon Rolf in sein neues Amt eingeführt. Ausdrücklich verwies Pastor Wolff darauf, dass man Bruder Rolf nur zum Hausvater, nicht aber zum Brüderältesten bestimmt habe. Dies sei Aufgabe des nächsten Brüdertages, wobei der Anstaltsleiter

70 1948 löste der Vorstand der Kreuznacher Diakonie-Anstalten die Brüderschaft Paulinum auf, nachdem er 1945 beschlossen hatte, die Brüderausbildung einzustellen. Der Widerstand des Brüderlehrers und der Brüderschaft war vergeblich. Vgl. Winkler, *Männliche Diakonie*, S. 377–381.

71 Zahlen nach: Häusler, „Dienst“, S. 416.

72 Wolff, Brüderrundbrief, 28.9.1953, S. 4.

73 Wolff, Brüderrundbrief, 31.10.1945, S. 4.

74 Wolff, Brüderrundbrief, 23.10.1945, S. 12. Danach auch das folgende Zitat.

75 Wolff, Brüderrundbrief, 31.10.1945, S. 4.

76 Vorstandsprotokoll, 28.3.1946, AStH, 286.

77 Vorstandsprotokoll, 24.4.1947, AStH, 286.

78 Wolff, Brüderrundbriefe, 23.10.1945, S. 11f., 31.10.1945, S. 8.

aber unmissverständlich seine Hoffnung zum Ausdruck brachte, dass dieser den neuen Hausvater auch zum Bruderältesten wählen würde.

Mit der Wiederbesetzung des Postens des Hausvaters war übrigens der erste Schritt getan, das Brüderhaus, in dem die Landeskirchliche Musikschule einquartiert war, in brüderliche Hände zurückzugeben. Über sechzig Schülerinnen und Schüler ließen sich im Herbst 1945 als Kirchenmusikerinnen und -musiker ausbilden. 1946 zog die Musikschule in das Schulgebäude auf dem Gelände des Stephansstifts. Die Nachfrage nach einer kirchenmusikalischen Ausbildung sollte unverändert hoch bleiben.⁷⁹

Im Sommer 1945 hatten viele Kirchengemeinden den bei ihnen eingesetzten Diakonen aus Kostengründen gekündigt. Betroffen waren auch Brüder aus dem Stephansstift, die nunmehr ohne Einkommen dastanden. Mit einer gewissen Bitterkeit mussten sie feststellen, dass sie durch kostengünstigere Männer und Frauen ersetzt wurden. Vor allem die im Schnellverfahren ausgebildeten Gemeindegewerkschaften, meist ledig und daher uneingeschränkt verfügbar, waren nicht wenigen Brüderhäusern ein Dorn im Auge. Wolff und mit ihm andere Brüderhausvorsteher reagierten umgehend auf diese Entwicklung und erreichten von den Konsistorien ihrer Landeskirchen, dass diese die Gemeinden per Erlass aufforderten, von Kündigungen ihrer Brüder abzusehen.⁸⁰ Seinen heimgekehrten Brüdern und den Diakonenschülern verschaffte das Stephansstift Arbeitsplätze, indem es u.a. die Pflegerinnen, die während des Krieges die eingesetzten Brüder in den beiden Altenheimen ersetzt hatten, entließ.⁸¹ Mit diesem Personalwechsel kam auch wieder ein althergebrachter diakonischer Grundsatz zum Tragen, nämlich jener, dass das erste Einsatzfeld jedes Diakonenschülers der Dienst am Kranken- und Pflegebett zu sein habe. Diese Einsätze, die oft mit wochenlangen Nachtschichten einhergingen, waren Prüfung, Bewährung und Herausforderung zugleich. In den Alten- und Pflegeheimen sollte sich der angehende Diakon in Glaubensstärke, Ausdauer, Gehorsam, Demut und Selbstverleugnung – den ideellen Korsettstangen jedes Brüderhauses – beweisen.⁸² „Es bleibt ja auch hier bei dem Grundsatz, dass die Pflegearbeit die Voraussetzung für alles weitere ist“, stellte Wolff im Oktober 1945 noch einmal klar.

Ende Oktober 1945 wurden auch zwanzig Sendbrüder des Stephansstifts arbeitslos. „Es wird nicht leicht sein, für sie alle Arbeitsplätze zu finden, zumal wenn es sich um Familien handelt“,⁸³ befürchtete Wolff. Trotz alledem sollte die Arbeitslosigkeit unter den Brüdern

79 Vorstandsprotokoll, 24.4.1947, AStH, 286.

80 Häusler, „Dienst“, S. 417f.

81 Wolff, Brüderrundbrief, 23.10.1945, S. 11. Danach auch das folgende Zitat.

82 Bruder *Gerhard Dahle* (* 1941) bestätigte dies im Gespräch. 1963 musste er mit einem Pflegebruder und einem Praktikanten 21 alte Männer versorgen. Die Arbeit sei außerordentlich anstrengend, der Umgang mit Hausvater Holtz nicht immer einfach gewesen. Dieser war nämlich äußerst sparsam und ersetzte eine defekte Glühbirne nur, wenn diese ihm zur Überprüfung präsentiert wurde. Freundliche Mitteilung von Bruder Gerhard Dahle an Ulrike Winkler, 5.3.2019.

83 Wolff, Brüderrundbrief, 31.10.1945, S. 6.

auch des Stephansstifts eher ein marginales Problem bleiben.⁸⁴ 1953 waren fünf Stephansstiftsbrüder „beurlaubt“, gingen also keiner diakonischen, sondern einer anderen Tätigkeit nach. Wolff bemühte sich, diese Brüder wieder in die diakonische Arbeit zu bringen, erlebte dabei aber manche Enttäuschung. So lehnte ein Bruder eine ihm von Wolff vermittelte, „nach unserer Ansicht sehr schöne Arbeit“ mit der Begründung ab, dass diese Arbeit „für seine Frau nicht die richtige sei!!!“,⁸⁵ wie Wolff in einem Brüderbrief fassungslos und – die drei Ausrufezeichen legen die Vermutung nahe – wohl auch entrüstet, ausführlich darlegte. In der männlichen Diakonie gebe es den „Grundsatz der ‚Sendung‘ [...], den wir nicht ohne Not verletzen sollten“,⁸⁶ mahnte der in seiner Autorität in Frage gestellte Vorsteher an. Hierzu muss man wissen, dass die Brüderhäuser es als selbstverständlich voraussetzten, dass die Brüderfrauen an den Arbeitsstellen ihrer Männer unentgeltlich mitarbeiteten. Dass daher manche Brüderfrau gerne über den Einsatzort ihres Mannes mitbestimmen wollte, ist – zumindest aus heutiger Sicht – durchaus nachvollziehbar. Bedenkt man jedoch, dass das dem Vorsteher obliegende patriarchalische Sendungsprinzip gleichsam ein ehernes Gesetz jedes Brüderhauses war und den Brüdern kaum ein Mitspracherecht über ihre Einsatzorte zugebilligt wurde, dann war – aus damaliger Sicht – das geschilderte Verhalten der Brüderfrau eine Ungeheuerlichkeit.

Hilfe für „Ostbrüder“, Brüderwitwen und die notleidende Bevölkerung

Die Frage, wie man der Not der aus den Brüderhäusern in den ehemaligen deutschen Ostgebieten geflohenen und vertriebenen Brüder und ihrer Familien begegnen sollte, stellte das Stephansstift vor große Herausforderungen.⁸⁷ Zwar hatte man einer Reihe von Brüdern aus Zinsdorf (Ciezkowo) im Stephansstift eine Bleibe gewährt,⁸⁸ ihnen und den vielen anderen Brüdern, die an die Türen des Stephansstifts klopfen, aber eine Arbeit zu verschaffen, war „nicht immer leicht“. ⁸⁹ Der Anstoß dafür, für die „Ostbrüder“ zentrale Anlaufstellen in den Westzonen zu gründen, war von Pastor Tegtmeier und von Pastor Wolff gekommen. Ihre Brüderhäuser verzeichneten nämlich den größten Zulauf von „Ostdiakonen“. ⁹⁰ Ein zusätz-

84 Häusler, „Dienst“, S. 418.

85 Wolff, Brüderrundbrief, 28.9.1953, S. 8.

86 Ebd., S. 8f.

87 Die im Stephansstift Hilfe suchenden Brüder und ihre Frauen kamen aus Carlshof, Kraschnitz, Moritzburg, Neinstedt, Rothenburg a.d. Neißة, Berlin und Züllchow. Angaben nach Häusler, „Dienst“, Anm. 29, S. 420.

88 1951 wurden die Zinsdorfer Brüder in die Brüderschaft des Stephansstifts formal eingegliedert.

89 Ebd., S. 12.

90 Das Folgende nach Häusler, „Dienst“, S. 420–422. Die Brüderschaft behielt ihre Unterstützung für notleidende Brüderwitwen und Brüder in „Mitteldeutschland“ (!) bei, vgl. Protokoll der Brüderratssitzung, 28.11.1958, AStH, 1116. Je mehr sich die wirtschaftliche Situation in der DDR stabilisierte, umso weniger waren die Bedürftigen auf Lebensmittelpakete angewiesen. Insbesondere die Brüderwitwen, die mit ihren Rentenbezügen nicht auskamen, wünschten sich (mehr) Bargeld. Ein Ansinnen, das der Brüderrat mit der Begründung zurückwies, dass mit der „Paketaktion“ eine „starke persönliche Bindung geschaffen“ würde, was mit Bargeld – so dessen Überzeugung – nicht zu erreichen sei. Man kann sich des Eindrucks

liches Problem war die Frage, wie man die Rentner und Pensionäre unter den geflohenen Brüdern alimentieren sollte. Aufgrund der fehlenden Postverbindungen wussten die Brüderhäuser im Westen nicht, ob die Versorgungskasse der Deutschen Diakonenschaft die Rentenzahlungen würde leisten können. Als diese Verbindungen wieder funktionierten, zeigte sich, dass der Transfer von Rentenleistungen über die Zonengrenzen nicht möglich war. Dieses Dilemma lösten die westlichen Brüderhäuser, indem „sie die hereinkommenden Versicherungsbeiträge, die sie ohnehin nicht nach Berlin [also zur Deutschen Diakonenschaft] abführen konnten, gleich wieder als Rentenleistungen auszahlten.“ Wolff appellierte zudem an die gesamte Bruderschaft, sich für die „Not dieser Brüder mit verantwortlich [zu] fühlen“ und zu spenden. Zudem gab es Überlegungen, den geflüchteten Ruheständlern Zahlungen aus der „Kasse der [sic] DDV [des Deutschen Diakonverbandes] zu vermitteln.“⁹¹ Diese Appelle und Versuche waren jedoch von geringem Erfolg gekrönt. Erst die Gründung einer „Mittelstelle“ der Versorgungskasse der Deutschen Diakonenschaft für die amerikanische und die britische Zone“ Ende Oktober 1945, wieder unter maßgeblicher Beteiligung Wolffs, sollte das Problem der Rentenzahlungen lösen. Untergebracht wurde die „Mittelstelle“ im Stephansstift. Deren Leitung übernahm von Ende Oktober 1945 bis zum 31. März 1947⁹² der Johannesstift-Bruder *Heinrich (Heinz) Wehrmann* (1906–1996).⁹³ Seit 1934 als Leiter der Werbeabteilung des Johannesstifts tätig, war Wehrmann für diese Aufgabe, die viele Kontakte und eine gute Kommunikationsfähigkeit erforderte, geradezu prädestiniert.⁹⁴

Nicht vergessen werden sollen jene Brüderfrauen, deren Männer noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft entlassen waren oder als vermisst galten. Sie erhielten keinerlei Mittel

eines gewissen Paternalismus von Seiten der „Westbrüder“ nicht erwehren. Vgl. Protokoll der Bruderratssitzung, 19.2.1959, AStH, 1116. Siehe hierzu auch: Rolf, Sonderbericht über meine Reise nach Berlin-Spandau zum Zweck der Begegnung mit unseren Brüderhaus der SBZ im Johannesstift, 28. u. 29.10.1958, AStH, 1116.

91 Es handelte sich hier um die Unterstützungskasse des DDV, die u.a. aus Beiträgen der Brüder gespeist wurde. Eigentlich hatte nur derjenige Bruder einen Unterstützungsanspruch, der zuvor in die Kasse eingezahlt hatte.

92 Häusler, „Dienst“, S. 456. Diakon Wehrmann war zum 1. April 1947 in sein Berliner Brüderhaus zurückbeordert worden. Die als Nachfolgeinstitution der „Mittelstelle“ geplante Geschäftsstelle der Deutschen Diakonenschaft im Stephansstift zerschlug sich in der Folge, weil Pastor Wolff kein Diakon eines anderen Brüderhauses zur Verfügung stand. Die Stelle mit einem Bruder des Stephansstifts zu besetzen, hätte dem Ganzen „allzu deutlich den Stempel des Stephansstifts aufgedrückt und dem drohenden Zerfall der Diakonenschaft in einen West- und einen Ostteil Vorschub geleistet.“ Wolff entschied daher, dass er die Mittelstelle nicht länger im Stephansstift beherbergen könne. Die „Geschäftsstelle West der Deutschen Diakonenschaft“ fand schließlich Aufnahme in der Karlshöhe in Ludwigsburg, wo bereits eine „Mittelstelle“ für die amerikanische Zone angesiedelt war. Für einen kleinen Einblick in die Arbeit siehe: Robert Jesgarek, Brüderrundbrief, 12.1.1946, Historisches Archiv des Evangelischen Johannesstifts (HAEJS), 10-01/705. 1954 wurde die „Mittelstelle“ aufgelöst. Vgl. Häusler, „Dienst“, S. 456.

93 Wolff, Brüderrundbrief, 31.10.1945, S. 7. Für die Arbeit der „Mittelstelle“ im Stephansstift siehe: Häusler, „Dienst“, S. 421f.

94 Bruder Wehrmann war bis 1971 Leiter der Werbeabteilung des Johannesstifts. Personalakte Heinrich Wehrmann, HAEJS, 10-01/1889.

aus der Kriegshilfe mehr und waren daher auf die Unterstützung des Stephansstifts angewiesen.⁹⁵

Nachdem das Stephansstift dem Evangelischen Hilfswerk das Albert-Schweitzer-Haus als Beratungsstelle und Spendenlager zur Verfügung gestellt hatte, standen dort täglich hunderte Menschen an, um sich Kleidung, Schuhe, Medikamente und Nahrungsmittel abzuholen.⁹⁶ Anfangs unterstand das Hilfswerk der Leitung Wolffs. Nach heftigen Auseinandersetzungen über eine öffentliche Sammlung und verschiedenen Kompetenzstreitigkeiten mit dem zentralen Evangelischen Hilfswerk in Stuttgart trat Wolff am 17. September 1946 zurück.⁹⁷ Ihm folgte Dr. *Curt Puvogel* am 13. November 1946 als Hauptgeschäftsführer nach.

Eine unbekannte Zahl privater Hilfsgesuche erreichte das Hilfswerk im Albert-Schweitzer-Haus. Die Bitten waren durchaus bescheiden, wie ein Brief von Frau *Lina Jänisch* vom 16. September 1946 dokumentiert. Ihr Mann, *Konstantin Jänisch*, Angestellter an der Erlöserkirche in Breslau, war am 14. Dezember 1943 gefallen, der einzige Sohn, 1946 gerade 22 Jahre alt, war als Beinamputierter schwerkriegsbeschädigt nach Hause zurückgekehrt. Mit ihm und ihrer 74 Jahre alten Mutter war Frau Jänisch in ein Dorf im Kreis Holzminden geflohen. Die drei lebten in großer wirtschaftlicher Not: „Durch die Einstellung aller Militärrenten ist mein Sohn sowie auch ich ohne jede Einnahme. Durch die Kriegsereignisse ist mir auch mein Witwengeld in Höhe von mtl. 58.- [Mark] vom Parochialverband Breslau verloren gegangen.“⁹⁸ Frau Jänisch bat übrigens nicht um Geld, sondern um Kleidungsstücke, darunter ein Paar Schlüpfen für sich selbst und ihre Mutter, eine Unterhose für den Sohn, zwei Taschentücher, eine Schürze, Schuhe, ein Hemd, ein Paar Strümpfe, ein Schal, Bettbezüge und Laken sowie Nähgarn. Nicht wenige Menschen wandten sich rat- und hilfeschend auch direkt an Pastor Wolff, wie zum Beispiel der 20-jährige *Helmuth Wester*, der alleine auf sich gestellt war, nach einer Arbeit und mehr noch nach einem neuen Zuhause suchte:

„Ich bin ein entlassener Kriegsgefangener, 20 Jahre alt, evangelisch und bin geborener Berliner. Meine beiden Eltern habe ich in Berlin bei einem Luftangriff verloren. Ebenso meine Schwester. Ich war in französischer Kriegsgefangenschaft in Marseille in Südfrankreich. Ich bin am 14. August 46 in Landau in der Pfalz entlassen worden mit einem Geschwür im Zwölffingerdarm. Ich bekam in Heidelberg von der Militärregierung einen Freifahrtschein nach Bremerhaven und sollte mich da um eine Stellung als Dolmetscher bei der Militärpolizei bewerben. Aber mein Leiden verschlechterte sich und ich war gezwungen, in [Hannoversch] Münden, das Kran-

95 Wolff, Brüderbrief, 31.10.1945, S. 6.

96 Jahresbericht 1963, S. 10.

97 Für Einzelheiten siehe: Hans Otte, Diakonie in der Nachkriegszeit. Der Aufbau des Evangelischen Hilfswerks, in: Grosse/Otte/Perels (Hg.), Neubeginn in der Nachkriegszeit?, S. 129–152, S. 137–140.

98 Lina Jänisch an das Hilfswerk im Stephansstift, 16.9.1946, AStH, 1224, 2.

kenhaus aufzusuchen. [...] Da ich nun keine Verwandten habe, zu denen ich gehen könnte, wenn ich hier entlassen werde, gab mir unsere Schwester Johanna den Rat, mich an Sie zu wenden. Ich bin fünf Jahre auf der Oberschule gewesen, bin Autofahrer, spreche Englisch und darf wohl sagen, dass ich nicht auf den Kopf gefallen bin. Nun bitte ich Sie, Herr Pastor, mir einen guten Rat zu geben, was ich machen soll. Sie werden mich verstehen, wenn ich mich nach lieben Menschen sehne, nach einem Zuhause, nach Arbeit und einem geregelten Leben, das ich so lange entbehrt habe.“⁹⁹

Das Stephansstift war die Drehscheibe zur Bewältigung der Nachkriegsnot, wobei Pastor Wolff mit seinen zahlreichen Ämtern und Funktionen – als Leiter des Stephansstifts, als Vorsteher der zweitgrößten Bruderschaft, als Vorsitzender der Brüderhausvorsteherkonferenz, als Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Fürsorgeerziehungstages, als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Wohlfahrtsverbände für das Land Hannover, als Leiter des Landesjugendamtes, als Verantwortlicher für das Hilfswerk der freien Wohlfahrtspflege (Hilfswerk Niedersachsen) und als zeitweiliger Geschäftsführer des hannoverschen Evangelischen Hilfswerks¹⁰⁰ – im Mittelpunkt stand und sämtliche Fäden in der Hand hielt.¹⁰¹

Finanzen

Will man die wirtschaftliche Situation des Stephansstifts unmittelbar nach dem Krieg und in der jungen Bundesrepublik beschreiben, so kann man einerseits von einer wohlhabenden, andererseits aber auch von einer armen Anstalt sprechen. Wohlhabend war das Stephansstift aufgrund seines umfänglichen Land- und Grundbesitzes, vor allem in Hannover, und seiner, teilweise auf lange Zeit festgelegten, „verhältnismäßig hohen Kapitalbeträge“,¹⁰² arm war das Stephansstift hingegen, wenn man auf dessen Liquidität schaut. Diese lag viele Jahre lang im Argen. Wieso?

Die Einrichtung der vier Besatzungszonen erschwerte nicht nur den Personen- und Güter-, sondern auch den Zahlungsverkehr, der zeitweise völlig zum Erliegen kam. Auf annähernd 117.000 RM beliefen sich die offenen Forderungen des Stephansstifts gegenüber

99 Helmut Wester an Wolff, 22.9.1946, AStH, 1224, 2.

100 Wolff an Bruder Heymann, 1.12.1947, in: Merkel, Schlaglichter, S. 157.

101 Wie gut vernetzt und gesellschaftlich anerkannt Wolff war, offenbarten die Reaktionen auf seinen 75. Geburtstag im Juli 1959. Diesen verbrachte er gemeinsam mit seiner Frau in Neuhaus (Solling), wo ihn aberhundert Briefe, Karten, Telegramme, Geschenke und Blumen erreichten – nicht gerade zur Begeisterung der überforderten Postbeamtin und ihrer Kundschaft. Dieser, ob der langen Wartezeit ungeduldig geworden, erklärte die Schalterbeamtin, dass ein „komischer Pastor“ vor Ort sei, der seinen runden Geburtstag feiere. Wolff, Brüderrundbrief, 8.12.1959, S. 6.

102 Vorstandsprotokoll, 28.3.1946, AStH, 286.

den Fürsorgebehörden,¹⁰³ die monatelang die Zahlungen für zeitweise 118 Jungen schuldig blieben. Aufgrund dessen könne sich „jedermann leicht ausrechnen, was für Fehlbeiträge dadurch entstehen mussten, dass wir diese Jungen nun ganz kostenlos behalten mussten“,¹⁰⁴ klagte Wolff im Oktober 1945. Gleichwohl konnte das Geschäftsjahr 1944/45 mit einem „Rohgewinn“ von 126.237,56 M. abgeschlossen werden.¹⁰⁵ Nachdem man 60.000 M. zugunsten des Sicherheitsfonds für Einkaufsverpflichtungen, 50.000 M. als Sicherheitsrücklage für Altersversorgung, 5.000 M. für den Erneuerungsfonds für Maschinen und Inventar sowie 10.000 M. für den Erneuerungsfonds für Gebäude und Inventar zurückgelegt hatte, blieben 1.237,56 M. als Nettogewinn übrig. Wolff zeigte sich zufrieden, wies aber darauf hin, dass dieses günstige Ergebnis – immerhin hatte man keine roten Zahlen geschrieben – auf das 75-jährige Jubiläum des Stephansstifts 1944 zurückzuführen sei. „Von vielen Seiten [seien] Gaben und Geschenke“ gemacht worden, „die als einmalige Erscheinung zu sehen sind.“ Im Jahr darauf schloss man sogar mit dem beachtlichen Gewinn von ca. 300.000 M. ab. Dieses Ergebnis war hauptsächlich auf die Kirchenkollekte am Himmelfahrtstag 1945 zurückzuführen, die mehr als 123.000 Mark eingebracht hatte. Hinzu kam, dass die nach der Befreiung eingestellten „Pflegegeldzahlungen für Zöglinge, die in der russischen Zone beheimatet waren“, von den Bezirksjugendämtern in Berlin – wenn auch in geringerer Höhe – nun wieder geleistet wurden:

„Das LJA (Landesjugendamt) in Berlin hat inzwischen auch eine einmalige Abschlagszahlung von M. 15.000 geleistet; dieser Betrag ist in barem Gelde durch einen eigenen Kurier des Hauptjugendamtes Berlin nach Hannover gebracht worden; es darf damit gerechnet werden, dass weitere Zahlungen geleistet werden, sobald der Zahlungsverkehr zwischen der russischen und der britischen Zone wieder freigegeben worden ist.“

Ähnlich gute Nachrichten kamen von den Jugendämtern in Anhalt und Mecklenburg,¹⁰⁶ so dass der Vorstand im März 1946 zu einer positiven Einschätzung der wirtschaftlichen Situation des Stephansstifts kam. „Mit Befriedigung darf festgestellt werden, dass der politische Zusammenbruch und der traurige Ausgang des Krieges bisher für das Stephansstift keine wesentlichen erkennbaren finanziellen Schwierigkeiten zur Folge gehabt hat.“¹⁰⁷ Daher überlegte man, den bereits recht umfangreichen Grundbesitz weiter zu vergrößern:

103 Dies waren u.a. das Jugendamt Hamburg, die Landesjugendämter Dessau, Berlin und Braunschweig, das benachbarte Annastift, die Glaser-Innung Hannover, das Ausweichkrankenhaus Hannover und die Innere Mission Oldenburg. Vgl. Stephansstift, Prüfungsbericht 1944/45, S. 5 f., AStH, 980.

104 Wolff, Brüderrundbrief, 31.10.1945, S. 5.

105 Vorstandsprotokoll, 28.3.1946, AStH, 286. Danach auch die folgenden Zitate.

106 Die Forderungen an die Jugendwohlfahrtsbehörden in der russischen Zone wurden über das Evangelische Hilfswerk abgewickelt. Vorstandsprotokoll, 25.7.1946, AStH, 286.

107 Vorstandsprotokoll, 28.3.1946, AStH, 286. Danach auch die folgenden Zitate.

„In der Aussprache macht Schatzrat Dr. Hartmann darauf aufmerksam, dass es doch vielleicht wünschenswert ist, rechtzeitig zu überlegen, ob die verhältnismäßig hohen Kapitalbeträge, die das Stephansstift in den letzten Jahren hat zurücklegen können, nicht vielleicht zweckmäßig wenigstens zum Teil in Sachwerten angelegt werden sollten.“

Zugleich wurde das Stephansstift immer wieder angefragt, ob es nicht einen Teil seiner Grundstücke verkaufen wolle. So lehnte man zum Beispiel ein entsprechendes Gesuch der Straßenbahnzentrale in Kirchrode mit der Begründung ab, dass „das Stephansstift gegenwärtig Geld nicht nötig hat.“ Mehr noch: Aufgrund der guten Finanzlage konnten 1946 Sondertilgungen vorgenommen werden.¹⁰⁸ Dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Teil zum Wiederaufbau beitrugen, und zwar nicht nur in Form konkreter Handarbeit, sondern – seit dem 1. Juli 1945 – auch mit einem Lohnverzicht von zehn Prozent, soll an dieser Stelle ausdrücklich erwähnt werden.

1948 war die erste Freude verflogen. Durch die Währungsreform verlor das Stephansstift „sein gesamtes Betriebskapital in Höhe von 535.885,29 DM.“¹⁰⁹ Trotz „sparsamster Wirtschaft“ sei es nicht möglich gewesen, neues Betriebskapital zu bilden, daher sei die finanzielle Lage nunmehr „äußerst angespannt“. Nun war nicht nur der Währungsschnitt für die schlechte wirtschaftliche Entwicklung der Anstalt verantwortlich, sondern auch die Erziehungsheime, die beiden Altenheime, die Werkstätten und die Landwirtschaft in Kronsberg, die mehr oder weniger defizitär gearbeitet hatten. Bei den Erziehungs- und Altenheimen wurden zu niedrige Pflegesätze – Wolff hatte sich vergeblich für deren Erhöhung eingesetzt¹¹⁰ – als ursächlich ausgemacht, bei den Werkstätten fehlte die Kundschaft. Im Falle von Kronsberg muss wohl von einem Missmanagement ausgegangen werden. So hatte Hartmann bereits 1947 darüber geklagt, dass das Landgut „zu sehr ein Eigenleben“¹¹¹ geführt habe und dessen Wirtschaftsgebaren 1948 in einem „Scheingewinn“¹¹² gegipfelt hatte. Ob Hartmann bei seiner Bemerkung über das „Eigenleben“ des Kronsbergs auch an dessen Leiter, Pastor Müller, gedacht hatte? Dieser hatte sich den radikalen Thüringer Deutschen Christen (DC) angeschlossen, war immer wieder durch antisemitische Reden aufgefallen und hatte wiederholt Gottesdienste ausfallen lassen.¹¹³

Jedenfalls ergriff Wolff nun energische Sparmaßnahmen. Bereits projektierte Bauvorhaben wurden auf Eis gelegt: „Die im Voranschlag vorgesehenen Neubauten in Gesamthöhe von M. 104.757 werden gestrichen, da sich bei näherer Prüfung herausstellt, dass die [...] angenommenen Gaben, Kollekten und Zuschüsse in Höhe von insgesamt M. 135.700 vor-

108 Vgl. Vorstandsprotokoll, 25.7.1946, AStH, 286. Danach auch das folgende Zitat.

109 Vorstandsprotokoll, 2.12.1954, AStH, 290.

110 Vorstandsprotokoll, 13.11.1950, AStH, 290.

111 Vorstandsprotokoll, 24.4.1947, AStH, 286.

112 Vorstandsprotokoll, 31.10.1949, AStH, 286.

113 Vgl. Mehl, Innere Mission, S. 313.

aussichtlich nur zu einem Bruchteil eingehen werden.“¹¹⁴ Auch waren fortan Ausgaben über fünfzig DM genehmigungspflichtig. Ferner regte Hartmann an, nun vielleicht doch einige Grundstücke an die Straßenbahnzentrale zu verkaufen, der man kurz zuvor eine Absage erteilt hatte. Frisch übernommene Arbeitsfelder wurden auf den Prüfstand gestellt. So legte sich der Vorstand die Frage vor, ob man am Lehrlingsheim in Hannover-Herrenhausen sowie an der „Unterhaltung des Ev. Jugendheimes in Isernhagen noch weiter“¹¹⁵ festhalten wollte. Einstweilen sollten beide Häuser weiter betrieben werden, allerdings fasste man auch den Beschluss, „notfalls die beiden Einrichtungen aufzulösen, damit die Finanz- und Wirtschaftslage des eigentlich alten Stephansstifts auf keinen Fall gefährdet wird, und damit die eigentliche Aufgabe des Stephansstifts, nämlich die Ausbildung von Diakonen auch in Zukunft ohne Einschränkung fortgesetzt werden kann.“ Ein weiterer Beschluss erging dahin, dass man im Geschäftsjahr 1950/51 „zum ersten Male wieder eine monatliche Kontrolle der Titel des Voranschlags in allen Abteilungen des Stephansstifts“¹¹⁶ durchführen wollte. Vor diesem Hintergrund wird die Kritik Hartmanns am „Eigenleben“ von Kronsberg nachvollziehbar.

1950 glaubte der Vorstand,¹¹⁷ den „Tiefpunkt der finanziellen Lage“¹¹⁸ überwunden zu haben. So war es endlich gelungen, höhere Pflegesätze für den Erziehungsbereich auszuhandeln.¹¹⁹ Die Druckerei hatte „erhebliche Überschüsse“¹²⁰ erzielt und das „Sorgenkind“ Kronsberg hatte doch nicht so „ungünstig“ abgeschlossen wie zunächst gedacht. Nachdem „das Landeskirchenamt und das Friederikenstift ihre Zusage, das im Herbst 1949 gewährte Darlehen von 30.000 DM einschließlich der aufgelaufenen Zinsen zurückzuzahlen, voll erfüllt“ hatten, hatte sich die Liquidität zusätzlich verbessert. Der Gewinn im Geschäftsjahr 1951/52 von 7.262,72 DM¹²¹ schien die ergriffenen Maßnahmen zu bestätigen. In den nächsten Jahren sollten deutliche Gewinne erwirtschaftet werden, die allerdings durch die Zuschüsse für das Brüderhaus, die sich zwischen 50.000 und 60.000 DM pro Jahr bewegten, geschmälert wurden. Kummer bereitete der Pflegesatz für die Erziehungsarbeit, der 1954 um 47 Pfennige pro Tag und Kopf erhöht worden war. Der Vorstand war unzufrieden und stellte in seiner Sitzung am 12. Dezember 1954 fest, dass der Pflegesatz „damit noch nicht die Höhe erreicht [habe], auf die er eigentlich gebracht werden muss, wenn die Erziehungs-

114 Vorstandsprotokoll, 31.10.1949, AStH, 286. Danach auch die folgenden Ausführungen.

115 Vorstandsprotokoll, 13.2.1950, AStH, 286. Danach auch das folgende Zitat.

116 Vorstandsprotokoll, 19.7.1950, AStH, 286.

117 Dieser setzte sich 1950 aus Amtsgerichtspräsident Dr. W. Fontaine, Landessuperintendent Laasch, Prof. Dr. D. Mahrenholz, Baron von Reden, Oberlandwirtschaftsrat Dr. Körner, der Geschäftsführer des Landesvereins für Innere Mission in Hannover, Diakon Robert Priesemann, Schatzrat Dr. Hartmann, Diakon Theodor Lilje sowie Generaldirektor Dr. Brandes zusammen. Pastor Wolff gehörte dem Vorstand als Vorsteher des Stephansstifts an. Ihm oblag die Funktion des Schriftführers.

118 Vorstandsprotokoll, 13.2.1950, AStH, 286. Danach auch das folgende Zitat.

119 Wolff an den niedersächsischen Regierungspräsidenten, 8.3.1951, AStH, 1017.

120 Vorstandsprotokoll, 19.7.1950, AStH, 286. Danach auch die folgende Zitate.

121 Vorstandsprotokoll, 2.12.1954, AStH, 290. Danach auch das folgende Zitat und die Angaben.

heime des Stephansstifts ihre pädagogischen Verpflichtungen gegenüber den Knaben und Jugendlichen, die ihnen anvertraut werden, wirklich ganz erfüllen wollen.“ Nach internen Berechnungen wäre hierfür eine weitere Erhöhung um 50 Pfennige, also auf insgesamt 97 Pfennige, angezeigt gewesen. In derselben Sitzung wurde den Vorstandsmitgliedern übrigens auch mitgeteilt, dass das Stephansstift auf ein Gesamtvermögen an Grundbesitz und Gebäuden von etwa 5,8 Millionen DM blicken könne. Dass das Stephansstift so vermögend war, ging nach Meinung des Vorstandsmitglieds Dr. Lorenz maßgeblich auf Wolff zurück, den er wegen seiner Sparsamkeit lobte:

„Mag die Entwicklung nun gehen, wie sie will, auf alle Fälle war es richtig, den Bestand des Grundvermögens des Stephansstifts möglichst zu erhalten und Grund und Boden nur gegen gleichwertigen Tausch abzugeben, niemals ihn aber zu verkaufen, um auf diese Weise kurzfristige Verbindlichkeiten einzulösen, wie Sie das ja auch persönlich immer vertreten haben.“¹²²

Das Stephansstift griff seine Reserven für Aufbau- und Renovierungsarbeiten ausgesprochen zurückhaltend, ja ungerne an und versuchte stattdessen, Zuschüsse aus öffentlichen und kirchlichen Töpfen zu bekommen. Dies war jedoch nicht immer einfach. Einen Antrag auf 80.000 DM für den Wiederaufbau des Kronsbergs aus dem landeseigenen Fonds zur Beseitigung von Kriegsschäden wies der zuständige Finanzminister mit dem Hinweis zurück, dass „er eine Vergleichssumme an die Ev. luth. Landeskirche in Braunschweig für den Wiederaufbau des Doms zu zahlen habe.“ Allerdings stellte er eine „wohlwollende Prüfung“ des Antrages des Stephansstifts für das Jahr 1955 in Aussicht, wobei jetzt nur mehr 50.000 DM in Rede standen. Diese Summe benötige man unbedingt, so Vorstandsmitglied Lorenz. Er fürchtete nämlich, dass andernfalls die Erziehungsanstalt Kronsberg „wegen ihres mangelhaften baulichen Zustandes von den Jugend- und Landesjugendämtern nicht mehr in dem Maße berücksichtigt“ werden würde. Daher drängte Lorenz seinen Vorstandskollegen Generaldirektor Dr. Brandes, Kontakt mit dem Finanzminister aufzunehmen und „ihn zu veranlassen, den uns zustehenden Betrag von DM 50.000 in voller Höhe nunmehr beschleunigt zur Verfügung zu stellen und auch spätere Anträge ebenso zu berücksichtigen, wie die Anträge anderer Einrichtungen gleicher Art.“ Den Verkauf von Grundstücken zugunsten des Wiederaufbaus des Kronsbergs hatte man nicht erwogen.

1956 sollte sich die wirtschaftliche Situation des Stephansstifts „wesentlich“ verbessern.¹²³ Allerdings hatten der Knabenhof sowie verschiedene Anstaltsbetriebe, darunter u.a. die Schuhmacherei, die Schlosserei, die Schneiderei und Gärtnerei, erneut defizitär gearbeitet. Mit einem Gewinn gingen hingegen die Druckerei, die Bäckerei, die Wäscherei und das Außenheim in Großmoor aus dem Geschäftsjahr 1955/56. Das Brüderhaus hatte 1956 „erfreulicherweise“ nur einen Verlust von 33.500 DM zu verzeichnen. Ein Umstand, den

122 Lorenz an Wolf, 18.10.1955, AStH, 1017.

123 Vorstandsprotokoll, 11.7.1956, AStH, 290. Danach auch das folgende Zitat und die Angaben.

man – wie all die Jahre zuvor – hinnahm, „weil das Brüderhaus immer Zuschussbetrieb“ sei. Gleichwohl war der Vorstand zufrieden: „Wenn diese günstige Entwicklung anhält, wird das Stephansstift – auf die Länge der Zeit gesehen – eines Tages auch ein Betriebskapital erarbeiten können“,¹²⁴ wobei man wohl vor allem an liquide Mittel dachte.

Im Folgejahr, 1957, analysierte man die weiterhin mit Verlusten arbeitende Schlosserei. Es stellte sich heraus, dass diese „zu viele Arbeiten im Stephansstift selbst unentgeltlich geleistet [hatte]; so z.B. ist ihr niemals die allgemeine mit kleinen Reparaturen verbundene Beaufsichtigung der Installation im Stephansstift, also der Wasserleitungen, der Abwässer-einrichtungen und der Heizungsanlagen vergütet worden.“ Fortan sollten alle anstaltseigenen Betriebe ihre untereinander erbrachten Dienstleistungen in Rechnung stellen und diese mit einer „Pauschalvergütung“ abgegolten werden. Unerwartete Freude bereitete hingegen das Brüderhaus, dessen Zuschuss in dem am 31. März 1957 abgelaufenen Geschäftsjahr nur 13.000 DM betragen hatte.¹²⁵ Diese vor allem von Wolff begrüßte Entwicklung lag nicht nur an den Zuschüssen des Landeskirchenamtes, sondern auch am Brüderhaus selbst, das „in seinen Ansprüchen inzwischen so sparsam wie möglich geworden ist, um das Stephansstift nicht unerträglich zu belasten.“¹²⁶ Überhaupt war Wolff zufrieden. Den im Geschäftsjahr 1956/57 erwirtschafteten Gewinn von knapp 16.400 DM bewertete er umso höher, „als das Stephansstift im Dezember 1956 das Wagnis hat laufen müssen, ebenso wie andere öffentliche Betriebe als Weihnachtsgeld an die Angestellten und Mitarbeiter je ein halbes Monatsgehalt auszuschütten.“ Die Gratifikationen für die Beschäftigten beliefen sich auf 38.000 DM. 1958 blieb der Zuschuss der Landeskirche zur Diakonenausbildung in Höhe von 30.000 DM aus. Als Grund wurde die eigene angespannte Finanzlage angeführt. Als Kompensation bot die Landeskirche an, den zweiten Pastor im Stephansstift, Dr. *Ernst Albert Schering* (1914–1993), „zum Pfarrer der Landeskirche zu ernennen und damit sein Gehalt und seine Versorgung bis auf weiteres zu übernehmen.“¹²⁷ Damit erklärte sich der Vorstand einverstanden.

Die wirtschaftliche Situation des Stephansstifts sollte sich bis Ende der 1950er Jahre weiter stabilisieren. Besonders stolz war man darauf, dass man seit dem 21. Juni 1948 genau 1.911.877 DM in den Wiederaufbau hatte investieren können, wobei 435.000 DM aus Lottomitteln und 968.500 DM durch die Aufnahme von günstigen Hypotheken auf den eigenen Besitz stammten. Das Engagement des Staates, sich an der Behebung der Kriegsschäden zu beteiligen, war – nach Meinung Wolffs – nicht sehr ausgeprägt. Dieser habe entschieden, sich „im Ganzen nur mit etwa 40 Prozent“ beteiligen zu können. 1955 konnte Wolff die „Vermögenslage des Stephansstifts im Ganzen als gesund“¹²⁸ bezeichnen, wobei er allerdings einräumte, dass dieses Ergebnis sich „u.a. aus der Tatsache [ergeben habe], dass das

124 Vorstandsprotokoll, 22.5.1957, AStH, 290. Danach auch die folgenden Zitate.

125 Die Zuschüsse für die Bruderschaft und die Ausbildung der Brüder von 1923 bis 1958 betragen etwa 1,8 Mio. DM. Vgl. Protokoll des Brüdertages, 16./17.9.1958, S. 1116.

126 Vorstandsprotokoll, 22.5.1957, AStH, 290. Danach auch das folgende Zitat.

127 Vorstandsprotokoll, 6.8.1958, AStH, 290. Danach auch die folgenden Ausführungen.

128 Wolff an das Landeskirchenamt der ev. luth. Landeskirche Hannover, 15.12.1955, AStH, 1017. Danach auch das folgende Zitat.

Vermögen, das in der Bilanz absichtlich niedrig eingesetzt ist, nach einem Sachverständigen-Gutachten vom 15. August 1952 mit DM 6.000.000 geschätzt wurde.“ Unberücksichtigt blieb hierbei die Wertsteigerung, die durch die seit Kriegsende getätigten Investitionen entstanden war. Im November 1958 kooptierte der Vorstand Landesbankdirektor *Müller* aus Hannover als ständigen Gast, „damit die vertrauensvollen Beziehungen zur Niedersächsischen Landesbank, auf deren Fortsetzung das Stephansstift Wert legt, auch weiterhin aufrechterhalten werden können.“¹²⁹

Betriebe und Landwirtschaft

Die zahlreichen Betriebe des Stephansstifts – Bäckerei, Druckerei, Buchdruckerei, Schuhmacherei, Schmiede, Gärtnerei, Wäscherei, Nähstube, Tischlerei, Malerei, Sattlerei und Schneiderei – finden, obgleich sie für den Erhalt und das Fortkommen der Anstalt wichtig waren, in den Vorstandsprotokollen und Brüderbriefen der Nachkriegszeit und jungen Bundesrepublik kaum Berücksichtigung. So erfährt man zwar etwas – wie oben dargestellt – über deren Einnahmesituation, wenig aber über ihre Schwierigkeiten, personell und handwerklich wieder Tritt zu fassen. Allerdings ist von einer interessanten Personalie zu berichten. So wurde auf Veranlassung der IHK, die für die Druckerei des Stephansstifts zuständig war, der Betriebsleiter des Stephansstifts, Bruder Otto Beddig, aus seiner Position entfernt. Über die Gründe schweigen sich die Unterlagen aus. Allerdings konnte das Stephansstift durchsetzen, dass Beddig bleiben konnte, jedoch wurde ihm die Zuständigkeit für die Druckerei entzogen.¹³⁰

Ein Hinweis aus dem Jahre 1954, dass sich die Schuhmacherei zukünftig auf die Herstellung von „hygienischem und orthopädischem Schuhwerk“¹³¹ konzentrieren solle, verrät die Existenz konzeptioneller Neuplanungen, die sich leider nicht vertiefen ließen. Dahingegen hat der landwirtschaftliche Betrieb auf dem Kronsberg einige archivalische Spuren hinterlassen. Wie im Kapitel über die Finanzen deutlich wurde, hatte der Kronsberg bereits vor der Befreiung wirtschaftliche Probleme, dann aber auch Schwierigkeiten, die von der fast vollständigen Zerstörung der Wohnhäuser, Scheunen und Schuppen herrührten. Der Hinweis Wolfs im März 1948, dass die Geräte des Kronsbergs im Freien gelagert werden mussten, wo sie sämtlichen Witterungseinflüssen ausgesetzt waren und unbrauchbar wurden, verweist darauf.¹³² Diese Schwierigkeiten konnte auch der im März 1946¹³³ neu eingestellte Gutsinspektor *Kannegießer* einstweilen nicht lösen. Da das Stephansstift sich gezwungen gesehen hatte, große Teile seiner landwirtschaftlich genutzten Flächen rund um den Kronsberg an die Messe AG – hierüber weiter unten mehr – abzugeben, wurde nunmehr in die

129 Vorstandsprotokoll, 25.11.1958, AStH, 290.

130 Vorstandsprotokoll, 28.3.1946, AStH, 286.

131 Vorstandsprotokoll, 2.12.1954, AStH, 290.

132 Wolf an die Kreisverwaltung, betr. Antrag auf die Baufreigabe auf Gut Kronsberg, 30.3.1948, AStH, 1071.

133 Vorstandsprotokoll, 28.3.1946, AStH, 286.

Viehwirtschaft investiert. Viele Tiere, insbesondere Schweine, wurden hinzugekauft, nicht zuletzt, um „unsere Jungen in landwirtschaftlicher Arbeit auszubilden.“¹³⁴

Nach Beddigs Tod im Jahre 1955 wurde *Curt Alsleben* als neuer Betriebsleiter ins Gespräch gebracht, der zuvor Erfahrungen in den Anstalten der Inneren Mission in Magdeburg-Cracau hatte sammeln können.

Bautätigkeiten und Begehrlichkeiten

Im Zuge des Wiederaufbaus dachte der Vorstand darüber nach, die Erziehungsarbeit räumlich von der Altenarbeit zu trennen und das Stammgelände in Hannover-Kleefeld für andere Zwecke freizumachen. „Dies würde auch aus pädagogischen Gründen erwünscht sein, weil es für die Durchführung der Fürsorgeerziehung günstiger sein würde, wenn die Erziehungsarbeit des Knabenhofes und des Lehrlingsheims sich fernerhin nicht mehr in verhältnismäßig engen Verhältnissen am Rande der Eilenriede befinden würden“,¹³⁵ überlegte der Vorstand im Frühjahr 1946 und blickte daher mit Interesse auf die Absicht des Regierungspräsidenten von Hannover, die „sog. SA-Reiterkaserne“ an der Vahrenwalder Straße zu verkaufen. Allerdings befanden sich die Kasernengebäude im Rohbau, waren also auf absehbare Zeit noch nicht bezugsfähig. Der Vorstand war sich unsicher, nicht nur hinsichtlich des Kaufs der Kasernen, sondern auch, ob er seine Arbeitsfelder tatsächlich aufteilen sollte. Interessant war, dass einige Vorstandsmitglieder für den Fall, dass der Staat das Subsidiaritätsprinzip¹³⁶ aufgeben würde, Vorsorge treffen wollten:

„Auch würde die dadurch mögliche Teilung der Arbeit des Stephansstifts den Vorteil haben, dass die Erziehungsarbeit, wenn die allgemeine Lage sich in einer zukünftigen Zeit einmal wieder dahin entwickeln würde, dass der Staat die Fürsorgeerziehungsarbeit selbst zu übernehmen wünscht, ohne Schädigung und Verlust des Gesamt-Stephansstifts abgelöst und in andere Hände übergeben werden könnte.“¹³⁷

134 Wolff an den niedersächsischen Minister für Vertriebene, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten, 21.4.1951, AStH, 1017.

135 Vorstandsprotokoll, 28.3.1946, AStH, 286. Danach auch das folgende Zitat.

136 Subsidiaritätsprinzip meint hier den in der deutschen Theorie der Selbstverwaltung seit dem frühen 19. Jahrhundert maßgeblichen Grundsatz, dass eine Aufgabe der Daseinsvorsorge auf der jeweils untersten Ebene wahrgenommen werden soll, die sie zu erfüllen vermag: Wo die Kräfte des Einzelnen und der Familie nicht hinreichen, soll die bürgerliche Gesellschaft in Form freier Assoziationen tätig werden; und erst, wenn die gesellschaftliche Selbsthilfe überfordert ist, sollen die Städte und Gemeinden, Länder und Provinzen und schließlich der Nationalstaat einspringen. Für die öffentliche Ersatzerziehung bedeutete dies, dass der Staat diese an nichtstaatliche, meist konfessionelle Einrichtungen delegierte und deren Arbeit alimentierte. Zugleich behielt er sich die rechtliche Regelung der Durchführung der Fürsorgeerziehung vor.

137 Vorstandsprotokoll, 28.3.1946, AStH, 286. Danach auch die folgenden Zitate.

Auf dem alten Stiftsgelände würde man dann nur noch die „Ausbildungsarbeit für Diakone usw. sowie Altersfürsorge [be]treiben.“ Gerade die Altenarbeit würde sich zukünftig wohl „sehr ausweiten“. Vorstandsmitglied Hartmann warnte vor einer Überdehnung der Arbeitsfelder. Er fürchtete, „dass die Arbeit des Stephansstifts zu groß wird und dass vielleicht auch einmal der Zeitpunkt eintreten könne, in welchem das Stephansstift, wenn es eine neue Anstalt im Norden der Stadt Hannover aufmacht, zu viel Raum besitzen würde.“ Hartmanns Bedenken wurde letztlich Rechnung getragen. Zwar wollte das Stephansstift noch Erkundigungen hinsichtlich des Geländes, des Preises und weiterer Modalitäten einziehen, entschied sich aber gegen einen Kauf, da die finanziellen Mittel hierfür nicht zur Verfügung stünden. Auch sei zu überlegen, ob es für das Stephansstift „richtig ist, seine flüssigen Kapitalien in den Ausbau der SA-Reiterkaserne hineinzustecken.“ Nach diesem Intermezzo ging man weiter konzentriert an den Wiederaufbau der Altenheime und des Lehrlingsheims. Nicht zuletzt trieb man den Einbau einer neuen Orgel im Betsaal und die Instandsetzung der Fenster der Stiftskirche voran.¹³⁸ Zugleich sparte man auf ein neues „Glockengeläut“ und eine Kirchenheizung.¹³⁹ Das Gotteshaus diente sowohl dem Stephansstift als auch den britischen Soldaten und ihren Angehörigen. In diesem Zusammenhang erinnerte sich der ehemalige Zögling *Frerich Schüler* an ein besonderes Verfahren: „Vor uns wurde der Gottesdienst für die englischen Familien und hin und wieder wurde auch eine Taufe abgehalten. Wenn die letzten Engländer die Kirche verlassen hatten, durften wir sie betreten. Wir wurden immer auf Grund unserer Disziplin und armseliger Kleidung bestaunt.“¹⁴⁰

Über eintausend Bomben waren auf und rund um das Gelände des Stephansstifts während des Krieges gefallen.¹⁴¹ Jede Hand wurde gebraucht: zum Aufräumen, zum Wegtragen und zur Gewinnung von Baumaterial. Anfang August 1947 kam der bereits erwähnte Frerich Schüler gemeinsam mit einem Freund in das Stephansstift. Die etwa 15 Jahre alten Jungen waren wegen unerlaubten Betretens des Emdener Hafens – sie besaßen keinen „Dock-Pass“¹⁴² – zu sechs Monaten in einer „Umerziehungsanstalt“ verurteilt worden. Im Stephansstift angekommen, erhielten die beiden etwas zu essen, neue Kleidung und „Holzklumpfen mit Fußlappen“. Am anderen Morgen ging es an die Arbeit: „Wir waren mit sechs

138 Vorstandsprotokoll, 25.7.1946, AStH, 286. Zur jahrelangen Renovierung der Stiftskirche siehe: Wolff, Brüderrundbrief, 16.12.1954, S. 4f. Mit einem großen Geldgeschenk der Bruderschaft anlässlich des 70. Geburtstages von Wolff im Jahre 1954 konnten die Instandsetzungs- und Ausschmückungsarbeiten beendet werden. Ebd., S. 5.

139 Die „Luftheizung mit Ölfeuerung“ wurde im Oktober 1957 eingebaut. Bei den Kosten hatte sich das Stephansstift übernommen, man hoffte nun, dass die Landeskirche sich an der Tilgung des noch offenen Betrages von 10.000 DM beteiligen würde. Wolff, Brüderrundbrief, 14.12.1957, S. 7.

140 Frerich Schüler, Urteil: 6 Monate Stephansstift. Erlebnisbericht eines Ehemaligen (Fortsetzung), in: Info der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stephansstift, Nr. 1, Januar 2006, S. 17.

141 Es waren genau 1.004. Wolff, Brüderrundbrief, Weihnachten 1960, S. 3.

142 Tatsächlich hatten sich die Jungen am Lebensmittelschmuggel beteiligt, was sie dem Richter wohlweislich nicht sagten. Vgl. Schüler, Urteil: 6 Monate Stephansstift, S. 20. Danach, S. 21, auch die folgenden Zitate.

Mann für Arbeiten in der Gärtnerei eingeteilt. Die Arbeit bestand darin, Steine sauber zu klopfen. Die alten Steine mussten zum Neubau eines Schuppens wiederverwendet werden. [...] Drei Tage später waren alle Steine geklopft.“

Unterdessen sorgte sich der Vorstand um den Erhalt und die Zukunft des Standortes Kronsberg, der sich 1950 immer noch im Wiederaufbau befand, nun aber Begehrlichkeiten bei den Stadtvätern geweckt hatte, die das Gelände rund um den Kronsberg für die Wirtschaft erschließen wollten. Konkret ging es um die Anlage von Messehallen mit entsprechenden Parkplätzen und Zubringerstraßen. Der Vorstand sah sich unter einen gewissen Druck gesetzt und stellte im Juli 1950 fest, „dass das Stephansstift sich auf die Dauer nicht wird weigern können, noch etwa achtzig bis neunzig Morgen Land jenseits der Messestraße (von Gut Kronsberg aus gesehen) herzugeben, weil die Messeleitung diese Grundstücke dringend zur Anlage von Parkplätzen usw. benötigt. Ein Teil dieser Grundstücke ist inzwischen auch dadurch in Anspruch genommen worden, dass die Straßenbahnverwaltung in Hannover in der Nähe zur Messe eine Endstation für die Straßenbahnlinie, die zum Messengelände hinführt, angelegt hat.“¹⁴³ Der Vorstand zögerte lange, schließlich waren die in Rede stehenden „Grundstücke deshalb besonders wichtig, weil sie fast die einzigen [waren], auf denen Kartoffelbau [sic] getrieben werden“¹⁴⁴ konnte. Am 13. November 1950 war sich der Vorstand darüber einig, dass „es voraussichtlich nicht möglich sein wird, sich dem Druck, der von der Messe A.G. ausgeht, zu entziehen.“ Man beschloss daher, ihr die gewünschten Grundstücke zu überlassen. Allerdings wollte man kein Geld, sondern Land, „wobei man auf das Verständnis der Stadt Hannover setzte, die der Hauptaktionär der Messe- und Ausstellungs A.G. [die heutige Deutsche Messe AG], war. Konkret ging es um „Grundstücke, die bisher städtisches Eigentum sind, in Hannover-Kleefeld, zwischen der Kirchröderstraße [sic] und der Eisenbahn Hannover-Misburg.“ Die Stadt signalisierte Entgegenkommen, ließ sich aber auf den Wunsch des Stephansstifts, diese Grundstücke, die unweit von Kronsberg lagen, herzugeben, nicht ein. Stattdessen bot sie der Anstalt Gelände aus dem Besitz von Gut Coldingen [Koldingen]¹⁴⁵ sowie das Gelände der Versuchsgärtnerei der früheren Landwirtschaftskammer in unmittelbarer Nähe zum Stephansstift an. Zusätzlich sollte „der bisherige öffentliche Weg, der gegenüber dem Stephansstift zum Friedhof des Stephansstifts hinführt, seinen öffentlichen Charakter verlieren und dem Stephansstift als Privateigentum überlassen werden.“¹⁴⁶ Mit dieser Entwicklung ging erneut der Gedanke einher, Kronsberg vielleicht doch aufzugeben und gegen ein anderes landwirtschaftliches Gut einzutauschen. Das Angebot der Stadt, das Kloostergut Marienwerder gegen das Hofgut Kronsberg eintauschen, lehnte der Vorstand ab, weil Marienwerder zu weit vom Stephansstift entfernt lag. Ließe man sich auf diesen Tausch ein, dann sei „ein regelmäßiger Verkehr [...] nicht nur

143 Vorstandsprotokoll, 19.7.1950, AStH, 286.

144 Vorstandsprotokoll, 13.11.1950, AStH, 290. Danach auch die folgenden Zitate.

145 Gemeint war wohl eine Liegenschaft in Koldingen, 15 Kilometer südlich von Hannover, direkt an der Leine gelegen.

146 Vorstandsprotokoll, 19.7.1950, AStH, 286.

sehr umständlich und zeitraubend, sondern auch sehr kostspielig.¹⁴⁷ In der Tat rechnete man mit Investitionen von rund einer Million DM, die den Vorstand von Marienwerder Abstand nehmen ließ. Kronsberg blieb einstweilen im Besitz des Stephansstifts, stand aber weiterhin zur Disposition. 1953 stand man erneut „in sehr ernsthaften Verhandlungen, um uns anderwärts neu anzusiedeln“,¹⁴⁸ so Wolff, die Angelegenheit sei dann aber im Sande verlaufen.

Beim Wiederaufbau der Wohnhäuser in Kronsberg und des Lehrlingsheims hatte Betriebsleiter Beddig 1950 den Architekten *Ernst Zinsser* (1904–1985) um dessen Expertise gebeten. Zinsser, übrigens ein Schwager *Konrad Adenauers* (1876–1967),¹⁴⁹ legte großen Wert auf eine ästhetisch ansprechende Ausgestaltung, wobei er ein harmonisches Erscheinungsbild des Gesamtensembles der Gebäude auf dem Kronsberg im Blick hatte.¹⁵⁰ Er plädierte dafür, dass das fast komplett beschädigte Zöglingsheim I dem Zöglingsheim II angeglichen werde. „Es würde merkwürdig aussehen, wenn die beiden Gebäude nicht symmetrisch behandelt würden“, merkte der Architekt an. In höflicher, aber bestimmter Form verwahrte sich Wolff gegen die Vorschläge Zinssers. Dem Anstaltsleiter kam es vor allem darauf an, möglichst viel Platz für Neuzugänge zu schaffen – er fürchtete die Schließung des erst kürzlich übernommenen Standortes in Adelheide –, deshalb sei es vorrangig, das Gebäude so wieder aufzubauen, wie es vor seiner Zerstörung ausgesehen habe.¹⁵¹

Während der Wiederaufbau des Gutes Kronsberg gesichert und „in vollem Gang“¹⁵² war, sah es bei der Erziehungsanstalt Kronsberg anders aus. Dort fehlten 1955 noch insgesamt 150.000 DM, wobei allein 30.000 DM für Investitionen in das Inventar benötigt wurden.

Die Beseitigung der Kriegsschäden war also von einer gewissen Ungleichzeitigkeit geprägt. Während die Arbeiten an den Altenheimen und dem landwirtschaftlichen Betrieb in Kronsberg gut vorankamen, verzögerte sich die Erneuerung der Erziehungshäuser, wobei auch nichtkriegsbedingte Baumängel einstweilen nicht behoben wurden. Dies ist zum Beispiel für die Schule des Knabenhofes verbürgt, die Anfang 1952 von 230 Jungen besucht wurde, die aber nur drei Toiletten für ihre Bedürfnisse vorfanden. Als schließlich nur noch eine Toilette einigermaßen funktionsfähig war, sah sich der Lehrer der Knabenhofschule, Bruder *Eckhard Wöbking* (1910–1994), veranlasst, Wolff die unhaltbaren Zustände zu schildern:

147 Vorstandsprotokoll, 30.9.1950, AStH, 286.

148 Wolff, Brüderbrief, 29.3.1958, S. 5.

149 Zinssers Schwester *Auguste* (1895–1948) hatte 1919 den damaligen Oberbürgermeister von Köln, *Konrad Adenauer* (1876–1967), geheiratet.

150 Zinsser an Wolff, 29.8.1950, AStH, 1017. Danach auch das folgende Zitat.

151 Wolff an Zinsser, 28.9.1950, AStH, 1017.

152 Wolff an das Landeskirchenamt der ev. luth. Landeskirche Hannover, 15.12.1955, AStH, 1017. So wurden u.a. die Dächer der Schweine-, Kuh- und Pferdeställe neu gedeckt. Vgl. Lorenz an Wolff, 18.10.1955, AStH, 1017.

„Die Abfluss- sowie die Spülvorrichtung für das Pissoir in der Toilette ist gänzlich zerstört. Seit ca. einem halben Jahr fließt das Urinwasser aus dem Pissoir in ein Becken unter dem Fußboden, das nicht dafür eingerichtet ist. Täglich wird das dort angesammelte Wasser von einem Jungen mit einer Blechdose ausgeschöpft. Inzwischen hat das Wasser den Fußboden in der Ausdehnung von einem Quadratmeter unterspült. Da der Toilettenraum nicht unterkellert ist, sickert ein Teil des Wassers in den Boden. Dadurch sind auch die Außenwände stets feucht und es zeigen sich bereits die ersten Schimmelpilzbildungen.“¹⁵³

Um diese fragwürdige Situation wenigstens etwas zu entschärfen, sei man zwischenzeitlich dazu übergegangen, die „Klassen in den Schulpausen geschlossen zum Komposthaufen austreten“ zu lassen.

Ähnliches gilt für das Lehrlingsheim. Zwar hatte man die äußeren Kriegsschäden, insbesondere jene am Südflügel, beseitigen und die verlorengegangenen vierzig Plätze ersetzen können. Die Wohnräume der Jungen waren jedoch noch weit von einem „schlüsselfertigen“¹⁵⁴ Zustand entfernt, wie Wolff dem Landesverband der Inneren Mission in Hannover im Sommer 1952 berichtete. Zudem wurde immer deutlicher, wie unzweckmäßig die Raumaufteilung des Anfang des 20. Jahrhunderts errichteten Lehrlingsheimes war. Dies läge, so der Anstaltsleiter weiter, daran, dass „sämtliche Räume im Erdgeschoss und im 1. und 2. Stock unwirtschaftlich groß und 3,90 Meter hoch“ seien. Wolff beklagte die überkommene Anstaltsarchitektur, die auf große Aufenthaltsräume und Schlafsäle setzte, um die Jugendlichen mit wenig Personal beaufsichtigen und kontrollieren zu können. Diese Form der Unterbringung, die keinerlei Privatsphäre zuließ, sollte sich im Laufe der Jahre immer weiter überleben – auch im Stephansstift. Zunächst einmal ging es aber darum, dass das Lehrlingsheim „mit Beschleunigung in einen Zustand versetzt wird, in dem es nicht nur für die in ihm untergebrachten Jugendlichen ein wirkliches Heim ist, sondern auch vor der Öffentlichkeit bestehen kann.“¹⁵⁵ Vergleichbares ist für den Kronsberg zu sagen, wo vor allem die Erzieherzimmer „würdig“ und „so angenehm und bequem wie möglich“ ausgestattet werden sollten. Angesichts der Beanspruchung der dortigen Erzieher, bekräftigte Wolff, sei dies ein „soziales Gebot“. Zugleich formulierte der Anstaltsleiter ein umfassenderes Ziel: „Ich habe allerdings den dringenden Wunsch, noch miterleben zu dürfen, dass das Stephansstift sich in zeitgemäßem Gewande allen denen präsentieren kann, die zu uns kommen.“¹⁵⁶

153 Wöbking, Notiz an Wolff, 12.1.1952, AStH, 1017. Danach auch das folgende Zitat.

154 Wolff an den Landesverband für Innere Mission, 2.8.1952, AStH, 1017. Danach auch die folgenden Zitate.

155 Wolff, Notiz für Dr. Lorenz, 26.7.1956, AStH, 1017. Danach auch die folgenden Zitate.

156 Wolff, Brüderbrief, 14.12.1957, S. 7. Ein Jahr zuvor hatte Wolff eingeräumt, dass „der Wiederaufbau des Stephansstifts in den ersten Jahren nach 1945 nicht so energisch in Angriff“ genommen worden sei, wie „es an vielen anderen Stellen und in vielen anderen Anstalten möglich gewesen ist.“ Er, so Wolff, habe es damals als seine „wichtigste Aufgabe“ begriffen, „erst einmal die Brüdersache wieder in Gang zu bringen und also möglichst viele verfügbare Mittel auf den Neuanfang in der Brüderausbildung zu verwenden.“ Vgl. Wolff, Brüderbrief, 17.12.1956, S. 6.

Der Juni 1957 jedoch brachte Rückschläge, gingen doch der Rinderstall in Kronsberg und wenige Tage später die Tischlerei auf dem Stiftsgelände in Flammen auf.¹⁵⁷ Es war nicht zuletzt der Großzügigkeit der Brüder zu verdanken, die mit ihrer Spende von rund 5.800 DM dafür sorgten, dass die Tischlerei schon bald wieder in Betrieb genommen werden konnte.

Wie gesehen, besaß das Stephansstift umfängliche Liegenschaften, die ihm nicht nur eine gewisse wirtschaftliche Sicherheit, sondern auch eine nicht zu unterschätzende Verhandlungsmacht gegenüber der Stadt Hannover, aber auch gegenüber Investoren verliehen. Allerdings brachte der Grundbesitz manchmal auch Konflikte mit sich. So etwa im August 1958, als das Städtische Planungsamt dem Stephansstift mitteilte, dass die Heimchenstraße verbreitert werden sollte – und zwar auf Kosten jenes Teils des Anstaltsfriedhofs, auf dem sich „sämtliche Gräber, in denen Persönlichkeiten beigesetzt sind, die sich in der Geschichte des Stephansstifts einen bedeutenden Namen erworben haben“,¹⁵⁸ befanden. Diese Pläne riefen das Stephansstift auf den Plan. In Pastor *Werner Dicke* (1908–1969), dem Vorsteher des Annastifts,¹⁵⁹ fand Pastor Wolff einen Verbündeten. Dicke fürchtete nämlich, dass durch den Ausbau mehr Straßenverkehr und weiterer Lärm entstehen würde, der für ein Krankenhaus „nicht mehr erträglich“ sei. Zwar lenkte das Stadtplanungsamt schließlich ein und versicherte Wolff, dass „der Ausbau der Heimchenstraße voraussichtlich in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren nicht durchgeführt werden würde.“¹⁶⁰ Eine Garantie für die Ewigkeit war dies jedoch mitnichten.

Erneut bedroht war der Kronsberg als Dependance des Stephansstifts. Dort waren seitens der Stadt Hannover im September 1958 Planungen angelaufen, die vorsahen, „dass auf dem östlich der Laatzener Straße befindlichen Gelände des Gutes Kronsberg in Verbindung mit dem angrenzenden Land verschiedener Laatzener Bauern eine sogenannte Rand- oder Satellitenstadt entstehen soll.“ Mit der Erschließung des südlichen Hannovers wollten die Stadtväter „der sich ständig vermehrenden Einwohnerzahl bau- und wohnungsmäßig Rechnung tragen.“ Der Vorstand zeigte sich alarmiert und beschloss, die weitere Entwicklung „besonders sorgfältig“ zu beobachten, „damit das Stephansstift nicht Gefahr läuft, eines Tages überhaupt kein Ersatzland in erreichbarer Nähe von der Hauptanstalt in Hannover-Kleefeld mehr bekommen zu können.“ Zudem wollte man sich erkundigen, ob man nicht Teile der Staatsdomäne Ruthe bei Sarstedt als Ausweichgebiet kaufen könnte. Jedoch stellte der Vorstand klar, dass er „an und für sich nicht die geringste Neigung“ habe, den „Kronsberg aufzugeben, weil die Lage in der Nähe des Stephansstifts so sehr günstig ist und weil

157 Wolff, Brüderrundbrief, 14.12.1957, S. 5f.

158 Vorstandsprotokoll, 6.8.1958, AStH, 290. Danach auch die folgenden Zitate.

159 Siehe für eine kurze Biographie: Pastor Werner Dicke, Nachruf, in: *Die Rehabilitation*, 1969, 8 (2), S. 65–67.

160 Vorstandsprotokoll, 6.8.1958, AStH, 290. Danach auch die folgenden Zitate.

es, wenn wir in weiterer Entfernung einen neuen Anfang machen müssten, schwierig sein würde, die seit nun 35 Jahren eingeführte Wirtschaftsgemeinschaft aufrecht zu erhalten.“¹⁶¹

Die ganze Angelegenheit sollte zunächst ruhen, wurde aber wieder akut, nachdem die Stadt Hannover im Laufe des Jahres 1960 erneut ihr Interesse bekundet hatte, für eine zu errichtende „Gartenvorstadt“¹⁶² Gut und Erziehungsheim Kronsberg entweder käuflich oder mittels eines Grundstückstauschs zu erwerben. Der Vorstand zeigte sich nun nicht länger abgeneigt, Gut Kronsberg zugunsten der bereits erwähnten Staatsdomäne einzutauschen. Vor allem Vorstandsmitglied Baron v. Reden plädierte für einen Standortwechsel der Erziehungsarbeit, und zwar aus „pädagogischen Gründen“, die im Protokoll indes nicht näher ausgeführt wurden. Dass es dem Stephansstift mit der Aufgabe von Gut Kronsberg durchaus ernst war, lassen die Bemühungen von Gutsinspektor Kannegießer vermuten. Dieser hatte „unter der Hand Umschau danach gehalten, ob das Stephansstift vielleicht auch an einer ganz anderen Stelle neues Gelände erwerben könne.“ Eingehender beriet der Vorstand über das Rittergut Burgsdorf in der Nähe von Hannover als Ersatz für das Erziehungsheim Kronsberg.¹⁶³ Dessen Kaufpreis in Höhe von etwas mehr als drei Millionen DM¹⁶⁴ sei aber nur zu bezahlen, wenn man einen sehr guten Preis für Kronsberg erlange, dessen Gebäude allein auf rund 2,5 Millionen DM geschätzt worden waren.¹⁶⁵ Der Union-Boden-Gesellschaft mbH, die mittlerweile von der Stadt Hannover mit den Verhandlungen beauftragt worden war, bot man daraufhin Kronsberg zum Preis von neun Millionen DM an: „Die Notwendigkeit dafür soll dadurch begründet werden, dass man die für den Wiederaufbau der Erziehungsgebäude in Burgsdorf erforderlichen Mittel andernfalls nicht bereitzustellen in der Lage ist.“¹⁶⁶ Wenige Wochen später verständigte sich der Vorstand auf einen Kaufpreis von 8.250.000 DM.¹⁶⁷ Wohl auch für den Vorstand überraschend, erklärte sich die Union-Boden-GmbH bald darauf bereit, 8,5 Millionen DM für den Kronsberg zu zahlen, und zwar „nach einem noch festzulegenden Zahlungsplan.“¹⁶⁸ Allerdings weigerte sich die Gesellschaft, sich an den Unkosten für den Erwerb des Rittergutes Burgsdorf zu beteiligen. Gleichwohl entschloss sich der Vorstand, Kronsberg nunmehr zu veräußern. Am 12. Juni 1961 sollten die Verhandlungen „mündlich zum Abschluss gebracht“¹⁶⁹ gebracht werden.

161 Wolff, Brüderundbrief, 39.2.1958, S. 5.

162 Vorstandsprotokoll, 8.9.1960, AStH, 291. Danach auch die folgenden Zitate.

163 Vorstandsprotokoll, 20.12.1960, AStH, 291.

164 Vorstandsprotokoll, 8.2.1961, AStH, 291.

165 Vorstandsprotokoll, 20.12.1960, AStH, 291.

166 Vorstandsprotokoll, 8.2.1961, AStH, 291.

167 Vorstandsprotokoll, 24.3.1961, AStH, 291.

168 Vorstandsprotokoll, 15.4.1961, AStH, 291.

169 Vorstandsprotokoll, 30.6.1961, AStH, 291.

Altenarbeit

Im Stephansstift war der Begriff „Wiederaufbau“ durchaus wörtlich zu verstehen. Schlimm hatte es das „Neue Altersheim“¹⁷⁰ getroffen. In der Nacht vom 28. auf den 29. November 1944 verlor das in den „goldenen Jahren“ der Weimarer Republik entstandene hufeisenförmige Gebäude seinen nordöstlichen Flügel mit sechzig Plätzen.¹⁷¹ Dieser Vorfall hatte im Geschäftsjahr 1944/45 zu einem Rückgang der Pflageage von 61.000 auf 57.900 geführt, was natürlich mit erheblichen Mindereinnahmen verbunden war.¹⁷² Die Zurückgebliebenen lebten seitdem mehr oder weniger provisorisch im „Alten Siechenheim“ und im „Neuen Altersheim“,¹⁷³ wobei die Zustände in letzterem durch die Zerstörung der Warmwasserversorgung sowie sämtlicher Badezimmer bedenklich waren. Litten doch „die alten Leute häufig an Blasen- und Darmlähmungen sowie an Hauterkrankungen“,¹⁷⁴ waren also existenziell darauf angewiesen, „häufiger gebadet und gereinigt zu werden.“ Trotz dieser prekären Umstände holte man bereits im April 1945 die in die Pension „Haus Grosch“¹⁷⁵ in Bad Pyrmont evakuierten Alten wieder in das Stephansstift zurück. Zuvor waren bereits die nach Kästorf evakuierten Greise nach Hannover zurückgekehrt. Durch das Einziehen von Trennwänden war das „Neue Altersheim“ wieder einigermaßen bewohnbar geworden. „Unsere Altersfürsorge arbeitet also wieder voll und ganz im Stift selbst weiter“,¹⁷⁶ stellte Wolff zufrieden fest. Am 1. Dezember 1946 lebten 173 Männer, darunter 26 Flüchtlinge, und zwei Frauen in den Altenheimen des Stephansstifts, deren Leitung seit Oktober 1936 Bruder *Albrecht Holtz* (1910–1983) oblag.¹⁷⁷ Ein Jahr später war die Belegungszahl auf 181 gestiegen. Die Altenarbeit nahm weiterhin einen zunächst ruhigen Verlauf, sie sei, stellte der Vorstand fest, „ohne besondere Schwierigkeiten“¹⁷⁸ fortgesetzt worden. Im März 1948 aber sah sich das Stephansstift mit einer nahezu überbordenden Nachfrage konfrontiert, die sich vornehmlich aus den nach wie vor äußerst beengten Wohnverhältnissen in Hannover und Umgebung zu speisen schien:

„Es ist bekannt, dass das Bedürfnis nach Plätzen in Alters- und Siechenheimen in einem ständigen Wachsen ist, weil alte Leute, noch dazu, wenn sie an allerlei Krank-

170 Hin und wieder ist auch vom „Neuen Siechenhaus“ die Rede. Vgl. Wolff, Brüderrundbrief, 23.10.1945, S. 11.

171 Die Krankenstation des Altenheims verlor 42 Betten, zudem wurden 26 „Normalbetten“ vernichtet. Wolff an den Rat der Stadt Hannover, betr. Antrag auf Baufreigabe, 30.3.1948, AStH, 1017.

172 Stephansstift, Prüfungsbericht 1944/45, S. 11, AStH, 980.

173 Wolff, Brüderrundbrief, 23.10.1945, S. 11.

174 Wolff an den Rat der Stadt Hannover, betr. Antrag auf Baufreigabe, 30.3.1948, AStH, 1071.

175 Stephansstift, Prüfungsbericht 1944/45, S. 19, AStH, 980.

176 Wolff, Brüderrundbrief, 31.10.1945, S. 5.

177 Fragebogen über die karitative, soziale und kulturelle Arbeit der Evangelischen Kirchen in Deutschland, 1.12.1946, AStH, 2547. Als Bruder Holtz zur Wehrmacht eingezogen wurde, übernahm seine Frau *Gertrud* zeitweise die Leitung, und zwar „klug und energisch“. Vgl. Bote, Neue Folge 4, August 1963, S. 3.

178 Vorstandsprotokoll, 24.4.1947, AStH, 286.

heiten leiden, in den Wohnungen, in denen die Menschen dichtgedrängt leben müssen, lästig werden. Beim Stephansstift liegen denn auch ständig etwa 350 Voranmeldungen vor, in denen um die Aufnahme von alten und siech gewordenen Männern gebeten wird.“¹⁷⁹

Eine eigene Wohnung, geschweige denn eine private Pflege konnten sich die allermeisten Rentnerinnen und Rentner nicht leisten. Das noch aus dem Kaiserreich stammende Prinzip einer Rente als einer Art Grundsicherung, die mit eigenen Rücklagen und der Hilfe der Angehörigen ergänzt werden sollte, hatte sich während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus erhalten und galt auch noch in den ersten Jahren der jungen Bundesrepublik. Der massenhafte Tod ihrer Söhne als mögliche Unterhaltssicherer, verlorengegangener Besitz und Rücklagen durch Flucht und Vertreibung sowie die fortwährende Preissteigerung und Inflation trieb viele alte Menschen in Existenznot. Die Währungsreform am 20. Juni 1948 verschärfte ihre wirtschaftliche Situation. Denn entgegen einer nach wie vor dominierenden Erzähltradition brachte die Einführung der D-Mark nicht sofort das „Wirtschaftswunder“ und allgemeinen Wohlstand hervor, im Gegenteil. Deutlich trat nun die bis dahin mehr oder weniger verdeckte Arbeitslosigkeit – vor allem unter den Jugendlichen¹⁸⁰ – und die Not der alten Männer und Frauen hervor. Schon vor der Währungsumstellung war es vielen Kleinrentnerinnen und Kleinrentnern schwer gefallen, ihre täglichen Ausgaben zu bestreiten, nun aber – mit stagnierenden Renten und steigenden Preisen – waren sie auf öffentliche Fürsorgeunterstützung angewiesen.¹⁸¹ Daher konnte der Gang in ein Altenheim – ließen die Unterbringung in Mehrbettzimmern, das eintönige Essen und die Pflege auch noch so sehr zu wünschen übrig – für manchen die Rettung aus einer ausweglosen Situation bedeuten. Und in der Tat waren manche Bewohner in den beiden Altenheimen des Stephansstifts so arm, dass „eine Ermäßigung des Pflegesatzes“¹⁸² gewährt werden musste. Die Nachfrage blieb hoch. Im April 1954 lebten „180 alte Herren aus allen Berufskreisen und Ständen unseres Volkes, [...] meistens alte Herren, die entweder keine Familie mehr besitzen oder bei den engen Wohnraumverhältnissen bei den Ihrigen nicht haben bleiben können“, im Stephansstift. Durch die Umwandlung eines Personalzimmers hatten 1955 zwei Plätze hinzugewonnen werden können.¹⁸³ Eine gewisse Entlastung trat ein, nachdem das Erholungsheim „Stephansruh“ in Altenau am 1. Januar 1955 wieder in eigene Regie übernommen und nach eigenem Gutdünken belegt werden konnte.¹⁸⁴ Angesichts dieser drängenden „Altennot“ war die Erweiterung des Arbeitsfeldes, am besten

179 Wolff an den Rat der Stadt Hannover, betr. Antrag auf Baufreigabe, 30.3.1948, AStH, 1071.

180 Schmuhl, Arbeitsmarktpolitik, S. 352.

181 Kenan H. Irmak, *Der Sieche. Alte Menschen und die stationäre Altenhilfe in Deutschland 1924–1961*, Essen 2002, S. 91 f., sowie: Nina Grabe, *Die stationäre Versorgung alter Menschen in Niedersachsen 1945–1975*, Stuttgart 2016.

182 Wolff, Brüderrundbrief, 10.4.1954, S. 5. Danach auch das folgende Zitat.

183 Aufstellung des Alters- und Pflegeheims, 28.12.1955, AStH, 2548.

184 Vorstandsprotokoll, 22.5.1957, AStH, 290.

mit einem Neubau, im Grunde genommen überfällig. Im Juli 1956 fiel im Vorstand die Entscheidung für den Bau eines neuen Altenheimes, dessen sechzig Betten für Ehepaare vorgesehen werden sollten.¹⁸⁵ Damit trug das Stephansstift einer – für unser heutiges Empfinden – regelrechten Selbstverständlichkeit Rechnung, nämlich jener, dass auch alte und pflegebedürftige Ehepaare bis zu ihrem Tode zusammenbleiben und zusammenwohnen wollten. Bis dahin hatten in den Altenheimen des Stephansstifts ausschließlich Männer, auch wenn diese verheiratet waren, Aufnahme gefunden.

Der ebenfalls vorgesehene Umbau des bestehenden Altenheims wurde – auf Wunsch Wolffs – einstweilen zurückgestellt. Einen Mitstreiter fand er in Dr. Lorenz, dem er am 21. Juli 1956 das Folgende mitteilte: „Mit Ihnen bin ich der Ansicht, dass wir [uns] mit der Inangriffnahme eines Umbaus des alten Altenheims, der sicherlich ziemlich hohe Kosten verursachen wird, bis auf weiteres noch zurückhalten sollten. Jedenfalls so lange, bis man übersehen kann, wie wir in diesem Jahr mit den, durch die Erhöhung der Pflegesätze vermehrten, Einkünften auskommen können.“¹⁸⁶ Es sei – so Wolff – „auf die Gesamtlage des Stephansstifts gesehen“ fraglich, ob man sich den Umbau des alten Altenheims „in diesem Jahr noch [würde] leisten“ können.

Den Entwurf des Altenheimneubaus wurde auch hier Architekt Zinsser übertragen. Allerdings erregten dessen schon bald vorgelegte Baupläne und hier insbesondere die geplanten Dächer sowie die „Konstruktion und Lage der Fenster“¹⁸⁷ das Missfallen der Vorstandsmitglieder. Ihnen waren die Entwürfe des Architekten wohl zu extravagant. Jedenfalls wünschte sich der Vorstand ein Altenheim, „welches nicht nur die gerade in der Architektur in Mode gewordenen Formen und Regeln berücksichtigt, sondern auf lange Zeit hinaus als ansprechender Bau angesehen werden kann.“ Die Geschmäcker hinsichtlich der Ästhetik gingen also deutlich auseinander. Wahrscheinlich waren Zinssers Entwürfe auch mit erheblichen Mehrkosten verbunden, die vor allem Wolff vermeiden wollte. Er habe, so der Vorsteher, „auf Grund früherer sehr schmerzlicher Erfahrungen, die [er] in den Jahren nach der Inflation, also in den Jahren 1923 bis 1932 habe machen müssen, [seinerseits] Abstand davon genommen, „ins Volle hineinzugehen“¹⁸⁸ obwohl er dies „an und für sich ganz gern getan“ habe. Daher lehne er für sich jeglichen „Geist des Wagemuts“¹⁸⁹ ab und warnte auch alle „im auswärtigen Dienst stehenden Brüder, die mit Neubauten und ähnlichen Aufgaben zu tun haben“,¹⁹⁰ davor, sich zu übernehmen. Auch sollten die Brüder nicht zu sehr auf die gute Wirtschaftsentwicklung vertrauen, das „deutsche Wunder“, so Wolff, habe durchaus auch „eine andere Seite“. Letztlich kam man mit Zinsser zu einer Verständigung und der Bau des Altenheimes wurde in Auftrag gegeben. Im Mai 1957 waren die

185 Vorstandsprotokoll, 11.7.1956, AStH, 290.

186 Wolff, Notiz an Dr. Lorenz, 21.7.1956, AStH, 1017. Danach auch die folgenden Zitate.

187 Vorstandsprotokoll, 11.7.1956, AStH, 290. Danach auch das folgende Zitat.

188 Wolff, Brüderrundbrief, 21.4.1957, S. 5. Danach auch das folgende Zitat.

189 Ebd., S. 4.

190 Ebd., S. 5. Danach auch die folgenden Zitate.

Bauarbeiten von „Stephansruh“, wie das neue Haus heißen sollte, schon weit vorangeschritten.¹⁹¹ Einen namhaften Betrag erhielt das Stephansstift aus Lottomitteln. So gerne Wolff diese Zuschüsse annahm, so kritisch bewertete er sie. Man könne sich, so Wolff, nicht auf deren kontinuierliche Zuweisung verlassen. „Lottomittel kommen nur herein, solange es Menschen gibt, die sich einbilden, durch Glücksspiele ein Vermögen erwerben zu können. Eines Tages setzt die Enttäuschung ein und dann werden die zur Verteilung kommenden Lottomittel geringer“,¹⁹² warnte der Vorsteher.

Am 1. Oktober 1957 zogen die ersten alt und pflegebedürftig gewordenen Ehepaare in „Stephansruh“ ein. Das Haus sei ein „Schmuckstück“¹⁹³ geworden, zeigte sich Wolff mit der Arbeit Zinssers zufrieden. Dass man einige Zimmer auch für alleinstehende Frauen vorgesehen hatte,¹⁹⁴ bedeutete eine wichtige und zeitgemäße Erweiterung des Arbeitsfeldes „Altenhilfe“. Die Nachfrage war bereits im Vorfeld so groß, dass „wenn wir über das nötige Geld verfügten“,¹⁹⁵ so Wolff, man sofort an den Bau eines zweiten Altenheimes für Ehepaare hätte gehen können. Nun baute man zwar kein zweites neues Altenheim, aber man trat dem 1956 auf Eis gelegten Umbau des „alten Siechenhauses“ wieder näher. Dieses entsprach „in keiner Beziehung mehr den modernen Anforderungen an eine sorgfältig durchgeführte Altersfürsorge“,¹⁹⁶ räumte Wolff selbstkritisch ein. Als das Stephansstift 1958 einen größeren Betrag „aus allgemeinen Mitteln“ erhielt, begann der Umbau des Hauses, der sich u.a. in der schon lange gewünschten Zentralheizung niederschlagen sollte.¹⁹⁷

Die Umstellung der Rente vom bisherigen Kapitaldeckungsverfahren auf ein Umlageverfahren 1957 verbesserte die finanzielle Situation der Rentner und Rentnerinnen signifikant. Die Renten wurden an die Bruttolohnentwicklung und die Inflation gebunden, was eine dynamische Anpassung garantierte. Die alten Menschen nahmen nun ebenfalls am Wirtschaftswachstum teil und vermochten besser für sich zu sorgen. Pastor Wolff begrüßte diese durchaus historisch zu nennende Rentenreform ausdrücklich: „Eine große Erleichterung ist für viele, namentlich auch für die Alten unter uns, die erfreuliche Tatsache, dass nun kürzlich die schon längst erwartete, heiß umstrittene Renten-Reform endlich in Kraft getreten ist. [...] Auch auf die Finanzpolitik, die wir bei der Gestaltung unseres Kassenwesens einzuschlagen haben, wirkt sich das wohl­tätig aus.“¹⁹⁸ Nicht zuletzt profitierten die verrenteten Diakone des Stephansstifts, die in manchen Fällen nicht mehr existenziell auf die Unterstützung durch ihr Brüderhaus angewiesen waren.

191 Vorstandsprotokoll, 22.5.1957, AStH, 290.

192 Wolff, Brüderrundbrief, 21.4.1957, S. 5.

193 Wolff, Brüderrundbrief, 14.12.1957, S. 6.

194 Bote, Neue Folge Nr. 1, Oktober 1962, S. 12.

195 Wolff, Brüderrundbrief, 17.12.1956, S. 7.

196 Wolf, Brüderrundbrief, 14.12.1957, S. 7. Danach auch das folgende Zitat.

197 Wolff, Brüderrundbrief, 16.12.1958, S. 5.

198 Wolff, Brüderrundbrief, 21.4.1957, S. 4.

Erziehungsarbeit

Die Erziehungshäuser des Stephansstifts standen im Mai 1945 fast leer. Nach den ersten Bombenangriffen auf Hannover im Sommer 1943 war der auf dem Gelände der Hauptanstalt gelegene Knabenhof evakuiert worden. Wie weiter vorne dargestellt, kamen 148 Jungen in die anstaltseigene Dependance Kronsberg,¹⁹⁹ 85 Jungen wurden in das Haus „To Hus“ bei Wildeshausen (Oldenburg) einquartiert, 106 Knaben wohnten fortan im Erholungsheim „Stephansruh“ in Altenau, 96 im Gemeindehaus in Uslar²⁰⁰ und 60 Jungen zogen in den Moorhof nach Freistatt,²⁰¹ einer Dependance der v. Bodelschwingschen Anstalten. „Bei diesen Evakuierungen konnte der Grundsatz durchgehalten werden, die am billigsten arbeitenden Lager [!] am stärksten zu belegen.“²⁰² Die größte Gruppe, 152 Jungen, kam in fünf Dörfern der Gemeinde Borstel (Landkreis Nienburg), meist in bäuerliche Haushalte, wo die Jungen zur Mitarbeit auf den Feldern und in den Ställen herangezogen wurden. Unter ihnen war *Heinrich Lawker* (* 1935), der mit einem Flüchtlingstreck Anfang Juli 1945 über Großburgwedel ins Stephansstift gekommen war und schon bald zu einer Pflegefamilie nach Kaltenweide, später dann zu einem Bauer nach Borstel kam. Dort habe es „wenigstens etwas zu essen“²⁰³ gegeben, berichtete Herr Lawker und führte aus: „Wir mussten viel arbeiten, wir Kinder. Äpfel aufsammeln in der Gärtnerei gegenüber – da durften wir aber nicht abbeißen. Das hat Ärger gegeben.“

Am 31. Dezember 1945 befanden sich 395 sowohl schulpflichtige als auch schulentlassene Jungen im von Bruder *Georg Grahn* (1910–1997) geleiteten Knabenhof, ein Jahr später waren es 403.²⁰⁴ Die Zahl der Schulentlassenen betrug am Ende des Jahres 1945 155, am 31. Dezember 1946 bereits 232. Die stetig wachsenden Zahlen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Erziehungshäuser mit einer hohen Fluktuation zu kämpfen hatten. So nahm der Knabenhof 1946 239 Jungen auf, entließ im selben Jahr aber 231 wieder. Ein ähnliches Bild zeigte sich bei den Schulentlassenen. 498 Aufnahmen standen 419 Entlassungen gegenüber.

199 Zahlen nach „Entstehung und Entwicklung des Stephansstifts – Zeittafel“, S. 8. Acht Buben wurden in Familienpflegen überwiesen, drei Jungen kehrten in ihr Elternhaus zurück, vermerkte das Vorstandsprotokoll vom 7.10.1945, AStH, Liste P, 21.

200 Die 96 Jungen unterstanden Fräulein *Hanna Suckow*, die nach ihrer Rückkehr bis 1958 auf dem Knabenhof arbeitete. Bote aus dem Stephansstift, neue folge nr. 6, april 1964, S. 21f.

201 Als Erziehungsheim genoss Freistatt einen mehr als berühmten Ruf. Vgl. Matthias Benad / Hans-Walter Schmuhl / Kerstin Stockhecke (Hg.), Endstation Freistatt. Fürsorgeerziehung in den von Bodelschwingschen Anstalten Bethel bis in die 1970er Jahre, Bielefeld 2. Aufl. 2009.

202 Stephansstift, Prüfungsbericht 1944/45, S. 11, AStH, 980.

203 Christina Volkmann, Gesprächsnotiz Telefonat mit Herrn Heinrich Lawker, 25.7.2017. Danach auch das folgende Zitat.

204 Aufstellung: Zahlenmäßige Belegung der Erziehungsheime im Jahre 1946, o.D., AStH, 2547. Danach auch die folgenden Angaben.

Der Zuwachs von schulentlassenen Jugendlichen im Stephansstift verstetigte sich, und zwar nicht nur aufgrund entsprechender Aufnahmen, sondern auch durch die Übernahme des Lehrlingsheims in Hannover-Herrenhausen mit rund siebzig Plätzen für „schulentlassene Jugendliche jeder Art (nicht nur Fürsorgezöglinge), die in Hannover eine Lehr- und Arbeitsstelle besuchen.“²⁰⁵ 1948 wurde das Jugendwohnheim, das unter der Leitung von Rektor *Gustav Lesemann* (1889–1973) stand, auf 95 Plätze erweitert und diente fortan vor allem jungen Männern, die in Ausbildung waren oder einer Arbeit nachgingen.²⁰⁶ Ein wichtiger Schritt hin zur Normalität war die Wiedereröffnung der Heimschule am 24. April 1946 mit knapp über 400 Schülern. Da im Schulgebäude immer noch die Wohlfahrtspflege- und die Landeskirchliche Musikschule²⁰⁷ untergebracht waren, konnten die Schüler zunächst nur in drei, wahrscheinlich sehr großen Klassen unterrichtet werden.

Exkurs: Gustav Lesemann – Ein Befürworter der „Eugenik“ als Lehrer im Stephansstift

Neben seiner Tätigkeit als Leiter des Lehrlingsheims in Herrenhausen unterrichtete Lesemann an der Brüderschule, wo er Unterricht in den Fächern Psychologie und Pädagogik erteilte,²⁰⁸ sowie an der Wohlfahrtsschule des Stephansstifts. Nach dem Besuch einer Präparandenanstalt zur Vorbereitung auf die Lehrerausbildung, besuchte der gebürtige Hannoveraner drei Jahre lang das Lehrerseminar in Alfeld an der Leine.²⁰⁹ Nach einem kurzen Militärdienst wurde Lesemann 1910 Dorfschullehrer im Weserbergland. Nach dem Ersten Weltkrieg, den er als Reserveoffizier erlebte, legte Lesemann 1920 die Rektorenprüfung, 1922 die Hilfsschullehrerprüfung ab, um danach in einer Hilfsschule in Hannover zu arbeiten. 1923 übernahm er die Leitung einer konfessionellen Hilfsschule in Linden. Drei Jahre später wurde Lesemann die Leitung eines Jugendheimes („Haus Wehrhahn“)²¹⁰ in Kleefeld und der dort angeschlossenen Hilfsschule übertragen. Zugleich gründete er eine Erziehungsberatungsstelle in Hannover.²¹¹ Lesemann engagierte sich auch auf verbandspolitischer Ebene. Von 1924 bis 1928 führte er die Geschäfte des Verbandes der Hilfsschulen Deutschlands, bis 1933 saß er dem Verband vor. Mit seiner Berufung zur Wehrmacht 1939 endete sein pädagogisches Engagement.

Lesemann vertrat neben reformpädagogischen Ansätzen ab Ende der 1920er Jahre zunehmend biologistische und rassenhygienische Positionen. So forderte er etwa die Asy-

205 Fragebogen über die karitative, soziale und kulturelle Arbeit der Evangelischen Kirchen in Deutschland, 1.12.1946, AStH, 2547.

206 Bericht zum Stephansstift, o.V., o.D. [Anfang 1953], S. 2, AStH, 2548.

207 Diese räumte die Räumlichkeiten erst 1958.

208 Bote, Neue Folge 2, 1975, S. 27.

209 Das Folgende nach: Werner Brill, Pädagogik der Abgrenzung. Die Implementierung der Rassenhygiene im Nationalsozialismus durch die Sonderpädagogik, Bad Heilbrunn 2011, S. 343–353.

210 Benannt nach dem Stadtschulrat Dr. *Albert Wehrhahn* (1848–1942).

211 Gustav Lesemann, Wege Wandlungen Begegnungen in der Pädagogik, Sonder- und Sozialpädagogik. Rückschau, Analysen, Ausblicke, dargestellt an Ausschnitten aus meinem Leben, Berlin 1969, S. 122–128.

lierung von „Schwachsinnigen“ ebenso wie er deren Sterilisierung zur „Volksaufartung“ befürwortete: „Ich stehe auf dem Standpunkte, dass man hier und da einmal ruhig einen Zweifelsfall mehr sterilisieren soll, anstatt etwa unter Zweifelsfällen viele durchrutschen zu lassen, die in Wirklichkeit sterilisiert werden müssten.“²¹² Die „Frühsterilisation“²¹³ sei unbedingt zu empfehlen, da die psychischen Folgen einer Sterilisation im Kindesalter rascher überwunden werden könnten. 1933 forderte Lesemann die „Abtötung lebensunwerten Lebens“²¹⁴ zur Durchsetzung einer „reinrassigen Volksgemeinschaft“.

Nach der Kriegsgefangenschaft kehrte Lesemann nach Hannover zurück, leistete Enttrümmerungsarbeiten und wurde schon bald von Pastor Wolff in seiner Funktion als Leiter des Landesjugendamtes angesprochen.²¹⁵ „PW“, wie Lesemann Pastor Wolff vertraulich-kumpelhaft abkürzte, habe ihn gebeten, die Leitung des Lehrlings- und Jugendwohnheims in Herrenhausen zum 30. Januar 1947 zu übernehmen. Schon bald unterrichtete Lesemann auch die angehenden Diakone des Stephansstifts in „Anstaltskunde“,²¹⁶ kurz darauf in das Unterrichtsfach „Psychologie und Pädagogik der Heime“ umbenannt, das sich Lesemann mit einem Kriminalpsychologen teilte. Eine weitere Umfirmierung in das Fach „Psychologische Pädagogik für Heime und Anstalten“ folgte. Gustav Lesemann verantwortete den Unterricht nun alleine. Hinsichtlich seiner inhaltlichen Schwerpunkte blieb Lesemann sehr allgemein, gab sich aber ausgesprochen liberal. „Aus der früher vielfach bevorzugten Pädagogik der ‚geschlossenen‘ Heime und Anstalten hat sich herausentwickelt die ‚offene‘ Erziehung. Daher muss immer mehr der sogenannte ‚isolierende‘ Erziehungsstil umgewandelt werden in den ‚weltoffenen‘ Stil.“²¹⁷

An der Wohlfahrtsschule erfüllte Lesemann einen Lehrauftrag für Pädagogik, Sozialpädagogik, Psychologie und Sozialpsychologie.²¹⁸ 1960 schied Lesemann aus den Diensten des Stephansstifts aus.

Bis Anfang der 1970er/80er Jahre galt Lesemann als „Nestor der Sonderpädagogik“, der einen guten Ruf genoss. Sonderschulen, z.B. in Hannover oder in Dortmund, wurden nach ihm benannt, noch zu seinen Lebzeiten wurde eine Stiftung errichtet, deren „Gustav-Lesemann-Preis“ er selbst noch zweimal vergeben konnte. Dass Lesemann und ein nicht unbedeutender Teil seiner Kollegen mit ihren rassenhygienischen Beiträgen und einer entspre-

212 Gustav Lesemann, Was können Heime und Anstalten für die Volksaufartung leisten?, in: Wohlfahrtswochen 9 (1934) 46, S. 373–375, S. 373. Zit. nach Brill, Pädagogik, S. 349.

213 Brill, Pädagogik, S. 350.

214 Gustav Lesemann, Heilpädagogik und Eugenik, in: Die Hilfsschule 26 (1933), S. 141–154, S. 145. Zit. nach Brill, Pädagogik, S. 353.

215 Lesemann, Wege, S. 129. Danach auch das folgende Zitat.

216 Ebd., S. 153.

217 Ebd., S. 155. „Ein wenig dazu beizutragen, hatte ich in der Diakonenschule Gelegenheit, für die ich dankbar bin.“ Ebd.

218 Ebd., S. 156. Hinsichtlich seiner Lehrtätigkeit sowohl in der Wohlfahrtsschule als auch im Brüderhaus gab Lesemann keine konkreten Auskünfte.

chenden Pädagogik den Boden für die Nationalsozialisten bereitet hatten, ist nach wie vor Gegenstand zum Teil heftig ausgetragener fachwissenschaftlicher Auseinandersetzungen.²¹⁹

Nun war es jedoch nicht so, dass man alle evakuierten „Zöglinge“ sofort in ihr ursprüngliches Heim hatte zurückbringen können. Die teilzerstörten Gebäude, aber auch die allgemeine materielle Not verhinderten diesen Schritt hin zur Normalität zunächst. Die Erziehungsarbeit litt darunter, „dass alle möglichen Lebensbedürfnisse, wie Kleidung und Schuhwerk, Reinigungsmaterial usw. nicht in ausreichendem Umfange zur Verfügung stehen.“²²⁰ An die Rückführung der Knabenhof-Jungen, die – wie erwähnt – auf mehrere Ausweichstellen verteilt worden waren, traute man sich noch nicht. Die Gründe waren vielfältig. Zum einen war man sich unsicher, wann das Annastift, dessen Bewohner kurz nach dem Einmarsch der amerikanischen Streitkräfte²²¹ Aufnahme im „großen Neuen Knabenhaus und in der Neuen Schule“ gefunden hatten, in die eigene Einrichtung würden zurückkehren können. Zum anderen sorgte man sich um eine ausreichende Ernährung der Jungen. Diese schien auf dem Lande leichter zu bewerkstelligen zu sein. Lediglich die Außenstelle in Freistatt löste die Anstaltsleitung auf. Indes herrschte an Bewohnern kein Mangel. Im Stift und in Kronsberg lebten zu diesem Zeitpunkt bereits wieder 121 schulpflichtige Jungen. Die Zahl der schulentlassenen Jungen betrug 107.²²² 1947 arbeitete der Knabenhof nach wie vor mit den „vier Ausweichstellen in Altenau, Uslar, Borstel und To Hus.“²²³ Für den späteren Erziehungsleiter Grahn war die externe Unterbringung der Jungen, vor allem in Borstel, geradezu unabdingbar: „Was hätten wir in den Nachkriegsjahren machen sollen, wo die Heime überfüllt waren, und es an Kleidung, Nahrung und Raum fehlte? Ohne diese Stellen hätten wir vielen Jungen nicht helfen können“, und er führte weiter aus, dass „in den Jahren 1945, 1946 und 1947 etwa ständig 450 Jungen auf dem Lande unterbracht waren.“²²⁴

1948 musste ein Teil der Jungen von Altenau in das Wichernstift in Adelheide bei Celle umziehen, eine Entwicklung, die Wolff zunehmend kritisch sah. Lag doch das Wichernstift auf dem Gelände des ehemaligen Fliegerhorstes Adelheide, das – angesichts des Kalten Krieges – „vielleicht schon in absehbarer Zeit geräumt werden muss, und zwar aus Gründen der militärischen Notwendigkeit.“²²⁵ Daher drängte der Vorsteher 1950 auf den Wiederauf-

219 Für eine luzide Beschreibung der Auseinandersetzungen um die Geschichte der Sonderschullehrer und das Selbstverständnis des Verbandes Deutscher Sonderschulen e.V. (heute: Verband Sonderpädagogik e.V.) mit seinem Vorsitzenden Lesemann, vgl. Dagmar Hänsel, *Die NS-Zeit als Gewinn für Hilfsschullehrer*, Bad Heilbrunn 2006. Siehe auch: Dagmar Hänsel, *Kontroversen um die Geschichte der Hilfsschul- und Sonderschulpädagogik in Deutschland*, in: Hans-Walter Schmuhl / Ulrike Winkler (Hg.), *Welt in der Welt. Heime für Menschen mit geistiger Behinderung in der Perspektive der Disability History*, Stuttgart 2013, S. 179–189.

220 Vorstandsprotokoll, 24.4.1947, AStH, 286.

221 Wolff, Brüderrundbrief, 23.10.1945, S. 10.

222 Wolff, Brüderrundbrief, 31.10.1945, S. 5.

223 Vorstandsprotokoll, 24.4.1947, AStH, 286.

224 Bote, Neue Folge 3, April 1963, S. 9.

225 Wolff an Bruder Beddig, 28.9.1950, AStH, 1017.

bau des Zöglingshauses I auf dem Kronsberg, und zwar in seiner „ursprünglichen Form“. Dies sollte gelingen, noch im gleichen Jahr konnte das Stephansstift den Standort Adelheide aufgeben. Dahingegen behielt man das einst als Provisorium gedachte Projekt Borstel bei: „Die Aufnahme der Jungen in häuslichen Familiengemeinschaften erwies sich als pädagogisch äußerst wertvoll und entsprach auch dem eigentlichen Anliegen Wicherns.“²²⁶

Die räumliche Unterbringung und Ernährung der Kinder und Jugendlichen war schon bald notdürftig gewährleistet, aber Wolff klagte im August 1950 darüber, dass im Lehrlingsheim Waschbecken, Tische, Fensterbänke, Mülltonnen, Trittleitern, Gullydeckel, Türen und Bänke, aber auch Matratzen, Bettbezüge, Kissenbezüge, Bettlaken, Wäscheleinen, Teller und Tischdecken fehlten.²²⁷

Was ist nun zur pädagogischen Betreuung der Jungen und Jugendlichen zu sagen? Während hierzu für die ersten Nachkriegsjahre keine Auskunft gegeben werden kann, liegen für das Jahr 1949 interessante Angaben vor. So hatte Wolff errechnet, dass auf „je zwölf Knaben und Jugendliche“ eine „fachlich vorgebildete Kraft“ entfiel, wobei hinzuzufügen ist, dass sich darunter nur zwei Personen befanden, die explizit eine Heimerzieherausbildung absolviert hatten. Etwas besser sah das Verhältnis „Zögling – Erzieher“ aus, wenn Wolff die Hilfsdiakone und die Meister als „erzieherische Persönlichkeiten“ mitzählte. Dann kamen auf jede erzieherisch tätige Kraft sieben Jungen. Insgesamt kümmerten sich im Jahre 1949 48 fachlich ausgebildete erzieherische Kräfte und dreißig Kräfte, „die nur eine praktische Anleitung besitzen“,²²⁸ um insgesamt 571 Bewohner im Alter von 7 bis 21 Jahren.²²⁹ Wenn man bedenkt, dass auch Krankheits- und Urlaubszeiten überbrückt werden mussten, war die Personaldecke eher dünn. Ein Eingehen auf die Bedürfnisse der oft entwurzelten, durch den Krieg traumatisierten und teilweise stark verhaltensauffälligen Kinder und Jugendlichen war so nur schwer zu bewerkstelligen.

Gleichwohl wurde das erstmalige Sinken der Zöglingszahlen nach dem Krieg im Juli 1950 von den Verantwortlichen des Stephansstifts keineswegs begrüßt. Man war auf die Pflegegeldzahlungen angewiesen und sah mit Unverständnis auf den behördlichen Trend, bei „schwierigen“ Kindern und Jugendlichen weniger auf die klassischen Erziehungsheime und mehr auf alternative Formen, etwa die Unterbringung in Pflegefamilien, zu setzen. Jedenfalls hatte Wolff den Eindruck gewonnen, „dass es gewisse Stadt- und Landkreise mit ihren Jugendämtern und Vormundschaftsgerichten im Lande Niedersachsen gibt, die bewusst auch in solchen Fällen von der Einleitung eines Fürsorgeerziehungsverfahrens Abstand nehmen, in denen die Fürsorgeerziehung eigentlich das beste Erziehungsmittel

226 Christian Reetz, Bericht über mein Sozialpraktikum im Stephansstift vom 15.7. bis 28.8.1963 als Praktikant der Abteilungserzieherin [im Knabenhof], 26.10.1963, S. 4, AStH, 192 „Aktenbüschel STS“.

227 Anlagen 1, 2, 3 und 4 zum Schreiben von Wolff an den niedersächsischen Kultusminister, 5.6.1950, AStH, 1017.

228 Stephansstift, betr. Erzieherpersonal in den Fürsorgeerziehungsheimen, 18.10.1949, AStH, 1222.

229 Anlage zum Schreiben Stephansstift, betr. Erzieherpersonal in den Fürsorgeerziehungsheimen, 18.10.1949, AStH, 1222.

sein würde.²³⁰ Vorstandsmitglied Dr. *Werner Fontaine* († 1962) empfahl daraufhin, das Gespräch mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten in Celle zu suchen und ihn auf diese Entwicklung aufmerksam zu machen.

Zudem zeigte sich, dass sich Eltern gegen den Entzug der Erziehungsgewalt und die Heimeinweisung ihrer Kinder wehrten. Es musste polizeiliche Gewalt angewendet werden, um die Kinder von ihren Eltern zu trennen. Dieses harsche Vorgehen komme – wie das Landesjugendamt im Herbst 1950 mitteilte – in „Ausnahmefällen“ vor, etwa wenn ein gerichtlicher Beschluss vorliege. Pastor Wolff zeigte auf der einen Seite „Verständnis“²³¹ dafür, dass in manchen Fällen mit Gewalt die „Staatsautorität“ gesichert werden müsse, auf der anderen Seite sah er dadurch die Arbeit im Stephansstift erschwert. Er, so Wolff, frage sich, wie in den „völlig offenen Erziehungsheimen“ des Stephansstifts dann noch „pädagogisch zum Ziel“ gekommen werden könne. Dabei hatte der Anstaltsleiter übrigens weniger die Kinder und Jugendlichen im Blick als vielmehr die Probleme, die jene Eltern bereiteten, die sich gegen die Heimüberführung ihrer Kinder zur Wehr setzten und sich nicht davor scheuten, diese aus dem Stephansstift herauszunehmen. Daher regte Wolff an, Kinder, die mit Polizeigewalt aus ihren Familien geholt worden waren, in geschlossene Einrichtungen einzuweisen. Auch bat er darum, dass die jeweiligen Heimleitungen über eine etwaige Gewaltanwendung informiert werden sollten, damit diese wüssten, „was sie von den Eltern zu erwarten“ hätten.

Im Herbst 1950 beschwerten sich einige Eltern, deren Jungen auf Kosten des Berliner Hauptjugendamtes im Stephansstift untergebracht waren, über „die Bekleidung und Behandlung“²³² ihrer Söhne. Nun fragte die Berliner Stelle aber nicht direkt bei Wolff nach, sondern bat das Landesjugendamt Hannover um eine Stellungnahme. Wolff, der ja nicht nur das Stephansstift, sondern auch das niedersächsische Landesjugendamt leitete, verfasste daraufhin einen geharnischten Brief nach Berlin, in dem er die Dinge aus seiner Sicht darlegte, das Hauptjugendamt aufforderte, einzulenken und sich „in aller Form“ bei ihm, Wolff, zu entschuldigen. Falls dies nicht geschehe, werde das Stephansstift nicht nur keine Zöglinge aus Berlin mehr aufnehmen, sondern die „im letzten Jahr untergebrachten zwanzig Berliner Jungen über die Zonengrenze nach Berlin wieder zurückschicken.“²³³ Gegenüber seinem Amtskollegen, dem Leiter der Pestalozzi-Stiftung in Großburgwedel, *Johannes Badenhop* (1890–1965), machte der Pastor keinen Hehl daraus, dass er nicht nur massive Vorurteile gegenüber dem Hauptjugendamt Berlin, sondern mehr und mehr auch gegen Forderungen und Ansprüche aus dem weit entfernten Berlin hegte:

„Hier im Westen werden dauernd Aktionen gestartet, die man als ‚Hilfswerk Berlin‘ bezeichnet, und bei deren Durchführung man uns immer wieder versichert,

230 Vorstandsprotokoll, 19.7.1950, AStH, 286.

231 Wolff an das Landesjugendamt Hannover, betr. Zuführung von Fürsorgezöglingen, 16.9.1950, AStH, 1222. Danach auch die folgenden Zitate.

232 Wolff an Senatorin Kay, Berlin, 6.1.1958, AStH, 1222.

233 Wolff an Badenhop, 7.10.1950, AStH, 1222. Danach auch das folgende Zitat.

dass dem armen Westsektor von Berlin geholfen werden müsse; gleichzeitig aber erdreisten sich die Berliner Jungen, ihre Eltern, wenn sie hier auf Besuch kommen, allerlei Romane zu erzählen und hier herum zu prahlen, was für Herrlichkeiten in den Berliner Heimen dort an Ort und Stelle zur Verfügung stehen. Das passt nicht zueinander und ich bin der Ansicht, dass man es einer solchen Berliner Behörde einmal deutlich sagen muss, dass dieser dreiste und herausfordernde Ton, den wir Jahrzehnte [!] hindurch von Berlin ertragen haben, jetzt hier im Westen nicht mehr verstanden wird.“

Seine Drohung, die Westberliner Jungen wieder nach Hause zu schicken, machte der erboste Pastor übrigens nicht wahr. Der Ärger mit den Zuweisungen aus Westberlin sollte jedoch anhalten und sich im Sommer 1956 zu einer regelrechten Affäre ausweiten. Das Stephansstift nahm gelegentlich auch „schwererziehbare“ Jugendliche aus dem Johannesstift in Berlin-Spandau auf, von denen man hoffte, dass sie sich im Außenheim Borstel – fernab der Großstadt und bei schwerer körperlicher Arbeit – leichter erziehen ließen und mittelfristig „bessern“ würden. Diese beiderseits gehegte Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht immer. Bereits vor 1956 war es in Borstel zu schweren, auch sexuellen Gewaltverbrechen von männlichen Jugendlichen aus Berlin gekommen, die die Akzeptanz der Fürsorgeeinrichtung bei der örtlichen Bevölkerung schwinden ließen. In einem Fall leistete das Stephansstift Geldzahlungen an die Familie eines vergewaltigten 11-jährigen Mädchens – zur „Beruhigung der Bevölkerung“,²³⁴ wie Wolff einem Amtsbruder gegenüber einräumte, habe doch dieses Verbrechen gleichsam eine „Revolution“ innerhalb der örtlichen Bevölkerung hervorgerufen.

1953 übernahm das Stephansstift eine Baracke der „Deutschen Jugend im Osten“ in Großmoor im Kreis Celle. Dort sollten bis zu 35 Jugendliche unterkommen, „die in ihren landwirtschaftlichen Arbeitsstellen gescheitert sind und einer neuen pädagogischen Ermunterung bedürfen, um dann wieder in neue landwirtschaftliche Arbeitsstellen vermittelt zu werden.“²³⁵ Bis dahin hatte man diese „Rückkehrer“ am Standort Kronsberg untergebracht, was aber – so Pastor Wolff – zu „pädagogischen Schwierigkeiten“ geführt habe. Diese lagen einerseits darin begründet, dass das Arbeitsangebot in Kronsberg für die „Rückkehrer“ und die bereits dort lebenden Jungen nicht ausreichte, andererseits hatten die „Rückkehrer“ einen tatsächlichen oder vermeintlichen schlechten Einfluss auf die

234 Eine Darstellung der Vorfälle ist nachzulesen in einem Schreiben von Wolff an Pastor Paul Schönfeld, Leiter des Hauses Jungborn im Evangelischen Johannesstift, 5.7.1956, AStH, 1549. Es ist als Dok. 122 abgedruckt in: Ulrike Winkler / Hans-Walter Schmuhl, *Heimwelten. Quellen zur Geschichte der Heimerziehung in Mitgliedseinrichtungen des Diakonischen Werkes der Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers e.V. von 1945 bis 1978*, Bielefeld 2011 S. 328–330, für die Zitate S. 329. Zur Heimerziehung im Johannesstift, insbesondere in Haus Jungborn, siehe: Helmut Bräutigam, *Heimerziehung im Evangelischen Johannesstift zwischen 1945 und 1970*, Berlin 2. Aufl. 2016, sowie: Ulrike Winkler, „Wir sind in der Lage, den Erziehungserfolg zu sichern.“ Heimerziehung im Evangelischen Johannesstift. Die Jahre von 1945 bis 1975 aus der Perspektive ehemaliger Bewohner und ehemaliger Erzieher, Berlin 2016.

235 Vorstandsprotokoll, 2.12.1954, AStH, 290. Danach auch das folgende Zitat.

anderen genommen, etwa mit ihrer Flucht aus ihren Dienststellen geprahlt. Dem wollte man einen Riegel vorschieben. Der Idee, die „Rückkehrer“ auf einem anderen Bauernhof unterzubringen, erteilte Wolff mit dem Hinweis, die „Rückkehrer“ seien „bequem“ geworden, eine Absage. Mit der am 1. September 1954 offiziell beginnenden Arbeit in Großmoor waren die Verantwortlichen schon nach kurzer Zeit sehr zufrieden, konnten die Jungen doch nun gruppenweise, von Diakonen beaufsichtigt und „ihren Kräften entsprechend“ in der landwirtschaftlichen Arbeit eingesetzt werden.

Die Unterbringung der Jungen in Großmoor war sehr einfach, fast primitiv. Eigentlich konnte die Baracke nur ein Provisorium sein, an dem man indes einige Jahre festhielt. Verschiedene Inspektionen, vor allem die letzte im Frühling 1959, hatten allerdings gezeigt, dass die Baracke in einem Zustand war, die den Jugendlichen – mit Blick auf den kommenden Winter – nicht weiter zugemutet werden konnte. „Schweren Herzens“²³⁶ ließ der Vorstand zu Protokoll nehmen, habe man sich entschlossen, einen „erheblichen Umbau und eine ziemlich weitgehende Erneuerung der Wohnbaracke ins Auge zu fassen.“ Die kurzzeitige Überlegung, die Baracke zu schließen, hatte übrigens den Widerstand der Kreisverwaltung in Celle und insbesondere der Bauern der Umgebung hervorgerufen. Alarmiert zeigte sich auch die Niedersächsische Landgesellschaft: „Auch wir sehen in dem Jugendwohnheim in Großmoor eine nicht unwesentliche Arbeitshilfe für die von uns angesetzten [ostpreußischen]²³⁷ Siedler. Deswegen sind auch wir an der Aufrechterhaltung des Lagers [!] und dem dadurch notwendigen Umbau der Baracke interessiert und auch bereit, einen angemessenen Beitrag zu leisten.“²³⁸ Dieser „Beitrag“ bestand in der Übernahme einer Hypothek von 1.200 DM und einer Barzahlung von 1.000 DM. Letztlich kam ein Betrag von rund 37.000 DM für den Umbau der Baracke zusammen, die fehlenden rund 3.000 DM vermochte das Stephansstift leicht aus eigenen Mitteln aufzubringen.²³⁹

„Erschöpft und verbraucht, gut gelaunt und froh veranlagt“ – Die Sendbrüder

Wie erging es den Sendbrüdern nach dem Krieg und in den ersten Jahren der Bundesrepublik? Manchmal sehr weit entfernt von ihrem Brüderhaus lebend und arbeitend, waren sie in besonderer Weise auf seelsorglichen Beistand, aber auch auf organisatorisches und wirtschaftliches Fachwissen angewiesen. Es war Bruder Ewald Knorr, der die Mühe auf sich nahm, die verstreut lebenden Brüder und ihre Frauen an deren Einsatzorten aufzusuchen, mit ihnen über ihre Sorgen und Schwierigkeiten zu sprechen und Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Seine zahlreichen Besuchsberichte, von denen hier nur einige wenige auszugsweise präsentiert werden können, spiegelten vor allem die Probleme der Sendbrüder mit

236 Vorstandsprotokoll, 2.4.1959, AStH, 291. Danach auch das folgende Zitat.

237 Wolff, Brüderrundbrief, 16.12.1958, S. 5.

238 Niedersächsische Landgesellschaft m.b.H., Gemeinnütziges Unternehmen für Ländliche Siedlung, Flüchtlingssiedlung und Agrarstruktur, an den Vorstand des Stephansstifts, 6.4.1959, AStH, 793. Das als Dok. 21 abgedruckte vollständige Schreiben findet sich in Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 159f.

239 Vorstandsprotokoll, 2.4.1959, AStH, 291.

ihrer täglichen Arbeit wider. Mancher Bruder sah sich den an ihn herangetragenen Anforderungen kaum noch gewachsen. Im Oktober 1951 besuchte Bruder Knorr Bruder *Kurt Bielefeld* (1912–1998) und dessen Frau in Moers. Ohne Wolff Bescheid zu sagen oder gar um Erlaubnis zu fragen, hatte Bruder Bielefeld seine Stelle im dortigen Lehrlingswohnheim des CVJM gekündigt. In Moers eingetroffen, fand Bruder Knorr ein Ehepaar vor, das – angesichts der täglichen Aufgabenfülle – mit seinen Kräften am Ende zu sein schien:

„Die Eheleute Bielefeld machen einen sehr müden und abgearbeiteten Eindruck. Von Frau Bielefeld hatte ich den Eindruck, dass sie unserem Gespräch gar nicht folgte. Es kam mir auch immer wieder so vor, als ob sie völlig abwesend sei. Auch Bruder Bielefeld war in seiner ganzen Ausdrucksweise sehr schleppend; er musste sich oftmals längere Zeit besinnen, um überhaupt einen vernünftigen Satz zustande zu bringen. Dieser rein äußerliche Eindruck lässt darauf schließen, dass die Eheleute völlig erschöpft sind und die ihnen übertragenen Arbeiten im Haus, Wirtschaftsbetrieb und Gemeindehilfe nicht voll erfüllen können.“²⁴⁰

Knorr bot dem Ehepaar an, ihnen eine Haushaltshilfe zu suchen, damit Frau Bielefeld entlastet würde. Auf dieses Angebot ließ sich Bielefeld ebenso wenig ein wie auf jenes, in die Gemeindegemeinschaft nach Prezelle im Landkreis Lüchow-Dannenberg zu wechseln. Dort war die Pfingstbewegung stark vertreten, der, so Bruder Knorr, Einhalt geboten werden müsse: „Der Diakon muss die Gabe und die Fähigkeiten besitzen, den Sekten, insbesondere der Pfingstbewegung, gegenüberzutreten. Bruder Bielefeld erwiderte, dass er die Pfingstbewegung nicht kenne. Mein Einwand, dass er darüber Schrifttum lesen müsste, blieb unberücksichtigt.“ Nach längerem Gespräch räumte Bielefeld ein, dass er in den Untertagebau wechseln wollte. Dass der augenscheinlich seelisch wie auch körperlich erschöpfte Bruder sich eher in der Lage sah, in die schwere Arbeit des Bergbaus zu gehen, als noch einen Tag länger seinen Diakonendienst zu versehen, wirft ein bezeichnendes Licht auf den auf ihm lastenden Druck.

Vielleicht hatte auch die Aussicht auf einen höheren Verdienst für Bruder Bielefelds Entscheidung eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Finden sich doch hin und wieder brüderliche Beschwerden über ihr geringes Einkommen: „Bruder [*Horst*] *Flade* [* 1924] im Vereinskrankenhaus Hannoversch-Münden klagt sehr, dass er mit seinem Gehalt nicht zurechtkommt und dass der Vorstand auch nichts unternimmt, um ihm seine Wünsche zu erfüllen.“²⁴¹ Dass der Bruder „in seinen Arbeiten [...] nicht selbstständig [war], sondern überall hingeschickt [wurde]“ und zudem Arbeiten verrichten musste, „die mit denen eines Krankenpflegers nichts mehr zu tun“ hatten, dürfte dessen Frustration vertieft haben.

240 Knorr, Besuchsbericht, 17.10.1951, AStH, 1163. Danach auch das folgende Zitat.

241 Knorr, Besuchsbericht, 8.6.1951, AStH, 1163. Danach auch die folgenden Zitate.

Viele Sendbrüder klagten über sehr lange Arbeitszeiten, manche standen fast jeden Tag zwölf bis vierzehn Stunden im Dienst.²⁴² Selbst kleinste Pausen waren manchmal nicht möglich. Bruder *Finke* stand in der Gemeindejugendarbeit in Düsseldorf und „wird nach wie vor stark überfordert“,²⁴³ wie Bruder Knorr anlässlich seines Besuches im Juni 1951 feststellen musste: „Er hat auch jetzt keinen freien Tag bzw. Nachmittag in der Woche.“

Besonders schwer hatten es offenbar einige Zinsdorfer Brüder, die 1951 formal in die Bruderschaft des Stephansstifts eingegliedert worden waren. Obwohl erst in ihren Fünfzigern, schienen die Männer am Ende ihrer Kräfte zu sein, wie die beiden folgenden Beispiele zeigen.

„In Engen ist der Zinsdorfer Bruder *Paul Lettau* [1897–1957] als Pfarrdiakon tätig. [...] Lettau, 55 Jahre alt, ist verbraucht. Ein alter [!], müder Mann mit schleppender, kaum verständlicher Sprache. Er hat sonntäglich drei Predigtstätten mit den Nebengottesdiensten zu versehen und in 18 [!] Gemeinden Religionsunterricht zu erteilen. Die Gemeinden liegen weit zerstreut bis 18 Kilometer Entfernung. Die Kirchenregierung hat ihm ein Motorrad zur Verfügung gestellt. Lettau gibt sich seinem Dienst ganz hin und nimmt es mit ihm sehr ernst.“²⁴⁴

Einen ähnlichen Eindruck hinterließ der kurz zuvor als Pfarrdiakon entlassene Zinsdorfer Bruder *Max Geske* (1892–1972) auf Bruder Knorr, der ihn im Sommer 1951 in Barthelmesaurach besuchte:

„Bruder Geske ist bei seinem Alter ein verbrauchter Mann und wirkt wie ein Mensch, der 70 Jahre alt ist. [...] Wie alle Zinsdorfer Brüder, so hat auch Bruder Geske auf der Flucht alles verloren. Der Hausstand ist sehr primitiv. Es ist wirklich schade, dass man nicht helfen kann, zumal Bruder Geske der inneren Aufrichtung bedarf.“²⁴⁵

Die in den Herbergen zur Heimat, in den Alten- und Kinderheimen und in den Seemannsheimen tätigen Brüder trugen in aller Regel eine nicht unerhebliche Verantwortung für deren wirtschaftliche Entwicklung. Auf keinen Fall sollten sie Verluste einfahren, gefordert war ein zumindest ausgeglichener Haushalt. Nicht selten wurden Gewinne erwartet. Diese erzielten zum Beispiel Bruder *Hermann Bösch* (1918–1983) und seine Frau, die „durch restlosen Arbeitseinsatz die Aumühle wirtschaftlich gut vorangebracht“ hatten. Die „Substanzerbesserung“²⁴⁶ in Höhe von über 5.000 DM, die das Ehepaar innerhalb von zwei Jahren erzielt hatte, wurde ihm jedoch nicht gedankt: „Bruder Bösch und seine Frau leiden

242 Knorr, Besuchsbericht, 29.9.1951, AStH, 1163.

243 Knorr, Besuchsbericht, 8.6.1951, AStH, 1163. Danach auch das folgende Zitat.

244 Abschrift des Besuchsberichtes von Br. Knorr vom 9.7. bis 17.7.1951, Eintrag unter dem 12.7.1951, AStH, 1163.

245 Ebd., Eintrag unter dem 16.7.1951, AStH, 1163.

246 Ebd., Eintrag unter dem 11.7.1951, AStH, 1163. Danach auch die folgenden Zitate.

unter der Teilnahmslosigkeit des Vorstandes. Es besteht keine echte, feste Bindung. Schade, dass diese tüchtigen Menschen kein Verständnis finden und mit allen Sorgen, Nöten, Fragen allein bleiben“, klagte Bruder Knorr, der sich keinen Reim darauf machen konnte, wieso sich u.a. der für die Aumühle zuständige Pastor *Röhricht* auf diese Weise verhielt. Seit dem 1. September 1937 leitete Bruder *Paul Barckmann* (1905–1969) ein Kinderheim in Bad Segeberg und war den vielfältigen Anforderungen dort nicht mehr gewachsen. Vor allem die Einnahmesituation bereitete Barckmann so große Sorgen, dass er zum Ende des Jahres 1959 – also nach über 22 Jahren – seinen Dienst quittierte, und zwar

„weil er nicht die Energie besessen hat, den ständigen Verlusten gegenüber, die sein Heim in den letzten Jahren gehabt hat, die nötigen Schritte bei den Jugendbehörden zu tun. Er hat es z.B., wie ja auch Bruder Lorenz uns mitgeteilt hat, trotz wiederholter Ermahnungen versäumt, den Jugendbehörden, die das Kinderheim regelmäßig belegten, eine begründete Bitte um Erhöhung des Pflegesatzes vorzulegen.“²⁴⁷

Wolff akzeptierte diese Entscheidung und empfahl, das Ehepaar in ein Altenheim „oder eine ähnliche Einrichtung“ zu vermitteln.

Mit völlig anderen Problemen hatten die Brüder in den Seemannsheimen zu kämpfen. So klagten Bruder *Hans-Martin Köppen* (1921–1980) und seine Frau *Ilse* (1929–2015) in Bremerhaven darüber, „dass die Seeleute sich in der Gastwirtschaft betrinken und dann häufig randalierend durchs Haus gehen.“²⁴⁸ Manches Mal behinderte das persönliche Wohnumfeld die Arbeit eines Bruders. „Nicht ganz frei von Schuld“ war der Kirchenvorstand in Helmstedt dafür, dass Bruder *Alfred Ulbrich* (1902–1968) 1951 vom städtischen Wohnungsamt in eine Baracke eingewiesen worden war und nunmehr fast keine Chance hatte, eine eigene Wohnung für sich und seine Angehörigen anzumieten, „weil kein Hauswirt Mieter aus der Baracke nehmen will (Ungeziefergefahr!)“.²⁴⁹ Die ungute Wohnsituation setzte dem Bruder arg zu: „Bruder U. hat kein Selbstvertrauen mehr. Überaus ängstlich, wagt er gar nichts mehr zu wagen.“

Besuchte Bruder Knorr seine Mitbrüder, dann hatte er nicht nur diese im Visier, sondern auch deren Ehefrauen, die als Hausmütter mitzuarbeiten hatten, und zwar unentgeltlich. Wollte oder konnte die Brüderfrau die geforderte Leistung nicht (mehr) erbringen, kam Bruder Knorr mitunter zu harschen Urteilen, der sich auch auf den Privathaushalt der betreffenden Brüderfrau erstrecken konnte. „Sehr erfreulich war der Besuch nicht. Frau N. hatte Wäsche. Die Ordnung und Sauberkeit war[en] auch danach. Sehr wahrscheinlich ist die Säuberung u. Ordnung aus dem Grunde der großen Wäsche mehrere Tage ausgesetzt

247 Wolff, Notiz für Bruder Rolf, 6.7.1959, AStH, 1089. Danach auch das folgende Zitat.

248 Knorr, Besuchsbericht, 29.9.1951, AStH, 1163. Danach auch die folgenden Zitate.

249 Abschrift des Berichtes von Br. Knorr vom 15.6. bis 29.6.1951, Eintrag unter dem 27.6.1951, AStH, 1163. Danach auch das folgende Zitat.

worden“²⁵⁰ kommentierte der Reisebruder die Bemühungen der Brüderfrau, ihre Wäsche – sehr wahrscheinlich ohne Waschmaschine – zu bewältigen. Kurz darauf, Anfang August 1951, besuchte Bruder Knorr die Herberge zur Heimat in Braunschweig. Der verantwortliche Bruder war jedoch abwesend, weil er seine Frau aus einer Kur abholte. Knorr bewertete die Erkrankung der Ehefrau, die im Übrigen auch keine „Hausfrau“ sei, kurzerhand als „Hysterie“.²⁵¹ Über seinen Mitbruder verlor Knorr ebenso wenig ein gutes Wort, wie über einige Gäste der Herberge:

„In der Herberge fiel mir auf, dass dort Leute wohnen, die in der Stadt beschäftigt sind. Bruder *Rückmanns* (jüngerer Mitbruder) Zimmer liegt hinter dem gemeinsamen Schlafraum von drei Dauergästen. Diese Männer hatten wohl Urlaub und lagen morgens um 10 Uhr auf ihren Betten, rauchten und erzählten irgendwelche anstößigen Geschichten. Ich fragte nach der Hausordnung. Der Hausvater hält morgens Andacht und zweimal in der Woche Abendandacht. Diese Leute kommen zu den Andachten nie, wie sie auch nicht zur Kirche gehen. Sie bleiben in dem Haus wohnen, weil auf die Einnahme nicht verzichtet werden kann. Der Zweck und das Hauptanliegen der Arbeit wird aber weder erreicht noch berücksichtigt.“

Allerdings konnte Bruder Knorr – seiner Auffassung nach – auch erfreulichere Mitteilungen machen. So zeigte er sich kurz darauf bei einem Besuch bei Bruder *Walter Fricke* (* 1905) und seiner Frau in Waldeseck sehr zufrieden: „Bei meinem Besuch [am 2.8.1951] standen die Hauseltern und der junge Praktikant *Jürgen Schmidt* einträchtig am Waschkass und erledigten die große Wäsche.“ Andere ausgesandte Brüder kamen ebenfalls gut in ihren Arbeitsstellen zurecht, fühlten sich wohl und engagierten sich: „Bruder *Otto Mau* [1895–1963] ist der gleiche froh veranlagte Mann, als den man ihn kennt und schätzt. Bruder Mau fördert die Posaunenmusik und setzt sich hierfür sehr ein. [...] Neben der Posaunenmusik widmet er sich vornehmlich dem Männerwerk.“²⁵²

Die Anerkennung der eigenen Arbeit, die persönliche Wertschätzung der Dienstgeber vor Ort, ein behagliches Wohnumfeld, ein auskömmliches Einkommen, eine einigermaßen geregelte Arbeitszeit, die soziale Einbindung in die jeweiligen Kirchengemeinden und eine feste geistige und mentale Bindung an die eigene Brüderschaft waren zentrale Voraussetzungen dafür, dass die Brüder in ihrem Dienst nicht vereinsamten und ihrer Aufgabe treu blieben. Manch ein Bruder entfernte sich aber im Laufe der Zeit von seiner Brüderschaft, erlag der „Verbürgerlichung“²⁵³ wie Bruder Knorr es im Juni 1951 nach einem Besuch bei einem in einer Stadtverwaltung tätigen Bruder beobachtet haben wollte. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund war der Vorstoß eines in der Kieler Stadtmission eingesetzten Bruders

250 Ebd., Eintrag unter dem 26.6.1951, AStH, 1163.

251 Besuchsbericht, 3.8.1951, AStH, 1163. Danach auch die folgenden Zitate.

252 Abschrift des Berichtes von Br. Knorr vom 15.6. bis 29.6.1951, Eintrag unter dem 21.6.1951, AStH, 1163.

253 Ebd., Eintrag unter dem 27.6.1951, AStH, 1163.

zu sehen, der 1959 Wolff den Gedanken nahe legte, mehr zwischen Einnahmen und der Sicherung der brüderlichen Gemeinschaft sowie der seelischen Gesundheit der begehrt²⁵⁴ Sendbrüder abzuwägen:

„Viele unserer Brüder haben oft eine nicht leichte Arbeit und sie ist oft unbefriedigend, weil sie in diakonischer und missionarischer Hinsicht Einzelgänger sein müssen. Noch schwieriger ist es für sie dann, wenn sie am Ort allein sind. Die Zusammenarbeit mit anderen, wenn auch jüngeren Brüdern, wäre oft eine entscheidende Hilfe. Ob man nicht hier und da auf eine Stelle und selbst auf eine verhältnismäßig gute, verzichten sollte, um belasteten Brüdern in größeren Arbeiten zu helfen, einen besseren Dienst einzurichten [?]. Ob nicht hier und da zweite Kräfte in den größeren Häusern eingesetzt werden könnten [?].“²⁵⁵

Die Brüderausbildung

Bereits Ende des Jahres 1946 verzeichnete das Stephansstift 350 Brüder. Vier Jahre später zählte die Bruderschaft bereits 449 Mitglieder. Diese Aufwärtsentwicklung sollte anhalten, wie die nachfolgende Tabelle für die Jahre 1950 bis 1959 verdeutlicht.

Gesamtstatistik der Bruderschaft des Stephansstifts von 1950 bis 1959

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
Diakone*	281	294	308	305	310	326	341	361	375	382
Hilfsdiakone**	10	25	37	24	42	52	48	40	28	34
Jungbrüder***	135	146	131	131	126	116	122	122	130	118
Praktikanten****	23	22	14	18	21	19	25	19	15	19
Gesamt	449	487	490	478	499	513	536	542	548	553

* fertig ausgebildete und eingeseignete Brüder (Bote, Neue Folge 2, Dezember 1962, S. 13)

** fertig ausgebildete, aber noch nicht eingeseignete Brüder (Bote, Neue Folge 2, Dezember 1962, S. 13)

*** in der Ausbildung fortgeschrittene Brüder

**** am Anfang der Ausbildung stehende angehende Brüder

Quellen: Rolf, Statistik der Bruderschaft, 10.5.1956, AStH, 2548; Protokoll des Brüdertages, 16./17.9.1958, AStH, 1116; Rechenschaftsbericht für die Bruderschaft des Stephansstifts für die Zeit vom Brüdertag 1958 bis zum Brüdertag 1959, 5.5.1959, AStH, 1117.

254 „Man kann es ohne Überheblichkeit aussprechen, dass der Name des Stephansstifts und seiner Bruderschaft zunehmend einen guten Klang bekommen hat, und ich erkenne dies daraus, dass auch von außerhalb des ursprünglichen Sendungsbereichs unserer Bruderschaft immer mehr Anfragen an uns herangebracht werden, in denen wir gebeten werden, im Stephansstift ausgebildete Brüder zu entsenden. Das ist für uns hier im Stift oft eine große Ermutigung.“ Wolff, Brüderrundbrief, 16.12.1954, S. 10.

255 Kieler Stadtmission e.V. an Wolff, 17.12.1958, AStH, 1089.

1954 war das Stephansstift das drittgrößte deutsche Brüderhaus.²⁵⁶ Diesem erfreulichen Wachstum standen jedoch auch Austritte und Ausschlüsse²⁵⁷ und – besonders tragisch – die Kriegsverluste gegenüber, die den Vorstand auch Anfang der 1950er Jahre immer noch stark beschäftigten. So habe man 52 „wackere Brüder“ verloren, vierzig seien gefallen, von den restlichen zwölf fehlte auch 1953 noch jede Nachricht. Die Hoffnung, dass die vermissten Brüder „die Heimat schließlich doch noch wieder lebend erreichen würden“,²⁵⁸ gab der Vorstand erst Ende 1954 offiziell auf. Einstweilen sollte das Wachstum der Brüderschaft jedoch anhalten. Als die Brüderschaft 1956 auf 536 Mitglieder angewachsen war, legte sich Pastor Wolff die Frage vor, „ob diese Entwicklung auf die Dauer anhalten darf.“²⁵⁹ Manchmal habe er das Gefühl, dass „die vorhandenen Kräfte kaum noch ausreichen, um täglich alle Arbeiten zu erfüllen.“ Daher habe er sich entschlossen, einige seiner zahlreichen Ehrenämter niederzulegen. Trotzdem sei „die Arbeit noch immer reichlich groß“, stellte der 72-Jährige sicherlich nicht zu Unrecht fest.

Für Wolff war klar, dass die Diakonenausbildung angesichts der Anforderungen des Staates fortentwickelt werden musste, da dieser sich „in einem viel größeren Umfange als früher auf seine sozialen und fürsorgerischen Verpflichtungen besonnen“²⁶⁰ habe. Neue Gesetze seien erlassen, staatliche Wohlfahrtsbehörden, Jugendämter usw. gegründet worden. Die „Ansprüche an die Intelligenz und Geschicklichkeit derjenigen, die auf dem gesamten Gebiet der Fürsorge erfolgreich mitarbeiten wollen“, seien zudem ständig gestiegen. Nicht zuletzt verlangten die Kirchengemeinden eine professionelle Gemeinde- und Jugendarbeit von den Sendbrüdern. „Die Zeiten, in denen auch schwache Kräfte immer noch irgendwie in diakonischer Arbeit angestellt und beschäftigt werden [konnten], sind endgültig vorüber“,²⁶¹ erklärte der Brüderhausvorsteher.

Die Absichtserklärung Wolffs, die Brüderausbildung auf einen modernen Stand zu bringen, war übrigens nicht neu. Bereits 1923 hatte sich der damals frisch gebackene Anstaltsleiter auf die Seite Pastor *Helmuth Schreiners* (1893–1962),²⁶² des damaligen Leiters der Hamburger Stadtmission und späteren Vorstehers des Berliner Johannesstifts, gestellt, der anlässlich der 75-Jahrfeier des Central-Ausschusses für Innere Mission in Wittenberg die „muffige Enge“²⁶³ der Brüderausbildung gegeißelt und eine Spezialisierung und Qualifizie-

256 Wolff an seine Amtsbrüder, 10.4.1954, S. 3.

257 So erreichten von 1.004 jungen Männern 566, also 56 Prozent, das Ausbildungsziel nicht. Wolff, Brüder-rundbrief, 28.9.1953, S. 4. Danach auch das folgende Zitat.

258 Vorstandsprotokoll, 2.12.1954, AStH, 290. Vgl. S. 247.

259 Wolff, Brüderrundbrief, 17.12.1956, S. 7. Danach, S. 7f., auch die folgenden Zitate.

260 Wolff, Brüderrundbrief, 28.9.1953, S. 5. Danach auch die folgenden Zitate.

261 Ebd., S. 4.

262 Schreiner war von 1926 bis 1931 Vorsteher des Johannesstifts und legte mit seinen Konzepten die Grundlagen der heutigen Arbeit des Johannesstifts. Vgl. Helmut Bräutigam, Mut zur kleinen Tat. Das Evangelische Johannesstift 1858–2008, Berlin 2008, S. 175–179.

263 Siehe zu diesem denkwürdigen Auftritt Schreiners und den Folgen ausführlich: Hans-Walter Schmuhl / Ulrike Winkler, „Der das Schreien der jungen Raben nicht überhört“. Der Wittekindshof – eine Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung, 1887 bis 2012, Bielefeld 2012, S. 476–477. Für die Aus-

rung der bisherigen „Normaldiakone“ gefordert hatte. Aus diesem Impetus heraus war 1928 die staatlich anerkannte Wohlfahrtsschule des Stephansstifts gegründet worden.

Ein wichtiger Schritt war in diesem Zusammenhang deren Wiedereröffnung am 1. November 1948.²⁶⁴ Die jungen Diakone, die „ihre eigentlich diakonische und kirchliche Ausbildung durch das Bestehen der Abschlussprüfung beendet haben, und, weil sie später gern in fürsorgerischer oder erzieherischer Tätigkeit stehen möchten“,²⁶⁵ erhielten dort eine zusätzliche, wenn auch nur kurze Ausbildung. 1948 verzeichnete die Schule zwölf Schüler, 1952 waren es 38.²⁶⁶ Trotz dieser im Grunde genommen unbefriedigenden Nachfrage wollte der Vorstand einstweilen an der Wohlfahrtsschule als einem „unaufgebbaren Glied im Stephansstift“²⁶⁷ festhalten. Zu der 1954 an Wolff herangetragenen Frage, ob das Stephansstift vielleicht bereit sei, seine Wohlfahrtsschule mit jener des Birkenhofes, die nur Frauen aufnahm, zu fusionieren, um fortan Männer und Frauen gemeinsam für den wohlfahrtspflegerischen Dienst auszubilden, entwickelte der Vorstand keine eigene Position. Er überließ es Wolff, weitere Gespräche zu führen, die jedoch ohne greifbares Ergebnis bleiben sollten. Ebenfalls in ihren Anfängen blieb die Gründung einer kirchlichen Verwaltungsschule stecken,²⁶⁸ obgleich sich ein wachsender Bedarf von spezialisierten Arbeitskräften in der kirchlichen Verwaltung („Kreiskirchenrentämter“)²⁶⁹ abzeichnete. Überhaupt hatten sich Kirchengemeinden als Hauptbetätigungsfelder der Stephansstiftsbrüder herauskristallisiert. Ein Vergleich ihrer Einsatzgebiete zwischen den Jahren 1923, Wolffs erstem Dienstjahr, und 1953, Wolffs 30. Dienstjubiläum, rechtfertigte aber derlei Überlegungen des Stephansstifts. Hatten 1923 nur 42 Brüder im Kirchendienst gestanden, waren es 1953 bereits 116, von denen elf mit der „Verwaltung eines Pfarramtes in den verschiedenen Landeskirchen beauftragt worden“ waren. Hatten 1923 der Kirchendienst und die Erziehungsfürsorge mit je 42 Brüdern noch gleichauf gelegen, arbeiteten im Vergleich zu 1953 – wie erwähnt – 116 Brüder im kirchlichen Dienst und nur noch 41 Brüder im Erziehungsbereich. Das einst ausgeglichene Verhältnis hatte sich eindeutig zugunsten des Kirchendienstes verschoben. Diese sich verstetigende Tendenz und die hohen Kosten vor Augen, richtete Wolff im April 1954 einen höflich formulierten Appell an seine „lieben Amtsbrüder“,²⁷⁰ ihren „Gemeinden das Herz für diese diakonische Aufgabe [die Brüderausbildung] warm zu machen.“ Die hannoversche Landeskirche und andere Kirchenbehörden forderten die

einandersetzungen um Inhalt und Qualität der damaligen Diakonenausbildung siehe ebd., S. 474–475, S. 477–481.

264 „Entstehung und Entwicklung des Stephansstifts – Zeittafel“, o.S.

265 Vorstandsprotokoll, 2.12.1954, AStH, 290.

266 Bericht zum Stephansstifts, o.V., o.D. [Anfang 1953], S. 1, AStH, 2548.

267 Vorstandsprotokoll, 2.12.1954, AStH, 290.

268 Bericht zum Stephansstift, o.V. [ws. Wolff], o.D. [Anfang 1953], AStH, 2548.

269 Wolff, Brüderrundbrief, 28.9.1953, S. 7. Danach auch das folgende Zitat.

270 Wolff, Rundschreiben an die Amtsbrüder, 10.4.1954, S. 5. Danach auch das folgende Zitat.

Brüder übrigens immer wieder auf,²⁷¹ pfarramtliche Aufgaben zu übernehmen, was Wolff „von ganzem Herzen“²⁷² freute. Er erinnerte aber daran, dass ein Bruder des Stephansstifts dies „lebenslänglich“ bleibe, „auch wenn er seine Kraft vorzugsweise in verwaltungsmäßiger oder pädagogischer Arbeit verbringt.“ Ein Jahr später schränkte der Brüderrat die Entsendung von Brüdern in die kirchliche Gemeindegarbeit konsequent ein. Man könne „nur in ganz vereinzelt Fällen Brüder als Pfarrdiakone dem Landeskirchenamt nennen.“²⁷³ Über die Gründe schwieg sich das Protokoll aus, zu vermuten ist, dass man zum einen die Brüder für die eigene Arbeit, vor allem in den Alten- und Erziehungsheimen, dringend benötigte,²⁷⁴ und dass man sich zum anderen um die diakonische Bodenhaftung derjenigen Brüder sorgte, die in den Pfarrdienst wechselten. Mit der Verkirchlichung des Diakonenberufs korrespondierte übrigens auch die Furcht von nicht wenigen Pfarrern vor der Konkurrenz eines brüderlichen *clerus minor*. Nicht zuletzt stellte der Pfarrdiakonenberuf für die Brüder nur eine vorübergehende berufliche Perspektive dar, kamen doch immer mehr Pfarrer von den Universitäten in die Gemeinden, die dann als Volltheologen die Brüder verdrängten.

Die Euphorie hinsichtlich der Entwicklung der Brüderzahlen sollte sich legen. Gab es doch für 1957 erst acht feste Anmeldungen.²⁷⁵ Am Ende des Jahres hatten sich immerhin so viele Interessenten gemeldet, dass man die Todesfälle und die Austritte hatte ausgleichen können.²⁷⁶ Der Brüderrat führte die magere Nachfrage auf die am 21. Juli 1956 wieder eingeführte Wehrpflicht zurück, die viele junge Männer zunächst nicht mehr frei über ihre berufliche Zukunft entscheiden ließ. „Auch die Einberufungen zur Wehrmacht [sic] zwing[en] uns zu Überlegungen, ob wir den Brüdern raten sollen, dass sie ihrer Wehrpflicht vor, innerhalb oder nach ihrer Ausbildung Genüge leisten sollen“,²⁷⁷ grübelte der Brüderrat, der sich weiter fragte, „ob wir die Gesamtausbildung nach verschiedenen Arbeitsgebieten aufteilen sollten? Die Landeskirche möchte die Ausbildung auf den Dienst in der Kirche ausgerichtet sehen.“ In der Folge entwickelte sich eine Diskussion über die Ausrichtung der Brüderausbildung im Stephansstift. Einig waren sich der Brüderrat und Wolff darüber, dass „der Ausbildungsgang der Gemeindegahelferin [...] niemals das Ideal unserer Ausbildung sein“ könne. Von Interesse war hier weniger der Hinweis auf die in der Tat eher allgemein gehaltene Gemeindegahelferausbildung, sondern dass man sich auf die Frauen unter den Gemeindegahelfern bezog und damit – wie oben geschildert – auf die ärgste Konkurrenz der Diakone.

271 Ein Rundschreiben des Landeskirchenamtes „an die Pfarrämter zur Werbung für die Ausbildung des Pfarrvikars“ war offenbar nicht auf die gewünschte Resonanz gestoßen. Protokoll der Brüderratssitzung, 16.5.1957, AStH, 1115.

272 Wolff, Brüderrundbrief, 17.12.1956, S. 8. Danach, S. 8f., auch die folgenden Zitate.

273 Protokoll der Brüderratssitzung, 16.5.1957, AStH, 1115.

274 In seinem Brüderrundbrief vom 8.12.1959, S. 9, berichtete Wolff: „Wir leiden auch im Stephansstift an geeigneten Kräften für unsere Erziehungsheime Not.“

275 Protokoll der Brüderratssitzung, 19.3.1957, AStH, 1115.

276 Wolff, Brüderrundbrief, 14.1.29157, S. 8.

277 Protokoll der Brüderratssitzung, 19.3.1957, AStH, 1115. Danach auch die folgenden Zitate.

Ein Konflikt innerhalb der Bruderschaft entzündete sich letztlich am Beruf des „Jugenddiakons“, also an jenen Brüdern, die in Schulen, Gemeinden oder in den Erziehungseinrichtungen arbeiteten. Obwohl der Erziehungsdienst und die Jugendarbeit zentrale Arbeitsgebiete des Stephansstifts waren, konnte von einer ausdrücklichen pädagogischen Qualifizierung der Brüder keine Rede sein.

Die immerhin fünf Jahre²⁷⁸ dauernde Diakonenausbildung gliederte sich in einen praktischen Teil zu Beginn, den der Anwärter in einem Altenheim absolvieren musste. Diesem Part folgten Praktika in Seemannsheimen, in Herbergen zur Heimat, in Erziehungsheimen, der Gemeindegarbeit oder kirchlichen Verwaltung. „Nachdem sich der junge Bruder in der praktischen Arbeit bewährt hat, wird er ins Brüderhaus zurückgerufen, um abschließend am Diakonenunterricht teilzunehmen“,²⁷⁹ wobei die „Grundlage des Unterrichts [...] der eingehende biblische Unterricht“ sowie eine „umfassende Kirchenkunde“ waren. Unterricht in „sozialpädagogischen, musischen und allgemeinbildenden Fächern“²⁸⁰ rundeten das Curriculum des Stephansstifts, das in den 1950er Jahren noch ganz dem Grundsatz „Ein Diakon kann alles“ verpflichtet war, ab. Diese Position vertrat zum Beispiel Bruder *Friedel Sander* (1920–2011), der sich entschieden gegen eine „Spezialisierung in der Ausbildung“²⁸¹ wandte. Unterstützung fand er bei Bruder Max Weißner, der sich für eine „allgemeine Grundausbildung“ der Diakonenschüler stark machte. Bruder *Friedrich Meyer* (1905–1990) formulierte vier Ziele, die mit dem Diakonenunterricht erreicht werden müssten. *Erstens* „die Formung zur diakonischen Persönlichkeit“, *zweitens* die „Festigung des persönlichen Glaubenslebens“, *drittens* „die Vorbereitung auf das Wesen des Diakons und seine Bruderschaft“ und *viertens* „der praktische Dienst“, womit im Grunde die bisherige Schwerpunktsetzung nicht in Frage gestellt, sondern einmal mehr bekräftigt wurde. Mit diesem Ergebnis konnten sowohl der Brüderrat als auch die Bruderschaft bis auf weiteres gut leben. Die Einrichtung einer „sozialpädagogischen höheren Fachschule“,²⁸² der späteren „Wichernschule“, Anfang der 1960er Jahre und die im Vorfeld geführten Diskussionen setzten der wiedergewonnenen Ruhe im Brüderrat und in der Bruderschaft indes ein rasches Ende. Hierüber später mehr.

Konsens bestand innerhalb des Brüderrates darüber, dass die jungen Brüder in ihren Praktika nicht ausgenutzt werden dürften. Auf keinen Fall sollten sie als „billige Arbeitskraft“ angesehen oder „gar für Kellnerdienst eingesetzt werden, wie es im Seemannsheim

278 Die Dauer der Ausbildung hatte der Brüderrat des Stephansstifts 1924 festgelegt. Häusler, „Dienst“, S. 151, Anm. 302. Im Lutherstift in Adelheide gelangte ein Bruder dahingegen bereits nach drei Jahren zum „Ziel“, stellte der Brüderrat 1957 fest. Protokoll der Brüderratssitzung, 19.3.1957, AStH, 1115.

279 Dienst unterm Kreuz. 90 Jahre männliche Diakonie im Hannoverland 1869–1959, Hannover 1959, S. 19. Danach auch das folgende Zitat. Dieser Prospekt aus dem Frühjahr 1959, also zwei Jahre nach der oben geschilderten Diskussion, wurde bewusst als Quelle ausgewählt, zeigen dessen Aussagen zur Brüderausbildung doch, dass sich bis dahin nichts Grundlegendes geändert hatte.

280 Dienst unterm Kreuz, S. 20.

281 Protokoll der Brüderratssitzung, 19.3.1957, AStH, 1115. Danach auch die folgenden Zitate.

282 Wolff, Brüderrundbrief, 8.12.1959, S. 8.

in Cuxhaven der Fall²⁸³ gewesen war. Unterstützung fand der Brüderrat hier bei seinem Vorsteher, der vor allem das Verhalten einiger Amtskollegen kritisch sah: „Es hat sich nämlich leider herausgestellt, dass es naive und etwas weltfremde Pastoren gibt, die so tun, als ob man einem solchen jungen Bruder nicht nur alle möglichen Lasten aufpacken könne, sondern sich auch überhaupt nicht um ihn bekümmern brauche.“²⁸⁴ Desweiteren machte sich der Brüderrat für eine Personalerhöhung für den Brüderunterricht stark, sah aber auch die Gefahr einer größeren Einflussnahme von „außen“, namentlich der Landeskirche: „Ein weiterer Gesichtspunkt kommt hinzu, nämlich, dass wir mit unseren Mitteln auskommen müssen. Ein 3. Geistlicher²⁸⁵ könnte angestellt werden, dann müsste aber das Stephansstift Anstaltsgemeinde werden. Das würde heißen, dass das Kirchenamt sich in die internen Angelegenheiten des Stephansstifts einmischen würde.“²⁸⁶ Trotz dieser Bedenken entstand 1960 die „Ev.-luth. Anstaltsgemeinde Stephansstift“.²⁸⁷

Dass offenbar nicht nur der biblische, sondern auch der pädagogische Unterricht im Argen lag, räumten Wolff und der Brüderrat erstaunlich selbstkritisch ein: „Auch die Brüderhausleitung hat manchmal ein schlechtes Gewissen, wenn sie junge Brüder unvorbereitet in die Erziehungsarbeit entsendet.“ Wie dieses „Unvorbereitetsein“, gerade in der Erziehungsarbeit, von einem jungen Diakonenschüler wahrgenommen wurde, geht aus einem 2010 mit Herrn G. H. (*1937) geführten Interview hervor.²⁸⁸ Nach einer Ausbildung zum Tischler und nach erfolgreicher Meisterprüfung kam Herr H. 1959 „hoch motiviert“ in das Stephansstift, war hungrig nach Bildung und stand aufgrund seiner positiven Erfahrungen, die er mit der kirchlichen Nachkriegsbetreuung (Jugendkreise, Jugendfreizeiten, Zeltlager, Knabenchor, Gottesdienste, Bibelstunden) gemacht hatte, dem Leben in einer konfessionellen Personengenossenschaft sehr aufgeschlossen gegenüber. Der erste Wermutstropfen war dem damals 22-jährigen indes, dass er sich seinen ersten Arbeitsplatz im Stephansstift nicht selbst hatte aussuchen dürfen. Er musste in ein Altenheim der Anstalt, in dem schwer pflegebedürftige alte Männer lebten. Nach einem Dreivierteljahr kam der junge Mann unvermittelt auf den Kronsberg, wo er sich – ängstlich, unausgebildet, unsicher und alleine gelassen – mit dem dortigen Arbeitsalltag überfordert fühlte:

„Ja, was das für ein abenteuerliches Heim war, da kursierten dann schon einige Geschichten. Und da stand für mich eigentlich fest: Da will ich um keinen Preis hin. Bloß nicht auf den Kronsberg. Das stand für mich fest. Und nach neun Monaten

283 Protokoll der Brüderratssitzung, 19.3.1957, AStH, 1115.

284 Wolff an Pastor Lilje, 11.12.1957, AStH, 1115.

285 Diese Stelle bekleidete ab Ende 1958 Pastor Herbert Kruse. Wolff, Brüderrundbrief, 16.12.1958, S. 5.

286 Protokoll der Brüderratssitzung, 19.3.1957, AStH, 1115.

287 Bote, Neue Folge 15, März 1967, S. 3.

288 Das Interview mit Herrn G. H. ist als Dok. 131 nachzulesen in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 365–372, für das Zitat siehe S. 366–369. Herr H. legte bereits nach dreieinhalb Jahren Ausbildung sein Diakonensexamen ab, 1971 trennte er sich von der Brüderschaft des Stephansstifts. Danach war er als Pastor, u.a. in Kirchengemeinden und in der Krankenhausseelsorge, tätig. Die vollständige Anonymisierung geht auf den Wunsch des Gesprächspartners zurück.

kriegte ich dann Bescheid: ‚Bruder H., packen Sie Ihre Sachen. Heute Mittag bringt der Fahrdienst Sie zum Kronsberg.‘ Das war die Versetzung. Das ging dann so von einer Stunde zur anderen. Keine Vorbereitung, keine Einstimmung oder dergleichen. [...] Ja, ich wurde einem Erzieher zugeteilt, der natürlich auch kein ausgebildeter Erzieher war, der nur schon etwas länger auf dem Kronsberg war, der auch nur ein wenig angeleitet war, in einer Abteilung mit ungefähr zwanzig Jungen. [...] Ich weiß, dass ich mich manches Mal mit Herrn (*Dieter*) *Nitschke* (1934–2012) unterhalten konnte und mich da bei ihm auch ausklagen konnte. Dass mir das Ganze zuwider war und dass ich eben auch viele Dinge nannte, die ich überhaupt nicht gutheißen konnte. [...] Das waren Dinge, die mich in erster Linie angingen, was meine Überforderung anbetraf. Dass wir überhaupt [...] nicht ausgebildet wurden, gar nicht angeleitet wurden. Überhaupt pädagogisch, psychologisch kein bisschen gefördert wurden. [...] Unterordnen. Und wir waren ja schon die besten Beispiele dafür. So hatte der Hausvater Holtz im Altenheim es uns eingeprägt: ‚Der Lohn ist, dass ich darf.‘²⁸⁹ Unterordnen. Bloß keine kritischen Fragen stellen, bloß nicht nach morgen fragen, bloß nicht planen. [...] Das ging immer in die Hose. Wünsche äußern erst recht. [...] Zu fragen: ‚Wann komme ich endlich in die theoretische Ausbildung?‘ [...] ‚Wann komme ich endlich in den Unterricht?‘ Solche Fragen sollte man besser nicht stellen. Ja, wer so fragt, den muss man erst mal noch ein bisschen braver machen. So hab’ ich das noch in Erinnerung.“²⁹⁰

Während der Dienstzeit von Herrn H. liefen erste Vorbereitungen für die Einrichtung einer höheren sozialpädagogischen Fachschule, die den angehenden Diakonen „genaue Kenntnisse“²⁹¹ in „allen möglichen wissenschaftlichen und technischen Fragen“ vermitteln und sie zu „diakonischen Persönlichkeiten“ formen sollte. Zugleich sollte ausdrücklich die Ausbildung für die „Jugendwohlfahrt“ im Zentrum der neuen Ausbildungsstätte stehen.

Eine „Evangelische Prestigesache“ – Die Gründung der Wichernschule

Die Gründung dieser „Evangelischen Modellschule“²⁹² welche die bisherige Wohlfahrtschule des Stephansstifts ersetzen sollte, kostete alle Beteiligten viel Zeit, Kraft und Nerven.

289 Herr H. bezieht sich hier auf den sogenannten „Diakonissenspruch“ Wilhelm Löhes, des Gründers der Diakonissenanstalt Neuendettelsau: „Was will ich? Dienen will ich. Wem will ich dienen? Dem Herrn Jesu in seinen Elenden und Armen. Und was ist mein Lohn? Ich diene weder um Lohn noch um Dank, sondern aus Dank und Liebe. Mein Lohn ist, dass ich darf.“

290 Siehe für ein weiteres Beispiel eines überforderten Diakonenschülers, der in Haus Rischborn in Kästorf Dienst tat: Bericht über eine körperliche Auseinandersetzung mit dem Jugendlichen M. S. und Bruder R. H., 1958/1959, abgedruckt als Dok. 104 in: Winkler/Schmuhl, *Heimwelten*, S. 298f.

291 Wolff, *Brüderrundbrief*, 8.12.1959, S. 8. Danach auch die folgenden Zitate.

292 Vorstandsprotokoll, 6.8.1958, AStH, 290. Danach, wenn nicht anders angegeben, auch die folgenden Zitate.

So verheißungsvoll die Anfänge dieses Projektes waren, so sollte es sich im Laufe des Jahres zu einem veritablen Zankapfel zwischen den Beteiligten entwickeln. Der Impuls zur Schaffung einer akademischen Ausbildung von Männern *und* Frauen zu „Jugendsozialarbeitern nach modernen Grundsätzen“ war im Sommer 1958 von der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands (EJD), vom Evangelischen Jugendaufbaudienst (EJAD), von der Landeskirche Hannovers und der Ev. Kirche in Deutschland an das Stephansstift herangetragen worden. Verteilt auf das Bundesgebiet, sollten insgesamt vier Schulen zur Ausbildung von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen entstehen. Dabei waren sowohl eine gleichmäßige geographische Verteilung über das Bundesgebiet – Hannover, München, Freiburg und Düsseldorf²⁹³ – als auch eine ausgewogene Mischung der jeweiligen Trägerschaft vorgesehen. So sollten – „nach dem Grundsatz der Parität“ – sowohl die Arbeiterwohlfahrt als auch die evangelische und katholische Seite berücksichtigt werden. Die für München geplante Ausbildungsstätte sollte einen „staatlich kommunalen Charakter“ tragen.

Der Vorschlag, das Stephansstift anzusprechen, war vom Niedersächsischen Kultusministerium ausgegangen, und zwar maßgeblich aus drei Gründen. *Erstens* blickte das Stephansstift mit seiner 1928 gegründeten Wohlfahrtsschule auf eine mittlerweile dreißigjährige Erfahrung in der Ausbildung für soziale Berufe zurück und hatte sich in diesem Feld einen guten Namen gemacht. *Zweitens* war die Wohlfahrtsschule des Stephansstifts nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Privatschulgesetzes seit dem 12. Juli 1957 bezuschungsfähig. Konkret bedeutete dies, dass das Land Niedersachsen einen Teil der Dozentenkosten übernommen hatte. Eine neue und selbstständige „Evangelische Modellschule“ hätte dahingegen in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens derlei Zuschüsse nicht beantragen können, mithin wäre eine wichtige finanzielle Unterstützung weggefallen. Wenn hingegen das Stephansstift die Rechtsträgerschaft für die Modellschule übernehmen würde, hätte man dieses Problem gelöst. *Drittens* schließlich wollte man auf den bis dahin eingeübten Verwaltungsvorgängen, auf den bewährten Routinen und auf dem durchaus tragfähigen Beziehungsgeflecht zu den staatlichen Behörden aufbauen. Die Vorstandsmitglieder des Stephansstifts zeigten sich anlässlich ihrer Sitzung am 6. August 1958 daher keineswegs abgeneigt, die „Wohlfahrtsschule zu einer sozialpädagogischen Hochschule auf evangelischer Grundlage aus[zu]bauen und [...] unter dem Namen Wichern-Hochschule“²⁹⁴ weiterzuführen. Befördert wurde der Elan des Stephansstifts durch eine aus den Mitteln des Bundesjugendplans in Aussicht gestellte Anschubfinanzierung für einen Schulneubau in Höhe von rund 875.000 DM.

Da Wolff im Vorfeld bereits ausführlich über die Finanzierung eines Neubaus, die Kosten für den laufenden Betrieb sowie über juristische Fragen mit den Kooperationspartnern beraten hatte, lag den Vorstandsmitgliedern zeitnah ein weit gediehenes Konzept zur Beratung und Abstimmung vor. Demnach sollte das Stephansstift für den Schulneubau nicht

293 Dieter Aschenbrenner, 60 Jahre Evangelische Fachhochschule Hannover. Kleine Geschichte ihrer Vorgängereinrichtungen, Hannover 1987, S. 8.

294 Vgl. Vorstandsprotokoll, 6.8.1958, AStH, 290. Danach auch die folgenden Zitate.

nur 200.000 DM, sondern auch einen Bauplatz im Wert von „250.000 DM (vielleicht auch höher)“ in das gemeinsame Projekt einbringen, während das Land 300.000 DM und der EJAD 125.000 DM zugesagt hatten. Das Stephansstift sollte demnach den größten Beitrag leisten. Kopfzerbrechen bereitete die Finanzierung der laufenden Kosten, die Wolff mit 350.000 DM pro Jahr errechnet hatte. Zwar könne man mit jährlich 45.000 DM von der Landesregierung sowie mit weiteren 70.000 DM vom Bundesfamilienministerium rechnen. Ob aber der offene Posten von annähernd 117.000 DM aus den Internats- und Verpflegungszahlungen der Studierenden gedeckt werden könnte, sahen die Vorstandsmitglieder kritisch. Zu deutlich standen ihnen die chronischen Schwierigkeiten manches Schülers der Wohlfahrtsschule vor Augen, seine monatlichen Gebühren zu entrichten. Aber selbst wenn alle Studierenden zahlen würden, bliebe ein Fehlbetrag von etwa 40.000 DM, sagte Wolff, der zugleich auf die Zusagen der Landeskirche und der EKD hinwies, in diesem Fall einspringen zu wollen.

Gleichwohl wollte der Vorsteher größte Vorsicht walten lassen. Für ihn war es „unbedingt notwendig, [...] von vornherein eine Situation zu schaffen, in welcher das Stephansstift absolut dagegen gesichert sei, selbst Verlustbeträge übernehmen zu müssen.“ Man arbeite „ohnehin schon ständig mit äußerster Sparsamkeit“, außerdem gebe es, so der Vorsteher weiter, noch dringende Wiederaufbauarbeiten im Stephansstift, vor allem aber in Kronsberg, sowie Modernisierungen in den anstaltseigenen Betrieben durchzuführen. Diese Pläne zu vollenden, sei die eigentlich „nächste Pflicht“ des Stephansstifts. Wolff gab sich also – trotz der von ihm bereits geführten zeitraubenden Verhandlungen – eher zurückhaltend. Hinzu kamen Spannungen hinsichtlich der Zielsetzung der neuen Schule. So hatten die potenziellen Kooperationspartner Wolff klar gemacht, dass es nicht darum gehen sollte, „eine einfachere Form der Ausbildung in den Diakonenanstalten“²⁹⁵ ins Leben zu rufen. Im Gegenteil, man wollte „etwas ganz anderes und neues machen [...], weil die Diakonenanstalten mit ihrer Engigkeit offensichtlich nicht mehr den Anforderungen der Gegenwart entsprechen könnten.“ Dies sei ihm, so Wolff, verschiedentlich gesagt worden, „manchmal ziemlich unfreundlich“, wie er festhielt.

In der Tat gab es viele Unwägbarkeiten. Strittig war zum Beispiel die Frage, wie das Verhältnis des Stephansstifts als Rechtsträger der Wichernschule zu einem noch zu berufenden Direktorium inhaltlich definiert, organisatorisch ausgestaltet und rechtlich gefasst werden sollte. Insbesondere die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend und der Evangelische Jugendaufbaudienst wünschten, „dass zur Verwaltung der neuen Schule ein eigenes Direktorium aufgestellt“²⁹⁶ würde. Wolff hatte hier keine Bedenken, „weil es für die Leitung des Stephansstifts eine zu große Aufgabe sein würde, die Verantwortung für die innere Gestaltung der Schule selbst zu übernehmen.“ Offen war aber, wie „die Rechte und Pflichten“ des Direktoriums in Abgrenzung zum Stephansstift so definiert werden könnten, „dass der Rechtsträger nicht doch schließlich finanzielle Konsequenzen übernehmen muss, die er

295 Wolff an Bruder Friedrich Meyer, 7.12.1959, AStH, 1117. Danach auch alle folgenden Zitate.

296 Vorstandsprotokoll, 6.8.1958, AStH, 290. Danach, wenn nicht anders angegeben, auch die folgenden Zitate.

von vornherein abgelehnt hat.“ Konkret ging es um den jährlichen Haushaltsplan sowie um die Einstellung und Entlassung der Lehrkräfte. Zwar wollte das Stephansstift dem Direktorium das Recht zugestehen, den jährlichen Haushaltsplan aufzustellen und auch Lehrkräfte *vorzuschlagen*, die letzte Entscheidung wollte sich aber das Stephansstift vorbehalten, „weil u.U. arbeitsrechtliche und finanzielle Konsequenzen entstehen müssen, wegen deren in jedem Falle der Rechtsträger zur Verantwortung gezogen werden kann.“

Schließlich warf Wolff die ganz grundsätzliche Frage auf, „ob die neue Schule angesichts ihrer Zweckbestimmung und des Charakters, den sie voraussichtlich tragen wird“, überhaupt zum Stephansstift passen würde, „oder ob nicht die Gefahr bestehe, dass sie einen Fremdkörper darstellen würde, der ständig Unruhe in das Stephansstift hineintragen würde.“ Konkret befürchtete Wolff einen negativen Einfluss auf die Diakonenausbildung und sah letztlich die Gefahr, dass die „Evangelische Modellschule“ Diakonenschüler abwerben und *à la longue* die Diakonensache im Stephansstift erheblich leiden, vielleicht sogar zum Erliegen kommen würde. Mit anderen Worten: Der durchaus von einer Modernisierung der Diakonenausbildung überzeugte²⁹⁷ Pastor fürchtete, sich quasi die Konkurrenz selbst heranzubilden:

„Es entsteht dabei ja auch die bisher noch nicht gelöste Frage, wie sich die Diakonenausbildung entwickeln wird, wenn das Dasein dieser Sozialschule jedem jungen Manne täglich vor Augen führt, dass man auch ohne mehrjährige diakonische Mitarbeit zu einem guten Abschluss und zu einem mit staatlicher Berechtigung versehenen Examen kommen kann.“²⁹⁸

Letztlich kam er zum Schluss, „dass die Bedenken, die gegen eine Übernahme der Schule [durch] das Stephansstift bestehen, so groß und stark sind, dass man es sich ernstlich überlegen sollte, ob es wirklich möglich ist, auf das dem Stephansstift gemachte Angebot einzugehen.“ Mit diesen Ausführungen hatte der Vorsteher einem Teil der Brüder des Stephansstifts, namentlich jenen in Kiel, aus der Seele gesprochen, wie Bruder *Wilhelm Lorenz* Ende August 1958 ausführlich darlegte:

„Die Stephansstifts-Diakone in Kiel verfolgen mit Anteilnahme, aber auch mit mancherlei Bedenken die Planung einer sozial-pädagogischen Fachschule im Raum des Stephansstiftes. Ohne zu der Errichtung einer evangelischen Modellschule im All-

297 So legte sich Wolff immer öfter die Frage vor, „ob die bisherige sozialpädagogische Ausbildung, wie sie bisher in den Diakonenanstalten und außerdem in einer Reihe von Spezialinstituten, wie den Seminaren für Erzieher und Erzieherinnen, den Kindergärten und Wohlfahrtsstudien vermittelt wurde, für die Zukunft noch ausreichend ist.“ Angesichts der Planungen der Bundesregierung, sozialpädagogische Hochschulen zu gründen, sah Wolff die anstaltseigene Wohlfahrtsschule in Gefahr. Er bejahte ihre Daseinsberechtigung, mahnte aber an, in ein „rechtes Verhältnis“ zu den sozialpädagogischen Hochschulen zu treten. Wolff, Brüderrundbrief, 29.3.1958, S. 5f.

298 Wolff an Bruder Wilhelm Lorenz, 24.7.1958, AStH, 1115. Danach auch das folgende Zitat.

gemeinen und im Besonderen eine Stellung zu beziehen, haben die Kieler Brüder große Bedenken, wenn diese Schule im Raum des Stephansstiftes neben der Diakonen­schule errichtet wird. Sie befürchten eine unliebsame Konkurrenz und eine Behinderung der Werbung für den Diakonenberuf. Sie bitten den Vorstand des Stephansstiftes, wie bisher, so auch in Zukunft die Diakonenausbildung mit Freudigkeit zu betreiben, um so den Fortgang einer gesegneten Verbindung zu erhalten.“²⁹⁹

Zurück zur Vorstandssitzung am 6. August 1958. Wolffs Ausführungen folgte eine „lebhaft­e Aussprache“ der Vorstandsmitglieder, die sich in zwei „Lager“ aufteilten. Während sich die „weltlichen“ Mitglieder des Vorstands, also Amtsgerichtspräsident Dr. Fontaine, Präsi­dent Dr. Bojunga, Baron v. Reden und der Direktor der Landwirtschaftskammer, Dr. *Hans Körner* (1899–1977), der Position Wolffs anschlossen und einer Beteiligung des Stephans­stiftes an dem Aufbau einer „Evangelischen Modellschule“ eine Absage erteilten, plädierte Landesbischof D. Dr. *Hanns Lilje* (1899–1977), unterstützt von Oberkirchenrat *Hermann-Eberhard Goebel* (1920–1995), für ein Engagement des Stephansstiftes. Lilje sah es sogar als die Pflicht des Stephansstiftes an, sich in das Projekt einzubringen – eine Pflicht indes, die er nicht weiter begründete. Anders als Wolff sah Lilje keine Probleme hinsichtlich der zu erwartenden Kosten, der Bischof zeigte sich eher gelassen. „Die Finanzierung des Baues und der Errichtung der neuen Schule schein ihm nicht schwierig zu sein“, hielt das Pro­tokoll fest, das weiter vermerkte, dass Lilje das Problem der laufenden Kosten für „nicht unüberwindbar“ hielt. Man müsse eben noch einmal bei der EKD und der Landeskirche nachfragen. Wolffs Sorge, dass mit der neuen Schule eine Konkurrenz zur eigenen Diako­nenausbildung entstünde, wischte der Landesbischof mit dem Hinweis zur Seite, dass diese „doch auch durch die Existenz und die Arbeit der neuen Schule eine Förderung und Be­lebung bekommen könne.“ Oberkirchenrat Goebel assistierte und brachte die katholische und „weltliche“ Konkurrenz ins Spiel: „Wenn sich die anderen Wohlfahrtsverbände, also der Caritasverband und die Arbeiter-Wohlfahrt, stark genug fühlen und es wagen, eine solche Modellschule zu errichten und zu betreuen, dann sollte nach seiner Ansicht auch evangelischerseits nicht gezögert werden.“ Hinsichtlich der Kosten zeigte sich Goebel je­doch nicht so euphorisch wie der Landesbischof. Er wies darauf hin, dass die Baukosten für die neue Schule mit 1,5 Mio. DM wohl viel zu niedrig angesetzt worden seien. Er rechnete mit „mindestens 3.000.000 DM oder sogar 4.000.000 DM“. Seiner Meinung nach müsste sich die EKD mehr an den Kosten beteiligen. Die anderen Vorstandsmitglieder waren – wie erwähnt – deutlich zurückhaltender und verwiesen erneut auf die hohen Kosten und die rechtlichen Unwägbarkeiten, die sich aus einer Trägerschaft des Stephansstiftes ergeben könnten. Dr. Fontaine vertrat hier die entschiedenste Position. Seiner Meinung nach soll­te sich das Stephansstift nur beteiligen, „wenn es keinerlei finanzielles Risiko zu leisten braucht.“ Letztlich fanden die Anwesenden einen Kompromiss. Wolff sollte den Verhand-

299 Wilhelm Lorenz für die Bezirksgruppe Kiel der Brüderschaft des Stephansstiftes an Pastor Wolff, 30.8.1958, AStH, 1115. Siehe hierzu auch das entsprechende Protokoll der Bezirksgruppe, 29.8.1958, AStH, 1116.

lungspartnern mitteilen, dass man „um der gesamtkirchlichen Bedeutung der Sache willen nach wie vor bereit [sei], dem Angebot auf Beteiligung an der Begründung und Unterhaltung einer sozialpädagogischen höheren Fachschule (Ev. Modellschule) näherzutreten“, allerdings müssten zuvor noch etliche „Fragen, die sich auf das finanzielle Risiko beziehen“, geklärt werden, und zwar „vollständig“. Zudem sollte man sich mit der EKD wegen einer höheren Kostenbeteiligung ins Benehmen setzen. Heikel war natürlich auch die Frage, wie man die Wichernschule rechtlich und organisatorisch ausgestalten sollte. Hierüber bestand noch eine „ziemlich starke Meinungsverschiedenheit“.³⁰⁰

Wie von seinem Vorstand beauftragt, trat Pastor Wolff im Herbst 1958 erneut in Verhandlungen ein, bei denen rasch „zwei neue Schwierigkeiten“³⁰¹ auftauchten. Zum einen hatte das Stadtplanungsamt der Stadt Hannover den Bau der „Modellschule“ auf den vom Stephansstift angebotenen Grundstücken hinter dem Friedhof in Kleefeld und am Hermannburger Damm abgelehnt. Dort wollte die Stadt in naher Zukunft eine Grünfläche ausweisen, die von jeglicher Bebauung ausgenommen sein sollte. Die von der Stadt ins Gespräch gebrachte Alternative, ein Grundstück am Lüneburger Damm, kam aber wegen dessen Hochwasseranfälligkeit für das Stephansstift nicht in Frage. So hätte man den Neubau in eine Wanne setzen müssen, was wiederum mit erheblichen Kosten verbunden gewesen wäre. Zum anderen hatte eine fest eing geplante Geldgeberin, die Innere Mission der Han noverischen Landeskirche, zwischenzeitlich signalisiert, dass sie sich nun doch nicht aus ihren Lottomitteln werde beteiligen können, weil diese „nur für Zwecke bestimmt seien, die das Land Niedersachsen und seine Wohlfahrtsarbeit betreffen.“ Im Schlepptau dieser Argumentation machte die Innere Mission zudem geltend, dass sie Wert darauf legen müsse, dass mit ihrem Geld „volle Wohlfahrtspfleger“, also universal einsetzbare Kräfte, ausgebildet werden. Dahingegen sehe die „Modellschule“ ja nur die Ausbildung für Jugendsozialarbeiter vor. Diese Forderung der Inneren Mission entsprach im Übrigen einem Beschluss des Diakontentages 1958, dessen Teilnehmer sich ausdrücklich für eine „diakonische Ganzheitsausbildung“ ausgesprochen hatten – eine Idee, die Wolff zunächst mitgetragen hatte, angesichts der neuen Entwicklung aber aufzugeben bereit war, wie er im Nachhinein darlegen sollte.³⁰² Zudem hatte die Finanzierung nach wie vor nicht befriedigend geklärt werden können. Die nachfolgende intensive Diskussion über die vielen Hürden, Unwägbarkeiten und Gefahren führte schließlich zu dem Vorstandsbeschluss, das ganze Verfahren zu beenden und sich aus sämtlichen Verhandlungen zurückzuziehen. Man kann davon ausgehen, dass diese Entscheidung auch zur Erleichterung Wolffs fiel, der dem ambitionierten Projekt ja – wie gesehen – stets eher kritisch gegenüber gestanden hatte.³⁰³

Aber weder das Landeskirchenamt noch die Kanzlei der EKD noch die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend wollten den Rückzug des Stephansstifts akzeptieren und

300 Vorstandsprotokoll, 6.8.1958, AStH, 290.

301 Vorstandsprotokoll, 25.11.1958, AStH, 290. Danach auch die folgenden Zitate.

302 So Wolff in seinem Brüderrundbrief, 8.12.1959, S. 8.

303 Nach eigenem Bekunden hatte Wolff dem Vorstand „wiederholt“ seine Bedenken gegen die Wichernschule vorgetragen. Wolff an Bruder Friedrich Meyer, 7.12.1959, AStH, 1117.

insistierten so sehr, dass sich der Vorstand am 2. April 1959 wiederum mit dem von ihm eigentlich schon zu den Akten gelegten Projekt beschäftigen musste.³⁰⁴ Dies tat er übrigens nicht ungern, hatten doch neue Berechnungen eine Bausumme von maximal 2,5 Mio. DM ergeben, zudem hatten sich sämtliche Kooperationspartner – aufgeschreckt vom Rückzug des Stephansstifts – zu verbindlichen Kostenübernahmen bereit erklärt. Auch wenn zentrale Fragen nach wie vor offenblieben, etwa jene der Finanzierung der laufenden Kosten, zeigte sich der Vorstand des Stephansstifts angetan. Er hob seinen Beschluss vom Vorjahr auf und setzte eine Kommission – bestehend aus Fontaine, Amtsgerichtspräsident Prof. Dr. Heim († 1975), Brandes, Goebel und Wolff – ein, die auf der Grundlage der neuen Berechnungen einen „Gegenvorschlag“ erarbeiteten sollte. Bereits vier Tage später tagte diese interne Kommission, die einen Satzungsentwurf vorlegte, der die Aufgabe der Wohlfahrtsschule ebenso vorsah wie die Übernahme der Rechtsträgerschaft der Schule durch das Stephansstift. Im Gegenzug sollte die Landeskirche viel stärker in die Pflicht genommen werden,³⁰⁵ was diese zunächst akzeptierte. Nun ging es mit großen Schritten voran. Am 2. Juli 1959 beschloss das Stephansstift „für die Errichtung der Wichernschule einen Grundstückstausch“³⁰⁶ mit der Stadt Hannover vorzunehmen. Weiteren Schwung erhielt das Projekt, nachdem die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend schriftlich versichert hatte, ihren Beitrag in Höhe von 125.000 DM zu zahlen.

Die von den Vertragspartnern erarbeitete „Vereinbarung über die evangelische Höhere Fachschule für Sozialarbeit (Wichernschule)“³⁰⁷ sowie die flankierenden Bau- und Finanzvereinbarungen datieren zwar alle vom 13. Juni 1960, tatsächlich aber wurden die Vertragswerke erst Monate später unterzeichnet. Für die Finanzvereinbarung ist der 17. November 1960 verbürgt.³⁰⁸ Die Gründe hierfür waren vielfältig. Eine neu entstandene Finanzierungslücke von 150.000 DM, für die sich keiner der Projektpartner zuständig fühlte, sowie die überraschende Entscheidung der Stadt Hannover, sich mit einem Baukostenzuschuss in Höhe von 150.000 DM an der Wichernschule nur dann zu beteiligen, wenn das Stephansstift „bei Abgabe des Gutes Kronsberg ein Entgegenkommen zeigen würde“,³⁰⁹ streuten Sand ins Getriebe. Die EKD sah sich – aus formaljuristischen Gründen – nun

304 Vorstandsprotokoll, 2.4.1959, AStH, 291.

305 Protokoll der Kommissionssitzung des Vorstandes des Stephansstifts, 6.4.1959, AStH, 291.

306 Vorstandsprotokoll, 2.7.1959, AStH, 291. Danach auch das folgende Zitat. Für Details und Modalitäten siehe ebd.

307 Vereinbarungen des Stephansstifts mit den sonstigen an der Begründung der Wichernschule Beteiligten, AStH, unverzeichnet.

308 Vorstandsprotokoll, 13.3.1962, AStH, 291. Jedoch datieren sowohl die Finanz- wie auch die Bauvereinbarung vom 13. Juni 1960! Vereinbarungen des Stephansstifts mit den sonstigen an der Begründung der Wichernschule Beteiligten, AStH, unverzeichnet.

309 Vorstandsprotokoll, 8.9.1960, AStH, 291. An dieser Stelle muss von einer Darstellung der verwickelten und kaum zu durchschauenden Nachvertragsverhandlungen abgesehen werden. Die einschlägige Korrespondenz findet sich in: Vereinbarungen des Stephansstifts mit den sonstigen an der Begründung der Wichernschule Beteiligten, AStH, unverzeichnet.

mehr sogar völlig außerstande, die Verträge zu unterzeichnen.³¹⁰ Wolff griff die Kanzlei in einem Brief an Goebel scharf an. Seiner Meinung nach habe die Kanzlei diese „evangelische Prestigesache“,³¹¹ also die Bedeutung der Wichernschule für die Zukunft der evangelischen Jugend- und Sozialarbeit, „nicht begriffen“. Der Vorsteher bat Goebel, bei den Verantwortlichen zu intervenieren. Ob dieser der Bitte nachkam, muss offen bleiben. Ein Brief der Kirchenkanzlei vom 28. Oktober 1960 stellte Wolff zwar keine festen finanziellen Zusagen in Aussicht, sondern zog sich auf die Position zurück, die Wichernschule „auch künftig [...] moralisch kräftig zu fördern.“³¹² Eine vage wirtschaftliche Förderung wurde ebenfalls in Aussicht gestellt. So versprach die Kirchenkanzlei in dünnen Worten, „auch in den kommenden Jahren bei der Synode der EKD einen Betrag von 50.000 DM für die Wichernschule [zu] beantragen und wärmstens [zu] befürworten.“ So hatten sich im Laufe der Zeit die Verhältnisse also umgekehrt. Hatte zuvor das Stephansstift gebremst, so gaben sich nun die anderen Partner, die zuvor reichlich Druck auf das Stephansstift entfaltet hatten, zurückhaltend und zögerlich. Folgt man den Quellen, so hatte auch das Klima zwischen den Verhandlungspartnern unter dem fortwährenden Hin und Her gelitten. Dieser Meinung war Brüderpastor Schering, der der Arbeitsgemeinschaft der Ev. Jugend „erhebliche Ressentiments gegen die Arbeit des Stephansstifts“³¹³ unterstellte. Trotz aller Querelen und Unwägbarkeiten konnte am 23. Oktober 1961 in der Kirchröder Straße 49 der Grundstein für die Wichernschule gelegt werden.

Aber bereits ein halbes Jahr später kam es – auf Bitten von Oberkirchenrat Goebel – zu einer Krisensitzung des Vorstands des Stephansstifts, Thema: „Finanzen und Wichernschule“. Dabei setzte der Vorstandsvorsitzende Heim den Ton der Sitzung, indem er gleich zu Beginn darauf hinwies, „dass das Stephansstift [sich] nur ungerne auf das Unternehmen Wichernschule eingelassen habe“ und nun sein Unbehagen angesichts der finanziellen Entwicklung bestätigt sah. In der Tat hatten sich die Kosten für die Wichernschule um über 500.000 DM auf nunmehr über drei Mio. DM erhöht! Um die Wichernschule nicht scheitern zu lassen, sei, so Heim, das Stephansstift – trotz anders lautender Vereinbarungen mit dem Landeskirchenamt und der Arbeitsgemeinschaft der Ev. Jugend – eingesprungen. „Nur durch hohe Grundbuchschulden des Stephansstifts auf dem für die Wichernschule gebildeten Grundbuchblatt“ habe der hohe Finanzbedarf gedeckt werden können. Zwar sei „ein erheblicher Teil dieser Belastung nur als unverzinsbare und unamortisierbare Sicherungshypothek anzusehen“, gleichwohl bewertete man diese hohe Belastung als „bedenklich“. Hier war der Vorstand des Stephansstifts also von seiner immer wieder betonten Leitlinie, sich finanziell ausschließlich in einem vertretbaren Rahmen an der Wichernschule zu beteiligen, abgewichen – mit Folgen, die dem Vorstand einerseits Sorgen bereiteten und ihn andererseits auch verärgerten. Hatte sich doch das finanzielle Engagement des Stephans-

310 EKD an Wolff, 4.10.1960, AStH, unverzeichnet.

311 Wolff an Goebel, 11.10.1960, AStH, unverzeichnet. Danach auch das folgende Zitat.

312 Kirchenkanzlei an Wolff, 28.10.1960, AStH, unverzeichnet. Danach auch das folgende Zitat.

313 Vorstandsprotokoll, 13.3.1962, AStH, 291. Danach auch die folgenden Zitate.

stifts nicht in größeren Befugnissen niedergeschlagen, wie Wolff deutlich machte: „Es erhebt sich die Frage, ob die Rechte des Stephansstifts, die es nach der noch abzuschließenden Hauptvereinbarung haben soll, zu diesem ungeheuren Beitrag des Stephansstifts in einem richtigen Verhältnis stehen. [...] Das Stephansstift hat mehr hergegeben als sogar der Bundesjugendplan; deshalb kann das Stephansstift jetzt nach meiner Ansicht verlangen, dass seine Gesichtspunkte, die wohl überlegt sind, berücksichtigt werden.“³¹⁴

Im Februar 1961 kam Wolff zu dem Schluss, dass „die dringenden Vorstellungen, die ich immer wieder im Laufe des Jahres erhoben habe, teils ignoriert, teils sabotiert worden“³¹⁵ seien.³¹⁶ Daraufhin räumte Oberkirchenrat Goebel ein, dass er aufgrund seines angespannten persönlichen Verhältnisses zu Wolff und nach „wiederholten ‚Krächen‘ und nachfolgenden Versöhnungen“ dessen Briefe „gelegentlich“ nicht beantwortet zu haben. „Von einer Ignorierung oder gar Sabotierung der von P. Wolff erhobenen Vorstellungen könne jedoch keine Rede sein.“ Außerdem bekräftigte er, dass die Wahl Pastor *Paul Gerhard Jahns* (1925–2004) als Schulleiter „ordnungsgemäß“ erfolgt sei. Goebels Hauptproblem war wohl, dass er in der „Causa Wichernschule“ zwei Herren dienen musste. Als Oberkirchenrat musste er die Position der Ev.-Luth. Landeskirche vertreten, als Mitglied des Vorstandes des Stephansstifts war er aber verpflichtet, die Interessen des Stephansstifts nicht aus den Augen zu verlieren. Dieser Spagat war für ihn in der Tat kaum zu bewältigen.

Fernab der persönlichen Animositäten war das Hauptproblem wohl, dass man sich nicht eindeutig und verbindlich über die Organisation, die Finanzierung und vor allem über Personalfragen verständigt hatte. Vielmehr hatte man – recht unprofessionell und unbedarft – ein gutes Miteinander aller Beteiligten als Geschäftsgrundlage vorausgesetzt. In der Tat hatten einige Vorstandsmitglieder bereits im Vorfeld und immer wieder eindringlich darauf hingewiesen, dass die Vereinbarungen „voller Unklarheiten“³¹⁷ seien und sich als „Quelle späterer Differenzen“ erweisen könnten. Es fehlte also an einer hinreichenden Regelung ganz praktischer Fragen, aber auch – und das war der springende Punkt – „an Hilfen für eine Verwurzelung der Wichernschule im Stephansstift“.³¹⁸ „Tatsächlich“, vermerkte das Vorstandsprotokoll vom 13. März 1962, „sei es nicht gelungen, die in sich allerdings an vielen Punkten unklare und der Direktive des Landesbischofs vom 20. März 1959 nicht voll entsprechende Grundvereinbarung im Verlaufe des ersten Jahres praktikabel zu

314 Zitat aus einem Brief Wolffs an die Kooperationspartner, 13.4.1960, Vorstandsprotokoll, 13.3.1962, AStH, 291.

315 Vorstandsprotokoll, 13.3.1962, AStH, 291. Danach auch die folgenden Zitate.

316 Das Vorstandprotokoll vom 13. März 1961 vermerkte: „Eine Beantwortung dieses Briefes sei in den Akten nicht enthalten, ebenso wie alle früheren Anfragen dieser Art offensichtlich jedenfalls nicht schriftlich erledigt seien.“ Eine Antwort auf dieses und weitere entsprechende Schreiben Wolffs sind nicht erhalten, was eine Rekonstruktion des Konflikts aus der Perspektive des Landeskirchenamts und der Arbeitsgemeinschaft verunmöglicht.

317 Vorstandsprotokoll, 13.3.1962, AStH, 291. Danach auch das folgende Zitat. Zu einem vergleichbaren Urteil kam auch Dr. *Fritz Blumberg*, ein Rechtsanwalt, den Pastor Wolff im Sommer 1962 gebeten hatte, die „Hauptvereinbarung“ zu prüfen. Vgl. Blumberg an Wolff, 31.7.1962, AStH, unverzeichnet.

318 Vorstandsprotokoll, 13.3.1962, AStH, 291. Danach auch die folgenden Zitate.

gestalten.“ Gemeint war eine Äußerung Liljes, wonach „diese Schule nicht als Einzeleinrichtung im freien Raum schweben, sondern dass sie in einer Anstalt der Inneren Mission verwurzelt sei, da nur hierdurch die rechte innere Ausrichtung der Schule gewährleistet werden könnte.“

In diesem Zusammenhang machten Mitglieder des Vorstandes Jahns als Hauptverantwortlichen, gar als einen „Problemkreis“ aus, und kamen zu einem harschen Urteil. Dieser sei „fachlich den Aufgaben der Schulleitung nicht gewachsen; es bedürfe daher einer guten partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Fachmann Dr. *Schaubert*.“ Weiter stellten die Anwesenden fest, dass Jahn „seine Beziehung zu Pastor D. Wolff in Ordnung bringen“ müsse. Nach seiner Pensionierung hatte Wolff die Leitung des Bauausschusses übernommen und war so noch immer in die Geschicke der Wichernschule eingebunden. Für Pastor Jahn gilt im Übrigen das für Oberkirchenrat Goebel Gesagte. Jahn hatte ebenfalls zwei Herren zu dienen, einerseits seiner Landeskirche, die ihn besoldete, andererseits dem Stephansstift, das die Wichernschule mehr oder weniger als „seine“ Schule betrachtete.³¹⁹

Pastor Janssen, Wolffs Nachfolger, hielt sich in diesem Konflikt weitgehend zurück. Aufgrund der „Fülle seiner Dienstgeschäfte“ habe er sich um die Wichernschule „immer nur am Rande kümmern können, und zwar nur dann, wenn er ausdrücklich dazu aufgefordert worden sei.“ Den Missklang zwischen dem Landeskirchenamt und dem Stephansstift führte Janssen eher auf ein „Missverständnis infolge verschiedener Auslegung der Grundvereinbarung“ zurück. Jedoch geriet Janssen bald selbst unter einen gewissen Druck, war der Nachfolger Wolffs doch auf die „Diskrepanz zwischen der Finanzvereinbarung vom 17. November 1960 und den tatsächlich eingetragenen Hypotheken [...] leider erst nachträglich aufmerksam geworden.“ Schließlich bemühte sich Pastor Janssen darum, die Wogen zu glätten, und bot sich als Mittler an. Er sehe „seine Aufgabe weiterhin darin, wie bisher loyal im Direktorium der Wichernschule mitzuarbeiten, das Ja des Stephansstifts zur Wichernschule und das Ja der Wichernschule zum Stephansstift zu erreichen“ und nicht zuletzt eine „Verwurzelung der Wichernschule im Stephansstift anzustreben.“

Letztlich einigten sich die Vorstandsmitglieder darauf, die Vertrauenskrise zwischen dem Stephansstift und dem Landeskirchenamt auszuräumen und nach einer einvernehmlichen Auslegung der Grundvereinbarung zu kommen. Zugleich wurde die Notwendigkeit eines „engen inneren Verhältnisses zwischen Schulleiter und Vorsteher“ als weiteres Ziel formuliert. Nach wie vor „bedenklich“ blieb „die Tatsache, dass das Grundstück der Wichernschule mit Grundschulden belastet sei, die nicht von der Bürgschaft des Landeskirchenamtes getragen seien.“ Aber auch hier fand der Vorstand eine Lösung – allerdings zu Lasten des Stephansstifts. Er genehmigte nicht nur die auf dem Gelände der Wichernschule

319 Dies war auch die Meinung von Oberkirchenrat Goebel: „Er [Goebel] stellt sodann die Vorgeschichte der Wichernschule dar, aus der hervorgehe, dass das Stephansstift nach wie vor die Wichernschule als ‚seine‘ Schule anzusehen habe, wenn diese auch durch die Zwischenschaltung des Direktoriums in einem anderen Verhältnis zum Stephansstift stehe als die bisherige Fachschule für Sozialarbeit.“ Vgl. Vorstandsprotokoll, 13.3.1962, AStH, 291. Danach auch die folgenden Zitate.

eingetragenen Hypotheken, sondern auch eine „neue Eintragung von Grundbuchrechten bis zur Höhe von 700.000 DM.“ Allerdings sollte das Landeskirchenamt nicht aus seiner Pflicht entlassen werden. Ihm sollte die Haftung „für die gesamten durch die Hypotheken gesicherten Verbindlichkeiten“ übertragen werden. Zum Schluss erklärte sich der Vorstand bereit, zwei weitere Vertreter in das Direktorium der Wichernschule zu entsenden, „sofern dies vom Direktorium gewünscht wird.“ Die Konflikte zwischen der Wichernschule, dem Landeskirchenamt und dem Stephansstift konnten so einstweilen beigelegt werden.³²⁰

Angesichts der finanziellen Verwerfungen beim Bau der Wichernschule, die zunächst an Pastor Janssen vorbeigegangen waren, beschloss der Vorstand in seiner denkwürdigen Sitzung am 13. März 1962, nun endlich einen Verwaltungsleiter einzustellen.³²¹ Dieser Personalie räumte der Vorstand hohe Priorität an. Schnell fand man in Diplom-Kaufmann *Kurt-Walter Heppel* († 2006) den gewünschten Verwaltungsleiter.³²² Am 1. Mai 1962, über ein Jahr später als ursprünglich geplant,³²³ konnte die Wichernschule eröffnet werden.

Vom „Patriarchalismus“³²⁴ zum „Teamwork“ – Organisations- und Zukunftsfragen der Brüderschaft

In den späten 1950er Jahren setzte sich die Brüderschaft des Stephansstifts intensiv mit ihrem Selbstverständnis und ihrem Verhältnis zu ihrem Brüderhaus, dem Stephansstift, auseinander. Die Beziehung zwischen Brüderschaft und Brüderhaus im Stephansstift unterschied sich von den Verhältnissen in anderen Brüderhäusern. Zur Erinnerung: Das Stephansstift war 1869 mit dem Ziel gegründet worden, „junge Männer für den berufsmäßigen Dienst christlicher Liebe (Innere Mission) auf Grundlage des Bekenntnisses und der Ordnungen der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und zunächst zur Versorgung des innerhalb dieser Kirche vorhandenen Bedürfnisses“³²⁵ *auszubilden* und zu *entsenden*. Die Organisation und Betreuung eines brüderlichen Zusammenschlusses waren von Seiten des Stephansstifts zunächst nicht vorgesehen. Mit einer größer werdenden Zahl von im Stephansstift ausgebildeten Brüdern ergaben sich regelmäßige Zusammenkünfte im Stephansstift selbst oder – im Falle der Sendbrüder – in (*Bezirks-*)*Konferenzen* in ihren Einsatzgebieten. Die Entwicklung einer eigenen Brüderschaft des Stephansstifts wurde von

320 Vorstandsprotokoll, 3.5.1962, AStH, 291. Landessuperintendent *Eberhard Klügel* (1901–1966) kam 1961 in den Vorstand, ebenso Regierungsdirektor *Kobus* als ständiger Gast, ein „hervorragender Kenner“ der sozialen Arbeit. Vgl. Janssen, Brüderrundbrief, 24.9.1961, S. 7.

321 Vorstandsprotokoll, 13.3.1962, AStH, 291.

322 Vorstandsprotokoll, 3.5.1962, AStH, 291. Dieser trat am 1.1.1963 seinen Dienst an. Vgl. Jahresbericht 1963, S. 4.

323 Wolff war vom 1. April 1961 als Eröffnungsdatum ausgegangen. Wolff an Bruder Friedrich Meyer, 7.12.1959, AStH, 1117.

324 Mit seinem Verständnis von Patriarchalismus setzte sich Wolff in einem Brief an Bruder Friedrich Sander, 15.3.1960, auseinander. AStH, 1117.

325 § 1 der Satzung des Stephansstifts, zit. n. Wolff, Brüderrundbrief, 9.5.1960, S. 4.

den jeweiligen Vorstehern begrüßt, seelsorglich begleitet und ideell, aber auch materiell gefördert. Der Gedanke, die Brüderschaft in der Satzung des Stephansstifts zu verankern, tauchte nach dem Tod Pastor Oelkers Ende Dezember 1922 auf, konnte aber aus rechtlichen Gründen nicht verwirklicht werden. Da das Stephansstift eine Stiftung ist, durften an seiner Verwaltung keine Personen beteiligt sein, die selbst, wie Wolff schrieb, „Interessenten“³²⁶ sind, also eigene Interessen verfolgten.

Nach einem Beschluss vom 30. Mai 1930 beantragte die Brüderschaft des Stephansstifts 1932 eine Eintragung als rechtsfähiger Verein. „Der Anlass für diesen Entschluss war dadurch gegeben, dass die Brüderschaft mehr und mehr erkannte, dass es ihre eigene Aufgabe sei, die zusätzliche Versorgung ihrer alt gewordenen Mitglieder und deren Hinterbliebenen selbst in die Hand zu nehmen und zu verantworten.“³²⁷ Die Brüderschaft war nun also eine juristische Person, besaß eine eigene Satzung, die ihr Gemeinschaftsleben regelte, sowie eine eigene Vermögensverwaltung und einen eigenen Kassenvorstand. Ein in den 1930er Jahren gestarteter Anlauf der Brüderschaft, in die Satzung des Stephansstifts aufgenommen zu werden, lehnte die staatliche Aufsichtsstelle für Stiftungen aufgrund rechtlicher Erwägungen ab.³²⁸

Die Brüderschaft des Stephansstifts und das Stephansstift waren also zwei voneinander unabhängige Rechtspersonen mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten. Dies war einmalig in der Männlichen Diakonie, wo natürlich jedes Brüderhaus einen eigenen brüderlichen Zusammenschluss hatte, aber eben nicht als eingetragenen Verein. Gleichwohl waren die Brüderschaft und das Stephansstift eng miteinander verklammert. So bestimmte die Satzung der Brüderschaft, dass der Vorsteher des Stephansstifts „ein für allemal [...] Vorsitzender der Brüderschaft“³²⁹ sei und der Brüderpfarrer immer dem Brüderrat angehöre. Auf der anderen Seite wurden der Brüderschaft zwei Sitze im Vorstand des Stephansstifts zugebilligt, wobei es dem Vorstand oblag, die vorgeschlagenen Brüder, die auch geborene Brüder im Brüderrat waren,³³⁰ zu kooptieren oder eben auch abzulehnen.³³¹ Wohl wegen des Stiftungscharakters des Stephansstifts wurde die Kooptation der Brüder in den Vorstand nicht in der Satzung des Stephansstifts fixiert, sondern sie beruhte auf einem „freiem Entgegenkommen“³³² des Vorstandes und konnte von diesem jederzeit zurückgezogen werden. Man muss also von einer gewissen Unwucht im Verhältnis zwischen Brüderhaus und Brüderschaft sprechen, wobei die entscheidende Position sicherlich der jeweilige Vorsteher innehatte. So war er ja nicht nur der Vorsteher des Brüderhauses, also der Ausbildungsstätte der Brüder, sondern auch der Brüderschaft selbst. Diese Personalunion verlieh ihm große Einflussmöglichkeiten, sowohl hinsichtlich der Ausbildung und Entsendung der Brüder,

326 Ebd.

327 Wolff, Brüderrundbrief, 26.9.1953, S. 9.

328 Wolff, Brüderrundbrief, 9.5.1960, S. 5.

329 Wolff, Brüderrundbrief, 28.9.1953, S. 10.

330 Protokoll der Brüderratssitzung, 16.5.1957, AStH, 1115.

331 Wolff, Brüderrundbrief, 28.9.1953, S. 10.

332 Wolff, Brüderrundbrief, 9.5.1960, S. 5.

als auch hinsichtlich der Ausgestaltung ihres brüderlichen Zusammenschlusses. Angesichts dieser Machtfülle verwundert es ein wenig, dass Pastor Wolff die rechtliche Verselbstständigung der Bruderschaft, die sich ja während seiner Amtszeit vollzogen hatte, auch noch viele Jahre später begrüßte:

„Die Verbindung zwischen Bruderhaus und Bruderschaft ist so eng geblieben, wie sie zuvor gewesen ist; man könnte vielleicht sogar die Behauptung wagen, dass sie noch enger geworden ist. Das ist ja auch kein Wunder. Je klarer und sauberer zwei aufrechte und redliche Partner ihre Rechte und Pflichten gegeneinander abgrenzen, sich also gegenseitig respektieren, desto größer können Vertrauen und die Freundschaft sein. Bei uns im Stephansstift wissen Bruderhaus und Bruderschaft voneinander genau Bescheid.“³³³

Gleichwohl gab es innerhalb der Bruderschaft Organe, die für eine gewisse Selbstständigkeit sorgten: der *Brüdertag* als beschlussfassende Mitgliederversammlung und der *Brüdererrat* als Geschäftsführung. Zentral war die Funktion des *Brüderältesten*, ein meist vom Vorsteher vorgeschlagener und vom Brüdertag gewählter Diakon, der die Belange der Brüder gegenüber dem Vorstand des Stephansstifts vertreten sollte. Im Stephansstift war das Amt des Brüderältesten viele Jahre mit der Position des *Hausvaters* der internatsähnlichen Wohnstätte der Brüder, des *Brüderhauses*, verknüpft. Der zum Hausvater ernannte Diakon lebte gemeinsam mit den Diakonenanwärtern sowie den eingesegneten, ledigen und vor Ort tätigen Brüdern im Bruderhaus.³³⁴ In aller Regel war er ein nicht zu alter, erfahrener und verheirateter Diakon, der sich als „Haushaltungsvorstand“ um die Erziehung und Führung der angehenden Diakone kümmerte.³³⁵ Zudem oblag es ihm, die ausgesandten Brüder in ihren Arbeitsstellen zu besuchen. In den 1950er Jahren waren die Hausväter noch mehr oder weniger unumschränkte Herrscher über den Alltag der Diakonenschüler. Sie verteilten deren hauswirtschaftliche Pflichten, kontrollierten ihre Lernfortschritte, regelten den (Damen-)Besuch, versagten oder gestatteten den Ausgang und sorgten – mit „Zucht und Gebet“ – für den „rechten Geist“ in ihren Bruderhäusern. Der Bruderhausvater des eng mit dem Stephansstift verbundenen Evangelischen Johannesstifts brachte 1954 den Charakter seines Bruderhauses einmal so auf den Punkt: „Wir sind weder Mädchenpensionat noch Napola“,³³⁶ und sprach damit wohl nicht nur für das Johannesstift. Der Hausvater wurde in aller Regel vom Vorsteher ernannt, war also – wenn man so will – dessen verlängerter Arm. Dies galt auch für das Stephansstift, wo Wolff – wie bereits erwähnt – Bruder Friedrich Rolf

333 Wolff, Brüderrundbrief, 28.9.1953, S. 9.

334 Mit „Brüderhaus“ ist hier nicht die Institution, sondern das Gebäude gemeint, in dem die Brüder lebten.

335 Für weitere Aufgaben siehe: Aufgabengebiete von Bruderhausvater, Brüderpfarrer und Brüderältestem (nach Beschluss der Brüdererratssitzung vom 4.11.1958), AStH, 1117.

336 Bruderhaus-Jahresbericht des Ev. Johannesstifts, 31.3.1954, S. 5, HAEJS, 03–60. Mit „Napola“ wurden die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten abgekürzt, in denen die zukünftigen Kader der Nationalsozialisten ausgebildet wurden.

zum Hausvater berufen hatte,³³⁷ der späterhin auch die Funktion des Brüderältesten übernahm und damit im Grunde in einem Interessenkonflikt war. Wie sollte er „Vorgesetzter“³³⁸ der Brüder und deren Interessenvertreter zugleich sein? Trotzdem hielt man an diesem Junktim fest.³³⁹ An dieser Personalunion sollte sich schließlich eine langwierige und „ziemlich lebhaft“³⁴⁰ Diskussion entzünden.

Im Laufe der 1950er Jahre war nicht nur die Zahl der Brüder, sondern auch deren Wunsch nach Emanzipation und Selbstbestimmung gewachsen. Insbesondere die jüngeren Brüder forderten einen hauptamtlichen Brüderältesten, der sich ausschließlich um ihre Interessen, ihre rechtlichen Belange und ihre seelsorgliche Begleitung kümmern sollte. 1957 fasste der Brüdertag einen entsprechenden Beschluss.³⁴¹ Wolff begrüßte zunächst die Bestrebungen der Brüderschaft, sich einen „geistlichen Führer“,³⁴² wie er den Brüderältesten nannte, zu suchen. Wobei er sich vor allem der Hoffnung hingab, einen von den Pflichten eines Brüderältesten befreiten Hausvater zu gewinnen. Eine starke Hand – gerade bei den Diakonenschülern und jungen Brüdern – sah er als dringend notwendig an:

„Von Selbstdisziplin ist bei vielen auch nicht die geringste Rede [...] Diese jungen Leute, die oft groß angeben und dabei doch innerlich noch völlig unfertig und unsicher sind, bedürfen einer viel intensiveren Seelsorge, als dies früher notwendig war, [...] sie müssen ständig beeinflusst und angeleitet werden, damit sie in den Geist des Stephansstifts, des Brüderhauses und der Brüderschaft richtig hineinwachsen. Das Brüderhaus braucht also einen richtigen Hausvater.“³⁴³

Wolff, der gedachte, auf den Personalfindungsprozess Einfluss zu nehmen, entwickelte genaue Vorstellungen über die zukünftigen Stelleninhaber. So sollte der Brüderälteste ein „sehr erfahrener älterer Mann sein [...], der mit Ruhe und Weisheit Verhandlungen zu führen versteht und seelsorgerliche Autorität in der ganzen Brüderschaft besitzt, während der Hausvater ein etwas jüngerer Mann sein muss, der noch so zu fühlen und zu denken versteht wie die jungen Leute; auch an dieser Stelle klafft also ganz von selbst das Amt des Brüderältesten und des Brüderhausvaters auseinander.“

337 Als Bruder Rolf im Herbst 1945 zum Hausvater bestimmt wurde, stand dessen Wahl zum Brüderältesten noch aus. Wolff, Brüderrundbrief, 31.10.1945, S. 8.

338 „Der Hausvater des Brüderhauses ist Angestellter des Stephansstifts und wird vom Vorstand des Stephansstifts allein ausgewählt, angestellt und besoldet; infolgedessen muss der Vorstand des Stephansstifts auch von ihm verlangen können, dass er wirklich Hausvater ist, also im Hause bleibt und die schwere Erziehungsarbeit [...] durchführt.“ Wolff an Bruder Thümmel, 26.7.1958, AStH, 1115.

339 Wolff, Brüderrundbrief, 16.12.1958, S. 6f.

340 Wolff, Brüderrundbrief, 9.5.1960, S. 3.

341 Protokoll der Brüderratssitzung, 19.2.1959, AStH, 1116.

342 Wolff, Brüderrundbrief, 9.5.1960, S. 6.

343 Wolff an Diakon Thümmel, 26.7.1958, AStH, 1115. Danach auch das folgende Zitat.

Allein, „trotz intensiver Bemühungen“³⁴⁴ gelang es dem Brüderrat nicht, „einen geeigneten Bruder für die Übernahme des Amtes eines Brüderältesten der Bruderschaft willig [!] zu machen.“ So blieben die Dinge einstweilen beim Alten. Um dem Hausvater mehr Zeit für seine Arbeit als Brüderältester zu verschaffen, beschloss der Brüdertag Ende 1957, einen stellvertretenden Hausvater (*Konvikmeister*) anzustellen und die „Hälfte der Kosten des Gehalts des Brüderältesten und Hausvaters, einschließlich der Sozialversicherungs- und Altersversorgungsbeiträge zu übernehmen.“ Wolff sah diesen Beschluss kritisch, diese Konstellation könne nicht gut gehen, weil der Konvikmeister immer nur an zweiter Stelle im Brüderhaus stehen und sicherlich irgendwann den Wunsch haben würde, „auch einmal irgendwo und irgendwie selbstständig zu werden; er wird also die Tendenz haben, sehr bald wieder davonzugehen.“³⁴⁵ Wahrscheinlich bliebe der Bruder auch nur zwei oder drei Jahre: „Das will mir nicht gut gefallen.“³⁴⁶

Auch der Brüderrat bremste, jedoch aus anderen Gründen. Er machte sich Sorgen um die anfallenden Personalkosten und wollte deshalb „die Frage prüfen, ob die Bruderschaft auf die Dauer tatsächlich in der Lage ist, die Mehrkosten zu tragen, die bei der beabsichtigten Neuregelung entstehen werden.“³⁴⁷ Bedenkt man, dass die Bruderschaft nicht in der Lage war, die einst von ihr selbst festgesetzten 24.000 DM für die Betreuung (Besuche, Reisekosten,³⁴⁸ Briefkontakt, Rundschreiben usw.) der Brüder an das Stephansstift zu überweisen,³⁴⁹ dann war die in Aussicht gestellte neue finanzielle Verpflichtung durchaus skeptisch zu betrachten. Hatte doch das Stephansstift in der Vergangenheit den Löwenanteil der Betreuungskosten für die Bruderschaft übernommen, „stets stillschweigend“,³⁵⁰ wie Wolff die Brüder erinnerte. Dahingegen zeigte sich Wolff nun durchaus davon überzeugt, dass die Bruderschaft einen hauptamtlichen Brüderältesten ebenso wie ihre Betreuung aus eigener Kraft finanzieren könnte, wenn sie es denn wolle. Er packte die Brüder bei ihrer Ehre:

344 Wolff, Brüderrundbrief, 16.12.1958, S. 7. Danach auch die folgenden Zitate.

345 Wolff an Diakon Thümmel, 26.7.1958, AStH, 1115. Danach auch das folgende Zitat.

346 Thümmel brachte kurzzeitig einen Geschäftsführer ins Gespräch, der alle Angelegenheiten der Bruderschaft regeln, aber auf keinen Fall zugleich das Amt des Hausvaters bekleiden sollte. Diakon Thümmel an Wolff, 1.8.1958, AStH, 1115.

347 Wolff, Brüderrundbrief, 16.12.1958, S. 7. Ausführlich hierzu auch: Protokoll der Brüderratssitzung, 19.2.1959, AStH, 1116.

348 So bezifferte Wolff die Reisekosten, die bei einer Zusammenkunft des Brüderrates anfielen, auf 300 DM. Wolff an Amtmann Arnold Meyer, 2.2.1959, AStH, 1116. Wolff hatte öfter das Gefühl, dass die Brüder ihm nicht glaubten, wenn er die Betreuungskosten für die Bruderschaft konkret bezifferte. So erschienen ihnen etwa die jährlichen Kosten in Höhe von 20.000 DM für 1957/58 als „zu hoch“. Wolff an Arnold Meyer, 18.8.1958, AStH, 1115.

349 Zahlungsverpflichtungen aus Versicherungsangelegenheiten verursachten eine Kürzung der Zuschüsse auf 18.000 DM. Siehe für den komplexen Vorgang: Wolff, Brüderrundbrief, 14.12.1957, S. 8.

350 Wolff, Brüderrundbrief, 9.5.1960, S. 6. Dieses, wie er es bezeichnete, „Gewohnheitsrecht“ hatte Wolff bereits Jahre zuvor beschäftigt. Vgl. Wolff an Arnold Meyer, 18.8.1958, AStH, 1115. Aber auch die Diakonen-ausbildung, also die eigentliche Aufgabe des Stephansstifts, war nicht kostendeckend durchzuführen. Das Defizit belief sich pro Vierteljahr auf rund 20.000 DM. Vgl. Wolff an Arnold Meyer, 18.8.1958, AStH, 1115.

„Wie wir alle wissen, ist die soziale Stellung des Diakonen, wie auch die Sicherung seiner arbeitsrechtlichen Lage, seiner Gehaltsverhältnisse und seiner Alters- und Hinterbliebenenversorgung eine völlig andere geworden, als sie vor 15 Jahren war. Der Diakon besitzt jetzt im Allgemeinen die Stellung eines mittleren Beamten und kann auch mit den Einkünften eines solchen rechnen. Infolgedessen ist es ein Ehrenpunkt für die Bruderschaft geworden, die Kosten der Betreuung in Zukunft selbst aufzubringen.“³⁵¹

Zudem wies der Vorsteher darauf hin, dass angesichts der nunmehr auskömmlicher gewordenen wirtschaftlichen Situation der Brüder es der Öffentlichkeit nicht mehr zu vermitteln sei, „wenn auch weiterhin Mittel aus dem Stiftsvermögen für die auswärtige Bruderschaft und ihre Betreuung zur Verfügung gestellt werden.“ Dies sei von vorangegangenen Brüdertagen „auch mehrfach ausdrücklich anerkannt worden“, geändert hatte sich an der Bezeichnungspraxis der Bruderschaft durch das Stephansstift jedoch wenig.

Die Frage, ob jeder Bruder sich an den Lohnkosten für den hauptamtlichen Brüderältesten dauerhaft und zuverlässig beteiligen würde, kann – wenn man sich folgendes Beispiel vor Augen führt – nicht uneingeschränkt bejaht werden. Am 15. Mai 1953 hatte der Brüdertag beschlossen, dass jeder Bruder „von seinem Einkommen (abzüglich Kindergeld) monatlich 3 % an die Kasse der Bruderschaft abliefern soll.“³⁵² Diese Beiträge wurden zur Unterstützung der alten Brüder und ihrer Hinterbliebenen sowie für die Herstellung von Drucksachen und Versandkosten verwendet. Alle Brüder, so Wolff, sollten sich „diese Sache besonders angelegen sein“ lassen, schließlich sei dies ja der einzige Beitrag, den die Bruderschaft von ihren Mitgliedern erhebe. Ein Jahr später, 1954, fand Wolff lobende Worte für die Zahlungsmoral der Bruderschaft, die von anderen Brüderhäusern sogar darum „benedet“³⁵³ würde, „dass wir es fertig bekommen haben, uns gegenseitig so wirksam zu helfen.“ Jedoch war es nicht bei allen Brüdern gut um die Zahlungsmoral bestellt. 1955 ermahnte Wolff die säumigen Brüder: „Es ist ein Ehrenpunkt, dass die Bruderschaft als selbstständige juristische Person aus Gründen brüderlicher Liebe die in ihrer Gemeinschaft entstehenden Kosten selbst aufbringt.“³⁵⁴ Später, 1957, musste Wolff indigniert feststellen: „Auf entsprechende Zuschriften und Erinnerungen reagierten sie entweder überhaupt nicht oder sie zeigten sich ‚gekränkt‘.“³⁵⁵ Die Brüder, die mit der Kassenverwaltung betraut waren, würden von den Schuldnern sogar als eine „Art von Gegner“ betrachtet.

351 Wolff, Brüderrundbrief, 9.5.1960, S. 6. Danach auch die folgenden Zitate.

352 Wolff, Brüderrundbrief, 28.9.1953, S. 15. Danach auch das folgende Zitat.

353 Wolff, Brüderrundbrief, 16.12.1954, S. 9. Danach auch das folgende Zitat. Zugleich war es Pastor Wolff ein wirkliches Anliegen, den Brüdern eine Altersversorgung von Seiten der Landeskirche(n) und Einrichtungen der Inneren Mission, in denen Brüder des Stephansstifts tätig waren, zu sichern. Ebd., S. 9f.

354 Wolff, Brüderrundbrief, 13.12.1955, S. 9.

355 Wolff, Brüderrundbrief, 14.12.1957, S. 14. Danach auch das folgende Zitat.

Die Löcher in der Brüderrasse konnten jedoch etwas gestopft werden, nachdem sich die verrenteten Brüder bereiterklärt hatten, einen regelmäßigen, allerdings freiwilligen Beitrag in die Kasse der Brüderrasse einzuzahlen.³⁵⁶

Die Brüder wurden angesichts ihrer Entscheidung für einen hauptamtlichen Brüderrältesten zunehmend unsicher, so zum Beispiel die Teilnehmer der Bezirkskonferenz Ostfriesland, die den Beschluss der Trennung des Amtes des Hausvaters und des Brüderrältesten anzweifelten. Sie forderten eine „nochmalige Beratung“.³⁵⁷ „Es sind in der Konferenz erhebliche Bedenken geäußert worden, ob die geplante Regelung auch eine organische Weiterentwicklung bedeutet, oder aber etwa zu einer Trennung zwischen Stephansstift mit Brüderrhaus als Ausbildungsstätte und der Brüderrasse führen könnte.“ Auch wurden Überlegungen laut, ob man nicht das Amt des „Reisebruders“ mit dem des Brüderrältesten verbinden könnte, da der erstere ja in regelmäßigem Kontakt mit den Sendbrüdern stehe, sich häufig um deren Interessenvertretung und persönliche Probleme (etwa bei der Beschaffung von Wohnraum)³⁵⁸ kümmere. Nach dem altersbedingten Ausscheiden von Bruder Ewald Knorr als „Reisebruder“ beschloss der Brüdertag 1957, das Amt des Brüderrältesten mit dem des „Reisebruders“ zu verknüpfen.³⁵⁹ Zugleich sollte das Amt des „Reisebruders“ verselbstständigt werden, was aber eine nicht unerhebliche finanzielle Belastung für die Brüderrasse dargestellt hätte.

Je länger die Diskussion dauerte und je mehr Ideen geäußert wurden, umso kritischer blickte Wolff auf diejenigen Brüder, die die Einstellung eines hauptamtlichen Brüderrältesten gefordert hatten. Diese machte er vor allem unter den jüngeren Brüdern aus, an denen er schon Monate zuvor kein gutes Haar gelassen hatte. Er geißelte ihre Konsumwünsche, „ein Auto, ein Motorrad mit Beiwagen oder ein Fernsehapparat“,³⁶⁰ aber offenbar auch ihr Bedürfnis nach einer etwas zeitgemäßerer Ausstattung des Stephansstifts:

„Gewiss wollen wir nicht dadurch auffallen, dass wir eine ärmliche Lebenshaltung einführen; aber es könnte nach meinem Gefühl nichts schaden, wenn sich namentlich die Jüngeren unter uns einmal ernstlich die Frage vorlegen würden, ob es auch wirklich nötig ist, dass wir es den Kindern dieser Welt gleich tun, indem wir alle, aber auch wirklich alle modernen Errungenschaften, Einrichtungen und Bequemlichkeiten meinen für uns selbst in Anspruch nehmen zu müssen.“

Wolff mahnte zu Bescheidenheit: „Es gereicht uns aber zu größerer Ruhme, wenn wir eine gewisse ‚franziskanische Einfachheit‘ an den Tag legen, als wenn man uns nachsagt, dass wir in jeder Beziehung mit unseren Einrichtungen vorne sind.“ Der streitbare Pastor vergaß aber

356 Ebd., S. 8.

357 Diakon Thümmel an Pastor Wolff, 25.7.1958, AStH, 1115. Danach auch das folgende Zitat.

358 Protokoll der Brüderratsitzung, 16.5.1957, AStH, 1115.

359 Wolff, Brüderrundbrief, 14.12.1957, S. 10.

360 Wolff, Brüderrundbrief, 21.4.1957, S. 6. Danach auch die folgenden Zitate.

auch diejenigen nicht, die seiner Meinung nach die Konsumwünsche überhaupt erst erzeugten: „Der Krebschaden unserer Zeit ist die Werbung der Industrie, die sich auf die Bequemlichkeiten des Lebens bezieht.“³⁶¹ Der Pastor war so ärgerlich, dass er sich fragte, „ob es wirklich richtig ist, auf alle Meldungen einzugehen, wenn die jungen Leute lediglich eine Art von Idealismus und eine durchschnittliche Intelligenz mitbringen, im Übrigen aber von den letzten Grundgedanken, die wir in der Diakonie zu vertreten haben, weit entfernt sind.“³⁶² Zugleich sah Wolff die alte Ordnung wanken. So stellte er fest, dass jüngere Brüder nicht nur eine „Machtposition“³⁶³ in der Bruderschaft, sondern auch im Stephansstift selbst anstrebten. Er tolerierte durchaus, dass sich junge Leute „gern unbedingt und schroff“ verhielten, aber, so der Vorsteher weiter, „es gibt manche Leute, die durch avantgardistisches Verhalten meinen, Einfluss entfalten zu können, und so wird es denn ja wohl auch beim bevorstehenden Brüdertag nicht ganz ohne Leidenschaft abgehen.“ Er, Wolff, der „nach der Weise der Väter auch fernerhin voranzukommen versucht, [würde] oft als primitiv kritisiert und unter Umständen sogar belächelt.“ Daher habe er sich die Frage gestellt,

„ob man nicht unter Umständen die Aufnahme von jungen Leuten einmal für mehrere Jahre ganz aussetzen sollte, um dann von vorn wieder anzufangen; aber damit würde man eine ganze Reihe von trefflichen und charakterlich in jeder Beziehung einwandfreien jungen Männern aufgeben, die zu uns kommen und unsere Gedanken vertreten würden.“³⁶⁴

Aber auch die älteren Brüder kamen nicht ungeschoren davon. Ihnen warf der Pastor – wohl nicht zum ersten Mal³⁶⁵ – mangelndes Interesse an den Belangen der Bruderschaft vor:

361 Pastor Wolff an Bruder W. Lorenz sen., 26.7.1957, AStH, 1115.

362 Pastor Wolff an Bruder Thümmel, 11.8.1958, AStH, 1115.

363 Pastor Wolff an Bruder W. Lorenz, 15.8.1958, AStH, 1115. Danach auch die folgenden Zitate.

364 Zeitweise wollte Wolff die Diakonenschüler sogar einem „Testversuch“ durch den „anerkannten und kundigen Psychologen“ Dr. Schaubert unterziehen lassen. Auslöser dieser Idee waren „sehr bittere Erfahrungen mit ungeeigneten jungen Menschen“. Wolff an Bruder Rolf, 8.7.1959, AStH, 1089. Folgt man Wolff, dann hatten ihn die Äußerungen einiger jüngerer Brüder und auch der Ton, in dem diese vorgebracht wurden, bereits zuvor mehrfach gekränkt. Wolff an Bruder Max Weißner, 25.2.1959, AStH, 1116.

365 „Die Erfahrungen der letzten Brüdertage haben u.E. gezeigt, dass es bei der Beratung wichtiger Angelegenheiten der Bruderschaft nicht immer zu einer aktiven Mitarbeit seitens der zum Brüdertag versammelten Brüder kam, wie sie im Interesse der Sache notwendig und wünschenswert wäre. Das lag sicher nicht an mangelndem Interesse der Bruderschaft, sondern wohl vorwiegend an der Unkenntnis gewisser Regeln, deren Kenntnis und Beachtung uns notwendig erscheint, um eine fruchtbare Beratungsarbeit in einem größeren Gremium, wie es der Brüdertag darstellt, zu gewährleisten.“ Vgl. Bruno Fahsing, Hans-Jürgen Lange an Pastor Wolff, 4.4.1957, AStH, 1115. Einige Brüder legten daraufhin einen Entwurf für eine Geschäftsordnung für den Brüdertag vor. Die Brüder Lange, Henzelmann, Thiel, Fahsing, Geschäftsordnung des Brüdertages, Antrag, o.D., Anfang April 1957, AStH, 1115.

„So ergab sich dann manchmal das merkwürdige Schauspiel, dass der Vorsteher in eine Art von Zwiegespräch mit einigen ‚zornigen jungen Männern‘³⁶⁶ (so nennt man in England solche Leute) eintreten musste, und dass die übrige Bruderschaft sozusagen lediglich als Zuschauer oder Zuhörer diesem interessanten Schauspiel beiwohnte. Sie werden verstehen, dass ich als alter Mann keine besondere Neigung verspüre, noch wiederholt ein solches Schauspiel aufzuführen.“³⁶⁷

Aufgrund der vielen zu klärenden Einzelfragen blieb die Diskussion schließlich stecken, man fand „keinen Ausweg“,³⁶⁸ klagte Bruderpastor Schering. In dieser Situation legte Wolff am 14. März 1960 ein ausführliches Papier zur „Bestellung eines hauptamtlichen Bruderältesten“ vor. Interessant waren dessen einleitende, die Wünsche der Bruderschaft aufgreifende Ausführungen, die seinen bisherigen, durchaus autoritär zu nennenden Führungsstil – wenn auch nur mittelbar, aber durchaus kritisch – miteinbezogen:

„Aus den Diskussionen, die seit etwa drei Jahren in der Bruderschaft und im Bruderrat über die Frage des Verhältnisses der Bruderschaft zum Stephansstift und seinem Bruderhause und der Anstellung eines selbstständig arbeitenden hauptamtlichen Bruderältesten stattgefunden haben, ist deutlich geworden, dass die Bruderschaft des Stephansstifts weitgehend den Wunsch hat, dass der früher in der Inneren Mission und auch in der männlichen Diakonie gepflegte Patriarchalismus nunmehr baldmöglichst durch ein Partnerschaftsverhältnis abgelöst werden möchte, wie dies dem gegenwärtigen Denken entspricht [...] Das Stephansstift wird dem Rechnung tragen müssen, weil eine Neuordnung des Verhältnisses dem Geist der Zeit entspricht und weil sich im Übrigen auch für das Stephansstift eine Zukunftsentwicklung anbahnt, die zur Konsequenz haben wird, dass sich die Bruderschaft des Stephansstifts mehr als bisher auf ihre eigene innere und äußere Kraft zu besinnen genötigt sein wird.“³⁶⁹

Deshalb plädiere er für Verhandlungen, an deren Ende eine Vereinbarung stehen sollte, auf der eine „echte Partnerschaft zwischen der Bruderschaft und dem Stephansstift und seinem Bruderhaus entstehen“ könnte. Natürlich hatte Wolff trotz seiner verbindlichen Worte das Heft des Handelns nicht aus der Hand geben wollen und aus den bis dahin geführten Diskussionen *drei Szenarien* destilliert, wobei nachfolgend nur auf das Hauptanliegen Wolffs, nämlich die Stellung des Bruderältesten zum Vorsteher, eingegangen werden soll. Das *erste Szenario* sah einen ausschließlich von der Bruderschaft gewählten

366 Am 28. April 1960 wurde in Dortmund die deutsche Filmproduktion „Die zornigen jungen Männer“ uraufgeführt.

367 Pastor Wolff an Diakon Thümmel, 11.8.1958, ASTH, 1115.

368 Schering, Gedanken zu einer Arbeitsordnung des hauptamtlichen Bruderältesten, o.D. [1960], S. 5, Anlage II zu: Wolff, Brüderrundbrief, 9.5.1960.

369 Wolff, Bestellung eines hauptamtlichen Bruderältesten, 14.3.1960, Anlage 1 zu: Wolff, Brüderrundbrief, 9.5.1960, S. 1. Danach auch die folgenden Ausführungen und das Zitat.

hauptamtlichen Brüderältesten in „völliger Unabhängigkeit“ zum Stephansstift und dessen Leitung vor. Weisungsgebunden sollte der neue Mann nur gegenüber dem Brüderrat sein. Sein Aufgabengebiet sollte u.a. die seelsorgliche Betreuung der Brüder, das Verfassen regelmäßiger Brüderrundbriefe, die Vermittlung von Arbeitsstellen und Hilfen in der Not umfassen. Zugleich sollte ihm die Disziplinaraufsicht über die Brüderschaft obliegen. Sein Gehalt sowie die Kosten für seine Geschäftsstelle sollten ausschließlich von der Brüderschaft getragen werden. Um die „Partnerschaft“ zum Brüderhaus „zum Ausdruck“³⁷⁰ zu bringen, sollte der Brüderälteste der „Leitung des Brüderhauses über seine Beobachtungen und Erfahrungen nach seinem Ermessen von Zeit zu Zeit Bericht“ geben. Im *zweiten Szenario* sollte der Brüderälteste ebenfalls von der Brüderschaft gewählt werden, allerdings „nach vorheriger Verständigung mit dem Vorsteher des Stephansstifts oder seinem Vertreter, z.B. dem Brüderpastor.“ Zugleich sollte dem Vorsteher ein Vetorecht eingeräumt werden: „Gegen die Wahl besitzt der Vorsteher des Stephansstifts ein Einspruchsrecht.“ Im Gegenzug zu dieser nicht unerheblichen Einflussmöglichkeit seitens des Vorstehers sollte der Brüderälteste ein hundertprozentiger Angestellter des Stephansstifts sein und zudem die Möglichkeit erhalten, gemäß der Satzung des Stephansstifts an ausschließlich dem Brüderhaus obliegenden Aufgaben mitzuwirken. Angeführt wurden die Aufnahme von Diakonschülern, die Beteiligung am Brüderunterricht und die Mitwirkung an der Aussendung von Praktikanten. Das *dritte Szenario* sah den Brüderältesten ebenfalls als Angestellten des Stephansstifts vor, der allerdings „Weisungen vom Vorsteher des Stephansstifts bzw. seinem Stellvertreter (Brüderpastor)“³⁷¹ erhalten sollte. Zur Entlastung sollte ihm ein jüngerer Bruder als Konviktsmeister zur Seite gestellt werden. Allerdings wollte das Stephansstift sich nur mit 25 Prozent an den Lohnkosten für den Brüderältesten beteiligen.

Wolff hegte Sympathien für die erste Variante, da diese „diejenige zu sein scheint, die am klarsten ist, weil die Kompetenzen dabei genau abgegrenzt werden können.“ Zudem entspreche sie wohl am besten der „voraussichtlichen Zukunftsentwicklung des Stephansstifts wie der männlichen Diakonie überhaupt“, die ja nach mehr Unabhängigkeit und Selbstverwaltung strebte. Allerdings sei diese Regelung „ziemlich weitgehend“. Für ihn, so Wolff, sei es daher nicht zuletzt eine „Frage der beteiligten Persönlichkeiten“, ob die „sowohl von der Brüderschaft wie vom Stephansstift gewünschte und für notwendig gehaltene Partnerschaft auf die Dauer aufrechterhalten werden kann.“ Zum Schluss wies der Pastor darauf hin, dass bei einer so großen Brüderschaft immer wieder Situationen entstehen könnten, in denen „es u.U. auch um das Beichtgeheimnis geht.“ Hier müsse er darauf aufmerksam machen, „dass einem diakonischen hauptamtlichen Brüderältesten der in den Staatsverträgen verankerte Rechtsschutz des Beichtgeheimnisses nicht zusteht.“ Dies konnte etwa bedeuten, dass der Brüderälteste eine ihm im Vertrauen gemachte Mitteilung eines Bruders dem Vorsteher melden musste. Seine Ausführungen legte Wolff dem Brüderrat mit der Bitte vor,

370 Ebd., 14.3.1960, S. 2. Danach auch die folgenden Zitate.

371 Ebd., S. 3. Danach auch die folgenden Zitate.

diese bei den weiteren Beratungen um die Einstellung eines hauptamtlichen Brüderältesten „zu berücksichtigen“.

Auch Schering, der Brüderpastor, verfasste ein mehrseitiges Papier, in dem er sich mit dem Selbstverständnis und den Arbeitsgebieten eines zukünftigen Brüderältesten sowie mit dessen Stellung zum Vorsteher des Stephansstifts auseinandersetzte.³⁷² Schering entwarf keine eigenen Modelle, er favorisierte auch keines, ihm ging es darum, der Bruderschaft eine „umfassende Information“ an die Hand zu geben. Aufschlussreich waren seine Eingangsbemerkungen hinsichtlich der Einstellung eines hauptamtlichen Brüderältesten:

„Auch im Blick darauf, dass es in Zukunft im Stephansstift neben der Diakonenanstalt eine Wichernschule (Höhere Fachschule für Sozialarbeiter und -arbeiterinnen) geben wird, auf der neben jungen Männern auch zahlreiche junge Mädchen studieren werden, gewinnt die Frage nach dem Selbstverständnis der Bruderschaft und damit die Frage nach Amt und Stellung des Brüderältesten erhöhte Aktualität.“

Sicherlich sah Schering im Brüderältesten kein „Bollwerk“ gegen eine mögliche Konkurrenz durch die Wichernschule und die dort studierenden jungen Frauen. Jedoch schien es ihm ratsam, den Zusammenhalt der Bruderschaft durch eine eigene starke Persönlichkeit fördern zu lassen.

Und der Brüderrat? Er favorisierte das von Wolff skizzierte erste Szenario, aber mit deutlichen Erweiterungen hinsichtlich der Kompetenzen und der Unabhängigkeit des Brüderältesten. Zunächst aber stellte der Brüderrat unmissverständlich fest: „Der Brüderälteste ist der Vertreter der Bruderschaft gegenüber dem Stephansstift und seiner Leitung. Er erhält für seinen Dienst Weisungen allein vom Brüderrat der Bruderschaft, der ihn anstellt und dem er Rechenschaft über die Durchführung seiner Aufgaben ist.“³⁷³ Auch pochte er darauf, dass die Gespräche des Brüderältesten mit den einzelnen Brüdern „stets als vertraulich“ zu betrachten seien. Sodann forderte das brüderliche Gremium u.a. die Beteiligung des Brüderältesten am Brüderunterricht, das Recht, bei Stellenneubesetzungen Empfehlungen auszusprechen, und die Hinzuziehung bei Disziplinarangelegenheiten. Obgleich der Brüderrat hinzufügte, dass diese Punkte sämtlich dem Ermessen des Stephansstifts unterliegen sollten, so berührten sie doch seine satzungsmäßigen Rechte. Ganz deutlich wurde, dass der Brüderrat den Brüderältesten in einer gleichberechtigten Partnerschaft mit dem Vorsteher des Stephansstifts sah. „Gegen die Abweichungen habe ich allerdings Bedenken, weil mir die Grenze zwischen den Befugnissen des Brüderältesten und der Leitung des Brüderhauses nicht klar genug gezogen zu sein scheint“,³⁷⁴ stellte Wolff denn auch fest.

372 Schering, Gedanken zu einer Arbeitsordnung des hauptamtlichen Brüderältesten, Anlage II zu: Wolff, Brüderrundbrief, 9.5.1960. Danach, S. 1, auch das folgende Zitat.

373 F. Meyer, Entwurf einer Arbeitsordnung des hauptamtl. Brüderältesten, Anlage III zu: Wolff, Brüderrundbrief, 9.5.1960, S. 1. Danach auch die folgenden Zitate.

374 Wolff, Brüderrundbrief, 31.8.1960, S. 7. Danach auch die folgenden Zitate.

Am 17. Mai 1960 beschloss der Brüdertag die noch aus dem Jahre 1932 stammende Satzung der Bruderschaft durch eine neue Satzung zu ersetzen. Deren § 7 bestimmte, dass ein zukünftiger Brüderältester auf Vorschlag des Brüderrates von den aktiven Mitgliedern, also den nicht verrenteten Brüdern, in einer Briefwahl bestimmt werden sollte. „Die Frage der Anstellung eines hauptamtlichen und selbstständigen Brüderältesten“ hatte hingegen nicht gelöst werden können. Es habe, so Wolff, bei den Brüdern aber Einigkeit darüber bestanden, „dass organisatorisch nichts unternommen werden darf, was auch nur irgendwie eine Lockerung der engen Verbundenheit zwischen Bruderschaft und Brüderhaus zur Folge haben könnte.“ Erneut betonte er, dass das Brüderhaus die „geistige und geistliche Heimat der Bruderschaft“ sei. Eine Bruderschaft sei „nun eben doch kein ‚Verein‘ im üblichen Sinne“, sie sei vielmehr eine „Gemeinschaft für das ganze Leben“. Dieses und die offenen Fragen noch einmal zu bedenken gegeben zu haben, sei „voraussichtlich der letzte Dienst, den ich ihr [der Bruderschaft] noch leisten kann“³⁷⁵ beendete Wolff seinen Brüderrundbrief, dem nur noch ein Abschiedsgruß an die Brüder zu Weihnachten 1960 folgen sollte.

„Bruderschaft ist Bruderschaft“³⁷⁶ – Eine Lebensordnung

Die Debatte um den Brüderältesten hatte wohl schon länger schwelende Verwerfungen innerhalb der Bruderschaft offenbart. Die Konfliktlinien verliefen zwischen den jüngeren Brüdern, die auf mehr Unabhängigkeit von Wolff pochten, und den alt gedienten Brüdern, die an der in ihren Augen bewährten Ordnung festhalten wollten. Zudem monierten die jüngeren Brüder, dass sie sich und ihre Interessen nicht ausreichend repräsentiert sähen: „Diesen Brüdern hat es nicht gut gefallen, dass der Brüderrat zum größten Teil aus lauter älteren Brüdern besteht; sie wollen also gern die Neuwahl beim bevorstehenden Brüdertag dazu benutzen, um jüngere Brüder als Mitglieder in den Brüderrat hineinzubringen.“³⁷⁷ Auseinandersetzungen um offene Beiträge zur Bruderschaft trugen zur Verschärfung der Tonlage bei.

Die jüngeren Brüder und jene, die mit ihnen sympathisierten, planten keinen Umsturz, im Gegenteil. Sie wollten aus der „Bruderschaft eine *Bruderschaft*“³⁷⁸ machen, wünschten sich also, dass jeder Bruder des Stephansstifts sich nicht nur als Teil des Kollektivs Bruderschaft betrachtete, sondern seinem Mitbruder ein wirklicher Bruder sei. Die meisten Brüderratsmitglieder reagierten – wohl zur Überraschung der Antragsteller – positiv. Sie sahen „in dem Antrag ein wirkliches Anliegen der jüngeren Mitbruderschaft, bei den Fragen um unsere Bruderschaft mitzuwirken.“ Auch Wolff reagierte zustimmend und erklärte sich bereit, „der jüngeren Bruderschaft ein offenes Ventil zu lassen.“ Daraufhin und sicherlich auch, um die wachsenden Fliehkräfte einzufangen, beschloss der Brüderrat am 16. Mai 1957,

375 Ebd., S. 11.

376 Lebensordnung der Bruderschaft des Stephansstifts, 1959, S. 8. AStH, unverzeichnet.

377 Wolff an Diakon Wiebke, 9.8.1958, AStH, 1115.

378 Protokoll der Brüderratssitzung, 16.5.1957, AStH, 1115. Danach auch die folgenden Zitate.

einen siebenköpfigen Ausschuss einzusetzen, der eine „Lebensordnung der Bruderschaft des Stephansstifts“ beraten und erarbeiten sollte. Als Diskussionsgrundlage dienten die Lebensordnungen anderer Brüderhäuser, die sich Bruderpastor Schering zuvor bereits hatte schicken lassen,³⁷⁹ die man aber nach eingehendem Studium als nicht geeignet erachtete.³⁸⁰ In den Folgemonaten entstand eine Lebensordnung, die in den Brüderkonferenzen vor Ort besprochen³⁸¹ und 1959 vom Brüdertag verabschiedet wurde.³⁸² Neben dem Abschnitt „Vom gemeinsamen Leben der Brüder“ war jener „Vom Leben der Brüder miteinander“ der sicherlich wichtigste, waren doch hier die Grundsätze für ein gedeihliches, nicht nur brüderliches, sondern menschliches Miteinander versammelt:

„3. Vom Leben der Brüder miteinander.

Die Brüder leben aus der Vergebung, die Christus uns schenkt, deshalb vergeben wir einander und halten Gemeinschaft untereinander.

Sie begegnen einander mit Ehrerbietung, Wahrhaftigkeit und Vertrauen.

Sie wehren allem Neid, Streit und Unfrieden in ihrer Mitte und bemühen sich, Spannungen bald zu bereinigen.

Sie sind bereit, seelsorgerlichen Rat anzunehmen, und sind gehalten, ihn zu gewähren, wenn er von ihnen erbeten wird.

Sie helfen einander in innerer und äußerer Not.

Sie halten Gastfreundschaft untereinander.“³⁸³

Mit dieser Lebensordnung wurde nicht zuletzt einem Wunsch Wolffs Rechnung getragen, der eine „geistliche Gemeinschaft“ der Brüder vermisste, „um der Wahrhaftigkeit willen“³⁸⁴ müsse man dies, so Wolff, zugeben.

Ein neuer Vorsteher

Am 2. Januar 1960 teilte Wolff, nunmehr im 76. Lebensjahr stehend, seinem Vorstand mit, dass er im Laufe des Jahres in den Ruhestand treten wolle. Die Wahl seines Nachfolgers verlief völlig unspektakulär. Von den von Wolff anlässlich der Vorstandssitzung am 23. März 1960 vorgeschlagenen Kandidaten – „der jetzige ordentliche Professor der Theologie Karl Janssen“,³⁸⁵ Oberkirchenrat Goebel³⁸⁶ und *Gottfried Klapper* (1917–2003), Pastor in der lutherischen Gemeinde in London – fiel die Wahl auf Janssen, der ja bereits in den Jahren

379 Protokoll der Brüderratssitzung, 19.3.1957, AStH, 1115.

380 Protokoll des Brüdertages, 16./17.9.1958, AStH, 1116.

381 Protokoll der Brüderratssitzung, 28.11.1958, AStH, 1116.

382 Wolff, Brüderrundbrief, 16.12.1958, S. 8.

383 Lebensordnung, S. 9.

384 Wolff an Bruder Wilhelm Lorenz, 4.9.1958, AStH, 1116.

385 Vorstandsprotokoll, 23.3.1960, AStH, 291.

386 Goebel übernahm später, von 1969 bis 1983, die Leitung des benachbarten Annastifts.

1938 bis 1951 die zweite Pfarrstelle im Stephansstift bekleidet hatte, mit den dortigen Verhältnissen und Gepflogenheiten vertraut war und „in den neun Jahren seiner Tätigkeit an der Theologischen Fakultät in Münster noch unendlich viel hinzu gelernt“³⁸⁷ hatte. Hinzu kam, dass sich Janssen aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Brüderpastor der Unterstützung der Bruderschaft sicher sein konnte. Zudem war Janssens Kontakt zur Bruderschaft nie abgerissen.³⁸⁸ Janssen war zweifellos Wolffs Wunschkandidat, entsprechend hatte der Vorsteher „Vorverhandlungen“ mit seinem Vorstand geführt, der Janssen wunschgemäß einstimmig wählte.³⁸⁹ Dass mit Janssen ein promovierter Theologe Vorsteher wurde, gereiche, so Wolff, sowohl dem Stephansstift als auch der gesamten Bruderschaft zur „Ehre“.³⁹⁰

Am 1. Oktober 1960 schied Johannes Wolff als Vorsteher aus, wurde aber vom Vorstand mit der Weiterführung der Geschäfte betraut, und zwar bis Janssen „sein Amt als Vorsteher des Stephansstifts hat antreten können.“³⁹¹

387 Wolff an Lilje, 19.3.1960, AStH, 1117.

388 Janssen referierte hin und wieder an den Brüdertagen. Protokoll der Brüderratssitzung, 19.2.1959, AStH, 1116.

389 Wolff hatte seinen Vorstand um eine einstimmige Wahlentscheidung gebeten. Wolff an Lilje, 19.3.1960, AStH, 1117. Auch Janssen hatte sich offenbar ein eindeutiges Votum erbeten: „Professor Lic. Janssen hat inzwischen auch bereits erklärt, dass er einer einstimmigen Wahl Folge leisten würde.“ Ebd.

390 Wolff an Bruder Schlage, 25.1.1961, AStH, 1664. Janssen habe in seiner Antrittsrede betont, dass er zwar in Münster Professor gewesen sei und auch zukünftig einen Anspruch auf diesen Titel hätte, „dass er aber Wert darauf lege, im Stephansstift und in der Bruderschaft als ‚Pastor‘ zu wirken und so auch angeredet zu werden.“

391 Vorstandsprotokoll, 8.9.1960, AStH, 291.

Auf dem Weg in die Moderne (1961 bis 1969)

Neue Herausforderungen

Als Pastor Karl Janssen am 1. Januar 1961 sein Amt als fünfter Vorsteher des Stephansstifts antrat, fand er eine Anstalt vor, die sich von den Folgen des Zweiten Weltkrieges weitgehend erholt hatte. Alle durch den Krieg beschädigten Häuser waren repariert und – wenn auch in schlichter Weise – wieder bewohnbar gemacht worden. Die Brüderschaft, das Rückgrat der Arbeit, hatte sich nicht nur konsolidiert, sie war sogar weiter gewachsen und hatte mit über 550 Brüdern ihre bis dahin höchste Zahl erreicht. Die Zahl der Betreuten – Alte, Kinder und Jugendliche – war kontinuierlich gestiegen und sicherte regelmäßige Einnahmen. Die anstaltseigene Landwirtschaft und die verschiedenen Betriebe trugen ihren Teil zum Unterhalt der Anstalt bei. Den gesellschaftlichen Bedürfnissen nach qualifizierten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern hatte das Stephansstift als Träger der Wichernschule Rechnung getragen.

Gleichwohl blieb für Janssen noch genug zu tun. Auf die weiterhin hohe Nachfrage von alten Menschen nach Unterbringung und Pflege musste eine Antwort gefunden werden. Sollte man bauen? Wenn ja, wo? Zwar schrieb das Stephansstift einstweilen keine Verluste mehr, gleichwohl galt es, eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung der Arbeit zu sichern. Zugleich bestand die dringende Notwendigkeit, die Unterbringung, Beschulung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen grundlegend zu verbessern. Nach welchen Kriterien sollte das Gut Burgdorf, der Ersatz für Kronsberg, gestaltet werden? Ungelöst war nach wie vor die Frage des Brüderältesten. Die Diskussionen der vorangegangenen Jahre über das Verhältnis zwischen der Brüderschaft und dem Brüderhaus hatten gezeigt, dass die einst umfassende Macht des Vorstehers nicht nur auf den Prüfstand gestellt, ja sogar grundsätzlich in Zweifel gezogen worden war. Welche Vereinbarungen galt es zu treffen, um das

Verhältnis zwischen Bruderschaft und Brüderhaus zu verbessern? Schließlich musste eine Antwort auf den chronischen Personalmangel gefunden werden. Inwieweit konnte und wollte man sich „weltlichen“ Kräften öffnen? War eine grundlegende Veränderung bzw. Erweiterung der anstaltseigenen Ausbildungsstätten vonnöten?

Die 1960er/1970er Jahre gelten in der Forschung als die Phase des endgültigen Abschieds von der Nachkriegszeit und ihrer „Gehorsamstradition“. Liberalere politische Einstellungen und Haltungen zu Ehe, Familie und Staat, die Pluralisierung von individuellen und kollektiven Lebensentwürfen und das Bedürfnis nach Autonomie und Selbstbestimmung machten auch vor den Toren des Stephansstifts nicht Halt. Dies sollte insbesondere die Fürsorgeerziehung im Stephansstift zu spüren bekommen.

Diese großen Herausforderungen konnten unter guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angegangen werden. Industrie und Wirtschaft florierten, eine hohe Arbeitnehmerquote förderte die Binnennachfrage und ließ die Steuereinnahmen steigen. Damit eröffneten sich materielle Verteilungsspielräume, die von den jeweiligen politischen Akteuren durchaus genutzt wurden. Als herausragende Gesetzeswerke sind hier das Bundessozialhilfegesetz 1961 und das Jugendwohlfahrtsgesetz 1962 nennen, die die Arbeit des Stephansstifts positiv beeinflussen sollten. Die Phase des kontinuierlichen Wachstums wurde mit dem Ölpreisschock von 1973/74 – die seit 1960 zu einem Kartell zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Länder hatten die Preise für Rohöl drastisch erhöht – kurzzeitig unterbrochen. Die steigenden Ölpreise führten in den westlichen Industrieländern zu einer Verteuerung der Produktion, zu Entlassungen und damit zu geringeren Staatseinnahmen. Die staatliche Ausgabenpolitik wurde restriktiver, was auch das Stephansstift zu spüren bekam.

Mit dem Eintritt Janssens verließen drei erfahrene Männer das Stephansstift. So zog sich am 10. Januar 1961 Bruder Friedrich Rolf gemeinsam mit seiner Frau aus dem „taubenschlagartigen Betriebe des Brüderhauses“¹ zurück. Der langjährige Hausvater übernahm die Verwaltung des Pfarramts der Kirchengemeinde Amdorf bei Leer. Ihm folgte Bruder *Bruno Fahsing* als neuer Brüderhausvater, allerdings nicht als Brüderältester nach. Diese Funktion sollte Bruder Rolf bis zu einer endgültigen Regelung weiter innehaben. Dann erklärte Pastor Dr. Schering seinen Weggang zum 1. Mai 1961. Er wollte die Leitung eines Institutes in der Heilanstalt Ginsterhof bei Harburg übernehmen, das die „Beziehungen zwischen der Theologie und der Medizin sowie der Psychologie näher untersuchen und zugleich dazu dienen soll, zukünftige Pastoren in der Praxis der Seelsorge auszubilden.“² Als sein Nachfolger wurde Pastor *Herbert Kruse* bestimmt.³ Zuletzt erklärte aus Altersgründen der langjährige Vorstandsvorsitzende Dr. Fontaine seinen Rücktritt zum 1. September 1961, als sein Nachfolger wurde Amtsgerichtspräsident Professor Dr. Heim bestimmt.⁴ „Ange-

1 Wolff, Brüderrundbrief, Weihnachten 1960, S. 5.

2 Vorstandsprotokoll, 20.12.1960, AStH, 291.

3 Vorstandsprotokoll, 8.2.1961, AStH, 291.

4 Vorstandsprotokoll, 14.8.1961, AStH, 291.

sichts so vieler Veränderungen wird mir das Herz schwer“⁵ gestand Janssen, der auch auf den großen Verlust Wolffs, der immerhin 37 Jahre lang die Geschicke des Stephansstifts gelenkt hatte, hinwies. Völlig auf Wolffs Expertise musste Janssen jedoch nicht verzichten. Zum einen saß sein Vorgänger im „Vorstand der Brüderschaft“,⁶ einem Ende 1960 gebildeten Gremium, zum anderen sollte sich Wolff weiterhin um den Fortgang der Wichernschule kümmern.

Damit war Janssen frei für die Modernisierung sämtlicher Arbeitsfelder des Stephansstifts, allen voran die Erziehungsarbeit.

„Freude fehlt nie, wo Arbeit, Kraft und Treue ist.“⁷ – Einblicke in den Heimalltag

Im Jahre 1963 betreute das Stephansstift über 700 Jungen und Jugendliche im Alter von 6 bis 21 Jahren an sieben Standorten:

„A. *Knabenhof*, Heim für Schulpflichtige mit Heimschule für Volks- und Sonderschüler, 162 Plätze.

B. *Außenabteilung Borstel*, Kr. Nienburg/Weser, Familienunterbringung unter Aufsicht des Heims. Eigene Schule für Volks- und Sonderschüler, 50 Plätze.

C. *Aufnahmeheim Rittergut Kronsberg* für schulentlassene Jugendliche mit Arbeitstherapie, angeschlossen Außenabteilung Backhausenhof bei Burgdorf, 145 Plätze.

D. *Jugendheim Großmoor*, Heim für Schulentlassene zur Vorbereitung für den späteren Einsatz in ländlichen Dienststellen, 30 Plätze.

E. *Lehrlingsheim Kleefeld*, Heim für Schulentlassene mit der Möglichkeit der Lehr- und Berufsausbildung in den 14 Lehrbetrieben des Stephansstifts oder in Betrieben und Lehrstellen in der Stadt Hannover, 127 Plätze.

F. *Jugendwohnheim Herrenhausen*, Heim für Jungarbeiter, Lehrlinge und Studenten, 127 Plätze.⁸

G. *Unterbringung in ländlichen Lehr- und Arbeitsstellen mit familiärer Unterkunft* unter Aufsicht und Betreuung der Erziehungsleitung, z.Z. 124 Jugendliche.“⁹

5 Janssen, Brüderrundbrief, 1.1.1961, S. 4.

6 Wolff, Brüderrundbrief, Weihnachten 1960, S. 7. Weiter waren die Brüder Friedrich Rolf, *Arnold Meyer* und Wilhelm Witt sowie Pastor Schering dort vertreten.

7 Familie Platner, Zum Geleit, in: Heimspiegel 1968. Das Zitat stammt ursprünglich von Pastor *Johann Caspar Lavater* (1741–1801).

8 1962 war in Herrenhausen eine Änderung erfolgt. Aufgrund von Kapazitätsschwierigkeiten im Stephansstift wurde Herrenhausen teilweise auf die Aufnahme von „Stadtlehrlingen aus unserem Erziehungsheim“ umgestellt. Dies bedeutete, dass sich unter den „freien“ Lehrlingen nun auch Fürsorgeerziehungszöglinge befanden. Vgl. Janssen, Brüderrundbrief, 12.4.1962, S. 5.

9 Bote, Neue Folge 3, April 1963, S. 10f.

Weitergehende Informationen verdanken sich Dr. *Christian Walther* (1927–2012), seit dem 1. April 1963 Pastor im Stephansstift.¹⁰ Neun Wochen lang hatte sich der Pastor, von dem man „kräftige Impulse für unsere sozialpädagogischen Aufgaben erwartete“, im Knabenhof und im Lehrlingsheim umgeschaut, am Heimaltag teilgenommen und zugleich statistische Daten zusammengetragen.¹¹ Am Ende erstellte er einen Bericht „Zur Lage der Erziehungsarbeit im Stephansstift“. Demnach lebten 345 schulentlassene Jugendliche und 230 schulpflichtige Jungen an den verschiedenen Standorten des Stephansstifts. Die Jungen kamen aus Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland. Insgesamt lag der Anteil der nicht von niedersächsischen Behörden Eingewiesenen bei rund 33 Prozent. Betreut wurden die Bewohner von insgesamt 95 Beschäftigten, 21 Frauen und 74 Männern, von denen 25 „noch in der Ausbildung befindliche Diakonenpraktikanten“ waren. Schul-, auch Sonderschulunterricht erteilten zwölf Lehrkräfte an den Standorten Borstel und Hannover. Dass zwei Lehrer verrentet waren, fand Walther problematisch, da nach der Einführung des 9. und 10. Schuljahres die Anforderungen an den Schulunterricht gestiegen waren.

Für die berufliche Ausbildung der schulentlassenen Bewohner standen insgesamt 27 Meister und Lehrgesellen bereit. Bemerkenswert gering war die Zahl derjenigen, die eine Lehre in den anstaltseigenen Betrieben absolvierten. Von 88 Schulentlassenen waren dies nur 35, wie Walther errechnet hatte. 45 Jugendliche waren in Betrieben in Hannover untergekommen, fünf galten als „Jungarbeiter“. Viele Jungen waren wegen „drohender Verwahrlosung“ oder krimineller Delikte in das Stephansstift eingewiesen worden. Walther stellte fest, dass von 268 Schulentlassenen 131 entweder *vor* ihrer Heimeinweisung (93), *während* ihres Heimaufenthalts (14) oder *vor* und *während* ihrer Heimzeit (24) straffällig geworden waren. Mithin waren fünfzig Prozent der Jungen in irgendeiner Art und Weise mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, im Stephansstift sollten sie nun rehabilitiert werden. Nach Meinung Walthers waren die Voraussetzungen nicht die allerbesten. Das Lehrlingsheim, die Unterkunft der Schulentlassenen, sei „in einem Zustand, der pädagogischen Anforderungen nur noch sehr schwer gerecht wird. Es ist in vieler Hinsicht überaltert.“ Dieser Befund gelte übrigens auch für die Unterbringung der Erziehungsleitung, die in einem „stark reparaturbedürftigen ehemaligen Erziehungshaus“ ihrer Arbeit nachgehe. Positiv bewertete Walther die Ausbildungsbetriebe des Stephansstifts, wobei er auf die Notwendigkeit hinwies, deren „Rentabilitätslage“ zu verbessern. Angesichts der stetig steigenden Kraftfahrzeugzulassungen regte er die Einrichtung einer Kfz-Werkstatt¹² und einer Autolackie-

10 Jahresbericht 1963, S. 4. Danach auch das folgende Zitat.

11 Christian Walther, Zur Lage der Erziehungsarbeit im Stephansstift, Referat anlässlich der Vorstandssitzung am 7.6.1963, AstH, 291. Danach, wenn nicht anders angegeben, auch die folgenden Zitate und Ausführungen.

12 1960 hatte man auf dem Gelände des Stephansstifts eine Tankstelle mit zwei Ausbildungsplätzen errichtet. Lehrlingsheim Stephansstift (Hg.), Heimspiegel, Weihnachten 1960, o.S. Um die Errichtung der Tankstelle hatten sich 1958 die Firmen Shell und Purfina beworben. Vgl. Vorstandsprotokoll, 7.3.1958, AstH, 290.

erei an. Eine Elektrowerkstatt und ein Friseurbetrieb würden die Ausbildungspalette des Stephansstifts zusätzlich bereichern, erläuterte der Pastor.

Dagegen kritisierte Walther den Ausbildungsstand der als Erzieherinnen tätigen Frauen. Größtenteils seien Kindergärtnerinnen oder Jugendleiterinnen im Einsatz, einige wenige hätten eine „Kurzausbildung zur Heimerzieherin“. Dies sei nicht ausreichend, um angemessen auf die Kinder und Jugendlichen einzugehen. Etwas anders sah es auf der Seite der Erzieher aus, die Walther aufgrund ihrer diakonischen Ausbildung für besser qualifiziert hielt. Gleichwohl fehlten bei ihnen „bestimmte fachliche Vorkenntnisse, vor allem psychologischer und psychopathologischer Art.“ Daher wäre es wünschenswert, wenn mit einem eventuellen Brüderhausneubau eine Heimerzieherschule kombiniert würde. „Das Bildungsniveau sollte dabei das des Sozialarbeiters sein“, so Walther weiter, der sich außerdem eine „Einführung in die Heilpädagogik“ wünschte. Zugleich wollte der junge Pastor mehr Männer in der Betreuung der Jugendlichen sehen: „Dies umso mehr, als die Pubertätszeit der Jungen für die weiblichen Erziehungskräfte besondere Schwierigkeiten mit sich bringt, die, wie in Schweicheln mit gutem Erfolg, von männlichen Kräften ausgeglichen werden können.“ Zuletzt regte er die Einrichtung einer jugendpsychiatrischen Abteilung sowie den Bau einer „vorschulischen tagesklinikähnlichen Kindertagesstätte“ für das „schwachsinnige Kind“ an. Mit seinem letzten Vorschlag referierte Walther jedoch nur die seit Anfang 1963 laufenden Planungen des Vorstands für eine heilpädagogische Kindertagesstätte.¹³ Auch einer verbesserten jugendpsychiatrischen Behandlung der Kinder und Jugendlichen vor Ort war man zu diesem Zeitpunkt bereits näher getreten.

Wichtige Einblicke in den Alltag der Schuljungen gibt der Bericht von *Christian Reetz* (* 1935), der im Sommer 1963 im Knabenhof ein Praktikum absolvierte.¹⁴ Seine bislang unveröffentlichten Schilderungen zeichnen einen Heimalltag, der noch ganz vom Geist der 1950er Jahre geprägt schien, sich aber – angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen – zunehmend zu überleben begann.

1963 umfasste der 1916 bezogene Knabenhof neun Abteilungen, von denen drei mit älteren Jungen belegt waren. Diese Gruppen trugen keine Ziffern, sondern Namen: „To Hus“ (wohl zur Erinnerung an das einstige Ausweichquartier), „Die Singvögel“ und „Die Drachenburg“. Während die Abteilungen 1 bis 6 im Hauptgebäude des Knabenhofes untergebracht waren, wohnten die Gruppen „To Hus“ und die „Singvögel“ über der Schule, die neunzehn Jungen der „Drachenburg“ lebten fast für sich alleine.¹⁵ In der „Drachenburg“, wo Reetz hauptsächlich eingesetzt war, standen den Jungen ein großer Tagesraum, ein Musikzimmer mit Klavier und ein gemeinsamer Schlafsaal zur Verfügung,¹⁶ den Waschraum

13 Vgl. Vorstandsprotokoll, 15.2.1963, AStH, 291.

14 Christian Reetz, Bericht über mein Sozialpraktikum vom 15.7. bis 28.8.1963, AStH, Nr. 192 aus „Aktenbüchel Stephansstift“.

15 Ebd., S. 14.

16 In den anderen Abteilungen waren Zimmer mit sechs bis acht Betten üblich. Vgl. ebd., S. 13.

benutzten sie – vermutlich bis 1964¹⁷ – gemeinsam mit den Erziehern – ein nicht nur unter heutigen Gesichtspunkten fragwürdiges Arrangement.

Möglichkeiten, ihre Intimsphäre zu schützen oder wenigstens einmal zeitweise für sich sein zu können, besaßen die 13- bis 16-jährigen Jugendlichen fast gar nicht. „Sie sind immer in einer Schar.“¹⁸ Jedoch durften sich „drei besonders ausgezeichnete Jungen“¹⁹ ein Zimmer teilen, konnten sich also zumindest zeitweise dem Trubel entziehen. Angesichts der großen Gruppen sei die „Durchführung des [Wichernschen] Familienprinzips illusorisch“,²⁰ stellte Reetz fest. Offenbar hatten die im April/Mai 1963 abgeschlossenen Umbauten im Knabenhof nicht den Schlaf- und Aufenthaltsräumen der Jungen gegolten:²¹ „So sind erst kürzlich einige Räume instandgesetzt worden, so wurden sogar noch Räume hinzu geschaffen, ein Musikraum und ein Bastel- und Werkraum.“²²

Der Tagesablauf in den Gruppen war streng getaktet, auch in den Ferien: „Es sei noch erwähnt, dass während der Ferien allmorgendlich das ‚Antreten‘ aller Abteilungen auf der Spielwiese hinter dem Hof stattfindet und der Hausvater selbst oder ein Praktikant mit allen 160 Jungen 20 Minuten Morgengymnastik treibt.“²³ Daher seien „fast alle in einem gesunden körperlichen Zustand“. Das Frühstück verteilte der Tischdienst, der am Abend zuvor die Tische eingedeckt hatte:

„Während des Essens darf nur wenig gesprochen werden, sofern es überhaupt erlaubt ist. Das ist von Fall zu Fall verschieden. Gestattet der Erzieher größere Redefreiheit, kann es allmählich zu anschwellenden Lautstärken kommen, deren er kaum noch Herr wird. Das Essen ist jeweils denkbar einfach. Die Morgenmahlzeit besteht aus einem trockenen Brötchen und ein bis zwei Dopplern (1 Doppler = zwei zusammengeklappte Schnitten mit Aufstrich).“²⁴

Das Frühstück endete mit Gebet und den Instruktionen des Personals. „Ansonsten weiß jeder Junge, was er nun zu tun hat. Alles muss jedoch vom Erzieher genau und streng überwacht werden, sonst wird gepfuscht, z.B. das Geschirr kalt statt heiß abgewaschen. Speisereste und Fett finden sich dann in den Geschirrtüchern, wie es mir ergangen ist.“²⁵ Tagsüber wurden die Schlafräume abgeschlossen, die Jungen gingen in die Schule. In den Ferien hatten die Bewohner dreimal in der Woche in der Gärtnerei zu arbeiten: „Für die

17 „Im Lehrlingsheim konnten die Duschräume für die Jungen, die Erzieher und die weiblichen Mitarbeiter endgültig fertiggestellt werden.“ Jahresbericht 1964, S. 3.

18 Reetz, Bericht, S. 27.

19 Ebd., S. 15. Die Belegung des Zimmers mit drei Jungen sollte eventuellen (homosexuellen) Paarbildungen vorbeugen.

20 Reetz, Bericht, S. 6.

21 Bote, Neue Folge 3, April 1963, S. 11.

22 Ebd., S. 16.

23 Reetz, Bericht, S. 17. Danach auch das folgende Zitat.

24 Ebd., S. 19.

25 Ebd., S. 20.

gärtnerischen Arbeiten gibt es keine geldliche Entschädigung.²⁶ Die Jungen bedienen sich beim Ernteeinsatz meistens selbst.²⁷ Hinzu kamen Putz- und Aufräumarbeiten sowie das Besorgen verschiedener Hausämter, etwa der bereits erwähnte Tischdienst. Zwar nahm man das Mittagessen gemeinsam ein, aber „die Erzieher und Praktikanten erhalten zu jeder Mahlzeit ein anderes Essen in besonderen Menagen [hier: Essgeschirre] als die Kinder. Dies sei nur am Rande bemerkt; nach Ansicht der Erzieher ist es pädagogisch unbedingt erforderlich, hier den Abstand zu wahren und zu betonen.“ Das ausgegebene Essen sei „durchschnittlich“ und habe zumeist „aus Kartoffeln (Hülsenfrüchten oder Mehlspeisen), Fleisch in irgendeiner Form und Soße [bestanden]. Selten wird ein Gemüse gereicht. Öfter jedoch gibt es eine Suppe als Vorgericht oder eine Nachspeise in Form von Pudding oder Obst aus der Büchse.“ Frisches Obst und Gemüse standen demnach selten auf dem Speiseplan der Heranwachsenden. Als eine Ursache für den „stellenweisen mangelhaften Stand der Lebenshaltung der Kinder“²⁸ mutmaßte der junge Mann einen zu niedrigen Pflege-satz. Allerdings habe die Erziehungsleitung „in dieser Richtung [...] Untersuchungen [...] eingeleitet.“²⁹ Beschwerden über das Essen, seine Menge, Qualität und Zusammensetzung, kamen auch in anderen Abteilungen des Stephansstifts vor. Nicht selten war es ein Aufhänger, um generellen Unmut zu äußern. So beschwerte sich 1963 ein Bewohner des Lehrlingsheims, wahrscheinlich beim Landesjugendamt Hannover, über die ihm und den anderen verabreichten Mahlzeiten:

„Das Essen in letzter Zeit ist einfach katastrophal!!! Das Brot ist ‚leicht‘ angeschimmelt! Im Salat finden sich häufig noch lebende Kleintiere, vom Sand ganz abgesehen. [...] Letzten Sonnabend gab es Kampertkäse! Die Folgen waren unvorstellbar! Fast die Hälfte aller Jungen wachte in der Nacht zum Sonntag auf. Häufig stellten sich Magenkrämpfe ein. Starke Bauchschmerzen waren das kleinere Übel. Erbrechen und Durchfall gab es bei allen Jungens! Der Sonntag war gründlich verdorben, da die Schmerzen auch am Tage nicht nachließen. Sonntags, meine Herren, gibt es für jeden ca. 20 g Butter. Das reicht sehr knapp für 2 Schnitten. Danach gibt es weder Margarine noch sonst etwas!! [...] Ich bitte Sie, meine Herren, ich bin zwar ein Zögling, aber etwas bessere Lebensbedingungen kann auch ich erwarten.“³⁰

Nach dem Mittagessen, dem Erledigen der Hausaufgaben und der Hausämter kam der Nachmittag heran, der nicht individuell gestaltet werden durfte: „Die Kinder können über ihre Freizeit nicht selbst verfügen, insofern gibt es kein ‚Freizeitproblem‘ im Knabenhof.

26 Allerdings erhielten die Jungen ein Taschengeld von 1,50 DM im Monat: „Es wird auf einem Konto gutgeschrieben, denn die Jungen dürfen nicht mehr als wenige Groschen bei sich haben.“ Ebd., S. 8.

27 Ebd., S. 21. Danach auch die folgenden Zitate.

28 Ebd., S. 12.

29 Ebd., S. 20.

30 Beschwerdebrief von K. W., 29.7.1963, AStH, 792. Das Schreiben findet sich als Dok. 57 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 203f. Orthographie und Interpunktion wie im Original.

Die Erzieherin ordnet an, was in der Freizeit getrieben wird.³¹ Ein die Jungen verbindendes Moment war das Fußballspiel, das einen „magischen Anziehungspunkt“ geboten habe und regelmäßig „sehr hart und intensiv“³² ausgetragen worden sei. Die allermeisten Jungen schätzten Wildwest- und Kriminalromane, „die jedoch nicht alle gelesen werden dürfen und erst von der Erzieherin zu prüfen sind.“ Beliebt waren auch Micky-Maus-Hefte, „Fix und Foxi“ und „Tarzan“.³³

Nach dem Abendessen beschäftigten sich die Jungen selbst, sie hörten Radio oder malten. Hin und wieder gab es etwas Abwechslung: „Entweder wir gehen zum Fernsehen, was nicht oft vorkommt, da das Programm selten für die Jungen geeignet erscheint, oder wir machen einen Spaziergang.“³⁴ Die Sonntage waren Ausflügen und natürlich dem verpflichtenden Gottesdienstbesuch vorbehalten.

Die Körperpflege der Jungen, die den ganzen Sommer über in Lederhosen gingen,³⁵ fand abends statt. Die sanitären Einrichtungen machten, so Reetz, allesamt einen „außerordentlich gepflegten Eindruck“,³⁶ wobei deren Ausstattung hier und da zu wünschen übrig ließ: „Die Drachenburg ist die einzige Abteilung, die noch kein fließendes warmes Wasser besitzt und sich das Abwaschwasser z.B. mit Tauchsiedern erwärmen muss, doch die Planung sieht auch hier schon lange Abhilfe vor. Nach dem Duschen erledigen die Jungen die restlichen Ämter, sonnabends wird die Wäsche gewechselt.“ Besonders prekär war der Zustand der Krankenstube des Knabenhofes, von deren „dringenden Notständen“³⁷ der Vorstand bereits im Frühjahr 1963 Kenntnis hatte: „Insbesondere fehlt es hier an den nötigen hygienischen und sanitären Einrichtungen.“ Die Vorstandsmitglieder einigten sich auf eine „baldmöglichste“ Überprüfung der Krankenstube, erkannten schließlich die Notwendigkeit ihrer Sanierung an, stellten diese aber – „aus Geldmangel“³⁸ – einstweilen zurück.

Reetz' Blick auf seine nur wenige Jahre jüngeren Schutzbefohlenen entsprach dem damaligen Zeitgeist und war teilweise schonungslos: „Sie stammen alle entweder aus zerütteten häuslichen Verhältnissen, sind untragbar für ihre Schule (gemeinschaftsschwierig, Kaspertypen, schulisch zurückgeblieben) oder haben allgemeine Charakterschwächen.“³⁹ Jedes Kind im Knabenhof sei ein „stark disharmonisches Gefüge“⁴⁰ oder besitze gar eine „psychopathische Grundkonzeption“, so dass aus ihnen „niemals ordentliche Glieder der Gesellschaft werden können.“ Dem Trend der Zeit verhaftet, machte Reetz eine besondere Schädigung bei denjenigen Jungen aus, deren Eltern „mit aller Macht und Kraft am zuneh-

31 Reetz, Bericht, S. 16. Danach auch das folgende Zitat.

32 Ebd., S. 17. Danach auch das folgende Zitat.

33 Ebd., S. 18.

34 Ebd., S. 21f.

35 Ebd., S. 16. An den Sonn- und Feiertagen durften die „guten Anzüge“ getragen werden. Ebd.

36 Ebd., S. 21. Danach auch das folgende Zitat.

37 Vorstandsprotokoll, 19.4.1963, AStH, 291. Danach auch die folgenden Zitate.

38 Vorstandsprotokoll, 13.12.1963, AStH, 291.

39 Reetz, Bericht, S. 15.

40 Ebd., S. 8. Danach auch die folgenden Zitate.

menden Wohlstand teilhaben wollen“⁴¹ wobei er die Berufstätigkeit der Mutter als Hauptursache für die „Luxusverwahrlosung“ ausmachte. Eingespannt in ihre außerhäusliche Tätigkeit vernachlässigte sie ihre Kinder und überlasse sie einer „übereifrigen Reklamewelt“. Die Folge sei u.a., dass die Kinder und Jugendlichen straffällig würden.

Aufgrund dieser schwierigen charakterlichen Disposition der Jungen nahmen Strafen „notwendigerweise [...] einen erheblichen Raum“⁴² im Heimalltag ein. Reetz, der – wie alle Beschäftigten und Praktikanten des Stephansstifts – den Niedersächsischen Züchtigungserlass vom 25. Juli 1951 hatte unterzeichnen müssen, referierte diesen in Auszügen und glich dessen Vorschriften mit der Strafpraxis im Knabenhof ab.⁴³ Demnach dürften Jungen nur in Ausnahmefällen geschlagen werden, also bei

„außergewöhnlicher Rohheit oder schwerer Widersetzlichkeit. Schläge an den Kopf, Puffen, Kneifen, Ziehen an den Ohren und Haaren sind verboten. Nach meinen Beobachtungen kommt der Erzieher im Stephansstift nicht in allen Fällen ohne körperliche Züchtigung aus, da nicht immer eine Erziehung auf partnerschaftlicher Ebene möglich ist, sondern die Autorität des Erziehers unter allen Umständen gewahrt werden muss. [...] Alle Strafmaßnahmen dieser Art sind selbstverständlich immer begleitet von erzieherischen, ja, seelsorgerischen Gesprächen zwischen Hausvater und Zögling. Eine der bedrohlichsten und auch sehr wirksamen Strafen ist die Ausweisung des Zöglings in eine etwas straffer geführte Außenabteilung des Kronsberges, wo stark widersetzlich handelnde Jungen untergebracht sind und hier unter verschärften Bedingungen erzogen werden.“

Reetz' Ausführungen gaben geradezu mustergültig das evangelische Konzept von „Zucht und Liebe“, also die Verbindung von körperlicher Züchtigung und verzeihender Liebe, wieder.⁴⁴ Der Praktikant fühlte sich manches Mal überfordert und griff seinerseits zu Strafen, nach eigenem Bekunden aber nicht zu Körperstrafen, die ausschließlich dem Hausvater oder dem Vorsteher vorbehalten waren. Gerne hätte er einem Jungen, der mit schmutzigen Füßen zu Bett gegangen war, eine Ohrfeige gegeben. Er habe aber – in Kenntnis des Züchtigungserlasses – darauf verzichtet, „obwohl mir diese Art der Strafe am geeignetsten erschien. Ich ließ D. stattdessen den Waschraum gründlich ‚saubermachen‘, während die anderen in dieser Zeit noch etwas lesen durften.“⁴⁵ Ein anderes Mal ließ er einen Jungen, „der nach dem Zubettgehen trotz Versprechens nicht still war, auf dem Hof eine Reihe Kniebeugen machen und ihn einige Mal um den Hof laufen [...]. Diese Übung ist mehr als

41 Ebd., S. 6. Danach auch das folgende Zitat.

42 Ebd., S. 22.

43 Ebd., S. 24. Danach auch das folgende Zitat.

44 Vgl. Ulrike Winkler, „Zucht und Liebe“ Befunde und Reflexionen zur Fürsorgeerziehung in Einrichtungen der Diakonie 1945 bis 1975, in: Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hg.), „Gemeinschaftsfremde“ Zwangserziehung im Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik und der DDR, Berlin 2016, S. 133–162.

45 Reetz, Bericht, S. 22.

eine Strafe. Ich will den Jungen durch das Umherlaufen in der frischen Luft ermüden.“⁴⁶ Allerdings fürchtete der Praktikant sich davor, dass in der Öffentlichkeit ein falscher Eindruck vom Stephansstift entstehen könnte:

„Die Gefahr solcher Methoden besteht darin, dass Außenstehende, Straßenpassanten, in ihrer Unwissenheit Gerüchte über die ‚schandbaren‘ Erziehungsmethoden im Stephansstift verbreiten. Deshalb bin ich sehr unsicher in der Vergabe solcher Strafen, obwohl ich weiß, dass die Erzieherinnen sich oft nur dadurch Ruhe verschaffen können, dass sie gegebenenfalls das ganze Haus bohnen und schrubben lassen.“⁴⁷

Mindestens einmal versuchte Reetz, sich mit einer Kollektivstrafe Respekt zu verschaffen – vergebens:

„Die Jungen sind nicht bereit, als Kollektiv zu büßen für das Vergehen einiger. So scheiterte fast ein Dauerlauf, den ich nach einer sehr unruhigen Mittagsmahlzeit strafweise angesetzt habe. Einige Jungen meutern, wollen nicht mitlaufen, bleiben zurück, täuschen Fußschmerzen vor usf., obwohl ich ihnen für den Fall ordentlicher Strafverbüßung in Aussicht gestellt habe, mit ihnen ins [Schwimm-]Bad zu gehen.“⁴⁸

Der Praktikant beobachtete die Erziehungsmethoden des Stammpersonals genau. Manche setzten – statt auf Kniebeugen und Dauerlauf – auf Ruhe und ein absolutes Bewegungsverbot: „Stillsitzen, Stillstehen, also das zwangsweise Ruhigstellen des Körpers hat eine für einige Zeit anhaltende gute Wirkung auf die sehr labile Psyche der Kinder.“⁴⁹ Andere Mitarbeiter verhängten Kino-, Fernseh- und Badeverbote.⁵⁰ Wieder ein anderer ließ die Jungen, nachdem sie eine Maus an ihrem Bein an den Tisch eines Erziehers festgebunden hatten, einen Aufsatz „Warum ist Tierquälerei gesetzlich verboten?“ schreiben.

Folgt man Reetz, dann war seine Zeit im Knabenhof vor allem von seinem in der Anstaltshierarchie niedrigen Status als Praktikant und von seiner persönlichen Unsicherheit geprägt. Zunächst sei er „besonders angesehen“⁵¹ gewesen, dann aber habe er bemerkt, dass die Jungen versuchten, „Praktikant und Erzieher oder zwei Praktikanten gegeneinander auszuspielen, um sich Vorteile zu verschaffen [...] Ich habe den Kindern anfangs manches geglaubt, bis ich dahinter kam, welchen Zweck sie verfolgten.“ Hin und wieder kam es vor, dass die Jungen ihren Übermut an dem Praktikanten kühlten. So führte die Rücksichtnahme der Jungen auf die schwache körperliche Verfassung einer Erzieherin dazu, dass sich diese bei den „etwas robusteren Praktikanten“ austobten, so zumindest die Einschätzung

46 Ebd., S. 23.

47 Ebd., S. 23f.

48 Ebd., S. 25.

49 Ebd., S. 24.

50 Ebd., S. 23. Danach auch das folgende Zitat.

51 Ebd., S. 26. Danach auch die folgenden Zitate.

Reetz', der sich auch über den Erziehungsstil der Mitarbeiterinnen im Knabenhof Gedanken gemacht hatte. Einerseits missbilligte er deren Umgang mit den Jungen, andererseits zeigte er Verständnis:

„Zweifellos ist die Auswahl an geeigneten Erzieherinnen sehr begrenzt, so dass auch Menschen in der Erziehung tätig werden, die noch nicht genügend abgerundet und ausgeglichen sind. Zudem ist die zwischenmenschliche Reibungsfläche von so vielen Menschen sehr groß, ein rauer Umgangston wird von einem Uneingeweihten leicht missverstanden. Kommen wir als Praktikanten für einige Wochen in eine solche Erziehungsinstitution, fallen uns nach wenigen Tagen eine Menge kleiner Misshelligkeiten auf, disharmonische Klänge dringen nur allzu leicht ans Ohr [...] das tägliche Einerlei, die ständige Aufsichtspflicht bei viel zu großen Abteilungen zehren stark an den körperlichen und seelischen Kräften der Erzieherinnen [...].“⁵²

Die Frauen waren nicht nur durch die großen Gruppen belastet, sondern auch durch die Anforderungen, die das Stephansstift an sie stellte. Sie sollten den Jungen „mütterliche Wärme“ geben und für eine vorbildhafte Ordnung und Sauberkeit sorgen: „Die ordnende frauliche Hand [ist] in einem Abteilungshaushalt dringend vonnöten, um den inneren Ablauf des täglichen Geschehens, der täglichen Verrichtungen zu gestalten, wie Wäsche waschen, stopfen, flicken, Geschirr abwaschen, Fenster putzen, Fußböden reinigen und vieles andere.“⁵³

Schließlich machte sich der Praktikant daran, die Erwartungen der Jungen an ihre Erzieherinnen und Erzieher näher kennenzulernen. Er erstellte einen Fragebogen. Von 18 Befragten hatten drei die Mitwirkung komplett verweigert, zwei nannten das Ganze „sinnlos“,⁵⁴ während ein Junge angab, dass sein Vertrauen schon einmal missbraucht worden sei. Zwei Jungen hätten, so Reetz, keine „echte Meinung“ kundgetan, hatten also Angaben gemacht, die nicht ihrer tatsächlichen Meinung entsprangen. Letztlich gaben also nur zehn Jungen Auskunft auf die Frage „Wie stelle ich mir einen Erzieher der ‚Drachenburg‘ vor“:

„3. Welches sind ihre Wünsche? (es blieben noch 10 verwertbare Beteiligungen):

- | | |
|--|---|
| a. Erzieher soll über 21 Jahre alt bzw. in den mittleren Jahren sein | 2 |
| b. eine eigene Meinung haben, sich nicht von anderen Erziehern beeinflussen lassen | 1 |
| c. in die Jungen hineinversetzen und ‚offenes Ohr‘ | 3 |
| d. den Jungen Vertrauen schenken, ihre Aussagen mitbewerten | 4 |
| e. nicht soviel strafen und schimpfen | 5 |
| f. den Vater ersetzen | 1 |

52 Ebd., S. 10.

53 Ebd., S. 9.

54 Ebd., S. 27. Danach auch das folgende Zitat.

- g. freundlicher sein 1
 h. über ‚geistige Gebiete, z.B. über historische Dinge‘ sprechen,
 nicht einseitig orient[iert] [sein] 1.⁵⁵

Aus diesen Antworten leitete Reetz folgendes „Gesamtergebnis“ ab:

„Viele der Jungen fühlen sich innerlich sehr einsam und von ihrer Umwelt unverstanden. Sie sehen die Notwendigkeit ihrer Erziehung größtenteils ein, möchten jedoch, wie es einer ausdrückt, ‚dass die Gruppe ihn (den Erzieher) nicht fürchtet, sondern respektiert und anerkennt als einen kameradschaftlichen Freund und Kamerad, der uns (die Gruppe) auf den richtigen Weg zu bringen versucht.“

Die Verantwortung für die Missstände sah Reetz ausschließlich beim Staat: „Ich bin jedoch der Überzeugung, dass das mangelnde Engagement des Staates in der Bereitstellung der Mittel zur Unterhaltung dieser Erziehungsinstitutionen und in der Steuerung der zur Verwahrlosung beitragenden anonymen Mächte schuldig ist.“⁵⁶

Natürlich waren die Missstände Janssen und dem Vorstand nicht verborgen geblieben. Man wusste um die eigenen Unzulänglichkeiten und den dringenden Nachholbedarf:

„Wir haben zu bekennen: unsere baulichen Voraussetzungen lassen heute eine moderne pädagogische Arbeit nur unter sehr erschwerten Bedingungen zu. [...] Praktisch hat unsere Arbeit seit dem Jahre 1914, also seit 50 Jahren, kaum Möglichkeiten gehabt, sich dem pädagogischen Fortschritt anzupassen. Krieg, Inflation, Wirtschaftskrise, Nationalsozialismus, Krieg und Nachkrieg schlossen praktisch jede größere Maßnahme in dieser Richtung aus.“⁵⁷

Vor diesem Hintergrund identifizierte Janssen als zukünftige und zentrale Aufgabe, „dem Menschen, der keinen Habitus, keine echte Haltung und keine klare Lebensgrundlage mehr hat, dazu zu verhelfen, dass er in gesundem Selbstwertgefühl, in eigenem Verantwortungsbewusstsein an der ganzen Fülle des individuellen und sozialen Daseins teilzunehmen in den Stand gesetzt wird.“⁵⁸ Daher sei „von hier aus eine umfassende Neubestimmung der Erziehungsaufgabe vorzunehmen.“ Dies gelte im Übrigen auch für die Altenarbeit, fügte Janssen an. Die Altenheime des Stephansstifts sollten keine „Abschiebungsstätten“ sein, sondern Orte, um den „alten Menschen zu rehabilitieren, also ihm zu möglichst weitgehender Entfaltung des Daseins zu verhelfen, ihn tätig und bewusst am Leben der Gemeinschaft teilhaben zu lassen.“

55 Ebd., S. 28. Danach auch das folgende Zitat.

56 Ebd., S. 32.

57 Jahresbericht 1963, S. 3f.

58 Ebd., S. 2. Danach auch die folgenden Zitate.

Aus diesen Prämissen zog Janssen folgende Konsequenzen. Zum einen müsse die Ausbildung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verbessert werden, zum anderen müsse endlich der Nachholbedarf – Werk- und Musikräume, Gymnastikräume, Spielplätze, Schulklassen, moderne Lehrwerkstätten – befriedigt werden.⁵⁹ Endlich aber müssten sich die Anstalten nach außen öffnen, wobei er auch eine größere Anerkennung für die von den Anstalten geleistete Arbeit forderte und der Gesellschaft sogar eine „spießbürgerliche Einstellung zu den Problemen“ attestierte. Konkret ging es um nächtliche Diebstähle von Zöglingen, welche eine ungenannte Gemeindeverwaltung überlegen ließen, Beschwerde gegen das Stephansstift einzureichen. Janssen verbat sich dies und brach für die Jungen eine Lanze, indem er auf eine gewisse gesellschaftliche Doppelmoral hinwies:

„Tatsächlich gibt es tiefe Zusammenhänge zwischen der Diffamierung unserer Jungen und dem Zustand unserer Gesellschaft. Unsere Gesellschaft wird durch unsere Jugend einfach genötigt, sich selbst in ihren unheimlichen Seiten einmal wahr zu nehmen. Davor aber scheut sie zurück. Sie entlädt ihre eigenen Unzulänglichkeiten in einer betonten Ablehnung ihres unglücklichsten Teiles. Die Gesellschaft versucht sich zu ‚entschuldigen‘, indem sie den angeblich schuldigen jüngeren Menschen mit einem Makel versieht.“

Nicht zuletzt diese empathische Sichtweise führte zu einer der größten baulichen Anstrengungen in der Geschichte des Stephansstifts: dem Bau des Backhausenhofes.

Der Backhausenhof – „Eine pädagogische Lebensgemeinschaft“

Mit großem Elan ging man an die Planungen für den Backhausenhof, wie der Ersatz für Kronsberg, rund 23 Kilometer nordöstlich von Hannover gelegen, heißen sollte. Janssen hoffte, mit dem Neubau „die Probleme eines modernen Erziehungsheims vielleicht sogar beispielhaft“⁶⁰ lösen zu können. Dass die Stadt Hannover die „weitgehende Modernisierung des Stephansstifts“⁶¹ unterstützen würde, erfüllte den Pastor mit Dankbarkeit.

Zunächst ging es darum, das Gut mit seinen Stallungen und seinen Feldern auf einen besseren Stand zu bringen, schließlich sollte es zum einen der Beschäftigung der Jungen dienen, zum anderen aber auch einigermaßen wirtschaftlich arbeiten.⁶² Nach und nach entstanden ein Stall für achtzig Rinder, ein Jungviehstall und ein Verwalterwohnhaus. Ausgebaut wurden die Fleischerei und die Schweinemästerei. Auch galt es, das Gelände an die Kanalisation und an die Wasserversorgung der Stadt Burgdorf anzuschließen.

59 Ebd., S. 3. Danach auch die folgenden Zitate.

60 Janssen, Brüderbrief, 22.6.1961, S. 3.

61 Ebd., S. 4.

62 Jahresbericht 1964, S. 2.

Zentral aber war der Bau des eigentlichen Heimes, das man als Jugenddorf konzipierte. Räumlich orientierte man sich hierbei an einer in Niedersachsen gebräuchlichen dörflichen Bauweise: dem hufeisenförmigen Rundling.⁶³ Konkret bedeutete dies den Bau einer „kleinen Siedlung mit dorffartigem Charakter“. In einem ersten Bauabschnitt sollten drei „Erziehungshäuser“⁶⁴ mit je dreißig Betten sowie drei Mehrfamilienhäuser für die Beschäftigten entstehen, gefolgt von Gebäuden für die Verwaltung, die Küche, die Zentralheizung und die Krankenstube. Dem Festsaal und der Berufsschule waren eigene Gebäude vorbehalten. Ein zweiter Abschnitt sah zwei weitere „Erziehungshäuser“, eine Turnhalle, ein Schwimmbecken sowie verschiedene Anlernwerkstätten und nicht zuletzt zwei Einfamilienhäuser für Mitarbeitende vor. Insgesamt sollte das neue Heim Platz für rund 150 Jungen bieten.⁶⁵ Man rechnete mit rund 4,75 Millionen DM Bau- und Ausstattungskosten, von denen das Stephansstift drei Millionen DM aufbringen wollte.

Nach dem ersten Spatenstich stand die Finanzierung von rund sechzig neuen Plätzen auf dem Backhausenhof auf der Kippe, da sich das Land Niedersachsen aus nicht mehr nachvollziehbaren Gründen weigerte, sich an den Kosten zu beteiligen.⁶⁶ Kurz entschlossen trat Janssen an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) in Münster heran, der sich bereit erklärte, fünfzig Prozent der Kosten zu übernehmen. Das waren pro Platz rund 20.000 DM. Hinzu kam ein günstiges Darlehen. Damit schien die Finanzierung der Baumaßnahmen auf dem Backhausenhof bis auf weiteres sichergestellt. Als positiven Nebeneffekt wertete man, dass die Bindung zwischen Stephansstift und LWL, der ja stets Heimplätze im Stephansstift belegt hatte, noch enger würde: „Der bestehende Zustand würde lediglich durch einen Platzgestellungsvertrag vertraglich abgesichert.“ Die Freude über den neuen alten Geldgeber währte indes nur kurz. Im Dezember 1963 musste Pastor Janssen seinem Vorstand berichten, dass „die Zusage des Landschaftsverbandes Westfalen nicht in vollem Umfang schriftlich bestätigt worden“⁶⁷ sei. Daraufhin nahm Janssen mit dem Land Niedersachsen neue, erfolgreiche Verhandlungen auf.

Weitere Kosten ergaben sich aus verschiedenen Renovierungsmaßnahmen in Kronsberg. Denn bis zum Abschluss der Bauarbeiten am Backhausenhof musste die Außenstelle – mangels alternativer Unterbringungsmöglichkeiten – weiterhin in Betrieb bleiben und entsprechend gepflegt werden: „Dennoch soll man nicht meinen, dass es auf dem Kronsberg aussähe wie im Kriege kurz nach der Räumung einer Stellung. Im Gegenteil: bis zum letzten Tag sollen die Gebäude und Unterkünfte auf dem für die Erziehung notwendigen Stand gehalten werden.“⁶⁸

63 Bote, Neue Folge 9, Mai 1965, S. 8. Danach auch das folgende Zitat. Im hannoverschen Wendland waren „Rundlinge“ als Dorfform typisch und landschaftsprägend, zum Teil sind sie auch heute noch erhalten.

64 Vorstandsprotokoll, 19.4.1963, AStH, 291.

65 Der Jahresbericht 1964, S. 3, gibt sogar 180 Plätze an.

66 Vgl. Vorstandsprotokoll, 7.10.1963, AStH, 291. Danach auch das folgende Zitat.

67 Vorstandsprotokoll, 13.12.1963, AStH, 291.

68 Bote, Neue Folge 3, April 1963, S. 16.

1964 zeichnete sich ab, dass die Kosten aus dem Ruder liefen. Für den für dieses Jahr geplanten Bauabschnitt musste eine Nachfinanzierung von über 1,2 Millionen DM auf den Weg gebracht werden.⁶⁹ Ursächlich für diese böse Überraschung waren Kalkulationsfehler. Allerdings hatte auch der Architekt – nach eigenen Angaben – „zeitweise die Übersicht über die finanzielle Entwicklung verloren.“

Phasenweise kam die Fertigstellung des Backhausenhofes nur schleppend voran. Schlechtes Wetter und der zeitweilige Mangel an Handwerkern hatten die Bauarbeiten „außerordentlich verzögert.“⁷⁰ 1965 waren die ersten Wohnhäuser fertiggestellt. Die Kronsberger Jungen bezogen „gruppenweise“⁷¹ ihr neues Zuhause. Am 26. April 1965 war der Umzug abgeschlossen,⁷² am 15. Oktober 1965 wurde der Backhausenhof feierlich eingeweiht.⁷³ Andere Gebäude, der Speise- und Festsaal etwa oder die Werkhalle, warteten noch auf ihre Fertigstellung. Angesichts der inzwischen schwieriger gewordenen Finanzlage hatte man beschlossen, bei der Anlage der Sportplätze auf auswärtige Firmen und Handwerker zu verzichten und sie in Eigenregie anzulegen. Auch auf ein eigenes Schwimmbad wollte man verzichten. Man gedachte, mit den Jungen das öffentliche Freibad zu nutzen, das in der Nähe des Backhausenhofes geplant war.⁷⁴

Mit dem Backhausenhof wollte das Stephansstift – wie erwähnt – einen pädagogischen Neuanfang machen. Es sollte eine „pädagogische Lebensgemeinschaft“ in einem Haus geschaffen werden, das keine „Strafanstalt“⁷⁵ sondern ein Heim „im eigentlichen Sinn“ sein sollte. Kleinere Gruppen und kleinere Wohneinheiten sollten „Geborgenheit“ vermitteln und mehr Individualität ermöglichen:

„Jeder Junge soll dabei das Gefühl haben, in einer kleinen überschaubaren Gemeinschaft von Kameraden zu stehen. Die Schlafräume enthalten nur drei Betten, in drei Erziehungsgruppen der insgesamt zehn haben sie sogar ausschließlich Einzelzimmer. Der Junge soll nie das Gefühl haben, sich in der Masse zu verlieren; er soll vielmehr seinen eigenen Platz in der jungen Gesellschaft erstreben und haben. Jedes Haus soll eine eigengeprägte Lebensgemeinschaft darstellen.“

Zentraler Bestandteil des Erziehungskonzepts war ein sinnvolles Arbeits- und Beschäftigungsangebot für alle Jungen. Keiner sollte zurückbleiben, jeder sollte die Möglichkeit erhalten, das zu lernen, was er für das Leben nach der Heimentlassung benötigte. Zentraler Ort war die Werkhalle. Hier fanden sich diejenigen Jungen ein, die noch nicht in der Lage

69 Vorstandsprotokoll, 6.11.1964, AStH, 291. Danach auch das folgende Zitat.

70 Vorstandsprotokoll, 8.6.1965, AStH, 291.

71 Bote, Neue Folge 3, April 1963, S. 16.

72 Vorstandsprotokoll, 8.6.1965, AStH, 291.

73 Jahresbericht 1966, S. 1.

74 Bote, Neue Folge 9, Mai 1965, S. 9. Danach auch das folgende Zitat.

75 Ebd., S. 10. Danach auch die folgenden Zitate.

waren, eine Lehre zu absolvieren. Sie sollten die „Grundlagen für die industrielle Arbeit erlernen“:

„Jedoch muss nicht unbedingt eine Bandfertigung den Jungen Gelegenheit geben, sich an industrielle Verhältnisse zu gewöhnen, sondern eine industrielle Produktion überhaupt, die am besten nach Art und Umfang mit einem Industriebetrieb abgesprochen werde, den man für eine Mitarbeit interessieren könne. Dem Kultusministerium kommt es darauf an, dass Jungen, die nicht das Niveau der Handwerkslehrlinge erreichen, mit dem Akkordprinzip bekanntgemacht werden, dass sie also erfahren, wie man auf eine geforderte Leistung sich einstellen kann und wie man die Leistung steigern kann, um dadurch zu einer höheren Entlohnung zu gelangen. Es sollte versucht werden, mit den Jungen nach Möglichkeit [Verträge] abzuschließen, die auch eine Sozialversicherungspflicht auslösen.“⁷⁶

Zudem sollten „jene Jungen Möglichkeiten zu Grundausbildungslehrgängen erhalten, denen die Voraussetzungen für eine Lehrausbildung fehlen.“⁷⁷ Damit hielt das Stephansstift nun ein weiteres Angebot für Jungen mit kognitiven Beeinträchtigungen und Lernbehinderungen bereit. Als weitere arbeitstherapeutische Maßnahme war der Einsatz in der Landwirtschaft des Backhausenhofes gedacht. Hier ging es vor allem darum, die Jungen an Pünktlichkeit, Sauberkeit und Zuverlässigkeit zu gewöhnen: „Sobald das Ziel der Arbeitstherapie erreicht ist, wird der Junge zur Berufsausbildung in das Lehrlingsheim des Stephansstifts verlegt, wo Lehrwerkstätten und Lehrbetriebe sich seiner annehmen können.“⁷⁸ Hinzu kam der Besuch der anstaltseigenen Berufsschule, wo man sich auf „allgemeinbildende Fächer, Berufskunde und Gemeinschaftskunde“⁷⁹ konzentrierte. Der Wissensstand der Jungen war teilweise gering: „Es ist oft erschreckend, wie viel es hier aufzuholen gilt.“ Mancher Neuankommeling musste erst in den Stand versetzt werden, um die rehabilitativen Angebote überhaupt wahrnehmen zu können. Stellvertretend für viele sei hier das Schicksal eines Knabenhof-Jungen geschildert:

„Zunächst mussten mehrere ärztliche Maßnahmen eintreten; er brauchte wegen seiner Senk- und Spreizfüße Schuheinlagen, wegen eines vorstehenden Oberkiefers eine Gebiss-Regulierung, wegen starker Kurzsichtigkeit eine Brille und wegen chronischer Mandelentzündung eine Rachenmandeloperation. Wegen schwerer Haltungsschäden und disharmonischer Motorik musste er orthopädisch turnen und schließlich musste er auch wegen seiner Minderbegabung in die Heim-Sonderschu-

76 Notiz für Prof. Janssen, betr. 3. Bauschnitt des Erziehungsheimes Backhausenhof und weitere Bauvorhaben auf dem Erziehungssektor – Finanzierung mit Hilfe einer Landesbürgerschaft, 19.2.1965, AStH, Liste P, 232 (Altakten).

77 Bote, Neue Folge 9, Mai 1965, S. 14.

78 Ebd., S. 10.

79 Ebd., S. 14. Danach auch das folgende Zitat.

le. Man kann sagen: der Junge war offensichtlich noch nie auf seine körperlichen und geistigen Defekte und Bedürfnisse hin angesehen worden.“⁸⁰

Für Jugendliche mit herausforderndem Verhalten hielt man im Backhausenhof ein „geschlossenes Haus“⁸¹ mit dreißig Plätzen vor. In diesem Haus wollte man denjenigen gerecht werden, „die durch besondere innere Unruhe und Mangel an Stetigkeit in Not geraten sind.“ Mehrheitlich in Einzelzimmern untergebracht, sollten die Jungen zu einer „besseren Selbstbeherrschung finden.“ „Er [der Zögling] kann also wirklich die Chance gewinnen, ‚er selbst‘ zu sein oder zu werden. Er kann einmal – vielleicht zum ersten Male im Leben – mit sich selbst alleine sein.“⁸² Gemeinschaft mit anderen konnte in einem „stillen“ und einem „lauten“ Tagesraum gepflegt werden.

Eine wichtige Rolle spielte eine aktive Freizeitgestaltung, zu der Janssen eine bemerkenswerte Haltung besaß. Da der Heimalltag für die Jungen keine „echte[n] Abenteuer“⁸³ bereithielt und „wirkliche festliche Höhepunkte“ fehlten, müsse es darum gehen, „sinnvolle Abenteuer“ zu schaffen: „Wir können nur versuchen, durch die Einführung sozialer Dienste – Erste Hilfe, Rettungsschwimmen – einen gewissen Ersatz zu geben.“ Dieses Konzept hatte man zuvor im Lehrlingsheim umgesetzt. Bereits 1960 hatte sich dort eine „Sondereinsatzgruppe Stephansstift“ des DRK gegründet, die aus 39 Bewohnern und drei Erziehern bestand und Ende August 1961 sogar als Sanitätsbereitschaft anerkannt worden war.⁸⁴ Zur Sanitätsgruppe gehörte übrigens ein „Schminktrupp“. Jeden Mittwoch hantierten elf Jungen mit Cremes, Puder, Farben usw.,

„um die Verletzungen so echt wie irgend möglich herzustellen. Ziel der ‚realistischen Unfalldarstellung‘ ist es, die kommenden Helfer an Verletzungen zu gewöhnen. Ein noch so guter Verband, am gesunden Arm bestens gekonnt, nützt gar nichts, wenn dem Helfer bei einem wirklichen Unfall schlecht wird. Das muss abgestellt werden.“

1962 konnte die DRK-Gruppe des Stephansstifts auf 105 Wachen mit insgesamt 3.662 Stunden und auf eine positive Anerkennung blicken.⁸⁵ Man hoffte, dass dieses Projekt auch auf dem Backhausenhof zu realisieren war.

80 Jahresbericht 1966, S. 3.

81 Bote, Neue Folge 9, Mai 1965, S. 10. Danach auch die folgenden Zitate. Die Platzzahl nach: Janssen, Brüderrundbrief, 24.9.1961, S. 3. Der LWL hatte im Vorfeld eine „heilpädagogische Abteilung für psychisch oder neurotisch erheblich beeinträchtigte und heilpädagogischer Behandlung bedürftige Minderjährige“ auf dem Backhausenhof angeregt. Vorstandsprotokoll, 7.10.1963, AStH, 291. Janssen bezeichnete die geschlossene Abteilung als „Übergang“. Vgl. Janssen an den Deutschen Kinderschutzbund, Ortsverband Salzgitter, 1.11.1968, AStH, 815. Das Schreiben ist als Dok. 32 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 191f.

82 Bote, Neue Folge 9, Mai 1965, S. 11. Danach auch die folgenden Zitate.

83 Ebd., S. 12. Danach auch die folgenden Zitate.

84 Lehrlingsheim Stephansstift (Hg.), Heimspiegel, Weihnachten 1961, o.S. Danach auch das folgende Zitat.

85 Jahresbericht 1963, S. 9. Die Angaben wurden für das Jahr 1962 gemacht.

Janssen wollte, dass sich im Backhausenhof ein „echtes und gesundes Leben“⁸⁶ entfalte, und sah daher die damals noch relativ ländlich abgeschiedene Lage Burgdorfs kritisch. Es könne, so der Pastor, nicht verkannt werden, „dass sich der Entfaltung eines wirklichen Heimlebens in der relativen Abgeschlossenheit der Landschaft nicht geringe Schwierigkeiten entgegenstellen.“ Man müsse anerkennen, „dass der heutige Mensch sich vor allem in der Großstadt als Mensch zu empfinden vermag.“ Janssen spielte hier auf das wachsende Freizeitangebot – Kino, Konzerte, Sportereignisse, Einkaufen usw. – an, welches nur Städte in großer Zahl und Vielfalt zu bieten vermochten. Der Pastor ging sogar so weit, sich vom Diktum, dass die Natur heile, zu distanzieren. „Dass man nämlich ein Dorf schaffen müsse, damit aber auf die Stätte gesunkenen bäuerlichen Lebens hinzuführen habe, ist inzwischen durch die Ereignisse zweifellos überholt. Je mehr sich die moderne Gesellschaft entwickelt hat, desto eindeutiger ist die Tatsache zu beobachten, dass es ein Irrtum ist, im Dorf als solchem für den Menschen heilsamen und gesunden Aufenthalt zu sehen.“ Es verwundert daher wenig, dass Janssen sich der Hoffnung hingab, dass sich in Zukunft die Verkehrswege zwischen Hannover und Burgdorf „noch günstiger“⁸⁷ gestalteten – eine Hoffnung, die sich Ende 1967 erfüllen sollte.⁸⁸ Am Wichernschen Familienprinzip, also an einer „überschaubaren Lebensgemeinschaft“, wollte Janssen unbedingt festhalten. Um die soziale Integration der Jungen vor Ort zu fördern und zu sichern, gründete sich ein interner Beirat, der in regelmäßigem Austausch mit der Burgdorfer Bürgerschaft stand.⁸⁹ Man versuchte, Kontakte zu örtlichen Vereinen zu knüpfen und Vorbehalte abzubauen. Nicht zuletzt hoffte man, so zu einer tragfähigen Vertrauensbasis zu kommen, falls es einmal Probleme geben sollte.

Wie ließ sich nun die Arbeit im Backhausenhof an? „Allerlei Schwierigkeiten“⁹⁰ habe man mit den „neu- und wieder zugeführten Jungen“ gehabt, konzedierte Janssen, ohne weitere Details zu nennen. Jedoch ist davon auszugehen, dass der rasante Wechsel in der Belegung des Backhausenhofes seinen Teil zur Unruhe beigetragen hatte. So wurden 1966 198 Jungen aufgenommen und 182 entlassen, es gab also einen kompletten Austausch der Heimbelegschaft. Janssen hoffte jedoch auf eine „Festigung und Beruhigung der pädagogischen Atmosphäre“, sobald die letzten Einrichtungen für Freizeit und Arbeitstherapie fertiggestellt sein würden.

Dies war im Herbst 1967 der Fall. Während die Sporthalle „mit allen Turngeräten“⁹¹ bei den Jungen auf Begeisterung stieß, sah dies bei der Werkhalle etwas anders aus. Proble-

86 Janssen, Brüderrundbrief, 24.9.1961, S. 3. Danach, wenn nicht anders angegeben, auch die folgenden Zitate.

87 Bote, Neue Folge, Mai 1965, S. 12.

88 Im Mai 1965 wurde mit dem Ausbau des Peiner Weges begonnen, der den Backhausenhof mit Burgdorf verbinden sollte. Den Ausbau der Seitenstreifen übernahm eine „Arbeitskolonne der Jungen“: „Damit ist der Peiner Weg nicht länger eine Prüfstrecke für Achsen und Stoßdämpfer der Autos, und der Backhausenhof ist ein Stück an die ‚große Welt‘ gerückt.“ Bote, Neue Folge 17, Dezember 1967, S. 14.

89 Jahresbericht 1966, S. 1.

90 Jahresbericht 1967, S. 11. Danach auch die folgenden Zitate.

91 Bote, Neue Folge 19, September 1968, S. 15. Für eine Beschreibung des umfangreichen Sportangebotes auf dem Backhausenhof siehe ebd., S. 14–17.

me gab es u.a. bei der Gewöhnung an einen augenscheinlich zergliederten Arbeitsprozess, der stets wiederkehrende Tätigkeiten bereithielt, angesichts der Erfordernisse der Industrie und der Perspektiven der Jungen aber zeitgemäß schien:

„Anfänglich gab es eine ganze Menge von Schwierigkeiten. Inzwischen sind jedoch die Leistungen der Jungen erheblich verbessert worden. Die industrievorbereitende Arbeitserziehung bietet zwar den Jungen mindestens so viele psychologische Schwierigkeiten wie die landwirtschaftliche Arbeitstherapie, die früher im Backhausenhof im Vordergrund stand. Aber es ist sicherlich richtig, dass die Einübung der industriellen Arbeitsformen für den jungen Menschen eine sachliche Lebenshilfe gibt, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Eine nicht unerhebliche Anzahl unserer Jungen wird ja im späteren Leben seinen Erwerb in der Industrie suchen müssen.“⁹²

Besichtigungen etlicher Firmen und Betriebe, wie zum Beispiel der Continental AG, der Rheinstahl-Hanomag, der Bahlsen AG, der Grammophon Polydor und natürlich des Volkswagenwerks, sollten „dem jungen Menschen die hohen Anforderungen deutlich machen, die ihn im Berufsleben erwarten.“⁹³ Nicht zuletzt hoffte man, das Interesse der Jugendlichen an einer guten Berufsausbildung und am anstaltseigenen Berufsschulunterricht zu fördern. Allerdings hatte es nach derlei Werksbesichtigungen zum Teil „erregte Aussprachen“⁹⁴ unter den Jugendlichen gegeben. So fand die „straffe Lehrausbildung (VW-Werk, Ilseder Hütte,⁹⁵ Hanomag)“ bei den Heimbewohnern keinerlei Beifall. „Auch die Besuche bei der Bundeswehr und an der Zonengrenze lösten bei den Schülern erhebliche Diskussionen aus.“ Einhellig begeistert waren sie von einem Simulationsflug mit einer Bundeswehrmaschine,⁹⁶ von der Besichtigung und schließlich der Fahrt auf verschiedenen Panzern. „Eine Gefechtsübung mit Übersetzmanöver im Schlauchboot sowie die Überquerung einer Schlucht am Ziel zeigte[n] den Schülern den Dienstbetrieb bei der Bundeswehr.“

Die Briefe entlassener Bewohner, die sich beruflich erfolgreich etabliert hatten, dienten als Vorbild und Motivationsschub. So der Brief eines Ehemaligen, der am 14. Juni 1967 an Bruder *Fritz Platner* (1917–2011) geschrieben hatte:

„Anbei übersende ich Ihnen eine Fotokopie meines Abschlusszeugnisses der Fachschule [mit ausschließlich ‚guten‘ und ‚sehr guten‘ Noten], die Sie dann meinen anderen Zeugnissen hinzufügen können. Hoffentlich ist es ein kleiner Anreiz für Ihre Lehrlinge, es nachzumachen oder sogar noch besser zu machen, womit sie Ihnen

92 Jahresbericht 1968, S. 6.

93 Ebd., S. 7.

94 Bote, Neue Folge 19, September 1968, S. 11. Danach auch die folgenden Zitate.

95 Siehe auch: Lehrlingsheim (Hg.), Heimspiegel 1968, S. 15f.

96 Ebd., S. 24–27.

sicherlich die größte Freude machen würden. Eine Fotokopie meines Meisterbriefes haben Sie ja schon im vergangenen Jahr erhalten.“⁹⁷

Für weitere Abwechslung sorgte die neu eingerichtete „Jugendvolkshochschule“ mit einem breiten Angebot, das Erzieher, Mitarbeiter und Lehrer bestritten.⁹⁸ Es gab Kurse über „moderne Musik“ und „Kochen für Junggesellen“ – ein Angebot, das auf besonders regen Zuspruch stieß. Ob dies auch für einen Kurs zur „Sexualerziehung“ galt?⁹⁹ Auf großes Interesse stießen Gesprächsrunden über aktuelle politische Themen. „Eine monatliche Podiumsdiskussion soll der politischen Meinungsbildung unserer Jungen eine Hilfe geben. In den letzten Monaten wurde dabei lebhaft und mit intensiver Anteilnahme der Jungen über die Bundeswehr und über die sogenannte Außerparlamentarische Opposition diskutiert.“¹⁰⁰

Im September 1968 zog Janssen eine weitgehend positive Bilanz hinsichtlich der Arbeit im Backhausenhof, jedoch musste er eine Einschränkung vornehmen: „Was sich nicht bewährt hat, ist lediglich die Arbeitserziehung.“¹⁰¹ Die Hoffnung, dass die „Urerfahrung der Beschäftigung in der Landwirtschaft“ für die berufliche und persönliche Entwicklung der Jungen sich als nützlich erweisen könnte, hatte sich nicht erfüllt: „Die heutige Landwirtschaft ist in so hohem Maße mechanisiert, dass die verbleibenden Arbeiten keinen ausreichenden therapeutischen Wirkungsfaktor haben.“ Allerdings habe man mit den Werkstätten (u.a. eine Papierschniderei und -hefterei, Schweißerei, Schlosserei, Tischlerei, Malerei)¹⁰² in der Werkhalle eine zufriedenstellende Alternative gefunden, eine Alternative – dies gilt es hinzuzufügen –, die viel näher an der Lebenswirklichkeit der Jungen war. Zugleich schenkte man der theoretischen Bildung der Jungen ein größeres Augenmerk: „Wir haben festgestellt, dass der Berufsschultag für diesen Lernprozess nicht überall ausreicht, und haben für einen erheblichen Teil der Jungen einen zusätzlichen Schultag eingerichtet. Besseres Mitdenken, bessere Kenntnisse und bessere Lehrergebnisse sind die Folgen davon.“

Knabenhof, Lehrlingsheim, Borstel, Großmoor, Herrenhausen – Modernisierungen

So sehr der Backhausenhof – neu, modern, großzügig – zu begrüßen war, so warf dieses Vorzeigeprojekt doch auch ein grelles Licht auf den kritischen Zustand der anderen Erziehungshäuser, namentlich des Lehrlingsheims. Der Vorstand sah Handlungsbedarf, war doch der Backhausenhof als „Aufnahmeheim“ bzw. lediglich als Durchgangsstation konzipiert: „Nach einer Zeit der Bewährung kommen die jungen Leute vom Backhausen-

97 Jahresbericht 1968, S. 8.

98 1967 wurden fünfzehn Kurse zu fünfzehn verschiedenen Themen angeboten. Vgl. Bote, Neue Folge 17, Dezember 1967, S. 14.

99 Ebd., S. 14.

100 Jahresbericht 1968, S. 7.

101 Bote, Neue Folge 19, September 1968, S. 3. Danach auch die folgenden Zitate.

102 Ebd., S. 12f.

hof zur Berufsausbildung ins Lehrlingsheim. Sie erwarten natürlich entsprechend moderne Unterkünfte, die ein Heim, das 1904 eingeweiht wurde, einfach nicht bieten kann. Die Neubaupläne für das Lehrlingsheim sind daher wirklich sehr dringend geworden.¹⁰³ Um die Lebensverhältnisse wenigstens etwas anzugleichen, hatte man 1964 das Lehrlingsheim teilweise renoviert: „Wir haben im letzten Jahr die Schlafräume unterteilt, die Toiletten und Waschräume überholt und das Geschäftszimmer umgestaltet. Aus den zwei Kammern sind zwei nette Räume geworden.“

Auch im Knabenhof wurden parallel zum Bau des Backhausenhofes Renovierungsmaßnahmen durchgeführt. Zwei Duschräume mit Toiletten, eine Bibliothek, ein Gemeinschaftsraum, eine Schulklasse sowie ein Werk- und ein Tischtennisraum verbesserten die Wohnqualität der Jungen.¹⁰⁴ Zudem erneuerte man die Fenster, die Heizung und die Kanalisation, Waschräume und Toiletten wurden gekachelt. Dass man die Schlafsäle „in je drei Kabinen zerlegt“ hatte, war dem Wunsch geschuldet, den Jungen etwas mehr Privatsphäre zu ermöglichen. Ein Jahr später, 1964, erhielt die Abteilung „To Hus“ durch einen hellen Anstrich „einen freundlichen und hellen Charakter [...], der ihr bisher infolge der besonderen baulichen Lage etwas fehlte.“¹⁰⁵ „Damit ist die Erneuerung des Knabenhofes wieder um ein gutes Stück gefördert worden. Wir hoffen, dass es gelingen wird, im Laufe der nächsten Jahre auch den Rest der Knabenhofabteilungen neu zu gestalten.“ Ebenfalls 1964 wurde der Keller des Schulgebäudes¹⁰⁶ in Borstel in einen Tischtennisraum umfunktioniert, in Großmoor erneuerte man die Wasserversorgung¹⁰⁷ und den Waschraum.¹⁰⁸

1965 wurden die Renovierungs- und Umbauarbeiten in allen Erziehungshäusern auf dem Hannoveraner Anstaltsgelände sowie in den Außenstellen in Großmoor und Borstel weiter betrieben. Janssen zeigte sich erleichtert, merkte aber an, dass gleichwohl der „dringende Wunsch“¹⁰⁹ bestehen bleibe, die „Erziehungsgruppen zahlenmäßig zu verkleinern und dadurch eine intensivere Arbeit zu ermöglichen.“

In den Folgejahren erfuhr die Außenstelle Borstel, wo 1967 insgesamt 76 Jungen beschult wurden, weitere Verbesserungen. Wie bereits erwähnt, waren die Jungen in ländlichen Dienst- und Lehrstellen untergebracht,¹¹⁰ wo sie am Familienleben teilhatten, sich aber auch an den anfallenden Arbeiten beteiligen mussten. Die meisten Anfragen nach „Borsteler Jungen“ kamen von Bauern in den Kreisen Neustadt, Nienburg, Burgdorf, Celle,

103 Lehrlingsheim Stephansstift (Hg.), Heimspiegel, Weihnachten 1965, S. 22. Danach auch das folgende Zitat.

104 Jahresbericht 1963, S. 7. Danach auch das folgende Zitat.

105 Jahresbericht 1964, S. 3. Danach auch das folgende Zitat.

106 Das Gebäude war gemeinsam mit einer Aufnahmeabteilung und einem Wohnhaus auf einem 1960 vom Stephansstift erworbenen Grundstück errichtet worden. Vgl. Bote, Neue Folge 19, September 1968, S. 6.

107 Die Versorgung mit Wasser war auch im Stephansstift ein immer wiederkehrendes Problem. 1964 bohrte man zwei neue Brunnen, um die bisherigen sechs Brunnen zu ersetzen. Diese waren nämlich „inzwischen völlig verschlammte und weithin ungeeignet“. Jahresbericht 1964, S. 4.

108 Jahresbericht 1964, S. 4.

109 Jahresbericht 1965, S. 7. Danach auch das folgende Zitat.

110 Jahresbericht 1967, S. 6.

Hildesheim, Hameln und Minden.¹¹¹ Die Jugendlichen würden, versicherte der Jahresbericht, „tariflich bezahlt und haben z.T. erhebliche Lohnersparnisse, die von der Erziehungsleitung verwaltet werden. Mehrere Jungen schafften sich von ihren Lohnersparnissen eigene Möbel an und entwickelten dabei einen guten Geschmack.“ 1967 war ein „bescheidener Schulneubau mit zwei Klassenräumen und einem Lehrerzimmer in Holzbauweise errichtet worden.“¹¹² Diese Baumaßnahme ging einher mit der Schaffung einer Aufnahmeabteilung mit sechs Betten sowie einem Turnzimmer und einem „Lichtbildraum“.¹¹³ Für 19 Jungen mit Haltungsschäden wurde ein „Schulsonderturnen“¹¹⁴ eingeführt. Zudem hatte man das Freizeitangebot im Laufe der Zeit vergrößert: „Hier sind eine ganze Reihe von Gruppen gebildet worden, die sich mit Sport, Jungchararbeit, Foto, Basteln, Hör- und Laienspiel, Musik und freier Diskussion in Jugendklubart beschäftigen. Der Junge kommt zu zwei dieser Gruppen, hat aber die freie Auswahl.“¹¹⁵

Und das Jugendheim Großmoor? Dort hatte man offenbar – wie bereits in den Jahren zuvor – die Arbeit ruhig fortgesetzt. 1968 waren 19 Jungen in der Landwirtschaft tätig, einige absolvierten eine Ausbildung: „Wir können also sagen, dass auch hier das Angebot der pädagogischen Möglichkeiten gewachsen ist.“ Jedoch hatte es mit der örtlichen Berufsschule „erhebliche Schwierigkeiten“¹¹⁶ gegeben. Wegen Lehrermangels konnten die Jungen nicht beschult werden. Man half sich selbst und nahm die Heimberufsschule Backhausenhof in Anspruch. Vielfältige Freizeitangebote, darunter Tischfußball und Luftgewehrschießen, kompensierten die „etwas schlichte Unterbringung“ der Jungen.

Über das Lehrlingsheim Herrenhausen kann nur wenig berichtet werden. 1965 beschloss der Vorstand, die Einrichtung an die Firma B. Sprengel & Co. für 560.000 DM zu verkaufen. Man hoffte, die Käuferin „zu einer sofortigen Barzahlung des ganzen Kaufpreises zu veranlassen.“¹¹⁷

Die geschilderten Verbesserungen in den Erziehungsheimen waren durch das Jugendwohlfahrtsgesetz und das Bundessozialhilfegesetz möglich geworden. Zentral war die gute konjunkturelle Lage der Bundesrepublik. Dankbar stellte Janssen fest: „Es ist dadurch möglich, das Niveau der Arbeit wesentlich zu heben und vor allem in der Mitarbeiterfrage neue Wege zu beschreiten. Heute wird die Leitung der Gruppen ausschließlich mit voll ausgebildeten Mitarbeitern bestritten. Hier ist das Arbeitsfeld der Diakone, Sozialarbeiter, Heilpädagogen, Jugendleiterinnen, Heimerzieher und Heimerzieherinnen. Auch die Zweitkräfte sind zu einem großen Teil voll ausgebildet.“¹¹⁸ Nun könne man die Arbeit so gestalten, dass die Jungen „wirklich zu ihrem Recht“ kämen und zudem in „ganz anderer Weise wahrge-

111 Jahresbericht 1967, S. 6. Danach auch das folgende Zitat.

112 Ebd., S. 10.

113 Ebd., S. 10f.

114 Ebd., S. 11.

115 Jahresbericht 1968, S. 10. Danach auch das folgenden Zitat.

116 Ebd., S. 11. Danach auch das folgende Zitat.

117 Vorstandsprotokoll, 3.12.1965, AStH, 291.

118 Jahresbericht 1968, S. 4. Danach auch die folgenden Zitate.

nommen“ würden, „als dies früher wohl geschehen konnte“, beschloss Janssen seine Ausführungen.

Das Heimschulwesen

Von jeher war es eines der wichtigsten Anliegen des Stephansstifts, möglichst allen Jungen den Besuch einer Sonder-, einer Volks- oder einer Berufsschule zu ermöglichen. Hierfür hielt man ein eigenes Schulwesen vor. Je nach Zu- oder Abgängen schwankten die Größen der Klassen, aber auch deren Zahl. Diesen Entwicklungen, auf die das Stephansstift wenig Einfluss hatte – schließlich waren es die Jugendämter, die die Jungen zuwies –, verlangten eine hohe Flexibilität. So etwa, als 1962 das 9. Schuljahr eingeführt wurde und mehr Jungen länger beschult werden mussten. Im selben Jahr wurde auf dem Kronsberg erstmals Berufsschulunterricht erteilt.¹¹⁹ Die Bewohner sahen „dem Berufsschulunterricht mit Freude entgegen“, dies sei verständlich, „brauchten sie doch nun an nur fünf Tagen ‚Kolonne zu schieben.‘“¹²⁰

1965 wurden an drei Stellen die Jungen des Stephansstifts in Volks- und Sonderschulklassen beschult. Im Knabenhof gab es neun Klassen für rund 160 Kinder, in Borstel besuchten sechzig Jungen in drei Klassen den anstaltseigenen Unterricht, wofür man das Schulgebäude umgebaut hatte, auf dem Backhausenhof gab es zwei Klassen.¹²¹ Zudem hatte die Heimberufsschule ihren Dienst für 25 Jungen aufnehmen können. „Die gute Zusammenarbeit mit der Kreisberufsschule in Burgdorf verdient besondere Erwähnung.“¹²² Die Jungen im Außenheim Großmoor wurden in der Kreisberufsschule in Celle beschult, während die Jungen des Lehrlingsheims die öffentliche Berufsschule in Hannover besuchten. Für einige Lehrlinge hatte man Nachhilfeunterricht organisiert. 1966 gingen 228 Jungen und Jugendliche in vierzehn anstaltseigene Schulklassen.¹²³ Insgesamt standen siebzehn Lehrkräfte für die Schüler bereit. Die Klassengrößen von durchschnittlich lediglich sechzehn Schülern erlaubten ein individuelleres Eingehen. „In der Zeit des allgemeinen Lehrermangels ist das als eine erhebliche Leistung anzusehen“, stellte Janssen fest und lobte seine Anstalt: „Das Stephansstift darf mit seinen Anstrengungen und Bemühungen als Schrittmacher im Heimschulwesen angesprochen werden.“ Zwar erlaube es die finanzielle Situation nicht, mehr Schulraum zu schaffen, aber es sei gelungen, dass „bei vielen unserer Schüler die schulischen Vernachlässigungen, die sie nicht immer durch eigenes Verschulden erfahren mussten, wiedergutmacht werden konnten.“ Damit sei nicht zuletzt der Vorwurf widerlegt, dass der Besuch einer „Heimschule“ von Nachteil sei.

119 Bote, Neue Folge 3, April 1963, S. 16. Danach auch das folgende Zitat.

120 Mit „Kolonne schieben“ war die Arbeit auf den Feldern gemeint, wo die Jugendlichen, eingeteilt in Kolonnen, bis dahin an sechs Tagen in der Woche gearbeitet hatten.

121 Jahresbericht 1965, S. 8.

122 Ebd., S. 10.

123 Jahresbericht 1966, S. 5. Danach auch die folgenden Zitate.

Janssen begriff die Schulen und Werkstätten des Stephansstifts übrigens nicht als „Schutz- und Schonräume“, im Gegenteil: „Notwendig sind hohe Anforderungen in den heimeigenen Schulen, Werkstätten und Betrieben, die an das Tempo und die hohen Anforderungen draußen anpassen können.“¹²⁴ Dies schien in der Tat zu gelingen. So legten 1966 vierzehn Lehrlinge ihre Gesellen- oder Gehilfenprüfung in den anstaltseigenen Lehrwerkstätten ab, einer sogar als Landesbester!¹²⁵

Dahingegen verbuchten die kleineren Jungen auf ihre Weise beeindruckende Erfolge. So hatten sich die Klassen acht und neun des Knabenhofes 1964 an einem Wettbewerb der Deutschen Bahn – „Mit der Bundesbahn in die schöne Heimat“ – beteiligt. Ihr Beitrag, ein von ihnen angefertigter Wandteppich, trug ihnen einen 2. Platz ein. Ihren Gewinn – eine Freifahrt von zweihundert Kilometern – nutzten die Jungen für einen Besuch der Hansestadt Lübeck.¹²⁶

Jedoch wurde nicht jedem Jungen eine ausreichende Schulbildung zuteil, wobei sicherlich auch individuelle Gründe eine Rolle spielten, gleichwohl gab es äußere Umstände, die das Lernen nicht nur behinderten, sondern mitunter sogar ganz verhinderten. Am 12. August 1965 erreichte das Landesjugendamt Hannover die Beschwerde einer Mutter, deren 11-jähriger Sohn in einer landwirtschaftlichen Pflegefamilie in Borstel lebte und sich dort regelmäßig völlig verausgabte. Bemerkenswert war hier der Hinweis auf die augenscheinlich bessere Betreuung in der Hauptanstalt:

„Der Junge klagt darüber, dass er bei dem Bauern D., Außenheim Borstel, körperlich überfordert würde. Die Behandlung sei lieblos und grenze an Schikane. Er hätte z.B. nicht genügend Ruhepause. [...] Die Bäuerin [...] hat erklärt, ihr wäre M. [Name des Jungen] zugeteilt, damit er eine Hilfe für den Betrieb sei. Frau W. hat den Eindruck, dass die Erziehungserfolge des Stephansstiftes durch die jetzige Unterbringung zerstört würden. M. wäre schwer ansprechbar und unlustig. Er wolle absolut wieder zurück ins Stephansstift.“¹²⁷

Auch der Junge P. wurde von seiner Pflegefamilie in Borstel massiv überfordert. Die „physischen Anforderungen“ seien, so seine Mutter, Frau S., 1965, „viel zu hoch“,¹²⁸ zudem führten diese „zu einer Vernachlässigung der Schularbeiten.“ Weiter beklagte sie, dass der vom Stephansstift in Borstel angebotene Schulunterricht „in einer Form (mehrere Klassen in einem Raum) [erfolge], die meines Erachtens nicht den heutigen Anforderungen entspricht.“

124 Bote, Neue Folge 13, September 1966, S. 18.

125 Jahresbericht 1966, S. 6.

126 Jahresbericht 1964, S. 7.

127 Kreisjugendamt Soltau an das Landesjugendamt Hannover, betr. die übermäßige körperliche Arbeit des Zöglings M. W., 12.8.1965, AStH, 815. Das Schreiben ist als Dok. 84 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 268.

128 Frau M. S. an Erziehungsleiter Grahn, 20.8.1965, AStH, 815. Das Schreiben ist als Dok. 85 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 269. Danach auch die folgenden Zitate.

Auch Frau S. bat dringend darum, ihren Sohn wieder in Hannover aufzunehmen, zumal der Junge „gerne wieder dorthin gehen würde.“

Da die Zahl lernbehinderter Schüler kontinuierlich wuchs, galt es zu reagieren: „Darum müssen wir erwägen, wie das Schulwesen des Stephansstifts so ausgebaut werden kann, dass es lernbehinderte Kinder in größerer Zahl aufnehmen und zu unterrichten vermag.“¹²⁹ Die Zahl der lernbehinderten Jungen stieg an. 1968 besuchten von 233 Schülern 110 die Volksschule und 123¹³⁰ die „Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule“. Unter diesem Namen firmierten seit dem 1. Februar 1966 sämtliche anstaltseigenen Schulen. Die Umbenennung war dem Wunsch geschuldet, dass „aus den Abschluss- oder Abgangszeugnissen der Schüler nicht die Tatsache erkennbar“¹³¹ werden sollte, „dass sie sich in Heimerziehung befunden haben.“ Die Namenswahl war eine Hommage an Ludolf Wilhelm Fricke, weil dieser 1875 im Stephansstift mit der Heimschularbeit begonnen hatte.

Strafen – Theorie und Praxis

Die Frage, ob körperliche Strafen und seelische Gewalt zur Erreichung von Erziehungszielen opportun seien, trieb alle diakonischen Einrichtungen seit jeher um. Aber angesichts der während der NS-Zeit begangenen Verbrechen, auch an Jugendlichen, und der Militarisierung des Alltagslebens war man bei Kriegsende besonders sensibilisiert. Bereits anlässlich der ersten Nachkriegstagung des EREV am 24. Februar 1949 hatte dessen Vorsitzender, Pastor Wolff, mahndend auf den von Lieblosigkeit und Desinteresse geprägten Zustand der evangelischen Heimerziehung hingewiesen und Analogien zur Erziehungsarbeit während der NS-Zeit gezogen:

„Vielleicht liegt es an unserem Herkommen aus der pädagogischen Last der totalitären Erziehung, dass unsere Erzieher weithin das wichtigste Stück ihres Dienstes im ‚Betriebsmachen‘ sehen. Es wird Zeit, dass wir vom ‚werkenden‘ zum wirkenden Erzieher zurückkehren, der von Mensch zu Mensch zu wirken wagt.“¹³²

Dass es den – in Arbeitsdienst und Wehrmacht sozialisierten – Hausvätern tatsächlich vor allem darum ging, reibungslose Betriebsabläufe zu organisieren und dauerhaft zu gewährleisten, offenbarte eine AFET-Untersuchung zur Lage der Heimerzieher Mitte der 1950er Jahre. Allerdings hoben sich der Knabenhof und das Lehrlingsheim positiv von anderen niedersächsischen Heimen ab.¹³³ Die Besucher des AFET fanden im Knabenhof eine „wohl-

129 Jahresbericht 1966, S. 5.

130 Jahresbericht 1968, S. 11.

131 Jahresbericht 1966, S. 4. Danach auch das folgende Zitat.

132 EREV, Informationsblatt Nr. 1 [1949], ADE, EEV 1.

133 Umfrage des AFET, Hannover, zur Lage der Heimerzieher 1956/57 in der BRD, hier: Bericht C 3 (Stephansstift), AStH, unverzeichnet. Die Auswertung findet sich als Dok. 6 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 118–120. Danach, S. 118, auch die folgenden Zitate.

tuende“ Atmosphäre vor, in der man versuche, „vom Anstaltsleiter bis zum letzten Erzieher so lange wie irgend möglich wohlwollendes Vertrauen zur Grundlage der Erziehung zu machen, was von den Kindern naturgemäß erwidert“ würde. Gelobt wurde, dass das „fraulich-mütterliche Moment in der Erzieherschaft gebührend zur Geltung“ komme – um die kleineren Jungen kümmerten sich vor allem Frauen –, kritisch hingegen wurde das „Praktikanten-System“ bewertet, das eine konstante und professionelle Erziehungsarbeit in Teilen untergrabe. Ein ähnlich gutes Ergebnis erbrachte die Besichtigung des Lehrlingsheims.

Von Bedeutung für die Erziehungspraxis in den Heimen in Niedersachsen war der bereits erwähnte „Züchtigungserlass“ des Niedersächsischen Kultusministers vom 25. Juli 1951¹³⁴ sowie dessen Konkretisierung am 9. April 1952.¹³⁵ Während Mädchen körperlich gar nicht mehr gezüchtigt werden durften, sollten Jungen nur in „besonderen Ausnahmefällen“ geschlagen werden können, etwa, wenn bei ihnen eine – nicht näher definierte – „außergewöhnliche Rohheit“ oder eine „schwere Widersetzlichkeit“ vorlagen. Eine körperliche Züchtigung sollte aber auch in diesen Fällen nur noch dann erfolgen, wenn „andere Strafen ohne erzieherische Wirkung“ geblieben waren. Dann waren etwa Schläge auf das Gesäß gestattet. Ausdrücklich verboten waren „Schläge an den Kopf, Puffen, Kneifen, Ziehen an den Ohren und Haaren.“ Diese Praxis war schon im Oktober 1946 in den niedersächsischen Schulen verboten worden, nachdem dem Niedersächsischen Kultusminister bekannt geworden war, dass in den Schulen das Schlagen der Lehrer überhand genommen hatte.

Die Haltung der Einrichtungsleiter hinsichtlich des Verbots der körperlichen Züchtigung ihrer Schützlinge war durchaus ambivalent und veränderte sich im Laufe der Jahre, wohl unter dem Eindruck der täglichen Heimpraxis. Dieser Befund gilt auch für Wolff. Nach einer Tagung von evangelischen und katholischen Heimleitern in Eichstätt 1949 wandte sich Wolff an den Leiter des Landesjugendamtes München, um diesem seine Besorgnis hinsichtlich einer Äußerung eines bayerischen katholischen Kollegen mitzuteilen. Der Münchner Kollege hatte sich für die Prügelstrafe in den Häusern ausgesprochen. Wolff lehnte eine solche Haltung strikt ab und machte sich dafür stark, körperliche Züchtigungen in den Heimen generell abzuschaffen,¹³⁶ erlahmte aber schon bald bei seinen Bemühungen.

Jeder Mitarbeiter, jede Erzieherin, jeder Diakon und jede Praktikantin im Stephansstift musste den Züchtigungsunterlass vor Dienstantritt unterzeichnen.

Festzustellen ist, dass man im Stephansstift die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zur Disziplinierung „widersätzlicher“ Zöglinge voll ausschöpfte. So war auf dem Kronsberg Anfang/Mitte der 1950er Jahre eine „offizielle Strafabteilung“¹³⁷ eingerichtet worden, die sich „von den anderen Erziehungsabteilungen dadurch [unterschied], dass auf ihr ein

134 Als Dok. 91 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 278f.

135 Als Dok. 92 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 279f.

136 Wolff an Dr. Lades, Leiter des LJA München, 17.10.1949. Das Schreiben ist als Dok. 89 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 274–276.

137 Vorstandsprotokoll, 30.3.1973, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat.

etwas strafferer Abteilungsdienst durchgeführt wird, und die Jugendlichen von allen anderen Heiminsassen etwas isoliert sind. Ferner ist die Abteilung geschlossen.“ Das Festsetzen von schulentlassenen, also über 14-jährigen Jugendlichen in „Besinnungsstübchen“ regelte ein Erlass des Niedersächsischen Kultusministers vom 31. Januar 1950.¹³⁸

Die gegen die Heimkinder verhängten Strafen mussten in einer dem Landesjugendamt halbjährlich vorzulegenden Liste dokumentiert werden. Bei einer Heimrevision musste das Strafbuch stets unaufgefordert gezeigt werden. Das Führen dieser Strafbücher oder Straflisten wurde in den Anstalten jedoch sehr unterschiedlich gehandhabt. So ist zum Beispiel im Stephansstift, ähnlich wie in Freistatt, von einer „doppelten Buchführung“ auszugehen.¹³⁹

1954 räumte Wolff gegenüber dem Geschäftsführer des Landesverbandes Pfalz der Inneren Mission, *Oswald*, ein, dass in seiner Anstalt Körperstrafen, die im Affekt erfolgt seien, „natürlich [!] nicht in das sog. Strafbuch“¹⁴⁰ eingetragen würden. Festgehalten würden nur „diejenigen Züchtigungen, die in ‚besonderen Ausnahmefällen‘ von dem dafür zuständigen Heimleiter oder Lehrer verabfolgt worden sind.“ Er, so Wolff weiter, weise die Erzieherkräfte zwei bis drei Mal im Jahr auf den niedersächsischen „Züchtigungserlass“ hin. Komme es vor, dass ein Erzieher im Affekt schlage, so „pflege ich im ersten Falle nichts zu unternehmen“, im Wiederholungsfall suche er, Wolff, jedoch das Vier-Augen-Gespräch mit dem Erzieher oder der Erzieherin.

Zwei Jahre später, 1956, hatte sich Wolff von seiner einstigen Forderung, sämtliche Körperstrafen abzuschaffen, verabschiedet. In einem Brief an Pastor Johannes Badenhop, den Vorsteher der Pestalozzi-Stiftung, sprach er sich für die körperliche Züchtigung von erziehungsschwierigen Jugendlichen aus, um diese zur „Besinnung“ zu bringen:

„Wir müssen nach meiner Ansicht jetzt mit den leitenden Behörden nicht nur über die Höhe der Pflegesätze reden, sondern ganz ernstlich auch darauf aufmerksam machen, dass Fürsorgeerziehung fernerhin undurchführbar wird, wenn unsere erzieherischen Kräfte nicht in der nötigen Weise dadurch geschützt werden, dass man ihnen die Freiheit gibt, sich in ganz besonderen Fällen auch zu wehren und einem vollständig verkommenen Jungen auch einmal eine körperliche Züchtigung zu verabfolgen, damit er zur Besinnung kommt!“¹⁴¹

138 Als Dok. 90 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, *Heimwelten*, S. 277.

139 Hans-Walter Schmuhl, *Die doppelte Buchführung in Freistatt*, in: Wilhelm Damberg / Bernhard Frings / Traugott Jähnichen / Uwe Kaminsky (Hg.), *Mutter Kirche – Vater Staat? Geschichte, Praxis und Debatten der konfessionellen Heimerziehung seit 1945*, Münster 2010, S. 211–228.

140 Wolff an Oswald, 27.9.1954, AStH, 1549. Danach auch das folgende Zitat.

141 Wolff an Badenhop, 9.7.1956, AStH, 1549.

Zu einem schlimmen Vorfall kam es 1958, als ein in Rischborn eingesetzter Diakonenschüler des Stephansstifts die ihm anvertrauten Kinder im Erziehungsheim Rischborn so sehr schlug, dass er zu vier Monaten Haft verurteilt wurde.¹⁴²

Wie ausgeführt, waren „Schläge an den Kopf, Puffen, Kneifen, Ziehen an den Ohren und Haaren“ auch bei Jungen streng verboten. Die Praxis vor Ort sah auch in den Folgejahren in vielen Fällen anders aus. Die Diskrepanz zwischen dem Züchtigungsverbot und den tatsächlich verteilten Strafen trieb Wolffs Nachfolger, Janssen, im Sommer 1965 um:

„In der Anlage reiche ich die Straflisten zurück. Ich habe sie sorgfältig durchgesehen und bin nun doch etwas in Sorge. Noch gelten natürlich die neuen Heimrichtlinien¹⁴³ nicht. In diesen ist jedoch sehr eindeutig festgestellt, dass die körperliche Züchtigung als Erziehungsmittel nicht anzuwenden ist. Mir scheint, dass in dieser Hinsicht die Vorstellungen auch bei den Hausvätern ganz entschieden noch nicht hinreichend durchdacht sind. In zahlreichen Fällen ist es doch so, dass ganz offensichtlich ohne ausreichenden Grund die körperliche Züchtigung angewendet wird.“¹⁴⁴

Er kritisierte, dass die Jungen wegen Bagatellen verprügelt wurden, etwa wenn sie logen, „frech“ waren, „bummelten“ oder wenn sie „verbotenen Umgang mit Mädchen“ pflegten. Eine Körperstrafe, mahnte der Vorsteher, „ist streng auf solche Fälle zu beschränken, bei denen eine unmittelbare Bedrohung der Person des Erziehers vorliegt: Wenn ein Junge mit erhobener Schaufel auf Herrn *Rogoll* zugeht, dann ist natürlich die Angelegenheit sehr eindeutig, und man kann hier nur mit einer entsprechenden Züchtigung reagieren.“ Bei Schulentlassenen sei, so Janssen weiter, eine „Isolierung“ wahrscheinlich wirkungsvoller.

Ein Blick in die noch vorhandenen Strafbücher des Stephansstiftes offenbart weitere Verstöße. So gab ein Lehrer des Knabenhofes einem Schüler 1965 „zwei gezielte Ohrfeigen“.¹⁴⁵ Die Strafliste des Backhausenhofes verzeichnete noch in den späten 1970er Jahren „Stockschläge“,¹⁴⁶ einen „Stoß in die Rippen“ und „zwei Schläge mit dem zerbrochenen Besenstiel“.¹⁴⁷ Dort kam es auch vor, dass Züchtigungsvermerke unterschlagen wurden.

142 Steffen Meyer, „Gefahr ist im Verzuge.“ Die Geschichte des Erziehungsheimes Rischborn unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1945 bis 1958, in: Diakonische Heime in Kästorf e.V. (Hg.), Geschichten aus der Kästorfer Diakonie, Braunschweig 2008, S. 45–62, bes. S. 55–61. Der Diakonenschüler gab zu, Heimbewohner mit Fäusten, auch an den Kopf, geschlagen zu haben. Den Wurf mit einer Hacke stritt er ebenfalls nicht ab. Diese Strafen waren nicht in das Strafbuch eingetragen worden.

143 „Körperliche Züchtigungen in Heimen und Einrichtungen sind kein geeignetes Erziehungsmittel und haben daher zu unterbleiben.“ Siehe: Nr. 6 § 1 der niedersächsischen Heimrichtlinien, in: Niedersächsisches Ministerialblatt, Nr. 7, 14.2.1967, S. 132. Die Heimrichtlinien ergingen 1966.

144 Janssen an Grahn, 6.9.1965, AStH, Liste P, 193 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate.

145 Strafbuch der Schule des Knabenhofes, 1965 ff., AStH, unverzeichnet.

146 Diese monierte der Regierungspräsident in Hannover in einem Schreiben vom 8.5.1974 als „pädagogisch äußerst bedenklich“. AStH, 762.

147 Strafliste des Jungenheims Backhausenhof ab Juli 1974, AStH, unverzeichnet.

Das Landesjugendamt Hannover hatte 1968 moniert: „Ich bitte weiterhin, in jedem Fall bei Bestrafungen auch die Anzahl der Bestrafungen, die im Strafbuch des Heimes Backhausenhof in sieben Fällen nicht aufgeführt wurden, anzugeben.“¹⁴⁸ Im Strafbuch der Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule¹⁴⁹ wurden einem Schüler noch 1975 „mehrere Schläge mit der flachen Hand in das Genick“¹⁵⁰ gegeben.

Auch von entwürdigenden und die persönliche Integrität verletzenden Strafmaßnahmen ist zu berichten. Geflohene Jugendliche des Stephansstifts bekamen noch in den späten 1960er Jahren bei ihrer Rückkehr einen entstellenden Haarschnitt sowie Strafkleidung verpasst, wie der Ehemann einer Erzieherin im Stephansstift schilderte:

„Entweicht ein Junge aus dem Heim (er hat sicherlich seine Motive dafür), so bekommt er, wenn der Hausvater es für richtig hält, einen sog. Clubschnitt oder auch Clubkleidung. So habe ich es erlebt, dass ein 14-jähriger Junge vom Hausvater persönlich einen derart entstellenden Haarschnitt verpasst bekam, dass der Junge sich am nächsten Tag mit Hilfe eines anderen Kameraden eine Glatze schnitt! Der Junge sah nun weniger entstellt aus! Ich sah Jungen in grellroten, nicht weniger dezenten gelben und blauen Pumphosen herumlaufen. Nach Erkundigung wurde ich davon in Kenntnis gesetzt, dass es sog. pädagogische Maßnahmen des Hausvaters für Clubgänger seien.“¹⁵¹

Der Sprachgebrauch

„Clubhaarschnitte“ und „Clubkleidung“ für „Clubgänger“ – was war damit gemeint?

1949 beklagte der Sozial- und Heilpädagoge *Andreas Mehringer* (1911–2004), dass in der Anstaltserziehung eine „Feldwebelsprache“ herrsche: „Antreten“, „Befehl“, „Betten bauen“, „Melden“ usw. seien das übliche Vokabular. Dieses werde auch von den Jungen mehr oder weniger unhinterfragt übernommen: „Oft tragen die Jungen selbst die Tradition des militärischen oder H. J. Sprachgebrauchs scheinbar gerne weiter. Der Erzieher sollte sich, um echte Autorität bemüht, die Schwelle persönlicher Empfänglichkeit nicht durch eine Sprache verwischen lassen, die als Erziehungssprache geschichtlich versagt hat, weil man nicht ungestraft Menschen (am allerwenigsten Menschenkinder) zu Befehlsempfängern machen kann.“¹⁵²

148 Landesjugendamt Hannover an Stephansstift, 4.3.1968, AStH, 815.

149 Die Schulen des Stephanstifts wurde nach dem seit 1873 amtierenden Vorsteher Ludolf Wilhelm Fricke benannt.

150 Strafbuch Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, 1975 ff., AStH.

151 Eingabe von H.-E. T., Ehemann einer Mitarbeiterin des Stephansstifts, an das Landesjugendamt Hannover, 7.2.1967, AStH, 2299. Die Beschwerde ist als Dok. 117 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 322.

152 Andreas Mehringer, Feldwebelsprache in der Anstaltserziehung, in: Die Innere Mission, 1. Jg., Juli 1949, Nr. 7, S. 29.

Aber auch jenseits eines Kommando- und Befehlstonns konnte sich ein eigener Anstaltsjargon Jahrzehnte lang halten. So berichtete der bereits erwähnte Frerich Schüler, dass es im Stephansstift 1947 über die Fluchten von Jungen hieß: „Der ist auf Club gegangen.“¹⁵³ An diese Formulierung erinnerte sich auch der Ende der 1950er Jahre in Kronsberg tätige Diakonenschüler G. H.:

„Ich entsinne mich, dass der Sprachgebrauch, der auf dem Kronsberg sowohl von den Jungs als auch von den Erziehern dort üblich war, ein blamabler war. Man konnte damit nur auffallen, wenn man wieder in die normale Welt kam. Das war so eine isolierte Welt. [...] Wenn ein Junge floh, dann hieß das: ‚Der ist auf Club gegangen.‘ Niemand konnte erklären, warum dieser Ausdruck benutzt wurde.“¹⁵⁴

„Man hat sich geschämt.“¹⁵⁵ – Sexualisierte Gewalt

Dieter Maikowski wurde Ende des Jahres 1943 in Braunschweig als „uneheliches“ Kind geboren.¹⁵⁶ Laut Personalbogen des Stephansstifts lebte der Junge zunächst bei seiner Großmutter, 1946 nahm ihn seine Mutter (* 1905) bei sich auf.¹⁵⁷ Die Vormundschaft lag beim Landesjugendamt in Braunschweig. Dieter besuchte einen evangelischen Kindergarten und später die Grundschule. Er sei ein „mittelmäßiger“ Schüler gewesen, berichtete Herr Maikowski im Interview 2017. Im gemeinsamen Haushalt lebte auch Dieters zehn Jahre älterer Stiefbruder aus der ersten Ehe von Frau Maikowski, die ihren Mann im Zweiten Weltkrieg verloren hatte. Nachdem der Stiefbruder ausgezogen war, vermietete Frau Maikowski, die sich und ihren Sohn mit verschiedenen Putzstellen durchbrachte, dessen Zimmer. Der Untermieter wurde schon bald Frau Maikowskis neuer Partner und das Verhältnis zwischen Mutter und Sohn verschlechterte sich zusehends. Aus der Perspektive des Jugendamtes und des Stephansstifts lag die Verantwortung hierfür ausschließlich bei Dieter: „Lässt sich von der Mutter nichts sagen, ist gegen sie tötlich geworden. Mutter der Erziehung nicht gewachsen.“¹⁵⁸ In Herrn Maikowskis Erinnerung lagen die Dinge hingegen anders. Sein leiblicher Vater habe keinen Unterhalt für ihn gezahlt, woraufhin der neue Partner Frau Maikowski gedrängt habe, ihren Sohn ins Heim zu geben. Denn dann müsste der Staat für Dieters Unterbringung und Verpflegung aufkommen. Ganz deutlich kann sich Herr Maikowski an einen Termin beim Landesjugendamt Braunschweig erinnern, wo ihm – nach

153 Schüler, Urteil: 6 Monate Stephansstift (Fortsetzung), S. 17.

154 Interview mit G. H., 11.8.2010, als Dok. 131 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, hier S. 372.

155 Interview mit Dieter Maikowski am 26. Juli 2017, geführt von Ulrike Winkler.

156 Dieter Maikowski verzichtete auf die Anonymisierung seines Namens. Mitteilung von Dr. Steffen Meyer an Ulrike Winkler, 13.3.2019.

157 Personalbogen Dieter Maikowski, AStH, Nr. 572/XII.

158 Ebd.

dem er gesagt habe, dass er nicht ins Heim wolle – ein Sachbearbeiter eine feste Ohrfeige gegeben habe. Etwa eine Woche später hätte man ihn von der Schule abgeholt und in den Knabenhof gebracht. Dies war im Frühsommer 1957. Anfang April 1958 kehrte der mittlerweile 11-Jährige im Rahmen eines „Arbeitsurlaubs“ zu seiner Mutter zurück, wo die „alten Schwierigkeiten“¹⁵⁹ wieder aufgetreten seien. Dieter habe „stark geraucht“ und getrunken und sei „wieder gegen seine Mutter tätlich geworden.“ Auch habe er – wie die Personalkarte vermerkt – sein „Mündelgeld“ unterschlagen und es für sich verbraucht. Herr Maikowski ist sich indes sicher, dass seine Mutter die Angaben nur aufgrund des Drucks ihres neuen Partners gemacht habe und diese falsch seien.

Im Knabenhof angekommen, wurde er vom damaligen Erziehungsleiter Georg Grahn in Empfang genommen und der Gruppe „To Hus“ übergeben, die Frau S. leitete. Frau S. sei Mitte dreißig gewesen, etwas korpulent und habe ihn und die anderen Jungen immer beim Duschen beaufsichtigt. Nach dem Duschen hätten sie sich abgetrocknet und Nachthemden angezogen, die hinten offen und nur am Hals zu binden waren. Abends habe Frau S. dann hin und wieder Jungen aufgefordert, in ihr Zimmer zu kommen. Dort hätte die Erzieherin „sexuelle Spielchen“¹⁶⁰ mit dem betreffenden Jungen gemacht. Ihm sei das auch einmal passiert, berichtete Dieter Maikowski: „Dann nahm sie meine Hand und führte meine Hand dann so rum.“ Zu diesem Zeitpunkt war er zwölf, dreizehn Jahre alt. Dass Frau S. sich Jungen ins Bett holte, sei in den anderen Abteilungen bekannt gewesen. Eines Tages habe sie beim Duschen gesagt, dass alle Jungen, die Schamhaare haben, nur noch in Badehosen duschen durften.

Herr Maikowski wurde – wie erwähnt – nur einmal das Opfer von Frau S., ein anderer Junge, der älter und ein „bisschen männlicher“ gewesen sei, sei häufiger von ihr gerufen worden.

In ihrer täglichen Arbeit wurde Frau S. von einem körperbehinderten Hilfserzieher unterstützt. Herr G. sei sehr streng mit ihnen gewesen und habe auch Kollektivstrafen verhängt. So habe einmal ein Junge das Essen verweigert, was zur Folge hatte, dass die ganze Gruppe im Schnee mehrere Runden um das Anstaltsgelände laufen musste. Schlimmer aber war, dass Herr G. Dieter Maikowski im Duscraum, der im Keller lag, vergewaltigte. Er, so Herr Maikowski, sei immer ein bisschen langsamer und ein bisschen eitler als die anderen gewesen und hätte sich daher beim Abtrocknen, bei der Körperpflege und beim Anziehen mehr Zeit gelassen. Als er einmal dabei war, sich abzutrocknen, und dabei mit einem Fuß auf einer Holzbank im Duscraum stand, habe G. ihm den Arm umgedreht und ihn vergewaltigt. Seine Verletzungen am Anus waren so gravierend, dass er ins Annastift kam, wo er operiert wurde. Er habe mit niemandem über den Vorfall gesprochen, er habe sich „geschämt“. Im Knabenhof zurück, gewöhnte sich Herr Maikowski an, gemeinsam mit der „Meute“ den Duscraum zu verlassen.

159 Ebd.

160 Interview mit Dieter Maikowski am 26. Juli 2017, geführt von Ulrike Winkler. Danach auch die folgenden Zitate.

Im März 1959 kam Herr Maikowski auf den Kronsberg, damit er – wie er sagte – das „Arbeiten lernte“. Oft seien er und die anderen so müde gewesen, dass sie abends einfach nur noch ins Bett gefallen seien. Ende August 1959 wurde Dieter Maikowski ins Lehrlingsheim verlegt, wo er eine Klempner- und Installateurlehre begann und auch die Berufsschule, die außerhalb des Stephansstifts lag, besuchte. Ihn habe der Beruf interessiert. Als er einmal für drei Tage verschwand – er hielt sich bei seiner Mutter auf –, musste er zur Strafe in der Kartonagenfabrik des Stephansstifts arbeiten. Dort erlitt er einen schweren Arbeitsunfall, dessen Folgen Herrn Maikowski gesundheitlich stark belasteten und belasten.

Im Februar 1962 floh Herr Maikowski erneut aus dem Stephansstift, zwei Monate später wurde er nach Freistatt verlegt, das damals als eines der härtesten Erziehungsheime Westdeutschlands galt und Herrn Maikowski drei Zähne kostete, die ihm ein Betheler Diakon ausschlug.

Dieter Maikowski war nicht der einzige Junge, der im Stephansstift sexualisierte Gewalt erleiden musste. Im Bereich der Hannoverschen Landeskirche sind bislang 108 Missbrauchsfälle bekannt geworden, 98 haben sich in diakonischen Einrichtungen ereignet.¹⁶¹ Wie viele Missbrauchsopfer es im Stephansstift gab, muss weiter erforscht werden.

Gewalt unter den Zöglingen

Manche Heime der evangelischen Fürsorgeerziehung nahmen im Laufe der Jahre mehr und mehr den Charakter einer „geschlossenen Gesellschaft“¹⁶² an. Als buchstäblich isolierte – zieht man die ländliche Abgeschiedenheit vieler Anstalten in Betracht – „Welt in der Welt“ lebten die Zöglinge und das Personal nach eigenen Regeln, Werten, Gewohnheiten und Traditionen. In dieser klaustrophobisch anmutenden Situation entstanden problematische, spannungsgeladene, auf Abhängigkeiten beruhende und nicht selten von körperlicher und seelischer Gewalt geprägte Sozialstrukturen. Gewalt ging hier nicht mehr nur von den Erziehern und Vorstehern aus, sondern war auch unter den Zöglingen üblich. So trugen das in vielen Heimen praktizierte Progressiv- und Punktesystem,¹⁶³ die undurchsichtige Vergabe von Privilegien sowie die Verhängung von Kollektivstrafen zu einer Entsolidarisierung der Zöglinge bei und begünstigten die Entstehung einer Gewaltkultur. In der Außenstelle Großmoor war es z.B. üblich, dass Neuankömmlinge mit dem „Heiligen Geist“¹⁶⁴ bekannt gemacht wurden. Ein Erzieher, der einen Jugendlichen von seinem Vorhaben ab-

161 Vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung, 28.11.2018.

162 Siehe hierzu: Schmuhl, „Papst Leo“, S. 183 ff.

163 Das Progressivsystem kennt innerhalb eines Hauses Wohngruppen mit unterschiedlichen Privilegien. Der Zögling begann quasi „ganz unten“ in der rangniedrigsten Gruppe und arbeitete sich – durch hohe Arbeitsleistungen, gute Führung, durchaus aber auch durch gute Beziehungen zu den Erziehern, zu ranghöheren Kameraden, manchmal auch durch „Kapo“-Dienste – langsam empor.

164 Der „Heilige Geist“ funktionierte so: Einem Jungen wurde nachts ein Bettlaken über den Kopf gezogen, dann wurde er verprügelt und mit Wasser übergossen. Hausvater S. „Schlagmeldung“, 11.2.1971, AStH, 762.

bringen wollte, wurde von diesem übrigens verprügelt.¹⁶⁵ Im Backhausenhof wurde 1973 ein neu hinzugekommener Junge von seinen Kameraden so schwer misshandelt, dass er ohnmächtig liegenblieb. Der Neuling hatte sich geweigert, an einer ihm unangenehmen Gruppenversammlung teilzunehmen.¹⁶⁶ Diebstähle unter den Jungen des Stephansstifts waren ebenfalls üblich.¹⁶⁷ Im dortigen Lehrlingsheim kontrollierten sich die Jugendlichen gegenseitig: „Ausgangsüberschreitungen werden vom Schlüsseldienst, der von den Spatzen wahrgenommen wird, notiert.“¹⁶⁸ – und errichteten damit ein Kontroll- und Erziehungssystem, in dem die Erzieher nur noch zur Bestrafung benötigt wurden.

Eine Auseinandersetzung zwischen einigen Jungen in Kronsberg im März 1960 endete tragisch.

„Einige Jungen gerieten sich bei der Arbeit in die Haare, wie das manchmal vorkommt, und Bruder [Ulrich] Behr wollte diese beiden Jungen gern davor bewahren, sich gegenseitig zu schaden und tötlich gegeneinander zu werden; er sprang also zu, um die Jungen auseinanderzureißen und stolperte bei dieser Gelegenheit so unglücklich, dass er einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels (oberhalb des Fußes) davontrug.“¹⁶⁹

Der junge Bruder wurde nach Hannover in die Unfallklinik transportiert, wo er einen Tag später an einer Fettembolie verstarb.

Psychiatrische Betreuung

Vor dem Hintergrund einer Zunahme von vermeintlich „psychopathischen“ Kindern und Jugendlichen griffen Heime, auch in Niedersachsen, bereits in den 1950er Jahren verstärkt auf psychiatrische Diagnostik und Therapeutik zurück und stellten entsprechende Fachkräfte ein. So beschäftigte etwa das Frauenheim Himmelsthür vor Hildesheim seit 1951 eine Psychiaterin, die die „schwererziehbaren“ Mädchen und jungen Frauen psychotherapeutisch behandelte.¹⁷⁰

165 M., Bericht über die Vorkommnisse mit dem Jugendlichen K.-H. B., 25.6.1969, AStH, 794.

166 Protokoll über eine Misshandlung eines Jugendlichen des Backhausenhofs durch seine Kameraden, 29.10.1973, AStH, 762. Das Protokoll findet sich als Dok. 135 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 384f.

167 W. K. (Vater von J. K.) an den Regierungspräsidenten in Lüneburg, o.D., AStH, 762.

168 Landesjugendamt Hannover, Bericht über die Besichtigung des Lehrlingsheimes und des Knabenhofes, 30.6.1969, in: Ordner „FV-J Stephansstift bis 1990“, Archiv Diakonisches Werk der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers e.V. Die Spatzen waren diejenigen Jugendlichen, die als vertrauenswürdig galten und – als Vergünstigung – zumeist in Einzelzimmern unter dem Dach des Lehrlingsheimes wohnten und damit der unmittelbaren Kontrolle der Erzieher entzogen waren.

169 Wolf an Bruder Lilje, 19.3.1960, AStH, 1117.

170 Hans-Georg Isermeyer, Vorsteher Himmelsthür, an Dr. Ferdinand Carspecken, Fürsorgeerziehungsbehörde Oldenburg, 19.1.1951, Archiv Diakonie Himmelsthür, 1592. Das Schreiben ist als Dok. 65 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 242f.

Im Stephansstift trat man ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre dem Gedanken näher, einen Psychiater hauptamtlich zu beschäftigen. Ein entsprechender Beschluss des Vorstands erging am 12. April 1967, nachdem Janssen eindringlich über die „unzureichende“¹⁷¹ psychiatrische Betreuung der Jungen und Jugendlichen im Stephansstift berichtet hatte. Als zukünftigen hauptamtlichen Mitarbeiter wollte der Vorstand den Kinder- und Jugendpsychiater Dr. *Hans Heinze jun.* (1923–2012)¹⁷² gewinnen. Man lud ihn zu einer Vorstandssitzung am 1. Juni 1967 ein, wo er für das Protokoll zunächst seinen Werdegang schilderte:

„Nach dem humanistischen Abitur hat sich Herr Dr. Heinze zwei Jahre in Afrika aufgehalten. Es folgten Krieg und Gefangenschaft, dann das Studium der Medizin. Nach dem Studium blieb Herr Dr. Heinze an der Universität, um sich der wissenschaftlichen Laufbahn zuzuwenden. Er hat eine internistische Ausbildung durchlaufen und sodann umfangreiche Arbeiten in neurologischen und psychiatrischen Kliniken durchgeführt. Die wissenschaftliche Arbeit musste wegen personeller Schwierigkeiten (Tod des Vorgesetzten) abgebrochen werden.“¹⁷³

Seit Ende 1960 war Heinze im Auftrag des Niedersächsischen Landessozialministeriums als Oberarzt in der jugendpsychiatrischen Klinik in Wunstorf tätig: „Er betreut eine Reihe von Heimen und Einrichtungen, die sich der Arbeit an geistig behinderten Kindern zuwenden. Außerdem leistet Herr Dr. Heinze eine umfangreiche gerichtspsychiatrische Gutachtertätigkeit.“ Das Protokoll vermerkt weiter, dass sich Heinze „besonders“ für Psychopharmakologie interessierte und bis dato etwa „achtzehn eigene wissenschaftliche Arbeiten publiziert“¹⁷⁴ hatte.

Sodann legte der Bewerber seine Vorstellungen hinsichtlich einer psychiatrischen Betreuung der Bewohner des Stephansstifts dar. Dabei schwebte Heinze kein besonderer „psychiatrisch-klinischer Bereich“¹⁷⁵ innerhalb eines Anstaltshauses vor, sondern er wollte, dass sein Arbeitsschwerpunkt die „Beratungstätigkeit in Zusammenarbeit mit der Erziehungs-

171 Vorstandsprotokoll, 12.4.1967, AStH, 294.

172 Heinze jun. darf nicht mit seinem gleichnamigen Vater Dr. *Hans Heinze sen.* (1895–1983) verwechselt werden. Heinze sen. war aktiv an der nationalsozialistischen „Euthanasie“ beteiligt. Vgl. Maike Rotzoll u.a. (Hg.), Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer: Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart, Paderborn 2010. Heinze sen. arbeitete auch in der Klinik Wunsdorf, und zwar von 1954 bis Oktober 1960.

173 Vorstandsprotokoll, 1.6.1967, AStH, 294. Danach auch das folgende Zitat.

174 Bei diesen Studien handelte es sich um Versuchsreihen mit Encephabol (Wirkstoff: Pyriothioxin, Firma Merck), die u.a. an geistig behinderten Kindern der Rotenburger Anstalten der Inneren Mission durchgeführt wurden. Das Mittel, das den Gehirnstoffwechsel anregen soll, wurde den Kindern ohne Einverständnis der Eltern oder sonstigen Sorgeberechtigten verabreicht. Therapeutische Erfolge blieben aus. Vgl. hierzu ausführlich: Sylvia Wagner, Arzneimittel und Psychochirurgie. Der Einsatz von Medikamenten zur Sedierung, Arzneimittelstudien und Stereotaxie in den Rotenburger Anstalten 1950–1980, in: Karsten Wilke / Hans-Walter Schmuhl / Sylvia Wagner / Ulrike Winkler, Hinter dem Grünen Tor. Die Rotenburger Anstalten der Inneren Mission, 1945–1975, Bielefeld 3. Aufl. 2019, S. 305–365, bes. S. 321–325.

175 Vorstandsprotokoll, 1.6.1967, AStH, 294. Danach auch die folgenden Zitate.

leitung und der Psychologin“ sein sollte. „Alle Neuaufnahmen in den Erziehungsheimen sollen einer ambulanten psychiatrischen Untersuchung zugeführt werden mit der Zielsetzung, gemeinsam mit einem psychologischen Befund eine umfassende und detaillierte Grundlage für die Erziehungsarbeit und evtl. nötige Therapie zu erarbeiten.“ Aus seinen wissenschaftlichen und persönlichen Ambitionen machte der 44-Jährige kein Hehl. Zwar bekleide er aktuell eine beamtenrechtlich gesicherte Position in Wunstorf, allerdings fühle er „sich in seiner jetzigen Position durch seine Vorgesetzte eingeengt“ und strebe daher eine „selbstständige, mit einer Lehrtätigkeit verbundene Arbeit“ an. Er, Heinze, suche „keine Durchgangsstation, sondern eine große Aufgabe.“ Der Vorstand zeigte sich von Heinze angetan und beschloss, ihn zum 1. April 1968 als hauptamtlichen Kinder- und Jugendpsychiater einzustellen, obwohl nicht nur hohe Personalkosten, sondern auch „eine Reihe zusätzlicher Aufwendungen“, u.a. für einen Elektroenzephalograph, auf das Stephansstift zukommen würden.

Heinzes Anstellung zog sich indes hin. Dies lag an verschiedenen Zugeständnissen, die Heinze forderte und zu deren Gewährung sich der Vorstand nicht sofort durchzuringen vermochte.¹⁷⁶ Nachdem der Vorstand Heinze entgegengekommen war, zeigte sich Janssen trotzdem noch skeptisch und wies darauf hin, „dass unter diesen Umständen das Kommen des Herrn Dr. Heinze zweifelhaft ist. Die Gewinnung eines Jugendpsychiaters sei aber sachlich *um jeden Preis* geboten.“¹⁷⁷ Janssen betonte, dass der AFET schon 1953 die Einstellung eines Jugendpsychiaters gefordert habe, im Übrigen sei „die gleiche Forderung [...] bereits vor Jahrzehnten von Pastor Backhausen erhoben worden.“¹⁷⁸ Zudem sprächen gewichtige Gründe für die Beschäftigung eines Jugendpsychiaters. *Erstens* sei die Diagnose der „Verwahrlosungszustände“ „oft höchst kompliziert“, da auch „Hirnschädigungen oder sonstige Organminderwertigkeiten“ vorlägen. *Zweitens* habe die Jugendpsychiatrie „heilpädagogische Methoden entwickelt, die auch dem hirngeschädigten jungen Menschen gerecht zu werden suchen.“ *Drittens* sei die Jugendpsychiatrie „besonders in der Ausbildung der künftigen Erzieher ein wichtiges Feld.“ *Viertens* wäre ein Jugendpsychiater in der Lage, festzustellen, ob bei Neuzugängen eine „medizinische Unerziehbarkeit“ vorliege. „Das kann eine wesentliche Entlastung der Heime von unerfüllbaren Aufgaben und ständiger Überforderung zur Folge haben.“ *Fünftens* schließlich würden alle diese Aufgaben „z. Zt. nur unzulänglich oder gar nicht erfüllt.“ Nicht zuletzt gehe es auch um die Zukunft des Stephansstifts. Dieses müsse „seine Erziehungsarbeit nach den heutigen Methoden und Anforderungen erfüllen.“ Wie von Janssen befürchtet, lehnte Heinze das ihm unterbreitete Angebot ab. Mit Frau *Lipp* wurde schließlich erstmals eine Psychologin hauptamtlich eingestellt.¹⁷⁹

176 Da es sich hier um die Privatangelegenheiten Heinzes handelte, die zudem für den Fortgang der Geschichte nicht weiter relevant waren, wurden sie ausgelassen.

177 Vorstandsprotokoll, 23.10.1968, AStH, 294. Hervorhebung durch die Vf.

178 Anlage zu TOP 8 der Vorstandssitzung, 23.10.1968, AStH, 259. Danach auch die folgenden Zitate.

179 Pastor Janssen stellte Frau Lipp ohne Rücksprache mit seinem Vorstand ein. Dem Vorsteher sei es darum gegangen, möglichst schnell und unbürokratisch eine Fachkraft fest an das Stephansstift zu binden. Freundliche Mitteilung von Bruder Heinrich-Wilhelm Cohrs an Ulrike Winkler, 4.4.2019.

Altenarbeit

Nicht nur die Wohnbedingungen der Jungen und Jugendlichen wurden verbessert, auch das „Neue Altenheim“ wurde 1962 „gründlich renoviert“.¹⁸⁰ „Durch Umstellung auf Ölheizung und durch Anbau von Veranden auf den Stationen 4 und 5 konnten wir wesentliche Verbesserungen erreichen.“¹⁸¹ Dr. *Lange jun.*, der die Jungen im Knabenhof und im Lehrlingsheim sowie die Menschen in den Altenheimen betreute, konzedierte bei seinen Krankenbesuchen eine Steigerung der Wohnqualität, war aber nicht wirklich zufrieden. So plädierte er für „die Verlegung von fließendem Wasser auf alle Zimmer der Altersheime, insbesondere der Pflegestation und der Arztzimmer.“¹⁸² Zudem schlug der Mediziner den Bau einer modernen, mit Warmwasser betriebenen Heizungsanlage und den Ausbau des Dachgeschosses vor. Die von Lange angeregten Sanierungen und Modernisierungen wurden zwar einhellig vom Vorstand begrüßt, eine Umsetzung könne jedoch erst in Angriff genommen werden, „wenn es möglich ist, die Patienten auf mehrere Monate in anderen geeigneten Räumlichkeiten unterzubringen.“ Kurzzeitig wurde 1963 über den Bau von Pflege- und Wohnheimbauten mit rund 180 Plätzen, direkt neben der Wichernschule,¹⁸³ diskutiert. Als ein mögliches Ausweichquartier brachte Janssen das Brüderhaus nach dessen Fertigstellung ins Gespräch. Die Pläne wurden zunächst aber auf Eis gelegt.

Man versuchte deshalb, die Altenheime einigermaßen professionell weiterzuführen. Angesichts „erheblicher Personalsorgen“¹⁸⁴ schien dies fast nicht möglich. Zu Recht hatte Lange darauf hingewiesen, dass durch die Hochaltrigkeit und damit höhere Pflegebedürftigkeit „die pflegerische Inanspruchnahme des Personals außerordentlich gewachsen“¹⁸⁵ sei.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Ludolf Wilhelm Fricke die Altenheime des Stephansstifts einst als Pflegeheime gedacht hatte, was sich nicht zuletzt in ihren Bezeichnungen niederschlug. Noch 1964 hießen die beiden Altenheime „Altes Siechenhaus“ und „Neues Siechenhaus“.¹⁸⁶ Lange Zeit war es üblich gewesen, „dass in gewissem Umfange die alten Herren bereit sind, für sich selbst *und* für ihre Mitpatienten zu sorgen.“¹⁸⁷ Wie aber sollten betagte und schwache Menschen diejenigen pflegen, denen es noch schlechter ging? Das Konzept der tätigen Mithilfe hatte sich ohne Zweifel überlebt, vor allem wenn man bedenkt, dass 1964 fünfzig Betten für „Sieche“ zur Verfügung standen. Das war etwa ein Viertel aller Plätze. Einer dringend notwendigen und spürbaren Erhöhung des Personalstandes stand das Stephansstift hingegen ablehnend gegenüber. Die hohen Personalkos-

180 Bote, Neue Folge 4, August 1963, S. 1.

181 Jahresbericht 1963, S. 6. Danach auch die folgenden Zitate.

182 Vorstandsprotokoll, 19.4.1963, AStH, 291. Danach auch das folgende Zitat.

183 Jahresbericht 1963, S. 6.

184 Jahresbericht 1966, S. 8.

185 Vorstandsprotokoll, 19.4.1963, AStH, 291.

186 Jahresbericht 1964, S. 5. Danach auch die folgenden Zitate.

187 Hervorhebung im Original.

ten verböten dies. Man bleibe „also immer in einer gewissen Klemme“, setzte aber auf den „Einsatzwillen“ der vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit anderen Worten: Man setzte auf deren Mehrarbeit.

Hinzu kam, dass die Krankenhäuser die alten Menschen zum Sterben in die Heime entließen und die Beschäftigten tagtäglich mit Krankheit, Siechtum und Tod konfrontiert wurden. Bindungen zu den Bewohnerinnen und Bewohnern aufzubauen, schien daher perspektivlos. Der Leiter der Altenheime, Bruder Holtz, sah seine Häuser in gewisser Weise sogar von den Kliniken missbraucht:

„Immerhin können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, dass hier ein kleiner, geheimer Prestigekrieg im Gange ist. Krankenhäuser weisen mit Stolz darauf hin, dass die Mortalität hier nicht über 2 % herauskomme. Die Statistik sagt aber nichts darüber aus, wie viel Todgeweihte noch ‚rechtzeitig‘ – für die Statistik nämlich – in einem Pflegeheim untergebracht werden. Es muss einen Hausvater betrüben, wenn er von Zeit zu Zeit immer wieder einmal hören muss: kommt ein kranker Alter ins Stephansstift, dann ist das das Ende.“¹⁸⁸

Bruder Holtz legte übrigens großen Wert auf die seelsorgliche Begleitung der hilflosen Bewohner und Bewohnerinnen, insbesondere jener, die im Sterben lagen. Seine Häuser standen den katholischen Patres vom nahe gelegenen Antoniuskloster deshalb auch jederzeit offen. Es habe, berichtete der Hausvater, „noch keine konfessionellen Missklänge zwischen den großen Kirchen im Hause gegeben.“ Jeglichem „sektiererischen Bekehrungseifer“ müsse aber strenger Einhalt geboten werden, stellte Holtz klar: „Der alte Mensch will und soll in seinem Glauben zur Ruhe kommen.“ Nun wurden die Menschen nicht nur älter, sondern auch kränker und pflegebedürftiger. Hinzu kamen psychiatrische Erkrankungen, was das Stephansstift mit wachsender Sorge beobachtete. Wie sollte man denjenigen Bewohnerinnen und Bewohnern gerecht werden, die unter „Sinnestäuschungen“,¹⁸⁹ einem schwindenden „Nahgedächtnis“ und „Zwangs- und Wahnvorstellungen“ („Ich werde vergiftet“) litten? Wie nötig ein weiterer Ausbau der Altenheime war, zeigt ein Blick in die psychiatrischen Anstalten der 1960er Jahre in der Bundesrepublik, wo „80 % der Pfleglinge alte Menschen“¹⁹⁰ waren, die „ihren eigenen Tod“ überlebt hatten, will sagen: sie waren „zumeist hoffnungslos der Verwirrung verfallen.“

Zwar waren die Altenheime – nicht nur jene des Stephansstifts – die letzte Wohnstation im Leben der alten Menschen, gleichwohl ging es darum, auch diese Phase des Lebens aktiv zu gestalten. Folgerichtig intensivierte man den Kontakt der anstaltseigenen Altenheime mit der „Außenwelt“, wobei diese wohl – angesichts des Alters und Pflegebedürftigkeit der Bewohner – mehrheitlich *in* die Heime kam. Jedoch trug man auch dafür Sorge, dass sich

188 Bote, Neue Folge 4, August 1963, S. 6. Danach, S. 7, auch die folgenden Zitate.

189 Ebd., S. 6. Danach auch die folgenden Zitate.

190 Bote, Neue Folge 13, September 1966, S. 21. Danach auch die folgenden Zitate.

die Greise einigermaßen umsichtig im öffentlichen Raum bewegen konnten. So hatte man „in erheblichem Maße [...] die Verkehrsschulung der alten Menschen [...] gefördert.“¹⁹¹

Unterdessen nahm die Personalnot zu. Im April 1968 brachen sich offenbar schon länger schwelende Probleme Bahn. Man warf dem alt gedienten Hausvater Holtz vor, dass ihm „der Anschluss an die moderne Entwicklung nicht gelungen“¹⁹² sei. Beschwerzt hatte sich zum einen das Brüderhaus, das eine „ordnungsgemäße Ausbildung der Diakonenschüler dort nicht mehr für gewährleistet“¹⁹³ hielt. Zum anderen hatte es „erhebliche Schwierigkeiten [...] in der Zusammenarbeit des Hausvaters mit dem Personal des Hauses, besonders mit den leitenden Mitarbeitern“ gegeben. Nach einer gütlichen Einigung gab Holtz die Leitung der Altenheime zum 1. Oktober 1968 ab und arbeitete fürderhin als Familienpfleger in der Stadtmission. Sein Nachfolger wurde *Uwe Friedrichsen* (* 1930).¹⁹⁴

Aber auch im Umgang mit der Bewohnerschaft lag Einiges im Argen. So bedeutete der Verlust des Ehepartners für gemeinsam im Heim untergebrachte Paare die zwangsweise Einquartierung mit einer anderen alleinstehenden Person. Nachdem es Beschwerden gegeben hatte, reagierte der Vorstand und zeigte

„Verständnis für die Schwierigkeiten, die im Altersheim Stephansruh dadurch entstehen, dass nach der bisherigen Regelung in Doppelzimmern zwei Frauen untergebracht werden müssen, wenn ein männlicher Ehepartner verstorben ist. Der Vorstand spricht sich dafür aus, dass in schwierigen Fällen Hilfe angeboten wird, indem auch Doppelzimmer an einzelne Frauen abgegeben werden können.“¹⁹⁵

Allerdings dürften sich hieraus „für die Stiftung keine finanziellen Nachteile“ ergeben.

1968 mahnte Janssen ein „entschlossenes Handeln“¹⁹⁶ und einen „kühnen Entschluss“ an, um die „Erneuerung der Arbeit, die seit 1957 im Gange ist, zu Ende zu führen.“ Folgende Überlegungen legte Janssen seinem Vorstand vor. *Erstens* betonte der Vorsteher den Wert und den Nutzen der bisherigen Modernisierung: „Sie ist eine lohnende Unternehmung, weil die Zimmergrößen ausnahmslos über denen liegen, die heute im Altenheim den Bewohnern angeboten werden. Die Räume sind groß, wohnlich und besser als die moderner Neubauten.“ *Zweitens* stellte er fest, dass das kurzzeitig als Alternative ins Gespräch gebrachte Haus „Stephansruh“ in Altenau zumindest problematisch sei. Das Gebäude weise „eine große Anzahl von Konstruktionsfehlern auf, die die Bewirtschaftung erschweren. Dagegen wäre es möglich, durch einen Umbau ein sehr ansprechendes Pflegeheim daraus

191 Jahresbericht 1968, S. 13.

192 Vorstandsprotokoll, 22.1.1968, AStH, 294.

193 Vorstandsprotokoll, 24.6.1968, AStH, 294. Danach auch das folgende Zitat.

194 o.V., Anlagen zum Schreiben vom 26.4.1969, AStH, 295. Die Vakanz der Stelle sollte bis zum 1. April 1969 dauern.

195 Vorstandsprotokoll, 18.12.1968, AStH, 294. Danach auch das folgende Zitat.

196 Janssen, Bericht des Vorstehers, o.D. [Vorstandssitzung, 23.10.1968], AStH, 295. Danach auch die folgenden Zitate.

zu machen.“ Wie an anderer Stelle ausgeführt, sollte man sich 1969 von dem Haus trennen. *Drittens* schließlich unterbreitete Janssen seine Ideen für eine zukunftsfeste Altenhilfe des Stephansstifts: „Freilich setzt dies den Neubau eines Altenheimes voraus, das etwa 100 zusätzliche Plätze bietet. Dann wären insgesamt 300 Plätze vorhanden, von denen 1/3 Pflegeplätze wären.“ Janssen hatte sich kundig gemacht und bei verschiedentlichen Begehungen die folgenden Punkte als wesentlich erkannt: So müssten die Räume groß genug sein, und zwar zwischen 16 und 18 qm. Ehepaaren müssten zwei Räume zur Verfügung stehen. Jeder Wohnraum habe mit einer „Sanitärzone“ ausgestattet zu sein. Zudem müsse man den Bewohnern und Bewohnerinnen ein „Gemeinschaftsraumprogramm“ geboten werden. Janssen dachte hier u.a. an eine Bibliothek, einen Klubraum, eine Kantine, verschiedene Tagesräume und Beschäftigungstherapie Räume. Um der Personalnot zu begegnen, müsse ein angemessenes Wohnungsprogramm aufgelegt werden. Nicht zuletzt seien „Pflege und Hausreinigung [...] besser als bisher zu sondern“, womit die zusätzliche Belastung des Pflegepersonals mit hauswirtschaftlichen Tätigkeiten offenbar wurde. In der Folge trat der Vorstand einem Altenheimneubau wieder näher. Als Standort dachte man an das Dreieck zwischen Stephansruh, Eilenriede und der Kirchröder Straße.

Bald darauf aufgenommene Verhandlungen mit verschiedenen Geldgebern zeigten, dass das Vorhaben zu finanzieren sein würde. Mehr noch: Man ging davon aus, dass sich in absehbarer Zeit die Stadt Hannover „um die Bezuschussung von Altersheimneubauten sogar sehr bemühen wird.“¹⁹⁷ Schatzmeister Brandes äußerte hingegen Bedenken, er fürchtete eine Überforderung der „Kräfte“ des Stephansstifts. Man einigte sich, bei Trägern, die in der letzten Zeit entsprechende Bauten errichtet hatten, Erkundigungen einzuholen, namentlich beim „Birkenhof“. Ganz entschieden wandte sich Brandes gegen weitere Sanierungsarbeiten,¹⁹⁸ obgleich man ein Limit von 30.000 DM einzuhalten gedachte. Wirtschaftsleiter Heppel hingegen sprach sich für eine Sanierung aus, weil „in der Arbeit der Altersfürsorge des Stephansstifts das Männeraltersheim unentbehrlich ist und mit den anderen Altersheimen konkurrenzfähig sein muss.“ Ende Juni 1969 erging ein Beschluss zur Anschaffung neuer Betten und Nachttische für die Pflegestation sowie für arbeitssparende Fußbodenreinigungsmaschinen, deren Gesamtkosten sich auf 50.000 DM beliefen.¹⁹⁹ Im selben Monat lagen die Pläne der Architekten *Roßbach* und *Priesemann* für das neue Altenheim mit 100 Plätzen vor, das rund 4,5 Mio. DM kosten sollte. Angesichts der ebenfalls im Raum stehenden Generalplanung verließ den Vorstand ein wenig die Courage; er regte eine Rentabilitätsrechnung an. Immerhin gab es auch Anlass zur Gelassenheit. Zum ersten Mal seit vielen Jahren schrieb das Männeraltersheim 1969 schwarze Zahlen. Dieses Ergebnis verdankte sich dem neuen Heimleiterhepaar Gottfriedsen, das „Kosteneinsparungen insbesondere auf dem Personalsektor und beim Lebensmittelverbrauch“²⁰⁰ erreicht

197 Vorstandsprotokoll, 17.3.1969, AStH, 294. Danach auch die folgenden Zitate.

198 Vorstandsprotokoll, 30.4.1969, AStH, 294. Danach auch das folgende Zitat.

199 Vorstandsprotokoll, 26.6.1969, AStH, 294. Danach auch die folgenden Angaben.

200 Vorstandsprotokoll, 16.3.1970, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat.

hatte. Dagegen hatte sich die wirtschaftliche Situation im Altenheim Stephansruh weiter verschlechtert. Das Haus litt unter der „spürbaren Konkurrenz des Eilenriedenstiftes“, aber auch daran, dass eine Reihe von Doppelzimmern als Einzelzimmer und damit zu einem niedrigeren Preis hatte vergeben werden müssen.

Im Dienst für die „Veteranen der Landstraße“ – Die Herbergen zur Heimat

Die „Herbergen zur Heimat“ waren längst das kleinste Arbeitsfeld der Brüder. Die Hoffnung, dass dieses Angebot sich in Zeiten der Vollbeschäftigung überleben würde, trog indes. Nach wie vor war die „Zahl der Nichtsesshaften, die von Ort zu Ort ziehen oder innerhalb der Großstadt ihren Aufenthalt ständig wechseln, groß.“²⁰¹ 1966 gab es in der Bundesrepublik 156 Einrichtungen mit 10.213 Plätzen für Wohnungslose. In Niedersachsen (ohne Oldenburg) existierten 19 Herbergen zur Heimat mit rund 1.300 Plätzen, die sämtlich von Brüdern des Stephansstifts geleitet wurden.²⁰² Es handelte sich um die Herbergen in „Braunschweig, Bremerhaven-G., Celle, Einbeck, Hannover (Werkheim), Hildesheim, Lüneburg, Nienburg, Rotenburg, Schneverdingen, Soltau, Stade, Stadthagen (kommunal), Tostedt, Uelzen, Verden, Walsrode, Wilhelmshaven und Winsen (Luhe).“²⁰³ „Wir haben in diesen Herbergen im Tagesdurchschnitt 260 Passanten und 800 Dauergäste, von denen je die Hälfte als relativ erwerbsfähig oder als arbeitsunfähig gelten muss,“ berichtete Bruder *Georg Andrae*. „Wandergewerbetreibende, Schausteller, echte wandernde Handwerksgesellen“ kämen nur noch selten. Jedoch sei der Typ des „triebhaften Nichtsesshaften“, so der Bruder „immer noch häufig“. Es handele sich dabei um „passive, labile Naturen, zu jeder Unordnung, nicht aber zum Verbrechen geneigt.“

Den Hilfesuchenden sollten nicht nur eine Übernachtungsmöglichkeit, eine Gelegenheit zum Duschen und eine warme Mahlzeit zur Verfügung gestellt werden, sondern man wollte den Männern bei ihren vielfältigen Problemlagen helfen:

„Der Hausvater sucht eine Aussöhnung mit der verlassenen Ehefrau, ein Arrangement mit den Gläubigern (oft Jugendamt wegen Alimente), er sorgt für Legitimationspapiere, er versteht, den Gast allmählich wieder zu Sauberkeit und Manieren zu erziehen, er gibt ihm Arbeit; zunächst in der Herberge und ihrem Garten selbst oder in geeigneten Familien am Ort, denen er in Haus, Hof und Garten hilft, dann bei dem Hausvater bekannten kleinen Arbeitgebern, schließlich bringt er ihn in regelmäßige Lohnarbeit. [...] Der Hausvater verwaltet als freiwilliger Vormund den Lohn, damit er nicht gleich wieder vertrunken wird, und allmählich kommt der Wanderer wieder in die bürgerliche Ordnung hinein.“

201 Bote, Neue Folge 13, September 1966, S. 25.

202 Ebd., S. 24.

203 Ebd., S. 25. Danach auch die folgenden Zitate.

Das „letzte Stück der Rehabilitierung und der Erziehung zur Selbsthilfe“ sei, dass der „Nichtsesshafte“ aus der „Betreuung des Hausvaters“ herauskomme, aus der Herberge ausziehe und „in einer geeigneten Wohnung ein ordentliches Leben“ führe, umriss Andrae seine und die Ziele seiner Mitbrüder.

Dabei musste jeder Herbergsvater einen Spagat zwischen Hilfehandeln und Rentabilität bewältigen. Zwar hatten sich „seit Inkrafttreten des Sozialhilfegesetzes [...] die Verhältnisse gebessert“, räumte Andrae ein, gleichwohl mussten sich die wirtschaftlich selbstständigen Herbergen „im Laufenden selbst unterhalten.“ Da dies infolge der „schwankenden Zahl der Besucher“ – durchschnittlich kamen täglich zwischen ein und zehn Wanderer – kaum möglich war, hatten fast alle Herbergsväter „Altersabteilungen“ eingerichtet, „in denen die Veteranen der Landstraße untergebracht sind, aber auch andere alte Leute mit einfachen Lebensgewohnheiten.“

Die Häuser in Rotenburg, Soltau, Uelzen und Verden unterhielten sogar – getrennt von ihrem sonstigen Herbergsbetrieb – selbstständige allgemeine Altenheime. Hier wies Bruder Andrae auf die wachsende Belastung der Hauseltern hin, die alles selbst organisieren mussten und besonders unter dem „Papierkrieg“ litten. Dringend notwendig sei daher eine Entlastung, etwa in der Person eines Geschäftsführers, der sich um die finanziellen Belange, den Umgang mit den Behörden usw. kümmere. Allerdings wüsste er, so Andrae, bislang nur von einer Herberge, „bei der die Zusammenarbeit zwischen Vorsitzendem, Geschäftsführer und Hausvater ideal harmoniert.“ Daher plädiere er dafür, dass die Brüderhäuser, auch das Stephansstift, mehr Diakonenschüler in diese Arbeitsfelder entsenden sollten, „als es zur Zeit der Fall“ sei. In der Tat sprach der Bruder hier ein brennendes Problem an. Der Trend zu einer Akademisierung des Brüderberufes mit längerem theoretischen Unterricht verkürzte den Praxisteil, den Diakonenschüler meist in ihren zukünftigen Arbeitsfeldern verbrachten, etwa in den Gemeinden oder in der Erziehungsarbeit.

„Lass fallen Anker“²⁰⁴ – Im Dienst für die Seeleute

Die Beschränkungen für die deutsche Handelsflotte nach dem Zweiten Weltkrieg hatten zur Schließung aller Auslandsstationen der Deutschen Seemannsmission geführt. Weitere ihrer Seemannsheime, etwa in Bremerhaven, wurden durch Bombenangriffe zerstört und mussten ebenfalls ihre Arbeit aufgeben. Von dieser Entwicklung waren auch einige Stephansstiftsbrüder, die als Hausväter oder Seemannsmissionare arbeiteten, betroffen.²⁰⁵

Nach der sukzessiven Lockerung der Handelsbeschränkungen²⁰⁶ holte die deutsche Handelsflotte ihren Rückstand rasch auf, mehr noch, 1958 hatte sie mit rund 4,1 Mio.

204 So der Titel der Blätter der Deutschen Seemannsmission.

205 Wolff, Brüderrundbrief, 28.9. 1953, S. 7.

206 Hugo Heeckt / Heinz Stender, Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Volkswirtschaftliche und juristische Grundsatzfragen der Wiederaufbaufinanzierung, Kiel 1954, S. 5f. Nach dem Krieg war die von den Alliierten zugelassene Tonnage auf die Bedürfnisse des Küstenverkehrs beschränkt. Vgl. ebd.

BRT²⁰⁷ ihren Vorkriegsstand wieder erreicht. Über „40.000 deutsche Seeleute aller Dienstgrade, vom Kapitän, Schiffsoffizier und Schiffingenieur bis zu den Schiffsjungen und Leichtmatrosen“²⁰⁸ waren 1958 wieder im Dienst, wie die Deutsche Seemannsmission²⁰⁹ mitteilte. Dabei verwies die Organisation auf jene Gruppe, die der besonderen Fürsorge bedürfte: die Schiffsjungen. „Es wird damit gerechnet“, berichtete die Deutsche Seemannsmission, „dass im Schnitt etwa 3.600 Schiffsjungen jährlich erstmalig auf deutschen Schiffen anmustern, Schiffsjungen, die sich ganz überwiegend im Alter von fünfzehn bis sechzehn Jahren befinden.“ Aufgrund ihrer Jugend und ihres Herausgerissenseins aus ihren Familien und Kirchengemeinden seien sie einer „besonderen Gefährdung“ ausgesetzt. Persönlichen Halt fänden sie an Bord nicht, da die Reedereien Kapitäne und Schiffsoffiziere eingestellt hätten, „die zwar die erforderlichen nautischen Befähigungszeugnisse besitzen, denen aber die notwendige Reife zur Menschenführung an Bord“ fehle. Deshalb hätten sich auf manchen Schiffen „wenig erfreuliche Verhältnisse“ entwickelt. Bei ihren Landgängen sei die Schiffsjugend weiteren Gefahren ausgesetzt: „Dies gilt insbesondere für alle diejenigen Häfen, in denen der Seemann aus Sprach- und anderen Gründen zur einheimischen Bevölkerung kaum einen Kontakt findet, wie es beispielsweise in den Hafenplätzen des Nahen Ostens sei.“ Gefährdet seien aber nicht nur die Schiffsjungen, sondern auch die Matrosen, „die ja zumeist Anfang der 20er Jahre sind“, ebenso alle anderen Bordmitglieder.

Die Vertreter der Deutschen Seemannsmission fürchteten nicht nur die negativen Folgen von Kneipen- und Bordellbesuchen in „lasterhaften Hafenstädten“²¹⁰ – Wolff nannte Genua als abschreckendes Beispiel. Sie trugen auch Sorge, dass sich die Seeleute vom christlichen Glauben abwenden könnten, zumal immer öfter Seemannsheime eröffneten, die sich betont weltoffen gaben und – wie etwa in Antwerpen oder in den USA – „unter bewusster Ausschaltung jeder kirchlichen Arbeit“ Unterkunft, Verpflegung und Fürsorge anboten. Pastor Wolff, der neben seinen anderen Ehrenämtern auch jenes des Vorsitzenden der Deutschen lutherischen Seemannsmission bekleidete,²¹¹ sah hingegen noch eine größere Gefahr, nämlich jene des „Dialektischen Materialismus“. „Der dialektische Materialismus versucht es auf allerlei Weise, von den Menschen Besitz zu ergreifen, und er kommt dem Denken des *natürlichen* Menschen ja auch sehr entgegen“,²¹² räumte Wolff ein. Man

207 BRT = *Bruttoregistertonne*. Eine BRT umfasste hundert Kubik Fuß, das sind 2,83 Kubikmeter. Das Maß gilt als veraltet und wurde durch die dimensionslose *Bruttoraumzahl* (BRZ) ersetzt.

208 Deutsche Seemannsmission an Präses Wilm, Bielefeld, 2.10.1958, AStH, 1659. Danach auch die folgenden Zitate.

209 Es handelte sich bei der Deutschen Seemannsmission um einen Fachverband im Centralausschuss für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche.

210 Wolff an Schering, betr. Neubesetzung Genua, 31.8.1960, AStH, 1663. „Nur ein schon etwas gefestigter und solider älterer Diakon [...], der den Gefahren dieser lasterhaften Hafenstadt gewachsen ist“, dürfe dorthin entsandt werden.

211 Vgl. „Wir stellen vor: Pastor D. Johannes Wolff, Hannover“ in: Lass fallen Anker – Freundesbriefe der Deutschen Luth. Seemannsmission, 1. Folge, Februar 1959, S. 2f., überliefert in: AStH, 1659.

212 Wolff an Pastor Kieseritzky, 10.12.1960, AStH, 1663. Danach auch die folgenden Zitate. Kursivierung durch die Vf. Der „natürliche Mensch“ meint den in Sinnlichkeit und Sünde gefangenen „irdischen Men-

könne sogar, führte der Pastor weiter aus, von einer „neuen Form des Idealismus“ sprechen und mahnte zur ernsthaften Auseinandersetzung mit der von *Karl Marx* (1818–1883) und *Friedrich Engels* (1820–1895) begründeten philosophischen Weltanschauung des Historischen und Dialektischen Materialismus:

„Wir werden es als Kirche noch schwer haben, gegen diese neue Religion zu streiten und wir werden es als Vertreter der Kirche noch schwer haben, gegen diese neue Religion zu streiten, und wir werden uns zu diesem Ende vielleicht noch viel mehr darum bemühen müssen, die Grundgedanken des dialektischen Materialismus möglichst genau kennenzulernen, um den uns anvertrauten Menschen in der rechten Weise das Evangelium sagen zu können, welches uns anvertraut ist.“

Allerdings mussten sich die Hausväter in den Seemannsheimen weniger mit kommunistischen Umtrieben als vielmehr mit sinkenden Besucherzahlen auseinandersetzen. Ursächlich für diese Entwicklung waren die immer kürzeren Liegezeiten der Schiffe. Allerdings erwies sich manches Heim der Deutschen Seemannsmission auch als wenig attraktiv, wie zum Beispiel in Hamburg-Harburg. Dieses Haus wurde von den Seeleuten gemieden, wie der Vorstand der Deutschen Seemannsmission 1960 beklagte. Zum einen lag es für die Seemannschaften zu abgelegen: „Nach Harburg kommen aber nur Küstenschiffer, die dort fast ausschließlich beheimatet sind. Für die Tankerbesatzungen liegt das Heim viel zu weit weg.“²¹³ Zum anderen war das Haus nur unzulänglich und wenig behaglich eingerichtet, trotz aller Bemühungen der Hauseltern:

„Wohl ist ein Fernsehgerät vorhanden und ein Rundfunkgerät. Da beides aber fast in jeder Wirtschaft heute gefunden wird, kann ein Raum, dessen Stühle und Tische bestenfalls den Vergleich mit einer Kantine auf einer Baustelle aushalten, in keiner Weise auf Besucher ermunternd wirken. Ich sage hier nichts gegen die Sauberkeit und die rührende Betreuung durch das Ehepaar *Lubenow* [er ist Missionshelfer]. Beides verdient hohe Anerkennung des Vorstandes. [...] Trotzdem ist der Raum unbehaglich und langweilig.“

Bruder *Alfred Ladda* (1928–2003), der gemeinsam mit seiner Frau *Magdalena* (1933–2018) das Seemannsheim in Bremerhaven-Mitte in der Schifferstraße leitete, kämpfte ebenfalls mit rückläufigen Besucherzahlen, die nach und nach die Wirtschaftlichkeit des Hauses bedrohten. „Als ersten Grund für die geringer gewordene Küchenwirtschaft und deren Umsatz möchte ich die geringer gewordene Belegung unseres Seemannsheims und Schiffsjun-

.....
schen“ im Gegensatz zum Erlösten „geistlichen Menschen“, also jenem, der den Heiligen Geist empfangen hat.

213 Vorstand der Deutschen Seemannsmission an die Deutsche Seemannsmission Hannover, betr. Station in Harburg, 14.12.1960, AStH, 1664. Danach auch das folgende Zitat.

genheims angeben“,²¹⁴ teilte der Bruder Pastor Wolff im Dezember 1960 mit. „Oft hatte ich von 68 Betten dreißig und noch mehr Betten leer“, berichtete Ladda weiter, dessen Belegungszahlen in der Tat dramatisch gefallen waren. 1958 verzeichnete der Bruder noch eine Auslastungsquote von 88,8 Prozent, ein Jahr später lag diese bei nur noch 83,7 Prozent. 1960 war sie auf 77,6 Prozent gefallen. Über die Gründe war sich Ladda nicht ganz im Klaren. Er vermutete Nachwuchsmangel in der Schifffereibranche, aber auch die „Hochkonjunktur“, die viele Seemänner in die Industrie gezogen habe. Auch andere Seemannsheime kämpften mit sinkenden Besucherzahlen, berichtete Ladda weiter. Ein weiteres Problem war, dass viele Seeleute zwar im Seeheimsheim übernachteten, aber nicht mehr dort aßen: „Die Erfahrung hat es uns gezeigt, dass nur ein Drittel aller im Heim wohnenden Seeleute zum Essen kommen. Zur Zeit sind es durchschnittlich zwanzig Mittagsgäste.“ Ladda bedrückte die schwindende Rentabilität seines Seemannsheimes, für das er ja die wirtschaftliche Verantwortung trug. Er versuchte, andere Einnahmequellen zu erschließen, und nahm auch Seefahrtsschüler und „nebenher Nichtseeleute“ auf: „Die Marine und deren Arsenal haben stets Bautrupps von auswärts beschäftigt, die ein Unterkommen suchen. Fast das ganze Jahr hindurch habe ich zehn bis zwölf Mann bei mir wohnen, ohne dass ich in Platzschwierigkeiten gerate, wenn Seeleute um Aufnahme bitten.“ Allerdings nahmen diese Bewohner nicht an den Mahlzeiten teil, an denen Ladda wohl am meisten verdiente – die Bautrupps aßen in der Marinekantine. Die Seefahrtsschüler wiederum, die übrigens zu Sonderkonditionen im Seemannsheim wohnten,²¹⁵ konnten aufgrund ihrer Unterrichtszeiten nicht am Mittagessen teilnehmen. Ladda bemühte sich darum, ganze Schiffsbesatzungen in voller Verpflegung aufzunehmen. Dies gelang ihm jedoch nur zweimal. Eine Preiserhöhung kam für den Bruder nicht in Frage, da ja eine gewisse Gleichmäßigkeit in den Seemannsheimen herrschen müsse. Zum Schluss berichtete Alfred Ladda noch von einer Konkurrenz, der er – weder im Hinblick auf das Ambiente noch auf sein Speiseangebot und die räumliche Lage – etwas entgegensetzen konnte: „Daneben gibt es in unserer Stadt, z.B. bei Karstadt, recht billige Speisen und Gerichte.“ Überlegungen, seine Küche zu schließen, stand der Hausvater ablehnend gegenüber. Für ihn stelle sich in einem solchen Fall nämlich die Frage, „ob wir dann noch ein Heim wären.“ Schließlich ginge es ja auch um die „Leibssorge“ an den Seeleuten. Die Situation war verzwickelt, allerdings hätte es eine Lösung gegeben. Diese brachte Bruder Ladda zwar vor, nahm sie aber im gleichen Atemzug wieder zurück. Er käme zu einer günstigeren Abrechnung, wenn „wir nicht die Trennung von Seemannsheim und Schiffsjungenheim hätten und wir nicht von unseren Einnahmen den Seemannsmisionar besolden müssten.“ Er wisse aber, so Ladda, dass hier keine Änderung möglich sei.

Wolff setzte sich massiv für eine Bezuschussung des Bremerhavener Seemannsheimes ein²¹⁶ und führte beispielhaft eigene vergleichbare Nöte an. Im Knabenhof arbeite man mit

214 Bruder Alfred Ladda an Wolff, 9.12.1960, AStH, 1664. Danach auch die folgenden Zitate.

215 Sie zahlten nur sechzig statt 81,50 DM wie die „normalen“ Seeleute.

216 Vgl. Wolff an Bruder Alfred Ladda, 12.12.1960, AStH, 1664.

„vielen weiblichen Kräften“.²¹⁷ Und diese seien „immer sehr schnell bereit, sich selbst zu versorgen; es ist fast unmöglich, den dadurch entstehenden Stromverbrauch zu kontrollieren. Diesem Unwesen kann man nur steuern, wenn man im Heim selbst Gelegenheit schafft und gibt, Mahlzeiten aus der Küche des Heims zu empfangen.“ Außerdem, so Wolff weiter, böten außer Haus eingenommene Mahlzeiten „auch Gelegenheit zum übertriebenen Alkoholgenuß“. Das von Wolff beobachtete Phänomen des höheren Stromverbrauchs bei fehlender Verpflegung zeigte sich übrigens schon bald im Bremerhavener Seemannsheim. Nachdem man dort die Abendbrotverpflegung im November 1960 aus „Personalgründen“ eingestellt hatte, nahmen die Seeleute ihre Versorgung selbst in die Hand. „Die Stromrechnungen steigen. Das ist kein Wunder, denn nun kochen die Seeleute heimlich in den Kammern. Butter, Marmelade wird auf den Tischen gestrichen. Das Brot wird geschnitten. Sie können sich ausmalen, wie stark das Inventar leidet“,²¹⁸ klagte die Deutsche Seemannsmission in Hamburg-Altona.

Dass sich Wolff für Bremerhaven so stark gemacht hatte, mag daran liegen, dass dort sein Vorgänger, Pastor Paul Oehlkers, als erster Seemannspastor der 1896 gegründeten Seemannsmission gewirkt hatte.²¹⁹

Viele Seeleute waren offenbar aber gar nicht in der Lage, sich ein teures Essen zu leisten, wie eine Untersuchung der Deutsch-Lutherischen Seemannsmission 1958/59 im Seemannsheim Hamburg-Altona gezeigt hatte:

„Ganz gewiss ist die Entlohnung gut. Ein Mensch auf Reisen gibt aber mehr aus, als ein an seinen Wohnsitz Gebundener. Dass hier auch für den Seemann Schwierigkeiten entstehen, dafür eine Zahl: Im Seemannsheim Altona haben 1959 rund 15.000 Seeleute zu Mittag gegessen. 13.000 wählten als Mittagessen das Gericht der untersten Preisstufe, die im Durchschnitt bei DM 1,40 liegt.“²²⁰

Es sei ein „Gerücht“, dass der Seemann in Geld schwimme.

Die Hausväter der Seemannsheime boten neben einer preiswerten und sauberen Unterkunft sowie guten und ausreichenden Mahlzeiten natürlich auch eine seelsorgliche Begleitung an. Alfred Ladda berichtete rückblickend von dem breiten Spektrum seiner Arbeit als Seemanns-Diakon in Cuxhaven:

„Wir sind damals auf die Schiffe gegangen und haben mit den Seeleuten Kontakt aufgenommen. Wenn sie im Krankenhaus behandelt werden mussten oder nach irgendwelchen Vorfällen in den Knast mussten, haben wir sie dort besucht. [...] Das

217 Wolff an Dr. Wiese, Landeskirchenamt Hannover, 7.12.1960, AStH, 1663. Danach auch die folgenden Zitate.

218 Deutsche Seemannsmission Hamburg-Altona an die Deutsche Seemannsmission Hannover, 28.11.1960, AStH, 1663.

219 Vgl. <https://www.dsm-bremerhaven.de/index.php/historie.html> [letzter Aufruf: 8.3.2019].

220 Lutherische Seemannsmission, Jahresbericht für die Jahre 1958/1959, in Hannover erstattet am 15.3.1960, AStH, 1662. Danach auch das folgende Zitat.

klingt nicht sehr bedeutungsvoll. Aber man sollte diese ‚ersten Dienstleistungen‘ für die Seeleute nicht gering achten. Eine freundliche und einladende Atmosphäre und kleine, aber konkrete Hilfen – das wird durchaus geschätzt, bleibt in Erinnerung und wird mit Seemannsmission und Kirche verknüpft. [...] Als Seemanns-Diakon war ich oft tätig, wo einem Menschen Unrecht geschehen war, und ich bin dann mitgegangen bis zum Arbeitsgericht und zum Sozialgericht.“²²¹

Genauso nachgefragt war das Engagement der Seemanns-Diakone in anderen weltlichen Angelegenheiten. Manches Seemannsheim hatte in früheren Jahren eine Heuerstelle unterhalten, um insbesondere junge und unerfahrene Seeleute vor Seelenverkäufern zu bewahren. Nicht selten bewahrten die Hausväter die Heuer der Seemänner bis zu deren Wiederkehr auf. 1960 hatten Seeleute 626.000 DM „Seemannsgelder“²²² bei den Hausvätern hinterlegt.

Die Leitung eines Seemannsheims, das ständige Kommen und Gehen – Alfred Ladda berichtete 1960 von 1.729 Gästen pro Monat²²³ –, die täglich wechselnden Herausforderungen und die wirtschaftliche Verantwortung verlangten den Brüdern einiges ab. „Unsere Heime müssen Tag- und Nachtbetriebe sein“, forderte die Deutsch-Lutherische Seemannsmission und berichtete, dass der Leiter des Seemannsheims in Kiel-Holtenau „im Durchschnitt im Monat nur fünf Nächte hat, in denen er durchschlafen kann.“ Man sei sich darüber im Klaren, dass man „mehr und besser besoldete Mitarbeiter“ haben müsste. Selbst von den freien Mitarbeitern würde ein Einsatz erwartet, der „ein Zeichen echter diakonischer Haltung“ sei.

Manch ein Seemanns-Diakon hatte sich im Dienst erschöpft und konnte sich nicht mehr gut auf neue Herausforderungen einstellen. Seit April 1947 leitete Bruder *Friedrich Puppe* (1902–1995) gemeinsam mit seiner Frau *Frieda* (1901–1967) das 1909 gegründete Seemannsheim in der Deichstraße in Cuxhaven.²²⁴ Einerseits galt Puppe als „hervorragend tüchtiger Wirtschaftler“,²²⁵ der mit „seinem ungeheuren Fleiß und seiner Tüchtigkeit“ das Seemannsheim effizient und rentabel führte. An dem Erfolg, „allein mit dem Mittagstisch jährlich ca. 15.000 DM Überschuss“²²⁶ zu erwirtschaften, hatte seine Frau übrigens einen

221 Alfred Ladda / Hans-Jürgen Lange / Ulrich Meyer / Kurt Jürgen Schmidt / Arbeitskreis Diakonische Theologie (Hg.), Diakonisches Erzähl- und Lesebuch für die Mitglieder der Diakoniegemeinschaft Stephansstift, Hannover 2000, S. 47f.

222 Lutherische Seemannsmission, Jahresbericht für die Jahre 1958/59, in Hannover erstattet am 15.3.1960, AStH, 1662. Danach, wenn nicht anders angegeben, auch die folgenden Zitate.

223 Bruder Alfred Ladda an Wolff, 9.12.1960, AStH, 1664.

224 Die Gründung des Cuxhavener Seemannsheims ging auf den Direktor des Seefischmarktes Cuxhaven, *Friedrich Duge* (1856–1927), zurück. Das erste Seemannsheim war das frühere „Hafen Hotel“ in der Woltmannstraße, 1921 erwarb die Seemannsmission Cuxhaven das ehemalige Hotel „Kaiserhof“ mit 52 Betten. Vgl. <http://www.seemannsmission-cuxhaven.de/index.php?nav=geschichte&si=geschichte&lang=> [letzter Aufruf: 7.3.2019].

225 Unklarer Verfasser an Pastor Schmidt, Amt für Gemeindedienst, Hamburg, 25.1.1961, AStH, 1664. Danach auch das folgende Zitat. Auch Wolff war voll des Lobes. Puppe habe „Cuxhaven richtig in ‚Schwung gebracht““. Wolff an Pastor Schmidt, Landeskirchenamt, Hamburg, 1.2.1961, AStH, 1664.

226 Pastor F. Wapenhensch an Wolff, 14.1.1961, AStH, 1664.

erheblichen Anteil. Andererseits galten des Bruders Lebensauffassungen als „sehr eng“.²²⁷ Auch sei er „zeitgemäßen Auffassungen“ gegenüber nicht sehr aufgeschlossen. Als ihm 1961 ein junger Bruder aus dem Rauhen Haus zur Seite gestellt wurde – Pläne, einen Mitbruder aus dem Stephansstift zu entsenden, hatten sich zuvor zerschlagen – trafen zwei völlig unterschiedliche Auffassungen über die rechte Betreuung von Seeleuten aufeinander. Seemannspastor *F. Wapenhensch*,²²⁸ der auf eine langjährige Zusammenarbeit mit Bruder Puppe blickte, brachte die Problematik – junger Bruder und alter Bruder, die zwei verschiedenen Brüderhäusern angehörten²²⁹ – gegenüber Wolff pointiert zur Sprache:

„Es soll Bruder *Hansen* werden, den ich etwas kenne. Aus welchem Brüderhaus er kommt, weiß ich nicht. Er ist längere Zeit in Hamburg in der Seemannsmission tätig. Ich will ihn keineswegs schlecht machen. Aber zwei Pferde, die man zusammenspannt, müssen einigermaßen zusammen passen, und eben das kann ich mir von dem Gespann Puppe-Hansen nicht vorstellen. Bruder Hansen, verheiratet, ist neue Schule, naiv-forsch, sehr der Welt und ihren Freuden zugewandt, alles nicht schlimm und nicht schlecht. Aber eine bedächtige Personalpolitik hätte darauf achten müssen, dass hier ein Hausvater ist, der, natürlich mit einigen menschlichen Schwächen und Engigkeiten unverrückbar fest geprägt ist und als Hausvater seine Verdienste hat, die ihm erst ein anderer nachmachen soll.“²³⁰

Zwangsläufig würde es, zeigte sich Wapenhensch überzeugt, zwischen den beiden Diakonen zu Konflikten kommen. Hansen veranstalte „gerne Tanzabende“, an denen auch Alkohol ausgeschenkt würde:²³¹ „Offen gesagt, das hätte ich hier auch gern getan. Darüber möge man denken, wie man wolle. Bruder Puppe wäre das bei seiner Einstellung ein Ärgernis gewesen, das ihm schwer zu schaffen gemacht und ihn auch beleidigt hätte, wenn ich es versucht hätte, [diese] gegen ihn zu erzwingen.“ Pläne der Deutschen Seemannsmission, Puppe an eine andere Stelle zu versetzen, lehnte Wapenhensch strikt ab, im Gegenteil: „Bruder Puppe muss der Rücken gestärkt werden.“ Auch Wolff lehnte eine Versetzung Puppes – mit Blick auf dessen Alter und vor allem auf dessen Verdienste – ab. Ob und wie die beiden Diakone sich letztlich arrangierten, geht aus den Quellen nicht hervor.²³²

227 Unklarer Verfasser an Pastor Schmidt, Amt für Gemeindedienst, Hamburg, 25.1.1961, AStH, 1664. Danach auch die folgenden Zitate.

228 Wapenhensch war von 1950 bis 1961 als Seemannspastor in Cuxhaven tätig.

229 Vgl. hierzu u.a. Wolff an Pastor Kieseritzky, 1.2.1961, AStH, 1664. Danach auch die folgenden Zitate.

230 Pastor F. Wapenhensch an Wolff, 14.1.1961, AStH, 1664.

231 Bruder Puppes Veranstaltungen für Seeleute wurden strikt alkoholfrei durchgeführt.

232 Am 31. März 1973 wurde das Seemannsheim in Cuxhaven aus Kostengründen geschlossen. Am 9. März 1978 wurde im Grünen Weg 25 ein neues Seemannsheim eröffnet. Vgl. <http://www.seemannsmission-cuxhaven.de/index.php?nav=geschichte&si=geschichte&lang=> [letzter Aufruf: 7.3.2019]. Vgl. hierzu auch: Protokoll über die Mitgliederversammlung der Deutschen Seemannsmission Hannover e.V., 7.8.1974, AStH, 2143.

Dass in Cuxhaven ein Diakon aus einem Hamburger Brüderhaus zum Zuge kam, lag übrigens daran, dass Cuxhaven zwar zum Hamburgischen Kirchengebiet, die Seemannsmission Cuxhaven aber aus historischen Gründen zu Hannover gehörte. Allerdings räumte Wolff ein, dass das Stephansstift gar nicht in der Lage gewesen wäre, Bruder Puppe einen „tüchtigen jüngeren Bruder“²³³ an die Seite zu stellen, weil man sich in den letzten zehn Jahren vordringlich darum gekümmert habe, „geeignete junge Diakone für die Jugendarbeit in den Gemeinden der Hannoverschen Landeskirche bereitzustellen.“ Diese Entwicklung nagte an Pastor Wolff, der sich mit seinem Nachfolger Janssen darauf verständigt hatte, dass „das Brüderhaus des Stephansstifts sich jetzt wieder mehr als in den letzten zehn Jahren darum bemühen müsse, geeignete Leute für die Arbeit der Seemannsmission auszubilden und hernach auch auszusenden.“²³⁴

Tatsächlich entwickelte sich der Dienst der Brüder des Stephansstifts an den Seeleuten auch weiterhin sehr zurückhaltend. 1966 arbeiteten Diakone des Stephansstifts in London, in South Shields, in Rotterdam und in Genua.²³⁵ Zudem dienten sie in verschiedenen deutschen Seemannsheimen Norddeutschlands:

„Die sechs Verbände (Schleswig-Holstein, Lübeck, Hamburg, Bremen, Hannover, Oldenburg) haben in zwölf Häfen an der deutschen Küste dreizehn Stationen mit elf Seemannsheimen und drei Seemannsfrauenheimen.²³⁶ [...] Auf diesen Stationen arbeiten neben vier hauptamtlichen und drei nebenamtlichen Pastoren etwa zwanzig Diakone und einige Praktikanten. Von diesen Diakonen stammen sieben aus dem Stephansstift. Außerdem stehen immer noch zwei bis drei Praktikanten aus dem Stephansstift in der Arbeit. Aber auch die Frauen der Diakone dürfen nicht vergessen werden, denn sie arbeiten meist genau so mit wie ihre Männer“²³⁷

berichtete Wolff im Herbst 1966.

Indes rissen die Sorgen und Probleme nicht ab. 1970 stand Bruder *Wolfgang Wolckenhaar* (1927–1991) im Seemannsheim in London im Dienst.²³⁸ Dort war das Beziehungsgeflecht nicht unproblematisch, war doch der Seemannspastor Dienstvorgesetzter Bruder Wolckenhaars, der wiederum als Kirchenvorsteher Vorgesetzter des Seemannspastors war. Im Seemannsheim Bremerhaven-Mitte, das auch 1977 noch unter der Leitung Bruder Lad-

233 Wolff an Oberlandeskirchenrat Dr. Wiese, Landeskirchenamt Hannover, 1.2.1961, AStH, 1664. Danach auch das folgende Zitat.

234 Wolff an Bruder Haarmann, 28.1.1961, AStH, 1664.

235 Bote, Neue Folge 13, September 1966, S. 24.

236 Die Seemannsfrauenheime dienten den Ehefrauen und ihren Kindern als sicherer und nicht zuletzt gut beleumundeter Aufenthaltsort, um auf ihren Mann und Vater zu warten. Da die Männer meist nur kurz an Land waren und nicht immer Zeit war, um zu ihren Familien zu fahren, waren die Seemannsfrauenheime ein wichtiges Angebot.

237 Bote, Neue Folge 13, September 1966, S. 22.

238 Unklarer Verfasser, Bericht über den Besuch im Seemannsheim London bei Bruder Wolckenhaar, 13.2.1970, AStH, 1145. Danach auch die folgende Angabe.

das stand, war die Belegung bei 57 Betten auf 70,4 Prozent gesunken.²³⁹ Die meisten Gäste, nämlich 56,5 Prozent, waren ausländische Seeleute. Nach wie vor bewahrte Bruder Ladda das Geld der Seemänner auf, 1977 waren dies rund 124.000 DM.²⁴⁰

Im April 1979 setzte sich die Mitgliederversammlung der Deutschen Seemannsmission Hannover mit der Frage auseinander, wie die „Arbeit in der Seemannsmission diakonisch/missionarisch“²⁴¹ gestaltet werden könne. Da viele Seeleute unter „Kontaktstörungen“ litten, müsse es vorrangig darum gehen, für sie da zu sein: „Wir wollen dem Seemann ein Ohr, eine ausgestreckte Hand, ein Zuhörer sein.“ Die eigene Haltung gegenüber den Seeleuten war von Gelassenheit und dem Willen geprägt, die Männer so sein zu lassen, wie sie waren: „Wir wollen gar nichts. Sie sind es gewohnt, dass jeder etwas von ihnen will, wir aber wollen sie auch nicht bekehren.“

In den folgenden Jahren lockerte sich die Verbindung des Stephansstifts zur Deutschen Seemannsmission weiter. Im Zuge der Gründung der Dachstiftung Diakonie kündigte Vorsteher Weber am 7. April 2010 die Mitgliedschaft des Stephansstifts in der Deutschen Seemannsmission Hannover:

„Inzwischen hat sich der Prozess der Verselbstständigung weiter entwickelt und die Verbindungen unserer Einrichtung zu Inhalt und Einsatz von Diakonen in der Seemannsmission sind weiter in den Hintergrund getreten. Deshalb halten wir es für angemessen, jetzt im Rahmen der gegenwärtigen Umstrukturierung hieraus die Konsequenzen zu ziehen und die Mitgliedschaft in der Seemannsmission zu beenden.“²⁴²

Ein „Ehrenpunkt“²⁴³ in der Geschichte des Stephansstifts hatte damit sein Ende gefunden.

Finanzen

Angesichts der Neubaupläne für das Rittergut Burgdorf, den späteren Backhausenhof, sah es Janssen für geraten, den Brüdern sämtliche Hoffnungen auf eine Expansion der Anstalt

239 Protokoll über die Mitgliederversammlung der Deutschen Seemannsmission Hannover e.V., 10.2.1977, AStH, 2143. 1992 ging Bruder Ladda gemeinsam mit seiner Frau in den Ruhestand.

240 Deutsche Seemannsmission Bremerhaven, Ulrich Wahl, Jahresbericht 1979 für Kuratorium, Vorstand und Mitgliederversammlung, 21.2.1980, AStH, 2143. Mit der Schließung des anderen Seemannsheims in Bremerhaven in der Hoebelstraße 1979, das vorwiegend von Seeleuten des Fischereihafens genutzt wurde, erhöhte sich der Arbeitsumfang für Familie Ladda und ihre Mitarbeiter. Hinzu kam ein Umbau des Seemannsheims Bremerhaven-Mitte, der sich jedoch aufgrund angespannter Finanzen hinziehen sollte.

241 Protokoll über die Mitgliederversammlung der Deutschen Seemannsmission Hannover e.V., 6.4.1979, AStH, 2143. Danach auch die folgenden Zitate.

242 Weber an den Vorstand der Deutschen Seemannsmission Hannover e.V., 7.4.2010, AStH, Ordner Seemannsmission.

243 Wolff an Seemannspastor F. Wapenhensch, 24.1.1961, AStH, 1664.

– und damit auf neue Arbeitsplätze in Hannover – zu nehmen. Auch einem eventuellen Brüderhausneubau erteilte der Pastor kurz nach seinem Amtsantritt noch eine Absage: „Wir bleiben eine arme Anstalt“,²⁴⁴ stellte Janssen im Juni 1961 klar, „die nur in die Lage versetzt wird, die unbedingt notwendigen Erneuerungsarbeiten aus eigener Kraft durchzuführen. Die anfallenden Mittel werden nicht einmal dazu ausreichen, irgend eine noch so erwünschte Erweiterung der bestehenden Arbeit zu finanzieren. Selbst ein Neubau des Brüderhauses kann darum nur mit der Hilfe der Landeskirche durchgeführt werden.“ Das Stephansstift würde „froh sein müssen, wenn es auch fernerhin seinen Aufgaben wirtschaftlich einigermaßen gewachsen“ sei. Wenige Zeilen später versicherte Janssen indes, dass durchaus die „Aussicht“ bestehe, dass das Stephansstift „in mancher Hinsicht mehr als eine Erneuerung und Modernisierung seiner Gebäude erfahren“ würde. Es dürfe sogar auf eine Erweiterung der Arbeit gehofft werden, äußerte sich Janssen etwas kryptisch. Seine Zurückhaltung speiste sich wohl aus zwei Quellen. Zum einen musste man auf das Inkrafttreten des JWG warten, zum anderen zeichnete sich noch nicht deutlich genug ab, wie man das BSHG würde nutzen können. Hinzu kamen interne Gründe. So hatten die Umstellung auf „Maschinenbuchführung“ und „verschiedene andere Umstände“, die Janssen nicht näher benannte, zu Schwierigkeiten bei der Beurteilung des Jahres 1961 geführt.²⁴⁵ „Trotz vielfältiger Mahnung“ sei es „nicht möglich gewesen, von dem beauftragten Wirtschaftsprüfer einen schriftlichen und eingehenden Prüfungsbericht zu erhalten.“ Das darauffolgende Jahr hielt weitere Hiobsbotschaften bereit, es hatte Einnahmeverluste gegeben:

„Infolge des Umbaus des Knabenhofes in Verbindung mit der Inanspruchnahme der vorgesehenen Ausweichunterkünfte für schulpflichtige Jungen durch die vorzeitige Eröffnung der Wichernschule musste die Belegung des Knabenhofes bis Oktober erheblich reduziert werden. Gleichzeitig ging aber auch die Belegung der Schulentlassenen-Abteilung aus Gründen, die nicht voll durchschaubar sind, aber in allen Bundesländern beobachtet wurden, erheblich zurück. Daher ist in den Erziehungsheimen ein Verlust von etwa 20.000 DM eingetreten. Gleichzeitig muss damit gerechnet werden, dass infolge des abnorm ungünstigen Landwirtschaftsjahres des neuen Gutes auch die Landwirtschaft ungünstig abgeschnitten hat.“²⁴⁶

Daher waren Spenden aller Art, insbesondere für die Erziehungsarbeit, sehr willkommen:

„Die hannoversche Schützenbruderschaft lud alle unsere Jungen zum Schützenfest ein, wobei es außer Kuchen, Kakao und Würstchen auch Freifahrten auf allem gab, was sich dreht. Zu Weihnachten bedachte uns die Nachschubkompanie 1 aus Evershorst mit 1.230 DM für unsere Jungen. In dieser Kompanie blieben also zu-

244 Janssen, Brüderrundbrief, 22.6.1961, S. 4. Danach auch die folgenden Zitate.

245 Vorstandsprotokoll, 5.12.1962, AStH, 291. Danach auch die folgenden Zitate.

246 Vorstandsprotokoll, 15.2.1963, AStH, 291.

gunsten unserer Jungen 2.460 Flaschen Bier ungetrunken oder 12.360 Zigaretten ungeraucht.“²⁴⁷

Aber bereits 1964 konnte Janssen vermelden, dass die Alters- und Erziehungsheime im „großen und ganzen [...] saniert“²⁴⁸ seien. Es sei überall gelungen, die „Anpassung der Pflegesätze an die Selbstkosten zu erreichen.“ Kummer bereitete dahingegen das Erholungsheim „Stephansruh“ in Altenau. Dort hatte man die bisherige Leiterin *Marianne Werner* (1885– 1969) abgelöst, wovon man sich erhoffte, „dass die Wirtschaftlichkeit sich nun günstiger entwickelt.“ Die chronische finanzielle Schieflage von „Stephansruh“ sollte durch „günstigere Bezugsquellen“, die Überprüfung des „wirklichen Personalbedarfs“ und nicht zuletzt durch eine „angemessene Erhöhung des Pensionspreises“ korrigiert werden.

Im Jahr darauf, 1965, hatte sich die wirtschaftliche Situation des Stephansstifts weiter stabilisiert. Zwar schuldeten die Jugendbehörden der Anstalt rund 360.000 DM, aber die Liquidität – das permanente Sorgenkind des Stephansstifts – war „gewährleistet.“²⁴⁹

Die kurze, aber tiefe Rezession 1966/67 trübte die optimistische Sicht wieder ein, blieb doch der am 1. Januar 1966 in Kraft getretene Pflegesatz „erheblich hinter dem Kalkulationsergebnis der Verwaltung zurück, er wird es jedoch ermöglichen, den Betrieb der Erziehungsheime im notwendigen Umfange durchzuführen.“²⁵⁰ Auch für das kommende Jahr wurden finanzielle Schwierigkeiten erwartet, denn es „erscheint fraglich, ob die Pflegesatzverhandlung für die Erziehungsheime in diesem Jahr das erforderliche Ergebnis bringen kann.“²⁵¹ Der Vorstand sah sich genötigt, sich von Grundbesitz zu trennen: „Die Liquidität des Stephansstifts wird zwischenzeitlich durch Erlöse aus den Landverkäufen gestützt.“

Das wirtschaftliche Auf und Ab setzte sich in den Folgemonaten fort. Der Jahresabschluss 1968 wies Verluste aus, die man auf Minderbelegungen in den Erziehungsheimen und in den Altenheimen sowie auf höhere Kosten im Personal- und Energiebereich²⁵² zurückführte, gleichwohl war die Liquidität der Stiftung „gut“.²⁵³

Wider Erwarten hatte vor allem das Gut Backhausenhof erhebliche Probleme bereitet. Dort waren „große Vermögensverluste (Mitte der 60er Jahre zum Teil erheblich über DM 100.000)“²⁵⁴ zu beklagen. Mit „Substanzverkäufen“²⁵⁵ sollten die liquiden Mittel des Gutes erhöht werden. Mit der Ende der 1960er Jahre getroffenen Entscheidung, auf dem Gut Backhausenhof mehr Maschinen zum Einsatz zu bringen und auf die Mitarbeit der Fürsorgezöglinge fast vollständig zu verzichten, entspannte sich Situation zwar, aber sie blieb fra-

247 Jahresbericht 1963, S. 7f.

248 Vorstandsprotokoll, 5.5.1964, AStH, 291. Danach auch die folgenden Zitate.

249 Vorstandsprotokoll, 8.6.1965, AStH, 291.

250 Vorstandsprotokoll, 5.9.1966, AStH, 294.

251 Vorstandsprotokoll, 12.4.1967, AStH, 294. Danach auch das folgende Zitat.

252 Vorstandsprotokoll, 10.11.1969, AStH, 294.

253 Vorstandsprotokoll, 23.10.1968, AStH, 294.

254 Vorstandsprotokoll, 13.1.1970, AStH, 2146.

255 Vorstandsprotokoll, 22.1.1968, AStH, 294.

gil. Der Vorstand zeigte sich besorgt. Sollte man das Gut verkaufen oder verpachten? Sollte man sich von der Viehwirtschaft trennen? All diese Fragen wurden erwogen und wieder verworfen. Stellten doch die Ländereien des Backhausenhofes eine „außerordentlich wertvolle Kapitalreserve für die Stiftung“ dar, die fürchtete, dass die prosperierende Stadt Hannover sich immer weiter ausdehnen und eines Tages die „Stammanstalt“ Neubaugebieten weichen müsste. Aufgrund dieser Überlegungen erschien es sinnvoller, zu investieren und die Angebotspalette – konkret die Schlachtereier – zu vergrößern, um zu neuen Kundenkreisen und damit zu höheren Einnahmen zu kommen.²⁵⁶

Die langgehegte Hoffnung, „Stephansruh“ in die Gewinnzone zu führen, sollte sich zerschlagen. Am 30. September 1968 erfolgte die Stilllegung. Man hoffte, das Haus bald verkaufen oder verpachten zu können, fand aber weder einen Käufer noch eine Pächterin.²⁵⁷ Kurzfristig schöpfte man Hoffnung, als man ein Ehepaar fand, welches das Erholungsheim weiterführen wollte. Differenzen über den zukünftigen Charakter, den das Stephansstift sich christlich wünschte, untergruben die Zusammenarbeit.²⁵⁸ Der Vorstand stellte nun erneut fest, „dass ein Verkauf die beste Lösung darstellt.“

Problemfälle – Die Landwirtschaft und die Wäscherei

Wie oben erwähnt, war die wirtschaftliche Lage des Gutes Backhausenhof problematisch. „Die ungünstige Witterung hat die Ernte in vieler Hinsicht sehr beeinträchtigt. Auch der Arbeitskräftemangel und die nicht vorhergesehene Unterbelegung des Schulentlassenheimes hat große Schwierigkeiten mit sich gebracht. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass sich der Gutsbetrieb positiv weiterentwickelt. Auf Anregung von Baron v. Redens wird beschlossen, die notwendigen Investitionen für den Backhausenhof zu gewähren.“²⁵⁹ Diese Entscheidungen sollten sich zunächst auszahlen. Gutsinspektor Kannegießer berichtete 1964, dass sich die wirtschaftliche Lage des Backhausenhofes „sehr positiv“²⁶⁰ entwickelt habe, mehr noch: Er sprach sogar von einer „abnorm günstigen“ Ertragsaussicht für das laufende Wirtschaftsjahr. Der Gutsinspektor sollte sich täuschen, die Ertragslage entwickelte sich negativ. Vor allem der „überhöhte Aufwand für Löhne und Maschinenreparaturen“²⁶¹ sowie eine – in der Viehwirtschaft – „unbefriedigende Veredelungsleistung“ wurden als Ursachen ausgemacht. Schnelle Abhilfe schuf man, indem man kräftig investierte. Man kaufte Schweine hinzu, um den Stall vollständig auszulasten. Hinzu kam die Umstellung des Kuhstalles auf „Abmelkwirtschaft“. Die veralteten Schlepper sollten durch vier moderne Traktoren ersetzt werden. Zudem sollten Zupachtungen die Rentabilität des Backhausenhofes

256 Vorstandsprotokoll, 12.1.1970, AStH, 2146.

257 N. N., Zur heutigen Situation unseres Hauses „Stephansruh“ in Altenau, AStH, 295.

258 Vorstandsprotokoll, 23.10.1968, AStH, 294. Danach auch das folgende Zitat.

259 Vorstandsprotokoll, 5.12.1962, AStH, 291.

260 Vorstandsprotokoll, 5.5.1964, AStH, 291. Danach auch das folgende Zitat.

261 Vorstandsprotokoll, 5.9.1966, AStH, 294. Danach auch die folgenden Zitate.

verbessern.²⁶² Die Entlassung mehrerer Arbeiter sparte 50.000 DM ein. Für die mangelnde Rentabilität des Backhausenhofes machten die Verantwortlichen aber auch die Jungen verantwortlich: „Die Arbeitsqualität der Jungen ist unzureichend, was in diesem Jahre [1966] besonders an der Erdbeerernte deutlich wurde.“²⁶³

1967/68 hatte sich die Ertragslage weiter verschlechtert. „Die Unkosten für Löhne, Maschinen, Treibstoffe usw. sind ständig gestiegen oder zumindest konstant geblieben, während die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine fallende Tendenz haben und somit die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe immer mehr in Frage gestellt ist“²⁶⁴ sorgte sich Janssen, der mit einem bis dahin einmaligen Problem konfrontiert wurde. So hatte man „Pariser Karotten“ im Werte von rund 7.000 DM umpflügen müssen, weil die „Konservenfabriken nicht in der Lage waren, sie abzunehmen und zu verarbeiten.“ Ähnlich habe es sich mit den Kartoffeln verhalten, „die einen guten Ernteertrag brachten, aber nicht abzusetzen waren bzw. nur unter hohen Preisverlusten vom Handel abgenommen wurden.“ Für Janssen stand fest, dass diese Verluste die Folgen der Politik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – Vereinfachung ausländischer Importe – und des wachsenden Weltmarktes waren. Angesichts dieser Entwicklungen, der zunehmenden Mechanisierung und des steigenden Einsatzes von Düngern und Unkraut- und Insektenvernichtungsmitteln, was die Handarbeit überflüssig machte, fragte Janssen – sicherlich nicht zu Unrecht –, ob und inwieweit es noch zu verantworten war, junge Menschen in einem Wirtschaftszweig anzulernen und zu beschäftigen, der auf Dauer nicht zukunftsfähig war. Zwar hatte man in einer ersten Reaktion, „weit und ungünstig gelegene Feldstücke“²⁶⁵ verpachtet, trotzdem blieben immer noch 300 Hektar, die auf dem Backhausenhof bewirtschaftet werden wollten. Dagegen hatte man bei der Nutztierhaltung keine Einschränkungen vorgenommen. Mit der Milchleistung der 68 Kühe – jährlich 375.000 Liter – war man ebenso zufrieden wie mit den Erträgen aus der Schweinemast, die 1968 immerhin 764 Tiere umfasste. Als überraschend gute Einnahmequelle erwies sich die Schafzucht des Backhausenhofes, der hier wiederum von der europäischen Wirtschaftspolitik profitierte: „Denn es zeigt[e] sich, dass die Schafhaltung in der EWG rentabler wird, denn in den nichtdeutschen [!] Ländern der EWG, besonders in Frankreich ist der Lambraten auf jeder Speisekarte zu finden.“

Schließlich fasste man einen raschen Entschluss. Alle in der Landwirtschaft tätigen Jugendlichen des Backhausenhofes wurden abgezogen: „Arbeitskolonnen, wie bisher, gibt es nicht mehr.“ Lediglich einige wenige Jungen behielt man in den Ställen und in der Fleischerei. Gleichwohl wollte man an der Landwirtschaft, die nun von Mitarbeitern und Maschinen besorgt wurde, festhalten. Sie müsse zukünftig jedoch „lohnend“²⁶⁶ gestaltet werden.

262 Vorstandsprotokoll, 26.1.1967, AStH, 294.

263 Vorstandsprotokoll, 5.9.1966, AStH, 294.

264 Jahresbericht 1968, S. 16. Danach auch die folgenden Zitate.

265 Ebd., S. 17.

266 Ebd., S. 18.

Die Wäscherei bereitete ebenfalls Kummer. Schon seit Jahren schloss sie jährlich mit einem Defizit ab. Um die Rentabilität zu verbessern, wurde die „besonders lohnintensive“²⁶⁷ Plättstube zum April 1968 geschlossen. Diese Maßnahme reichte jedoch nicht aus. Ende des Jahres 1968 musste man einen Verlust in Höhe von 26.700 DM gewärtigen, der damit höher ausfiel als befürchtet. Mehrere Gründe wurden angeführt: Der Abbau von Betten im Knabenhof und die Einführung neuer Materialien, insbesondere von Kunststoffen. Diese bügelfreien Materialien ermöglichten es, dass die Wäsche von Oberhemden, Unterhemden und Unterhosen in den Heimen selbst besorgt werden konnte – was nicht zuletzt auch zur Verselbstständigung der Bewohner beitrug. Sodann verringerte der Einsatz von Moltex-unterlagen in den Pflegestationen der Altenheime den Verbrauch von Bettwäsche. Nicht zuletzt ging die Zahl stark verschmutzter Hosen, Oberhemden und Pullover zurück, da die Jungen nunmehr nicht mehr vorrangig auf den Äckern, sondern in den Werkhallen arbeiteten. Hoffnungen, auf dem freien Markt zu nennenswerten zusätzlichen Wäschemengen zu kommen, hegte man nicht. Dort tobte ein harter Konkurrenzkampf. So lagen die Selbstkosten der Wäscherei des Stephansstifts 1968 bei 1,65 DM pro kg., während der Birkenhof ein Kilogramm Wäsche für 85 Pfennige (inkl. MWSt.) besorgte. Daher gab man die Wäsche an den Birkenhof ab, was nicht nur die Verluste abbaute, sondern auch die laufenden Kosten reduzierte. Die vorhandenen Waschmaschinen wurden auf die einzelnen Häuser verteilt, eine Maschine sollte als „Münzapparat den Mitarbeitern zur Verfügung gestellt werden.“²⁶⁸

Strategien gegen den Mitarbeitermangel

Die zu Beginn der 1960er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland erreichte Vollbeschäftigung ließ zwar die Steuereinnahmen des Staates sprudeln und ermöglichte großzügige Sozialleistungen, von denen auch das Stephansstift profitierte. Auf der anderen Seite kämpfte die Anstalt, wie andere diakonische Einrichtungen auch, mit einem sich verschärfenden Mitarbeitermangel, der sich vor allem in den Altenheimen bemerkbar machte. 1964 hielt das Stephansstift etwas mehr als zweihundert Plätze für alte Menschen vor. Rund 25 Prozent, also fünfzig Betten, dienten als Pflegebetten. Dabei wuchs die Zahl der hochaltrigen und meist multimorbiden Neuankömmlinge kontinuierlich. Die wenigsten waren noch in der Lage, einigermaßen für sich selbst Sorge zu tragen. Das Problem war, dass die Altenheime des Stephansstifts auf diese Anforderungen personell nicht vorbereitet waren: „Unsere Altersheime sind aber in ihrem Personalbestand darauf abgestellt, dass in gewissem Umfange die alten Herren bereit sind, für sich selbst *und* für ihre Mitpatienten zu sorgen.“²⁶⁹ Den Stellenplan zu erhöhen, kam für Janssen aus Kostengründen nicht in Betracht. Aus dieser Klemme könne man sich – es wurde bereits erwähnt – nur befreien, indem man

267 Thümmel [?], Zu TOP 9. Schließung der Wäscherei des Stephansstifts, 24.4.1969, AStH, 295. Danach auch die folgenden Angaben.

268 Vorstandsprotokoll, 30.4.1969, AStH, 294.

269 Jahresbericht 1964, S. 5. Danach auch die folgenden Zitate.

mit dem Einsatzwillen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „rechne“. Abhilfe wollte man mit einer heimeigenen Altenpflegeausbildung schaffen, wobei man ausdrücklich männliche Bewerber anzusprechen gedachte.²⁷⁰ Vergleichbares galt für den Erziehungsbereich. Dort war es seit dem Amtsantritt Janssens zwar gelungen, mehr Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, gleichwohl reichte die Personalbesetzung nicht aus, um in Urlaubs- und Krankheitsfällen den „Erziehungsbetrieb voll aufrecht zu erhalten.“²⁷¹ Da das Stephansstift zugleich versuchte, seine von ihm ausgebildeten Brüder in seinen Einrichtungen einzusetzen, mussten zahlreiche Bitten aus den Kirchengemeinden und Kommunen nach Hausvätern, Religionslehrern, Gemeindediakonen, Kirchenmusikern, Erziehern, Krankenpflegern usw. abschlägig beschieden werden.²⁷²

Notdürftig behalf man sich mit Praktikanten, Studentinnen und Studenten der Pädagogischen Hochschule Hannover, Ersatzdienstleistenden und Stundenkräften. Insbesondere die jungen Frauen, die ein „Diakonisches Jahr“²⁷³ ableiteten, die spätestens seit 1958²⁷⁴ im Stephansstift arbeitenden „diakonischen Helferinnen“, waren sehr beliebt: „Was wäre unser Altersheim Stephansruh ohne ihre Hilfe! ‚Sie kommen uns vor wie ein Sonnenschein im Hause‘, bezeugen unsere alten Damen dieses Hauses.“²⁷⁵ Immer wieder sprangen an den Sonntagen auch Brüderfrauen und Brüderwitwen ein, „so dass auch unsere Pflegerinnen von Zeit zu Zeit ihren freien Sonntag bekommen können.“²⁷⁶

Auf Dauer würde man mit diesem fragilen Personaltableau nicht arbeiten können. Das Stephansstift beschloss, ein attraktiver Dienstgeber zu werden. Diese Absicht schlug sich u.a. im Ankauf von Wohnungen für Beschäftigte,²⁷⁷ einer tarifgerechten Entlohnung und manchmal auch in kleinen Darlehen nieder.²⁷⁸ Nicht zu unterschätzen war in diesem Zusammenhang die Ausweitung des Fortbildungsangebots, vor allem für die in der Erziehungsarbeit Stehenden, damit diese „nicht vorzeitig“²⁷⁹ ermüdeten und fachlich auf der Höhe der Zeit blieben. Nicht zuletzt eröffnete eine höhere Qualifikation bessere Aufstiegschancen,

270 Vorstandsprotokoll, 13.12.1963, AStH, 291, sowie: Jahresbericht 1964, S. 6.

271 Janssen, Bericht des Vorstehers, o.D. [Vorstandssitzung, 23.10.1968], AStH, 295.

272 Jahresbericht 1965, S. 3.

273 Das „Diakonische Jahr“ hatte der Rektor der Diakonissenanstalt Neuendettelsau, *Hermann Dietzfelbinger* (1908–1984), 1954 ins Leben gerufen. Junge Christen sollten ein Jahr ihres Lebens für die Diakonie geben. Adressiert wurden zunächst ausschließlich junge Frauen, ab 1956 wurde das „Diakonische Jahr“ für Männer geöffnet.

274 Jahresbericht 1968, S. 15.

275 Jahresbericht 1966, S. 7.

276 Janssen, Brüderrundbrief, 3.5.1965, S. 2.

277 „Die Wohnungen eins bis vier [an der Tiergartenstraße 46/48] sollen als Werkdienstwohnungen erworben werden.“ Vorstandsprotokoll, 15.2.1963, AStH, 291.

278 Beispielsweise erhielten 1969 zwei Mitarbeiter Darlehen vom Stephansstift, „ohne Rechtsverbindlichkeit und Verpflichtung für die Zukunft“. Derartige Entscheidungen sollten nur in Einzelfällen ergehen, von einer allgemeinverbindlichen Regelung sah man ab. „Wichtig für zukünftige Entscheidungen wird vor allem die jeweilige Vermögenslage der Stiftung sein.“ Zudem begrenzte man die Zahl der Anträge auf zwei pro Jahr. Vgl. Vorstandsprotokoll, 10.11.1969, AStH, 294.

279 Bote, Neue Folge 18, März 1968, S. 11.

den Sprung in eine höhere Gehaltsklasse und ein möglicherweise größeres gesellschaftliches Ansehen. Drei Fortbildungsvarianten waren vorgesehen: *Erstens* eine „Fortbildung auf zentraler Basis“,²⁸⁰ die seit dem Herbst 1966 mit Hilfe der Dozenten der Wichernschule angeboten wurde: „Es ging seinerzeit u.a. darum, den Standort der Erziehung und des Erziehers in der heutigen Zeit darzustellen, Hilfen für das methodische Arbeiten mit Kindern im Heim zu geben, Näheres über die psychologischen und soziologischen Zusammenhänge in der Erziehung zu erfahren und Möglichkeiten der methodischen Anwendung der Einzelfallhilfe und der Gruppenarbeit kennenzulernen.“ An den mehrmonatigen Kursen nahmen Beschäftigte aus der Kinderbetreuung ebenso teil wie jene, die für die Jugendlichen zuständig waren. Hierzu gehörte übrigens auch der Erfahrungsaustausch mit Kollegen und Kolleginnen aus anderen Heimen. Regelmäßige „Mitarbeiterbesprechungen“²⁸¹ sollten – *zweitens* – nicht nur für einen besseren internen Informationsfluss sorgen, sondern zugleich der Weiterqualifizierung dienen. Lud man sich doch fortan regelmäßig Referentinnen und Referenten ein, die „Fachvorträge“ hielten: „Es handelt sich um die Behandlung von Themen, die für das betreffende Heim besonders aktuell sind und der Klärung und Beratung bedürfen. Fallbesprechungen nehmen hier einen großen Raum ein.“ *Drittens* konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig an externen Kursen, Lehrgängen und Tagungen teilnehmen, um „das in der Ausbildung erworbene Wissen durch die Einbeziehung aktueller und spezieller Fragestellung[en] zu erneuern, zu vertiefen oder neu zu durchdenken.“²⁸² Hier nutzte man insbesondere die Angebote des AFET und des EREV, jener Organisationen, mit denen das Stephansstift – zunächst durch Wolff, dann durch Janssen – eng verbunden war.²⁸³ Dass man einen Diakon für ein Jahr für eine heilpädagogische Zusatzausbildung beurlaubt hatte, unterstrich nicht zuletzt auch den Willen der Einrichtung, sich in diesem wachsenden Arbeitsfeld zu profilieren.

Erziehungsleiter Grahn ermunterte seine Untergebenen außerdem zum Selbststudium:

„Auch hier hat der Mitarbeiter vielfältige Möglichkeiten, sich fortzubilden durch Fachzeitschriften, Fachbücher, die ihm u.a. in den Bibliotheken der Heime zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sei noch auf die Information durch Rundfunk, Fernsehen und Presse hingewiesen, ferner auf die Möglichkeiten der Teilnahme an Kursen der Volkshochschule und anderer Institute und auf Vorträge von Fachverbänden.“

280 Ebd., S. 12. Danach auch das folgende Zitat.

281 Ebd., S. 13. Danach auch das folgende Zitat.

282 Ebd., S. 14. Danach auch das folgende Zitat.

283 Wolff war von 1924 bis 1968 der ehrenamtliche Vorsitzende des AFET. Vgl. Frankfurter Rundschau, 15.11.1968, S. 16. Der AFET gibt 1969 an, siehe: AFET (Hg.), 100 Jahre AFET – 100 Jahre Erziehungshilfe, Bd. 1: 1906–2005, Hannover 2006, S. 298. Janssen leitete den EREV von 1950 bis 1963 als Geschäftsführer, 1962 zog die Geschäftsstelle des EREV in das Stephansstift.

Die Bruderschaft hatte bereits zuvor Eigeninitiative entwickelt. Nach einigen Diskussionen beschloss sie im August 1968, ein „Brüderkolleg“²⁸⁴ zu gründen, „zu dem alle aktiven Brüder regelmäßig in Abständen einberufen werden. Das Brüderkolleg dient der Fortbildung in theologischen und diakonischen Fragen.“ Ein erster Anlauf im November 1969 scheiterte zunächst.²⁸⁵ Vom 23. Februar bis 1. März 1970 sollte in Wolfshagen am Harz aber das erste Brüderkolleg stattfinden.²⁸⁶ Weitere sollten folgen.

„Eine neue geistliche Potenz“ – Der Brüderälteste

Am 10. Juni 1961 wählte die Bruderschaft mit „großer Mehrheit“ Bruder *Johann Hülsen* (1897–1963) zu ihrem hauptamtlichen Brüderältesten.²⁸⁷ Damit hatten die Brüder ein noch aus der Amtszeit Wolffs offen gebliebenes Kapitel zu einem glücklichen Ende gebracht. Es sei, so Janssen, eine Entscheidung gefallen, „deren Auswirkungen noch nicht voll abzusehen sind.“²⁸⁸ Der Vorsteher bezog sich hier vielleicht auf den Umstand, dass die Bruderschaft sich verpflichtet hatte, für das Gehalt ihres Brüderältesten alleine aufzukommen. Zentral war Janssen aber die Bedeutung seines neuen Gegenübers in der Bruderschaft:

„Es tritt in die Arbeit nun vielmehr eine neue geistliche Potenz ein, die im Brüderältesten ihren Ausdruck findet: Es ist die mündige, die für sich selbst einstehende Bruderschaft, die durch den von ihr gewählten Brüderältesten sich selbst ausprägt, an sich selbst arbeitet und sich selbst einen persönlichen Ausdruck gibt, zugleich aber auch durch ihn an der Arbeit des Brüderhauses maßgebend mitwirkt.“

Vier Aufgaben warteten nach Janssen auf Hülsen. *Erstens* sollte er „Ohr und Stimme“ der Bruderschaft sein, *zweitens* sollte er eine „lebendige Brücke“ zwischen der Bruderschaft und dem Brüderhaus, also auch zum Vorsteher, schlagen, *drittens* sollte er allen Brüdern dienen und *viertens* schließlich sollte der Brüderälteste dafür Sorge tragen, dass jedem Bruder „seine Aufgabe“ zukomme.

Bereits wenige Jahre später schied Hülsen, wohl krankheitsbedingt, aus seiner Funktion aus. Bruder *Heinrich Behr* (1911–1988) folgte ihm nach. War Behrs Tätigkeitsbericht für das Jahr 1965 noch vollkommen unspektakulär,²⁸⁹ stellten seine Ausführungen zur „Fluktuation innerhalb der Bruderschaft“²⁹⁰ im Jahre 1966 der Gemeinschaft in mancher Hinsicht

284 Behr an die Bezirkskonferenzen u.a., 15.8.1968, AStH, 1162. Danach auch das folgende Zitat.

285 Janssen, Brüderrundbrief, 10.9.1970, S. 8.

286 Heinrich Andresen, Eindrücke während des 1. Brüderkollegs in Wolfshagen am Harz vom 23. Februar bis 1. März 1970, in: Janssen, Brüderrundbrief, 5.5.1970, S. 7f.

287 Janssen, Brüderrundbrief, 22.6.1961, S. 1.

288 Ebd., S. 2. Danach auch die folgenden Zitate.

289 Dieser Bericht findet sich in: Janssen, Brüderrundbrief, 27.9.1966, S. 6–8.

290 Behrs Bericht ist Teil eines Brüderrundbriefes von Janssen vom 16.3.1967, S. 5–10, im Folgenden zitiert als: Behr, Fluktuation.

ein bedenkliches Zeugnis aus. Zwar hatten sich von 108 Stellenwechseln 81 regelrecht und „ohne ernsthafte Schwierigkeiten“²⁹¹ vollzogen, doch mussten acht Brüder „infolge Versagens in der Arbeit“ und 19 „infolge ernsthafter Unstimmigkeiten“ mit den Vorständen ihren Arbeitsplatz wechseln. Bei diesen Zahlen blieb Behr nicht stehen, er analysierte die Ursachen der 27 problematisch erfolgten Arbeitsplatzwechsel. Bei den acht „in der Arbeit versagenden“ Brüdern sah er eine „Nichtbeachtung der eigenen Grenzen“²⁹² sowie ein „Versagen infolge Überbewertung der eigenen Person“ als ursächlich an. Allerdings wies der Brüderälteste auch auf ein „Versagen infolge Rückständigkeit“ hin. Einige Brüder seien den „Anforderungen der modernen Arbeitswelt nicht mehr gewachsen“, hätten sich nicht weitergebildet, keinerlei „Kurse oder Tagungen“ besucht. Mit ihren „Anschauungen“ lägen sie daher „um Jahrzehnte zurück“. Dies sei untragbar: „Wir müssen uns darüber klar werden, dass auch in der Kirche und Inneren Mission der Managertyp immer häufiger verlangt wird. Aber es ist nicht jeder dazu geeignet.“ Vor allem mit den älteren Mitbrüdern ging der Brüderälteste hart ins Gericht. Einige verharren „in Traditionen, sei es im mitmenschlichen Umgang, dass das alte patriarchalische Prinzip krampfhaft hochgehalten wird, sei es auch eine Unduldsamkeit in Glaubensfragen, die eine andere Haltung oder Meinung nicht anerkennt.“

Behr ließ aber auch die jüngeren, fertig ausgebildeten Brüder sowie Diakonenschüler nicht ungeschoren. Diese hatten augenscheinlich oft Konflikte in den Kirchengemeinden, insbesondere mit den Pastoren:

„Bei den Brüdern ist es oft ein Missverstehen der eigenen Freiheit und Verantwortung für ihre Arbeit als eine völlige Unabhängigkeit von anderen, die es nun einmal nicht geben kann. Gutgemeinte und vorsichtig vorgetragene Ratschläge seitens der Pastoren werden besonders von jungen, gänzlich unerfahrenen Brüdern schon als ‚Einmischung‘ empfunden. [...] Dass Erfahrungen Älterer fast nie anerkannt werden, ist ein Übel, das sich anscheinend nicht beseitigen lässt.“²⁹³

Aber auch die Pastoren vor Ort nahm der Bruder von seiner Kritik nicht aus und sprach ein altes Problem an: „Es gibt Pastoren, die glauben, aufgrund ihres Ordinationsgelübdes Verantwortung nicht delegieren zu dürfen. Man könnte auch von sozialen Unterscheidungen sprechen, die leider in der Kirche mehr noch als im säkularen Raum den Menschen das Leben schwer machen.“²⁹⁴ „Arroganz auf beiden Seiten“, folgerte Behr und verwies auf mindestens zehn bis fünfzehn „permanente Krisenherde.“

Wie konnte eine Lösung aussehen? Der Brüderälteste forderte, dass das Brüderhaus diesen Problemen vor Ort und bereits während der Ausbildung begegnen müsse. So soll-

291 Ebd., S. 6.

292 Ebd., S. 7. Danach auch die folgenden Zitate.

293 Ebd., S. 7f.

294 Ebd., S. 8. Danach auch die folgenden Zitate.

te wieder mehr daran erinnert werden, dass „unsere Arbeit wirklich ‚Dienst‘²⁹⁵ sei und „kein Sprungbrett in höhere Positionen“. Ein weiteres wichtiges Thema sei der „Umgang mit Vorgesetzten und den Untergebenen“. Zudem plädierte er dafür, die „sozialen Fächer und die Verwaltungskunde [...] etwas breiter anzulegen“, auch wenn diese Fächer „nicht sehr beliebt“ seien. Zum Schluss mahnte er an, die Streichung [!] des Fachs Diakonie aus dem Curriculum zu überdenken. Mit diesen Mahnungen entließ der Brüderälteste seine Mitbrüder in das Jahr 1968.

Der Bruderschaft gelang es zunächst, ihren Brüderältesten selbst zu finanzieren. Beruhigend war, dass es ein Sicherheitsnetz gab. Dies teilte Janssen seinem Amtsbruder Pastor *Günther Reumschüssel* Mitte Juli 1969 auf dessen Appell, dass die Landeskirche einen Teil des Ältestengehaltes übernehmen könnte, mit: „Ich darf [...] daran erinnern, dass die Bruderschaft immer großen Wert darauf gelegt hat, die Unkosten für einen hauptamtlichen Brüderältesten selbst zu tragen. Das Stephansstift wäre selbstverständlich bereit, die Unkosten voll zu übernehmen“,²⁹⁶ und weiter: „Dass die völlige Freiheit der Amtsführung auch dann gewährleistet wäre, brauche ich nicht eigens zu sagen.“

„Herzstück“ – Das neue Brüderhaus

Angesichts einer konstant hohen Nachfrage zur Brüderausbildung und des damit verbundenen Anwachsens der Bruderschaft trat der Vorstand dem Bau eines neuen Brüderhauses näher. Schon seit Mitte der 1950er Jahre hatte es Überlegungen zu einer „räumlichen Erweiterung der Brüderhausbildung“²⁹⁷ gegeben. Als 1961 die Entscheidung fiel, das 1912 erbaute alte Brüderhaus durch einen sechsgeschossigen Wohn-, Unterrichts- und Verwaltungsbau zu ersetzen, dämpfte Janssen die Erwartungen der Brüder: „Es wird zweifellos noch komplizierter finanzieller Verhandlungen bedürfen, um die notwendigen Schritte zur Verwirklichung dieses Vorhabens zu tun“,²⁹⁸ er versicherte aber, dass ihm viel daran liege, das Brüderhaus zu bauen. Handele es sich bei der Brüderausbildung doch „ohne Zweifel um ein Herzstück der Arbeit des Stephansstifts“, bekräftigte der Vorsteher mit Blick auf den Satzungsauftrag seiner Anstalt. Auch deshalb sollte das neue Brüderhaus „mitten im Stephansstift liegen“, auch wenn ein Wohnhaus der Lehrlinge, der sogenannte „Bienenkorb“,²⁹⁹ und angrenzende Stallungen weichen mussten. Da der Bauplatz begrenzt war, hatte man sich für ein mehrstöcki-

295 Ebd., S. 9. Danach auch die folgenden Zitate.

296 Wolff an Reumschüssel, 11.7.1969, AStH, 1145. Danach auch das folgende Zitat. Wolff bezog sich hier auf ein Schreiben Reumschüssels vom 3.7.1969, AStH, 1145.

297 Wolff, Brüderrundbrief, Weihnachten 1960, S. 4.

298 Janssen, Brüderrundbrief, 24.9.1961, S. 6. Danach auch die folgenden Zitate.

299 Bruder Fritz Platner, der nach dem Krieg als Erzieher im „Bienenkorb“ tätig war, verdanken sich interessante Schilderungen über die dortigen Räumlichkeiten. Ende 1946 wurde der „Bienenkorb“ dem Suchdienst des Evangelischen Hilfswerks zur Verfügung gestellt. Als dieser ins Lutherhaus zog, kamen zeitweise Absolventen der Wohlfahrtsschule im „Bienenkorb“ unter. Vgl. Fliegende Blätter aus der Stephansstiftsgeschichte, Beilage 31 zum Informationsblatt 1/86, 1986.

ges Haus entschieden. Auch auf diese Weise würde zum Ausdruck gebracht, „dass dem Brüderhaus eine beherrschende Position im Ganzen des Stephansstifts“ zukomme. Der Neubau sollte Zimmer für achtzig bis einhundert Diakonenschüler bereithalten. Die Verwaltung, die Hausvaterwohnung, die Unterrichtsräume sowie kleinere Räume für Arbeitsgemeinschaften und „Diskutiergruppen“³⁰⁰ sollten sich in Flügeln um den mehrstöckigen Bau gruppieren.

Mit dem Neubau verknüpfte Janssen jedoch nicht nur eine bessere und großzügigere Unterbringung der Diakonenschüler, sondern auch eine Entscheidung für die Zukunft der Diakonenausbildung: „Wir werden ohne Zweifel genötigt sein, die gesamte Frage der modernen Gemeindefarbeit gründlich zu durchdenken, für die wir unsere Brüder vorzubereiten haben, wie auch die Fragen einer modernen Jugendarbeit überhaupt.“ Bis die Finanzierung gesichert und der Neubau vollendet war, musste das Stephansstift für die Diakonenschüler Zimmer im Internat der Wichernschule anmieten.³⁰¹

Ohne die „erhebliche“³⁰² Finanzierungshilfe seitens der hannoverschen Landeskirche hätte das Stephansstift sich den mehrstöckigen modernen Bau nicht leisten können. Man nahm das Geld dankbar an, verwies aber auch selbstbewusst darauf, dass man ja schließlich Mitarbeiter für die Kirche ausbilde:

„Heute steht fest: Anstalten der Inneren Mission, wie das Stephansstift – auch wenn sie rechtlich und organisatorisch selbstständig sind –, sind der Landeskirche zugeordnet, sie tun ihre Arbeit als kirchlichen Dienst. Die Gemeinden, Kirchenkreise, Sprengel der Landeskirche, die sogenannten kirchlichen Werke, ja, die ganze Landeskirche braucht Gemeindediakone und kann ihren Dienst nicht mehr entbehren.“

1964 begannen die Abrissarbeiten auf dem Stiftsgelände,³⁰³ zwei Jahre später, am 12. Oktober 1966, wurde das neue Brüderhaus eingeweiht.³⁰⁴ Man habe, so Pastor Kruse, wieder ein „ausgewogenes Verhältnis zwischen der Größe der Bruderschaft und der Größe des Brüderhauses herstellen“³⁰⁵ wollen. Angesichts von 628³⁰⁶ Brüdern im Mai 1966 war der moderne und funktional eingerichtete Neubau mehr als wünschenswert, hoffte man doch, dass man mit der räumlichen Konzentration die Gemeinschaft der Diakonenschüler untereinander, aber auch den Kontakt zu den eingeseigneten Brüdern verbessern und stärken könne.³⁰⁷ Räumlichkeiten für „Theater und Handpuppenspiel, ein Tonstudio mit Aufnahmerraum, ein kleiner Saal und vier Musikübungsräume“³⁰⁸ sollten für eine angeneh-

300 Bote, Neue Folge 12, Mai 1966, S. 6.

301 Bote, Neue Folge 6, April 1964, S. 13.

302 Bote, Neue Folge 13, September 1966, S. 5. Danach auch das folgende Zitat.

303 Bote, Neue Folge 6, April 1964, S. 13.

304 Jahresbericht 1966, S. 1.

305 Bote, Neue Folge 12, Mai 1966, S. 4.

306 Ebd., S. 5.

307 Ebd., S. 5–7.

308 Bote, Neue Folge 13, September, S. 30. Dort, S. 30–38, finden sich neben Fotos auch eine genaue Aufschlüsselung der Größe der einzelnen Räume sowie eine Liste der am Neubau beteiligten Firmen.

me Atmosphäre sorgen. Das alte Brüderhaus war fest eingepflanzt. „Mit seinen Sälen und den Wirtschaftsräumen“ sollte es zum Neubau dazugehören, nur einige Räume könnten bei Bedarf auch einmal anderweitig genutzt werden.

Das neue Brüderhaus war mehr als nur die Wohn- und Unterrichtsstätte der Brüderschaft, es wurde zugleich als Symbol dafür begriffen, „dass die Diakonenausbildung eine Zukunft hat und sich auch finanzielle Investitionen für diese Ausbildung in der heutigen Zeit lohnen.“³⁰⁹ Angesichts der wachsenden Zahl von Fachhochschulen mit dem Schwerpunkt Sozialarbeit, die den Diakonenanstalten durchaus Konkurrenz machten, war diese Sinnggebung nachvollziehbar. 1967 zeichnete sich ab, dass das neue Brüderhaus zu klein geraten war. Angesichts der großen Nachfrage reichten die Plätze „schon wieder nicht mehr aus“,³¹⁰ wie Janssen feststellte.

Das Wachstum der Brüderschaft bereitete dem Brüderrat Kopfzerbrechen. Dem Brüderrältesten war es kaum möglich, alle Sendbrüder an ihren Arbeitsstellen zu besuchen. Es galt, verbindliche Strukturen zu schaffen. Zwar trafen sich die Brüder in geographisch zugeordneten Bezirkskonferenzen, um sich auszutauschen, sich gegenseitig zu stärken und ihre Gemeinschaft zu festigen. Aber nicht alle Brüder leisteten den Einladungen Folge. So gab sich die Brüderschaft am 28./29. September 1965 eine „Ordnung für die Bezirkskonferenzen“,³¹¹ die die Brüder nunmehr dazu anhielt, „die Konferenzen regelmäßig zu besuchen.“ Es sei eines jeden Bruders Pflicht, „durch seine Teilnahme und persönliche Mitarbeit zur Stärkung der brüderlichen Gemeinschaft beizutragen.“ Ausdrücklich erwähnt wurden die Brüderfrauen, die Hilfsdiakone, die Diakonenschüler und nicht zuletzt die Brüderwitwen, die möglichst auch zu den vierteljährlichen Zusammenkünften kommen sollten.³¹² Ein „Bezirksobmann“ trug die organisatorische Sorge und inhaltliche Ausgestaltung der Bezirkskonferenzen.

Vom „all-round-man“³¹³ zum Spezialisten – Die Brüderausbildung

Entgegen mancher Befürchtung hatte sich die Wichernschule, in der die bisherige Wohlfahrtsschule³¹⁴ aufgegangen war, doch nicht zur Konkurrentin der Brüderausbildung ent-

309 Bote, Neue Folge 12, Mai 1966, S. 8.

310 Jahresbericht 1967, S. 4.

311 Die Ordnung findet sich in: Satzung, Ordnung für die Bezirkskonferenzen und Lebensordnung der Brüderschaft des Stephanstiftes, o.D. [28.29.9.1965], S. 12f., AStH, unverzeichnet. Danach auch die folgenden Zitate.

312 Es scheint, als seien die Brüderfrauen und Brüderwitwen zunächst doch nicht berücksichtigt worden. Vgl. Niederschrift über die Brüderratssitzung, 26.3.1969, AStH, 1162.

313 Bote, Neue Folge 13, September 1966, S. 8.

314 Verschiedentlich ist auch von der „Wohlfahrtspflegeschule“ die Rede. 1960 wurde sie in „Fachschule für Sozialarbeit des Stephanstift“ umbenannt. Danach ging die Ausbildungsstätte – wie erwähnt – in der Wichernschule auf. Vgl. Aschenbrenner, 60 Jahre Evangelische Fachhochschule Hannover. S. 6.

wickelt.³¹⁵ Obgleich die Wichernschule einen hohen Zulauf hatte – 1962 blickte sie auf 101 Studierende, darunter 23 Frauen³¹⁶ –, war auch die am 20. März 1961 staatlich anerkannte „Diakonenfachschule Brüderhaus Stephansstift“ noch immer konstant nachgefragt. Aufgenommen wurden junge Männer im Alter von 18 bis 26 Jahren, vorausgesetzt, sie besaßen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder die Mittlere Reife.³¹⁷ Die Ausbildung dauerte in der Regel vier bis fünf Jahre, war also länger als die Sozialarbeiterausbildung in der Wichernschule. Einem zweijährigen praktischen Ausbildungsteil folgte eine ebenfalls zweijährige theoretische Ausbildung, in der – nach wie vor – das religiöse Moment sehr im Mittelpunkt stand: „Bibelkunde, Glaubenslehre, Kirchengeschichte, Sektenkunde, Katechetische Übungen und Wortverkündigungen, Gesangbuchkunde.“ Ergänzend kamen „kirchliche und allgemeine Rechts- und Sozialkunde, Diakonik, Jugendkunde, musische Erziehung, praktische Jugendarbeit und Heimkunde“ hinzu. Zugleich wurde den Bewerbern der Besuch einer Kirchenmusikschule, einer anerkannten Fachschule für Sozialarbeit oder einer ebenfalls staatlich anerkannten Krankenpflegerschule „in Aussicht gestellt.“³¹⁸ Nicht nur ein Zugeständnis an die sich ändernde gesellschaftliche Moral, sondern auch eine Absage an die bisher übliche Praxis, nach der sich kein Bruder während seiner Ausbildung verloben durfte,³¹⁹ war der folgende Hinweis: „Der Bewerber soll sich uneingeschränkt der Ausbildung widmen können. Darum soll er sich in der Regel vor Abschluss der Ausbildung nicht öffentlich verloben.“³²⁰ War man hinsichtlich der privaten Lebensführung also etwas großzügiger geworden, so blieben die sonstigen Regeln des Brüderhauses weiter bestehen. Die Diakonenschüler mussten im Brüderhaus wohnen und sich mehr oder weniger dem Regiment des Brüderhausvaters unterwerfen. Selbstverständlich blieb auch das Sendungsprinzip in Kraft, auch wenn das Brüderhaus Wert darauf legte, die Brüder möglichst auf ihnen genehme Dienststellen zu vermitteln.

Das gleichbleibend hohe Interesse an der „Höheren Fachschule für Sozialarbeit“³²¹ wie die Wichernschule seit 1966 zusätzlich firmierte, fachte die Diskussion über eine zeitgemäße Ausgestaltung der Diakonenausbildung erneut an. In der Tat war zu fragen, was den

315 Allerdings gab es hier und da noch Reibungsverluste. „Die Zusammenarbeit zwischen Wichernschule und Stephansstift steckt immer noch etwas in den Kinderschuhen.“ Vgl. Jahresbericht 1963, S. 5.

316 Jahresbericht 1963, S. 5. Die Zahlen stammen aus 1962.

317 Bote, Neue Folge 2, Dezember 1962, S. 11. Konnte ein Bewerber diese nicht vorweisen, so bestand die Möglichkeit, „vor der Einberufung in den theoretischen Unterricht im Stephansstift“ einen Lehrgang zur Vorbereitung für die „Schulwissenschaftliche Vorprüfung“ zu besuchen. Danach, S. 12, auch die folgenden Zitate.

318 Bote, Neue Folge 2, Dezember 1962, S. 12. 1966 arbeitete das Brüderhaus mit der Wichernschule, der Sozialen Frauenschule in Hannover, der Krankenpflegeschule des Henriettenstiftes, den Verwaltungsschulen des Annastiftes und des Stadtkirchenverbandes Hannover sowie mit der Landeskirchlichen Kirchenmusikschule Hannover zusammen. Vgl. Unterlagen für den Brüdertag, 27.9.1966, S. 14, AStH, unverzeichnet.

319 Üblicherweise musste der Vorsteher um Erlaubnis zur Verlobung und Eheschließung gefragt werden, die dieser durchaus versagen konnte. Die zukünftige Brüderfrau musste zudem einen Kurs besuchen, um mehr über die Arbeit ihres Mannes zu erfahren. Selbstverständlich erwartete das Brüderhaus, dass die Brüderfrauen späterhin unentgeltlich mitarbeiteten, etwa als Hausmutter.

320 Bote, Neue Folge 2, Dezember 1962, S. 11. Kursivierung durch die Vf.

321 Bote, Neue Folge 13, September 1966, S. 10.

Diakonen vom evangelischen Sozialarbeiter unterscheiden sollte. Schon zu Wolffs Zeiten hatte man sich mit diesem „ganz großen und schwierigen Problem“³²² beschäftigt.

1964 wurde die Ausbildungsordnung für Diakone in Zusammenarbeit mit dem Landeskirchenamt revidiert und „grundlegend verbessert“.³²³ Die Zeiten, in denen der Diakon „Inhaber einer Allroundausbildung“³²⁴ war, seien, so Janssen „doch wohl endgültig vorüber.“ Das Stephansstift wollte daher seine „Spezialausbildungsstätten“ weiter ausbauen, denn „der Diakon kann es sich am allerwenigsten leisten, für seine Arbeitsgebiete unzulänglich ausgerüstet zu sein.“ Für die Übergangszeit ebnete man nun mehr Diakonenschülern als zuvor den Weg in weiterführende „Sozialschulen“,³²⁵ etwa in die Pädagogische Hochschule in Hannover.

1967 war die Neugestaltung der Diakonenausbildung zu einem „gewissen Abschluss gelangt.“³²⁶ In einem vierjährigen Lehrgang durchliefen die Diakonenschüler zunächst ein praktisches Jahr, und zwar im „Pflege- oder sonstigen Anstaltsdienst“. Dann folgten ein – je einjähriger – Unterkurs, ein Gemeindepraktikum und ein Oberkurs, an dessen Ende die Diakonenprüfung stand. Bedeutend war in diesem Zusammenhang, dass man nun erstmals Englischunterricht eingeführt hatte. Dies sei „angesichts der gesamten Entwicklung“, wie Janssen sich etwas kryptisch ausdrückte, „notwendig geworden.“ Jedoch bezweifelte der Vorsteher, dass die Reform der Diakonenausbildung nunmehr abgeschlossen war: „Inzwischen sind aber alle Arbeitsformen der Diakonie komplizierter geworden und wissenschaftlich stärker durchdrungen. Darum ist eine Intensivierung der Ausbildung dringend zu wünschen. Das Brüderhaus wird sich bemühen müssen, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen.“ Der geforderten Spezialisierung wurde rasch entsprochen, und zwar mit der Gründung einer staatlich anerkannten „Fachschule für Sozialpädagogik mit der Fachrichtung Heimerziehung“.³²⁷ Besonders hervorgehoben wurde, dass auch verheiratete Männer die Fachschule besuchen könnten.³²⁸

Die Bemühungen um eine mehr theoretisch-wissenschaftlich fundierte Brüderausbildung stieß innerhalb der Bruderschaft nicht auf ungeteilte Zustimmung. Einige Brüder fürchteten, dass eine zu anspruchsvolle Ausbildung weniger begabte Interessenten abschrecken könnte. Andere wiederum gaben zu bedenken, dass eine vier-, in manchen Fällen auch fünfjährige Ausbildung potenziell geeignete Bewerber Abstand nehmen ließ, weil es zu lange dauerte, bis sie auf ein gutes Gehalt schauen könnten. Diese Position vertrat eine Zeitlang auch die Hannoversche Landeskirche. Ende September 1966 regte sie an, im Brüderhaus eine „dreijährige Ausbildung anzustreben.“³²⁹ Wieder andere sahen – angesichts der Verkirchlichung des Diakonenberufs – die Gefahr, „dass die einfachen Dinge nicht

322 Wolff an Bruder Friedrich Meyer, 7.12.1959, AStH, 1117. Ebd.

323 Jahresbericht 1964, S. 9.

324 Ebd., S. 10. Danach auch die folgenden Zitate.

325 Ebd., S. 9.

326 Jahresbericht 1967, S. 4. Danach auch die folgenden Zitate.

327 Janssen, Brüderrundbrief, 15.9.1967, S. 2.

328 Jahresbericht 1966, S. 8.

329 Unterlagen für den Brüdertag, 27.9.1966, S. 9. AStH, unverzeichnet.

mehr wahrgenommen werden, die nun einmal in jedem Berufsleben notwendigerweise vorkommen und die ja auch getan werden müssen.³³⁰ Diese Bedenken waren nicht neu, im Gegenteil. Sie begleiteten die Männliche Diakone seit ihrem Bestehen. Sollte man nun doch an dem Grundsatz „Ein Diakon kann alles“ festhalten oder wollte man ganz auf die Spezialisierung der Brüder setzen? Was war angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung und dem aus ihr folgenden Bedarf angemessen und zukunftssicher? Was aber würde dann einen Diakon noch von einem evangelischen Sozialarbeiter oder Wohlfahrtspfleger unterscheiden? Und für wen wollte man zukünftig verstärkt ausbilden?³³¹ Für den eigenen Bedarf? Dies hätte für das Stephansstift bedeutet, seine Kapazitäten in den Alten- und Erziehungsheimen ausbauen zu müssen, um genügend Dienststellen vorzuhalten. Andererseits nahmen viele Brüder diese Arbeitsfelder als nicht besonders attraktiv wahr und strebten in den staatlichen oder kirchlichen Dienst.

Auch Janssen trieben solche Sorgen um. Er fürchtete, dass das, „was die männliche Diakonie ausmacht und seit Wichern immer bestimmt hat, der Dienst am hilfsbedürftigen Menschen, am Menschen, der Erziehung, Pflege, Seelsorge braucht“,³³² aus dem „Blickpunkt unserer Brüderschaft“ verschwinden könnte. Vor allem dann, „wenn es bei der Ausbildungsstätte an Übungsfeldern für diese hohe Kunst der Diakonie fehlen sollte.“ Weiter sorgte sich der Vorsteher über eine gewisse „Kopflastigkeit“ des Stephansstifts, „weil seine Ausbildungsstätten immer mehr Gewicht“ gewinnen. In vielen sozialen, kirchlichen und diakonischen Arbeitsbereichen „stehen neben den Diakonen evangelische Sozialarbeiter, die in evgl. höheren Fachschulen für Sozialarbeit ausgebildet sind. Sie leisten keinesfalls weniger, sind auch keine schlechteren Christen und handeln aus der gleichen Verantwortung.“³³³ Es galt mithin, das Profil des Diakonenberufes zu schärfen.

Dieses Anliegen machte sich Bruder *Werner Hellemann* zu Eigen, der ausdrücklich für die Beibehaltung des Diakonenberufes warb. So habe die Diakonenausbildung einerseits „einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung eines jungen Menschen“, andererseits sei der Diakon letztlich „doch besser gerüstet, wenn es darum geht, als Fürsorger beim Hausbesuch oder als Bewährungshelfer einer Gefängniszelle durch die offen zutage tretenden Nöte und Sorgen hindurch zu stoßen in tiefere Schichten. Wie oft hat er gerade mit Menschen zu tun, die von offiziellen Vertretern der Kirche nicht mehr erreicht werden.“³³⁴

330 Jahresbericht 1967, S. 4.

331 Diese Diskussion haben wir am Beispiel der Brüderschaft des Wittekindshofes, die sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg gründete, nachgezeichnet. Für seine Behindertenarbeit wollte der Wittekindshof in einem dreijährigen Lehrgang vorrangig „Pflegediakone“ ausbilden, was u.a. zu einer Intervention Pastor Wolffs führte. Siehe: Schmuhl/Winkler, „Schreien“, S. 474–477.

332 Janssen, Brüderrundbrief, 22.6.1961, S. 4. Danach auch die folgenden Zitate.

333 Bote, Neue Folge 13, September 1966, S. 11. Danach auch das folgende Zitat.

334 Ebd., S. 12.

Anlässlich des Brüdertages 1967 brachte Janssen den Konflikt um die „richtige“ Diakonausbildung zur Sprache. Die verbindende Klammer sei, dass alle Brüder „Diener Jesu Christi“³³⁵ seien, gleich an welcher Stelle sie ihre Arbeit taten:

„Besonders bedrückt mich die Tatsache, das ich aus manchen Symptomen eine gewisse Spannung zwischen den verschiedenen Ausbildungswegen der Bruderschaft entnehmen muss. Es ist natürlich eine Tatsache, dass die Männliche Diakonie mit Brüdern in vielen sozialen und kirchlichen Berufen rechnet. Vom Kirchenmusiker führt der Weg über den Gemeinde- und Jugenddiakon zum Sozialarbeiter, Lehrer, Krankenpfleger oder Verwaltungsfachmann. Es ist eine große Palette und es liegt gewiss nahe, sich die Frage zu stellen, was die Hauptsache ist. Die Hauptsache aber ist nun einmal, dass jeder seines Weges froh und sicher ist, dass jeder sich bemüht und verpflichtet weiß, nach besten Kräften das Seine zu tun, um dem Menschen, dem er zu dienen hat, gerecht zu werden. Jeder soll Diakon, also Diener Jesu Christi sein. Dann hat er keine Möglichkeit, wertend und gar abwertend um sich zu blicken.“

Diese Frage sei, sagte Janssen, so schwerwiegend, „dass sie unter Umständen als Kernproblem des brüderschaftlichen Lebens gelten muss.“

Es scheint, als seien die Frontlinien zwischen den älteren und jüngeren Brüdern ebenso verlaufen wie zwischen den konservativen und liberaler gesonnenen unter ihnen:

„Unter uns sind Brüder, die noch das Kaiserreich erlebt haben, und andere, deren Lebenserfahrung ausschließlich durch die Erfahrung der Zeit nach dem Kriege, also durch Fortschritt, Optimismus und Aufstieg geprägt ist. Aber auch hier vollziehen sich schon Unterschiede: die ‚skeptische Generation‘ der fünfziger Jahre ist einer ‚unbefangenen sachlichen Generation‘ von heute gewichen.“

Man solle weder auf den „unentbehrlichen Schatz an Erfahrung“ der Älteren noch auf die „unverbrauchte Energie [...] und die zuweilen schnöde erscheinende Sachlichkeit der jüngeren Generation“ verzichten, appellierte Janssen an die Brüder und warb darum, dass alle ihre „Gaben und Fähigkeiten, ihre Haltungen und Erfahrungen in das Gesamtleben der Bruderschaft“ einbringen sollten.

Der bereits erwähnte Bruder Hellemann hatte eine weitere Belastung der Bruderschaft identifiziert, nämlich das Gefälle zwischen qualifizierten und unqualifizierten Brüdern, aber auch im Verhältnis zu den „zivilen“ Mitarbeitern:

„Natürlich gibt es gerade in der Heimarbeit manche erfahrene, tüchtige Diakone ohne staatliche Anerkennung und Spezialausbildung, die dennoch außerordentlich

335 Janssen, Bericht des Vorstehers, Brüdertag 1967, AStH, 1162. Danach auch die folgenden Zitate.

viel leisten und sich ein erhebliches Wissen angeeignet haben. Aber das sind nur Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Bei aller Einsatzbereitschaft und vorbildlichen Fleiß ist hier und da doch manchmal plötzlich zu erkennen, dass größere Zusammenhänge nicht deutlich genug übersehen werden, oder Reibungen mit Mitarbeitern kommen, die eine spezialisiertere Ausbildung durchlaufen haben.³³⁶

Bei der Brüderausbildung setzte das Stephansstift nicht nur stärker auf sozialpädagogische Fächer, sondern auch auf eine Revitalisierung des Amtes des Gemeindediakonen, meinte man doch in den letzten Jahren eine wachsende Geringschätzung des Gemeindediakonen beobachtet zu haben. Bruder *H. R. Bunnemann* sprach sogar – einen Artikel aus „Christ und Welt“ vom 26. August 1966 aufgreifend –, vom „Universaldilettanten der Kirche“.³³⁷ Hierzu habe aber, räumte Bunnemann selbstkritisch ein, nicht zuletzt die „hohe Einsatzbereitschaft“ der Brüder in den Gemeinden beigetragen. Womit er wohl meinte, dass sich die Brüder in den Gemeinden um wirklich jedes Problem und jedes Anliegen gekümmert hatten, sei es die Organisation eines Ausflugs für ältere Gemeindeglieder, die Begleitung bei Behördengängen oder der Aufbau eines Adventsbasars gewesen. Bunnemann war offenbar die Teilhabe der Brüder an der „Wortverkündigung, Seelsorge und an evangelischer Unterweisung“ zu kurz gekommen. „Wenn wir Gemeindediakone für unsere Arbeit suchen, dürfen wir ihnen nicht einen Hilfsdienst, eine Aushilfstätigkeit anbieten, sondern müssen ihnen sagen, wo sie ihren festen Platz und ständigen Ort in der Kirche haben“, stellte der Diakon klar. Dass die bereits entsandten Gemeindediakone „nach der zur Zeit noch geltenden Kirchengemeindeordnung nur einmal im Jahr zu Kirchenvorstandssitzungen zugezogen [werden]“,³³⁸ würden diese „mit Recht“ als „Unterbewertung ihrer Arbeit“ empfinden. Bunnemanns Antwort auf diesen Missstand war klar: „Die neue Kirchengemeindeordnung der Landeskirche wird den Gemeindediakonen den seiner Arbeit gebührenden Platz in der Gemeinde sichern müssen.“ Mit dem neuen Brüderhaus seien jetzt aber „die äußeren Voraussetzungen für eine gute Ausbildung von Gemeindediakonen“³³⁹ geschaffen worden. In der Tat wurde der Beruf des Gemeindediakons aufgewertet:

„Der Gemeindediakon erhält nun eine Spezialausbildung, die der Ausbildung eines Sozialarbeiters, Kirchenmusikers oder examinierten Krankenpflegers gleichrangig ist. Damit war eine Neuordnung des gesamten Ausbildungswesens erforderlich. Alle jungen Brüder durchlaufen einen Grundkursus, um sich sodann ihrer Spezialausbildung zuzuwenden.“³⁴⁰

336 Bote, Neue Folge 13, September 1966, S. 10f.

337 Ebd., S. 6. Danach auch die folgenden Zitate.

338 Ebd., S. 7. Danach auch die folgenden Zitate.

339 Ebd., S. 8.

340 100 Jahre Stephansstift, o.S.

Im Frühjahr 1967 wurden die praktische und theoretische Brüderausbildung stärker miteinander verzahnt. Verabschiedet wurden zudem „schriftliche Praktikumsbestimmungen“, die klarstellten, dass Praktikanten „Lernende“³⁴¹ und keine „Urlaubsvertreter“ oder gar „Ersatz für fehlende Mitarbeiter“ seien. Zudem hatte man das Thema der Jugendhilfe stärker im Curriculum verankert, ein dreiwöchiges Schulpraktikum und ein Seminar über „Einzel-fallhilfe (casework)“ wurden erstmals angeboten.

Die Entscheidung, die Brüderausbildung weiter zu akademisieren und zu professionalisieren, sollte sich lohnen. 1968 begannen fünfzig junge Männer eine Ausbildung zum Diakon.³⁴²

In diesem Zusammenhang stellte sich Janssen sicher nicht zu Unrecht die Frage, ob es gelingen würde, dem angehenden Diakon zu vermitteln, dass es auch „manche sehr schlichte und scheinbar nebensächliche Pflicht“ zu erfüllen gebe. Deren Wert und Bedeutung für das „Ganze des diakonischen Dienstes“ herauszuarbeiten, sei wesentliche Aufgabe der Brüderausbildung. Man sieht, es ging Janssen um einen umfassenden Dienstbegriff, der die anspruchsvollen und mit gesellschaftlicher Anerkennung verbundenen Aufgaben ebenso umfasste wie den „unscheinbaren“ und „stillen“ Dienst am Nächsten, der sich im „Verborgenen“ vollzog. Dass die „Diakonenfachschnle“ in „Höhere Fachschule“ umbenannt wurde, spiegelte auch begrifflich die Weiterentwicklung wider. Allerdings gab es auch sachliche Gründe für die Umbenennung, und zwar beim Umgang mit Ämtern und staatlichen Stellen. „Damit hängt dann zusammen, dass unsere Brüder zu ‚Studierenden‘ werden“³⁴³ bemerkte Janssen, um sogleich zu beschwichtigen: „Man halte das nicht für eine hochgestochene Überzüchtung, auch nicht für ein Abweichen von der diakonischen Demut und für einen Mangel an christlicher Grundhaltung.“

Es sollte sich zeigen, dass man bei den nun vorgenommenen Veränderungen nicht würde stehen bleiben können, da sich neuer Handlungsbedarf anbahnte:

„Die neuen Bestimmungen des Landes Niedersachsen für die Höhere Schule für Sozialpädagogik zwingen uns [...] zu überlegen, wie wir gegenüber dieser Ausbildung konkurrenzfähig bleiben können, ohne die selbstständigen Grundsätze unserer Ausbildung zu verlassen. Insofern geistert seit einigen Monaten im Brüderhaus das Stichwort der ‚Perspektivplanung‘ herum. Das soll heißen, wir stehen in Überlegungen, wie das Bild unserer Ausbildung in Zukunft aussehen soll.“³⁴⁴

Die „Perspektivplanung“ sollte nicht auf das Brüderhaus beschränkt bleiben, sondern alle Bereiche des Stephansstifts erfassen.

341 Kruse, Bericht des Brüderpastoren, in: Janssen, Brüderrundbrief, 15.9.1967, S. 5. Danach auch die folgenden Zitate.

342 Jahresbericht 1968, S. 3. Danach auch die folgenden Zitate.

343 Janssen, Brüderrundbrief, 10.4.1968, S. 11. Danach auch das folgende Zitat.

344 Kruse, Bericht des Brüderpastoren, in: Janssen, Brüderrundbrief, 15.9.1967, S. 6.

Neue Leitungsstrukturen?

Im März 1967 beschäftigte sich Janssen in einem Aufsatz im „Boten des Stephansstifts“ mit der Zukunft der Leitungsstrukturen der Einrichtung. Dabei warf er grundsätzliche und im Grunde auch heute noch aktuelle Fragen auf:

„Soll die Leitung der Anstalt in der Hand eines Theologen liegen? Ohne Zweifel ist diese Frage verständlich. Heute sind wirtschaftliche, organisatorische und fürsorgereiche Fragen in der Anstalt derart zahlreich und bedrängend, dass man in der Tat verstehen kann, wenn man fragt, ob der Theologe allen diesen Aufgaben nach seiner Vorbildung hinreichend gewachsen ist.“³⁴⁵

Pastor Janssen bejahte diese Frage für das Stephansstift und damit letztlich für seine Person. Zwar lägen Verwaltung und Organisation „durchweg in den Händen von entsprechenden Fachleuten“, gleichwohl sei es am jeweiligen Vorsteher, die „Kräfte und Mittel für den Zweck der Anstalt“ zu koordinieren und zusammenzufassen. Hierfür sei dieser besonders geeignet, da er aufgrund seiner theologischen Ausbildung die Fähigkeit besitze, „die Gesamtaufgabe auch von innen her zu überblicken.“ „Als Verkündiger des Evangeliums verweist er immer wieder den Mitarbeiter auf seinen letzten Auftraggeber, auf Gott, den Herrn, dem wir Glauben und Leben danken und der von uns letzte Verantwortung fordert.“³⁴⁶ Darum werde es dabei bleiben müssen, „dass in der Regel Theologen zugleich die Anstalt und die Anstaltsgemeinde zu leiten haben.“ Es sei nicht zu bestreiten, „dass alle genannten Aufgaben auch von Nichttheologen geleistet werden können“, aber „solange wir die diakonische Aufgabe als Anstaltsgemeinde zu erfüllen suchen, solange also die christliche Lebens- und Glaubensgemeinschaft besteht, ist die Leitung durch Theologen gerechtfertigt.“ Zum Schluss machte Janssen ein weiteres und wiederum aktuelles Argument geltend, nämlich jenes einer eigenen Wertebasierten Position in einer sich immer weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft:

„Ohne Zweifel lebt der Mensch von heute in einer ‚pluralistischen‘ Welt, in einer Welt, in der verschiedene Konfessionen, Religionen, Weltanschauungen und Ideologien miteinander bestehen. Eine solche Gesellschaft fordert viel Toleranz, und die Einübung dieser Toleranz ist eine entscheidende Aufgabe. Aber das Leben in dieser pluralistischen Welt fordert nicht nur die Anerkennung des Nächsten und der ihn erfüllenden Anschauungen, sie fordert ebenso das Vorhandensein eigener Überzeugungen und Haltungen.“

345 Bote, Neue Folge 15, März 1967, S. 6. Danach auch die folgenden Zitate.

346 Ebd., S. 7. Danach auch die folgenden Zitate.

Als die Studentenunruhen des Jahres 1968 das Stephansstift erreichten, sollte Janssens persönliche Toleranz einer ernsthaften Bewährungsprobe unterzogen werden.

„Wir sind sicher, das Lehrlingsheim Stephansstift ist zum Kotzen!“³⁴⁷ – APO-Zeiten

Die Heimkampagne der Außerparlamentarischen Opposition (APO) erreichte das Stephansstift im Spätsommer 1969 und traf die Anstalt gut vorbereitet an. Sorgfältig hatten Janssen und die mehrköpfige Erziehungsleitung die Revolte im Landesfürsorgeheim Glückstadt und die Flucht von rund dreißig Jugendlichen aus dem Fürsorgeerziehungsheim Staffelberg bei Biedenkopf nach Frankfurt beobachtet. Im Oktober 1968 gab sich Janssen noch relativ gelassen: „Im Stephansstift sind im Laufe der letzten Jahre schon fast alle diese Punkte durchgeführt. Die letzten Forderungen sind nunmehr in der Durchführung, nämlich die Abschaffung der Postzensur und das Ende der körperlichen Züchtigung als Erziehungsmittel.“³⁴⁸ Nach Glückstadt und Staffelberg war man hingegen alarmiert und begann, gegen eine mögliche „Heimbefreiung“ Vorkehrungen zu treffen. Im Juni 1969 einigte sich der Vorstand darauf, Mitarbeiter anzusprechen, die in der Lage seien, „demonstrierenden Jugendlichen [in geeigneter Weise, durchgestrichen] wirksam“³⁴⁹ entgegenzutreten, und diese entsprechend rhetorisch zu schulen. Dies schien dem Vorstand umso mehr geraten, „als auch in den Kreisen der Diakonenschüler selbst radikale Kräfte sein könnten.“ Diese Einschätzung lehnte Kruse entschieden ab. Er stellte sich vor die jungen Brüder: „Der Brüderpastor ist der Auffassung, dass die Diakonenschüler nicht so sehr ‚APO-verdächtig‘ sind. Die Schwierigkeiten, die in hohem Maße auch im Brüderhaus vorliegen, haben ihre Gründe im [„ungewöhnlich hohen“, durchgestrichen] Bedürfnis der jungen Leute nach [unleserlich, menschlicher?] Betreuung durch ihre Dozenten.“ Wohl aufgrund dieser Intervention wurde der Satz, dass es auch radikale Kräfte unter den Diakonenschülern gäbe, aus dem Protokoll gestrichen.

Anfang August 1969 trafen sich die Leiter von Heimen für Schulentlassene (Stephansstift, Freistatt, Großburgwedel, Johannesburg, Leinerstift, Kästorf, Ellener Hof, Landesjugendheim Göttingen), um ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen, wenn es zu einer „Invasion der außerparlamentarischen Opposition“³⁵⁰ in einer ihrer Einrichtungen kommen sollte. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die Polizei nur die *ultima ratio* sein könne. Man wollte sich der Diskussion mit Vertretern der APO durchaus stellen, bei möglichen

347 Abschrift des Flugblatts der „Aktionsgruppe Lehrlingsheim Stephansstift“, o.D. [23.10.1969], AStH, Liste P, 193 (Altakten).

348 Janssen, Bericht des Vorstehers, o.D. [Vorstandssitzung, 23.10.1968], AStH, 295. Danach auch die folgenden Zitate.

349 Vorstandsprotokoll, 26.6.1969, AStH, 294. Danach auch die folgenden Zitate.

350 Protokoll der Besprechung über den Aufruf „Kampf dem Heimterror“, ASTA-Informationen der Universität Frankfurt vom 10.7.1969, 4.8.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten). Das Protokoll ist als Dok. 159 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 445–452. Die asta-information nummer 5 vom 10. Juli 1969 ist überliefert in: AStH, Liste P, 193 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate.

Besetzungen sollten Kennzeichen der Autos festgehalten und Fotos der „Invasoren“ angefertigt werden. Zudem wurde davor gewarnt, dass mit „Praktikanten oder Wehrdienstverweigerern“ Sympathisanten der APO in die Heime eingeschleust werden könnten. „Es ist daher ratsam, diesen Personenkreis im Auge zu behalten“, damit diese keine „Basisgruppen“ aufbauen könnten, womit ein Generalverdacht gegen diese Gruppe junger Männer ausgesprochen war. Zugleich übten sich die Anwesenden in Selbstkritik: „Übertriebene Ordnungs- und Sauberkeitsforderungen, autoritäre Strukturen in der Erziehung, Betrauung von Minderjährigen mit Aufsichtsfunktionen, die eigentlich der Erzieher zu übernehmen hat usw., müssen immer wieder reflektiert und abgebaut werden, um den Zögling zur Mündigkeit zu erziehen.“³⁵¹ Interessant war der Hinweis, dass sich einige Heime auf Geldstrafen verlegt hatten: „Die Geldstrafe scheint aber eine der wenigen Möglichkeiten zu sein, wichtige Ordnungsgrenzen im Heim zu verteidigen.“ In einem Heim mussten z.B. Jungen, die sich tätowieren ließen, zehn DM Strafe zahlen. Weiter dachte man darüber nach, Löhne in Anlehnung an Tarifentgelte zu bezahlen. Übrigens erhielten auch die Lehrlinge im Stephansstift keine Ausbildungsvergütung, sondern lediglich ein Taschengeld. Zudem waren die Leitungen sich einig, dass für die in den anstaltseigenen Betrieben arbeitenden Jungen und Mädchen Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden müssten. Versicherungspflichtig waren sie bis dahin mit einer Pauschalsumme. Hierzu muss man wissen, dass 1969 noch keine Richtlinien des Landesjugendamtes oder des Kultusministeriums existierten,

„die etwas Genaueres über die Behandlung von Lehrlingen in heimeigenen Betrieben aussagen. Die einzige Rechtsgrundlage ist bislang das Urteil des Bundessozialgerichtes, in dem generell festgelegt worden ist, dass Lehrlinge heimeigener Werkstätten versicherungspflichtig sind. Im Tenor dieses Urteils ist die jetzige Handhabung, Lehrlinge nur pauschal zu versichern und ihnen ein Taschengeld zu gewähren, durchaus anerkannt.“³⁵²

Dass die Heimleiter die Forderung der APO, den Hausputz durch die Zöglinge abzuschaffen und stattdessen Putzfrauen einzustellen, als „nachgeradezu reaktionäre und spätkapitalistische Forderung“³⁵³ qualifizierten, warf ein Licht auf die Ambivalenz vermeintlich progressiver Ideen. Unterdessen bereitete man sich im Stephansstift weiter auf mögliche „Aktionen“ vor. Im August 1969 fanden zwei Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für diejenigen Erzieher des Lehrlingsheims, des Backhausenhofes und Großmoors

351 Protokoll der Besprechung über den Aufruf „Kampf dem Heimterror“, ASTA-Informationen der Universität Frankfurt vom 10.7.1969, 4.8.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate.

352 Nietzsche, Vermerk betr. Vergütung für Lehrlinge im Stephansstift, 4.8.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten).

353 Protokoll der Besprechung über den Aufruf „Kampf dem Heimterror“, ASTA-Informationen der Universität Frankfurt vom 10.7.1969, 4.8.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten).

statt, die sich bereit erklärt hatten, im Bedarfsfall mit Vertretern der APO zu diskutieren.³⁵⁴ Hier und da zeigten sich nun öfter Konflikte zwischen den Bewohnern und den Erziehern. Zum Beispiel gab es Differenzen hinsichtlich des Haarschnitts, ein zeittypisches Phänomen auch in „normalen“ Familien. Im Stephansstift lehnte man längeres Haar für die Jungen ab, die Jugendlichen hatten sich glatt zu rasieren:

„Die Regelung im Stephansstift, dass Jugendliche in der Heimerziehung keine Beatle-Mähnen und keinen Bart tragen dürfen, wurde u.a. mit dem Hinweis auf die notwendige Hygiene begründet. Gleichzeitig wurde bemerkt, dass bei Lehrlingen oftmals die Lehrmeister auf einen ‚ordentlichen‘ Haarschnitt bestehen. Außerdem wurde die Ansicht vertreten, dass eine Veränderung des Haarschnittes nach der Heimzuführung u.U. eine positive Auswirkung auf die weitere Entwicklung und Haltung der Jugendlichen haben kann. Unter Berücksichtigung momentaner Modereichtungen muss jedoch darauf geachtet werden, dass bereits aufgetretene körperliche Verwahrlosungserscheinungen durch den Heimaufenthalt behoben werden.“

Ein weiterer Streitpunkt war das Öffnen der Post durch die Heimleitung. Dies war zwar gestattet, wurde aber in Fachkreisen als Grundrechtsverletzung begriffen.³⁵⁵ Im Stephansstift war man sich der Problematik durchaus bewusst: „Die Briefzensur stellt [...] einen erheblichen Eingriff in die persönliche Freiheit dar. Aus diesem Grund war eine Abschaffung der Briefzensur zu überlegen.“³⁵⁶ Allerdings sah man in diesem Fall viele Probleme. Man fürchtete eine negative Beeinflussung und die Unterschlagung wichtiger Schriftstücke, man war besorgt über eine eventuelle mangelnde Kenntnis über alles, was mit dem Elternhaus zusammenhing, usw. Schließlich kam das eigentliche Problem zur Sprache, das fehlende Vertrauensverhältnis auf allen Seiten: „Bei der aufgehobenen Postzensur können die geschilderten Schwierigkeiten nur dann aufgefangen werden, wenn zwischen dem Erzieher und dem Jugendlichen ein guter pädagogischer Bezug besteht. Ist das z.B. im Aufnahmeheim [gemeint ist der Backhausenhof] immer möglich?“

Schon bald sollten sich die Ereignisse überschlagen. Bereits im Frühsommer hatte es einen eintägigen „Proteststreik“³⁵⁷ der Diakonenschüler gegeben, weil „angeblich die Dozentschaft nicht bereitwillig genug diskutiert hatte.“ Allerdings sei der Streikbeschluss nur aufgrund einer „Zufallsmehrheit“ gefasst worden. Der Protest der Jungbrüder wurde übrigens auf die „Rote-Punkt-Aktion“ zurückgeführt. Nach einer Fahrpreiserhöhung von 50 auf 66,67 Pfennige, also über 30 Prozent, auf die am meisten genutzte Sammelkarte kam es

354 Erziehungsleitung des Stephansstifts an die Herren Janssen, Kruse, Heppel u.a., 20.8.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate.

355 Vgl. hierzu das Gutachten von Prof. Dr. Erhard Denninger, Jugendfürsorge und Grundgesetz, 8.7.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten).

356 Erziehungsleitung des Stephansstifts an die Herren Janssen, Kruse, Heppel u.a., 20.8.1969, S. 4, AStH, Liste P, 193 (Altakten). Danach auch das folgende Zitat.

357 Janssen, Bericht des Vorstehers, 24.9.1969, AStH, 295. Danach auch die folgenden Zitate.

ab dem 7. Juni 1969 zu Massenprotesten, Demonstrationen und Bus- und Straßenbahnblockaden. PKW-Halter, die bereit waren, Fahrgäste mitzunehmen, klebten sich einen roten Punkt auf die Windschutzscheibe. Ein Verkehrschaos blieb aus, am 18. Juni 1969 beschloss der Stadtrat, einen Einheitsfahrpreis von 50 Pfennigen pro Fahrt einzuführen.

Auch hatte es Unruhen im Lehrlingsheim wegen der „Qualität der Verpflegung“ gegeben. Mit der Einsetzung eines „Verpflegungsausschusses“ – im Heimjargon „Würstchen-Parlament“³⁵⁸ – wurde dieser erste zaghafte Protest abgefangen. „Bisher hat sich keinerlei Vorgang abgespielt, der Befürchtungen schwerer Art auslösen könnte“,³⁵⁹ erklärte Janssen im September 1969. Dies läge, so der Vorsteher weiter, daran, dass man im Stephansstift schon „seit langem“ eine Pädagogik praktiziere, wie sie „heute aktuell“ sei. Dies gelte sowohl für den Stellenplan als auch für die „innere Einstellung der Erziehschaft“. Mit Verweis auf Heime in anderen Bundesländern, namentlich in Hessen, gab sich Janssen hinsichtlich möglicher Aktionen im Stephansstift gelassen: „Wir sind der Ansicht, dass es zwar Unruhe geben kann, dass aber bei uns mit einer ‚Revolve im Erziehungsheim‘ nicht gerechnet werden braucht.“

Mitte/Ende Oktober begannen Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentebundes (SDS), die Janssen in der Technischen Universität Hannover vermutete,³⁶⁰ im Lehrlingsheim mit „Agitationen“:³⁶¹

„Bisher sind drei Flugblätter verteilt worden, in denen eine Reihe von Forderungen zugunsten der betreuten Lehrlinge erhoben werden. Die Leitung des Stephansstifts verfolgt diese Aktionen mit äußerster Sorgfalt. Sie hat sich der Hilfe des Landesjugendamtes und der Polizeibehörde ausdrücklich versichert. Bisher verhalten sich die im Lehrlingsheim betreuten Jugendlichen relativ ruhig. Heimleitung und Erziehschaft haben sich ausgezeichnet bewährt.“

Am 23. Oktober 1969 wurde vor dem Lehrlingsheim ein Flugblatt verteilt,³⁶² das u.a. die Entlassung prügelnder Erzieher,³⁶³ die Abschaffung des Progressivsystems³⁶⁴ und Mädchen-

358 Heimgespiegel 1970, S. 20f.

359 Janssen, Bericht des Vorstehers, 24.9.1969, AStH, 295. Danach auch die folgenden Zitate.

360 Janssen an das Landesjugendamt Hannover, 31.10.1969, AStH, Akte P, 193 (Altakten).

361 Vorstandsprotokoll, 10.11.1969, AStH, 294. Danach auch das folgende Zitat. Zur damaligen Agitation gehörte auch die Verbrennung eines Sarges mit der Aufschrift „Heimerziehung“ vor dem Lehrlingsheim. Freundliche Mitteilung von Bruder Heinrich-Wilhelm Cohrs an Ulrike Winkler, 4.4.2019.

362 Die Flugblätter wurden von Studenten der Wicherschule verteilt. Erziehungsleiter Cohrs hatte sich übrigens bereit erklärt, diese Flugblätter selbst zu verteilen, was die Studenten jedoch ablehnten. Freundliche Mitteilung von Bruder Heinrich-Wilhelm Cohrs an Ulrike Winkler, 4.4.2019.

363 „Es gibt zwar ‚offiziell‘ keine Prügelstrafe, aber Herrn H. gehen ziemlich oft die Nerven durch (sprich die Faust los).“ Abschrift des Flugblatts der Aktionsgruppe Lehrlingsheim Stephansstift, o.D. [23.10.1969], AStH, Liste P, 193 (Altakten).

364 Bei dem hier in Rede stehenden Progressivsystems gehe es „nur darum, dass die leider sehr wenigen Einzelzimmer gerecht verteilt und nach Möglichkeit denen gegeben werden, die zur Entlassung anstehen. Bei dem Neubau wird auf die Unterschiede zwischen Wohngruppen völlig verzichtet.“ Janssen, Platner,

besuche im Lehrlingsheim forderte. Gerade im letzten Punkt gaben sich die Protestanten despektierlich: „Mädchenbesuch. Vielleicht haut's bei Janssen und Co. nicht mehr richtig hin. Wir jedenfalls sind gern mit Mädchen zusammen.“ Zwei Stunden später kursierte ein Gegenflugblatt der Anstaltsleitung, das die Kritik der Lehrlinge zurückwies bzw. nicht aufgriff. Ungeachtet der Tatsache, dass sich manche Erzieher noch mit Schlägen durchsetzten, erging der folgende Hinweis: „Jedem Heimbewohner ist bekannt, dass es keine Prügelstrafe gibt.“³⁶⁵ Die ihr unterstellte Angst wies die Heimleitung mit Verweis auf die NS-Zeit zurück: „Im Flugblatt heißt es, die Heimleitung habe Angst. Sie hat tatsächlich Angst; aber nicht vor Euch und auch nicht vor der APO. Sie hat Angst um unser aller Zukunft. Schon einmal haben wir erlebt, was passiert, wenn die Unvernunft triumphiert.“ Janssen und Platner, die geschickt die Protestformen der APO adaptiert hatten, gaben die Initiative nun nicht mehr aus der Hand. Noch am selben Abend luden sie die Lehrlinge zu einer Vollversammlung ein. Dort gab sich Janssen aufgeschlossen. Hinsichtlich der Frage der Berufsberatung durch das Arbeitsamt zeigten sich, räumte Janssen ein, „teilweise auch wohl berechnete Klagen.“³⁶⁶ Dass Leitung und Lehrlinge einen unterschiedlichen Blick auf die Dinge hatten, zeigte sich besonders beim „Punktesystem“, mit dem etwa die „Wohnlichkeit einer Gruppe“ bewertet wurde. Das Erreichen einer bestimmten Anzahl von Punkten brachte Vergünstigungen mit sich, konkret: einen längeren Ausgang. Allerdings seien es, wie Janssen ausführte, nicht die Erzieher, sondern der Heimbeirat selbst gewesen, der dieses Bewertungsvorgehen eingeführt hatte – was die Aktionsgruppe Lehrlingsheim Stephansstift bestritt: „Das Punktesystem ist auf Drängen der Erzieher im Parlament beschlossen worden. Jeder im Heim weiß, dass im Parlament nur das beschlossen wird, was den Erziehern in den Kram passt. (Allein das Wort ‚Revierreinigen‘ zeigt, dass die Anstaltsleitung das Lehrlingsheim Stephansstift mit einer Kaserne verwechselt!).“³⁶⁷ Ob die Lehrlinge mit dem Verlauf der Vollversammlung zufrieden waren, ist nicht überliefert. Gegenüber dem Landesjugendamt berichtete Janssen von einer – aus seiner Sicht – gelungenen Veranstaltung:

„Ebenso stellte es sich heraus, dass die Jungen in Bezug auf Einsicht in ihren Führungsbericht und die Möglichkeit, schriftlich dazu Stellung zu nehmen, längst unterrichtet waren, dass Prügelstrafe nicht ausgeübt wird, dass es keine Postzensur gibt und dass die Jungen mit der bestehenden christlichen Hausordnung des Hauses durchaus einverstanden sind. [...] Die Heimvollversammlung, die um 20 Uhr begonnen hatte, wurde unter sehr lebhaftem Beifall kurz vor 23 Uhr geschlossen.“³⁶⁸

Preuß (Präsidium des Heimbeirates), Flugblatt: „Lehrlinge im Stephansstift!“, o.D. [23.10.1969], AStH, Liste P, 193 (Altakten). Danach auch das folgende Zitat.

365 Janssen, Platner, Preuß (Präsidium des Heimbeirates), Flugblatt: „Lehrlinge im Stephansstift!“, o.D. [23.10.1969], AStH, Liste P, 193 (Altakten). Danach auch das folgende Zitat.

366 Janssen an das Landesjugendamt Hannover, 24.10.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten).

367 Abschrift des Flugblatts der Aktionsgruppe Lehrlingsheim Stephansstift, o.D. [23.10.1969], AStH, Liste P, 193 (Altakten).

368 Janssen an das Landesjugendamt Hannover, 24.10.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten).

Am 13. November 1969 tauchte erneut ein Flugblatt auf, das alle Forderungen der „Aktionsgruppe“ der Lehrlinge noch einmal zusammenfasste:

- „1. Abschaffung des Progressivsystems;
2. Abschaffung des Punktsystems;
3. Ausgangsverlängerung;
4. Die ‚sogenannten‘ Erzieher haben uns mit Sie anzusprechen;
5. Auszahlung der vollen Lehrvergütung;
6. Auszahlung des Weihnachtsgeldes durch den Betrieb;
7. Besseres Essen;
8. Freie Berufswahl;
9. Ablösung des H. [Name eines Erziehers];
10. Abschaffung der Postzensur;
11. Rausschmiss aller ‚sogenannten Erzieher‘, die prügeln.

Wir haben es satt, wie Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden. Sollten unsere Forderungen nicht erfüllt werden, wenden wir uns an die Öffentlichkeit. [...] Die Aktionsgruppe der Lehrlinge im Stephansstift ist gut organisiert.“³⁶⁹

Das Flugblatt scheint, soweit sich dies recherchieren ließ, das letzte gewesen zu sein. Janssen bewertete die Situation als relativ beruhigt: „Es wird angenommen, dass einige Jungen Mitglieder oder jedenfalls ständige Gäste des SDS Hannover sind. Daher muss mit weiteren Beunruhigungen geringen Umfanges gerechnet werden. Im Ganzen kann die Situation jedoch als ruhig und geordnet bezeichnet werden.“³⁷⁰ Er fuhr fort: Das Flugblatt beleuchte „eindeutig die Notwendigkeit der Errichtung des seit vielen Jahren geforderten Neubaus, der praktisch das Progressivsystem, das allerdings ohnehin kaum besteht, ausschalten und erheblich bessere pädagogische Bedingungen zur Folge haben würde.“ Janssen zeigte sich also in Teilen solidarisch bzw. teilte die Auffassung der Flugblattschreiber hinsichtlich des Progressivsystems und vertrat diese Position bzw. instrumentalisierte diese gegenüber dem Kultusministerium in Hannover: „Trotzdem unterstreicht das Flugblatt die Notwendigkeit des Lehrlingsheimneubaus und damit die Abstellung bestimmter struktureller Probleme (insbesondere der vom alten Progressivsystem her noch vorhandenen baulichen Schwierigkeiten).“³⁷¹

Hatten die Lehrlinge etwas erreicht? Nach eigenem Bekunden nur wenig. Man habe kleine Zugeständnisse erkämpft, trotzdem habe sich nichts Grundlegendes verändert: „Es ist geblieben: die Angst vor Verlegung, wenn wir nicht kriechen; die Willkür in der

369 Flugblatt der Aktionsgruppe Lehrlingsheim Stephansstift, 13.11.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten).

370 Janssen an das Landesjugendamt Hannover, 4.12.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten). Danach auch das folgende Zitat.

371 Janssen an Oberregierungsrat Mund, 4.12.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten).

Punktwertung; das Abteilungssystem (Progressivsystem).³⁷² Nun müssten sich alle Lehrlinge solidarisch zueinander verhalten: „Als einzelne können wir vielleicht Spatz werden – oder Torf stechen –, wenn wir uns einig sind, können wir unsere Situation verändern.“ Die Hinweise auf den „Spatz“ und das „Stechen von Torf“ beschreiben die beiden Pole der Heimerziehung. So war ein „Spatz“ ein Junge im Lehrlingsheim, der es mit Wohlverhalten geschafft hatte, in die Gruppe der „Spatzen“ aufgenommen zu werden. In dieser Wohngruppe gab es Einzelzimmer und größere individuelle Freiheiten, etwa längeren Ausgang oder einen eigenen Schlüssel. Torfstechen kann hier wohl als Synonym für „Freistatt“ begriffen werden, jener Dependance der v. Bodelschwingschen Anstalten im Diepholzer Moor, die als pädagogische „Endstation“ galt und eine der härtesten Einrichtungen war.

Ihre Bemühungen sahen die Lehrlinge als Beitrag zum gesellschaftlichen Umbruch: „Wir stehen im Stephansstift nicht allein, unsere Auseinandersetzung ist nur Teil der Auseinandersetzung für die Veränderung der Lehrlingsheime in der Bundesrepublik.“ Es würde Zeit, selbst zum Handeln zu kommen: „Noch müssen Wichernschüler unsere Flugblätter verteilen. Heute kommen wir alle das erste Mal ohne Kontrolle der Heimleitung zusammen. In Zukunft brauchen wir keine Flugblätter mehr, um uns zu informieren!“ Die angekündigte Versammlung fand – folgt man Janssen – nicht statt, „ebenso seien keine Versuche gemacht worden, die Ordnung des Hauses zu stören, obwohl solche Versuche von Außenstehenden angekündigt worden waren.“³⁷³ Mehr noch: Statt zu dem Treffen „ohne Erzieher“ zu gehen, hätten die Lehrlinge das Angebot der Heimleitung wahrgenommen und mit ihren Erziehern diskutiert.³⁷⁴ Janssen zeigte sich übrigens davon überzeugt, dass es sich bei den Unruhen im Stephansstift „um ein Eingreifen von außen handelt, bei dem Studierende der Wichernschule beteiligt sein dürften.“³⁷⁵ Die allermeisten Lehrlinge hätten, so Janssen, überhaupt kein Interesse an ihrer Befreiung, im Gegenteil: Sie hätten die Flugblattverteiler bedroht und vom Heimgelände vertrieben.

In der Tat orientierten sich die Lehrlinge des Stephansstifts mehrheitlich an den etablierten Parteien und an der NPD, die 1969 zum ersten Mal zu einer Bundestagswahl antrat. „Links“ oder gar „revolutionär“ waren die wenigsten gesonnen. Dies zeigte eine „Probewahl“ zum 6. Deutschen Bundestag. Am 27. September 1969, also einen Tag vor der eigentlichen Wahl, füllten 96 Lehrlinge einen originalgetreuen Stimmzettel aus. Die Auszählung ergab folgendes Ergebnis:

372 Abschrift eines Flugblattes der „Aktionsgruppe Lehrlinge im Stephansstift“, o.D. [1969], AStH, Liste P, 193 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate.

373 Janssen an Pastor Jahn, Wichernschule, 4.12.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten).

374 Janssen an Oberregierungsrat Mund, 4.12.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten).

375 Janssen an Pastor Jahns, Wichernschule, 4.12.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten).

Ergebnisse der „Probewahl“ der Lehrlinge des Stephansstifts zum 6. Deutschen Bundestag 1969

Partei	Erststimme		Zweitstimme	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
CDU	17	17,8	17	17,8
SPD	41	42,7	41	42,7
FDP	10	10,4	11	11,4
ADF*	8	8,3	7	7,2
NPD	18	18,7	17	17,8

* ADF: Aktion Demokratischer Fortschritt, ein linkes Wahlbündnis.

Quelle: Heimgespiegel 1969, S. 21f.

Auch in ihren Wünschen und Hoffnungen für ihre Zukunft unterschieden sich die Lehrlinge letztlich nicht von der „Mehrheitsgesellschaft“, wie eine Fragebogenaktion eines Praktikanten ebenfalls 1969 offenbarte. Sie ergab, dass alle Befragten das Lehrlingsheim so bald wie möglich verlassen wollten. Jeder wollte auf eigenen Beinen stehen und für sich selbst sorgen. Daher stand der Wunsch nach einer „vernünftigen Arbeit“, mit der man auch für eine eigene Familie aufkommen konnte, im Vordergrund. Allerdings gab es auch einige, die ihre Perspektiven verhalten bis pessimistisch bewerteten:

- „Selbstständig machen, dann anderen Beruf; Schnauze jetzt schon voll“
- „Auslernen, dann in Fabrik arbeiten.“
- „Rosige Zeiten“ (*Anmerk.: Sinngemäß gleiche Antworten kamen etwa zehnmal vor, ohne dass sie extra als sarkastisch erklärt wurden*)
- „Arbeitsam, Familie ernähren, kein eigenes Kind soll jemals in ein Heim.“
- „So schnell wie möglich hier raus, zu Hause arbeiten ...“
- „Eigener Herr, vernünftige Arbeitsstelle“
- „Nicht rosig, denn ich fürchte, dass ich bald einen Nervenzusammenbruch kriege.“
- „Nicht besonders gut“
- „Ich werde mir hier in Hannover ein Zimmer nehmen und als Geselle auf der jetzigen Firma weiterarbeiten. Ich werde Fortbildungskurse besuchen.“
- „Sehr schwer; man muss sich, wenn man aus einem Heim kommt, völlig umstellen. Es wird ein schlechter Start.“
- „Genug lernen, mindestens zwei Berufe; falls ein Beruf aus irgendwelchen Gründen ausfällt, dass ich einen in Reserve habe.“
- „Auslernen, nach Hause, weiterarbeiten“
- „Nicht besonders rosig“
- „Später, wenn ich hier raus bin, will ich heiraten und ein eigenes Geschäft aufmachen und eine moderne Wohnung haben.“

„Auslernen, jedenfalls versuchen; wenn nicht, auch egal. Danach keinen Beruf, auswandern.“

„Ein Jahr LH [Lehrlingsheim], Familie“

„Gesellenprüfung, raus aus dem Heim.“

„Rosig – sarkastisch gemeint –, heiraten, Familie ...“³⁷⁶

Konzentriertes heilpädagogisches Engagement – Clausthal-Zellerfeld

Das Stephansstift nahm immer wieder Jungen mit einem erhöhten pädagogischen, auch heilpädagogischen Bedarf auf. Man versuchte, ihnen mit eigenen kleinen Gruppen und mit Sonderschulunterricht gerecht zu werden, sah sich aber mit zunehmenden Platzproblemen konfrontiert. Im September 1966 beschloss der Vorstand, die Plätze im Knabenhof zu reduzieren, um eine „Verringerung der Gruppenstärke zu erreichen.“³⁷⁷ Ein Neubau kam – wohl aufgrund der Aufwendungen für den Backhausenhof und das neue Brüderhaus – nicht in Betracht. Von der anfänglichen Idee, das Kinderheim des Privatgelehrten und Lehrers Dr. *Heinz Ritter-Schaumburg* (1902–1994) in Schaumburg zu pachten, nahm man nach einer intensiven Besichtigung Abstand, „weil das stark verwohnte und für unsere Belange nicht zweckmäßig gebaute Haus zu hohe Investitionen erfordert hätte.“³⁷⁸ Daraufhin wandte man sich im Frühjahr 1967 dem Haus Voigtslust in Clausthal-Zellerfeld zu. Das ehemalige Hotel hatte während des Krieges als Lazarett und Flüchtlingsunterkunft gedient, zuletzt führte das DRK Erholungsmaßnahmen für Mädchen und Jungen durch.³⁷⁹ Eine Besichtigung des Hauses offenbarte nicht nur ausreichende und praktische Räumlichkeiten für rund 120 Jungen und deren Erzieher, sondern auch einen „erstaunlich guten Bauzustand“. Man beschloss, in ernsthafte Verhandlungen einzutreten, wobei der Vorstand hoffte, den geforderten Kaufpreis von 650.000 DM herunterhandeln zu können. Interne Berechnungen hatten nämlich Investitionskosten von rund 800.000 DM ergeben. Eine alternative Berechnung ließ den Vorstand erschrecken. Der Gesamtinvestitionsbedarf einschließlich des Kaufpreises betrug nun rund 3,6 Mio. DM.³⁸⁰ Daher ging man von einem Großheim ab und legte nunmehr nur noch 72 Plätze zu Grunde, was sich in Bau- und Einrichtungskosten in Höhe von 1,8 Mio. DM niederschlagen würde. Die Finanzierung erwies sich als schwierig. Das Stephansstift hoffte auf ein umfängliches Engagement des Landes Niedersachsen. Kurze Zeit bestand die Hoffnung, dass ein anderer Heimträger auf eine Landesbürgschaft in Höhe von 600.000 DM verzichten würde. Mit dieser Summe wäre die Finanzierung durch

376 Antworten von Bewohnern des Lehrlingsheims auf die Frage „Wie stellst du dir deine Zukunft vor?“, gestellt im Rahmen einer Umfrage des Praktikanten W. H., o.D. [ws. Spätsommer 1969], AStH, 772. Nachzulesen als Dok. 156 in Winkler/Schmuhl, *Heimwelten*, S. 440f. Der komplette Fragebogen inklusive Auswertung ist als Dok. 155 abgedruckt in: ebd., S. 428–440. Kursivierung im Original.

377 Vorstandsprotokoll, 5.9.1966, AStH, 294.

378 Vorstandsprotokoll, 26.1.1967, AStH, 294.

379 Vorstandsprotokoll, 12.4.1967, AStH, 294. Danach auch das folgende Zitat.

380 Vorstandsprotokoll, 4.10.1967, AStH, 294. Danach auch die folgenden Angaben.

die Landesbank zu sichern gewesen. Da der andere Heimträger die Bürgschaft schließlich doch noch in Anspruch nahm, forderte der Vorstand das niedersächsische Kultusministerium auf, sowohl eine verbindliche Zusage für eine Landesbürgschaft als auch eine Pflegsatzgarantie abzugeben. Diese Konstruktion erwies sich mit Hilfe der Niedersächsischen Landesbank und der Versorgungskasse der Deutschen Diakonenschaft als tragfähig,³⁸¹ so dass man noch 1968 mit den Umbaumaßnahmen beginnen konnte. Tatsächlich sollten die veranschlagten 1,8 Mio. DM ausreichen. Einige zusätzliche, aber nicht alle Renovierungen waren möglich:

„Mit dem vorhandenen Geld konnten etliche bauliche Maßnahmen durchgeführt werden, die zunächst nicht vorgesehen waren. [...] Die Auflagen des Landesjugendamtes sehen u.a. den Bau einer Schmutzschleuse, eines Schuhputzraumes und eines Trockenraumes für nasse Kleider, ferner Duschen in den Abteilungen vor. Darüber hinaus wird es erforderlich sein, die schulischen Verhältnisse zu verbessern.“³⁸²

Dahingegen tat man sich mit den laufenden Kosten schwerer. Dies galt vor allem für den Personalbereich, den Janssen gut ausgestattet sehen wollte, was zu Konflikten mit seinem Vorstand führte:

„Der Vorstand ist besorgt über die Differenz zwischen den Kalkulationen 1967 und 1969, die in Änderungen des Personalstellenplans begründet liegt. Der Vorstand rügt, vom Vorsteher nicht rechtzeitig und umfassend über die von ihm erforderlich gehaltenen Änderungen im Personalstellenplan unterrichtet worden zu sein.“³⁸³

Nach längerer Diskussion wurde zwar ein außerordentlicher Etat für das Jahr 1969 gebilligt, allerdings wurde der Stellenplan empfindlich heruntergefahren: „Der Vorstand streicht zunächst die Stelle eines Hofmeisters, einer Lehrerin, eines hauptamtlichen Musikerziehers und eines hauptamtlichen Sporterziehers. Die übrigen [Stellen] sollen sparsam nach Bedarf besetzt werden.“³⁸⁴

Am 13. Mai 1969³⁸⁵ konnte das „Oberharzer Jungenheim“ für „lernbehinderte und entwicklungsgestörte Kinder mit Heimschule“³⁸⁶ eröffnet werden. Es hielt – wie geplant – siebenzig Plätze und eine eigene Schule mit elf Räumen³⁸⁷ bereit. Die Belegung des Heimes kam jedoch nur schleppend voran: „Bisher ist nur die Hälfte der Plätze belegt“,³⁸⁸ berichtete

381 Vorstandsprotokoll, 22.1.1968, AStH, 294.

382 Vorstandsprotokoll, 10.11.1969, AStH, 294.

383 Vorstandsprotokoll, 17.3.1969, AStH, 294.

384 Vorstandsprotokoll, 30.4.1969, AStH, 294.

385 In 100 Jahre Stephansstift, o.S. wird der 15. April 1969 als Eröffnungstag angegeben.

386 Janssen, Bericht des Vorsitzenden für den Brüdertag, Anlage 7 zum Brüderundbrief, 2.5.1969, S. 6.

387 Janssen, Grundsätze für die Zusammenarbeit Heim – Schule in Clausthal, o.D. [1968/1969], AStH, 295.

388 Janssen, Bericht des Vorstehers, 24.9.1969, AStH, 295. Danach auch die folgenden Zitate.

Janssen Ende September 1969. Es scheint, als habe man den Knabenhof nicht so umfassend entlastet, wie man dies ursprünglich geplant hatte. Stattdessen wartete man offenbar auf neue Zuweisungen.

Das Hauptproblem war, dass man nur schwer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für das zwar landschaftlich schöne, aber nah an der damaligen Grenze zur DDR gelegene Heim finden konnte. Allerdings machte man Fortschritte sowohl in der Belegung als auch in der Gewinnung neuer Kräfte. 1970 lebten in Clausthal-Zellerfeld 48 Jungen in vier Gruppen.³⁸⁹ Zudem standen auch die „notwendigen Lehrkräfte“³⁹⁰ bereit. Letztlich sei der langsame Aufbau, versicherte Janssen, der „inneren Seite der Arbeit zugutegekommen.“³⁹¹ Er betonte die „Intensität der Betreuung“ jedes Kindes, die neben dem Schulunterricht auch kreativ-musische Angebote und Sport beinhaltete. Die „heilpädagogische Durchdringung der Arbeit“ des Stephansstifts sollte weiter ausgebaut werden.

Der „große Wurf“ – Die „Generalplanung“ 1969

Anläufe zu einer „Generalplanung“ für die Zukunft des Stephansstifts hatte es bereits mehrfach gegeben. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt hatte Janssen über die Notwendigkeit gesprochen, „sobald als möglich einen Generalbebauungsplan für das Gelände des Stephansstifts zu entwickeln.“³⁹² Erstmals hatte Janssen 1967 dem Vorstand einen Entwurf für eine „Generalplanung für den Bereich Kleefeld“ vorgelegt, in dem er sich bemühte, die damals „erkennbaren Tendenzen der Ausbildung und Erziehung aufzunehmen.“³⁹³ Die Zeit schien damals günstig zu sein. 1967 hatte das Land Niedersachsen errechnet, dass sich bis 1975 ein Mehrbedarf an Heimplätzen im Erziehungsbereich ergeben würde. Dr. *Theodor Spitta*, Oberregierungsrat im Niedersächsischen Kultusministerium, kalkulierte pro Heimplatz mit rund 40.000 DM. Parallel zu den Neubauten müssten die vorhandenen Plätze modernisiert werden. Auch fehlte es in den Heimen an Schulen, Werkstätten und Turnhallen.³⁹⁴ Spitta errechnete ein Gesamtvolumen von 80 Mio. DM, eine Summe, die das „finanzschwache Land Niedersachsen“ nicht so ohne Weiteres aufzubringen in der Lage war. Allerdings entschied sich der Landtag dafür, in einem Zehnjahresplan Bürgschaften des Landes zu übernehmen. Ein Rahmenvertrag, geschlossen zwischen dem Land und den Heimen,

389 Jahresbericht 1970, S. 4.

390 Ebd., S. 7.

391 Ebd., S. 4. Danach auch die folgenden Zitate.

392 Vorstandsprotokoll, 24.3.1961, AStH, 291. Auch der Diakonische Rat des Evangelischen Hilfswerkes griff die Notwendigkeit, die materiellen und personellen Zustände in den Heimen zu verbessern, auf. Er bat den Evangelischen Erziehungsverband, „ein Entwicklungsprogramm auszuarbeiten, das dem Diakonischen Werk, den Kirchenleitungen und der öffentlichen Hand vorgelegt werden kann.“ Der Vorsitzende des Diakonischen Rates an die Träger und Mitarbeiter der evangelischen Heimerziehung, 15.12.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten).

393 J/Ka, Generalplanung der Erziehungsarbeit des Stephansstifts, 23.6.1969, AStH, 295. Danach, wenn nicht anders angegeben, auch die folgenden Zitate.

394 Vorstandsprotokoll, 26.1.1967, AStH, 294. Danach auch das folgende Zitat.

sollte die Einzelheiten regeln. Wichtigste Aussage des Landes war die Zusicherung, dass das Land die Schuld von Heimen übernehmen würde, „wenn es dem Heim aus Gründen, die es nicht selbst zu vertreten hat, unmöglich wird, seine Arbeit fortzuführen, oder wenn die Belegung soweit absinkt, dass der Kapaldienst der Darlehen im Pflegesatz nicht mehr erwirtschaftet werden kann. Die Banken brauchen also nicht zu befürchten, Zwangsmaßnahmen einleiten zu müssen, deren Erfolg fraglich ist.“ Für das Stephansstift sollten insgesamt 4,8 Mio. DM (für die Jahre 1968 und 1969) bereitgestellt werden. Dieses Geld sollte für einen Erweiterungsbau des Lehrlingsheimes, die Errichtung von Werkstätten und Mitarbeiterwohnungen ausgegeben werden. Aber angesichts verschiedener Empfehlungen, etwa jene zu den „Mittelpunkt-Sonderschulen“ von 1968, vom AFET zur „Gestaltung der Laufbahnordnung der Heimerzieher“ im April 1969 oder der „Deutschen Bildungskammer für die Lehrlingsausbildung“ vom Januar 1969 sei der Entwurf einer Generalplanung „revisionsdürftig“ geworden: „Die Entwicklung ist über ihn hinweggegangen.“

Im Frühjahr/Frühsummer 1969 legte Janssen eine neue „Generalplanung der Erziehungsarbeit für das Stephansstift“³⁹⁵ vor, wobei er sich darüber im Klaren war, dass auch dieser „Generalplan [...] seinem Wesen nach nur zeitbedingt sein“ könnte. Allerdings könne angenommen werden, „dass jedenfalls der Rahmen dieser im folgenden getroffenen Feststellungen und Vorschläge bestehen bleibt“, war sich Janssen sicher. Bevor der Vorsteher näher auf die zu verändernden „Notstände“ einging, mahnte er an, „bei der Durchführung der Planung zwar sparsam, aber doch nicht kleinlich“ zu verfahren. Zudem hatte er die Zukunft im Blick: „Jede allzu große Zaghaftigkeit kommt auf die Dauer teuer zu stehen. Es muss so gebaut werden, dass die Einrichtungen den gegenwärtigen Anforderungen entsprechen, nach zehn Jahren noch umbaufähig sind und nach zwanzig Jahren als noch tragbar angesehen werden können.“

Sodann unterzog der Pastor jene vier Bereiche einer schonungslosen Analyse, die in den vergangenen Jahren zwar nicht vernachlässigt worden waren, aber nur sehr einfach hatten renoviert und umgestaltet werden können: die Schulpflichtigenerziehung, die Schulentlassenererziehung, die Arbeitserziehung und die Außenheime.

Zunächst zum *ersten Bereich*, der „Schulpflichtigenerziehung“ im Knabenhof. Dort gab es im Frühjahr/Frühsummer 1969 insgesamt 124 Bewohner in zehn Gruppen und zehn Schulklassen. Darunter waren kleine Jungen, aber auch Jugendliche bis zu 16 Jahren, die „im Knabenhof verkraftet werden müssen.“ Der Mangel an Funktions- und Freizeiträumen war eines der drängendsten Probleme. Es fehlten „Duschen, Trockenräume, Dienstzimmer für Erzieher, Putzräume, Einzelzimmer für Kinder, stille Tagesräume“, Klassenzimmer und eine Pausenhalle sowie Räume für eine sinnvolle und befriedigende Freizeitgestaltung, etwa Klub- und Werkräume, Spiel- und Gymnastikzimmer. Das „Heilpädagogische Zentrum“ war in der „Hütte“ untergebracht und bot nur eingeschränkte Fördermöglichkeiten. Zu-

395 Diese basierte maßgeblich auf den Vorlagen der mehrköpfigen Erziehungsleitung, die zum Motor der Modernisierung der Erziehungsarbeit des Stephansstifts werden sollte. Freundliche Mitteilung von Bruder Heinrich-Wilhelm Cohrs an Ulrike Winkler, 4.4.2019.

dem lag es auf einem Gelände, „das die Stadt für den Straßenneubau“ beanspruchte. Dem prekären Wohn-, Lern- und Lebensumfeld der Jungen entsprach die Unterbringung der Erzieher, die mit auf den Gruppen wohnten und daher auch nach Dienstschluss kein Privatleben pflegen konnten. Diesem unbefriedigenden Zustand sollte mit einem groß angelegten internen Häusertausch begegnet werden, d.h. dem Knabenhof sollte das auf seinem Gelände stehende Altenheim und Erzieherwohnheim zugeschlagen werden, sobald diese in ihr neues Heim bzw. ihre neuen Wohnungen umgesiedelt waren. Die Verkleinerung der Gruppen, die als dringlich angesehene Differenzierung der Jungen und deren Unterbringung in mindestens acht Einzelhäusern erforderten die Einstellung von erheblich mehr Personal, welches zudem einschlägig qualifiziert sein sollte. Wenigstens 28 „Facherzieher, die die sportliche, die musische, die musikalische und die Freizeitgestaltung betreuen, anregen und koordinieren“, lautete die Zielvorgabe. Ebenso dachte man über mindestens drei „Obererzieher“ nach, welche als Supervisoren in den Wohngruppen wirken sollten. Sorge bereite Janssen die Personalgewinnung. Die bevorstehende Einführung der 40-Stunden-Woche ziehe eine weitere Steigerung des Personalstandes nach sich. Interessant war in diesem Zusammenhang, dass man – auch Ende der 1960er Jahre – vornehmlich an männlichen Mitarbeitern festhielt: „45 Erzieher, davon 28–30 Fachkräfte, 12 Erziehungshelfer, 15 Lehrkräfte, 1 Hausvater, 1 stellv. Hausvater“. Zugleich beabsichtigte man aber ausdrücklich, „eine Psychologin“ einzustellen.

Durchaus kritisch sah der Vorsteher die Möglichkeiten zur Expansion, die sich aus dem Häuserneubau und dem Häusertausch ergeben könnten. Mit dann 168 Plätzen und der damit verbundenen „Massierung der Jungen“ drohten eine „gefährliche Überlastung der Leitung“ sowie eine „pädagogisch gefährliche Unüberschaubarkeit“. Insofern sei es sinnvoller, die zukünftige Platzzahl auf 144 zu begrenzen, was zum einen die Klassenzahl auf 12 Jungen reduzieren und zum anderen eine – sicherlich nicht unerwünschte – Reduktion des Personalbedarfs nach sich ziehen würde.

Zum *zweiten Bereich*, der „Schulentlassenenerziehung“ im Lehrlingsheim. Hier gab es – hinsichtlich der Ausstattung – Parallelen zum Knabenhof. Es fehlten „eine Sporthalle, eine Gymnastikhalle, ein Lehrschwimmbecken, ein Saal.“ Allerdings scheinen die dortigen Lebensumstände für die Lehrlinge vergleichsweise noch problematischer gewesen zu sein. So entsprachen deren Unterkünfte „den heutigen Anforderungen in keiner Richtung“. Dies galt insbesondere für das Hauptgebäude des Lehrlingsheims und das Albert-Schweitzer-Haus. Insgesamt betrug die Platzzahl 113, allerdings sei eine Steigerung auf 150 Plätze anzustreben, um den Bedarf zu decken. Diese Überlegung gründete vor allem in der Zusammenarbeit mit dem Knabenhof und dem Backhausenhof, die ihre schulentlassenen Jungen in aller Regel an das Lehrlingsheim in Hannover zur weiteren Erziehung und Ausbildung abgaben. Obwohl Bewerbungen von Heimerziehern vorlagen, konnte man diese aufgrund fehlender Unterkünfte nicht berücksichtigen. Dies hatte eine starke personelle Unterbesetzung des Lehrlingsheims zur Folge. Hoffnung auf eine rasche Abhilfe hatte Janssen nicht, da es „praktisch fast keine“ freie Wohnungen gab.

Er zeigte zwei Alternativen auf, um die Lebensumstände der Lehrlinge zu verbessern. Sein erster Vorschlag sah den Abbruch des Lehrlingsheims und einen „modernen Ersatzbau“ vor, der „alle erforderlichen Bedürfnisse“ in sich vereinigen sollte. Wohnen und Freizeit sollten also unter einem (großen) Dach stattfinden. Dieses Projekt „aus einem Guss“ könne, so zeigte sich Janssen überzeugt, „ein Optimum an pädagogischen Bedürfnissen“ erfüllen, allein, die Kosten würden wohl sehr hoch werden. Daher wandte sich Janssen sogleich seinem zweiten Vorschlag zu. Dieser sah einen Neubau für zwölf Gruppen sowie für die Verwaltung und die Heimleitung vor. Das Freizeitprogramm sollte dann im alten Lehrlingsheim bzw. in neu zu errichtenden Räumlichkeiten (Schwimmbad usw.) stattfinden. „Der Nachteil dieser Lösung kann darin bestehen, dass ein Stückwerk entstehe, welches die Übersicht und damit die pädagogische Brauchbarkeit erschwert. Jedoch ist diese Lösung zweifellos preiswerter.“ Man mag angesichts der vorgeschlagenen vierzehn Stockwerke die „pädagogische Brauchbarkeit“ des geplanten Bauwerks bezweifeln, muss sich aber den allgemeinen Wohnungsbau der ausgehenden 1960er Jahre vor Augen halten, der sich durch schmucklose und (vermeintlich) praktische Hochhausbauten auszeichnete. Auch dürfte die zur Verfügung stehende begrenzte Baufläche auf dem Stiftsgelände eine entscheidende Rolle gespielt haben. Für die Erzieher, „Obererzieher“ und „Sondererzieher“ und deren Angehörige sollten „33 Familienwohnungen und 6 Ein- bis Zweizimmerwohnungen“ entstehen. Alles in allem war dies ein ambitioniertes Bauprogramm.

Zum *dritten Bereich*, der Arbeitserziehung. „Baulich in besonders schlechtem Zustand“ waren fast alle Betriebe und Lehrwerkstätten. „Gärtnerei, Malerei, Schlosserei, Graphische Betriebe, Klempnerei, Friseurbetrieb sind in Gebäuden untergebracht, die teils als abgängig, teils als viel zu klein, teils aber auch von vornherein nur als behelfsmäßig“ gelten konnten. Einzig die Tischlerei, die Bäckerei und die Schuhmacherei entsprachen zeitgenössischen Anforderungen. Zugleich räumte man ein, dass weder die Zahl der Ausbildungsplätze ausreichte noch das Ausbildungsangebot attraktiv und modern war. Vor allem lag die Ausbildung in den metallverarbeitenden Berufen, die in den 1960er Jahren sehr gefragt waren, im Argen. Zukünftig wollte man neben Klempnern und Schlossern auch Installateure, Elektriker, Fein- und Kfz-Mechaniker ausbilden und die Jugendlichen als Schweißer, Fräser und Dreher anlernen. Auch sollte in die zukunftssträchtigen Berufe der Holz- und Kunststoffverarbeitung investiert werden. Die Gärtnerei, der Friseurbetrieb, das Baugewerbe und die Malerei sowie die Graphischen Betriebe sollten erhalten und auf den neuesten Stand gebracht werden. Hierzu war ein Neubau von fünf Werkhallen notwendig. Zukünftig wollte man auch denjenigen Bewohnern Rechnung tragen, die nicht so einfach lernten und die als „nicht lehrfähig“ galten. Für sie sollte in einer „beschützenden Werkstatt“ eine „sinnvolle Beschäftigung Industrie vorbereitender Art“ geschaffen werden. Gedacht war an zwanzig bis 25 Plätze. Bei alledem sollte die theoretische Unterweisung, u.a. durch „fachlich und sozialpädagogisch qualifizierte Lehrmeister“, „genügend Raum“ erhalten.

Schließlich zum *vierten Bereich*, den Außenheimen. Zunächst zum Backhausenhof, dem – erst 1965 bezogenen – eigentlichen Vorzeigemodell des Stephansstifts. Im Frühjahr/Frühsummer 1969 lebten dort 165 Jungen, davon 30 Schulpflichtige und 135 Schulentlas-

sene. Kurz zuvor hatte man fünfzehn Jungen entlassen, weil die „Räume zu eng belegt“ waren. Nach diesem Schritt war man mit der Belegungssituation offenbar zufrieden, denn die Wünsche nach Veränderungen und Verbesserungen beschränkten sich auf einen Kapellenneubau, ein Schwimmbecken („in Verbindung mit einem Feuerlöschteich?“), auf Freizeitmöglichkeiten bei schlechter Witterung sowie auf die Schaffung von vier Räumen für heilpädagogische Zwecke: „Dienstraum des Psychologen, Vorzimmer für die Schreibkraft, Untersuchungs- und Behandlungsraum, Spielraum.“ Als besonders notwendig mahnte Janssen sechs zusätzliche Klassenräume an, da der Deutsche Bildungsrat empfohlen hatte, einen zweiten Berufsschultag einzuführen, „um die Berufsfähigkeit schneller zu erreichen.“ Zuletzt wollte man die Wohnungsfrage für Erzieher angehen. Alles in allem zeigte sich Janssen jedoch zufrieden mit den Zuständen auf dem Backhausenhof.

Sein Blick nach Großmoor hingegen offenbarte kasernenartige, lieblose Zustände:

„Das kleine Haus in Großmoor besteht aus einer alten Holzbaracke, die in sieben 4-Bett-Zimmern bei doppelstöckiger Aufstellung 28 Jungen aufnimmt. Die Aufstellung von Betten übereinander ist nach den Heimrichtlinien unzulässig. Damit wäre eine Reduzierung der Platzzahl auf 14 geboten. Aber auch dann bleibt der Zustand unbefriedigend, da die Baracke baufällig zu werden beginnt.“

Weiter erachtete Pastor Janssen die geographische Lage Großmoors als problematisch. Ländlich zwischen Großburgwedel und Celle gelegen, waren es bis Hannover über fünfzig Kilometer. Damit sei der „Übergang der minderqualifizierten Jungen in die Großstadt nahezu“ ausgeschlossen. Janssen hoffte vermutlich, dass diese Jungen eher eine Handlanger- oder Anlernbeschäftigung in einem der großen städtischen Industriebetriebe finden könnten als rund um Großmoor. Falls diese Zustände nicht zu ändern seien, sollte, so Janssens Empfehlung, die Arbeit in Großmoor auslaufen. Zugleich ventilierte er das Angebot der Stadtmission an der Kreuzkirche, in deren Jugendwohnheim Räumlichkeiten anzumieten. „Dort könnte eine Gruppe für Jungarbeiter und Stadtlehrlinge eingerichtet werden, die 15 Plätze umfasst.“

In Borstel waren rund fünfzig Jungen „bei Familien untergebracht, die vom Heim beschult und durch ein Freizeitangebot darüber hinaus betreut werden“. „Die Arbeit in Borstel kann als gutes Modell für eine gesunde Fremdfamilienerziehung unter ständiger Überwachung gelten“, zeigte sich Janssen zufrieden. Die Arbeit habe sich „im Ganzen bewährt“. Allerdings müsse nunmehr ein Schulhausneubau und ein vierter Lehrer gewonnen werden, „da mit einer Dauerbelegung von ca. 50 bis 60 Plätzen zu rechnen ist und die Klassengröße von fünfzehn Schülern nicht überschritten werden sollte.“

Zu Clausthal-Zellerfeld, dem neuen heilpädagogischen Wohn- und Schulprojekt, vermerkte Janssen, dass das Haus in einem ersten Bauabschnitt umgebaut worden sei und die Betriebsgenehmigung mittlerweile vorliege. Nun gehe es um die Umsetzung des zweiten Bauabschnitts, der dem Bau einer Schule und der Schaffung von Wohnraum für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelten müsse. „Es werden also 18 bis 20 Familienwohnungen und fünfzehn Ledigenwohnungen benötigt. Der vorhandene Raum von 26.000 qm ermöglicht

die Erstellung dieser Bauten, die etwa 3.000 qm Fläche beanspruchen“, beschloss Janssen seine Ausführungen zur „Generalplanung“.

Sorgen um die Finanzierung dieses ambitionierten Projektes machte sich vor allem der Vorstandsvorsitzende von Reden. Er warnte vor der Gefahr, „dass die Stiftung an die Grenze der Verschuldung gerät und damit ihre Freiheit als Träger einbüßt.“³⁹⁶

396 Vorstandsprotokoll, 30.4.1969, AStH, 294.

Umgestaltung und Profilierung (1970 bis 1986)

Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die mit der zweiten Amtszeit von *Willy Brandt* (1913–1992) als Bundeskanzler einer sozial-liberalen Koalition verbundenen Hoffnungen auf weltpolitische Entspannung und ökonomische Sicherheit sollten sich nicht erfüllen. Vielmehr endeten die 1970er Jahre „in einer von Grund auf gewandelten Weltsituation mit enttäuschten Erwartungen, einer Wirtschaftskrise globalen Ausmaßes, zunehmenden politischen Spannungen [...] und der Einsicht in die Begrenztheit menschlicher und materieller Ressourcen.“¹ Der „Ölpreisschock“ von 1973 stürzte die Bundesrepublik 1975 in die schlimmste Rezession seit ihrer Gründung. „Das Bruttosozialprodukt schrumpfte real um 1,6 Prozent, die Zahl der Arbeitslosen stieg auf über eine Million.“² Besonders hoch war die Zahl der Jugendlichen, die weder einen Ausbildungs- noch einen Arbeitsplatz fanden. Dieser Not sollte sich das Stephansstift verstärkt annehmen.

Mit Hilfe verschiedener Konjunktur-Sonderprogramme „zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung“, aufgelegt unter der Regierung von *Helmut Schmidt* (1918–2015), Investitionszulagen und Lohnzuschüssen für Unternehmen, die Arbeitslose einstellten, sowie der Beteiligung der Deutschen Bundesbank, die u.a. den Diskontsatz senkte, gelang schließlich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ein kleiner wirtschaftlicher Aufschwung, der sich indes nicht positiv auf die Arbeitslosenzahlen auswirkte. Mit der Revolution im Iran 1979/1980 und der damit verbundenen unkontrollierten Ölpreisexplo-

1 Manfred Görtemaker, *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 2002, S. 251. Danach auch das Folgende.

2 Ebd., S. 308. Danach, S. 308 f., auch das Folgende.

sion glitt die Bundesrepublik wiederum in eine Rezession ab, das Preisniveau zog deutlich an. Anfang der 1980er Jahre erreichte die Arbeitslosigkeit eine neue Rekordmarke,³ das Bruttosozialprodukt ging 1981 und 1982 um je etwa ein Prozent zurück. Bund und Länder waren hoch verschuldet, auf staatliche Förderprogramme zur Stimulation der Wirtschaft wurde zunächst verzichtet. Als man sich 1982 zu diesem im Grunde überfälligen Schritt entschloss, war es zumindest für den Fortbestand der sozialliberalen Regierungskoalition zu spät, sie zerbrach.

Mit dem Amtsantritt der konservativ-liberalen Koalition unter Führung von *Helmut Kohl* (1930–2017) wurde eine radikale Wende in der Wirtschaftspolitik eingeleitet. In seiner Regierungserklärung im Oktober 1982 gab der neue Bundeskanzler die Marschrichtung vor: „Weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt“, „weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung“, „weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit“.⁴ Arbeitnehmerschutzrechte wurden zugunsten der Unternehmen, die ihre Handlungsspielräume auf diese Weise erweitern konnten, beschnitten. Insbesondere das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 führte zu einer Ausweitung mindergeschützter und -bezahlter Arbeitsverhältnisse (Ausweitung von befristeten Arbeitsverträgen, von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung). Zudem wandte sich die Bundesregierung vollständig von der bis dahin praktizierten *nachfrageorientierten* Strategie der Globalsteuerung zugunsten einer *angebotsorientierten* Wirtschafts- und Finanzpolitik ab und setzte nunmehr auf die steuerliche Entlastung der Unternehmen und die Verminderung von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft. Dank günstiger Rahmenbedingungen – Anstieg des Dollarkurses, Preisverfall des Erdöls –, einer restriktiven Geld- und Haushaltspolitik und der erwähnten angebotsorientierten Sozialpolitik stiegen die Exporte, die Inflationsrate ging gegen Null, die Realeinkommen wuchsen und die Binnennachfrage stieg. Allerdings schlug sich der Wirtschaftsboom nicht auf den Arbeitsmarkt nieder, im Gegenteil: Die Arbeitslosenzahlen stiegen, die Steuereinnahmen sanken und die sozialen Gegensätze in der deutschen Gesellschaft verschärften sich. War in der Vergangenheit die Herstellung sozialer Gerechtigkeit erklärtes Ziel der Sozialpolitik gewesen, so nahm man nun die Ausgrenzung ohnehin bereits benachteiligter Bevölkerungsschichten („verhaltensgestörte“ Jugendliche, Alte, Menschen mit Behinderungen, Menschen ausländischer Herkunft, „kinderreiche“ Familien usw.) zunehmend hin. Die Verantwortung für diese Menschen wurde an die sozialen Einrichtungen delegiert, die nun aber mit bedeutend geringeren Mitteln auskommen mussten. Wie ging das Stephansstift mit diesen neuen Zumutungen um? Hierüber nun mehr.

3 Schmuhl, Arbeitsmarktpolitik, S. 496. Wenn nicht anders angegeben, danach, S. 496 ff., auch das Folgende.

4 Horst Pötzsch, Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart. Die Entwicklung der beiden deutschen Staaten, München 1998, S. 497.

„Demokratie ist oft schwer, manchmal zähflüssig.“ – „1968“ und die Folgen

„Äußerlich gesehen ist die Arbeit im Wesentlichen in den gewohnten Bahnen geblieben“⁵ stellte Janssen⁶ in seinem Jahresbericht 1971 fest, in den Häusern selbst war in Folge von „1968“ indes vieles in Bewegung geraten. Das bisherige Selbstverständnis des Stephansstifts als christliche Anstalt wurde hinterfragt, Strukturen und Entscheidungswege kamen auf den Prüfstand, Traditionen und liebgewordene Gewohnheiten wurden abgeschafft, Gremien für mehr Mitbestimmung etabliert. Vor allem der Erziehungsbereich erfuhr eine regelrechte Demokratisierung. Janssen erinnerte in diesem Zusammenhang an ein Diktum Johann Hinrich Wicherns, dem zufolge „die ganze Erziehung [...] ein Angebot“⁷ sei. Zwang und Druck passten, so Janssen, nicht dazu.

Als modernstes Haus war der Backhausenhof in mancher Hinsicht der Taktgeber. Noch vor der Einsetzung eines Heimbeirates hatte es einige Diskussionsrunden zwischen Erziehern und Bewohnern um die Ausgestaltung des Heimalltags gegeben. Bezeichnenderweise entfiel als erstes der verpflichtende sonntägliche Gottesdienstbesuch: „In den vergangenen Monaten [ist] intensiv über die Frage der religiösen Erziehung diskutiert worden. Als Ergebnis kann die Abschaffung des Zwanges zum Gottesdienstbesuch angesehen werden.“⁸ Stattdessen sollten nunmehr wöchentliche „zielgerichtete Gruppendiskussionen mit biblischem Thema“ stattfinden. Zudem sollten interessierte Bewohner an den Vorbereitungen für die Gottesdienste mitwirken dürfen. Die Lockerung im Glaubensleben führte übrigens nicht zu einem Rückgang bei den Konfirmanden. Jahr für Jahr gingen Jungen aus allen Erziehungshäusern in den Konfirmationsunterricht und ließen sich konfirmieren.⁹ Die Befreiung vom Gottesdienstzwang sollte sich zunächst positiv auswirken: „Die Teilnahme am Gottesdienst ist freiwillig. Inzwischen ist der Gottesdienstbesuch für einige Gruppen und Kinder zur Selbstverständlichkeit geworden und aus dem Sonntagsgeschehen nicht fortzudenken.“¹⁰ Im Dezember 1971 klagte Janssen jedoch darüber, wie problematisch es geworden sei, den „christlichen Charakter“¹¹ der Erziehungsarbeit zu wahren.

Zur Stärkung des Miteinanders gab sich das Lehrlingsheim am 1. September 1969¹² eine Heimordnung, der Backhausenhof erließ am 13. Dezember 1969 eine „Ordnung zur Konstituierung eines Heimbeirates“, die, wie es in der Präambel hieß, jedem „Heimangehörigen die Möglichkeit zur Übernahme von Mitverantwortung bei der Regelung aller Fragen, die

5 Jahresbericht 1971, S. 3.

6 Vorstandsprotokoll, 18.6.1984, AStH, Karton „Stephansstift Vorstandsprotokolle, 1977–1987“.

7 Jahresbericht 1971, S. 3.

8 Jahresbericht 1970, S. 6. Danach auch das folgende Zitat.

9 Zum Beispiel im Backhausenhof, vgl. Jahresbericht 1972, S. 11.

10 Jahresbericht 1972, S. 11.

11 Vorstandsprotokoll, 3.12.1971, AStH, 2146.

12 Papier „Neukonstituierung des Heimbeirates im Lehrlingsheim“, 1.9.1969, AStH, Liste P, 193 (Altakten). 1965 war im Lehrlingsheim ein Heimparlament gegründet worden. Vgl. Jahresbericht 1976/77, S. 34.

das Leben im Backhausenhof betreffen“¹³ eröffnete. Jeder „Heimangehörige“ wurde aufgerufen, sich aktiv an diesem neuen Gremium zu beteiligen. Dass allerdings jeder Beschluss des Heimbeirates erst dann umgesetzt werden konnte, wenn er die Billigung der Erzieherkonferenz gefunden hatte, barg von vornherein Konfliktstoff. Hervorzuheben ist, dass mit den Diskussionsgruppen und dem Heimbeirat die Jungen – nicht nur auf dem Backhausenhof – erstmals in einen Willensbildungsprozess eingebunden waren und damit unmittelbar erleben konnten, wie demokratisch verfasste Zusammenschlüsse funktionierten.

„Mehr Demokratie wagen“ sollten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Erziehungsbereich. Einst hatten der Erziehungsleiter und die jeweiligen Hausväter, nicht selten auch der Vorsteher, das letzte Wort bei Entscheidungen, die die Jungen betrafen. Auf dem Backhausenhof wurde 1969/70 eine Erzieherkonferenz als Entscheidungsgremium eingesetzt. Die Teilnehmenden taten sich anfangs schwer mit der neuen Struktur:

„Demokratie ist oft schwer, manchmal zähflüssig, letztlich aber doch fruchtbringend. Die Verantwortungsfreudigkeit des einzelnen Mitarbeiters ist erheblich gewachsen, die Auseinandersetzung mit den Problemen und Forderungen des pädagogischen Alltags zwingender geworden.“¹⁴

Welche Probleme die Erzieherkonferenz umtrieb, müsste eigens erforscht werden. Es steht aber zu vermuten, dass alte und neue Kräfte mit ihren je unterschiedlichen Qualifikationen und Erziehungsvorstellungen aufeinanderprallten und sich erst noch eine gemeinsame pädagogische Position erarbeiten mussten. Diese gab Janssen wie folgt vor:

„Ohne Zweifel hat sich in den letzten Jahrzehnten ein neues Verständnis der Faktoren ergeben, die an dem Zustandekommen von Erziehungsschwierigkeiten beteiligt sind. *Heute ist die Frage eines Verschuldens der Kinder oder der Eltern auszuschalten.* Ein Verschulden der Eltern etwa durch Überforderung oder Vernachlässigung des Kindes kann durchaus vorliegen. Aber die Hilfebedürftigkeit des Minderjährigen ist *nicht durch Bestrafung, sondern durch Bewusstmachung und Aufarbeitung der Konfliktsituation zu überwinden.*“¹⁵

Der Vorsteher bedauerte in diesem Zusammenhang, dass die Dozenten und Dozentinnen der Wichernschule aufgrund ihrer Arbeitsüberlastung nicht mehr in der Lage gewesen seien, die Erzieherinnen und Erzieher zu beraten und zu begleiten. Als Ersatz schwebten Janssen „Supervision, [...] gegenseitige Selbstkontrolle, [...] [und eine] Selbsterfahrungsgruppe“¹⁶

13 Ordnung zur Konstituierung eines ersten Heimbeirates im Backhausenhof bei Burgdorf, 13.12.1969, AStH, 762. Die Ordnung ist als Dok. 165 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 465f.

14 Jahresbericht 1970, S. 6.

15 Jahresbericht 1971, S. 3. Kursivierung durch die Vf.

16 Ebd., S. 4. Danach auch die folgenden Zitate.

vor. Augenscheinlich hatte es hier Widerstand gegeben, folgt man der kryptischen Aussage Janssens, dass dieses Projekt „eine Aufgabe [war], die ganz einfach nicht gelöst werden konnte.“

Die Erziehungsleitung, dies sei noch ergänzt, blieb erhalten, bei ihr liefen nach wie vor „die Fäden der Belegung, der Aufnahme, der Aufstellung und Durchführung der Erziehungsplanung“ zusammen, aber sie hatte ihre alleinige pädagogische Richtlinien- und Entscheidungskompetenz eingebüßt. Ein pädagogischer Arbeitskreis und eine Gesamtkonferenz flankierten nun die Arbeit der Leitungen, zumindest auf dem Backhausenhof¹⁷ und im Oberharzer Jungenheim.¹⁸

Spätestens 1971 konstituierte sich auch ein Mitarbeiterausschuss, der eine „hervorragende Arbeit“¹⁹ leistete. Nicht zuletzt emanzipierte sich auch die Anstaltsgemeinde. Sie berief im November 1968,²⁰ also sechs Jahre nach ihrer Gründung, erstmals einen Gemeindebeirat, der u.a. über die Gestaltung des Konfirmandenunterrichts, über die Verbesserung der Altenarbeit sowie über eine zeitgemäße Gestaltung der kirchlichen Feste und Festzeiten beriet. Insgesamt wollte er das „geistliche Leben der Gemeinde [...] fördern.“²¹

Das Jahr 1968 war auch an der Brüderschaft nicht spurlos vorüber gegangen. Besonders die Diakonenschüler wollten mehr für sich und ihre Interessen eintreten. Daher hatten sie eine Vollversammlung gegründet, die zweimal im Jahr zusammentrat und sich mit den „Angelegenheiten des Hauses und der Ausbildung“ befasste. Um einen größeren Einfluss auf landeskirchlicher Ebene zu entfalten, riefen die jungen Brüder eine Arbeitsgruppe ins Leben, die sich u.a. mit dem „Berufsbild des Gemeindemitarbeiters“ beschäftigen wollte. Hier hatte das Landeskirchenamt einen Entwurf vorgelegt, der auch für die Ausbildungsordnung des Brüderhauses relevant wurde. Schließlich hatten sich Diakonenschüler aus anderen Brüderhäusern Westdeutschlands und West-Berlins zu einer Bundesdelegiertenkonferenz zusammengefunden: „Sie durchleuchtet die verschiedenartigen Ausbildungen und will an gemeinsamen Problemen arbeiten.“²² Zugleich wollte man, so *Walter-Jürgen Ziemer*, der Vorsitzende des Hausparlaments im Stephansstift, eine gewisse Gegenmacht gegenüber „höheren“ Gremien entfalten: „Wir sehen es nicht ein, dass über uns verfügt wird, dass unser Veto nicht ernst genommen wird, wenn es um die Zukunft unseres Berufes geht.“ Man wollte ausdrücklich Verantwortung übernehmen, wobei sich die jeweiligen Argumente aus vielen Quellen speisen sollten: „Wir verstehen unter Mitverantwortung die Umsetzung der vermittelten Theorie, komme sie aus der Theologie, Pädagogik, Soziologie oder Politologie

17 Jahresbericht 1972, S. 8.

18 Ebd., S. 10.

19 Janssen ging nicht näher auf dessen Arbeit ein. Jahresbericht 1972, S. 15.

20 Jahresbericht 1973, S. 2.

21 Jahresbericht 1971, S. 12.

22 Ziemer, Mitverantwortung in der Diakonenausbildung!, in: Janssen, Brüderrundbrief, 11.12.1969, S. 5. Danach auch das folgende Zitat.

in die Praxis. Diese Praxis wird uns in der Bruderschaft als unangebracht angelastet. Wir sehen darin einen Prozess zur vernünftigen Persönlichkeitsbildung.“²³

Manch älterer Bruder tat sich mit dem Stil der jüngeren Mitbrüder schwer. Unzufrieden war ein in Büsum eingesetzter Bruder mit einem ihm zugeordneten jungen Bruder. Er bemängelte dessen „sehr schlechte Manieren“²⁴ und „vollständige Unsicherheit praktischen Anforderungen gegenüber.“ Allerdings hatte die örtliche Presse „in wohlwollendem Sinne“ über den jungen Mann berichtet, was Janssen zu den Akten nehmen ließ:

„Dort hieß es dem Sinne nach, man habe sich für die Jugend einen Mitarbeiter in [sic] ‚Hippie-look‘ geholt. Man hat aber den Eindruck, dass er sich allmählich an die allgemeinen Gepflogenheiten anpasst. Seine Art erreicht jedenfalls einen bestimmten Typ von Jugendlichen und spricht offenbar auch diesen Typ recht wirkungsvoll an.“

Zeitweilig belasteten das Brüderhaus die Bestrebungen eines Bruders, der sich den Revolutionär *Ernesto „Che“ Guevara* (1928–1967) zum Vorbild genommen hatte, aus seinen Mitbrüdern „christliche Revolutionäre“²⁵ machen zu wollen. Zwar sei dieser Bruder „liebenswert“ und ein „friedlicher Zeitgenosse“, aber „im Augenblick ist er völlig außer Rand und Band.“ Freundlich, aber bestimmt wurde dem Bruder nahegelegt, das Brüderhaus zu verlassen.

Auf allen Ebenen und in allen Häusern, außer in den Altenheimen, hatte eine Selbstorganisation der Beschäftigten, der Brüder und der Bewohner stattgefunden. Teamwork, flachere Hierarchien und ein Mitspracherecht für (fast) alle lösten die alten Strukturen ab und erzeugten ein offeneres, toleranteres Klima und auf Dauer gesehen eine andere Unternehmenskultur.

Auch die obersten Leitungsstrukturen (Vorsteher, Vorstand) erfuhren eine Veränderung. Die aufgrund des Niedersächsischen Stiftungsgesetzes vom 24. Juli 1968 notwendig gewordene Satzungsänderung²⁶ nutzte man zur Etablierung eines geschäftsführenden Gremiums, das aus dem Vorsteher, dem Pastor der Diakoniegemeinschaft und dem Wirtschaftsleiter bestand.²⁷ Zudem war man dazu übergegangen, ständige Ausschüsse zu be-

23 Ebd., S. 5f.

24 Janssen, Notiz zu den Akten Diakon O. B. und G. B., 5.5.1970, AStH, 1145. Danach auch die folgenden Zitate.

25 Janssen an Bruder Wilhelm Lorenz, 12.10.1970, AStH, 100. Danach auch die folgenden Zitate.

26 Das Stephansstift blieb eine staatliche Stiftung, stand aber nun unter der Aufsicht der Landeskirche. „Dieser Übergang von der staatlichen in die kirchliche Aufsicht kann nur als ein großer positiver Schritt in der Entwicklung gelten. Er entspricht auch der Überlieferung des Stephansstifts, das von Anfang an bekanntlich, damals allerdings trotz der formellen Aufsicht durch den Staat, seine Rechnungen dem Konsistorium, später dem Landeskirchenamt vorlegte. Es hat sich also von jeher als kirchliche Stiftung verstanden.“ Janssen, Neue Satzung des Stephansstifts, in: Brüderrundbrief, 10.12.1971, S. 7.

27 §§ 4 u. 9 der Satzung der Diakonenanstalt „Stephansstift“ in Hannover, beschlossen vom Vorstand in der Sitzung am 12.6.1972, AStH, 4123.

stimmten Arbeitsfeldern – Personal, Finanzen, Ausbildung,²⁸ Sozialpädagogik und Altenarbeit²⁹ sowie Öffentlichkeitsarbeit³⁰ – und bei besonderem Bedarf (Satzungsausschuss,³¹ Grundstücksausschuss)³² zu bilden, in die man fachkundige Beschäftigte berief. Damit war ein „wesentlicher Schritt getan, um den Vorstand besser als bisher fachlich zu qualifizieren.“³³ Während die Ausschüsse – soweit ersichtlich – in aller Regel störungsfrei arbeiteten, entwickelte sich das Verhältnis zwischen Vorsteher und Vorstand zum Negativen. 1971 brach sich der bereits länger schwelende Konflikt eruptiv Bahn.

Zunächst machte man sich aber daran, das Stephansstift den Erfordernissen der Zeit gemäß umzugestalten.

Erziehungsarbeit

Mit welcher Bürde ging der Erziehungsbereich in das neue Jahrzehnt? Von Großmoor, der größten Last, hatte sich das Stephansstift noch Ende des Jahres 1969 getrennt. Bei Instandsetzungsarbeiten an der dürftigen Wohnbaracke der Jungen hatte sich nämlich herausgestellt, dass diese „wegen Baufälligkeit nicht mehr verwendet werden kann.“³⁴ Ein Neubau sei wegen der „ungünstigen Lage nicht sinnvoll.“³⁵ Auch hinsichtlich seiner pädagogischen Stoßrichtung hatte sich das Außenheim überlebt:

„Gewiss soll man den therapeutischen Wert dieser [landwirtschaftlichen] Arbeit nicht unterschätzen. Trotzdem bleibt es bedenklich, dass hier der junge Mensch, der seine Zukunft in der Stadt und in der Industrie sucht, auf längere Zeit von dieser seiner Lebenswelt entfremdet wurde. Noch bedenklicher war es, dass die Unterkunft je länger, desto mehr unzulänglich wurde.“³⁶

28 Der Personal-, der Finanz- und der Ausbildungsausschuss wurden am 2.8.1971 berufen. Vgl. Vorstandsprotokoll, 2.8.1971, AStH, 2146. Der Finanzausschuss befasste sich auch mit allen Grundstücks-, Wirtschafts-, Etat- und Baufragen. Vgl. ebd.

29 Die Einsetzung eines „Sozialpädagogischen Ausschusses“ beim Vorstand und eines „Ausschusses für die Förderung der Altenarbeit“ hatte Pastor Drude am 15. Februar 1974 angeregt. Vgl. Vorstandsprotokoll, 15.2.1974, AStH, 2146.

30 Dieser Ausschuss nahm am 11. April 1985 seine Tätigkeit auf. Vgl. Bericht des Finanzausschusses, 30.7.1986, AStH, 4122. Zur Einstellung eines professionellen Öffentlichkeitsarbeiters hatte man sich noch nicht durchringen können. Bemerkenswert war die Überlegung, einen Journalisten in den Vorstand zu wählen. Vgl. Werner Bienwald, Material zu Punkt 9 der Tagesordnung der Vorstandssitzung am 22.10.1984, AStH, 4132. Auch wurde überlegt, diese wichtige Position mit einem „Pensionär“, einem im Umfang von zehn Prozent freigestellten Mitarbeiter oder einem Zivildienstleitenden zu besetzen.

31 Vorstandsprotokoll, 27.10.1970, AStH, 2146.

32 Vorstandsprotokoll, 23.11.1970, AStH, 2146.

33 Janssen, Neue Satzung des Stephansstifts, in: Brüderrundbrief, 10.12.1971, S. 7.

34 Vorstandsprotokoll, 25.9.1969, AStH, 294.

35 Janssen, Bericht des Vorstehers, 24.9.1969, AStH, 295. Danach auch die folgenden Zitate.

36 Jahresbericht 1970, S. 5. Danach auch das folgende Zitat.

Zudem hatte es in der Vergangenheit immer wieder Beschwerden über die Zustände in Großmoor, aber auch über die körperliche Überbeanspruchung der Jugendlichen gegeben. Exemplarisch sei aus einem Bericht über einen unangemeldeten Besuch des Landesjugendamtes Hannover im Sommer 1965 in Großmoor zitiert. Dort tat lediglich ein Praktikant Dienst, der seiner Aufgabe nicht gewachsen zu sein schien:

„Man [das Landesjugendamt] sei über die Unordnung im Haus erschrocken gewesen. Küche und Tagesraum hätten zwar sauber und gepflegt ausgesehen, den Waschraum habe man jedoch so angetroffen, wie er am Morgen von den Jungen verlassen worden sei (schmutzige Waschbecken und schmutziger Fußboden). Die Zimmer seien nicht ordentlich aufgeräumt gewesen und in den Schränken hätte Unordnung geherrscht. Herr S. [ein Mitarbeiter des Stephansstifts] habe dazu erklärt, dass die Jugendlichen jetzt oft sehr spät von der Arbeit kämen und man daher nicht so auf alles achten könne.“³⁷

Man beschloss, den Pachtvertrag zum 31. Dezember 1969 zu kündigen und die Arbeit in Großmoor zu beenden, „schweren Herzens“,³⁸ wie Janssen einräumte.

Aber auch die räumlichen Gegebenheiten in den anderen Häusern mussten dringend verbessert werden. Vor allem die Jungen im Knabenhof und im Lehrlingsheim warteten auf eine schönere Wohnumgebung, auf neue Farben, Tapeten und Möbel. Dringend angezeigt war weiterhin eine Verringerung der Zöglingzahlen. Mit Ausnahme des Oberharzer Jungenheims waren sämtliche anderen Gruppen viel zu groß. Bereits 1969 hatte das Landesjugendamt das Stephansstift ermahnt, seine Platzzahlen im Lehrlingsheim, im Knabenhof und im Backhausenhof „wesentlich“³⁹ zu reduzieren. Die Behörde monierte zudem die Unterbringung der Jungen im Lehrlingsheim und im Albert-Schweitzer-Haus, diese sei „unzulänglich“ und könne nur noch als „behelfsmäßige Unterbringungsmöglichkeit“ bewertet werden. Ein wichtiger Bestandteil der Generalplanung war der Neubau eines Lehrlingsheims. Wie erwähnt, sollte ein Hochhaus entstehen. Erste Pläne legte der hierfür beauftragte Architekt *Hölscher* aus Oldenburg im März 1970 vor:

„Dieses [das Lehrlingsheimneubauprojekt] umfasst neben 144 in einem 14-geschossigen Hochhaus untergebrachten Lehrlingsbetten Räume für Verwaltung, Bewirtschaftung und Krankenbetreuung. Außerdem eine Spiel-(Turnhalle), ein Lehrschwimmbecken, eine Kegelbahn und ein Jugendcafé. Zu dem Projekt gehören ferner die Erweiterung und zweckmäßigere Anordnung der Sportanlagen im Freien.“⁴⁰

37 H. an Janssen und Grahn, 9.7.1965, AStH, 794. Das Schreiben ist als Dok. 83 vollständig nachzulesen in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 267f.

38 Jahresbericht 1970, S. 5.

39 o.V., Anlagen zum Schreiben vom 26.4.1969, AStH, 295. Danach auch die folgenden Zitate.

40 Vorstandsprotokoll, 16.3.1970, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

Uneinig war man sich über die Zukunft des alten Lehrlingsheims und der beiden Anbauten, die ebenfalls als Wohnhäuser dienten. Während der Vorstand deren Abbruch befürwortete – trotz des finanziellen Aufwandes und der Schwierigkeit, den Heimbetrieb wenigstens provisorisch aufrechterhalten zu müssen –, wandten sich vor allem die Erzieher gegen einen Abriss. Sie mahnten, „dass die Geborgenheit, die der Altbau vermittelt, nicht entbehrt werden“ könne. Es sei fraglich, ob der „Silo-Charakter“ des geplanten Neubaus überhaupt eine „moderne Pädagogik“ zuließe. Die Mehrheit der Vorstandsmitglieder war anderer Meinung: „Zahlreiche Stimmen sprechen dafür, dass junge Leute sich heute in Hochhäusern wohlfühlen. Außerdem ist ja vorgesehen, dass jede Erziehungsgruppe ihre Etage und damit ihren abgeschlossenen Lebensbereich hat.“ Um zu einem tragfähigen Entschluss zu kommen, sollte das Neubauprojekt hinsichtlich seiner baulichen Gestaltung mit dem Landesjugendamt und dem Kultusministerium noch einmal gründlich durchdiskutiert werden. Zu Ergebnissen kam man einstweilen nicht. Wieso?

Zum einen mangelte es dem Stephansstift an ausreichenden finanziellen Ressourcen. Man könne „lediglich“⁴¹ ein entsprechendes Baugrundstück zur Verfügung stellen. Aber auch das Land Niedersachsen sah sich nicht in der Lage, einen nennenswerten finanziellen Beitrag zu leisten. Die Verhandlungen waren deshalb „über mehrere Jahre lahmgelegt“.⁴² Erst 1976 erklärte sich das Land grundsätzlich bereit, „50 % der Baukosten für 24 Lehrlingsheimplätze im Wege eines Zuschusses zu übernehmen.“ Zu dieser Zeit war man aber bereits vom Neubau großer Einrichtungen abgerückt, auch im Stephansstift. „Der Leitgedanke war: Abkehr von den herkömmlichen kasernenähnlichen Heimstrukturen.“ Man präferierte nun „zwei reihenhausähnliche Baukörper, in denen jeweils vier Einzelzimmer für Jugendliche zusammen mit Sanitäreinrichtungen in einem Halbgeschoss untergebracht sind.“ Das Gruppenleben sollte in solchen „Halbgeschossen“ ebenfalls vor sich gehen.

Zum anderen war der Vorstand in komplexe Verhandlungen mit dem Landeskirchenamt über die zukünftige Ausgestaltung der Brüderausbildung eingebunden. Hinzu kamen zeitraubende und kräftezehrende Personalquerelen, die die Verwirklichung eines zentralen Bestandteils der Generalplanung zeitweilig aus dem Blick geraten ließen.

Eine weitere Belastung war die chronisch angespannte Personalsituation. Für die insgesamt 41 Abteilungen des Stephansstifts hätten nach internen Berechnungen 131 Erzieherinnen und Erzieher, darunter 82 Fachkräfte, vorhanden sein müssen. Der „Ist-Zustand“ reichte nicht annähernd an den eigentlichen Bedarf heran. 55 Fachkräfte und 22 Hilfskräfte trugen Erziehungsverantwortung für weit über 500 Jungen.⁴³

Dieser Befund traf auch auf die Volks- und Sonderschulklassen des Stephansstifts zu. Diese litten unter chronischem Lehrermangel. 1970 gab es 16 Klassen, die von sechs bis zwanzig Schülern besucht wurden. Da man nur zwanzig Lehrkräfte zur Verfügung hatte,

41 Vorstandsprotokoll, 19.4.1971, AStH, 2146.

42 Informationen aus dem Stephansstift (Mitarbeiterzeitung), Nr. 6/7, 16.6.1976, S. 17. Danach, S. 18, auch die folgenden Zitate.

43 o.V., Anlagen zum Schreiben vom 26.4.1969, AStH, 295.

mussten diese „freiwilligen Mehrunterricht“⁴⁴ leisten. Dringend notwendiger Nachhilfeunterricht konnte nicht erteilt werden: So wiesen die Schüler der Heimberufsschule des Backhausenhofes „fast ausnahmslos sehr große Wissenslücken [auf], die ihren Berufseintritt überaus erschweren.“⁴⁵ „Es müssten jedenfalls zwölf Stunden Unterricht pro Woche gegeben werden können. Das scheitert an der Raumnot und der Tatsache, dass die Zahl der Lehrer nicht ausreicht.“ Trotzdem war es möglich gewesen, am Kleefelder Schulstandort Ganztagsunterricht einzuführen⁴⁶ und eine Klasse für Jungen einzurichten, „die nachträglich den Volksschulabschluss erreichen wollen.“⁴⁷

Der Schlüssel zur Lösung der Personalkrise wäre die Schaffung ausreichenden Wohnraums gewesen. Auch dies hatte man in der „Generalplanung“ vorgesehen, mochte sich aber – hauptsächlich aufgrund finanzieller Erwägungen – letztlich doch nicht darauf einlassen. „Daher bestehen immer wieder Engpässe, die zu Unzuträglichkeiten und Erschwerungen der Arbeit führen“,⁴⁸ klagte Janssen 1972. Die Personalsituation in den Schulen sollte sich aber langsam verbessern, was wohl nicht zuletzt daran lag, dass seit 1970 auch Lehrkräfte an Privatschulen Landesbeamte werden konnten.⁴⁹

Jedoch spitzte sich der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern weiter zu. Vor allem hatte man Probleme, kirchlich gebundene Kräfte zu gewinnen, und sah sich in der Folge zu einer ungewöhnlichen Maßnahme veranlasst. Die Passage, dass Erzieher einer christlichen Kirche angehören sollten, wurde ab 1974 nicht mehr in den Arbeitsvertrag aufgenommen.⁵⁰ Ob dies auch bedeutete, dass bei den Einstellungsgesprächen nicht nach der Kirchenzugehörigkeit gefragt wurde, kann nicht gesagt werden. Bis 1982 hielt das Stephansstift an dieser Praxis fest.

Und die Lehrwerkstätten? Sie arbeiteten „unter erheblichen Schwierigkeiten“⁵¹ und warteten auf ihre Sanierung. Wirft man einen Blick auf die damalige breite Ausbildungspalette des Stephansstifts, dann war ein langer Atem gefragt. 1971 absolvierten insgesamt 27 Jugendliche in zwölf Betrieben des Stephansstifts eine Berufsausbildung. Den Ausbildungsberuf des Tankwarts bot man nicht mehr an, hatte man doch erkannt, dass dieser, wenn er nicht mit einer Ausbildung zum Automechaniker einherging, keinerlei Perspektive bot. Diese Einsicht übertrug man auf das gesamte Ausbildungstableau, wo man zu zeitgemäßen Verbesserungen und Anpassungen kommen wollte:

44 Jahresbericht 1970, S. 7.

45 Ebd., S. 8. Danach auch das folgende Zitat.

46 Ebd., S. 7.

47 Ebd., S. 8.

48 Jahresbericht 1972, S. 4.

49 125 Jahre Ludolf-Wilhelm-Fricke Schule, S. 101.

50 Vgl. „Erzieher nach Kirchnaustritt vom Stephansstift entlassen. Güteverhandlung vor dem Arbeitsgericht blieb ereignislos“, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 26.4.1985, AStH, 4132.

51 Jahresbericht 1971, S. 9.

„Unsere Druckerei, welche auftragsmäßig besonders stark nach außerhalb orientiert ist, konnte eine neue Verfahrenstechnik in ihr Fertigungsprogramm aufnehmen, den Offsetdruck. [...] Das technische Zeitalter zeigt uns, dass alte handwerkliche Betriebe als Ausbildungsstätten nicht mehr zu halten sind und notfalls nur noch als Versorgungsbetriebe Berechtigung haben. Es wäre falsch, den Auszubildenden einen Beruf anzubieten, welcher nicht eine sichere Existenzmöglichkeit bietet.“⁵²

Deshalb wollte man bei der „Neugestaltung der Ausbildungsstätten“ sorgfältig prüfen, „welche Fachrichtungen besonders zu berücksichtigen sind. Die fortschreitende Technik verlangt Kräfte, die sich mit allem Neuen auseinandersetzen können.“ Zwar fand das Stephansstift qualifizierte neue Mitarbeiter für seine Betriebe, aber nun blieben an einigen Stellen die Lehrlinge aus: „Eine große Sorge bereitet das mangelnde Interesse an einer qualifizierten Berufsausbildung in Druckerei und Tischlerei. Es ist zu bedauern, dass Betriebe mit so einer guten personellen Besetzung und einem modernen Maschinenpark nicht voll besetzt werden können.“⁵³

Mit Hilfe des 1969 in Kraft gesetzten Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) packte das Stephansstift schließlich ein neues Projekt im Ausbildungsbereich an.⁵⁴ Es führte berufliche Kurzausbildungen nach dem „Bremer Modell“ im Lehrlingsheim ein. Dies waren praxisorientierte und fachtheoretische Lehrgänge zur Förderung der Vermittlungsfähigkeit in ein Arbeits- oder in ein Lehrverhältnis. Vor allem die minder begabten Jugendlichen profitierten von diesem Angebot.

Nach Ostern 1973 nahmen die ersten Jungen vom Backhausenhof an einem einjährigen Förderlehrgang im Lehrlingsheim teil. Die Hoffnung der Jungen auf größere Freiheit sollte enttäuscht werden. Wohl im Hinblick auf ihre Minderjährigkeit und sicherlich auch aufgrund der Nähe zur Stadt Hannover wurde ihr Ausgang relativ restriktiv gehandhabt. Nicht zuletzt sollten die Jungen nicht besser gestellt werden als ihre Kameraden, die im Backhausenhof verbleiben mussten:

„Der Ausgang der Jungen soll der Regelung des B. B. [Backhausenhof] entsprechen:

Samstag: 14 bis 20 Uhr normal, höchstens 22 Uhr.

Sonntag: 13 bis 20 Uhr.

Am 1. Sonntag im Mon. bis 21.15 Uhr. (Kürzungen und Streichungen bei Fehlverhalten in der Woche.)

Ausgang am Wochentag wird grundsätzlich nicht gegeben.

[...]

Bei Unpünktlichkeit wird das Doppelte der überzogenen Zeit vom nächsten Ausgang abgezogen.

52 Jahresbericht 1970, S. 9. Danach auch die folgenden Zitate.

53 Jahresbericht 1972, S. 12.

54 Ebd., S. 13.

Bei wiederholter Verspätung wird der Ausgang gestrichen.

In den ersten 14 Tagen nach der Verlegung soll kein Ausgang gegeben werden. Zum Ende des Lehrgangs soll die Ausgangsregelung kontinuierlich großzügiger gehandhabt werden.

Da diese Jungen häufig eine besonders starke Bindung ans Elternhaus haben, soll ihnen möglichst oft ein Wochenendurlaub ermöglicht werden.⁵⁵

Zugleich galt es, der bevorstehenden Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre Rechnung zu tragen:

„Das Ausbildungsangebot muss neu durchdacht werden. In der Regel wird der Abschluss einer dreijährigen Lehre in der verfügbaren Zeit zwischen Schulabschluss und dem 18. Lebensjahr nicht erreicht werden können. Es wird also nötig werden, durch eine Stufenausbildung eine möglichst weitgehende Förderung zu erreichen.“⁵⁶

Dies sollte mit Grund- und Aufbaulehrgängen gewährleistet werden. Die damit verbundenen Aufwendungen in den Werkstätten konnten teils aus dem Erlös für das Grundstück der ehemaligen Wichernschule beglichen werden.⁵⁷

Die Folgen des Ölpreisschocks 1973 bekamen insbesondere die schulentlassenen Bewohner des Stephansstifts „drastisch“⁵⁸ zu spüren. Aufgrund des massiven wirtschaftlichen Einbruchs fanden sie weder eine Lehr- noch eine Arbeitsstelle. Das Stigma, in einem Heim zu leben, erwies sich als weiteres Einstellungshindernis:

„Hinzu kommt noch, dass viele Firmen, mit denen wir verhandelt haben, nicht bereit sind, Jugendliche einzustellen, wenn sie aus einem Heim kommen. Ferner ist mancher Betrieb, mit dem wir über Jahre zusammengearbeitet haben, nicht mehr gewillt, uns einen Jugendlichen abzunehmen. Begründung: Enttäuschungen über das Verhalten der Jugendlichen am Arbeitsplatz und mangelnder Arbeitseinsatz.“

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass man die historisch gewachsene Trennung zwischen Schulpflichtigen und Schulentlassenen kaum mehr aufrechterhalten konnte. Dies lag daran, dass viele Jungen ein zehntes Schuljahr absolvierten und erst mit sechzehn Jahren die Schule verließen. Damit waren sie eigentlich zu alt für den Knabenhof, dessen Charakter als Kinderheim daher zunehmend verwischt wurde. Der Mangel an erzieherischen Fachkräften im Knabenhof und im Lehrlingsheim habe außerdem zu einem „Tiefpunkt der

55 Protokoll des Arbeitsgesprächs auf dem Backhausenhof, 26.2.1973, AStH, 762. Das Protokoll ist als Dok. 172 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 490–492, S. 490f.

56 Jahresbericht 1972, S. 4, sowie: Jahresbericht 1974, S. 20.

57 Informationen aus dem Stephansstift (Mitarbeiterzeitung), Nr. 6/7, 16.6.1976, S. 18.

58 Jahresbericht 1974, S. 18. Danach auch das folgende Zitat.

pädagogischen Leistungsfähigkeit geführt.⁵⁹ Man habe deshalb Lehrlinge sogar in andere Heime verlegen müssen. Ihre Plätze habe man nicht mehr besetzen können. Erzieherisches Personal könne nur angeworben werden, wiederholte Janssen nicht zum ersten Mal, „wenn Wohnungen bereit gestellt werden.“ Es war ein Teufelskreis. Der Erziehermangel musste mit der Verlegung einzelner Bewohner kompensiert werden, die dadurch entgangenen Pflegegelder fehlten wiederum, um Wohnungen zu bauen und neue Kräfte einzustellen.

Weiter ausdifferenziert hatte man den Berufsschulunterricht im Backhausenhof. In der staatlich anerkannten Ersatzschule besuchten 1972 insgesamt hundert Schüler zehn Klassen. Zwei Klassen, S 1 und S 2, bereiteten 24 Jungen auf die „Prüfung zur nachträglichen Erlangung des Volksschulabschlusszeugnisses“⁶⁰ vor. Die restlichen Jungen gingen in die Klassen B 1 und B 8, in der ihre „Vermittlungsfähigkeit in ein Arbeits- und Lehrverhältnis“ gefördert wurde. Auch erhielten sie Hilfen zur Berufsfindung, besaßen doch viele keine klare Vorstellung über die Anforderungen in ihrem Wunschberuf. Hervorzuheben ist, dass die Jungen des Backhausenhofes, soweit es ihre Angelegenheiten betraf, an Teamgesprächen mit Erziehern und Lehrern teilnehmen durften.⁶¹ Dies und die engere Zusammenarbeit der Fachkräfte hätten zu einer „hohen Erfolgsquote bei den Prüfungen“⁶² geführt. Tatsächlich hatten von 33 Jugendlichen dreißig ihren Volksschulabschluss erreicht.⁶³ Einziger Wermutstropfen war ein „Ansteigen der Entweichungszahlen“,⁶⁴ die – folgt man den Aussagen der Geflüchteten – weniger eine Reaktion auf die Atmosphäre im Backhausenhof, sondern einem „falschen Freiheitsbegriff“ geschuldet waren. Dies sei, so Janssen, auf die „öffentliche Agitation gegen die Heimerziehung“ und auf den negativen Einfluss von „Kurzzeitpraktikanten“ zurückzuführen. Ein von Arbeitern, Schülern und Studenten gegründeter „Arbeitskreis Backhausenhof“, der über „gesellschaftliche Ursachen individuellen Versagens“ mit der Heimleitung und den Mitarbeitern ins Gespräch kommen wollte, qualifizierte Janssen als „politisch einseitig motiviert und im pädagogischen Ansatz wirr“, allerdings läge bei den Diskutanten „echtes Interesse“ vor. Die Halbwertzeit des Arbeitskreises war nur kurz. Ein einziges Mal hatten dessen Mitglieder sich zu einem Gespräch mit der Mitarbeiterschaft des Backhausenhofes „aufraffen“ können.⁶⁵

Und im Oberharzer Jungenheim? Im Februar 1972 hatte man mit 54 Jungen zum ersten Mal eine Vollbelegung der Einrichtung erreicht.⁶⁶ Nach einer „recht starken Fluktuation im Personalbereich“⁶⁷ hatte sich die Situation entspannt. So standen in jeder der fünf Wohngruppen zwei ausgebildete Heimerzieherinnen oder Heimerzieher, ein Erziehungshelfer

59 Vorstandsprotokoll, 25.10.1971, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

60 Jahresbericht 1972, S. 6. Danach auch das folgende Zitat.

61 Vgl. ebd., S. 6f.

62 Ebd., S. 7.

63 Ebd., S. 6.

64 Ebd., 1972, S. 7. Danach auch die folgenden Zitate.

65 Jahresbericht 1973, S. 17.

66 Jahresbericht 1972, S. 10.

67 Ebd., S. 9. Danach auch die folgenden Angaben und die Zitate.

und ein Vorpraktikant in der Arbeit. Sonderpädagogen und Heilpädagogen konnten unterstützend hinzugezogen werden. Bewährt habe sich auch eine „vor zweieinhalb Jahren eingerichtete ständige Nachtwache“.

Die Jugendbehörden begrüßten die Arbeit des Oberharzer Jungenheims, bezeichneten die Einrichtung als „mustergültig“⁶⁸ und schickten „ausschließlich erheblich gestörte und behinderte Kinder“. Dieser Herausforderung, die zugleich zu einer Massierung „schwerer Fälle“ führte, wollte sich das Stephansstift nicht versagen. Dies bedeutete aber die Einstellung von zwei weiteren Heilpädagogen. „Erneut“ und ausdrücklich wies Janssen auf die „noch zu schaffende Planstelle für einen Heimpsychologen“ hin. „Diagnostik, aber auch Therapie und vor allem die Beratung der pädagogischen Mitarbeiter“ müssten schnell gewährleistet werden. In der Tat brachten die Jungen ganz unterschiedliche Problemlagen mit. Einige waren lernbehindert, andere massiv verhaltensauffällig. Ihnen allen gemeinsam aber waren die „Unsicherheit und auch [die] Angst vor der Zukunft in Betrieb und Berufsschule.“⁶⁹

1972 konnte im Oberharzer Jungenheim übrigens auch das seit Mitte der 1960er Jahre projektierte Sportgelände mit „Sportplatz, Laufbahn, Weitsprung- und Kugelstoßanlage“⁷⁰ in Betrieb genommen werden.

„Stephansstift hat Probleme“ – Gewalt und Alkohol, Homosexualität und „der Strich“

Der Backhausenhof, einst das Vorzeigehaus des Stephansstifts, geriet 1972 nicht nur finanziell, sondern auch pädagogisch in schweres Fahrwasser. Verantwortlich hierfür war wohl hauptsächlich ein Konflikt zwischen der Leitung und den Erziehern,⁷¹ der eine konsistente Betreuung und Erziehung der Jungen erschwerte. Die Arbeit schien dort völlig aus dem Ruder zu laufen:

„Am 29. April 1972 ereignete sich im Erziehungsheim Backhausenhof eine Massenentweichung von neun Jugendlichen, bei der ein Erzieher niedergeschlagen und der Schlüssel zur Kleiderkammer geraubt wurde. Es handelt sich um den ersten Fall derartiger Brutalität in den Erziehungsheimen des Stephansstifts. Er kennzeichnet die im außerordentlichen Umfang angewachsenen Schwierigkeiten mit den Jugendlichen.“

Zu einem ähnlichen Vorfall kam es wenige Monate später im Lehrlingsheim. Dort hatte ein angetrunkener Jugendlicher einen Erzieher niedergeschlagen. Weder dem Heimleiter

68 Vorstandsprotokoll, 26.2.1973, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate. Daher erklärte sich das Landesjugendamt Braunschweig dazu bereit, Bundesmittel zu beantragen, um das Oberharzer Jungenheim zu fördern. Vgl. Vorstandsprotokoll, 30.3.1973, AStH, 2146.

69 Jahresbericht 1972, S. 10.

70 Ebd., S. 11.

71 Vorstandsprotokoll, 4.5.1972, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat.

noch zwei herbeieilenden Erziehern gelang es, „den jungen Mann zu bändigen.“⁷² Man verständigte die Polizei, die mit acht Beamten anrückte und den Bewohner ebenfalls nicht festnehmen konnte. „Erst das daraufhin alarmierte Überfallkommando konnte den Jungen fesseln und abführen.“

1973 sah sich der Backhausenhof mit neuen Problemen konfrontiert: „Viel Kummer und Sorgen bereiteten uns der Alkohol und das Strichjungenproblem außerhalb des Heimes.“⁷³ Es seien „gewissenlose Erwachsene“, die die Jugendlichen ansprachen und zu sexuellen Handlungen animierten. Die Jugendlichen würden sich wegen des zu verdienenden Geldes darauf einlassen, dieses spiele bei ihnen die „Hauptrolle“. Weder die eingeschaltete Polizei noch verschiedene Jugendschutzstellen konnten der Erziehungsleitung weiterhelfen. Man sah sich machtlos.

Diese unhaltbaren Zustände griff im Mai 1974 die „Neue Hannoversche Zeitung“⁷⁴ in einem Beitrag mit dem Titel „Stephansstift hat Probleme. Gegen Verführung oft machtlos“ auf und trug damit sicherlich nicht zum guten Ruf des Stephansstift und seiner Burgdorfer Außenstelle bei.

Dass sich Bewohner des Stephansstifts mit Prostitution Geld verdienen, hatte die bereits erwähnte Fragebogenaktion eines Praktikanten aus dem Jahr 1969 offenbart. Auf die Frage, wie hoch der Prozentsatz derjenigen sei, der „vermutlich mit Homosexuellen verkehrt“⁷⁵ – womit Kontakte zu Erwachsenen, nicht zu den anderen Bewohnern gemeint waren – machten die vierzig befragten Lehrlinge die folgenden Angaben:

„Bis zu 20 %	13
20 bis 40 %	14
40 bis 60 %	9
mehr als 60 %	2
keine Antwort	2.“

Interessant waren die Angaben zu den Gründen für homosexuelle Kontakte, die augenscheinlich nicht *im*, sondern *außerhalb* des Heims stattfanden:⁷⁶

„Geldmangel	33
Langeweile/Neugier	2

72 Vorstandsprotokoll, 16.10.1972, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat.

73 Jahresbericht 1973, S. 14. Danach auch die folgenden Zitate.

74 „Stephansstift hat Probleme“, Neue Hannoversche Zeitung, 30.5.1974, AStH, 762. Der Artikel ist als Dok. 124 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 331f. Danach auch die folgenden Zitate.

75 Antworten von 40 Bewohnern des Lehrlingsheims des Stephansstifts, auf die ihnen von dem Praktikanten W. H. vorgelegten Fragen, o.D. [Spätsommer 1969], AStH, 772. Die Auswertung ist als Dok. 155 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 428–440. Für die Antworten siehe S. 436f.

76 Hin und wieder habe ein Mercedes mit einem Kunden vor dem Lehrlingsheim gestanden. Freundliche Mitteilung von Bruder Heinrich-Wilhelm Cohrs an Ulrike Winkler, 4.4.2019.

Homosexuelle Neigung	1
Andere Gründe	3
Keine Antwort	1.“

Bei den Antworten der Lehrlinge handelte es sich um deren Vermutungen. Ein Blick auf das monatliche Budget der Jugendlichen lässt Geldknappheit als wesentliches Motiv als naheliegend erscheinen. So verfügten nur drei von vierzig Befragten über mehr als 45 DM im Monat. Die allermeisten, nämlich fünfzehn, hatten weniger als zehn DM Taschengeld monatlich zur Verfügung.⁷⁷

Das „Strichjungenproblem“ gab es nicht nur im Stephansstift, sondern auch in anderen Erziehungsheimen. Dies gilt zum Beispiel für das Evangelische Johannesstift in Berlin-Spandau, dessen Bewohner sich am Bahnhof Zoo prostituierten, um sich etwas zu ihrem Taschengeld hinzu zu verdienen.⁷⁸

Im Umgang mit Homosexuellen in den eigenen Reihen tat sich das Stephansstift schwer. So kam es zu einem kleinen Eklat, als sich im November 1978 ein Student der Fachschule für Sozialpädagogik mit einem Plakat am schwarzen Brett der Schule als homosexuell outete.⁷⁹ Er forderte homosexuelle Mitstudenten dazu auf, es ihm gleichzutun, und lud zu einem Treffen Homosexueller ein. Während der Schulleiter offenbar bereit war, das Plakat zu tolerieren, ordnete Janssens Nachfolger, Dr. *Harm Alpers* (1929–2019), der um den Ruf des Stephansstifts fürchtete, dessen sofortige Entfernung an. Dieser Anordnung widersetzte sich die Gesamtkonferenz der Schule mit „überwältigender Mehrheit“.⁸⁰ Gleichwohl wurde der Aushang entfernt. Interessant war die Begründung des Vorstehers, der die Homosexualität des Studenten zwischen sittlicher Gefahr und Pädophilie einerseits und psychischer Krankheit und „sexueller Fehlform“⁸¹ andererseits ansiedelte:

„Die Erziehungsarbeit des Stephansstiftes wird, wie den Lehrern der Fachschule bekannt sein müsste, durch Homosexuelle, die Jugendliche zum Verkehr mit ihnen verleiten, außerordentlich erschwert. Immer wieder lassen sich Jugendliche um des Geldes willen zu solch einem Missbrauch ihrer Sexualität verführen und gefährden dadurch eine gesunde Entwicklung ihres sexuellen Verhaltens.“

77 Dok. 155, in: Winkler/Schmuhl, *Heimwelten*, S. 440. In der Tat habe das Geldverdienen eine Rolle gespielt, berichtete der damalige Erziehungsleiter Cohrs. Die Jungen hätten das „Schwuleticken“ genannt. Freundliche Mitteilung von Bruder Heinrich-Wilhelm Cohrs an Ulrike Winkler, 4.4.2019.

78 Ulrike Winkler, „Wir sind in der Lage, den Erziehungserfolg zu sichern“, S. 128.

79 Alpers, betr. Anweisung zur Abnahme eines Aushangs in der FSP am 30.11.1978, 13.12.1978, AStH, 4112.

80 Auszug aus dem Protokoll der Gesamtkonferenz der FSP vom 29.11.1978, AStH, 4112. Vierzehn Lehrkräfte sprachen sich gegen das Abhängen des Aushangs aus, drei enthielten sich, eine Lehrkraft stimmte dafür.

81 Alpers, betr. Anweisung zur Abnahme eines Aushangs in der FSP am 30.11.1978, 13.12.1978, AStH, 4112. Danach auch die folgenden Zitate.

Es sei die Aufgabe des Lehrkörpers,

„deutlich zu machen, dass nach christlichem Verständnis die Homosexualität eine sehr problematische Form sexuellen Verhaltens ist – die Denkschrift der EKID zu Fragen der Sexualethik (1971) spricht von ‚sexueller Fehlform‘ und fordert: ‚Kinder und Jugendliche müssen vor Verführung, Werbung und Propaganda für Homosexualität geschützt werden.‘“

Es bleibe „daher bedauerlich, dass nicht Schulleitung und Lehrerschaft einvernehmlich den Aushang abgenommen und den Schüler über die Gründe informiert haben, sondern dass eine Anordnung des Trägers notwendig wurde.“

Die Gesamtkonferenz der Lehrkräfte sah sich in seiner Arbeit zurückgeworfen, verurteilte Alpers' Vorgehen und bemühte Barmherzigkeit und Verständnis, allesamt auch christliche Tugenden: „Wir sehen unsere Glaubwürdigkeit im Hinblick auf unsere pädagogischen Zielsetzungen infrage gestellt, denn dazu gehört auch der Abbau von Vorurteilen, der Mut zum Bekenntnis und die Bereitschaft zum Verständnis für andere, besonders auch für Minderheiten.“

„Monosymptomatik selten“

Für verhaltensauffällige und lernbehinderte Kinder und Jugendliche waren bis 1974 mehrere psychotherapeutisch-heilpädagogisch orientierte Angebote entstanden:⁸²

1. Im Oberharzer Jungenheim arbeiteten eine Psychologin und Heilpädagogen mit den Jungen.
2. Im Jungenheim Borstel, dem „Heim ohne Insassen“,⁸³ wurden Erziehungshilfen für „besonders gestörte und gemeinschaftsschwierige Kinder“ bereitgestellt.
3. Im Knabenhof gab es eine psychologisch-heilpädagogische Abteilung, deren Beschäftigte Diagnosen stellten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berieten und in „Sonderfällen“ auch therapierten.
4. Im Backhausenhof arbeitete ein psychologisches Team, das u.a. „Berufseignungs- und Interessentests“ durchführte.
5. Im Lehrlingsheim wurden seit Oktober 1974 „besonders verhaltensgestörte“⁸⁴ Jugendliche in einer besonderen Therapiegruppe zusammengefasst.

82 Das Folgende nach: Jahresbericht 1974, S. 16–18.

83 Jahresbericht 1974, S. 17. Danach auch die folgenden Zitate.

84 Ebd., S. 18.

Mit diesem breiten Angebot war man einem „Erziehungsheim als Sozialkrankenhaus mit heilpädagogischer Therapie“⁸⁵ sehr nahe gekommen. Zu dieser Zeit galten zwischen zehn und zwanzig Prozent der rund hundert Jungen im Knabenhof als psychisch erkrankt oder auffällig, im Lehrlingsheim mit 82 Jugendlichen befanden sich zur gleichen Zeit etwa 15 Prozent „in neurologischer oder psychiatrischer ambulanter Untersuchung oder Behandlung“⁸⁶, konstatierten die Psychologin *Monika Schwenkglenks* (* 1941) und der Psychologe *Manfred Binka*,⁸⁷ die zugleich auf „weitere 12 % der Jugendlichen“ hinwiesen, die auf einer Warteliste standen. Manchmal, berichtete Frau Schwenkglenks, standen die Lehrlinge zu fünft auf dem Flur Schlange, wenn sie ihre Sprechstunde abhielt.⁸⁸

Nun war nicht nur die Warteliste lang, sondern auch die Liste der Verhaltensauffälligkeiten, wobei eine „Monosymptomatik selten“⁸⁹ vorkam. Multiple Krankheitsbilder herrschten vor. Im Knabenhof litten die Jungen unter Kopfschmerzen und Erbrechen, sie bissen sich ihre Nägel ab, nässten und koteten ein, waren reizbar, aggressiv und hyperaktiv, unterlagen quälenden Stimmungsschwankungen, aßen zu wenig oder zu viel, „streunten“ und schliefen schlecht. Ähnliche Problemlagen zeigten sich bei den 15- bis 18-Jährigen im Lehrlingsheim, wobei bei ihnen noch Depressionen, regelmäßiger Alkoholmissbrauch und eine erhöhte Suizidgefahr hinzukamen.⁹⁰ So scheiterte am 20. Januar 1975 der Suizidversuch eines 16-jährigen Jugendlichen, der in „herabgemindertem Bewusstseinszustand“⁹¹ im Treppenhaus des Lehrlingsheims gefunden und in ein Krankenhaus gebracht wurde.

Die Frage, ob eine größere Gruppe von Jugendlichen „haltlos – arbeitsscheu“ war, brachten Schwenkglenks und Binka ebenfalls ins Gespräch. Die beiden wiesen darauf hin, dass sie mit einigen Jugendlichen und Jungen in einer Gesprächs- und Verhaltenstherapie seien, allerdings bestünde ihre Hauptaufgabe in der „Beratung von Erziehern und Jugendlichen und in einer Diagnostik“.⁹² Versuche, „Störungen von Kindern“ zu therapieren, seien immer dann gescheitert, „wenn die Mitarbeit des Erzieherteams vonnöten war, bzw. die Erziehungsgruppe eine Beeinflussung durch die therapeutisch notwendigen Schritte erfuhr.“⁹³ Auch sei nicht zu kontrollieren, ob die in manchen Fällen verschriebenen und von den Erziehern verteilten Medikamente (Psychopharmaka) tatsächlich eingenommen

85 Vorstandsprotokoll, 3.12.1971, AStH, 2146.

86 M. Schwenkglenks / M. Binka, Überlegungen der Psychologen des Knabenhofes und des Lehrlingsheimes zum Abschluss eines Konsiliarvertrages zwischen einem jugendpsychiatrisch arbeitenden Mitarbeiter der Psychiatrischen Klinik der Medizinischen Hochschule Hannover und dem Stephansstift, o.D. [ws. 1977], S. 5, AStH, Liste P./Altakten 233.

87 Herr Binka war der Nachfolger der Psychologin Gisela Petersen. Vgl. Jahresbericht 1975/76, S. 6.

88 Vgl. Beilage 7 zum Informationsblatt 1/1978, S. 27.

89 Schwenkglenks/Binka, Überlegungen, S. 2. Danach auch das folgende Zitat.

90 Ebd., S. 6.

91 Petersen an Alpers und Cohrs, 20.1.1975, AStH, Liste P, 233 (Altakten). Man ging davon aus, dass er eine Überdosis der ihm verordneten Medikamente, darunter ein Antidepressivum und ein Mittel zur Vorbeugung epileptischer Anfälle eingenommen hatte.

92 Schwenkglenks/Binka, Überlegungen, S. 7.

93 Ebd., S. 3.

würden.⁹⁴ Die Psychologin und der Psychologe wünschten sich die „kompetente Mitarbeit eines aufgeschlossenen Jugendpsychiaters“,⁹⁵ um den vielfältigen psychischen Probleme der Kinder und Jugendlichen kontinuierlich und – wohl am wichtigsten – direkt vor Ort begegnen zu können. War es doch in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen, dass ein Jugendlicher von einem Notarzt in die Medizinische Hochschule Hannover eingewiesen worden war, von wo aus er in die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Wunstorf verlegt und „am nächsten Tag ohne Absprache per Taxi wieder zurück ins Stephansstift“⁹⁶ geschickt wurde.

Interessant war der Hinweis der beiden Fachleute, dass sie vielen Jugendlichen kein Gesprächsangebot machen könnten, und zwar aus Zeitgründen: „Die Hauptaufgabe des Psychologen liegt jedoch in [der] Beratung von Erziehern und Jugendlichen und in der Diagnostik. Deshalb bleiben etliche Jugendliche psychotherapeutisch unversorgt.“⁹⁷

„Intensivgruppen?!“

Vor dem Hintergrund des geplanten Lehrlingsheimneubaus auf dem Gelände des Stephansstifts diskutierten Erzieher des Lehrlingsheims und des Backhausenhofes über die zukünftige pädagogische Konzeption der Arbeit mit Schülern.⁹⁸ Dabei dachten sie auch über die dauerhafte Einrichtung einer „halboffenen Gruppe“ nach. Dort sollten Jugendliche leben, die einer externen Ausbildung oder Beschäftigung nachgingen, ansonsten aber besonders beaufsichtigt und reglementiert wurden: „Teilweise Einschließung [ist] möglich. Ausgang wird in der Regel nicht gewährt.“ Unsicher war man sich hinsichtlich der Kriterien, die zu einer Verlegung in eine solche Gruppe führen sollten. Bislang hatten im Backhausenhof und im Lehrlingsheim folgende Gründe zu einer vorübergehenden Überführung in die „bestehende halboffene Gruppe“ des Backhausenhofes geführt:

- „Es sind dies insbesondere:
- besonderes Fehlverhalten
- Bedrohung von Mitarbeitern und grobe Widersetzlichkeit
- Schutz anderer Jugendlicher vor einem einzelnen Jugendlichen
- notwendige Unterbringung beim nächtlichen Randalieren
- mehrfache oder längere Entweichungen
- erheblicher Alkoholgenuss
- erhebliche Sachbeschädigungen

94 Ebd., S. 6.

95 Ebd., S. 5.

96 Ebd., S. 7.

97 Schwenkglens/Binka, Überlegungen, S. 7.

98 Filthuth an die Geschäftsführung, betr. Neubauten Lehrlingsheim, hier: Arbeitsgruppe zum Thema „halboffene Gruppe und Aufnahmegruppe für das Lehrlingsheim im Rahmen einer neuen Konzeption“, 30.10.1975, S. 1, AStH, Liste P, 233 (Altakten). Danach, S. 1f., auch die folgenden Ausführungen und Zitate.

- mutwilliger Verlust mehrerer Arbeitsstellen
- erhebliche Disziplinierungsschwierigkeiten.“

Die überwiegende Zahl der Teilnehmer befürwortete für das neue Lehrlingsheim eine „halbgeschlossene Gruppe“, die man als „therapeutisch ausgerichtete Maßnahme“ und nicht als Strafe verstehen wollte. Zugleich entschied man, dass im neu zu bauenden Lehrlingsheim eine „Aufnahmegruppe“ für Beobachtungs- und Eingewöhnungszwecke eingerichtet werden sollte. Dies geschah trotz der negativen Erfahrungen im Backhausenhof, der seine „Aufnahmegruppe“ aufgelöst hatte. Es hatte sich nämlich gezeigt, dass der ständige Wechsel der Jungen eine kontinuierliche und vertrauensvolle Erziehungsarbeit sehr erschwert und manchmal auch unmöglich gemacht hatte.

Die Frage nach dem richtigen Umgang mit schwierigen Jugendlichen beschäftigte Leitung und Mitarbeiter auch in den folgenden Monaten. Im November 1977 diskutierte man darüber, eine heimübergreifende „Intensivgruppe“⁹⁹ für Jugendliche und Jungen aller Erziehungshäuser einzurichten. Die Anwesenden waren unsicher. Sie stellten sich die Frage, „ob wirklich jeder Jugendliche in einer Intensivgruppe adäquat gefördert werden“ könnte. Auch sei die Intensivgruppe eine „Sondersituation“ und spiegele „kein Bild der Wirklichkeit“. Es fehlte zudem an den baulichen Voraussetzungen. Man fragte sich weiter, ob ein solches „Abschieben“ nicht die Arbeit in der „Normalgruppe“ abqualifiziere, und brachte schließlich das wichtigste Argument vor, den Zeitverlust in der schulischen und beruflichen Ausbildung und damit mögliche Brüche in der Biographie der Bewohner: „Das Überwechseln in eine Intensivgruppe außerhalb des Heimes könnte die Herausnahme aus dem Schul- und Ausbildungsbereich zur Folge haben und zu unaufholbaren Zeitverlusten führen.“ Dass verschiedene Behörden aus eventuell gewährten Finanzierungshilfen „Belegungsrechte“ ableiten könnten, man selbst also nicht frei über die Plätze in der Intensivgruppe würde verfügen können, war eine weitere nicht ganz unbegründete Sorge.

Im November 1977¹⁰⁰ zog die Anstaltsleitung den Jugendpsychiater Dr. *Fritz Stöckmann* (1920–1996)¹⁰¹ hinzu.

„Vor wenigen Tagen war ich im Stephansstift Hannover, das mich als Berater gegeben [sic] hatte, da das Stephansstift eine ‚pädagogische Intensivstation‘ (Arbeitstitel) mit achtzehn Betten plant. Es handelt sich dabei um eine weitgehend geschlossene Gruppe, vor allem verhaltensgestörter Jugendlicher mit Sozialisationsstörungen“,¹⁰²

99 Protokoll des Arbeitsgesprächs Backhausenhof-Lehrlingsheim-Erziehungsleitung am 22.11.1977, 20.12.1977, AStH, Liste P, 233 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate.

100 Aktennotiz betr. Gespräch mit Dr. Stöckmann und Herrn Cohrs, 15.9.1977, AStH, Liste P./Altakten, 233.

101 Stöckmann war von 1960 bis 1974 leitender Chefarzt in den Rotenburger Anstalten der Inneren Mission und dort an Medikamentenstudien an geistigbehinderten Kindern und Jugendlichen beteiligt. Vgl. Wagner, Arzneimittel und Psychochirurgie.

102 Stöckmann (Psychiater, Jugendpsychiater, Psychotherapie), Landeshauptstadt Hannover Gesundheitsamt, an Ministerialrat Dr. Heinze, Nds. Sozialministerium, 21.4.1978, AStH, Liste P, 233 (Altakten). Da-

teilte Stöckmann dem Sozialministerium mit, wo der einstmalige Bewerber auf die Stelle eines Psychiaters im Stephansstift, Hans Heinze jun., Stöckmanns Ansprechpartner war. Stöckmann befürwortete die Einrichtung einer solchen Station. Wesentlich sei jedoch eine „gute Kooperation mit einer nächstgelegenen jugendpsychiatrischen Klinik“, wobei er an die Jugendpsychiatrische Klinik Wunstorf dachte. Stöckmann war bereits seit längerem mit dem Stephansstift verbunden. So zog man den Psychiater zur Krisenintervention hinzu und nutzte seine Expertise, „besonders um Einweisungen in klinische, psychiatrische Behandlungen zu ermöglichen.“¹⁰³ In diesem Zusammenhang bot Stöckmann an, eine „Psychiaterin zu vermitteln, die mindestens einmal wöchentlich einige Stunden psychiatrische Behandlungen im Stephansstift durchführen“ könne. Ansonsten empfahl er die Feststellung eines Psychiaters, nicht ohne anzumahnen, die „Rollen der Psychologen und des Psychiaters klar zu bestimmen und voneinander abzugrenzen.“ Dankbar zeigte sich Stöckmann, dass die Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule sich für *externe* „verhaltensgestörte“ Jugendliche geöffnet hatte. Das für die Schule aus dem Raum Hannover „in Frage kommende Kontingent“ sei jedoch sehr begrenzt, dämpfte der Psychiater allzu große Erwartungen.¹⁰⁴

„In seiner Basis zerrüttet ...“¹⁰⁵ – Vorsteher und Vorstand

Es klang bereits an, um das Verhältnis zwischen einigen Vorstandsmitgliedern und Janssen war es nicht zum Besten bestellt.¹⁰⁶ Die konkreten Konfliktlinien sind in den Protokollen der Vorstandssitzungen, dem Hauptaustragungsort der Auseinandersetzungen, übrigens nicht wiedergegeben. Jedenfalls hegte das Landeskirchenamt „starke Bedenken“¹⁰⁷ gegen Janssen. Dieser verwies demgegenüber nicht nur auf seine erfolgreiche Abwendung eines Bankrotts des Stephansstifts – hierzu weiter unten mehr –, sondern erwähnte auch seinen in der Tat souveränen Umgang mit der „Heimkampagne“. Aber auch diese Einlassungen konnten Janssens Position nicht verbessern. Den Vorschlag eines eigens eingesetzten Personalausschusses machten sich in der Folge ausnahmslos alle Vorstandsmitglieder zu Eigen:

nach auch das folgende Zitat.

- 103 Aktennotiz betr. Gespräch mit Dr. Stöckmann und Herrn Cohrs, 15.9.1977, AStH, Liste P, 233 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate.
- 104 Vermerk betr. Besuch von Herrn Dr. Stöckmann am 22.4.1975, S. 1, AStH, Liste P, 233 (Altakten). Stöckmann spielte hier auf die „Troika“ an, die plante, zukünftig auch lernbehinderte, verhaltensauffällige Kinder aufzunehmen. Bei der Troika handelte es um eine für 1978 geplante „Zusammenfassung einer Kinderklinik, einer Jugendpsychiatrischen Klinik mit ca. 100 Betten für Diagnose und mittelfristige Therapie sowie ein Früherkennungszentrum mit pädagogisch-therapeutischem Zentrum und einer klinischen Tagesschule.“ Zudem sollte dort ein Jugendpsychiatrischer Dienst entstehen.
- 105 Vorstandsprotokoll, 9.7.1973, AStH, 2146.
- 106 Der Konflikt spielte sich sowohl auf der Sach- als auch auf der persönlichen Ebene ab. 1968 hatte sich Janssen gezwungen gesehen, Spekulationen über seinen Gesundheitszustand entgegenzutreten. Vgl. hierzu: Janssen, Bericht des Vorstehers, handschriftliches Manuskript/Fragment, o.D. [1968], AStH, 295.
- 107 Vorstandsprotokoll, 18.1.1971, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat. Weitere Querelen, etwa um Personalentscheidungen Janssens, entsprechende „Missbilligungen“ des Vorstands sowie gegenseitige Invektiven und Indiskretionen schlossen sich an. Vgl. beispielhaft das Vorstandsprotokoll, 4.5.1972, AStH, 2146.

„Wenn das Landeskirchenamt erklärt, dass es keine Grundlage für eine unbegrenzte befriedigende Zusammenarbeit mit dem Vorsteher sieht, möge der Vorsteher von sich aus um seine vorzeitige Pensionierung zum Ende des Jahres 1972 ersuchen. Bejaht dagegen das Landeskirchenamt die Möglichkeit einer befriedigenden Zusammenarbeit, so will auch der Vorstand ungeachtet der aufgetretenen Schwierigkeiten die Zusammenarbeit mit dem Vorsteher fortsetzen.“

Janssen erbat sich drei Tage Bedenkzeit, Baron von Reden erklärte seinen Rücktritt vom Amt des Vorstandsvorsitzenden.¹⁰⁸ Am 2. August 1971 beschloss der Vorstand in Anwesenheit Janssens, dessen Angebot, „mit Vollendung des 62. Lebensjahres in den Ruhestand treten zu wollen“,¹⁰⁹ anzunehmen. Nach längeren Verhandlungen einigte man sich darauf, dass die aktive Dienstpflicht Janssens am 31. Dezember 1973 enden sollte, sein Dienstvertrag sollte dagegen bis Ende 1974 in Kraft bleiben. Diese Vereinbarung überdauerte indes nicht lange. Am 19. Dezember 1972 beantragte der Vorstand des Stephansstifts beim Landeskirchenamt, dem ja die Pfarrstellenbesetzung im Stephansstift oblag,¹¹⁰ „schriftlich die Ablösung des Vorstehers“.¹¹¹ Nach weiteren quälenden Verhandlungen wurde das Dienstverhältnis Janssens im November 1973 schließlich aufgelöst. Eine offizielle Verabschiedung wünschte der scheidende Vorsteher nicht.¹¹² Einen Brief des neuen Vorstandsvorsitzenden von *Bitter*, der als „Dank und Abschiedsgruß gedacht war“,¹¹³ schickte Janssen zurück.

Der Nominierungsausschuss des Vorstandes schlug die Pastoren Alpers und *Meier-Wiedenbach* als mögliche Nachfolger im Amt des Vorstehers vor.¹¹⁴ Auch Brüderpastor Dr. *Hartwig Drude* (* 1935) warf seinen Hut in den Ring, zog seine Kandidatur aber kurz darauf wieder zurück.¹¹⁵ Das Landeskirchenamt gab Meier-Wiedenbach den Vorzug und zwar aufgrund seiner „Erfahrungen in der Inneren Mission“¹¹⁶ und seiner „möglicherweise robusteren Verhandlungsführung gegenüber dem mehr theologisch-seelsorgerlich qualifizierten Dr. Alpers“. Hingegen sprach sich der Vorstand des Stephansstifts mit nur einer Enthaltung für Harm Alpers als neuen Vorsteher aus. Am 23. Mai 1974 wurde Harm Alpers in sein Amt eingeführt. Mit dieser Personalentscheidung hoffte man, wieder in ruhigere Fahrwasser zu kommen – zumindest in den nächsten zwölf Jahren.¹¹⁷ An dieser Stelle sei noch erwähnt,

108 Vorstandsprotokoll, 19.4.1971, AStH, 2146. Ihm folgte Herr von Bitter nach. Vgl. Vorstandsprotokoll, 2.8.1971, AStH, 2146.

109 Vorstandsprotokoll, 2.8.1971, AStH, 2146. Danach auch die folgende Angabe.

110 Jahresbericht 1986/87, S. 6.

111 Vorstandsprotokoll, 9.7.1973, AStH, 2146.

112 Vorstandsprotokoll, 20.11.1973, AStH, 2146.

113 Vorstandsprotokoll, 14.1.1974, AStH, 2146. Der Jahresbericht 1974, S. 1f. würdigte die Verdienste Janssens, der eine Stelle „als wissenschaftlicher Mitarbeiter für sozialpädagogische Fragen bei der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland angetreten“ hatte.

114 Vorstandsprotokoll, 12.11.1973, AStH, 2146.

115 Vorstandsprotokoll, 20.11.1973, AStH, 2146.

116 Vorstandsprotokoll, 20.12.1973, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat.

117 Vorstandsprotokoll, 12.5.1975, AStH, 2146. Wie bereits erwähnt, war nach den Querelen um Janssen eine befristete Amtszeit der zukünftigen Vorsteher beschlossen worden.

dass der Vorstand mit Frau *von der Decken*, Referentin im Kultusministerium, zum ersten Mal in seiner Geschichte eine Frau kooptierte.¹¹⁸

Das Ende der Brüderausbildung nach 105 Jahren

Ende der 1960er Jahre verfügte das Stephansstift über folgende Ausbildungsgänge für kirchlich-soziale Berufe. Da war zunächst die *Diakonenfachschule* für die Brüderausbildung, die zeitweise eng¹¹⁹ mit der *Höheren Fachschule für Sozialarbeit*, wie die Wichernschule seit 1966 hieß,¹²⁰ kooperierte. Ebenfalls im Brüderhaus untergebracht war eine „spezialisierte Heimleiterausbildung“.¹²¹ Diese in ihren Zuständigkeiten und Kompetenzen sorgsam austarierte Ausbildungslandschaft durchlief in den 1970er Jahren einen grundlegenden und bis heute kaum erforschten Veränderungsprozess, dessen Ergebnisse das Stephansstift bis in die Gegenwart hinein prägen.

Infolge des Bundessozialhilfegesetzes und des Jugendhilfegesetzes 1960/61, die einen individuellen Rechtsanspruch auf Hilfen zur gesellschaftlichen Eingliederung und Erziehung begründeten, wuchs der Bedarf an Fachkräften und damit an entsprechenden Ausbildungsstätten stetig.¹²² Zwar hielten die diakonischen Einrichtungen traditionell ein differenziertes soziales Ausbildungsangebot bereit – etwa die Ausbildung von Krankenschwestern in den Diakonissenmutterhäusern oder die Ausbildung von Erziehern in den Diakonenanstalten –, aber angesichts der „zunehmenden Pluralisierung und Professionalisierung des sozialen und pädagogischen Berufsbildes“¹²³ gerieten sie gegenüber anderen Ausbildungsträgern ins Hintertreffen. Da die diakonischen Einrichtungen vielfach nicht mit hauptamtlichen Dozenten arbeiteten, sondern – wie im Stephansstift – die Vorsteher nebenamtlich unterrichteten, wurde ihnen zwar eine christlich-religiöse, aber keine wissenschaftlich-akademische Kompetenz zugesprochen. Die wachsende Säkularisierung und eine gewisse Kirchenfeindlichkeit in der bundesdeutschen Gesellschaft sowie eine unübersichtliche und kleinteilige Ausbildungslandschaft minderten die Attraktivität des kirchlich-diakonischen Ausbildungsangebotes und ließen Nachwuchssorgen aufkommen.

Nun beschränkte sich die Krise des damaligen Ausbildungssystems nicht nur auf die Angebote der Kirchen und der Diakonie in den Sozialberufen, vielmehr war zuvor ein ganz

118 Vorstandsprotokoll, 20.11.1973, AStH, 2146.

119 „Viele Diakone, die im fürsorgerischen oder sozialpädagogischen Bereich tätig werden wollen, z.B. Erzieher, Heimleiter, Fürsorger in kirchlichen oder staatlichen Stellen oder in Anstalten“, besuchten die „Höhere Fachschule für Sozialarbeit“. Bote, Neue Folge, 13, September 1966, S. 10.

120 Bote, Neue Folge 13, September 1966, S. 10. Bemerkenswerterweise hielt sich der Name „Wichernschule“ bis in die 1970er Jahre hinein, daher wird er auch im Folgenden verwendet.

121 Informationen aus dem Stephansstift (Mitarbeiterzeitung), Nr. 3, Januar 1971, S. 5.

122 Das Folgende nach: Katharina Kunter, Neues Selbstverständnis in der diakonischen Ausbildung. Die Gründung der evangelischen Fachhochschulen, in: Ursula Krey / Hans-Walter Schmuhl (Hg.), Von der inneren Mission in die Sozialindustrie? Gesellschaftliche Erfahrungsräume und diakonische Erwartungshorizonte im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2014, S. 137–149.

123 Ebd., S. 139. Danach auch das folgende Zitat.

anderer Berufs- und Ausbildungszweig in den Fokus gerückt. Internationale Vergleiche hatten gezeigt, dass die Ausbildung der deutschen Ingenieure „an den höheren Fachschulen für Ingenieurwesen [...] veraltet und zu wenig akademisch“ war. Nachdem Westdeutschland 1957 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beigetreten war, erwies sich die Neuordnung der Ingenieurausbildung als dringend erforderlich, um im europäischen Wettbewerb bestehen zu können. Der Anfang Juli 1968 ergangene Länderbeschluss, die bisherigen „Höheren Fachschulen“ in „Fachhochschulen“ umzuwandeln, wurde Ende Oktober 1968 in ein „Abkommen der Länder zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachschulwesens“ überführt. „Mit ihm wurden die Fachhochschulen in allen Bundesländern als ein neuer Hochschultyp mit praxisbezogener Lehre auf wissenschaftlicher oder künstlerischer Grundlage eingeführt.“¹²⁴ Dieses Abkommen und die mit ihm verbundenen Regelungen betrafen auch die kirchlichen Ausbildungsstätten, auch wenn man diese zunächst gar nicht im Blick gehabt hatte. Die EKD und mit ihr die Landeskirchen und die Ausbildungseinrichtungen der Diakonie waren unsicher, wie man auf die neue Bildungsgesetzgebung reagieren sollte. Es stellten sich zwei Fragen. *Erstens* galt es zu klären, in welche Richtung man künftig die eigene Ausbildung für soziale Berufe entwickeln sollte. *Zweitens* ging es ganz grundsätzlich um die Frage, „ob sie [die Diakonie] als nichtstaatlicher Träger überhaupt ihre bisherige Ausbildungsarbeit auf dieser neuen Ebene fortsetzen und sich dann an der eigenverantwortlichen und finanziellen Gestaltung von Hochschulen mit staatlich anerkannten Abschlüssen und einem pointiert gesellschaftsdienlichen Ausbildungsprofil beteiligen wollte.“ Im Januar 1970 sprach sich eine von der EKD eingesetzte Fachhochschulkommission für den soeben skizzierten Weg aus. Daraufhin setzte jede Landeskirche eine eigene Kommission ein, um die Gründung bzw. die Umwandlung bestehender Fachschulen in neue kirchliche Fachhochschulen vorzubereiten. Als ab 1972 – nach ausgesprochen schwierigen und komplexen Verhandlungen – die neuen kirchlichen Fachhochschulen ihre Arbeit aufnahmen, trat „das kirchliche Ausbildungssystem für soziale Berufe“ in eine „neue Ära“ ein. Erstmals konnten Frauen und Männer staatlich anerkannte Diplomstudiengänge besuchen und mit dem Titel eines/einer Diplom-Sozialarbeiters/in, eines/einer Diplom-Religionspädagogen/in oder eines/einer Diplom-Sozialpädagogen/in abschließen. Die Aufteilung der meisten kirchlichen Fachhochschulen in drei Fachbereiche – Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Kirchliche Gemeindepraxis – griff dabei die „unterschiedlichen kirchlichen Ausbildungstraditionen“ auf.

Im Stephansstift hatte man diese Entwicklungen sehr genau beobachtet.¹²⁵ Auf den Trend zur Akademisierung der sozialen Ausbildung reagierte man in der Diakonenfachschule mit der Einstellung einschlägig qualifizierter Dozenten. 1969 wurden mit Pastor *Walter* ein hauptamtlicher Theologe, mit *Walter Laubsch* ein „ausgebildeter Politologe“¹²⁶

124 Ebd., S. 140. Danach auch das folgende Zitat.

125 Da das Lutherstift in Adelheide auch von den Gesetzesänderungen betroffen war, stand man in gegenseitigem engen Kontakt und verhandelte gemeinsam. Vgl. zum Beispiel: Hans-Jürgen Lange, Zur Rechtsverordnung über Ausbildung und Dienst der Diakone, in: Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 15.12.1975, S. 2f.

126 Kruse, Bericht aus der Diakonenfachschule, in: Janssen, Brüderrundbrief, 11.12.1969, S. 4.

und mit *Inge Behr* eine Religionspädagogin für die Brüderausbildung gewonnen. Eine weitere Aufwertung erfuhr die Diakonenfachschule 1970 durch die Besetzung weiterer hauptamtlicher Dozentenstellen, namentlich auf dem Gebiet der Psychologie sowie in „Jugendhilfe, Jugendrecht, Verwaltungskunde“.¹²⁷

Die Gründung staatlich anerkannter kirchlicher Fachhochschulen führte zu einer „neuen Allianz zwischen Diakonie, verfasster Kirche und den jeweiligen Bundesländern.“¹²⁸ Diese Allianz vollzog sich durch Fusionen der verschiedenen Ausbildungszweige oder Ausbildungsstätten, die eine neue Rechtsträgerschaft und neue Finanzierungen nach sich zogen. Damit wurden die ehemaligen sozialen Fachschulen, Seminare, Lehrgänge usw. „in die landeskirchlichen Strukturen eingebunden.“ Die Auswirkung dieser Änderung ist nicht zu unterschätzen, da die evangelischen Fachhochschulen nun zu einem Bestandteil der jeweiligen Landeskirchen wurden, „auch wenn die Diakonie der jeweiligen Landeskirche zusammen mit der Landeskirche als Träger auftrat und sich an der Finanzierung beteiligte.“ Damit ging einerseits die mitunter hart erkämpfte diakonische Eigenständigkeit im Bereich der sozialen Ausbildung verloren, andererseits wurde von vielen Seiten die „explizite Wissenschaftsorientierung“ sozialer Ausbildung im kirchlich-diakonischen Raum begrüßt. Dieser Meinung war man auch im Stephansstift. Dort begrüßte man die zu erwartende Verbesserung der Ausbildung, den „Kontakt zu dem Fachbereich Sozialwesen“, die „Anhebung des Berufsstandes“ und nicht zuletzt die Möglichkeit, nach dem Abschluss an einer Universität zu studieren.¹²⁹

Geradezu mustergültig, wenn auch nach zähen Verhandlungen, wurden die skizzierten Bildungsreformen im Stephansstift umgesetzt. Dies galt zunächst für die Wichernschule, die die hannoversche Landeskirche Anfang der 1970er Jahre zur Fachhochschule erheben wollte. Neben der Frage der Rechtsträgerschaft stellte sich für den Vorstand des Stephansstifts eine auch finanziell wichtige Frage, nämlich die nach der Zukunft des Geländes, auf dem die Wichernschule stand. Dieses war ja Eigentum der Anstalt. „Es wäre denkbar, dass das Stephansstift aus der Rechtsträgerschaft ausscheidet und auf die Nutzung seiner der Wichernschule zur Verfügung gestellten Grundstücke in der Größe von 29.800 qm endgültig verzichtet.“¹³⁰ Dabei war dem Vorstand klar, dass „ein voller Ausgleich für den Wert dieser Grundstücke nicht erreicht werden“ könne. Die Landeskirche könne aber, so die Idee, „als Gegenleistung die Arbeit des Stephansstifts durch einen namhaften finanziellen Zuschuss über längere Zeit [...] unterstützen.“ Auf diesen Vorschlag ließ sich die Landeskirche indes nicht ein, sondern erklärte sich stattdessen bereit, das „Stephansstift in seinem Finanzbedarf für mehrere dringend erforderliche Investitionsvorhaben zu unterstützen.“¹³¹ Als „Abfindungssumme“ für das Grundstück hatte die Landeskirche den „Höchstbetrag“

127 Vorstandsprotokoll, 23.11.1970, AStH, 2146.

128 Kunter, Selbstverständnis, S. 142. Danach auch die folgenden Zitate.

129 Jahresbericht 1973, S. 8.

130 Vorstandsprotokoll, 31.1.1970, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

131 Vorstandsprotokoll, 25.10.1971, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate. Hier war eine Summe von 1,5 Mio. DM ins Spiel gebracht worden. Vgl. Vorstandsprotokoll, 16.2.1971, AStH, 2146.

von 4 Mio. DM in Aussicht gestellt, wohingegen die Vorstellungen des Stephansstifts deutlich höher, nämlich bei 5,1 Mio. DM, lagen. Das Stephansstift sollte sich in dieser Frage durchsetzen.¹³²

Der Vorstand diskutierte auch über eine Erweiterung des geplanten Neubaus der Fachhochschule. Ob man in einem solchen Fall noch einmal Grundstücke zur Verfügung stellen könne, wagte der Vorstand zu diesem Zeitpunkt nicht zu sagen. Falls die Landeskirche sich entschließen sollte, ihre Fachhochschule an einem anderen Standort zu bauen,¹³³ musste das Stephansstift übrigens keine Nachteile befürchten. Denn nach der einst geschlossenen Hauptvereinbarung würden ja nicht nur die Grundstücke, sondern auch die Gebäude an die Anstalt zurückfallen. „Die Gebäude könnten vom Stephansstift durchaus verwertet werden“, stellte der Vorstand klar, der wohl auch an die nach wie vor beengte Unterbringung im Lehrlingsheim dachte. Die Verhandlungen konnten 1972 zum Abschluss gebracht werden. Die Wichernschule ging in das Eigentum *und* in die Trägerschaft der hannoverschen Landeskirche über und firmierte fortan als „Evangelische Fachhochschule in Hannover, Fachbereich Sozialwesen“.¹³⁴ Damit fand ein intensives und nicht immer konfliktfreies Arbeitsfeld für das Stephansstift ein Ende. Janssen hoffte auf eine „fortdauernde gut nachbarschaftliche Verbindung und freundliche Zusammenarbeit.“¹³⁵

Die Neuorganisation der Diakonenfachschule sollte hingegen weniger reibungslos verlaufen. Im Spätsommer 1970 schlossen die Landeskirche und das Stephansstift einen Vertrag „betr. landeskirchlicher Ausbildungsstätten im Stephansstift“.¹³⁶ Darin kam man überein, „im Stephansstift ein Seminar für kirchliche und diakonische Berufe mit sechssemestriger Ausbildung zu errichten.“¹³⁷ Träger dieses Seminars sollte das Stephansstift sein, mit dem die Landeskirche „im Benehmen“ die Ausbildungs- und Prüfungsordnung beschließen wollte. Die Personalkosten für die hauptamtlichen Dozenten und den Leiter des Seminars wollte die Landeskirche ebenso übernehmen wie die „Kosten des für den Lehrbe-

132 Vorstandsprotokoll, 20.7.1972, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat.

133 So war ein Grundstück in Bischofshol im Stadtforst Eilenriede im Gespräch. Vgl. Vorstandsprotokoll, 23.6.1970, AStH, 2146.

134 Jahresbericht 1972, S. 3. Von einer weiteren Fusion ist zu berichten. „Am 19. April 1971 vereinbarten das Stephansstift und der Verein Soziale Frauenschule der Inneren Mission Hannover e.V., dass Wichernschule und Höhere Frauenschule für Sozialarbeit der Inneren Mission zwecks Gründung einer Fachhochschule für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Kirchliche Dienste in der Trägerschaft der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers zusammengelegt würden. Diese Zusammenlegung sollte zum 1. Mai 1971 erfolgen und geschah unter der Voraussetzung, dass die Ev.-luth. Landeskirche Hannovers bis zum 1. Oktober 1971 die Trägerschaft der zusammengelegten Ausbildungsstätten übernimmt und bei der niedersächsischen Landesregierung den Antrag auf Anhebung dieser Ausbildungsstätte in den Status einer Fachhochschule ... stellt.“ Zit. nach Aschenbrenner, 60 Jahre, S. 10f. Siehe hierzu auch: Vorstandsprotokoll, 19.4.1971, AStH, 2146.

135 Jahresbericht 1972, S. 3.

136 Vertrag zwischen der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers und dem Stephansstift Hannover, o.D. [Anlage zum Vorstandsprotokoll, 18.8.1970], AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

137 Betroffen waren alle Gemeindehelferinnenseminare und Diakonenausbildungsstätten der Hannoverschen Landeskirche. Vgl. Jahresbericht, 1985/86, S. 7.

trieb des Seminars erforderlichen Sachbedarfs im Rahmen des Haushaltsplanes des Seminars.“ Die Aufstellung des Haushaltsplans lag übrigens beim Stephansstift, das die „für den Lehrbetrieb erforderlichen Räume mietfrei zur Verfügung“ zu stellen hatte und sich auch dazu bereit erklärte, „im Rahmen seiner Möglichkeiten auch künftig notwendig werdenden Bedarf zu decken.“ Mit der Zusage, „das Brüderhaus für die Aufnahme von Studierenden zur Verfügung zu halten“, fiel allerdings eine der wichtigsten Bastionen des Stephansstifts. Man verabschiedete sich von einer rein männlichen Diakonie und öffnete sich Frauen und damit potenziellen Diakoninnen. Am Ende des Vertragswerks legte man fest, „dass alle Fragen, die sich aus der Führung des Seminars ergeben, in echter durch die gemeinsame Aufgabe bedingter Partnerschaft zu entscheiden“ seien. Dieser freundlichen Absichtserklärung zum Trotz einigten sich Landeskirche und Stephansstift auf für ein solches Projekt kurze Kündigungsfristen: „Dieser Vertrag kann mit einer Frist von sechs Monaten jeweils zum 31. Dezember und 1. Juli gekündigt werden.“ Die Aufsicht über das Seminar sollte ein Verwaltungsausschuss ausüben, der sich aus je zwei Vertretern des Stephansstifts und der Landeskirche sowie „einer vom Stephansstift und der Landeskirche gemeinsam berufenen Persönlichkeit als Vorsitzenden“ zusammensetzen sollte. Dass von Seiten des Stephansstifts auf eine Entsendung Janssens in den Verwaltungsausschuss verzichtet wurde, wies einmal mehr auf die tiefen Gräben zwischen dem Vorstand und der Landeskirche auf der einen und dem Vorsteher auf der anderen Seite hin.¹³⁸

Wie bewertete die Brüderschaft die beabsichtigte Umgestaltung ihrer Diakonenfachschule in ein „Seminar für kirchliche und diakonische Berufe“? Die Bitte von drei Delegierten des Oberkurses des Brüderhauses, an den wichtigen Verhandlungen mit dem Landeskirchenamt am 18. August 1970 teilzunehmen, beschied der Vorstand abschlägig. Eine Teilnahme der Diakonenschüler sei aus satzungsrechtlichen Gründen nicht möglich, Pastor Kruse wurde jedoch ermächtigt, den drei Petenten von den Ergebnissen zeitnah zu berichten. Allerdings erhielten die Delegierten die Gelegenheit, den anwesenden Vorstandsmitgliedern – Baron von Reden, Oberlandwirtschaftsrat *Scheffer*, Dr. *Rüdiger*, Oberlandeskirchenrat *Creutzig*, Landesbankdirektor Müller, Bruder *Baltruweit*, Direktor *Calsow* – vor deren Verhandlungen mit der Landeskirche ihr Anliegen vorzutragen. Ganz offensichtlich sorgten sich die angehenden Brüder um die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der Brüderausbildung, um eine größere Einflussnahme der Landeskirche als Hauptgeldgeberin und damit nicht zuletzt um die Unabhängigkeit ihres Brüderhauses:

„Die Diakonenausbildung muss wie bisher weitergeführt werden. Es darf nicht dazu kommen, dass durch den Einfluss des Landeskirchenamtes der Schwerpunkt mehr auf die Gemeindeförderausbildung gelegt wird. Überhaupt muss vermieden werden, dass vom Landeskirchenamt her zu viele Einflüsse wirksam werden, die nicht von der Kenntnis der bisherigen Ausbildungsarbeit des Stephansstifts getragen sind.“

138 „Von Seiten des Stephansstifts soll Herr Prof. Janssen nicht in den Verwaltungsausschuss entsandt werden.“ Vorstandsprotokoll, 18.8.1970, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

Die Vorstandsmitglieder schienen beeindruckt und fassten mehrere Beschlüsse, mit denen sie in die anschließenden Verhandlungen mit der Landeskirche gingen. So wollten sie zum Beispiel eine „weitreichende Mitbestimmung bei der Gestaltung der Ausbildungsordnung“ erreichen. Die Verhandlungen mit den Vertretern des Landeskirchenamts, Vizepräsident *Meyer* und Oberkirchenrat *Höner*, verliefen zur gegenseitigen Zufriedenheit. „Einvernehmlich“ einigte man sich auf den oben referierten Vertragstext. Die Landeskirche machte Zugeständnisse. So hatte der Vorstand des Stephansstifts gefordert, dass mit dem zu gründenden Seminar kein „Staat im Staate“ entstehen dürfe. Es gehe um die „lebendige Funktion der Mitarbeiter des Brüderhauses“, daher müssten die „Mitarbeiter der Schule [...] bereit sein, im Stephansstift kooperativ zu arbeiten.“ Das Landeskirchenamt stimmte „dem ohne Einschränkung zu“, wandte aber ein, dass sich diese Forderung nicht im Vertrag verankern lasse. Allerdings sähe der Vertrag für das Stephansstift die Möglichkeit vor, Ausbildungsplatzbewerber abzulehnen. Zudem zeigte sich das Landeskirchenamt aufgeschlossen, „die Verpflichtung zur Kooperationsbereitschaft“ in die jeweiligen Angestelltenverträge aufzunehmen.

Gleichwohl kamen dem Vorstandsvorsitzenden Baron von Reden noch während der laufenden Sitzung Bedenken. Aufgrund seiner „besonderen Beziehung“ zur Brüderschaft des Stephansstifts könne er den Vertrag so nicht unterzeichnen. Er ließ sich von seiner Funktion als Vorsitzender entbinden. Trotz dieses kleinen Eklats stimmte die Mehrheit der Vorstandsmitglieder für die mit dem Landeskirchenamt ausgehandelten Bedingungen. Noch am selben Abend benannte der Vorstand Kruse und Scheffer als Mitglieder des geplanten Verwaltungsausschusses für das Seminar. Die Landeskirche entsandte *Uhlhorn* und suchte noch nach einem weiteren Vertreter. Den gewünschten „neutralen Vorsitzenden“ des Verwaltungsausschusses fand man zunächst nicht. Auf keinen Fall wollte man einen Theologen, der „Neutrale“ sollte möglichst Jurist sein. Ende November fand man in Regierungsdirektor *Petersen* den gewünschten Mann.¹³⁹

Am 12. Oktober 1970 wurden die Vertreter der Brüderschaft und die Dozenten der Diakonenfachscheule vom Vorstand über den Vertrag unterrichtet. Aufgrund des Eindrucks, „dass das Landeskirchenamt mit ehrlichem Willen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit“ angestrebt habe, habe man „darauf verzichtet, in jedem Falle ein Maximum bei den Verhandlungen herausholen zu wollen.“¹⁴⁰ „Nach eingehender Diskussion“ billigten die Brüder und die Dozenten das Verhandlungsergebnis. Im November 1970 wurde der Überleitungsvertrag unterschrieben.¹⁴¹

Es zeigte sich jedoch, dass die „Überleitung der Diakonenfachscheule in das Seminar für kirchliche und diakonische Berufe“¹⁴² schwierig war. Erwartungsgemäß bereitete die Ausarbeitung der Ausbildungsordnung Probleme, war diese doch von zentraler Bedeutung für die Brüderausbildung. Dieser müsse aber die „größte Sorge gelten“, um die Unsicherheit

139 Vorstandsprotokoll, 23.11.1970, AStH, 2146.

140 Vorstandsprotokoll, 12.10.1970, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat.

141 Vorstandsprotokoll, 23.11.1970, AStH, 2146.

142 Vorstandsprotokoll, 1.3.1971, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

der Studierenden zu überwinden. Auch müsse das Ziel der Ausbildung klar herausgearbeitet werden. Als weiteres Problem erwies sich die „Abgrenzung der Funktionen zwischen Seminarleiter, Brüderpastor und Hausvater“. Zudem sollte der Seminarleiter nicht zugleich Brüderpastor sein, um einen Interessenkonflikt zu vermeiden. Weiterhin galt es, das Verhältnis zwischen Seminar und Bruderschaft gründlich zu durchdenken. Brüderpastor Druide regte daher an, „dass der Vorstand ein klares Votum für den Zusammenhang zwischen Seminar und Bruderschaft aussprechen soll.“¹⁴³ Erst im Mai 1972¹⁴⁴ stand die Ausbildungsordnung für das Seminar fest.¹⁴⁵ Sie sah die Mittlere Reife als Zugangsvoraussetzung und eine sechssemestrige Ausbildung vor: „Die Bedeutung dieser Ordnung ist deswegen groß, weil sie klar zu erkennen gibt, dass die Arbeit des Seminars die einer Ausbildungsstätte besonderer Art ist, deren Niveau und Ziel über dem der üblichen Fachschule liegen.“¹⁴⁶ Zum Leiter des Seminars wurde der im April 1971 als theologischer Dozent¹⁴⁷ eingestellte Pastor Alpers berufen, die Leitung des Internats für die Studierenden übernahm Bruder *Gottfried Wasmuth* (* 1942). Die Brüderausbildung fand nun also am Seminar für kirchliche und diakonische Berufe statt. 1972 wurde das Seminar staatlich anerkannt, am 16. Oktober 1974¹⁴⁸ wurde es – wie bereits zuvor die Wichernschule – in die Evangelische Fachhochschule Hannover¹⁴⁹ „übergeleitet und im April 1975 in den Fachbereich Religionspädagogik – Diakonie und kirchliche Dienste – umgewandelt. Damit ist dem Stephansstift die Ausbildung von Diakonen genommen worden, um derentwillen es begründet wurde.“¹⁵⁰ Eine 105-jährige Tradition war zu Ende. Um trotzdem den Stiftungszweck des Stephansstifts „fortwirken“¹⁵¹ zu lassen, vereinbarte die Anstalt mit der Landeskirche „die Erhaltung und Förderung der Lebensgemeinschaft der Diakone und Diakoninnen“.

Zum Schluss sei erwähnt, dass der Zweig der Heimerzieherausbildung im Stephansstift in *Fachschule für Sozialpädagogik* umbenannt wurde. Die neue Fachschule, die seit Ostern 1970 auch Frauen zu staatlich anerkannten Erzieherinnen ausbildete und zusätzlich eine berufsbegleitende Teilzeitausbildung anbot,¹⁵² avancierte zum Erfolgsmodell. 1972 studierten

143 Vorstandsprotokoll, 19.4.1971, AStH, 2146.

144 Vorstandsprotokoll, 4.5.1972, AStH, 2146.

145 Vorstandsprotokoll, 16.6.1971, AStH, 2146.

146 Jahresbericht 1972, S. 2. Ein vom Vorstand berufener Ausschuss, dem auch Janssen angehörte, hatte sich im Vorfeld dafür eingesetzt, dass an der Ausbildungs- und Prüfungsordnung auch Studierende und Dozenten mitwirken sollten. Janssen an das Landeskirchenamt, 12.10.1976, AStH, 2146. Vgl. auch Vorstandsprotokoll, 12.10.1970, AStH, 2146.

147 Vorstandsprotokoll, 19.4.1971, AStH, 2146.

148 Vgl. hierzu auch die „Vereinbarung zwischen der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers und dem Stephansstift über die gemeinsame Aufgabe gegenüber den Diakonen und Diakoninnen im Dienst und in der Ausbildung“, in: Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 15.12.1974, und deren Erläuterung, S. 5–9.

149 Diese ging am 1. September 2007 in staatliche Trägerschaft über. Als „Fakultät V – Diakonie, Gesundheit und Soziales“ wurde sie der Fachhochschule Hannover, seit Juni 2010 Hochschule Hannover, angegliedert.

150 Arbeitsbericht 1974/75, S. 5.

151 Ebd., S. 11. Danach auch das folgende Zitat.

152 Jahresbericht 1971, S. 10. Diese wurden vom Landesarbeitsamt finanziert. Vgl. Vorstandsprotokoll, 13.3.1971, AStH, 2146.

dort 174 Frauen und Männer, für 1973 wurden gar 300 Studierende erwartet.¹⁵³ Man könne sich „vor Bewerbern einfach nicht retten.“¹⁵⁴ Der damit verbundenen Raumnot gedachte man mit einem Erweiterungsbau zu begegnen, der das „dringendste Bauvorhaben“¹⁵⁵ sei. 1973 behalf man sich zunächst aber mit einer Baracke, einem ehemaligen Aufenthalts- und Lagerraum für Radsportteams während der Olympiade in München 1972; dies konnte indes nicht mehr als ein vorübergehender Notbehelf sein.¹⁵⁶ Die damit verbundene Kapazitätserhöhung auf achtzig Vollzeit- und 25 berufsbegleitende Studienplätze sollte ebenfalls nicht ausreichen, so dass die Schulleitung schließlich die Zugangsentscheidungen per Losverfahren fällte. Dies führte „nicht nur bei den abgelehnten Bewerbern, sondern auch in kirchlichen Kreisen zu heftiger Kritik.“¹⁵⁷ Man wollte sich indes bemühen, zu einem differenzierten Auswahlverfahren zu kommen, wobei man sich besonders jenen Bewerberinnen und Bewerbern verpflichtet fühlte, die ihre Abschlüsse auf dem zweiten Bildungsweg gemacht hatten.

Belastet wurde die Situation an der Fachschule für Sozialpädagogik durch Auseinandersetzungen auf der Leitungsebene. Die Konflikte wurden vor Gericht und in den Tageszeitungen ausgetragen und brachten viel Unruhe mit sich. Nach dem Ausscheiden Laubschs im Sommer 1972 wurde die Leitung „im wesentlichen durch die Seminar- und Dozentenkonferenz ausgeübt“,¹⁵⁸ wobei die kommissarischen Leitungsaufgaben von einem Dreierteam, bestehend aus Harm Alpers, der Religionspädagogin Behr und der Psychologin Dr. *Helga Lemke*, wahrgenommen wurden. Für dieses Team etablierte sich übrigens die Bezeichnung „Trinität“. Anfang 1973 übernahm Direktor *Horst Plümke* die Leitung der Schule.¹⁵⁹

Angesichts der gleichbleibend hohen Nachfrage beschloss der Vorstand am 12. Mai 1975 den Neubau für die Fachschule für Sozialpädagogik.¹⁶⁰ Dieser sollte auf einem bislang gärtnerisch genutzten Gelände jenseits der Kirchröder Straße entstehen. Schon am 14. Oktober 1975 wurde der Grundstein für die neue Schule gelegt, eingemauert wurde eine Urkunde, die besagte, „dass das Stephansstift den Auftrag zur Ausbildung junger Menschen für den gezielten Dienst am Nächsten in einem bestimmten Bereich [habe], der gründliche Fachkenntnisse“¹⁶¹ voraussetze. Dass das Stephansstift dieses ambitionierte Bauvorhaben in einer aufgrund einer schwachen Konjunktur unsicheren Zeit begann, verweist auf die Bedeutung, die es der Fachschule für Sozialpädagogik beimaß. Deren neues Domizil wurde am 3. Februar 1977 eingeweiht.¹⁶²

153 Jahresbericht 1972, S. 3.

154 Vorstandsprotokoll, 26.2.1973, AStH, 2146.

155 Vorstandsprotokoll, 13.3.1972, AStH, 2146.

156 Bote, Neue Folge 2, 1975, S. 8. Danach auch die folgende Angabe.

157 Arbeitsbericht 1974/75, S. 13. Danach auch die folgende Angabe.

158 Alpers, Bericht aus dem Seminar, 20.8.1971, AStH, Liste P, 2 (Altakten).

159 Vorstandsprotokoll, 30.11.1972, AStH, 2146. Vgl. auch Jahresbericht 1973, S. 8.

160 Informationen aus dem Stephansstift (Mitarbeiterzeitung), Nr. 7/1975, 22.8.1975, S. 7. Danach, S. 7f., auch die folgenden Angaben.

161 Bote, Neue Folge 2, 1975, S. 1.

162 Vgl. Vorstandsprotokoll, 23.11.1976, AStH, 2146.

Nachdem die Fachschule 1983 einen Ausbildungsgang Heilpädagogik eingeführt hatte, änderte sie ihren Namen in „*Evangelische Fachschule für Sozial- und Heilpädagogik*“.¹⁶³ Kurz darauf stand wieder eine Namensänderung an, hatte doch die Bezirksregierung im Februar 1984 ihre Genehmigung für eine „*Fachoberschule Sozialwesen*“¹⁶⁴ erteilt. Hintergrund waren 1982 vom Niedersächsischen Kultusministeriums erlassene neue Aufnahmevoraussetzungen, die neben dem Realschulabschluss nun auch eine zweijährige, erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung oder – als Ersatz – den Besuch einer berufsbildenden Schule mit abgeschlossenem Vorpraktikum verlangte.¹⁶⁵ Dabei sah die Schule sich mit engen staatlichen Vorgaben konfrontiert, die sie jedoch zumindest teilweise nach eigenem Gutdünken ausgestaltete, räumte Klaus Nietzschmann ein: „Die Klasse 11 mit ihrer etwas seltsamen Konstruktion von vier Tagen Praktikum und zwei Schultagen in der Woche läuft also bereits, und wir versuchen, sie etwas interessanter zu gestalten, als der Erlass dies als Minimum vorschreibt.“¹⁶⁶

Die Brüderschaft wird zur Diakoniegemeinschaft

Die Einführung eines „besonderen Kurses für fünf Studierende des ehemaligen Gemeindegemeindeförderinnenseminars der Henriettenstiftung“¹⁶⁷ damit sie doch noch die Gelegenheit erhielten, ihr Examen abzulegen, hatte bei der Transformation der Brüderschaft in eine Diakonische Gemeinschaft einen nicht unerheblichen Anteil. Wie reagierten die Diakonenschüler auf die jungen Frauen? Folgt man der angehenden Gemeindegemeindeförderin *Doris Jänicke* (1946–2012), dann gab es kaum Schwierigkeiten.¹⁶⁸ Zwar sei man „räumlich und organisatorisch [...] nicht ausreichend auf die Aufnahme von Damen vorbereitet“¹⁶⁹ gewesen, jedoch sei der „Wille zur gemeinsamen Ausbildung“ bei allen – „trotz aller sachlichen Auseinandersetzungen“ – vorhanden gewesen. Die „erwartete Konkurrenz“ zwischen den Diakonen und Gemeindegemeindeförderinnen sei ausgeblieben. Die fünf Studentinnen, deren Abschlussprüfung im Juli 1972 bevorstand, wollten sich nicht mit dem Titel der Gemeindegemeindeförderin begnügen. Schließlich durchliefen sie ja nun die gleiche Ausbildung wie die Diakonenschüler. Daher stellten sie im September 1971 einen zukunftsweisenden Antrag an das Landeskirchenamt:

163 Jahresbericht 1977/79, S. 8. Danach auch das Folgende.

164 Vgl. hierzu auch: Bericht des Finanzausschusses, 8.8.1984, AStH, 4122.

165 Für alle Details siehe: Jahresbericht 1978/79, S. 8–10.

166 Jahresbericht 1984/85, S. 12.

167 Jahresbericht 1971, S. 10, sowie: Alpers, Bericht aus dem Seminar, 20.8.1971, AStH, Liste P, 2 (Altakten). Gemeint war das Henriettenstift in Hannover. Vermutlich fiel die Wahl auf das Stephansstift, weil dort 1964 im Rahmen der Diakoniefachschule ein Gemeindegemeindeförderseminar gegründet worden war. Vgl. Ordnung für das Kuratorium des Gemeindegemeindeförderseminars des Stephansstiftes, beschlossen am 24.6.1964, AStH, 291.

168 Zur Biographie Doris Jänickes vgl. ihr Interview in: Merkel (Hg.), *Ausbildung*, S. 334–344.

169 Doris Jänicke, Antrag von fünf Damen betr. Diakonenprüfung, in: Brüderbrief, 1.9.1971, S. 19. Danach auch die folgenden Zitate.

„Wir sind der Meinung, dass die konsequente Integration der Ausbildungen von Gemeindegewerkschaften und Diakonen eine gleiche Berufsbezeichnung erfordert. Bei gleicher Ausbildung und gleichem Examen stehen uns aber noch nicht die Berufsmöglichkeiten offen, wie sie den Diakonen zugänglich sind (z.B. Tätigkeiten in Einrichtungen der Inneren Mission). Zum anderen möchten wir nach Abschluss unserer Ausbildung die Möglichkeit haben, in die Bruderschaft aufgenommen zu werden. Aus diesen Gründen beantragen wir, unsere Berufsbezeichnung ‚Gemeindegewerkschaftlerin‘ in die der ‚Diakonin‘ zu ändern.“¹⁷⁰

Die Bruderschaft reagierte – wohl auch vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Herauslösung der Bruderausbildung aus dem Stephansstift – rasch und legte dem im Frühjahr 1972 tagenden Brüdertag einen „Satzungsentwurf für die *Diakoniegemeinschaft Stephansstift e.V.*“¹⁷¹ vor. Dort war von Diakoninnen zwar nicht ausdrücklich die Rede, aber die Tür war für sie und andere „evangelische Christen“¹⁷² weit geöffnet worden.¹⁷³ So konnte in der zukünftigen Diakoniegemeinschaft Mitglied werden, „wer die Lebensordnung der Diakoniegemeinschaft anzunehmen bereit ist und

- a) an einer Ausbildungsstätte für einen kirchlichen, diakonischen oder sozialen Beruf ausgebildet wird oder ist,
- b) haupt- oder nebenberuflich in einer diakonischen Arbeit steht,
- c) Ehegatte oder Verwitweter dieses Personenkreises ist,
- d) wer die Ziele der Diakoniegemeinschaft bejaht oder fördern will.“¹⁷⁴

Diese Ergänzungen wurden in „letzter Minute“¹⁷⁵ aufgenommen. Zugleich brach die Diakoniegemeinschaft mit dem seit über hundert Jahren praktizierten Prinzip, dass der Vorsteher des Stephansstifts zugleich der Vorsteher der Bruderschaft war. Stattdessen beschloss sie, in Zukunft selbst ihren Vorsitzenden zu wählen. Bruder *Hans-Jürgen Lange* (* 1925), der 1973 zum ersten Vorsitzenden der Diakoniegemeinschaft gewählt werden sollte, bekleidete dieses Amt bis 1989.¹⁷⁶

170 Ebd., S. 20.

171 Dieser findet sich abgedruckt in: Brüderrundbrief, 28.2.1972, S. 6–11.

172 Satzungsentwurf für die Diakoniegemeinschaft Stephansstift e.V., § 2, Abs. 1.

173 Damit folgte das Stephansstift u.a. dem Lutherstift in Adelheide, dem Rauhen Haus in Hamburg und der Diakonenanstalt Tannenhof in Remscheid, die ihre Diakonenausbildung bereits für Frauen geöffnet hatten. Kruse, Vorlage für die Vorstandssitzung des Stephansstifts am 30.4.1969, 24.4.1969, AStH, 295.

174 Zitiert nach: Jahresbericht 1973, S. 6.

175 Ernst Christoph Merkel, Rückblick auf bewegte Jahre. Erfahrungen mit der Diakoniegemeinschaft Stephansstift, in: 125 Jahre Stephansstift, S. 125–142, S. 131.

176 Bruder Lange war Kirchenmusiker und prägte die Posaunenarbeit im Stephansstift maßgeblich. Von 1950 bis 1990 war Lange Landesposaunenwart der Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers. Vgl. Ernst Christoph Merkel (Hg.), Ausbildung für die diakonische Kirche. Zeitzeugeninterviews zur Studienzeit von Diakonen und Gemeindegewerkschaftlerinnen 1945–1975, Hannover 2007, S. 22. Auf eine Darstellung der Posaunenarbeit

Natürlich gab es innerhalb der Bruderschaft auch ablehnende Stimmen. „Die Erweiterung und Öffnung und die damit folgerichtige Namensänderung hat manchen älteren, in der Tradition verwurzelten Bruder erschreckt und beunruhigt.“¹⁷⁷ Um die Zustimmung dieser verunsicherten Brüder warb der Brüderälteste Behr sehr. Die Ausweitung der Mitgliedschaft auf Frauen, zeigte Behr sich überzeugt, sei ein „längst fälliger Schritt“.¹⁷⁸ Überall im kirchlichen Raum seien Frauen präsent, als Synodale, Pastorinnen oder Kirchenvorstände. „Sollen wir“, fragte Behr, „nur um unseres männlichen Namens willen auf die Mitarbeit der Frauen verzichten? Das kann nicht unsere Meinung sein.“ „Es wird ja auch nicht so sein“, beruhigte er die noch verbliebenen Skeptiker, „dass wir nun plötzlich von weiblichen Mitgliedern überschwemmt würden.“

Für die Kritik an der Namensänderung zeigte Behr Verständnis:

„Dass damit auch zwangsläufig eine Namensänderung verbunden ist, ist mir selbst auch schmerzlich – nicht aus männlichem Selbstbewusstsein, sondern einfach, weil Bruderschaft doch etwas aussagt über das Verhältnis zueinander und, ich gebe es zu, weil der Name auch biblisch zu begründen ist.“

Im Übrigen, schloss Behr seine Ausführungen selbstkritisch, seien „die alten patriarchalischen und vielleicht auch die familiären Strukturen unserer Bruderschaft [...] im Schwinden begriffen.“¹⁷⁹ Der Wegfall des „Brüderältesten“ und die Einführung eines „Geschäftsführers“ markierten den Verlust des „Familiären“ vielleicht am eindringlichsten. Weitere Änderungen waren aufgrund der neuen Satzung notwendig. So mussten u.a. die einstige Lebensordnung¹⁸⁰ und die Ordnung für die Bezirkskonferenzen¹⁸¹ angepasst werden.

Einig war man sich darüber, das Brüderhaus als Internat weiterzuführen, jedoch sollten in dessen Räumlichkeiten vermehrt „geistliche Aufgaben“¹⁸² wahrgenommen werden. Freizeiten für Frauen mit Kindern, für Familien und für Altdiakone, geistliche Rüstzeiten und Fortbildungskollegs waren hierfür ebenso geplant wie die Einrichtung von „zwanzig Gästebetten“. Schließlich wurde das „Alte Brüderhaus“ für diese Zwecke bestimmt. Nach

im Stephansstift haben wir verzichtet, da sie ausführlich in 125 Jahre Stephansstift, S. 143–155, gewürdigt wurde. Der Beginn der Funktion des Landesposaunenwarts Bruder Langes variiert. An anderer Stelle wird 1951 angegeben.

177 Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 1.2.1974, S. 8. Das Bedauern über den Übergang der Bruderschaft in die Diakoniegemeinschaft hielt auch Jahre später noch an. Siehe: Jahresbericht 1978/79, S. IV.

178 Rundbrief der Bruderschaft, 28.2.1972, S. 3. Danach auch die folgenden Zitate.

179 Ebd., S. 4.

180 Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 17.4.1974, S. 7. Die überarbeitete Lebensordnung wurde am 7. Mai 1975 von der Mitgliederversammlung der Diakoniegemeinschaft angenommen. Vgl. Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 5.8.1977, S. 15.

181 Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 17.4.1974, S. 16f. Dort ist ein erster Entwurf nachzulesen.

182 Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 6.5.1974, S. 9. Danach auch die folgenden Ausführungen und das Zitat.

einem Umbau des Erdgeschosses¹⁸³ konnte das einstige „Heimathaus“ der Bruderschaft als Diakonische Tagungsstätte eröffnet werden.¹⁸⁴ Die Hauseltern, Bruder Gottfried Wasmuth und seine Frau *Marianne* (* 1942), konnten sich vor Anfragen nicht retten, wie sie mit einem in einem Rundbrief beigelegten Kalender dokumentierten.¹⁸⁵ Wirklich zufrieden war der Vorstand der Diakoniegemeinschaft mit dieser Entwicklung indes nicht. Er vermisste nämlich Buchungen aus den „eigenen Reihen“:

„Über mangelnde Auslastung kann sich die Brüderhausleitung eigentlich nicht beklagen – aber unser eigener Anteil am Tagungs- und Veranstaltungskalender für die Tagungsstätte im Stift ist noch allzu bescheiden. Es stimmt nachdenklich, wenn andere kirchliche oder diakonische Gruppen die Hauskapazität im Alten Brüderhaus voll ausnutzen, wenn aber gleichzeitig die wenigen Tagungsangebote der Diakoniegemeinschaft mangels minimaler Teilnehmerzahlen in ihrer äußeren Realisierung schon fraglich werden.“¹⁸⁶

Eine weitere wichtige Frage war jene nach dem Verhältnis der Diakoniegemeinschaft zum Stephansstift. Dabei schien die Rolle des Stephansstifts klarer als jene der Diakoniegemeinschaft. Um seinen Stiftungszweck nicht zu verlieren, hatte das Stephansstift – wie geschildert – mit der Landeskirche „die Erhaltung und Förderung der Lebensgemeinschaft der Diakone und Diakoninnen“¹⁸⁷ vereinbart. Dieser Verpflichtung war das Stephansstift u.a. mit der Übernahme der Gehaltskosten des Geschäftsführers der Diakoniegemeinschaft nachgekommen. Dagegen war der Anteil von Diakonen, die für das Stephansstift arbeiteten, kontinuierlich zurückgegangen, mehr noch, sie befanden sich im Vergleich zu den „freien“ Kräften in der Minderheit. Nachdem einige Brüder sich darüber beschwert hatten, dass ihnen von Seite des Stephansstifts nicht in besonderer Weise zu ihren Geburtstagen oder Dienstjubiläen gratuliert worden war, nahm sich Pastor Drude 1976 der Frage des Beitrags der Diakoniegemeinschaft, vor allem der Brüder, an der Arbeit des Stephansstifts einmal grundsätzlich an:

„Diese Erwartungen [die Ehrungen und Gratulationen] stammen aus der Zeit, wo das Stephansstift zusammen mit der Diakoniegemeinschaft wie eine große Familie organisiert war und wo die Diakoniegemeinschaft Stephansstift durch die Mitarbeit, vor allen Dingen der Auszubildenden [der Diakonenschüler] im Erziehungs- und Pfl-

183 Dort entstanden Damen- und Herrentoiletten sowie eine Teeküche, eine Garderobe und ein Tagesraum. Zudem wurde der Speisesaal renoviert. Vgl. hierzu: Brief der Hauseltern Wasmuth in: Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 5.12.1976, S. 15f.

184 Eine bebilderte Beschreibung der Diakonischen Tagungsstätte ist abgedruckt in: Jahresbericht 1978/79, S. 11–17.

185 Dieser befindet sich in: Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 15.2.1977.

186 Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 5.8.1977, S. 20.

187 Arbeitsbericht 1974/75, S. 11.

gebereich und in anderen Bereichen der Stiftung *zur Wirtschaftlichkeit der Stiftung erheblich beigetragen hat*. Das ist heute umgekehrt. Man muss das als Problem und als veränderte Situation einfach sehen. Nicht, dass nicht noch an wichtigen Stellen der Stiftung Diakone arbeiten, sondern dass die Wirtschaftlichkeit des Stephansstifts, und das heißt zu einem Teil auch seine Lebensfähigkeit, eben nicht mehr davon abhängt. Das Stephansstift lebt im wesentlichen von staatlichen Geldern, zu einem kleineren Teil auch von landeskirchlichen Mitteln [...] Das Stift ist hier also abhängig von Geldern von außen, für die wir nur da, wo Diakone arbeiten, unsere Gegenleistung bringen, aber nicht als Ganzes, als Gemeinschaft, wie das vielleicht stärker früher war.¹⁸⁸

Ein 1976 begonnener Dialog zwischen dem Stephansstift und der Diakoniegemeinschaft, der in einer „ausgesprochen harmonischen, vertrauensvollen Atmosphäre“¹⁸⁹ verlief, verbesserte das Verhältnis, wie der Vorstand der Diakoniegemeinschaft 1977 zufrieden berichtete: „Dankbar stellten wir fest, dass die Stiftung den ‚Diakoniebereich‘ (Brüderhaus, Tagungsstätte, Geschäftsstelle der Diakoniegemeinschaft) auch künftig im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten zu tragen und fördern bereit ist.“ Wie aber konnte der Beitrag der Diakoniegemeinschaft zum Gelingen der Partnerschaft mit dem Stephansstift aussehen? Im Sommer 1977 arbeiteten fünfzig Mitglieder der Diakoniegemeinschaft in den Einrichtungen des Stephansstifts. Damit bildeten sie lediglich zehn Prozent der Mitarbeiterschaft. Von ihnen erwartete der Vorstand der Diakoniegemeinschaft mehr Engagement: „Müssten von dieser gewichtigen, leistungsstarken Gruppe nicht noch mehr Impulse, nicht noch mehr gestaltende Kräfte, nicht noch mehr Ausstrahlungen für die Verwirklichung der Diakonie hier im Stephansstift ausgehen?“

Dagegen blieben die Beziehungen zur Fachhochschule eher gespannt, wie der Vorstand der Diakoniegemeinschaft im selben Jahr beklagte.

„Die Frage nach der Ausgestaltung und Intensivierung unserer Verbindungen zur Fachhochschule bedrängt uns seit langem und beschäftigte den Vorstand durchgehend. Es muss offen eingestanden werden: Spürbare Erfolge oder gar Durchbrüche waren nicht zu verzeichnen. Wir tun uns schwer miteinander, auf beiden Seiten, und spüren: ständige Wohlwollensbekundungen reichen nicht aus.“

Dies lag vielleicht auch daran, dass das christlich-religiöse Moment in der Fachschule nach Meinung des Stephansstifts zu kurz kam. Zumindest lässt folgende Einlassung Alpers dies vermuten: „Eine stärkere Akzentuierung des religionspädagogischen Auftrages der Schule wird von dem Dienst des neu eingetretenen Pastoren erwartet.“¹⁹⁰

188 Drude, Bericht des Brüderpastors, in: Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 30.8.1976, S. 7f. Kursivierung im Original.

189 Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 5.8.1977, S. 20. Danach auch die folgenden Zitate.

190 Alpers, Bericht aus dem Stephansstift, Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 5.12.1977, S. 6.

Mitgliedszahlen der Diakonischen Gemeinschaft, 1973 bis 1986

Jahr	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Zahl	502	773	679	496*	k.A.	681**	684	675	664	665	660	647	663	664

* Die Gründe für den starken Abfall waren nicht zu klären, eventuell lag eine andere Zählung zugrunde.

** Die Gründe für den starken Anstieg waren nicht zu klären, eventuell lag eine andere Zählung zugrunde.

Quellen: Die Zahlen wurden den entsprechenden Jahresberichten entnommen.

1975 umfasste die Diakoniegemeinschaft bereits 679 Mitglieder – ausgebildete Diakone und Diakoninnen sowie ehrenamtliche oder hauptberufliche Beschäftigte in diakonischen Einrichtungen.¹⁹¹ Hinzu kamen hundert Verwitwete. Dass man nun auch Frauen in den Reihen der Bruderschaft begrüßte, schlug sich lange nicht im Sprachgebrauch nieder. Nach wie vor wohnte man im „Brüderhaus“, Einladungen ergingen zum „Brüdertag“,¹⁹² der „Brüderpastor“¹⁹³ kümmerte sich um die Diakoniegemeinschaft. Mit diesem Phänomen stand man im Stephansstift indes nicht alleine da. 1988 firmierten die Diakoninnen und Diakone des Wittekindshofes noch als „Diakonische Bruderschaft Wittekindshof“ und erst 1992 benannte sich die Kreuznacher Bruderschaft Paulinum in „Diakonische Gemeinschaft Paulinum“ um.¹⁹⁴ Auch im Vorstand der Diakoniegemeinschaft waren die Frauen unterrepräsentiert, so gehörte dem Vorstand 1977 mit der bereits erwähnten Doris Jänicke nur eine einzige Frau an.¹⁹⁵ Erst über zwanzig Jahre später, am 5. Mai 1989 (!), sollte sie zur ersten weiblichen Vorstandsvorsitzenden der Diakoniegemeinschaft gewählt werden.¹⁹⁶

Mitte der 1980er Jahre wollte die Diakoniegemeinschaft das Neue Brüderhaus offiziell in „Geschwisterhaus“ umbenennen.¹⁹⁷ Intern hatte man schon länger vom „Geschwisterhaus“ gesprochen. Die Antragstellerinnen und Antragsteller, die alle im Brüderhaus wohnten, führten zwei Argumente ins Feld. *Erstens* wecke das „Brüderhaus“ nicht zutreffende Assoziationen: „Bewerber für einen Ausbildungs- und Wohnplatz vermuten in Unkenntnis der Hausregeln und -atmosphäre eine klösterliche Institution mit festen Auflagen, z.B. Teilnahme- und Heimkehrpflichten.“ *Zweitens* hätten sich mit der Öffnung der Bruderschaften für Frauen diese sämtlich umbenannt, etwa in Diakoniegemeinschaft, Diakonische Gemeinschaft oder „unter Bezug auf den Bruder Christus in Bruderschaft.“ Die Gemeinschaften

191 Arbeitsbericht 1974/75, S. 10.

192 Allerdings wurde der „Rundbrief der Bruderschaft Stephansstift“ mit der Ausgabe vom 1.2.1974 in „Rundbrief der Diakoniegemeinschaft Stephansstift“ umbenannt.

193 Vgl. zum Beispiel: Drude, Bericht des Brüderpastors, in: Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 6.5.1974, S. 8–10.

194 Vgl. Ulrike Winkler, Wandel und Beständigkeit. 125 Jahre Stiftung kreuznacher diakonie, Bielefeld 2014, S. 394f.

195 Vgl. Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 5.8.1977, S. 23.

196 Jahresbericht 1989/90, S. 7.

197 Wobei nicht klar wurde, wie groß die Mehrheit für eine Umbenennung letztlich war. Die nachfolgenden Zitate nach: Antrag auf Änderung des bisherigen Namens „Brüderhaus“ in den Namen „Geschwisterhaus“, o.V., o.D. [1984/85], AStH, 4132.

hätten sich gemäß der „neuen gesellschaftlichen Anforderungen“ weiterentwickelt, so auch die Diakoniegemeinschaft Stephansstift. Jedoch seien diese Veränderungen „am Brüderhaus selbst vorbei“ gegangen, „und dies, obwohl entsprechend der neuen Ausbildungskonzeption nun 50 % der Zimmer für weibliche Interessenten vorgesehen wurden.“ Dem müsse auch mit einer entsprechenden Namensänderung Rechnung getragen werden.

Vorsteher Alpers lehnte den Vorschlag ab. Er befürchtete, dass der Name „Geschwisterhaus“ auf „Außenstehende [...] vielfach verharmlosend“¹⁹⁸ wirken und zu „leicht spöttischen Bemerkungen“ Anlass geben könnte. Auch warf er ein, dass das Wort „Geschwister“ auch für kirchliche Gruppen in der Regel kein geistliches Gewicht“ besitze, wenn man von „bestimmten pietistischen Strömungen und dem CVJM“ einmal absehe. Im Übrigen sei es wünschenswert, eine Bezeichnung zu wählen, die „innerhalb der Deutschen Diakonenschaft bekannt wäre und bejaht würde.“ Alpers Argumente überzeugten. Es sollte bis 1991 dauern, bis das „Brüderhaus“ offiziell in „Geschwisterhaus“ umbenannt wurde.¹⁹⁹

Zum Schluss ein Wort zur Diakonischen Tagungsstätte. Da diese ihre Einnahmen bis dato nicht aus eigener Kraft hatte erwirtschaften können, beschloss der Vorstand am 3. Dezember 1984, den Status einer Heimvolkshochschule für sie zu beantragen.²⁰⁰ Die Anerkennung erfolgte am 1. Juli 1987, damit war das Stephansstift „für diesen Bereich finanzhilfeberechtigt“²⁰¹ und konnte nun selbst Bildungsangebote auflegen.²⁰²

Die Betriebe

Die Bedeutung der stiftseigenen Betriebe für die Ausbildung der Jugendlichen blieb bis weit in die 1970er Jahre hinein erhalten. Auch als für die Anstalt wichtige Versorgungsbetriebe²⁰³ wollte man sie – trotz ihrer teilweise defizitären Bilanz – weiter erhalten. Entsprechend umfangreich nahmen sich Anfang der 1970er Jahre die Investitionen in ihre Ausstattung und Bausubstanz aus. So zog die Malerei in das umgebaute „Schelperhaus“²⁰⁴ um, wo sie nicht nur mehr Platz, sondern auch bessere Heizungs- und Sanitäreinrichtungen vorfand. Die Klempnerei blieb hingegen an Ort und Stelle, wurde aber – ebenso wie die Schlosserei – umgebaut. Um in der Elektrowerkstatt sechs neue Ausbildungsplätze zu gewinnen, wurden die Schuhmacherei und das Technische Büro in anderen Räumen untergebracht. Die Tischlerei, deren Leiter *Johannes Kistner* im selben Jahr „für seine vorbildliche Betriebsführung

198 Alpers, Vorlage zu TOP 5 der Vorstandssitzung am 12.3.1985, 28.2.1985, AStH, 4132. Danach auch die folgenden Zitate.

199 Jahresbericht 1990/91, S. 12.

200 Vgl. Bericht des Finanzausschusses, 16.7.1985, AStH, 4122.

201 Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses, 20.11.1986, AStH, 4122.

202 Wickel, Vorlage zur Sitzung des Finanzausschusses am 20.11.1986, AStH, 4122.

203 So waren es die Betriebe des Stephansstifts, welche dessen technische Infrastruktur nicht nur warteten und pflegten, sondern überhaupt erst ermöglichten. Beispielhaft seien das Verlegen von Wasser- und Stromleitungen und die Asphaltierung der Wege erwähnt.

204 Die folgenden Angaben, wenn nicht anders angegeben, nach: Jahresbericht 1974, S. 21.

und aufopfernde Tätigkeit als Lehrmeister das Bundesverdienstkreuz verliehen²⁰⁵ worden war, erhielt eine neue Holzverarbeitungsmaschine, während Bäckermeister *Kowalzik* einen Verkaufstresen mit Kühlfach günstig erwerben konnte. Schließlich konnten sich der Meister, die Gesellen und die Auszubildenden des Baubetriebs über einen Sozialraum freuen. Die geschilderten Maßnahmen sind vor dem Hintergrund der Berufsförderlehrgänge zu sehen, die das Stephansstift ab 1973 für Jugendliche mit schlechten Abgangszeugnissen anbot. Damit sollte verhindert werden, dass sie als ungelernete Arbeiter durch ihr Berufsleben gehen mussten.

Mitarbeiter und Auszubildende in den Betrieben des Stephansstifts, 1971 bis 1986

Jahr	Mitarbeiter	Auszubildende	Bfl.-Teilnehmer*
1971	44	27	—
1974	62	12	18
1975**	48	11	k.A.
1976**	41	12	2
1978	55	14	—***
1980	51	11	—
1982	52	16	—
1984	55	19	—
1986	55	18	—

* Bfl. = Berufsförderlehrgang.

** Deutlich sind die Folgen der Wirtschaftskrise 1975 zu sehen.

*** Ab 1977 fand die Berufsförderung im Berufsbildungszentrum statt.

Quellen: Die Zahlen wurden, soweit vorhanden, den jeweiligen Jahresberichten entnommen.

Angaben ohne Zentralküche und Gut Backhausenhof.

Die Folgen der Wirtschaftskrise 1972/73 spürten auch die Betriebe des Stephansstifts. Da der Eigenbedarf des Stephansstifts Kapazitäten der „grafischen Betriebe“,²⁰⁶ also die Druckerei, die Setzerei und die Buchbinderei, nicht auslastete, arbeiteten beide Betriebe „ganz überwiegend für den freien Markt“ und spürten daher die wirtschaftlichen Verwerfungen besonders stark. Von Juli bis Oktober 1975 wurde Kurzarbeit eingeführt, was für die Beschäftigten nicht unerhebliche Einkommenseinbußen nach sich zog. „Für die betroffenen Mitarbeiter war das bitter, aber auch die Stiftung hat einen empfindlichen Verlust hinnehmen müssen“, stellte Wirtschaftsleiter Heppel 1976 klar. Um die Rentabilität der Betriebe zu steigern, wurden sogar Sachverständige herangezogen.

1977 feierten gleich fünf Betriebe Jubiläum. Die Druckerei blickte auf ihr hundertjähriges Bestehen, die Malerei, die Schlosserei, die Tischlerei und die Zentralküche jeweils auf

205 Jahresbericht 1973, S. 21.

206 Jahresbericht 1976, S. 27. Danach auch die folgenden Zitate und Ausführungen.

ihr 75-jähriges Bestehen zurück.²⁰⁷ Drei Jahre zuvor hatte die Gärtnerei ihr 75. Betriebsjubiläum begangen.²⁰⁸

Einen großen Rückschlag erlitt die Druckerei am 3. Januar 1983.²⁰⁹ Dort brach in der Nacht ein Feuer aus, das den „großen Druckraum mit den dort aufgestellten Maschinen völlig zerstörte.“ Rauch und Löschwasser beschädigten ebenfalls die Maschinen und Bleisätze der Setzerei, deren Räume über der Druckerei lagen. Der Schaden belief sich auf 500.000 DM. Trotzdem setzten Druckerei und Setzerei ihre Arbeit fort, indem man Fremdbetriebe zur Erledigung der anstehenden Aufträge in Anspruch nahm und eigene Drucker und Setzer in diese entsandte. In der Folge zog die Druckerei in einige Zimmer des „Schelperhauses“ ein, die bis dahin vom Lehrlingsheim genutzt worden waren.²¹⁰

Die Betriebe des Stephansstifts litten zunehmend unter der Konkurrenz von „außen“. In manchen Branchen waren ihre Preise nicht konkurrenzfähig:

„Um unserer Ausbildungsaufgabe fachlich gerecht zu werden, bemühen sich unsere Betriebe ergänzend zu den Aufgaben im Stift auf dem freien Markt um Aufträge. Dort aber stoßen vor allem unsere [sic] Baubetriebe vermehrt auf sogenannte Billigfirmen, die mit unlauteren Niedrigpreisen das Geschäft beunruhigen.“²¹¹

Diese Probleme seien zwar nicht neu, bemerkte *Karl-Heinz Brüne* (1937–2002), „auch andere solide Unternehmer“ hätten unter der Billigkonkurrenz zu leiden. Dies bedeute jedoch „keinen Trost“.

Die Betriebe des Stephansstifts waren klein, jeder Mitarbeiter, der krankheitsbedingt ausfiel, fehlte daher wirklich. Schwierig wurde in manchen Fällen die Lohnfortzahlung. Hinzu kamen „Probleme im menschlich/pädagogischen Bereich“, die die Zeit und die Kräfte der Meister und Gesellen band und die Produktivität der Betriebe einschränkte, wie Brüne abschließend darlegte.

Finanzen

Die Umsetzung der „Generalplanung“ würde viel Geld kosten. Die größten Summen, so hoffte man, sollte die öffentliche Hand geben. Aber ein gewisse finanzielle Beteiligung des

207 Jahresbericht 1977, S. 5–27, mit zahlreichen Fotos.

208 Jahresbericht 1974, S. 32.

209 Jahresbericht 1982/83, S. 22. Danach auch das Zitat und die nachfolgenden Ausführungen.

210 Ein Bewohner des Lehrlingsheims sollte sich als Brandstifter herausstellen. Jedoch hatte er nicht nur das Druckereigebäude in Brand gesetzt, sondern einen Tag später auch das Dachgeschoss des Lehrlingsheims sowie einen Monat später den Südflügel des „Schelperhauses“. Im September 1930 vermietete das Stephansstift einen Großteil des Gebäudes, das Ende des 19. Jahrhunderts gebaut wurde, an die Firma Schelper & Co., die dort bis 1969 eine Kartonagefabrik betrieb. Deswegen nannte man das Gebäude bis zu seinem Abriss im Jahr 2017 auch „Schelperbau“. Von 1983 bis 2007 war in diesem Gebäude die Druckerei des Stephansstifts untergebracht, da die eigentliche Druckerei im Januar 1983 abbrannte.

211 Jahresbericht 1986/87, S. 27.

Stephansstifts war trotzdem erforderlich. Zwar war das Grundbesitzvermögen der Anstalt nach wie vor groß, aufgrund der steigenden Bodenpreise wuchs es sogar, aber die liquiden Mittel waren – trotz des Erlöses für die Wichernschule²¹² – nach wie vor begrenzt. Die größte Einnahmequelle waren die Pflegegelder, aber deren Höhe hing von der Anzahl der Bewohner, von den Selbstkosten und vom Verhandlungserfolg bei den Behörden ab. Mit großen Erlösen aus den anstaltseigenen Betrieben war nicht zu rechnen. Allerdings zeichnete sich im Januar 1970 ab, dass der Backhausenhof „die Zeiten der großen Vermögensverluste (Mitte der 60er Jahre zum Teil erheblich über DM 100.000) [...] endgültig“²¹³ überwunden zu haben schien. Diese erfreuliche Entwicklung verdankte sich der zeitgemäßen Entscheidung, mehr Maschinen zum Einsatz zu bringen und auf die Mitarbeit der Fürsorgezöglinge zu verzichten. Ohnehin waren die Jungen in der Vergangenheit ihrer Arbeit in Stall und auf dem Feld unlustig nachgekommen. 1970 gab es nur noch einige wenige „landwirtschaftliche Lehrlinge“²¹⁴ sowie eine „Hofkolonne“. Gleichwohl zeigte sich der Vorstand noch immer unzufrieden, da eine tatsächlich „ausgeglichene Rechnung“ für den Backhausenhof nicht abzusehen war. Sollte man das Gut verkaufen oder verpachten? Sollte man sich von der Viehwirtschaft trennen? All diese Fragen wurden erwogen und wieder verworfen. Stellten doch die Ländereien des Backhausenhofes nicht nur eine „außerordentlich wertvolle Kapitalreserve für die Stiftung“, sondern auch einen möglichen neuen Standort für die Hauptanstalt dar, falls die expandierende Stadt Hannover Bauland vom Stephansstift fordern sollte. Aufgrund dieser Überlegungen erschien es ratsamer, weiter in das Gut zu investieren und die Angebotspalette – konkret die Schlachtereie – zu vergrößern, um zu neuen Kundenkreisen und damit zu höheren Einnahmen zu kommen. Aber schon Ende 1970 bereitete die Entwicklung des Backhausenhofes „mehr denn je Sorge“, hatte doch das Gut wieder einen Verlust von fast 70.000 DM eingefahren. Der Vorstand zog die Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebs in Zweifel: „Die pädagogische Aufgabe ist weitgehend entfallen. Die Versorgung der Anstalt mit Lebensmitteln ist über den Markt vielfach günstiger darzustellen als durch Eigenerzeugung.“²¹⁵ Man war sich unsicher, immerhin hatte man gerade einen neuen Verwalter eingestellt. Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt, stattdessen sollte ein „landwirtschaftlicher Ausschuss“ die Frage nach der Zukunft des Backhausenhofes klären.

Als der Backhausenhof im Geschäftsjahr 1970/71 schließlich mit einem Verlust von 266.800 DM abschloss, zog der Vorstand die Reißleine. Man beschloss, den Gutsbetrieb „drastisch“²¹⁶ zu vereinfachen und sich nur noch mit Ackerbau und Mastschweinehaltung zu befassen. Die kostenintensiven Betriebsteile – „Rindviehhaltung, Milchwirtschaft,

212 Ein großer Teil des Verkaufserlöses war angelegt worden. Vorstandsprotokoll, 12.3.1976, AStH, 2146.

213 Vorstandsprotokoll, 13.1.1970, AStH, 2146.

214 Ebd. Danach auch die folgenden Zitate.

215 Vorstandsprotokoll, 23.11.1970, AStH, 2146.

216 Vorstandsprotokoll, 25.10.1971, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat. Der Mitarbeiterausschuss setzte sich für den Erhalt der Schlachtereie ein und appellierte „an die Geschäftsführung, an unsere Küchen und Familien, durch Bestellungen und Abnahme von Waren diesen Betrieb und seine Mitarbeiter zu stützen.“ Bericht für die Mitarbeiterversammlung 1972, 10.3.1972, AStH, Liste P, 20 (Altakten).

Schlachtereier“ – sollten aufgegeben werden. Von einer Verpachtung oder gar einem Verkauf wollte man zunächst noch einmal absehen. Da sich der Verlust des Stephansstifts auf insgesamt über 400.000 DM²¹⁷ belaufen sollte, wurde 1971 ein außerordentlicher Haushalt, mithin die Aufnahme von Krediten, verabschiedet.²¹⁸

Für den Moment war eine Überschuldung des Stephansstifts abgewendet. Dafür hatte sich wohl Janssen besonders eingesetzt. Anlässlich einer Vorstandssitzung Anfang Januar 1971 wies der Vorsteher ausdrücklich auf sein gutes Verhältnis zum Land Niedersachsen hin, wo es ihm gelungen sei, „Befürchtungen im Zusammenhang mit einer Verstaatlichung der Stiftung infolge einer Überschuldung gegenstandslos werden zu lassen.“²¹⁹ Hier wurde zum ersten Mal in einer Vorstandssitzung die prekäre finanzielle Situation des Stephansstifts ausdrücklich benannt. Bis dahin waren den Vorstandsmitgliedern als wirtschaftliche Problemfälle lediglich das Gut Backhausenhof und einige Anstaltsbetriebe benannt worden. Die augenscheinlich mehr als angespannte finanzielle Situation der Anstalt speiste sich vermutlich aus mehreren Quellen. Die Pflegesätze im Alten- und Erziehungsbereich waren zu niedrig, um die tatsächlichen Kosten zu decken.²²⁰ Zudem kämpfte man mit den finanziellen Folgen der hohen Unterbelegung der Erziehungsheime im Jahr 1969.²²¹ Ergriffene Sparmaßnahmen hatten nicht zum erhofften Effekt geführt. Viele kostenintensive Investitionen waren in den vergangenen Jahrzehnten getätigt worden, um das Stephansstift zu einem attraktiven Träger für die einweisenden Behörden zu machen. Nicht zuletzt hatte man kräftig in die Ausbildungsstätten investiert, um auch als diakonischer Schul- und Ausbildungsstandort bestehen zu können.

Dass es bereits zuvor zwischen Janssen und seinem Vorstand Differenzen hinsichtlich der Investitionen und deren Finanzierung gegeben hatte, ließ der Vorstand Ende Juli 1970 ausdrücklich zu Protokoll nehmen:

„Der Vorstand bittet darum, dass der vom Stephansstift aufgestellte Zeitplan für Investitionen ergänzt wird durch Angaben über die voraussichtlichen Kosten dieser Investitionen und deren Finanzierung einschließlich der vom Stephansstift aufzubringenden Eigenmittel. Über die erforderlichen Investitionen des Stephansstifts soll in Zukunft fortlaufend gesprochen werden.“²²²

217 Vorstandsprotokoll, 25.10.1971, AStH, 2146.

218 Vorstandsprotokoll, 16.6.1971, AStH, 2146.

219 Vorstandsprotokoll, 18.1.1971, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

220 Vorstandsprotokoll, 25.10.1971, AStH, 2146.

221 Trotz „intensiver Bemühungen“ war es dem Stephansstift nicht gelungen, die betriebswirtschaftlich notwendige Auslastung von 95 % zu erreichen. Vielfältige Gründe wurden ausgemacht, u.a. nicht erfolgte „Zuführungen“ trotz fester Zusagen der Jugendämter, die Aufhebung der Freiwilligen Erziehungshilfe durch die Eltern oder „erhebliche“ Entweichungen aus dem Stephansstift. Vgl. „Gründe für die Unterbelegung in unseren Heimen [Stephansstift], o.V., 21.9.1969, AStH, 815. Das Papier ist als Dok. 160 vollständig abgedruckt in: Winkler/Schmuhl, Heimwelten, S. 452f.

222 Vorstandsprotokoll, 28.7.1970, AStH, 2146.

In den darauffolgenden Jahren verbesserte sich die wirtschaftliche Situation des Stephansstifts, man war sogar entschlossen, verschiedene Bauprojekte, u.a. den Neubau der Fachschule für Sozialpädagogik, den „FSP-Neubau“,²²³ in Höhe von immerhin über 2,9 Mio. DM²²⁴ anzugehen. Ab 1972 erwirtschaftete auch der Backhausenhof Überschüsse, bis 1974 sogar in der beachtlichen Höhe von 180.000 DM.²²⁵ Die Entscheidung, auf kostenintensive Teilbereiche zu verzichten und den Ackerbau zu intensivieren, hatte sich also ausgezahlt. Jedoch zeichneten sich neue Probleme auf dem Backhausenhof ab. Aufgrund der damals beobachteten „klimatischen Veränderungen“ und des steigenden Wasserverbrauchs der Stadt Hannover sank der Grundwasserspiegel stetig. Diese Entwicklung verlange „nach einem kräftigen Ausbau der Beregnungsanlagen, insbesondere der Pumpwerke“. Neuerliche kostspielige Investitionen waren also erforderlich. 1976 legte das Gut Backhausenhof „mit DM 100.529,69 den bisher besten Jahresabschluss vor.“²²⁶ Damit konnte erstmals in der mehr als zehnjährigen Geschichte des Guts eine „Liquiditätsabschöpfung zugunsten der Stiftung vorgenommen werden.“ Dies sei vor allem dem Engagement des Verwaltungslleiters *Riedel* zu verdanken.

Positiv entwickelte sich die Ertragslage der Altenheime. So konnte die Nachfinanzierung des Altenheimerweiterungsbaus – das „Freytaghaus“²²⁷ –, „ohne Schwierigkeiten aus eigenen Mitteln“²²⁸ bewerkstelligt werden. Die Altenheime blieben wirtschaftlich erfolgreich und trugen zu der „geordneten“²²⁹ Vermögens- und Finanzlage des Stephansstifts bei. 1982 konnten die Altenheime wiederum einen Überschuss von 232.000 DM verbuchen.²³⁰

Unterdessen bereitete der „steigende Umfang der nicht gedeckten Kosten im Bereich Brüderhaus/Diakoniegemeinschaft“²³¹ Sorge. Die Bemühungen des Vorstands, „hier von der Landeskirche Hilfeleistungen zu erlangen“, waren nur teilweise erfolgreich gewesen. Kummer bereitete auch die Druckerei, die unter der schwierigen Marktsituation litt. Mit der Entlassung von Mitarbeitern und Umstrukturierungen wollte man den Betrieb wieder in die Gewinnzone führen.

223 Vorstandsprotokoll, 4.11.1974, AStH, 2146.

224 Vorstandsprotokoll, 12.5.1975, AStH, 2146.

225 Vorstandsprotokoll, 4.11.1974, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat.

226 Vorstandsprotokoll, 23.11.1976, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat.

227 Jahresbericht, 1976, S. 1. Vgl. auch Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 15.12.1975, S. 4.

228 Vorstandsprotokoll, 23.1.1976, AStH, 2146.

229 Kurzbericht der Geschäftsführung über den Jahresabschluss des Stephansstifts zum 31.12.1977 (gemäß Vorstandsbeschluss vom 4.11.1974), AStH, 4112.

230 Protokoll des Finanzausschusses, 20.11.1983, AStH, 4122.

231 Vorstandsprotokoll, 22.9.1975, AStH, 2146. Danach auch das folgende Zitat.

„Neue Phantasie entwickeln“ – Die Altenarbeit

1970 hielten die Altenheime des Stephansstifts – das „Neue Altenheim“ für Männer und „Stephansruh“ für Ehepaare und Frauen – 193 Plätze bereit.²³² Nach der Modernisierung des Männeraltenheims²³³ zogen dort erstmals einige Frauen ein. Die Nachfrage blieb konstant hoch. Vor allem die Krankenhäuser wollten keine schwer pflegebedürftigen Alte versorgen. Daher verzichtete man dort schon bald wieder auf die Aufnahme von Frauen, da man „weit und breit das einzige Heim [sei], das ohne große Schwierigkeiten Männer, insbesondere auch pflegebedürftige Männer, aufnehmen“²³⁴ könne. In vielen Fällen war die Einweisung in das „Neue Altenheim“ ein Glücksfall für die Betroffenen. Kamen doch nicht wenige in einem schlimmen Zustand: „ungepflegt, durchgelegen, vernachlässigt.“²³⁵

Für das Jahr 1973 war ein dreigeschossiger Anbau am „Alten- und Pflegeheim“ – gemeint war das „Neue Altenheim“ – geplant. Es sollten „36 neue Betten in Ein- bzw. Zweizimmerappartements“²³⁶ mit WC und Dusche oder kleinem Bad sowie eine „Altenbegegnungsstätte“, später als „Cafeteria“ bezeichnet,²³⁷ entstehen.²³⁸ Dass das Stephansstift nur noch Ein- oder Zweibettzimmer bauen wollte, entsprach dem Trend nach individuellerem Wohnen, auch im Alter. Dies zeigt ein Blick auf die Anzahl der Bewohnerzimmer in niedersächsischen Altenheimen 1972. So waren von insgesamt 15.510 Zimmern 11.451 Einzelzimmer (74 %), 3.481 Doppelzimmer (22 %), 437 Dreibettzimmer (3 %) und 141 Vier- oder Mehrbettzimmer (1 %).²³⁹

Anders als im Erziehungsbereich, der in den 1970er Jahren von zahlreichen Turbulenzen geprägt war, schien die Arbeit in den Altenheimen weitgehend in ruhigen Bahnen zu verlaufen. So hielt das Vorstandsprotokoll im Juli 1974 fest: „Im Blick auf die Altenheime wurde vom Fortschreiten des Anbaues und der für die Verbesserung des Klimas in den Altenhei-

232 Jahresbericht 1970, S. 12. In den Quellen werden für die Altenheime und die Pflegestationen wechselnde Bezeichnungen gebraucht. Diese wurden nachstehend übernommen, zur besseren Orientierung jedoch ergänzt.

233 „Alle Räume haben nun fließendes kaltes und warmes Wasser, eine Rufanlage und modernes Inventar. Die Heizung ist vollständig erneuert und auf Warmwasserheizung umgestellt worden.“ Janssen, Bericht aus dem Stephansstift, in: Janssen, Brüderundbrief, 11.12.1969, S. 6.

234 Jahresbericht 1972, S. 14. In diesem Sinne wurde die Bitte einer Frau, ihre Eltern gemeinsam aufzunehmen, abgeschlagen: „Das Männeraltenheim sieht sich nicht in der Lage, eine entsprechende Betreuung und eventuell Pflege für Ihre Frau Mutter durchzuführen. Der Plan, eventuell auch Frauen aufzunehmen, ist wieder aufgegeben worden, da hierfür alle Voraussetzungen fehlen (Pflegepersonal und sanitäre Einrichtungen). Im Fall einer erneuten Erkrankung von Frau B. kann man sie ja nicht auf die Männerpflegestation legen, die nur mit 2- und 3-Betten-Zimmer ausgestattet ist.“ Vgl. E. B. an G. H., 5.7.1972, AStH, Ordner Altenhilfe Stephansruh.

235 Protokoll über die Besprechung 3. Pfarramt, 17.5.1977, AStH, 4123.

236 Jahresbericht 1973, S. 11. Danach auch das folgende Zitat.

237 Jahresbericht 1978/79, S. 9.

238 Für einen detaillierten Bauzeitplan, den „Siebenjahrplan im Altenheim“, siehe: Jahresbericht 1976, S. 7f. Für einen Bericht über die Veranstaltungen in der Begegnungsstätte siehe: Ilse Behnke, Zwei Jahre Begegnungsstätte – Altenheim – Freytagshaus, 10.5.1978, AStH, 4123.

239 Zahlen nach: Grabe, Versorgung, S. 153.

men wichtigen Arbeit des Heimbeirates berichtet.²⁴⁰ Zwei Besichtigungen des Ausschusses für Altenarbeit im November 1974 und im Februar 1975 offenbarten indes Verbesserungsbedarf, und zwar sowohl in „Stephansruh“ als auch im „Neuen Altersheim“. Bruder *Hans Hacke* (* 1929), Kantor und einer von zwei Inhabern²⁴¹ des 3. Pfarramtes der Anstaltsgemeinde sowie Mitglied des Ausschusses, stellte zunächst die bereits vorgenommenen Veränderungen im Organisationsbereich der Altenarbeit dar. So hatte man entschieden, beide Altenheime „in eine gemeinsame Führung und Bewirtschaftung zu überführen.“²⁴² Ein gemeinsamer Dienstplan sollte zukünftig die „Vertretung der Leiterin des Hauses Stephansruh“ sicherstellen. Der Ausschuss begrüßte die Beendigung der Arbeiten am „[Karl-]Lemmermannhaus, in dem die Altenarbeit des Stiftes begonnen“ hatte, und mahnte eine Namensänderung nach Beendigung der Erweiterungsarbeiten am „Männeraltersheim“ an: „Für das Altersheim für Herren muss ein neuer Name gefunden werden, da bereits jetzt einige Frauen in diesem Hause wohnen und nach der Fertigstellung weitere Damen und Ehepaare aufgenommen werden sollen.“ Allerdings müsse auch das Haus „Stephansruh“ baulich erweitert werden. Dort gab es nämlich keinen gemeinsamen Speisesaal, so dass jeder Bewohner sämtliche Mahlzeiten alleine in seinem Zimmer einnahm. „Diese Tatsache schränkt gewünschte Kommunikationsmöglichkeiten erheblich ein und führt zu erhöhter Kritikbereitschaft gegenüber dem Hause“, mahnte Hacke und schlug eine „Ausweitung der Veranda im Erdgeschoss und einen winterfesten Ausbau [sic]“ vor. Der Anregung, das „Männeraltersheim“ umzubenennen, wurde kurz darauf mit den Namen „Lemmermannhaus“ und „Freytaghaus“²⁴³ entsprochen.

Sodann gab Hacke, der die Altenheimbewohnerinnen und -bewohner seelsorglich begleitete, einen Bericht über seine Eindrücke in den beiden Häusern. Danach war das Leben vieler Frauen und Männer von Erlebnisarmut geprägt. Der Fernseher schien in manchen Fällen zum ständigen Begleiter geworden zu sein. Hacke geißelte diese Entwicklung, der Fernsehapparat beriesele die alten Menschen „tödlich“. Abwechslung, Ansprache und Anregungen seien von Seiten der Anstalt zu leisten: „Wir müssen mehr mit ihm [dem alten Menschen] ins Gespräch kommen, in Lesezirkeln, in der Bibelstunde, im Gottesdienst, im Gespräch mit anderen Gruppen des Stiftes.“ Immerhin habe man das seelsorgliche Angebot – „Morgen- und Abendandachten, Bibelstunden, Beicht-, Predigt- und Abendmahls-gottesdienste“ – intensivieren können. Dass an den neu eingerichteten Gesprächskreisen verschiedentlich leitende Mitarbeiter teilgenommen hätten, sei sehr begrüßt worden. Wünschenswert seien „Hobby-Gruppen“. Allerdings beträte man damit nicht nur „völliges Neuland“, sondern es fehle an „notwendigen Werkstätten“, zudem kämpfe man mit Problemen

240 Vorstandsprotokoll, 3.7.1974, AStH, 2146. Der Heimbeirat der Altenheime wurde bereits 1973 eingesetzt. Vgl. Jahresbericht 1984/85, S. 21.

241 Nachdem Bruder Behr aus dem 3. Pfarramt verabschiedet wurde, beschloss man, diese Pfarrstelle mit zwei Diakonen zu besetzen. Dies waren Bruder Hacke sowie Bruder *Peter Sobetzki* (* 1948), der sich vor allem in der Jugendarbeit engagierte. Vgl. Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 15.12.1974, S. 10.

242 Bericht des Ausschusses für Altenarbeit in der Sitzung des Vorstandes am 12.5.1975, Anlage zum Protokoll der Vorstandssitzung vom 12.5.1975, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

243 Vorstandsprotokoll, 15.12.1975, AStH, 2146. Siehe auch Jahresbericht 1976, S. 2.

bei der Materialbeschaffung, womit wohl vor allem Bastelmaterialien gemeint waren. Zum Schluss wies Hacke auf die Selbstverantwortung und die Autonomie der alten Menschen hin, die auch im Heim nicht enden dürften: „Der alte Mensch [muss] die Möglichkeit bekommen, sein Leben auch im Heim mitgestalten zu können, seine Freizeit, seine Unterbringung, in der Gruppenbildung, im Gottesdienst.“

Einen etwas anderen Eindruck vermittelt der Bericht zweier jungen Frauen, die im Rahmen eines Pflegeseminars einige Tage auf der Pflegestation im „Altersheim/Pflegeheim“²⁴⁴ arbeiteten. Sie beobachteten sowohl interessierte Bewohner als auch solche, die die Lebenslust vollständig verloren zu haben schienen und nicht „angeregt“ werden wollten:

„Die Pflegestation ist mit sehr verschieden [sic] alten Menschen (auch mit über 90 Jahre alten!) belegt, die sehr unterschiedliche Lebensäußerungen erkennen lassen. Manche erscheinen geistig ganz abgestumpft und für ihre Umgebung interesse-los; andere freuen sich, wenn sie Unterhaltung finden. Sie erzählen gern aus ihrem Leben, wenn ihnen auch häufig Dichtung und Wahrheit durcheinanderläuft [sic].“²⁴⁵

Hacke warb für seine oben geschilderten Initiativen, diese seien keine „Illusionen“²⁴⁶ sondern „lebensnotwendige Arbeiten für und mit unseren alten Menschen.“ Seine Ausführungen beendete der Seelsorger²⁴⁷ mit dem Appell, die Altenarbeit – „bei aller Achtung vor unserer Erziehungsarbeit“²⁴⁸ – nicht zu vernachlässigen und „neue Phantasie“ zu entwickeln, schließlich sei die Altenarbeit „ein Arbeitsfeld der Stiftung von der ersten Stunde an gewesen.“

„Das Altsein hat auch seine schönen Seiten!?“ – Einblicke in den Heimalltag

Über den Alltag in den Altenheimen, über die Wünsche und Hoffnungen, die Ängste und Sorgen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner ist meist nur sehr wenig bekannt. Zum einen haben die Geschichtswissenschaft und die Pflegewissenschaft den Alltag in Altenheimen erst vor wenigen Jahren als lohnenden Forschungsgegenstand für sich entdeckt. Zum anderen ist die Quellenlage im Allgemeinen sehr dürftig. Bewohnerakten²⁴⁹ werden gemäß der

244 Genauer bezeichneten die beiden Frauen ihren Einsatzort nicht. Vgl. Arbeitsbericht 1974/75, S. 29.

245 Ebd.

246 Bericht des Ausschusses für Altenarbeit in der Sitzung des Vorstandes am 12.5.1975, Anlage zum Protokoll der Vorstandssitzung vom 12.5.1975, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

247 Für Hacke ließ sich kein Aufgabenprofil finden, vgl. aber: Aufgabenrahmen für den Diakon im Seelsorgedienst in den Altenheimen, Anlage eines Schreibens von Alpers an Pastor Schwietering, 17.10.1977, AStH, 4123.

248 Bericht des Ausschusses für Altenarbeit in der Sitzung des Vorstandes am 12.5.1975, Anlage zum Protokoll der Vorstandssitzung vom 12.5.1975, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

249 Indes muss die Frage nach der inhaltlichen Qualität der Bewohnerakten gestellt werden, enthalten sie doch in den meisten Fällen keine alltagsgeschichtlich relevanten Informationen, sieht man einmal von Medikationen, Arztberichten und Korrespondenzen mit Angehörigen ab.

gesetzlichen Vorschriften in aller Regel nach zehn Jahren vernichtet, Ego-Dokumente, etwa Briefe oder Tagebücher, meist sofort nach dem Tod der Bewohnerinnen und Bewohner entsorgt. Dieser Befund gilt im Großen und Ganzen auch für das Stephansstift. Da es in dessen Heimen aber einen recht aktiven Heimbeirat und beim Vorstand einen Ausschuss für Altenarbeit gab, konnten interessante Details des Heimalltags in Erfahrung gebracht werden.

Der Heimbeirat hatte zunächst Probleme, seine Rolle und seine Funktion zu finden, da er von den Bewohnerinnen und Bewohnern kaum oder gar nicht in Anspruch genommen wurde: „Nach dem Eindruck des Heimbeirats schweigt die Mehrzahl der Bewohner aus Angst vor späteren Nachteilen lieber, als dass sie dem Heimbeirat Klagen und Beschwerden vorträgt. Der Heimbeirat seinerseits hat Schwierigkeiten, seinen Standort zwischen Heimleitung und Bewohnern zu finden.“²⁵⁰ Mit der Zeit fand er jedoch in seine Rolle hinein, und allerlei Beschwerden, aber auch Lob wurden an seine Mitglieder herangetragen.

Was bewegte nun die alten Menschen? Die Rahmenbedingungen für ihr Leben im Heim legten eine Heimaufnahmevereinbarung sowie eine Hausordnung für die jeweiligen Häuser fest. Der Alltag in Haus „Stephansruh“, für den eine Hausordnung überliefert ist, war recht straff organisiert.²⁵¹ Da die Menschen zentral versorgt wurden, waren die Essenszeiten klar geregelt, ebenso die Sprechstunden der Heimleitung (täglich, außer Samstag und Sonntag, von 9:30 Uhr bis 11:30 Uhr) und die Mittagszeit. Von den Bewohnerinnen und Bewohnern wurde erwartet, dass sie das „Bettenmachen und Staubwischen“ selbst übernahmen. Weiter gab es eine Reihe von Ge- und Verboten. So war das Rauchen im Bett ebenso verboten wie das Waschen und Trocknen der Wäsche und das Zubereiten kleiner Speisen im eigenen Zimmer. Besucher sollten sich bis 20 Uhr „verabschiedet“ haben. Ab 20 Uhr hatte „größte Ruhe“ zu herrschen. Um diese Zeit wurde die Haustür abgeschlossen. Die Bewohner besaßen keinen eigenen Haustürschlüssel: „Für den Fall längeren Ausbleibens erhält der Heimbewohner einen Hausschlüssel, der am folgenden Morgen zurückgegeben werden muss. Für das Wochenende sind die Schlüssel bis Freitag abzuholen und am Montag zurückzubringen.“ Ein Farbfernseher stand den Bewohnern bis 22 Uhr zur Verfügung. Dabei war es ihnen nicht erlaubt, das Gerät selbstständig ein- oder auszuschalten oder zwischen den damals lediglich drei Programmen zu wechseln: „Die Einstellung und das Ausschalten wird jeweils von der Mitarbeiterin vorgenommen. Ein Verstellen des Gerätes von den Heimbewohnern ist nicht erlaubt.“ Über die Gründe kann nur gemutmaßt werden. Ob vielleicht Streit um die Programmauswahl vermieden werden sollte?

Die skizzierten Regelungen sollten ausdrücklich einer guten „Hausgemeinschaft“ dienen. Auffällig war jedoch, wie sehr die Bewohner in ihrer Autonomie und Selbstverfügung beschnitten wurden. Ihnen enthielt man Selbstverständlichkeiten, wie etwa einen eigenen

250 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 31.5.1977, STH, 4123. Die 1976 ergangenen Heimrichtlinien formulierten lediglich Rahmenbedingungen, die jedoch von den Bewohnerinnen und Bewohnern und ihrer Vertretung eigenverantwortlich ausgestaltet werden mussten.

251 Hausordnung o.D. für das Altersheim „Stephansstift“, Anhang zur Heimaufnahme mit Herrn P. K., 30.4.1982, AStH, Ordner Altenhilfe Stephansruh. Danach auch die folgenden Zitate.

Haustürschlüssel, vor, so wie einst den Bewohnern des Knabenhofes und des Lehrlingsheims.

Vor dem Ausbau der Einzelzimmer im Anbau des Freytaghauses war es immer wieder zu Unzuträglichkeiten zwischen den Bewohnern gekommen. Die beiden bereits erwähnten Seminaristinnen berichteten hierzu von einer unguten Konstellation in einem Dreibettzimmer: „Wir erfuhren auch, welch schwierige Aufgabe es ist, Patienten in einem Raum zusammenzulegen. Ein schon recht alter Mann zum Beispiel machte uns einen recht verträglichen Eindruck. Das war eine Täuschung. Er hielt seine beiden Mitbewohner im Zimmer unter hartem Druck.“²⁵² Der Mangel an gehobenen Einzelzimmern führte zu langen Wartelisten und zu Fehlbelegungen. Viele alte Menschen waren nämlich immer weniger bereit, in ein Zimmer mit „Gemeinschaftstoilette“²⁵³ zu ziehen, zumal diese von Frauen und Männern gemeinsam benutzt werden musste.²⁵⁴ Da nur der 1975 fertiggestellte Anbau im Freytaghaus Einzelzimmer bot, war die Warteliste dort entsprechend lang, wohingegen man zunehmend Mühe hatte, die Zimmer im Altbau zu belegen: „Oft gelingt es uns nur mit Hilfe der Heimvermittlungsstelle des Sozialamtes, freiwerdende Zimmer im Altbau wieder zu belegen. Gerade die kleinen Zimmer (ca. 10 qm) werden immer wieder abgelehnt und stehen daher oft über längere Zeit leer“,²⁵⁵ klagte Herr Sommer noch zu Beginn der 1980er Jahre.

Problematisch war die Situation vor dem Arztzimmer Dr. *Langes jun.*²⁵⁶ im Freytaghaus. Da es kein Wartezimmer gab, mussten die Patienten und Patientinnen auf den Fluren stehen, bis sie aufgerufen wurden.²⁵⁷ Zwar war den Leitungen der Altenheime diese unerfreuliche Situation bewusst, gleichwohl vertraten sie die Auffassung, „dass es nicht Aufgabe des Stephansstifts sein kann, dem Arzt eine komplette Praxis vorzuhalten.“

Interessant war die Beobachtung, dass sich in den Heimen zunehmend eine Frontstellung herausbildete zwischen jenen, die selbst für ihre Heimunterbringung aufkamen, und jenen, denen dies nicht oder nur schwer möglich war und die daher auf Sozialhilfe angewiesen waren. Dass die Armut der einen die Verachtung der anderen hervorrief, zeigte sich nach der Einführung des Schichtdienstes 1979. Hierfür mussten acht neue Planstellen geschaffen werden, die eine Erhöhung des Pflegesatzes von „über 20 Prozent“²⁵⁸ nach sich zog. Dieser „dicke Brocken“, so Leiter Sommer, musste den Bewohnerinnen und Bewohnern und natürlich auch den Angehörigen plausibel gemacht werden. Dies sei „nicht immer leicht gewesen“, räumte Sommer ein. Etliche waren überfordert und mussten Sozialhil-

252 Arbeitsbericht 1974/75, S. 29.

253 Jahresbericht 1980/81, S. 13.

254 1977 regte der Heimbeirat der Altenheime an, separate Toiletten für „Damen und Herren im Altbau des Freytaghauses“ zu installieren. Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 6.12.1977, AStH, 4123.

255 Jahresbericht 1980/81, S. 13. Danach auch die folgenden Zitate.

256 Der Vater Dr. Langes, Dr. *Lange sen.*, betreute übrigens die Bewohnerinnen und Bewohner von Stephansruh.

257 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 11.4.1978, AStH, 4123. Danach auch das folgende Zitat.

258 Jahresbericht 1980/81, S. 11. Danach auch die folgenden Zitate.

fe beantragen. Der „Gang zum Amt“ beschämte sie, sie wollten keine „Almosenempfänger des Staates“²⁵⁹ sein und zögerten die Antragstellung hinaus. Ein Anfang 1979 unternommener Versuch von Diakon *Peter-Cedor Erdmann* (* 1948),²⁶⁰ „in einem dreistündigen Gruppengespräch“ die Bedenken der Betroffenen abzubauen, misslang gründlich. Mehr noch, auf der Seite der Nichtsozialhilfeempfänger sei man auf „eine gleichgeartete Einstellung gestoßen: Die Selbstzahler fühlten sich offensichtlich auf einer höheren sozialen Stufe und ließen dies die Sozialhilfeempfänger auch deutlich spüren.“²⁶¹ Erst mit dem im April 1994 verabschiedeten Pflegeversicherungsgesetz unternahm der Gesetzgeber einen – ersten und unzulänglichen – Versuch, pflegebedürftige Menschen vor dem Abgleiten in die Sozialhilfe zu bewahren.²⁶²

Zudem versuchten die „fitteren“ Bewohner den Kontakt mit den „Pflegefällen“ möglichst zu vermeiden. Da man getrennt wohnte, war dies im Alltag kein Problem. Sonntags sah dies hingegen anders aus. Dann kam es nämlich zu einem Gottesdienstboykott. „Viele Bewohner kommen aus dem Grund nicht zu den Andachten am Donnerstag, weil fast ausschließlich Patienten der Pflegestation teilnehmen“,²⁶³ klagte Frau Gottfriedsen, Ehefrau des Altenheimleiters Diakon *Uwe Gottfriedsen* (* 1930), die die Pflegestation verantwortete.

Die Leitungen der Altenheime bemühten sich inzwischen sehr, ihren Bewohnerinnen und Bewohnern Abwechslung zu bieten. Angeboten wurden u.a. Dia-Vorträge, Ausflüge in den Vogelpark Walsrode oder ein Ausflug zu Seh- und Gehörbehinderten in deren Zuhause, wie Schwester *Anneliese Scheller* 1979 berichtete.²⁶⁴ Eine Führung durch die Tierärztliche Hochschule bot einen nicht alltäglichen Höhepunkt. Dort konnten die alten Menschen nämlich eine „Magenoperation bei einer Kuh, der ein Fremdkörper entfernt wurde“, miterleben. „Die Operation fand im Hörsaal statt und wurde uns genau erklärt. (Die Operationskosten bei Tieren sind sehr niedrig).“ *Frieda Meldau*, Bewohnerin von „Stephansruh“, genoss ihr Heimdasein: „Seit ein paar Wochen dürfen [!] wir uns sogar sportlich betätigen. Das Altern werden kann auch seine schönen Seiten haben. Ich habe allen Grund, zufrieden zu sein.“²⁶⁵

Die Altenheime des Stephansstifts zeigten sich offen für Außenkontakte. Aktiv warben sie um Besuche von Konfirmanden- und Gemeindegruppen, Frauenkreisen usw. Indes war nicht jeder Besuch eine Bereicherung. Vor allem die Konfirmanden- und Gemeinde-

259 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 6.2.1979, AStH, unverzeichnet. Danach auch die folgenden Zitate.

260 Erdmann war Pastor Müller am 1. April 1978 im Amt des Seelsorgers für die Altenheime nachgefolgt. Seine Gedanken zur „Seelsorge in den Altenheimen“ hat Erdmann niedergelegt in: Jahresbericht 1979/80, S. 19–21.

261 Allerdings entrichteten die Selbstzahler zumindest 1983 höhere Pflegesätze als die „Sozialhilfeempfänger“. Vgl. Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 2.6.1983, AStH, unverzeichnet.

262 Vgl. Hans-Walter Schmuhl / Ulrike Winkler, Die Evangelische Perthes-Stiftung. Vom Fachverband für Wandererfürsorge zum diakonischen Unternehmen, Bielefeld 3. Auflage 2018, S. 295f.

263 Vorstandsprotokoll, 28.4.1978, AStH, 4112.

264 Anneliese Scheller, Jahresbericht Stephansruh, 1979, AStH, Ordner Altenhilfe Stephansruh. Danach auch die folgenden Zitate.

265 Bericht einer Heimbewohnerin (Frieda Meldau), o.D. [1978/79], AStH, Ordner Altenhilfe Stephansruh.

gruppen, „so gern sie grundsätzlich von der Heimleitung und den Bewohner gesehen“²⁶⁶ wurden, entwickelten sich zunehmend zur Last. Es kam nämlich immer wieder vor, dass die Gruppen einfach nur „abgeliefert“ wurden, ohne dass die Teilnehmenden auf die alten Menschen vorbereitet worden waren. Dagegen waren die Kontakte zur Anstaltsschule offenbar für alle Seiten beglückend: „Die Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule hat für die Bewohner der Altenheime zum Nikolaustag Leuchter gebastelt, die große Freude auslösten. Die alten Herrschaften sind nun mit Überlegungen beschäftigt, wie man sich dafür revanchieren kann.“

Hingegen verlief das Zusammenleben der Alten mit dem Knabenhof und dem Lehrlingsheim ausgesprochen problematisch.²⁶⁷ Immer wieder kam es zu Einbrüchen und Diebstählen – „auch wertvoller Gegenstände“²⁶⁸ –, die den Jugendlichen zur Last gelegt wurden. Das Sicherheitsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner ließ in der Folge deutlich nach. So ängstigte die alten Menschen, dass in das Haus Buche Jungen einziehen sollten. „Sie fürchteten zusätzliche Bedrohungen und Belästigungen“,²⁶⁹ teilte der Heimbeirat mit, der auch darauf hinwies, dass sich die alten Menschen „auch durch schnell fahrende Fahrzeuge auf dem Stiftsgelände gefährdet fühlen.“ Interessant war in diesem Zusammenhang die Forderung des Heimbeirates, die Altenheime „eindeutig“ zu beschriften, „damit bestellte Taxis dort vorfahren, wo man sie benötigt.“

Sogar körperliche Angriffe kamen vor. Im Herbst 1978 schubste ein Jugendlicher des Stephansstifts Altenheimbewohner, so dass sie stürzten. Dass der Jugendliche sich am folgenden Tag entschuldigte, habe aber einen „nachhaltigen positiven Eindruck“ auf seine beiden Opfer gemacht. Indes hörten die Übergriffe nicht auf: „Anruf von Herrn Lax. Einbruch Stephansruh. Beide Jungen sind aus dem Lehrlingsheim – einer war früher schon Spanner und Voyeur, der andere ist erst kurz hier.“²⁷⁰ Da die Probleme mit den Jugendlichen nicht abrisen, beschloss man eine „deutlichere“²⁷¹ Abgrenzung der Altenheime von den Jungenheimen. Dabei dachte man an „einen Zaun in Gestalt einer Hecke“, räumte aber ein, dass eine „hermetische Abriegelung der beiden Menschengruppen gegeneinander“ weder „erwünscht“ noch „durchführbar“ sei. Entsprechende Nachtwachen um den Knabenhof und das Lehrlingsheim sollten für mehr Ruhe und Sicherheit sorgen.²⁷² Diskutiert wurde auch die Anschaffung eines Wachhundes²⁷³ sowie die Installation „weiterer Hindernisse aus Stacheldraht und das Fällen von Bäumen.“

266 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 6.12.1977, AStH, 4123. Danach auch die folgenden Zitate.

267 Vorstandsprotokoll, 25.10.1977, AStH, 4112.

268 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 11.4.1978, AStH, 4123.

269 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 17.10.1978, AStH, 4123. Danach auch die folgenden Zitate.

270 Aktenvermerk, o.V., o.D., AStH, Ordner Altenhilfe Stephansruh.

271 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 16.10.1979, AStH, unverzeichnet. Danach auch die folgenden Zitate.

272 Für den Verlauf der nächtlichen Rundgänge siehe die entsprechenden Skizzen vom Mai 1980, AStH, Ordner Altenhilfe Stephansruh. Die Rundgänge fanden jeweils um 24, um zwei und um vier Uhr nachts statt.

273 Technisches Büro an Dr. Alpers, Zwischenbericht, 14.11.1980, AStH, Ordner Altenhilfe Stephansruh. Danach auch das folgende Zitat.

So nachvollziehbar der Wunsch der alten Menschen nach Ruhe und Ungestörtheit war, so mutete manche Beschwerde doch etwas kleinkariert an: „Der Grund meines Schreibens ist“, so Frau Scheller, „dass am 21.3.[1981] eine Joga-Gruppe zwei Stunden ihre Übungen auf unserem Rasen gemacht habe, und die Heimbewohner mich fragten, ob das jetzt ein Dauerzustand sein sollte. Sie bitten darum, auf unserem Rasen keine sportlichen Übungen zu machen.“²⁷⁴

„Nach wie vor sind unsere jugoslawischen Mitarbeiterinnen ... die tragenden Säulen.“ – Personalnot

1976 wurden in den beiden Altenheimen 42 Frauen und 119 Männer von 38 Beschäftigten betreut, 101 von ihnen lebten in Einzelzimmern, sechzig waren auf permanente Unterstützung angewiesen und wohnten auf der Pflegestation.²⁷⁵ Rein rechnerisch kümmerte sich also ein Mitarbeiter um rund vier Bewohnerinnen und Bewohner. Dieser Personalschlüssel machte jedoch nur auf den ersten Blick einen auskömmlichen Eindruck, wurden doch neben den Pflegekräften auch das Reinigungs- und Küchenpersonal mit hinein gerechnet, also Kräfte, die nicht unmittelbar für die Betreuung zur Verfügung standen. 1979 kam es zu besonders vielen Krankmeldungen. Es machte sich, so der Ausschuss für Altenarbeit, „deutlich bemerkbar, dass das Stammpersonal schon seit langer Zeit überfordert“²⁷⁶ werde. Daraufhin wurde noch im selben Jahr auf der Pflegestation der Schichtdienst eingeführt.²⁷⁷ Dies geschah nicht zuletzt auch auf Drängen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nicht länger in einem geteilten Dienst arbeiten wollten: „Für die Mitarbeiter bedeutet diese Regelung, dass sie nicht mehr zweimal am Tage zur Arbeit müssen, was vorher für die meisten zutraf.“²⁷⁸ Es sei daher schon „fast unmöglich geworden, Mitarbeiter zu gewinnen. Denn wer will heute schon von 7 bis 19 oder 20 Uhr arbeiten, zwar mit einer Mittagspause, die aber oft zu einem großen Teil in der Straßenbahn verbracht wurde.“ Allerdings gab es auch eine nicht näher bezeichnete „anfängliche Kritik am neu eingeführten Schichtdienst“,²⁷⁹ diese sei jedoch bald einer „positiven Beurteilung gewichen.“ Denn jetzt waren die Pflegestationen kontinuierlich besetzt. Hier behalf man sich seit Oktober 1969²⁸⁰ vor allem mit ausländischen Arbeitskräften: „Nach wie vor sind unsere jugoslawischen Mitarbeiterinnen

274 Anneliese Scheller an die Geschäftsführung, 23.3.1981, AStH, Ordner Altenhilfe Stephansruh.

275 Jahresbericht 1976, S. 11.

276 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 6.2.1979, AStH, unverzeichnet. Danach auch die folgenden Zitate.

277 Jahresbericht 1980/81, S. 11. Dieser ging von 6 bis 13 und von 13 bis 20 Uhr. Jahresbericht 1982/83, S. 11f. Vgl. auch: Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 6.2.1979, AStH, unverzeichnet.

278 Jahresbericht 1980/81, S. 12. Danach auch das folgende Zitat.

279 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 16.10.1979, AStH, unverzeichnet. Danach auch das folgende Zitat.

280 „Ich kann nur in tiefer Dankbarkeit an den unverdrossenen Einsatz und die mitreißende Energie vieler Freunde aus Jugoslawien denken“, so Uwe Gottfriedsen in: ders., Neun Jahre und 183 Tage Aufbruch und Umbruch. Altenarbeit im Stephansstift von 1969 bis 1978, in: 125 Jahre Stephansstift, S. 155–159, S. 156.

und Mitarbeiter die tragenden Säulen der Pflegestation.²⁸¹ Anfang November 1981 wurde auch im Haus „Stephansruh“ ein Schichtdienst eingeführt, der mit einer konkreten Hoffnung verbunden war: „Man erwartet, dass die Arbeitseinteilung so günstiger gestaltet werden kann und dass nun mehr Zeit bleibt für Gespräche und Spielen mit den Bewohnern.“²⁸² Mit Hilfe von zwei zusätzlichen Arbeitskräften wollte man zudem einen äußerst fragwürdigen Umgang mit Pflegebedürftigen beseitigen: „So sollen pflegebedürftige Bewohner, wenn irgend möglich, nicht mehr aus Personalgründen abends frühzeitig zu Bett gebracht werden, wenn es ihr Wunsch ist, z.B. einer Fernsehsendung wegen noch aufzubleiben. Auch sollen die verstärkten Nachtwachen darum bemüht sein, Sterbenden in den Abendstunden mehr als bisher Hilfen durch Gespräche zu bieten.“

Die Nachfrage nach Pflegeplätzen wuchs ständig, vor allem der Anteil der „schweren Pflegefälle und der Desorientierten“ war sehr hoch. Dies war indes ein in allen Altenheimen zu beobachtendes Phänomen. Die Menschen wurden nicht nur immer älter, gebrechlicher und entwickelten multimorbide Krankheitsbilder, sondern sie gingen erst in ein Alten- oder Pflegeheim, wenn sie nicht mehr alleine oder nur noch mit Hilfe von Sozialdiensten zurechtkamen. Damit wuchs auch der Bedarf an Personal. Nun standen die Altenheime des Stephansstifts aber nicht nur in Konkurrenz zu anderen Altenheimen, sondern auch zu den vielen Krankenhäusern, insbesondere zur Medizinischen Hochschule, die dicht vor den Toren des Stephansstifts lag.²⁸³

Zu Überforderungssituationen sollte es auch in späteren Jahren kommen, vor allem die Nachtwachen kämpften mit einer hohen Arbeitsbelastung, wie ein Mitarbeiter 1983 darlegte:

„Die Durchschnittszeit für einen Rundgang der Nachtwache beträgt bis zu zwei Stunden (inkontinente Heimbewohner ca. 25 Personen, die einer gründlichen Reinigung bei jedem Rundgang bedürfen). Es sind pro Nacht mindestens drei Rundgänge nötig. Die Rundgänge werden jeweils durch Klingeln von Heimbewohnern unterbrochen. Bei längerem Aufenthalt bei einem Bewohner sind die übrigen sieben Stationen nicht besetzt.“²⁸⁴

Zudem sei ein „großer Zeitaufwand für das Aufstellen der ganzen Tagesmedizin nötig.“ Es sei „unzumutbar“ all diese Aufgaben einer einzelnen ausgebildeten Nachtwache zu überlassen, „unverantwortlich“ aber sei es, wenn dazu eine unausgebildete Kraft eingesetzt werde. Der Mitarbeiter schlug eine Doppelbesetzung vor, die nicht nur einer „besseren und sichereren Pflege“ der Heimbewohner und dem Ruf des Stephansstifts, sondern auch der eigenen Sicherheit „(Einbrüche usw.)“ entgegenkäme.

281 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 11.4.1978, AStH, 4123.

282 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 4.11.1981, AStH, unverzeichnet. Danach auch das folgende Zitat.

283 Jahresbericht 1980/81, S. 12.

284 Wolf-Georg Evers an Dr. Alpers u.a., o.D. [1983], AStH, Liste P, 21 (Altakten). Danach auch die folgenden Zitate.

Zwischen „ambulant“ und „stationär“ – Die Einrichtung einer Tagesstätte für Senioren

Im November 1983 wurde im Freytaghaus eine Tagesbetreuung für Senioren und Seniorinnen eingerichtet. Trotz des „großen Besucherandrangs bei der Informationsveranstaltung“²⁸⁵ wurde dieses in der Bundesrepublik bis dahin noch kaum erprobte Angebot zwischen ambulanter und stationärer Altenhilfe zunächst nur zögerlich nachgefragt. Bis März 1984 hatten nur drei Personen die Tagesstätte besucht: „Eine Dame regelmäßig zum Mittagessen, ein Herr an drei Tagen regelmäßig, eine Dame regelmäßig an zwei Tagen.“²⁸⁶ Der Hauptbeweggrund der Besucher war der Wunsch nach Unterstützung. So kam der Herr, ein stark sehbehinderter Rollstuhlfahrer, zum Essen, weil er seine Frau entlasten wollte. Eine Dame mochte nicht für sich selbst kochen. Lediglich eine Besucherin gab an, neue Kontakte knüpfen zu wollen. „Entlastung von der Zubereitung des Mittagessens suchen viele“, räumte die Heimleitung ein, die sich außerstande sah, diesen Dienst „in größerem Umfang“ anzubieten. Trotz der schwachen Resonanz gab man nicht auf. Mit neuen Prospekten sollte für die Tagesstätte geworben werden. Unterstützung fand man beim Diakonischen Werk, das „diese Hilfeform für wichtig“ hielt, weil es sie bis dahin in Hannover noch nicht gab. Dass das Stephansstift auch für seine Altenheime werben wollte, räumte man unumwunden ein.

Im Dezember 1984 war die Tagesstätte jedoch vollständig zum Erliegen gekommen: „Die beiden Dauergäste sind nach dem Urlaub ihrer Angehörigen nicht mehr zu uns zurückgekehrt.“²⁸⁷

Ein Neubau

Wie erwähnt, gab es im Freytaghaus seit 1975 bequeme Einzelzimmer mit eigenem Sanitärbereich. In Haus Stephansruh waren diese selbst noch im Jahre 1985 nicht vorhanden. „Die Zimmer der Bewohner sind nur mit Waschbecken ausgestattet; Bäder, Duschen, WCs befinden sich zu gemeinsamer Nutzung jeweils an den Enden der Flure.“²⁸⁸ Dies sei, räumte Wirtschaftsleiter Heppel ein, alten Menschen „kaum mehr zumutbar“. Diese Zustände ließen sich mit vergleichsweise geringem Aufwand verändern. Man wandelte die kleinen Zimmer in Sanitärbereiche um und ordnete sie „jeweils einem benachbarten Zimmer“ zu. „Es bleibt sogar noch Platz für je eine Bettnische zur Erweiterung der großen Zimmer“, freute sich Heppel, der allerdings auch die Kosten im Auge behielt. Die mit diesen Umbaumaßnahmen unweigerlich verbundene Platzzahlreduzierung wurde mit dem Umbau der ehemaligen Heimleiterwohnung in drei Bewohnerzimmer wenigstens teilweise kompensiert.²⁸⁹

285 Jahresbericht 1983/84, S. 25.

286 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 12.3.1984, AStH, unverzeichnet. Danach auch die folgenden Zitate.

287 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 6.12.1984, AStH, unverzeichnet.

288 Jahresbericht 1984/85, S. 32. Danach auch die folgenden Zitate.

289 Vgl. hierzu auch: Heppel, Vorlage zur Finanzausschusssitzung am 24.2.1986, 24.1.1986, AStH, 4122.

Am 8. März 1982 besuchte der Niedersächsische Sozialminister *Hermann Schnipkoweit* (1928–2018) die Altenheime des Stephansstifts. Dem Minister, so Vorsteher Alpers, sei dabei „der Unterschied zwischen der Einrichtung eines normalen Heimzimmers und der eines Pflegezimmers in bedrückender Weise deutlich geworden.“²⁹⁰ Dabei verwies Schnipkoweit auch auf die „in der jüngsten Vergangenheit wieder sehr heftig gewordene Kritik gegenüber Heimen überhaupt.“ Energisch trieben der Vorstand und der Ausschuss für Altenarbeit die Planungen für den Bau eines neuen Altenheims voran. Man wollte möglichst viele Einzelzimmer schaffen, „auch wenn diese einen erheblich höheren Pflegesatz verursachen.“

Der Neubau wurde mit acht Mio. DM veranschlagt, wobei das Stephansstift „beachtliche“ Eigenmittel, nämlich über 2,8 Mio. DM, einbringen wollte.²⁹¹ Im Winter 1985 konnte der Grundstein für das neue Altenpflegeheim gelegt werden. Der Umzug in das neue Gebäude, in dem u.a. eine Cafeteria, ein Zahnarzt und ein Frisör eingezogen waren,²⁹² Anfang 1987 verlief – dank der Hilfe eines Sanitätsbataillons der Bundeswehr – „reibunglos“:²⁹³ „Die für uns sehr hilfreiche Maßnahme wurde als Übung deklariert und geschah somit praktisch kostenfrei.“ Benannt wurde das neue Altenheim nach der ehemaligen Leiterin des Erholungsheims Stephansruh in Altenau, Marianne Werner. Dass mit dieser Namenswahl erstmals in der über hundertjährigen Geschichte des Stephansstifts ein Haus nach einer Frau benannt wurde, soll ausdrücklich betont werden.

Mit 18 volljährig – Hilfen für junge Erwachsene

Mit der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre am 1. Januar 1975²⁹⁴ ergaben sich neue Herausforderungen für die Erziehungsleitung des Stephansstifts, aber auch für dessen Bewohner. Einerseits dürften manche Heime die Regelung begrüßt haben, entfielen doch nun die „oft beklagten Schwierigkeiten mit der Altersgruppe der 18- bis 20-Jährigen.“²⁹⁵ Andererseits gingen den Heimen Einnahmen verloren. Für das Stephansstift rechnete Erziehungsleiter *Heinrich-Wilhelm Cohrs* (* 1939) damit, „dass künftig in der

290 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 23.3.1982, AStH, unverzeichnet. Danach auch die folgenden Zitate.

291 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 6.12.1984, AStH, unverzeichnet.

292 Vgl. Jahresbericht 1986/87, S. 15.

293 Vorstandsprotokoll, 24.4.1987, AStH, Karton „Stephansstift Vorstandsprotokolle, 1977–1987“.

294 Der 1. Januar 1975 brachte übrigens noch eine weitere wichtige Regelung mit sich. Traten doch an diesem Tag die niedersächsischen „Richtlinien für die Gewährung von Ausbildungs- und Arbeitsvergütungen in Heimen der Jugendhilfe“ in Kraft. Diese Regelung war in ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzen. Die Jugendlichen, die bis dahin meist für ein Taschengeld gearbeitet hatten, erhielten nun nicht nur Ausbildungs- und Arbeitsvergütungen, sondern für sie wurden nun auch Sozialversicherungsbeträge entrichtet, was sich positiv auf ihre spätere Rente auswirken sollte. Dass die Auseinandersetzungen um die Heimerziehung in der Bundesrepublik ab 2005/6 öffentlich und mit großer Härte ausgetragen wurden, lag u.a. auch an der Generation jener ehemaliger Heimkinder, die in dieser Zeit ihre Rentenbescheide erhielten und feststellen mussten, dass diese – obgleich sie in den Heimen gearbeitet hatten – etliche Fehlzeiten enthielten.

295 Arbeitsbericht 1974/75, S. 18.

Erziehungsarbeit der Stiftung ca. drei Jahrgänge fehlen werden.“²⁹⁶ Man müsse sich daher mehr auf die Arbeit an Schulpflichtigen konzentrieren, regte der Mitarbeiter an. Noch im selben Jahr wurde „die Zahl der Schulpflichtigen [...] um 36 vermehrt, die der Schulentlassenen entsprechend verringert.“²⁹⁷ Diese Akzentverschiebung betraf vor allem den Backhausenhof, wo die Schule erweitert und neue Lehrkräfte eingestellt wurden.

Auch musste eine Antwort auf die Frage gefunden werden, was mit jenen passieren sollte, die nicht zuletzt *infolge* ihrer Heimprägung nicht oder noch nicht selbstständig leben konnten. Jahrelang mehr oder weniger verwahrt, hatten viele Jungen und Mädchen keine Alltagskompetenzen entwickeln können. Ihnen fehlten Kenntnisse der Haushaltsführung (z.B. Umgang mit Geld), der Raumgestaltung und in vielen Fällen auch der Selbstbesorgung (z.B. Hygiene). Wie sollten sie nun eigenverantwortlich leben? Hier müsse das Stephansstift „diakonische Arbeit nach innen und außen“²⁹⁸ leisten, zeigte sich der Vorstand einig.

Wie bewerteten die Jugendlichen des Stephansstifts das neue Gesetz? Vierzig Prozent von ihnen verließen die Anstalt mit Erreichen des 18. Lebensjahres. Der damit verbundene Abbruch der Erziehung habe nicht „in jedem Fall“²⁹⁹ zu gesellschaftlicher Integration geführt, war im Arbeitsbericht 1974/75 zu lesen. Dagegen wollten sechzig Prozent, also eine eindeutige Mehrheit, weiterhin in den Einrichtungen des Stephansstifts wohnen bleiben. Diese Gruppe konnte nach § 75 a JWG Leistungen erhalten, wenn „sie sich in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung“ befanden oder an einer berufsvorbereitenden Maßnahme teilnahmen, etwa an Förderlehrgängen.

Anfang des Jahres 1975 meldeten sich 29 volljährige Bewohner des Lehrlingsheims bei der Erziehungsleitung und baten um ihre weitere Betreuung bis zur Beendigung ihrer Ausbildung.³⁰⁰ Für acht Jugendliche richtete man am 1. Juni 1975 in der Striethlstraße 30 eine erste Außenwohngruppe ein. Ein Ehepaar, das mit im Haus, aber in einem anderen Stockwerk wohnte, kümmerte sich um die Gruppe, die ansonsten aber gehalten war, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Eine von ihnen erarbeitete Hausordnung regelte die finanziellen Angelegenheiten, die sich aus dem Mietvertrag ergaben, Ausgangs- und Besuchszeiten sowie den Küchendienst: „Da sich die Gruppe selbst versorgt, wird über die Verpflegung etwas vorsichtiger ‚gemeckert‘, denn jeder weiß, dass auch seine Kochkünste von den anderen kritisch beurteilt werden.“

Der zwanzigjährige Karl-Heinz H. verfasste einen kurzen Bericht über die ersten drei Monate des neuen Wohnprojekts und wies auf die Mühen des Alltags hin, vor allem bei der Erfüllung der häuslichen Pflichten, die ihnen nun niemand mehr abnahm:

296 Vorstandsprotokoll, 16.1.1975, AStH, 2146.

297 Jahresbericht 1975/75, S. 5. Danach auch die folgende Angabe.

298 Vorstandsprotokoll, 16.1.1975, AStH, 2146.

299 Arbeitsbericht 1974/75, S. 19. Danach auch die folgenden Zitate.

300 Das Folgende nach: Informationen aus dem Stephansstift (Mitarbeiterzeitung), Nr. 7/1975, 22.8.1975, S. 10. Danach auch das folgende Zitat.

„Der häufigste Kritikpunkt ist der Küchendienst. Der Küchendienst, der ebenso wie die anderen Gemeinschaftsdienste in der Gruppensitzung verteilt wird, soll in der Regel von zwei Bewohnern durchgeführt werden. Schwierigkeiten treten auf bei Abwesenheit, z.B. durch Besuche von Sportvereinen, Fahrschule und andere Unternehmungen. Mitbewohner, die nicht in der Lage sind, ihren Gemeinschaftsdienst auszuüben, sind verpflichtet, für einen Ersatz zu sorgen. Da dieses meist nicht gelingt, wird gerade dieser Punkt zum Streitpunkt.“³⁰¹

Auch das morgendliche Aufstehen war für die Jugendlichen, die im Lehrlingsheim immer geweckt worden waren, eine Herausforderung. Positiv bewerteten sie den Besitz des eigenen Haustürschlüssels, da man jetzt den Ausgang „relativ selbstständig“ bestimmen konnte. Diese beiden Punkte – pünktliches Aufstehen und rechtzeitiges Nachhausekommen – „werden auch im späteren Leben im Vordergrund stehen.“ Dass es für diejenigen Volljährigen, denen es nicht gelang, in Ausbildung und Beruf Fuß zu fassen, keine „weiteren ergänzenden Hilfen“³⁰² gab, bewertete das Stephansstift negativ. Viele kämen alleine nicht zurecht, brächen ihre Ausbildung ab, fanden aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation noch nicht einmal eine Hilfstätigkeit und rutschten in der Folge in die Armut ab: „Durch die allgemeine, auch heute noch bestehende Arbeitslosigkeit konnten die meisten jungen Leute keine entsprechende Arbeit als Helfer finden und müssen mit dem geringen Satz der Sozialhilfe auskommen.“³⁰³

Nach positiven Erfahrungen mit dieser ersten Außenwohngruppe bezogen im August 1980 fünf Jugendliche eine zweite Wohngruppe in der Fridastraße 26.³⁰⁴ Überraschenderweise wählte man für den Auszug aus dem Lehrlingsheim nicht jene aus, die bereits ein höheres Maß an Selbstständigkeit zeigten und vielleicht nur noch einen „letzten Schliff“ für ein eigenständiges Leben benötigten, sondern man nahm solche Bewohner in den Blick, die „introvertiert und gehemmt wirken und dadurch der Heimsituation oft nicht gewachsen“³⁰⁵ waren. Hervorzuheben ist, dass man auch daran ging, Minderjährige, „für die eine Erziehung in größerer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung angezeigt erscheint“,³⁰⁶ in die Wohngruppen aufzunehmen.

Die Erfahrungen mit den Wohngruppen waren positiv, vor allem der räumliche Abstand zur „Anstalt“ schien den Jugendlichen gut zu tun:

301 Karl-Heinz H., Lehrlingsheim: Bericht aus der Wohngruppe, in: Informationen aus dem Stephansstift, Nr. 9/1975, 30.9.1975, S. 2. Danach, S. 3, auch die folgenden Zitate.

302 Arbeitsbericht 1974/75, S. 19.

303 Jahresbericht 1975/76, S. 25.

304 Jahresbericht 1980/81, S. 30. Eine weitere Wohngruppe zog an den Königsworther Platz (Brühlstraße). Ebd., S. 32.

305 Ebd., S. 30.

306 Vorstandsprotokoll, 20.8.1983, AStH, 4123.

„Die zentrale Lage der Wohnung, die Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, die Kontaktsphäre und die Nähe der Arbeits- und Schulwege sind optimal. Die Abgeschlossenheit vom Stammheim verringert mögliche negative Einflüsse, zum Beispiel Multiplikation von abweichendem Verhalten, fördert Eigenständigkeit und Eigenverantwortung und reduziert die Möglichkeit, sich in andere Bereiche (Gruppen) zu entziehen. [...] Größere Schäden, Mutwilligkeit und Gleichgültigkeit sind kaum anzutreffen. [...] Die Jugendlichen werden mit dem Mehr an Belastung und Freiheit gut fertig. Es werden kaum Versuche unternommen, die neuen Möglichkeiten negativ zu nutzen.“³⁰⁷

1985 kam eine Therapeutische Wohngruppe für junge Männer und Frauen hinzu, die nach einer stationären oder ambulanten psychiatrischen oder psychotherapeutischen Behandlung eine „nachgehende heilpädagogisch therapeutische Intensivbetreuung“³⁰⁸ benötigten. Eine Heilpädagogin, ein Sozialpädagoge, eine „Erzieherin in berufsbegleitender Ausbildung“ und ein Praktikant sollten den maximal sechs Gruppenmitgliedern „im ganzheitlichen Sinne Hilfen zur Selbsthilfe“ geben. Von der Aufnahme „Drogen- und Alkoholabhängiger, Anfallskranker, Patienten mit psychiatrischem Krankheitsbild im engeren Sinne“³⁰⁹ sah man ausdrücklich ab.

„Oberstes Ziel war die Verbesserung der Lebensbedingungen.“³¹⁰ – Neue Wege in der Kinder- und Jugendhilfe

In der Kinder- und Jugendhilfe ging der Trend zu einer differenzierten und präventiven Jugendhilfearbeit mit offenen und halboffenen Angeboten. Großeinrichtungen galten als nicht mehr zeitgemäß, wurden als „Ghettos“ und jenseits jeder gesellschaftlichen Wirklichkeit bewertet. Daher unterzog der Ausschuss für Sozialpädagogik die einstige „Generalplanung“ 1975 einer kritischen Überprüfung.³¹¹ Erwartungsgemäß gab man dessen zentrale Idee, den Bau eines vielstöckigen Lehrlingsheims, auf, und zwar „wegen der Unmöglichkeit der Finanzierung, aber auch aus pädagogischen Gründen“. Stattdessen wurden „drei oder vier Einzelhäuser“ ins Gespräch gebracht, in denen jeweils zwei Gruppen „à zehn oder zwölf Plätzen“ entstehen sollten. Man hielt also an dem Vorhaben fest, auf dem Anstaltsgebäude selbst zu bauen. Da sich das Albert-Schweitzer-Haus und die Abteilung „Spatzen“³¹²

307 Jahresbericht 1980/81, S. 30.

308 Fiedler, Konzeption der Therapeutischen Wohngruppe in Hannover (Kurzfassung), 1.3.1985, AStH, 4132. Danach auch die folgenden Zitate.

309 Im Juni 1986 umfasste die Wohngruppe sieben Plätze. Vgl. Vorstandsprotokoll, 9.6.1986, AStH, Karton „Stephansstift Vorstandsprotokolle, 1977–1987“.

310 Cohrs, Anlage zum Protokoll der Vorstandssitzung, 13.12.1978, AStH, 4112.

311 Vorstandsprotokoll, 12.5.1975, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

312 Ein Brand im Mai 1975 sollte seinen Teil noch dazu beitragen. Vgl. Jahresbericht 1975/76, S. 25. Allerdings wurde die ausgebrannte „Spatzen-Abteilung“ „wieder neu ausgebaut, erweitert und modern möbliert, so dass die Jugendlichen heute sich dort sehr wohl fühlen.“ Ebd.

im Lehrlingsheim baulich in einem schlechten Zustand befanden, gab es zusätzlichen Handlungsbedarf, aber auch konkrete Finanzierungsmöglichkeiten. So hatte das Kultusministerium für kommende Jahre Hilfen für „Investitionen in Erziehungsheimen in Aussicht gestellt.“³¹³

Im Frühsommer 1975 legte der Sozialpädagogische Ausschuss dem Vorstand drei Vorschläge zur zukünftigen Gestaltung des Erziehungsbereichs des Stephansstifts vor. Die erste Option, ein „Fortbestand des jetzigen Zustandes“³¹⁴ kam für keinen der Anwesenden in Betracht. Der zweite Vorschlag, die „Verlagerung aller Schulentlassenen in den Backhausenhof“, fand ebenfalls keine Zustimmung. Den Zuschlag erhielt „Vorschlag c“, der weitgehend die Vorschläge der „Generalplanung“ aufgriff³¹⁵ und „gewiss nicht problemlos“ umzusetzen sei, mahnte der Sozialpädagogische Ausschuss an. So fragte etwa der Leiter der Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, Diakon *Paul-Friedrich Mau* (1928–1984), „ob die teilweise Verlagerung der voll funktionsfähigen, in das örtliche Schulwesen Hannovers voll integrierten L-W-F-Schule von Kleefeld nach Burgdorf ohne Schaden möglich sei.“³¹⁶ Schwierig war auch eine Bedarfsanalyse, eindeutige Zahlen seien „auf lange Sicht“³¹⁷ nicht zu erwarten. Man musste also in eine zumindest teilweise ungewisse Zukunft hinein planen.

Systematisch entwickelten der Sozialpädagogische Ausschuss und der Vorstand ein neues Erziehungs- und Hilfskonzept, das vorsah, aus den fünf Heimen einen Hilfeverbund zu schmieden.³¹⁸ Zunächst bemühte man sich um die Anerkennung des Oberharzer Jungenheims als heilpädagogisches Heim. Diese wurde im Dezember 1975 erteilt³¹⁹ und hatte positive Auswirkungen auf die Pflegesätze und damit auf den Personalschlüssel. Konsequenterweise förderte man nun auch bei den noch relativ kleinen Jungen in Clausthal-Zellerfeld deren Verselbstständigung. 1976/77 wurden sie erstmals in die Gestaltung ihrer Wohnumgebung miteinbezogen – mit positivem Ergebnis: „Wir haben inzwischen die Erfahrung gemacht, dass die Kinder sich nun stärker mit ihrer Gruppe im Heim identifizieren. Sie übernehmen bereitwilliger Verantwortung für Einrichtungsgegenstände der Gruppe und sind mehr auf deren Pflege und Erhalt bedacht.“ Zugleich verabschiedete man sich von der ausschließlichen Beschulung der Bewohner in den eigenen Heimschulen. Ziel war eine möglichst frühe Integration der Schüler in das öffentliche Schulwesen. 1976/77 besuchten erstmals zwei Clausthaler Jungen die öffentliche Sonderschule am Ort: „Diese Maßnahme ist als ein erster Schritt für die stabilisierten Schüler nach draußen gedacht. Zugleich ist damit der Versuch unternommen worden, die Heimschule zu öffnen und zu einem Schüleraustausch zu gelangen.“³²⁰ Bereits 1973 hatte das Stephansstift begonnen, externe Schüler

313 Vorstandsprotokoll, 12.5.1975, AStH, 2146.

314 Vorstandsprotokoll, 9.6.1975, AStH, 2146. Danach auch die folgenden Zitate.

315 Freundliche Mitteilung von Bruder Heinrich-Wilhelm Cohrs an Ulrike Winkler, 4.4.2019.

316 Vorstandsprotokoll, 9.6.1975, AStH, 2146.

317 Vorstandsprotokoll, 12.5.1975, AStH, 2146.

318 Jahresbericht 1978/79, S. 7.

319 Jahresbericht 1976/77, S. 39. Danach auch das folgende Zitat.

320 Jahresbericht 1976/77, S. 33.

aufzunehmen. Ganz dem Gedanken der Diakonie verpflichtet, sich der Ausgegrenzten und vermeintlich Hoffnungslosen anzunehmen, wurden in den Anstaltsschulen nun jene aufgenommen, die in anderen Schulen nicht mehr betreut werden konnten:³²¹ „Diese Schüler hatten seelische, mitunter organisch bedingte Entwicklungsstörungen. Bis dahin mussten sie ausgeschult werden oder sie wurden in Heime eingewiesen, obwohl dies nicht dringend erforderlich war.“³²² Die Zahl der externen Schüler wuchs kontinuierlich. 1975 waren es acht, und im Jahr darauf bereits vierzehn.³²³

Positiv fiel den Behörden die Lehrerschaft – „das im Schnitt sicherlich jüngste Kollegium der Stadt Hannover“³²⁴ – auf:

„Dem Schulträger ‚Stephansstift‘ ist es gelungen, eine Gruppe fähiger und engagierter Lehrer an die Schule zu binden, die zudem noch alle vom Schulträger angebotenen Fortbildungsmöglichkeiten genutzt hat. Von diesen Lehrkräften wird eine Arbeit geleistet, die in ihrem Schwierigkeitsgrad weitaus höher liegt als in den Regelschulen.“³²⁵

Mit dem Regierungswechsel in Niedersachsen 1976 entfiel die Verbeamtung von Lehrkräften an Privatschulen. Die LWF-Schule sah sich plötzlich wieder mit längst überwunden geglaubten Problemen konfrontiert: einer hohen Fluktuation von Lehrkräften und Schwierigkeiten, neue Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen und dauerhaft an sich zu binden. So stellte Harm Alpers Ende 1975 mit einer gewissen Ironie fest: „Die viel beredete Lehrerschwemme hat uns noch gar nicht erreicht. Trotz unermüdlicher Bemühungen von Bruder Mau bleiben erhebliche Lücken.“³²⁶

1976 begann der Bau des ersten Gruppenhauses auf dem Stiftsgelände,³²⁷ das am 24. Mai 1978, ein Jahr nach dem Tode Wolffs,³²⁸ als „Johannes-Wolff-Haus“ ebenso wie das Berufsbildungszentrum (BBZ) für hundert lernbehinderte Jungen³²⁹ eingeweiht werden

321 125 Jahre Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, S. 116.

322 Ebd., S. 117. Danach auch die folgende Angabe.

323 Ebd., S. 118. So auch im Jahresbericht 1975/76, S. 14.

324 Jahresbericht 1975/76, S. 14.

325 Besichtigungsbericht vom 20. Dezember 1978 (Schulrat Hans Meyer), in: 125 Jahre Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, S. 101.

326 Alpers, Bericht aus dem Stephansstift, in: Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 15.12.1975, S. 5.

327 Jahresbericht 1976/77, S. 34. Danach auch die folgenden Zitate.

328 Die Ansprachen zur Trauerfeier sind nachzulesen in: Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 5.5.1977, S. 3–10. Wolff wurde auf dem Friedhof des Stephansstifts beigesetzt, sein Nachfolger Janssen weit weg auf Sylt.

329 „In vier Werkhallen mit zugeordneten Unterrichtsräumen von insgesamt 2.000 qm Größe werden die Jugendlichen in den Berufsfeldern Malerei, Schlosserei, Tischlerei, Bau, Installation- und Elektrobetrieb in verschiedenen Lehrgangsformen ausgebildet.“ Alpers, Bericht aus dem Stephansstift, in: Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 5.12.1977, S. 6. Siehe auch: Bote, Neue Folge 33, November 1978, S. 2–6, sowie: Jahresbericht 1985/86, S. 23–26.

konnte.³³⁰ Mit dem BBZ verloren indes die Handwerksbetriebe des Stephansstifts weiter an Bedeutung. Im März 1980 bezogen 24 Jugendliche das zweite Gruppenhaus, das „Hanns-Lilje-Haus“.³³¹ Um auch im alten Lehrlingsheim zu einer „Wohngruppenatmosphäre“ zu kommen, wurden – nach den „Spatzen“ – auch die Abteilungen „Fock“ und „Löns“ renoviert, wobei jede Abteilung einen abgeschlossenen Bereich erhielt. Mehr Sozialpädagogen und ausgebildete Erzieher wurden eingestellt, vom Hausvaterprinzip ging man nun völlig ab. Die Gruppen, meist neun bis zwölf Jugendliche, wurden nunmehr von Dreier- oder Viererteams betreut.³³² Hauptanliegen war die Verselbstständigung, vor allem in der Selbstbe- und versorgung: „Während anfangs nur zwei Gruppen die Teilselbstverpflegung organisierten, waren es am Ende des Jahres 1980 schon drei Gruppen. Ein Team hat inzwischen die Selbstverwaltung der Bekleidung der Jungen in die Hand genommen.“³³³ An den überkommenen Namensgebern – dem Kriegsfreiwilligen und umstrittenen Heimatdichter Hermann Löns³³⁴ und dem nationalistischen Schriftsteller *Gorch Fock* [eig. *Johann Wilhelm Kinau*] (1880–1916) – hielt man trotz allen Modernisierungswillens weiterhin fest.³³⁵

Zugleich kam das Borsteler Konzept der Beschulung und Förderung der Jungen bei gleichzeitiger Unterbringung in landwirtschaftlichen Pflegefamilien auf den Prüfstand. In der Tat war zu fragen, ob die ländlichen Familien – angesichts der wachsenden Industrialisierung und Technisierung der bundesdeutschen Wirtschaft – tatsächlich noch die gewünschten „Normalfamilien“³³⁶ waren, in denen „Gestörte [...] Heilung“ finden konnten. Hinzu kam, dass die Zahl geeigneter Pflegefamilien sich im Laufe der Jahre stark verringert hatte. Einige fühlten sich zu alt, um erneut ein Pflegekind aufzunehmen, andere waren weggezogen, eine unbekannte Zahl hatte ihre Landwirtschaft aufgegeben. Nicht zuletzt aufgrund der Veränderung der Altersstruktur der Borsteler Jungen war deren Vermittlung schwieriger geworden. Wurden früher vorrangig 10- bis 13-Jährige betreut, so waren es 1976 fast nur noch Schüler der Abgangsklassen, also Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren. Angesichts der körperlichen Entwicklung der Schulabgänger – so wurde „ein 15-Jähriger, 180 cm, 156 Pfd., als landwirtschaftlicher Betriebshelfer“³³⁷ eingesetzt – habe man es „weniger mit Kindern, als mit schon stark entwickelten Jugendlichen und jungen Männern zu tun.“ Es falle „den Pflegeeltern zum Teil doch schwer“, deren Bedürfnissen nach Abwechslung und altersgemäßer Teilhabe am Leben gerecht zu werden. Daher unterbreiteten die Schule

330 Jahresbericht 1978/79, S. 7. Siehe auch: Vorstandsprotokoll, 15.9.1978, AStH, 4112.

331 Jahresbericht 1979/80, S. 28.

332 Jahresbericht 1978/79, S. 6.

333 Jahresbericht 1980/81, S. 21.

334 Hermann Löns hatte das Wachsen des Stephansstifts genau beobachtet und bewertete den damit verbundenen Flächenverbrauch kritisch. Entsprechend zivilisationskritisch ist sein Gedicht zum Stephansstift mit dem Titel „Ein Volkslied“ verfasst. Vgl. S. 58.

335 Das Lehrlingsheim umfasste 1976 sechs Abteilungen: Albert-Schweitzer-Haus, Lindenhaus, Birkenhaus, Fock, Löns, Spatzen, vgl. Jahresbericht 1976/77, S. 34.

336 Jahresbericht 1975/76, S. 19. Danach auch die folgenden Zitate.

337 Ebd., S. 20. Danach auch die folgenden Zitate.

und die Gemeinde verschiedene Freizeit- und Bildungsangebote. Großer Beliebtheit dürfte sich dabei ein Kurs zur Erlangung des Führerscheins der Klasse IV (Mopedführerschein) erfreut haben.

Abkehr von stationären Angeboten

1978/79 brachen die Zuweisungszahlen in allen stationären Einrichtungen Niedersachsens dramatisch ein. Das Stephansstift sah sich gezwungen, seine Plätze innerhalb weniger Monate um 23,8 Prozent zu reduzieren.³³⁸ Die Gründe für diesen überraschenden Rückgang waren vielfältig.³³⁹ So war die Bereitschaft der Jugendämter, Jugendliche „noch relativ kurz vor Erreichung der Volljährigkeit im Heim unterzubringen“ zunehmend geringer geworden. Sodann bevorzugten die Jugendbehörden die Unterbringung von Kindern in kleineren Einheiten, also in Pflegefamilien oder in überschaubaren Heimen in der Herkunftsgegend der Kinder, um deren bisherige Lebenszusammenhänge nicht vollständig zu zerstören. Daher nutzten die Jugendämter zunehmend ambulante Hilfsangebote der Träger und regionale Angebote. Ob die vom Stephansstift vermutete „wesentlich größere Toleranz der Gesellschaft gegenüber Verhaltensauffälligkeiten“ tatsächlich der Realität entsprach, muss offen bleiben. Wenig überraschend sah das Stephansstift sich und seine Arbeit als Opfer der seit „1968“ anhaltenden „öffentlichen Kritik“ an der Heimerziehung, die diese „meist unberechtigt negativ“ abstempele.

Dass der Rückgang der Belegungszahlen aber auch positive Effekte hervorbrachte, räumte das Stephansstift unumwunden ein. Durch die Auflockerung der Gruppen hätten sich die räumlichen und pädagogischen Möglichkeiten für die Kinder und Jugendlichen deutlich verbessert. Es könne „jetzt noch individueller und gezielter in überschaubaren Gruppen gearbeitet werden.“ Sorgen bereiteten jedoch die sinkenden Pflegegeldeinnahmen, die sich in Kündigungen von Erzieherinnen und Erziehern niederschlugen. „Die Einsparung von Planstellen für Mitarbeiter in einem angemessenen Verhältnis zu der Verringerung der Zahl der Jugendlichen ließ sich aber nicht umgehen, da die Kosten für die öffentliche Erziehung nicht grenzenlos wachsen können“,³⁴⁰ räumte Erziehungsleiter Heinrich-Wilhelm Cohrs ein.

Angesichts der zunehmenden Abkehr der Behörden von vollstationären Jugendhilfeangeboten waren sich die Verantwortlichen darüber klar, „dass langfristig nur eine Profilierung der sozialpädagogischen Arbeit dem veränderten Bedarf gerecht werden und damit auch die wirtschaftliche Zukunft des Heimes sichern kann.“³⁴¹ Folgerichtig weitete man das Angebot an Erziehungshilfen weiter aus. So wurden 1980 im Backhausenhof, der sich

338 Alpers, „Entwicklung der Jugendhilfe des Stephansstifts“, 6.12.1983, Vorlage zu TOP 3 der Vorstandssitzung am 12.12.1983, AStH, 4123.

339 Jahresbericht 1979/80, S. 27. Danach auch die folgenden Ausführungen und Zitate.

340 Jahresbericht 1979/80, S. 28.

341 Jahresbericht 1980/81, S. 17.

auf die Betreuung von Schulpflichtigen konzentriert hatte, neben den bisherigen 7., 8. und 9. Hauptschulklassen nun auch Sonderschulklassen, ebenfalls für das 7., 8. und 9. Schuljahr, ins Leben gerufen. Schlosserei und Tischlerei des Backhausenhofes boten ein „Berufsvorbereitungsjahr“ an.³⁴² „Dieses Modell der schulischen Berufsvorbereitung mit verhaltensauffälligen Jugendlichen war so erfolgreich, dass sogar vom Arbeitsamt Schüler [...] vermittelt wurden.“³⁴³ Im selben Jahr entstand eine „Intensivgruppe“. Interessant war hier, dass man nicht die „eigenen“ Jugendlichen dort unterbrachte, sondern Jugendliche und Kinder, die aufgrund „massiver sozialer Verhaltensweisen“³⁴⁴ als „untragbar“ qualifiziert worden waren. Mit diesem Angebot stieß das Stephansstift in eine Lücke, da diese Betreuungsform seinerzeit nur in „wenigen anderen Heimen als Alternative zur geschlossenen Unterbringung erprobt“ wurde. Eine weitere „Intensivgruppe“ und zwei heilpädagogische Gruppen sollten folgen. Indes mussten aus finanziellen Gründen „erhebliche Abstriche gemacht werden, so dass alle Spezialgruppen noch weit von der Verwirklichung ihrer Ziele entfernt sind.“³⁴⁵ Bestimmte, mit Erfolg erprobte Verfahren aus der „Intensivgruppe“ wurden übrigens auf die anderen Gruppen übertragen, etwa bei den Mahlzeiten: „So wird z.B. die Selbstversorgung mit Kaltverpflegung sowohl von den Jugendlichen als auch von den Erziehern positiv bewertet.“

Um auch im Knabenhof zu individuelleren Wohn- und Betreuungsformen zu kommen – dort herrschten noch „teilweise sehr beengte Verhältnisse, insbesondere in manchen Schlafräumen bzw. -kabinen“³⁴⁶ – begann im April 1980 dessen umfassender Umbau. Geschaffen wurden „geräumige Wohngruppen“ sowie ein „Therapie- und Kommunikationszentrum (mit Heimleiterbüro).“³⁴⁷ Kurz darauf begann der Umbau der Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule,³⁴⁸ die sich bereits 1978 auf Neuland vorgewagt hatte. Mangels entsprechender

342 Hintergrund war das Niedersächsische Schulgesetz von 1980, mit dem das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundbildungsjahr eingeführt wurden. 125 Jahre Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, S. 114. Im Vorgriff auf die neue Gesetzgebung gab es von 1978 bis 1982 einen Modellversuch im Stephansstift zur „Verbesserung der Integration verhaltens- und lerngestörter Jugendlicher in das Berufsleben“, AStH, unverzeichnet, der von dem Diplom-Psychologen *Wilfried Gürtler* und Prof. Dr. *Helmut Kentler* (1928–2008) wissenschaftlich begleitet wurde. Helmut Kentler, Psychologe und Sozialpädagoge, trat in den 1960er und 1970er Jahren für eine aktive und emanzipatorische Sexualaufklärung und -erziehung von Kindern und Jugendlichen ein. Während der Studentenunruhen in Berlin fungierte er als Polizeigutachter, später auch als Gutachter in Missbrauchsfällen. Kentler betrachtete sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern als eher unproblematisch, solange keine Gewalt von Seiten des Erwachsenen angewendet würde. Diese Position brachte ihm den Vorwurf einer Verharmlosung der Pädophilie ein, allerdings erst nach seinem Tod. Siehe zu dem Modellversuch auch: Heinrich-Wilhelm Cohrs, Erziehungshilfe im Wandel – miteinander Leben gestalten, in: 125 Jahre Stephansstift, S. 161–178, S. 171.

343 125 Jahre Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, S. 115.

344 Jahresbericht 1980/81, S. 18. Danach auch das folgende Zitat.

345 Ebd., S. 19. Danach auch das folgende Zitat.

346 Ebd., S. 21.

347 Ebd., S. 21.

348 Jahresbericht 1981/82, S. 28f.

öffentlicher Schulen in Hannover und in Niedersachsen für „lernbehinderte“ und „verhaltensauffällige“ Kinder hatte sie „ohne bürokratische Erschwernisse externe Schüler“³⁴⁹ aufgenommen. Damit hatte die Schulleitung gemeinsam mit dem Sozialpädagogischen Ausschuss Fakten geschaffen, die durch einen nachholenden Vorstandsbeschluss gebilligt werden mussten. Die Absicht des Sozialpädagogischen Ausschusses, nicht mehr als 15 Prozent Kinder von außerhalb zu beschulen, wurde nicht eingelöst. Zu groß war die Nachfrage, im Sommer 1983 hatte die Ludwig-Wilhelm-Fricke-Schule mehr „externe“ als „interne“ Schüler,³⁵⁰ darunter ab 1985 erstmals auch fünf Schulanfängerinnen und Schulanfänger.³⁵¹

Weitere ambulante Hilfen wurden entwickelt:

„So ist vorgesehen, in einer Tagesgruppe neun Jugendliche im Alter von neun bis 15 Jahren zu fördern, für die eine ambulante Behandlung nicht mehr ausreichend und Heimerziehung nicht angezeigt ist. Diese Schüler können wegen ihrer Verhaltensauffälligkeiten keine Regelschule besuchen. Bei einem Teil der Jugendlichen erscheint aufgrund der häuslichen Situation und der individuellen Schwierigkeiten über die im Schulbereich mögliche Förderung hinaus eine ganztägige Betreuung erforderlich.“³⁵²

Entwicklung der Belegungszahlen im „Erziehungsbereich“, 1970 bis 1986

Jahr	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Zahl	481	k. A.	438	400	421	389	399	k.A.	378

Jahr	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Zahl	325	307	307	382	375	342	476	541*

Der „Erziehungsbereich“ umfasste die Schulpflichtigen im Knabenhof, im Backhausenhof, in Borstel und in Clausthal-Zellerfeld, die Schulentlassenen im Lehrlingsheim, im Backhausenhof und ab 1975 in Außenwohngruppen sowie die Außenfürsorge, also die Betreuung ehemaliger Heimbewohner in „Fremdfamilien“ und in Jugendwohnheimen. Ab 1982 kamen externe Schülerinnen und Schüler sowie Tagesgruppenkinder und Schüler des Berufsbildungszentrums hinzu.

* Herausgerechnet wurden „55 interne Berufsschüler“, um eine Doppelerfassung zu vermeiden.

Quellen: Die Zahlen wurden den entsprechenden Jahresberichten entnommen.

Am 1. Oktober 1980 wurde im Lindenhaus die erste Tagesgruppe eingerichtet.³⁵³ Neun Jungen im Alter von neun bis 15 Jahren wurden dort von montags bis freitags betreut. Dem Schulbesuch in der Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule als „Externe“ schloss sich ein gemein-

349 Vorstandsprotokoll, 28.4.1978, AStH, 4112. Danach auch die folgende Angabe.

350 Vgl. Vorstandsprotokoll, 20.8.1983, AStH, 4123.

351 Vgl. Jahresbericht 1985/86, S. 4, S. 29f.

352 Jahresbericht 1979/80, S. 29.

353 Das Folgende nach: Jahresbericht 1980/81, S. 14–17.

sames Mittagessen an. Die Nachmittagsgestaltung lag in den Händen von zwei Erziehern und einer Heilpädagogin. „Neben Zeiten der Ruhe und Entspannung sollen die Kinder lernen, ihre Freizeit selbst zu gestalten, eigene Interessen zu erkennen und auszuweiten.“ Um 18 Uhr kehrten die Jungen dann nach Hause und in ihre Familien zurück.

Nun hatte das Stephansstift seine stationären Plätze zwar erheblich reduziert, musste aber feststellen, dass selbst deren Belegung schwierig war. Zwar war es in den Jahren von 1980 bis 1982 noch gelungen, „die Sollbelegung von 334 bzw. 324 Plätzen im Jahresdurchschnitt mindestens zu 90 % zu erreichen“,³⁵⁴ berichtete Alpers. Für das Jahr 1983 seien die Erwartungen hingegen „überraschenderweise“ enttäuscht worden. Tatsächlich konnten in diesem Jahr von 309 Plätzen nur 259 belegt werden, was einer Auslastung von 84 % entsprach.³⁵⁵

Wo lagen die Ursachen für diese enttäuschende Belegungsentwicklung? Vorsteher Alpers beschrieb Ende Dezember 1983 ein ganzes Bündel. Zum einen sei es Trend der Jugendämter, aus Kostengründen „möglichst wenig Jugendliche in die Heimerziehung zu vermitteln.“³⁵⁶ Zum anderen wirke sich die fortschreitende regionalisierte Unterbringung von Kindern für das Stephansstift „überwiegend negativ“ aus. Der mit dieser Entwicklung befasste Finanzausschuss kam zu einer vergleichbaren Einschätzung: „Weil früher die Entfernungen zwischen den Wohnorten der Erziehungsbedürftigen und den Heimen eher möglichst groß gewählt wurden, ist das Stephansstift im Belegungsplan der Stadt Hannover noch nicht enthalten.“³⁵⁷ Hinzu komme, führte Alpers weiter an, neben dem allgemeinen Bevölkerungsrückgang die immer kürzere Verweildauer von Jugendlichen in den Häusern des Stephansstifts. Diese speiste sich aus zwei Quellen. Zum einen war das Alter der Jugendlichen bei ihrer Aufnahme stetig gestiegen. Am 30. September 1973 betrug das Durchschnittsalter „15 Jahre und vier Monate (bei den Schulpflichtigen 14 Jahre acht Monate und bei den Berufsschulpflichtigen ca. 16,5 Jahre)“.³⁵⁸ Da die Jugendlichen mit 18 Jahren wieder entlassen werden mussten, verkürzte sich die Verweildauer erheblich. Zum anderen beendete das augenscheinlich schwierige Verhalten mancher Bewohner ihren Aufenthalt im Stephansstift vorzeitig:

„Von den 78 Aufnahmen im Jahre 1983 sind bereits 18 Jugendliche überwiegend wegen extremer Verhaltensstörungen kurze Zeit nach der Aufnahme wieder ausgeschieden (U-Haft, Verlegung in ein anderes Heim, Entlassung nach Hause, Aufhebung der FEH, Ablauf der 60-Tage-Frist nach Entweichung).“

354 Alpers, „Entwicklung der Jugendhilfe des Stephansstifts“, 6.12.1983, Vorlage zu TOP 3 der Vorstandssitzung am 12.12.1983, AStH, 4123. Danach auch das folgende Zitat.

355 Niederschrift über die Sitzung der Mitarbeitervertretung, 30.11.1983, AStH, Liste P, 21 (Altakten).

356 Alpers, „Entwicklung der Jugendhilfe des Stephansstifts“, 6.12.1983, Vorlage zu TOP 3 der Vorstandssitzung am 12.12.1983, AStH, 4123. Danach auch das folgende Zitat.

357 Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses, 25.11.1985, AStH, 4122.

358 Alpers, „Entwicklung der Jugendhilfe des Stephansstifts“, 6.12.1983, Vorlage zu TOP 3 der Vorstandssitzung am 12.12.1983, AStH, 4123. Danach auch die folgenden Zitate.

Wahrscheinlich spielte auch „die Höhe unseres Pflegesatzes“ eine Rolle, überlegte Alpers, wobei sich dieser aber im Vergleich zu den übrigen niedersächsischen Heimen nur „auf einem mittleren Niveau“ bewege.

Vor diesem Hintergrund schlug Alpers eine weitere Reduktion der Plätze vor, und zwar von 309 auf 275. Mit diesem Schritt sollte, so die Hoffnung, im Jahr 1984 eine neunzigprozentige Belegung erreicht werden. Betroffen waren der Backhausenhof, der 16 Plätze verlor und nur noch 72 Plätze bereithielt, sodann der Knabenhof, dessen Platzzahl um 13 auf 59 reduziert wurde, sowie das Lehrlingsheim, das seine Plätze um fünf auf neunzig abbaute. Im Oberharzer Jungenheim blieb die Platzzahl unverändert, ebenso in Borstel. Dies mag zunächst verwundern, da anstaltsintern das Modell der landwirtschaftlichen Pflegefamilie als überholt galt, überrascht aber nicht, wenn man weiß, dass dort mit Beginn des Schuljahres 1982/83³⁵⁹ auch verhaltensschwierige Mädchen betreut wurden. In diesem Bereich war das Stephansstift Vorreiter. Dieses Wagnis, für das vor allem ökonomische Gründe den Ausschlag gegeben haben dürften, sollte sich auszahlen. Die bis dahin mit einer Gruppe von fünf Jungen und vier Mädchen im Alter von acht bis fünfzehn Jahren³⁶⁰ gemachten koedukativen Erfahrungen wurden als „positiv“³⁶¹ bewertet.

„Nach eineinhalb Jahren des Zusammenlebens von Jungen und Mädchen herrscht eine angenehmere Atmosphäre in der Gruppe. Im Haus ist es ruhiger geworden. Es wird zwar gerauft, aber nicht mehr geprügelt. Die Kinder zeigen mehr Interesse füreinander. Die Bereitschaft zum toleranten und hilfsbereiten Verhalten hat zugenommen, und die Jugendlichen haben Interesse an anderen Hobbies und Aktivitäten entwickelt. Unsere Jungen gehen mit Mädchen rücksichtsvoller um. Die Generalisierung dieses Sozialverhaltens hat auch den Umgang der Jungen untereinander geprägt“,³⁶²

freute sich der Sozialpädagoge *Herbert Gärtner* (* 1952), der die Gruppe seit 1982 betreute. Auch Alpers war zufrieden: „Insgesamt ist die erfolgreiche Neukonzeption der Erziehungsarbeit in Borstel ein ermutigendes Zeichen dafür, dass in der Jugendhilfe auch in Bereichen, für die das Ende schon vorhergesagt wurde, Neuanfänge gelingen können.“³⁶³ Allerdings sei durch die „niedrigen Belegungszahlen und das geringe Raumpotential“ auch eine „große Flexibilität“ möglich gewesen. Dieser Bruch mit dem historischen Herkommen des Stephansstifts sollte sich nicht nur für Borstel, sondern letztlich für die gesamte Einrichtung als richtige Entscheidung herausstellen.

359 Vorstandsprotokoll, 19.8.1981, AStH, 4123.

360 Ebd. sowie Vorstandsprotokoll, 12.12.1982, AStH, 4123.

361 Alpers, „Entwicklung der Jugendhilfe des Stephansstifts“, 6.12.1983, Vorlage zu TOP 3 der Vorstandssitzung am 12.12.1983, AStH, 4123.

362 Jahresbericht 1983/84, S. 19.

363 Alpers, „Entwicklung der Jugendhilfe des Stephansstifts“, 6.12.1983, Vorlage zu TOP 3 der Vorstandssitzung am 12.12.1983, AStH, 4123. Danach auch die folgenden Zitate.

Alpers warb zudem für „veränderte bzw. neue Jugendhilfeformen im Rahmen des Verbundsystems des Stephansstifts“. So sollten die Außenwohngruppen – auch im Oberharzer Jungenheim³⁶⁴ – ausgeweitet und die konzeptionelle Arbeit in den Gruppen weiterentwickelt werden. Auch sollte das berufliche Angebot für „nicht ausbildungsfähige und nicht vermittlungsfähige“ Jugendliche vielfältiger gestaltet werden. An stationären Angeboten wollten die Verantwortlichen weiterhin festhalten, wobei man hier „besonders problematische Jugendliche“ im Blick hatte. Deren „geschlossene Unterbringung“ wurde nicht ausgeschlossen.

„Dieser Weg der Entwicklung der Jugendhilfe muss entschlossen weitergegangen werden“, mahnte Alpers an, der das Stephansstift aber nur dann auf einem guten Wege sah, wenn es gelänge, die anstaltsinterne Kostensteigerung in den Griff zu bekommen. Umstrukturierungen und die Zusammenlegung von Diensten, aber auch die Beibehaltung eines möglichst moderaten Pflegesatzes standen an: „Für 1984 müssten die Anstrengungen verstärkt fortgesetzt werden, die Pflegesatzkosten nicht zu steigern, weil die Höhe des Pflegesatzes oft das wichtigste Kriterium für die Entscheidung über die Einweisung eines Jugendlichen in das Stephansstift ist.“

Bitter waren Entlassungen, die aufgrund der Platzreduzierung von 324 auf 290³⁶⁵ und der damit verbundenen Mindereinnahmen 1984 vorgenommen wurden. Insgesamt kam es zu „34,75 Stelleneinsparungen“, unter den Entlassenen waren u.a. zwölf Erzieher. Damit sei, so Alpers, die „Grenze der personellen Einschränkungsmöglichkeiten erreicht.“

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen von 1971 bis 1986

Jahr	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Zahl	489	502*	453	500	502	532	k.A.	532
Jahr	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Zahl	527	502	504	509	489	471	451	442

* Darunter 5 Türken, 18 Jugoslawen, 3 Perser, 1 Italiener, 1 Koreaner und zwei Dänen.

Es wurde nicht nach Geschlecht differenziert.

Quellen: Die Zahlen wurden den entsprechenden Jahresberichten entnommen. Bis 1971 wurden „Normalbeschäftigte“ nicht ausgewiesen. Es wurde nicht nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten differenziert.

364 1987 wurden die ersten beiden Außenwohngruppen in Clausthal-Zellerfeld eingerichtet. Vier bzw. sechs Kinder sollten mit einem Erzieher oder einer Erzieherin zusammenleben. Diese Maßnahme war auch dem Drängen der Heimaufsicht geschuldet, die die „zu große Massierung von 54 Kindern“ moniert hatte. Zudem ging es darum, mit einem attraktiven Angebot konkurrenzfähig zu bleiben. Vgl. Vorstandsprotokoll, 20.11.1987, AStH, 4133.

365 Die uneinheitlichen Zahlen konnten nicht geklärt werden. Vgl. Alpers, Veränderungen im Stellenplan der Kinder- und Jugendheime des Stephansstifts, 7.3.1984, Vorlage zu TOP 6 der Vorstandssitzung am 19.3.1984, AStH, Karton „Stephansstift Vorstandsprotokolle, 1977–1987“. Danach auch die folgenden Zitate.

Das Ringen um eine gute wirtschaftliche Führung des Stephansstifts setzte sich untermessen fort. So dachte man 1986 über die Senkung der Pflegesätze und konkret über den Betreuungsschlüssel nach.³⁶⁶ Und dies, obwohl das Stephansstift mit einem Pflegesatz von 166,50 DM damals einer der preiswertesten Träger im Reigen der insgesamt neunzehn stationären Jugendhilfeeinrichtungen in Niedersachsen war. Nur der Jugendhort Rischborn, das Wichernstift, das Schul- und Jugendheim Hünenburg, die Pestalozzi-Stiftung in Großburgwedel und die Johannesburg Börgermoor boten ihre Dienste billiger an.³⁶⁷

Konsequent ging das Stephansstift den eingeschlagenen Weg weiter.³⁶⁸ Zudem galt es, auf von außen herangetragene Wünsche und Anforderungen zu reagieren. So meldeten etwa Kindertagesstätten immer öfter Kinder, die aufgrund ihres problematischen Verhaltens keine Chance hatten, von einer Regelschule aufgenommen zu werden. Die Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule war für viele die letzte Hoffnung. Diese Jungen und Mädchen waren eine Herausforderung, wie die Lehrerin *Gertrud Gutsche* einräumte: „Manche Attacke so eines Knirpses kratzt schon gehörig am Selbstverständnis des Erwachsenen. Aber sie sind Kinder und von selbst haben sie bestimmt nicht ‚so‘ sein wollen.“³⁶⁹

An der Koedukation hielt man fest, auch wenn nicht wenige Beschäftigte dieser zunächst „skeptisch“³⁷⁰ gegenüberstanden. Am 15. Februar 1982 kamen die ersten drei Mädchen in die bis dahin ausschließlich von Jungen besuchte Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule. Dabei beschränkte man sich anfangs auf die Aufnahme sehr junger Mädchen, da man pubertätsbedingte Probleme in den von Jungen dominierten Klassen befürchtete:

„Das Kollegium vermutete damals, dass die bloße Anwesenheit von Schülerinnen in den oberen Klassen, besonders in denen mit pubertierenden Jugendlichen, sich auf den Unterricht chaotisch auswirken musste. Dieser Grundsatz wurde nicht immer befolgt, zumal die Wohngruppen nur ältere Mädchen aufnahmen. Das Chaos blieb jedoch bis auf wenige Ausnahmen aus.“³⁷¹

Die Mädchen hatten keinen leichten Stand. Weder sie noch die Jungen hatten bis dahin einen „normalen“ Umgang mit dem „anderen Geschlecht“ erlernt, sie waren unsicher.³⁷² Als problematisch erwies sich, dass der Mädchenanteil nicht signifikant anstieg. Jahre später, 1987, besuchten nur 17 Mädchen und 108 Jungen die Schulen des Stephansstifts, in späteren

366 Für einen Eindruck der Komplexität vgl. z.B. Alpers, Aktennotiz zur Vorbereitung eines Gesprächs mit dem Vorstand über evtl. Maßnahmen zur Senkung des Pflegesatzes am 24.6.1985, 27.6.1985, AStH, 4132.

367 Wirtschaftsleitung Stephansstift, Pflegesätze stationärer Jugendhilfeeinrichtungen in Niedersachsen. Auswertung von Erhebungen des Diakonischen Werkes für die Jahre 1984 und 1985, 12.11.1986, AStH, 4122.

368 Vgl. hierzu auch: Niederschrift über die Sitzung der Mitarbeitervertretung, 30.11.1983, AStH, Liste P, 21 (Altakten).

369 Jahresbericht 1985/86, S. 30.

370 Ebd., S. 31.

371 125 Jahre Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, S. 122f.

372 Ebd., S. 123.

Jahren waren es zwischen sieben und zehn. Manches Mädchen saß während des Schulunterrichts völlig allein unter Jungen. Daraufhin fasste das Kollegium den Beschluss, immer mindestens zwei Mädchen in eine Klasse aufzunehmen. Aufgrund der geringen Zahl von Schülerinnen konnte dieses Vorhaben nur selten umgesetzt werden. Schließlich schuf man eine besondere Mädchengruppe, die sich nach der Schule traf. Ausschließlich unter sich und mit entsprechender heilpädagogischer Betreuung sollten sie sich und ihre Bedürfnisse besser kennenlernen, neue Verhaltensweisen trainieren und sich in vermeintlich „männlichen Bereichen“ ausprobieren. Da die Mädchen sich den Jungen meist unterordneten oder um deren Gunst warben, sollte auch ein alternatives und starkes Frauenbild vermittelt werden.³⁷³

Die Aufgabe des Backhausenhofes

1985 zeichnete sich ab, dass eine neunzigprozentige Belegung der Erziehungshäuser nur durch eine weitere Platzzahlreduzierung möglich sein würde. Mindestens fünfzig Plätze wurden zur Disposition gestellt. Welches Haus sollte man aufgeben? Borstel und das Oberharzer Jungenheim arbeiteten weiterhin erfolgreich. Vor allem die beiden Gruppenbauten auf dem Stiftsgelände waren erst wenige Jahre alt und boten optimale Rahmenbedingungen zur Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte. Blieb nur der Backhausenhof, die einstige Vorzeigeeinrichtung, die in den vergangenen Jahren auf fünfzehn Plätze³⁷⁴ reduziert worden war und deren Gutsbetrieb zudem immer wieder besondere, auch finanzielle Aufmerksamkeit benötigt hatte – trotz der erfolgreichen Verwaltung durch den Landwirt Riedel.³⁷⁵ Das Problem mit dem Landgut hatte man bereits im Oktober 1983 gelöst. Ein junger Landwirt, „dessen Ehrgeiz über die Bewirtschaftung des väterlichen Betriebes in einem der Nachbardörfer Burgdorfs hinausgeht“,³⁷⁶ hatte es gepachtet.

Nach vergeblichen Verhandlungen mit Privatleuten³⁷⁷ sowie mit dem niedersächsischen Kultusministerium, dem Diakonischen Werk und der Landeskirche über eine Umwidmung des Backhausenhofes für andere diakonische oder sozialpädagogische Zwecke nahm das Stephansstift schließlich das Angebot des Justizministeriums an, den Backhausenhof für den offenen Strafvollzug von Erwachsenen zu kaufen.³⁷⁸ 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

373 Ebd., S. 124.

374 Davon waren sechs Pflegefamilienplätze, die anderen Plätze verteilten sich auf eine im April 1976 geschaffene Aufnahmegruppe in einem Zweifamilienhaus. Vgl. Bericht des Finanzausschusses, 20.7.1983, AStH, 4122, sowie: Jahresbericht 1976/77, S. 37.

375 Vorstandsprotokoll, 19.8.1981, AStH, 4123.

376 Jahresbericht 1978/79, S. 7.

377 Vgl. Vorstandsprotokoll, 20.8.1982, AStH, 4123.

378 Vgl. Vorstandsprotokoll, 25.11.1985, AStH, 4133. Dieses Protokoll vermittelt einen Eindruck der ausgesprochen komplexen Verhandlungen, auf deren Nachzeichnung vorliegend verzichtet wird. Die entscheidende Weichenstellung war von Vorsteher Alpers und Erziehungsleiter Cohrs ausgegangen. Anlässlich eines Besuchs im Celler Gefängnis Anfang 1984 hatten sie dessen Direktor, Dr. *Paul Kühling* (* 1929), über die beabsichtigte Umwidmung des Backhausenhofes berichtet. In der Folge trieb Kühling, übrigens ein ehemaliger Klassenkamerad Alpers, die Verhandlungen mit voran.

ter des Backhausenhofes wechselten zum 1. Januar 1986 in die Dienste des Justizministeriums. Mit der Aufgabe des Backhausenhofes konnte nicht nur die gewünschte „Stabilisierung der Belegung“³⁷⁹ und der Abbau von Stellen erreicht, sondern auch der Pflegesatz des Oberharzer Jungenheims subventioniert werden, um ihn stabil und damit konkurrenzfähig zu halten.³⁸⁰

Ein Vorsteherwechsel

1986 sollte der Zwölfjahresvertrag von Harm Alpers als Vorsteher auslaufen. Der Vorstand, der mit der Arbeit Alpers' zufrieden war, bot ihm eine Vertragsverlängerung bis „zum Eintritt in den Ruhestand“³⁸¹ an. Alpers lehnte indes ab, da ihm das Landeskirchenamt eine Stelle als Superintendent des Kirchenkreises Hoya angeboten hatte, die er am 1. August 1986 antrat. Mehrfach traf sich ein vom Vorstand eingesetzter „Findungsausschuss“, der sich nach „grundsätzlichen Erörterungen“³⁸² dafür aussprach, erneut einen Pastor als Vorsteher zu berufen. Offenbar gab es Positionen, die den bisherigen Automatismus in der Stellenbesetzung in Frage gestellt hatten – so wie dies einst Janssen getan hatte. Daraufhin sprachen die Mitglieder des Findungsausschusses „annähernd 25 Pastoren und Superintendenten“ an, um diese zu einer Bewerbung zu bewegen. Es seien aber nur drei Angesprochene zu einer Kandidatur bereit gewesen. Von einer öffentlichen Ausschreibung sah man wegen des „besonderen Charakters des Vorsteheramtes“ ab. Schließlich schlug der Findungsausschuss vier Bewerber vor. Anders als in der Vergangenheit, als der Vorstand mit dem Landeskirchenamt mehr oder weniger im Alleingang über den Vorsteher des Stephansstifts entschieden hatte, mussten sich nun alle Bewerber der Bereichsleiterkonferenz, dem Gemeindebeirat, dem Vorstand der Diakoniegemeinschaft sowie der Mitarbeitervertretung vorstellen. Anschließend berief der Vorstand Pastor *Walter Weber* (* 1946) aus Hildesheim zum neuen Vorsteher. Diese Entscheidung zog einen Konflikt mit der Mitarbeitervertretung nach sich, die ihren Rücktritt zum 31. Juli 1986 erklärte. In mehreren Gesprächen, „an denen Geschäftsführung und Mitarbeitervertretung – teils abwechselnd beteiligt waren“,³⁸³ gelang es schließlich, einen „Weg aus dem Dilemma“ zu finden, so dass Weber am 26. Oktober 1986 in sein Amt als Vorsteher eingeführt werden konnte. Dass über den holprigen Start des neuen Vorstehers bemerkenswert offen berichtet wurde, kann sicherlich auch als Ausdruck eines in den vergangenen Jahren gepflegten offeneren Umgangs mit internen Schwierigkeiten gewertet werden.

379 Jahresbericht 1985/86, S. 4.

380 Vorstandsprotokoll, 5.12.1986, AStH, 4133. Vgl. hierzu auch: Bericht des Finanzausschusses, 30.7.1986, AStH, 4122.

381 Vorstandsprotokoll, 25.11.1985, AStH, 4133.

382 Vorstandsprotokoll, 13.3.1986, AStH, Karton „Stephansstift Vorstandsprotokolle, 1977–1987“. Danach auch die folgenden Zitate.

383 Jahresbericht 1986/87, S. 7. Für den ganzen Bericht siehe ebd., S. 5–8.

Auf dem Weg in das 21. Jahrhundert (1987 bis 2019)

Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Der zu Ende des 20. Jahrhunderts anhaltende Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Deutschland sollte sich in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends fortsetzen. Im Jahr 2000 waren annähernd 3,9 Millionen Menschen arbeitslos, zwei Jahre später schon über vier Millionen, Tendenz steigend. Die Antwort der 2003 erneut ins Amt gekommenen rot-grünen Bundesregierung unter der Führung von *Gerhard Schröder* (* 1944) auf diese besorgniserregende Entwicklung war ein Konzept zur Erneuerung des Sozialsystems und des Arbeitsmarkts, besser bekannt als „Agenda 2010“.¹ Es basierte auf einem bereits 1999 von Bundeskanzler Schröder und dem britischen Premierminister *Tony Blair* (* 1953) erarbeiteten Papier, in dem ein „dritter Weg“ für die europäische Sozialdemokratie formuliert wurde. Dieser sollte zwischen der klassischen und ausdrücklich an Arbeitnehmerinteressen orientierten Sozialdemokratie und einem neoliberalen Kapitalismus liegen. Angesichts des wachsenden Globalisierungsdrucks propagierte die Bundesregierung eine „pragmatische“, angebotsorientierte, von „ideologischem“ Ballast befreite Wirtschaftspolitik in ganz Europa. Zusätzlich mit den unvorhergesehenen finanziellen Lasten der Wiedervereinigung, den Kosten für die Euro-Umstellung, einer steigenden Staatsverschuldung und einer tatsächlichen oder vermeintlichen Verschlechterung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit konfrontiert, wurde die Bundesrepublik schließlich zur Vorreiterin der „Agenda-Politik“. Kernpunkt war die weitgehende Abkehr von einem öffentliche Aufträge vergebenden und investierenden Staat

1 Der Name „Agenda 2010“ ist auf einen Beschluss der europäischen Staats- und Regierungschefs am 23./24. März 2000 zurückzuführen, Europa zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu gestalten, sog. „Lissabon-Strategie“, vgl. http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm#Modernisierung [letzter Aufruf: 18.12.2018].

hin zu einem Staat, der nunmehr fast ausschließlich auf indirekte Anreize für private Investitionen setzen sollte, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Nicht nur am Arbeitsmarkt, sondern auch für das Sozialversicherungssystem waren die Einschnitte, die mit den „Hartz-Gesetzen I, II, III und IV“ (Sozialgesetzbuch II) von 2003 bis 2006 vollzogen wurden, in hohem Maße prägend. Vor allem „Hartz IV“, das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, gilt heute als Synonym für die einschneidenden Maßnahmen im deutschen Sozialversicherungssystem. Beim Arbeitslosengeld wurde der Leistungsbezug auf maximal ein Jahr verkürzt. Die Abschaffung der bisherigen Arbeitslosenhilfe, welche durch Verschmelzung mit der Sozialhilfe zum „Arbeitslosengeld II“ bzw. zur „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ wurde, führte teilweise zu erheblichen Leistungsminderungen. Die größten Verlierer waren dabei Langzeitarbeitslose und Haushalte mit Kindern. Insbesondere die drastische Herabsetzung der Zumutbarkeitsregelungen zur Aufnahme einer Arbeit, auch wenn diese untertariflich entlohnt wird und nicht der Qualifikation des Betreffenden entspricht, rief teils massive Proteste und Demonstrationen der Gewerkschaften und der Sozialverbände hervor. Sinkende Steuereinnahmen schmälerten die Handlungsspielräume der öffentlichen Haushalte zusätzlich. Diese gaben ihren Spardruck an die Träger sozialer Einrichtungen weiter und stürzten manche von ihnen in teils existentielle Nöte. Weitere Belastungen kamen hinzu. So wurde etwa in der Altenhilfe der Vorrang der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege zugunsten einer gesetzlich verankerten Gleichstellung und Gleichbehandlung von freigemeinnützigen und privat-gewerblichen Anbietern aufgegeben. Unter der Regierung von *Angela Merkel* (* 1954) entstand ein konkurrenz- und wettbewerbsbasierter „Sozialmarkt“, der neue Antworten der Freien Wohlfahrtspflege erforderte. Dies galt auch für das Stephansstift.

Die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe, die Gründung des Cornelius-Werkes und das Kinder- und Jugendhilfegesetz

Pastor Weber ging es nach seinem Amtsantritt als Vorsteher des Stephansstiftes 1986 vor allem darum, die Entwicklung des Stephansstifts zu einem qualifizierten diakonischen Dienstleister weiter voranzutreiben, die Arbeits- und Organisationsstrukturen den politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen anzupassen und nicht zuletzt die Einrichtung zukunftsfest zu machen. Zugleich galt es, nach den zurückliegenden, teilweise recht turbulenten Jahren das Werk zu konsolidieren, zu arrondieren und in „ruhigeres Fahrwasser“ zu kommen.

In der Kinder- und Jugendhilfe verfolgte man die Dezentralisierung, Ambulantisierung und Differenzierung des Leistungsspektrums konsequent weiter. 293 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene lebten 1988 in sozialpädagogischen, heilpädagogischen, sozialpsychiatrischen und therapeutischen Wohngruppen, in Außenwohngruppen, in pädagogisch betreuten Pflegestellen, in betreutem Gruppen- und Einzelwohnen („Mobile Betreuung“),²

2 Klaus Plitzkat, Ein neues Angebot – Die Mobile Betreuung im Jugendhilfeverbund, in: Jahresbericht 1988/89, S. 23f.

in Projekten „Gemeinsam leben, lernen und arbeiten“³ sowie in sozialpädagogischen Tagesgruppen im Raum Hannover und im Harz. „Dabei ist die schulische und berufsvorbereitende Förderung der jungen Menschen sowie die Ausbildung zu unterschiedlichsten Berufen im Stephansstift integriert.“⁴ „Wir sind“, stellte der Bereichsleiter der Jugendhilfe, *Wolfgang Schneider* (* 1947), fest, „in der Lage, den uns anvertrauten jungen Menschen zeitgemäße, an der jeweiligen Notlage orientierte Hilfen anzubieten.“⁵

Kurz nach der politischen „Wende“ 1989 war die Zukunft vieler ostdeutscher Erziehungsheime ungewiss. Aufgrund persönlicher Verbindungen gab es Kontakte zum größten ehemaligen „Jugendwerkhof“⁶ der DDR, dem „Jugendwerkhof August Bebel“ in Burg bei Magdeburg. Einst als Landeserziehungsanstalt für männliche Jugendliche 1912/13 auf „Gut Lüben“ gegründet, nutzte die Rote Armee ab Mai 1945 die Gebäude als Lazarett und Kaserne.⁷ Jedoch wurden in einigen Häusern auch „schwererziehbare“ Jugendliche einquartiert. Nach dem Abzug der sowjetischen Soldaten im Oktober 1948 stand die Einrichtung – als einer von 32 Jugendwerkhöfen der DDR – wieder uneingeschränkt für Erziehungszwecke zur Verfügung. 1951 lebten dort 204 Mädchen und Jungen, der höchste Stand mit 300 Bewohnerinnen und Bewohnern wurde 1974 und 1977 erreicht.⁸ Wie in vielen, auch christlichen Heimen Westdeutschlands war der Alltag in diesen „Spezialheimen“ von großen Gruppen, einer oft lieblosen Behandlung, militärischem Drill, der Erzwingung von Gehorsam, zum Teil mit schwerer körperlicher und seelischer Gewalt, Isolationen, von Arbeit, Einsamkeit und Perspektivlosigkeit geprägt. *Heidemarie Puls*, die mit elf Jahren in den „Jugendwerkhof August Bebel“ kam, ist auch die Gewalt der Jugendlichen untereinander in bedrückender Erinnerung geblieben: „Das war die reinste Folter. Die haben Zigarettenkippen auf den Körpern der anderen ausgedrückt und sich mit schweren Gegenständen malträtiert. Einige Jugendliche sind tags darauf auf der Krankenstation oder sogar im Krankenhaus gelandet.“⁹

3 Es handelte sich hier um eine 1984 eingerichtete Außenwohngruppe in Koldingen, deren Bewohner „unter Anleitung in einer Kfz-Werkstatt neben der Wohnung“ arbeiteten und das Berufsvorbereitungs- und/oder das Berufsgrundbildungsjahr durchliefen. Vgl. Hellmuth Lax, *Gemeinsam leben, lernen und arbeiten – Wohngruppe Koldingen in der Entwicklung*, in: Jahresbericht 1987/88, S. 14–16.

4 Wolfgang Schneider, *Jugendhilfe im Stephansstift. Entwicklung und Perspektiven*, in: Jahresbericht 1987/88, S. 4–7, S. 6.

5 Ebd., S. 7.

6 In die Jugendwerkhöfe wurden weibliche und männliche „schwererziehbare“ und „unangepasste“ Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren eingewiesen.

7 Das Folgende nach: Ralf Marten, „Ich nenne es Kindergefängnis ...“. *Spezialheime in Sachsen-Anhalt und der Einfluss der Staatssicherheit auf die Jugendhilfe der DDR*, Halle (Saale) 2015, S. 95–105.

8 Zahlen nach Marten, „Kindergefängnis“, S. 99. Seit 1956 wurden zusätzlich vier Außenstellen betrieben. Siehe auch den Beitrag des MDR zum „Jugendwerkhof August Bebel“ vom 19.3.2019. Anzuschauen unter: <https://www.mdr.de/entdecke/der-osten-jugendwerkhof-burg100.html>.

9 Zit. nach: Tanja Andrys, *Jugendwerkhof Burg: Himmel und Hölle*, in: *Volksstimme*, 19.6.2014, S. 3. Zur Zeit erarbeiten der Geschäftsführer des Cornelius-Werkes Diakonische Dienste gGmbH, *Stefan Böhme* (* 1962), der Historiker Dr. *Manfred Grieger* (* 1960) und der Historiker und Archivar der Dachstiftung Diakonie, Dr. *Steffen Meyer* (* 1968) ein Konzept für einen Lernort, der an die Gesamtgeschichte von Gut Lüben erinnern möchte.

Nach 1989 übernahm das Land Sachsen-Anhalt den Jugendwerkhof als „Landesjugendheim“.¹⁰ Den Ländern war ausdrücklich aufgegeben worden, die Jugendwerkhöfe pädagogisch umzugestalten und sich hierfür Partner im Westen zu suchen. 1990 nahm der damalige Direktor des „Jugendwerkhofs August Bebel“ Kontakt zum Berufsbildungszentrum des Stephansstifts auf, da ihm an einer beruflichen Qualifikation „seiner“ Bewohnerinnen und Bewohner lag. Nach diesem Besuch entwickelte sich ein enger Austausch. Ende Dezember 1990 erging ein Vorstandsbeschluss des Stephansstifts zur Gründung einer hundertprozentigen gemeinnützigen Tochtergesellschaft, der *Cornelius-Werkes Diakonische Dienste gGmbH*, zum Aufbau diakonischer Hilfen in Burg und Umgebung. Am 17. November 1991 wurde der ehemalige „Jugendwerkhof August Bebel“ in die Trägerschaft des Cornelius-Werkes übernommen. Neuer pädagogischer Leiter wurde der Sozialpädagoge *Klaus Plitzkat* (* 1959), der bei seiner Ankunft 1991 nur noch rund zwanzig von einstmals über dreihundert Jugendlichen vorfand.¹¹ Dem Mitarbeiter des Stephansstifts oblag es in den folgenden zwei Jahren, ein neues pädagogisches Konzept zu etablieren und aus der Schar der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diejenigen herauszufiltern, die willens und bereit waren, den neuen Weg mitzugehen. Dank guter Kontakte zu den Jugendämtern wohnten bald wieder rund sechzig Jugendliche in dem ehemaligen Jugendwerkhof, der seinen einstigen Schrecken verloren hatte. Mehr noch, bei Jugendlichen in Burg keimte Neid auf, als sie hörten, dass die „Heimbewohner“ dort eine Ausbildung machen konnten, während sie aufgrund des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft keine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz vor Ort hatten. Um die dringend benötigten Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen, bot das Cornelius-Werk Qualifikationsmaßnahmen für in der DDR ausgebildete Gruppenpädagoginnen und -pädagogen an. Diese Maßnahmen sowie Investitionen in den ehemaligen „Jugendwerkhof August Bebel“ und ein kurz darauf übernommenes Altenheim in Burg kollidierten jedoch mit „völlig unzureichenden finanziellen Mitteln“,¹² wie Vorsteher Weber beklagte.

Von großer Bedeutung für die Arbeit und das zukünftige Profil des Stephansstifts war das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG),¹³ welches am 1. Januar 1991 in Kraft trat und das bis dahin geltende Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) von 1922 (in der Fassung von 1963) ablöste. Mit dem KJHG wurde die politische und fachliche Kritik an der Kontroll- und Eingriffsorientierung des JWG aufgenommen und ein Leistungsgesetz für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien geschaffen, das auf psychosoziale Rehabilitation, auf individuelle Unterstützung und fachlich fundierte Hilfsangebote setzt. Zugleich wurde der Fürsorgegedanke durch das Prinzip der Partizipation – Beteiligung, Teilnahme, Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung – abgelöst. Das Inkrafttreten des KJHG gilt daher auch als

10 Das Folgende nach: <https://www.dachstiftung-diakonie.de/gesellschaften/cornelius-werk-diakonische-hilfen-ggmbh/einrichtungen/cornelius-werk-jugendhilfe/geschichte/> [letzter Aufruf: 1.1.2019].

11 Freundliche Auskunft von Klaus Plitzkat, 27.2.2019. Danach auch die folgenden Ausführungen.

12 Jahresbericht 1991/92, S. 4.

13 Vollständiger Titel: „Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts“.

Paradigmenwechsel in der Kinder- und Jugendhilfe. Einerseits ist sein Zuschnitt nun der eines modernen Leistungsgesetzes, andererseits setzt es Traditionen fort, die bereits 1920 durch die Reichsschulkonferenz begründet wurden. Zu nennen wären hier u.a. der überwiegende Verbleib der Leistungsverpflichtung bei den Kommunen, der Vorrang der freien Wohlfahrtspflege gegenüber öffentlichen Leistungserbringern (Subsidiaritätsprinzip) sowie die Präferenz der Hilfe zur Selbsthilfe, die mit einer breiten Palette von Hilfsangeboten realisiert werden soll.

Auf diese Vorgaben stellte sich das Stephansstift in geradezu mustergültiger Weise ein, wobei sich die Problemlagen der Kinder und Jugendlichen zuzuspitzen schienen. So erreichten das Stephansstift immer wieder Aufnahmegesuche für Mädchen und Jungen, die „durch Gewalteinwirkung, Vernachlässigung, und/oder massive Schamverletzung bzw. Missbrauch im Kindesalter“¹⁴ schwere psychische Schäden erlitten hatten und die nach ihrer Entlassung aus psychiatrischen Einrichtungen zunächst nicht in ihre Familien zurückkehren konnten oder wollten. Für sie wurde 1991 eine „Kindertherapiegruppe“ gegründet. Zudem rief man eine „therapeutische Mädchengruppe“ ins Leben, „in dem [die Mädchen] die verheerenden, erniedrigenden und zerstörerischen Erfahrungen bearbeiten und [...] bewältigen“¹⁵ sollten. Außerdem wurde das Angebotsspektrum für Schulkinder unterhalb der stationären Betreuung weiterentwickelt. Gedacht war hier nicht nur an einen weiteren Ausbau von Tagesangeboten für die Schülerinnen und Schüler der Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, sondern auch an Kinder, „die die Schule des Stephansstiftes nicht besuchen“¹⁶, aber sich nachmittags mehr oder weniger selbst überlassen waren. Für sie konnte 1993 in Hannover-Stöcken eine erste „stadtteilorientierte Tagesgruppe“ eingerichtet werden. 1997 wurde – ebenfalls in Hannover-Stöcken – ein erster Jugendhilfestützpunkt eingerichtet, mit dem das Stephansstift – wieder einmal – pädagogisches „Neuland“¹⁷ betreten hatte. Eine Drogenberatungsstelle kam hinzu.

Das KJHG räumte den Leistungsempfängerinnen und -empfängern auch ein Wahlrecht ein. „In der Praxis zeigt sich, dass Jugendliche und Heranwachsende von diesem Recht durchaus Gebrauch zu machen wissen und insbesondere bei stationärer Unterbringung ihren Wünschen Ausdruck geben“,¹⁸ fasste Weber seine diesbezüglichen Eindrücke zusammen, die auch die wachsende Konkurrenz der Träger auf dem „Sozialmarkt“ verdeutlichten. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund sind die Anstrengungen des Stephansstifts zu sehen, zu einer individualisierten und damit für viele attraktiven „Angebotspalette“ zu kommen. Weber sah diese Entwicklung mit einem gewissen Unbehagen. Zwar eröffne die seit 1993 eingeführte „Flexible Betreuung“ eine „hohe Variationsbreite in der

14 Walter Weber, Gegenwart und Zukunft, in: 125 Jahre Stephansstift, S. 179–204, S. 190.

15 Ebd., S. 191.

16 Ebd., S. 192.

17 Wolfgang Schneider, Jugendhilfe – Druck und Chancen, in: Bote aus dem Stephanstift, Nr. 20, 2/1997, S. 24–26, S. 26.

18 Weber, Gegenwart, S. 191.

Betreuungsintensität“¹⁹ aber mit der Einzelbetreuung entfallende auch das Zusammenleben in der Wohngruppe oder in einer Pflegefamilie und damit die Chance, „Fähigkeiten zu lernen, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft fundamental sind, wie z.B. Rücksicht zu nehmen auf die Bedürfnisse anderer, Interessenausgleich zu suchen, Konflikte zu regulieren, eigene Verhaltensweisen kritisch zu reflektieren u.a.“ Dass sämtliche erzieherische Hilfen nun von den örtlichen Jugendämtern und nicht mehr von den Landesjugendämtern gewährt wurden, sah das Stephansstift als traditionell überregional nachgefragter Anbieter anfangs mit Sorgen, die sich jedoch rasch zerstreuten:

„Die Zusammenarbeit besonders mit dem Jugendamt der Stadt Hannover konnte wesentlich intensiviert werden und hat sich insgesamt sehr positiv entwickelt. Diese erfreuliche Tatsache wird u.a. dadurch dokumentiert, dass Ende 1989 nur sieben Prozent der jungen Menschen in der stationären Betreuung durch das Jugendamt Hannover zu uns gekommen sind, während es heute [1991] etwa 33 Prozent sind.“²⁰

In den Folgejahren entwickelte das Stephansstift – wie vom KJHG vorgesehen – weitere, auch präventive Hilfsangebote.²¹ Konsequenterweise dezentralisierte die Einrichtung ihre stationären Wohn- und Betreuungsangebote weiter. Immer mehr Kinder und Jugendliche zogen vom Stammgelände weg und fanden in Außenwohngruppen und anderen Wohnformen in Hannover und Umgebung ein neues Zuhause. Die einstige „Anstalt“ leerte sich. „Für Besucher des Einrichtungsgeländes [... war] nicht mehr erkennbar, dass das Stephansstift der größte Kinder- und Jugendhilfeträger Niedersachsens“²² geworden war, stellte Pastor Weber zufrieden fest.

Ein ungewöhnliches Projekt der Jugendhilfe sei noch hervorgehoben. Auf Anregung des Diakons und Religionspädagogen *Klaus Roth* (* 1957) baute ein Schiffsbauer gemeinsam mit Jugendlichen, Mitarbeitern, Nachbarn und Freunden des Stephansstifts ab 1989 eine zweimastige Segelyacht. 1991 wurde das Boot von Oberbürgermeister *Herbert Schmalstieg* (* 1943) auf den Namen *Mauna Kea*, nach dem höchsten Vulkan Hawaiis, getauft.²³ Das Boot, das neun Personen Platz bot und auf der Ostsee zum Einsatz kam, war ein besonderer Lernort. Angepasst an die spezielle Situation fand der Unterricht statt: „Alle Schulfächer, von Deutsch (Tagebücher, Berichte), Mathematik (Kursberechnung), Biologie (Wasseruntersuchung) bis Hauswirtschaft (Vollwert-Ernährung an Bord), finden ihre Anwendung.“²⁴ Vor allem die sozialen Kompetenzen der Kinder sollten gestärkt werden. An Bord kam es

19 Ebd. Danach, S. 192, auch das folgende Zitat.

20 Wolfgang Schneider, Jugendhilfe im Stephansstift, in: Jahresbericht 1990/91, S. 14–17, S. 15.

21 Ebd., S. 14.

22 Weber, Gegenwart, S. 193f.

23 Der *Mauna Kea* gilt auch als der höchste Berg der Welt, vom Meeressockel bis zu seiner Spitze misst er 10.203 Meter.

24 Reiner Strege / Wilhelm Rittentrop, Das Schiff als mobiler Lernort, in: 125 Jahre Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, S. 128–131, S. 129.

auf jede und jeden an, alle waren für die Sicherheit der Mannschaft und des Bootes und damit für das Gelingen des Törns verantwortlich – man saß wortwörtlich in einem Boot.

In der Kinder- und Jugendhilfe des Stephansstifts hatte es also starke interne Umstrukturierungen gegeben, die sich jedoch nicht auf deren Wachstum auswirken sollten. Dr. *Hartmut Bock*, der Kurt Heppel im Amt des Wirtschaftsdirektors im Mai 1996 gefolgt war, wies 2001 darauf hin, dass die Jugendhilfeleistungen in Hannover und im Oberharz „gemessen in realen Größen“²⁵ in den vergangenen fünf Jahren „praktisch nicht gewachsen“ waren.

Gleichwohl stieg in den folgenden Jahren die Nachfrage nach passgenauen Hilfen für Kinder und Jugendliche, insbesondere für „verhaltensauffällige“ und „lernbehinderte“, an. Auf diesen Bedarf stellte sich die Jugendhilfe der Dachstiftung Diakonie – seit 2007 gab es eine enge Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe der Diakonischen Heime in Kästorf e.V., Gifhorn²⁶ – ein und erarbeitete entsprechende flexible Konzepte. So wurde etwa das Ganztagsschulangebot an der Ludolf-Wilhelm-Fricke Schule an den Standorten Hannover und Borstel, an der Rischborn-Schule Gifhorn und in der Evangelischen Schule Oberharz erweitert und zugleich weiter ausdifferenziert. Für Jungen und Mädchen mit besonderem Förderbedarf existieren zahlreiche intensivschulpädagogische Angebote, die ihnen das Lernen erleichtern, aber auch soziale Kompetenzen und Selbstvertrauen vermitteln sollen. Hier stellt das von der Evangelischen Jugendhilfe Stephansstifts gGmbH und der Diakonischen Jugendhilfe Kästorf GmbH mit Unterstützung des Kronberger Kreises für Dialogische Qualitätsentwicklung e.V. im Jahre 2018 erarbeitete Handbuch „Alle Akteure beteiligen. Partizipation im Hilfeprozess der stationären Jugendhilfe“²⁷ einen essenziellen Baustein in der heutigen Kinder- und Jugendhilfe dar. Ganz der Teilhabe, Mitwirkung und Mitentscheidung aller am Hilfeprozess Beteiligten verpflichtet, ist man sich zugleich der Grenzen einer partizipativen Erziehung – „gesellschaftliche, rechtliche und organisationale sowie konzeptionelle“²⁸ Gründe, fehlende „Ressourcen (Zeit, Geld, Raum)“ – bewusst. Angesichts von immer wieder aufkommenden Forderungen nach geschlossenen Einrichtungen und Erziehungscamps – meist nach Delikten von Jugendlichen – wird sich dieses aufgeklärte, auf Eigenverantwortung und Eigenkompetenz gerichtete pädagogische Konzept auch in

25 Diese Angaben nach: Hartmut Bock, Strukturwandel im Stephansstift im Spiegel der wirtschaftlichen Entwicklung von 1995 bis 2000, in: Jahresbericht 2000/01, S. 11–14, S. 12.

26 2011 fusionierten das Stephanstift und die Diakonischen Heime in Kästorf e.V. zur Dachstiftung Diakonie-Gruppe, vgl. Abschnitt „Leere Kassen und die Folgen ...“.

27 Das Handbuch basiert auf den Ergebnissen eines Peer-Research-Projektes, in dessen Rahmen Jugendliche aus den Jugendwohngruppen selbst unter wissenschaftlicher Begleitung die Lebensbedingungen in den Angeboten der Jugendhilfe der Dachstiftung Diakonie untersuchten und Vorschläge zur Verbesserung ihrer Beteiligung erarbeiteten. Vgl. Timo Ackermann / Pierrine Robin, Partizipation gemeinsam erforschen: Die Reisende Jugendlichen-Forschungsgruppe (RJFG) – ein Peer-Research-Projekt in der Heimerziehung, Hannover 2017.

28 Zitiert nach: DD_Handbuch_Partizipation_Jugendhilfe_Druck.pdf, S. 11. Erwähnt werden auch die emotionalen, kognitiven und mentalen Grenzen der jeweiligen Fachkraft, aber auch des Kindes und des Jugendlichen.

Zukunft immer wieder neu behaupten müssen. Eine zweite und wohl bleibende Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe der Dachstiftung ist die Umsetzung der 2009 in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft getretene „UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“. Welchen Beitrag kann sie zum Beispiel leisten, um die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Handicap in Regelkindergärten und Regelschulen zu fördern? Welche Angebote, auch (teil-)stationäre, werden weiterhin nötig sein?

Die Altenhilfe

Im Vergleich zur Kinder- und Jugendhilfe verlief die Altenarbeit in ruhigeren Bahnen. 1987 zog der größte Teil der Bewohner und Bewohnerinnen des Freytaghauses in das Marianne-Werner-Haus um. Dieser Leerstand wurde genutzt, um das Freytaghaus umzubauen. Es entstanden 95 Plätze in Ein- und Zweizimmerappartements, die Anfang März 1989 bezugsfertig waren.²⁹ Von diesen Modernisierungsmaßnahmen profitierten die Bewohner und Bewohnerinnen des Lemmermannhauses. Sie wurden in das Freytaghaus umgesiedelt. Damit konnte auch das letzte und älteste Altenheim des Stephansstifts renoviert und modernisiert werden.³⁰

Im Marianne-Werner-Haus lebten alte Menschen mit erhöhtem Pflege- und Betreuungsbedarf, unter ihnen eine steigende Zahl demenziell und psychiatrisch Erkrankter, für die man besondere Vorkehrungen getroffen hatte:

„Es bewährt sich, dass wir die Desorientierten unterschiedlichen Grades, die bei uns leben, mit den übrigen Bewohnern, den körperlich Gebrechlichen und den psychisch Veränderten, meist depressiv Erkrankten, integrieren. Da die Stationen, bei geeignetem Wetter auch der das Haus umgebende beschützende Garten, viel Auslauf bieten, treten Versuche des Weglaufens eher vereinzelt auf und bleiben im Großen und Ganzen unter Kontrolle; wir sperren niemanden ein.“³¹

1990 gelang es dem Stephansstift, einen besseren Personalschlüssel für den Pflege- und Wirtschaftsbereich seiner Altenheime auszuhandeln. Damit war es u.a. möglich, mehr Personal einzustellen und den auf einigen Stationen nach wie vor bestehenden „wenig geschätzten geteilten Dienst“³² endgültig abzuschaffen. Wirtschaftsleiter Heppel sah diese Entwicklung mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Einerseits begrüßte er die Personalerhöhung. Es bleibe nun mehr „Zeit für die Pflegearbeit, für persönliche Zuwendung, aber auch für Besuche von Fortbildungsmaßnahmen.“ Nicht zuletzt erhoffte Karl-Heinz Heppel eine höhere Zufriedenheit der Beschäftigten mit ihrer Arbeitssituation. An-

29 Weber, Gegenwart, S. 201. Jahresbericht 1988/89, in: Stephansstiftbote [sic], Nr. 1, 24. Mai 1989, S. 29.

30 Haus Stephansruh war bereits 1986/87 renoviert worden.

31 Kurt-Walter Heppel, Altenhilfe im Stephansstift, in: Jahresbericht 1990/91, S. 9–11, S. 9f.

32 Ebd., S. 10. Danach auch die folgenden Zitate.

dererseits bedeutete mehr Personal auch höhere Lohnkosten und damit die Erhöhung der Pflegesätze. Darauf hätten die Bewohnerinnen und Bewohner mit Verbitterung reagiert, berichtete Heppel, da bei vielen weder die Rentenbezüge noch das Ersparte ausreichten, um Hilfen zu bezahlen, die über den Grundbedarf hinausgingen. Der Gang zum Sozialamt war dann – wie bereits geschildert – unausweichlich. „Die Heimträger vermögen nicht einmal zu trösten“, beschrieb der Wirtschaftsleiter das Dilemma, „denn sie müssen zusammen mit ihren Mitarbeiterschaften eine gegensätzliche Position einnehmen. Sie können ihre zunehmend wichtige Arbeit nur dann weiterführen, wenn die sie tragenden Berufe attraktiv bleiben.“ Eine Lösung war einstweilen nicht in Sicht. Heppel machte aus seinem Herzen keine Mördergrube: „Die Regierung jedoch, die erhabene, die zuständige, sie ergeht sich in unnützem Gezänk.“

Am 2. April 1991 wurde im Lemmermannhaus eine Kurzeitpflegeabteilung eröffnet.³³ Das damals noch fast völlig unbekanntes Angebot richtete sich zum einen an Menschen, die nach ihrer Krankenhausentlassung noch nicht in der Lage waren, sich und ihren Haushalt selbst zu versorgen. Zum anderen gab es viele Anfragen von pflegenden Angehörigen, die nach befristeten Unterbringungsmöglichkeiten suchten, damit sie selbst einmal in Urlaub fahren oder eine Kur machen konnten. Die durchschnittliche Verweildauer betrug 24 Tage und verlief nicht immer konfliktfrei. So gab es Probleme, wenn „Angehörige mit überzogener Anspruchshaltung“ auftraten oder die alten Menschen in einem Zustand kamen, „den man als verwahrlost bezeichnen muss.“ Bis Ende April 1992 hatten bereits 189 Frauen und Männer diesen Dienst in Anspruch genommen. „Die Nachfrage belegt“, stellte der Ausschuss für Altenarbeit fest, „dass wir mit dieser Arbeit inzwischen über die Grenzen Hannovers hinaus bekannt geworden sind; ein weiterer aktiver Werbeaufwand ist deshalb verzichtbar.“³⁴

Schrittweise erhöhte das Stephansstift sowohl sein stationäres als auch ambulantes Angebot. Ziel war die Schaffung eines Verbundsystems.³⁵ Am 1. Januar 1993 ging – wie bereits erwähnt – ein Altenpflegeheim in Burg in die Trägerschaft des Stephanstifts über, 1996 folgte die Übernahme des Altenheims der Gartenkirche, das nach der unerfüllten Liebe *Johann Wolfgang von Goethes* (1749–1832), *Lotte (Charlotte) Kestner*, geb. *Buff* (1753–1828), benannt wurde.³⁶ Sechs Jahre später, im Herbst 2002, wurde das Katharina-von-Bora-Haus in Hannover-Vahrenheide in Betrieb genommen. Das neu gebaute Alten- und Pflegeheim,

33 Kurt-Walter Heppel, Kurzeitpflege im Stephansstift – ein gelungener Start, in: Jahresbericht 1991/92, S. 10f. Danach, S. 10, auch das folgende Zitat. Vgl. hierzu auch: H/R., Konzeption für die Kurzeitpflegeeinrichtung im Stephansstift, 19.2.1990, AStH, Mappe „Ausschuss für Altenarbeit, 1978–1993“, AStH, unverzeichnet.

34 Protokoll des Ausschusses für Altenarbeit, 9.3.1992, AStH, Mappe „Ausschuss für Altenarbeit, 1978–1993“, AStH, unverzeichnet.

35 Vgl. hierzu auch: Martin Raabe, Konzept Altenhilfe im Verbundsystem, 10.9.1993, AStH, Mappe „Ausschuss für Altenarbeit, 1978–1993“, AStH, unverzeichnet.

36 Goethe verarbeitete seine unglückliche Liebe zu Charlotte Sophie Henriette Buff in seinem 1774 erschienenen Briefroman „Die Leiden des jungen Werthers“.

benannt nach *Katharina von Bora* (1499–1552), der Ehefrau *Martin Luthers* (1483–1546), bot neben Pflegeplätzen für alte Menschen auch zwanzig Pflegeplätze für jüngere Frauen und Männer, die in Folge eines Unfalls oder einer Krankheit pflegebedürftig geworden waren.³⁷ Insgesamt wuchs das stationäre, teilstationäre und ambulante Angebot der Altenhilfe in den Jahren von 1995 bis 2000 um rund ein Drittel, ihren Umsatz hatte sie um 36,2 Prozent steigern können.³⁸

Permanente Herausforderungen waren die Gewinnung geeigneten Personals, die Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben (z.B. des 2002 novellierten Heimgesetzes und des im selben Jahr in Kraft getretenen Pflegequalitätssicherungsgesetzes) und die Erfüllung der immer umfangreicher werdenden Dokumentationspflichten. „Personelle Ausweitungen zur Erledigung all dieser Aufgaben sind in den Durchführungsverordnungen jedoch nicht vorgesehen“,³⁹ hielt Bereichsleiter *Martin Raabe* 2002 fest, dem auch der wachsende Pflegebedarf der Bewohnerinnen und Bewohnern, der durch die Pflegegeldzahlungen nicht gedeckt war, Sorge bereitete.

Die Aus-, Fort- und Weiterbildung

Die Fachschule für Sozial- und Heilpädagogik (FSP), seit 1982 unter der Leitung Dr. *Jochen Dittrichs* stehend, fächerte ihr Bildungsangebot weiter aus. 1989 führte sie einen bis dahin in Deutschland einmaligen Ausbildungsgang „Motopädie“ ein.⁴⁰ Diese Behandlungsmethode – eine Kombination aus Bewegung und pädagogischer Intervention – kam vor allem Kindern mit psychomotorischen Problemen zugute. 1991 zunächst als eigenständige Fachschule für Motopädie anerkannt, wurde sie 1993 aufgrund neuer gesetzlicher Bestimmungen der Fachschule Heilpädagogik angegliedert.⁴¹ Während die Motopädie Einzug in das Curriculum öffentlicher Ausbildungsstätten hielt, konnte sich das von der Diakoniegemeinschaft angeregte Projekt einer „Geragogenausbildung“ damals nicht durchsetzen.⁴²

Die Attraktivität der Fachschule wuchs. Besuchten 1975 noch 210 Frauen und Männer die Schule, so waren es 1993 bereits 482, wobei etlichen Bewerbungen „mangels räumlicher und personeller Kapazitäten“⁴³ nicht entsprochen werden konnte. In dieses Jahr fiel auch die Neuordnung der Erzieherausbildung in Niedersachsen,⁴⁴ die natürlich auch von der Fachschule für Sozial- und Heilpädagogik, obgleich sie sich in privater Trägerschaft befand,

37 Angaben nach: Stephansstift (Hg.), Einblicke in die Geschichte des Stephansstiftes, Hannover 2010, S. 22.

38 Diese Angaben nach: Hartmut Bock, Strukturwandel im Stephansstift im Spiegel der wirtschaftlichen Entwicklung von 1995 bis 2000, in: Jahresbericht 2000/01, S. 11–14, S. 13.

39 Martin Raabe, Jahresbericht Altenhilfe, in: Jahresbericht 2001/02, S. 13f., S. 14.

40 Das Folgende nach: Weber, Gegenwart, S. 182.

41 Vgl. hierzu auch: Jochen Dittrich, Erzieherausbildung im Wandel, in: Jahresbericht 1993, S. 14f.

42 Mittlerweile gehören Elemente der Geragogik in fast allen Altenheimen zur Tagesgestaltung, insbesondere die Förderung alterstypischen Lernverhaltens.

43 Weber, Gegenwart, S. 185.

44 Für Details vgl. Dittrich, Erzieherausbildung, S. 14.

zu beachten war. Diesen Anforderungen trug man mit der Einrichtung „neuer Klassen der Berufsfachschule Sozialpflege und Sozialassistent [sic]“⁴⁵ Rechnung, sah sich aber – angesichts von 517 Lernenden – gezwungen, dem bereits bestehenden Ersatzbau einen Anbau hinzuzufügen. Weitere gesetzliche Vorgaben hinsichtlich des Zuschnitts der Studien- und Ausbildungsgänge sollten auch in den Folgejahren zum Tragen kommen. Die daraufhin notwendigen Anpassungen waren stets mit hohem organisatorischen Aufwand verbunden.⁴⁶ Die Fachschule wollte sich jedenfalls auch weiterhin den „Veränderungen in Gesellschaft, Politik und Sozialpädagogik offensiv, kreativ und mit immer neuem Elan stellen.“⁴⁷ Allerdings, räumte Schulleiter Dittrich 1997 mit Blick auf die allgegenwärtige angespannte Finanzlage ein, basiere dieses Engagement „auf der Hoffnung, dass wir auch weiterhin durch das Land Niedersachsen und die Hannoversche Landeskirche – trotz aller Einsparungen – die für den Betrieb einer Schule in freier Trägerschaft ausreichende finanzielle Unterstützung erhalten.“

2002 folgte ein weiterer wichtiger Einschnitt in der Geschichte der Fachschule für Sozial- und Heilpädagogik, wurde sie doch – gemeinsam mit der Fachschule für Heilerziehungspflege des Annastifts – in die Trägerschaft der *Diakonie-Kolleg Hannover gGmbH* überführt. Mit diesem Schritt wurde der Wunsch nach Synergieeffekten und einer Formalisierung der bereits seit vielen Jahren bestehenden Zusammenarbeit zwischen Annastift und Stephansstift umgesetzt.⁴⁸ 2002 besuchten 580 Schülerinnen und Schüler die Berufsfachschulen Sozialpflege (eine Klasse), Sozialassistent/in (sieben Klassen), Sozialpädagogik (acht Klassen), Heilerziehungspflege (drei Klassen), Heilpädagogik mit Schwerpunkt Motopädie (drei Klassen) und die Fachoberschule Sozialwesen (vier Klassen).⁴⁹ Ein Jahr später folgte eine Berufsfachschule für Altenpflegehilfe.

Zum Schluss noch ein Blick auf die Heimvolkshochschule – seit 1998 „Zentrum für Erwachsenenbildung“ –, die sich im Portfolio des Stephansstifts einen festen Platz erarbeitet hatte, der weiteres Wachstum versprach. In den Jahren von 1995 bis 2000 hatte sie sich nämlich zum „am stärksten expandierenden Bereich der Stiftung (+ 77 %)“⁵⁰ entwickelt. Dies lag einerseits an den erweiterten Übernachtungsmöglichkeiten im Haus, andererseits war es durch europäische Kooperationen gelungen, zu neuen, attraktiven Angeboten zu kommen. Exemplarisch sei hier auf das am 1. Januar 1998 gestartete Projekt NOW (*New Opportunities for Women*) verwiesen. In Zusammenarbeit mit der Niedersächsischen Landeszentrale für

45 Jochen Dittrich, Die Fachschule im Wandel, in: Bote aus dem Stephansstift, Nr. 13, 1/1995, S. 19f., S. 19.

46 Das materielle und personelle Engagement der Schule für Bürgerkriegsflüchtlinge des Jugoslawienkrieges im nordkroatischen Varaždin seit dem Herbst 1992 band ebenfalls Kräfte. Vgl. beispielhaft: Wolfgang Reich, Die Entwicklung im Flüchtlingslager Varaždin, in: Bote aus dem Stephansstift, Nr. 13, 1/1995, S. 21f.

47 Dittrich, Bericht aus der Fachschule, in: Bote aus dem Stephansstift, Nr. 20, 2/1997, S. 12f., S. 13. Danach auch das folgende Zitat.

48 Manfred Marquardt, Von der Fachschule zum Diakonie-Kolleg, in: Jahresbericht 2001/02, S. 23f.

49 Manfred Marquardt, Diakonie-Kolleg Hannover, in: Jahresbericht 2002/03, S. 24–28, S. 24.

50 Diese Angaben nach: Hartmut Bock, Strukturwandel im Stephansstift im Spiegel der wirtschaftlichen Entwicklung von 1995 bis 2000, in: Jahresbericht 2000/01, S. 11–14, S. 14.

Politische Bildung und finanziert durch den Europäischen Sozialfonds legte die Heimvolkshochschule ein dreijähriges internationales Projekt zur Förderung von Frauen als Nachwuchs- und Führungskräfte in Großunternehmen und Verwaltungen auf.⁵¹

Die Diakoniegemeinschaft

Anlässlich ihres „Brüdertages“ vom 3. bis 6. Mai 1989 veröffentlichte die Diakoniegemeinschaft eine Dokumentation „Schlaglichter“⁵² über die Geschichte der Brüderschaft während des Nationalsozialismus. Anlass waren Berichterstattungen im Jahr zuvor über jene vier Diakone, die Wolff 1934 – wie geschildert – als Wachmänner in das Strafgefangenenlager Brual/Rhede im Emsland entsandt hatte. Zugleich veröffentlichte die Diakoniegemeinschaft eine Erklärung „zu ihrer Geschichte 1933–1945 und zur Verantwortung für die Zukunft“.⁵³ In der Brüderschaft habe es „Sympathie und Unterstützung für den Nationalsozialismus und seine Staatsform“ gegeben. Zwar habe „sich auch die Brüderschaft nach dem Zweiten Weltkrieg zu ihrer Schuld bekannt“ – gemeint war die Treysaer Schuldklärung von 1946 –, aber diese Schuld sei „immer nur allgemein und damit unverbindlich bekannt“ worden. Wolffs persönliches Verhalten kam zur Sprache, allerdings wurde der Vorsteher nicht namentlich genannt: „Aber es bedrückt uns [...], dass konkrete Entscheidungen, wie die Förderung des SA-Eintritts nach dem Krieg hartnäckig geleugnet wurden.“ An Janssen übte die Diakoniegemeinschaft ebenfalls Kritik: „Aber es bedrückt uns [...], dass die Geschichte der Brüderschaft während des Dritten Reiches in der Festschrift zur 100-Jahr-Feier 1969 nur kurz gestreift und verharmlost dargestellt wurde.“ Wobei hinzuzufügen wäre, dass der Umgang der beiden Vorsteher mit dem Nationalsozialismus jenem der bundesdeutschen Gesellschaft entsprach. Allerdings ging auch die Diakoniegemeinschaft streng mit sich ins Gericht. Sie bedauerte, dass sie „selbst in mehr als vierzig Jahren nicht von [sich] aus die Kraft“ gefunden habe, „das Verhalten [ihrer] Gemeinschaft, des Stephansstifts und der Diakonie während dieses dunklen Kapitels deutscher Geschichte aufzuklären und zu erforschen, dass der Anstoß zur Aufarbeitung von außen“ kommen musste. Es gelte, Lehren aus der eigenen Geschichte zu ziehen und das eigene Handeln, z.B. im Blick auf die Rüstung und Überrüstung, die Ausbeutung des größten Teils der Welt, der Vernichtung von Leben durch Zerstörung der Umwelt, den Fremdenhass, die Ausgrenzung von Randgruppen“ zu überprüfen.

Welchen Zulauf hatte die Diakoniegemeinschaft, die sich – gemäß ihrer Satzungsänderung 1972 – nicht nur für Diakone und Diakoninnen, sondern für alle evangelischen Christen, die sich mit dem Stephansstift verbunden fühlten, geöffnet hatte? Ohne Zweifel gehörte

51 Kooperationspartner waren u.a. die Volkswagen AG, die Bundesanstalt für Geowissenschaften sowie die Stadtwerke Hannover. Vgl. hierzu: Rudolf Merz, Heimvolkshochschule, in: Bote aus dem Stephansstift, Nr. 23, 2/1998, S. 21–26, S. 21f.

52 Schlaglichter: Dokumente zur Diakoniegemeinschaft Stephansstift 1927–1947.

53 Die Erklärung findet sich abgedruckt in: Christoph Mehl, Das Stephansstift 1924 bis 1926, in: 125 Jahre Stephansstift, S. 39–103, S. 96. Danach auch die folgenden Zitate.

sie mittlerweile fest in das Gefüge des Stephansstifts, jedoch waren ihre Mitgliederzahlen rückläufig, der Anteil der Frauen war ausgesprochen schwankend.

Mitgliedszahlen der Diakoniegemeinschaft von 1990 bis 2005

Jahr	Männer	Frauen	Gesamt	Mitarbeitende*
1990	551	157	708	501
1992	534	146	680	528
1994	507	280**	787	554
1996	496	188	684	568
1998	486	189	675	594
2000	462	132	651	653
2003	422	183	605	667
2004	412	187	599	628
2005	186	393**	579	438

* Inkl. Voll- und Teilzeitkräften.

** Die Gründe für diesen sprunghaften Anstieg waren nicht zu klären.

Quellen: Die Zahlen wurden den jeweiligen Jahresberichten des Stephansstifts entnommen. Für 2002 und 2006 lagen keine Zahlen vor, daher wurden jene aus den Jahren 2003 und 2005 aufgenommen. Die im Vergleich zu den Mitarbeitenden hohen Gesamtzahlen erklären sich aus dem Umstand, dass sowohl Studierende als auch die Diakonenfrauen und -witwen der Diakoniegemeinschaft angehörten.

Im Jahre 2002 startete die Diakoniegemeinschaft eine Umfrage, mit der sie mehr über die Eintrittsmotive ihrer Mitglieder, über den persönlichen Stellenwert und ihre Bindung zur Gemeinschaft sowie zur Arbeit der Geschäftsstelle u.a.m. wissen wollte.⁵⁴ Da nur 213 Mitglieder – das waren 28 Prozent – ihren Fragebogen zurückschickten, sind die Ergebnisse nur bedingt repräsentativ, trotzdem werfen sie interessante Schlaglichter auf die damalige Verfasstheit der Diakoniegemeinschaft. Interessant waren die Auskünfte der Mitglieder zu ihren Eintrittsmotiven. So gaben die älteren⁵⁵ mehrheitlich an, „weil es damals dazu gehörte“ und weil sie den Wunsch nach „geistlicher Gemeinschaft“ verspürten, während die jüngeren die „berufspolitische Beratung und Begleitung“, die sich mit ihrer Mitgliedschaft verbanden, als ihren wichtigsten Grund nannten. Neben diesen Motiven gaben alle Mitglieder aber einhellig an, dass „Persönlichkeiten“⁵⁶ der Diakoniegemeinschaft zu ihrer Entscheidung in hervorragender Weise beigetragen hatten.

Die Diakoniegemeinschaft war die Nachfolgerin der einstigen Brüderschaft, die sich als geistlich-familiäre Gemeinschaft begriffen hatte. Welche Bedeutung hatte die Diakonie-

54 Das Folgende nach: Jörg Stoffregen, Erste Ergebnisse der Umfrage im Frühjahr 2002, in: Rundbrief der Diakoniegemeinschaft, 4/2002, S. 11–19.

55 Zwar wurde nach Alter, nicht aber nach Geschlecht differenziert.

56 „Ich bin in die Diakoniegemeinschaft eingetreten, weil ... mir Persönlichkeiten Lust gemacht hatten.“ Vgl. Stoffregen, Ergebnisse, S. 11.

gemeinschaft 2002 für ihre Mitglieder? Erneut zeigte sich ein Unterschied zwischen den älteren und jüngeren Mitgliedern. Während die Diakoniegemeinschaft für die Älteren vorrangig eine „geistliche Gemeinschaft“ bedeutete, sahen die jüngeren Befragten in ihr vor allem eine „berufsständische Vertretung“ und eine „diakonische Lobbygruppe“. Befragt, was die Diakoniegemeinschaft für die Befragten *auch* noch sei, verzeichnete die „geistliche Gemeinschaft“ bei den Jüngeren einen hohen Wert. Mit anderen Worten: Zwar begriffen die befragten Mitglieder die Diakoniegemeinschaft vorrangig als funktionales Instrument für ihre spezifische Interessenvertretung, jedoch war ihnen das geistlich-religiöse Moment offenbar auch wichtig. Dieser Befund galt auch für die Lebensordnung der Diakoniegemeinschaft, die allen Befragten wichtig war. Jedoch würde nicht ganz klar, wieso dies so sei, räumte Bruder *Jörg Stoffregen* (* 1965), der die Ergebnisse zusammengetragen hatte, ein.

Wie stark aber fühlten sich die Mitglieder letztlich mit der Diakoniegemeinschaft verbunden? Mit Blick auf das entsprechende Säulendiagramm⁵⁷ fiel die Antwort zwar „optisch akzeptabel aus“, gleichwohl wurde die „nicht so hohe Verbundenheit“ der 40- bis 50-Jährigen und der älteren erwerbstätigen Mitglieder kritisch gesehen. Über die Gründe war man sich nicht recht im Klaren: „Möglicherweise“, lautete eine erste Vermutung, „steht die Verbundenheit in Abhängigkeit zur Chance, sich in der Diakoniegemeinschaft mit eigenen Ideen inhaltlich und zeitlich einzubringen und zu beteiligen.“

In einem zweiten, offenen Teil konnten die Mitglieder mitteilen, welche Themen aus ihrer Sicht mehr in den Mittelpunkt gerückt werden sollten. Dies waren u.a. das „Verhältnis von Diakonie und Kirche“⁵⁸ und das „Berufsbild von DiakonInnen und Zukunft des Berufes“. Es ging aber auch um ganz grundsätzliche Fragen, etwa nach dem „Glauben in dieser Zeit“. Ein alle verbindender Wunsch war, dass die Diakoniegemeinschaft im Einrichtungsallday zukünftig präsenter sein sollte.

Diesem Anliegen wurde am 7. Dezember 2018 mit einer Vereinbarung zwischen den Vorständen der Dachstiftung und der Diakoniegemeinschaft Rechnung getragen. Darin erklärte sich die Dachstiftung zur Zahlung eines jährlichen Förderbeitrages an die Diakoniegemeinschaft bereit, die sich ihrerseits u.a. dazu verpflichtete, mit ihren Mitgliedern den Kontakt zwischen den einzelnen Betriebsgesellschaften der Dachstiftung und der Pfarodie bzw. dem Kirchenkreis zu „moderieren“;⁵⁹ Religionspädagoginnen und -pädagogen in das sog. „Oikeios-Projekt“ zu vermitteln, spirituelle Angebote für die Beschäftigten der Dachstiftung zu erarbeiten und anzubieten sowie – gemeinsam mit dem ZEB – Bildungsangebote für „Mitarbeitende in der Diakonie“ zu initiieren, „um sie in ihrem Selbstverständnis, in einer diakonischen Einrichtung zu arbeiten, zu unterstützen.“ Im Sommer 2020 sollen die bisherigen „Abläufe der Zusammenarbeit evaluiert“ werden, um zu einer „weiteren Planungssicherheit“ zu kommen.

57 Stoffregen, Ergebnisse, S. 14. Danach auch die folgenden Zitate.

58 Ebd., S. 19. Danach auch die folgenden Zitate.

59 § 3, Abs. 2 der Vereinbarung zwischen der Dachstiftung Diakonie und der Diakoniegemeinschaft, 7.12.2018. Danach, § 3, Abs. 4, § 4, auch die folgenden Zitate.

Leere öffentliche Kassen und die Folgen – Das Stephansstift wird Mitbegründer der Dachstiftung Diakonie-Gruppe

Als eine der ersten Einrichtungen des Stephansstifts spürte die Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule die Folgen der prekären Situation der Haushalte der Länder, Städte und Gemeinden. Als „staatlich anerkannte Ersatzschule für verhaltensauffällige Jungen und Mädchen“⁶⁰ wurde sie hauptsächlich vom Land Niedersachsen und von den Kommunen finanziert. Deren Überweisungen deckten jedoch nur einen Teil der Personal- und Sachkosten ab. Jahr für Jahr schloss die Schule mit einem jeweiligen Defizit von rund 100.000 DM⁶¹ ab, und das Stephansstift als Träger musste einspringen. Bereits im Sommer 1988 war die wirtschaftliche Situation so angespannt gewesen, dass Klassen geschlossen und Schüler nach Hause geschickt werden mussten, „und dies, während zugleich die Bitten um Aufnahme an der Schule“ zunahmen. Bemühungen, die Heimatkommunen der Kinder zu größeren Anstrengungen zu bewegen, scheiterten fast ausnahmslos. „Dabei müssten sie [die Kommunen] für die Beschulung der Kinder aufkommen.“ Die Eltern „lebten oft vom Existenzminimum“⁶² und seien daher mit Zuzahlungen und Beiträgen völlig überfordert. Verhandlungen im Jahr darauf ergaben Kostenzusagen verschiedener Landkreise und kreisfreier Städte sowie der Stadt Hannover, so dass sich die finanzielle Situation zumindest für das Schuljahr 1990/91 entspannte. Eine „zukunftsorientierte Planung“ sei aber so weiterhin nicht möglich, monierte Schulleiter *Wolfgang Pichler* (* 1943), der 1991 auf 118 Schülerinnen und Schüler blicken konnte. Damit hatte die Schule ihre Belastungsgrenze erreicht.⁶³

Aber auch in den anderen Jugendhilfebereichen mussten aufgrund unzureichender finanzieller staatlicher Zuweisungen Abstriche gemacht werden. So wurden 1994 stationäre Wohngruppen entweder ersatzlos aufgegeben, wie zum Beispiel in Röhre und in Kaltenweide, oder aber man schuf ambulanten Ersatz, etwa in Form der bereits erwähnten „Flexiblen Betreuung“.⁶⁴ Die Änderung des § 77 KJHG im Sommer 1996, wonach die Steigerung der Pflegesätze bis 1998 bei einem Prozent gedeckelt wurde, hatte für die Arbeit des Stephansstifts erhebliche Konsequenzen. Die in Aussicht gestellte Erhöhung deckte zwar die Sachkosten, nicht aber die Personalkosten. „Diese durch den Gesetzgeber vorprogrammierten Verluste können in vielen Fällen nur durch den Abbau von Leistungen kompensiert werden“,⁶⁵ schrieb Wolfgang Schneider, der damalige Bereichsleiter der Jugendhilfe.

60 Wolfgang Pichler, Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule – Rückblick und Vorschau, in: Jahresbericht 1988/89, S. 10.

61 Wolfgang Pichler, Bedrohung der Arbeit – Die Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule in Not, in: Jahresbericht 1988/89, S. 24f., S. 25. Danach auch die folgenden Zitate.

62 Ebd., S. 25f.

63 Wolfgang Pichler, Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, in: Jahresbericht 1991/92, S. 14f., S. 14.

64 Wolfgang Schneider, Beginnender Umbau in der Jugendhilfe, in: Bote aus dem Stephansstift, Nr. 14, Ausgabe 1/1995, S. 11f., S. 11.

65 Wolfgang Schneider, Jugendhilfe – Druck und Chance, in: Bote aus dem Stephansstift, Nr. 20, Ausgabe 2/1997, S. 24–27, S. 24.

Aufgrund der angespannten Situation in den Kommunen und Städten gingen die Nachfragen nach stationären Angeboten weiter zurück. Im Bereich der Evangelischen Jugendhilfe Oberharz sah man sich im Sommer 1996 sogar dazu gezwungen, eine Wohngruppe sowie die Nähstube und die Küche zu schließen, um die „Rentabilität der Gesamteinrichtung nicht zu gefährden.“⁶⁶ Trotz oder wohl vielmehr aufgrund seiner angespannten Lage entwickelte der Jugendhilfeverbund Stephansstift neue Angebote. So gründete er den ersten Jugendhilfestützpunkt in Niedersachsen. Dort wurden verschiedene erzieherische Hilfen zusammengefasst, um die „erforderliche Versorgung eines Gemeinwesens (z.B. eines Stadtteils)“⁶⁷ zu gewährleisten. Trotz hoher Nachfragen nach Schul- sowie Ausbildungsplätzen im Berufsbildungszentrum stagnierte bzw. unterblieb „immer häufiger die notwendige Kofinanzierung aus der öffentlichen Jugendhilfe“,⁶⁸ kritisierte der Leiter des Berufsbildungszentrums, Dr. *Henning Schierholz* (1949–2007), das staatliche Finanzgebaren.

2002 verzeichneten alle Arbeitsfelder des Stephansstifts, außer der Fachschule, zum Teil erhebliche Umsatzsteigerungen. Die Evangelische Jugendhilfe Hannover etwa war im Vergleich zu 2001 um 4,5 Prozent gewachsen, jene in Borstel sogar um 15,1 Prozent. Nur die Fachschule wies einen Umsatzrückgang von 38,2 Prozent aus.⁶⁹ Jedoch waren die Einnahmen nicht kostendeckend. Zudem hatte die Umsetzung der Großprojekte – die Sanierung des Geschwisterhauses und des Lotte-Kestner-Hauses sowie der Bau des Katharina-von-Bora-Hauses – die Stiftung stark belastet. Zwar hatten sich die Landeskirche und etliche Spender an diesen wichtigen Projekten beteiligt, gleichwohl hatte das Stephansstift nicht nur ein Darlehen von sechs Mio. DM bereitstellen, sondern auch Grundstücke veräußern müssen, „die für die Stiftungsarbeit nicht direkt nutzbar waren.“⁷⁰ Dass das Stephansstift die Ausschreibungen der Bundesanstalt für Arbeit für Ausbildungsmaßnahmen in diesem Jahr nur für den Bereich Holz hatte gewinnen können und die Ausbildungsbereiche Hauswirtschaft und Metall ab dem zweiten Halbjahr 2003 schrumpften, belastete die wirtschaftliche Lage „stark“,⁷¹ konstatierte Wirtschaftsdirektor Bock, der zugleich anmahnte, „weiter nach Kooperationsfeldern mit anderen diakonischen Trägern“ zu suchen.

Am 30. November 2004 unterrichteten Hartmut Bock und Walter Weber die Beschäftigten über die mittlerweile ernste Situation des Stephansstifts. Zunächst umriss der Wirtschaftsdirektor die Rahmenbedingungen, in welchen sich die Einrichtung seit Jahren hatte bewegen müssen:

„Die öffentlichen Kassen sind leer – Stichworte: Arbeitslosigkeit und mangelndes wirtschaftliches Wachstum, Steuer- und Abgabenerhöhungen sind politisch tabu.

66 Ebd., S. 25.

67 Ebd., S. 26.

68 Henning Schierholz, Das BBZ im Jahre 2002, in: Jahresbericht 2002/03, S. 21–23.

69 Hartmut Bock, Investitionen/Finanzen, in: Jahresbericht 2002/03, S. 31–36, S. 32.

70 Ebd., S. 31.

71 Bock, Investitionen/Finanzen, in: Jahresbericht 2002/03, S. 31–36, S. 33. Danach, S. 36, auch das folgende Zitat.

Also wird der finanzielle Druck der öffentlichen Hand durch Kürzungen der Ausgabenseite weitergegeben. Leider bilden diese verringerten Ausgaben die tragenden Säulen unserer Einnahmen im Stephansstift und auch der anderen Unternehmen in der Sozialwirtschaft, inkl. des Bildungsbereiches. Finanzhilfe für die Schulen, Pflegeentgelte in der Jugendhilfe, Zahlungen der Pflegekassen und Sozialämter in der Altenarbeit, Entgelte der Bundesanstalt für Arbeit: Alles sind öffentliche Kostenträger.⁷²

Dieser Kostendruck treffe, so Bock weiter, im Stephansstift auf eine Kostenstruktur, die mehrheitlich von Personalkosten, deren Anteil je nach Hilfefeld bei siebzig bis achtzig Prozent lag, von den Sozialabgaben und den Jahressonderzahlungen bestimmt sei. Hier sah Bock die „Hauptursache für die wirtschaftliche Notlage“. Da diese Positionen – im Vergleich zu den Sach- und Investitionskosten – variabelere Stellschrauben waren, schlug Bock die „Absenkung der Löhne und Gehälter im Umfang der Sonderzahlungen – also Weihnachts- und Urlaubsgeld – in 2005“ vor.

Vorsteher Weber verwies ebenfalls auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die das Stephansstift belasteten, und malte ein noch düsteres Bild als sein Vorredner: „Nach 2003 haben wir auch in diesem Jahr ein ganz schlechtes Ergebnis zu verzeichnen. Wir sind inzwischen in der Gefahrenzone für unsere Einrichtung als Ganzer.“⁷³ Für die kommende Zeit formulierte Weber vier Ziele. *Erstens* müssten die Personalkosten gesenkt werden. „Wir können mit unseren bisherigen Vergütungen nicht am Markt bestehen. [...] Wir können uns diese Sonderzahlungen nicht mehr leisten“, postulierte Weber, der auch darauf hinwies, dass private Träger schon seit langem kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld mehr zahlten und „deshalb günstigere Angebote machen können als wir.“⁷⁴ Um die „Marktfähigkeit“ des Stephansstifts wiederherzustellen, müssten – *zweitens* – unprofitable Betriebe und Bereiche geschlossen werden. Dies galt vor allem für die Tischlerei, die seit vielen Jahren defizitär arbeitete und daher im Folgejahr geschlossen werden sollte.⁷⁵ *Drittens* sollten für jeden Bereich der Einrichtung „kostengünstigere Lösungen“⁷⁶ gefunden werden. So hätten Untersuchungen gezeigt, dass „eine Großküche, die die Versorgung von 1.500 Personen

72 Bericht des Wirtschaftsdirektors Dr. Hartmut Bock, in: info Sonderteil 3/2004, S. II-III, S. II. Danach, S. III, auch die folgenden Zitate.

73 Bericht des Vorstehers Pastor Walter Weber, in: info Sonderteil 3/2004, S. III-VI, S. VI. Danach auch die folgenden Zitate.

74 In der ausgegründeten Altenhilfe und im Diakonie-Kolleg wurde 2005 die Senkung des Weihnachtsgelds um 46 Prozent bzw. der Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) um zwanzig Prozent vereinbart. Für die Beschäftigten des Stephansstifts fanden Vorstand und Mitarbeitervertretung zunächst keine Lösung. Vgl. Hartmut Bock, Zur wirtschaftlichen Notlage im Stephansstift, in: info Nr. 1/2006, S. 12.

75 Ein Ausgleich ihrer Verluste hätte, dies sei angemerkt, das Stephansstift nur mit den Erträgen der anderen Betriebe realisieren können, die hierfür allerdings zu wenig abwarfen. Eine Querfinanzierung mit Mitteln aus der Jugendhilfe oder der Altenhilfe hätte den Verlust der Gemeinnützigkeit bedeutet.

76 Bericht des Vorstehers Pastor Walter Weber, in: info Sonderteil 3/2004, S. III-VI, S. VII. Danach auch das folgende Zitat.

gewährleistet, sehr viel geringere Personalkosten pro Mahlzeit kalkulieren muss, als wir mit unserer Küche, die pro Tag weniger als vierhundert Menschen versorgt.“ Daher sollte die Zentralküche zum 31. März 2005 geschlossen werden. *Viertens* schließlich sollte die bereits begonnene Strategie der Ausgründung von Arbeitsfeldern in gemeinnützige Gesellschaften weiter vorangetrieben werden: „Deshalb werden wir die Altenhilfe, in der insbesondere die Zusammenarbeit mit anderen dringend notwendig ist, in eine gemeinnützige Gesellschaft verselbstständigen. [...] Es verändert sich bei diesem Schritt nur der Anstellungsträger. Statt Stephansstift wird er zukünftig z.B. ‚Altenhilfe Stephansstift gGmbH‘⁷⁷ heißen.“ Weber ging indes noch einen Schritt weiter. Er bereitete die Beschäftigten auf ein mögliches Ende des Stephansstifts in dessen bisheriger Form vor: „Damit wir zukünftig weitere Kostenersparnisse realisieren können, ist unbedingt eine Zusammenarbeit, ja auch eine Fusion, mit anderen diakonischen Trägern erforderlich.“⁷⁸

Angesichts der sich weiter zuspitzenden wirtschaftlichen Situation des Stephansstifts gingen Weber und der neue Wirtschaftsdirektor *Michael Bott* (* 1959) auf verschiedene große diakonische Träger in Niedersachsen zu, um die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auszuloten.⁷⁹ Die zunächst angestrebte engere Zusammenarbeit mit der Henriettenstiftung im Bereich der Altenhilfe zerschlug sich,⁸⁰ aber drei Jahre später, im Sommer 2007, vereinbarten das Stephansstift und die 1883 als Arbeiterkolonie gegründeten Diakonischen Heime Kästorf e.V. in Gifhorn eine strategische Partnerschaft mit dem Ziel, ihre jeweiligen Jugendhilfen und Altenhilfen zukünftig gemeinsam zu verantworten. „Dabei handele es sich“, stellte Weber klar, um „einen Zusammenschluss zweier gleichbedeutender und gleichgewichtiger Partner. Es gibt keine Übernahme.“⁸¹ Ausdrücklich sollte die zum 1. Januar 2011 als gemeinsame Klammer gegründete *Dachstiftung Diakonie* für weitere diakonische Träger, Einrichtungen und Stiftungen offen bleiben – „natürlich unter der Voraussetzung, dass die Bedingungen stimmen“, merkte Weber an, der zugleich auf den „Beispielcharakter“ dieser Fusion „in der diakonischen Landschaft in Niedersachsen“ hinwies. In der Folge wurden zum 1. Januar 2011 sowohl das Stephansstift als auch die Diakonischen Heime Kästorf e.V. in Förderstiftungen – die „Stiftung Stephansstift“ und die „Stiftung Diakonische Heime Kästorf“ – umgewandelt, die ihr unbewegliches Anlagevermögen behielten und ihre in Sparten ausgegründeten operativen gemeinnützigen Gesellschaften auf die von beiden Trägern gemeinsam neu gestiftete Dachstiftung Diakonie als Konzernträgerstiftung

77 Tatsächlich entstand die Diakonische Altenhilfe Hannover gGmbH.

78 Bericht des Vorstehers Pastor Walter Weber, in: info Sonderteil 3/2004, S. III-VI, S. VII.

79 Jens Rannenber / Hans-Peter Hoppe, Vorwort, in: Jahresbericht 2011/12, S. 4f.

80 „Die Henriettenstiftung wird im nächsten Jahr ebenfalls ihre Altenhilfe verselbstständigen und wir haben mit der Henriettenstiftung vereinbart, dass wir zukünftig in der Altenhilfe sehr eng zusammenarbeiten. Wir hoffen, dass es eines Tages möglich sein wird, dass sich die Altenhilfe der Henriettenstiftung und die des Stephansstiftes zusammenführen lassen.“ Bericht des Vorstehers Pastor Walter Weber, in: info Sonderteil 3/2004, S. VII.

81 Walter Weber, Stephansstift und Kästorf: Vor dem Zusammenschluss, in: info 3/2009, S. 8–9, S. 8. Danach auch die folgenden Zitate.

insgesamt übertragen.⁸² Die bereits seit 1994 zu den Diakonischen Heimen Kästorf e.V. gehörende „Stiftung Wohnen und Beraten“⁸³ wurde zum gleichen Zeitpunkt Teil der Dachstiftung Diakonie-Gruppe. Sämtliche Arbeitsfelder gingen in gemeinnützige Betriebsgesellschaften über, die von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern eigenverantwortlich geleitet werden.⁸⁴

2012 brachte die Stiftung Clus aus Schöningen ihr Fachschulangebot in der Altenhilfe in Form einer Minderheitsbeteiligung in das Tochterunternehmen „Stephanstift Bildung und Ausbildung gGmbH“ ein. Diese Kooperation mündete im Jahre 2016 in der Aufnahme der „Evangelischen Stiftung Clus“⁸⁵ als fünfte Förderstiftung im Verbund der Dachgesellschaft Diakonie. Die Stiftung Clus weiß sich folgenden Aufgaben verpflichtet:

„Zweck der Stiftung ist die Förderung der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche, verbunden mit der speziellen Unterstützung der Bereiche Jugend-, Wohnungslosen-, Arbeitslosen-, Alten- und Pflegehilfe, der Behindertenpflege, des öffentlichen Gesundheitswesens, im Wesentlichen durch Maßnahmen der Aus-, Fort- und Weiterbildung.“⁸⁶

Die organisatorische Klammer der fünf Stiftungen⁸⁷ sowie der Betriebsgesellschaften bilden einerseits der Vorstand und das personenidentische Aufsichtsgremium sämtlicher (Förder-)Stiftungen wie auch der Dachstiftung Diakonie einerseits sowie die die Tochtergesellschaften leitenden Geschäftsführungen andererseits, die bei der Dachstiftung Diakonie

82 Satzung der Dachstiftung Diakonie, 16.11.2009, Präambel.

83 Die Stiftung Wohnen und Beraten wurde 1876 als „Herberge zur Heimat“ in Braunschweig gegründet. Bürger der Stadt übernahmen in christlicher Verantwortung soziale und politische Anwaltschaft als Antwort auf mittellose Wanderarmut, soziale Ausgrenzung und Entwurzelung. Aus der einfachen Herberge entwickelte sich ein differenziertes Sozialleistungsunternehmen mit ca. 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In unterschiedlichen Hilfeangeboten ist die Stiftung in allen Landkreisen und kreisfreien Städten des ehemaligen Regierungsbezirkes Braunschweig vertreten. Seit 1990 ist die Stiftung mit den Diakonischen Heimen Kästorf e.V. satzungsgemäß verbunden und damit Teil der Unternehmensgruppe Dachstiftung Diakonie. Vgl. <https://www.dachstiftung-diakonie.de/die-dachstiftung-diakonie/foerderstiftungen/stiftung-wohnen-beraten/> [letzter Aufruf: 12.3.2019].

84 Vgl. Organigramm im Bildteil.

85 Clus bei Schöningen war ursprünglich ein Nonnenkloster und wurde Mitte des 16. Jahrhunderts in ein „Armen- und Altersheim“ umgewandelt. Als dieser Bau zu verfallen drohte, finanzierten Adlige ein neues Altenheim für Arme. 1949 wurde die Evangelische Stiftung Clus gegründet. 1966 wurde auf dem Nachbargrundstück der „Alten Clus“ ein neues Alten- und Pflegeheim eingeweiht, das rund 120 Plätze bietet. Zudem betrieb die Stiftung Clus ein weiteres Altenheim in Wolfenbüttel. Vgl. Vorlage zur 27. Kuratoriumssitzung der Dachstiftung Diakonie zu TOP 7, 17.6.2016, S. 2.

86 Satzung der Dachstiftung Diakonie, 16.11.2009, § 2, Abs. 1.

87 Vgl. „Letter of Intent“ der Dachstiftung Diakonie mit der Heilig-Geist Stiftung Uelzen und dem Wichern Haus e.V. mit dem Ziel, diese in die Dachstiftung zu integrieren, Vorlage zur 30. Kuratoriumssitzung der Dachstiftung Diakonie zu TOP 6, 8.3.2017, S. 1. 2018 wurde die Heilig Geist-Stiftung in die Heilig-Geist-Diakonische Dienste gGmbH umgewandelt und wurde über eine entsprechende Ausgestaltung der Satzung Teil der Dachstiftung Diakonie-Gruppe. (60 Prozent des Stammkapitals hält die Dachstiftung Diakonie, 40 Prozent die Heilig-Geist-Stiftung, Uelzen.)

angestellt sind. Die Dachstiftung versteht sich als Dienstleisterin für die ausgegründeten Betriebsgesellschaften und verantwortet für sie die Bereiche Personalservice, Betriebswirtschaft, Immobilienmanagement, Theologische Unternehmensentwicklung, Unternehmenskommunikation und IT-Dienstleistungen, letztere über die 2014 in die Gruppe aufgenommene nicht-gemeinnützige Tochtergesellschaft DiaSerV.⁸⁸

Der Vorstand der Dachgesellschaft Diakonie sollte sich ursprünglich aus den Vorständen des Stephansstifts und der Diakonischen Heime Kästorf zusammensetzen. Von dieser Konstruktion rückte man indes ab. Nach dem Ausscheiden des kaufmännischen Vorstandes Bott 2012 sowie des altersbedingten Ausscheidens Pastor Webers 2011 wurde der theologische Vorstand der Stiftung Diakonische Heime Kästorf, Pastor *Hans-Peter Hoppe* (* 1951), neuer Vorsteher des Stephansstifts. Gemeinsam mit dem Ökonomen Dr. *Jens Rannenberg* (* 1963), seit 2006 kaufmännischer Vorstand der Diakonischen Heime Kästorf⁸⁹ und neben Hoppe und Weber maßgeblicher inhaltlicher Wegbereiter des neuen diakonischen Verbundes, bildeten Hans-Peter Hoppe und Jens Rannenberg nun den gleichberechtigten Vorstand der Dachstiftung Diakonie. Den Aufsichtsgremiumsvorsitzenden stellte seit der Gründung der Dachstiftung Diakonie-Gruppe der geistliche Vizepräsident des Landeskirchenamtes der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, *Arend de Vries* (* 1954), der den Gründungsprozess der Dachstiftung Diakonie eng begleitete und zu dessen Gelingen maßgeblich beitrug. Hans-Peter Hoppe folgte Ende 2014 als neuer theologischer Vorstand Pastor *Hans-Peter Daub* (* 1959) nach.

Seit 2008 wurde seitens des Vorstandes eine Kooperation mit der fast 700 Jahre alten Heilig-Geist-Stiftung, Uelzen, verfolgt. 2009 hatte die Diakonischen Heime Kästorf e.V. der Stiftung mit einem Liquiditätsdarlehen in schwieriger Situation ausgeholfen. 2017 wurde die Heilig-Geist-Stiftung mit ihren beiden Altenheimen in Uelzen Teil des Dachstiftung Diakonie-Verbundes mit einer Besonderheit: Die seit vielen Jahrhunderten bestehende Konstruktion, dass sich der evangelische Prälat mit dem Bürgermeister der Stadt Uelzen in der Leitung der Stiftung abwechselte, wurde unter den Bedingungen des *Diakonie Corporate Governance Kodex* dergestalt fortgeführt, dass sich beide nunmehr in der Leitung des Kuratoriums der Heilig-Geist-Stiftung abwechseln und der Vorstand der Dachstiftung Diakonie über dieses Gremium gegebenenfalls einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann. 2019 konnte „Im Hülsen“ in Uelzen mit finanzieller Unterstützung aus der Gruppe ein neues Altenheim eröffnet werden. Bis 2021 wird das zweite Altenheim „Wichernhaus“ in Uelzen saniert bzw. erweitert. Das Altgelände der Stiftung „Am Waldweg“ im Uelzen soll ab 2021 gemeinsam mit der örtlichen Wohngenossenschaft als Quartier erschlossen werden.

88 Vgl. *Diakonnection*. Zeitung für die Mitarbeitenden der Dachstiftung Diakonie und ihrer Gesellschaften, Ausgabe 1/2017. Online abzurufen unter: https://www.dachstiftung-diakonie.de/fileadmin/user_upload/Dachstiftung_Diakonie/2017_09_11_DD_Organigramm_final.pdf.

89 Jens Rannenberg hatte seinerzeit auch den Vorsitz der Diakonischen Betriebe Kästorf und der Stiftung Wohnen und Beraten in Braunschweig inne.

Eine lernende Organisation – Ausblick

Heute ist die Dachstiftung Diakonie ein diakonischer Stiftungsverbund mit zwanzig Betriebsgesellschaften und sechs (Förder-)Stiftungen. Rund 3.500 Menschen und etwa 250 Ehrenamtliche arbeiten in der Altenpflege, in der Eingliederungshilfe und Rehabilitation, in der Bildung und Ausbildung, in der Flüchtlingshilfe und Integration, in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, in der Wohnungsnotfallhilfe sowie in der Qualifizierung in Betrieben und Handwerk. Standorte und Angebote finden sich in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt. Sie selbst ist als Dachgesellschaft und Zentralverwaltung mit rund 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Standorten Gifhorn-Kästorf und Hannover-Kleefeld aktiv.

Ein wichtiges Anliegen des Vorstandes ab Ende 2015 war es, mit den Beschäftigten in einem „partizipativen Prozess“⁹⁰ ein gemeinsames Leitbild zu erarbeiten. Dieses Leitbild sollte die bisher bestehenden und in die Jahre gekommenen Leitbilder des Stephansstifts („Stephansstift Basics“) und der Diakonischen Heime Kästorf („Unternehmensphilosophie“ und „Führungsgrundsätze“) ablösen und eine neue und bis auf weiteres verbindliche Handlungsgrundlage schaffen. Ganz zentral stellte sich hier die Frage nach dem Besonderen, nach dem „Markenkern“ der Dachstiftung Diakonie, die sich nicht nur einer stetig wachsenden Konkurrenz auf dem „Sozialmarkt“ gegenüberstellt, sondern auch in einer Welt agieren muss, die sich immer weiter säkularisiert und pluralisiert. Die Antwort auf diese komplexe Frage wird – wie bereits in der Vergangenheit – im Spannungsfeld politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und dem Ziel, den Einsatz für sozial benachteiligte, alte, psychisch kranke und behinderte Menschen gefunden werden müssen.

An welcher Landmarke sich diese Antwort orientieren kann, dokumentiert das 2015 und 2016 erarbeitete Leitbild der Dachstiftung Diakonie.⁹¹ Vertrauend auf „Gottes Liebe“, heißt es dort, habe jeder Mensch auch in „schwierigen Lebensumständen“ das Recht auf ein „würdevolles und selbst bestimmtes Leben“, und zwar in einer „kulturell bunten und religiös vielfältigen“⁹² Gesellschaft.

90 Beschlussvorlage zur 27. Kuratoriumssitzung der Dachstiftung Diakonie zu TOP 6, 17.6.2016, S. 1, 2.6.2016. Danach auch die folgenden Zitate.

91 Den Auftakt bildete ein Zukunftskongress am 1. Dezember 2015, dessen Ergebnisse in etlichen Arbeitskreisen und Diskussionsrunden zu einem Leitbild formuliert wurden. Für Details siehe: Beschlussvorlage zur 27. Kuratoriumssitzung der Dachstiftung Diakonie zu TOP 6, 17.6.2016, S. 1, 2.6.2016. Danach auch die folgenden Zitate.

92 So unterschiedlich die Glaubenshintergründe der Klienten und Klientinnen sind, so homogen präsentiert sich nach wie vor die Belegschaft der Stephansstift-Gesellschaften innerhalb der Dachstiftung Diakonie. Von 1.087 Mitarbeitenden sind 985 Mitglied in einer ACK-Kirche. Das sind 90,6 % der Beschäftigten. Freundliche Mitteilung von Klaus Plitzkat an die Vf., 11.3.2019. ACK = Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen.



Literaturverzeichnis

- Abelshausen, Werner, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2005.
- Adler, Max, Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung, Berlin 1924.
- AFET (Hg.), 100 Jahre AFET – 100 Jahre Erziehungshilfe, Bd. 1: 1906–2005, Hannover 2006.
- Althaus, Paul, „Unwertes“ Leben im Lichte des christlichen Glaubens, in: Von der Verhütung unwerten Lebens. Ein Zyklus von fünf Vorträgen, hg. v. Naturwissenschaftlichen Verein Bremen, Bremen 1933, S. 79–97.
- Andrys, Tanja, Jugendwerkhof Burg: Himmel und Hölle, in: Volksstimme, 19.6.2014, S. 3.
- Aschenbrenner, Dieter, 60 Jahre Evangelische Fachhochschule Hannover. Kleine Geschichte ihrer Vorgängerorganisationen, Hannover 1987.
- Bauerochse, Ernst, Ihr Ziel war das Oromoland. Die Anfänge der Hermannsburger Mission in Äthiopien, Münster 2006.
- Behnen, Michael (Hg.), Lexikon der deutschen Geschichte von 1945 bis 1990. Ereignisse, Institutionen, Personen im geteilten Deutschland, Stuttgart 2002.
- Benad, Matthias / Schmuhl, Hans-Walter / Stockhecke, Kerstin (Hg.), Endstation Freistatt. Fürsorgeerziehung in den von Bodelschwingschen Anstalten Bethel bis in die 1970er Jahre, Bielefeld 2. Aufl. 2009.
- Benz, Ute, „Maikäfer, flieg! Dein Vater ist im Krieg.“ Aspekte der Heimkehr aus familialer Sicht, in: Annette Kaminsky (Hg.), Heimkehr 1948. Geschichte und Schicksale deutscher Kriegsgefangener, München 1998, S. 176–191.
- Benz, Wolfgang (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt am Main 1985.
- Besier, Gerhard, Der Nationalsozialismus als Säkularreligion, in: ders. / Eckhard Lessing (Hg.), Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union. Ein Handbuch, Bd. 3: Trennung von Staat und Kirche, kirchlich-politische Krisen, Erneuerung kirchlicher Gemeinschaft (1918–1992), Leipzig 1999, S. 445–478.
- Binding, Karl / Alfred E. Hoche, Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form, Leipzig 1920 (Nachdruck Berlin 2006).
- Bock, Gisela, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1989 (Nachdruck Münster 2010).
- Bräutigam, Helmut, Mut zur kleinen Tat. Das Evangelische Johannesstift 1858–2008, Berlin 2008.
- Bräutigam, Helmut, Heimerziehung im Evangelischen Johannesstift zwischen 1945 und 1970, Berlin 2. Aufl. 2016.
- Brakelmann, Günter (Hg.), Kirche und Krieg. Der deutsche Protestantismus am Beginn des II. Weltkriegs, München 1979.
- Brakelmann, Günter, Krieg und Gewissen. Otto Baumgarten als Politiker und Theologe im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1991.
- Brill, Werner, Pädagogik der Abgrenzung. Die Implementierung der Rassenhygiene im Nationalsozialismus durch die Sonderpädagogik, Bad Heilbrunn 2011.

- Brosius, Dieter, Die Industriestadt. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des I. Weltkriegs, in: Mlynek/Röhrbein/Brosius (Hg.), Geschichte, S. 273–403.
- Buchheim, Max, Die Göttinger Volks- und Mittelschulen, in: Göttinger Jahrbuch 1952, S. 83, abgedruckt in: Thomas Berger / Karl-Heinz Müller, Lebensbedingungen 1945–1948, Hannover 1983.
- Cramer, August, Die Heil- und Unterrichtsanstalten in Göttingen. Unter besonderer Berücksichtigung des Sanatoriums „Rasemühle“, in: Klinisches Jahrbuch 14 (1905), S. 1–40.
- Cramer, August, Bericht an das Landesdirektorium über die Ergebnisse der psychiatrisch-neurologischen Untersuchung der Fürsorgeerziehungszöglinge im Stephansstift bei Hannover, im Magdalenenheim bei Hannover, im Frauenheim bei Himmelsthür vor Hildesheim und im Kalandshof bei Rotenburg, in: Klinisches Jahrbuch 18 (1908), S. 163–198.
- Cramer, August, Die weitere Entwicklung der Anstalten für psychische und Nervenkrankheiten in Göttingen unter besonderer Berücksichtigung der Aufnahmestation, des Verwahrungshauses für unsoziale Geisteskranke und der neuen Villa für Patienten I. Klasse im Sanatorium Rasemühle, in: Klinisches Jahrbuch 22 (1910), S. 339–374.
- Cramer, August, Bericht an das Landesdirektorium über die psychiatrisch-neurologische Untersuchung der schulentlassenen Fürsorgeerziehungszöglinge im Frauenheim bei Himmelsthür vor Hildesheim, Magdalenum bei Hannover, Moorburg bei Freistatt, Stephansstift bei Hannover, Kästorf bei Gifhorn und Kalandshof bei Rotenburg, in: Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie 67 (1910), S. 493–519.
- Dannemann, Adolf, Psychiatrie und Hygiene in den Erziehungsanstalten, Hamburg 1907.
- Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 1: 1945/46, bearbeitet von Carsten Nicolaisen und Nora Andrea Schulze, Göttingen 1995.
- Dienst unterm Kreuz. 90 Jahre männliche Diakonie im Hannoverland 1869–1959, Hannover 1959.
- Engelbracht, Gerda / Achim Tischer, Das St. Jürgen-Asyl in Bremen. Leben und Arbeiten in einer Irrenanstalt 1904–1934, Bremen 1990.
- Entstehung und Entwicklung des Stephansstiftes, in: 125 Jahre Stephansstift, S. 207–222.
- Fangerau, Heiner, Politik und Nervosität. Gründung und Betrieb der ersten deutschen Volksnervenheilstätte „Rasemühle“ bei Göttingen zwischen 1903 und 1914, in: Krankenhauspsychiatrie 16 (2005), S. 25–32.
- Faulenbach, Bernd / Andrea Kaltoven (Hg.), Hölle im Moor. Die Emslandlager 1933–1945, Göttingen 2017.
- Faulstich, Heinz, Hungersterben in der Psychiatrie 1914–1949. Mit einer Topographie der NS-Psychiatrie, Freiburg 1998.
- Freitag, Werner, Nationale Mythen und kirchliches Heil. Der Tag von Potsdam, in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 379–430.

- Frese, Matthias, Nationalsozialistische Vertrauensräte. Zur Betriebspolitik im „Dritten Reich“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1992, H. 4–5, S. 281–297.
- Gailus, Manfred, 1933 als protestantisches Erlebnis: emphatische Selbsttransformation und Spaltung, in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), S. 481–511.
- Geiger, Gabriele, Schwachsinnigenfürsorge und Hilfe für das geistig behinderte Kind. Eine Analyse der „Zeitschrift für das Idiotenwesen“ (1880–1934), Freiburg 1977.
- Görtemaker, Manfred, Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002.
- Goffman, Erving, Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt am Main 1961.
- Gottfriedson, Uwe, Neun Jahre und 183 Tage Aufbruch und Umbruch. Altenarbeit im Stephansstift von 1969 bis 1978, in: 125 Jahre Stephansstift, S. 155–159.
- Grabe, Nina, Die stationäre Versorgung alter Menschen in Niedersachsen 1945–1975, Stuttgart 2016.
- Grebing, Helga / Peter Pozorski / Rainer Schulze, Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945–1949, Stuttgart 1980.
- Greschat, Martin, Krieg und Kriegsbereitschaft im deutschen Protestantismus, in: ders., Protestanten in der Zeit. Kirche und Gesellschaft in Deutschland vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, hg. von Jochen-Christoph Kaiser, Stuttgart u.a. 1994, S. 51–66.
- Greschat, Martin, Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit, Stuttgart 2002.
- Grosse, Heinrich (Hg.), Bewahren ohne Bekennen? Die hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus, Hannover 1996.
- Hänsel, Dagmar, Die NS-Zeit als Gewinn für Hilfsschullehrer, Bad Heilbrunn 2006.
- Hänsel, Dagmar, Kontroversen um die Geschichte der Hilfsschul- und Sonderschulpädagogik in Deutschland, in: Hans-Walter Schmuhl / Ulrike Winkler (Hg.), Welt in der Welt. Heime für Menschen mit geistiger Behinderung in der Perspektive der Disability History, Stuttgart 2013, S. 179–189.
- Häusler, Michael, „Vom Irrweg der Männlichen Diakonie“ Die Treysaer Erklärung vor dem Hintergrund der äußeren und inneren Lage der Bruderschaften und der Deutschen Diakonenschaft, in: Dokumentation zur 4. Fachtagung des VeDD zur Geschichte des Verbandes im Dritten Reich vom 28. bis 30. Januar 1994, Bielefeld 1994, S. 6–22.
- Häusler, Michael, „Dienst an Kirche und Diakonie“ Die Deutsche Diakonenschaft zwischen beruflicher Emanzipation und kirchlicher Formierung (1913–1947), Stuttgart/Berlin/Köln 1995.
- Heering, Walter H., Wirtschaftswunder, in: Behnen (Hg.), Lexikon, S. 670 f.
- Heidemeyer, Helge, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.
- Heuer, Birgit, Zwangssterilisationen im Nationalsozialismus – eine Fallstudie, politikwissenschaftliche Magisterschrift, Hannover 1988.

- Irmak, Kenan H., *Der Sieche. Alte Menschen und die stationäre Altenhilfe in Deutschland 1924–1961*, Essen 2002.
- 125 Jahre Stephansstift. Festschrift zum 125. Jahresfest des Stephansstifts, o.O. o.J. [Hannover 1994].
- Jaspers, Karl, *Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands*, München 2. Aufl. 1996.
- Jörger, Josef, *Die Familie Zero*, in: *Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie* 2 (1905), S. 494–559.
- Jüllig, Carola, *Zwischen Rettungshaus und „Fürsorgehöllen“*, in: Ursula Röper / Carola Jüllig (Hg.), *Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998*, Berlin 2. Aufl. 2007, S. 182–191.
- Jütte, Robert / Wolfgang U. Eckart / Hans-Walter Schmuhl / Winfried Süß, *Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2. Aufl. 2011.
- Kaiser, Jochen-Christoph, *Protestantismus und Krieg*, in: Karl Heinrich Pohl (Hg.), *Wehrmacht und Vernichtungspolitik. Militär im nationalsozialistischen System*, Göttingen 1999, S. 67–88.
- Kaminsky, Annette (Hg.), *Heimkehr 1948. Geschichte und Schicksale deutscher Kriegsgefangener*, München 1998.
- Kjellén, Rudolf, *Die Ideen von 1914. Eine weltgeschichtliche Perspektive*, Leipzig 1915.
- Klee, Ernst, *„Die SA Jesu Christi“. Die Kirchen im Banne Hitlers*, Frankfurt am Main 1989.
- Klügel, Eberhard, *die lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933–1945*, 2 Bde., Berlin/Hamburg 1964/1965.
- Kraus, Eva, *Das Deutsche Jugendherbergswerk 1909–1933. Programm – Personen – Gleichschaltung*, Berlin 2013.
- Krause, Michael C., *Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen“ im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963*, Düsseldorf 1997.
- Kreuter, Alma, *Deutschsprachige Neurologen und Psychiater. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon von den Vorläufern bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts*, Bd. 1, Berlin 1995, S. 234–236.
- Kück, Thomas Jan, *Ludwig Adolf Petri (1803–1873). Kirchenpolitiker und Theologe*, Göttingen 1997.
- Kunter, Katharina, *Neues Selbstverständnis in der diakonischen Ausbildung. Die Gründung der evangelischen Fachhochschulen*, in: Ursula Krey / Hans-Walter Schmuhl (Hg.), *Von der inneren Mission in die Sozialindustrie? Gesellschaftliche Erfahrungsräume und diakonische Erwartungshorizonte im 19. und 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2014, S. 137–149.
- Ladda, Alfred / Hans-Jürgen Lange / Ulrich Meyer / Kurt Jürgen Schmidt / Arbeitskreis Diakonische Theologie (Hg.), *Diakonisches Erzähl- und Lesebuch für die Mitglieder der Diakoniegemeinschaft Stephansstift*, Hannover 2000.

- Lampel, Peter Martin, *Jungen in Not. Berichte von Fürsorgeerziehungszöglingen*, Berlin 1928.
- Lampel, Peter Martin, *Revolte im Erziehungshaus. Schauspiel der Gegenwart in drei Akten*, Berlin 1929.
- Lange, Hans-Jürgen, *Das Stephansstift und die Posaunenchor*, in: *125 Jahre Stephansstift*, S. 143–154.
- Lesemann, Gustav, *Wege Wandlungen Begegnungen in der Pädagogik, Sonder- und Sozialpädagogik. Rückschau, Analysen, Ausblicke, dargestellt an Ausschnitten aus meinem Leben*, Berlin 1969.
- Marckwort, Hans-Jürgen, *Die Lehre von der Psychopathie*, med. Diss. Bonn 1970.
- Marschalck, Peter, *Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1984.
- Marten, Ralf, „Ich nenne es Kindergefängnis ...“ *Spezialheime in Sachsen-Anhalt und der Einfluss der Staatssicherheit auf die Jugendhilfe der DDR*, Halle (Saale) 2015.
- Mehl, Christoph, *Das Stephansstift (Hannover) und die politische Haltung seines Leiters, Pastor Johannes Wolff, in den Jahren 1933 und 1934*, diakoniewissenschaftliche Abschlussarbeit, Diakoniewissenschaftliches Institut der Theologischen Fakultät Heidelberg, 1989.
- Mehl, Christoph, *Das Verhältnis der Inneren Mission in der Hannover'schen Landeskirche zum nationalsozialistischen Regime*, dargestellt am Stephansstift Hannover, Wissenschaftliche Hausarbeit im Fach Kirchengeschichte, Heidelberg 1990.
- Mehl, Christoph, *Das Stephansstift 1924–1946*, in: *125 Jahre Stephansstift*, S. 39–104.
- Mehl, Christoph, *Innere Mission und Nationalsozialismus am Beispiel des Stephansstiftes Hannover*, in: Heinrich Grosse / Hans Otte / Joachim Perels (Hg.), *Bewahren ohne Bekennen? Die hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus*, Hannover 1996, S. 301–327.
- Mehl, Ernst Christoph, *Diakone als Wachtmänner in den Emslandlagern*, in: Heinrich Grosse / Hans Otte / Joachim Perels (Hg.), *Neubeginn in der Nachkriegszeit? Die hannoversche Landeskirche nach 1945*, Hannover 2. Aufl. 2003, S. 291–399.
- Mehring, Andreas, *Feldwebelsprache in der Anstaltserziehung*, in: *Die Innere Mission*, 1. Jg., Juli 1949, Nr. 7, S. 29.
- Merkel, Ernst Christoph (Hg.), *Schlaglichter. Dokumente zur Geschichte der Diakoniegemeinschaft Stephansstift 1927–1947*, Hannover 1989.
- Merkel, Ernst Christoph (Hg.), *Ausbildung für die diakonische Kirche. Zeitzeugeninterviews zur Studienzeit von Diakonen und Gemeindeförderinnen 1945–1975*, Hannover 2007.
- Merkel, Ernst Christoph, *Rückblick auf bewegte Jahre. Erfahrungen mit der Diakoniegemeinschaft Stephansstift*, in: *125 Jahre Stephansstift*, S. 125–142.
- Meyer, Cornelia, *Das Werkhaus Moringen. Die Disziplinierung gesellschaftlicher Randgruppen in einer Arbeitsanstalt (1871–1944)*, Moringen 2004.
- Meyer, Steffen, „Gefahr ist im Verzuge.“ *Die Geschichte des Erziehungsheimes Rischborn unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1945 bis 1958*, in: *Diakonische Heime*

- in Kästorf e.V. (Hg.), *Geschichten aus der Kästorfer Diakonie*, Braunschweig 2008, S. 45–62.
- Meyer, Steffen, *Zuflucht, Kurhaus, Strafanstalt. Die Trinkerheilstätte Stift Isenwald und ihre Patienten 1901–1942*, Hamburg 2017.
- Mlynek, Klaus / Waldemar R. Röhrbein / Dieter Brosius (Hg.), *Geschichte der Stadt Hannover*, Bd. 2: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, Hannover 1994.
- Mlynek, Klaus, *Hannover in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus 1918–1945*, in: ders./Röhrbein (Hg.), *Geschichte der Stadt Hannover*, S. 405–577.
- Mönkemöller, Otto, *Die geistigen Krankheitszustände des Kindesalters*, Wiesbaden 1922.
- Müller, Christian, *Verbrechensbekämpfung im Anstaltsstaat. Psychiatrie, Kriminologie und Strafrechtsreform in Deutschland 1871–1933*, Göttingen 2004.
- Münchmeyer, August Friedrich Otto, *Die innere Mission. Erster und zweiter Artikel*, in: *Zentralblatt für die Angelegenheiten der lutherischen Kirche* 1849, S. 251–262, 279–290.
- Neitzel, Sönke, *Seeblockade*, in: Gerhard Hirschfeld / Gerd Krumeich / Irina Renz (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn u.a. 2009, S. 1002–1004.
- Neumann, Reinhard, *In Zeit-brüchen diakonisch handeln 1945–2013*, Bielefeld 2013.
- Nolte, Paul, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000.
- Norden, Günther van, *Befreiung der Kirche? Kirche der Befreiten? Der schwierige Neubeginn der evangelischen Kirche im Jahr 1945*, in: *Evangelische Theologie*, Nr. 5/1995, S. 457–474.
- Nußbicker, Rainer, *Freistatt, Heimerziehung und die Westfälische Diakonenanstalt Nazareth*, in: Benad/Schmuhl/Stockhecke (Hg.), *Endstation Freistatt*, S. 217–254.
- Otte, Hans, *Diakonie in der Nachkriegszeit. Der Aufbau des Evangelischen Hilfswerks*, in: Heinrich Grosse / Hans Otte / Joachim Perels (Hg.), *Neubeginn nach der NS-Herrschaft? Die hannoversche Landeskirche nach 1945*, Hannover 2002, S. 129–152.
- Pastor Werner Dicke, *Nachruf*, in: *Die Rehabilitation*, 1969, 8 (2), S. 65–67.
- Peukert, Detlev J. K., *Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1878 bis 1932*, Köln 1986.
- Pötzsch, Horst, *Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart. Die Entwicklung der beiden deutschen Staaten*, München 1998.
- Projektgruppe „Ganz unten. Obdachlosigkeit, öffentliche Skandalisierung, diakonisches Engagement“, *Wangemanns Wanderungen. Eine Episode aus der Frühzeit der Wandererfürsorge*, in: *Ravensberger Blätter*, H. 2/2017, S. 12–32.
- Richter, Justin, *Die in ihre Hände fallen*, Rudolstadt 1928.
- Rosemann, Helmut, *Der Erziehungsbereich in Eckardtshaus: Fürsorgeerziehung und (halb-)offene Jugendsozialarbeit*, in: Matthias Benad / Hans-Walter Schmuhl (Hg.),

- Bethel – Eckardtsheim. Von der Gründung der ersten deutschen Arbeiterkolonie bis zur Auflösung als Teilanstalt (1882–2001), Stuttgart 2006, S. 242–285.
- Schering, Ernst, Schlinggewächs am Baum der Kirche. Widerstände norddeutscher Lutheraner gegen die Innere Mission, in: Hans Christoph v. Hase / Peter Meinhold (Hg.), Reform von Kirche und Gesellschaft, 1848–1973, Stuttgart 1973, S. 170–176.
- Schering, Ernst, Gründung und Aufbau des Stephansstiftes, in: 125 Jahre Stephansstift, S. 7–37.
- Schmidt, Manfred G., Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Wiesbaden 3. Aufl 2005.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef, Nazifizierung der Kirche – Bewahrung des Bekenntnisses – Loyalität zum Staat. Die Evangelische Kirche in der Stadt Hannover 1933 bis 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch 62 (1990), S. 97–132.
- Schmuhl, Hans-Walter, Ärzte in der Anstalt Bethel 1870–1945, Bielefeld 1998.
- Schmuhl, Hans-Walter, Arbeitsmarkt und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871–2002, Zwischen Fürsorge, Hoheit und Markt, Nürnberg 2003.
- Schmuhl, Hans-Walter, Senfkorn und Sauerteig. Die Geschichte des Rauhen Hauses zu Hamburg 1833–2008, Hamburg 2008.
- Schmuhl, Hans-Walter, Die doppelte Buchführung in Freistatt, in: Wilhelm Damberg / Bernhard Frings / Traugott Jähnichen / Uwe Kaminsky (Hg.), Mutter Kirche – Vater Staat? Geschichte, Praxis und Debatten der konfessionellen Heimerziehung seit 1945, Münster 2010, S. 211–228.
- Schmuhl, Hans-Walter, Eugenik und Rassenanthropologie, in: Jütte/Eckart/Schmuhl/Süß, Medizin, S. 24–38.
- Schmuhl, Hans-Walter, Zwangssterilisation, in: Jütte/Eckart/Schmuhl/Süß, Medizin, S. 201–213.
- Schmuhl, Hans-Walter, Psychiatrie in Bethel, 1886–1979, in: Kerstin Stockhecke / Hans-Walter Schmuhl (Hg.), Von Anfang an evangelisch. Geschichte des Krankenhauses Gilead in Bielefeld, Bielefeld 2014. S. 335–354.
- Schmuhl, Hans-Walter / Ulrike Winkler, „Der das Schreien der jungen Raben nicht überhört“. Der Wittekindshof – eine Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung, 1887 bis 2012, Bielefeld 2012.
- Schmuhl, Hans-Walter / Ulrike Winkler, Vom Frauenasyl zur Arbeit für Menschen mit geistiger Behinderung. 130 Jahre Diakonie Himmelsthür (1884–2014), Bielefeld 2014.
- Schmuhl, Hans-Walter / Ulrike Winkler, Vom Asyl für entlassene Gefangene zur Teilhabe für Menschen mit Behinderungen. 150 Jahre Diakonische Stiftung Ummeln (1866–2016), Bielefeld 2016.
- Schmuhl, Hans-Walter / Ulrike Winkler, Die Evangelische Perthes-Stiftung. Vom Fachverband für Wandererfürsorge zum diakonischen Unternehmen, Bielefeld 3. Aufl. 2018.
- Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt am Main/Berlin 1986.
- Schulte, Jan Erik, Zwangsarbeit und Vernichtung. Das Wirtschaftsimperium der SS, Paderborn 2011.

- Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 37. Jg., 1962.
- Schneider, Franka, „Ehen in Beratung“, in: Kaminsky (Hg.), Heimkehr 1948, S. 192–216.
- v. See, Klaus, Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914. Völkisches Denken zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg, Frankfurt am Main 1975.
- Siebold, [Matthias] (Hg.), Psychiatrie und Fürsorgeerziehung. Eine freundschaftliche Streitschrift zwischen zwei Pädagogen, Bethel 1908.
- Steinwachs, Johannes / Wilhelm Backhausen / Johannes Voigt, Die evangelische Anstalterziehung mit besonderer Berücksichtigung der Fürsorgeerziehung. Leitfaden zur Ausbildung von Erziehern in Anstalten für männliche Zöglinge, Hannover 1922.
- Stephansstift Hannover-Kleefeld (Hg.), Festschrift zum 125jährigen Jubiläum der Ludolf-Wilhelm-Fricke-Schule, Hannover 1998.
- Stoddard, Lothrop, Der Kulturumsturz. Die Drohung des Untermenschen, München 1925.
- Süß, Winfried, Sozialpolitik (Bundesrepublik), in: Behnen (Hg.), Lexikon.
- Thun, W., Werden und Wachsen der Deutschen Evangelischen Seemannsmission, Altona 1939.
- Vollnhals, Clemens, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989.
- Vollnhals, Clemens, Im Schatten der Stuttgarter Schulderklärung. Die Erblast des Nationalprotestantismus, in: Manfred Gailus / Hartmut Lehmann (Hg.), Nationalprotestantische Mentalitäten. Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes, Düsseldorf 2005, S. 379–431.
- Wagner, Jens-Christian (Hg.), 70 Tage Gewalt, Mord, Befreiung. Das Kriegsende 1945 in Niedersachsen, Göttingen 2016.
- Wagner, Sylvia, Arzneimittel und Psychochirurgie. Der Einsatz von Medikamenten zur Sedierung, Arzneimittelstudien und Stereotaxie in den Rotenburger Anstalten 1950–1980, in: Wilke/Schmuhl/Wagner/Winkler, Hinter dem Grünen Tor, S. 305–365.
- Wildt, Michael, Am Beginn der „Konsumgesellschaft“. Mangelersparung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994.
- Wilke, Karsten / Hans-Walter Schmuhl / Sylvia Wagner / Ulrike Winkler, Hinter dem Grünen Tor. Die Rotenburger Anstalten der Inneren Mission, 1945–1975, Bielefeld 3. Aufl. 2019.
- Wilke, Karsten, Die Rotenburger Anstalten der Inneren Mission 1880 bis 1950. Die Geschichte eines Heil- und Pflegekomplexes in der preußischen Provinz Hannover vom Kaiserreich bis zur frühen Bundesrepublik, in: ders./Schmuhl/Wagner/Winkler, Hinter dem Grünen Tor, S. 25–77.
- Winkler, Ulrike, Männliche Diakonie im Zweiten Weltkrieg. Kriegserleben und Kriegserfahrung der Kreuznacher Bruderschaft Paulinum von 1939 bis 1945 im Spiegel ihrer Feldpostbriefe, München 2007.
- Winkler, Ulrike, Wandel und Beständigkeit. 125 Jahre Stiftung kreuznacher diakonie, Bielefeld 2014.

- Winkler, Ulrike „Zucht und Liebe“ Befunde und Reflexionen zur Fürsorgeerziehung in Einrichtungen der Diakonie 1945 bis 1975, in: Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hg.), „Gemeinschaftsfremde“ Zwangserziehung im Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik und der DDR, Berlin 2016, S. 133–162.
- Winkler, Ulrike, „Wir sind in der Lage, den Erziehungserfolg zu sichern.“ Heimerziehung im Evangelischen Johannesstift. Die Jahre von 1945 bis 1975 aus der Perspektive ehemaliger Bewohner und ehemaliger Erzieher, Berlin 2016.
- Winkler, Ulrike / Hans-Walter Schmuhl, Heimwelten. Quellen zur Geschichte der Heimerziehung in Mitgliedseinrichtungen des Diakonischen Werkes der Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers e.V. von 1945 bis 1978, Bielefeld 2011.
- Wolff, Johannes, Geschichte des Stephansstifts und seiner Bruderschaft, in: Monatsbote 50 (1929), Nr. 5 (Mai 1929), S. 2–112.



Personenregister

- Adenauer, Auguste**, geb. Zinsser (1895–1948), Ehefrau Konrad Adenauers 315
- Adenauer, Konrad** (1876–1967), Bundeskanzler 315
- Adler, Max** (1873–1937), Sozialphilosoph 190
- Ahrends, Pastor** am Krüppelheim Annastift 74
- Alpers, Dr. Harm** (1929–2019), Pastor, Vorsteher des Stephansstifts 464–465, 470, 477–478, 483, 485, 501, 506, 511–513, 515–516
- Alsleben, Curt**, Bewerber als Betriebsleiter 312
- Althaus, Prof. Paul** (1888–1966), Theologe 232
- Andrae, Georg**, Bruder des Stephansstifts 404–405
- Andreae, Dr. Georg** (1888–1983), Landesrat 167
- Axmann, Georg** (* 1869), Bruder des Stephansstifts 111–112
- Backhausen, Wilhelm** (1869–1924), Pastor, 2. Geistlicher des Stephansstifts 15, 71, 73–77, 80–82, 84–87, 89–90, 92–99, 127–128, 144–152, 160–162, 177–181, 184, 236, 260, 399
- Badenhop, Johannes** (1890–1965), Pastor, Vorsteher der Pestalozzi-Stiftung 328, 391
- Bahlsen, Hermann** (1859–1919), Unternehmer 151
- Baltruweit, Bruder** des Stephansstifts 475
- Barkmann, Paul** (1905–1969), Diakon des Stephansstifts 333
- Bauermann, Karl** († 1919), Bruder des Stephansstifts 131
- Baum, Vicky** (1888–1960), Schriftstellerin 153
- Bebel, August** (1840–1913), sozialdemokratischer Politiker 61
- Beddig, Otto** (1890–1955), Bruder des Stephansstifts 162, 240, 311–312, 315
- Behr, Heinrich** (1911–1988), Bruder des Stephansstifts, Brüderältester 421–422, 481, 492
- Behr, Inge**, Religionspädagogin 473, 478
- Behr, Ulrich** († 1960), Diakonenschüler 397
- Bendokat, Dr. Bruno**, Assessor 209, 226, 299
- Berger, Richard** (* 1878), Bruder des Stephansstifts 169
- Bielefeld, Kurt** (1912–1998), Bruder des Stephansstifts 331
- Binding, Prof. Karl** (1841–1920), Strafrechtler 231
- Binka, Manfred**, Psychologe 466
- Birth, Johannes** (* 1880), Bruder des Stephansstifts 132
- Bismarck, Otto v.** (1815–1898), Reichskanzler 24
- Bitter, v.**, Vorstandsvorsitzender des Stephansstifts 470
- Blair, Tony** (* 1953), britischer Premierminister 517
- Bleißmann, Dr. Rudolf** (1862–1919), Anstaltsdezernent 72
- Blomeyer, Hermann** (* 1888), Bruder des Stephansstifts 222–224
- Blumberg, Dr. Fritz**, Rechtsanwalt 349
- Bock, Dr. Hartmut**, Wirtschaftsdirektor des Stephansstifts 523, 532–533
- Bodenschwingh d. Ä., Friedrich v.** (1831–1910), Pastor, Vorsteher der Betheler Anstalten 40, 90, 119
- Bödeker, Hermann Wilhelm** (1799–1875), Senior 57
- Böhme, Stefan** (* 1962), Geschäftsführer des Cornelius-Werkes Diakonische Dienste 519

- Bösch, Hermann (1918–1983),
Bruder des Stephansstifts 332
- Bojunga, Dr. 345
- Bora, Katharina von (1499–1552),
Ehefrau Martin Luthers 526
- Bott, Michael (* 1959), Wirtschaftsdirektor
des Stephansstifts 534, 536
- Brandes, Dr. Hermann (1885–1978),
Generaldirektor 244, 308–309, 347,
403
- Brandt, Willy (1913–1992), Bundeskanzler
449
- Brüel, Ludwig August (1818–
1896), Geheimer Justizrat,
Vorstandsvorsitzender des
Stephansstifts 33, 59, 63
- Brüne, Karl-Heinz (1937–2002),
Bruder des Stephansstifts 487
- Bunemann, H. R., Bruder des
Stephansstifts 430
- Burchard, Alexander (1872–1955), Pastor,
Inspektor der Rigaer Stadtmission
159–160, 173–174
- Calsow**, Direktor 475
- Cohrs, Heinrich-Wilhelm (* 1939),
Bruder des Stephansstifts 436, 464,
501, 508, 515
- Cramer, Prof. Dr. August (1860–1912),
Psychiater 91–96, 98–99
- Creutzig, Oberlandeskirchenrat 475
- Cumberland, Ernst August Herzog v.
(1845–1923), Kronprinz 58
- Cumberland, Thyra Herzogin v.
(1853–1933) 58
- Dahle**, Gerhard (* 1941), Bruder des
Stephansstifts, Vorsitzender der
Diakoniegemeinschaft 301
- Dannemann, Prof. Dr. Adolf (1867–1932),
Psychiater 91
- Daub, Hans-Peter (* 1959), Theologischer
Vorstand der Dachstiftung
Diakonie 536
- Decken, von der, Referentin im
niedersächsischen Kultusministerium
471
- DeMille, Cecil B. (1881–1959),
Regisseur 189
- Depuhl, Dr. Alfred (1892–1957),
Hauptgeschäftsführer des
Landesvereins für Innere Mission
167, 170, 209, 220, 231–233, 237,
242–244, 246
- Detmold, Carl F. 59
- Dicke, Werner (1908–1969), Pastor,
Vorsteher des Annastifts 317
- Diegel, Gewerbeoberlehrer 209
- Dietrich, Wilhelm (* 1888),
Bruder des Stephansstifts 159–160, 174
- Dietzfelbinger, Hermann (1908–1984),
Pastor, Rektor der Diakonissenanstalt
Neuendettelsau 419
- Dittrich, Gerhard (1887–1973),
Pastor, 3. Geistlicher des Stephansstifts
161, 182–183
- Dittrich, Dr. Jochen, Leiter der
Fachschule für Sozial- und
Heilpädagogik 526–527
- Dohrn, Dr., Medizinalrat 167
- Drögemeier, Heinrich (* 1882),
Bruder des Stephansstifts 131
- Drude, Dr. Hartwig (* 1935),
Brüderpastor 455, 470, 477, 482
- Dübler, Max († 1914),
Bruder des Stephansstifts 134
- Düring, Prof. Dr. Ernst v. (1858–1944),
Ernährungsphysiologe 151
- Duge, Friedrich (1856–1927), Direktor des
Seefischmarkts Cuxhaven 410
- Ebert**, Karl (* 1887),
Bruder des Stephansstifts 159
- Egestorff, Georg (1802–1868),
Unternehmer 25
- Engels, Friedrich (1820–1895),
Ökonom, Philosoph 407

- Erdmann, Oswald (1871–1934),
Stadtprobst von Riga 171
- Erdmann, Peter-Cedor (* 1948),
Bruder des Stephansstifts 496
- Fahsing, Bruno**, Bruder des Stephansstifts,
Brüderhausvater 366
- Falk, Adalbert (1827–1890), Minister
für die geistlichen, Unterrichts- und
Medizinalangelegenheiten 46
- Faulhaber, Michael von (1869–1952),
Kardinal von München und Freising
293
- Feesche, Friedrich Ludwig (1866–1931),
Buchhändler 205
- Fehly, Eduard (1871–1933), Pastor
204, 206
- Feldmann, Friedrich (* 1875),
Bruder des Stephansstifts 122
- Fesser, Karl (* 1898),
Bruder des Stephansstifts 169
- Fickert, Kurt (* 1874),
Bruder des Stephansstifts 40, 121–122
- Finke, Bruder des Stephansstifts 322
- Fischer, Karl (* 1903), Bruder des
Stephansstifts 203, 206
- Fischl, Josef (* 1879),
Bruder des Stephansstifts 169
- Flade, Horst (* 1924), ehemaliger Bruder
des Stephansstifts 331
- Flex, Walter (1887–1917), Schriftsteller 186
- Fliedner, Theodor (1800–1864), Pfarrer,
Vorsteher der Diakonissenanstalt
Kaiserswerth 32
- Fock, Gorch [eig. Johann Wilhelm Kinau]
(1880–1916), Schriftsteller 507
- Fontaine, Dr. Werner († 1962),
Amtsgerichtspräsident,
Vorstandsvorsitzender des
Stephansstifts 308, 328, 345, 347, 366
- Fratzcher, Arnold (1904–1987), Assessor
209
- Freese, Heinrich (* 1881),
Bruder des Stephansstifts 201
- Freytag, Julius (1835–1926),
Pastor, Vorsteher des Stephansstifts 15,
30–31, 33–36, 260
- Fricke, Ludolf Wilhelm (1840–1899),
Pastor, Vorsteher des Stephansstifts
15, 36–39, 46–47, 49, 51–52, 54, 58–63,
65–66, 69, 73, 108, 252, 260, 389, 393,
400
- Fricke, Walter (* 1905),
Bruder des Stephansstifts 334
- Friedrichsen, Uwe (* 1930),
Bruder des Stephansstifts 402
- Fuchs, Pastor, Brüderlehrer 74
- Gärtner, Herbert** (* 1952),
Sozialpädagoge 512
- Georg V. (1819–1878),
König von Hannover 23, 58
- Gerbers, Ernst Daniel, Pastor 63
- Geske, Max (1892–1972), Diakon der
Zinsdorfer Bruderschaft 332
- Gläfke, Albert (* 1878),
Bruder des Stephansstifts 160
- Goebbels, Joseph (1897–1945),
Reichspropagandaminister 199, 201
- Goebel, Hermann-Eberhard (1920–1995),
Oberkirchenrat 345, 347–350, 363
- Goethe, Johann Wolfgang von
(1749–1832), Dichter, Naturforscher
48, 525
- Goßler, Gustav v. (1838–1902), Minister
für die geistlichen, Unterrichts- und
Medizinalangelegenheiten 59
- Gottfriedsen, Frau, Ehefrau Uwe
Gottfriedsens 403, 496
- Gottfriedsen, Uwe (* 1930), Leiter der
Altenheime 403, 496, 498
- Grahn, Georg (1910–1997), Bruder des
Stephansstifts, Erziehungsleiter 323,
326, 395, 420
- Grieger, Dr. Manfred (* 1960), Historiker
519
- Grote, Emil (* 1878), Bruder des
Stephansstifts 122, 131

- Grote, Karl (1825–1897), Polizeirat 28
- Grütter, Helmut (1834–1900), Pastor 31
- Gürtler, Wilfried, Psychologe 509
- Guevara, Ernesto Che (1928–1967),
Revolutionär 454
- Guhlke, Albert (*1880),
Bruder des Stephansstifts 131
- Gurn, Willi (*1888),
Bruder des Stephansstifts 169
- Gutsche, Gertrud, Lehrerin 514
- Haars, Hermann** (*1879),
Bruder des Stephansstifts 159
- Haas, Eberhard (*1872),
Bruder des Stephansstifts 131
- Haccius, Adolf (1849–1932), Geheimrat,
Vorstandsvorsitzender des
Stephansstifts 205
- Hacke, Hans (*1929),
Diakon des Stephansstifts 492–493
- Häusler, Dr. Michael, Historiker 296
- Hahn, Gerhard (1901–1943), Pastor,
Kirchenkommissar 203
- Haller, Seemannspastor 173
- Hanke, Johannes (1887–1958), Pastor,
Vorsteher des Zweiten Rheinischen
Diakonissenuutterhauses
Bad Kreuznach 299
- Hansen, Bruder des Stephansstifts 411
- Hanßen, Rudolf (*1864),
Bruder des Stephansstifts 85
- Hardeland, August (1814–1891),
Superintendent der Hermannsburger
Mission, Vorsteher des Bruderhauses
in Neinstedt 32
- Hartmann, Dr. Hermann (1880–1956),
Schatzrat, Anstaltsdezernent 204, 219,
237–238, 241–245, 248–249, 307–308,
313
- Haß, Wilhelm (*1874), Bruder des
Stephansstifts 137, 159, 174–176
- Haupt, Adolf, Lehrer 224
- Heim, Prof. Dr. (†1975),
Amtsgerichtspräsident,
Vorstandsvorsitzender des
Stephansstifts 347–348, 366
- Heintze, Georg, Generaldirektor 140
- Heinze jun., Dr. Hans (1923–2012),
Kinder- und Jugendpsychiater
398–399, 469
- Heinze sen., Dr. Hans (1895–1983),
Psychiater 398
- Hellemann, Werner,
Diakon des Stephansstifts 428–429
- Henckel, Oberregierungsrat 289
- Hennig, Martin (1864–1920), Pastor,
Vorsteher des Rauhen Hauses 180
- Heppel, Kurt-Walter (†2006),
Verwaltungsleiter, Wirtschaftsdirektor
des Stephansstifts 351, 403, 486, 500,
523–525
- Hesekiel, Johannes (1835–1910),
Reiseprediger 28
- Heymann, Paul (1916–1975), Diakon der
Kreuzbacher Bruderschaft Paulinum
298–299
- Hillebrand, Eberhard (1840–1924),
Stadtbaupinspektor 59
- Hindenburg, Paul v. (1847–1934),
Generalfeldmarschall, Reichspräsident
125, 197, 201
- Hitler, Adolf (1889–1945), Reichskanzler
195–196, 198, 200–201, 206, 230,
293–294
- Hoche, Alfred E. (1865–1943), Psychiater
231
- Hölscher, Architekt 456
- Höne, Karl (*1885),
Bruder des Stephansstifts 131
- Höner, Oberkirchenrat 476
- Hoffmann, Heinrich (*1893),
Bruder des Stephansstifts 159
- Hofmann, Dr., Magistratsrat 167
- Holtz, Albrecht (1910–1983), Bruder
des Stephansstifts 301, 319, 401–402
- Holtz, Gertrud 319

- Hoppe, Hans-Peter (* 1951), Theologischer Vorstand Diakonische Heime in Kästorf, Vorsteher des Stephansstifts, Theologischer Vorstand der Dachstiftung Diakonie 536
- Hotop, Frau des verstorbenen Hauptlehrers Hotop 141
- Hoyer, August (1820–1908), Pastor 33
- Hülßen, Johann (1897–1963), Bruder des Stephansstifts, Brüderältester 421
- Hustedt, Hans, Pastor 204–205
- Jänicke, Doris (1946–2012), Diakonin des Stephansstifts, Vorsitzende der Diakoniegemeinschaft 479, 484
- Jänisch, Konstantin († 1943), Angestellter an der Erlöserkirche in Breslau 304
- Jänisch, Lina, Ehefrau Konstantin Jänischs 304
- Jahns, Paul Gerhard (1925–2004), Leiter der Wichernschule 349–350
- Janssen, Karl (1912–1984) Pastor, Vorsteher des Stephansstifts 209, 247, 300, 350–351, 363–367, 376–378, 381–382, 384–388, 392, 398–400, 402–403, 412–415, 417–421, 423–425, 427–429, 431–433, 436–439, 442–448, 451–454, 456, 458, 461–462, 464, 469–470, 474–475, 477, 489, 506, 516, 528
- Jaspers, Karl (1883–1969), Philosoph 293
- Jörger, Josef (1860–1933), Psychiater 99
- Junker, Joest (* 1898), Bruder des Stephansstifts 169
- Kahlstorf, Heinrich (* 1894), Bruder des Stephansstifts 216, 226
- Kannegießer, Inspektor des Ritterguts Kronsberg 311, 318, 416
- Karwahne, Berthold (1887–1957), Leiter des Wohlfahrtsamtes Hannover 197
- Kawerau, Siegfried (1886–1936), Gymnasiallehrer, Schulreformer 179
- Keese, Otto (1877–1949), Bruder des Stephansstifts, Brüderältester 74, 109, 135, 300
- Kentler, Prof. Dr. Helmut (1928–2008), Psychologe, Sozialpädagoge 509
- Kestner, Lotte (Charlotte), geb. Buff (1753–1828) 525
- Kistner, Johannes, Leiter der Tischlerei im Stephansstift 485
- Klapper, Gottfried (1917–2003), Pastor 363
- Kleißmann, Prof. Dr. Christoph (* 1938), Historiker 287
- Kloth, Heinrich (* 1884), Bruder des Stephansstifts 131
- Klügel, Eberhard (1901–1966), Landessuperintendent 351
- Knorr, Ewald (1886–1968), Bruder des Stephansstifts 167, 330–334, 357
- Kobus, Regierungsdirektor 351
- Koch, Julius Ludwig August (1841–1908), Psychiater 179
- Koepchen, Dr. Ernst, Landesrat 167
- Köppen, Hans-Martin (1921–1980), Bruder des Stephansstifts 333
- Köppen, Ilse (1929–2015), Ehefrau Hans-Martin Köppens 333
- Körner, Dr. Hans (1899–1977), Oberlandwirtschaftsrat 308, 345
- Köver, Friedrich (* 1876), Bruder des Stephansstifts 209, 221, 244
- Kohl, Helmut (1930–2017), Bundeskanzler 450
- Kohlrausch, Prof. Dr. Christian Georg (1851–1934), Turnpädagoge 87
- Kowalzik, Bäckermeister 486
- Krause, Dr. Reinhold (1893–1980), Pastor, Gauobmann der Deutschen Christen 206
- Kreussler, Adolf, Pastor, 3. Geistlicher des Stephansstifts 160
- Krümpel, H., cand. min., Brüderlehrer 113

- Kruse, Herbert, Pastor 340, 366, 424, 433, 475–476
- Kühling, Dr. Paul (* 1929),
Gefängnisdirektor 515
- Kütt, Johann, Bruder des Revaler
Brüderhauses 132, 141
- Laasch**, Theodor (1894–1956),
Landessuperintendent 244, 248, 308
- Ladda, Alfred (1928–2003), Bruder
des Stephansstifts 407–410, 413
- Ladda, Magdalena (1933–2018), Ehefrau
Alfred Laddas 407
- Lampe, Dr. Walther (1894–1985),
Konsistorialrat 167
- Lampel, Peter Martin (1894–1965),
Schriftsteller 189–190
- Lange, Hans-Jürgen (* 1925),
Bruder des Stephansstifts 480–481
- Lange jun., Dr., Mediziner 400, 495
- Lange sen., Dr., Mediziner 495
- Lassalle, Ferdinand (1825–1864),
sozialdemokratischer Politiker 61
- Laubsch, Walter, Politologe, Schulleiter
472, 478
- Lavater, Johann Caspar (1741–1801),
Pastor 367
- Lawker, Heinrich (* 1935), ehemaliger
Bewohner von Borstel 323
- Lax, Hellmuth, Regionalleiter in der
Jugendhilfe des Stephansstifts 497
- Lehmann, Regierungsassessor 33
- Leinert, Robert (1885–1980),
Oberbürgermeister von Hannover
154–155
- Leipziger, Adolf Hilmar v. (1825–1891),
Oberpräsident 59
- Lemke, Dr. Helga, Psychologin 478
- Lemmermann, Karl Johannes
(1865–1941), Pastor, Vorsitzender des
Niedersächsischen Herbergsverbandes
120, 170
- Lerle, August (* 1884),
Bruder des Stephansstifts 106
- Lert, Richard (1885–1980), Kapellmeister
153
- Lesemann, Gustav (1889–1973),
Sonderschullehrer 324–326
- Lettau, Paul (1897–1957), Diakon
der Zinsdorfer Bruderschaft 332
- Leverkühn, Carl (1823–1906),
Oberschulinspektor 33
- Lichtenberg, Dr. Karl (1816–1883),
Kultusminister 29
- Lichtenberg, Georg Christoph
(1742–1799), Naturwissenschaftler,
Aphoristiker 29
- Liebknecht, Wilhelm (1826–1900),
sozialdemokratischer Politiker 61
- Lilje, Dr. Hanns (1899–1977),
Landesbischof 345, 350
- Lilje, Theodor (1869–1967), Bruder
des Stephansstifts 205, 244, 308
- Lipp, Psychologin 399
- Loderaud, Ernst, Bruder des Petersburger
Brüderhauses 132, 140
- Löhe, Wilhelm (1808–1872), Pastor,
Vorsteher der Diakonissenanstalt
Neuendettelsau 30, 341
- Löns, Hermann (1866–1914), Journalist,
Dichter 58, 507
- Lohmann, Friedrich (1831–1905), Assessor
im hannoverschen Kultusministerium
29
- Lohmann, Gustav (* 1884),
Bruder des Stephansstifts 131
- Lorenz, Wilhelm,
Bruder des Stephansstifts 344
- Lorenz, Dr., Berater in Wirtschafts- und
Finanzangelegenheiten 309, 321, 333
- Lubenow, Missionshelfer 407
- Luther, Martin (1483–1546), Reformator
48, 206, 526
- Lutze, Viktor (1890–1943),
SA-Obergruppenführer 195

- Mahrenholz**, Prof. Dr. Christhard
(1900–1980), Oberlandeskirchenrat
248, 308
- Mai**, Otto († 1901),
Bruder des Stephansstifts 40, 122
- Maikowski**, Dieter (* 1943), ehemaliger
Bewohner des Stephansstifts 394–396
- Marahrens**, D. August (1875–1950),
Landesbischof 203, 207, 243–244, 248
- Marie** (1818–1907), Königin von Hannover
58
- Marx**, Karl (1881–1883), Ökonom,
Philosoph 407
- Mau**, Otto (1895–1963),
Bruder des Stephansstifts 334
- Mau**, Paul-Friedrich (1928–1984), Bruder
und Leiter der Ludwig-Wilhelm-
Fricke Schule 505–506
- Mehl**, Christoph 234–236
- Mehringer**, Andreas (1911–2004),
Sozial- und Heilpädagoge 393
- Meier-Wiedenbach**, Pastor 470
- Meiser**, Hans (1881–1956),
bayerischer Landesbischof 293
- Meldau**, Frieda, Bewohnerin des
Altenheims Stephansruh 496
- Menge**, Arthur (1884–1965),
Oberbürgermeister von Hannover
155, 197
- Menke**, Wilhelm (* 1893),
Bruder des Stephansstifts 131
- Merkel**, Angela (* 1954), Bundeskanzlerin
518
- Merkel**, Ernst Christoph 213
- Meyer**, Arnold, Bruder des Stephansstifts
367
- Meyer**, Friedrich (1905–1990),
Bruder des Stephansstifts 339
- Meyer**, Dr. Steffen (* 1968), Historiker,
Archivar der Dachstiftung Diakonie
519
- Meyer**, Vizepräsident 476
- Mönkemöller**, Dr. Otto (1867–1930),
Psychiater 98, 144–145, 181
- Müller** († 1888), Amtsrichter 33
- Müller**, Hans Friedrich (1890–1949),
Pastor, 2. Geistlicher des Stephansstifts
161, 207, 226, 235, 240, 244, 307
- Müller**, Heinrich (* 1876),
Bruder des Stephansstifts 159, 162
- Müller**, Hermann (* 1886),
Bruder des Stephansstifts 169
- Müller**, Hermann (1875–1932), Pastor,
3. Geistlicher des Stephansstifts
74, 76, 98, 142–145, 150, 160, 180–181
- Müller**, Ludwig (1883–1945),
Reichsbischof 207
- Müller**, Landesbankdirektor 311, 475
- Müller**, Pastor 496
- Münchmeyer**, August Friedrich
(1797–1882) 29
- Neumann**, Pastor, Evangelischer
Wohlfahrtsdienst Osnabrück 213–214
- Nietzschmann**, Klaus 474
- Nitschke**, Dieter (1934–2012), ehemaliger
Bruder des Stephansstifts 341
- Oehlkers**, Paul (1862–1922), Pastor,
Vorsteher des Stephansstifts 48,
62–63, 67–72, 74–75, 78–79, 83–85,
99–112, 114–115, 117–121, 124, 129–130,
132, 134, 137, 139, 141, 157–161, 171–176,
181, 352, 409
- Oehnhausen**, Heinrich Wilhelm, Pastor,
kommissarischer Vorsteher des
Stephansstifts 63
- Oswald**, Geschäftsführer des
Landesverbands Pfalz der
Inneren Mission 391
- Pätzold**, Hermann (* 1878), Bruder
des Stephansstifts 131, 137
- Pawlitzki**, Buchdruckereihilfe 216
- Peters**, Wilhelm (1893–1918), Bruder des
Stephansstifts 134
- Petersen**, Gisela, Psychologin 466

- Petersen, Regierungsdirektor 476
- Petri, Ludolf Adolf (1803–1873), Pfarrer 29–30, 34
- Pichler, Wolfgang (*1943), Leiter der Ludwig-Wilhelm-Fricke Schule, Bereichsleiter der Förderschulstandorte 531
- Platner, Fritz (1917–2011), Bruder des Stephansstifts, Brüderältester, Geschäftsführer der Diakoniegemeinschaft 383, 423, 437
- Plitzkat, Klaus (*1959), Sozialpädagoge, Jurist, Personalleiter der Dachstiftung Diakonie 520
- Plümke, Horst, Schulleiter 478
- Plumhoff, Hermann (*1893), Bruder des Stephansstifts 216
- Priesemann, Robert (1894–1957), Bruder des Stephansstifts, Geschäftsführer des Landesvereins für Innere Mission in Hannover 203, 206, 308
- Priesemann, Architekt 403
- Puls, Heidemarie, ehemalige Bewohnerin des Jugendwerkhofes August Bebel 519
- Puppe, Frieda (1901–1967), Ehefrau Friedrich Puppes 410
- Puppe, Friedrich (1902–1995), Bruder des Stephansstifts 410–411
- Puvogel, Dr. Curt, Hauptgeschäftsführer des Evangelischen Hilfswerks Hannover 304
- Raabe, Martin**, Bereichsleiter der Altenhilfe des Stephansstifts 526
- Rannenberg, Dr. Jens (*1963), Kaufmännischer Vorstand der Diakonie Kästorf und der Dachstiftung Diakonie 536
- Reden, Baron Georg v., Vorstandsvorsitzender des Stephansstifts 205, 219, 240, 243–244, 308, 318, 345, 416, 448, 470, 475–476
- Redepenning, Dr. Rudolf (1883–1967), Psychiater 98
- Reetz, Christian (*1935), Praktikant 369–370, 372–376
- Reismann, Finanzinspektor 239, 241–242
- Reuleaux, Otto (1896–1979), Ingenieur, Unternehmer 240
- Reumschüssel, Günther, Pastor 423
- Richter, Justin, Schriftsteller 189
- Riedel, Verwaltungsleiter 490, 515
- Riemenschneider, Wilhelm (1877–1916), Bruder des Stephansstifts 148
- Ritter-Schaumburg, Dr. Heinz (1902–1994), Lehrer, Privatgelehrter 441
- Robran, Heinrich (*1881), Bruder des Stephansstifts 159
- Röhricht, Pastor 333
- Rogoll, Robert, Erzieher 392
- Rohde, Ferdinand (*1860), Bruder des Stephansstifts 52, 108
- Rolf, Friedrich (1909–2001), Bruder des Stephansstifts, Brüderältester 300, 353–354, 366–367
- Rolf, Heinrich (*1866), Bruder des Stephansstifts 77
- Rößbach, Architekt 403
- Roth, Klaus (*1957), Bruder des Stephansstifts, Religionspädagoge 522
- Rückmann, Diakonenschüler 334
- Rüdiger, Dr. 475
- Rust, Bernhard (1883–1945), Gauleiter, Reichserziehungsminister 197
- Sachs, Sekretärin** 216
- Sander, Friedel (1920–2011), Bruder des Stephansstifts 339
- Sauer, Karl (*1860), Bruder des Stephansstifts 131
- Schaubert, Dr., Psychologe 350, 358
- Scheller, Anneliese, Leiterin des Altenheims Stephansruh 496, 498

- Schering, Dr. Ernst Albert (1914–1993),
 Pastor, Brüderlehrer 310, 348, 359, 361,
 363, 366–367
- Schierholz, Dr. Henning (1949–2007),
 Bereichsleiter Berufsbildungszentrum
 532
- Schiller, Friedrich (1759–1805), Dichter
 186
- Schimschal, Martin, Erlebnispädagoge
 281
- Schleef, Heinrich (* 1889),
 Bruder des Stephansstifts 169
- Schmalstieg, Herbert (* 1943),
 Oberbürgermeister von Hannover 522
- Schmeil, Otto (1860–1943), Biologe 86
- Schmidt, Helmut (1918–2015),
 Bundeskanzler 449
- Schmidt, Jürgen, Diakonenschüler 334
- Schneider, Prof. Dr. Kurt (1887–1967),
 Psychiater 179
- Schneider, Wolfgang (* 1947),
 Bereichsleiter der Jugendhilfe
 des Stephansstifts 519, 531
- Schnipkoweit, Hermann (1928–2018),
 Sozialminister in Niedersachsen 501
- Schreiner, Helmuth (1893–1962),
 Pastor, Leiter des Johannesstifts
 Berlin-Spandau 336
- Schröder, August (* 1876),
 Bruder des Stephansstifts 111–112, 137
- Schröder, Gerhard (* 1944),
 Bundeskanzler 517
- Schüler, Frerich (Fritz) (* 1932),
 ehemaliger Bewohner des
 Stephansstifts 313, 394
- Schünemann, Pastor, 2. Anstaltsgeistlicher
 des Stephansstifts 209
- Schwedhelm, Karl (* 1891),
 Bruder des Stephansstifts 132, 203
- Schwemann, Konsul, Fabrikbesitzer 15, 35
- Schwenkglens, Monika (* 1941),
 Psychologin 466
- Schwiening, Tobias, Altenpfleger 280
- Siebold, Matthias (1850–1938), Pastor
 der Diakonissenanstalt Sarepta
 83, 93–94, 96
- Sobetzki, Peter (* 1948), Bruder des
 Stephansstifts 492
- Sommer 495
- Spitta, Dr. Theodor, Oberregierungsrat
 443
- Steinfatt, Franz, Schulrat, Brüderlehrer
 am Stephansstift 165–168, 200–201,
 209
- Steinwachs, Johannes (1862–1923), Pastor,
 Vorsteher der Diakonenanstalt
 Rickling 180–181
- Stoddard, Lothrop (1883–1950), Eugeniker
 232
- Stöckmann, Dr. Fritz (1920–1996),
 Jugendpsychiater 468–469
- Stoffregen, Jörg (* 1965), Bruder
 des Stephansstifts, Vorsitzender
 der Diakoniegemeinschaft des
 Stephansstifts 530
- Strousberg, Henry Bethel (1823–1884),
 Unternehmer 25–26
- Suckow, Hanna, Lehrerin 323
- Tegtmeyer, Paul (1886–1967), Pastor,
 Vorsteher der Diakonenanstalt
 Nazareth 295–297, 302
- Thümmel, Diakon 355
- Tiede, Karl (* 1874),
 Bruder des Stephansstifts 160
- U**hlhorn, D. Gerhard (1826–1901),
 Oberkonsistorialrat, Schlossprediger,
 Abt zu Loccum 28–31, 63, 71
- Uhlhorn 476
- Ulbrich, Alfred (1902–1968),
 Bruder des Stephansstifts 333
- V**oigt, Johannes, Pastor, Vorsteher der
 Neinstedter Anstalten 180–181

- Voigts-Rhetz, Konstantin Bernhard (1809–1877), Generalgouverneur 24
- Vries, Arend de (* 1954), geistlicher Vizepräsident des Landeskirchenamtes Hannover 436
- Walter**, Pastor 472
- Walther, Dr. Christian (1927–2012), Pastor 368–369
- Wapenhensch, F., Seemannspastor 411
- Warnecke, Heinrich (1884–1918), Bruder des Stephansstifts 134
- Wartenberg, Hermann (* 1882), Bruder des Stephansstifts 131
- Wasmuth, Gottfried (* 1942), Bruder des Stephansstifts 477, 482
- Wasmuth, Marianne (* 1942), Ehefrau Gottfried Wasmuths 482
- Waßmann, Dietrich (1897–1954), Missionar 211
- Weber, Walter (* 1946), Pastor, Vorsteher des Stephansstifts 15, 413, 516, 518, 520–522, 532–534, 536
- Wehrhahn, Albert (1848–1942), Stadtschulrat 324
- Wehrmann, Heinrich (1906–1996), Diakon des Johannesstifts Berlin-Spandau 303
- Weigt, Fritz (1889–1974), Geschäftsführer des Deutschen Diakonen-Verbands 217, 297
- Weißner, Max (1886–1961), Bruder des Stephansstifts 169, 300, 339
- Werner, Marianne (1885–1969), Leiterin von Stephansruh 415, 501
- Wester, Helmut (* 1926), Hilfesuchender 304
- Wichern, Johann Hinrich (1808–1881), Vorsteher des Rauhen Hauses, Begründer der Inneren Mission 29, 32, 77, 189, 214, 327, 370, 428, 451
- Wilker, Karl (1885–1980), Leiter der Zwangserziehungsanstalt Berlin-Lichtenberg 179
- Witolin, Eduard (* 1876), Bruder des Petersburger Brüderhauses 140–141
- Witt, Wilhelm, Bruder des Stephansstifts 317
- Wöbking, Eckhard (1910–1994), Lehrer, Bruder des Stephansstifts, Leiter der Ludwig-Wilhelm-Fricke Schule 315
- Wolkenhaar, Wolfgang (1927–1991), Bruder des Stephansstifts 412
- Wolff, Johannes (1884–1977), Pastor, Vorsteher des Stephansstifts 161–163, 168, 176, 183, 187–192, 200–211, 213–225, 227–228, 231, 235, 237–250, 260, 289–292, 294–296, 298–311, 313, 315–317, 319, 321–322, 325–331, 333, 336–338, 340, 342–350, 352–364, 367, 389–192, 406, 408–412, 420–421, 427–428, 506, 528
- Woltmann, Kandidat, Oberhelfer im Stephansstift 34
- Wortmann, Albertine, Heimleiterin auf Stephansruh 246
- Wurm, Theophil (1868–1953), württembergischer Landesbischof 294
- Wyneken, Gustav (1875–1964), Leiter der Freien Schulgemeinde Wickersdorf 179
- Zierner**, Walter-Jürgen, Vorsitzender des Hausparlaments des Stephansstifts 453
- Zimmermann, Pastor 135
- Zinsser, Ernst (1904–1985), Architekt 315, 321–322

Autorin und Autor

Dr. Ulrike Winkler, geboren 1966, Studium der Politik-, Rechts- und Erziehungswissenschaften. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Diakoniegeschichte, Zeitgeschichte und Sozialgeschichte.

Prof. Dr. Hans-Walter Schmuhl, geboren 1957, ist freiberuflicher Historiker, außerplanmäßiger Professor an der Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie der Universität Bielefeld und stellvertretender Leiter des Instituts für Diakonie- und Sozialgeschichte an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, Wissenschaftsgeschichte, Stadtgeschichte und Diakoniegeschichte.

Weitere Informationen unter: www.schmuhl-winkler.de

